



Tom Segev

DIE SIEBTE MILLION

*Der Holocaust und
Israels Politik der Erinnerung*

Rowohlt

Die Hoffnung, ja, die Erwartung auf Erlösung aus dem alptraumhaften Schrecken richteten die Überlebenden der «Endlösung» 1945 auf das Gelobte Land, auf Palästina und die dort lebenden Juden. Doch statt auf Mitgefühl stießen sie auf Verdächtigungen und statt auf Interesse für ihre Erfahrungen auf eisiges Schweigen.

Wie Schafe, so hörten sie, hätten sich die Ermordeten, die eigene Mutter, der Vater, die Töchter, die Söhne, die Freunde, wie Schafe hätten sie sich zum Schlächter treiben lassen, statt im

Widerstand den Heldentod zu suchen. Wer aber überlebt habe, der sei schuldig geworden, denn nur durch Egoismus habe er sich gerettet, während die anderen starben. In aufrüttelnder Weise beschreibt der israelische Historiker

und Journalist Tom Segev in «Die siebte Million» zum erstenmal den Umgang der Israelis mit dem Holocaust, seinen millionenfachen Opfern und denen, die überlebten.

Die Hoffnung, ja, die Erwartung auf Erlösung aus dem alptraumhaften Schrecken richteten die Überlebenden der «Endlösung» 1945 auf das Gelobte Land, auf Palästina und die dort lebenden Juden. Doch sie fanden keine geöffneten Arme, sondern Ablehnung. Statt auf Mitgefühl stießen sie auf Verdächtigungen und statt auf Interesse für ihre Erfahrungen auf eisiges Schweigen. Wie Schafe, so hörten sie, hätten sich die Ermordeten, die eigene Mutter, der Vater, die Töchter, die Söhne, die Freunde, wie Schafe hätten sie alle sich zum Schlächter treiben lassen, statt im Widerstand den Helden-tod zu suchen. Passiv, ohne Willen hätten die Juden in der Diaspora ihr Schicksal auf sich gezogen. Wer aber überlebt habe, der sei schuldig geworden, denn nur durch Egoismus habe er sich gerettet, als die anderen starben. In aufrüttelnder Weise beschreibt der israelische Historiker und Journalist Tom Segev in «Die siebte Million» zum erstenmal den Umgang der Israelis mit dem Holocaust, seinen millionenfachen Opfern und denen, die ihn überlebten. Segevs Schilderung beginnt in den dreißiger Jahren, als für die Juden Palästinas die Staatsgründung und nicht die Rettung der bedrohten Brüder und Schwestern eine Rolle spielte. Er beschreibt die Jahre des Krieges, als die Berichte über den wirtschaftlichen Aufschwung und über siegreiche Fußballspiele der jüdischen Siedler in Palästina kaum Platz für eine Nachricht über den Massenmord in Europa ließen, und er berichtet über die Nachkriegszeit, in der die Israelis über die Massenexekutionen, Gaskammern und Krematorien schwiegen, war da doch der Jude des «alten Typs» umgekommen, der nichts gemein hatte mit dem «neuen Menschen», der nun den Staat Israel baute.

Erst in den sechziger Jahren, mit dem Eichmann-Prozeß, der wie eine Therapie für eine ganze Nation wirkte, löste sich das Schweigen. Die Menschen, die den Opfern und Überlebenden

der «Endlösung» den Rücken gekehrt hatten, wandten sich ihnen zu und begannen ihren furchtbaren Weg als einen Teil der eigenen Geschichte zu begreifen. Seitdem sind in Israel alle das Schicksal des Staates prägenden Entscheidungen – wie die Massenimmigrationen, der Sechstagekrieg und der Bau der Atom-bombe – im Schatten der «Endlösung» getroffen worden.

Mit den Jahren aber haben die einen die Lehre, die aus dem Holocaust gezogen werden könnte, zu einem «bizarren Kult der Erinnerung, des Todes und des Kitsches verzerrt». Die anderen, so fährt Segev fort, sind mit ihr hausieren gegangen, haben sie popularisiert, materiell ausgenutzt und für ihre politischen Zwecke eingesetzt.

Nüchtern und scharfsinnig beschreibt der Autor diese Entwicklungen anhand einer Fülle bisher unbekannter Dokumente, die ergänzt werden durch Gespräche, die er mit den handelnden Personen geführt hat.

Je mehr aber der Holocaust zurücktritt in der Zeit und zur Geschichte wird, um so unmittelbarer rücken die Lehren, die ihm zugeschrieben werden, in Israel in das Zentrum heftigster Auseinandersetzungen über Politik, Ideologie und Moral der Gegenwart und Zukunft.



Tom Segev

geboren 1945 in Jerusalem, Historiker und einer der herausragenden Journalisten Israels. Er ist Autor der Bücher «1949: The First Israelis» und «Die Soldaten des Bösen: Zur Geschichte der KZ-Kommandanten» (1992).

Tom Segev

Die siebte Million

*Der Holocaust und
Israels Politik der Erinnerung*

Deutsch von Jürgen Peter Krause und
Maja Ueberle-Pfaff

Rowohlt

1. Auflage März 1995

Copyright © 1995 by Rowohlt Verlag GmbH, Reinbek bei Hamburg

«Ha-milyon ha-shevii» Copyright © 1991 by Domino Press Ltd., Jerusalem

Eine englische Übersetzung erschien 1993 unter dem Titel

«*The Seventh Million. The Israelis and the Holocaust*»

bei Hill and Wang, A division of Farrar, Straus and Giroux, in New York

Alle deutschen Rechte vorbehalten

Lektorat Charles Schüddekopf

Jürgen Peter Krause übersetzte die Seiten 7-153,

Maja Ueberle-Pfaff die Seiten 155-674

Umschlag- und Einbandgestaltung Susanne Heeder

Satz aus der Sabon (Linotronic 500)

Gesamtherstellung Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

ISBN 3 498 06244 1

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

Inhalt

Danksagung	7
Prolog. Ka-Zetniks Reise	10
Teil I Hitler: Die Jecken kommen	
1. «Die Strassen sind mit Geld gepflastert»	25
2. «Ein deutscher Europäer»	52
Teil II Holocaust: Es stand in der Zeitung	
3. «Rommel, Rommel, wie geht's denn so?»	95
4. «Glücklich das Zündholz»	115
5. «Ein warmes jüdisches Herz»	135
Teil III Israel: Die letzten Juden	
6. «Zuerst dachte ich, sie wären Tiere»	157
7. «Eine gewisse Distanz»	170
8. «Sechs Millionen Deutsche».....	192
9. «Eine Barriere aus Blut und Schweigen»	209
Teil IV Wiedergutmachung: Wieviel kriegen wir für Oma und Opa?	
10. «Noch mehr moralische Argumente»	255
11. «Gas gegen Juden»	283
12. «Das Baby fuhr umsonst».....	304
Teil V Politik: Die Affäre Kastner	
13. «Für uns, für die Richter Israels, ist es schwer»	341
14. «Seine Seele dem Satan»	368
15. «Die Mauern beginnen zu bröckeln»	379
16. «Der Prophet Jeremia zum Beispiel»	393
17. «Es ist ungewiss, ob unsere Kinder am Leben bleiben»	413

Teil VI	Prozess: Eichmann in Jerusalem	
	18. «Sollen sie doch hassen und zur Hölle fahren»	427
	19. «Sechsmillionenmal nein!»	456
	20. «Die Dunkelheit darf nicht siegen»	484
Teil VII	Erwachsen werden: Von Krieg zu Krieg	
	21. «Jeder hat daran gedacht»	509
	22. «Hitler ist schon tot, Herr Ministerpräsident»	521
	23. «Tief in unserem Herzen»	532
Teil VIII	Erinnerung: Der Kampf um die Vergangenheit	
	24. «Holocaust und Heldentum»	553
	25. «Der Rest des Lebens mit Monik und Frieda»	585
	26. «Was gibt es da zu verstehen? Sie sind gestorben, und das war's»	600
	27. «Wenn du einen Friedhof siehst»	625
	28. «Was hat es in mir ausgelöst?»	637
Epilog	663
Anmerkungen	675
Abkürzungsverzeichnis	751
Namenregister	752

Danksagung

Genau wie die beiden anderen schon von mir erschienenen Bücher geht auch das vorliegende auf eine Anregung von Domino Books in Jerusalem zurück. Es zu schreiben hat viel mehr Zeit beansprucht als geplant. Mein Dank gilt daher zunächst meiner Verlegerin, Agentin und geschätzten Freundin Deborah Harris für ihre Geduld und Ermutigung.

Dieser Band basiert in erster Linie auf Tausenden von Dokumenten, von denen viele bisher noch unveröffentlicht sind. In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich die grosszügige Unterstützung und hilfreichen Ratschläge der zahlreichen israelischen Archive hervorheben, an die ich mich gewandt habe. Mein Dank gilt daher den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Zionistischen Zentralarchivs, des Nationalarchivs, des Hagana-Archivs, des Archivs der Arbeiterpartei, des Ben-Gurion-Archivs, des Lavon-Institutsarchivs, des Moreshet-Archivs, des Haschomer-Hazair-Archivs, des Jabotinsky-Archivs, des Weizmann-Archivs, des Instituts für mündliche Dokumentation an der Hebräischen Universität, des Yad-Vashem-Archivs, des Tel Aviver Stadtarchivs, des Avieser-Jellin-Archivs für jüdische Erziehung in Israel und der Diaspora, des Beth-Hatefuzoth- und des Kibbuz-Hamenchad-Archivs. Danken möchte ich auch dem Israeli Photographie Department des US-amerikanischen Presseamtes und dem Nationalarchiv in Washington.

Zwei der Kapitel basieren zum Teil auf faszinierendem und äusserst wichtigem Material, das nicht allen Forschern zugänglich ist. Reuven Feurstein, Jaakov Rand und Ada Oz von dem von der Alijat Hanoar gegründeten Hadassah-WIZO Canada Research Institute liessen mich an ihren Forschungsergebnissen teilhaben und gewährten mir Einsicht

in die Personalakten von Mitgliedern der Jugend-Alija. Dankbar bin ich auch dem inzwischen verstorbenen Avner Rom von der United Restitution Organization Ltd. (URO), der mir grosszügig gestattete, die Akten von Personen durchzusehen, die von Deutschland Entschädigungszahlungen gefordert haben. Die Akteneinsicht wurde in den beiden letztgenannten Fällen mit der Auflage erteilt, die Privatsphäre der Betroffenen zu wahren, so dass die Dokumente hier ohne Nennung von Namen zitiert werden.

Selbstverständlich schulde ich auch vielen Forscher(inne)n und Autor(inn)en Dank; sie sind entweder im Text selbst oder in den Anmerkungen namentlich aufgeführt. Einige waren so freundlich, mir noch unveröffentlichtes Material zur Verfügung zu stellen, was ich besonders zu schätzen weiss. Profitiert habe ich ausserdem von der stimulierenden Atmosphäre in den Lesesälen der National- sowie der Universitätsbibliothek in Jerusalem. Mein Dank gebührt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der hervorragenden Bibliothek von Yad Vashem.

Für die vorliegende Veröffentlichung habe ich mit einer ganzen Reihe von Menschen gesprochen, die an verschiedenen der hier geschilderten Ereignisse beteiligt waren. Darüber hinaus habe ich bereits vorhandene Interviews herangezogen, die ursprünglich im Rahmen meiner journalistischen Tätigkeit entstanden sind. Danken möchte ich an dieser Stelle insofern Uri Avneri, Jizchak Arad, Hannah Arendt, Gabriel Bach, David Ben Gurion, Hansi Brand, Chaim Guri, Jehiel Dinur (Ka-Zetnik), William Hall, Isser Harel, Chaim Cohen, Elieser Lidovsky, Rolf Pauls, Jossi Peled, Ehud Praver, Victor Frankl, Schimon Peres, Gerhard Riegner, Dov Schilansky und Eli Tabin.

Ganz besonderen Dank schulde ich den Holocaust-Überlebenden – darunter mehrere Mitglieder des Kibbuz Lochamei Hagetaot –, die mit mir über ihre schrecklichen Erinnerungen gesprochen haben. Viel habe ich auch von den Schülerinnen und Schülern gelernt, die ich auf einer Fahrt zu den Stätten der Vernichtungslager in Polen begleiten konnte.

Erste Fassungen meines Manuskripts wurden von fünf meiner Freunde durchgesehen: Amos Elon, Dr.Jechiam Weiz, Avraham Kuschner,

Dr. Elli Schaltiel und Avi Katzman. Wertvolle Ratschläge habe ich auch von Chaim Watzman erhalten, der die englische Übersetzung besorgte. Sara Berschtel, Lektorin bei Hill & Wang, hat mit ihrer grossen Erfahrung entscheidend dazu beigetragen, dass der Text auch für die amerikanische Leserschaft verständlich wurde. David Frederickson, Roslyn Schloss, Sally Singer, Angela Quilala und Elischeva Urbas sind ihr dabei zur Hand gegangen. Ihnen allen ein herzliches Dankeschön.

Prolog

Ka-Zetniks Reise

Anfang 1987 rief ich den Autor Jehiel Dinur an, um zu hören, was er von dem Prozess hielt, der in Jerusalem damals gerade gegen John Demjanjuk geführt wurde. Demjanjuk, ein gebürtiger Ukrainer, den die Vereinigten Staaten an Israel ausgeliefert hatten, war angeklagt, im Vernichtungslager von Treblinka 870'000 Menschen, die meisten davon Juden, ermordet zu haben. Dinur hatte 26 Jahre zuvor beim Prozess gegen Adolf Eichmann zu den Zeugen der Anklage gehört, und als ich am Telefon nun die leise, halberstickte Stimme des Autors hörte, musste ich wieder daran denken, was er damals über seine schrecklichen Erlebnisse in Auschwitz ausgesagt hatte. Diese Stimme – die Stimme eines Mannes aus einer anderen Welt – war unverwechselbar, und unauslöschlich hatten sich die wenigen Sätze eingepägt, die er damals vor Gericht auszusagen vermochte:

«Ich war da ungefähr zwei Jahre lang. Dort war die Zeit anders als hier auf der Erde. Jeder Sekundenbruchteil gehörte zu einem anderen Zeitzyklus. Und die Bewohner jener Welt waren namenlos. Sie hatten weder Eltern noch Kinder. Sie waren anders gekleidet als wir hier. Sie waren dort nicht geboren, und niemand brachte dort ein Kind zur Welt. Sogar ihr Atem wurde durch andersartige Naturgesetze geregelt. Sie lebten und starben nicht nach den Gesetzen dieser Welt. Ihre Namen waren Nummern... Sie verliessen mich, immer mehr verliessen mich... im Laufe dieser knapp zwei Jahre verliessen sie mich und liessen mich jedesmal zurück... Ich sehe sie, sie beobachten mich, ich sehe sie...»¹

Er sprach mit Grabesstimme, mit der Eindringlichkeit eines Propheten,

ohne seine Umgebung weiter wahrzunehmen – «als würde er eine Seite aus seinem Buch vorlesen», wie Chaim Guri in seinem Prozessbericht schrieb. Von irgendetwas in Dinurs Stimme und in dem, was er sagte, ging eine bis zur Unerträglichkeit spannungsgeladene Atmosphäre aus. Staatsanwalt und Richter versuchten, ihn zu den eigentlichen Fragen des Gerichtsprozesses zurückzuführen. Dinur wurde ohnmächtig und sank beinahe theatralisch zu Boden. Ganz Israel hielt den Atem an. Es war der dramatischste Moment in dem Prozess, einer der dramatischsten Augenblicke in der Geschichte des Landes. Im Radio und im Fernsehen ist er seither wiederholt zu hören und zu sehen gewesen.

Zum Zeitpunkt des Prozesses war Dinur² 45 Jahre alt. Er hatte einmal Jehiel Feiner geheissen, war auf dem Bauernhof seines Grossvaters in Polen aufgewachsen, hatte an der Chochmei-Lublin-Jeschiwa studiert und sich als Musiker, Schriftsteller und Dichter betätigt. «Er war noch jung, ein Jeschiwa-Schüler, als er das erste Mal in die Redaktion kam», erinnerte sich der Redakteur einer der vor dem Krieg in Polen erschienenen jiddischsprachigen Zeitungen. «Er hielt einen Packen Manuskripte in den Händen. Irgendwie erregte dieser junge Mann mit den langen Schläfenlocken und dem verträumten Blick meine Aufmerksamkeit. Noch am selben Abend sah ich mir eine seiner Geschichten und eines seiner Gedichte an. Ich war von seinem Können, seinem Talent, begeistert. Meine Zeitung war die erste, die seine Texte veröffentlichte.»

Nach Auschwitz unternahm Dinur alles Mögliche, um sein Frühwerk in Vergessenheit geraten zu lassen, und ging dabei so weit, seine Texte persönlich aus Bibliotheken zu entfernen. Er legte auch seinen ursprünglichen Namen ab. Auschwitz hatte ihn nicht nur seiner Familie, sondern auch seiner Identität beraubt; nur der Gefangene war zurückgeblieben. Über den Holocaust, den Massenmord an den Juden, begann er schon bald nach seiner Befreiung zu schreiben, während er sich in einem britischen Lazarett in der Nähe von Neapel erholte. Er glaubte sich dem Tod nahe und befürchtete, mit seiner Schilderung nicht rechtzeitig fertig zu werden. Dabei hatte er doch den Toten geschworen, ihnen seine Stimme zu leihen und ihre Geschichte festzuhalten. «Also habe

ich mich ans Schreiben gemacht und mich zweieinhalb Wochen lang kaum noch von meinem Platz gerührt», erinnerte er sich rund 40 Jahre später. «Das Manuskript habe ich einem Soldaten übergeben, damit er es nach Palästina weiterschickte. Der las den Titel, Salamandra, auf der ersten Seite, beugte sich zu mir runter und flüsterte: ‚Sie haben vergessen, den Namen des Autors hinzuschreiben.‘ Ich schrie auf: ‚Den Namen des Autors? Die, die in den Verbrennungsöfen gelandet sind, haben dieses Buch geschrieben! Schreiben Sie deren Namen drauf: Ka-Zetnik.‘»

Der Name geht auf die deutsche Abkürzung für Konzentrationslager, KZ, zurück. Die KZ-Insassen waren mit Nummern bezeichnet worden. Dinur war 135633 gewesen, und so publizierte er unter dem Namen «Ka-Zetnik 135633». Ausserdem änderte er – wie so viele Israelis – seinen tatsächlichen Namen und hiess von da an Dinur, «Der aus dem Feuer».

Salamandra war eines der ersten Bücher, die in Israel über den Holocaust erschienen. Später veröffentlichte Ka-Zetnik ausserdem *Das Haus der Puppen*, *Piepel* und *Phönix über Galiläa*. Sie bilden zusammen die Chronik einer jüdischen Familie im 20. Jahrhundert – ein einzigartiges autobiographisches Romanwerk. Hier und in seinen anderen Büchern schildert er den Alltag in Auschwitz und beschreibt dabei sadistische Praktiken – unter anderem den sexuellen Missbrauch an kleinen Mädchen und Jungen – in allen erschreckenden Einzelheiten.

Bekommen wählte ich seine Telefonnummer. Ich war noch ein Junge gewesen, als ich *Piepel* zum erstenmal gelesen hatte. Seither habe ich über den Holocaust nichts derart Aufwühlendes mehr gelesen. Als ich das Buch später noch einmal las, fiel mir darin so manches Kitschige und Pornographische auf, doch ich gehöre zu einer Generation von Israeli, deren Vorstellungen vom Holocaust von dem geprägt worden sind, was sie als Jugendliche in Ka-Zetniks Büchern gelesen haben. Nur wenige von uns wussten, wer Ka-Zetnik war. Beim Eichmann-Prozess wurde Dinur zum erstenmal aufgefordert zuzugeben, dass er Ka-Zetnik sei. Aus diesem Grund sei er ohnmächtig geworden, erzählte er mir. In den 26 Jahren, die seither vergangen waren, hatte er alles Mögliche ge-

tan, um die Spuren zu verwischen, die an eine Verbindung zwischen Ka-Zetnik und Dinur erinnern. Seine Bücher waren in viele Sprachen übersetzt worden, doch hatten die Verleger niemals ein Foto von ihm drucken dürfen. Aus aller Welt hatten ihn Leserzuschriften erreicht, aber jede Bitte um ein Interview hatte er abgelehnt und war nie öffentlich in Erscheinung getreten.

Dem Ruhm konnte er trotzdem nicht entgehen. Alle zwei Jahre wird vom israelischen Staatspräsidenten ein nach Ka-Zetnik benannter Literaturpreis verliehen. Dieser Preis wurde von einem Mann gestiftet, dessen drogenabhängiger Sohn sich nach der Lektüre von Ka-Zetnik-Büchern eines besseren besann und den Drogenkonsum schliesslich ganz aufgab. Der dankbare Vater rief daraufhin einen Preis für Arbeiten über den Holocaust ins Leben. An den Verleihungsfeiern hat Ka-Zetnik allerdings noch nie teilgenommen. Einmal hätte er es beinahe getan, nahm aber im letzten Augenblick dann doch davon Abstand. Irgendetwas sperrte sich in ihm gegen einen öffentlichen Auftritt, und er befürchtete, seine Anwesenheit im Präsidentengebäude könne fälschlicherweise als Publicity-Versessenheit verstanden werden. «Ich wollte mir gerade ein Taxi nach Jerusalem nehmen», schrieb er dem Präsidenten, «hielt dann aber inne und ging schweren Herzens wieder nach Hause, denn ich hatte Angst, dass von Ka-Zetnik die Rede sein würde und die Leute dabei mich anschauen würden: Wie könnte ich dann noch denjenigen in die Augen sehen, die mich in Auschwitz verlassen haben und deren Blicke mich ständig begleiten?»

Inzwischen war er 70 Jahre alt, als ich ihn anrief. Er sagte mir das gleiche, was er zu der Zeit auch schon anderen Journalisten gegenüber am Telefon erklärt hatte: dass er sich nicht mit dem Demjanjuk-Prozess befasse und nicht die Kraft habe, noch einmal so etwas wie den Eichmann-Prozess zu durchleben. Einige Monate später erfuhr ich, dass Dinur ein neues Buch geschrieben hatte. Es ging darin um die radikale Therapie, der er sich in den Niederlanden unterzogen hatte, und ich rief ihn wieder an, um ihn um ein Interview zu bitten. Dinur zögerte. In den folgenden Wochen erfuhren wir bei mehreren ziemlich langen und eigenartigen Telefongesprächen nach und nach mehr voneinander. Manchmal war er es, der anrief – ein- oder zweimal auch spätabends.

Er redete aus einer grossen inneren Unruhe heraus und hielt lange Monologe, die ich nicht immer bis ins letzte verstand und die mir teilweise sehr unter die Haut gingen – Erinnerungen an Greuel in Auschwitz, die sich mit mystischen, apokalyptischen Visionen vermischten. Gelegentlich rief er mich an und schwieg dann. Eines Abends eröffnete er mir plötzlich, dass er beschlossen habe, mir das Manuskript seines neuen Buches zu zeigen.

Am nächsten Tag besuchte ich ihn in seiner Tel Aviver Wohnung, und eine Woche später trafen wir uns noch einmal. Dabei kam es zu keinem Interview im herkömmlichen Sinne. «Ich bin nicht in der Lage, Fragen zu beantworten», meinte er, und im Manuskript, das er mir zeigte, hiess es erklärend: «Dieses Trauma hat seinen Ursprung in der Folterkammer der Gestapo in Kattowitz.» Er war gefoltert worden, als man ihn wegen eines Waffenlagers verhörte, das im Ghetto entdeckt worden war. Er erzählte, wie er damals in das Büro des Gestapo-Befehlshabers der Stadt, Alfred Dreyer, befohlen worden war. Einem Bekannten war es gelungen, Dinur einen honduranischen Pass zu besorgen. Dieser war ihm auf offiziellem Wege, über die Schweizer Botschaft in Berlin und das Gestapo-Hauptquartier in Kattowitz, zugeschickt worden. Dreyer war sich nicht ganz sicher, was er mit diesem Mann tun sollte, der plötzlich vom Ghetto-Juden zu einem ausländischen Staatsangehörigen geworden war. Während er noch überlegte, kam ein Vorgesetzter ins Zimmer. Er warf einen Blick auf die Papiere und zerriss sie dann wortlos. In dem Moment, so erklärte mir Dinur, als die Papierfetzen langsam in den Papierkorb fielen, hatte er das Gefühl, den Pass fürs Leben verloren zu haben. Später habe er erfahren, dass dieser vorgesetzte Beamte Adolf Eichmann gewesen sei. Als er diesem Mann in Jerusalem im Gerichtssaal gegenüberstand, versuchte er, ihm in die Augen zu sehen – wurde aber ohnmächtig, bevor es ihm gelang, Eichmanns Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Ich bemühte mich, keine Fragen zu stellen, sondern zuzuhören. Bisweilen waren die Erinnerungen für ihn so schmerzhaft, dass ihm Tränen die Wangen hinunterliefen und ich Angst hatte, er könnte erneut ohnmächtig werden. Dann wiederum zeigte er sich lächelnd als lebenswür-

diger Gastgeber. Im nächsten Augenblick aber war er schon, qualvoll verstummt, mitten in Auschwitz. Genauso plötzlich war er dann jedoch wieder in seinem Tel Aviver Wohnzimmer und scherzte mit mir: ein rasches Hin und Her zwischen den Welten. Es war grotesk. Er warnte mich davor, seine Identität zu enthüllen, weil er sonst versengt werde – schwarz wie ein Negativfilm, den man dem Sonnenlicht aussetzt. Dann erklärte er sich unvermittelt und zum erstenmal damit einverstanden, einen Fotografen Aufnahmen von sich machen zu lassen.

Das Manuskript, das er mir gab, war erstaunlich – mit seiner humanistischen Botschaft und seiner ernststen Warnung. Es enthielt ein Kaleidoskop von Visionen, die er zehn Jahre zuvor gehabt hatte, als er bei Jan Bastiaans in Behandlung gewesen war. Bastiaans, medizinischer Leiter des Kriegsverletztenzentrums im holländischen Leiden, ist darauf spezialisiert, Patienten zu behandeln, die an einem so genannten «KZ-Syndrom» leiden. Dabei handelt es sich um ein posttraumatisches Phänomen, das in der einen oder anderen Form seit dem Ersten Weltkrieg bekannt ist, in besonders starker Ausprägung aber bei den Überlebenden der nationalsozialistischen Konzentrationslager auftritt. Bei ihnen, so erläuterte mir der Professor, kann es 30 oder 40 Jahre dauern, bis sie sich – wenn überhaupt – an ein normales Leben gewöhnen, und dieser Prozess erfordert in jedem Fall grosse körperliche und seelische Anstrengungen. Bastiaans fand heraus, dass KZ-Überlebende, die sich nach aussen hin wieder gut eingelebt haben, in Wirklichkeit in starkem Masse auf physische Abwehrmechanismen angewiesen sind. Viele zeigen sich äusserst introvertiert – «als ob sie innerlich noch in einem Konzentrationslager wären». Die Zäune dieses Lagers bilden einen Schutz für sie: Sie haben Angst, die Tore aufzustossen und ertragen so ihre Qualen auf immer allein. Nach Bastiaans' Erkenntnissen neigen in solchen Fällen Freunde, Verwandte und selbst Ärzte dazu zu glauben, diese Überlebenden hätten sich von ihren schrecklichen Erlebnissen erholt und würden nun im Alltag doch ganz offensichtlich ein «normales» Leben führen. Sie sitzen damit einer Fiktion auf, die allerdings für alle Beteiligten praktisch ist – manchmal sogar für den Überlebenden selbst.

Es dauerte eine ganze Weile, bis sich in der Ärzteschaft die Erkenntnis durchsetzte, dass die KZ-Überlebenden in Wirklichkeit von seelischen Reserven zehren, die häufig zu knapp sind, um für ihr ganzes Leben zu reichen. Jahre nach dem Holocaust ist ihre Kraft dann plötzlich erschöpft: Sie werden auf einmal körperlich oder seelisch krank – oder begehen Selbstmord. Durch Bastiaans' Therapie soll dieses letzte Erschöpfungsstadium verhindert werden.»

Anfang der Sechziger Jahre begann Bastiaans, Patienten mit LSD zu therapieren. Bei einem Vortrag, den er in Jerusalem hielt, gab er zu, erst mit der Zeit entdeckt zu haben, wie sich die Droge richtig einsetzen lässt. Man darf sie nur relativ starken Menschen geben, wie er erklärte, andernfalls hat die Behandlung zerstörerische Auswirkungen. Im Gegensatz zu anderen Drogen macht LSD die Patienten nicht schläfrig oder benebelt ihre Sinne, sondern es schärft ihr Bewusstsein; die Patienten werden auf diesem Wege von Neuem mit den Schrecken der Vergangenheit konfrontiert und gezwungen, ihre Qualen noch einmal zu durchleben. In ihrem durch die Droge ausgelösten Trancezustand reden die Patienten, und was sie sagen, wird bei dieser Therapie dann mit einem Tonband- oder manchmal auch einem Videogerät aufgenommen, um anschließend analysiert zu werden. Meistens sind fünf oder sechs Trancesitzungen erforderlich, bis ein Patient langsam lernt, mit allen Traumata zu leben, die er erlitten hat. Diese Therapieform ist sowohl in medizinischer als auch in moralischer, politischer und juristischer Hinsicht umstritten. Bastiaans erhielt erst dann eine Sondergenehmigung für seine Behandlungsmethode, als sich mehrere Holocaust-Überlebende aus den Niederlanden mit einer Petition an ihre Königin wandten.

Als Dinur von der Bastiaansschen Therapie hörte, wollte er trotz aller Überredungsversuche seiner Frau zuerst nicht nach Leiden gehen. «Ihre Begeisterung verstand ich nur zu gut», schrieb er später. «Es hatte ihr so weh getan, mich leiden zu sehen, und der Schmerz, den sie all die Jahre für sich behalten hatte, verwandelte sich nun bei der Aussicht auf Rettung in Euphorie. Ich hielt sie in den Armen und wusste nicht, wie ich ihr beibringen sollte, dass Professor Bastiaans mir unmöglich helfen konnte. Professor Bastiaans war nie in Auschwitz gewesen. Und selbst

die, die dort gewesen waren, kannten Auschwitz nicht – nicht einmal einer, der wie ich dort zwei lange Jahre zugebracht hatte.» Doch seine Frau beschwor ihn weiter hinzufahren.

Die beiden hatten sich 1947 kennengelernt – durch Salamandra. Nina Ascherman, Tochter eines bekannten Arztes, war noch ein Teenager, als sie dieses Buch zum erstenmal las. Es hinterliess bei ihr einen nachhaltigen Eindruck, und sie setzte sich in den Kopf, den Autor zu finden, der sich hinter dem Pseudonym verbarg. Er war erst seit kurzem in Tel Aviv, lebte in einer dunklen Kellerwohnung, war aber meistens tagsüber und nicht selten auch nachts auf einer Bank an der Rothschild Avenue anzutreffen. Irgendwie fand ihn die junge Nina und verliebte sich in ihn. Das Sendungsbewusstsein, das sie dabei empfand, war in Israel zur damaligen Zeit etwas Aussergewöhnliches: Die jungen Leute ihrer Generation neigten dazu, Holocaust-Überlebenden aus dem Wege zu gehen und sich ihnen gegenüber sogar überlegen zu geben.

Die Lyrikerin Nina-Elia («Nike») Dinur hat mit ihrem Mann schwere Zeiten durchgemacht. «Ich werde nie vergessen, wie sie still mit mir gelitten hat, wenn ich wieder einen Alptraum hatte», schrieb Dinur. «Über ihre eigenen Gefühle verlor sie kein Wort. Wenn ich nachts schweissgebadet durch meine eigenen halberstickten Schreie wach wurde, war Nike an meiner Seite und wischte mir den schrecklichen Schweiss mit einem Handtuch weg. Nur die Augen verrieten ihre unausgesprochene Angst und ihr Mitleid.» Sie schrieb dazu: «Und dennoch warst du immer noch nicht bereit, mir deinen Namen zu sagen.»

Auch für ihre Kinder war es nicht leicht. Tochter Daniela erzählte mir: «Einmal im Jahr, am Gedenktag für die Holocaust-Opfer, wird im Fernsehen der Film vom Eichmann-Prozess gezeigt, bei dem mein Vater ohnmächtig wurde. Seither bin ich überall die Tochter des Mannes, der ohnmächtig wurde. Und meine eigene Tochter bekommt von ihren Klassenkameradinnen zu hören: ‚Dein Grossvater ist ohnmächtig geworden!‘ – als wenn es erst gestern passiert wäre.»

Am Ende war Dinur doch damit einverstanden, nach Leiden zu ge-

hen. Wie die fünf Behandlungen abliefen, schildert er in seinem Manuskript. Nur mit einem Laken bedeckt, lag er nackt da. Bastiaans sass neben ihm, beruhigte ihn und spritzte ihm dann LSD. Dinur fiel in einen Trancezustand, in dem er die meiste Zeit auf Englisch redete, gelegentlich auch auf Hebräisch. Bei seinen Visionen sah er, wie ein Kamerad aus seiner Lagerbaracke mit Schlägen auf das nackte Gesäss zu Tode geprügelt wurde. Und er sah einen anderen Freund, der nur deshalb am Leben war, weil er den SS-Männern in seiner Not als Spassmacher diente. Das heisst, er blieb nur so lange am Leben, bis sie ihm eines Tages das Gesicht mit Marmelade einschmierten und dann die halbverhungerten Gefangenen zum Ablecken herbeiriefen. Tausend Häftlinge stürzten sich auf den Mann und waren in Sekundenschnelle nur noch ein einziges Gewirr von Händen, Beinen und Mündern, die sich gegenseitig bissen und ableckten. Die Deutschen brüllten vor Lachen. Am Boden blieb ein blutiger Leichnam zurück, der aussah, als wäre er von Mäusen angefressen. Dinur sah auch, wie ein SS-Mann einen Jungen ermordete, an dem er seine sexuellen Perversionen befriedigt hatte. Der Soldat briet den Körper des Jungen am Spiess und verschlang ihn dann Stück für Stück. Dinur entdeckte in Trance seine Schwester Daniela unter den Lagerprostituierten, und er sah, wie seine Mutter nackt in der Menschenschlange vor dem Krematorium stand und wie anschliessend alle in Rauch aufgingen. Er sah sich selbst bei Dr. Mengeles «Selektion». Mit einer leichten Fingerbewegung deutete der Naziarzt an, wer am Leben bleiben und wer sterben sollte, und bei Dinur zeigte der Finger ein ums andere Mal auf «Leben». Er hatte psychedelische Visionen, die ihn an Bilder von Dali erinnerten. Er sah Engel und Dämonen. Er sah Gott in Grün, Rosa und Gelb. Er sah auch, als «König der Welt», den Rauchpilz einer Atombombenexplosion. Seine Alpträume und Visionen quälten ihn, und es quälte ihn seine rätselhafte Identität: Wer war Ka-Zetnik, und wer war Dinur?

Selbst bei nachlassender Wirkung der Droge verfolgte ihn seine Vergangenheit noch weiter. Als er zwei Tage vor seiner zweiten Therapie-sitzung an den Strand ging, fühlte er sich wie ein zum Tode Verurteilter kurz vor der Exekution. Im Tourismusgewerbe war gerade Hochsaison.

Die meisten Touristen kamen aus Deutschland. «Mir fiel eine Gruppe fröhlicher junger deutscher Urlauber auf, die auf Brust und Armen bizarr tätowiert waren», schrieb er.

«Amüsiert und fasziniert starrten sie auf die schlichte, schnörkellose Nummer, die sie auf meinem Unterarm entdeckt hatten. Für sie war diese schlichte blaue Nummer etwas Neues. Sie versuchten offenkundig, sich über deren Bedeutung klarzuwerden, denn sie konnten kaum noch den Blick davon lösen. Schliesslich sprach mich einer von ihnen an.

Mir pochte das Blut in den Adern. Ich hatte die Nummer auf meinem Arm zum erstenmal sichtbar getragen. Vor dreissig Jahren hatte man sie mir ins Fleisch gebrannt, und seither hatte ich immer sorgfältig darauf geachtet, dass kein Fremder sie zu Gesicht bekam. Dreissig Jahre lang hatte ich kein kurzärmliges Hemd im Schrank gehabt. Ich hatte nie mit diesen mir in Fleisch und Seele eingebrannten sechs Ziffern zu leben gelernt. Bis heute kenne ich die Nummer nicht auswendig – ich muss immer erst auf dem Arm nachsehen. Auch sonst kann ich mir aufgrund dieses Traumas keine Nummern merken.

Erst dort, am Strand von Noordwijk, trug ich die Nummer endlich sichtbar in der Sonne. Vielleicht war ich dort dazu in der Lage, weil mich niemand kannte. Es war nicht Israel, wo jedes Schulkind weiss, was eine schlichte blaue Nummer auf dem Arm eines Menschen bedeutet und wo der Betreffende gewesen ist. Ich weiss, dass ich die Nummer nicht aus Scham oder Schuldgefühlen verdeckt habe. Ganz und gar nicht. Aber warum dann? Das weiss nur der Satan von Auschwitz. Und dort in Noordwijk, wo ich mich darauf vorbereitete, meinen Geist von dem auf meinem Leben lastenden Fluch zu befreien, stand plötzlich ausgerechnet ein Deutscher hoch aufgerichtet vor mir, starrte auf die Nummer an meinem Arm und murmelte irgendetwas. Ich hörte nicht, was er sagte, und nahm meine Umgebung nicht mehr wahr. Jeden Augenblick würde jetzt etwas Schreckliches passieren, das wusste ich. Ein zum Wahnsinn getriebenes Tier erwachte in mir – bereit, seine Fangzähne in den Hals dieser Gestalt vor mir zu graben. Laut fluchend sprang ich auf und rannte davon.

Ich sehe immer noch das lächelnde Gesicht des Deutschen vor mir, für den die Tätowierung auf meinem Arm wegen ihrer Schlichtheit etwas ganz Aussergewöhnliches war. Ich frage mich, ob kommende Generationen in meiner Zeit innerhalb der deutschen Geschichte vielleicht nur noch eine schlichte, aussergewöhnliche Tätowierung sehen?»

In einer späteren Trance sah Dinur sich plötzlich in einer SS-Uniform. Er hatte die Schirmmütze mit dem Totenkopf auf, und da wusste er das «Allerschrecklichste» – dass er, als Mensch, mitschuldig war. Das war offenbar, was er in Leiden als wesentliche Wahrheit erfuhr: Der SS-Mann, der ihn zum Verbrennungsofen schickte, hätte er selbst sein können. Und so wandte er sich mit den Worten an Gott: «O Herr, gnädiger und barmherziger Herr, bin ich derjenige – bin ich es, der Auschwitz geschaffen hat?»

Eines Tages wusste er, dass die Arbeit mit Bastiaans beendet war. Er hatte den Graben zwischen Ka-Zetnik und Dinur überbrückt: Die Behandlung in Leiden hatte ihm zu Bewusstsein gebracht, dass Ka-Zetnik Dinur und Dinur Ka-Zetnik war, dieselbe Person. Auschwitz war nicht Teil einer anderen, sondern Teil dieser Welt, war Menschenwerk. Die «andere Welt» liess Dinur in Leiden zurück. Das höllische, finstere Auschwitz war ein Alptraum, der für ihn nun der Vergangenheit angehörte. Dinur konnte schlafen: Nachts quälten ihn keine Erinnerungen mehr. Tagsüber hielten die qualvollen Visionen jedoch an. Aber es war nicht mehr die Vergangenheit, die ihn quälte, sondern die Zukunft – die Angst vor einem atomaren Holocaust. «Wo die Menschheit ist, da ist auch Auschwitz», schrieb er. «Denn Auschwitz ist nicht vom Satan gemacht worden, sondern von dir und mir, und es war auch nicht Satan, der den Atompilz herbeigeführt hat, sondern du und ich. Der Mensch!» Wie König Salomon in Endor sei er zu Bastiaans gegangen, schrieb Dinur, um sich eine Erklärung für das allnächtlich durchlittene Auschwitz zu holen. Wo sollte er jetzt hingehen, um eine Erklärung für jenes Auschwitz einzufordern, das ihm bei Tag zu schaffen machte?

Es dauerte zehn Jahre, bis er die Geschichte von Leiden zu Papier bringen konnte; dann schrieb er sie in zweieinhalb Wochen – genauso wie damals Salamandra, seine erste Veröffentlichung als Zeitzeuge. Als

er mir das Manuskript zeigte, war er sich noch unschlüssig, ob er es nicht vielleicht einfach wegschliessen sollte. Denn, so meinte er, wer hatte ihn in dieser Welt schon zum Propheten bestimmt? Vielleicht wäre es am besten, das Manuskript zu verbrennen, wie er es mit Das Haus der Puppen zweimal getan hatte, ehe es dann doch erschien. Schliesslich beschloss er, Schiwitti zu veröffentlichen. Als das Buch herauskam, tat Ka-Zetnik etwas, das vorher undenkbar gewesen wäre: Er erklärte sich zu einem langen Fernsehinterview bereit.

Wie bei Ka-Zetniks Geschichte geht es auch bei der Geschichte von Israels schmerzhafter Auseinandersetzung mit dem Holocaust um eine unsichtbare Identität. Die Vorstellung der Israeli vom Holocaust hat ihre Vorstellung von sich selbst geprägt, genauso wie ihr sich änderndes Selbstbild zu einer andern Sicht des Holocaust und seiner Bedeutung führt. Wie Ka-Zetniks emblematische Geschichte enthält auch diese Geschichte ein grosses menschliches Drama von Verdrängen und Erkennen, von qualvoller Beschäftigung mit den Lehren der Vergangenheit.

Um diese grössere Geschichte geht es in Die siebte Million. Anfangen bei der Reaktion der Zionisten auf die Machtübernahme der Nazis und die Ankunft der ersten deutschen Flüchtlinge werden hier die kaum in vollem Sinne mitfühlend zu nennenden Reaktionen der jüdischen Gemeinde in Palästina auf die Vernichtung der europäischen Juden dokumentiert sowie die ersten schmerzlichen und von Unverständnis geprägten Begegnungen dieser Gemeinde mit den Überlebenden.

Nach dem Krieg herrschte grosses Schweigen über die Vernichtung der Juden. Dann kam es zu moralischen und politischen Konflikten – darunter die schmerzliche Debatte über die Beziehungen zu Deutschland –, die die Israelis langsam dazu brachten, die tiefere Bedeutung des Holocaust zu erkennen. Das Gerichtsverfahren gegen Adolf Eichmann diente der Nation als Therapie, indem es einen Prozess der Identifikation mit der Tragödie der Opfer und Überlebenden in Gang brachte – einen Prozess, der bis heute anhält.

Ausser der Gründung des Staates selbst fielen auch alle anderen be-

sonders schicksalsschweren Entscheidungen in der Geschichte Israels im Schatten des Holocaust: die Masseneinwanderung in den fünfziger Jahren, der Sechs-Tage-Krieg und Israels Atombombenprojekt. Im Laufe der Jahre ist das Holocaust-Erbe von manchen Israelis verzerrt und zu einem bizarren Kitsch-, Gedenk- und Totenkult gemacht worden. Auch andere haben dieses Erbe genutzt, ihr Spiel damit getrieben, ihren finanziellen Nutzen daraus gezogen, es popularisiert und politisiert. Je weiter der Holocaust zeitlich zurückliegt – und Geschichte wird –, desto stärker rücken seine Lehren in den Mittelpunkt einer verbissenen Auseinandersetzung über die Politik, Ideologie und Moral der Gegenwart.

Die siebte Million befasst sich damit, wie das Leben einer Nation weiterhin von den bitteren Ereignissen der Vergangenheit geprägt wird. So wie der Holocaust den sechs Millionen Opfern eine posthume Identität verliehen hat, hat er auch die kollektive Identität dieses neuen Landes geprägt – nicht nur in Bezug auf die Überlebenden, die nach dem Krieg herkamen, sondern in Bezug auf alle Israelis damals wie heute.

Teil I

*Hitler:
Die Jecken kommen*

In den dreissiger Jahren stand in der Strasse der Propheten in der Jerusalemer Innenstadt ein kleines, von Kiefern beschattetes, romantisch aussehendes Steinhaus. Seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts beherbergte es das deutsche Konsulat. Kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten stieg an einem der ersten Frühlingstage des Jahres 1933 ein Konsulatsangehöriger auf das Dach und hisste eine rote Fahne, in deren Mitte sich ein weisser Kreis mit einem schwarzen Hakenkreuz befand. Zionistischen Aktivisten, die dem rechtsgerichteten Jugendbund Betar angehörten, gelang es ein paarmal die unerwünschte Fahne herunterzuholen. Doch die Deutschen hissten jedesmal eine neue, und so flatterte das Hakenkreuz im Herzen Jerusalems während sechs von zwölf Jahren des «Dritten Reiches», bis das Konsulat zu Beginn des Zweiten Weltkriegs geschlossen wurde.¹

Palästina wurde damals von den Briten regiert. Solange zwischen dem «Dritten Reich» und Grossbritannien diplomatische Beziehungen bestanden, durften die deutschen Konsulate (ein zweites existierte in Jaffa) in Palästina ihren Geschäften nachgehen. Genau wie andere ausländische diplomatische Vertretungen in Jerusalem beschränkte auch das deutsche Konsulat seine Tätigkeit nicht auf die üblichen Konsulatsangelegenheiten; es diente effektiv den Nazis. Bei seinem Einsatz für deutsche Interessen stand es sowohl mit arabischen als auch mit jüdischen politischen Gremien in regelmässigem, engem Kontakt.

Das Völkerbundmandat, das England die Herrschaft über Palästina übertragen hatte, sah als jüdische Vertretung die Jewish Agency for Palestine vor, die mit der Mandatsmacht zusammenarbeiten und sie in Fra-

gen der Errichtung einer nationalen jüdischen Heimstätte beraten sollte. Für diese Rolle wurde damals die Zionistische Organisation (später Zionistische Weltorganisation) benannt, ein internationaler Bund zionistischer Gruppen, der Ende des vorigen Jahrhunderts von Theodor Herzl gegründet worden war und später von Chaim Weizmann geleitet wurde. In den dreissiger Jahren wirkte diese Institution praktisch als Regierung des entstehenden jüdischen Staates.

Verschiedene politische Parteien bemühten sich darum, in der Jewish Agency und anderen Organisationen Einfluss zu gewinnen. Fast überall dominierte die Mapai (Arbeitspartei) – eine Koalition aus den zwei grössten sozialistischen und zionistischen Parteien, die David Ben Gurion zusammengeführt hatte –, besonders seit er 1935 Vorstandsvorsitzender der Jewish Agency geworden war. Hauptoppositionspartei war die von Zeev Jabotinsky geführte «Union der Zionisten-Revisionisten». Sie hielt so unerschütterlich an ihrer Oppositionspolitik fest, dass sie in den stürmischen Jahren zwischen ihrer Gründung 1925 und der Staatsgründung 1948 aus der Zionistischen Organisation und allen anderen massgeblichen Gremien mindestens je einmal austrat. Auch die Revisionisten drängten auf nationale Rechte der Juden in Palästina, lehnten aber die offizielle, gesetzestreue zionistische Politik gegenüber den Briten wegen mangelnder Zielgerichtetheit und Standfestigkeit ab. Ausserdem behagte ihnen das sozialistische Ethos nicht, denn ihrer Ansicht nach boten private Investitionen die beste Aussicht darauf, auf schnellstem Wege Massen von Juden nach Palästina zu holen, um den Staat in der von ihnen verfochtenen grösstmöglichen Ausdehnung – zu beiden Seiten des Jordan – zu bevölkern. Der Betar, dessen Mitglieder die unerwünschte Nazifahne in Jerusalem immer wieder heimlich herunterrissen, war die Jugendorganisation der Revisionisten.

Von solchen demonstrativen Handlungen einmal abgesehen, verliefen die Beziehungen zwischen dem «Dritten Reich» und Palästina in den Vorkriegsjahren jedoch normal. Es gab Post-, Telefon- und finanzielle Verbindungen. Viele Juden, die in Deutschland zwangsweise ihre Arbeit verloren hatten, erhielten in Palästina weiterhin jeden Monat ihr Geld aus der deutschen Sozialversicherung. Palästina exportierte nach

Deutschland und umgekehrt Deutschland nach Palästina. Zwischen beiden Ländern herrschte ein reger Reiseverkehr per Schiff und – allerdings weit seltener – per Flugzeug. Manche Menschen reisten aus Deutschland an, um vor der Entscheidung für oder gegen eine Auswanderung nach Palästina die dortigen Lebensbedingungen zu erkunden. Andere kamen als Geschäftsleute oder auch als Urlauber und Touristen. Selbst Mitglieder der deutschen Regierung statteten Palästina gelegentlich einen Besuch ab, darunter Hitlers Innenminister Wilhelm Frick, der auf seiner Hochzeitsreise in Jerusalem Station machte.

Über den Aufstieg der Nazis informierte die engagierte hebräische Presse in Palästina ihre Leser ausführlich durch Meldungen der internationalen Depeschendienste und gelegentlich auch durch Berichte eigener Sonderkorrespondenten. In den Monaten vor der politischen Umwälzung in Deutschland machten in allen zionistischen Zeitungen Geschichten aus Berlin beinahe täglich Schlagzeilen. Die Berichte über die Vorgänge, die zu Hitlers «Machtergreifung» führten, gaben zwar nicht alle Einzelheiten genau wieder, vermittelten aber doch ein im Grossen und Ganzen korrektes Bild.

Am 31. Januar 1933, dem Tag nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, sprach die unabhängige liberale Tageszeitung *Haarez* abfällig von einem «äusserst negativen historischen Ereignis».² Zehn Tage später lautete eine ihrer Schlagzeilen: «Schwarze Tage in Deutschland».³ Die Zeitung ging den Meldungen über die anhaltenden «antisemitischen Greuel» nach, war aber – genau wie die britische Presse – in den ersten Wochen im Allgemeinen bemüht, die eigene Leserschaft zu beruhigen: «Man muss davon ausgehen, dass der Hitlerismus nun terroristischen Methoden eine Absage erteilen wird: Regieren bringt Verantwortung mit sich.»⁴ Die rechtsgerichtete *Doar Hajom* war gleicher Ansicht: «Es kann keinen Zweifel geben, dass sich der Kanzler Hitler von dem Kundgebungsredner Hitler unterscheidet.»⁵ Pessimistischer war hingegen von Anfang an die von der *Histadrut* (Arbeiterbund) herausgegebene Zeitung *Dawar*: «Es war ein bitterer und verhängnisvoller Tag, als der Neue Vandale an die Macht kam», schrieb diese linksgerichtete Tages-

zeitung am Tag nach dem Regierungswechsel in Deutschland. Sie schilderte Hitler als hasserfüllten Demagogen, der die Juden ausrotten werde.⁶

Auch wenn die Presse den Nationalsozialismus als neues Kapitel in der langen – vom Mittelalter über das russische Zarenregime bis in die Gegenwart reichenden – Geschichte des Antisemitismus betrachtete, fiel es ihr doch schwer, ihn in seiner gegenwärtigen Form zu verstehen. Einige Wochen nachdem Hitler Reichskanzler geworden war, verglich ein Autor das nationalsozialistische Deutschland mit der primitiven Welt des Dschungelbuchs von Rudyard Kipling; ein anderer bezeichnete den Nationalsozialismus als «offensichtliches Beispiel für eine Massenpsychose», die sich wohl nur mit Hilfe der Psychiatrie erklären lasse.⁷

Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt zeichnete sich in groben Zügen jene Debatte ab, die dann Jahre später in Israel zum beherrschenden Thema wurde: Welche Haltung sollte man gegenüber dem deutschen Volk einnehmen? Die Positionen dazu waren so verschieden wie das politische Spektrum. Hapoel Hazair, die Wochenzeitung der linksliberalen Arbeitspartei (Mapai), erklärte: «Unser Krieg gegen diesen verabscheuungswürdigen, verrückten Feind ist ein Krieg gegen ein bestimmtes Regime. [...] es ist kein Krieg gegen das deutsche Volk.»⁸ Von Seiten der politischen Rechten wurde diese Unterscheidung kaum gemacht: 17 Millionen Menschen – so viele Wähler hatten für Hitler gestimmt – seien keine kleine Minderheit mehr, schrieb Revisionistenführer Jabotinsky und verurteilte entsprechend die gesamte deutsche Nation.⁹ Zwischen diesen Positionen gab es noch einen Mittelweg: Die Tatsache, dass die Mehrheit der Deutschen Hitler unterstütze, so meinte Haarez, sei Beleg dafür, dass ein dummer, rüder und engstirniger Nationalchauvinismus im deutschen Volk tiefer verwurzelt sei als in anderen Nationen; dennoch könnten «alle Hitler der Welt die Namen Kant, Goethe und Schiller nicht aus der deutschen Geschichte löschen». In diesem Zusammenhang prägte die Zeitung den Begriff «das andere Deutschland» – ein stark emotionsgeladener Terminus, der später in der israelischen Politik häufige Verwendung finden sollte.¹⁰

Mehr als alles andere wurde die Machtübernahme durch die Nazis jedoch als Bestätigung der in der zionistischen Ideologie enthaltenen historischen Voraussage gesehen. Hapoel Hazair bezeichnete die nationalsozialistische Verfolgung der Juden als «Strafe» dafür, dass sie versucht hatten, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, anstatt nach Palästina auszuwandern, solange es noch möglich war. Jetzt müssten sie «wie gehetzte Mäuse» in Panik davonrennen, meinte das Blatt.¹¹ Das Organ der Revisionisten, Hasit Haam, drückte sich sogar noch drastischer aus: «In Deutschland werden die Juden jetzt nicht trotz ihrer Bemühungen, ein Teil ihres Landes zu sein, verfolgt, sondern wegen dieser Bemühungen.»¹² Der Holocaust bildete später das Hauptargument für die Errichtung des Staates Israel und seinen kriegerischen Überlebenskampf.

Die Führer des Jischuw – der jüdischen Gemeinde in Palästina – und der politischen Parteien verfolgten die Krise in Deutschland genau und hatten deren Bedeutung offenbar recht bald begriffen. «Hitlers anti jüdische Pläne bilden einen organischen Bestandteil seiner Ideologie, und er wird sie wahrscheinlich ausführen», stellte Jabotinsky Anfang 1933 fest. Und zwei Jahre später schrieb er: «Die Politik des Dritten Reichs gegenüber den Juden läuft auf einen Vernichtungskrieg hinaus, der schon jetzt in einer Weise geführt wird, der die Grenzen der Menschlichkeit übersteigt.»¹³ David Ben Gurion erklärte 1934, nachdem er Hitlers Mein Kampf gelesen hatte: «Hitlers Politik bildet eine Gefahr für das gesamte jüdische Volk.»¹⁴

Jeder fragte sich, wie sich die Verfolgung der Juden in Deutschland wohl auf das Leben in Palästina auswirken würde. Die Zeitungen prognostizierten «irreparable, ruinöse Verluste» und sprachen von einem «Totentanz» in Berlin. Dennoch erwarteten sie, dass die derzeitigen Schwierigkeiten und Qualen noch nie dagewesene historische Möglichkeiten eröffnen würden – vor allem eine verstärkte Einwanderung nach Palästina.¹⁵ Ben Gurion hoffte, der Sieg der Nazis werde für den Zionismus zur «fruchtbaren Kraft» werden.¹⁶ Der Schriftsteller und Mapai-Aktivist Mosche Beilinson fuhr nach Deutschland und meldete dem Mapai-Führer und Herausgeber der Zeitung Dawar, Berl Katznelson:

«Die Strassen sind mit mehr Geld gepflastert, als wir uns in der Geschichte unserer zionistischen Unternehmungen jemals erträumt haben. Hier bietet sich eine Gelegenheit zu Aufbau und blühendem Erfolg, wie wir sie noch nie gehabt haben oder je haben werden.»¹⁷

Einige Monate nach Hitlers Machtantritt reiste ein höherer zionistischer Funktionär nach Berlin, um diese günstige Gelegenheit zu nutzen und mit den Nationalsozialisten über die Emigration deutscher Juden und den Transfer ihres Eigentums nach Palästina zu verhandeln. Arthur Ruppin, Volkswirt und Jurist, war in Preussen geboren und lebte schon seit 25 Jahren in Palästina. Mittlerweile 57 Jahre alt, war er als einer der Gründungsväter von Tel Aviv in der zionistischen Bewegung eine bedeutende Persönlichkeit. Als er im Sommer 1933 Berlin wiedersah, waren bereits Tausende deutscher Juden aus ihren Berufen gedrängt worden: Verwaltungsbeamte, Lehrer, Professoren, Ärzte, Rechtsanwälte und Richter. Schläger der SA, der «Sturmabteilung» der NSDAP, patrouillierten vor den Eingängen jüdischer Geschäfte, um Kunden vom Betreten dieser Geschäfte abzuhalten; hin und wieder griffen sie Juden auf der Strasse an oder verbrannten öffentlich die Bücher jüdischer Autoren. Die ersten Konzentrationslager waren bereits in Betrieb, darunter auch eines unweit von Berlin.

Trotz der Terrorherrschaft in Deutschland konnte Ruppin kaum einen sichtbaren Beleg für die nationalsozialistische «Revolution» finden. «Wenn ich nicht von Zeitungsmeldungen und persönlichen Gesprächen her gewusst hätte, wie sehr sich die wirtschaftliche und politische Lage der Juden infolge der Regierungsverordnungen verschlechtert hatte, hätte ich es auf der Strasse überhaupt nicht wahrgenommen, zumindest nicht in Berlin», schrieb er in seinen Lebenserinnerungen.¹⁸ Jüdische Läden hatten geöffnet, wie er bemerkte. Auf dem Kurfürstendamm, der eleganten Geschäftsstrasse im Zentrum der Stadt, waren Juden in den Cafés noch willkommen und wurden bedient, als wenn nichts geschehen wäre.

Georg Landauer, ein Mitglied der Jewish Agency und ehemaliger Führer der zionistischen Bewegung in Deutschland, hatte Ruppin vorgeschlagen, nach Jena zu fahren – der berühmten Universitätsstadt, in

der einst Schiller, Hegel und andere grosse Deutsche zu Hause gewesen waren. Dort, so hatte Landauer gemeint, könne er sich mit einem der führenden nationalsozialistischen Rassentheoretiker treffen: Hans F. K. Günther. Das wäre für Ruppin sicherlich interessant, weil er sich doch selbst schon mit den Ursprüngen der «jüdischen Rasse» beschäftigt und dabei insbesondere nach einer Verbindung zwischen körperlichem Erscheinungsbild und geistigen Merkmalen der Juden geforscht habe. Bei einem zweistündigen Treffen erfuhr Ruppin von Günther, dass der Rassentheoretiker sich nicht als Urheber der arischen Rassenlehre betrachtete. Die Juden seien nicht minderwertiger als die Arier, sondern nur anders, versicherte Günther. Daher müsse für das Judenproblem eine «faire Lösung» gefunden werden. Der Professor sei äusserst freundlich gewesen, notierte Ruppin anschliessend befriedigt.¹⁹

Auch im nationalsozialistischen Aussen- wie im Finanzministerium liess der Empfang nichts zu wünschen übrig, wie Ruppin festhielt. Am Nachmittag des 7. August 1933 nahm er an einer Besprechung im Finanzministerium teil. Die Anwesenden kamen überein, dass jeder Jude, der nach Palästina emigriere, etwa 15'000 Reichsmark (1'000 Pfund Sterling) in ausländischer Währung mitnehmen und Waren im Wert von 20'000 Reichsmark – vielleicht auch noch mehr – nach Palästina ausführen dürfe, wobei die finanzielle Seite von jüdischen und deutschen Treuhandgesellschaften geregelt werden sollte.²⁰ 1'000 Pfund Sterling benötigte man, um von den Briten die Genehmigung zu bekommen, sich als «Kapitalist» – wie diese Einwanderungskategorie hiess – in Palästina anzusiedeln. Das war damals eine beträchtliche Summe: Mit weniger als 300 Pfund Sterling im Jahr konnte eine vierköpfige Familie schon ein gutbürgerliches Leben führen.²¹

Das Haawara-Abkommen – der hebräische Begriff für Umsiedlung wurde auch in den NS-Dokumenten verwandt – beruhte auf den einander ergänzenden Interessen der deutschen Regierung und der zionistischen Bewegung: Die Nazis wollten die Juden aus Deutschland hinausdrängen; die Zionisten wollten sie gerne in Palästina haben.²² Ein ähnliches wechselseitiges Interesse bestand zwischen den Zionisten und den deutschen Juden allerdings nicht. Die meisten deutschen Juden wä-

ren lieber in ihrem Heimatland geblieben. Die spannungsgeladenen Gegensätze zwischen den Interessen des Jischuw (beziehungsweise, ab 1948, des Staates Israel) und denen des Weltjudentums sollten in der Geschichte der israelischen Einstellung zum Holocaust zu einem zentralen Motiv werden.

Es lässt sich nicht mehr feststellen, wer als erster den Vorschlag gemacht hat, mit dem «Dritten Reich» über ein Emigrations- und Eigentumstransferabkommen zu verhandeln. Doch folgte der Vorschlag guter zionistischer Tradition: Theodor Herzl hatte in seiner Schrift *Der Judenstaat* (1896) ähnliche Vorstellungen geäußert.²³ Anscheinend ist der Gedanke an so etwas wie das Haawara-Abkommen verschiedenen Personen mehr oder weniger gleichzeitig gekommen.

Zu ihnen gehörte Sam Cohen, ein Millionär aus Łódź in Polen, der sich als äusserst erfolgreicher Immobilienmakler in Berlin niedergelassen hatte. Er war Mitinhaber einer kleinen Bank sowie einer Zeche und besass ein Schloss. In Palästina hatte dieser erfahrene Geschäftsmann, Abenteurer und Philanthrop Land gekauft, das er durch die von ihm betriebene Gesellschaft Hanotea («der Pflanzler») an neue Siedler verpachtete. Als die Nazis die Macht übernahmen, kam ihm die Idee, dass es – wegen des vermehrten Zustroms von Einwanderern und Kapital nach Palästina – zionistischen Interessen und – wegen der Verkaufs- und Kommissionserlöse – auch Hanotea-Interessen dienlich wäre, wenn das Kapital deutscher Juden in Form von Waren nach Palästina transferiert würde. Mit Hilfe seiner Verbindungen in Berlin gelang es ihm, die ersten Genehmigungen zu erhalten, die es Juden gestatteten, aus Deutschland soviel Geld auszuführen, wie man in Palästina zur Ansiedlung als «Kapitalist» benötigte. Und von Hanotea sollte dann bei der Auswanderung offenbar auch der Eigentumstransfer abgewickelt werden. Für alle Beteiligten schien das eine gute Sache zu sein. Vergleichbare Vorstellungen hatte Chaim Arlosoroff, der Leiter der politischen Abteilung der Jewish Agency. Anscheinend wusste er nichts von Cohens Vereinbarungen, als er im Juni 1933 nach Berlin kam, um etwas Ähnliches zu erreichen; die Einzelheiten seiner Kontaktgespräche be-

hielt Arlosoroff dabei lieber für sich. Als dritter ist in diesem Zusammenhang der Anwalt Felix Rosenblüth zu nennen, einer der früheren Führer der deutschen zionistischen Bewegung. Er hatte in Gesprächen mit anderen aus Deutschland emigrierten zionistischen Persönlichkeiten – unter ihnen Arthur Ruppin – ähnliche Ideen zur Diskussion gestellt.

Auf diese unkoordinierte Weise wurde mit den Deutschen Anfang 1933 mehrere Monate lang verhandelt. Dabei stellte der im deutschen Finanzministerium für Devisen zuständige Mann, Hans Hartenstein, schliesslich überrascht fest, dass die Juden, die ihm am Verhandlungstisch gegenüber sass, keine einheitlichen Interessen vertraten, sondern miteinander konkurrierten und dadurch die gesamten Vereinbarungen gefährdeten. Die Führer der Jewish Agency wollten verhindern, dass Privatunternehmer Cohen bei dem Abkommen ein Monopol eingeräumt wurde – unter anderem, weil seine Hanotea-Gesellschaft in Palästina mit der revisionistischen Rechten identifiziert wurde. Stattdessen brachten sie Jatschin ins Gespräch, eine mit der Histadrut verbundene Firma, die in Berlin von Levi Schkolnik repräsentiert wurde, der später, als Levi Eschkol, Premierminister werden sollte. *

Heinrich Wolff, der bald darauf wegen seiner jüdischen Frau als deutscher Konsul in Jerusalem abgelöst wurde, musste eingreifen, um einen Abbruch der Verhandlungen zu verhindern. Von Cohen offenbar bestochen und von der Jewish Agency erpresst, befand er sich in einer Zwickmühle.²⁵ Schliesslich konnten die Jewish Agency und Ruppin die Verhandlungen unter ihre Kontrolle bringen, doch Cohen, die Histadrut, die Mapai und der – innerhalb der Zionistischen Organisation für Landkauf

* Auch andere zukünftige Premierminister mischten sich in verschiedenen Phasen in die Haawara-Verhandlungen ein. David Ben Gurion und Mosche Schertok (später Sharett) setzten sich auf den zionistischen Kongressen und auf Vorstandssitzungen der Jewish Agency für das Haawara-Abkommen ein. Golda Meyerson (später Meir) verteidigte es in New York. Menachem Begin hingegen schlug sich auf Zeev Jabotinskys Seite, als dieser das Abkommen bekämpfte. – Zu Ben Gurion und Schertok: Black, *Transfer Agreement*, S. 294; zu Meyerson: ebenda, S. 366; zu Begin: Avieser Golan und Schlomo Nakdimon, *Begin*, Tel Aviv 1978, S. 39.²⁴

und Landerschliessung zuständige –Jüdische Nationalfonds bekamen alle ein Stück vom Kuchen. Ein Teil der Profite wurde zum Ankauf von Land für jüdische Siedlungen verwandt.

Einzelne Punkte des Abkommens wurden von Zeit zu Zeit geänderten Interessen angepasst, und neue Vereinbarungen kamen im Laufe der Jahre hinzu, aber im Wesentlichen wurde die Haawara durch Treuhandgesellschaften abgewickelt, die man für diesen Zweck in Deutschland und Palästina gegründet hatte. Bevor die jüdischen Emigranten aus Deutschland ausreisten, deponierten sie ihr Kapital bei der deutschen Treuhandgesellschaft, die mit diesem Geld bei deutschen Lieferanten Waren für den Export nach Palästina kaufte. Wenn in Palästina ein Kunde Waren aus Deutschland bestellte, wickelte er seine Zahlungen über die dortige Treuhandgesellschaft ab, die das Geld ihrerseits in entsprechender Höhe den Juden zurückgab, die in der Zwischenzeit aus Deutschland eingetroffen waren. Dieses komplizierte System erforderte besonderen finanziellen und juristischen Sachverstand, und man brauchte viel Geduld – nicht zuletzt für den endlosen Papierkrieg. Von dem Abkommen profitierten alle Beteiligten. Die Nazis wurden zahlreiche Juden los, erhöhten ihr Exportvolumen – auch wenn sie dafür keine Devisen bekamen – und durchbrachen den Wirtschaftsboykott, zu dem mehrere (überwiegend in den USA ansässige) jüdische Organisationen aufgerufen hatten. Die zionistische Bewegung gewann neue Siedler, die ohne die Genehmigung des Kapitaltransfers vielleicht gar nicht nach Palästina gekommen wären. Und die Emigranten konnten auf diese Weise aus Deutschland mit einem grösseren Teil ihres Besitzes entkommen, als ihnen wohl auf anderem Wege möglich gewesen wäre. Dass sie dem Abkommen ausserdem ihr Leben verdankten, wurde erst mit der Zeit deutlich.

Das Haawara-System funktionierte in der einen oder anderen Form bis zur Mitte des Zweiten Weltkriegs. Rund 20'000 Menschen wurde auf diese Weise geholfen, und umgerechnet etwa 30 Millionen Dollar flossen von Deutschland nach Palästina. Das war zwar auch schon damals keine fürchterlich grosse Summe, dennoch gab dieses Geld der Wirtschaft des Landes und dem zionistischen Projekt einen gewissen

Auftrieb.²⁶ Die Einwanderer mussten jeweils lange – manchmal bis zu drei Jahren – auf ihr Geld warten. Sie verloren bis zu 35 Prozent ihres Kapitals, hätten aber nach Berechnungen von Befürwortern dieser Umsiedlungsaktion noch mehr verloren, wenn sie ihr Geld auf irgendeine andere legale Weise transferiert hätten.²⁷

Dennoch war die Haawara ein Pakt mit dem Teufel und führte, solange das Abkommen Bestand hatte, zu heftigen Disputen und Konflikten: zwischen einer linksgerichteten nationalen Führung und einer rechtsgerichteten Opposition, die ihre politischen Behauptungen nicht in der Praxis beweisen musste; zwischen pragmatischem Aktivismus und emotionalem Populismus; zwischen der Notwendigkeit, Juden zu retten und jüdische Siedlungen zu bauen, und dem Wunsch, die nationale Ehre zu wahren; zwischen zionistischen Interessen im Lande Israel und weltweiter jüdischer Solidarität. Wie kein anderes Problem habe damals das Haawara-Abkommen zu äusserst scharfen Auseinandersetzungen zwischen Juden geführt, bemerkte David Ben Gurion dazu.²⁸ Weiter angeheizt wurde die Debatte durch Prestigekämpfe und Gerangel um die ideologische Vorherrschaft, durch Intrigen, Anschuldigungen und Drohungen sowie durch Täuschung, Behinderung und Erpressung.

Damals war die zionistische Politik in Palästina stark von den – linken wie rechten – ideologischen Strömungen in Europa beeinflusst. In der linksgerichteten Presse sprach aus fast sämtlichen Kommentaren zur Machtübernahme durch Hitler und die NSDAP ein sozialdemokratisches Solidaritätsgefühl und eine durch die Zerschlagung der Weimarer Demokratie hervorgerufene Angst. So beschränkte etwa das Mapai-Wochenblatt Hapoel Hazair seinen Blickwinkel nicht auf die den Juden drohende Gefahr, sondern beschrieb den Nationalsozialismus als «schwarze Reaktion, die darauf abzielt, Deutschland zu den finstersten Vorstufen des Mittelalters zurückzutreiben».²⁹

Die revisionistische Rechte hatte hingegen seit Langem Sympathien für Benito Mussolinis Faschismus bekundet und – natürlich abgesehen von dessen Antisemitismus – gelegentlich sogar für Adolf Hitlers Natio-

nalsozialismus. Jabotinskys Jugendbund Betar pflegte klassische faschistische Ideen und Formen. 1928 hatte der bekannte revisionistische Journalist Abba Achimeir in der Zeitung Doar Hajom eine regelmässige Kolumne mit dem Titel «Aus dem Notizbuch eines Faschisten». Mit Blick auf Jabotinskys Ankunft in Palästina überschrieb er einen Artikel mit der Schlagzeile «Zur Ankunft unseres Duce».³⁰

Vier Jahre später stand Achimeir Anfang 1932 mit anderen vor Gericht, weil er eine öffentliche Vorlesung an der Hebräischen Universität gestört hatte. Dieser Vorfall und der anschliessende Prozess sind nur insofern bemerkenswert, als der verteidigende Anwalt Zwi Eliachu Cohen dem Staatsanwalt, der in seinen Ausführungen die Störung der Vorlesung mit Störungen durch Nazis in Deutschland verglich, Folgendes entgegnete: «Der Hinweis auf die Nazis geht zu weit. Wenn es bei Hitler keinen Antisemitismus gäbe, hätten wir nichts gegen seine Weltanschauung. Hitler hat Deutschland gerettet.» Dies war keine unbedachte Äusserung, was sich nicht zuletzt daran zeigte, dass die revisionistische Zeitung Hasit Haam Cohens Stellungnahme als «brillant» lobte.³¹

Welche Präferenzen die rechte Presse in Palästina beim Kampf zwischen den Nazis und ihren kommunistischen Gegnern hatte, war nicht zu übersehen. In einem Artikel, in dem es unter anderem um die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ging, stellte Achimeir den «Führer» in eine Reihe mit anderen «leuchtenden Namen» aus der Geschichte: Mustafa Kemal Atatürk, Josef Pilsudski, Eamon De Valera und Benito Mussolini.³² «Hitler hat uns immer noch nicht soviel Unheil gebracht wie Stalin», bekräftigte Hasit Haam einige Wochen nach dem Regierungswechsel in Deutschland und meinte, die zionistische Linke habe eine andere Einstellung zu den Nazis als die Revisionisten. «Sozialdemokraten aller Couleur halten Hitlers Bewegung für eine leere Schale», erklärte die Zeitung, «wir [aber] glauben, dass es neben der Schale auch einen Kern gibt. Die antisemitische Schale wird fallen, nicht aber der antimarxistische Kern.» Von revisionistischer Seite werde man, so hiess es weiter, die Nationalsozialisten nur insoweit bekämpfen, als sie Antisemiten seien.³³

Jabotinsky hatte hingegen weniger Sympathien für den Nationalsozialismus übrig als seine Anhänger. Er kritisierte die Hasit Haam-Redakteure, bezeichnete die Artikel über Hitler als «Messerstich in den Rücken», «Schande» und «verbale Prostitution» und bestand darauf, dass derartige Artikel in Zukunft nicht mehr erscheinen dürften. Innerhalb weniger Wochen lernten auch seine Anhänger, keinen Unterschied mehr zwischen Schale und Kern zu machen.³⁴

Bei den Delegierten wählen zum 18. Zionistischen Kongress im Sommer 1933 war das Haawara-Abkommen ein zentrales Thema. Die Revisionisten lehnten jeglichen Kontakt mit dem «Dritten Reich» ab, weil so etwas nicht mit der Ehre des jüdischen Volkes zu vereinbaren sei. Jabotinsky hielt solche Kontakte für «unwürdig, schändlich und verachtenswert».³⁵ Die revisionistische Presse bezeichnete die Zionistische Organisation und die Jewish Agency nun als «Verbündete Hitlers», die «Ehre, Gewissen und Ethik des jüdischen Volkes rücksichtslos mit Füßen treten» sowie als «finstere Charaktere», die «mit den Nöten der Juden und dem Lande Israel ihren Handel treiben», als «miese Typen», die «die Rolle von Hitlers Agenten in Palästina und im gesamten Nahen Osten übernommen haben» und als «Verräter» und «Betrüger», die «nach Hitlers Regierung gieren».*³⁶

* Bei den heftigen Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten stellten die Parteiführer ihre politischen Gegner häufig mit den Nazis auf eine Stufe. So stand Adolf Hitlers Name im öffentlichen Bewusstsein nicht nur für Gefahr, sondern auch für eine allseitig einsetzbare politische Beleidigung.

Am 14. September 1930, dem Wahltag zum 5. Reichstag, in dem die Nazis aufgrund des Wahlergebnisses dann die zweitstärkste Fraktion stellten, hielt sich David Ben Gurion anlässlich einer Tagung in Berlin auf. Am Tag darauf schrieb er, der «betäubende Sieg der ‚deutschen Revisionisten‘ sei «grösser ausgefallen als befürchtet». Bei der Lektüre der nationalsozialistischen Presse habe er das Gefühl gehabt, Zeev Jabotinskys Worte in der Doar Hajom zu lesen: «dieselben Inhalte, derselbe Stil und derselbe Geist.»³⁷

Chaim Weizmann, Zionistenführer und später Israels erster Präsident, sprach sich im selben Jahr gegen eine politische Hysterie «Marke Hitler» aus und erklärte, der Revisionismus gleiche «dem Hitlerismus in seiner schlimmsten Form».³⁸ 1932 bezeichnete der Chefredakteur der Mapai-Wochenzeitung die Revisionisten als «Kin-

Den führenden zionistischen Kreisen fiel es schwer, den Revisionisten und ihrer emotionalen Ablehnung von Kontakten mit Deutschland überzeugende Argumente entgegenzusetzen. Es kam mehr als einmal vor, dass sich die Mapai-Führung für ein gemässigeres Vorgehen aussprach, als es die Mehrheit ihrer Wähler befürwortete. Aus diesem Grund versuchte die Arbeitspartei damals wie auch bei späteren Kontroversen, die Einzelheiten ihrer Kontaktgespräche geheimzuhalten, darunter auch die, die das Haawara-Abkommen betrafen. Letztere wurden erst öffentlich bestätigt, nachdem die Presse davon Wind bekommen hatte. Und dann rechtfertigte die Parteiführung ihren Vorschlag mit rein praktischen Überlegungen und bemäntelte ihn nicht mit «Ruhm» oder «nationaler Ehre»; sie sprach ausschliesslich von realistischen Zielen – vom Möglichen und Machbaren. Die Pragmatiker erinnerten die Revisionisten unverblümt an das Abkommen, das Jabotinsky zur Schaffung einer jüdischen Gendarmerie mit der antikommunistischen Regierung Simon Petluras ausgehandelt hatte, obwohl Petluras Anhänger ein Massaker an ukrainischen Juden verübt hatten. Und sie zitierten Jabotinsky, der erklärt hatte, für das Land Israel sei er selbst zu einem Pakt mit dem Teufel bereit.⁴⁴ Ben Gurion schlug seiner Partei vor, in einem speziellen Flugblatt die Einzelheiten der Vereinbarung zwischen der revisionistischen Hanotea-Gesellschaft und den deutschen Behörden zu veröffentlichen und so das heuchlerische Verhalten der Gegner der Haawara-Politik anzuprangern.⁴⁵

Im Vorfeld des 18. Zionistischen Kongresses erschien in der revisio-

der, die mit einem jüdischen Hakenkreuz spielen».³⁹ Jabotinsky gab noch im selben Jahr das Kompliment zurück, als er einen gegen die Mapai gerichteten Artikel mit «Das rote Hakenkreuz» überschrieb.⁴⁰ Zwei Monate nach Hitlers Machtübernahme nannte Ben Gurion Zeev Jabotinsky, dem seine Eltern ursprünglich den Namen Wladimir gegeben hatten, «Wladimir Hitler».⁴¹

In dieser Form hielt die Auseinandersetzung während der Zeit des «Dritten Reiches» und auch noch danach jahrelang an. Als der Holocaust in seinen grässlichen Einzelheiten längst bekannt war, verglich Ben Gurion Menachem Begin mit Hitler.⁴² Im Gegensatz dazu wandte sich Berl Katznelson scharf dagegen, die Revisionisten mit den Nazis zu vergleichen.⁴³

nistischen Zeitung Hasit Haam mitten im heftig geführten Wahlkampf ein Artikel, in dem der Vorwurf erhoben wurde, die Ehre, Rechte und Sicherheit der hebräischen Nation sowie ihre Stellung in der Welt seien «für einen Hurenlohn an Hitler verkauft worden», ohne dass man Bedingungen gestellt oder Gegenleistungen festgesetzt hätte. Die Zeitung drohte, das jüdische Volk werde schon wissen, «wie es auf dieses abscheuliche Vorgehen zu reagieren hat».⁴⁶ Zu denen, die angeprangert wurden, bei dem Abkommen ihre Hand im Spiel gehabt zu haben, gehörte auch Chaim Arlosoroff, der gerade von Haawara-Gesprächen aus Deutschland zurückgekehrt war.

Am selben Tag, dem 16. Juni 1933, ass Arlosoroff mit dem britischen Hochkommissar für Palästina, Sir Arthur Wauchope, zu Mittag. Abends machte er mit seiner Frau Sima am Strand von Tel Aviv einen Spaziergang. Plötzlich kamen zwei Männer, die dort herumlungerten, auf sie zu. Während der eine Arlosoroff mit einer Taschenlampe ins Gesicht leuchtete, zog der andere eine Pistole und schoss auf ihn. Arlosoroff wurde in aller Eile in das Hadassah-Hospital gebracht, starb dort aber kurz nach Mitternacht auf dem Operationstisch. Diesen Mord lastete die Mapai den Revisionisten an. Der Vorfall vergiftete auf Jahre hinaus das Verhältnis beider Parteien zueinander und warf seinen Schatten auf die Politik in Israels.*

Die Revisionisten vertraten die Ansicht, statt mit den Nazis zu verhandeln, müsse man Deutschland aus der Völkergemeinschaft ausstossen

* Zu den merkwürdigeren Entscheidungen der Regierung Begin gehörte im Jahre 1982 die Einsetzung einer offiziellen Untersuchungskommission, die den Wahrheitsgehalt der – nun erneut von Schabtai Teveth in seiner Ben-Gurion-Biographie geäußerten – Behauptung überprüfen sollte, zwei Mitglieder der revisionistischen Bewegung seien an der Ermordung Arlosoroffs beteiligt gewesen. Die Kommission gelangte zu dem Schluss, dass die ihr benannten Männer weder Mörder noch Mordkomplizen seien, erklärte aber gleichzeitig, dass die Beweislage nicht ausreiche, um die Mörder zu identifizieren oder festzustellen, ob es sich um einen politischen Mord gehandelt habe.⁴⁷ Das Rätsel blieb ungelöst.

und es mit einem internationalen wirtschaftlichen und diplomatischen Boykott konfrontieren. Diese Idee kam aus Amerika; sie war zwar kämpferisch und stolz, hätte aber niemals den Sturz des Hitlerregimes bewirken können. In Deutschland nahm man diese Äusserungen allerdings nicht auf die leichte Schulter; die Nationalsozialisten gingen davon aus, dass die Juden ihnen Schaden zufügen konnten. Sie drohten daraufhin der jüdischen Führung in den USA, organisierten im Gegenzug in Deutschland einen eintägigen Boykott jüdischer Geschäfte und beschleunigten die Verhandlungen über das Haawara-Abkommen. Ziel der Nationalsozialisten war es unter anderem, die Judenschaft zu spalten in die Haawara-Anhänger auf der einen und die Boykottbefürworter auf der anderen Seite. Und zu dieser Spaltung kam es tatsächlich.⁴⁸

Als der Zionistische Kongress im August 1933 in Prag zusammentrat, billigte er praktisch die Haawara-Politik. Dennoch fuhren viele der Delegierten und Funktionäre im Anschluss an den Kongress zu einer internationalen jüdischen Tagung nach Genf, die Rabbi Stephen Wise vom American Jewish Congress einberufen hatte, um einen Boykott gegen Deutschland zu planen.* Durch den Boykott sollten die Nazis gezwungen werden, ihre Verfolgungsmassnahmen einzustellen, damit Juden auch weiterhin in Deutschland leben könnten. Im Gegensatz dazu wollten Ben Gurion und seine Mitstreiter, dass sich deutsche Juden in Palästina ansiedelten, und betrachteten die Haawara-Politik als Mittel zu diesem Zweck.

Auch in Palästina ging die Debatte weiter. Als die Umsiedlung (Haawara) 1935 auf einer Sitzung des Nationalrats (Waad Leumi)** in Frage gestellt wurde, explodierte Ben Gurion: «Was ist denn mit Ihnen los? Haben Sie den Verstand verloren?» Was denn aus dem immer so

* Diese Tagung war die zweite ihrer Art. Die erste hatte im Vorjahr stattgefunden, ehe die Nazis an die Macht gekommen waren. Die dritte Tagung fand im folgenden Jahr statt. Diese Konferenzen bereiteten für den Jüdischen Weltkongress zum Teil den Boden.

** Der Waad Leumi, der gewählte Nationalrat der Juden in Palästina, kontrollierte jüdische Kommunalverwaltungen, war für innere Angelegenheiten wie das Schulwesen zuständig und beaufsichtigte zusammen mit der Jewish Agency die Hagana, die geheime jüdische Verteidigungsmacht.

pragmatischen und vernünftigen Judaismus geworden sei, wollte er weiter wissen. Beabsichtigten die Ratsmitglieder, Hitler zu assistieren?⁴⁹ Jahre später wurde die Debatte über das Entschädigungsabkommen mit Westdeutschland in ähnlicher Weise geführt, zuweilen sogar mit genau den gleichen Worten.

In seiner leidenschaftlichen Rede setzte sich Ben Gurion für die Rettung des deutschen Judentums-eines der «Stämme Israels» – ein und sprach sich für dessen Umsiedlung nach Palästina aus anstelle von Aktionen gegen Hitler. «Ich glaube nicht, dass wir ihn stürzen können, und mich interessiert nichts als die Rettung dieser 500'000 Juden», sagte er.⁵⁰ Nach Ben Gurions Ansicht ging es bei der Frage Rettung oder Boykott um die Frage Zionismus oder Assimilation, nationalistische Interessen einer jüdischen Ansiedlung in Palästina oder internationaler Krieg gegen den Antisemitismus.⁵¹ Seine Äusserungen bedeuteten implizit, dass der Krieg gegen den Antisemitismus kein Teil der zionistischen Aufgabe sei. Der bekannte, unter dem Namen «Rabbi Benjamin» publizierende Kolumnist Joschua Radler-Feldman erklärte dazu, das Exil (wie die Diaspora genannt wurde) unterscheide sich von Zion dadurch, dass im Exil beim Kampf ums Überleben der Wunsch besteht, den bösen Haman * in seinem eigenen Land zu überwinden. «Das Exil will die Juden trotz aller Schwierigkeiten, Verfolgung und Opfer in Deutschland behalten», schrieb er weiter. «Zion möchte sie losreissen. Es will mit einem Krieg gegen Haman nichts mehr zu tun haben, weil es einen solchen Krieg für eine Sisyphusarbeit hält und sich einzig und allein für die illegale und legale Einwanderung interessiert, trotz aller Qualen und Opfer auf dem Weg nach Zion.»⁵²

Ben Gurion meinte, jeder Jude habe in sich einen zionistischen und einen «assimilationistischen» Anteil. Die Auseinandersetzung zwischen den beiden sei die «dringlichste moralische, nationale Angelegenheit», mit der das Judentum derzeit konfrontiert sei.⁵³ «Die Assimilationisten haben dem Antisemitismus schon immer den Krieg erklärt», sagte er.

* Ein Juden verfolgender Günstling des persischen Königs Xerxes – Anm. d. Übers.

«Dies äussert sich nun in einem ‚Boykott‘ gegen Hitler. Der Zionismus ist schon immer für die Unabhängigkeit des jüdischen Volkes im eigenen Heimatland [eingetreten]. Jetzt haben sich einige Zionisten dem Chor der Assimilationisten angeschlossen: ‚Krieg‘ dem Antisemitismus! Wir müssen auf die Katastrophe, der sich das deutsche Judentum gegenüberzieht, aber eine zionistische Antwort geben: Wir müssen aus diesem Unglück eine Möglichkeit zur Entwicklung unseres Landes machen und Leben wie Eigentum der deutschen Juden um Zions willen retten. Diese Rettung hat vor allem anderen Priorität.»

Die Konzentration auf einen Boykott wäre zum jetzigen Zeitpunkt ein «moralisches Versagen» sondergleichen.⁵⁴

Ben Gurions Äusserungen riefen starke Reaktionen hervor. «Diese ganze Begeisterung bei den Linken hätte es nicht gegeben, wenn Mapainaher Institutionen nicht [vom Haawara-Abkommen] profitieren würden», empörte sich die Doar Hajom.⁵⁵ Das gemässigter rechtsgerichtete Blatt Haboker nannte Ben Gurions Rede banal, töricht, unverantwortlich und beleidigend. Es werde immer Juden geben, die in anderen Ländern leben, schrieb die Zeitung weiter und bezeichnete die Verwendung des Begriffs «Assimilationist» als «Gipfel der Demagogie».⁵⁶

Selbst innerhalb der zionistischen Führung war Ben Gurions Standpunkt nicht unumstritten. Einige führende Köpfe der Jewish Agency erhoben den Vorwurf, das Abkommen mit den Deutschen werde die Polen dazu ermutigen, die Juden im eigenen Land anzugreifen. Jizchak Gruenbaum, Mitglied des Exekutivkomitees und ehemals Führer der polnischen Juden, verlangte die Beendigung der Haawara. «Wir müssen gegen Nazideutschland einen offenen Krieg beginnen, ohne uns über das Schicksal der Juden in Deutschland weiter Gedanken zu machen», sagte Gruenbaum. «Bei allen [deutschen] Botschaften die Fensterscheiben einzuwerfen» und Massendemonstrationen zu organisieren sollten als Vorschläge in Betracht gezogen werden. «Natürlich werden die deutschen Juden dafür bezahlen», meinte er, «aber es gibt keine Alternative. Wenn wir das jetzt nicht tun, werden die Juden in Polen und Rumänien morgen das gleiche Schicksal erleiden wie die Juden in

Deutschland heute.»⁵⁷ Gruenbaum war der Ansicht, bei der Ansiedlung in Palästina solle nichts überstürzt werden. «Wir brauchen das Exil [die Diaspora] mindestens noch weitere 50 Jahre», sagte er und warnte davor, die Juden zur Flucht aus ihren Ländern zu ermuntern. «Eine Nation auf der Flucht kann sich kein Heimatland aufbauen.»⁵⁸

Andere führende Persönlichkeiten der Jewish Agency vertraten weiterhin die Meinung, dass die Boykott- und die Haawara-Politik keinen Widerspruch bildeten; in einer Gesamtstrategie hätten beide ihre Rolle. Das war natürlich unlogisch. Ben Gurion hatte recht: Die Boykottbewegung gegen Deutschland stellte in der Tat einen ziemlich jämmerlichen Versuch dar, jüdische Rechte überall dort hochzuhalten, wo Juden lebten – selbst im «Dritten Reich». Um sein Argument zu verdeutlichen, gebrauchte Ben Gurion harte Worte, die beizeiten von Antizionisten aufgegriffen wurden. «Wenn ich wüsste», erklärte er, «dass es durch Transporte nach England möglich wäre, alle [jüdischen] Kinder aus Deutschland zu retten, durch Transporte nach Palästina aber nur die Hälfte von ihnen gerettet werden könnte, würde ich mich für letzteres entscheiden – denn wir werden nicht nur von diesen Kindern zur Rechenschaft gezogen, sondern müssen dem jüdischen Volk historische Rechenschaft ablegen.»⁵⁹ Im Zusammenhang mit dem «Kristallnacht»-Pogrom meinte Ben Gurion, dass das «menschliche Gewissen» verschiedene Länder dazu bringen könnte, ihre Grenzen für jüdische Flüchtlinge aus Deutschland zu öffnen. Er sah darin eine Bedrohung und warnte: «Der Zionismus ist in Gefahr!»⁶²

* Schabtai Teveth, Ben Gurions Biograph, ist sehr bemüht, diese Aussage in ein anderes Licht zu stellen. Zwei Jahre vorher habe Ben Gurion das Gegenteil gesagt, ausserdem habe er die Gewohnheit gehabt, seinen Standpunkt jeweils mit stark übertriebenen Worten – in Form einer «reductio ad absurdum» – darzulegen, erklärt der loyale Biograph. Ben Gurion habe gewusst, dass er diese Kinder auf keinen Fall retten konnte, weder in Palästina noch in England. Die schreckliche Bedeutung, die seine Worte durch spätere Ereignisse erhielten, habe gar nicht in seiner Absicht gelegen. Er habe einzig und allein sagen wollen, dass es Befreiung für das jüdische Volk nur in Palästina geben könne, schrieb Teveth.⁶⁰ Auf alle Fälle war das Haawara-Abkommen mit den Nazis unter der Bedingung geschlossen worden, dass die Juden nach Palästina gehen.⁶¹

So führte die Haawara-Debatte bei den Juden in Palästina zu einer kollektiven Gewissensprüfung und einer tiefen Identitätskrise. «Wer sind wir – Menschen, Juden oder Zionisten?» fragten sie sich. «Was sind unsere Rechte und Pflichten?» Jede der Parteien fand in der jüdischen Geschichte Belege für die eigenen Behauptungen. Es werde immer wieder stolz und voller Bewunderung, so hiess es in der Zeitung Haboker, die wahre Geschichte von Dona Gracia Mendes erzählt, einer aussergewöhnlichen Frau, die im 16. Jahrhundert eine Boykottbewegung gegen die Feinde des jüdischen Volkes ins Leben rief. «Wenn sie Reden wie die von David Ben Gurion im Waad Leumi hören könnte, würde sie rot vor Scham.»⁶³ Andere meinten, warum solle man nicht mit Adolf Hitler verhandeln, um deutsche Juden zu retten und sie nach Palästina zu holen; schliesslich habe auch Moses keine Bedenken gehabt, mit dem Pharao zu verhandeln, um die Kinder Israels aus Ägypten herauszuführen.⁶⁴

Bei diesem Kampf um die Macht in der zionistischen Bewegung siegten die Befürworter des Haawara-Abkommens. Ihre politische Linie wurde vom nächsten Zionistenkongress, der 1935 in Luzern zusammenkam, bestätigt. Auch der Waad Leumi lehnte am Ende den Boykott ab.⁶⁵

Das Haawara-Abkommen erwies sich für die damals fast bankrotte Jewish Agency letztlich als wichtige Stütze, die neuen Auftrieb gab. Kostenlos war dieser Sieg allerdings nicht gewesen: Der Jischuw isolierte sich dadurch von der vorherrschenden Strömung innerhalb des Weltjudentums und seiner Reaktion auf die nationalsozialistische Machtübernahme. Dennoch waren die Pragmatiker überzeugt, dass ein Boykott gegen Deutschland den Interessen Palästinas nicht förderlich wäre und sich ihre Ziele am besten durch Kontakte mit den Nazis erreichen liessen. Daher bemühte sich die Führung des Jischuw, die Beziehungen zu Deutschland so normal wie möglich zu halten: Zwei Monate nach Hitlers Machtantritt hatte das Exekutivkomitee der Jewish Agency in Jerusalem dem «Führer» in Berlin bereits ein Telegramm mit der Versicherung gesandt, der Jischuw habe nicht zum Boykott gegen sein Land aufgerufen. Zwar war das Telegramm auf Bitten der deutschen Juden-

schaft abgeschickt worden, die sich davon die Beendigung ihrer Verfolgung erhoffte, aber es spiegelte auch das Bemühen der Jewish Agency wider, zur NS-Regierung korrekte Beziehungen zu unterhalten. Menachem Begin enthüllte viele Jahre später, dass die Zionistische Organisation anlässlich von Präsident Hindenburgs Tod Hitler ein Beileidstelegramm geschickt hatte.⁶⁶

Im Laufe der Jahre gab es weitere Kontakte zu den Nazis. Die Jewish Agency arbeitete mit den deutschen Behörden im Fall der Einwanderungsbüros zusammen, die sie in Berlin unterhielt.⁶⁷ Georg Landauer trug zum Beispiel eine Deutsch geschriebene Bescheinigung bei sich, dass er von der Jewish Agency bevollmächtigt sei, mit dem «Dritten Reich» über Berufsausbildungsmassnahmen für zukünftige Auswanderer und über den mit ihrer Auswanderung verbundenen Kapitaltransfer zu verhandeln. Die Bescheinigung war von Arthur Ruppin und David Ben Gurion unterzeichnet.⁶⁸

Die Zionisten machten in Deutschland auch Öffentlichkeitsarbeit. Im Frühjahr 1933 luden sie den aus Österreich stammenden Journalisten Baron Leopold Itz von Mildenstein, eines der ersten SS-Mitglieder, mit seiner Frau nach Palästina ein; er sollte für Joseph Goebbels' Zeitung *Der Angriff* eine Artikelserie schreiben. Die Mildensteins kamen in Begleitung von Kurt Tuchler und seiner Frau. Tuchler war innerhalb der Berliner Zionistenorganisation für die Beziehungen zur NSDAP zuständig. Man habe durch Veröffentlichungen in einem einflussreichen nationalsozialistischen Blatt «Stimmung für eine Förderung des Aufbaus» in Palästina machen wollen, erklärte er später rückblickend. Laut Tuchler geschah alles «im Einverständnis mit massgebenden zionistischen Stellen».⁶⁹

Das gesteckte Ziel wurde voll und ganz erreicht. Mildenstein bereiste das ganze Land, kam mit zahlreichen Arabern und Juden zusammen und war auch in mehreren Kibbuzim zu Gast. Er zeigte sich sehr beeindruckt. Seine Artikel, die unter der Überschrift «Ein Nazi fährt nach Palästina» erschienen, triefen nur so vor Sympathie für den Zionismus.⁷⁰

Der *Angriff* mass dieser Artikelserie eine solche Bedeutung bei, dass er zur Erinnerung an Mildensteins Reise eine Gedenkmünze giessen liess, die auf der einen Seite das Hakenkreuz und auf der anderen den

Davidstern zeigte. Mildenstein nahm auch mehrere Schallplatten mit hebräischen Liedern mit nach Hause; eine davon hörte Tuchler später bei einem seiner Besuche im Gestapo-Hauptquartier spielen. Mildenstein brachte aber nicht nur der deutschen Öffentlichkeit den Zionismus näher, sondern er gab hin und wieder auch nützliche Informationen an Tuchler weiter. Er blieb mit Familie Tuchler selbst nach ihrer Übersiedlung nach Palästina noch in Verbindung. Jedes Jahr schickte er ihr zum jüdischen Neujahrsfest Rosch-haschana-Grüsse auf Hebräisch.⁷¹

Mildenstein leitete das Referat für Judenangelegenheiten; einer seiner Mitarbeiter wurde sein Amtsnachfolger: Adolf Eichmann. Eichmann selbst reiste 1937 nach Palästina, aber die Briten bewilligten ihm nur ein Transitvisum, das ihn zu einer einzigen Übernachtung in Haifa berechnete. So fuhr er nach Kairo weiter und liess aus Jerusalem einen Juden namens Feibl Folkes zu sich kommen. Eichmanns Reisebericht und die Aussagen, die er Jahrzehnte später laut Vernehmungsprotokoll gegenüber der israelischen Polizei machte, deuten darauf hin, dass Folkes Mitglied der geheimen jüdischen Selbstschutzorganisation Hagana und Naziagent war. Einmal hat er sich sogar mit Eichmann in Berlin getroffen. Die Nazis bezahlten ihn für seine Informationen, die überwiegend aus recht allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Einschätzungen bestanden. Eichmann zitierte Folkes unter anderem dahingehend, dass die Zionistenführer über die Verfolgung der deutschen Juden erfreut seien, weil dadurch die Auswanderung nach Palästina gefördert würde. Bei seiner Unterredung mit Folkes im Kairoer Café Groppi erkundigte sich Eichmann nach der Aufnahme von deutschen Juden in Palästina.*

* Es ist schwer zu sagen, welche Stellung Folkes, wenn überhaupt, in der Hagana innehatte. Er selbst behauptete, dass die ganze Geschichte eine reine Erfindung sei und er sich aus geschäftlichen Gründen auf eigene Initiative mit Eichmann und dessen Begleitern getroffen habe. Im Hagana-Archiv findet sich eine Notiz des Hagana-Führers Schaul Avigur an Jehuda Slotzki, den offiziellen Historiker der Organisation, in der es heisst, aufgrund einer mit Hilfe des israelischen Geheimdienstes durchgeführten Untersuchung sei Avigur zu dem Schluss gekommen, dass das Treffen von Folkes und Eichmann eine «vorübergehende, bedeutungslose Episode» gewesen sei.⁷²

1938 wurde Österreich von Nazideutschland annektiert. Nach dem «Anschluss» leitete Eichmann dort die Wiener «Zentralstelle für jüdische Auswanderung» und traf in dieser Eigenschaft wiederholt mit Vertretern der Juden und mit zionistischen Funktionären zusammen, darunter auch mit Teddy Kollek, der später einer der führenden Mitarbeiter Ben Gurions sowie Bürgermeister von Jerusalem werden sollte. Das Treffen von Eichmann und Kollek fand im Frühjahr 1939 in Wien statt, wo Kollek aufgewachsen war. Eichmanns Stab residierte in einem Flügel des Palais Rothschild.

«Zu meiner Verabredung mit Eichmann betrat ich zum erstenmal das Privathaus der Rothschilds», erinnerte sich Kollek später. «In einem grossen, holzgetäfelten Raum sass er an seinem Schreibtisch – ein adrett gekleideter, glattrasierter junger Mann in schwarzer Uniform mit einer Hakenkreuzbinde am Arm. Er machte den Eindruck eines kleinen Angestellten und war weder aggressiv noch laut oder unhöflich. Allerdings liess er mich die ganze Unterredung über stehen.» Kollek teilte Eichmann mit, dass er für junge Juden, die sich zu der Zeit in einem landwirtschaftlichen Ausbildungslager befanden, die Einreiseerlaubnis nach England erhalten habe, und bat ihn, den jungen Leuten die Ausreise aus Österreich mit Palästina als Endziel zu gestatten. «[Eichmann] war sehr sachlich und stellte mir einige technische Fragen», schrieb Kollek. «Wie viele Einreisevisen für England ich noch besorgen könne? Wie bald die Leute ausreisen könnten? Ob die Visen für Jungen und Mädchen bestimmt seien?» habe er wissen wollen. Nach rund 15 Minuten entsprach Eichmann der Bitte und schickte Kollek mit entsprechenden Instruktionen los. Eichmann habe keinen besonderen Eindruck auf ihn gemacht, meinte Kollek, der Eichmann erst 21 Jahre später beim Prozess in Jerusalem widersah.⁷³

Knapp einen Monat vor Kriegsbeginn verhandelten Beauftragte der Jewish Agency mit Eichmann immer noch über ein – nie zur Ausführung gelangtes – Abkommen, das 10'000 Juden die Ausreise über den Hamburger Hafen ermöglichen sollte.⁷⁴

Auch andere bedeutende zionistische Persönlichkeiten standen damals mit der Gestapo – darunter deren erstem Chef, Rudolf Diels – in Verbindung. Sie erreichten zwar nicht viel, doch hin und wieder gelang

es ihnen, Gefangene frei zu bekommen und der – auf Anordnung der Nazis gegründeten – «Reichsvertretung der deutschen Juden», der auch deutsche Zionisten angehörten, die Arbeit zu erleichtern. Manche dieser Kontakte gingen auf eine persönliche Bekanntschaft aus der Zeit vor der nationalsozialistischen Machtübernahme zurück – häufig zum Beispiel auf den gemeinsamen Schulbesuch.⁷⁵ So überlegte etwa der Jewish-Agency-Funktionär Chaim Arlosoroff einmal, ob er nicht aus der Bekanntschaft mit seiner früheren Klassenkameradin Magda Friedländer Nutzen ziehen solle, die inzwischen mit Joseph Goebbels verheiratet war.⁷⁶

Ironischerweise unterhielten auch die Revisionisten recht weitreichende Verbindungen zu den Nazis. Ihr Jugendbund Betar war in Berlin und mehreren anderen deutschen Grossstädten aktiv. Ungefähr ein halbes Jahr vor dem Machtantritt der Nationalsozialisten versandte die Betar-Führung an die Mitglieder eine vernünftige, zur Vorsicht gemahnende Mitteilung. Man solle mit den Nazis höflich und zurückhaltend umgehen, hiess es dort. In der Öffentlichkeit müssten Betar-Mitglieder ruhig bleiben und sich verbaler Auseinandersetzungen und kritischer Bemerkungen enthalten. Sie dürften unter keinen Umständen irgendetwas sagen, was als beleidigende Äusserung gegenüber dem deutschen Volk, seinen Institutionen oder seiner herrschenden Ideologie aufgefasst werden könnte.⁷⁷

Mit Erlaubnis der Nazis konnte der Betar-Jugendbund seine Tätigkeit fortsetzen: Treffen, Tagungen, Sommerlager, Wanderungen, Sportveranstaltungen, Segeln und Landwirtschaftskurse. Die Mitglieder durften ihre Uniform samt braunem Hemd tragen und Flugblätter herausgeben, deren zionistische Texte zum Teil – dem Zeitgeist entsprechend – in nationalistischem, parafaschistischem Ton gehalten waren. In seinen Flugschriften konzentrierte sich der deutsche Betar auf Ereignisse in Palästina, und seinem überschwenglichen Nationalismus dienten Briten, Araber und die zionistische Linke als Zielscheibe. Die politische Lage in Deutschland wurde in diesen Blättern nicht angesprochen. Von diesem Punkt abgesehen, ähnelten sie nationalistischen bis nationalsozialistischen deutschen Jugendschriften. Jabotinsky äusserte sich empört darüber, welchen Einfluss der Hitlerismus auf die Betar-Mitglieder habe.⁷⁸

Als die Revisionisten auf einen Boykott drängten, konnten sie ihren Jugendbund in Deutschland nicht mehr offen unterstützen. Der deutsche Betar erhielt daraufhin einen neuen Namen: Herzlia. Die Aktivitäten des Jugendbundes in Deutschland waren natürlich von der Zustimmung der Gestapo abhängig; tatsächlich arbeitete der Bund unter dem Schutz der Gestapo. Als einmal eine Gruppe von SS-Männern ein Sommerlager des Betar überfiel, beschwerte sich der Führer des Jugendbundes bei der Gestapo, und ein paar Tage später liess die Geheimpolizei verlauten, die beteiligten SS-Männer seien bestraft worden. Die Gestapo erkundigte sich beim Betar, was ihm als Entschädigung angemessen erscheine. Der Jugendbund bat um die Aufhebung eines kurz zuvor ergangenen Erlasses, der ihm das Tragen brauner Hemden verbot; der Bitte wurde stattgegeben.*⁷⁹

In Österreich war der Betar ebenfalls aktiv, und seine Mitglieder kamen auch nach dem «Anschluss» weiterhin zusammen. Dazu bedurfte es regelmässiger Kontakte zu Gestapo-Vertretern und zu Adolf Eichmann. In einem Schreiben an die deutsche Geheimpolizei boten Betar-Führer an, die Auswanderung österreichischer Juden zu organisieren, und gingen offensichtlich davon aus, dass der Betar, ähnlich wie die Jewish Agency, mit den Nazis wechselseitige Interessen hätte. Die Nazis erlaubten dem Betar, ein Auswanderungsbüro aufzumachen, und halfen sogar, indem sie den Emigranten Devisen aushändigten. Die meisten dieser Emigranten sollten auf vom Betar gecharterten Schiffen illegal nach Palästina einreisen.⁸¹

1940 setzten sich in der zweiten Jahreshälfte einige Mitglieder der von den Revisionisten geförderten und unter dem Akronym «Ezel» bekannten antibritischen Terrorgruppe Irgun Zwai Leumi ('Nationale Mi-

* Andere Gruppen, die in lockerer Verbindung zur politischen Rechten des Landes standen, erwogen ebenfalls, mit Deutschland Kontakt aufzunehmen. Als 1936 die Olympischen Spiele von Berlin näherrückten, waren die Sportseiten der hebräischen Presse voll von gegensätzlichen Meinungsäusserungen zu der Frage, ob der Makabi-Sportclub von Tel Aviv an einer Reihe von Wettkämpfen des Berliner Zweigs der Organisation teilnehmen solle. Am Ende fuhren die Athleten doch nicht hin.⁸⁰

litärorganisation') mit Vertretern des faschistischen Italien in Verbindung und boten ihnen die Zusammenarbeit gegen die Briten an. Bald darauf spaltete sich die Organisation, und die Kämpfer um Avraham «Jair» Stern bildeten die – auch als «Stern-Bande» bekannte – Gruppe Lechi, deren Bezeichnung sich aus den Anfangsbuchstaben ihres hebräischen Namens herleitet: Lohamei Cherut Jisrael – «Kämpfer für Israels Freiheit». Ein Vertreter dieser Gruppe traf sich mit einem Beamten des deutschen Auswärtigen Amtes und bot dem nationalsozialistischen Deutschland Hilfe im Krieg gegen die Briten an. So wie es die Deutschen verstanden, hatte sich die Gruppe die Errichtung eines unabhängigen Staates zum Ziel gesetzt, der auf den totalitären Grundsätzen des faschistischen wie des nationalsozialistischen Regimes aufbauen sollte.⁸² Viele Jahre nach diesem Versuch, mit den Nationalsozialisten ins Geschäft zu kommen, erläuterte ein ehemaliger Lechi-Führer, was seine Männer damals zu diesem Schritt bewogen hatte: «Wir hatten die Pflicht, den Feind zu bekämpfen. Es war gerechtfertigt, Hilfe vom nationalsozialistischen Unterdrücker in Anspruch zu nehmen, da er in diesem Fall der Feind unseres Feindes – der Briten – war.»⁸³

All dies deutet darauf hin, dass die Revisionisten nicht weniger pragmatisch vorgehen als die zionistische Führung. Sie waren dabei einfach zynischer. Die aufwieglerischen Argumente, die die Revisionisten gegen Beziehungen zu Hitler-Deutschland vorbrachten, waren zur Förderung der eigenen politischen Interessen gedacht. Dafür organisierten sie öffentliche Kundgebungen, Demonstrationen und sogar eine als «Referendum» bezeichnete Art von Massenpetitionen gegen das Haawara-Abkommen. Die Jewish Agency antwortete darauf – ohne den eigenen Namen zu nennen – mit grossen Plakaten, auf denen «politische Reife» eingefordert und gegen die Revisionisten der Vorwurf erhoben wurde, sie beuteten die Tragödie der deutschen Juden aus. «Juden!» schrie es von diesen Plakatwänden herab. «Wollt Ihr ihnen dabei helfen, die deutschen Juden zu opfern? Wollt Ihr die Vernichtung der deutschen Juden unterstützen?» Zum erstenmal in der Geschichte der eigenen Nation, so

der Plakattext weiter, erhalte der Jischuw die Chance, «einen ganzen verfolgten Stamm zu retten».⁸⁴

Die zionistische Logik legte fest, dass Juden ihr eigenes unabhängiges Land brauchten, weil sie anderswo immer mit Diskriminierung und Verfolgung konfrontiert wären. Der zionistische Traum ging von der Vorstellung eines «neuen Menschen» in einer neuen Gesellschaft aus, der auf der Suche nach persönlichem und nationalem Heil ins Land Israel kommt. Wer nur deshalb kam, weil er oder sie keine andere Wahl hatte, passte jedoch nicht ins Bild und sah sich häufig Herablassung und Verachtung ausgesetzt. Dieses Paradox war inhärenter Bestandteil der zionistischen Ideologie und prägte die Mentalität des Jischuw. «Da gab es diesen Kerl namens Hitler in Deutschland», bemerkte Ben Gurion einmal spöttisch. «Hitler tauchte auf, und die Juden begannen herzukommen.»⁸⁵ Auch wenn die Einwanderer aus Deutschland – und auch deren Kinder – mehrheitlich in Israel geblieben sind, kamen die meisten doch in der Tat gegen ihren Willen: als Flüchtlinge. Sie waren keine Zionisten. Dementsprechend befanden sie sich von Anfang an im Konflikt mit den grundlegenden Werten des Jischuw. Man nannte sie «Hitler-Zionisten».

Anfang 1933 gab es in Deutschland ungefähr eine halbe Million Juden, rund ein Prozent der Gesamtbevölkerung; weitere 200'000 lebten in Österreich. Etwa ein Drittel der Juden dieser beiden Länder wurde ermordet, den übrigen gelang es, rechtzeitig zu fliehen. Sie siedelten sich in den Vereinigten Staaten, in England und in allen möglichen anderen Ländern an. Nur jeder zehnte kam nach Palästina, insgesamt 50'000 bis 60'000 Menschen – Hitlers erste Flüchtlinge im Land. Sie machten 20 Prozent der Gesamtzahl der Einwanderer aus, die in den zwölf Jahren des «Dritten Reiches» Palästina erreichten; aber in den zwei Jahren vor Beginn des Zweiten Weltkriegs stellten sie die Hälfte aller Immigranten dar.¹ Sie waren aus einem Land vertrieben worden, das sie als ihr eigenes geliebt hatten, und trafen schockiert und verwirrt in Palästina ein. Das Bewusstsein, mit ihrem Heimatgefühl einem Irrtum aufgesessen zu sein und nun in ein fernes Land emigrieren zu müssen, war für sie eine Katastrophe – ein Abstieg und nicht ein «Aufstieg», wie der für die Übersiedlung nach Israel gebrauchte hebräische Begriff *Alija* wörtlich übersetzt bedeutet. Es war eine traurige Geschichte.

In Palästina wurden sie «Jecken» genannt. Wo dieses Wort herkommt, weiss niemand. Es scheint zunächst eine Zeitlang von osteuropäischen Juden benutzt worden zu sein, ehe es in Palästina Allgemeingut wurde. Vielleicht leitet sich der Begriff von *Jackett* oder *Jacke* her – einem von deutschen Juden gern getragenen Kleidungsstück. Eventuell ist der Ursprung auch in dem – mit dem englischen «*Joker*» verwandten – Wort *Geck* beziehungsweise *Jeck* zu suchen, der deutschen Bezeichnung für einen übertrieben modisch gekleideten Mann oder einen

Narren. In Palästina meinten manche, der Ausdruck setze sich aus den hebräischen Anfangsbuchstaben für «jüdischer Dummkopf» zusammen. Viele deutsche Juden empfanden den Begriff als Beleidigung, und so war er oft auch gemeint; doch häufig gebrauchten ihn deutsche Juden auch als Eigenbezeichnung. *

Mit Ausnahme des Philosophen Martin Buber, der Dichterin Else Lasker-Schüler und des Architekten Erich Mendelsohn ging von den besonders reichen oder bekannten Persönlichkeiten der deutsch-jüdischen Gemeinde niemand nach Palästina. Der Schriftsteller Lion Feuchtwanger, der Komponist Kurt Weill, die (allerdings erst später weltberühmte) Philosophin Hannah Arendt, der Physiker Albert Einstein sowie andere führende Wissenschaftler(innen), Künstler(innen) und Intellektuelle nutzten andere Möglichkeiten. Als die Nazis an die Macht kamen, lebten sieben mit dem Nobelpreis geehrte jüdische Wissenschaftler in Deutschland. Bis auf einen emigrierten alle von ihnen, aber keiner ging nach Palästina. «Mein Vaterland ist Deutschland», sagte der Chemiker und Nobelpreisträger Richard Willstätter zu Chaim Weizmann; er starb als Flüchtling in der Schweiz. Albert Einstein äusserte gegenüber Weizmann und in Zeitungsinterviews alle möglichen Bedenken und Vorbehalte gegen die Hebräische Universität und ging schliesslich nach Princeton.³

Zu den ersten Jecken, die sich in Palästina ansiedelten, zählte ein Schriftsteller, der in Deutschlands literarischen Kreisen wohlbekannt

* Als das israelische Fernsehen 1979 die Ausstrahlung eines Dokumentarfilms über Juden aus Deutschland mit dem Titel «Die Jecken» ankündigte, versuchte ein Bürger, der sich aufgrund seiner deutschen Herkunft durch den Titel beleidigt fühlte, beim Obersten Gerichtshof eine einstweilige Verfügung gegen die Verwendung dieses erniedrigenden Begriffs durch das israelische Fernsehen zu erwirken. Das Gericht lehnte sein Ansinnen mit der Begründung ab, «Jecke» sei keine Beleidigung, sondern im Gegenteil ein Ausdruck der Achtung und sogar Zuneigung. Einer der drei mit dem Fall betrauten Richter war der frühere Generalstaatsanwalt Chaim Cohen, einer der wenigen Jecken, die in Israel bis dahin eine einflussreiche Stellung erlangt hatten.²

war, auch wenn er nicht zu den berühmtesten Autoren seiner Generation gehörte: Arnold Zweig. Seine Romane waren bereits in andere Sprachen übersetzt worden. Während seiner ersten Monate in Haifa wohnte er im Hotel Wollstein House.

Zweig war unzufrieden. Sein Zimmer war vollgestopft und der Schreibtisch für ihn zu klein, um seine Manuskripte auszubreiten. Er hatte gerade die letzte Zigarre geraucht, die er aus Europa mitgebracht hatte. Es war Januar 1934, und die Zentralheizung des Hotels funktionierte nicht. Der Wind pfliff nervtötend um die Schiebefenster. Zweig war niedergeschlagen.

In einem Brief schüttete er einem anderen jüdischen Intellektuellen, der noch in Wien lebte, sein Herz aus. Der Installateur, so Zweig, habe sich nicht die Mühe gemacht, vor dem Einbau mit dem Bauunternehmer zu reden, der wohl zunächst den Schornstein vergessen hatte und ihn dann nachträglich anfügen liess. Inzwischen habe sich der Schornstein aber – hätten Sie's gedacht?! – als zu eng erwiesen, und nun müsse er bei strömendem Regen erweitert werden. Wegen des Windes funktioniere er immer noch nicht ordnungsgemäss. «Sie werden finden, lieber Vater Freud, dass ich zu viel Zeilen über die Zentralheizung ergiesse», schrieb Zweig. «Aber diese Fragen des praktischen Lebens, das nur knirschende Funktionieren des Zivilisationsapparates, ist das Hauptproblem in diesem Lande. Wir sind nicht bereit, unseren Standard aufzugeben, und das Land ist noch nicht bereit, ihn zu befriedigen. Und da nun die Juden Palästinas mit Recht stolz sind auf das, was schon ist, und wir mit Recht verärgert von allem, was noch fehlt, gibt es viele stille Reibung.»⁴

Die geringe Lebensqualität war in der Tat ein wesentlicher Teil der Tragödie, der sich die deutschen Juden bei der Rückkehr in das (von Arnold Zweig in Anführungszeichen gesetzte) «Land der Väter» gegenüberübersahen. Er werde, schrieb Zweig an Freud, in Palästina frei von zionistischen Illusionen leben und die Dinge so sehen, wie sie sind – ohne Selbsttäuschung und ohne Spott. Von der Notwendigkeit, unter Juden zu leben, war er nicht begeistert. Palästina war nicht seine Heimat, und Zweig erlangte auch nie das Gefühl, dort hinzugehören. Er entwickelte

keine Wurzeln. Während der gesamten Zeit seines Aufenthaltes in Palästina hat Zweig seine Koffer nie ganz ausgepackt. Es sei eher wie im Urlaub in Südfrankreich, schrieb er an Freud.⁵

Die beiden korrespondierten damals seit sieben Jahren miteinander. Zweig verehrte Freud, und dieser achtete ihn. Sie schrieben einander über ihre Arbeit, tauschten Manuskripte und Meinungen aus, informierten sich gegenseitig über den eigenen Gesundheitszustand und Alltagsorgen. Zweig war 47 Jahre alt, als er nach Palästina emigrierte. Ihm hatte gefallen, was er im Land bei einem touristischen Besuch gesehen hatte. Eine Zeitlang hatte er für die in Berlin erscheinende zionistische Jüdische Rundschau geschrieben. Aus seinen Briefen an Freud geht hervor, dass er oft guter Stimmung war. Er schrieb und veröffentlichte viel. Im gefiel die Landschaft Palästinas sehr – die Berge, die Sonne und das Meer –, und er schloss Freundschaft mit anderen Jecken. Er brachte eine eigene Zeitschrift namens Orient heraus, die teils gedruckt, teils vervielfältigt war. Aber er hörte nie auf zu klagen. Abgesehen von dem, was er als asiatische Rückständigkeit betrachtete, gab es das Sprachproblem und die wachsenden Spannungen zwischen Juden und Arabern. Es fiel Zweig schwer, Hebräisch zu lernen, und er hatte eine eher friedliebende politische Einstellung. Terrorismus machte ihm Angst. Aus seinen Briefen spricht keine glückliche Geschichte.

Er schickte dem Habima-Theater ein Stück, aber die Theaterleitung liess nichts von sich hören. Er schrieb einmal, zweimal und noch einmal hin, bekam aber keine Antwort.⁶ Er gehöre nicht dahin, notierte er ein Jahr später, als er frustriert von einer Friedensdemonstration kam, bei der die Organisatoren darauf bestanden hatten, seine deutsche Ansprache auf Hebräisch zu dolmetschen, obwohl alle Anwesenden untereinander Jiddisch sprachen. «Wir denken also langsam an Weggehen.»⁷ Seine politische und kulturelle Wirkung sei «gleich Null», schrieb er und erklärte: «Die Leute verlangen ihr Hebräisch, und ich kann es ihnen nicht liefern. Ich bin ein deutscher Schriftsteller und ein deutscher Europäer.»⁸ Sein Dasein in Palästina war ihm zuwider. Er fühlte sich fehl am Platze. Der ohnehin schon beschränkte zwischenmenschliche Austausch wurde seiner Ansicht nach durch den hebräischen Nationalismus

noch weiter eingengt, weil für Veröffentlichungen keine andere Sprache als das Hebräische zugelassen war.⁹

Er träumte davon, dass in Deutschland das NS-Regime gestürzt würde, und erwartete, an seiner Stelle eine «liberal getünchte Monarchie» zu sehen – vielleicht mit dem Enkel des abgesetzten Kaisers an der Spitze. Doch er wusste auch, dass das nicht so bald geschehen würde.¹⁰ Wenn er sich in der Zwischenzeit nun schon mit einer Fremdsprache herumplagen müsse, warum könnte es dann nicht Englisch sein – in Grossbritannien oder Nordamerika? Sein deutscher Reisepass war nicht mehr lange gültig. Er wollte das «Dritte Reich» nicht um eine Verlängerung bitten, wollte aber auch nicht selbst derjenige sein, der seine Bindungen an das deutsche Volk kappte; und einen palästinensischen Pass hatte er immer noch nicht – Exildilemma. Er war Jude. Natürlich sei er Jude, schrieb er, aber er sei sich seiner Gefühle bezüglich seiner Staatszugehörigkeit nicht sicher. Seine Kinder lernten bereits Hebräisch in der Schule, doch der deutsche Intellektuelle war nicht zufrieden: «Sie lernen fast nichts», klagte er, «elende Schulen, kleine Horizonte.»¹¹ Immer häufiger erwähnte er nun finanzielle Schwierigkeiten; dabei übertrieb er – er verfügte über ein Auto, ein Dienstmädchen und genug Geld, um in Europa Urlaub zu machen. Aber mit den eingebildeten Geldproblemen hatte er eine weitere Entschuldigung an der Hand, warum er nicht in Palästina bleiben wollte.¹²

Freud reagierte mitfühlend und verständnisvoll. Als er erfuhr, dass Zweig seine Bibliothek in Berlin hatte zurücklassen müssen, schickte er ihm seine gesammelten Werke in zwölf Bänden. Es sei nicht das erste Mal, dass er von Palästinas Mangel an Kultur hörte, teilte er Zweig mit; das jüdische Volk sei durch seine Vergangenheit nicht richtig auf die Schaffung eines eigenen Staates vorbereitet worden. Er riet Zweig, trotz der finanziellen Schwierigkeiten, seiner Einsamkeit und der nationalistischen Atmosphäre Palästina noch nicht den Rücken zu kehren, weil dort doch zumindest persönliche Sicherheit und Bürgerrechte existierten. In Amerika würde es für ihn viel schwerer sein, und auch dort hätte er mit einer Fremdsprache zu kämpfen. Es werde der Tag kommen, an dem die Nazis besiegt seien; natürlich werde Deutschland nie mehr so

wie früher sein, doch werde man «an der Aufräumungsarbeit teilnehmen dürfen».¹³

Ja, stimmte Arnold Zweig ihm zu, es wäre schrecklich, seine Habseligkeiten schon wieder packen zu müssen; wenn er doch nur ausreisen und in Palästina für den Notfall eine Wohnung behalten könnte!¹⁴ Inzwischen lehnte er das, was sich um ihn herum ereignete, politisch immer mehr ab. «Nun ist gestern in Jerusalem eine Bombe in den arabischen Shuk [Markt] geworfen worden», schrieb er 1938 an Freud, «am Freitag, wo der Verkehr besonders dicht ist und die von den Terroristen ohnehin bedrängten fellachischen Dörfler der Umgegend ihre Einkäufe machen.» Diesen Anschlag hatte der Ezel verübt, nachdem ein paar Tage zuvor einer der ihren, Schlomo Ben Josef, von den Behörden exekutiert worden war. Das ganze Land habe «aus Feigheit vor dem jüdischen Nationalismus» eine «Verbeugung vor einem (leider) gehängten 18jährigen Attentäter gemacht», doch der Anschlag werde «sich an uns furchtbar rächen», meinte Zweig. «Die Juden, gegen den Willen der arabischen Majorität ins Land gekommen, diese Juden, unfähig gewesen, seit 1919 den guten Willen der Araber zu gewinnen, hatten nur ein Plus: die moralische Position, das passive Aushalten. Ihre Aggression als Einwanderer und die Aggression der arabischen Terroristen hoben einander auf. Werfen sie jetzt Bomben, so sehe ich ganz schwarz für uns alle.»¹⁵

Aufgrund der nervlichen Anspannung verschlimmerte sich seine Depression und machte ihm noch mehr als früher zu schaffen. Er hatte manchmal panische Angst, fürchtete um sein Leben und machte sich auch wegen seiner Familie grosse Sorgen. Der Bruder seines Dienstmädchens wurde knapp zwei Wochen, nachdem er glücklich aus Hitler-Deutschland entkommen war, bei einer Busfahrt erschossen. Zweig glaubte, dass sich eine derartige Massenpsychose nur noch durch Freuds Theorien erklären lasse. Für alle Fälle packte Zweig inzwischen schon einmal alle seine Manuskripte in einen grossen Koffer.¹⁶

Freud, der erst kürzlich seinen 80. Geburtstag gefeiert hatte, stand nun vor eigenen Problemen. Gesundheitlich ging es ihm nicht so gut, und als die Nazis in Wien einmarschierten, musste er nach London fliehen. Nun

korrespondierte er mit Zweig von Emigrant zu Emigrant. Der schickte ihm einen Artikel, der über Freuds Moses und der Monotheismus in der ultraorthodoxen Agudath-Jisrael-Zeitung erschienen war. «Unbeschreiblich frech und komisch», merkte Zweig dazu an.¹⁷ Freud empfahl seinem Freund, sich besser nicht in England niederzulassen, weil es ein merkwürdiges Land sei, in das man sich nur schwer einfügen könne.¹⁸ Kurze Zeit später starb Freud. Der Zweite Weltkrieg begann, und Zweig sass bis zu dessen Ende in Palästina fest.

Die hebräische Presse werfe ihm vor, dass er sich «offenbar noch immer als Emigrant fühle, noch immer im Lande nicht verwurzelt sei», schrieb Zweig 1942 im Orient. Er hielt es für nötig, sich dagegen wie gegen eine Beleidigung zu rechtfertigen: Nicht er sei dem Land entfremdet, sondern das Land ihm. In den vergangenen zehn Jahren sei kein einziges seiner Bücher in hebräischer Übersetzung erschienen, und ausser dem Honorar für seine Beiträge in der Palestine Post habe er vor Ort keine Einnahmequelle. Keine einzige hebräische Zeitung habe ihn gebeten, regelmässig für sie zu schreiben. Es gehe ihm nicht darum, das Hebräische schlechtzumachen, versicherte er auf deutsch, aber aufgrund einer Augenerkrankung und eines schweren Autounfalls habe er bislang Schwierigkeiten gehabt, diese Sprache zu meistern. Zweig versuchte, den Eindruck zu vermitteln, dass er in Palästina einen Platz für sich finden wollte. Vielleicht wollte er und konnte nicht – oder er wollte und wollte gleichzeitig nicht.¹⁹ Bald nach dem Krieg packte er seine Koffer und zog nach Ostdeutschland. Unter dem Schutz der kommunistischen Diktatur wurde Arnold Zweig im kulturellen Bereich endlich ein Nationalheld.

Die als Vertretung des Jischuw anerkannte Jewish Agency hatte von den Briten das Recht erhalten, gemäss vereinbarten Kriterien die Einwanderungsgenehmigungen zu verteilen, von denen die Briten alle sechs Monate ein bestimmtes Kontingent zur Verfügung stellten. Durch die Einwanderung erhöhten sich natürlich die Spannungen zwischen Juden und palästinensischen Arabern. Die Briten reagierten auf den wachsenden nationalen Kampf der Araber und die Gewaltakte im ganzen Land mit

der fortgesetzten Beschränkung der jüdischen Einwanderungsquote in Palästina. Die Briten selbst erteilten nur selten Immigrationszertifikate durch ihre Konsulate. Es blieb grösstenteils den Funktionären der Jewish Agency in Palästina überlassen, die genehmigte Quote auf verschiedene Länder aufzuteilen. Dazu war es oft erforderlich, dass die verschiedenen im zionistischen Exekutivkomitee vertretenen Parteien miteinander verhandelten und Kompromisslösungen suchten. Die politischen Trennungslinien innerhalb des Jischuw verliefen mehr oder weniger parallel zu den politischen Parteien der Juden in der Diaspora. Jede Interessengruppe versuchte möglichst viele Einwanderungsgenehmigungen zu bekommen, um sie unter den eigenen Mitgliedern und Sympathisanten verteilen zu können. Die eigentliche Auswahl der Immigranten lag in den Händen der Jewish-Agency-Beauftragten im Ausland. Als die Lage in Europa immer ernster wurde, stieg die Nachfrage nach Immigrationszertifikaten, die daraufhin zur akuten Mangelware wurden. Ihre Zuteilung nahm einen darwinistischen Charakter an: Wer ausgewählt wurde, konnte weiterleben, während die anderen wohl bald sterben würden. Es bestand kaum Hoffnung auf eine Änderung.

Im Jischuw wurden zwei Themen diskutiert, die beide im Prinzip und in der Praxis von entscheidender Bedeutung waren: Haapala, die illegale Einwanderung, und Selektzia, die Auswahl der Immigrationskandidaten. Im Juli 1934 verliess ein kleines Schiff, die Vilos, Griechenland. An Bord waren 350 Passagiere aus Osteuropa ohne Einwanderungserlaubnis. In Palästina ging das Schiff heimlich vor Anker, und die Passagiere erreichten den Strand im Schutz der Dunkelheit. Sie waren die ersten Maapilim – «Illegale». Bis zur Errichtung des Staates Israel 14 Jahre später brachten rund 140 Schiffe über 100'000 solcher illegalen Einwanderer ins Land. Ungefähr die Hälfte davon kam nach dem Holocaust, in den drei Jahren zwischen dem Ende des Krieges 1945 und der Unabhängigkeitserklärung 1948. Zeitweilig überstieg die Zahl der illegalen Immigranten die der legalen.

David Ben Gurion war im Allgemeinen gegen eine illegale Einwanderung, selbst als das Überleben vieler europäischer Juden von der Ein-

reise nach Palästina abhing. Bis zum Kriegsende neigten er und die meisten Mapai-Führer dazu, in der Jewish Agency eine nationale, quasi mit Regierungsbefugnissen ausgestattete Institution zu sehen, die ihre Autorität von den Briten bezog. Ihre Handlungsfähigkeit hing somit stark von der Kooperation mit den britischen Behörden ab. Ausserdem stellte die Jewish-Agency für die Mapai ein Patronage- und Machtmittel dar. Diese Überlegungen brachten Ben Gurion und seine Jewish-Agency-Kollegen dazu, die britischen Mandatsgesetze grösstenteils zu respektieren und die Ziele der zionistischen Bewegung durch Verhandlungen mit der Mandatsmacht zu fördern. Der Jischuw unterstützte dieses Vorgehen mehrheitlich.

Oppositionskreise innerhalb der Mapai – in erster Linie die Kibbuzbewegung – und ausserhalb der Partei – nämlich Jabotinskys Revisio-nisten – drängten hingegen darauf, Juden heimlich und illegal ins Land zu bringen. Die meisten der Maapilim-Schiffe wurden von radikalen Aktivisten der Kibbuzbewegung oder des Betar gesteuert. Natürlich nahmen die Haapala-Aktivisten am liebsten Passagiere mit, die ihnen persönlich und politisch nahestanden. Und obwohl Ben Gurion für seine Ablehnung der illegalen Einwanderung moralische Gründe anführte – die Illegalen nahmen den anderen die Einwanderungsplätze weg, auf die diese geduldig warteten –, täuschte er doch auch nicht über das politische Interesse hinweg, das in seinem Standpunkt implizit zum Ausdruck kam: Der Mapai entglitt zusehends die Kontrolle über die Auswahl der Immigranten.²⁰

Die Kontrolle über die Einwandererauswahl stand auch bei einem anderen Konflikt zwischen Mapai und Revisionisten im Mittelpunkt – bei der Frage: Masseneinwanderung aller Juden oder selektive Immigration? Seit 1932 hatte Jabotinsky die Evakuierung europäischer Juden eingefordert, einerseits, um sie zu retten, und andererseits, um in Palästina eine jüdische Mehrheit zu schaffen. Der von ihm benutzte Begriff Evakuierung deutete auf das Vorhandensein eines Notstands. Allerdings hat er nie einen konkreten Plan ausgearbeitet, und im Laufe der Zeit änderten sich die Einzelheiten des Vorhabens, das in seiner verwegensten Fassung die Einwanderung von einer Million Juden innerhalb von zwei Jahren vorsah.

Der Ruf nach Evakuierung war auch politisch motiviert. Die Revisionisten behaupteten, ihre Anhänger, die meist zur städtischen unteren Mittelschicht gehörten, würden bei der Zuteilung von Einwanderungsgenehmigungen diskriminiert. «Das Land Israel existiert heutzutage nur für eine ausgesuchte gesellschaftliche Klasse», erklärte Jabotinsky 1939; ausgewählt würden «junge Rote», das heisst, Leute aus der sozialistischen Arbeiterklasse.²¹

Nach dem Holocaust warfen Mitglieder der aus der revisionistischen Bewegung hervorgegangenen Herut-Partei Menachem Begins der Mapai vor, die Evakuierung sabotiert zu haben. «Wir hätten vielleicht Millionen oder zumindest Hunderttausende weiterer Juden retten können», sagte Johanan Bader, ein führender Herut-Politiker.²² Doch in der Frühphase des «Dritten Reiches», als die Einwanderung nach Palästina deutlich geringeren Restriktionen unterlag und man unter Umständen eine grosse Anzahl europäischer Juden hätte ins Land bringen können, waren die meisten kaum interessiert zu kommen; alle Bemühungen, sie zu überzeugen, schlugen fehl. Als sich ihre Lage dann verschlechterte und viele entkommen wollten, verboten ihnen die Briten, nach Palästina zu gehen. Die einzige Möglichkeit, diese Menschen zu diesem Zeitpunkt zu retten, bestand in der Haapala – vor allem vor, vielleicht aber auch während des Krieges. Dabei war die illegale Immigration jedoch in ihrem Umfang sehr begrenzt; auf diesem Wege hätte man niemals die von Bader angeführte Zahl von Juden ins Land bringen können. Dennoch hätte man mit Unterstützung der Jewish Agency durch die Haapala mehr Menschen helfen können, als dies tatsächlich geschah. Dieser Punkt gehörte aber – zum Teil wegen Ben Gurions ablehnender Haltung – nicht zu den obersten Prioritäten der Jewish Agency. Rückblickend betrachtet scheint die Jewish Agency hier mit ihrer Politik einen schrecklichen Fehler gemacht zu haben.*

* In einem andere Disput mit den Revisionisten scheint Ben Gurion aus heutiger Sicht allerdings recht behalten zu haben. Als die Spannungen zwischen Juden und Arabern 1937 wuchsen, machte eine britische Kommission den Vorschlag, Palästina in zwei Länder zu teilen, wie es eine UNO-Kommission zehn Jahre später dann auch

Auch die Jewish Agency hielt es natürlich für erforderlich, in Palästina eine jüdische Majorität zu schaffen, wollte dies aber durch eine selektive Immigration erreichen und nicht durch Massenevakuierung. Die in ihr dominierenden Zionisten aus der Arbeitspartei meinten, es müsse eine neue Gesellschaft geschaffen werden, die sich grundlegend von der bisherigen, durch das Diasporadasein geprägten unterscheide. Sie machten den Vorschlag, das jüdische Volk zu landwirtschaftlicher Arbeit zurückzuführen. Das Stadtleben war in ihren Augen Ausdruck sozialer und moralischer Degeneration; durch die Rückkehr aufs Land sollten in Palästina die von ihnen erhofften «neuen Menschen» entstehen. Deshalb teilten sie Einwanderungsgenehmigungen vorzugsweise an Personen aus, die bei diesem ländlichen Aufbauprogramm eine Rolle spielen konnten: gesunde, junge Zionisten, die im Idealfall schon eine landwirtschaftliche Ausbildung mitbrachten oder doch zumindest bereit waren, auf dem Lande zu arbeiten. Zwar ignorierten diese Zionisten der Jewish Agency nicht Leid und Sorgen der europäischen Juden und sprachen untereinander von Zeit zu Zeit davon, dass man die Einwanderungsgenehmigungen auch an notleidende Menschen ausgeben müsse, die keinen Gewinn für das zionistische Projekt bedeuteten; doch wenn es dann um die tatsächliche Auswahl der Immigranten ging, dachten die Zionisten in erster Linie daran, wie sie am besten den Erfordernissen der neuen Gesellschaft gerecht werden könnten.

Die idealen Siedler waren folglich die «Pioniere» oder Haluzim, also diejenigen, die beim Aufbau neuer landwirtschaftlich ausgerichteter Siedlungen halfen oder sich bestehenden anschlossen. Der Begriff hatte auch eine offenkundig politische Bedeutung: Die Haluz-Bewegung

getan hat. Ben Gurion tendierte zur Annahme des Vorschlags; die Revisionisten und einige von Ben Gurions Mapai-Kollegen lehnten ihn ab, weil ihrer Ansicht nach unter anderem das von den Briten vorgeschlagene Gebiet für den Judenstaat zu klein gewesen wäre. (Der Plan wurde im übrigen auch von den Arabern abgelehnt.) Mit dieser Episode ist eine furchtbare Frage verknüpft: Wie viele der dann im Holocaust umgekommenen Juden hätte der Staat Israel aufnehmen können, wenn er zwei Jahre vor dem Krieg errichtet worden wäre, anstatt drei Jahre danach?²³

sorgte in Europa nicht nur für die praktische Ausbildung von jungen Juden, die in Palästina in der Landwirtschaft arbeiten wollten, sondern vermittelte ihren Mitgliedern auch eine sozialistische Weltanschauung. Wenn man Immigrationszertifikate an Pioniere austeilte, dann sollte dadurch die landwirtschaftliche Entwicklung gefördert, gleichzeitig aber auch die Arbeiterbewegung im Jischuw gestärkt werden. Die Mitglieder des ausgesprochen städtisch geprägten Betar vergaben die ihnen zugeleiteten Einwanderungsgenehmigungen gemäss ihren eigenen politischen Kriterien: Sie bevorzugten Immigranten, die bereit und fähig waren, im Ezel zu dienen. Genau wie die Jewish Agency lehnte es auch der Betar ab, Personen zu helfen, die lieber in andere Länder gehen wollten.²⁴

Die Frage war, was man mit jenen Flüchtlingen machen sollte, die weder Zionisten waren noch dafür geeignet schienen, beim Aufbau der neuen Gesellschaft in Palästina zu helfen. «Gott allein weiss, wie es dem armen kleinen Land Israel möglich sein soll, diesen Strom von Menschen aufzunehmen und daraus mit einer gesunden Sozialstruktur hervorzugehen», schrieb Chaim Weizmann.²⁵ Die deutsche Einwanderervereinigung Hitachdut Olej Germania (HOG) beschwerte sich, die Vertreter der Jewish Agency in Berlin gäben Einwanderungsgenehmigungen an Invaliden aus. Das aus Deutschland kommende «Menschenmaterial» werde immer schlechter, klagte die Hitachdut nach einem knappen Jahr nationalsozialistischer Herrschaft; diese Menschen seien zum Arbeiten weder bereit noch in der Lage und benötigten Sozialhilfe.²⁶ Ein Jahr später schickte die Vereinigung nach Berlin eine Liste mit Namen von Personen, die man aus ihrer Sicht nicht nach Palästina hätte schicken dürfen.²⁷ Henrietta Szold, die die Sozialarbeitsabteilung der Jewish Agency leitete, protestierte ebenfalls wiederholt gegen die Einreise kranker und bedürftiger Immigranten. Hin und wieder verlangte Szold, manche dieser «Fälle» nach Nazideutschland zurückzuschicken, damit sie dem Jischuw nicht zur Last fielen.²⁸

Das Berliner Büro der Jewish Agency war auch gehalten, die moralische Integrität und politische Zugehörigkeit der Einwanderer zu ermitteln, die von ihm nach Palästina geschickt wurden. Eine Familie Born-

stein habe – ein klarer Verstoß gegen das zionistische Ideal – in Jaffa ein Bordell aufgemacht, beschwerte sich ein Mitarbeiter von Jewish Agency-Exekutivmitglied Werner Senator.²⁹ 1937 verhandelte das Joint Distribution Committee, eine amerikanische Hilfsorganisation für bedürftige Juden, mit den deutschen Behörden über die Freilassung von 120 jüdischen Gefangenen aus dem Konzentrationslager Dachau. Er sei etwas beunruhigt bei dem Gedanken, dass sich unter diesen 120 Personen «auch eine Anzahl befinden könnte, deren Einwanderung in Palästina unter politischen Gesichtspunkten nicht gerade als erwünscht zu betrachten wäre», schrieb ein Funktionär der Jewish Agency einem seiner Kollegen.³⁰ Schliesslich waren die meisten der Betroffenen keine Zionisten, und vielleicht befanden sich sogar Kommunisten unter ihnen.

Senator, der aktiv dafür sorgte, dass deutsche Juden nach Palästina kamen, warnte die Berliner Vertretung der Jewish Agency, wenn die Qualität des von dort geschickten «Menschenmaterials» nicht besser würde, werde die Agency die für die deutsche Hauptstadt vorgesehene Anzahl von Einwanderungsgenehmigungen wohl verringern. Die Immigranten kämen in den Genuss aller möglichen Sonderleistungen, schrieb Senator. Die Einwanderungserlaubnis erhielten sie bereits nach sechs Monaten landwirtschaftlicher Ausbildung, während dies in anderen Ländern bis zu zwei Jahren dauere. Ebenso werde bei Deutschen den Bitten nach Familienzusammenführung mit Verwandten in Palästina schnell entsprochen. Daher müsse man der Qualität der Einwanderer besondere Aufmerksamkeit schenken; echte Pioniere sollten sie sein. Senator wollte hierbei nicht gelegentliche Fehlurteile, sondern einen bestehenden Trend ansprechen, wie er seinen Kollegen versicherte. Aus Deutschland kämen immer mehr «Fürsorgefälle» und zu viele Geschäftsleute mit Kindern statt einzelner Männer und Frauen.³¹

1935 wurde schliesslich beschlossen, Personen über 35 Jahren nur noch dann eine Einwanderungserlaubnis zu erteilen, «wenn kein Grund zu der Annahme vorliegt, dass sie hier zur Last fallen». Folglich mussten sie einen Beruf haben. «Jeder, der Händler ist oder einer ähnlichen Beschäftigung nachgeht», hiess es in dem Beschluss, «bekommt unter keinen Umständen eine Genehmigung, ausgenommen davon sind nur

bewährte Zionisten.»³² In Zeiten des Überflusses sei es möglich gewesen, mit diesem «Menschenmaterial» klarzukommen, erklärte Jizchak Gruenbaum. «In Zeiten von Mangel und Arbeitslosigkeit macht uns dieses Material viele Probleme. [...] Es muss uns erlaubt sein, unter den Flüchtlingen diejenigen herauszusuchen, die einer Einwanderung würdig sind, und nicht einfach alle zu nehmen.»³³

Deutsche Juden, die «bloss als Flüchtlinge» Einwanderungsgenehmigungen erhielten, wurden auch von Eliahu Dobkin, einem Mapai-Mitglied des Jewish-Agency-Exekutivkomitees, als «unerwünschtes Menschenmaterial» betrachtet. «Ich verstehe sehr gut, in welcher besonderen Situation sich die Einrichtungen in Übersee befinden, die mit deutschen Flüchtlingen zu tun haben, aber ich hoffe, Sie sind genau wie ich der Ansicht, dass wir an diese Frage nicht von einem philanthropischen Standpunkt aus herangehen dürfen, sondern die Erfordernisse des Landes im Auge haben müssen», schrieb Dobkin einem seiner Kollegen. «Ich meine, dass wir von den Flüchtlingen nur diejenigen herbringen dürfen, die diese Bedingung erfüllen.»³⁵ Führer der deutschen Immigranten in Palästina waren der gleichen Meinung. «Für Palästina sind 90%, wie mir scheint, unbrauchbar», teilte einer einem anderen mit.³⁶

Bei den Diskussionen im Exekutivkomitee der Jewish Agency über die Vergabe der Einwanderungsgenehmigungen wurde wiederholt gegen die Bevorzugung deutscher Juden protestiert. Ähnliche Debatten gab es wegen der Verteilung von Unterstützungsgeldern. Als man darauf zu sprechen kam, dass in London ein besonderer Rettungsfonds für deutsche Juden eingerichtet worden war, wandte ein Ausschussmitglied ein: «Warum sind jetzt nicht mehr die Juden aus Russland, sondern die deutschen Juden privilegiert?»³⁷ Wie das Haawara-Abkommen bewog

* Im Jahre 1939 verfolgte die Weltöffentlichkeit das Drama der «St. Louis». Mehrere hundert jüdische Flüchtlinge aus Deutschland waren auf diesem Schiff, und kein Land wollte ihnen Asyl gewähren. Das Joint Distribution Committee bat die Jewish Agency, den Passagieren mehrere hundert Einwanderungsgenehmigungen aus dem zugestandenem Gesamtkontingent zuzuteilen. Das lehnte die Jewish Agency ab. Am Ende durften die Flüchtlinge nach Antwerpen einreisen.³⁴

auch die Spendensammlung zugunsten deutscher Juden die Jewish Agency dazu, mehr Einwanderungsgenehmigungen nach Deutschland zu vergeben. Arthur Ruppin erklärte, bei einer Senkung der Einwandererzahlen aus Deutschland würde es schwerer fallen, Geld für den Sonderfonds zu sammeln. «Aber in Polen leiden drei Millionen Juden und in Deutschland nur 400'000», protestierte ein Ausschussmitglied und schlug vor, die Genehmigungen im Verhältnis zur Zahl der Juden in den einzelnen Ländern zu streuen.³⁸ Ein aus Deutschland gebürtiges Ausschussmitglied klagte darüber, dass deutsche Juden diskriminiert würden; dabei sei deren Lage äusserst ernst. In Polen sei die Situation noch schlimmer, entgegnete ein von dort stammendes Ausschussmitglied.³⁹

Bei der tragischen Auseinandersetzung um die Frage, wie man solche gegensätzlichen, aber berechtigten Bedürfnisse miteinander in Einklang bringen könnte, steckte niemand zurück. «Die Lage in Polen gibt einem das Gefühl, dass dort Hitlers grosser Tag näherrückt», sagte Jizchak Gruenbaum 1936 richtig voraus.⁴⁰ Zweieinhalbjahre später bat die Immigrationsabteilung der Jewish Agency alle Agency-Beauftragten im Ausland in einem Rundschreiben um Verständnis dafür, dass man sich aufgrund der «schrecklichen Not der Juden in Österreich und Deutschland» gezwungen gesehen habe, ihnen rund die Hälfte der vorgesehenen Einwanderungsgenehmigungen zu gewähren. «Wir hoffen, die anderen Länder akzeptieren dieses notwendige Opfer für die Juden aus Österreich und Deutschland.»⁴¹ Jeder Jude, der in diesen Jahren eine Einwanderungserlaubnis erhielt, lebte in Palästina in dem Bewusstsein, dass dafür ein anderer Jude, der dieses Dokument nicht bekommen hatte, ermordet worden war. Diese unvergleichlich grausame Realität lag den Schuldgefühlen zugrunde, die später so vielen dem Holocaust entkommenen Israelis zu schaffen machte.

Manche der Juden, die aus Deutschland kamen, gingen in die Landwirtschaft; sie schlossen sich bestehenden Siedlungen an oder gründeten eigene: mehrere Dutzend Kibbuzim und Dörfer. Den meisten war die Landarbeit neu; sie hatten als Ärzte, Anwälte, Beamte und Angestellte

in Grossstädten gelebt. Manche hatten den Zionismus erst nach dem Machtantritt der Nazis für sich entdeckt und beschlossen, als Pioniere aufs Land zu gehen. Andere kamen im Rahmen des Alijat-Hanoar-Programms (Jugendeinwanderung) als Kinder ohne ihre Eltern nach Palästina. Einige sahen in manueller Tätigkeit ein Ideal, das sie erfolgreich umsetzten; aus ihren florierenden Siedlungen und Höfen ging eine zweite und dritte Bauergeneration hervor.

Die Jewish Agency setzte allerdings kein grosses Vertrauen in die ideologische Standhaftigkeit der Einwanderungskandidaten und wies ihre Auslandsbüros an, von jedem die schriftliche Verpflichtung einzuholen, in Palästina mindestens zwei Jahre lang auf dem Land zu arbeiten, wo immer man ihn (oder sie) auch hinschicken würde. Daraus erklärt sich, warum so viele deutsche Immigranten in Palästina zunächst als Landwirte anfangen. Einige hielten sich aber nicht an die eingegangene Verpflichtung und weigerten sich nach ihrer Ankunft, in der Landwirtschaft zu arbeiten.⁴² Schliesslich war das ein schweres Leben. Schon vor ihrer Einreise konnten die deutschen Juden in der zionistischen Zeitung Jüdische Rundschau lesen, dass die sie erwartende Lebensweise in der Landwirtschaft eine im Vergleich zu Deutschland «starke Primitivität» mit sich bringe und es für eine erfolgreiche Landarbeit zwingend notwendig sei, «mit seinem bisherigen Leben völlig zu brechen». Knapp die Hälfte von ihnen zog sich im Laufe der Jahre aus der Landwirtschaft zurück.⁴³ Die meisten deutschen Immigranten zogen allerdings von Anfang an in die Grossstädte Haifa, Tel Aviv und Jerusalem.

Ihre Habe brachten sie in riesigen Holzkisten mit, von denen einige anschliessend als Geräteschuppen oder Obdachlosenbehausung dienten. Bei der Ankunft enthielt so ein Holzcontainer oft schwere Mahagonimöbel, einen Flügel und einen elektrischen Kühlschrank, der angesichts der orientalischen Hitze aber bald kaputtging und zur einfachen Kühlbox degradiert wurde. Die deutschen Juden brachten ihr Porzellan und Kristall mit, ihre Bettdecken, Kissen und Damastservietten, die Massanzüge, die sie in Deutschland getragen hatten, und zahllose andere Dinge, die ihnen das Leben dort angenehm gemacht hatten: Zigarrenabschnei-

der, Kirschentsteiner, Briefwaagen, Dochtscheren, kleine Tischbesen mit Krümelschaufeln. Ärzte und Handwerker kamen mit komplizierten Geräten und Werkzeugen, die in Palästina selten oder sogar unbekannt waren, denn sie hofften, die ihnen aus der alten Welt geläufige Lebensweise beibehalten und nach Palästina verpflanzen zu können. Bei der Umzugsplanung gingen sie davon aus, auch in Palästina ein Hausmädchen zu haben; viele brachten ihr Privatauto mit.⁴⁴ Ganze Bibliotheken mit Klassikern und Werken der neuen deutschen Literatur wurden ins Land geschafft.*

Die zuerst angekommenen Jecken warnten die nachfolgenden vor den Gefahren, die im neuen Land auf sie lauerten. Obst und Gemüse dürfe man auf keinen Fall roh essen, es sei denn, man hätte es vorher mindestens 20 Minuten lang in eine violettfarbene Kalzium-Hypermagnesium-Lösung gelegt. Wasser müsse man vor dem Trinken abkochen. Die Limonaden, die von Strassenverkäufern glasweise angeboten würden, solle man erst gar nicht kaufen. Auch von offenem Speiseeis lasse man besser die Finger. Eigentlich sollte man draussen überhaupt nichts essen. Weiter wurde lockere weisse Baumwollkleidung samt Schuhen aus dem gleichen hellen Material empfohlen. Man solle nie ohne Strümpfe herumlaufen, die allerdings dort, wo es keine Stechmücken gibt, nicht knielang zu sein bräuchten. Man könne einen Strohhut tragen, aber besser noch einen Tropenhelm.

Die Mode, die manchmal eine für das herrschende Klima ungeeignete Bekleidung diktiere, bilde die grösste Gesundheitsgefahr. In Palästina müsse man kompromisslos auf eine einfache und zweckmässige Kleidung achten. Für Kinder wurden als Sonnenschutz grosse Hüte empfohlen. Am besten sollte man nicht in Sandalen gehen, oder wenn, dann auf keinen Fall ohne Strümpfe. Weit besser zum Tragen geeignet seien bequeme Lederhalbschuhe. Ohne ärztliche Zustimmung sollten

* Viele dieser Buchausgaben überdauerten allein in Palästina die Zeit, weil in Deutschland alle vorhandenen Exemplare von den Nazis beschlagnahmt und verbrannt worden waren. Als dann die Jecken älter wurden und mit der Zeit starben, die hinterbliebenen Kinder aber kein Deutsch konnten, fielen Scharen von Westdeutschen in Israel ein, um die wertvollen Bände aufzukaufen und in ihr Herkunftsland zurückzubringen.

Kinder nicht im Meer schwimmen. Bei einer Hitzewelle solle man es vermeiden, nach draussen zu gehen. Fenster und Läden sollten geschlossen sein. Zwischen zwei und drei Uhr sei ein Mittagsschlaf angebracht. Den eigenen Körper, die Unterwäsche sowie die Wohnräume müsse man peinlich sauber halten. Die Fussböden sollten zur Desinfektion täglich mit Petroleum oder Lysol gewischt werden, und man dürfe keine Essensreste im Haus herumliegen lassen, da sonst Fliegen, Ameisen und anderes mit Krankheitserregern behaftetes Ungeziefer angelockt würden.⁴⁵

Manche dieser Ratschläge waren gut. Einige spiegelten aber auch die Angst vor einem fernen asiatischen Land, in dem andere Menschen jedoch schon zu leben gelernt hatten. Schliesslich gingen die Einheimischen auch ohne Socken in Sandalen, schwammen im Meer und kauften sich auf der Strasse offene Limonade; die Kinder der Jecken waren auffallend anders.

Unter den Neuankömmlingen waren junge Leute ohne Familie, die zunächst in Einwandererherbergen oder Zelten ohne ordentliche sanitäre Anlagen untergebracht wurden.⁴⁶ Doch fast die Hälfte der Immigranten aus Deutschland war über 30 Jahre alt, verheiratet und brachte Berufserfahrung und Geld oder auch nur Geld mit – als «Kapitalist».⁴⁷ Genau wie die Menschen, die sich für eine landwirtschaftliche Tätigkeit entschieden, waren auch die anderen, die in die Stadt zogen, meist gezwungen, den Beruf zu wechseln. Im Allgemeinen mussten sie ihren Lebensunterhalt mit Arbeiten verdienen, die in Deutschland nicht so angesehen gewesen waren wie ihr alter Beruf. Viele fanden als Bauarbeiter Beschäftigung. Ein Architekt wurde Zimmermann, ein Richter machte eine Reinigung auf und ein Zahnarzt einen Kurzwarenladen.

Aus dieser Zeit stammen zahlreiche Geschichten über die Jecken, darunter auch die von der Frau, bei der auf einer Busfahrt plötzlich die Wehen einsetzen. Die Fahrgäste rufen nach einem Arzt, und sofort eilen sechs kürzlich aus Deutschland eingewanderte Ärzte der Frau zu Hilfe. Doch der Busfahrer, ebenfalls ein deutscher Immigrant und früherer Arzt, weist die anderen zurück: «Entschuldigen Sie bitte, meine Herren, aber in meinem Bus bringe ich die Babys zur Welt.»

Von allen Ärzten, die in den dreissiger Jahren nach Palästina übersiedelten, kam jeder zweite aus Deutschland – insgesamt 1‘200. Aus einer Untersuchung von 1946 geht hervor, dass 35 Prozent der Ärzte im Land aus Deutschland gebürtig waren. Hunderte konnten in ihrem Beruf keine Arbeit finden.⁴⁸

Den Anstoss zur Emigration aus Deutschland gab eine Nazi-Vorschrift, die Juden die Ausübung medizinischer Berufe untersagte. Die Betroffenen liessen sich in Palästina nieder, weil sie es schwer fanden, in anderen Ländern zurechtzukommen, und weil eine neue Regelung eine Zulassung in Palästina nur denjenigen in Aussicht stellte, die vor 1936 eintrafen. Fast 500 deutsche Ärzte kamen im Oktober und November 1935 nach Palästina. «Ich war immer ein guter und treuer Jude gewesen», schrieb Hermann Zondek, ein bekannter Arzt und Klinikdirektor aus Berlin. «Aber war ich nicht auch ein guter Deutscher? Und ein guter Europäer?» SA-Schläger waren in seine Räume eingedrungen und hatten ihn hinausgeworfen. Er siedelte zunächst nach Manchester in England über. Chaim Weizmann und der Historiker Sir Louis Namier überredeten ihn, nach Palästina zu kommen. Von anderer Seite hatte er gehört, dass Palästina für einen Arzt seines Ranges zu primitiv sei. Obwohl er schliesslich Direktor einer kleinen Klinik in Jerusalem wurde, scheint er sich bis zu seinem Tode nicht sicher gewesen zu sein, ob er die richtige Entscheidung getroffen hatte.⁴⁹

In Palästina war das Niveau der medizinischen Versorgung weit niedriger als in Deutschland. Dem Jischuw waren viele medizinische Fachrichtungen gar nicht bekannt, während Deutschland in der Weimarer Zeit ein Weltzentrum moderner Medizin gewesen war. Viele der von dort eingewanderten Ärzte hatten in kommunalen oder staatlichen Krankenhäusern gearbeitet und gleichzeitig ihre eigene Praxis gehabt. Sie kamen mit klaren politischen, klassenspezifischen und für Menschen ihres Berufsstandes typischen Vorstellungen. In Palästina wurde nun von ihnen erwartet, als Angestellte in einem der über das ganze Land verstreuten winzigen Krankenhäuser des **Kupat Holim**, der medizinischen Kooperative der Histadrut, zu praktizieren. Es gab keine Universitätskliniken oder grossen Krankenhäuser. Privatpraxen verbo-

ten sich aufgrund der Histadrut-Ideologie. Für die jeweilige Behandlung zahlten die Patienten nur ganz geringe Beträge, mussten dafür aber in langen Schlangen warten, bis ihre Nummer aufgerufen wurde, und durften sich ihren Arzt nicht selbst aussuchen. Für die Ärzte bedeutete das eine ungewohnte und belastende Verwaltungsarbeit, die zu ihren gesellschaftlichen Ansichten in Widerspruch stand.

Einige übernahmen in Kupat-Holim-Krankenhäusern verantwortliche Posten. Doch als sie die Arbeitsweise der Kooperative zu ändern versuchten, befanden sie sich plötzlich mitten in einem ideologischen Kampf – dem Kampf um die Kontrolle über die Kooperative und die bei ihr Versicherten: Ärzte gegen Bürokraten und liberaler Individualismus gegen sozialistischen Kollektivismus.⁵⁰ 1946 forderten die – zu einem Grossteil aus Deutschland stammenden – Ärzte des zur Kooperative gehörenden Beilinson-Krankenhauses mit einer Unterschriftenliste, ausserhalb des Krankenhausgeländes in eigenen Häusern wohnen und Privatpraxen aufmachen zu dürfen. Ausserdem bestanden sie darauf, dass sie im Gegensatz zu den asketischen Wertvorstellungen der Arbeiterbewegung ein «Recht auf ein Auto und eigene Gemälde» hätten.

Der Konflikt führte zu starken Reibereien; beide Seiten feuerten beleidigende Breitseiten ab. Die Ärzte beschwerten sich über die Diktatur der Histadrut, und Histadrut-Funktionäre erwiderten sarkastisch: «O wie gut haben Sie es doch in Deutschland gehabt!»⁵¹ Einige Ärzte eröffneten in Palästina Privatpraxen und boten Behandlungsformen an, die bis dahin nur im Ausland zu haben gewesen waren. Wenig später bauten sie eine private Krankenversicherung auf und errichteten eine konkurrierende Kupat Holim, private Krankenhäuser und pharmazeutische Fabriken. Sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor verbesserte sich die medizinische Versorgung rasch und näherte sich bald dem europäischen und nordamerikanischen Niveau an.

Vor der Schwierigkeit, einen Platz im kollektivistischen Rahmen zu finden, standen nicht nur Ärzte. Viele Jecken verliessen aufgrund ähnlicher Schwierigkeiten die Kibbuzim, empfanden dann die Arbeitssuche mit Hilfe der Arbeitsvermittlung der Histadrut aber als problematisch. Für

sie war die Abhängigkeit von der kollektivistischen Histadrut-Bürokratie eine «schwere psychische Last». ⁵² Ein Histadrut-Funktionär klagte, «die Deutschen», die die Arbeitsvermittlung in Anspruch nähmen, brächten eine «unbefriedigende» Einstellung mit. Sie verlangten Sonderrechte, meinte er. ⁵³

Mit ihrem fordernden Individualismus und ihrer europäischen Lebensart bildeten die Jecken aber auch eine befruchtende Kraft. Sie trugen mit den von ihnen – zum Teil im damals ultramodernen, funktionalen Bauhausstil – entworfenen und gebauten Häusern dazu bei, dass sich das Aussehen der Städte veränderte. Als Geschäftsleute beeinflussten die Jecken die Jischuw-Wirtschaft ähnlich nachhaltig. Sie gehörten zu den Gründern der Tel Aviver Börse. Sie machten Läden und Geschäfte auf – manche davon mit grossen Schaufenstern zu beiden Seiten des Eingangs –, wie man sie im Jischuw bis dahin noch nicht gekannt hatte: Schreib-, Haushalts- und Lederwarenläden, Parfümerien sowie Geschäfte, die sich auf Kinderschuhe, Süssigkeiten oder Tabak spezialisierten; hier und da tauchten die ersten kleinen Kaufhäuser auf. Europäische Cafés gab es jetzt an jeder Strassenecke. Jecken organisierten Vorträge und Kammermusikkonzerte. Als Geste des Protests gegen das Unrecht des Faschismus leitete Arturo Toscanini persönlich das neugegründete Flüchtlingsorchester, aus dem später das Israelische Philharmonische Orchester hervorging. Das ist die Ironie der Geschichte: Der Aufstieg der Nationalsozialisten, der in Europa so zerstörerische und mörderische Folgen hatte, führte in Palästina zu einer deutlichen Verbesserung der Lebensqualität. Tel Aviv, das bis dahin eine Provinzstadt gewesen war, wirkte langsam wie eine kosmopolitische Grossstadt.

Die führenden Kreise des Jischuw erkannten den Beitrag der Jecken an, sahen in ihnen aber auch ein ideologisches, politisches und kulturelles Problem. Die neu ankommenden Juden seien «nicht von hebräischer Kultur erfüllt», sagte Berl Katznelson auf dem 19. Zionistischen Kongress im August 1935 in Luzern. Sie seien vielmehr Menschen, die man von den Wurzeln der nationalen Kultur und Existenz abgeschnitten habe und denen das kulturelle Bindemittel fehle, das die jüdische Diaspora lange Zeit zusammengeschweisst und zu einer Einheit gemacht

habe. Katznelson sprach von «wir» und «sie», wie das damals jeder tat. «Wir sind beauftragt, das Land Israel mit diesen ausgelagerten, wurzellosen Juden aufzubauen», erklärte er, «und die grosse Frage ist: Wie können wir aus ihnen eine Nation machen? Diesen Massen fehlen hebräische Wurzeln, die meisten kommen überhaupt mit wenig [hebräischer] Kultur. Was sollen wir tun, damit sie für uns nicht zu einer Belastung werden? Was können wir tun, damit sie im Land aufgehen und es mit aufbauen?»⁵⁴

In zahllosen Anekdoten wurden die Jecken damals als konservativ, dumm und kalt dargestellt. «Sie verstehen keinen jüdischen Humor», hiess es, und in diesem Vorwurf klangen die Spannungen an, die schon immer – selbst in Europa – zwischen den Juden aus Deutschland und denen aus Osteuropa bestanden hatten. Auch über die Einstellung der «Deutschen» zur jüdischen Tradition machte man sich lustig. Zwar gab es unter den osteuropäischen Juden viele, die nicht religiös, und unter den Jecken umgekehrt viele, die fromm und sogar ultraorthodox waren, dennoch aber galten die deutschen Juden stereotyp als vom Judentum entfremdet. «Etwas ist an ihrer Tragödie positiv», meinte Menachem Ussischkin auf einer Sitzung des zionistischen Exekutivausschusses, «und zwar, dass Hitler sie als Rasse und nicht als Glaubensgemeinschaft unterdrückt hat. Hätte er letzteres getan, wäre die Hälfte der Juden in Deutschland einfach zum Christentum konvertiert.»⁵⁵ Einigermassen verwundert berichtete eine Zeitung, eine Gruppe von deutschen Einwanderern habe aus Anlass von Kaiser Wilhelms Geburtstag eine Feier organisiert.⁵⁶

Der aus Wien stammende Schriftsteller Mosche Jaakov Ben-Gabriel (Eugen Höflich) meinte, die Immigranten sollten sich «in Demut» assimilieren, und David Ben Gurion forderte eine «spirituelle Revolution».⁵⁷ Ein Veteran versprach, «ihnen beizubringen, Verantwortung für die Bedürfnisse aller zu übernehmen».⁵⁸ Die Jecken wollten natürlich nichts beigebracht bekommen, sondern sahen sich eher zum Lehren befähigt. «Auch wir wollen uns an der Wiederherstellung der Kultur unseres Volkes beteiligen», erklärte einer ihrer Vertreter, und Martin Bu-

ber warnte sie davor, das Land als eine Art amerikanischen Schmelztiegel zu betrachten.⁵⁹ Die Frage war, wer wen zur Assimilation bewegen würde.

Die Jecken stachen hervor, waren anders als alle bisherigen Immigranten. Mit der westlichen Kultur waren sie vertrauter als der grösste Teil des übrigen Jischuw. Viele, vielleicht die meisten, weigerten sich, die örtliche Lebensart anzunehmen, und irritierten mit ihrer Haltung den alten Teil der Bewohnerschaft beträchtlich, der von neuen Einwanderern erwartete, dass sie sich um Anpassung bemühten. Die Kultur der Jecken weckte von Anfang an Widerstand, unter anderem, weil sie mit Hitler-Deutschland identifiziert wurde. Gelegentlich wurden die Jecken einfach als «Deutsche» mit «deutschen» Eigenschaften gesehen. War ein Jecke an einem Streit, einer Auseinandersetzung oder auch nur einer simplen Meinungsverschiedenheit beteiligt, wurde er nicht selten als «Hitler» beschimpft.⁶⁰

Von manchen Einwohnern wurden sie wegen ihrer Art und der Weigerung, sich zu ändern und in der örtlichen Gesellschaft aufzugehen, als Gruppe angegriffen. Man sah darin den Beweis dafür, dass sie etwas Besseres als die anderen Menschen am Ort zu sein glaubten. «Eine einzige Gruppe, die sich für besonders ruhmreich hält, hat Angst vor dem Schmelztiegel; auch nach zehn Jahren bei uns betrachtet sie sich noch als ‚neu‘, weil sie nach wie vor an einer inzwischen formlosen Identität, dem Deutschtum, festhält», stellte der bekannte, aus Deutschland gebürtige Journalist Asriel Karlebach fest. «Sie scharen sich um die seichten Wasser des Jischuw, nehmen mit der Zungenspitze ein paar Tropfen zu sich, wenden sich dann sichtlich angewidert ab und äussern sich geziert über den widerwärtigen Geschmack.»⁶¹

Die Jecken «bauen zwischen sich und uns eine dicke Wand auf», beklagte eine Zeitung. Bei ihnen gäbe es nur «Adolfe, Richarde, Arthurs, Hermanns, Wilhelme und Philippe».⁶² «Ihnen fehlt eine jüdische Einstellung zur Frage des Jischuw», bekräftigte ein anderes Blatt. «In ihrer Einstellung zum Land Israel haben sie keinen Hauch von Spiritualität», hiess es vorwurfsvoll von rechts. Und während die Arbeiterpresse den egoistischen Individualismus der Jecken anprangerte, identifizierten die

revisionistischen Blätter sie mit der sozialdemokratischen Bewegung. Ein Kommentar lautete: «Die Deutschen sind immer Kollektiv, niemals Individuen. Sie haben keine Eigenständigkeit, keine privaten oder persönlichen Merkmale, so als wären sie alle zusammen geboren. Kaum war der Deutsche auf der Welt, war er schon eine Gesellschaft.» Der Autor forderte von den Jecken, eine engere Beziehung zum «einfachen Volk» zu entwickeln – zu den «Menschen des Landes Israel, die die Qualen der Nation fühlen und bei ihrer Zerstörung Tränen vergiessen».⁶³

Manchmal verspottete man die Jecken, weil sie Wert auf ihre Bildung, ihre Berufsausbildung und die Qualität ihrer Arbeit legten. Der Jischuw hielt manuelle Tätigkeit und Improvisationsfähigkeit für wichtiger. Die Jecken wurden wegen des von ihnen beibehaltenen übertrieben hohen Lebensstandards attackiert, der hier mit einer Ideologie kollidierte, die Fülle mit moralischem Verfall gleichsetzte. Man kritisierte sie wegen der «vielen hier unangebrachten Luxusartikel und ‚Annehmlichkeiten‘, die wir nicht brauchen und die zu Korruption und Degeneration führen».⁶⁴ Durch die aus dem Haawara-Abkommen resultierende Zunahme der Importe aus Deutschland wurde die Abneigung gegen die Jecken weiter geschürt. In der Importfrage hiess es, wie üblich, hier werde die nationale und zionistische Loyalität auf die Probe gestellt. Durch die Haawara werde, so wurde argumentiert, «die junge jüdische Industrie bewusst zerstört», um Profit zu machen und die deutschen Immigranten zu verwöhnen, die einfach keine heimischen Produkte akzeptieren wollten. Das führe zur Schliessung von Fabriken und Entlassung von Arbeitern und damit zur Schwächung des zionistischen Projekts, behaupteten Vertreter der heimischen Industrie. Eine Gruppe, die sich «Vereinigtes Komitee zum Boykott deutscher Waren» nannte, warnte von Zeit zu Zeit, dass sie ihre Mitglieder nicht viel länger zurückhalten könne und es bald zu Gewaltakten kommen werde.⁶⁵

Im Tel Aviver Stadtarchiv befinden sich Briefe von damals neu zugezogenen deutschen Juden. Darin geht es etwa um eine geplatze und nicht geleerte Hauptwasserleitung oder eine zu hohe Grundsteuerveranla-

gung. Es kommen alle möglichen persönlichen Probleme zur Sprache, die die neuen Bewohner der ersten hebräischen Grossstadt so kurz nach ihrer Einwanderung nicht zu lösen wussten, weshalb sie sich an ihren Bürgermeister wandten. Der eine brauchte Arbeit, der andere eine Operation, einer war auf der Suche nach einem in Europa zurückgebliebenen Verwandten, ein anderer benötigte eine Wohnung – traurige Briefe, aus denen Hilflosigkeit, Einsamkeit und Entfremung sprechen. Die meisten der Briefschreiber waren offenbar nicht mehr jung. Sie alle schrieben auf deutsch, weil sie keine andere Sprache konnten. Dabei benutzten sie – wie Untertanen gegenüber einem Fürsten – eine sehr förmliche Sprache, die Hochachtung und Ergebenheit gegenüber «Seiner Exzellenz» dem Bürgermeister zum Ausdruck brachte, wie man das früher in Deutschland getan hatte. Der Bürgermeister bekam diese Briefe nie zu Gesicht; Stadtschreiber Jehuda Nedivi nahm sie zu den Akten. Manche schickte er auch zurück und wies den betreffenden Absender in einem kurzen, förmlichen Begleitschreiben darauf hin, dass er sich mit seinem Begehren «in der offiziellen Sprache Tel Avivs und seiner Stadtverwaltung, Hebräisch», an die Stadt wenden müsse.⁶⁶

Im selben Archiv findet sich ein Schriftwechsel zwischen Bürgermeister Meir Disengoff und dem Leiter des Haivrit-Gymnasiums, Chaim Bograschow, in dem es um einen Angriff auf das Café Rivoli und Drohungen gegen seine Besitzer geht. Empört darüber, dass die Café-Besitzer nicht hebräisch sprachen, hatten mehrere Schüler ihnen die Fenster eingeworfen und einen Drohbrief geschickt. Disengoff verurteilte den Vorfall und warnte, dass derartige Handlungen zu Strassenkrawallen führen könnten. Dennoch versprach er, den Kampf gegen «den neuen Germanismus» und die Bildung einer vereinten Front gegen «Versuche, ausländische Sprachen und Gebräuche bei uns einzuführen», voll zu unterstützen.⁶⁷

Einige Jahre später verschickte die Stadt an mehrere deutschsprachige Bewohner Briefe, die in beinahe drohendem Ton gehalten waren. «Ich habe Kenntnis davon erhalten, dass die Vereinigung für ein freies Österreich in Ihrem Haus, Allenbystrasse 21, Bälle und Feiern gänzlich auf Deutsch veranstaltet, zum Teil mit Programmen, die dem Geist unserer Stadt fremd sind», teilte der amtierende Stadtschreiber mit und

fügte hinzu: «Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Leuten verständlich machen könnten, dass dies in Tel Aviv nicht toleriert werden wird.»⁶⁸

Die meisten deutschen Einwanderer unterhielten sich untereinander weiterhin auf deutsch, und ihre Kinder wuchsen häufig mit zwei Sprachen auf: Als erstes lernten sie Deutsch, das sie zu Hause benutzten, als zweites Hebräisch. Die Hitachdut organisierte Hebräischkurse, und nach aussen erkannten alle Jecken an, dass es notwendig sei, sich die Landessprache zu eigen zu machen. Den meisten fiel es jedoch äusserst schwer, Hebräisch zu lernen, und viele machten die Entdeckung, dass sie auch ohne diese Sprache zurechtkommen konnten. In nichts zeigt sich ihr Fremdsein und ihre Entfremdung deutlicher als in ihrem Unvermögen – gelegentlich auch ihrer Weigerung –, Hebräisch zu lernen. Kein anderes Problem brachte sie so weitgehend mit dem zionistischen Ethos des Jischuw in Konflikt.

Der Streit um das Primat des Hebräischen im Allgemeinen und den Gebrauch des Deutschen im Besonderen hatte bereits vor der Ankunft der Jecken eingesetzt. Der erste «Sprachenkrieg» war schon zu Beginn des Jahrhunderts ausgefochten worden. Dieser seit Langem geführte Kampf war Teil der Bemühungen, die hebräische Identität der Nation zu erneuern und sie so auf die Unabhängigkeit im eigenen Land vorzubereiten. Den Befürwortern der hebräischen Sprache gelang es, kommunale Verordnungen durchzusetzen, durch die der Gebrauch anderer Sprachen bei Ladenschildern, öffentlichen Vorträgen und anderen kulturellen Veranstaltungen – so auch bei Filmuntertiteln – eingeschränkt wurde.

Der Zentralrat für das Supremat des Hebräischen, eine von Menachem Ussischkin geleitete, offizielle zionistische Organisation, äusserte sich lobend über die von ihm bei deutsch-jüdischen landwirtschaftlichen Kooperativen geleistete Arbeit. Auf einer seiner Sitzungen wurde folgende Entwicklung geschildert: Der Leiter einer Kooperative in Naharia schickte dem Bürgermeister einen Brief. Da er nicht genügend Hebräisch konnte, schrieb er auf deutsch, und seine Sekretärin übersetzte das Schreiben ins Hebräische. Leider konnte der Bürgermeister ebenfalls

kein Hebräisch, aber auch er hatte eine Sekretärin, die den Brief ins Deutsche zurückübersetzte. Der erwähnte Zentralrat war es zufrieden: In den Akten der Kooperative und der Gemeinde sollten nur die hebräischen Schreiben aufbewahrt werden.⁶⁹

Mit der Zahl der deutschsprachigen Jischuw-Mitglieder wuchs auch die Zahl der deutschsprachigen Zeitungen. Diese legitimen kommerziellen Unternehmen stiessen bei der konkurrierenden hebräischen Presse, aber auch bei der Hitachdut auf Widerstand, der wie gewöhnlich als Engagement für das hebräische Wesen der Nation ausgegeben wurde.

Im März 1939 bezog die Zeitung Haarez gegen das Erscheinen der Jüdischen Rundschau in Jerusalem Stellung. Sie bezeichnete die deutschsprachige Presse als «Angriff auf das Herz des Jischuw» und warnte in fetten Lettern, der Jischuw werde dies «nicht hinnehmen».⁷⁰ Dennoch gab es zwei Jahre später rund ein halbes Dutzend deutschsprachiger Zeitungen in Palästina. Daraufhin griff die Haarez das Thema erneut auf. Natürlich gebe es Länder, die eine fremdsprachige Presse tolerierten, hiess es dort; doch was in einem etablierten Land, dessen Unabhängigkeit nicht in Frage stehe, hinnehmbar sei, könne man in einer Gemeinschaft, die hart um ihre politischen Rechte ringe, nicht zulassen. Die Zeitung forderte, die Jischuw-Führung solle «aufhören zu reden und anfangen, gegen die zerstörerische Kraft der fremdsprachigen Presse aktiv zu werden».⁷¹

Einige Führer unternahmen etwas. Sie versuchten, die Eigentümer von vier deutschsprachigen Zeitungen in langen Verhandlungen dazu zu bewegen, ihre Publikationen einzustellen. Als sie damit nicht durchdrangen, wurde im Präsidium des Zentralrats für das Supremat des Hebräischen darüber diskutiert, wie man die Herausgeber der Zeitungen zwingen könnte, sich der «nationalen Disziplin» zu unterwerfen. Erklärtes Ziel war es, «die deutschen Zeitungen von der Bildfläche verschwinden» zu lassen. Einige der Sitzungsteilnehmer meinten, das bedeute Krieg. Einer schlug vor, man solle von Inserenten verlangen, in der fremdsprachigen Presse keine Anzeigen zu schalten, und solle umgekehrt die hebräischen Zeitungen auffordern, von Kunden, die dennoch dort inserierten, keine Anzeigenaufträge entgegenzunehmen. Ausser-

dem dürften Cafés, Friseurläden und Hotels ihren Kunden keine fremdsprachigen Zeitungen mehr anbieten.⁷² Bei der Diskussion über die Beseitigung der fremdsprachigen Presse wagte jedoch einer der Anwesenden anzumerken, dass auch gegen die jiddisch- und englischsprachigen Zeitungen etwas unternommen werden müsse. Seine Kollegen wiesen ihn daraufhin schnell in seine Schranken. «Englisch ist die Sprache der Regierung und Jiddisch die des Gefühls», entschied Menachem Ussischkin. Und das war das Ende der Debatte.⁷³ So wurde also von den Jecken erwartet, einen tieferen Sinn für Patriotismus zu zeigen, als die Jischuw-Führung von sich selbst verlangte.

Doch je mehr man versuchte, die Jecken von ihrer Sprache und Kultur abzuschneiden, umso mehr wuchs ihre Entfremdung. «Die Jecken haben das Gefühl», so erklärte einer von ihnen David Ben Gurion, «von jedermann gehasst zu werden, weil sie Jecken sind; sie fühlen sich in jeder Hinsicht diskriminiert.»⁷⁴

In ihrem Mitteilungsblatt schrieb die Hitachdut, dass die Zahl der Suizide unter den deutschen Immigranten unverhältnismässig hoch sei. In diesem Phänomen spiegele sich die schwere materielle und seelische Belastung wider, der viele Jecken ausgesetzt seien, weil sie sich unter anderem Sorgen wegen ihrer in Europa zurückgebliebenen Verwandten machten.⁷⁵ Ein Redakteur der Histadrut-Tageszeitung Dawar versuchte bei seiner Leserschaft Verständnis für die Not der Jecken zu wecken:

«In den stilleren Strassen von Jerusalem treffe ich tagtäglich auf Angehörige dieses Stammes:

Wissenschaftler und Künstler, die bei uns wie auf einer verlassenem Insel leben – abgeschnitten, stumm, nichts verlangend und um nichts bittend; einsame, gramgebeugte alte Männer und Frauen, die Angst um ihre Kinder haben und die Klauen des teuflischen Feindes spüren, ohne von jemandem getröstet zu werden; Männer und Frauen jeden Alters, die ums Überleben kämpfen und sich mit letzter Kraft an das Leben klammern, weil sie sonst ihre Menschlichkeit verlieren würden.

Ich habe sie ihre Habe Stück für Stück verkaufen sehen – einen Sabbat-Kerzenhalter, einen Silberlöffel oder eine Uhr, die sie aus dem

Land ihres Feindes herübergerettet hatten. Ich habe gesehen, wie sie das einzige Wesen verkauften, das ihnen ein bisschen Liebe und Trost gegeben hatte – ihren Hund –, weil sie die Hundesteuer nicht bezahlen konnten. Ich habe Selbstmorde aus Einsamkeit, Angst und Hunger, aus unerträglichem Schmerz und Sorgen erlebt – von feinfühligem, sensiblen Menschen, die lieber sterben wollten, als seelisch zu verfallen. Ich habe sie gesehen und mir gesagt, rufe deinen Brüdern zu: Du sollst nichts Böses tun!»⁷⁶

Unter den Jecken neigten manche dazu, die sie umgebende Feindseligkeit zu entschuldigen und Selbstkritik zu üben: «Wir sind verwöhnt», schrieb die Hitachdut in ihrem Mitteilungsblatt. «Wir rufen uns ständig die grossen Ereignisse der europäischen Geschichte in Erinnerung und vergleichen sie mit dem, was wir hier in Palästina sehen.»⁷⁷ Als der Krieg ausbrach, warnten sich die Jecken gegenseitig, dass die deutsche Sprache jetzt für andere einen viel übleren Klang hätte als zuvor. «Von einem Balkon zum anderen rufen sich die Leute laut und deutlich in fliessendem Deutsch die neuesten Radionachrichten zu», hiess es im Hitachdut-Mitteilungsblatt tadelnd. «Im Bus grüssen wir uns, kaum zu überhören, über die Köpfe der anderen Fahrgäste hinweg. Und am Strand von Tel Aviv scheint es in manchen Abschnitten so, als stünde da ein unsichtbares Schild: ‚Hebräisch hier verboten!‘» Da viele der deutschen Einwanderer keine andere Sprache konnten, riet ihnen die Hitachdut, in der Öffentlichkeit still zu sein oder sich höchstens im Flüsteren zu unterhalten.⁷⁸ Die Einwanderervereinigung tat ihr Bestes, um den von ihr angebotenen Hebräischunterricht möglichst breit zu fächern. Sie warb in Anzeigen und baute eine Erwachsenenbildungsstätte auf, in der einige der berühmtesten Gelehrten des Landes wie Martin Buber und Gerschom Scholem unterrichteten. Die Vorträge fanden zwar grösstenteils noch auf Deutsch statt, gehörten aber zu den Bemühungen, den deutschen Immigranten den Judentum sowie das Land und seine Sprache näherzubringen. Die Hitachdut verlangte von ihren Mitgliedern einzusehen, «dass es für das jüdische Palästina nur eine Landessprache gibt, die hebräische».⁷⁹

Mit den Jahren lernten die Jecken allerdings, sich zu behaupten und

ihren Kritikern mit unverhohlenem Ärger, mit Sarkasmus und nicht selten auch mit Verachtung zu begegnen.

Die Jecken meinten, die Feindseligkeit und der Spott, mit denen sie empfangen worden waren, seien durch Neid verursacht und unterschieden sich in nichts von dem, was sie bereits früher erlebt hätten. «Man stochert in allem herum, trägt alle möglichen negativen Merkmale zusammen, wie sie bei jeder ethnischen Gruppe zu finden sind, und hat dann das Ungeheuer, das man im Moment braucht» – genau wie in Nazideutschland.⁸⁰ «J'accuse», schrieb der aus Deutschland stammende Zionist Gustav Krojanker und vertrat die Ansicht, die gegen die Jecken gebrauchten Schmähungen seien nicht mehr weit von denen der Antisemiten entfernt.⁸¹ Im Mitteilungsblatt der deutschen Einwanderer erschien ein Leserbrief – von dem sich die Redaktion allerdings distanzierte –, der mit harten Worten gegen den Nationalchauvinismus zu Felde zog, der im Kampf gegen die deutsche Sprache zum Ausdruck komme. «Wir haben mit Schaudern erlebt, wohin der übertriebene Nationalismus in Deutschland geführt hat. Wir sind auf dem besten Wege, hier etwas Ähnliches zu erleben», schrieb der Mann.⁸² Die Intoleranz und der Fanatismus, durch die die Kampagne zur Förderung der hebräischen Sprache gekennzeichnet sei, stosse viele Menschen vor den Kopf, stellte die Hitachdut warnend in ihrem Mitteilungsblatt fest und berichtete von der mutigen und stolzen Reaktion eines vierzehnjährigen Mädchens, das in Jerusalem von einer Mitschülerin zu hören bekommen hatte: «Geh doch zu Hitler zurück!» Empört hatte sie der anderen eine schallende Ohrfeige gegeben.⁸³

Mit der Zeit lernten die Jecken, sich auf ihren Beitrag zur Jischuwgesellschaft einiges zugute zu halten. Sie lernten, stolz auf sich zu sein, und entwickelten ein Sendungsbewusstsein als Botschafter der europäischen Kultur. «Ziel unserer Kulturarbeit muss es sein, einen neuen hebräischen Humanismus zu schaffen, der sich nicht nur von des Menschen Grösse herleitet, sondern auch von seiner Demut; der nicht zu unkontrollierter Selbstüchtigkeit führt, sondern die Beziehungen des Einzelnen zu seinen Mitmenschen, seiner Nation und der Menschheit als ganzes anerkennt und wahrt, um die Vergangenheit zu neuem Leben zu

erwecken und, als Teil dieser Wiedergeburt, die Gegenwart zur Zukunft hin zu öffnen», erklärte einer ihrer Führer. Diese Botschaft vermittelte humanistische Offenheit, übte gleichzeitig aber versteckt und vorsichtig Kritik an dem vom Jischuw gepflegten nationalistischen Inseldenen.⁸⁴ Nicht nur der Jecke, «auch der Ostjude muss Jude werden», schrieb der aus Deutschland gebürtige Pädagoge Ernst Simon.⁸⁵

Im Alltag wollten die Jecken eigentlich nicht mehr als eine grosse Auswahl an Wurst und Brötchen sowie Buchhandlungen mit Buchhändlern, die die angebotenen Bücher tatsächlich auch selbst lasen. Ihnen lag an Ruhe und Ordnung, gutem Benehmen, Achtung vor den Eltern und Rücksichtnahme gegenüber den Mitmenschen. Sie mochten es nicht, wenn durch ein offenes Fenster in der Nachbarschaft lautstark das Radio zu hören war.⁸⁶ Die deutschen Einwanderer kämpften um Lebensqualität; sie sahen es als ihre Aufgabe an, das Land von seiner «primitiven» Lebensart zu erretten.⁸⁷ Bei diesem Kulturkampf ging es auch darum, sich einen Platz in der Elite zu erobern. «Sie können der [britischen] Regierung mitteilen», schrieb Georg Landauer an Mosche Schertok, «dass Juristen aus dem Ausland [hier] das Niveau des Berufsstandes heben. Beispielsweise sind Juristen aus Deutschland hergekommen, haben alle Examina bestanden und sind viel besser als die, die hier studiert haben.»⁸⁸ Keine zehn Jahre, nachdem die Jecken in grosser Zahl einzuwandern begonnen hatten, schrieb 1941 einer von ihnen: «Die Frage ist nicht, ob sie sich dem Jischuw angepasst haben, sondern ob sich der Jischuw, von dem sie ein Teil sind, in der erforderlichen Weise geändert hat.»⁸⁹ Zehn Monate später hiess es im Mitteilungsblatt der deutschen Einwanderer: «Wir, die sogenannten Jecken, gehören nicht nur zum Jischuw: wir selbst sind heute zu einem nicht unbeträchtlichen Teil der Jischuw.»⁹⁰

David Ben Gurion brachte die Psyche der Jecken mit folgenden Worten auf den Punkt: «[Deutsche Einwanderer] haben sowohl einen Überlegenheits- als auch einen Minderwertigkeitskomplex. Der Überlegenheitskomplex ist: ,Unsere Bildung ist von der deutschen Kultur geprägt, wir haben Kant und Beethoven, die besten Romane, die deutsche Philosophie und Kultur. [...] Und hier ist alles Osteuropäische. Da ist aber

auch ein Minderwertigkeitskomplex. Sie sehen, dass diese Menschen etwas gemacht haben. [... Da ist] auch Neid: ‚Hier sind diese Juden [aus Osteuropa] und reißen sich alles unter den Nagel.‘» Ben Gurion fügte hinzu, er bezweifle, dass wirklich alle besten Romane der Welt in Deutsch geschrieben seien.⁹¹

Die Jecken entwickelten ihr eigenes System der Gemeinwesenarbeit und gegenseitigen Hilfe, aber wenn es etwas gab, was sie bis zur Gründung ihrer eigenen politischen Partei mehr als alles andere einte, dann war das der Kampf für das Haawara-Abkommen. Sie hatten ein eindeutiges Interesse an diesem Thema, das ausserdem in die politischen Bestrebungen der Mapai passte. Sie vertraten die Ansicht, dass das Haawara-Abkommen den wahren Geist und die wahren Bedürfnisse des Zionismus widerspiegele, und sie betonten, dass Deutschland aus dem Abkommen nur geringen Nutzen zöge. Die Revisionisten machten sich die «primitiven Instinkte» der Öffentlichkeit – das heisst, ihren Hass auf alles Deutsche – für ihre Zwecke zunutze, erklärten führende Köpfe der deutschen Einwanderer.⁹²

1935 stellte die Hitachdut bei den Wahlen zum Tel Aviver Stadtrat einen eigenen Kandidaten auf. Felix Rosenblüth versprach den Wählern, sich für ein höflicheres Verhalten der Beamten, eine bessere Stadtplanung, sauberere Strassen sowie bessere Bildungsmöglichkeiten und Sozialdienste, vergleichbar denen anderer Länder, einzusetzen. Er wurde gewählt.⁹³ Von da an begann die deutsche Einwanderervereinigung allmählich als Partei zu fungieren. Unter dem Namen Alija Chadascha (Neue Einwanderung) beteiligte sie sich an den Wahlen zu verschiedenen kommunalen Institutionen. Bei den Nationalwahlen zum Waad Leumi erhielt ihre Kandidatenliste mit über 20'000 Stimmen rund 10 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen, und die errungenen 18 Mandate machten sie zur viertstärksten Partei im Land.⁹⁴

Vor der Wahl hatte Ben Gurion eine Reihe von Mapai-Aktivisten deutscher Abstammung eingeladen, die er zu einer Kampagne gegen die neue Partei bewegen wollte. Die Zusammenkunft fand im Herbst 1943 in Kfar Jedidja statt, einer Landwirtschaftskooperative im Hefertal, die

rund zehn Jahre vorher von deutschen Einwanderern gegründet worden war. Im Laufe des Gesprächs machten die Jecken geltend, dass der Jischuw ihnen nicht das Gefühl gegeben habe, willkommen zu sein, und ringsum jeder davon ausgehe, dass sie nach Kriegsende wieder nach Deutschland zurückkehren würden. Und dies sei so trotz der Tatsache, dass es unter den alten Siedlern, die sich ihrer nationalen Vision rühmten, viele gäbe, die genau wie die deutschen Juden nicht als Zionisten, sondern als Flüchtlinge gekommen seien. Dazu zählten sogar die legendären Bilu-Siedler, die vor Pogromen aus Russland geflohen waren und Ende des 19. Jahrhunderts die ersten neuen jüdischen Siedlungen gegründet hatten.

Ihnen zu Gefallen pflichtete Ben Gurion bei. Er wusste vieles über die Spannungen zwischen dem Zionismus der «Erlösung» und dem Zionismus der «Rettung» zu sagen und bekräftigte, dass das zionistische Projekt in Palästina sowohl auf der nationalen Vision vom Lande Israel als auf der Realität des jüdischen Leids beruhe. Die Jecken konnten zufrieden sein: Ben Gurion hatte sie in die zionistische Geschichte eingeführt. Er werde sie niemals «Jecken» nennen, versprach er gnädig. Allerdings hielt er nicht mit seiner Ansicht hinter dem Berg, dass die Osteuropäer bessere Zionisten seien. Im Gespräch mit den Jecken redete auch er von «wir» und «ihr» – wir aus Osteuropa, das wahre Israel, und ihr, die Jecken, Fremde, die sich erst noch beweisen müssen.

Bei dieser Zusammenkunft wiederholte Ben Gurion beinahe jedes negative Klischee, das über die Jecken in Umlauf war. Er machte sich über ihre Sehnsucht nach deutscher Kultur und ihre penible Gesetzes-treue lustig. In Deutschland, so meinte er, sei Gesetz Gesetz, «und wenn man eine Revolution machen will, muss man sich zuerst von der Polizei eine Erlaubnis holen». Der deutsche Gehorsam, ein nationales Charakteristikum, habe es den Nationalsozialisten ermöglicht, an die Macht zu kommen, sagte Ben Gurion und liess anklingen, dass auch die deutschen Juden seiner Ansicht nach Hitler unterstützt hätten, wenn sie nicht als Juden verfolgt worden wären. «Diejenigen von uns, die aus Russland gekommen sind [...] haben etwas vom Geist der Russischen Revolution

mitbekommen», erklärte er stolz, als wenn die sowjetischen Massen sich gerade gegen Stalin und seine Diktatur erheben würden und er selbst nicht in Polen geboren wäre.⁹⁵

Doch das Klischee von der peinlich genauen Beachtung der Gesetze hielt sich hartnäckig: Man erzählte sich damals die Geschichte von dem Jecken, der mit dem Zug von Haifa nach Naharia fuhr. Er hatte Probleme, weil er auf einem Platz entgegen der Fahrtrichtung sass. Bei der Ankunft in Naharia war ihm schwindlig, und er hatte Kopfschmerzen – und alles nur, weil er falsch herum im Zug gesessen hatte. Es sei schrecklich gewesen, klagte er seinen Freunden in Naharia. Sie fragten ihn, warum er denn den Fahrgast gegenüber nicht gebeten habe, mit ihm die Plätze zu tauschen. «Aber das war ja gerade das Problem», erwiderte der Jecke, «dort sass doch niemand!»

Und viele Jecken hielten sich tatsächlich peinlich genau an die Gesetze. 1938 legten die Nazis fest, dass in Deutschland jeder jüdische Bürger einen jüdischen Namen haben müsse. Genau wie der gelbe Davidsstern auf der Kleidung und das in den Pass gestempelte «J» war auch diese Auflage Teil der nationalsozialistischen Bemühungen, die Juden zu kennzeichnen und zu isolieren. Der neuen Regelung zufolge mussten alle, die nicht bereits einen der Namen hatten, die auf der hierzu veröffentlichten amtlichen Liste standen, ihrem bisherigen einen jüdischen Namen hinzufügen – bei den Männern war es Israel, bei den Frauen Sarah. Die Hitachdut bemerkte dazu, dass manche der von den Nazis auf ihrer Liste akzeptierten jüdischen Namen, wie etwa Feibl, gar keine hebräischen Namen seien. Ausserdem waren manche neuen hebräischen Namen, wie Uri, gar nicht aufgeführt, dafür waren manche andere der aufgelisteten Namen einfach lächerlich, wie das biblische Wort Hamor, das auf Hebräisch «Esel» bedeutet.

In den Akten des deutschen Konsulats in Jerusalem finden sich Briefe von ortsansässigen Jecken – von denen manche damals noch die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen –, in denen sie die NS-Behörden wissen liessen, dass sie den nationalsozialistischen Vorschriften entsprechend offiziell den Namen Israel oder Sarah anzunehmen gedachten. «Um den gesetzlichen Bestimmungen zu genügen», schrieb etwa Fritz

Israel Stein aus Kfar Jedidja ans Konsulat, «erstatte ich hiermit Anzeige, dass sich meine Familienmitglieder folgende zusätzliche Vornamen beilegte [...], da ich die Angelegenheit genau nach Vorschrift erledigt wissen möchte.» Vom Konsulat kam daraufhin eine Bestätigung, und Stein bedankte sich schriftlich dafür. Das Konsulatsschreiben war allerdings an «Isidor Stein» gerichtet, und Stein fragte an, ob er nun Israel oder Isidor heiße. Er und andere, die ähnliche Briefe schrieben, wollten vielleicht einfach nur ihre deutsche Staatsbürgerschaft oder ihre Rentenansprüche wahren. Wie dem auch sei, in der Geschichte der schmerzhaften Beziehungen der Jecken zu ihrem Heimatland findet sich kaum ein groteskerer Vorgang als dieser.⁹⁶

Vielen Jecken fiel es schwer, sich mit Verhaltensweisen abzufinden, die in ihren Augen eine Geringschätzung der Regierungsautorität bedeuteten. Ein solches Verhalten rühre wohl von der Unterdrückung der Juden in ihren Ursprungsländern her, meinten sie, nach einer Erklärung suchend. Die Osteuropäer hätten zwangsläufig die Kunst erlernt, die Hausbesitzer hinters Licht zu führen und sich den zu ihren Ungunsten erlassenen Zwangsmassnahmen zu entziehen. Auch die Zionisten mussten des Öfteren Aktionen unternehmen, bei denen sie britische Mandatsgesetze brachen – etwa wenn sie heimlich illegale Einwanderer ins Land brachten. Die Jischuwführer sollten sich schon bald der Aufgabe verschreiben, die Briten gänzlich aus dem Land zu drängen, wobei sie sich unter anderem auch terroristischer Methoden bedienten. «Eine unserer wichtigen Aufgaben in diesem Land ist, dafür zu sorgen, dass diese Einstellung mit der Zeit durch eine positive Haltung gegenüber den öffentlichen Institutionen ersetzt wird», erklärten die Jecken in ihrem Mitteilungsblatt.⁹⁷

Ben Gurion versuchte dennoch, die Jecken dazu zu überreden, im Kampf gegen die britische Herrschaft eine Rolle zu spielen. Wenn er sie doch nur von diesem teutonischen Hang befreien könnte, jedes Gesetz und Regime – und sei es noch so schlimm und unterdrückerisch – zu respektieren! Wenn die Jecken doch nur die Gegebenheiten in Palästina besser verstehen würden, dann wären sie zweifellos mit ihm der Meinung, dass es an der Zeit sei, die Briten hinauszuerwerfen und einen

jüdischen Staat zu errichten, selbst auf die Gefahr eines Krieges mit den Arabern, meinte Ben Gurion. Für ihn war das Ganze im Wesentlichen ein Mentalitätsproblem. Ben Gurion vermochte es offenbar nur schwer zu akzeptieren, dass die Jecken zu politischen Ansichten gelangen konnten, die den seinen entgegengesetzt waren. Er könne im höchsten Fall, so sagte er, die ethischen Grundlagen «respektieren», die sie von allen Aktionen abhielten, durch die den Arabern ein Unrecht zugefügt werden könnte.⁹⁸

In Deutschland hatten sich die Juden im Allgemeinen mit der zentristischen, liberalen nationalen Bewegung identifiziert, die während des Ersten Weltkriegs an Schwung verlor und bald darauf einging. Der deutsche Zionismus bildete in ähnlicher Weise den Versuch, angesichts des in Europa um sich greifenden Nationalchauvinismus eine gemässigte, gewaltfreie nationalistische Überzeugung aufrechtzuerhalten. Die Jecken waren der Ansicht, dass in Palästina Spielraum für einen Kompromiss zwischen Zionismus und palästinensisch-arabischem Nationalismus bestehe. In den Kreisen, die die Zusammenarbeit zwischen Juden und Arabern voranzutreiben hofften, spielten mehrere – zum Teil bereits vor der nationalsozialistischen «Machtergreifung» nach Palästina übergesiedelte – deutsche Immigranten eine führende Rolle. Der Jüdisch-Arabische Freundschaftsbund, Brit Schalom, Bar-Kochba, Ihud und andere solcher winzigen Friedensorganisationen waren überzeugt, dass Juden und Araber unter der Herrschaft einer fremden – britischen oder internationalen – Regierung im selben Land Zusammenleben könnten. Sie setzten sich für alle möglichen Regelungen ein wie Autonomie und Einteilung in Kantone. Im Wesentlichen unterstützten sie aber eine binationale Gesellschaft und wandten sich gegen die verschiedenen Pläne, das Land in zwei unabhängige Staaten zu teilen. Damit lehnten sie das grundlegende Ziel sowohl der zionistischen als auch der palästinensischen nationalen Bewegung ab.⁹⁹ Ihr zentristischer Standpunkt erwies sich in Palästina als genauso unhaltbar wie zuvor in Deutschland. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass der Nationalismus in Palästina zumindest teilweise infolge der Masseneinwanderung der Jecken erstarkte.

In seiner ersten Rede nach der Wahl akzeptierte Rosenblüth zum Erstaunen seiner Landsleute und Parteigenossen die Möglichkeit der Errichtung eines jüdischen Staates «unter der Bedingung, dass er uns nicht in einen Dreissigjährigen Krieg mit den Arabern verwickelt». ¹⁰⁰ Bis zu diesem Zeitpunkt war im Mitteilungsblatt der Hitachdut und den internen Papieren der Alija Chadascha der Wunsch zum Ausdruck gebracht worden, die für das zionistische Establishment charakteristischen nationalistischen Spannungen zu verringern, die terroristischen Aktionen gegen die britische Mandatsmacht einzustellen und in Bezug auf die Herrschaft über Palästina mit den Arabern eine Kompromisslösung zu suchen. Die Alija Chadascha hatte immer sorgfältig darauf geachtet, von einer «nationalen Heimstätte» und nicht von einem «Staat» zu reden.

Ihren Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei, als die Alija Chadascha den Beschluss fasste, den Teilungsplan der Vereinten Nationen von 1947 zu unterstützen. Eine oppositionelle Gruppe hielt, anders als Felix Rosenblüth, eine Teilung nur dann für durchführbar, wenn die Araber mit Gewalt aus Palästina vertrieben würden. Über diesen Punkt wurde heftig gestritten. «Es hat mich schockiert zu hören, dass unsere Gruppe für eine Teilung eintritt und einen jüdischen Staat fordert», schrieb Erich Goldstein, ein Jerusalemer Parteimitglied, an Rosenblüth. ¹⁰¹ Andere dachten genau wie er, doch die Partei machte sich ihre Ansicht nicht zu eigen. «Wir müssen uns daran gewöhnen, dass wir in der Öffentlichkeit nicht alles sagen können, was wir denken», meinte Rosenblüth. ¹⁰²

Und er wusste durchaus, wovon er redete. Als die Jecken eine politische Partei gründeten, setzten sie sich härteren Angriffen aus als je zuvor. Zwar erklärten sie, die Parteigründung sei ein Zeichen dafür, dass sie sich um eine Integration in die Gesellschaft bemühten, doch ihre Gegner warfen ihnen ethnischen Partikularismus vor und bezeichneten ihre versöhnliche Haltung gegenüber den Arabern als Verrat. Das Mitteilungsblatt der Jecken berichtete seiner Leserschaft, dass die Alija Chadascha in einer der hebräischen Zeitungen als eine von Hitler gebilligte «Herrenrassenpartei» bezeichnet worden war. ¹⁰³ Sobald die Teilung des Landes in zwei Staaten als unumstößliche Tatsache feststehe,

sei es nicht mehr sinnvoll, dagegen zu opponieren, meinte Felix Rosenblüth. Zur Erhaltung der Alija Chadascha hielt er es für besser, von innen her für die eigenen Überzeugungen zu kämpfen. Als Israel die Unabhängigkeit erklärte, gründete er die Progressive Partei und ging als Justizminister in die Regierung Ben Gurion. Kurze Zeit später änderte er seinen Namen in Pinhas Rosen um.¹⁰⁴

Für Georg Landauer war ein solcher Schritt keine Lösung. Die Errichtung eines jüdischen Staates zum Preise eines endlosen Krieges mit den Arabern bedeutete in seinen Augen den Untergang des Zionismus. Landauer glaubte nach wie vor an einen Kompromiss mit den Arabern und war überzeugt, dass dieser nur mit Hilfe einer dritten, internationalen Kraft zu erreichen sei, die Juden und Arabern eine Lösung aufzwingt. Wie weh ihm die Ereignisse taten und welche Befürchtungen er hegte, geht aus einem privaten Brief an Rosenblüth hervor, in dem er schrieb, der Traum von einem humanistischen Zionismus werde vor seinen Augen zunichte gemacht und in eine gewalttätige, nationalistische, destruktive Kraft verwandelt. Für Landauer war in dem veränderten politischen Klima des Landes kein Platz mehr. Er trat aus seiner Partei aus und war bald vergessen.¹⁰⁵

«Wir waren weder hier noch dort», meinte zusammenfassend Schimon Sigfried Kanowitz, Mitbegründer der Alija Chadascha wie der Progressive Partei und ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Zionistischen Vereinigung für Deutschland. «Wir standen weder auf der einen noch auf der anderen Seite; wir waren eine Brücke.»¹⁰⁶ Kanowitz war Arzt und engagierte sich als Knessetabgeordneter. Sein Name findet sich in Israel noch heute im parlamentarischen Sprachgebrauch: Unter einem «Kanowitz-Gesetz» versteht man ein gutes und richtiges, aber undurchführbares Gesetz, wie etwa das Gesetz gegen Lärm und Luftverschmutzung, das Kanowitz selbst mit viel Mühe durchbrachte. Seine Geschichte spiegelt weitgehend die Geschichte aller Jecken wider. Sie haben die richtigen Wertvorstellungen gehabt, konnten sie aber in Israel im Allgemeinen nicht durchsetzen.

Ihre Macht äusserte sich niemals in einem kollektiven Rahmen – we-

der in der Politik oder der Wirtschaft noch in der Armee. Es gab einige in Deutschland geborene Minister, Bankiers, Geschäftsleute, Generäle und Botschafter. Wirklichen Einfluss hatte jedoch nur eine Handvoll – insbesondere die Richter (darunter mehrere am Obersten Gerichtshof), die Zeitungsredakteure sowie hier und da ein paar höhere Beamte, Künstler und Professoren.

Als Gruppe also entfalteten die deutschen Immigranten nicht ihr volles Potential; bei der Ausformung und Gestaltung von Gesellschaft, Kultur und Mentalität des entstehenden Staates spielten sie aber eine wichtige Rolle. Im Konflikt zwischen dem nationalen Inseldenen des israelischen Zionismus und der Offenheit gegenüber dem Weltjudentum sprachen sich die meisten Jecken für Offenheit und universell humanistische Werte aus. Im Konflikt zwischen religiösen und weltlich-liberalen Wertvorstellungen vertraten die meisten Jecken den letztgenannten Standpunkt. Im Konflikt zwischen sozialistischem Kollektivismus und liberalem Individualismus waren die Jecken bei den Liberalen zu finden. Im Konflikt zwischen den Anforderungen des Landes und den Rechten des Individuums stellten sich die meisten Jecken auf die Seite des Individuums. Im Konflikt zwischen improvisierter Arbeit nach dem Motto «Wir müssen fertig werden!» und fachmännischer Wertarbeit traten die Jecken für letztere ein. Im Konflikt zwischen widergesetzlichem und gesetzeskonformem Verhalten stellten sich die Jecken auf die Seite von Recht und Ordnung. Im Konflikt zwischen Gewalttätigkeit, Militarismus, Extremismus sowie Feindseligkeit gegenüber den Arabern auf der einen und Friedensbereitschaft auf der anderen Seite befürworteten die Jecken Toleranz und Kompromisslösungen.

Der Kampf um den ethischen und ideologischen Charakter Israels hatte schon vor der Einwanderung der Jecken eingesetzt, erhielt durch ihre Ankunft aber einen starken Schub. Die Jecken spielten bei diesem Kampf eine wesentliche Rolle, verloren jedoch. Vielleicht hatten sie niemals eine Chance gehabt. Israel gründete sich auf Terror, Krieg und Revolution und erforderte zu seiner Errichtung ein gewisses Mass an Fanatismus und Grausamkeit. In der Anfangszeit war Israel weit vom

Traum der Jecken entfernt. Doch die Wertvorstellungen, die sie bei ihrer Flucht aus Hitler-Deutschland mitgebracht hatten, lebten auch nach ihnen weiter. Der Kampf um die Bewahrung dieser Werte wurde zu einem dauerhaften Merkmal des Lebens in Israel.

Die Jecken waren die ersten Flüchtlinge, die aus dem nationalsozialistisch unterjochten Europa nach Palästina kamen. Einer von ihnen, Georg Landauer, dokumentierte getreulich und unvoreingenommen die Reaktion des Jischuw auf die Ereignisse in Deutschland und Österreich. «Die Nachrichten aus Deutschland haben uns hier alle furchtbar mitgenommen», notierte Landauer 1938 nach der sogenannten Kristallnacht, doch «der Jischuw ist sehr stark auf die hiesigen Probleme konzentriert, auf das politische Schicksal Palästinas, die jüdische Einwanderung, die Sicherheitsfragen. Die Presse reagiert sehr scharf, aber eine grosse Bewegung im Publikum ist nicht festzustellen.»¹⁰⁷ Nach den Berichten von der Vernichtung der Juden schrieb Landauer:

«Je ohnmächtiger man den Aufgaben der Rettung gegenübersteht, umso häufiger und aufdringlicher werden die Manifestationen der Empörung, der Kritik an denen, die vermeintlich retten können, und die organisierten Trauerkundgebungen. [...] Wir schreien zum Himmel und zu den Alliierten, und alles dies wird durch häufige Wiederholung Routine, stumpft ab, wird wirkungslos und hört auf, spontane natürliche Reaktion zu sein. Trauer und Entrüstung werden obligat, Redner und Artikelschreiber müssen sich durch Originalität der Zitate oder Höhe der Stimmlage voneinander auszeichnen. Es ist schrecklich zu sehen, wie die entsetzlichste Tragödie der Juden von einer kleinen Gruppe Geretteter zu einem ‚Thema‘ verarbeitet wird. [Nur] der erste Aufruf, der erste Aufschrei kam aus dem Inneren.»¹⁰⁸

Er schrieb dies im März 1943; die Vernichtung der Juden hatte ihren Höhepunkt erreicht.

Teil II

Holocaust:

Es stand in der Zeitung

Einige Tage nach dem Überfall der nationalsozialistischen Wehrmacht auf Polen und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde in einem Tel Aviver Theater die 125. Aufführung von Jaroslav Haseks Antikriegsklassiker *Der brave Soldat Schwejk* gefeiert. Die Inszenierung hatte einen Riesenerfolg, doch dem führenden Theaterkritiker der hebräischen Presse gefiel der gewitzt sich durchmogelnde Schwejk nicht. Ein Dummkopf, Defätist und Deserteur sei er, schäumte der Kritiker. Er habe einen widerwärtigen und gefährlichen Charakter: «Wenn, was der Himmel verhüten möge, die Armeen der demokratischen Staaten viele Schwejks in ihren Reihen hätten, dann hätte Hitler inzwischen die ganze Welt erobert.» Nur Gott im Himmel wisse, klagte der Kritiker, wie es dazu kommen konnte, dass «dieser lächerliche und primitive Pazifist» in der Öffentlichkeit so beliebt sei zu einer Zeit, in der alles vom Ausgang des Krieges abhängt: «unsere Zukunft, unsere Existenz als Menschen und als Juden».¹

Die hebräische Presse konnte in jenen Tagen sehr patriotisch sein: Grossbritanniens Krieg gegen das «Dritte Reich» wurde zum Krieg der Juden in Palästina gemacht. Im September 1940 bombardierten die Italiener als Kriegsgegner Englands die Tel Aviver Innenstadt; über hundert Opfer waren zu beklagen. Daraufhin wurde die Verdunklung von Strassen-, Fahrzeug-, Schaufenster- und Hausbeleuchtungen angeordnet. Wie in Europa rationierte man die Lebensmittel, und alle wurden aufgefordert, Rohstoffe zu sparen und für den Notstandsfonds zu spenden. Tausende meldeten sich zur britischen Armee.

Für Palästina war das eine kosmopolitische Zeit. Die Strassen der

Städte waren voller ausländischer Soldaten – Briten, Australier, Inder, Neuseeländer, Afrikaner, freie Franzosen, Polen und Tschechen. Auf grossen Schildern hiess es in den Schaufenstern: WIR SPRECHEN PORTUGIESISCH, MAN SPRICHT SERBISCH, WIR SPRECHEN AUCH SENEGALESISCH. «Ein Turm zu Babel», notierte ein einheimischer Polizist in seinem Tagebuch.²

Aus Palästina bezog die britische Armee im gesamten Nahen Osten ihre Ausrüstung. Von dort kamen Geschosse, Minen, Treibstoff, Fahrzeugreifen und -ersatzteile. Palästina lieferte Uniformen, Schuhe, Lebensmittel sowie Unterkünfte und sorgte für die Unterhaltung der Fronturlauber. «Der Schilling rollt, die Bars sind überfüllt», schrieb ein Augenzeuge erstaunt einem Freund, und man konnte ein bisschen selbstgerechte Empörung heraushören.³ Cafés und Bars, Hotels und Tanzclubs verkauften eine berauschte Phantasiewelt – voll von Soldaten und Abenteurern, Kaufleuten und Gaunern, Flüchtlingen, Dichtern und Träumern, Geheimagenten und den sie alle bedienenden Prostituierten. Zehntausende Menschen lebten davon. Zwar brachte der Übergang von der Friedens- zur Kriegswirtschaft Probleme mit sich, doch alles in allem ging es dem Land durch den Krieg gut.

Am Vorabend des Weltkriegs steckte Palästina immer noch in der Wirtschaftskrise, die 1936 eingesetzt hatte: Ab da waren weniger Immigranten ins Land gekommen, der jüdisch-arabische Konflikt war schärfer geworden, und der Terrorismus hatte zugenommen. Im Rahmen des grossen Palästinenseraufstands gegen den Zionismus streikte die arabische Wirtschaft über längere Zeit. Durch den Krieg verringerte sich der Export von Zitrusfrüchten, und das Baugewerbe kam zum Erliegen. Im August 1940 erreichte die Zahl der Arbeitslosen mit ca. 27'000 – rund 15 Prozent der arbeitenden jüdischen Bevölkerung – eine neue Rekordhöhe. Dann jedoch machte sich Grossbritannien Palästinas industrielles Potential zunutze und löste einen Wirtschaftsaufschwung aus. Es gab bald fast keine Arbeitslosigkeit mehr, stattdessen herrschte Arbeitskräftemangel. In dieser Zeit entstanden in den Bereichen Metall, Gummi, Zement, Textilien, Schuhe und Lebensmittel die ersten richti-

gen Industriezweige des Landes. Aus einer statistischen Übersicht über die jüdische Industrie von 1943 geht hervor, dass sich die Zahl der Fabriken in den fünf vorangegangenen Jahren durch über 500 Neubauten verdreifacht hatte und die Zahl der in ihnen Beschäftigten auf das Doppelte gestiegen war. Zehntausende von Arbeitern waren – vor allem im Norden – im Verteidigungsanlagenbau eingesetzt und erstellten unter anderem eine Reihe von festungsartigen Polizeistationen; das Militär beschäftigte 15 Prozent der jüdischen Arbeitskräfte des Landes. Im Krieg wurden rund 50 neue Siedlungen – meist Kibbuzim – errichtet, also beinahe jeden Monat eine.⁴

Als die deutsche Wehrmacht Europa und Nordafrika überrannte, erschien auch die Eroberung Palästinas möglich. Im Sommer 1940, im Frühjahr 1941 und noch einmal im Herbst 1942 schien diese Gefahr unmittelbar gegeben zu sein. Der Jischuw geriet in Panik; die erwartete Invasion wurde als drohender Holocaust gesehen.⁵ «Gestern läuteten in Jerusalem stundenlang die Kirchenglocken, und am Vortag, einem Sabbat, sah es an der Klagemauer aus, als wenn alle Juden aus Jerusalem gekommen wären, um an ihr zu weinen», schrieb der erwähnte Polizist, Haviv Canaan, in sein Tagebuch. «Massen strömten zur Mauer, es wimmelte vor Menschen, die dort beteten, die Mauersteine küssten und das braune Moos in den Ritzen zwischen den heiligen Steinen mit ihren Tränen nätzten.»⁶ Die Leute seien überzeugt, dass die Nazis alle Juden in Palästina ausrotten würden, notierte er. Einem Gerücht nach hatte die Gestapo eine Liste mit den Namen ihrer alten Gegner unter den deutsch-jüdischen Immigranten, und diese sollten als erste sterben. Viele Menschen versuchten, das Land zu verlassen, doch das war nicht leicht. Einem anderen Gerücht zufolge sollte die von den Mauern umgebene Altstadt im Falle einer deutschen Invasion unter den Schutz des Internationalen Roten Kreuzes oder des Vatikans gestellt und zur entmilitarisierten Zone erklärt werden. Juden aus dem ganzen Land, aber auch Flüchtlinge aus Ägypten strömten nun nach Jerusalem hinein. Ängstlich und verwirrt zogen sie zwischen den Klöstern und Kirchen hin und her und versuchten, für sich ein Versteck zu finden. Canaan berichtet, dass manche seiner Freunde für alle Fälle vorgesorgt hatten und Zyanidkapseln bei sich trugen.⁷

Im Juni 1941 verteilte die britische Armee an die jüdischen Soldaten in Palästina Fragebögen, um herauszufinden, ob ihre Familien nach Südafrika übersiedeln wollten. Manche nahmen das Angebot an, einige lehnten es ab. Andere, die sich nicht ganz sicher waren, wollten Anweisungen bekommen. Mosche Sharett informierte das Exekutivkomitee der Jewish Agency, nach Rücksprache mit Ben Gurion habe er den Petenten mitgeteilt, dass die Agency einen solchen Schritt nicht gutheisse, jeder Soldat aber frei für sich entscheiden könne. Gleichzeitig beschwerte sich Sharett beim Kommandeur der britischen Armee, dass der Fragebogen in der Bevölkerung für Unruhe gesorgt habe.⁸

Der Gedanke an eine Evakuierung der Zivilbevölkerung lag in der Luft. Manche meinten, man solle nur die Frauen und Kinder aus Grenzsiedlungen ins Landesinnere bringen; andere befürworteten eine allgemeine Evakuierung in andere Länder wie Indien und die Vereinigten Staaten. Es wurde auch der Vorschlag gemacht, die britische Armee solle auf ihrem Rückzug die Jugend des Landes mitnehmen, damit sie für die Befreiung kämpfen könne.⁹ Mindestens zwei Jischuwführer sprachen sich dafür aus, Funktionäre der Jewish Agency ausser Landes zu schicken, um eine Exilregierung aufzubauen, wie das auch andere von den Nazis besetzte Länder getan hatten. Salman Aran sprach von einer «Handvoll wichtiger Leute», die den «die Kontinuität währenden zionistischen Kern» bilden sollten.¹⁰ In einem Papier, das Mosche Sharett vorgelegt wurde, hiess es: «Wir sollten noch ernsthaft diskutieren, ob es nicht das Beste wäre, das zionistische Exekutivkomitee mit allen seinen Einrichtungen und Finanzmitteln ins Ausland – nach Amerika oder Südafrika – zu schicken, [...] damit es seine Tätigkeit fortsetzen kann. Anderenfalls besteht die Gefahr, die wertvollsten und wichtigsten zionistischen Kräfte zu verlieren.»¹¹

Gleichzeitig wurden verschiedene Militäraktionen geplant, um die deutschen Invasoren zurückzuschlagen. Einige der Vorschläge liefen auf Guerillakrieg und Terrorismus als Mittel gegen die erwartete deutsche Okkupation hinaus. Andere forderten, alle Kampfhandlungen ausnahmslos in Uniform durchzuführen, um den Deutschen keinen Vorwand für Massnahmen gegen die Zivilbevölkerung zu geben. Es wurde

auch vorgeschlagen, sich für den gesamten Jischuw um einen Kriegsgefangenenstatus zu bemühen.¹² Mosche Dajan plante ein geheimes Netz von Funkstationen für geheimdienstliche Zwecke. Offenbar kam er als erster auf die Idee, deutsch-jüdische Einwanderer, die sich aufgrund ihres «arischen» Aussehens als Deutsche verkleiden könnten, für Sabotageaktionen und Kommando-Einsätze auszubilden. Sie bildeten die «deutsche Einheit» der Palmach, jener Elitekampfgruppen der Hagana, die als Reaktion auf die von Deutschland drohende Gefahr gegründet worden waren und ausserdem verhindern sollten, dass die Araber mit den Invasoren, wie befürchtet, gemeinsame Sache machten.*¹³

Einige Mitglieder des Exekutivkomitees der Jewish Agency rieten dazu, sich den Deutschen zu ergeben. Solange es noch die geringste Hoffnung gäbe, sagte einer von ihnen, würde er lieber am Leben bleiben, selbst wenn er dann in einem Ghetto leben müsse. Er sprach sich daher gegen alle Guerillaaktionen aus. Von einem anderen Diskussions-Teilnehmer erhielt er Unterstützung: Schliesslich wäre es nicht schwer, das gesamte zionistische Projekt innerhalb von 24 Stunden zu zerstören, merkte dieser trocken an.¹⁵ Die weitere Diskussion drehte sich um die Frage: Leben um jeden Preis oder ehrenvoller Tod? «Als Zionist sage ich: Wenn wir fallen müssen, dann hier mit den Frauen und Kindern zusammen und mit allem, was wir haben», sagte Jizchak Tabenkin, ein Führer des Hakibbuz Hameuhad, der grössten Kibbuzvereinigung. «Ich möchte uns nicht hier sterben sehen, aber ich möchte, dass wir diesen Ort nicht verlassen, jedenfalls nicht lebend.» In diesem Patriotismus bis in den Tod zeigte sich das Selbstbild der zionistischen Elite als Speer-

* Im zionistischen Archiv findet sich ein Schriftstück, das wohl als Kopie eines Briefes anzusehen ist, den ein Angehöriger der antizionistischen ultraorthodoxen Gemeinde in Jerusalem an das Arabische Hohe Komitee geschickt hat. «Es gibt hier ruhige Menschen der alten Generation», heisst es darin, «die sich nie an Politik beteiligt und die Politik der Zionisten immer abgelehnt haben und die der arabischen Nation höflich und mit Achtung begegnen.» Diese Menschen möge man bei Ankunft der Nazis schonen, bat der Briefschreiber. Mosche Sharett merkte seinerseits an, dass nicht die gesamte arabische Öffentlichkeit den Deutschen wohlgesonnen war.¹⁴

spitze der Nation: Die Schande einer Kapitulation machte ihr nicht weniger Angst als die Invasion selbst. «Die hebräische Fahne wird im Lande Israel nichts mehr wert sein, wenn sich die Juden von Palästina nicht in einer letzten heldenhaften Anstrengung zu ihrem Schutz erheben», beharrte Tabenkin. Der Dichter Natan Alterman hatte bereits eine Ode auf ihr ruhmreiches Ende verfasst: «Kein Verräter ist unter ihnen, sie kennen keine Furcht, und morgen werden sie bis zum letzten Mann den Tod finden.» Dies war die Mentalität des ehrenvollen Suizids im Geiste der Masada. «Wo werdet ihr stehen, wenn sie hierherkommen und euch, hier im Lande der Hebräer, dazu bringen wollen, den gelben Davidsstern zu tragen?» fragte ein Mitglied des Kibbuz Ramat Hakovesch. «Die Antwort ist einfach: Ich werde mich von ihnen nicht abschlagen lassen. Vielleicht gehe ich in den Tod, aber dann in einem Kampf bis zum letzten Atemzug. Ich habe keine Wahl, ich kann nirgendwo hinfliehen, denn dies hier ist das einzige, das letzte Stück Land. Masada bedeutet nicht nur den Kampf bis zum Tod, sondern zeigt auch den Kampfgeist der Juden und bringt zum Ausdruck, dass wir uns weigern zu kapitulieren.»¹⁶ Diejenigen, die eine Kapitulation befürworteten, erklärten im Gegensatz dazu, die jüdische Ehre komme am besten in der jüdischen Ethik zum Ausdruck und in der Tatsache, dass die Juden keine «Herrenrasse» seien.¹⁷

Selbst 1942 benutzten die Juden des Jischuw diese selbstgerechte Doktrin vom ehrenhaften Tod dazu, ihre Brüder in Europa schonungslos dafür zu kritisieren, dass sie sich nicht mit Waffengewalt gegen die Nazis wehrten. «Das Problem mit den Juden in der Diaspora ist, dass sie lieber das Leben eines geprügelten Hundes führen, als ehrenvoll zu sterben», sagte Jizchak Gruenbaum. Er argumentierte, dass bei einer deutschen Invasion keine Hoffnung bestehe, irgendetwas vom zionistischen Projekt zu retten. Wenn dem so sei, erklärte er, dann «müssen wir zumindest dafür sorgen, dass wir eine Masada-Legende hinterlassen».¹⁸

Die drohende Invasion liess einen utopischen «Plan Nord» entstehen. Die letzten Kämpfer, vielleicht aber auch die gesamte jüdische Bevölkerung, sollten sich irgendwo im Norden – im Karmelgebirge oder sonstwo in Galiläa – sammeln und in einer Kombination aus Masada,

Musa Dag und Stalingrad einen Kampf bis zum letzten Blutstropfen führen. «Eine prima Idee», schrieb ein Hagana-Kommandeur an seine Frau. Es ist so gut wie sicher, dass dieser Plan nie bis zur Ausführungsreife gediehen ist. Der Ezel zog auch einen symbolischen Massenselbstmord in Erwägung. Er plante, eintausend Kämpfer in Jerusalems Altstadt einzuschleusen, wo sie innerhalb der Mauern einen jüdischen Staat ausrufen und diesen bis zum letzten Mann verteidigen sollten.¹⁹

In einer Akte im Zionistischen Zentralarchiv ist ein anonymes Memorandum erhalten, das belegt, dass zumindest ein Mensch sich ein paar praktische Gedanken dazu gemacht hat, wie man eine deutsche Invasion überstehen könnte. «Es ist schwer vorherzusagen, was für eine Einstellung die Besatzungsmacht zum jüdischen Jischuw haben wird», heisst es dort. Der anonyme Schreiber geht allerdings davon aus, dass es wie in Europa eine militärische Besatzungsregierung geben werde, die mit der Zeit eine Zivilverwaltung unter Aufsicht der Gestapo einrichten würde. In einem Punkt versprach sich der Autor eine Verbesserung gegenüber der bisherigen Lage: Die Deutschen würden die Araber im Zaum halten, weil sie daran interessiert wären, die Dinge ruhig zu halten. Andererseits sei es «höchst unwahrscheinlich, dass ein Besatzungsregime die Jewish Agency tolerieren würde». Deshalb machte der Mann den Vorschlag, die politischen Aktivitäten der Agency zu verschleiern und sie als kommunale Einrichtung hinzustellen, deren Aufgabe es sei, die Auswanderung der Juden aus Europa nach Palästina zu organisieren und den Neuankömmlingen Hebräisch beizubringen. Dazu sei es erforderlich, einige Abteilungen der Agency aufzulösen und für die davon betroffenen Angestellten andere Arbeitsplätze zu finden.

Die Gestapo würde natürlich versuchen, den Arbeiterbund des Jischuw, die Histadrut, zu zerstören, da deren Sozialismus für die nationalsozialistische Geheimpolizei offensichtlich wäre. Daher müsste auch die Histadrut als kommunalwirtschaftliche Institution ausgegeben werden. Die verschiedenen Vereinigungen, die den Einwanderern aus Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei und Polen halfen, sollten aufgelöst werden, damit die Nazis sie nicht zum Aufspüren der Men-

schen benutzen könnten, die sie auf der schwarzen Liste hatten. Der Verfasser des Memorandums ging davon aus, dass in Palästina, «wie in jedem anderen Land», Menschen aus den unterschiedlichsten Gründen bereit wären, mit der Gestapo zu kollaborieren. «Die meisten davon sind uns wohlbekannt», schrieb er und erklärte, es werde erforderlich sein, «sie sofort in Internierungslager in weit entfernten Ländern zu verbringen.» Natürlich bräuchte der Jischuw trotzdem Leute, die ihn gegenüber der Besatzungsmacht vertreten würden. Der Schreiber schlug vor, diese Personen unverzüglich auf offizielle Posten im Exekutivkomitee der Histadrut sowie in anderen Gremien zu berufen: «Die sofortige Ernennung ist erforderlich, um diesen Personen in den Augen der Invasionsmacht Autorität zu verleihen und die Möglichkeit auszuschliessen, dass sie hier oder in Übersee als Verräter angesehen werden.» Der Verfasser vergass auch nicht zu empfehlen, Archive und Bibliotheken auf belastendes Material zu durchsuchen und etwa Fotografien von marxistischen Führern und Plakate mit marxistischen Losungen zu vernichten.²⁰

Und so hätte der Jischuw möglicherweise einen ehrenvollen Tod gewählt und späteren Generationen eine Legende von zionistischem Heldentum und ewigem Ruhm hinterlassen. Vielleicht hätten sich die Jischuwmitglieder aber auch wie die Juden in den Ghettos des besetzten Europas einem heimischen Judenrat untergeordnet – und Schmach und Schande als Erbe hinterlassen. Man wird es nie erfahren. Die Deutschen sind gar nicht erst bis Jerusalem gekommen. Ende 1942 war nach den Niederlagen bei Stalingrad und in der Sahara offensichtlich, dass Palästina keine Invasion der Deutschen mehr drohte; Schweijk spielte weiterhin vor vollem Haus. In den Ausgaben der Mapai-Wochenzeitung Hapoel Hazair findet sich an einer Stelle ein Kommentar, in dem besonders deutlich zum Ausdruck kommt, welche Bedeutung die führenden zionistischen Kreise den jüdischen Gemeinden in Palästina im Vergleich zu denen in anderen Ländern beimassen: «Wenn es dem Feind gelungen wäre, uns hier zu treffen», meinte die Zeitung, «hätte uns der Schlag tief im Innersten getroffen. Quantitativ betrachtet wäre die Vernichtung hier sicherlich viel geringer gewesen als bei den Juden in Eu-

ropa, aber qualitativ und von der historischen Bedeutung her gesehen wäre hier der grössere Schaden entstanden.»²¹

Vor diesem Hintergrund trafen die ersten Nachrichten von der Ausrottung der Juden ein. Es war keine Nachrichtenflut, eher ein Tröpfeln, das nicht alle, die es erfuhren, sofort alarmierte.

Am 30. Juni 1942 berichtete die einflussreiche Histadrut-Tageszeitung Dabar, dass in Europa eine Million Juden ermordet worden seien.²² Der Artikel war von der Redaktion auf die Titelseite gesetzt worden, bildete aber nicht den Aufmacher. In gewissem Sinn enthielt er nichts Neues oder Sensationelles – die Zeitung hatte schon früher Ähnliches berichtet. Informationen über das Schicksal der Juden drangen regelmässig aus einer Reihe von Quellen zum Westen durch und kamen ohne grosse Schwierigkeit oder Verzögerung per Brief, Telegramm oder Telefon an. Darüber hinaus gab es Berichte von Augenzeugen, die aus den besetzten Ländern entkommen waren: Flüchtlinge, Diplomaten, Geschäftsleute, verschiedene Kuriere, Journalisten und Spione. Nicht jeder Bericht war zuverlässig. Ausserdem war nicht alles, was man in anderen Ländern wusste, auch in Palästina bekannt; ebensowenig erhielten die Medien sofort von allem Kenntnis, was die Führer der Jewish Agency erfuhren. Doch das, was einem Tageszeitungsredakteur in Tel Aviv an Daten zugänglich war, reichte aus, um der Leserschaft zu berichten, dass die Deutschen systematisch Juden umbrachten und dazu unter anderem Gaskammern verwendeten. Solche «jüdischen Nachrichten» veröffentlichten die Zeitungen in Palästina im Allgemeinen an weniger herausragender Stelle als die Berichte vom Kriegsgeschehen, als ob erstere nur einen lokalen Gesichtspunkt des eigentlichen Dramas darstellten. Aus journalistischer Sicht liessen sich die Zeitungen da eine der grössten Stories des Jahrhunderts entgehen.

Wiederholt beschuldigten sich die Zeitungen gegenseitig, die Schreckensmeldungen zu übertreiben. «Mehr als einmal haben wir vor der bedauerlichen Praxis mancher Lokalblätter gewarnt, jedes schlimme Gerücht über vergossenes jüdisches Blut aufzubauschen, die Zahl der Opfer und Toten hochzuspielen und alles noch schwärzer zu malen, als es ohnehin ist, um einen stärkeren Eindruck zu machen», klagte eine Zei-

tung. «Wozu? Haben die Juden nicht schon genug Probleme?»²³ Andere Zeitungen neigten zu der gleichen Ansicht: «Wir drucken diesen schrecklichen Bericht ab, der auf die oben genannte Quelle zurückgeht», schrieb die Zeitung Dawar und distanzierte sich damit von einem Augenzeugenbericht über die Ermordung von Juden in mobilen Gaskammern in der Nähe von Chelmno in Polen. Der Artikel erschien auf der zweiten Seite.²⁴ Schon ein paar Monate früher war – ohne redaktionellen Vorbehalt, aber wiederum ohne besondere Hervorhebung – in derselben Zeitung über die Vergasung von Juden mit Hilfe von Lastwagen berichtet worden. Die Hauptschlagzeile befasste sich an jenem Tag mit dem U-Boot-Krieg; der Leitartikel übte Kritik an der Art und Weise, in der die britische Regierung ihre Aufsichtsfunktion über das Gesundheitswesen in Palästina wahrnahm.²⁵

Andere Zeitungen veröffentlichten damals zahlreiche ähnliche Artikel. Die Haarez berichtete zum Beispiel von Greuelthaten in Karkow in der Ukraine («Die nationalsozialistischen Sklaventreiber trieben Scharen von halbnackten Juden die Strassen der Innenstadt entlang, schlugen sie mit Peitschen und Gewehrkolben. Erschöpfte alte Leute und Kinder fielen unterwegs hilflos hin.»). Der Artikel erschien auf der zweiten Seite unter einer einspaltigen Überschrift. Unmittelbar darüber stand in derselben Spalte die Nachricht von einem grossen Sieg der jüdischen Fussballmannschaft in Damaskus («Einfallsreich erzielte Schachewitz seine Tore»)²⁶ Nach dem Krieg behaupteten nicht wenige Zeitungsleute, sie hätten bei den Informationen, die bei ihnen im Büro eingingen, Zweifel gehabt, weil sie so schrecklich und beispielloos waren. «Ich habe das nicht geglaubt und auch andere veranlasst, es nicht zu glauben», schrieb ein Redaktionsmitglied der Zeitung Dawar.²⁷

Andererseits hatten sie anscheinend aber auch Angst, dass sie aufgrund ihrer Zweifel eine Story verpassen und die Konkurrenz ihnen zuvorkommen könnte. Also veröffentlichten sie die Artikel – aber, um sicherzugehen, unter Vorbehalt. Ihre Distanzierung kam häufig in einem Fragezeichen zum Ausdruck, wie in der Dawar-Schlagzeile: «Eine halbe Million Juden in Rumänien vernichtet?»²⁸

Ein wesentlicher Teil der Informationen über die Massaker an Juden

erreichte die Presse über die Nachrichtenagentur der Zionistischen Organisation, Palcor. Die Zeitungen des Jischuw betrachteten die Palcor-Meldungen als halboffizielle und nicht besonders zuverlässige Mitteilungen, veröffentlichten sie aber trotzdem, weil sie sich schliesslich als Teil des Kommunikationssystems der zionistischen Bewegung fühlten. Sie hoben diese Agenturmeldungen allerdings nicht besonders hervor – als ob sie Angst hatten, als unabhängige Zeitungen offizielle Kommunikations übertrieben herauszustellen.²⁹

Gegen Ende November 1942 erklärte das Exekutivkomitee der Jewish Agency offiziell, dass die Morde nach einem Plan durchgeführt wurden, der die Ausrottung der Juden in Europa zum Ziel habe. Um dies zu erreichen, sei ein besonderer Verwaltungsapparat eingerichtet worden. «Unzählige Kinder unter zwölf Jahren sind gnadenlos umgebracht worden, alte Leute ebenso», stellte die Agency fest und fügte hinzu, dass ausserdem Massen von Menschen mit unbekanntem Ziel weggebracht würden und dann spurlos verschwänden.³⁰

Diese offizielle Erklärung im November 1942 war das Ergebnis einer Routinesitzung. David Ben Gurion war abwesend; Mosche Sharett gab einen Überblick über die diplomatischen Entwicklungen und verliess die Sitzung vorzeitig. Der zweite Tagesordnungspunkt befasste sich mit der «Situation der Juden in Europa». Drei Wochen zuvor waren mehrere Dutzend Jischuw-Bewohner aus Polen zurückgekehrt, wo sie sich zu Geschäften oder Familienbesuchen aufgehalten hatten. Sie hatten es nicht mehr geschafft, vor dem Einmarsch der Deutschen im September 1939 das Land zu verlassen, und hatten dann in den Ghettos in der Falle gesessen. Ihre Rückkehr wurde durch einen Handel zwischen Grossbritannien und Deutschland möglich: Im Austausch für sie liess Grossbritannien deutsche Staatsangehörige auf britischem Territorium frei. Die Informationen, die aus ihrer Befragung gleich nach der Ankunft in Palästina gewonnen wurden, deuteten darauf hin, dass die Nationalsozialisten systematisch Juden töteten. Unter anderem wurde berichtet, ein Lokomotivführer habe nach der Rückkehr von der russischen Grenze

erzählt, dass Juden scharenweise in besondere Gebäude getrieben würden, wo sie durch Giftgas den Tod fänden. In einem kleinen Ort namens Oswięcim (die Deutschen nannten ihn Auschwitz) gebe es drei Öfen, in denen Juden verbrannt würden, hatte der Lokomotivführer weiter erzählt, und zwei weitere seien im Bau.

Diese Aussage bestätigte einen Geheimbericht, den die Jewish Agency einige Wochen früher erhalten hatte. Eduard Schulte, ein deutscher Industrieller und Gegner des Naziregimes, hatte den Bevollmächtigten des Jüdischen Weltkongresses in der Schweiz, Gerhart Riegner, informiert, dass die Nazis einen Plan zur Ausrottung aller Juden in Europa gefasst hätten – die «Endlösung».

Als die von den Heimkehrern erhaltenen Informationen auf der Exekutivkomiteesitzung zur Sprache kamen, waren sich die Anwesenden nicht sicher, was sie tun sollten. «Vielleicht sollten wir diesmal eine Erklärung zur Situation abgeben», schlug einer vor. Sie beschlossen, einen Ausschuss einzurichten. Anschliessend unterhielten sie sich kurz über den Haushalt der Jewish Agency und gingen dann zum nächsten Tagesordnungspunkt über-einem Streik in der Konservenfabrik Assis.³¹ Als der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Rabbi Stephen Wise, dieselben Informationen erhielt, lud er sofort zu einer Pressekonferenz ein. Die Jewish Agency gab ihre Erklärung 48 Stunden vor seiner Pressekonferenz ab.*

Im Anschluss an die Erklärung der Jewish Agency organisierten die Führer des Jischuw Demonstrationen und öffentliche Trauerkundgebungen, wie sie bis zum Kriegsende immer wieder in der einen oder anderen Form veranstaltet wurden. Die Regierungsinstitutionen des Ji-

* Das «am stärksten gehütete Geheimnis» des «Dritten Reiches» sickerte – offenbar aus Hitlers eigenem Stab – beinahe sofort durch. Die Jewish Agency gab ihre Quelle nicht preis. Wise wurde gestattet, als seine Quelle das US-amerikanische Aussenministerium zu nennen. Er sagte, die Nazis planten, das europäische Judentum als Ganzes zu vernichten, und hätten mit der Ausführung dieses Plans bereits begonnen. Seine Erklärung erschien in der Presse und veranlasste Präsident Franklin Roosevelt und Premierminister Winston Churchill zu ein paar Stellungnahmen. Doch weiter geschah nichts; die Ausrottung der Juden schritt planmässig voran.³²

schuw hielten Sondersitzungen ab. Es fanden Kundgebungen und öffentliche Gebete in den Synagogen und an der Klagemauer statt. Das Oberrabbinat bestimmte einen Fastentag. In der Schule wurde in besonderen Unterrichtseinheiten der Massenmord an den Juden behandelt. Auf Wohnungsbaikonken tauchten schwarze Fahnen auf. Manche Zeitungen rahmten ihre Titelseite schwarz ein (allerdings war die schwarze Umrahmung bei der Nachricht vom Tod einer lokalen Persönlichkeit dicker). Ab und zu blieben die Geschäfte geschlossen, öffentliche Unterhaltungsveranstaltungen wurden abgesagt, und gegen Kriegsende kam es zu einem eintägigen Generalstreik und einer freiwilligen Ausgangssperre.

Das alles wurde natürlich jeweils erst nach längerer Debatte vereinbart und koordiniert. «Der Jischuw muss etwas unternehmen», meinte ein Jewish-Agency-Führer und schlug einen Generalstreik unter Einschluss des öffentlichen Personenverkehrs vor. Doch ein Kollege widersprach ihm und meinte, ein arbeitsfreier Tag würde nicht als Trauer-, sondern als Feiertag genutzt werden. Und nicht nur das: Wegen der wirtschaftlichen Einbussen für das Land wäre «Hitler [...] froh, wenn wir streiken würden». Ein anderer Kollege machte den Vorschlag, die Trauer über den Holocaust durch zwei zusätzliche Arbeitsstunden am Tag zugunsten der Kriegsanstrengungen zum Ausdruck zu bringen.³³

Später war man dann allgemein überzeugt, dass die Erklärung der Jewish Agency zu einer wesentlichen Änderung in der öffentlichen Einstellung zum Holocaust geführt habe. Bis dahin hätten die Leute, so glaubten verschiedene Wissenschaftler, die sich mit diesem Thema befasst haben, nicht gewusst, was mit den Juden in den besetzten Ländern geschah, oder sie hätten es nicht richtig gewusst, weil sie die erhaltenen Informationen nicht «verinnerlicht» hätten. Dann aber sei ihnen auf einmal klargeworden, dass ein grosser Plan bestand, alle Juden in Europa systematisch zu vernichten, und sie seien, schockiert, aktiv geworden.³⁴ Tatsache ist jedoch, dass die Erklärung der Jewish Agency wenig Neues enthielt. Die Haarez-Redakteure beschlossen sogar, in der Ausgabe des folgenden Tages die Hauptschlagzeile der Schlacht um Stalingrad zu widmen.³⁵ Und obwohl die Zeitungen in den folgenden Wochen der

Vernichtung der Juden viel Platz widmeten und in grossen Schlagzeilen protestierten und anklagten, verbannten sie das Thema wenige Monate später schon wieder auf die Innenseiten. Ab Mitte 1943 wurde der Holocaust erneut als weniger wichtige Nachricht behandelt.

«Ich weiss nicht, ob die Leute von diesen Dingen hören wollen», meinte Dawar-Herausgeber Berl Katznelson. «Haben Sie je mitbekommen, wie es ist, wenn die Leute die Radionachrichten hören? Sobald die internationalen Meldungen vorbei sind und ‚unsere‘ Nachrichten kommen, lässt ihre Aufmerksamkeit total nach. Ich mache ihnen keinen Vorwurf – vielleicht haben sie einfach nicht die Kraft, das anzuhören.»³⁶ Es scheint also, als habe kein grosser Bedarf für Nachrichten über den Holocaust bestanden. «Wir lesen, seufzen und machen weiter», schrieb ein Jewish-Agency-Führer.³⁷ Und Katznelson sagte, jeder wisse, dass er auf die Nachrichten vom Holocaust eigentlich emotional reagieren müsse. Jeder wisse, dass die Situation schrecklich sei, aber die Menschen hätten Schwierigkeiten, diese Berichte als Teil ihrer persönlichen Erfahrungswelt zu begreifen.³⁸

Das galt selbstverständlich nicht für alle. Am Vorabend des Krieges lebte knapp eine halbe Million Juden in Palästina. Zwei Drittel von ihnen waren innerhalb der letzten zehn Jahre gekommen; jeder fünfte befand sich seit weniger als fünf Jahren im Land. Die grosse Mehrheit stammte aus Mittel- und Osteuropa.³⁹ Viele, wenn nicht die meisten, hatten die Verbindungen zu ihrem früheren Heimatort noch nicht abgebrochen. Für diese Immigranten waren die von den Deutschen besetzten Städte und Ortschaften nicht bloss Namen in den Nachrichten und die Vernichtungslager nicht irgendwo in einer anderen Welt. Sie erfuhren, dass Freunde und Verwandte – der Vater, die Schwester, die Kinder, der eigene Mann oder die Ehefrau – vermisst wurden oder deportiert beziehungsweise umgebracht worden waren. Der Holocaust war ihre persönliche Tragödie; sie lebten in Angst und Trauer.

Viele hatten sich gegen ihr «Vaterhaus» (wie manche ihre osteuropäische Judengemeinde nannten) aufgelehnt und es verlassen. Spirituell und ideologisch gesehen hatten sie damit das Ende der Gemeinde in Kauf genommen. Als nun ihre Heimatgemeinden tatsächlich vernichtet

wurden, fühlten sich diese Menschen schrecklich schuldig. In einem Gedicht zitiert Uri Zwi Grienberg seinen Neffen Schmuël:

Onkel, oh Onkel, ich habe dich immer geliebt!
Und doch hast du uns in den Händen des Mörders zurückgelassen
Und bist nach Jerusalem gegangen, mein Onkel!
Und du hast König David nicht für uns wachgerüttelt.
[...]

Wie kannst du ohne uns leben, Onkel?
Wie kannst du essen, trinken und dich ankleiden?

Grienberg antwortet: «Ich habe gesündigt, ich habe Schuld auf mich geladen, ich habe eine Sünde begangen, mein Märtyrer!» Grienberg brachte offenbar die Gefühle vieler Menschen zum Ausdruck, als er schrieb: «Wie können wir unserer Leben leben, / Wo bei euch dort die Hölle ist und bei uns das Paradies?»⁴⁰

Dennoch ging das Leben im Jischuw weiter. Die Zeitungen von damals spiegeln eine übersprudelnde Gesellschaft wider: Hinweise auf Sportveranstaltungen, Modenschauen, Schlussverkäufe und auch sonst ein breitgefächertes Unterhaltungsangebot – und alles im Schatten der Greuel in Europa. «JÜDISCHE KINDER MIT GEWEHRKOLBEN ERSCHLAGEN» verkündete die Titelseite der Haarez, während auf der Rückseite die Tel Aviv Popular Opera Company für ihre Premiere von Pagliacci warb.

Im März 1943 erschien in derselben Zeitung ein Leitartikel, dessen Überschrift wie bei einer Todesanzeige schwarz umrahmt war. Er bezog sich auf die Nachricht, dass die Zahl der in Europa ermordeten Juden auf drei Millionen angewachsen sei. Auf derselben Seite wurde in einem Beitrag mit dem Titel «KRÜMEL ZU PURIM» dazu aufgerufen, das normalerweise überschwenglich begangene Purimfest in jenem Jahr «als Zeichen der Trauer» nur zurückhaltend zu feiern. Der traditionelle Studentenball wurde wie geplant veranstaltet, wegen des Holocaust bedurfte es dazu aber einer Sondergenehmigung des Waad Leumi. Ein Tel

Aviver Kino zeigte Walt Disneys **Pinocchio**. Dem Dawar-Filmkritiker gefiel, was er dort zu sehen bekam: «Die hebräischsprachige Öffentlichkeit wird sicherlich diese unvergessliche Gelegenheit nutzen, um sich entspannt zurückgelehnt in ein freundliches, imaginäres Land aus der Welt der Märchen zu begeben und für kurze Zeit einer Welt zu entfliehen, in der die schlimmsten Alpträume in so fürchterlicher Weise Wirklichkeit geworden sind.»⁴¹

Manche Leute zogen aus dem Krieg kommerziellen Nutzen. Der grosse Hersteller von Kiwi-Schuhcreme entschuldigte sich bei seinen Kunden für einen Lieferengpass. «Wir sind alle zu diesem Opfer bereit; das ist unser Beitrag zu den Kriegsanstrengungen», verkündete die Firma und erklärte, dies sei «ein weiterer Grund, um für den Sieg zu kämpfen – für den Tag, an dem Kiwi wieder in ausreichendem Masse verfügbar ist». Spielzeugläden boten ein Spiel an, das «Der Weg zum Sieg» hiess. Eine Tel Aviver Theatergruppe präsentierte eine satirische Revue in zehn Aufzügen mit dem Titel **Rommel, Rommel, wie geht's denn so?**⁴²

Ein paar Bücher über den Holocaust waren schon erschienen, aber anders als die Bücher über den Krieg verkauften sie sich schlecht. Berl Katznelson, der eine Reihe von Broschüren über den Krieg herausbrachte, erzählte, dass davon eine über die deutschen Luftangriffe auf London zum Bestseller geworden sei, während sich von einer anderen Broschüre mit Briefen aus den Ghettos die unverkauften Exemplare in einem Lagerhaus stapelten. «Das sagt mehr über die Realität unseres Lebens aus als vieles andere», meinte er.⁴³ Golda Meir ärgerte sich darüber, dass die Leute nicht grosszügiger für einen Fonds zugunsten der Juden in den Ghettos spendeten, weil sie, wie sie unter anderem erklärten, nicht glaubten, dass das Geld auch wirklich bei den Betroffenen ankäme. «Sie machen nichts, bevor sie keine Quittungen aus dem Ghetto bekommen», klagte sie.⁴⁴

Die Opposition stellte die Führungsqualitäten der Mapai in Frage und behauptete, die von ihr beherrschte Jewish Agency habe absichtlich die Emotionen der jüdischen Bevölkerung gezügelt, damit sie nicht mehr forderte, als die Agency tun konnte oder wollte. Der Opposition zufolge hatte die Agency sorgfältig darauf geachtet, das Trauern in offizielle,

relativ emotionslose Aktivitäten einzubinden.⁴⁵ Als die Jewish Agency schliesslich ihre erste Erklärung zum Holocaust abgab, warfen die Revisionisten der Mapai-Führung vor, sie habe seit Monaten von der Ausrottung der Juden gewusst und die Öffentlichkeit bewusst darüber im Dunkeln gelassen. Durch ihr Schweigen habe die Mapai-Führung ihr eigenes Versagen verdecken wollen, behaupteten die Revisionisten. Denn wenn sie dem Rat von Revisionistenführer Zeev Jabotinsky gefolgt wäre, hätte sie schon lange vor dem Krieg alle Juden aus Europa nach Palästina evakuiert. Stattdessen habe sie nur für die Evakuierung von potentiellen Mapai-Mitgliedern gesorgt.⁴⁶

Die erwähnte Erklärung der Jewish Agency war in der Tat unvollständig: Es wurde darin nicht erwähnt, dass die Agency bereits von den Gaskammern wusste. Vielleicht war man sich nicht sicher, ob die Information stimmte, oder man befürchtete, dass die Erklärung durch die Erwähnung von Gaskammern weniger glaubwürdig wirken würde. Vielleicht hatte die Agency Angst, sich die Chancen zur Rettung von mehr Juden zu verderben. Es kann aber durchaus auch sein, dass die Agency die Information in der Absicht verheimlichte, die Öffentlichkeit in ihrer Reaktion zu beschwichtigen.⁴⁷

Wie dem auch sei – der Sturm der Entrüstung über die angebliche Vertuschung der Tatsachen war nicht weniger intensiv als die Reaktion auf die Erklärung selbst. Die Mapai-Führer verteidigten sich. «Es stimmt nicht, dass [die Leute] nicht gewusst haben, was die europäischen Juden durchmachen. Alle haben es gewusst!» rief einer von ihnen aus, und ein Kollege zählte die Berichte über die Ermordung von Juden auf, die auf Initiative der Agency hin erschienen waren. David Ben Gurion sagte, niemand benötige offizielle Erklärungen, um zu wissen, dass Hitler die Juden ausrotten wolle; das stehe alles in Mein Kampf. Die Leute bräuchten nur das Buch zu lesen. Das Problem sei, so fügte Ben Gurion hinzu, dass die Juden eine sadistische Veranlagung hätten: Anstatt sich darauf zu konzentrieren, was in Zukunft zu geschehen habe, würden sie ihre Zeit damit zubringen, nach Schuldigen zu suchen.*⁴⁸

* In Wahrheit wusste weder die Führung noch der von ihr informierte Jischuw alles. Sämtliche Informationen waren von Gerüchten und Spekulationen beeinflusste Teil-

Die Menschen kamen, wenn ihre Führer zu Trauerbekundungen aufriefen, ihre Bereitschaft dazu hatte aber Grenzen. Eines der bemerkenswerten Charakteristika des Jischuw, das später eine der Grundlagen der israelischen Demokratie bildete, war der Umstand, dass die Menschen ihre Führer eher nüchtern betrachteten, in ihnen keine Übermenschen sahen und ihnen – und dem was sie dramatisch zugespitzt sagten – mit Skepsis und sogar Zynismus begegneten. Wenn die Leute zu einer Unterschriftensammlung aufgerufen wurden, unterschrieben sie. Wenn ihnen gesagt wurde, sie sollten streiken, streikten sie. Dennoch war der Versuch, eine kollektive Trauerbekundung zu arrangieren, nur teilweise erfolgreich. Es gab noch einen anderen, weniger greifbaren Grund für die zurückhaltende Reaktion der Öffentlichkeit. Der Hang, das Schlimmste anzunehmen, ist tief in der jüdischen Tradition verwurzelt; paradoxerweise bildet er die Grundlage für einen immanenten Optimismus. Beide Wesenszüge entstammen einer langen Geschichte von Verfolgung, Vertreibung und Tod – darunter die Ausrottung ganzer jüdischer Gemeinden – und einer ebenso langen Geschichte von Überleben und Wiedergeburt. Was aus den besetzten Ländern berichtet wurde, klang demnach wie eine wieder einsetzende Judenverfolgung und ging nicht über das hinaus, was bereits Teil des kollektiven Gedächtnisses des jüdischen Volkes war. Die Berichte bestätigten das, was die Leute von Nazideutschland erwarteten, und so lernten sie, mit den Greueln, von denen sie hörten, Schritt für Schritt zu leben, und jeder Schritt bereitete sie auf den nächsten vor.

informationen. Eliahu Dobkin vom Exekutivkomitee der Jewish Agency berichtete einmal dem Zentralkomitee der Mapai, er habe an dem betreffenden Tag mit einem Mann gesprochen, der mit eigenen Augen einen von Hitler unterzeichneten Befehl gesehen hätte, die Juden bis zum 1. Januar 1943 auszurotten. Von den Anwesenden bezweifelte – einschliesslich Ben Gurion – niemand, dass ihr Kollege, ein Parteifunktionär wie sie, tatsächlich mit jemandem geredet hatte, der «mit eigenen Augen» einen von Hitler unterschriebenen Befehl gesehen hatte. Den Wissenschaftlern, die sich mit dem Holocaust befasst haben, ist kein solcher von Hitler unterzeichneter Ausrottungsbefehl bekannt.⁴⁹

Ein organisiert zum Ausdruck gebrachter Schmerz verlor mit der Zeit seine Intensität, bis er schliesslich nicht mehr als eines von vielen Themen auf der nationalen Tagesordnung war – eher eine öffentliche Pflicht als ein aus tiefstem Herzen kommender Schrei.⁵⁰ Kinobesitzer waren zum Beispiel gegen den Vorschlag, dass ihre Kinos als Zeichen der Trauer dunkel bleiben sollten. «Wir möchten hiermit zum Ausdruck bringen, dass wir besagten Vorschlag ganz und gar ablehnen, da er Tausende von Menschen, die in dieser Industrie beschäftigt sind, um ihren Lebensunterhalt bringen würde», telegrafierte sie der Jewish Agency.⁵¹ Es wurde verhandelt, und schliesslich einigte man sich darauf, dass die Kinos weiterhin geöffnet bleiben durften; die Trauer sollte dadurch unterstrichen werden, dass während der Pausen keine Musik spielte. Ende 1942 wurden Kabarettshows 30 Tage lang ausgesetzt, und die jüdische Bevölkerung war in dieser Zeit aufgefordert, Feiern auf ein Minimum zu beschränken und Spielen wie Tanzen zu unterlassen. Das Rabbinat appellierte an sie, bei Beschneidungs- und Bar-Mizwa-Feiern weniger Getränke auszuschenken und die Zahl der Gäste zu beschränken.⁵²

Ende 1942 schloss sich eine Gruppe von etwa 25 Schriftstellern, Historikern und anderen Intellektuellen, darunter der Philosoph Martin Buber und der Autor S.J. Agnon, zusammen, um den Menschen den Holocaust bewusster zu machen und die Jischuwführung aufzufordern, Rettungsbemühungen oberste Priorität zu geben. Die Gruppe nannte sich Al Domi («Schweige nicht») und entlehnte damit ihren Namen dem ersten Vers von Psalm 83: «Schweige nicht und ruhe nicht, o Gott!» Die Gruppe schrieb Briefe an Jischuwführer und Zeitungen, veröffentlichte Erklärungen und versuchte, bekannte Persönlichkeiten aus dem Ausland für ihre Sache zu gewinnen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1943 wandte sie sich an eine Reihe prominenter Schriftsteller und bat sie, sich für die Rettung der ungarischen Juden einzusetzen. George Bernard Shaw telegrafierte zurück: «Ich kann nichts tun, was den ungarischen Juden helfen würde. Glauben Sie denn, ich bin der Kaiser von Europa? Natürlich stehe ich auf der Seite der Juden, aber wenn mein Name mit ihrer Sache in Verbindung gebracht wird, würde das genau so viele

feindselig-vorurteilsbedingte wie freundlich-unterstützende Reaktionen auslösen.»⁵³

Die Al-Domi-Mitglieder hatten wenig Erfolg und auch kaum praktische Vorstellungen von dem, was zu tun sei, aber sie waren zornig und nahmen kein Blatt vor den Mund. Sie kämpften gegen Apathie, Gleichgültigkeit und Unentschlossenheit an und erhoben den Vorwurf, dass nicht alles, was man für die Juden in Europa tun müsse und tun könne, auch getan werde. Sie verlangten die Aufstellung einer «Regierung der nationalen Rettung» im Jischuw. Ein Gruppenmitglied erhob sich bei einer offiziellen Gedenkfeier, stieg auf den Tisch und wurde laut. Das war Joshua Radler-Feldman, den man als polemischen Publizisten auch unter dem Namen Rabbi Benjamin kannte. Er scheint als erster die Jischuwführung zu der Forderung an die Alliierten gedrängt zu haben, die Vernichtungslager zu bombardieren. Er sprach mit der Stimme des Gewissens, aber wie oft zu beobachten, wurde auch in diesem Fall die Form des Gefühlsausbruches zum Gegenstand der Diskussion. Anstatt über Radler-Feldmans Argumente nachzudenken, redeten die Leute in erster Linie über sein Benehmen. Er selbst bestritt, auf den Tisch gesprungen zu sein.⁵⁴

Für die führenden Kreise war Al Domis Radikalismus ein Ärgernis. Der grösste Teil des Jischuw schenkte dem Ganzen keine Aufmerksamkeit.

Die Geschichte des Jischuw ist im Wesentlichen eine Geschichte der Machtlosigkeit. Er rettete ein paar tausend Juden aus Europa. Vielleicht hätte er mehr retten können, aber niemals Millionen. «Dies ist einer der Fälle, bei dem man als Historiker das Gefühl hat, dass man die ganzen erlernten Fachregeln – zurückhaltende Wortwahl, genaue Untersuchung der Quellen, vorsichtige und tragbare Schlussfolgerungen – über Bord werfen möchte und sich einfach in eine Ecke setzen und weinen will», schrieb die israelische Historikerin Dina Porat über den gescheiterten Versuch, knapp 30'000 Kinder zu retten.¹

In der zweiten Kriegswoche erklärte Ben Gurion auf einer Sitzung des Zentralkomitees der Mapai in Tel Aviv, da die Parteimitglieder keine Kontrolle über die Geschehnisse in Europa hätten, sei es sinnlos, viele Worte über die moralischen Aspekte der jüngsten Entwicklungen zu verschwenden. Man müsse sie vielmehr als «Naturkatastrophen» behandeln. Doch was sollte man tun? Mit dem Versailler Vertrag war am Ende des Ersten Weltkriegs Palästina den Türken weggenommen und unter britische Herrschaft gestellt worden. Von den Briten erhielten die Zionisten die Balfour-Erklärung, mit der erstere das Recht der Juden auf die Errichtung einer «nationalen Heimstätte» in Palästina anerkannten. Am Ende des Zweiten Weltkriegs sollte nun die Errichtung des eigenen Staates stehen. Das sei der «politische Kompass», der die zionistische Bewegung durch den Krieg geleiten solle, meinte Ben Gurion.²

Der Standpunkt der Bewegung hat zu Zweifeln, Paradoxien, Ambivalenzen und vor allem bohrenden Fragen geführt. Die Führer des erstrebten Staates betrachteten es nicht als ihre Aufgabe, Europas Juden

zu retten. Aufgabe der Jewish Agency – so erklärte David Ben Gurion auf dem Höhepunkt des Holocaust – sei es, das Land Israel aufzubauen. Er wolle nicht darüber befinden, was wichtiger sei: das Land aufzubauen oder zum Beispiel ein einzelnes jüdisches Kind aus Zagreb zu retten. Manchmal, so setzte er grosszügig hinzu, könne es durchaus wichtiger sein, ein Kind aus Zagreb zu retten. Die Aufgabe der Jewish Agency sei aber, Juden durch die Übersiedlung nach Palästina zu retten; sie an ihren Heimat- beziehungsweise Aufenthaltsorten zu retten oder in andere Länder zu schicken, sei Sache des Jüdischen Weltkongresses, des American Jewish Congress, des Joint Distribution Committee und ähnlicher Institutionen, die Ben Gurion als philanthropisch und nicht zionistisch einstufte. Nie war die Distanz zwischen den führenden zionistischen Kreisen in Palästina und den Juden der Welt grösser als in jener Zeit.³

Kurz vor Kriegsbeginn verkündeten die Briten eine Reihe proarabischer, antizionistischer Bestimmungen, die unter dem Namen «White Paper Policy» bekannt wurden. Danach sollte in den folgenden fünf Jahren nur eine begrenzte Anzahl von Juden die Genehmigung zur Ansiedlung erhalten, und anschliessend wollte man die jüdische Immigration von der Zustimmung der Araber abhängig machen. Die Weigerung Grossbritanniens, mehr Juden in Palästina Zuflucht zu gewähren, bedeutete, viele – unter Umständen Millionen – in den Tod zu schicken. Dennoch reagierte Ben Gurion bei der Sitzung des Zentralkomitees seiner Partei auf diese neue politische Linie mit dem berühmten Satz: «Wir werden in diesem Krieg an der Seite Grossbritanniens kämpfen, als ob es die ‚White Paper Policy‘ gar nicht gäbe, und wir werden diese Politik bekämpfen, als ob es keinen Krieg gäbe.» Er ging – zu Recht – davon aus, dass die Briten den Juden Palästinas erlauben würden, im britischen Militär zu dienen, und die dort gewonnenen Erfahrungen sollten am Ende der zionistischen Bewegung helfen, ihre eigenen Streitkräfte zu gründen – den Kern der zukünftigen israelischen Armee.

Ein an dieser nichtöffentlichen Debatte Beteiligter sprach sich dafür aus, Einheiten dieser «Jüdischen Armee» zur Verstärkung an die französische Front zu schicken. Ben Gurion warnte ihn sogleich davor, die-

sen Vorschlag in der Öffentlichkeit zu wiederholen. Selbstverständlich wünsche das jüdische Volk Englands Sieg und Hitlers Niederlage herbei, sagte er, und jeder Jude sei verpflichtet, sein Möglichstes zu tun, um das Naziregime zu stürzen. Aber von Bataillonen an der französischen Front hätte der Jischuw keinen Nutzen. Aufgabe der «Jüdischen Armee» sei es, als notwendigen Schritt zur nationalen Unabhängigkeit den Jischuw zu stärken.⁴ «Jeder [jüdische] Soldat ist ein zukünftiger Angehöriger der Jüdischen Armee», sagte Mosche Sharett.⁵ Der Eintritt in die britische Armee wurde daher von Anfang an als Dienst an der Nation dargestellt – vergleichbar mit der Mitgliedschaft in der Hagana, der Palmach und anderen militärischen Vorläuferorganisationen der israelischen Armee. Die Zeitungen waren voll von Anzeigen, die die Menschen zum freiwilligen Kriegsdienst aufriefen. 30'000 folgten bis zum Kriegsende diesem Ruf.

Die jüdische Legion, die in der Endphase des Ersten Weltkriegs als Teil der britischen Armee zum Einsatz gekommen war, hatte der zionistischen Bewegung bei den Friedensgesprächen nach dem Krieg eine gewisse Position verschafft. Deshalb bemühten sich die Jischuwführer im Zweiten Weltkrieg sehr, die Briten zur Aufstellung einer jüdischen Brigade zu überreden. Sie hofften, dass der Jischuw dann als kriegführende Nation anerkannt würde und damit der zionistischen Bewegung eine Rolle bei der Gestaltung Europas nach dem Kriege zukäme. Die Briten begriffen, welche Motive hinter dem Vorschlag steckten, und lehnten ihn ab. Die jüdische Brigade wurde erst in den letzten Kriegsmonaten aufgestellt. Sie bestand aus 5'000 Männern mit eigenem Banner und eigenen Insignien: einem gelben Davidsstern als Symbol des Kampfes gegen den gelben Stern, den die Nazis den Juden als Kennzeichen aufgezungen hatten. Die Brigade bekam nur noch die letzten Schüsse des Krieges zu hören. Erst in den letzten Wochen vor der deutschen Kapitulation kam sie in Norditalien zum Kriegseinsatz. Einige dieser Soldaten blieben nach dem Krieg als zionistische Beauftragte für die jüdischen Flüchtlinge in Europa. Viele dienten später in den israelischen Streitkräften, manche davon in höheren Kommandopositionen.⁶

Ungefähr 50'000 jüdische Flüchtlinge kamen während des Krieges nach Palästina; rund 16'000 davon wurden heimlich per Schiff an Land gebracht.

Jedes der illegalen Einwandererschiffe schuf seine eigene Legende: Sie erzählten von einer durch Wagnis, Geschicklichkeit, internationaler Intrige und Enttäuschungen geprägten Odyssee und waren Beweis für den Lebenswunsch der Immigranten. Man musste Mannschaften und Schiffe finden, die Boote für die Fahrt ausrüsteten und mit Proviant sowie Medikamenten versahen, ausserdem Dokumente und Flaggen besorgte. Die Passagiere mussten gesammelt und zu den Einschiffungsplätzen gebracht werden, was häufig bedeutete, sie über Ländergrenzen, über Berge und durch Wälder zu führen – und das alles auf dem Höhepunkt des Krieges. Die Nationalsozialisten versuchten, die Ausreise, und die Briten die Einreise der Juden nach Palästina zu verhindern. Für das Unternehmen waren Glaube, Mut, organisatorische Fähigkeiten, Verbindungen, Talent und finanzielle Mittel erforderlich – Geld, um Polizeibeamte, Geheimdienstchefs, Minister und ausländische Konsuln zu bestechen. Das Mittelmeer war Schlachtfeld und für jedes zivile Schiff gefährlich. Der Transport der Flüchtlinge erfolgte meist unter schlimmsten Bedingungen an Deck altersschwacher Schiffe. Sie waren überfüllt, es herrschte Hunger und es fehlte an Wasser und sanitären Einrichtungen. Oft waren die Schiffe nicht mehr als kleine Segelboote mit ein paar Dutzend Flüchtlingen an Bord; aus Rumänien kam ein Boot mit nur einem Dutzend Passagieren.

Manche der Schiffe erreichten ihr Ziel, und die Flüchtlinge gelangten an einem verlassenem Strand im Schutz der Dunkelheit oder während eines Sturmes unbemerkt an Land. Wer erst einmal im Land war, durfte im Allgemeinen bleiben. Einige der Schiffe wurden aber schon auf See entdeckt und zur Umkehr gezwungen. Manche von ihnen wurden nach Zypern geschickt, wo die Passagiere in Internierungslager kamen; andere Boote wurden von britischen Schiffen nach Palästina eskortiert, wo die Flüchtlinge auf andere Schiffe gebracht und abgeschoben wurden.

Der Krieg des britischen Weltreiches gegen die Flüchtlinge forderte seinen Tribut. Knapp 300 illegale Einwanderer, die auf verschiedenen

Booten aufgegriffen worden waren, kamen auf dem britischen Schiff Patria ums Leben, als es von der Hagana in der Hoffnung, die Abschiebung zu verhindern, vor dem Auslaufen in einer überhasteten, verpfuschten Aktion sabotiert wurde. Die Struma sank in der Nähe von Istanbul mit über 750 Passagieren, denen die Einreise nach Palästina verweigert worden war. Einige andere Schiffe sanken ebenfalls.

Mehr als die Hälfte der Maapilim kamen mit Hilfe der revisionistischen Bewegung und einer Reihe anderer Gruppen, darunter auch private Reiseunternehmen, ins Land. Knapp 8'000 und damit etwas weniger als die Hälfte aller illegalen Einwanderer erreichten Palästina auf Schiffen, die von der Hagana ausgerüstet waren. Zur Organisierung der illegalen Einwanderung hatte die Hagana eine besondere Abteilung namens Mossad L'Alija Bet eingerichtet. Für diese Aktionen gab der Vorläufer des israelischen Geheimdienstes umgerechnet rund zwei Millionen US-Dollar aus, etwa 250 Dollar pro Imigrant. Doch zwischen März 1941 und März 1944, dem Höhepunkt des Krieges und der Vernichtung der Juden, brachte die Hagana nicht ein einziges Flüchtlingsboot an Land.⁷ Das lag nicht nur an den organisatorischen Schwierigkeiten der heimlichen Überfahrten mitten im Krieg oder an der Wirtschaftskrise in Palästina zu Kriegsbeginn, sondern auch an der ablehnenden Haltung der Jewish-Agency-Führer gegen illegale Aktivitäten. Sie hatten sich darauf nur auf Druck von innen – von Kibbuz- und Palmach-Kreisen – und angesichts der anhaltenden Bemühungen der Revisionisten eingelassen. Aber durch den Krieg wurde ihre Neigung zur Zusammenarbeit mit den Behörden und zum Festhalten an den Einwandererquoten höchstens noch verstärkt. Die Briten warnten, dass die legale Immigration gestoppt würde, wenn die illegale Einwanderung nicht aufhöre.

Wie vor dem Krieg beharrte die Jewish-Agency-Führung auf ihrem Recht, die Einwanderer den Bedürfnissen des Landes und der von den politischen Parteien vereinbarten Aufteilung entsprechend auszuwählen. Bei der illegalen Immigration hatte die Führung keine Kontrolle mehr darüber, wer ins Land kam. Das beklagte auch Mosche Sharett in seinem Tagebuch. «Die Wölfe [die Revisionisten] sind wieder aktiv und

werden weitermachen», schrieb er. Sie nähmen jeden – ob blind oder verkrüppelt, ja sogar ein «ganzes Altersheim». Scharett redete nicht einer Beendigung der illegalen Einwanderung das Wort, aber selbst auf dem Höhepunkt der Vernichtung der Juden beanstandete er noch, dass die Haapala-Organisatoren nicht genug darauf achteten, wünschenswertes «Menschenmaterial» ins Land zu bringen. Kurz nach Kriegsbeginn formulierte er, völlig unberührt von den Ereignissen, sein Einwanderungsprinzip: Bringt die «Guten», und lasst den «Pöbel» da.⁸

Gegen Kriegsende übernahm die Hagana wieder eine aktive Rolle bei der illegalen Einwanderung – allerdings nicht nur, weil nun die organisatorischen Schwierigkeiten nachgelassen hatten. Die Jewish-Agency-Führung hielt es für nötig, den Überlebenden des Holocaust zu beweisen, dass die zionistische Bewegung sie nicht ihrem Schicksal überlassen hatte. Damit begann der Kampf um die Gedankenwelt der Überlebenden. Die Jewish Agency befürchtete, dass die meisten von ihnen nach dem Krieg statt nach Palästina lieber wieder in ihre alte Heimat zurückkehren würden.⁹ Der Hagana-Führer Eliahu Golomb warnte vor dem «antizionistischen Gift», das die Überlebenden wohl verspritzen würden, wenn sie bemerkten, dass man ihnen nicht geholfen hatte. Er schlug vor, die illegale Einwanderung unverzüglich wieder aufzunehmen.¹⁰ «Dass die Juden Palästinas die Rettungsaktionen geleitet haben, ist ein wichtiges zionistisches Argument», sagte David Ben Gurion und dachte dabei unter anderem daran, dass die Zionisten ein höheres Spendenaufkommen brauchten.¹¹

Im Laufe des Krieges hatte die Jewish Agency versucht, die Briten zur Hilfestellung bei der Entsendung von Kommandos aus dem Jischuw zu bewegen. Sie wollten zur Bekämpfung der Deutschen in den besetzten Gebieten jüdische Untergrundgruppen aufbauen. Die Agency ging von ungefähr 1'000 Mann aus, die wenigstens versuchen könnten, die Gleisstrecken in die Vernichtungslager zu zerstören. Ben Gurion war von dieser Idee nicht überzeugt. «Jüdische Kommandos im Krieg in Polen – das ist doch lachhaft! Wenn man Kommandos haben will, braucht man einen Staat», urteilte er.¹² Die Briten waren aus anderen Gründen dagegen: Sie glaubten nicht daran, dass eine solche Operation ihren

Kriegsanstrengungen dienlich wäre; sie wollten weder die Macht der Jewish Agency stärken noch in ihrer Schuld stehen. Derartige Vorschläge wurden samt und sonders abgelehnt oder gingen auf bürokratischem Wege unter.

Mosche Sharett bat Randolph Churchill, mit seinem Vater über einen Plan zu sprechen, der vorsah, Jischuw-Agenten mit dem Fallschirm über Jugoslawien abzusetzen, um Titos Partisanen zu verstärken. Premierminister Churchill reagierte zunächst positiv, aber dann wurde auch aus dieser Idee nichts. Die Jewish Agency gab jedoch nicht auf, und schliesslich machten sich doch noch 30 Fallschirmjäger auf den Weg, darunter drei Frauen. Aus Maschinen der britischen Luftwaffe sprangen sie über Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und anderen Ländern hinter den feindlichen Linien ab – hauptsächlich zwischen März und September 1944. Diese Einsätze führten zur Legendenbildung. Die meisten der Fallschirmjäger waren etwas über 20 Jahre alt, kamen aus der Kibbuzbewegung und wollten nun freiwillig nach Europa zurück, dem sie erst ein paar Jahre vorher den Rücken gekehrt hatten. Sie waren aus über 200 Kandidaten ausgesucht und entsprechend ausgebildet worden, brachten aber keine Erfahrung mit und konnten sich nur auf sich selbst und ihren Glauben an die Aufgabe verlassen. Die meisten von ihnen hatten sich als Soldaten zur britischen Armee gemeldet. Die Briten, die hofften, über sie an nützliche Informationen zu gelangen, statteten sie mit Funkgeräten aus und gaben ihnen den Auftrag, die Partisanen zu unterstützen. Ein paar wurden auch damit beauftragt, gefangene alliierte Bomberpiloten zu befreien.

Am Vorabend ihrer Abreise kamen die Fallschirmjäger mit den Führern des Jischuw zusammen, darunter Berl Katznelson, David Ben Gurion und Golda Meir. Sie wollten wissen, was man von ihnen erwartete, doch statt Anweisungen für den bevorstehenden Einsatz bekamen sie nur ermutigende Worte zu hören. Ben Gurion forderte sie auf, dafür zu sorgen, «dass die Juden das Land Israel als ihr Land und ihre Festung begreifen», damit sie nach dem Krieg zu Tausenden dorthin kämen. Eliahu Golomb erklärte ihnen, dass es das Ziel des Einsatzes sei, den Juden zu zeigen, wie man «stolz für etwas einsteht». Ein Jewish-Agency-Funktionär meinte, sie sollten den Juden in der Diaspora den «Mes-

sias» bringen. Golda Meir weinte nur, wie Fallschirmspringer Joel Palgi sich später erinnerte.¹³

Als die Briten dem Vorschlag der Jewish Agency schliesslich zustimmten, war es zur Rettung von Juden zu spät und die Zahl der Fallschirmjäger zu gering. Es war nicht mehr viel zu tun, aber zu diesem Zeitpunkt konnte man keinen Rückzieher mehr machen. Genau wie die Aktionen zur illegalen Einwanderung erwuchs auch der Fallschirmjägereinsatz aus dem Gefühl, man werde schon bald die Überlebenden des Holocaust davon überzeugen müssen, dass sie vom Jischuw nicht im Stich gelassen worden seien.¹⁴ Es ging folglich eher um eine nationale zionistische Wiedererweckung zur Rettung der Seelen der noch verbliebenen Juden als um einen Militäreinsatz zur Rettung ihres Lebens. «Glücklich das Zündholz, das aufflammend das Feuer entzündete», schrieb das berühmteste Mitglied der Fallschirmjägertruppe, die aus Ungarn stammende dreiundzwanzigjährige Dichterin Hannah Senesch, die nach ihrer Landung gefangengenommen, dann gefoltert, verurteilt und exekutiert wurde. «Glücklich das Feuer, das heimlich im Herzen brannte.»¹⁵

Die Fallschirmjäger wurden nicht unbedingt als Retter begrüsst. Haïke Grossman, ein Partisan aus Bialystok und späterer Knesset-Abgeordneter, schrieb: «Man hat mich einmal gefragt, was ich getan hätte, wenn Fallschirmjäger aus Palästina dort eingetroffen wären, wo die Partisanen kämpften. Meine Antwort lautete: ‚Als erstes hätten wir für sie einen Ort finden müssen, wo sie sich hätten verstecken könnens»¹⁶ Egon Rott, ein jüdischer Rebellenführer in der Slowakei, empfing die bei ihm eintreffenden Fallschirmjäger mit den vorwurfsvollen Worten: «Also wirklich, warum seid ihr hergekommen? Habt ihr gedacht, dass das hier ein Kinderspiel ist? Helden wolltet ihr sein? [...] Ihr seid hergekommen, um Soldat zu spielen. [...] Habt ihr nicht daran gedacht, welche Verantwortung ihr uns damit aufladet? Bis jetzt waren wir nur für unser eigenes Leben verantwortlich, aber jetzt müssen wir uns auch noch mit euch belasten.» Er forderte sie auf, sich mit dem nächstbesten Flugzeug auf den Rückweg ins Heilige Land zu machen.¹⁷

Der offizielle Historiker der Hagana schrieb in einem Nachwort zu

den Memoiren von Fallschirmjäger Joel Palgi: «Im Einsatz der Fallschirmjäger zeigte sich der Geist der Freiwilligkeit in seiner ganzen Kraft, der die hebräische Pionierbewegung und die Hagana von Anfang an beflügelt hat – der Geist der Selbstaufopferung für das Volk, der Bereitschaft, zu kämpfen und wenn nötig zu sterben. [...] Der Einsatz der Fallschirmjäger wurde zum Vorbild und Ansporn für die israelische Jugend. Ihre Taten, Briefe und Erinnerungen gehören zu Israels heroischem Erbe. Nach den Gefallenen wurden neue Siedlungen benannt. Sie bilden ein Glied in der Kette jüdischen Heldentums aller Generationen.» Palgi selbst mochte eine solche Heldenverehrung nicht: «Die Leute sehnten sich nach einer Heldenlegende», merkte er mit sichtlichem Widerstreben in seinem Buch an.¹⁸

Diese Legende war stärker als ihre Helden. Einige der Fallschirmjäger kämpften in den Reihen der Partisanen, andere führten Aufklärungs- und Sabotageeinsätze durch. Manche stellten – hauptsächlich in der Endphase des Krieges – Kontakt zu jüdischen Gemeinden her. Einige sahen sich vor Ort unverhofft in politische Zwistigkeiten verwickelt: Die Zionisten bekämpften mit ihrer Hilfe die Kommunisten. Fast die Hälfte der Fallschirmjäger aus Palästina geriet in Gefangenschaft, und sieben wurden hingerichtet.

Die Jewish Agency und ein paar andere Jischuw-Organisationen entsandten Rettungskommandos in die Türkei. Andere Gruppen versuchten von Genf, Teheran, Schweden und – als es schon zu spät war – von Spanien und Portugal aus zu helfen. Chaim Weizmann und andere Zionistenführer bemühten sich, von London aus etwas zu erreichen. Die – meist jungen – Agenten in Istanbul halfen Flüchtlingen, die auf dem Weg nach Palästina durch die Türkei reisten. Hin und wieder führten sie Flüchtlinge über geschlossene Grenzen, und manchmal schickten sie Kuriere in besetzte Länder. «Es war für uns jedesmal ein grosser Tag, wenn Kuriere von ihrem Auftrag hinter den feindlichen Linien zurück-

* Sieben Vertreter des Hakibbuz Hameuhad wurden in Polen vom Kriegsbeginn überrascht. Innerhalb von drei Monaten waren alle wieder zu Hause. Berl Katznelson meinte erobert: «Ich hätte im besetzten Gebiet lieber zehn Märtyrer von uns gesehen.» Der Jischuw brauchte Symbole.¹⁹

kamen», erinnerte sich Teddy Kollek später. Einige der Kuriere waren Juden, andere nicht; die meisten waren Doppelagenten, die mehr oder weniger offen für die Gestapo arbeiteten. Von Kollek wird die Arbeit der von Istanbul aus tätigen Spione etwas romantisierend geschildert: Alle sassen in Hotelbars, planten internationale Intrigen und spionierten sich gegenseitig aus. Dennoch, so schreibt er, hätten sie im Vergleich zu der Anzahl der Getöteten nur eine mikroskopisch kleine Zahl von Leuten gerettet.²⁰ Die Historikerin Dina Porat wollte von einem der früher in der Türkei operierenden Agenten wissen, was sie dort gemacht hatten. «Nichts», war die Antwort.²¹

Bei Kriegsbeginn hatte die Jewish Agency in Jerusalem ein Komitee eingerichtet, das den Flüchtlingen Hilfestellung geben sollte, die aus Polen nach Palästina kamen. Dadurch wurden Kontakte zur polnischen Exilregierung in London erforderlich. Beim deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Jahre 1941 versuchte das Komitee dabei zu helfen, jüdische Flüchtlinge zu evakuieren, die zuvor aus Polen nach Russland geflohen waren. Dieses «Komitee für polnische Angelegenheiten» oder «Viererkomitee» wurde von Jizchak Gruenbaum, einem Mitglied des Jewish-Agency-Exekutivkomitees, geleitet, der früher einer der führenden Köpfe der polnisch-jüdischen Gemeinde und polnischer Parlamentsabgeordneter gewesen war. Im Anschluss an die Holocaust-Erklärung der Agency im November 1942 wurde die Forderung laut, jemand solle seine gesamte Arbeitszeit auf die Rettung der Juden verwenden. Gruenbaum – ein eher bemitleidenswerter Bürokrat mit festgefügten Ansichten und einer scharfen Zunge, aber ohne echte Autorität, Einfluss oder Talent – wurde zum Leiter des neuen Gremiums bestimmt, in dem es schon bald zu heftigen Auseinandersetzungen über die politische Zusammensetzung des Komitees, seine Anbindung an die Agency und sogar seinen Namen kam. Eines seiner Mitglieder behauptete einmal, das Komitee sei nur eine Fiktion.²² Das Rettungskomitee, wie es schliesslich hiess, hielt von Zeit zu Zeit Sitzungen ab, die aber eher zu bürokratischen Leerformeln als zu phantasievollen Aktionen führten. Das Komitee sandte jüdischen Gemeinden in Europa Geld, Lebensmittelpakete sowie Briefe und manchmal auch Gold, Diamanten und ge-

fälschte Ausweispapiere. Es bemühte sich um Ausreisegenehmigungen, Reisepapiere und Einwanderungsgenehmigungen und versuchte die öffentliche Meinung in Palästina wie auch in Übersee wachzurütteln. Als Gruenbaum einmal den US-amerikanischen Generalkonsul bei sich zu Gast hatte, bat er um eine Bombardierung der Vernichtungslager durch die amerikanische Luftwaffe.²³ «Man kann unmöglich behaupten, dass unsere Arbeit auch nur den kleinsten Erfolg gezeitigt hätte», schrieb er später.²⁴ Ben Gurion war seinerseits die meiste Zeit über mit anderen Dingen beschäftigt.

Während des Krieges scheint es dreimal die Möglichkeit gegeben zu haben, Tausende von Juden durch ein finanzielles Tauschgeschäft zu retten. Die «Transnistrien-Affäre», der «Europaplan» und die «Lastwagen für Blut»-Episode sind wiederholt bis ins Detail untersucht worden; jeder noch so kleine Beleg wurde mit der Lupe aus allen möglichen Blickwinkeln erforscht. Das traurige Ergebnis ist: Es lässt sich nicht feststellen, ob eine Chance vertan wurde. Nur eins lässt sich mit Gewissheit sagen: Jeder der drei Vorgänge erforderte grössere Fähigkeiten und Vorstellungskraft, als Ben Gurion und die anderen Jischuwführer sie besaßen.

Transnistrien liegt nördlich von Odessa in der Südukraine zwischen Dnjester und Bug. Als Belohnung für die rumänische Unterstützung bei der Invasion der Sowjetunion gab das «Dritte Reich» dieses Gebiet an Rumänien. Im Oktober 1941 wurden rund 200'000 Juden aus Rumänien nach Transnistrien deportiert; innerhalb weniger Monate waren zwei Drittel von ihnen gestorben oder ermordet worden. Etwa 70'000 waren noch am Leben.

Ein Jahr nach den Deportationen klingelte eines Tages beim Vertreter der Jewish Agency in Istanbul das Telefon. Am anderen Ende der Leitung war ein führendes Mitglied der jüdischen Gemeinde in Bukarest. Er teilte mit, dass bald ein Bote mit einem Vorschlag zur Rettung der Juden in Transnistrien nach Istanbul käme. Einige Einzelheiten bleiben bis heute im Dunkeln, aber im Wesentlichen bot die rumänische Regierung an, die noch verbliebenen Juden gegen eine bestimmte Geldsumme einzutauschen, die sich je nach Berechnung auf 14 bis 17 Millionen US-Dollar belief – also 200 bis 400 Dollar pro Kopf. Die Jewish Agency

hielt eine solche Transaktion für nicht durchführbar, da die Forderung sehr hoch erschien, aber sie tat, was zu tun war: Sie beauftragte ihre Vertreter in Istanbul, das Angebot zu überprüfen. Ausserdem informierte sie die britischen Behörden. Aus dem Angebot wurde nichts: Die Briten waren dagegen und ebenso die faktischen Herrscher in Rumänien, die Deutschen.

Die Briten handelten unter dem Druck der Araber; sie scheuten davor zurück, den Jischuw auf Kosten der arabischen Bevölkerung zu stärken. Ein Beamter bezeichnete die eventuelle Übersiedlung der Juden aus Transnistrien nach Palästina als «furchtbare Aussicht». Der vorgeschlagene Handel, so hiess es, werde die Briten wohl mit noch mehr Juden als bisher belasten.²⁵ Im übrigen lehnten es die Briten aus Prinzip ab, Bürgern feindlicher Staaten die Einreise nach Palästina zu gestatten – eine Haltung, die im Laufe der Jahre viele Juden das Leben kostete. Die Briten waren ausserdem dagegen, Geld in Feindstaaten zu transferieren, und wurden in dieser Haltung von den Amerikanern unterstützt; dadurch wurde es sehr schwer, den Juden vor Ort Hilfestellung zu geben. Die Alliierten hielten an ihrem «heiligen» Prinzip fest, keiner Erpressung nachzugeben. Demnach blieb nur noch die – unwahrscheinliche – Möglichkeit, dass die Jewish Agency hinter dem Rücken der Alliierten mit den Rumänen vielleicht ein Geheimabkommen hätte treffen können.²⁶ Doch dann wurde die ganze Geschichte der Presse zugespielt – und damit war die «Transnistrien-Affäre» aus.

In Bratislawa, der Hauptstadt des nationalsozialistischen Marionettenstaates Slowakei, entwickelten ein Mann und eine Frau, die sonst wenig miteinander gemein hatten, einen anderen Rettungsplan, der viel grösser dimensioniert war als alle anderen. Der ultraorthodoxe Rabbi Michael Dov-Ber Weissmandel war für seine Gelehrsamkeit und seinen scharfen Antizionismus bekannt; die reiche Witwe Gisi Fleischmann war in der zionistischen Frauenorganisation aktiv. Beide hinterliessen viele ergreifende Briefe, meist mit der verzweifelten Bitte um Hilfe. Sie brauchten Geld. Im Sommer 1942 war es ihnen gelungen, mit einem der unter Adolf Eichmann arbeitenden SS-Offiziere einen Handel zu ver-

einbaren. Dieter Wisliceny erhielt von ihnen Zehntausende von Dollar, und seine Vorgesetzten wussten offenbar davon. Als Gegenleistung wurde die Vertreibung der Juden aus der Slowakei eingestellt; bis dahin waren rund 60'000 aus dem Land geschafft worden, die meisten davon ins Vernichtungslager Auschwitz. Weitere 30'000 befanden sich noch in der Slowakei. Durch die den Nazis gezahlte Summe wurde die weitere Vertreibung um zwei Jahre hinausgezögert. Gemäss ihrer ideologischen Überzeugung von einer Weltherrschaft der Juden glaubten die Nazis, das Geld komme auf Anordnung des «Weltjudentums» aus der Schweiz. In Wirklichkeit hatten Weissmandel und Fleischmann die Summe selbst aufgebracht. Sie mussten manche der Banknoten bügeln, damit sie so neu aussahen, wie es sich für jüdische Dollars aus der Schweiz gehörte.

Der Erfolg der ersten Vereinbarung veranlasste Weissmandel, Fleischmann und einige andere zu einer weiteren Verhandlungsrunde mit den Deutschen. Auf Briefpapier, das er noch aus der Vorkriegszeit von einem Hotelaufenthalt in der Schweiz besass, schrieb Weissmandel eine Bescheinigung, die ihn in verschlüsselter Sprache im Namen der «Repräsentanten der Rabbiner der Welt» dazu bevollmächtigte, mit den Nazis Verhandlungen aufzunehmen, um die Vertreibung und Ermordung der Juden in allen von den Nazis beherrschten Gebieten zu stoppen, und als Gegenleistung mehrere Millionen Dollar anzubieten. Das war der «Europaplan». Die Nazis hielten die vom Rabbi vorgelegte gefälschte Vollmacht offenbar für echt, jedenfalls führten sie ernsthafte Verhandlungen, von deren Verlauf Adolf Eichmann informiert wurde und anscheinend auch SS-Chef Heinrich Himmler höchstpersönlich. Es ist anzunehmen, dass Himmler angesichts der zu erwartenden deutschen Kriegsniederlage die Verhandlungen mit den Juden als Schritt zu separaten Friedensverhandlungen zwischen der SS und den Alliierten ansah. Die Nazis verlangten einen Vorschuss von 200'000 Dollar. Weissmandel wandte sich hilfeschend an den Beauftragten des Joint Distribution Committee in Genf, der die Angelegenheit an seine Vorgesetzten in New York weiterleitete. Die Leiter dieser Organisation lehnten das Gesuch zunächst einmal ab; die zionistische Bewegung reagierte genauso.

In den folgenden Monaten wurde rund um die Welt hin und her verhandelt: zwischen Bratislawa, Genf und Jerusalem; Jerusalem, Genf und London; Bratislawa und Berlin; Genf, New York und Washington. Weissmandel und Fleischmann bombardierten den Westen weiter mit verzweifelter Hilfeersuchen, denn die von den Nazis für die Vorschusszahlung gesetzte Frist rückte immer näher. Weissmandel schrieb in dem Hebräisch des Toragelehrten, Fleischmann auf Deutsch. Die Empfänger ihrer Briefe in Jerusalem, Genf, London, New York und Washington waren sich unschlüssig, ob sie das Angebot für echt oder für einen blossen Bluff der Deutschen halten sollten. Aus den noch vorhandenen Dokumenten sprechen eine politische, rechtliche und bürokratische Hinhaltenaktik und eine als Gemächlichkeit daher kommende Gleichgültigkeit, die in groteskem Gegensatz zu den brieflichen Hilferufen von Weissmandel und Fleischmann stehen. Ben Gurion wandte ein, die Jewish Agency könne die Bestechungssumme nicht mit finanzieren, da sie bald für die Aufnahme von 5'000 Kindern aufkommen müsse und dafür viel Geld bräuchte. «Juden gibt es auch in Palästina», erklärte er.²⁷ Zwei Funktionäre des American Jewish Congress erreichten Präsident Roosevelts prinzipielle Zustimmung dafür, die zur Verwendungszeit vorgesehene Vorschusszahlung auf das Konto eines Treuhandfonds bei einer Schweizer Bank einzuzahlen. Die Leute aus Bratislawa erklärten, dass sie den Nazis mit keinem derart legalistischen Taschenspielertrick kommen könnten und ihnen ausserdem nicht mehr viel Zeit bliebe.

Ungefähr ein halbes Jahr nachdem die Jewish Agency zum ersten Mal von der Angelegenheit erfahren hatte, fasste sie den Beschluss, den grössten Teil des Geldes – über 150'000 US-Dollar – durch einen Kurier nach Bratislawa schmuggeln zu lassen. Der Vertreter des Joint Distribution Committee in Genf sagte zu, den Rest bar zu transferieren. Es ist unklar, was dann geschah; wahrscheinlich erreichte aber die gesamte Summe oder ein Teil davon ihren Bestimmungsort. Doch die Deutschen verkündeten unterdessen die Aussetzung der Verhandlungen. Die Vertreibung ging weiter.

Gisi Fleischmann und Rabbi Weissmandel wurden beide nach Auschwitz deportiert. Sie fand dort den Tod, während es ihm unterwegs

gelang, aus dem fahrenden Zug zu springen. Weissmandel liess sich nach dem Krieg in den Vereinigten Staaten nieder und veröffentlichte später eine vernichtende Anklageschrift gegen die zionistische Bewegung. Er warf den Zionisten vor, ihn und seine Leute als ultraorthodoxe Nichtzionisten im Stich gelassen zu haben – als ob Gisi Fleischmann nicht mit ihm zusammengearbeitet hätte. Er argumentierte mit Briefen, die er aus dem Gedächtnis zitierte und die in keinem Archiv zu finden sind. Entweder sind sie verlorengegangen, oder man hat sie verschwinden lassen – vielleicht wurden sie aber auch niemals geschrieben. Ob der Europaplan je eine Verwirklichungschance hatte, ist nicht zu sagen; möglicherweise hat gar keine bestanden. Nur eines lässt sich mit Sicherheit behaupten. Hätten die Führer der Jewish Agency das Geld rascher nach Bratislava geschickt, dann könnten sie den nachfolgenden Generationen ohne Wenn und Aber in die Augen sehen und ohne Zögern sagen: Wir haben unser Möglichstes getan und nichts versäumt.²⁸

Am 19. Mai 1944 landete in der neutralen Türkei auf dem Flughafen von Istanbul ein von den Nazis in Ungarn gesandter jüdischer Bevollmächtigter. Er kam mit einem Rettungsvorschlag, der bei einer Reihe von Zusammenkünften mit Adolf Eichmann und anderen deutschen Regierungsvertretern, darunter der schon am Europaplan beteiligte Dieter Wisliceny, in Budapest aufgestellt worden war. Wiederum schlugen die Deutschen vor, eine Anzahl Juden – eventuell eine Million – am Leben zu lassen, aber diesmal verlangten sie dafür kein Geld, sondern 10'000 Lastwagen und mehrere 100 Tonnen Gebrauchsartikel wie Kaffee, Tee, Kakao und Seife. Genau wie der Europaplan sollte auch dieser Handel ohne Hitlers Wissen, vielleicht auch erst nach seinem Tod, zu einem Separatfrieden zwischen Himmlers SS und den Westmächten führen – unter Ausschluss der Sowjets und eventuell sogar gegen sie. Dies war der berühmte «Lastwagen für Blut»-Vorschlag. Innerhalb weniger Tage kam es darüber zu einem Briefwechsel zwischen hohen Diplomaten in Jerusalem, London, Washington und Moskau. Nach ein paar Monaten wurde der Vorschlag der Presse zugespielt und war damit gestorben. Vielleicht hatte er nie eine wirkliche Chance zur Rettung von Men-

schenleben geboten. «Es war eine herzerreissende und deprimierende Angelegenheit», sagte Mosche Share». ²⁹

Der Kurier aus Budapest war der achtunddreissigjährige Joe Brand, der als Handelsvertreter für die Handschuhfabrik seiner Frau arbeitete. Er war in Deutschland aufgewachsen, in jüngeren Jahren Kommunist gewesen und als Kominternagent in der Welt herumgekommen. Bei Kriegsbeginn befand er sich gerade in Budapest. Er nutzte seine Bekanntschaft mit den Agenten verschiedener Geheimdienste dazu, ein Netzwerk aufzubauen, das in Zusammenarbeit mit den Führern der ungarischen Zionistenorganisation Juden aus Polen nach Ungarn schleuste. Er war eine tragische Gestalt, mutig und naiv zugleich. Anscheinend hat er die Bedeutung jener Episode, bei der er eine führende Rolle spielte, nie ganz verstanden.

Von Anfang an ging alles schief. Brand wurde in Istanbul nicht von Chaim Weizmann begrüsst, wie er es in seiner Naivität angenommen hatte. Stattdessen warteten schon Vertreter der Jewish Agency, türkische Kriminalpolizisten und britische Geheimagenten auf ihn. Die nächsten Tage vergingen grösstenteils damit, ihm ein Aufenthaltsvisum für die Türkei zu verschaffen – kein leichtes Unterfangen. Es folgte ein Wirrwarr von Ereignissen, der zu endlosen Vorwürfen und Gegenvorwürfen führte. Brand wurde von den Briten verhaftet, nach Ägypten geschafft und ins Gefängnis geworfen. Er selbst schrieb seine Verhaftung dem Umstand zu, dass sich die Jewish Agency in der Angelegenheit nicht richtig verhalten hätte; ausserdem warf er Jerusalem vor, seine Mission untergraben zu haben.

Das Exekutivkomitee der Jewish Agency diskutierte innerhalb einer Woche nach Brands Ankunft in Istanbul das Angebot der Deutschen. Einer der Männer, die ihn am Flughafen erwartet hatten, flog mit den schriftlichen Einzelheiten des Angebots, die er in einer Rasiercremetube versteckt hatte, nach Jerusalem. Gruenbaum, der Vorsitzende des Rettungskomitees, betrachtete den Plan als «diabolische Provokation». Auch Ben Gurion hielt die ganze Angelegenheit für grotesk, meinte aber, man solle sich dadurch nicht von der Ernsthaftigkeit der Sache ablenken lassen. Selbst wenn es nur eine Chance von eins zu einer Million gebe, solle man das Risiko eingehen. Er schlug vor, Mosche Sharett

in die Türkei zu entsenden – und die britischen Behörden zu informieren. Ein Diskussionsteilnehmer bezweifelte, dass das ein weiser Entschluss sei, doch Ben Gurion erklärte, man könne keinen Schritt ohne die Hilfe der Regierung unternehmen.³⁰ Dem britischen Hochkommissar, Sir Harold MacMichael, wurde ein ausführlicher Bericht über die Angelegenheit übermittelt, doch die Briten – und ebenso die Amerikaner – hatten schon aus eigenen Quellen entsprechende Informationen erhalten. Sowohl Winston Churchill als auch Franklin Roosevelt war das Angebot der Deutschen bekannt. Sie betrachteten es als Versuch, das Bündnis des Westens mit der Sowjetunion zu untergraben.

Tatsächlich war Brand nicht alleine nach Istanbul gekommen. Die Nazis hatten einen ihrer Agenten mitgeschickt, einen jüdischen Abenteurer und Betrüger, der jedem, der es hören wollte, erzählte, dass es sich bei dem Lösegeldabkommen nur um einen Nebenschauplatz der eigentlichen Verhandlungen um einen Separatfrieden zwischen der SS und dem Westen handelte. Der amerikanische und der britische Botschafter in Moskau erhielten den Auftrag, den Russen von dem Vorschlag zu berichten, und der Kreml war natürlich dagegen, dass mit Deutschland über einen Separatfrieden verhandelt wurde: Die Rote Armee bereitete sich gerade auf die Eroberung Ungarns vor. «Die Episode mit Joel Brand wurde letztlich in Moskau entschieden», merkte später ein Jewish-Agency-Führer an.³¹ Den Vereinigten Staaten und Grossbritannien blieb daher nichts anderes übrig, als für die Zukunft dafür zu sorgen, dass man ihnen nicht den Vorwurf machen konnte, eine Gelegenheit zur Rettung der noch verbliebenen Juden vertan zu haben. Alle beteiligten Parteien – Jerusalem, Berlin, London und Washington – schienen sich für den «Tag der Rechenschaft» nach dem Kireg ein Alibi zurechtzulegen. Die beiden Letztgenannten taten so, als wären sie daran interessiert, die Verhandlungen mit den Deutschen so lange wie möglich hinauszuzögern. Doch genau wie das Angebot, der Jewish Agency die Juden von Transnistrien zu verkaufen, hätte auch der «Lastwagen für Blut»-Handel bei erfolgreicher Durchführung einen Massenexodus von Juden in den Westen bedeutet und dem entsprechend die Frage auf-

geworfen, wohin sie hätten gehen sollen. Niemand wusste, was er mit einer Million Juden anfangen sollte. Also taten die Briten dasselbe, was sie schon in der Transnistrien-Affäre gemacht hatten: Sie spielten die Geschichte der Presse zu und legten dadurch die Verhandlungen praktisch lahm. Genausogut hätte es aber auch passieren können, dass die Deutschen die Verhandlungen nicht zu Ende geführt hätten.

Die Verworfenheit und der Zynismus mancher britischer Regierungsbeamter ist nur mit denen der Deutschen selbst zu vergleichen. In dem Bemühen, illegale Immigranten nicht mit Hilfe von Touristenvisen ins Land gelangen zu lassen, verlangten die Briten – in Übereinstimmung mit nationalsozialistischen Gepflogenheiten – von der jugoslawischen Regierung, jüdische Pässe mit einem «J» zu stempeln. Ehe die Struma mit mehr als 750 Passagieren sank, schrieb der britische Hochkommissar seinen Vorgesetzten in London, man solle dem Schiff nicht gestatten, in palästinensischen Gewässern zu ankern, weil sich unter den Fahrgästen feindliche Agenten befinden könnten. Ausserdem seien die meisten Passagiere Kopfarbeiter und angesichts knapper Verpflegungsvorräte und einer drohenden Heuschreckenplage könne das Land keine weiteren unproduktiven Einwanderer aufnehmen.

Die Jewish Agency betrachtete sich immer noch als Arm der Regierung; selbst durch die Aussicht, die Juden Ungarns retten zu können, liess sie sich nicht dazu bewegen, selbständig tätig zu werden – und wenn sie nur auf Zeit gespielt hätte. Einmal diskutierte man darüber, ob zur Fortführung der Verhandlungen ein Bevollmächtigter der Jewish Agency nach Budapest geschickt werden sollte, da Brand in Ägypten im Gefängnis sass. Chaim Weizmann und Mosche Sharett wandten sich daraufhin an den britischen Aussenminister Anthony Eden und trugen ihm – von Staatsmann zu Staatsmann – diese Idee vor. Eden fragte seine Berater und die empfahlen ihm, den Vorschlag abzulehnen. Man solle keinem britischen Staatsbürger gestatten, so argumentierten sie, mit dem Feind separate Verhandlungen zu führen. Die Jewish Agency fügte sich, und der Bevollmächtigte reiste nicht ab.

Allein war die Jewish Agency nicht in der Lage, dem «Dritten Reich»

10'000 Lastwagen zu liefern, und genausowenig konnte sie ohne Zustimmung der Alliierten im Gegenzug eine Million Juden aufnehmen. Andererseits hat die Agency, wie es scheint, nicht alles ihr Mögliche getan, um die Deutschen hinter dem Rücken der Briten zu weiteren Verhandlungen zu bewegen. Die Zionisten wussten längst, dass die Briten an der Rettung von Juden nicht interessiert waren und man deshalb von ihnen keine Hilfe erwarten konnte. Es war Zeit für einen grossen Bluff. Die Jischuwführer hätten sich über die britischen Anweisungen hinwegsetzen, heimlich mit den Nazis verhandeln und als Bevollmächtigten jemand aus einem neutralen Land schicken können. Statt Lastwagen hätten sie den Deutschen eine entsprechende Geldsumme anbieten können oder zumindest eine Vorschusszahlung – alles nur, um Zeit zu gewinnen, denn die Russen waren von Ungarn nicht mehr weit entfernt. Daran scheinen die Jischuwführer zwar einmal gedacht zu haben, unternommen haben sie jedoch nichts.* Sie erwiesen sich in dieser Angelegenheit als kleine, einfallslose Leute, deren Selbstbild als geachtete Staatsmänner sie daran hinderte, sich an betrügerischen, heimlichen Aktionen zu beteiligen.

Die ganze «Lastwagen für Blut»-Affäre war nur ein winziger Vorfall in der Geschichte des Holocaust, sollte aber die israelische Politik auf Jahre hinaus beschäftigen und das Land belasten. Adolf Eichmann sagte später aus, dass der Vorschlag, den er der Jewish Agency durch Brand hatte zukommen lassen, von ihm durchaus ernst gemeint gewesen sei.³³ Und der Gedanke, Juden gegen Geld einzutauschen, war anscheinend

* Die Verhandlungen mit Deutschland wurden auf andere Weise fortgesetzt. Als erstes fand ein Treffen zwischen Saly Mayer, einem schweizerischen Vertreter des Joint Distribution Committee, und mehreren SS-Offizieren statt. Sie redeten auf der St.-Margarethen-Brücke miteinander, die Österreich mit der Schweiz verbindet. Es kam zu weiteren Zusammenkünften. Mayer versuchte, Zeit zu gewinnen, und das gelang ihm auch. Als Geste des guten Willens besorgte er den Deutschen einmal sogar ein paar Traktoren. Himmler ordnete an, aus Budapest keine Juden mehr zu deportieren. Mayer hat historisch gesehen ein Lob verdient. Eliahu Dobkin behauptete später, dass die Jewish Agency diese Verhandlungen in Gang gebracht habe, doch Mayer handelte nicht in ihrem Namen und war auch kein Zionist.³²

nicht einmal Hitler selbst fremd gewesen. Aus einem Vermerk Heinrich Himmlers vom 10. Dezember 1942 geht hervor, dass Hitler mit solchen Tauschgeschäften einverstanden war, solange sie Deutschland grosse Devisensummen einbrachten.³⁴

Vor dem Krieg hatte es in Europa rund neun Millionen Juden gegeben; sechs Millionen wurden umgebracht, drei Millionen blieben am Leben. Die meisten von ihnen wurden durch den Umstand gerettet, dass Deutschland den Krieg verlor. Einige verdanken ihr Leben der Hilfe verschiedener Regierungen und Organisationen wie dem Joint Distribution Committee sowie Tausender gutherziger Menschen – der «Ge-rechten», die es in fast jedem Land gab. Es fanden dramatische Rettungsaktionen statt wie die Flucht aus Frankreich über die Pyrenäen nach Spanien oder die Schiffskonvois, die Juden von Dänemark nach Schweden brachten. Den Bemühungen der zionistischen Bewegung verdanken nur wenige Überlebende ihr Leben.

Anfang 1943 fuhr David Ben Gurion nach Haifa, um sich mit einer jungen Frau zu treffen, die kurz zuvor aus Polen eingetroffen war; er wollte ihre Leidensgeschichte aus erster Hand erfahren. Was er von ihr hörte, verstörte ihn so sehr, dass ihm die Tränen kamen. «Dieser Alpdruck will nicht mehr von mir gehen», schrieb er anschliessend. Drei Stunden lang erzählte ihm die junge Frau, was sie Schreckliches durchgemacht hatte, und «kein Dante oder Poe» hätte sich so etwas ausmalen können, meinte Ben Gurion und notierte, er fühle sich hilflos. Derartige Gefühlsäusserungen waren bei ihm selten; er redete kaum jemals über das Leid einzelner Menschen. Und selbst in diesem Fall gewann er rasch seine Haltung wieder: «Gerade geht die Sonne in ihrer ganzen Pracht auf, und die eigene Arbeit will weiter getan sein.»¹

Er meinte damit die Schaffung des jüdischen Staates, und hier liegt der Schlüssel zum Verständnis des Blickwinkels, unter dem Ben Gurion die Vernichtung der Juden sah. Für ihn war der Holocaust in allererster Linie ein Verbrechen am Zionismus. Selbstverständlich betrachtete er die Untaten der Nazis als Verbrechen an der Menschheit und am jüdischen Volk. Doch mehr als alles andere befürchtete er, dass die Ermordung der Juden die Errichtung des Staates Israel verhindern könnte. «Die Vernichtung der europäischen Juden ist für den Zionismus eine Katastrophe», sagte er im Dezember 1942. «Es gibt bald niemand mehr, mit dem man das Land aufbauen kann!» Solche Ansichten vertrat er auch bei anderer Gelegenheit.²

Die Begründer der zionistischen Bewegung hatten nicht die Verbrennungsöfen von Treblinka vor Augen gehabt, dennoch waren sie in ihrer

Ideologie davon ausgegangen, dass Juden in der Diaspora auf lange Sicht gesehen nicht als Juden würden überleben können; früher oder später würden sie auf die eine oder andere Weise verschwinden. Die Völker, bei denen die Juden lebten, seien – ob versteckt oder offen – alle gleich, nämlich antisemitisch, hatte Theodor Herzl 1896 argumentiert.³ «Die Zionisten wollen aus der schrecklichen Tragödie der europäischen Juden keinen Nutzen schlagen», sagte nun Mosche Sharett in Anlehnung an ein wiederkehrendes Thema, «sie können es aber nicht unterlassen, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass die Ereignisse die zionistische Haltung zur Lösung des Judenproblems ganz und gar bestätigt haben. Der Zionismus hat den Holocaust schon vor Jahrzehnten vorausgesagt.»⁴ In der *Dawar* erschien ein Artikel, der in der Vernichtung der Juden eine «Strafe des Himmels» dafür sah, dass sie nicht nach Palästina gekommen waren.⁵

In Wirklichkeit erfuhr der Zionismus im Holocaust seine eigene Niederlage: Er scheiterte als Bewegung. Schliesslich hatte er die Mehrheit der Juden nicht dazu bewegt, von Europa nach Palästina zu ziehen, solange es noch möglich gewesen war. Und in der Zeit der Not war die zionistische Bewegung zu schwach, um zu helfen. Der Holocaust beendete auch den Traum vom zionistischen Pionier als neuartiger Jude in einer neuartigen Gesellschaft – als «neuer Mensch» aus eigenem Willen und eigener Weltanschauung heraus und nicht aufgrund äusserer Notwendigkeit und Flucht. Aus der Bestürzung über dieses Versagen erklärt sich der tadelnde Ton, der in Ben Gurions Stimme oft zu hören war, wenn er über die Opfer des Holocaust redete. «Sie haben nicht auf uns hören wollen», klagte er; mit ihrem Tod hätten sie den zionistischen Traum sabotiert.⁶

Ben Gurion identifizierte die Rettung fast ausschliesslich mit der Immigration nach Palästina, obgleich ihm bewusst war, dass dadurch nicht viele Juden zu retten seien. Ihm wurde später verschiedentlich vorgeworfen, dem Holocaust mit Gleichgültigkeit begegnet zu sein – teilweise deshalb, weil er nur selten darüber redete. Sein Biograph gibt eine andere Erklärung: «Ben Gurion wusste nicht, was er vorschlagen sollte, um das Leid zu lindern oder Leben zu retten, und zog es vielleicht aus

diesem Grunde vor, lieber zu schweigen, als hohle Sprüche von sich zu geben und nichts zu tun.»⁷ Es ist aber auch möglich, dass Ben Gurion als gewiefter Politiker die Rettungsbemühungen lieber anderen überliess, da sie doch zum Scheitern verurteilt waren. «Die Katastrophe, der sich die europäischen Juden gegenübersehen, ist nicht direkt meine Angelegenheit», sagte er einmal.⁸ Er erklärte wiederholt, dass zur Rettung der Juden «alles getan werden» müsse, doch das klang beinahe so wie die entsprechenden Leitartikel in den Zeitungen. «Ich war damals über die Angelegenheit der Rettung der Juden aus den nationalsozialistisch beherrschten Gebieten nicht gut informiert», schrieb er später. «Obwohl ich damals Vorsitzender des Exekutivkomitees der Jewish Agency war, stand die Rekrutierung von Juden, die einen jüdischen Staat benötigen, im Mittelpunkt meiner Tätigkeit.»⁹

In den Akten des Rettungskomitees findet sich ein fünfseitiges Papier mit dem Titel «Anmerkungen zu Hilfs- und Rettungsmöglichkeiten». Es wurde offenbar Anfang 1943 von Apolinari Hartglass verfasst, einem zionistischen Aktivist aus Polen, der die Arbeit des Komitees koordinierte und sich in dem Papier zu den dort vertretenen Ansichten äusserte. Man ging grundsätzlich davon aus, dass für die europäischen Juden nicht viel getan werden konnte – ihr Schicksal war besiegelt, und es gab keine Chance, viele zu retten. «Ich hatte den Eindruck, dass wir dazu

* Ben Gurion war nicht der Einzige, der sich einseitig dem Aufbau des Staates widmete und alles Weitere ausblendete. Ein anderes Mitglied des Exekutivkomitees der Jewish Agency, Dov Josef, hat festgehalten, was er einem Reporter entgegnete, als dieser ihm erzählte, dass der Journalistenverband die führenden Mediengewerkschaften der Welt dazu aufgerufen hatte, den Greueln des Holocaust grösstmögliche Publizität zu geben. «Ich warnte ihn davor, die Zahl der jüdischen Opfer zu übertreiben», notierte Josef, «denn wenn wir erst einmal erklären, dass Millionen von Juden von den Nazis umgebracht worden sind, wird man uns berechtigterweise fragen, wo denn dann die Millionen von Juden sind, für die wir unseren eigenen Aussagen zufolge nach dem Krieg in Palästina eine eigene Heimstätte finden müssen.»¹⁰ Berl Katznelson, Führer der Arbeiterpartei, war ebensowenig mit Rettungsbemühungen befasst. Wie sein Biograph anmerkte, verlor er über den Holocaust fast kein Wort.¹¹

ausersehen worden waren, das Sterben mit anzusehen», sagte der Komiteevorsitzende Jizchak Gruenbaum.¹² Hartglass befasste sich mit der Frage, ob der Jischuw aus dem Holocaust dennoch irgendeinen Nutzen ziehen könnte, etwa im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit. Auf der ersten Seite des Papiers vermerkte er oben, dass seine schriftlichen Ausführungen nur für Zionistenaugen gedacht seien – hier einige Auszüge:

«In den Teilen Europas, die zum Kriegsschauplatz geworden sind – Deutschland, die besetzten Länder und die Länder der Achsenmächte –, ist die Vernichtung von über 7 Millionen Juden zu erwarten. [...] Uns ist inzwischen bewusst, dass wir nicht im Traum daran denken können, mehr als 12'000 oder auch mehrere 10'000 Juden zu retten. [...] Was unser Komitee tun kann, ist nicht mehr als ein Tropfen auf dem heissen Stein und hat mit Selbsttäuschung oder Gewissensberuhigung zu tun, nicht aber mit wirklichem Handeln. Es ist zu hoffen, dass ein Grossteil der europäischen Juden – viel mehr, als das Komitee zu retten vermag – trotz aller Greuel durch die Kraft ihres Lebenswillens gerettet werden. [...]

Wenn die Anstrengungen des Komitees daher voraussichtlich nur zu äusserst geringen Ergebnissen führen, müssen wir aus ihnen wenigstens politischen Nutzen ziehen. Dies erreichen wir aus zionistischer Sicht dann,

- a) wenn alle Welt weiss, dass Palästina als einziges Land bereit ist, die geretteten Juden aufzunehmen, und der Jischuw die einzige Gemeinde ist, die sie integrieren will;
- b) wenn alle Welt weiss, dass die Initiative zur Rettung der europäischen Juden von zionistischen Kreisen ausgeht;
- c) wenn die vor der Vernichtung bewahrten Juden im Laufe des Krieges oder nach Kriegsende erfahren, dass die zionistische Bewegung und der Jischuw versucht haben, sie zu retten.

Wenn dies auch in politischen Kreisen und von der nicht jüdischen wie der jüdischen Öffentlichkeit in allen freien Ländern so gesehen wird, wird das zionistische Palästina international verstärkt [...] als das Land betrachtet werden, in das die aus Europa vertriebenen Massen der Juden geschickt werden sollten. Dann wird die jüdische Welt

stärker den Aufbau des Landes fördern und den Exodus der das weltweite Massaker überlebenden Juden nach Palästina lenken. [...]

Wen gilt es nun zu retten?[...] Sollten wir unabhängig von der Qualität der Menschen allen helfen, die in Not sind? Oder sollten wir daraus nicht eine zionistisch-nationale Aktion machen und versuchen, in erster Linie diejenigen zu retten, die dem Land Israel und dem Judentum von Nutzen sein können? Mir ist bewusst, dass es grausam scheint, die Frage in dieser Form zu stellen, aber wir müssen leider sagen: Wenn wir nur in der Lage sind, 10'000 von 50'000 Menschen zu retten, die zum Aufbau des Landes und zur Wiederherstellung der Nation beitragen können, statt eine Million Juden zu retten, die dann zur Last fallen oder bestenfalls ein apathisches Element bilden würden, so müssen wir an uns halten und besagte 10'000 retten – trotz aller Vorwürfe und Bitten von Seiten der Million. Ich tröste mich mit der Tatsache, dass sich dieses brutale Prinzip nicht hundertprozentig umsetzen lässt und sicher auch für die Million etwas getan wird. Lasst uns aber darauf achten, dass für sie nicht zuviel getan wird.

Unter den genannten Voraussetzungen müssen wir als Erstes Kinder retten, weil sie für den Jischuw das beste Material bilden. Die jungen Pioniere gilt es zu retten, und hier vor allem diejenigen, die ausgebildet und geistig in der Lage sind, zionistische Arbeit zu leisten. Zionistenführer müssen gerettet werden, weil die zionistische Bewegung ihnen für ihren Einsatz etwas schuldig ist. [...]

Rein philanthropische Rettungsaktionen wie die Rettung der deutschen Juden [...] können aus zionistischer Sicht nur schaden, vor allem wenn die Möglichkeiten so begrenzt sind und das Unglück so gross ist. Wir haben diese Methode auf die deutschen Juden anwenden können, weil sie einen Vorteil boten: Sie brachten Besitz mit. Dieses Plus haben die jetzigen Flüchtlinge nicht, denn sie kommen ganz ohne Habe an. Insofern geben sie dem Jischuw auch nichts, und wir werden bei ihnen nur mehr von dem zu sehen bekommen, was wir schon von einem Grossteil der deutschen Juden her kennen: völlige

Entfremdung, manchmal eine geradezu feindselige Haltung gegenüber dem Land Israel und Respektlosigkeit gegenüber allem Jüdischen und Hebräischen. [...]

An den Einwanderern, die über Teheran eingereist sind, zeigt sich ebenfalls deutlich, zu welchen betrüblichen Resultaten eine Einwanderung ohne entsprechende Vorauswahl führt. Zusammen mit den Pionieren und Zionistenführern kommen Massen von Menschen an, die zum Zionismus keinen Bezug haben und im nationalen Sinne völlig demoralisiert sind. [...] Sie wollen ihre Kinder in polnischen und englischen Schulen ausbilden lassen. Auf die zionistischen Aktivisten, die unter den gleichen Bedingungen leben, trifft dies nicht zu: sie hadern nicht mit ihrem Schicksal, begegnen den vielen Schwierigkeiten mit Geduld und zeigen sich für die ihnen zuteil werdende Hilfe dankbar.

Wenn wir die Mittel hätten, um alle zu retten, dann müssten wir diese Dinge zweifellos akzeptieren. Doch leider stehen uns nicht einmal genügend Mittel zur Verfügung, um auch nur die guten Elemente zu retten; so bleibt uns nichts anderes übrig, als die Rettung schlechter Elemente aufzugeben.»¹³

Die Führer der Jewish Agency waren im Allgemeinen mit dem Prinzip einverstanden, dass die wenigen, die zu retten man in der Lage war, nach den Erfordernissen des zionistischen Palästina-Projekts ausgewählt werden sollten. Sie stritten sich höchstens über Einzelheiten. Fast alle waren der Ansicht, dass Kinder und Jugendliche Vorrang haben sollten, da bei ihnen gute Chancen bestanden, dass sie im Land bleiben würden. Anders als die meisten anderen war Ben Gurion nicht damit einverstanden, dass zionistische Aktivisten gleichfalls Vorrang genießen sollten.¹⁴ Gelegentlich wurden Klagen laut, dass nur die Menschen gerettet würden, die man für den Zionismus als nützlich erachtete, etwa Kinder, die man dem Mapai-Geist entsprechend erziehen konnte. Eine der Oppositionszeitungen erhob zum Beispiel den Vorwurf: «Das Schicksal der alten Juden ist ihnen egal.»¹⁵ Es war eine schreckliche Entscheidung. Mehr als alles andere machte die Notwendigkeit, sich zwischen denen zu entscheiden, die gerettet, und denen, die im Stich gelassen werden sollten, die Machtlosigkeit des Jischuw deutlich. Die-

ses Thema war sowohl in Palästina als auch innerhalb jüdischer Gemeinden in Übersee Gegenstand fieberhafter Verhandlungen – alle Arten von politischen Intrigen, gegenseitigen Vorwürfen und Täuschungen inbegriffen.¹⁶ An einem Punkt wurde beschlossen, soweit möglich jedem zu helfen: «Es versteht sich, dass es unter Kriegsbedingungen nicht darum gehen kann, das [Menschen-]Material auszuwählen. Wir haben hergebracht, wen wir herbringen konnten», wurde Ben Gurion von einem Mitglied der Jewish Agency informiert.¹⁷

Golda Meir sagte bei einer Sitzung, dass es angesichts des Holocaust keinen Zionismus gebe ausser dem, der in der Rettung der Juden bestehe. Dadurch wurde eine andere Frage aufgeworfen: War es richtig, für die Rettung europäischer Juden Gelder zu verwenden, die für die Entwicklung des Jischuw bestimmt waren?¹⁸ Ein Führer der ultraorthodoxen Agudat Jisrael, Rabbi Jizchak Itsche Meir Levin, war dieser Ansicht: «Nehmt die Gelder des Jüdischen Nationalfonds. [...] Wollt Ihr nicht in einer Zeit, in der Hunderttausende, ja Millionen von Juden umgebracht und abgeschlachtet werden, die Arbeit in Palästina anhalten? Nehmt die Gelder für diesen Zweck, statt neue Siedlungen zu errichten.»

Jizchak Gruenbaum meinte hingegen, dass die Bedürfnisse des Jischuw Priorität hätten: «Ich glaube, es ist nötig, hier zu sagen: Zionismus über alles!»

Yosef Sprinzak erwiderte: «Was brauchen wir in diesem Augenblick? Kein zionistisches Programm, sondern etwas ganz Einfaches: e warm jiddisch Harz [ein warmes jüdisches Herz]. Das müssen wir haben. Lange Reden helfen uns da nicht. Bei uns sollte in allen Häusern, in der Jewish Agency, der Histadrut und überall e warm jiddisch Harz schlagen.»

«Man wird mich einen Antisemiten nennen», entgegnete Gruenbaum, «und sagen, dass ich die Diaspora nicht retten will und kein warm jiddisch Harz habe. [...] Sollen andere doch sagen, was sie wollen. Ich werde nicht von der Jewish Agency fordern, 300'000 oder 100'000 Pfund Sterling bereitzustellen, um den europäischen Juden zu helfen.

Und ich meine, wer so etwas fordert, handelt antizionistisch.»*¹⁹ Zu diesem Wortwechsel kam es im Januar 1943 – zu einer Zeit, als Juden in grosser Zahl ermordet wurden.

Es ist schwer zu berechnen, wieviel Geld der Jischuw tatsächlich zur Rettung von Juden ausgegeben hat. Einer Aufstellung nach sollen es umgerechnet insgesamt mehrere Millionen Dollar gewesen sein – etwa ein Viertel des gesamten Haushalts der Jewish Agency. Für den Ankauf von Land und die Errichtung neuer Siedlungen wurde deutlich mehr Geld ausgegeben.²¹

Schon von den ersten Kriegstagen an neigte der Jischuw dazu, sich von der Gegenwart zu distanzieren und sich stattdessen auf die Erfordernisse der Zukunft zu konzentrieren. Vier Wochen nach dem Einmarsch der Deutschen in Polen diskutierte das Politikomitee der Mapai die Frage, was «nach dem Holocaust, der über die polnischen Juden hereingebrochen ist», zu tun sei.²² Das war kein ungewollter Versprecher; schon damals, Anfang November 1939, wurde vom Holocaust oft in der Vergangenheitsform gesprochen. Vielleicht war das die Art des Jischuw, mit der Nachricht von der Ermordung der Juden und mit der eigenen Machtlosigkeit umzugehen. Statt im Holocaust etwas zu sehen, das wirksames, sofortiges Handeln erfordert hätte, verbannte man ihn aus der Jetztzeit in die Geschichte. Der erste Pressebericht über die Ermordung von Juden in mobilen Gaskammern war so formuliert, dass man den Eindruck haben konnte, das Ganze sei vor langer Zeit passiert: «Sie wurden dann jeweils in einen Lastwagen gebracht, und der Fahrer

* Gruenbaum fühlte sich damals zwischen der eigenen Tragödie und der seiner Meinung nach von einem Zionistenführer zu erwartenden ideologischen Strenge hin- und hergerissen: Sein Sohn war in Polen verschollen; dass er in Auschwitz war, erfuhr Gruenbaum erst nach einiger Zeit. Es mutet wie Ironie an, dass Gruenbaum auf einer Sitzung des Exekutivkomitees der Jewish Agency um 100 palästinensische Pfund Auslagerenstatung für Telegramme bat, die er zur Erkundung der Lage der Juden nach Europa geschickt hatte, und der Schatzmeister der Agency daraufhin entgegnete: «Mir scheint, dass zur Verschickung der Telegramme 50 Pfund gereicht hätten.» Seine Empfehlung wurde akzeptiert.²⁰

tat Giftgas in dafür speziell hergerichtete Leitungen. [...] Aus dem Lastwagen hörte man Stimmen und dumpfes Pochen, doch nach einer Weile war dann alles still. [...] Einer der LKW-Fahrer leuchtete mit einer Taschenlampe in den Lastwagen. [...] Dann waren die jüdischen Totengräber mit ihrer Arbeit an der Reihe.»²³

Während der Holocaust weiter wütete, bezichtigten die Jischuwführer und Meinungsmacher sich selbst der Apathie und klagten, dass sie bei der Rettung der Juden versagt hätten. «Mit unserem Schweigen ver-sündigen wir uns an der jüngeren Generation und ihrer Erziehung», hiess es in einer Zeitung, und in einer anderen stand: «Wir haben alle Schuld!»²⁴ Ein Mapai-Führer sagte: «Wir haben von den Greueln gehört und Bescheid gewusst, [...] aber uns nicht darum gekümmert.» Ähnlich reagierte ein Kollege: «Ich glaube nicht, dass wir alles getan haben, was wir hätten tun können. Wir haben die Schwierigkeiten für unüberwindlich gross gehalten und gemeint, dass wir keine Möglichkeit hätten, Kontakte aufzubauen und unsere Hilfe anzubieten. Das allein ist vielleicht eine Entschuldigung dafür, dass wir so lange nichts oder fast nichts unternommen haben.» Eine der Zeitungen schrieb: «Wir fragen uns immer wieder: Haben wir alles getan, was möglich war?» Ein Mitglied des Exekutivkomitees der Mapai warf der Presse und insbesondere der Dawar vor, nicht von seiner Rede über die Ermordung der Juden berichtet zu haben. Seine Kollegen meinten übereinstimmend: «Von uns zweifelt keiner daran, dass wir in diesem Bereich nicht unsere Pflicht erfüllt haben.» «Wir sind voller Sünde», sagte einer von ihnen zusammenfassend, und ein anderer prophezeite, dass sich die Jewish Agency nach dem Krieg an den Pranger gestellt sehen würde. «Schande über uns!» meinte Golda Meir.²⁵ Anscheinend nahm der Jischuw lieber die historische Verantwortung auf sich, untätig und pflichtvergessen gewesen zu sein, als seine Machtlosigkeit einzugestehen. Reuven Schiloah, Mitbegründer der israelischen Geheimdienste, grübelte ein Jahr vor Kriegsende über die Frage nach, ob die europäischen Juden nicht vielleicht ein anderes Schicksal gehabt hätten, wenn die ersten Versuche der Nazis, die Juden auszurotten, gleich auf Widerstand gestossen wären.²⁶

Sie redeten damals von dieser dunklen Zeit, als läge sie schon hinter

ihnen und gehöre zur Vergangenheit. Diese beinahe enthusiastisch anmutende Bereitschaft, die eigene kollektive Schuld einzugestehen, hatte natürlich etwas Reinwaschendes an sich: Wenn alle schuldig sind, hat keiner Schuld.

Die Tendenz, die Ermordung der Juden aus der Gegenwart in die Vergangenheit zu verlagern – und sie dadurch hinter sich zu lassen –, zeigte sich auch in anderen Bereichen, vor allem in der Neigung, Nutzen aus den historischen Lehren einer Tragödie zu ziehen, die sich noch gar nicht ganz ereignet hatte, und diese Lehren auf eine ungewisse Zukunft anzuwenden. Manch einer plante bereits Denkmäler für die Opfer. Andere, darunter auch David Ben Gurion, machten sich über Reparationsforderungen Gedanken, die das jüdische Volk nach dem Krieg an Deutschland stellen würde.

Es lässt sich nicht feststellen, wer als erster den Vorschlag machte, dass die Deutschen für den Besitz, den sie den Juden weggenommen hatten, Reparationszahlungen leisten müssten. Der Gedanke daran scheint – offenbar in Anlehnung an die den Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg auferlegten Reparationsleistungen – bereits seit Kriegsbeginn in der Luft gelegen zu haben. Entsprechende schriftliche Überlegungen trafen bei Ben Gurion schon 1940 ein, und Berl Katznelson sprach das Thema gegen Ende desselben Jahres in der Öffentlichkeit an.²⁷ Bereits im Dezember 1942 gab es in Tel Aviv eine private Organisation namens Justitia, die Naziopfern Hilfestellung bei der Anmeldung von Entschädigungsforderungen anbot.²⁸

Mordechai Schenhabi, der an mehreren zionistischen Kongressen als Delegierter teilgenommen hatte, machte im September 1942 den Vorschlag, der Jüdische Nationalfonds solle für die Opfer des Holocaust, «die Kriegstoten und Helden Israels», ein Denkmal errichten. Nicht lange danach erhielt das geplante Denkmal den Namen, den es bei seiner Errichtung einige Jahre später dann tatsächlich trug: Yad Vashem. Schenhabis Vorschläge führten zu Briefen und Diskussionen, und es wurde ein Komitee gebildet, das sich näher mit dem Thema befassen sollte. Die Neigung, an den Holocaust als an etwas Vergangenes zu denken, kann kaum auf deutlichere, groteskere oder auch makabre Weise

zum Ausdruck kommen: Während der Jischuw darüber diskutierte, wie man der Holocaust-Opfer am besten gedenken könnte, waren die meisten von ihnen noch am Leben.²⁹

Die Zeitungen schützten die Öffentlichkeit auf ihre Weise vor dem Holocaust. Anstatt die Leserschaft mit den Informationen zu konfrontieren und sie zu zwingen, sich den Tatsachen zu stellen, verpackte die Presse die Informationen in biblischen Klagen und poetischen Mottos, wie sie auch in verschiedenen Zeitungsköpfen abgedruckt waren: «Weine, Jerusalem, um die in der Diaspora Gefallenen; rufe, Zion: Rettet eure Söhne und Töchter, seid meinen Kindern und Kindlein Zuflucht.» Manche Zeitungen berichteten von Ereignissen, die im «Tal der Tränen», im «Tal des Todes» oder im «Tal der Leiden» stattfanden. Alles geschah in der «Hölle» oder im «Inferno» und nicht hier und jetzt in dem politischen Klima, dessen Entwicklung die Zeitungen doch schilderten. «DIE PLÄNE UND UNTATEN DES SATANS» lautete eine Dawar-Schlagzeile. Auf diese Weise distanzieren die Zeitungen den Holocaust vom Alltagsleben und enthoben ihre Leserinnen und Leser der Pflicht, ihn als Teil der Wirklichkeit zu sehen.³⁰

Auf der politischen Ebene wurden die Ereignisse in Europa im Vergleich zu Jischuw-internen Diskussionen weiterhin als zweitrangig behandelt. Im Dezember 1938 redete Mosche Sharett wenige Wochen nach dem von den Nazis als «Kristallnacht» bezeichneten Pogrom auf einer Sitzung des Zentralkomitees der Mapai von dem Holocaust, dem die deutschen Juden derzeit zum Opfer fielen. Kurz darauf erklärte Ben Gurion: «Ich bekenne meine Schuld. In diesen schrecklichen Tagen einer beginnenden Katastrophe, die die Juden in Europa bedroht, mache ich mir noch immer mehr Sorgen um die Wahlen im [Mapai-] Bezirk Tel Aviv.»³¹ Als die Vernichtung der europäischen Juden ihren Höhepunkt erreicht hatte, zog Ben Gurion sich wegen einer politischen Auseinandersetzung, von der er sagte, es sei «die Hölle» gewesen, aus dem Exekutivkomitee der Jewish Agency zurück.³² Seine vorrangige Beschäftigung mit parteipolitischen Themen war kein Einzelfall; auch seine Kollegen beteiligten sich pausenlos und leidenschaftlich an den De-

batten, die vor Kriegsende schliesslich zu einer Spaltung der Mapai führten.*

Unterdessen hielten die Feindseligkeiten zwischen der Arbeiterbewegung und der revisionistischen Rechten unvermindert an. Die Hagana entführte rechtsgerichtete Terroristen und übergab sie den Behörden; die Dawar druckte britische Steckbriefe ab, in denen teilweise Belohnungen für Hinweise ausgesetzt waren, die zur Ergreifung von rechtsgerichteten Terroristen führten. Zu den steckbrieflich Gesuchten gehörte auch Jizchak Jesernizky, der später seinen Namen in Jizchak Schamir abänderte und Premierminister von Israel wurde.³⁴ Dies war ein ideologischer und politischer Kampf, bei dem es auch um die Macht im entstehenden Staat ging. Der Holocaust und die Rettungsbemühungen wurden auf blosser Diskussionsargumente reduziert. Die **Dawar** beschuldigte die Revisionisten, den Rettungsfonds sabotieren zu wollen. Auf Jabotinskys Evakuierungsplan anspielend, erwiderte das Revisionistenblatt **Hamaschkif**, die andere Seite sei zu spät gekommen und habe die Gelegenheit verpasst.³⁵ Zuvor hatte eine andere Revisionistenzeitung namens Herut geklagt, dass eine Rettung zwar möglich sei, es aber keine Retter gebe. «Die Führungsclique im Jischuw», hiess es dort weiter, «bestreitet, dass es dringend notwendig ist, einen wirklichen und unerbittlichen Krieg zur sofortigen Öffnung des Landes zu führen. Mit dem hier befürworteten «wirklichen Krieg» war ein Krieg gegen die Briten gemeint.³⁶

* Der Konflikt zwischen David Ben Gurion und dem in London wohnenden Chaim Weizmann sorgte im Jischuw ebenfalls für grosse Aufregung. Die ersten deutlichen Hinweise auf die «Endlösung» waren Weizmann bereits bekannt, als er Ben Gurion in einem langen Brief als «kleinen Diktator» bezeichnete. Der – niemals abgeschickte – Brief war an das Exekutivkomitee der Jewish Agency in Jerusalem adressiert. Weizmann erwähnte Adolf Hider nicht mit Namen, liess aber bei dem Vergleich von Ben Gurion mit europäischen Diktatoren keinen Zweifel daran, wen er meinte. «Sie alle passen in folgendes Muster: Sie sind humorlos, verknipten, moralisch verkümmert und stur und haben offenbar irgendeine Ambition nicht ausleben können; nichts aber ist gefährlicher als ein kleiner Mann, der seinem Groll nachhängt.» Weizmann zufolge wäre es «eine Katastrophe, eine neue und gefährlichere Sorte von Faschismus bekämpfen zu müssen, der unter Ben Gurions Führung steht».³³

Eine der ersten Auseinandersetzungen zwischen der religiösen und der weltlichen Fraktion drehte sich im Wesentlichen um Flüchtlinge, und dieser Konflikt sollte in späteren Jahren noch an Schärfe zunehmen. In der ersten Hälfte des Jahres 1943 begannen die Jischuwpolitiker mit ihrer grossen Schlacht um die «Kinder von Teheran».³⁷ Die Kinder gehörten zu den Menschen, denen es in den ersten Tagen der deutschen Besatzung gelungen war, aus Polen zu fliehen. Sie überquerten die sowjetische Grenze und wurden von dort ohne Hilfe des Jischuw in den Iran geschickt. Fast alle von ihnen hatten Schreckliches erlebt. Ein Junge berichtete, in seinem Dorf seien alle jüdischen Männer, darunter auch sein Vater, in das Schulgebäude getrieben und dann von den Deutschen durch die Fenster hindurch erschossen worden. Er war zu dem Zeitpunkt neun Jahre alt gewesen. Seine Mutter hatte ihre drei Kinder zu Fuss über die Grenze gebracht. Es war kalt, und sie hatten Hunger und Angst. Wochenlang wanderten sie durch den Wald. Die beiden kleineren Kinder starben eines nach dem anderen, und ihre Mutter begrub sie im Schnee. Schliesslich konnte sie selbst auch nicht mehr weiter. Bevor sie verschied, erklärte sie ihrem Sohn den Weg zu einem christlichen Waisenheim in der zentralasiatischen Stadt Samarkand. Sie schärfte ihm ein, niemandem zu erkennen zu geben, dass er Jude war. Der Junge fand das Waisenheim und durfte dort bleiben, hatte aber Schwierigkeiten, sein Judentum zu verheimlichen. Besonders schwierig war es beim Duschen. Die anderen Kinder quälten ihn. Es vergingen fast zwei Jahre, und als er das Flüchtlingslager in Teheran erreichte, war er elf Jahre alt. Im Lager befanden sich über 700 jüdische Jungen und Mädchen. Alle hatten dem Tod ins Auge gesehen.

Im Teheraner Durchgangslager wurden die Kinder von Beauftragten der Jewish Agency auf die Immigration nach Palästina vorbereitet. Schon dort kam es zu Auseinandersetzungen über koscheres Essen, Gebete und die Einhaltung des Sabbat. Manche der Betreuer, insbesondere Kibbuzmitglieder, waren stark antireligiös eingestellt, andere hingegen waren gläubig. Sie verbrachten viel Zeit damit, sich gegenseitig zu bekämpfen und einander vorzuhalten, den Kindern die eigenen Ansichten

und Glaubensüberzeugungen aufdrängen zu wollen. Die religiösen beschuldigten die weltlich eingestellten Agency-Betreuer, sie hätten die Jungen gezwungen, ihre Schläfenlocken abzuschneiden; umgekehrt warfen die weltlich eingestellten Vertreter den religiösen vor, die Kinder gegen den Zionismus aufzuwiegeln.

Die Kinder verliessen das Durchgangslager Ende 1942, reisten über Land nach Indien, per Schiff weiter nach Ägypten und von dort per Bahn nach Palästina, wo sie nach sechs Monaten, im Februar 1943, eintrafen – 700 Jungen und Mädchen in gleichen Wollpullovern, zu grossen kurzen Hosen und Tropenhelmen. Sie waren geschwächt, teilweise krank und fast alle stark traumatisiert und depressiv. Unterdessen stritten sich die Politiker darüber, ob sie eine weltliche oder religiöse Erziehung erhalten sollten.

Dieser Disput war Gegenstand zahlloser Sitzungen, an denen teilweise auch Ben Gurion teilnahm. Die Wogen gingen hoch und führten zu vielen Leitartikeln und öffentlichen Demonstrationen. Ausserdem kam es zu mindestens einem gewalttätigen Zwischenfall: Einer der Administratoren des Teheraner Lagers wurde von mehreren Leuten auf der Strasse verprügelt, weil er gläubige Jungen angeblich gezwungen hatte, barhäuptig zu gehen. Tel Aviver Polizisten brachten ihn in einem nahegelegenen Haus in Sicherheit, während Passanten zu dem Vorfall meinten, so seien in Deutschland Juden von den Nazis angegriffen worden.³⁸ Die Führer der ultraorthodoxen Gemeinde drohten den Führern der Jewish Agency, sie würden ein Rabbiner-Veto gegen zionistische Spendensammlungen in den USA erwirken, wenn ihnen die Kinder nicht übergeben würden.

Es war ein ideologischer Streit um den religiösen und kulturellen Charakter des Jischuw und ein politischer Kampf um die Kontrolle über das Bildungswesen, in dem die nächste Wählergeneration ihre Ausbildung erfahren sollte. Allen Beteiligten war bewusst, dass sie hier Präzedenzfälle für den Umgang mit den Holocaust-Überlebenden schufen, die nach Kriegsende eintreffen würden. Am Ende wurde beschlossen, die Kinder gemäss der früheren Lebensweise ihrer Eltern zu erziehen. So wurden sie einzeln von einer Kommission dazu befragt, welche Rolle die Religion in ihrem Elternhaus gespielt hatte. Hatte der Vater jeden Morgen gebetet? Hatte die Mutter zum Sabbat Kerzen angezün-

det? Im Zweifelsfall wurden die Kinder auf religiös ausgerichtete Schulen geschickt. Kinder, die älter als 14 Jahre waren, durften selbst entscheiden, wo sie lernen wollten. Noch vor Verlassen der Durchgangslager der Jewish Agency sahen sie sich bereits zwischen Druck und Gegendruck gefangen. Betreuer versuchten, sie von den eigenen Ansichten zu überzeugen beziehungsweise zu überreden, sie mit Versprechungen zu locken oder mit Drohungen einzuschüchtern, und das alles im Namen der Ideologien, die den Jischuw entzweiten. Die Zeitung Haarez zeigte sich davon nicht überrascht: «Wenn es gelungen wäre, die Kinder ohne internen Konflikt zu integrieren, wäre das schon so etwas wie ein Wunder gewesen.»³⁹

In ihrer Politik gefangen, liessen die Führer des Jischuw nicht von parteiischen, fraktionellen und persönlichen Streitereien ab, deren Wurzeln grösstenteils in die Jahre vor dem Holocaust zurückreichten. Ihr Denken blieb im Kleinen befangen. Aus einer Diskussion über Rettungsbemühungen wurde auf einer Sitzung des Zentralkomitees der Mapai schnell eine Debatte über Verfahrensfragen. Eines der Mitglieder bemängelte, dass seine Kollegen früher kein Interesse an dem Thema gezeigt hätten. «Es ist meines Wissens nie auf einer Sitzung angesprochen worden», verteidigte sich daraufhin ein Kollege. «Doch schon, aber dann als 19.Tagesordnungspunkt!» entgegnete der erste Redner. Golda Meir widersprach seinem Argument, als ob es dabei um irgendeine Lieblingsbeschwerde des Redners gegangen wäre: Sie habe sich mit ihm erst vor einer Woche getroffen, und da habe er nichts davon gesagt. Sie selbst sei gebeten worden, die Rettungsbemühungen aktiv mitzutragen, erklärte sie, sie habe das aber abgelehnt, weil sie bezweifelte, dass das Komitee ernst gemeint sei. «Sie können sicherlich eine bessere Schaufensterdekoration finden», habe sie auf die Anfrage erklärt.*⁴⁰

* Auf einer im Mai 1943 abgehaltenen Sitzung des Exekutivkomitees der Histadrut war das Thema «Rettungsbemühungen» als sechster von acht Tagesordnungspunkten vorgesehen. Bei den zuvor behandelten Punkten ging es unter anderem um ein Erschliessungsprojekt am Toten Meer sowie die Feiern zum 1. Mai.⁴¹

Auch diejenigen, die sich an den Rettungsbemühungen aktiv beteiligten, verbrachten viel Zeit mit Parteilinienkämpfen. «Das war eine der schlimmsten Enttäuschungen meines Lebens», schrieb ein Mitglied des Rettungskomitees. Er meinte damit nicht die schlechten Resultate des Komitees; vielmehr war er darüber enttäuscht, dass die Mitglieder seiner Partei nicht die Anerkennung erlangt hatten, die sie seiner Meinung nach verdient hätten, und dass die Agenten in Istanbul den Komiteemitgliedern in Jerusalem keinen Respekt entgegenbrachten.⁴² In Istanbul vertraten die Bevollmächtigten gegensätzliche Parteiinteressen und waren einander gleichgültig. Sie verschwendeten viel Zeit auf die Klärung der Frage, wie das bisschen an Hilfe, das sie zu vergeben hatten, aufgeteilt werden sollte. Genau wie im Fall der Einwanderungsgenehmigungen wurden den Bedürftigen hinter den feindlichen Linien auch Geld und Pakete nach politischen Quotierungen zugeschickt.

In Genf habe ebenfalls «jeder jeden gehasst», erzählte ein Komiteemitglied.⁴³ Ihre Feindseligkeit verschärfte noch die Konkurrenz, die bereits zwischen der Jewish Agency und anderen – meist amerikanischen – jüdischen Hilfsorganisationen bestand. In einer Akte findet sich ein langer Bericht über die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Jewish Agency und dem Joint Distribution Committee in Teheran, das den Flüchtlingen Pakete mit Tee, Seife, Butter und manchmal auch Süßigkeiten schickte. Ein Streitpunkt war die Frage, welche Organisation die beigelegte Grusskarte unterzeichnen sollte; die Absendung der Pakete verzögerte sich daraufhin um mehrere Monate. «Die Flüchtlinge werden noch vor ihrer Ankunft sterben», hiess es im Bericht.⁴⁴

Diese Fraktionskämpfe und internen Streitereien spiegelten nicht nur die Unfähigkeit des Jischuw zur Rettung der europäischen Juden wider, sondern auch die grosse geistig-seelische Distanz zwischen Palästina und den tragischen Ereignissen in Europa. Zweifellos betrachteten sich die Juden in Palästina als Teil des jüdischen Volkes und leugneten weder die jüdische Geschichte noch die religiöse Tradition. Sie fühlten sich jüdischer Solidarität verpflichtet und waren bereit, den Juden in der Diaspora zu helfen. Sie waren der Ansicht, dass das zionisti-

sche Projekt im Lande Israel ein Projekt für alle Juden sei; an Beth Abba, die «Vaterhaus» genannte jüdische Heimstätte im alten Land, dachten sie mit Liebe und sogar nostalgischer Wehmut. Gleichzeitig gab es aber eine stark gegenläufige Tendenz, «das Exil [zu] negieren» und eine neue, stolze hebräische Rasse schaffen zu wollen, die für sich einstehen und sich verteidigen könnte – Teil einer neuen, gesunden und gerechten nationalen Gesellschaft. In den Jahren des Holocaust wuchs die zweite und sogar dritte Generation junger Leute heran, die in diesem Geiste aufgewachsen und dazu erzogen worden waren, «stolz, grosszügig und grausam» zu sein, wie Jabotinsky es formulierte.

Die Negierung der als Exil bezeichneten Diaspora nahm die Form einer tiefen, teilweise sogar Verabscheuung einschliessenden Verachtung für das jüdische Leben in der – vor allem osteuropäischen – Diaspora an, die als degeneriert und entwürdigt sowie demütigend und moralisch korrupt hingestellt wurde. In ihrer Tragödie erschienen Diasporajuden sogar noch abstossender. «Unsere Kinder lesen und hören viel von der Zerstörung des Exils, von den an unseren Brüdern verübten Greueln und dem Leid der Juden unter der Besatzung, doch im Herzen bleiben sie hart und gehen über all das hinweg», schrieb ein Lehrer in einer Lehrerzeitung. Von Zeit zu Zeit bitte er seine Schüler, einen Aufsatz über den Holocaust zu schreiben. Doch in ihren Texten spiegelte sich eher Entfremdung wider als geistige Identifizierung mit den Leidtragenden. Der Lehrer hielt das nicht für überraschend. «Unsere Jugendlichen sind stolz und aufrecht in Haltung und Geist. Sie glauben an die eigene Stärke und kennen deren Wert. Sie lieben die Freiheit, möchten Freiräume haben und nehmen keine Demütigung oder Unterdrückung hin.»⁴⁵ Berl Katznelson äusserte – ungewollt – ebenfalls die Ansicht, dass das Land Israel «einen völlig anderen Stamm» hervorgebracht habe.⁴⁶ Hier war der «neue Mensch», den der sozialistische Zionismus prophezeit hatte.

Der Holocaust wurde mit der Zeit als jüdische Niederlage gesehen. Den Opfern wurde der Vorwurf gemacht, sie hätten sich von den Nazis ermorden lassen, ohne um ihr Leben oder wenigstens für das Recht zu kämpfen, «ehrenhaft zu sterben». Diese Einstellung wurde mit der Zeit

zu einer Art psychischem und politischem Schreckgespenst, das im Staat Israel umging – und Verachtung wie Scham, Hybris, Angst, Ungerechtigkeit und Torheit widerspiegelte. Als der Holocaust noch in vollem Gange war, sagte Jizchak Gruenbaum, der Gedanke, dass die polnischen Juden «im Herzen nicht den Mut gefunden» hätten, sich zu verteidigen, löse bei ihm Verärgerung aus. Gruenbaum, der aus Polen stammte, beschrieb seine früheren Landsleute mit deutlicher Abneigung. «Tausende von Juden haben ruhig gewartet», bis sie in die Wagons getrieben wurden, die sie in den Tod fuhren, schilderte er. Er hätte nie gedacht, dass sie sich «in einem solchen Fall» nicht wehren würden und nicht ein einziger Führer da sei, der sie zur Selbstverteidigung bis zum Tod aufgerufen hätte. Sechs Monate, nachdem er erklärt hatte, die polnischen Juden hätten «ein Hundeleben einem ehrenvollen Tod» vorgezogen, sagte er: «Aus Menschen sind Waschlappen geworden.»⁴⁷

Solche herabsetzenden Äusserungen über die europäischen Juden waren häufig auch dann noch zu hören, als allen schon alles bekannt und Auschwitz zu einem feststehenden Begriff geworden war. «Warum verteidigen sich die ungarischen Juden nicht?» fragte die Zeitung *Da-war* im Juni 1944 in einer Schlagzeile auf der Titelseite.⁴⁸ Und in einer anderen Zeitung hiess es: «Uns widern die Schreie der Unterdrückten an, die nicht fähig sind, sich zu wehren.»⁴⁹ Der Groll gegen die Holocaust-Opfer erinnerte an die Art und Weise, in der zionistische Dichter wie Chaim Nachman Bialik die Opfer eines früheren Pogroms geschildert hatten: «Dort flüchteten sie wie Mäuse, versteckten sich wie Käfer und starben wie Hunde, wo immer sie entdeckt wurden.» Auch damals lag die Betonung auf dort. Wenn sie früher hergekommen wären, wäre ihnen das nicht passiert.⁵⁰

Im Dezember 1941 verteilte ein anderer Dichter namens Abba Kovner an seine Kameraden im Wilnaer Ghetto ein Flugblatt, in dem er sie dazu aufrief, nicht in den Tod zu gehen «wie Lämmer zur Schlachtbank». Diesen Ausdruck hatte er offenbar Jesaja 53,7 entnommen, wie es auch schon andere vor ihm getan hatten. Der Satz drückte ein nationales Trauma aus. Durch ihn sollte zum Ausdruck kommen, wie sehr sich das zionistische Heldentum im Lande Israel von der Demütigung

der Juden in der Diaspora unterschied.⁵¹ Ironischerweise taten die neuen Juden, die in Palästina so stolz dastanden, genau das gleiche, was die verfolgten Juden in der Diaspora immer getan hatten, und waren genauso machtlos wie jene. Sie überreichten den zuständigen Stellen Petitionen – immer sorgsam darauf bedacht, sich nicht offen gegen die Behörden zu wenden. Sie erreichten einen «grossen Aufschrei» in der Presse. «Sorgen Sie schnell für ein Ende des Massakers!» hiess es in einer Notiz des Nationalkomitees, in der die Nazis als «bewaffnete Banditen» bezeichnet wurden. Man schickte Bevollmächtigte zu anderen jüdischen Gemeinden und versuchte, von Philanthropen Spenden zu erhalten. Man betete, fastete als Zeichen der Trauer und erlegte sich bei Familienfeiern Beschränkungen auf, wie sie aus dem 17. Jahrhundert von den Rabbineranordnungen anlässlich der Pogrome gegen die ukrainischen Juden bekannt waren.⁵² So gab die zionistischjüdische Gemeinde in Palästina schliesslich genau das gleiche Bild ab wie die anderen jüdischen Gemeinden in der Welt. Von ihren Brüdern unterschieden sich die dortigen Juden nur durch ihr grösseres Glück und ihre Hybris.

Irgendwo im Protokoll einer dieser unzähligen Sitzungen stehen die folgenden Äusserungen eines Rettungsbeauftragten der Jewish Agency in Istanbul. Verglichen mit der riesigen Zahl der Ermordeten hätten sie nur eine kleine Anzahl von Menschen gerettet, berichtete er. Ein Trost sei jedoch, dass die Geretteten aus dem Inferno als Zionisten hervorgegangen seien und Israel als ihre Heimat betrachteten. «Wir haben ihre Seelen gerettet», pflichtete ihm ein Kollege bei.⁵³ Uri Kesari, ein Kolumnist der Zeitung **Jediot Acharonot**, schrieb mit einer in jenen Tagen seltenen Selbstironie: «Wir haben getrauert, und jetzt können wir mit unserem Leben fortfahren.»⁵⁴

Teil III

*Israel:
Die letzten Juden*

Im September 1944 war jedermann auf eine deutsche Niederlage vorbereitet. David Ben Gurion stellte fest: «Wir stehen nun kurz vor dem Ende des Krieges, und die meisten Juden sind vernichtet. Jeder fragt sich: Wo werden wir die Menschen für Palästina finden?»¹ Später sollte er schreiben: «Hitler schadete nicht nur dem jüdischen Volk, das er kannte und hasste: Er fügte dem jüdischen Staat, dessen Entstehen er nicht voraussah, ebenfalls Schaden zu. Er zerstörte die zentrale Kraft des Landes. Der Staat bildete sich und fand das Volk nicht mehr, das auf ihn gewartet hatte.»² Die Furcht, dass es nach dem Krieg nicht mehr genug Juden geben würde, die nach Palästina auswandern wollten, plagte die Leitung des Jischuw. Ben Gurion sprach von einem «Alptraum».³ Mehr denn je herrschte bei den Menschen die Vorstellung, dass die Tage des Zionismus gezählt seien, dass keine jetzt verpasste Gelegenheit wiederkehren würde. Gegen Ende des Krieges schlug Ben Gurion vor, die zionistische Bewegung solle sich dazu verpflichten, «sofort» eine Million Juden ins Land zu holen. Dadurch würde sich die Anzahl der jüdischen Bevölkerung in Palästina verdoppeln: «(Noch) eine Million Juden – (und) der Konflikt mit den Arabern ist vorbei», erklärte er.⁴ Das war zu jenem Zeitpunkt eher eine Absichtserklärung als ein Aktionsplan, doch die Mitglieder des Exekutivkomitees der Jewish Agency waren entsetzt und wandten ein, dass das Land so viele Menschen auf einmal nicht aufnehmen könne. Ein Mitglied meinte, schon beim blossen Gedanken daran stünden ihm die Haare zu Berge. Ein anderer argwöhnte, eine solche Aufgabe könne man nur mit straffer, militärischer Organisation und diktatorischen Methoden bewältigen, also

«auf die Art, wie Hitler die Dinge regelte». Ein dritter sah eine solche Einwanderungswelle an die Vertreibung der Araber gebunden – an deren «Transfer», wie er sich ausdrückte. Ben Gurion gab zu, dass die Einwanderer leiden würden, aber er liess sich davon nicht abschrecken. «Das ist kein Argument», erwiderte er. «Sie haben in Europa auch viel gelitten.»*⁵

Mehrere Monate später, im Dezember 1944, fuhr Ben Gurion nach Bulgarien und traf dort Überlebende des Holocaust. «Grauen, Scham... Entsetzen», schrieb er in sein Tagebuch.⁷ Am 8. Mai 1945 notierte er: «Tag des Sieges. Traurig, sehr traurig.» Nicht lange danach machte sich Ben Gurion an eine «zionistische Nachkrieg-Rechnung». Er befand sich auf Deck der Queen Elizabeth auf dem Rückweg von den Vereinigten Staaten nach Europa. Sein Tagebucheintrag liest sich wie der Vermerk eines Buchhalters, denn er besteht fast nur aus Zahlen: soundso viele Juden lebten in Europa vor dem Krieg, soundso viele wurden ermordet, soundso viele blieben am Leben. Ben Gurion listete sie nach Ländern auf; nicht eine einzige seiner Zahlen ist korrekt. Er unterteilte die Juden der ganzen Welt in fünf Blöcke und kam insgesamt auf etwa 10 Millionen Menschen. Die Schlussfolgerung: «Wir müssen sofort den gesamten Block 5 holen (ungefähr 855'000 Juden aus der islamischen Welt), den grössten Teil von Block 4 (circa 253'000 Juden aus Westeuropa, ausgenommen Grossbritannien); möglichst viele von Block 3 (etwa 3 Millionen Juden aus Osteuropa) und die Pioniere aus Block 2 (etwa 6 Millionen Juden aus der englischsprachigen Welt und aus Lateinamerika).»⁹

Bei seiner Ankunft in Europa besuchte Ben Gurion als erstes einige der Lager für «displaced persons» (DP-Lager) in Deutschland. «Die

* Ben Gurion war nicht prinzipiell gegen die Idee, die Araber durch eine sogenannte «freiwillige Umsiedlung» zu vertreiben – das heisst, mit Zustimmung der arabischen Herrscher (doch nicht unbedingt mit Zustimmung all jener, die deportiert werden sollten): «Ich bin nicht aus moralischen Gründen gegen einen Transfer, auch nicht aus politischen, wenn es im Bereich des Möglichen liegt... Aber der Vorschlag darf nicht von Juden kommen... Wenn wir es Vorschlägen, werden die Araber es ablehnen, und die Nichtjuden werden sagen, dass für Juden kein Platz in Palästina ist.»⁶

Stimmung in Bergen-Belsen ist niedergedrückt», schrieb er, «so, als lebten sie noch in einem Konzentrationslager.» Er trug in sein Tagebuch die Texte von zwei Liedern ein, die er im Lager gehört hatte, das «Partisanenlied» auf Hebräisch und «Die brennende Stadt» auf Jiddisch. Unter den Insassen des Lagers befand sich einer seiner Cousins aus Łódź. Ben Gurion schrieb sich seine Barackennummer auf. Mit ähnlicher Detailtreue vermerkte er den genauen Inhalt der Essenspakete, die an «displaced persons» ausgegeben wurden. In Dachau schrieb er: «238'000 wurden im Krematorium verbrannt... Ich sah das Krematorium, die Gaskammern, die Hundezwinger, die Galgen, die Gefangenenlager und die SS-Lager. Zur Zeit sind etwa 10'000 SS-Männer hier eingesperrt.»

Am nächsten Tag entging er mit knapper Not dem Tode – ein Wunder, wie er kurz und bündig notierte. Auf dem Weg von München nach Frankfurt war ein Lastwagen mit seinem Fahrzeug zusammengestossen. Am Nachmittag erreichte er Heidelberg. Im Tagebuch heisst es: «Sie haben uns im Schlosshotel einquartiert. Dies ist das erste Mal, dass ich in Deutschland ein grosses Zimmer mit eigenem Bad bekomme, und – kaum zu glauben – sogar Handtücher... Sie sagten, griechische Bücher seien nirgendwo zu haben. Ausverkauft.»*¹⁰

Die ersten Mitglieder des Jischuw, die am Ende des Krieges europäischen Boden betraten, waren die Soldaten der jüdischen Brigade, die unter dem Kommando der Briten gekämpft hatten. Zu diesem Zeitpunkt

* Nicht einmal bei seinem ersten Besuch Deutschlands nach dem Holocaust konnte Ben Gurion seine Leidenschaft fürs Büchersammeln unterdrücken. Ruth Klieger Aliav, die sich in Deutschland um die Einwanderung von Juden nach Palästina kümmerte, begleitete ihn. Sie erinnerte sich, wie er sich von ihr im Jeep durch die Ruinen von Frankfurt fahren liess, in einem möglichst grossen Bogen um die Absperrungen der amerikanischen Militärpolizei, weil er nach Büchern fahndete. In einem Geschäft fand er, erzählte sie, «wahre Schätze»: alte Haggadahs, eine Bibel aus dem neunzehnten Jahrhundert und lose Seiten aus alten Büchern. Er blätterte sie sachkundig durch, sagte «das ja, das nicht» und verstaute seine Fundstücke im Jeep. «Dann fing es an zu regnen», erzählte Aliav. Schwarzgekleidete deutsche Frauen sassen auf Trümmern und begannen, einen Stein auf den anderen zu setzen, immer weiter. Und er fragte: «Was ist das?» Ich sagte: «Das ist die Zukunft Deutschlands.»¹¹

war es vielen Opfern der Nazi-Verfolgung bereits gelungen, das Land zu verlassen und in Palästina Zuflucht zu finden. Doch selbst ihre Schreckensberichte hatten die Soldaten der Brigade kaum auf den Anblick der Überlebenden aus Konzentrationslagern vorbereitet. In vielen Fällen trafen jüdische Soldaten die jüdischen Opfer in den befreiten Lagern an, in Buchenwald, Bergen-Belsen und Dachau, wo auch weiterhin Überlebende untergebracht waren – innerhalb derselben Umzäunung, von der noch vor kurzem tödliche Stromschläge ausgegangen waren. Manche der Soldaten erfuhren hier zum ersten Mal, was mit ihren Familienangehörigen geschehen war; viele fanden Verwandte, die sie für tot gehalten hatten. Den Überlebenden erschienen die jüdischen Soldaten aus Palästina wie von einem mystischen Glanz umgeben: «Hätten die Soldaten sie aufgefordert, ins Meer zu gehen, wären sie gegangen, mit der Gewissheit, dass sich das Wasser vor ihnen teilen würde», wunderte sich ein Mitglied der Jewish Agency noch Jahre danach.¹²

In den ersten Wochen nach der Befreiung starben Tausende von Lagerinsassen. «Die Situation in den Lagern ist entsetzlich», schrieb Jeheskel Sahar, damals Major Sacharow, der später israelischer Polizeipräsident wurde. «Es gibt weder Decken noch warme Kleidung für die Menschen, die vorwiegend in ungeheizten Holzbaracken wohnen. Es ist winterlich kalt hier, mit Nachtfrost... niemand kümmert sich um die vielen Schwangeren und Kinder. Die Autoritäten verschliessen absichtlich die Augen. In letzter Zeit breitet sich in den Büros, die mit Flüchtlingen zu tun haben, eine antisemitische Atmosphäre aus, und mein Eindruck ist, das dort den Flüchtlingen das Leben möglichst schwer gemacht wird, damit sie freiwillig nach Polen zurückkehren.» Das Essen war schlecht und oft zu knapp bemessen. Die Menschen schliefen auf denselben Brettern, in denselben Baracken, in die sie die Nazis gepfercht hatten. Viele schliefen auf dem Boden. Die Räume waren überfüllt. Es gab nicht genug Toiletten und Duschen.¹³

Andere Quellen berichten ebenfalls von den harten Lebensbedingungen in den Lagern. Am bekanntesten ist ein Dokument, das von Earl G. Harrison, einem Beamten des US-Aussenministeriums, abgefasst wur-

de. Harrison war Rektor der University of Pennsylvania Law School und der amerikanische Vertreter des «Intergouvernementalen Komitees für Flüchtlingsfragen». Er gab Präsident Truman zu verstehen, dass sich die Methoden, mit denen die amerikanische Armee die jüdischen Flüchtlinge in den DP-Lagern behandelte, von denen der Nazis nur dadurch unterschieden, dass die Amerikaner die Juden nicht ausrotteten.¹⁴

Die Überlebenden erzählten grauenvolle Geschichten. Aharon Hoter-Jishai, ein Offizier der jüdischen Brigade und späterer Rechtsanwalt, traf Frauen, die man gerettet hatte, nachdem sie schon in die Gaskammer geschickt worden waren. Sie waren gezwungen worden, einen Tag und eine Nacht darin zu stehen, zusammen mit Männern und Kindern, alle nackt, in Erwartung des Todes. Doch die Anzahl der Opfer in der Gaskammer hatte unter der erforderlichen Mindestzahl gelegen; die Deutschen wollten nicht eine ganze Dosis Gas für eine zu geringe Anzahl von Menschen verschwenden, deshalb wurden die Opfer wieder herausgeholt, um auf einen neuen Transport von Juden zu warten. In der Zwischenzeit war das Lager befreit worden.¹⁵

Ruth Klieger Aliav entdeckte siebenundvierzig kleine Kinder, die im Keller einer ehemaligen Synagoge in der Grenadierstrasse im jetzt russischen Sektor Berlins versteckt worden waren. Als sie zu ihnen gelangte, so berichtete sie, hatten die Mäuse schon begonnen, an ihnen zu nagen.¹⁶ In der Zeitung Haarez wurde ein Vorfall aus Süddeutschland geschildert. Dort bereiteten die Lagerbewohner die Hochzeit eines Überlebenden vor – eines Juden, dessen Frau und Kinder in Auschwitz umgekommen waren. Auch die Braut hatte alle Angehörigen verloren. «Wie üblich in solchen Fällen war viel Umtrieb in der Baracke, in der die Braut wohnte. Alles war bereit für die Zeremonie.» Doch der Bräutigam kam nicht. Freunde fanden ihn, wie er «mit leerem Blick durch das Lager irrte, immer im Kreis herum. Von Zeit zu Zeit blieb er stehen, wenn er spielende Kinder sah. Er folgte ihnen, hob sie hoch und tollte mit ihnen herum, während sich seine Lippen stumm bewegten: «Hanele, mein Hanele, du bist mir doch nicht böse? Dass ich dich betrüge? Dass

ich heirate?» Der Mann wurde in eine Nervenheilanstalt eingewiesen.¹⁷ Einer der ersten Abgesandten aus Palästina, die die DP-Lager besuchten, beschrieb sie als Friedhöfe.¹⁸ «Ich habe die Teheran-Kinder gesehen, ich habe andere Flüchtlinge gesehen, aber mir ist noch nie ein so entsetzliches Bild wie dieses vor Augen gekommen», berichtete Eliahu Dobkin, ein Mitglied der Exekutive der Jewish Agency. «Sie sind Schatten ihrer selbst, zerrissene und gebrochene Menschen, gepeinigt von Läusen, Geschwüren und Augenkrankheiten.» Dobkin sah, wie ein Kind einem Mann, der im Nachbarzimmer schlief, Zahnpasta und eine Zahnbürste wegnahm. «Ich fragte es: ‚Schämst du dich denn nicht?‘ Der Junge antwortete: ‚Sie bringen ihn ja doch ins Krematorium. Er ist alt.‘» Der Mann war etwa fünfunddreissig. Es war, wie Dobkin sagte, «Grauen ringsum».¹⁹

Die Abgesandten schickten häufig Berichte. Schon bald hatten sie den ersten Schock überwunden, und ein neuer, kritischer Ton machte sich breit. Die Berichte reflektierten eben nicht nur die Situation der Überlebenden des Holocaust, sondern auch die politischen und gesellschaftlichen Werte des zionistischen Establishments, das die Abgesandten nach Europa geschickt hatte – Werte, die deren Erwartungen hinsichtlich «des Rests» geprägt hatten.* Die Berichte schildern im Allgemeinen die Flüchtlinge als formlose, gesichtslose Masse, «menschliche Trümmer», «eine riesige Ansammlung von Bettlern», degeneriert, zurückgeblieben, nicht nur von körperlichem und seelischem, sondern auch von moralischem Verfall betroffen.²¹ Immer wieder drückten die Abgesandten ihr Befremden darüber aus, dass so viele Überlebende rasch wieder heirateten und Kinder bekamen. Chaim Jachil schätzte, dass nirgendwo die Geburtenrate höher war als in den DP-Lagern.²² Ein Psychologe, der sich mit den Überlebenden befasste, nannte diese Ver-

* Die Bezeichnung «der Rest» (sheerit hapleta) stammt aus der Bibel. «Aber Gott hat mich vor euch hergesandt, dass er euch übrig behalte auf Erden und viele von euch errette und euer Leben bewahre.» (Genesis 45,7). «Denn ein Rest breitet sich aus von Jerusalem und das Entronnene vom Berge Zion» (Jesaja 37,31-32). Dieser Ausdruck wurde zum ersten Mal kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten auf die verfolgten europäischen Juden angewandt.²⁰

bindungen «Ehen aus Verzweiflung». Sie boten den Überlebenden eine Möglichkeit des Widerstands dagegen, dass man ihnen ihr Menschsein absprach. Viele dieser Ehen waren nicht glücklich, aber Scheidungen gab es nur selten, so als käme den Paaren eine Trennung wie ein endgültiger Sieg der Nazis vor.²³ Doch der Lebenswille der «displaced persons» war den Abgesandten aus Palästina ebenso fremd wie deren traumatische Erlebnisse. «Zuerst dachte ich, sie wären Tiere», gestand einer. «Es gab Familien, bei denen fünf, sechs Paare in einem Raum zusammenlebten, ihr ganzes Sexualleben und alles andere spielte sich dort ab.» Doch da «sie immer in Lagern gelebt» und sehr gelitten hatten, kam er zu dem Schluss, dass «ihnen das als ganz natürlich vorkam».²⁴ Andere Abgesandte äusserten sich ebenso schroff: Die Überlebenden hätten ihre Selbstachtung und jeglichen Glauben an die Mitmenschen und an die Nächstenliebe verloren, sie seien anfällig für Zynismus, Nihilismus und Gesetzlosigkeit. Die Beobachter sahen als Grund dafür nicht nur die Lagererfahrung der Überlebenden und die Atmosphäre des Verfalls, die Europa nach dem Krieg durchzog, sondern auch deren Exildasein vor dem Holocaust. Viele der Abgesandten erlebten bei ihren Begegnungen zum ersten Mal das, was sie als stolze Zionisten und Sozialisten schon immer als «Exilmentalität» verabscheut hatten. Sie waren schockiert.²⁵ Die Überlebenden seien nicht arbeitswillig, berichtete einer. Manche von ihnen verliessen die Lager, heirateten deutsche Frauen und eröffneten Geschäfte oder betätigten sich auf dem Schwarzmarkt. «Ein hohler Materialismus beherrscht die Leute», klagte Chaim Jachil. Seiner Ansicht nach hatten sich viele Überlebende daran gewöhnt, «für ihren Lebensunterhalt nichts zu tun»; ihr Lebensstandard sei jetzt höher als vor dem Krieg, meinte Jachil. Sie neigten dazu, «sich Luxus zu leisten», speziell Schmuck und seidene Kleidung. Doch «noch gefährlicher als die Liebe zum Luxus» war die Beschäftigung deutscher Hausangestellter und Kindermädchen in den Häusern der jüdischen Flüchtlinge, die sich in deutschen Städten niedergelassen hatten. Die «moralische Gefahr» schien für Jachil offensichtlich. Je mehr sich die Überlebenden an ein bequemes Leben in Deutschland gewöhnten, so befürchtete er, desto schwerer würde es ihnen fallen, mit den harten Existenzbedingungen in

Palästina zurechtzukommen. Sie «entweihen die Ehre Israels», erklärte er, als gäbe es innerhalb des Jischuw keine Schwarzmarkthändler oder Frauen in Seide. Er nannte sie «Gesindel» und beschuldigte sie des schlimmsten Vergehens von allen: gemeinsamer Sache mit den rechten Terror-Organisationen, den Widersachern der Mapai.²⁶

David Schaltiel, späterer Armeegeneral und israelischer Botschafter, schilderte, wie er mit mehreren Überlebenden nach Palästina reiste. «Schreckliche Dinge» geschahen unterwegs. Junge Leute versuchten, die alten aus ihren Kojen zu werfen; die Jungen und Mädchen wollten sich um jeden Preis amüsieren. «Sie sind völlig demoralisiert», stellte er fest. «Wir mussten uns wie Polizisten verhalten. Die Jungen waren abends und nachts ständig in den Schlafräumen der Mädchen. Wir warfen sie hinaus, aber sie kamen zurück. Die Mädchen trieben sich mit Matrosen und Soldaten herum und liessen jeden Anstand vermissen; es war nicht leicht, bestimmte Verhaltensregeln durchzusetzen.» Schaltiel lieferte der Partei seine Theorie gleich mit: «Ich glaube, dass diejenigen, die am Leben blieben, noch leben, weil sie egoistisch und in erster Linie auf ihren eigenen Vorteil bedacht waren.» Viele von ihnen, so schien ihm, hatten unter den Deutschen «Zeit gehabt, viel Geld zu verdienen». Seine Folgerung: «Die Tatsache, dass jemand in einem Lager war, ist nicht Grund genug, ihn nach Palästina zu schicken.»²⁷

Der Vorsitzende der Vorstandskonferenz kommentierte, Derartiges hätten die Mitglieder nie zuvor gehört.²⁸ Das war nicht ganz richtig; Schaltiel drückte sich lediglich krasser aus als andere. Sein Bericht mit dem Hinweis, dass man, um zu überleben, korrupt sein musste, unterschied sich nicht wesentlich von den Stellungnahmen der anderen Abgesandten; er spiegelte eine verbreitete Ansicht wider. «Unter den Überlebenden der deutschen Konzentrationslager», sagte Ben Gurion, «gab es jene, die nicht überlebt hätten, wären sie nicht so gewesen, wie sie waren – hart, böse, egoistisch; und all das, was sie erleiden mussten, hat zerstört, was es in ihrer Seele noch an Gutem gab.»²⁹ «Wir müssen den Tatsachen ins Auge blicken», las man in Haarez. «Die wenigen, die uns in Europa geblieben sind, gehören nicht unbedingt zum Besten des jü-

dischen Volkes. Die Schätze der Nation wurden zuerst zerstört.» Viele der Überlebenden, erklärte der Artikel weiter, «werden der Sittenlosigkeit verdächtigt».³⁰ Chaim Jachil versuchte, objektiv zu bleiben:

«Die jüdischen Gefangenen, die am Leben blieben, waren nicht die Auserwählten und wurden nicht wegen ihrer besonderen Gaben gerettet. Aber wir täten ihnen ein grosses Unrecht an, würden wir glauben... dass der Rest ein ‚Resultat negativer Selektion‘ sei und dass er sich zumeist aus den schlechtesten Elementen des jüdischen Volkes zusammensetze. Die Tatsachen widersprechen einer solchen Annahme... Soweit es überhaupt ein Auswahlkriterium gab, kann man sagen, dass diejenigen, die übrigblieben, einen starken Charakter und einen überwältigenden Lebenswillen besaßen, ob dieser nun positive Kanäle fand oder sich als negative und asoziale Kraft ausdrückte. Wahr ist, dass die Sensibleren in grösserer Gefahr schwebten, weil ihr Geist das Entsetzen nicht ertragen konnte. Wahr ist auch, dass der Feind die Intelligenz erbarmungslos verfolgte, mehr als irgendeine andere Gruppe. Doch trotz alledem überlebten Menschen aus den verschiedensten Gruppen, deren menschliche und soziale Wertvorstellungen ganz unterschiedlich waren.»³¹

Der Jischuw fühlte sich moralisch und ideologisch für die Überlebenden verantwortlich. Jeder wusste, dass ohne sie kein Staat zu errichten war. Als Ben Gurion ein ehemaliges Nazi-Gefangenenlager bei Frankfurt besuchte, kam ein kleines blondes Mädchen mit langen Zöpfen auf ihn zu. Sie hiess Malkele und fragte ihn auf Jiddisch: «Bist du der König von Israel?» Ben Gurion tätschelte ihr den Kopf und erwiderte, nein, er sei nicht der König. Doch das Mädchen blieb hartnäckig: «Doch! Sie haben mir gesagt, dass du der König bist! Nimm mich mit ins Land Israel, jetzt gleich!»³² Überall, wo Ben Gurion auftauchte, hörte er, dass die Menschen nach Palästina drängten. Er schätzte ihre Zahl auf 60 bis 70 Prozent der Lagerbewohner. Überall fragte er sie, ob sie bereit wären, die Schwierigkeiten, die mit dem Warten auf Einwanderungszertifikate verbunden waren, auf sich zu nehmen, und überall bejahten sie die Frage. Nach seiner Rückkehr berichtete er der Exekutive der Jewish Agency,

die meisten Bewohner der DP-Lager seien «loyale Zionisten».*³³ Ähnliche Berichte schickten auch andere Abgesandte an die Führung des Jischuw. Manche erklärten, Europa sei im Hinblick auf die Überlebenden ein einziger grosser Friedhof, sie könnten ihre Häuser nicht wieder aufbauen oder dort leben. Andere betonten, dass überall in Europa, besonders jedoch im Osten, der Antisemitismus auf dem Vormarsch sei und die Juden zur Ausreise veranlasse. Doch die meisten Abgesandten bezweifelten stark, dass viele Überlebende bereit wären, sich in Palästina eine neue Heimat zu schaffen. «Die Mehrheit will sich hier nicht ansiedeln», urteilte ein Mitglied des Exekutivkomitees der Jewish Agency. «Sie wollen Ruhe und Frieden. Sie sind nicht geschaffen für einen Krieg um Ideale.» Mehr als alles andere seien sie einfach müde, berichtete ein weiterer Beobachter; es ginge über ihre Kräfte, ein weiteres Mal entwurzelt zu werden.³⁵ Gleichzeitig machte der Jischuw deutlich, dass die Überlebenden kein ideales «Menschenmaterial» waren. Einer der Abgesandten warnte, dass 5'000 Juden des Typs, den er in Europa getroffen hätte, Palästina in «ein einziges grosses Irrenhaus» verwandeln würden.³⁶ Andere behaupteten, die Überlebenden würden

* In Deutschland traf Ben Gurion General Dwight Eisenhower und machte ihm einen originellen Vorschlag: Man solle alle jüdischen Flüchtlinge in Bayern zusammenziehen – in Dörfern, deren Einwohner evakuiert würden – und ihnen eine Selbstverwaltung zugestehen. Die Flüchtlinge sollten landwirtschaftliche Kenntnisse erwerben und paramilitärisches Training erhalten, bis sie nach Palästina auswandern könnten. Ben Gurion berichtete seinen Kollegen, er habe Eisenhower ernsthaft die Errichtung eines jüdischen Staates in Bayern vorgeschlagen. Der verblüffte General erwiderte, das sei eine «neuartige Idee». Im Prinzip sei er dafür, die Juden an einem Ort zu konzentrieren, sagte er, weil ihre Verbreitung ihre Versorgung erschwere und die deutsche Bevölkerung beunruhige. Zu einem bayerischen Judenstaat kam es nicht, doch Eisenhower versprach, die Lebensbedingungen in den Lagern zu verbessern, und überliess der zionistischen Bewegung sogar ein Flugzeug, mit dem sie hebräische Bücher einfliegen lassen konnte, die in den Lagern verteilt wurden. Vor allem erklärte er sich einverstanden, Zehntausenden von Juden aus Osteuropa den Zugang zur amerikanischen Besatzungszone zu gestatten. «Eisenhower ist einer der anständigsten Kerle, die ich je getroffen habe», notierte Ben Gurion später. «Er wirkte nicht wie ein General, sondern einfach wie ein unvergleichlich gerechter Mann.»³⁴

Zionismus, Demokratie und Fortschritt «vergiften» und die sozialistischen und agrarischen Grundlagen des Landes so lange untergraben, bis es sich – wie Meir Jaari es noch während des Holocaust ausdrückte – in ein «riesiges Tel Aviv» verwandelt hätte.³⁷

Nicht wenige fürchteten um die Zukunft der Mapai. Solange eine starke Partei die Auswahl der Einwanderer kontrollierte, war sich die Mapai ihrer Mehrheit gewiss. Eine unkontrollierte Einwanderung würde womöglich einen «schrecklichen Holocaust» über die Partei bringen, gab ein Funktionär zu bedenken.³⁸ Und ein Abgesandter, der die Lager besucht hatte, warnte Ben Gurion, es wäre eine Katastrophe, wenn tatsächlich Hunderttausende europäischer Juden – er nannte sie «Abschaum» – nach Israel strömten. Ben Gurion erwiderte, dass es für den «Abschaum» am besten wäre, in Palästina zu leben. «Wir werden Schwierigkeiten bekommen», räumte er ein, «aber zumindest werden es Juden sein, die sie verursachen.»³⁹

Nach dem Krieg setzten sich die Abgesandten auch weiterhin für die Einwanderung nützlichen und wünschenswerten «Menschenmaterials» ein. Gleichzeitig versuchten sie, vor allem kurz vor Israels Unabhängigkeitskrieg, die Immigration nicht erwünschter Juden zu verzögern. Monatelang schickten sie dem Jischuw fast ausschliesslich kampftaugliche junge Leute. In den fünfziger Jahren kam dieser Punkt erneut zur Sprache, und eine Zeitlang wurde sogar ein Verfahren wieder eingeführt, das «selekzia» hiess; es bedeutete Auswahl der Einwanderungskandidaten nach Herkunftsland, Alter, Beruf, Familienstand und sogar – wie in der Vergangenheit – nach Parteizugehörigkeit. Doch der Traum, der die zionistische Bewegung vor dem Holocaust geleitet hatte, der Traum von einer idealen Gesellschaft, die mit der Zeit aus den Besten des europäischen Judentums einen neuen Menschen schaffen würde, war vergangen. Der Mord an den Juden zwang die Zionisten zu der Erkenntnis, dass all jene, die noch lebten, unverzüglich nach Palästina gebracht werden mussten. Einer der Organisatoren der Einwanderung erklärte, man müsse praktisch «alles nehmen, was kommt», mit Ausnahme «völlig asozialer Typen und unverbesserlicher Krimineller».⁴⁰

Nachdem der Holocaust die Führung der zionistischen Bewegung zur Aufgabe ihrer Auswahlkriterien gezwungen hatte, richtete sie zum er-

sten Mal ihr Augenmerk auf die Juden der islamischen Welt. Vor der Vernichtung der Juden Europas hatte sich die zionistische Bewegung wenig für die Juden in Nordafrika und den arabischen Ländern interessiert. «Wir waren es gewohnt, die orientalischen Juden hauptsächlich als Gegenstand historischer und anthropologischer Forschung zu betrachten», bekannte ein prominenter Zionist.⁴¹ Die Wurzeln der Bewegung lagen in Europa, und ihre Aktivisten «bemerkten» die Juden der arabischen Welt nicht, wie Ben Gurion es ausdrückte.⁴² Der Holocaust verlangte eine neue Sicht. Als ein Mitglied der Jewish-Agency-Exekutive vor der Mapai über die Vernichtungsaktionen der Nazis berichtete, wies er gleichzeitig darauf hin, dass im Nahen Osten und in Nordafrika etwa eine dreiviertel Million Juden lebte und dass diese in Zukunft für den Zionismus das Einwanderungsreservoir bilden würde.⁴³

Die Bemühungen um die Juden der moslemischen Welt und die Versuche, sie zur Einwanderung zu bewegen, wurden erst intensiver, als die Dimensionen des europäischen Holocaust bekannt wurden. Zwar herrschte eine gewisse Besorgnis um die physische Sicherheit dieser Gemeinden – wie etwa 1941 nach dem Pogrom von Bagdad –, doch wurden die orientalischen Juden vor allem als Ersatz für die Verluste in Europa betrachtet. Im Hinblick auf die Zusammensetzung der israelischen Gesellschaft, auf ihre Kultur und Politik, war diese Neuorientierung wohl die folgenreichste Auswirkung des Holocaust. Hitlers Machtergreifung hatte deutsche Juden nach Palästina getrieben; die Vernichtung der europäischen Juden im Holocaust verwies Israel auf die Juden der arabischen Welt.

Die schriftlichen Aufzeichnungen der Debatten über diesen Punkt offenbaren ein gewisses Bedauern der zionistischen Führung darüber, dass sie die orientalischen Juden nicht früher entdeckt hatte, und zeugen von dem Wunsch, für sie mehr zu tun, als man zur Rettung der europäischen Juden unternommen hatte. «Kein Grund zu warten, bis man sie umbringt», sagte Ben Gurion über Juden aus dem Irak. «Wir dürfen nicht warten, bis sich ‚Polen‘ dort wiederholt», stimmten andere ihm zu.⁴⁴ «Diese Juden könnten bei der geringsten Wende des Geschicks zu Opfern werden, wie es die Juden in Europa wurden», mahnte Mosche

Schapira, der dem Exekutivkomitee der Jewish Agency angehörte und später Innenminister wurde. Er drängte darauf, sofort Schritte zu ihrer Errettung einzuleiten. «In Europa sind wir zu spät gekommen», pflichtete ein anderes Mitglied ihm bei. «Unser Arm war zu kurz, um den Millionen Juden zu Hilfe zu kommen und sie zu retten, als es noch möglich gewesen wäre.»⁴⁵

Die Masseneinwanderung deckte den Bedarf an «arbeitenden und kämpfenden Händen», wie es ein Komiteemitglied formulierte, und das war schliesslich der Kernpunkt des Zionismus.⁴⁶ Und nicht zuletzt löste die relative Untätigkeit des Jischuw während des Holocaust Schuldgefühle aus. Die Juden der arabischen Welt wurden in grosser Zahl und möglichst rasch nach Israel geholt, ohne Auswahlverfahren und ohne vorherige Überlegungen, wie man sie unterbringen sollte. Das Unternehmen wurde nicht allein deshalb so überhastet durchgeführt, weil man sie für unmittelbar gefährdet hielt, sondern auch deshalb, weil die israelischen Politiker wussten, dass sie eines Tages für den Verlust einer weiteren jüdischen Bevölkerungsgruppe zur Rechenschaft gezogen würden. Dasselbe galt für die restlichen Juden in Europa. Die israelische Regierung zahlte an einige osteuropäische Regierungen Hunderte Dollar für jeden Juden, der nach Israel ausreisen durfte. Als diese Zahlungen zur Diskussion standen, bemerkte ein Mitglied der Jewish Agency: «Wir müssen eben mit unserem Gewissen leben. Aus diesem Grund müssen wir wissen, dass wir alles getan haben, was getan werden konnte.»⁴⁷

Nach Kriegsende waren die Verkehrswege in Europa völlig überlastet. Ungefähr vierzehn Millionen Menschen versuchten, nach Hause zu gelangen. Sie fuhren mit Zügen und Autos, auf Pferdewagen und Ochsenkarren. Sie radelten und ritten. Millionen waren zu Fuss unterwegs, überquerten Grenze um Grenze wie eine endlose Karawane. Es herrschten Unsicherheit und Chaos. Weite Landstriche waren von fremden Armeen besetzt, eine geregelte Verwaltung gab es dort nicht. Der Kontinent war ein Paradies für Schmuggler, Fälscher, Händler, Spekulanten, Abenteurer und Betrüger aller Nationalitäten, die sich besonders gerne die Flüchtlinge zur Beute auserkoren.

Alles in allem lebte noch etwa eine Million Juden in den eben noch von den Nazis besetzten Gebieten, die meisten von ihnen in Rumänien, Ungarn, in der Tschechoslowakei, in Bulgarien und Polen; viele hatten keinen festen Wohnsitz.¹ Die Wanderbewegung begann spontan, ohne Plan. Das «Dritte Reich» war besiegt, die Konzentrationslager waren befreit, und die Menschen machten sich als erstes auf die Suche nach ihren Angehörigen; die Hoffnung, sie noch am Leben zu finden, hatte in den Lagern vielen über Schreckliches hinweggeholfen. Die meisten wandten sich nach Osten; andere kehrten aus der Sowjetunion zurück, in die sie sich während des Krieges geflüchtet hatten. Obwohl es mancherorts zu antisemitischen Ausschreitungen kam, befanden sich die meisten Juden nicht in Gefahr – sie hätten durchaus bleiben können, wo sie waren. Zehntausende blieben tatsächlich, zumindest vorübergehend, sogar in Polen. Viele, die zurückkehrten, stellten fest, dass ihre Häuser und Besitztümer zerstört, weggeschleppt oder anderen zugeteilt worden

waren. In einigen Ländern hiess es, dass Eigentum zurückerstattet würde, aber die Chancen waren gleich Null. Die kommunistischen Regimes waren den kleinen Geschäften und Betrieben, von denen die städtischen Juden traditionsgemäss lebten, nicht gerade wohlgesonnen, und die meisten Juden mochten den Kommunismus nicht. Der schwerste Schlag für die Flüchtlinge war es, wenn sie ihre Familienangehörigen nicht mehr fanden; hatten sie einmal begriffen, dass sie allein auf sich gestellt waren, gab es keinen Grund mehr, an Ort und Stelle zu bleiben. Sie machten sich auf den Weg nach Westen, um, weit entfernt von den Verwüstungen, ein neues Leben zu beginnen. Viele von ihnen schlossen sich den deutschen Vertriebenen an, die aus dem Osten herbeiströmten.

Die meisten Juden, die von Osten her Mitteleuropa erreichten, mussten die Grenzen heimlich überqueren. Manchen gelang dies im Schutze der Nacht, durch Wälder und über Gebirgspfade. Dieses zumeist illegale und gefährliche Unternehmen wurde als Briha – Flucht – bekannt; der Begriff bezieht sich sowohl auf die Sache selbst als auch auf die Organisation, die den Flüchtlingen unterwegs half. In den Geschichtsbüchern Israels ist die Briha von einem heroischen Glanz umgeben, ganz so, als habe es sich um eine Operation zur Rettung der Juden während des Holocausts gehandelt. Fast zwei Jahre nach Kriegsende verkündete ein Artikel in *Dawar*, der Holocaust sei noch in vollem Gange.² In Wirklichkeit war die Briha von den Überlebenden selbst geschaffen worden. Ihre ersten Führer hatten zusammen mit den Partisanen gekämpft. Wie viele derjenigen, die nach Westen strömten, von Anfang an Palästina im Sinn hatten, ist schwer zu sagen. Zehntausende emigrierten in die Vereinigten Staaten, nach Lateinamerika und in andere Länder. Viele wurden von Soldaten der jüdischen Brigade, die mit der britischen Armee in Italien stationiert war, angewiesen, sich in der Nähe ihrer Basen anzusiedeln oder sich in die DP-Lager in Österreich und Deutschland zu begeben. Die Bevollmächtigten, die der Jischuw sandte, kamen erst Monate später und sahen es als ihre Pflicht, die Briha in Richtung Westen zu beschleunigen. In den folgenden zwei Jahren sahen sie darin ihre Hauptaufgabe, die ungefähr vierhundert Leute in Anspruch nahm.

Das Ziel der Bevollmächtigten war es, der Welt zu zeigen, dass die Zukunft der jüdischen Flüchtlinge untrennbar mit der Zukunft Palästinas verknüpft war – und dass es für beide Probleme dieselbe Lösung gab: einen unabhängigen Judenstaat. Je mehr Menschen in den Lagern lebten, desto grösser wurde der Druck auf Grossbritannien, sie nach Palästina auswandern zu lassen. Der Druck kam aus unterschiedlichen Richtungen: aus New York und Washington, durch die öffentliche Meinung und die Lobbies der jüdischen Organisationen, aber auch aus den Lagern selbst. Eine anglo-amerikanische Kommission, die Anfang 1946 die Situation in Palästina prüfte, besuchte auch die DP-Lager. Sie empfahl, 100'000 Lagerbewohner nach Palästina einreisen zu lassen. Als die Empfehlungen im April 1946 veröffentlicht wurden, kommentierte ein Mitglied des Exekutivkomitees der Jewish Agency, in den fünf vorangegangenen Monaten seien mehr als 68'000 Juden aus dem Osten in die Lager eingeschmuggelt worden, die, wie er glaubte, einen entscheidenden Einfluss auf die Beschlüsse der Kommission gehabt hätten. «Wären nur 40'000 dort gewesen, ich wüsste nicht, was aus der Forderung nach 100'000 (Einwanderungs-)Visa geworden wäre», sagte er.*³

Bevor die Menschen jedoch nach Westen geschickt werden konnten, mussten Reiserouten und sichere Grenzübergänge ausfindig gemacht werden – nicht nur zwischen den Ländern, sondern auch zwischen den Besatzungszonen. Am Weg mussten die Flüchtlinge sich vor Zivil- und Militärpersonal in acht nehmen, das ihnen die Ausreise bzw. Einreise zu verwehren suchte. Doch überall fanden sich auch Grenzpolizisten, die sie passieren liessen – Beamte, die glaubten, es ginge alles mit rechten

* Die Zahl 100'000 ergab sich offenbar aus einem Gespräch zwischen Chaim Weizmann und Winston Churchill im November 1944, etwa fünf Monate, nachdem Ben Gurion «eine Million sofort» verlangt hatte. Weizmann nannte Churchill gegenüber eine Zahl von anderthalb Millionen Juden, die in den folgenden fünfzehn Jahren nach Palästina auswandern würden – 100'000 pro Jahr. Ein Jahr später besuchte Earl Harrison, ein amerikanischer Regierungsbeamter, die DP-Lager und sprach sich anschliessend ebenfalls für 100'000 Einwanderungsgenehmigungen aus. Präsident Truman akzeptierte seine Empfehlung, doch die Briten lehnten sie ab.⁴

Dingen zu, oder die bestechlich waren, andere Beamte, die mit den Flüchtlingen sympathisierten oder sie loswerden wollten, und wieder andere, denen das alles einfach gleichgültig war.

Der Erfolg der Briha hing davon ab, dass jede Möglichkeit genutzt wurde. Dies erforderte Vereinbarungen mit vertrauenswürdigen und wegekundigen Führern und rief eine ganze Fälschungsindustrie ins Leben. In einem Fall beschaffte sich ein Mann eine Rot-Kreuz-Bescheinigung, die ihn als Flüchtling auswies, der in sein Heimatland zurückkehrte. Dieses Zertifikat wurde in drei Sprachen zehntausendfach kopiert, auf allen prangte der Rot-Kreuz-Stempel. Wer eine Kopie hatte, war als Flüchtling ausgewiesen, der aus dem Osten nach Griechenland heimkehrte. Griechenland war nicht zufällig als Ziel ausgewählt worden, denn die Route nach Griechenland führte über Österreich und Deutschland, wo sich die DP-Lager befanden.⁵

Vor dem Aufbruch mussten sich die Flüchtlinge sammeln; Treffpunkte wurden über Mundpropaganda weitergegeben. In der Regel waren es verlassene Lager oder Fabriken in den Industriegebieten der polnischen Städte. Dort wurden die Flüchtlinge in Gruppen eingeteilt, die «Kibbuzim» hießen, und erfuhren, was sie mitbringen durften und was nicht und welche Vorsichtsmassnahmen sie unterwegs beachten sollten. Dann wurden sie in Eisenbahnzügen und Autos zur Grenze gebracht. Sie brauchten Fahrpläne, Unterkünfte, Essen, Kleidung und Decken, oft auch Medikamente; unter den Reisenden befanden sich alte Leute, schwangere Frauen und neugeborene Babys. Oft hatten die Briha-Agenten Schwierigkeiten mit der Disziplin. Manchmal gaben sie den Flüchtlingen Erkennungsnummern.

Die Ausreise aus Polen konnte mehrere Tage dauern. Im Norden ging der Weg über Szczecin (Stettin) in Richtung Berlin. Die südliche Route führte über die Grenze der Tschechoslowakei; bis zu tausend Menschen benutzten sie täglich.⁶ Danach nahmen sie den Zug nach Bratislava, und von dort weiter durch die sowjetische Besatzungszone in Österreich nach Wien. In Wien wurden sie durch ein medizinisches Diagnosezentrum geschleust, das einstige Rothschild-Krankenhaus der örtlichen jü-

dischen Gemeinde. Von dort brachte man sie in Militärzügen in die amerikanischen Besatzungszonen in Österreich und Deutschland. Dieser Abschnitt der Route war ganz offen mit den amerikanischen Militärbehörden abgesprochen worden. Die meisten Flüchtlinge wurden in zwei Zeltlagern untergebracht, eines bei Hamm mitten in Deutschland, das zweite bei Landshut in Süddeutschland. Jedes bot Platz für 6'000 bis 8'000 Leute. Von dort aus wurden sie auf andere Lager verteilt. Diese standen zunächst unter der Aufsicht der amerikanischen Armee, doch später übernahm die Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen, die UNRRA, die Kontrolle. Im Frühjahr 1947 belief sich die Anzahl der jüdischen DPs auf fast eine Viertelmillion Menschen. Annähernd 160'000 hielten sich in der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland auf, 40'000 in Österreich und fast 20'000 in Italien.⁷

Die Operation Briha benötigte Bargeld. Während des Krieges waren im KZ Sachsenhausen gefälschte britische Banknoten für den deutschen Geheimdienst produziert worden. Nach dem Krieg gerieten viele dieser Scheine in die Hände jüdischer Geschäftsleute in Holland, die sie der Briha zur Verfügung stellten. Diese Banknoten waren für das Unternehmen eine der ersten Geldquellen.⁸ In Polen flossen der Briha Gelder zu, die von Juden stammten, die während des Krieges Gold und Schmuck verstecken konnten und bereits auf dem Schwarzmarkt Profite gemacht hatten. Manche lehnten es ab, sich von ihrem Geld zu trennen, und die Briha-Agenten mussten es ihnen unter Zwang abnehmen.⁹ Später wurden die Ausgaben durch Spenden aus Palästina und von amerikanischen Juden gedeckt, von denen ein Teil durch das «Joint Distribution Committee» floss. Der Erfolg der Briha hing grösstenteils von der Aufmerksamkeit, Kühnheit und Unerschrockenheit ihrer Agenten ab. Einer von ihnen namens Dov Gur – damals Robert Grossman, Soldat der Jüdischen Brigade – berichtete davon, wie er Flüchtlinge auf dem Weg nach Palästina von Österreich nach Italien schmuggelte. Seine Gruppe schickte regelmässig Lastwagen in ein österreichisches Lager, in dem die britische Armee Flüchtlinge festhielt, die gerade über die russische Grenze gekommen waren. Sie luden die Flüchtlinge auf die Wagen und

brachten sie in das Auffanglager der Brigade. «Im Grunde taten wir das mit Zustimmung der Briten, denn der britische Kommandant wusste nicht, dass er uns die Leute nicht geben durfte.» Doch eines Tages erhielt der Kommandant Order, keine Flüchtlinge mehr hinauszulassen. Grossman liess sich davon nicht abschrecken und traf Vorbereitungen für die Flucht von vierhundert Menschen.

Eine Woche später wurde er zum Brigadekommandeur gerufen, der ihm mitteilte, er werde beschuldigt, die Flüchtlinge aus dem Lager geholt zu haben, und ihn fragte, was er dazu vorzubringen habe. «Ich sagte ihm: ‚Ich habe die Leute gestohlen, weil ich keine andere Wahl hatte‘», erinnerte sich Grossman.

«Seine Frage, ob ich wüsste, dass ich vor ein Kriegsgericht gestellt werden könnte, bejahte ich und fügte hinzu: ‚Aber Sie wussten doch selbst über meine Aktivitäten Bescheid und haben genau wie ich geschwiegen. Daraufhin nahm er sein Monokel ab und fragte: ‚Wie schreiben Sie Grossman – mit einem oder mit zwei s?‘ Mit zwei, sagte ich. ‚Dann sind Sie der Falsche. Hier steht Grosman mit einem s.‘ Und er informierte seine Vorgesetzten, bei ihm gäbe es keinen Offizier dieses Namens.»¹⁰

Als die Briten die Jüdische Brigade aufzulösen begannen und die Männer nach Hause schickten, entschlossen sich manche zu bleiben, um weiterhin die Flüchtlinge zu organisieren und Propaganda unter ihnen zu betreiben. Das geschah so: Einige Männer aus der Brigade verkleideten sich als Flüchtlinge und übernahmen deren Papiere und Dokumente. Damit die Briten ihre Abwesenheit nicht bemerkten, schleusten sie echte Flüchtlinge in britischen Uniformen in die Brigade ein. Das war nicht einfach. Zunächst war es notwendig, einfallsreiche Männer unter den Flüchtlingen ausfindig zu machen, die den Soldaten, die in Europa bleiben wollten, möglichst ähnlich sahen. Dann erhielten sie ein kurzes Training, damit sie den britischen Offizieren nicht auffallen würden – «Präsentiert das Gewehr!» – «Gewehr an Schulter!» – «Ja, Sir!» – «Nein, Sir!». Man musste die passenden Uniformen finden – nicht zu neu –, und schliesslich mussten die Männer aus den DP-Lagern in Deutschland zum Brigadestandort gebracht werden, der inzwischen

nach Belgien verlegt worden war. Das erforderte eine ausgeklügelte Operation.

Eines Tages starb ein Brigadesoldat, während er sich zufällig in der britischen Besatzungszone in Deutschland aufhielt. Der Regimentskommandeur befahl, den Leichnam nach Belgien zu bringen. Drei Soldaten sollten ihn begleiten. Dies war die Gelegenheit, auf die die jüdischen Soldaten gewartet hatten. Zuerst änderten sie die Zahl auf dem Passierschein von 3 auf 30, wodurch dreissig verkleidete Flüchtlinge in die Brigadebasis eingeschmuggelt werden konnten. Sie fanden Kandidaten unter den Überlebenden von Bergen-Belsen. Dann entdeckten sie, dass es fünf mögliche Grenzübergänge gab. Deshalb bildeten sie fünf verschiedene Leichenzüge, die gleichzeitig die fünf Grenzpunkte passierten, alle mit einer Ehrengarde von 30 Mann – natürlich sämtlich unecht –, jeder mit einem Sarg, in dem eine unechte Leiche lag, so dass insgesamt 154 falsche Soldaten mit einer echten Leiche in Belgien eintrafen.

Das Ergebnis war, dass über hundert Männer aus der Brigade in Europa bleiben konnten. Jeder nahm die Identität eines Flüchtlings an, und die echten Flüchtlinge erreichten, als Soldaten verkleidet, im Sommer 1946 Palästina.¹¹

Ruth Aliav hat eine andere Begebenheit erzählt, die in derselben Grauzone zwischen Mut und Ungehörigkeit angesiedelt ist, vielleicht auch zwischen Wirklichkeit und Phantasie: Als Ben Gurion in Deutschland war, hatte sie die Aufgabe, das Treffen zwischen ihm und Eisenhower zu arrangieren. Während sie auf den General in dessen Büro wartete, bemerkte sie plötzlich ein Schriftstück auf dem Tisch. Es war eine Kopie des Harrison-Berichts mit dem Vermerk ‚streng geheim‘. «Auf irgendeine Weise gelangte er in meine Handtasche, ich weiss nicht wie», sagte sie Jahre später. Chaim Weizmann küsste sie auf die Stirn, als sie ihm das Dokument brachte, und Ben Gurion versicherte ihr: «Unsere Geschichte wird Sie nicht vergessen.»¹²

Etwa sieben Monate nach Ende des Krieges, im Dezember 1945, traf eine Delegation der Jewish Agency in Europa ein. Chaim Jachil, der sie leitete, erklärte später, ihre ursprüngliche Absicht sei die Ausweitung «der vordringlichsten Hilfeleistungen für die wenigen, die den Feuer-

öfen entgangen sind», gewesen. Die Delegation war, so schrieb er, als «Hilfswerk» organisiert. Doch bald stellte sich bei ihm das Gefühl ein, die Geschichte habe die Delegation damit betraut, die Flüchtlinge für die grosse jüdische Revolution zu gewinnen.¹³ Zu diesem Zweck musste sichergestellt werden, dass die Flüchtlinge, statt sich in Europa anzusiedeln, warteten, bis sie nach Palästina gebracht werden konnten. Ein gewisses Mass an «Anspannung, Unruhe und Aufruhr» war nötig, glaubte er, wenn die Flüchtlinge zu einer «grossen Volksbewegung» und einer «aktiven jüdischen Kraft» werden sollten.» Der Zeitpunkt war einzigartig. Da die Delegation, wie Jachil schrieb, ahnte, dass «die Gelegenheit zur Schaffung einer solchen Kraft sich vermutlich bald vor ihnen schliessen würde wie ein Fenster», entschied sie, ihre Aktivitäten voll und ganz auf die Beschleunigung der jüdischen Auswanderung zu konzentrieren – zunächst von Osteuropa in die amerikanische Besatzungszone und von dort aus in die Häfen für die illegale Einschiffung nach Palästina.¹⁴

Zwischen zwei Gruppen innerhalb der Delegation entstand eine Meinungsverschiedenheit, und Jachil ergriff Partei. Ein Teil fand, dass alles getan werden müsse, um Juden daran zu hindern, sich dort niederzulassen, wo sie waren, das hiess in Deutschland und den angrenzenden Ländern. Der andere Teil stimmte dafür, die Vorkriegssiedlungen wieder aufzubauen. Folglich wurde das «Joint Distribution Committee» vom zionistischen Exekutivkomitee immer wieder dafür kritisiert, dass es Juden half, in Europa ein neues Leben aufzubauen. «Ich sehe die Gefahr, dass sich das kommunistische Ungeziefer mit dem Joint verbündet», liess sich Ben Gurion vernehmen. Für ihn waren die jüdischen Kommunisten Osteuropas «der Abschaum des Judentums». Ein anderer Zionist hatte noch vor ihm spekuliert, dass eine «gemeinsame Front» gegen den Zionismus aufkommen könnte, bestehend aus dem Joint Distribution Committee und den Kommunisten. Ben Gurion stellte die folgenden Regeln auf: «1. Die Jewish Agency befasst sich nicht mit Hilfeleistungen und Wiederaufbau in der Diaspora; sie setzt sich dafür ein, die zionistische Bewegung in Palästina zu stärken, 2. Wir müssen, so gut wir können, das Joint daran hindern, dass es zu mächtig wird und durch seine

exklusive Kontrolle der Hilfsfonds die antizionistischen Tendenzen innerhalb des Judentums verstärkt. 3. (Wir müssen) die Einwanderung und alle Hilfsaktivitäten von der Jewish Agency aus steuern.» Einige Zeit später erklärte Ben Gurion einem der Abgesandten, die nach Europa fuhren: «Es ist nicht die Aufgabe des Zionismus, den Rest Israels in Europa zu retten, nein, er muss das Land Israel für das jüdische Volk und den Jischuw bewahren.» Eliahu Dobkin erinnerte daran, dass die Flüchtlinge vor der Frage stünden, was sie mit sich anfangen sollten. Ihr Wunsch, nach Palästina zu kommen, hing «am seidenen Faden». Es käme darauf an, dass sich die zionistische Bewegung ihnen «mit allem Einsatz» zeigte.¹⁵ Ein Jahr nach Kriegsende war der Jischuw durch seine Abgesandten in den meisten Lagern vertreten; sie arbeiteten als Lehrer, Berater, Krankenschwestern, Ärzte, hielten Propagandareden und waren in der Verwaltung tätig. Bald gab es Büros an verschiedenen Orten, die wie Botschaften eines zukünftigen Staates wirkten. Ihr Ziel war es, so viele DPs wie möglich für die zionistische Bewegung und deren Kampf zu interessieren und in ihnen den Wunsch nach einem Leben in Palästina zu wecken; dem stand allerdings ein begrenztes Einwandererkontingent gegenüber. Zehntausende von Flüchtlingen ohne ein Zertifikat für die Einreise wurden **Maapilim**, «Illegale».

Am Freitag, dem 18. Juli 1947, kurz vor Einbruch der Dämmerung, fuhr in den Hafen von Haifa ein Passagierdampfer ein – die **Exodus 1947**. Wie mehrere andere Schiffe der Haapala war auch dieses in den Vereinigten Staaten gekauft worden; sein ursprünglicher Name lautete President Warfield.* Zunächst war es auf der Baltimore-Norfolk-Route gefahren, mit Ausflüglern und jungverheirateten Paaren an Bord. Wäh-

* Das Schiff hiess so nach dem Präsidenten der Reederei, die es erbaut hatte, nicht nach dem amerikanischen Präsidenten James A. Garfield, wie viele Journalisten fälschlich glaubten. Der Mann, der 1947 den Namen Exodus vorschlug, hiess Mosche Sneh; er war einer der Hagana-Chefs und späterer Vorsitzender der kommunistischen Partei Israels. Mosche Sharett meinte später, es sei ein «genialer Name». Eine hebräische Übersetzung sollte noch hinzugefügt werden, wurde aber nie auf dem Schiff angebracht. Auf den Schildern, die die Passagiere trugen, stand nur der

rend des Zweiten Weltkriegs hatte Grossbritannien im Rahmen eines Abkommens das Schiff erhalten. Ironischerweise waren es die Briten, die es so umrüsteten, dass es nach dem Krieg für seine zionistische Mission taugte. Gleichwohl sollte es gerade verschrottet werden, als eine Scheinfirma es im Auftrag des Mossad erwarb, der zur Verteidigungsorganisation Hagana gehörte; für 50'000 Dollar erstand es als Symbol der Haapala neu.

Sein Kauf, seine Ausrüstung, die Eidesformel der Besatzung, ja selbst die Details ihrer Mission waren kein Geheimnis. Amerikanische Journalisten schrieben Artikel darüber und schilderten die Feierlichkeiten vor dem Auslaufen des Schiffes. Von Anfang an war es als Werbekampagne für die zionistische Bewegung gedacht. Zu den Zeitungslesern gehörte auch der britische Botschafter in den USA. Er schickte die Artikel nach London. Als das Schiff Port-de-Bouc bei Marseille erreichte, wo die Passagiere an Bord gingen, wussten die Briten alles Notwendige über das Schiff und seine Route und kannten die Namen der Mannschaft, die fast ausschliesslich aus amerikanischen Juden bestand. Die Briten unternahmen mehrere diplomatische Vorstösse, um das Auslaufen des Schiffes zu verhindern; Aussenminister Ernest Bevin schaltete sich persönlich ein. In der Zwischenzeit hatte der Mossad circa 4'500 Juden aus DP-Lagern in Deutschland geholt und sie, teils mit gefälschten Einwanderungspapieren, nach Frankreich transportiert. Französische Beamte hatten entweder aktiv mitgeholfen oder beide Augen zugeedrückt.

Nach Ansicht des Historikers Aviva Halamisch wurden die Passagiere übereilt ausgesucht, und aus diesem Grund hatten, anders als auf früheren Schiffen, relativ wenige eine «Pioniersausbildung» und entsprechende Überzeugungen. Auf dem Schiff befanden sich schwangere Frauen und Hunderte von Kindern. Halamisch wandte sich gegen die Anschuldigung, dass die Haapala-Aktivisten diese Menschen absichtlich an Bord gebracht hätten, um die Dramatik und Symbolkraft der Rei-

Name Exodus auf Englisch. Eine Fotografie des Schiffes wurde später so retuschiert, dass es aussah, als habe es den hebräischen Namen ebenfalls getragen.¹⁶

se zu steigern. Doch man kann sicher sein, dass sie auf die Wirkung der Presse gesetzt hatten; als das erste Baby an Bord geboren wurde, ging die Nachricht per Telegraf um die ganze Welt.

Die Briten machten jeden nur erdenklichen Fehler. Ben Gurion stellte bei anderer Gelegenheit fest: «Die beste britische Propaganda für den Zionismus ist das (DP-)Lager in Bergen-Belsen. Sie benehmen sich dort wie Nazis.»¹⁷ Ihre Unnachgiebigkeit in der Exodus-Affäre kam letztlich ebenfalls den Zionisten zugute. Während sich die Exodus noch ausserhalb palästinensischer Gewässer aufhielt, wurde sie von sechs Kriegsschiffen der Royal Navy umringt. Eines von ihnen rammte den Rumpf, und seine Besatzung brachte das Schiff mit Gewalt unter Kontrolle, wobei sie scharfe Munition benutzte. Die Passagiere wehrten sich, indem sie die britischen Soldaten mit Flaschen und Konservendosen bewarfen, sie mit Eisenstangen und mit Beilen attackierten und schliesslich versuchten, sie mit siedendem Öl zu begiessen. Die Briten eröffneten das Feuer. Drei Passagiere wurden getötet, unter ihnen ein fünfzehnjähriger Junge, und Dutzende wurden zum Teil schwer verwundet. Doch bevor die Reise vorüber war, gab es noch mehr Tote: ein Baby, das nur einen Tag alt war, musste in einem Zinnsarg in der Bucht von Biskaya der See übergeben werden. Der Dichter Natan Alterman machte dieses Baby zum Nationalhelden.¹⁸ Unter denjenigen, die die Exodus in Haifa begrüessen wollten, befanden sich zwei Mitglieder eines Untersuchungskomitees, das die Vereinten Nationen nach Palästina geschickt hatte, um Empfehlungen für die Lösung des jüdisch-arabischen Konflikts auszusprechen. Golda Meir schrieb später, dass die Briten durch ihren Angriff auf die Exodus entscheidend zu den Empfehlungen beigetragen hätten, die das Komitee schliesslich abgab.¹⁹

Selbst nach ihrem Angriff, der gegen alle Regeln versties, blieben den Briten noch immer Gelegenheiten, den Propagandawert, den die Exodus für die zionistische Bewegung hatte, herunterzuspielen. Dazu hätten sie die Passagiere nach Zypern befördern müssen. Doch stattdessen wurden sie auf britische Schiffe verteilt und zurück nach Port-de-Bouc geschickt. Die Franzosen verhinderten, dass die Passagiere gegen ihren

Willen an Land gesetzt wurden. Das Drama dauerte, von der zionistischen Bewegung weidlich ausgenutzt, drei Wochen. Journalisten aus aller Welt trafen in der französischen Hafenstadt ein und beschrieben die Einwanderungswilligen als Gefangene auf einem «schwimmenden Auschwitz». Die Welt hatte eine solche Welle der Sympathie für das Leiden der Juden nicht mehr erlebt, seit die ersten Berichtersteller die Konzentrationslager erreicht hatten.*

Als es so aussah, als verlören die Medien allmählich das Interesse an der Story, unterlief den Briten der nächste Fehler. Sie verkündeten, sie würden die Flüchtlinge nach Deutschland in die britische Besatzungszone zurückbringen. Nur Chaim Weizmann, so schien es, wollte den Passagieren den Schock einer Rückkehr nach Deutschland ersparen. Er war in Sorge, dass sie wieder zu leiden hätten, und drängte sie, in Frankreich von Bord zu gehen. Doch Ben Gurion gelang es im Verlauf einer heftigen Auseinandersetzung, Weizmanns Bemühungen zunichte zu machen. Die Jewish Agency war interessiert an den emotionalen Auswirkungen und dem symbolischen Gehalt, die eine Deportation nach Deutschland bewirkten. Im September 1947, zwei Monate nach ihrem Aufbruch aus den DP-Lagern, betraten die Passagiere der Exodus wieder den Boden des «verfluchten» Landes, wie sie Deutschland nannten. Sie wurden in zwei umzäunten Lagern in der Nähe von Lübeck interniert. Ben Gurion und die Führer der Jewish Agency protestierten auch weiterhin aus Prinzip gegen die flagrante Verletzung der Einwanderungsabsprachen mit der britischen Mandatsverwaltung. Doch jetzt mussten sie die Haapala unterstützen, um nicht hilflos, untätig und unpatriotisch zu erscheinen, und um der Hagana, unter deren Ägide die Aktivitäten der Briha und der Haapala vornehmlich liefen, ein Ventil

* Jedes der drei Schiffe hatte Vertreter des Jischuw an Bord, die teilweise heimlich zugestiegen waren, nachdem das Schiff in Port-de-Bouc angelegt hatte. Einer verkleidete sich als Brotlieferant, ein anderer versteckte sich in einem Essenscontainer, der auf Deck abgeladen wurde. Die Haapala-Agenten umkreisten die drei Schiffe auf gemieteten Motorbooten und riefen über Megafon ermutigende Slogans und Instruktionen; sie schmuggelten fast täglich Briefe an und von Bord.

für das ungestüme Nationalgefühl zu geben, das in jenen Tagen überall brodelte. Und es war notwendig, die intensiven illegalen Aktivitäten der rechten Untergrundgruppierungen einzuschränken. Die Haapala schuf eine aufrührerische Stimmung in den DP-Lagern und scharte Menschen um den Zionismus im Allgemeinen und um die Haapala-Agenten im Besonderen.

In den drei Jahren zwischen dem Kriegsende und der Unabhängigkeitserklärung Israels kamen an die 140 Schiffe mit mehr als 70'000 Maapilim aus Europa. Doch die meisten Schiffe wurden aufgebracht, bevor sie die Küste Palästinas erreichten. Die Briten beschlagnahmten sie und sperrten die Passagiere in Gefangenenlager, zunächst in Atlit bei Haifa und später auf Zypern. Ungefähr die Hälfte der Gefangenen durfte schliesslich im Rahmen der legalen monatlichen Einwandererquote nach Palästina einreisen. Die illegale Operation führte nicht viel mehr Menschen nach Palästina, als auf legale Weise gekommen wären; unter diesem Aspekt war sie fehlgeschlagen. Sie sorgte auch nicht für besseres «Menschenmaterial». Die britischen Autoritäten mischten sich in die Auswahl der Menschen, die legal kamen, so gut wie nie ein. Die Jewish Agency und die Hagana setzte in der Regel keine Gewalt ein, um die Beschlagnahmung der Schiffe und die Verhaftung der Passagiere zu verhindern; die Zusammenfassung der Illegalen in den Internierungslagern und ihre Deportation nach Zypern verliefen mehr oder weniger nach einem bestimmten Regelwerk, im Allgemeinen ohne Gewalt. Die Deportationen führten zu keinen grösseren Spannungen zwischen der Führung der Jewish Agency und den britischen Autoritäten. Diese verhielten sich auch weiterhin pragmatisch und korrekt. Dieser reibungslose Ablauf war möglich, weil das Einschmuggeln von Menschen nicht länger zu den wichtigsten Zielen der Operation gehörte. Der Hauptzweck der illegalen Einwanderung nach dem Holocaust war die Operation selbst – als Waffe im Kampf um die Schaffung und Kontrolle eines jüdischen Staates.

Der Mossad, der die Haapala durchführte, operierte wie die Palmach als Arm der Hagana. Er entwickelte wie diese seine eigenen Werte und Methoden, die nicht immer mit den Instruktionen übereinstimmten, die er von der Jewish Agency und der Hagana-Führung erhielt. Aktivisten

der Haapala kauften Schiffe, bemannten sie, kümmerten sich um die technischen und juristischen Vorbereitungen für die Reise, brachten die Menschen durch die Briha an den Einschiffungshafen, gaben ihnen Anweisungen für die Überfahrt, verteilten sie auf die Schiffe, begleiteten und beschützten sie unterwegs. Manchmal kommandierten sie die Schiffe nicht nur, sondern navigierten auch. Bei der Ankunft an der Küste Palästinas schmuggelten sie die Passagiere an Land. Wenn die Briten die Flüchtlinge entdeckten und verhafteten, gingen die Haapala-Agenten mit ihnen ins Gefängnis. Sie arbeiteten in Koordination mit der Palmach, manchmal gab es jedoch auch Meinungsverschiedenheiten. Die Schiffe trugen sorgsam gewählte, phantasie- und hoffnungsvolle Namen. Ein oder zwei Namen waren für das internationale Publikum gedacht, aber die meisten sollten die Moral des Jischuw heben: Af Al Pi Chen («Trotz alledem»), Lo Tafihidunu («Ihr schüchtert uns nicht ein») und Lanizahon («Zum Sieg»). Manche der Namen erinnerten an den arabisch-israelischen Krieg um die Kontrolle über das Land, wie Jeruschalaim Hanezura («Jerusalem Belagert»). Keiner der Namen stammte aus religiösen Quellen oder aus der Bibel, und nur wenige stammten aus der Diaspora, es waren vorwiegend Namen von Exponenten der zionistischen Bewegung, wie Theodor Herzl. Ein Name fehlte, was besonders auffällig war, denn er symbolisierte wie kein anderer den Heldenmut Israels: Masada. Man kann als Grund dafür annehmen, dass die Schiffe von Kampf und Leben und nicht von Niederlage und Selbstmord künden sollten. Der Holocaust war in den Schiffsnamen ebenfalls nicht präsent, so als wäre er nie geschehen oder als sei er eine peinliche Episode gewesen. Ein Schiff hiess Mordei Hagetaot («Die Ghetto-Rebellen»).

Die Gründer und Führer des Mossad waren zumeist Kibbuzbewohner, idealistische Männer und Frauen, die sich darauf verlassen konnten, dass die Kibbuzim ihre Familien unterstützten, während sie sich freiwillig nationalen Aufgaben widmeten. Im Gegensatz zu den Mitgliedern der Palmach waren sie häufig in Europa geboren und als junge Zionisten nach Israel gekommen. Die meisten waren in den Vierzigern oder Fünfzigern und damit wesentlich älter als der Durchschnitt der Palmach. Sie waren verheiratet, und viele hatten sich bereits in ihren Kibbuzim, ihren

ihren politischen Parteien oder der Histadrut aktiv im öffentlichen Leben betätigt. Mit ihrer theoretischen Ausbildung war es nicht weit her, aber sie hatten Lebenserfahrung, waren sprachkundig und legten Wert auf Verschwiegenheit.

An ihrer Spitze stand Schaul Meirow (Avigur) aus Kwuza Kineret, ein gebürtiger Russe, der als einer der ersten dem Geheimdienst der Hagana angehörte und loyal zu Ben Gurion stand. Ein humorloser, trocken wirkender Mann, dessen missionarischer Eifer sich mit einer Vorliebe für Geheimniskrämerei verband; seine Umgebung allerdings fand ihn charismatisch.

Die Haapala-Aktivisten kannten einander und halfen sich gegenseitig; sie fühlen sich nicht nur durch die Arbeiterbewegung und ein klares, etwas spartanisches Ethos verbunden, sondern auch durch die unbedingte Loyalität gegenüber ihrer nationalen Aufgabe, die sie mit Stolz erfüllte. Abgesehen von der Organisation der Briha und der legalen wie illegalen Einwanderung warben sie Soldaten an und besorgten Militärausrüstung, die Israel für den Unabhängigkeitskrieg brauchte. Dies erforderte oft Diplomatie und verdeckte Sondierungen. Aus ihren Rängen rekrutierte sich die oberste Führungsschicht des zukünftigen Staates – Manager, Diplomaten, Generäle. Einige von ihnen waren unter den Gründern des neuen Sicherheits- und Nachrichtendienstes, der zum Teil den Namen Mossad übernahm. Die Briha, die illegale Einwanderung und die Waffenkäufe in der Zeit vor der Staatsgründung bereiteten sie gut auf die Aufgaben vor, die sie nach der Unabhängigkeit übernahmen.²¹

Bevor die Exodus-Flüchtlinge in Deutschland eintrafen, schlug Schaul Avigur vor, Ben Gurion solle sie auffordern, sich der Ausschiffung auf deutschem Boden mit Gewalt zu widersetzen. Ben Gurion erwiderte, die Passagiere hätten schon genug getan, man solle sie nicht zu Handlungen anstiften, die zu Blutvergiessen führen könnten. Aus Ben Gurions Perspektive hatte die Haapala ihren Zweck erfüllt: Sie hatte die Welt davon überzeugt, dass das jüdische Volk einen eigenen Staat brauchte. Da der UN-Sonderausschuss für Palästina (UNSCOP) gerade seine Empfehlungen formulierte, war es wichtig, nicht unangenehm aufzufallen.

Doch jemand in der Haapala hielt sich nicht daran. In einem Sabotageakt wurde eines der drei Deportationsschiffe mit einer an Bord geschmuggelten Bombe beschädigt, während es noch in Frankreich war. Ben Gurion forderte eine Untersuchung; sowohl den Angriff auf das Schiff als auch die Haapala selbst interpretierte er als eine Kampfansage an seine Autorität, die den politischen Interessen der zionistischen Bewegung schadete. Zu jener Zeit wollte er den UN-Sonderausschuss davon überzeugen, dass die Juden in Palästina nur Frieden und Stabilität wollten, dass sie, wenn sie nur die Gelegenheit dazu bekämen, die Angelegenheiten des Landes vernünftig regeln könnten.

Ende August 1947 empfahl der Ausschuss die Teilung Palästinas in zwei Staaten, einen für Juden und einen für Araber. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen stimmte dem Teilungsplan am 29. November zu. Zum ersten Mal lag die Erfüllung des zionistischen Traums in greifbarer Nähe. Es war nicht leicht gewesen, die notwendige Mehrheit in den UN zu bekommen. Mit Hilfe von Lobbies, Druck, Anreizen und Intrigen gelang es. Die diplomatischen Fähigkeiten der zionistischen Bewegung wurden dabei auf eine beispiellose Probe gestellt. Währenddessen wurde bekannt, dass die Haapala dabei war, zwei weitere Schiffe abzuschicken, die Pan York und die Pan Crescent – auf Hebräisch Kibbutz Galujot («Sammlung der Exilierten») und Azmout («Unabhängigkeit»). Auf den beiden Schiffen befanden sich fast 15'000 Immigranten, dreimal so viele wie auf der Exodus (die grösser gewesen war als alle ihre Vorgängerinnen) – fast 25 Prozent aller Maapilim, die zwischen Kriegsende und Staatsgründung nach Israel aufgebrochen waren. Auf Druck des amerikanischen Aussenministeriums wurde das Auslaufen der Pans bis nach der Abstimmung über den Teilungsplan verschoben. Doch auch nach der Abstimmung hielt es die Führung der Jewish Agency für angebracht, dass die Schiffe nicht ausliefen. «Wir haben den Staat noch nicht in der Tasche», rechtfertigte Ben Gurion seinen Widerstand gegen die Operation, die Schaul Avigur befürwortete. Es war ein äusserst dramatischer Konflikt. 15'000 Menschen waren von ihrem Zuhause weggeholt worden und sassen auf Koffern, bereit, alles

hinter sich zu lassen, berichtete Avigur. Sie waren vor Hunger und Schnee geflohen, man konnte sie nicht einfach zurückschicken. Man hatte sie mit Sonderzügen aus ganz Rumänien geholt, sie warteten in Speziallagern, die nach langen und schwierigen Verhandlungen mit der rumänischen und bulgarischen Regierung errichtet worden waren. Jede weitere Verzögerung würde zu blutigen Unruhen führen. Was könnte nicht alles geschehen? Vielleicht würde der gesamte Einwanderungsprozess zum Erliegen kommen! Ben Gurion liess sich nicht umstimmen. Er hatte vor grossen Einwandererkontingenten schon immer gewarnt, erklärte er, und niemand hatte auf ihn gehört. Er wollte nicht entscheiden, was wichtiger war, sagte er: die Einwanderer nach Palästina zu bringen oder der politische Kampf, in dem die illegale Einwanderungsbewegung eine Rolle spielte. Wie auch immer, das Ziel war es, die Briten in Verlegenheit zu bringen, und eine grosse Anzahl kleiner Schiffe war ärgerlicher als eine kleine Anzahl grosser Schiffe. Niemand hätte sich öffentlich gegen ihn geäussert, sie hätten einfach gegen seinen Willen gehandelt, beklagte sich Ben Gurion. Jetzt war der zukünftige Staat mit einer Krise konfrontiert, ein Krieg stand kurz bevor. «Ich weiss nicht, was nächste Woche sein wird», sagte Ben Gurion. Es war kein günstiger Zeitpunkt, um die ganze Welt gegen sich aufzubringen; das Land konnte sich jetzt keine Spannungen und keinen Krieg leisten. Ben Gurion griff Avigur direkt an: «In diesem heiklen Augenblick, an dem unsere gesamte Existenz in diesem Land auf dem Spiel steht, (kommen Sie) mit einer solchen Provokation. Wollen Sie die Verantwortung dafür übernehmen? Sie haben ein erstaunliches Selbstbewusstsein!» Avigur antwortete, er müsse bei den Einwanderern immer an seinen Kibbuz Kineret denken. Jedes der beiden Schiffe brächte genügend Leute, um zwölf oder dreizehn neue Kinerets zu schaffen. Ben Gurions Erwidrerung fasste seine ganze Weltanschauung in einem Satz zusammen: «Sicherheit ist noch wichtiger als Einwanderung!»²² Natürlich war es letztlich nicht möglich, 15'000 Menschen im Stich zu lassen, nachdem man sie entwurzelt hatte. Auch die Briten verstanden das. Sie erteilten den Pans die Erlaubnis, direkt nach Zypern zu fahren.

Der Jischuw kümmerte sich grösstenteils nicht um die missliche Lage

der Maapilim. Nur wenige demonstrierten gegen ihre Deportation. Die finanzielle Unterstützung war noch geringer: Eine Sammlung, die speziell zu diesem Zweck abgehalten worden war, schlug fehl. Die meisten Maapilim gehörten zu jenem «Menschenmaterial», das der Jischuw sich wünschte; andererseits bedeutete jeder illegale Flüchtling, der im Land bleiben durfte, ein Einwanderungszertifikat weniger für andere potentielle Immigranten. Zudem geschah das zu einer Zeit, da Tausende von Menschen, die bereits in Palästina lebten, sich um Genehmigungen für ihre Angehörigen in den Lagern bemühten. Die Briten gingen auf die Bitte um mehr Visa insgesamt nicht ein und argumentierten, sie hätten keine andere Wahl, als die Zertifikate jenen zu geben, die auf illegale Weise ins Land eingedrungen waren.

Die vielen zionistischen Abgesandten und Briha-Agenten waren nicht nur im Namen des Landes Israel nach Europa gefahren. Die meisten standen auch im Dienst einer der politischen Parteien. Die grosse Mehrheit von ihnen sah den «Rest» nicht nur als potentielle Soldaten und zukünftige Bürger, sondern auch als mögliche Wähler. Der Kampf um die Seelen der europäischen Juden wurde erbarmungslos, manchmal gewalttätig geführt. Jede Partei versuchte, ihre Leute an die Spitze der Komitees zu hieven, die die DP-Lager verwalteten, und nahm an, die Flüchtlinge würden sie nach ihrer Ankunft in Palästina sicher weiterhin unterstützen. «Die Bewegung verteilt Geld, Zuschüsse, Geschenke, um die Leute zu kidnappen», berichtete Eliahu Dobkin Mitgliedern seiner Partei, der Mapai. Er erzählte von Kämpfen mit Fäusten und Messern, sogar von Schiessereien. Parteifunktionäre wurden in bestimmte Lager geschickt, um auf die politische Zusammensetzung der DP-Gemeinschaft einzuwirken. «Es gibt nur einen Gott», sagte Dobkin, «die Partei. Nichts anderes existiert, ein gemeinsames Interesse existiert nicht.»³ Dobkins Eintreten für die jüdische Einheit geschah nicht aus uneigennützigen Motiven; zu jener Zeit stand die Einheit ganz oben auf der politischen Prioritätenliste der Mapai. Etwa ein Jahr zuvor, im März 1944, hatten innerparteiliche Spannungen den Höhepunkt erreicht, und die Partei hatte sich gespalten. Der opponierende Teil hatte eine neue, radikalere, militantere, jüngere Partei gegründet. Achdut Haavodah («Ver-

band der Arbeit») war im Konflikt mit den Arabern ebenso kompromisslos wie in ihrer zionistischen Politik. Sie war eher links-sozialistisch eingestellt. Hauptsächlich vertrat sie die Kibbuzim, die zu Hakibbuz Hameuchad, der grössten Kibbuzbewegung, gehörten.²⁴ Vertreter der Mapai nannten die Spaltung «Verrat».²⁵ Die starke Identifikation der Mitglieder mit ihrer Partei und die Vorstellung, dass es in jeder Auseinandersetzung sozusagen um Leben und Tod ging, waren nach dem Krieg nicht schwächer geworden – der Holocaust hatte dem Jischuw zu keinen neuen Massstäben oder Beurteilungskriterien verholfen.

Die Konkurrenz zwischen den politischen Vereinigungen brachte herbe gegenseitige Beschuldigungen mit sich. Aktivisten der Haschomer Hazair behaupteten, die Abgesandten der Mapai behinderten ihre Leute in den DP-Lagern und benachteiligten sie bei der Vergabe von Unterkünften und Essen.* Dies sei, so sagten sie, «ein Relikt der totalitären Methoden Deutschlands». Ben Gurion schrieb seiner Frau Paula, dass «einige Fehler» gemacht worden seien und dass die Anschuldigungen von Haschomer Hazair in gewissem Masse gerechtfertigt seien.²⁶ Mapai-Aktivisten fürchteten das Charisma der Berater von Haschomer Hazair. «Die Berater sind kleine Stalins», beklagte sich ein Parteiführer. Ein anderer sagte, die DPs betrachteten die Berater als «Führer».²⁷ Die Parteien beschuldigten sich auch gegenseitig, sie würden «Kinder kidnappen» – das heisst versuchen, die Kontrolle über das Erziehungssystem an sich zu reissen.

Gleichzeitig mit den Zionisten des Jischuw begannen die religiösen Parteien ihren Einfluss auf die DP-Lager auszuweiten. Wie in dem öffentlichen Streit über die Teheran-Kinder verlangten sie eine religiöse Erziehung, Gebete, die Einhaltung des Sabbat und koscheres Essen in

* Haschomer Hazair: Sozialistisch-zionistische Gruppe mit einer eigenen Kibbuz-Vereinigung und, nach 1948, einer eigenen politischen Partei, der Mapam. Stärker marxistisch und radikal-sozialistisch orientiert als die Mapai. Haschomer Hazair sympathisierte zu jener Zeit mit Teilen der internationalen kommunistischen Parteilinie.

den Lagern. Ein Konflikt brach auf. «Wir lehnen die Kinder Lügen und Heuchelei», erregte sich Golda Meir.²⁸ Die religiösen Parteien gaben sich alle erdenkliche Mühe, jüdische Kinder ausfindig zu machen, die während des Krieges in christlichen Pflegefamilien untergebracht oder in Klöstern versteckt worden waren. Die «Errettung der Kinder» bot ihnen eine weitere Möglichkeit, zukünftige Wähler zu beeinflussen. Die meisten Abgesandten aus Palästina kamen aus der Arbeiterbewegung. Als die Briha zu einer halboffiziellen Organisation geworden war, wollten auch die Revisionisten nicht zurückstehen. Manche von ihnen stellten eigene Transporte für die Haapala zusammen. Die Feindschaft zwischen den beiden Gruppen nahm zeitweilig den Charakter eines Bandenkrieges an. Im September 1947 drangen einige Dutzend junger Leute, angeführt von Mitgliedern der revisionistischen Jugendbewegung Betar, in ein Durchgangslager der Briha in Gnadewald bei Innsbruck ein. Offenbar hatten sie die Absicht, es an sich zu reißen und dadurch die Kontrolle über eine der Briha-Routen zu erlangen. Doch vielleicht wollten sie sich auch nur rächen, weil Lagerbewohner einmal Leute eingesperrt und verprügelt hatten, von denen sie glaubten, sie würden die Briha-Route von Osten her für den Schmuggel missbrauchen. Die Verdächtigen mögen nicht zur Betar gehört haben, doch die Betar-Männer benutzten sie als Vorwand, um sich mit Gewalt Zugang zu verschaffen. Sie brachen in den Funkraum ein, wo sich die Funker kampfflos ergaben. Einer jedoch schlief. Als sie ihn weckten, begriff er die Situation nicht gleich. Sie befahlen ihm, die Hände hochzunehmen, woraufhin er schläfrig etwas wie «lasst mich zufrieden» murmelte, und sie erschossen ihn. Das Opfer war Eitan Avidov aus Nahalal, der Sohn eines prominenten Vertreters der Arbeiterbewegung. Der Mord spiegelte die grossen Spannungen zwischen links und rechts. Chaim Jachil behauptete sogar, die DP-Lager hätten sich damals kurz vor dem Bürgerkrieg befunden.²⁹

Nur wenige Monate nach Kriegsende operierte ein ganzes Netzwerk politischer Gruppen in den DP-Lagern, mit zahlreichen repräsentativen und administrativen Gremien. Gewählte Komitees vertraten die DPs bei den Besatzungsarmeen und Wohlfahrtsorganisationen und übernahmen

die Verantwortung für ein geordnetes Leben in den Lagern. Hie und da entstanden interne Gerichte in Absprache mit den verschiedenen Parteien. Es gab Gruppen, die Kultur und Erziehung förderten, religiöse Feiern arrangierten und berufliche Weiterbildung anboten, inklusive «Pioniertraining» auf nahegelegenen deutschen Bauernhöfen. Mit der Zeit lief auch die Zuteilung von Platz und Betten in den Baracken, von Decken, Kleidung, Essen, Post und sogar medizinischer Versorgung nach Vereinbarungen, die die relative Stärke der verschiedenen Parteien im Lager spiegelten. In Abständen fanden Wahlen und Abstimmungen statt, mehr oder weniger demokratisch, alle als Teil zionistischer Politik.^{*30} Auch die Internierungslager in Zypern funktionierten nach diesem Muster, strikt nach Parteienproporz. Etwa 20'000 Menschen befanden sich in diesen Lagern. Beim Eintritt mussten die Bewohner angeben, zu welcher Partei sie gehörten oder gehören wollten. Dann kümmerte sich die Partei um all ihre Bedürfnisse. Sie wohnten mit ihren Parteikameraden zusammen, bekamen Essen aus der Parteiküche, nahmen an kulturellen Aktivitäten teil, die ihre Partei organisiert hatte, und wählten die Kandidaten ihrer Partei in die Verwaltungsgremien des Lagers.

David Schaari, ein Abgesandter der Jewish Agency, schrieb, dass in Zypern, ebenso wie in den europäischen DP-Lagern, eine Politisierung des Lebens unvermeidbar gewesen sei. Am schlimmsten war das Los der «Einzelgänger», der Flüchtlinge, die sich keinen Parteistempel aufdrücken liessen. Die Parteiobere behandelten sie als Fremde. «Sie führen das Leben der Vergangenheit», stellte einer von ihnen fest: «Wie sollen sie sich in Israel zurechtfinden? Sie haben keine näheren Kontak-

* Es war vielleicht die politische Ausrichtung ihrer Arbeit oder ihr historisches Bewusstsein oder ihre Betonung kollektiver Moral, die die Abgesandten dazu bewegten, besonderen Wert auf die symbolischen Aspekte ihrer Tätigkeit in Deutschland zu legen. So versammelten sie sich einmal in dem berühmten Münchner Bierkeller, in dem Hitler seinen misslungenen Putsch inszeniert hatte; ein anderes Mal trafen sie sich in Berchtesgaden, zu Füßen von Hitlers Berghof. Eine Gruppe von DPs absolvierte ihre landwirtschaftliche Ausbildung auf einem Bauernhof, der Julius Streicher, dem Herausgeber des *Stürmer*, gehört hatte.³¹

te zu irgendeinem... Sie sehen nicht ein, dass sie der Gemeinschaft etwas geben sollten. Sie wollen nur noch nehmen.»³² «Unsere Einstellung gegenüber dem ‚Rest‘», schrieb Chaim Jachil, «war nicht allein von humanitären Motiven geprägt, sondern hing vor allem davon ab, wie wir ihre zukünftige Rolle in unserem Kampf einschätzten. Aus diesem Grund waren wir nicht immer sanftmütig. Trotz all unseres Mitgefühls mit der Not der Überlebenden und ihren Grundbedürfnissen haben wir eine gewisse Distanz zwischen ihnen und uns gehalten... Wir haben nicht erklärt, dass der ‚Rest‘ und das Land Israel ein und dasselbe sind; nein, wir haben betont, dass der ‚Rest‘ eine grosse geistige und körperliche Anstrengung unternehmen muss, um sich mit dem Jischuw zu vereinen.»³³

Einige Monate nach Kriegsende erschien in Palästina ein Holocaust-Überlebender mit einem Racheplan in der Tasche. Der 27jährige Abba Kovner hatte im Ghetto Widerstand geleistet, als Partisan in den Wäldern gekämpft und sich in der sozialistischen Haschomer-Hazair-Bewegung engagiert. Gleichzeitig war er Dichter und Visionär. Von Gestalt her war er eher klein, hatte scharfgeschnittene, asketische, melancholische Gesichtszüge, blitzende Augen und welliges Haar. «Ein klassisches Exemplar des jüdischen Intellektuellen», charakterisierte ihn ein Bekannter.¹ Man schrieb ihm grossen Einfluss auf Menschen zu, und viele sahen in ihm das leibhaftige Symbol des jüdischen Widerstands gegen die Nazis, eine geistige und moralische Autorität. Er war es, der in einem Aufruf geschrieben hatte, die Juden sollten sich nicht wie Lämmer zur Schlachtbank führen lassen.

Viele Jahre später gab Kovner zu, dass jeder normale Mensch die Verrücktheit seines Racheplans hätte erkennen müssen. Und damit hatte er recht, denn er hatte nichts Geringeres vorgehabt, als mit einer Gruppe junger Holocaust-Überlebender das Trinkwasser mehrerer deutscher Grossstädte zu vergiften; sie hofften, damit sechs Millionen Deutsche umzubringen.² «Die Kraft, die sie antreibt, ist ihr Verlangen nach Rache», berichtete ein Führer der Jewish Agency, als er aus Europa zurückkehrte.³ Dafür gibt es reichlich Beweise. Jahre später erklärten acht von zehn jungen Überlebenden, sie hätten am Ende des Krieges geradezu nach Rache gedürstet: Kein anderes Gefühl sei so mächtig gewesen – weder Trauer noch Angst, weder Glück noch Hoffnung.⁴ Zivia Lubetkin, die den Aufstand im Warschauer Ghetto mit organisiert hatte,

erinnerte sich, wie verblüfft sie war, als sie hörte, dass in der polnischen Stadt Lublin 15'000 Juden überlebt hätten, die jetzt, da der Krieg zu Ende war, nichts mit sich anzufangen wüssten. «Wie wussten, was zu tun war», beteuerte sie. «Wenn wir Leute finden konnten und die Mittel dazu hatten, gab es nur eins: Rache! Wir spürten nicht den Drang aufzubauen. Wir wollten lieber zerstören, nur zerstören, soviel wir konnten!»⁵ In Lublin, in dessen Umgebung das Vernichtungslager Majdanek lag, gründeten Abba Kovner und seine Kameraden ihren Rachebund.

Entstanden war die Idee in der Phantasie junger Juden, die in den Verbänden ukrainischer Partisanen gedient hatten. «Es gab viele Diskussionen», erinnerte sich Jitzchak Avidov, damals Pascha Reichman, in späteren Jahren. Die Frage hiess: Was würde «am Tag danach» geschehen? Niemand dachte vorläufig an eine grosse Operation gegen das gesamte deutsche Volk, es ging lediglich um eine Racheaktion gegen örtliche deutsche Gruppen. Einige der Beteiligten boten ihre Dienste dem sowjetischen Geheimdienst NKWD an und fanden Gelegenheit, Nazi-Kollaborateure zu liquidieren. Andere versuchten, Juden aus der Sowjetunion zur Flucht nach Westen zu verhelfen. Einmal fuhren sie nach Lublin, um andere ehemalige Partisanen zu treffen, darunter Abba Kovner.⁶

Kovner war zu den Partisanen gestossen, nachdem der Widerstand im Ghetto von Wilna, den er angeführt hatte, zusammengebrochen war. Gegen Ende des Krieges fand er, die jüdischen Partisanen sollten als Guerrillas weiterkämpfen und sich per Fallschirm auf deutsches Gebiet einschleusen lassen. Er ging mit seinem Vorschlag zur Jüdischen Brigade, doch die lehnte ihn ab. Auch bei seinen Kameraden aus den Wäldern stiess er nicht auf Gegenliebe; sie waren der Ansicht, dass alle Kräfte auf die Evakuierung in Richtung Westen und weiter nach Palästina konzentriert werden sollten. Kovner beteiligte sich eine Zeitlang selbst daran, doch bald wurde der Gedanke an Rache bei ihm übermächtig.⁷

Reichmans Leute hatten von Kovner gehört, bevor sie ihn in Lublin trafen. Er nahm sie augenblicklich für sich ein. «Es war Liebe auf den ersten Blick», erinnerte sich Reichman, jetzt Avidov. Kovner war älter, er war der geborene Anführer. Die Gruppe lebte in einer Wohnung zu-

sammen. Eines Abends sass man zusammen und trank, und das Gespräch wandte sich dem Thema Rache zu. «Es ergab sich von ganz allein», gab Avidov in einer Aussage zu Protokoll, die für die Abteilung «Mündliche Dokumentation» der Hebräischen Universität aufgenommen wurde. «Wir sassen da mit unseren Gläsern in der Hand, und die Idee schoss förmlich aus uns heraus – plötzlich lag sie nicht mehr in der Luft, sondern auf dem Tisch... Alle wollten Rache.»

Dann sprach es jemand aus: Massnmord an den Deutschen, an Millionen von ihnen. Die betreffende Person kannte eine Pflanze, die in Indien wuchs und aus der man ein Gift herstellen konnte. «Wir waren sehr aufgeregt», erzählte Avidov. «Wir waren jung und verwegen.» Auch Kovner gefiel die Idee.

So entstand die Organisation Nakam (Rache), mit einer Befehlsebene von fünf Männern. Jeder warb neue Mitglieder. Dann verlagerte die Gruppe ihren Sitz nach Bukarest. Eines Tages, so Avidov, versammelten sie sich in aller Heimlichkeit, als wollten sie die Geburtsstunde ihrer Organisation, die schon mehr als vierzig Mitglieder aufwies, feiern. Kovner hielt eine Ansprache und riss wie üblich alle mit. «Es gab keinen Zweifel daran, dass wir handeln würden, wie Gott selbst – wenn es einen Gott gab – gehandelt hätte», berichtete Avidov.⁸

Kovner sagte später, die Gruppe sei von der Idee besessen gewesen und hätte sich ihr «geweiht». Ihre Mitglieder sahen sich als Schicksalsboten. Ihre geistige Verfassung in jenen Tagen beschrieb Kovner so: «Die Zerstörung war nicht um uns. Sie war in uns... Wir konnten uns nicht vorstellen, einfach ins Leben zurückzukehren, wir glaubten nicht, dass wir dazu überhaupt das Recht hätten oder dass wir nach Israel kommen könnten, Familien gründen, am Morgen aufstehen und arbeiten, als hätten wir mit den Deutschen schon abgerechnet.»⁹ Es ging im Wesentlichen um eine Abrechnung zwischen zwei Völkern. Damit die Rache wirksam war, musste sie exakt dieselbe Dimension wie das Verbrechen haben. Kovner setzte sich deshalb sechs Millionen deutsche Bürger zum Ziel. Er dachte in Begriffen der Apokalypse: Rache war eine heilige Pflicht, die das jüdische Volk erlösen und läutern würde. Die Gruppe

teilte sich in Zellen, die jeweils einen Leiter hatten. Ihr erstes Ziel – Plan A – war es, «so viele Deutsche wie möglich zu vergiften». Nach Plan B sollten zusätzlich mehrere tausend SS-Männer in den amerikanischen Kriegsgefangenenlagern vergiftet werden. Reichman gelang es, mehrere Mitglieder der Gruppe in die Wasserwerke von Hamburg und Nürnberg einzuschleusen. Kovner fuhr nach Palästina, um das Gift zu holen – und, wie er hoffte, den Segen der Hagana zu erhalten.

Kovner war in Palästina bekannt und wurde gebeten, vor dem Zentralkomitee des Histadrut eine Rede zu halten. Er sprach über den Holocaust und die Überlebenden. Seinen Racheplan erwähnte er mit keinem Wort.¹⁰ Offenbar vertraute er ihn einigen wenigen an, die sich jedoch von seinem Enthusiasmus nicht anstecken liessen.

Auch innerhalb seiner Bewegung, der Haschomer Hazair, stiess die Idee auf Widerstand. Kovner und seine Freunde hatten nach ihren Erfahrungen im Holocaust das Gefühl, dass die alten politischen Querelen aus der Zeit davor überholt waren. Sie wandten sich nicht direkt gegen ihre früheren Bindungen, doch sie identifizierten sich auch nicht mehr mit einer bestimmten Partei – sie waren Überlebende. Sie betrachteten sich als eine «Partei der Zeugen», die aufgerufen war, unablässig zu mahnen, dass das jüdische Volk immer noch in Gefahr schwebe. Mit dem Hinweis auf den Judenhass in der Sowjetunion betonte Kovner, dass es ausserhalb Palästinas keine Zukunft für Juden gäbe und dass die nationale Einheit von grösster Wichtigkeit sei.

Dieser letzte Aspekt trug ihm den Zorn von Meir Jaari, dem Führer der Haschomer Hazair, ein. Jaari wollte keine Einheit, er wollte Haschomer Hazair als unabhängige politische Vereinigung neu aufbauen. Er weigerte sich zu glauben, dass die Bewegung in Polen aufhören könnte zu existieren. Denn dort war sie entstanden, und dort lagen seines Erachtens ihre politischen Reserven. Er wandte sich gegen jede Kritik an der Sowjetunion. Kovner, mit seiner Vergangenheit als Widerstandskämpfer und Partisan, seinen Erfahrungen bei verdeckten Racheunternehmen und seinem Charisma, erregte Jaaris Argwohn. Nach Jaaris Ansicht litt Kovner unter demselben Syndrom wie die demobilisierten Sol-

daten nach dem Ersten Weltkrieg – er versuchte wie sie, «die Geschichte wieder von vorne anzufangen» und in Friedenszeiten ein Leben zu führen wie an der Front oder im Untergrund, unfähig, «den Heroismus der Alltagsroutine» neu zu erlernen. Die Weltanschauung, die Kovner und seine Männer aus den Wäldern mitbrachten, basierte, wie Jaari fand, auf «parafaschistischen Konzepten». Er schlug vor, sie zur «Umerziehung» zu schicken.¹¹

Bald nach seiner Ankunft in Palästina schrieb Kovner an Pascha Reichman, dass die Hagana Plan A niemals zustimmen würde, doch dass sie vielleicht jemanden finden würden, der beide Augen zudrückte, wenn sie Plan B ausführten. Kovner gab später an, dass er sich tatsächlich eine grosse Menge Gift beschafft habe und dass der Mann, der ihm dabei geholfen hatte, kein anderer gewesen sei als Chaim Weizmann, die Leitfigur der zionistischen Bewegung und Israels erster Präsident. Professor Weizmann war von Beruf Chemiker. Kovner beschrieb, wie Weizmann, tief in Gedanken versunken, seinem Plan zugehört habe. Zuerst habe er lange geschwiegen. Schliesslich habe sich, wie Kovner erzählte, der damals Einundsiebzigjährige erhoben und gesagt: «Wäre ich jünger und an Ihrer Stelle, würde ich vielleicht dasselbe tun.» Kovner erwähnte nicht, ob er Weizmann von dem Plan zur Ermordung von sechs Millionen Deutschen erzählt hatte oder nur von dem «kleinen Plan», Kriegsgefangene zu vergiften. Weizmann schickte Kovner nun zu einem Wissenschaftler, der das Gift präparieren sollte. In seiner Aussage, die er geheimzuhalten bat, nannte Kovner den Namen des Mannes. Es war Ernst David Bergman, der spätere Begründer der israelischen Nuklearforschung. Bergman wusste nur, dass die Substanz für Aktionen gegen ehemalige Nazis gebraucht wurde, und er fragte nicht nach Einzelheiten. Kovner verbarg das Material in Milchkanen. Weiter gab Kovner zu Protokoll, Weizmann habe ihn zu einem Geldgeber geschickt, und zwar zu Hans Moller, dem Gründer der bedeutenden Textilfabrik Ata. Kovner kaufte Gold und versteckte es in Zahnpastatuben. Dann machte er sich an die Planung seiner Rückreise.

Für diesen Teil der Geschichte ist Kovner die einzige Quelle. Das

Weizmann-Archiv enthält keinen schriftlichen Vermerk über die Diskussion mit Kovner; Weizmann war zu jener Zeit ausser Landes. Es ist also möglich, dass sich der Poet das Treffen nur erträumt hat. Er mag sich im Nachhinein die offizielle Unterstützung seines Racheplans gewünscht haben. Doch der Rest der Geschichte lässt sich aus anderen Quellen bestätigen. Im Dezember 1945 verkleidete sich Kovner als Soldat der Jüdischen Brigade und fuhr auf einem Schiff der britischen Flotte nach Europa; mit Hilfe der Hagana konnte er vortäuschen, dass er von einem Heimaturlaub zu seiner Einheit zurückkehrte. In seiner Tonbandaussage betonte er, er habe angenommen, dass es der Leitung der Hagana bekannt gewesen sei, wer er war und was er vorhatte. Doch auch an diesem Punkt offenbarte er nicht, ob er den «grossen Plan» oder nur «Plan B» meinte – und er wurde auch nicht danach gefragt. Er erwähnte nur zwei Namen: Jizchak Sadeh, den legendären Befehlshaber der Palmach, und Schaul Avigur vom Mossad. Jisrael Galili, später Kabinettsmitglied unter Golda Meir, war ebenfalls informiert. Kovner erhielt gefälschte Reisepapiere und eine Brigadeuniform sowie einen Begleiter von der Hagana, der ihm in Notfällen helfen sollte. Hätte er seinen Plan ausgeführt, hätte niemand behaupten können, er hätte auf eigene Faust gehandelt.

Seine Reise war ein Fehlschlag. Kurz bevor das Schiff im Hafen von Toulon einlief, hörte Kovner seinen Namen über den Lautsprecher. Er sollte sich beim Kapitän melden. «Der Aufruf wurde mehrfach wiederholt», berichtete Kovner. «Ich ging sofort zu meinem Begleiter von der Hagana und fragte ihn: ‚Was hat das zu bedeuten?‘ Er sagte: ‚Das ist wahrscheinlich eine Einteilung zum Wachdienst, wie üblich.‘ Ich kannte nur ein paar Worte Englisch, aber der Tonfall der Stimme im Lautsprecher machte mich misstrauisch.»

Bis zu diesem Zeitpunkt wusste der Begleiter nur, dass Kovner nicht zur Brigade gehörte. Sein Vorhaben war ihm nicht bekannt. Kovner beschloss, ihm davon zu erzählen. Er zeigte ihm das Gift und sagte, er solle es im Falle eines Falles an einen bestimmten Ort bringen oder, wenn nötig, vernichten. Er gab ihm auch das Gold. Dann besann er sich eines anderen und beschloss, dem jungen Mann nicht zu trauen. Vor sei-

nem Gang zum Kapitän warf er die Hälfte des Giftes aus dem Bullauge seiner Kajüte ins Meer. Danach ging er auf Deck und wurde sofort festgenommen.

Kovner verbrachte etwa vier Monate in einem Militärgefängnis in Kairo. Die Briten fragten ihn offenbar nie nach seinem Racheplan. Sie wussten nichts von dem Gift; anscheinend wussten sie nicht einmal genau, warum sie ihn festgenommen hatten. Seine Verhaftung bleibt rätselhaft. Kovner war bis zum Ende seiner Tage davon überzeugt, dass ihn jemand angezeigt hatte, um seine Mission zu sabotieren. Auch der Rest des Giftes war nun verloren; sein Begleiter hatte es aus Angst ins Wasser geworfen. Das Gold brachte er immerhin an seinen Bestimmungsort.¹²

Pascha Reichman war jetzt allein. Er fühlte sich gegenüber der Geschichte und seinem Volk in der Verantwortung, und er sorgte sich um die Sicherheit seiner Männer. Sie arbeiteten immer noch in den Wasserwerken von Hamburg und Nürnberg, in einem Zustand fast unerträglicher Anspannung, da sie vorgeben mussten, sie gehörten zur Gesellschaft Deutschlands, die sie verabscheuten und zerstören wollten. Zudem liefen sie Gefahr, dass ihre wahre Identität entdeckt würde. Sie hatten schon genau festgelegt, wo sie das Gift in die Wasserleitungen einbringen würden. In Nürnberg hatten sie sogar herausgefunden, wo sich die Ventile der Leitungen befanden, die zu den Wohngebieten des amerikanischen Militärpersonals führten, denn die Rächer hatten vor, die Amerikaner zu verschonen. Alles war bereit. Sie brauchten nur noch das Gift.

Als Reichman erfuhr, dass Kovner verhaftet und das Gift verloren war, entschied er sich für die Durchführung von Plan B. Es war nicht leicht, seinen Leuten diese Änderung beizubringen, erinnerte er sich später. Sie hatten alle geglaubt, sie würden sechs Millionen Deutsche töten, und mussten sich jetzt mit tausend zufriedengeben. «Es war eine Tragödie», erklärte Reichman. Er besänftigte sie mit dem Versprechen, der grosse Plan sei lediglich für eine Weile aufgeschoben worden.¹³ Reichman hatte sich vorher an Jizchak «Antek» Zuckerman – einen Anführer des Aufstands im Warschauer Ghetto und Ehemann von Zivia Lubetkin – gewandt und vorgeschlagen, Zuckerman solle an Stelle von Kovner die Rächer anführen.

Zuckerman lehnte ab. «Hätte ich geglaubt, wir könnten das deutsche Volk vernichten, sozusagen Volk um Volk, hätte ich mich angeschlossen», begründete er seine Haltung später. «Doch Quellen und einen Fluss vergiften? Eine Seuche auslösen? Angenommen, wir würden zehntausend von ihnen liquidieren – was hätte das für einen Sinn?... Ausserdem war uns ein bisschen jüdische Menschlichkeit geblieben, sogar nach all dem, was sie uns angetan hatten.» Er entdeckte in Kovners Gruppe «falsche Romantik», «verqueren Missionierungsdrang» und «Verrücktheit».¹⁴

Am 13. April 1946 schlichen sich einige Mitglieder der Organisation in eine Bäckerei bei Nürnberg ein, die Brot in das Kriegsgefangenenlager Stalag 13 lieferte. Sie streuten mehlähnliches weisses Arsenpulver in den Teig von mehreren tausend Broten, wurden jedoch überrascht und mussten fliehen. Die Polizei, die einen Einbruch vermutete, bemerkte nicht, dass der Brotteig vergiftet worden war, und so wurde später das fertige Brot ins Lager transportiert. Ein paar Tage später berichtete Associated Press, fast zweitausend der fünfzehntausend Kriegsgefangenen im Lager hätten eine Lebensmittelvergiftung. Einige waren «ernstlich krank», aber keiner starb.¹⁵ Kovner tröstete sich mit dieser vagen Formulierung. «Es gab widersprüchliche Berichte von der Armee und von der Presse», sagte er Jahre später. «Auf alle Fälle wurden Hunderte von Armee-Krankenwagen gerufen. Es hiess, vierhundert Leute seien gestorben und der Rest sei in kritischer Verfassung. Es wurde die Zahl zweihundert genannt, dann wieder eintausend. Es gab Berichte, dass die meisten ausser Gefahr seien.» Es mag daran gelegen haben, dass das Gift nichts taugte, mutmasste er – Reichman hatte es in Paris bekommen.¹⁶ Insgesamt war das öffentliche Aufsehen gering; der Vorfall schlug in Palästina keine Wellen.

Das war nicht die «schockierende Tat», die sich Kovner und seine Erfolgsleute erträumt hatten, und Kovner, der inzwischen freigelassen worden war, verlangte, die Beteiligten sollten zu Beratungen nach Palästina kommen. Soweit er es beurteilen konnte, hatte die misslungene Operation sie in tiefe Niedergeschlagenheit gestürzt. Er hatte gehört, dass manche sich mit Selbstmordgedanken trugen. Den meisten fiel es

schwer, den Plan ganz aufzugeben; einige beschuldigten Kovner, ihr Racheideal verraten zu haben. Sie argwöhnten, er wolle sie in ein normales Leben zurücklocken – in ihren Augen eine unverzeihliche Sünde.¹⁷

Sie kamen unwillig nach Israel, wohnten im Kibbutz Ein Hachoresch, wo man versuchte, sie zur Arbeit auf den Rübenfeldern und in den Bananenplantagen anzuleiten. «Bananenanbau bedeutete ihnen nichts», bemerkte Avidov später. Sie wollten Rache und verlangten, nach Europa zurückgeschickt zu werden.¹⁸ Kovner versuchte, sie davon zu überzeugen, dass sie die geistige Stärke für die Ausführung der Rachepläne verloren hatten, dass sich die Verhältnisse in Europa geändert hatten, dass Plan A nicht länger durchführbar war. So bestand zum Beispiel das Risiko, dass sie den vielen Juden, die sich in deutschen Städten angesiedelt hatten, Schaden zufügen könnten. Einige Mitglieder der Gruppe weigerten sich, ihn anzuhören; sie kehrten nach Europa zurück. Manche unter ihnen zeigten sich vom «Verrat» ihres bewunderten Anführers so enttäuscht und verbittert, dass sie nie wieder nach Israel kamen. Andere spielten eine Rolle in dem sogenannten Plan C: individuelle, direkte Angriffe auf eindeutig identifizierte Nazi-Kriegsverbrecher. Diese Operation erfolgte mit Zustimmung des Oberbefehlshabers der Hagana, und Soldaten der Jüdischen Brigade beteiligten sich daran.

Viele Soldaten der Jüdischen Brigade hatten Verwandte, die im Holocaust umgekommen waren. Manche hatten bei der Befreiung von Konzentrationslagern mitgeholfen, und sie teilten ihre entsetzlichen Beobachtungen Kameraden mit, die wiederum Abba Kovner kannten. Sein Rachedurst hatte sie beeindruckt, und sie hatten geholfen, das Gift für Stalag 13 zu besorgen und von Paris nach Nürnberg zu transportieren.¹⁹ Der Schriftsteller Hanoach Bartov hat ihre Gefühle anschaulich geschildert:

«Viel ist es nicht... eintausend verbrannte Häuser. Fünfhundert Tote. Hunderte von vergewaltigten Frauen... Deshalb sind wir hier. Nicht für Roosevelts Freiheiten. Nicht für das Britische Empire. Nicht für Stalin. Wir sind hier, weil wir Blutrache wollen. Eine zielstrebige jüdische Rache. Nur ein einziges Mal wie die Tataren. Wie die Ukrainer. Wie die Deutschen. Wir alle, mit unseren blutenden Herzen...

wir gehen in eine Stadt und brennen sie nieder, Strasse um Strasse, Haus um Haus, Deutsche um Deutsche. Warum sollten nur wir es sein, die sich an Auschwitz erinnern? Sollen sie sich doch auch an die eine Stadt erinnern, die wir zerstören.»²⁰

Zu Ende des Krieges hofften sie, mit der Besatzungsarmee nach Deutschland geschickt zu werden. Dies war, so Mosche Sharett, nicht aus militärischen Gründen notwendig, sondern «vor allem» aus symbolischen und moralischen Gründen – «um dem jüdischen Volk Genugtuung zu geben».²¹

Als die Jüdische Brigade Italien erreichte, war der Krieg schon entschieden. Die Soldaten beteiligten sich nur noch an einem halben Dutzend Gefechte. Sie waren enttäuscht. Danach hatten sie nichts mehr zu tun. Einige liessen ihren Zorn an deutschen Kriegsgefangenen aus und zerstörten mutwillig Eigentum von Zivilisten. Das verringerte natürlich ihre Chance, nach Deutschland geschickt zu werden. Je länger sie sich in Italien aufhielten, desto mehr langweilten sie sich. «Unsere Geduld ist am Ende», schrieb einer von ihnen. «Ich fürchte, dass sich bald etwas entlädt. Solch eine Explosion würde uns vermutlich schaden, denn es wird schwierig sein, sie unter Kontrolle zu halten.»²² In der Tat hatten sich die jüngsten Soldaten bereits zusammengesetzt und beschlossen, die Racheaktionen damit zu beginnen, dass sie Angehörige der Gestapo und der SS im Grenzgebiet zwischen Italien und Österreich ausfindig machten. Es war, in den Worten eines Soldaten, «ein Akt der Rebellion». Ihre Offiziere jedoch betrachteten es als ein nützliches Ventil für die Frustration der Soldaten.²³

Ein Offizier namens Jisrael Karmi nannte die Männer später «die Besten der Brigade, die Loyalsten der Loyalen»,²⁴ Zufällig entdeckten sie fast auf Anhieb einen höheren Gestapo-Beamten. Der Mann kooperierte mit ihnen und gab ihnen eine Liste mit Namen. Karmi erinnerte sich, dass ihnen die Liste sauber getippt ausgehändigt wurde: Namen, biographische Einzelheiten, frühere Aktivitäten, Adressen. Sie diente ihnen als Todesliste.²⁵ «Wir haben die Quelle erreicht», schrieb Brigadeoffizier Meir Grabovski an Mosche Sharett vom Exekutivkomitee der Jewish

Agency. «Alle Untersuchungen laufen bei uns zusammen. Wir haben die Kartei, und wir wissen, wer und wo sie sind... Wir sind die einzigen, die sie finden und [den Rächern] ausliefern können, ohne Rücksicht auf die Widersprüche der Weltpolitik nehmen zu müssen – wir wollen nur das vergossene Blut rächen.» Mapai-Führer Grabovski (später Argov) erklärte nach dem Krieg die Rache zur vordringlichsten Aufgabe der Brigade. In seinem Brief an Sharett schrieb er, er meine nicht «die Rache des Pöbels», sondern eine Vergeltung an den SS-Männern, die an dem Morden teilgenommen hatten.

Die Methode der Rächer war einfach. Sie verkleideten sich als britische Militärpolizisten und erschienen mit einem Armeefahrzeug, dessen Nummernschild schlammverspritzt und unleserlich war, vor dem Haus des Opfers. Sie klopfen an die Tür, vergewisserten sich, dass es sich um den Gesuchten handelte, und forderten ihn auf, wegen einer Routineangelegenheit mitzukommen. Im Allgemeinen trafen sie nicht auf Widerstand. Sie fuhren mit ihrem Opfer zu einem im Voraus festgelegten Ort, gaben sich zu erkennen und erschossen den Mann. Hin und wieder geschah das alles nicht weit vom Haus des Opfers entfernt. «Unser Lastwagen war auf allen Seiten von einer Segeltuchplane überdeckt», berichtete ein Beteiligter. «Der Boden war mit Matratzen ausgelegt. Einer oder zwei von uns warteten dort im Dunkeln. Sobald der Kopf des Deutschen erschien, beugte sich einer von uns über ihn, packte ihn mit verschränkten Armen unterm Kinn und warf sich rückwärts auf die Matratze, die alle Geräusche schluckte, wobei er den Kopf des Mannes fest umklammert hielt. Der Fall schnitt dem Deutschen die Luft ab und brach ihm augenblicklich das Genick.»²⁶

Einer der Rächer, die zu diesem Zweck speziell aus Palästina gekommen waren, hiess Schimon Avidan; er hatte vorher den deutschen Zweig der Palmach befehligt. Avidan nahm sich unter anderem vor, Adolf Eichmann aufzustöbern. Laut Kovner gelang es ihm, bis in sein Versteck vorzudringen, doch unglücklicherweise tötete er einen anderen. «Der Mann nannte sich Eichmann», erzählte Kovner. Eine Frau, die sie für Eichmanns Ehefrau hielten, gab ebenfalls an, es sei ihr Mann. Ausserdem bestanden viele äusserliche Ähnlichkeiten. Die Rächer waren sicher, dass Avidan Eichmann getötet hatte. Kovner glaubte es auch

– bis israelische Geheimagenten Eichmann 1960 in Argentinien aufspürten. Avidan selbst, so meinte Kovner, sei sich die ganze Zeit über nur zu 50 Prozent sicher gewesen, dass er wirklich Eichmann getötet hatte.²⁷

Michael Ben-Gal, der Hagana-Offizier, der für die Brigade zuständig war, billigte deren Aktionen nur widerstrebend. Er hielt Rache für wünschenswert und positiv und glaubte, dass jene, die sich an der Ermordung von Juden beteiligt hatten, den Tod verdienten. Doch ihm missfielen die «Guerilla-Methoden» der Operation. «Es war eine Guerilla-Operation, weil der jüdische Charakter zur Guerilla neigt, und der Charakter der Hagana-Männer, die aus Palästina kamen, wies mehr Guerilla-Anteile auf als nötig.» Wenn sie seine Zustimmung zur Liquidierung eines Menschen beantragten, verlangte er grundsätzliche Beweise für die Schuld des Betroffenen. Wenn sie das Opfer ohne Ben-Gals Zustimmung töteten, schloss er daraus, dass die Beweislage nicht eindeutig gewesen war.

Manche Racheakte waren in seinen Augen «reines Rowdytum». So versteckten sich zum Beispiel einmal mehrere Heckenschützen an einer Strasse und schossen auf alles, was sich bewegte. In mindestens einem Fall töteten sie aus Versehen eine Jüdin, die den Holocaust überlebt hatte. Um die Beseitigung der Leichname kümmerten sie sich nur ungern. Am liebsten liessen sie sie liegen, bis sie entdeckt wurden. Doch Ben-Gal fürchtete, dies könnte die Soldaten der Brigade in Gefahr bringen. Er verlangte, dass die Körper der Getöteten in nahe gelegene Seen geworfen würden, doch seine Anweisung wurde nicht immer ausgeführt. Darum beklagte er sich über einen Mangel an Disziplin.

Als Mann des Militärs verlangte Ben-Gal präzise Instruktionen, bevor gehandelt wurde. Einmal bat er Mosche Sharett um Richtlinien. Sharett erwiderte, Rache im Namen des jüdischen Volkes solle «die Bezeichnung Rache verdienen». Sie solle gegen ein prominentes Ziel gerichtet sein, um «Eindruck auf die ganze Welt zu machen, damit die Welt erkennt, dass jüdisches Blut nicht ungestraft vergossen wird». Ben-Gal kam zu dem Ergebnis, dass Abba Kovner und seine Gruppe

«mit ihrem besonderen Eifer» für die Mission besser geeignet waren als Soldaten der Brigade. Er sagte ihnen deshalb seine Hilfe zu.²⁸

Einige der Soldaten, die an den Racheakten teilgenommen hatten, wurden in den folgenden Jahren auf höhere Posten innerhalb der israelischen Armee befördert. Dazu gehörten Generale und ein Stabschef namens Chaim Laskov. Er gab Jahre später zu Protokoll: «Es waren keine ‚netten‘ Taten. Es waren Racheakte. Wenn man ehrlich ist, haben wir den Krieg verloren. Wir haben sechs Millionen Juden verloren. Keiner, der diese Orte nicht gesehen hat, die Konzentrationslager und Krematorien, kann verstehen, was sie uns angetan haben. Weil wir schwach waren und kein eigenes Land und keine Macht hatten, rächten wir uns. Nett war unser Verhalten keineswegs.» Insgesamt geschahen solche Racheakte allerdings nicht in grossem Umfang. «Ich muss leider sagen, dass wir nicht sehr viele liquidiert haben», erklärte Laskov.²⁹

Der Ruf nach Rache an den Nazis wurde während des Krieges in Palästina umso lauter, je mehr Informationen über die Ausrottung der Juden durchdrangen. In Slogans, Leitartikeln und Verlautbarungen verschiedenster Organisationen brachte die Presse häufig den Wunsch nach Rache zum Ausdruck. Dies ging einher mit dem etwas unglücklichen Versuch, die Nazis aufzuhalten. Der Krieg gegen die Nazis war «ein Krieg der Ehre und der Rache», und der Eintritt in die britische Armee war ein Akt, der «aufgestauten Zorn und wütenden Rachedurst» reflektierte.³⁰ «Es hätte jeden von uns treffen können», schrieb Haarez, «und wer gerettet wurde, dessen Leben ist dem Krieg und der Vergeltung geweiht. Kein Trauern und kein Weinen: Rache!» Einige Tage zuvor hatte die Zeitung geschrieben: «Man muss annehmen, dass kein Aufschrei die deutschen Mörder von ihren Taten abhalten wird. Doch die Mörder sollen wissen, dass die Rache folgen wird, wie geschrieben steht: ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn‘.»³¹ «Möge sich in Israel die Hand eines jeden erheben, um unsere Opfer zu rächen», forderte das Zentralkomitee des israelischen Schriftstellerverbandes.³²

Die Verteidigungsorganisation Ezel kündigte an, sie werde Rachebataillone zusammenstellen, die «die Tradition der Rache aus den Tagen Samsons Wiederaufleben lassen» werden, das heisst, die Tradition der blutigen Vergeltung. «Ezel im Lande Israel wird sich an den Deutschen rächen, wo immer sie sind... Ein eifernder und rächender Gott wird unsere Hilfe sein. Amen.»*³³

Als die Judenvernichtung ihren Höhepunkt erreicht hatte, veröffentlichte **Haolam**, das wichtigste Pressorgan der Zionistischen Weltorganisation, das damals in Jerusalem erschien, einen Artikel, in dem «wahre Rache» und «konkrete Vergeltung» verlangt wurden. Für jeden Juden, den die Nazis umbrachten, sollte ein von den Alliierten gefangener Nazi getötet werden. Der Ruf nach Rache löste heftige Reaktionen aus, was Mosche Kleinman, den Herausgeber der Zeitung, dazu bewegte, einen Meinungskonsens zu formulieren. Der Wunsch nach Rache, schrieb er, sei «zutiefst menschlich, wie jedes andere menschliche Gefühl». Doch, fuhr er fort, sei damit kein Aktionsplan verbunden. Der Wunsch reflektiere im Gegenteil eine abgrundtiefe Verzweiflung – «den verzweifelten Aufschrei der Elenden und Unterdrückten, derjenigen, die sich selbst nicht zu schützen vermögen, [die] vom Weltgewissen Vergeltung für ihr Blut und ihre Erniedrigung fordern und sich – zumindest in ihrer Vorstellungskraft – danach sehnen, ‚das Blut Deiner Diener gerächt zu sehen‘.» Hätten sie die Gelegenheit zur Rache, würden sie sie – so der Herausgeber der **Haolam** – nicht ergreifen: «Man kann mit grösster Gewissheit behaupten, dass nicht einer von uns, nicht

* Der Gott Israels wird in der Bibel als «Gott der Vergeltung» charakterisiert (Psalm 94,1), der seine Gegner vernichtet und seine Feinde ins Dunkel stösst (Nahum 1,2). Doch es gibt auch den Vers «Räche dich nicht und trage den Söhnen deines Volkes nicht nach, sondern liebe deinen Nächsten wie dich selbst (Leviticus 19,18). Der Midrasch löste diesen scheinbaren Widerspruch im Namen Gottes: «Ich schrieb in der Torah: ‚Räche dich nicht und übe nicht Vergeltung an den Söhnen deines Volkes‘, Ich aber räche mich an Ungläubigen und übe Vergeltung an ihnen» (Bereschit Rabbati 55,3). Die Gegner der Rache an den Nazis zitierten diese Interpretation, um ihre Behauptung zu stützen, dass die Vergeltung in den Händen des Himmels und nicht in den Händen der Menschen liege.

einmal jene, die unablässig nach Rache rufen, einen Schädel mit eigenen Händen spalten, Junge wie Alte zerstückeln, einer schwangeren Frau den Leib aufschlitzen würden... Nein, solche Dinge wurden von Juden noch nie getan und werden nie getan werden. Ein Jude ist dazu nicht imstande, selbst wenn er den ganzen Tag ‚Rache! Rache!‘ schreit.» Hier unterschied er zwischen dem einzelnen Deutschen und dem deutschen Volk: «Unter keinen Umständen würde ich einem Deutschen, der mir in die Hände fällt, den Schädel spalten. Doch ich bin bereit, dem deutschen Volk eine grenzenlose Last an Leiden und Qual aufzuerlegen, die es Hunderte von Jahren ertragen muss, bis seine schweren Sünden verzehrt und getilgt sind.»³⁴ Das Verlangen nach Rache sei eine starke Empfindung, wie Furcht und Glück und vielleicht auch wie Hunger und Durst, schrieb ein Kolumnist in Dawar, doch «der europäisch-jüdische Ethos stuft sie als niedrigen Instinkt ein, den man sich aus dem Herzen reißen sollte».³⁵ Die angemessene Reaktion auf die Verbrechen der Nazis, verkündete Haarez, könne kein einfacher Akt der Vergeltung oder Rache sein, sondern nur «eine vollständige und gerechte Bestrafung» nach einem Gerichtsverfahren.³⁶ Die sozialistische Mischmar stellte fest: «Die Rache für das vergossene jüdische Blut wurde grösstenteils von der Sowjetunion vollzogen», und zwar durch die Rote Armee und deren Kriegserfolg.³⁷

Pascha Reichman erinnerte sich später an seine Bemühungen, David Ben Gurion für den Rachedanken zu gewinnen. Ben Gurion hörte ihm nur wenige Minuten zu, dann entschied er: «Rache ist historisch gesehen etwas sehr Wichtiges, doch wenn wir sechs Millionen Juden zurückholen könnten, statt sechs Millionen Deutsche zu töten, wäre das noch besser.» Er verweigerte Reichmans Gruppe seine Unterstützung.³⁸ Im Jischuw bemühte man sich also während des Krieges vorwiegend, den Racheimpuls zu unterdrücken. Diese Tendenz verstärkte sich nach Kriegsende, als die unmittelbarste Aufgabe darin bestand, die Briha von Osteuropa in die amerikanische Besatzungszone in Deutschland zu unterstützen, um Grossbritannien zu einer Lockerung der Einwanderungsbeschränkungen zu zwingen. Die Rachephantasien der Holocaust-Über-

lebenden gehörten, wie der Holocaust selbst, in eine ganz andere, fremde Welt. Der Tod von Millionen Deutschen war für den zionistischen Kampf nutzlos. Ein Rachefeldzug hätte – wie die abenteuerlichen Aktionen der Haapala – im Gegenteil die Bemühungen der Jewish Agency torpediert, Wohlwollen und Unterstützung für ihr wichtigstes Ziel zu gewinnen – die Errichtung eines Staates.

Diese Tendenz setzte sich auch nach der Gründung des Staates Israel fort. Meir Argov, früher als Meir Grabovski Mitglied der Jüdischen Brigade und mittlerweile Knesset-Abgeordneter, zitierte während einer Debatte über die Beziehungen zwischen Israel und Nachkriegsdeutschland Chaim Nachman Bialik: «Nicht kann selbst die Hölle so grausig Verbrechen / Nicht Kindesblut rächen.» Es gebe keine Absolution für das Blut von Millionen Ermordeter, bestätigte Argov. Ein anderes Mal erklärte er in der Knesset, Hitler wäre entsetzt gewesen, hätte er gesehen, dass die israelische Fahne in Bonn weht. Das sei die wahre Rache, meinte er.³⁹ Selbst Menachem Begin, der die Opposition gegen Kontakte mit Deutschland anführte, gab zu, dass ein Rachefeldzug nicht mehr angemessen sei.⁴⁰ Die meisten Rächer behielten schliesslich ihre Geschichten lieber für sich. Manche liessen sich interviewen, jedoch unter der Bedingung, dass ihre Namen nicht erwähnt würden. Andere hinterlegten ihre Memoiren anonym in historischen Archiven. Die meisten zogen es vor zu schweigen, und es gibt keine Möglichkeit herauszufinden, was sie verbergen wollten – das, was sie getan hatten, sowenig es gewesen sein mag, oder die Tatsache, dass sie nicht allzuviel getan hatten. Manche benutzten die Anonymität, um ihre Phantasien schriftlich auszuleben. Ihr Vorhaben hatte sich als undurchführbar erwiesen und war vor allem moralisch zweifelhaft.

Letztendlich waren ihre Aktivitäten begrenzt und hinterliessen kaum Spuren. Daher erhielten die Rächer keinen Ehrenplatz in Israels Pantheon, in dem die Aufständischen aus den Ghettos, die Fallschirmjäger, die Waffenschmuggler und die Organisatoren der Briha und Haapala versammelt sind. Die Rächer betrachteten sich selbst als ausführenden Arm der Geschichte, doch die meisten zionistischen Führer empfanden

sie als Plage und hielten sie für politisch unberechenbar. Die Rächer wollten Gerechtigkeit; die politische Prominenz wollte den Staat. Die Rächer sprachen für die letzten Juden; die Zukunft gehörte den ersten Israelis.

Gegen Ende des Krieges wurde Miriam Weinfeld siebenzehn. In den Tagen vor der deutschen Kapitulation nahm sie am Todesmarsch von Auschwitz nach Bergen-Belsen teil. Ihre Seelenqualen – vor allem die Unfähigkeit, ihrer Mutter zu helfen – seien schwerer zu ertragen gewesen als die körperliche Tortur, sagte sie später. Die Zustände in Bergen-Belsen waren in den Wochen vor der Befreiung des Lagers schlimmer denn je. Miriams Mutter starb vor den Augen ihrer Tochter. Als die britischen Soldaten mit den Gasmasken erschienen, durch die sie sich gegen den Gestank von Zehntausenden von Leichen schützten, war Miriam Weinfelds erster Gedanke: «Leider sind sie zu spät gekommen.» Es gab nichts mehr zu retten.

Dann folgten die Hoffnung, der Hass, das Entsetzen und die mühsame Rückkehr ins Leben. Mehr als alles andere hoffte sie, ihren Bruder zu finden. Sie waren zusammen von zu Hause aufgebrochen, als er siebenzehn und sie vierzehn war, und irgendwo in den Wäldern um Lvov hatte sie ihn verloren. Ein Gedanke quälte sie unablässig: Warum hatte sie überlebt und er vielleicht nicht? Doch nach Bergen-Belsen, als sie wieder klar denken konnte, klammerte sie sich an die Hoffnung, dass er möglicherweise noch lebte. Ihre Erinnerungen machten ihr Mut – er war ein so gewandter, kluger Junge gewesen. Ja, vielleicht war er noch am Leben, warum auch nicht? Diese Hoffnung hielt sie in den ersten Tagen nach der Befreiung aufrecht. Alles andere war nicht sehr ermutigend: Sie wog weniger als 60 Pfund, hatte Tuberkulose, war kahl, und ihr Körper war von Geschwüren übersät.

Obwohl sie sich noch nicht wieder im Leben zurecht fand, glaubte sie,

dass die Zeit der Abrechnung gekommen sei. Rachedurst war ihr heftigstes Gefühl, und sie war der Ansicht, die Deutschen sollten ausgerottet werden. Alle – Frauen, Kinder, ohne Ausnahme. Etwas später wurde sie mit anderen Überlebenden zur Genesung nach Nordschweden geschickt. Dort entdeckte sie, dass das Leben weiterging, als wäre nichts geschehen: Gesunde Jungen und Mädchen ihres Alters gingen ordentlich gekleidet zur Schule. Dies versetzte ihr einen erneuten Schock. Sie hatte unbewusst angenommen, die Erde würde aufhören sich zu drehen, sobald Bergen-Belsen entdeckt war, doch alles ging weiter wie vorher. Die Schweden kümmerten sich sehr um das Wohlergehen der Überlebenden, doch Miriam Weinfeld fiel die Rückkehr ins Leben nicht leicht. Sie musste auf Papierbögen schlafen, erinnerte sie sich – kalt, ständig raschelnd, unmöglich, sich darin einzuwickeln. Neben ihr lag ein Mädchen, das hysterische Anfälle hatte, das Tag und Nacht abwechselnd weinte und lachte.

Miriam Weinfeld lebte ganz in ihrer eigenen Welt. Sie schrieb Gedichte auf Polnisch. Trotz ihrer Depression und der Gleichgültigkeit gegenüber ihrer Umgebung wollte sie hübsch sein. Sie wusste, dass sie wie ein wandelndes Skelett aussah, dass kein Mann sie wollte. Sie würde nie Kinder haben, vielleicht war sie überhaupt nicht imstande, Kinder zu gebären.

Später traf sie Hanan Jakobowitz. Er sprach nur Ungarisch, sie nur Polnisch. Eines Tages verletzte er sich an seinem Arbeitsplatz, einer Schreinerei, und zwei seiner Finger wurden abgetrennt. Sie kümmerte sich um ihn, und das brachte sie einander näher. Die Sprache ihrer Liebe war Deutsch, das sie in Auschwitz und Bergen-Belsen gelernt hatten. Im Lager wohnten Berater aus Palästina, die ihnen einen Traum boten – Leben in einem freien Land. Sie bekamen Einwanderungszertifikate. Daraufhin ging es ihr besser, doch die Angst war noch lange nicht überwunden; sie sehnte sich nach einem Neubeginn und fühlte sich gleichzeitig wertlos und unfähig, mit den Geschehnissen in der Welt zurechtzukommen. Auf dem Schiff nach Palästina begleiteten sie Berater aus dem Kibbutz Degania Bet. Sie waren nett, also zogen Miriam Weinfeld und ihr Freund dorthin.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1945 gelangten 90'000 jüdische Flüchtlinge von Europa nach Palästina.¹ Alle hatten die Nazi-Herrschaft erlebt, manche waren in Konzentrationslagern gewesen. In den folgenden drei Jahren kamen weitere 60'000 Überlebende und im ersten Jahr nach der Staatsgründung noch einmal an die 200'000.² Ende 1949 lebten nahezu 350'000 Holocaust-Überlebende in Israel – fast ein Drittel der Bevölkerung. Bei ihrer Ankunft sahen sie sich häufig vor eine schwierige Situation gestellt.

In den Bananenplantagen des Kibbuz im Jordantal war es sehr heiss, und das Leben, das Miriam Weinfeld und Hanan Jakobowitz führten, war hart. In den ersten Wochen schliefen sie im Freien unter Moskitonetzen. Bei Nacht versetzte sie das Heulen der Schakale nach Bergen-Belsen zurück. Die Erinnerungen und das Heimweh des Mädchens waren stärker als ihre Fähigkeit, sich an den Kibbuz anzupassen. Und der Kibbuz hatte mit privaten Kummernissen wenig Geduld: Den Mitgliedern wurde gesagt, sie sollten die Vergangenheit hinter sich lassen und sich in die Gruppe einfügen.

Miriam Weinfeld fühlte sich von den jungen Leuten in Degania Bet ausgeschlossen. Obwohl sie kein Hebräisch sprach, schmerzte sie deren Verhalten als Clique; sie glaubte Arroganz, zuweilen sogar Spott und Feindseligkeit zu spüren. Die älteren Mitglieder waren zugänglicher; sie versuchten, das neue Paar zu integrieren, doch sie wussten nicht, wie sie ihnen das Leben hätten erleichtern können. Das junge Mädchen entdeckte hinter ihrer Freundlichkeit Schuldgefühle, sogar Scham. Sie wollte, dass man ihr Fragen stellte; ihre Lebensgeschichte war das Einzige, was sie in ihre Beziehung zu dem neuen Land einzubringen hatte. Doch niemand fragte.

Vielen Überlebenden erschien das Erzählen ihrer Geschichte wie eine patriotische Pflicht. In den Monaten nach Kriegsende, berichteten sie, hätten sie sich gefühlt, als seien sie die letzten lebenden Juden, die letzten, die wussten, was in ihren Orten und Gemeinden geschehen war. Jeder und jede, glaubten sie, hatte die moralische und historische Pflicht, die Erinnerung an all die anderen zu bewahren. Doch das Bedürfnis, ihre Geschichte zu erzählen, zeigte auch deutlich, wie wichtig es für sie war, die überwältigende emotionale Last mit anderen zu teilen. Es war ein

sehr persönliches, individuelles Bedürfnis. Doch die Überlebenden entdeckten, dass die Menschen ihrer Umgebung ihnen oft nicht zuhören wollten oder konnten.

Häufig glaubte man ihnen ihre Geschichten einfach nicht. 1943 wurde in einem Zwangsarbeitslager, das die Nazis in der Nähe von Przemysl (Polen) errichtet hatten, ein siebzehnjähriger Gefangener namens Michael Goldman vor den Lagerkommandanten Franz Schwammerberger gebracht. Der Kommandant schlug mit einer Peitsche unablässig auf ihn ein, bis Goldman in Ohnmacht fiel. Als er zu sich kam, griff der Kommandant wieder zur Peitsche – achtzig Hiebe, bis Goldman zusammenbrach. Sein Rücken war zerfetzt und blutig, aber er war nicht tot. Er überlebte und kam nach Israel. Als er seinen Verwandten erzählte, was geschehen war, glaubten sie ihm nicht. Sie waren überzeugt, dass er sich das Ganze einbildete oder dass er übertrieb. «Dieser Zweifel war der einundachtzigste Schlag», sagte Goldman später. Die Geschichte wurde zu einem Symbol.* «Sie haben mir nicht geglaubt!», schrieb Yaakov Kurtz, der Ende 1942 eingewandert war. «Sie haben mir Fragen gestellt und mich ins Kreuzverhör genommen, als sei ich ein Verbrecher, der die Leute irreführen will.»⁴ Dies war die erste Schwierigkeit für die Überlebenden in ihrem neuen Land.

Miriam Weinfelds Weg in ein neues Leben im Kibbutz erwies sich als Sackgasse. Sie fühlte sich wie in einer Falle. Dann heiratete sie ihren Hanan. Sie feierten die Hochzeit bescheiden in einem Wohnwagen am See Genezareth. Jemand lieh ihnen einen Ring. Sie bekamen drei Geschenke: eine Tischdecke, eine Vase und eine Bibel. Es war nicht so, wie sie sich als Kind ihre Hochzeit vorgestellt hatte – damals, als nettes, polnisches Mädchen aus geordneten Verhältnissen. Was hätte ihre Mut-

* «Der einundachtzigste Schlag» wurde zum Titel eines bekannten Films, den Chaim Guri und Zako Ehrlich drehten. Fünfzehn Jahre nach seiner Errettung gehörte Michael Gilad (Goldman) zu denjenigen, die Adolf Eichmann verhörten, und er war bei dessen Hinrichtung anwesend. 1987 verhaftete die argentinische Polizei einen älteren Deutschen, der seit Kriegsende gesucht wurde. Sein Name war Franz Schwammerberger. Er wurde schliesslich an Deutschland ausgeliefert. Gilad, der damals eine leitende Position in der Jewish Agency innehatte, las in der Zeitung von der Verhaftung. «Ärgerlich, dass er so lange gelebt hat», kommentierte er.³

ter dazu gesagt? Nach der Zeremonie durchquerten Miriam und Hanan die Bananenplantage und gingen in den Nachbarkibbutz Beit Zera wo ihnen Verwandte ein Zimmer für die Nacht überliessen. Jahre später äusserte sie, sie hätte im Grunde zu früh eine Familie gegründet, bevor sie dazu eigentlich bereit war – vielleicht, bevor sie es wirklich wollte. Doch damals hatte sie keinen, den sie um Rat fragen konnte. Das erste Baby starb kurz nach der Geburt: Wieder stiegen Erinnerungen an die traumatische Zeit im Konzentrationslager in ihr auf.

Nach der Hochzeit zogen sie in den Kibbutz Ginegar um. Miriam fühlte sich auch dort nicht wohl, doch sie arbeitete, nahm am Gemeinschaftsleben teil, lernte zu schiessen und stand während des Unabhängigkeitskrieges Wache. Sie hatte den Eindruck, dass sie etwas zum Leben im Kibbutz beitrug, dass der Kibbutz ihr jedoch nicht ebensoviel zurückgab. Andere Mitglieder der Gruppe, die sie und ihr Mann beim Aufbruch aus Schweden verlassen hatten, gelangten nach Israel, nachdem sie auf einem Maapilim-Schiff gereist waren und zwei Jahre auf Zypern verbracht hatten. Diese Erfahrung hatte ihre Gruppenidentität gestärkt. Miriam und Hanan Jakobowitz gründeten mit ihnen zusammen auf dem Gebiet des ehemaligen arabischen Dorfes Tantura an der Küste den Kibbutz Nachscholim. Die zwei Jahre, die vergangen waren, seit sie die Gruppe zuletzt gesehen hatten, führten zu einer gewissen Entfremdung, doch ihr längerer Aufenthalt im Land verschaffte ihnen einen Vorsprung. Hanan Jakobowitz wurde Schatzmeister des neuen Kibbutz.

Nach einer Weile verliessen sie auch den Kibbutz Nachscholim und kauften eine winzige Wohnung in Neve Amal nahe Herzlia – ohne Türen, Türrahmen oder Fensterläden. Sie zählten nicht mehr als Jungverheiratete und erhielten deshalb nicht die Geschenke, die der Staat jungen Paaren gab – einen Dampfkochtopf, einen Besen und so fort. Neben ihnen wohnten Einwanderer aus dem Jemen und aus Persien, aber auch andere Holocaust-Überlebende, junge Paare im Existenzkampf. Man half einander. Sie duschten sich in Nachbarhäusern, wo es heisses Wasser gab. Jemand brachte ihnen ein paar Orangenkisten als Möbel. Sie hatten keine Verbindung zu den Alteingesessenen und kannten nur we-

nige Leute. Nach einer Reihe medizinischer und seelischer Komplikationen wurde Ronit geboren. Miriam Jakobowitz' erste Reaktion war: «Sie sieht aus wie Mama.» Plötzlich kam ihr der Gedanke, dass sie jetzt älter war als ihre Mutter zum Zeitpunkt ihres Todes. Etwas später bekam sie noch eine Tochter. Sie verdienten ihren Lebensunterhalt als Angestellte in der öffentlichen Verwaltung; sie arbeitete als Krankenschwester im Gesundheitskollektiv der Histadrut, er fand einen Job beim Geheimdienst. Ein paarmal schickte sie die Regierung ins Ausland, deshalb legten sie sich, wie offiziell gewünscht wurde, einen hebräischen Familiennamen zu. Vierzig Jahre nach Bergen-Belsen schreibt Miriam Akavia (ehemals Jakobowitz) Bücher, zumeist für Jugendliche, die auch in mehrere europäische Sprachen, unter anderem Deutsch und Polnisch, übersetzt wurden. Sie schreibt auf Hebräisch, aber sie hat ihren polnischen Akzent nie ganz verloren – immer noch ein wenig die Aussenseiterin, immer noch die Überlebende des Holocaust.⁵

Wie Miriam Akavia liessen sich Tausende von Holocaust-Überlebenden in den Städten, Dörfern und Kibbuzim des Landes nieder, dienten in der Armee, lernten Berufe, arbeiteten, heirateten, kauften Wohnungen, bekamen Kinder und sprachen Hebräisch mit ihnen – als Zeugnis des Lebenswillens, der ihnen geholfen hatte, den Krieg zu überstehen. Viele von ihnen wünschten sich sehr, Israelis zu sein, und nahmen deshalb die Bräuche und die Lebensart ihres neuen Landes an. Tausende gaben sich hebräische Namen; sie schufen sich sozusagen eine neue Identität.

In gewisser Weise war ihre Begegnung mit Israel ein triumphaler Neubeginn. Menschen, die in Auschwitz, Bergen-Belsen, Dachau und anderen Lagern, Ghettos und Verstecken kaum noch für die Welt existiert hatten, kehrten in Israel ins Leben zurück. Dies ist auch die Botschaft einer Begebenheit, von der die Zeitschrift Maariv Anfang 1949 berichtete. An jenem Tag ging Rivka Waxman in Haifa zum Einkaufen auf den Boulevard Herzl. Sie war erst vor kurzem aus Polen gekommen und hielt sich gerade ein paar Tage in Israel auf. In der Nähe des Orakinos fiel ihr plötzlich ein junger Soldat auf, der aus einem Jeep stieg und an die Kinokasse trat. Sie blieb wie angewurzelt stehen. «Chaim?» rief sie ungläubig. Der Soldat drehte sich um, und die beiden starrten

sich einige Sekunden lang an. Dann breitete die Frau, einer Ohnmacht nahe, die Arme aus und liess sich an die Schulter des jungen Mannes sinken. Sie war seine Mutter. Acht Jahre zuvor, als er vierzehn war, hatten sie sich zum letztenmal gesehen. Vor ihrer Begegnung auf der Strasse hatte Rivka Waxman geglaubt, Chaim sei im Holocaust umgekommen.⁶ Tausende waren wie die Waxmans von ihren engsten Familienangehörigen getrennt worden – in den Ghettos, durch die Deportationen, in den Vernichtungslagern und in den Wäldern –, und hier in Israel fanden sie sich wieder, durch Zufall oder durch Zeitungsanzeigen und nicht zuletzt durch die bewegende Radiosendung *Wer Weiss*. Sie standen nach ihrer Einwanderung auf der Schwelle zu einem neuen Leben.

Dennoch fiel ihnen der Anfang schwer, und wenn sie ihre frühere Identität beibehalten wollten, gerieten sie häufig in Konflikt mit ihrer neuen Heimat. Israel tat sich schwer mit ihnen und wollte sie verändern. Die Aufgabe, die sich die Führer des Landes stellten, bestand darin, den Überlebenden eine neue Persönlichkeit zu geben und ihnen neue Werte vermitteln. «Sie müssen Vaterlandsliebe, Arbeitsmoral und sittliche Werte erlernen», sagte ein Mapai-Führer, und ein anderer fügte hinzu, ihnen sollten die «grundlegenden Vorstellungen von Menschlichkeit» beigebracht werden. Einer meinte – ganz so, als handele es sich um eine riesige Teigmasse –, es sei notwendig, ihr «Äusseres in Form zu kneten». Bei einem Treffen des Mapai-Sekretariats hiess es, sie sollten «umerzogen» werden.⁷ Solche Aussagen liessen die stereotype Vorstellung vom «Überlebenden» erkennen, die von negativen politischen und gesellschaftlichen Urteilen durchsetzt war. Tatsächlich fürchtete sich die ansässige Bevölkerung vor persönlichen Begegnungen mit Überlebenden, die von körperlichen und psychischen Handicaps, Leid und Ängsten gezeichnet waren. Wie sollen wir nur mit ihnen Zusammenleben, fragten sie sich immer wieder – und ihre Befürchtungen waren berechtigt. Die Holocaust-Überlebenden kamen aus einer anderen Welt und waren bis ans Ende ihrer Tage deren Gefangene.

Vier Monate vor Kriegsende erschien Rozka Korczak in einem Kibbuz der Haschomer Hazair und berichtete den versammelten Mitgliedern von einem Ereignis, das sich im Dorf Punar nahe der Stadt Wilna

in Litauen zugetragen hatte. Nachdem die Deutschen alle Einwohner erschossen hatten, wurden die Leichen angezündet. Unter ihnen befand sich eine schwangere Frau. Als der Körper im Feuer heiss wurde, wurde das Baby aus dem Leichnam ausgestossen und verbrannte zusammen mit seiner Mutter. Korczak bezeichnete dies als eine «symbolische Tatsache» – nicht nur diejenigen, die am Ort waren, sondern auch deren Nachkommen waren zur Vernichtung verdammt.⁸ In der Tat kam die Befreiung für viele Holocaust-Überlebende zu spät, und es gelang ihnen nicht mehr, Fuss zu fassen. Vor allem in den fünfziger Jahren kehrten Tausende Israel wieder den Rücken.⁹ Viele brauchten, manchmal über Jahre hinweg, psychologische Hilfe. Der Alptraum ihrer Vergangenheit verfolgte sie ein Leben lang.

Sie schrieben Tausende von Büchern über jenen «anderen Planeten», den sie verlassen und doch nicht verlassen hatten, doch sie konnten letztlich nichts anderes tun als Grausamkeiten auflisten. Dieser Teil ihrer Geschichte war kommunizierbar. Der Rest blieb in ihnen verschlossen. «Selbst wenn man alle Dokumente studieren würde», hat Elie Wiesel gesagt, «wenn man sich alle Berichte anhören, alle Lager und Museen besuchen und alle Tagebücher lesen würde, käme man noch nicht einmal in die Nähe jenen Tors zur ewigen Nacht. Das ist die Tragik, die der Überlebende erkennt. Er muss eine Geschichte erzählen, die nicht erzählt werden kann. Er muss eine Botschaft überbringen, die nicht überbracht werden kann... In diesem Sinne hat der Feind ironischerweise sein Ziel erreicht. Da er das Verbrechen über alle Grenzen hinweg ausweitete und da es keine Möglichkeit gibt, diese Grenzen anders als durch Sprache zu überschreiten, ist es unmöglich, die ganze Wahrheit über seine Verbrechen mitzuteilen.»¹⁰ Miriam Weinfeld wurde manchmal gefragt, was die blaue tätowierte Nummer auf ihrem Arm bedeutete. Sie hatte den Eindruck, dass die Frage aus flüchtiger Neugierherausgestellt wurde und nicht dem Wunsch entsprang, die ganze Wahrheit zu hören. Deshalb wich sie ihr aus. Sie kannte Leute, die sich die Nummer chirurgisch hatten entfernen lassen. Sie selbst tat das nicht, doch sie verbarg sie möglichst vor Fremden und sah sie sich selbst nie an, lernte

die Zahlen nie auswendig. Michael Gilad erklärte seinem Sohn, es sei die Telefonnummer seiner Arbeitsstelle.

Während ihres Aufenthalts in den DP-Lagern vor der Reise nach Palästina konnten sich die Überlebenden leidlich erholen; bei ihrer Einwanderung waren sie nicht mehr die wandelnden Skelette, die die Alliierten in den Konzentrationslagern angetroffen hatten. Noch in Europa hatten sie Gelegenheit, zu Kräften zu kommen und sich über ihre Zukunft Gedanken zu machen. Sie wollten nichts lieber als zur Normalität zurückkehren. «Ihre Sehnsucht nach einem normalen Leben ist unbeschreiblich gross», kommentierte einer der Abgesandten aus Palästina.¹¹ Doch sie litten unter Ängsten, Alpträumen, Anfällen von Depression, Wut und Apathie; sie hatten Schwierigkeiten, sich zu konzentrieren und Beziehungen anzuknüpfen; sie misstrauten Fremden, waren verschlossen und sorgten sich ausserordentlich um ihre persönliche, wirtschaftliche und berufliche Sicherheit; sie taten alles für ihre Kinder und hegten grosse Pläne für sie.

Viele hielten ihr eigenes Leben kaum mehr für lebenswert und erzo-gen ihre Kinder entsprechend. Der Zweck ihres Daseins war allein auf das Wohlergehen und die Zukunft ihrer Kinder gerichtet. Viele bürdeten den Kindern die Erinnerung an den Holocaust auf, indem sie ihnen die Namen von Verwandten gaben, die darin umgekommen waren. Viele, vielleicht die meisten, konnten und wollten ihren Kindern aber nicht erzählen, was sie durchgemacht hatten, und die Kinder wagten nicht zu fragen, aus Angst, die Antwort würde ein schreckliches, bedrohliches Familiengeheimnis offenbaren. Die Schrecken des Holocaust konnten durch scheinbar unbedeutende Vorkommnisse oder Nachrichten unvermittelt ins tägliche Leben einbrechen, ausgelöst von unbedeutenden Ereignissen zu Hause, am Arbeitsplatz oder in den Nachrichten. Eine Krankheit, der Verlust der Arbeitsstelle oder ein Zwischenfall an der Grenze – all das versetzte sie wieder «dorthin». Für viele war die Vergangenheit noch Jahre nach Kriegsende schmerzhaft gegenwärtig.

Es gab jene, die ehrgeizig und hart wurden, die Leid zu ertragen und Krisen zu überstehen lernten. Andere gerieten schon bei den kleinsten Rückschlägen ausser Fassung. Viele hatten Angst vor Abhängigkeit,

Scheitern, Trennung. Sie waren häufig krank oder glaubten es zu sein. Viele wurden von Kummer und Zorn heimgesucht, von Gefühlen, die nie ein Ventil gefunden hatten. Sie schämten sich, dass sie sich gegen das, was ihnen angetan worden war, nicht hatten wehren können. Sie klagten ihre Eltern an, sie verlassen zu haben, und fühlten sich schuldig, weil sie überlebt hatten und ihre Angehörigen nicht. «Mein Gewissen quält mich», sagte ein Überlebender. «Ich habe Kinder unterwegs zurückgelassen, und sie sind den Deutschen in die Hände gefallen.»¹² Dieses Gefühl war sehr verbreitet. Obwohl die meisten Überlebenden ihr Leben dem Zufall verdankten und es keineswegs gegen ein anderes eingetauscht hatten, setzten ihnen Schuldgefühle zu. Diese Empfindung hatte häufig eine seelische und moralische Funktion: Sie überdeckte die Machtlosigkeit der Opfer. Sie gestattete ihnen zu glauben, sie hätten eine Wahl gehabt und sich für das Leben entschieden. Doch die Schuldgefühle hatten auch eine entgegengesetzte Funktion. Sie bewirkten, dass sich die Überlebenden einem humanistischen Ethos verpflichtet fühlten, das ihnen die Pflicht auferlegte, sich nachträglich dagegen zu wehren, dass man sie ihrer Menschenwürde berauben wollte.¹³ Die Wenigen, die Widerstand geleistet hatten, trugen nicht ganz so schwer. Sie neigten eher dazu, sich von den anderen Überlebenden zu distanzieren, und erlaubten sich sogar ein gewisses Mass an Hochmut. Doch auch sie quälten sich mit der Vorstellung, dass sie nicht genug unternommen hatten. «Hätten wir, als die Deutschen in Polen einmarschierten, die Gefahr gleich erkannt und gehandelt», sagte Zivia Lubetkin, «hätte vielleicht alles ganz anders ausgesehen».¹⁴ Im August 1949 machte der Generalstaatsanwalt den Justizminister auf den beunruhigenden Anstieg von Selbstmorden unter den Neueinwanderern – zu denen viele Holocaust-Überlebende gehörten – aufmerksam.¹⁵

Wie die Überlebenden, so wurde das ganze Land von einer emotionalen Krise geschüttelt. Tausende von Menschen, die vor dem Krieg nach Palästina gekommen waren, hatten Verwandte verloren und trauerten um sie. Viele quälten sich mit denselben Schuldgefühlen wie die Überlebenden. Hätten nicht sie anstelle ihrer Angehörigen sterben sollen? Es gab natürlich auch zahlreiche Helfer, die sich verpflichtet fühl-

ten, den Überlebenden beizustehen, als seien diese ihre verlorenen Eltern und Geschwister. Andere wiederum beschuldigten die Überlebenden indirekt, sie hätten auf Kosten ihrer Verwandten überlebt und seien an deren Tod mitschuldig. Simcha Rotem, ein Überlebender, schrieb: «Bei fast jedem Treffen mit den Alteingesessenen tauchte die Frage auf, wie wir am Leben geblieben sind. Sie wurde immer wieder gestellt und nicht jedesmal sehr taktvoll. Ich hatte das Gefühl, dass ich angeklagt wurde, weil ich noch lebte.»¹⁶

Die frühesten Einwanderer verbrachten ihre ersten Tage in Übergangslagern, bei späteren Einwanderern waren es Wochen und Monate. Dort erhielten sie von der Jewish Agency ihre Zuteilung für die «Grundbedürfnisse». Sie bekamen Bargeld, 7 bis 10 Liras (maximal 160 DM), die für das Notwendigste reichen mussten, solange die Einwanderer im Übergangslager oder in einer Unterkunft der Jewish Agency lebten und sich nach Arbeit und einer Wohnung umsahen. Dazu erhielten die Einwanderer Eisenbetten und Matratzen. Diese «Agency-Betten» wurden zu einem israelischen Symbol.

Bis sie eine Wohnung fanden, konnten die Einwanderer bei Verwandten wohnen. Doch solche Arrangements waren nicht immer einfach. Die Verantwortlichen klagten, dass wenige Israelis willens seien, Verwandte bei sich aufzunehmen. Manche Israelis legten den Neuankömmlingen nahe, der Jewish Agency zu verschweigen, dass sie Verwandte im Land hatten, damit die Agency die Verantwortung nicht auf die Familie abwälzen und sich um die Hilfeleistungen drücken könnte. Einmal wurde sogar eine landesweite freiwillige Kampagne propagiert, nach der jede Familie einen Einwanderer aufnehmen sollte. Ben Gurion hielt nichts davon. Er gab einem solchen Aufruf wenig Chancen auf Erfolg. Später wurde ein Sondergesetz diskutiert, das die Konfiszierung von Wohnraum für Einwanderer vorsah, doch es war klar, dass man mit Zwang nichts erreichen konnte, denn die Bevölkerung würde Wege finden, die Regierung zu täuschen.¹⁷ Tatsächlich lebten viele so beengt, dass es ihnen nicht möglich war, Verwandte bei sich unterzubringen.

Die Jewish Agency und andere öffentliche Körperschaften bauten Mietshäuser für die Einwanderer – pro Einheit ein Zimmer mit Küche.

Manche Wohnungen waren sogar spärlich möbliert. Doch das Tempo der Bautätigkeit hielt mit der Nachfrage nicht Schritt, so dass die Wohnungsknappheit von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr zunahm. Auch Arbeitsstellen standen nicht in ausreichendem Mass zur Verfügung; dasselbe galt für Schulen und Krankenhäuser.

Dieser Missstand war in erster Linie auf mangelnde Geldmittel zurückzuführen. Doch abgesehen davon hatte der Jischuw mit organisierter Planung ohnehin nicht viel im Sinn. Die Juden, die seit Jahrhunderten unter Fremdherrschaft gelebt hatten, hatten es gelernt, Gesetze zu umgehen und zu improvisieren, und diese Fähigkeit gehörte zum Selbstverständnis des Jischuw. Eines seiner führenden Mitglieder formulierte es so: «Wir müssen die Einwanderer nur hier und da hinwerfen, und sie werden schon irgendwie absorbiert werden.»¹⁸ Zudem war sich der Jischuw nicht sicher, ob wirklich viele Überlebende kommen würden; schliesslich waren sie auch vor dem Krieg nicht in Scharen herbeigeströmt, und es gab Hinweise darauf, dass das auch jetzt nicht geschehen würde. Warum also Häuser bauen, bevor sie da waren?

Dann brach der Unabhängigkeitskrieg aus, und Zehntausende von Häusern standen plötzlich zur Verfügung. Das war es, was Schaul Avigur das «arabische Wunder» nannte: Hunderttausende von Arabern flohen oder wurden aus ihren Häusern vertrieben. Ganze Städte und zahllose verlassene Dörfer wurden in kürzester Zeit von Neueinwanderern besiedelt. Im April 1949 waren es 100'000, die meisten von ihnen Holocaust-Überlebende.¹⁹ Es war ein dramatischer Augenblick im Krieg um Israel; doch er hatte auch eine furchtbar banale Seite, denn es ging vor allem um Häuser und Möbel. Freie Menschen – Araber – waren ins Exil gegangen und zu mittellosen Flüchtlingen geworden; mittellose Flüchtlinge – Juden – nahmen als ersten Schritt in ihrem neuen Leben als freie Menschen die Plätze der Exilierten ein. Eine Gruppe verlor alles, die andere fand alles, was sie brauchte – Tische, Stühle, Schränke, Töpfe, Pfannen, Teller, manchmal Kleider, Fotoalben, Bücher, Radios und Haustiere. Die meisten Einwanderer brachen ziellos, ungeordnet und ohne Erlaubnis in die verlassenen arabischen Häuser ein. Mehrere Monate lang durchzog das Land eine Welle der Raffgier; man handelte

nach dem Motto «wer zuerst kommt, mahlt zuerst».²⁰ Danach versuchten die Behörden, die Plünderungen zu stoppen und Häuser systematisch zuzuweisen, doch fast überall kamen sie zu spät. Die Einwanderer hatten sich auch arabische Geschäfte und Werkstätten bemächtigt, und manche arabischen Viertel sahen bald aus wie jüdische Städte im Vorkriegseuropa, mit all den traditionellen jüdischen Gewerben – Schneider, Schuster, Tuchhändler.

Bald jedoch verbreiteten sich unter den neuen Siedlern Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger. Die arabischen Ortschaften waren während des Krieges zum Teil zerstört worden, und die Versorgung funktionierte noch nicht. Es fehlte sowohl an Wasser wie an Strom, und das Abwasser floss durch die Strassen. Die meisten verlassenen Häuser mussten erst wieder instandgesetzt werden, weil sie im Krieg beschädigt oder ausgeplündert worden waren. Es gab weder Telefone noch Kliniken oder Schulen. In den Dörfern war die Lage etwas besser. Die Übernahme entlegener Dörfer durch jüdische Siedler kam den politischen Strategen entgegen, die eine grossangelegte Besiedelung des Landes wünschten.

Innerhalb weniger Monate nach Ende des Unabhängigkeitskrieges waren sämtliche arabischen Häuser besetzt. Gleichzeitig wurde die Situation in den Einwanderungslagern immer angespannter. «Wenn wir die objektive Situation – Unterbringung, Essen, Familienleben – in den DP-Lagern mit der Situation in unseren Lagern in Pardes Hannach, Benjamina oder an anderen Orten vergleichen», meinte Giora Josephthal, der Leiter der Einwanderungsabteilung der Jewish Agency, «sind die Bedingungen in Bergen-Belsen besser, denn dort leben 3'000 Menschen in einem Lager, das für 13'000 gebaut ist, und in unserem Lager, das für 8'000 gedacht ist, sind 10'000 Menschen zusammengepfercht.»²¹ Als er das im Dezember 1948 schrieb, lebten 22'000 Einwanderer in Übergangslagern. Wenige Monate später waren es schon 100'000, etwa die Hälfte davon Überlebende. In späterer Zeit dachte man, wenn man von bedrückender Enge in den Übergangslagern hörte, unwillkürlich an Einwanderer aus der islamischen Welt. Doch auch die Holocaust-Überlebenden hatten einen schweren Start. Hie und da wurden sie bevorzugt behandelt, doch im Allgemeinen durchliefen sie dieselbe Aufnahme-

zedur und dieselbe entwürdigende Massendesinfektion mit DDT wie alle anderen; sie ertrugen unerträgliche Enge, dürftiges Essen, stinkende Decken, türlose, oft nicht einmal voneinander abgetrennte Latrinen. Kein Wunder, dass die Neuankömmlinge den Mut verloren und voller Zukunftsangst waren.

Mitglieder der Jewish Agency, der Histadrut und der Mapai gaben sich häufig selbst die Schuld für die anhaltende Wohnungsnot der Einwanderer. Als die Monate vergingen und sich nichts änderte, erfasste sie ein Gefühl der Unzulänglichkeit und Verzweiflung. Sie beschrieben die Situation in den Lagern als «Verbrechen», «Katastrophe» und «pures Grauen» und beanstandeten zu Recht, dass die Parteiführung mit Ben Gurion an der Spitze das Wohlergehen der Einwanderer nicht als vorrangig behandelte. Ben Gurion antwortete, er fände leider nicht die Zeit, sich um die Eingliederung der Einwanderer zu kümmern. Er rügte seine Kollegen und ermahnte sie, die Einwanderer nicht zu verhättseln: «Menschen können jahrelang in Zelten leben», sagte er. «Jeder, der nicht im Zelt leben will, sollte nicht hierherkommen.»²²

Die Akten der Einwanderungsabteilungen bei der Jewish Agency, der Histadrut, den Stadtverwaltungen, der Mapai und anderen Parteien sind voll von Berichten über das Elend der Einwanderer. Die Mitarbeiter der Abteilungen nahmen die Vergangenheit der Antragsteller in Formulare auf und schrieben Briefe, mit denen sie individuell zu helfen versuchten. Sie notierten häufig nach dem Namen des Antragstellers den Namen der Konzentrationslager, in denen er oder sie Häftling gewesen waren, als seien diese das Herkunftsland. Der Holocaust sei Grund genug, ihnen zu helfen, liessen die Briefe verlauten. Doch wie alle Bürokraten hielten sich die Mitarbeiter streng an den Amtsweg und neigten zu der Auffassung, dass die Einwanderer zuviel verlangten. «Sie wollen, dass der Jischuw ihnen dieselbe soziale und berufliche Stellung gibt, die sie vor den Nazis hatten», beklagte sich der Verfasser eines Artikels in Haarez. Er hielt das für übertrieben.²³

Regina Hitter, «eingewandert aus Bergen-Belsen», war einunddreissig, als sie, verwitwet und mit einer kleinen Tochter, im September 1945 in Palästina eintraf. Sie wurde nach Haifa in ein Wohnheim für Einwan-

dererfrauen namens Beit Hahaluzot geschickt. Genia Schwadron, die Leiterin des Heims, schrieb für sie an die Einwanderungsabteilung der Jewish Agency in Haifa, die den Brief an ihr Hauptbüro in Jerusalem weiterleitete. «Die obengenannte Frau möchte sehr gerne einen Beruf erlernen», schrieb Schwadron – sie wollte Schneiderin werden. Schon in Belgien, nach ihrer Befreiung aus Bergen-Belsen, hatte sie darin eine gewisse Fertigkeit erworben. Das Büro der WIZO (Women's International Zionist Organization) hatte ihr eine Unterstützung in Höhe von 40 Lira (etwa 500 DM) zugesagt. Nun brauchte sie noch 50 Lira für ihren Lebensunterhalt, während sie den viermonatigen Kurs absolvierte. Die Histadrut hatte ihr 20 Lira bewilligt. Beit Hahaluzot bat nun für sie um einen Zuschuss von 30 Lira, der es ermöglichen würde, die Ausbildung zu beenden und einen ordentlichen Beruf auszuüben. Das erste Gesuch der Einwanderungsabteilung in Haifa an das Hauptbüro wurde am 11. November 1945 verfasst und trägt einen grossen, offiziell aussehenden Stempel sowie die Nummer 6253, Aktenzeichen E-914. In Jerusalem erhielt der Brief die Nummer 218/28 098. Drei Wochen vergingen. Jerusalem schickte einen Fragebogen nach Haifa. Haifa füllte ihn aus und schickte ihn nach Jerusalem zurück. Jerusalem fragte nach Details: Wer kümmerte sich derzeit um die Tochter? Wer zahlte für sie? Haifa antwortete. Regina Hitter hatte 22,5 Lira erhalten. Ihre Tochter wurde in einer Tagesstätte betreut. Jerusalem überprüfte diese Information und entdeckte in den Akten, dass Frau Regina Hitter noch 10 Lira zu bekommen hatte und 10 weitere für ihre Tochter. Wieder vergingen vier Wochen. Nun erhob sich die Frage, ob Genossin Regina schon einen Vorschuss bekommen hatte. Das war offenbar nicht zu klären. Jerusalem verfügte, dass sie weitere 10 Lira erhalten solle, die ihr «eine grosse Hilfe» sein würden. Danach sei die «Angelegenheit nicht mehr dringend». Die laufende Nummer für den Fall der jungen Frau war inzwischen bei 7142/5 / 405/914 angekommen. Hier endete der Schriftverkehr: Regina Hitter aus Bergen-Belsen war eine von Zehntausenden von Einwanderern, die versuchten, in einer der Städte Fuss zu fassen. Golda Meir nannte sie die «Verschwundenen» – keiner hatte sie zur Kenntnis genommen, niemand wusste, was aus ihnen wurde.²⁴ Ob Regi-

na Hitter den Rest des Geldes zusammenbekam oder nicht, ob sie ihr Glück in Israel als Schneiderin fand oder nicht, werden wir niemals erfahren. Vielleicht ist es ihr gelungen.²⁵

Ein Teil der Hilfe, die den Einwanderern zuteil wurde – z.B. Ausbildung, ärztliche Versorgung und Unterbringung – wurde auf der Basis der Parteizugehörigkeit gewährt. Die Parteien hatten spezielle Anlaufstellen für Einwanderer eingerichtet. Die Mapai, die die Einwanderungsbehörden kontrollierte, hatte am meisten zu gewinnen – aber auch zu verlieren. Die Diskussionen in den Parteigremien spiegelten eine grosse Nervosität hinsichtlich der Zukunft der Partei, aber auch ein Gefühl von nationaler Verantwortung. Wie zu erwarten war, flossen diese beiden Aspekte ineinander über. «Meiner Ansicht nach», schrieb der Leiter des Einwandererlagers Bnei Brak an die Mapai-Einwanderungsabteilung, «muss jeder Lagerleiter, der sich für das Wohl des Landes und der Partei interessiert, die Not der Einwanderer zu lindern suchen und soweit wie möglich ihre Wohnsituation verbessern; dies wird unweigerlich der Partei und der Regierung Sympathien einbringen, da sie für alles, was im Lande geschieht, verantwortlich gemacht werden.» Der Leiter von Bnei Brak wusste nicht recht, ob er Parteimitglieder bevorzugt behandeln sollte, «da das unsere Pflicht ist und der Grund, warum wir hierhergeschickt wurden», oder ob er Begünstigung vermeiden sollte, weil das dem Ansehen der Partei schaden könnte.²⁶

Die Frage war rhetorisch. In einer Zeit der Knappheit führte die Tatsache, dass die Betreuung der Einwanderer in den Händen von loyalen Parteigenossen lag, natürlich zu bevorzugter Behandlung und Ungerechtigkeit oder zu protekzia, wie es damals genannt wurde. In den Archiven der Arbeiterpartei befindet sich eine Akte mit Dutzenden von Kurzbriefen; darin bitten sich Mapai-Funktionäre gegenseitig, «unseren Leuten» zu helfen. Das System nannte sich «Notenwechsel».²⁷

Manchmal ging der Vermerk auf die Vergangenheit des Schützlings im Holocaust ein: «Der Überbringer dieses Briefes, Genosse Aharon Kutzik (Kamelnitzki), der die Kämpfe im Warschauer Ghetto überlebt hat und einer der Anführer des Aufstands war, sucht um eine Wohnung nach und verdient Unterstützung.»²⁸ Die meisten Briefe waren an ein

Sondergremium der Jewish Agency, den Funktionärsausschuss, gerichtet und ähnelten einander sehr: «Bitte genehmigt eine Wohnung für den Genossen Baruch Vinograd aus Polen. Der oben Erwähnte ist aktives Parteimitglied. Noch vor kurzem war er Mitglied des Zentralkomitees unserer Partei in Polen.» Aktive Mitglieder der zionistischen Parteien ausserhalb Israels genossen besondere Privilegien. Manchmal genügte es, wenn ein Neueinwanderer schon lange Parteimitglied war; in diesem Fall wurde er an den entsprechenden Ausschuss der Jewish Agency verwiesen: «Bitte genehmigt dem Genossen Schmuël Brenner, einem langjährigen Parteimitglied aus Polen, eine Wohnung im Raum Tel Aviv.» Diese Notiz war die eintausendsiebenhundertfünfzehnte ihrer Art.*²⁹

Am ix. Oktober 1932 stand ein Grüppchen deutscher Juden auf dem Bahnsteig des Anhalter Bahnhofs in Berlin. Sie wollten zwölf junge Leute verabschieden, die in das Jugenddorf Ben Schemen in Palästina aufbrachen. Alle waren sehr gerührt, die Eltern weinten. Einer der Anwesenden wandte sich an die Frau, die sich für die Ausreise der Jugendlichen eingesetzt und alle Formalitäten erledigt hatte, und sagte: «Frau Freier, dies ist ein historischer Augenblick.» Sechzehn Wochen später waren die Nazis an der Macht; rückblickend mussten die jungen Leute erkennen, dass Recha Freier ihnen das Leben gerettet hatte.³¹ Bis zum Ausbruch des Krieges ermöglichte die Organisation, die sie aufgebaut hatte, 5'000 Kindern und Jugendlichen die Ausreise aus Deutschland.

* Es ist fast unmöglich, genau zu bestimmen, welche Parteien letztlich von den Einwanderern unterstützt wurden. Sogar eine Auswertung der Wahlergebnisse liefert nur Material für Spekulationen. Etwa 200'000 Wähler beteiligten sich 1944 an den Wahlen zur Delegiertenversammlung. Die Mapai erhielt 36 Prozent der Stimmen. In den Wahlen zur ersten Knesset im Jahre 1949 waren es schon mehr als 400'000 Wähler; wieder erhielt die Mapai 36 Prozent. An den Wahlen zur zweiten Knesset im Jahre 1951 beteiligten sich fast 700'000 Wahlberechtigte, und 37 Prozent stimmten für die Mapai. Die anderen politischen Blocks behielten ebenfalls mehr oder weniger ihren Stimmenanteil. Die meisten Neuwähler waren Einwanderer aus Europa und Überlebende des Holocaust. Man kann daraus wohl folgern, dass sie ein ähnliches Wahlverhalten zeigten wie der Rest der Bevölkerung.³⁰

Während des Krieges waren es weitere 10'000, und zwischen Kriegsende und der Gründung des israelischen Staates gelangten noch einmal 15'000 junge Menschen nach Israel – insgesamt also 30'000.³²

Das Programm nannte sich Ali j at Hanoar oder Jugend-Ali ja (Einwanderung). Die meisten Kinder kamen ohne ihre Eltern; viele waren Waisen. Recha Freier, die Frau eines Rabbiners, die sich für Musik und Folklore begeisterte, umgab den Beginn der Operation mit einer verklärenden, mystischen Aura. Die ersten Teenager, die sie um Hilfe gebeten hatten, wurden «ihr gesandt», so sagte sie gerne, als habe das Schicksal sie in ihre Obhut gegeben. Sie vereinte in sich humanistische Ideale, himmlische Visionen, organisatorisches Geschick und Tatkraft; dabei wirkte sie zerbrechlich, fast durchsichtig, und war doch hart wie Stein.

«Eines Nachts», schrieb sie in ihren Erinnerungen, «wurde ich von einer einfachen und klaren Idee erleuchtet, der Lösung des Problems: Die Kinder müssen nach Palästina gehen, in die Siedlungen der Arbeiterbewegung, wo man ihnen das Rüstzeug für Arbeit und Leben geben würde.»³³

Doch die Alij at Hanoar war in erster Linie eine Rettungsorganisation, und sie schickte Kinder und Jugendliche nicht nur nach Palästina, sondern auch in andere Länder Europas. Die Organisation vermied illegale Aktivitäten und sorgte dafür, dass die jungen Einwanderer gültige Papiere hatten. Sie investierte viel in die Bildung – insbesondere die Berufsausbildung – ihrer Schützlinge und legte weniger Wert auf die von den Zionisten bevorzugte landwirtschaftliche Schulung. Einige Mitglieder der Alijat Hanoar waren in der liberalen Atmosphäre des deutschen Judentums aufgewachsen – Jecken, die kulturell im Jischuw eine Aussenseiterposition innehatten. Die Akten in den Archiven der Organisation zeugen von echtem Mitgefühl und von aufrichtigen, recht bürgerlich anmutenden Bemühungen um das individuelle Wohlergehen der jungen Schützlinge, und zwar nicht nur in den Kibbuzim. Die Mitglieder der Alijat Hanoar kannten die Biographie jedes und jeder Einzelnen und waren oft persönlich mit den Jungen und Mädchen bekannt. «Der Junge mag wohl alles bekommen, was ihm zusteht», schrieb ein Helfer an einen anderen, «aber wir haben jetzt entdeckt, dass er dringend

ein zweites Paar Sandalen benötigt – aus zwei Gründen: Erstens sind seine alten Schuhe zu klein und drücken ihn an den Füßen. Zweitens aus Gesundheitsgründen – er schwitzt heftig.»³⁴ In einer anderen Akte findet sich ein ähnlicher Eintrag: «Wir haben Mosche ein Paket geschickt. Das Paket enthält einen Regenmantel und Stiefel. Die Stiefel sind ihm zu klein, aber wir haben keine andere Grösse, deshalb solltet Ihr sie im Laden gegen grössere eintauschen. Wir versprechen, dass wir jeden Preisunterschied bezahlen.»³⁵

Oft verfolgten die Mitarbeiter von Alijat Hanoar noch jahrelang den Weg der Kinder, die ihrer Fürsorge nicht mehr bedurften. Ein junger Einwanderer ging nach einiger Zeit zur Armee. 1952 desertierte er, wurde verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt. Der Direktor von Alij at Hanoar schrieb an den kommandierenden General und erklärte, der Fall des Jungen sei typisch für Holocaust-Überlebende. Auch wenn er einen Personalausweis besitze, so wurde in dem Brief erläutert, sei man sich seines Namens und Alters keineswegs sicher; möglicherweise sei er nicht einmal alt genug für die Armee. «Er weiss fast nichts über sich. Und er hat keinen einzigen Angehörigen oder Beschützer auf der Welt», schrieb der Direktor von Alijat Hanoar an den General. «Sie müssen dafür sorgen, dass diese Frucht des Holocaust nicht zwischen den Mühlsteinen des Lebens zerquetscht wird.» Die Armee gab dem Ersuchen statt. Der Deserteur wurde zu einer anderen Einheit überstellt.³⁶ Alijat Hanoar wurde später zu einer Unterabteilung der Jewish Agency. Recha Freier wurde in Ehren aus dem Projekt, das sie begründet hatte, entlassen und durch Henrietta Szold ersetzt. Mit der Zeit löste sich die Organisation von der Sorge um das individuelle Wohlergehen der einzelnen Kinder und betonte immer stärker ihren Beitrag zur Verwirklichung der zionistischen Vision. Ein Mitglied forderte das Festhalten an einer «nationalen Siedlungspolitik» und behauptete, Alijat Hanoar sei im Grunde keine Rettungsoperation. «Uns motivieren nicht nur humanitäre Erwägungen», sagte er, als seien diese minderwertig. «Das Bildungsziel von Alijat Hanoar», erklärte einer ihrer Führer, «ist es, Jugendliche für das Leben in einer landwirtschaftlichen Siedlung auszubilden, und nicht, sich um Individuen zu kümmern, die sich nicht anpassen wollen.»³⁷

Sechs von sieben Kindern des Programms wurden in Kibbuzim geschickt. Die kleinen Kinder gingen zur Schule. Waren sie fünfzehneinhalb geworden, mussten sie den halben Tag arbeiten und vier Stunden lang lernen. Viele konnten sich nur schlecht an die Arbeit gewöhnen; sie waren einfach zu schwach.

Die Kibbuzniks versuchten, den Holocaust-Kindern zu helfen, so wie sie sich eine angemessene Hilfe vorstellten: Sie versuchten, die Vergangenheit der Kinder auszulöschen, ihr Anderssein zu ignorieren und ihnen beizubringen, bessere Menschen zu werden – das hiess Israelis. Sie brachten den Kindern Hebräisch bei, erzählten ihnen von Zionismus und Sozialismus, organisierten Ausflüge und Spiele für sie. Ein Berater namens Zwi notierte im Tagebuch seine ersten Eindrücke: «Die Kinder sind durchdrungen von Hass auf Russland, auf die rote Fahne, auf den Sozialismus. Sie wollen nichts vom Kibbuz hören, weil es sie an die Kolchose erinnert.» Er machte es sich deshalb zur Aufgabe, bei ihnen Sympathie für den Kibbuz zu wecken. Das Problem war, schrieb er, dass die Kinder über die Beziehung zwischen Individuum und Gesellschaft «nicht in der richtigen Weise dachten». Die Welt, aus der sie kamen, hatte sie nicht auf ein Leben in Gemeinschaften vorbereitet. Sie hatte sie im Gegenteil mit stark individualistischen Zügen ausgestattet. In der Zwischenzeit stand Zwi vor einem Problem, das er kaum lösen konnte. Die Kinder misstrauten ihrer Umgebung. Sie wollten nicht arbeiten. Sie nahmen sich gegenseitig Essen weg und versteckten es unter ihren Matratzen. Von ihrem Berater wurden sie als «korrupt» bezeichnet. Sie wollten alle Sonnenbrillen; vielleicht litten sie unter dem, was Aharon Appelfeld später als «blendendes Licht» beschrieb. Der Berater betrachtete das als Teil ihrer Fremdheit. Viele warteten ständig auf Briefe von ihren Verwandten, und wenn keine kamen, weinten sie. Hysterische Anfälle waren nicht selten. «Ich mag sie kaum ansehen», notierte Zwi in sein Tagebuch. «Die Verteilung von Kleidern ist immer problematisch. Sie wollen hübsche neue Sachen und Schuhe, die ihnen ganz genau passen. Wir sind solche Forderungen von Kibbuzkindern nicht gewöhnt.»³⁸

Die Kinder seien klein für ihr Alter, vermerkte ein anderer Berater – unabhängig, frühreif, egoistisch und unsozial.³⁹ Sie brachten die Schre-

cken ihrer Vergangenheit mit und zwangen sie dem Kibbuz auf. Eine Beraterin schilderte in einem Brief ein erschreckendes Spiel, das sie bei vierzehnjährigen Mädchen beobachtet hatte. Sie schaufelten ein kleines Grab, schmückten es mit Blumen und begruben eine Puppe.⁴⁰

Neun von zehn Kindern waren von Zuhause geflüchtet, die meisten mit ihren Eltern. Sechs von zehn hatten auf ihren langen Irrwegen den Kontakt zu mindestens einem Elternteil verloren. Neun von zehn hatten gesehen, wie ihre Eltern, Brüder und Schwestern geschlagen oder gefoltert wurden. Viele hatten ihre Eltern und Geschwister an Krankheiten, Hunger oder Kälte sterben sehen. Sie hatten erlebt, wie ihre Familien zu Tode geprügelt, erschossen, verbrannt oder in Flüssen ertränkt wurden. Ein Viertel der Alijat-Hanoar-Kinder war in Konzentrationslagern gewesen. Viele waren von Fremden aufgenommen, manche von ihnen misshandelt worden. Eine grosse Anzahl von ihnen stand ganz allein in der Welt. Als sie Jahre später befragt wurden, beteuerten 80 Prozent von ihnen, sie hätten vor dem Holocaust eine glückliche Kindheit verlebt. Sie waren in bürgerlichen Häusern aufgewachsen, ihre Eltern hatten als Kaufleute oder in gehobenen Berufen gearbeitet. Sie hatten zu Hause die jeweilige Landessprache gesprochen; nur eine Handvoll konnte Hebräisch. Acht von zehn Kindern waren im Alter von sieben bis siebzehn Jahren nach Palästina gekommen; über die Hälfte war bereits zwischen zwölf und siebzehn.⁴¹ Ihre Akten vermitteln ein eindrückliches Bild von ihnen, das gekennzeichnet ist von Melancholie und Depression, von gestörten zwischenmenschlichen Beziehungen, von Einsamkeit, Lernschwierigkeiten, Alpträumen, Ängsten, Stottern, Bettnässen, Nägelbeissen, Tiermisshandlung und anderen Anzeichen innerer Qualen.

Mehrere hundert Kinder wurden zwecks psychologischer Begutachtung in ein Jerusalemer Institut geschickt. Einige der Psychologen kamen aus den Vereinigten Staaten und sprachen nur Englisch, andere nur Deutsch. Alle waren orthodoxe Freudianer. Sie diagnostizierten «Ödipus-Komplexe», «Minderwertigkeitskomplexe», «schwaches Selbstbewusstsein», «latente Homosexualität» und so fort. Ihre Diagnosen waren häufig impressionistisch: «Er wirkt wie ein tembel (Schwachkopf)

und sieht aus wie ein grosser Teddybär», schrieben sie über einen Jungen, während es von einem anderen hiess, er verübe «jede Menge sadistischer Streiche» und er sei «gutmütig, aber schwer von Begriff, wie Lenny in dem Buch Von Mäusen und Menschen». Über ein Kind wurde gesagt, es zeige «eine übermässige Bindung an seine Mutter»; die Mutter war im Krieg umgekommen. Ein anderes war «gestört», weil es zuviel Polnisch sprach.⁴² Ein Junge, fanden sie, sei «stark behindert in seiner Fähigkeit zuzuhören», worauf in einem Nebensatz die Bemerkung folgte, dass sie leider mit dem Kind nicht hatten sprechen können, weil es nur Ungarisch verstand.⁴³

Die Kibbuz-Berater, die sich in diesem Bereich nicht auskannten, beschreiben ihre Schützlinge häufig als «zurückgeblieben», «gestört» und «verhaltensauffällig». In einem Fall war der Grund für diese Einschätzung, dass sich ein Junge nicht für Landwirtschaft und Tiere interessierte. Ein anderer Junge wurde als «hysterischer Typus» gesehen, weil «Yosef an seinen Lebensstandard extreme Ansprüche stellt und ihn ständig mit dem hohen Standard im Haus seiner Eltern vergleicht». Eine Gruppe junger Leute aus Deutschland, die alle 1934 geboren waren, wurden immer nur als «die Deutschen» bezeichnet: «Besteht überhaupt Hoffnung, diese jungen Leute zu erziehen, in denen die Erziehung der Nazis so offensichtlich nachwirkt?»⁴⁴ Ein anderer Berater beschrieb den typischen Schützling – offenbar mit einer gewissen Portion Selbstironie: «Seine Augen sind nicht geöffnet, um zu sehen, und seine Ohren sind nicht bereit zu hören und zu lernen. Er nimmt die Hand nicht, die sich ihm entgegenstreckt, und auch nicht die Freundschaft, die sich ihm bietet. Er kommt mit zusammengebissenen Zähnen und einem verschlossenen Herzen, die Augen zu Boden gerichtet, nur zu kurzen, störrischen Seitenblicken erhoben; manchmal versprüht er Zynismus über das, was uns heilig ist, selbst über unsere ausgestreckte Hand. Weder Romantik noch Schönheit erregen ihn, weder der Prophet Amos noch die Landschaft, die ihn umgibt.»⁴⁵

Die Begegnung zwischen den Kindern des Holocaust und ihren israelischen Beratern erschien als «totaler Krieg zwischen dem Alten und dem Neuen», als mythischer Kampf zwischen den Söhnen des Lichts

und den Söhnen der Finsternis. Das Ziel war «die Gestaltung einer neuen jüdischen Pionierpersönlichkeit aus den Elementen von Chaos, Deformation und spiritueller wie physischer Kastration.» Es ging in diesem Kampf um «einen vollständigen Wertewechsel: das Zerbrechen kränklicher und egoistischer Gewohnheiten, Konzepte, Moralvorstellungen und die Durchsetzung positiver Werte». ⁴⁶ Im Allgemeinen lebten die Neuankömmlinge nicht mit den anderen Kibbuzkindern zusammen. Doch wenn sie den Wechsel und die Anpassung schwierig fanden – oder sich nicht anpassen wollten –, galten sie als «abweichend», «regressiv» und «undankbar». Wenn sie die Rahmenbedingungen der Kibbuzerziehung kritisierten, wurden sie «Nihilisten» und «Relativisten» genannt. ⁴⁷ Die Akten der Alijat Hanoar zeigen auch, dass die Zukunftswünsche der jungen Leute und die Erwartungen des Kibbuz nicht zueinander passten. Viele wollten studieren. Der Kibbuz wünschte, dass sie arbeiteten; man befürchtete, sie würden in die Städte abwandern, wenn man sie einen Beruf erlernen liesse.

Einmal baten drei Jungen darum, aus der Landwirtschaftsschule Ajanot in eine Berufsschule überwechseln zu dürfen. «Wir sind jung», schrieben sie. «Es gibt niemanden, der uns hilft, und nur Sie können uns helfen, weil wir keinen anderen Weg wissen, und wir wenden uns an Sie, weil wir keinen anderen kennen. Unsere Eltern sind in den Lagern von Transnistrien geblieben, und Sie nehmen für uns ihre Stelle ein.»

Jemand im Hauptbüro argwöhnte eine Meuterei. «Natürlich haben wir nicht die Absicht, auf ihre Anfrage zu antworten, zumal sie die Form einer kollektiven Forderung aufweist», schrieb ein Funktionär an einen Kollegen, von dem er die Ansicht der Landwirtschaftsschule hören wollte. Die Jungen seien notorische Drückeberger, antwortete der Kibbuz, «sie rauchen!» In der Zwischenzeit wurden sie herbeizitiert, um eine «Erklärung» abzugeben, was damit endete, dass sie zugaben, ihr Wunsch nach einem Beruf sei ein Irrtum gewesen. Um ganz sicherzugehen, schlug Ajanot vor, sie zu trennen. Zwei wurden an einen anderen Ort gebracht. ⁴⁸

Ähnliches ereignete sich in Giwat Chaim. Eine Gruppe von Jungen bat, nach Kfar Vitkin versetzt zu werden, um dort an der ORT Berufs-

schule Metallverarbeitung zu erlernen. Viele andere Jugendliche hatten sich schon um eine Aufnahme beworben, und es war unmöglich, sie alle zufriedenzustellen. Doch diesmal hatte die Ablehnung, wie zu erwarten, auch ideologische Hintergründe. Das ORT-Schulsystem bot den Jungen die Chance, den Kibbuz zu verlassen und sich als Handwerker in den Städten ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Ein Funktionär kommentierte:

«Es gibt neuerdings Strömungen innerhalb des Jischuw, die den Vorrang von Landwirtschaft und kooperativer Erziehung in Zweifel ziehen... Wenn ein junger Mensch in der Alijat-Hanoar-Bewegung ausgebildet wird, lernt er notgedrungen, Brücken hinter sich zu verbrennen. Bisher haben wir ihnen beigebracht, die Brücke zu einem sozialen Umfeld, in dem ein gehobener Beruf als wichtigstes Element gilt, abzubrechen. Wenn sie erkennen, dass ihnen der Weg zu einer Berufsausbildung offensteht und sie der Schwierigkeiten enthebt, sich an das... Landleben anzupassen, werden sie sich zu keiner moralischen Anstrengung verpflichtet fühlen... und es wird keine psychologische Revolution geben... Sie werden denken, dass es allein dadurch, dass man einen Beruf ausübt, möglich ist, ein guter Bürger des Landes zu sein, und sie werden sich damit begnügen.»

Doch dann, so scheint mir, werden wir nicht mehr sein, was wir heute sind.»⁴⁹

Vierzig Jahre später gaben die meisten Absolventen des Alijat-Hanoar-Programms dem Projekt gute Noten. Sie lobten ihre Lehrer und Berater, viele hielten noch Kontakt zu ihnen. Sie sagten, die Erziehung, die sie genossen hatten, habe in ihnen ein Gefühl der Zugehörigkeit erzeugt und ihr Weltbild als Israelis geformt. Wenn man die statistischen Daten ihres Lebens mit denen einer israelischen Kontrollgruppe vergleicht, zeigt sich, dass wenige von ihnen nach ihrem Militärdienst Offiziere wurden oder freiwillig bei der Armee blieben. Sie stellten weniger Manager und Akademiker als die Kontrollgruppe, aber die Daten deuten darauf hin, dass ihr Leben in stabilen Bahnen verlief – es gab wenige Umzüge oder Stellenwechsel. Neun von zehn gaben an, ihre Ehe sei in Ordnung. Ihre Kinder lebten meist in der Nähe und hielten engen Kon-

takt.⁵⁰ Ihre Lebensgeschichten zeugten von grossen Umwälzungen. Der Junge, der mit seinem Vater in die Donau geworfen worden war, wurde leitender Ingenieur in einer Fabrik in Galiläa. Der Junge, der als Sozialer bezeichnet worden war und aus dem Programm hinausgeworfen werden sollte, wurde Oberstleutnant der Armee. Der Junge, dessen Akte den Vermerk enthält, er vermittele «den Eindruck, zurückgeblieben zu sein», wurde Schuldirektor. Dies war der israelische Traum.⁵¹

Die Fähigkeit und Bereitschaft der Kibbuzim, die Überlebenden zu integrieren, hing von deren Fähigkeit und Bereitschaft ab, sich zu verändern. Wenn sie so bleiben wollten, wie sie waren, mussten sie sich nach einer offeneren und toleranteren Gemeinschaft umsehen. Die Rahmenvoraussetzungen des Kibbuz verlangten, dass sich jedes Mitglied einem bestimmten System von Werten, Normen und Empfindlichkeiten anpasste; auf individuelle Bedürfnisse und persönliche Traumata konnte der Kibbuz nicht eingehen. Ihr ideologisches und soziales Elitebewusstsein veranlasste die Kibbuz-Bewohner, auf persönliche Bequemlichkeiten zu verzichten und mit ihrem Geld die Neueinwanderer zu unterstützen. Doch sie forderten auch, dass die Neuen ihr vergangenes Leben opfern, ja geradezu anprangern mussten und dass sie willens waren, die moralische Überlegenheit der Kibbuz-Lebensweise anzuerkennen.

Die Kibbuzniks brauchten neue Mitglieder für den Aufbau und die Stärkung des ökonomischen und politischen Status ihrer Bewegung. Aus diesem Grund kämpften sie um ihr Recht, Einwanderer aufzunehmen. Gelegentlich «kidnapten» sie sogar Einwanderer aus anderen Kibbuzim. Der Kibbuz Giwat Brenner beispielsweise protestierte bei der Histadrut, dass jemand in den Einwandererlagern «wilde Gerüchte» über ihn verbreite und dass auf Grund dessen eine Gruppe von Einwanderern, die er angefordert hatte, von Degania «geschnappt» worden sei.⁵² Die Mapai-Führung bezeichnete die Erstarkung der Kibbuzim als «Herzenswunsch» der Partei und gab ihrer Sorge Ausdruck, dass sich zu wenige Einwanderer den Kibbuzim anschliessen könnten.⁵³ «Die grösste Tragödie dieser Einwanderungswelle ist es, dass die Siedlungsbewegung von ihr nicht gefördert wird», bemängelte ein Politiker. «Wir

wissen, dass dieser Einwanderungswelle eine [gute] Einstellung gegenüber der ländlichen Besiedlung fehlt, doch wenn wir ein- oder zweimal an das Herz des Einwanderers appellieren, wenn wir ihm die Tatsachen zeigen, dann wird er – soweit er sich aktiv an die Gegebenheiten des Landes anpassen will – folgern müssen, dass es für ihn zwingend notwendig ist, sich einer Siedlung anzuschliessen.» Das sei nicht genug, entgegnete Schmueel Dajan und schlug vor, Einwanderer in landwirtschaftliche Siedlungen zu «zwingen». «Was ist so schrecklich daran?» fragte Mosche Dajans Vater. «Wir schicken sie schliesslich nicht nach Sibirien.» Die Einwanderungsabteilung der Histadrut liess sich alle möglichen administrativen Schliche einfallen, um Einwanderern das Verlassen eines Kibbuz zu erschweren.⁵⁴ 1949 spielte David Ben Gurion mit der Idee, Einwanderer unter militärischer oder «paramilitärischer» Aufsicht zu Arbeitseinsätzen in Entwicklungsprojekte zu schicken, um das «demoralisierende Material» unter ihnen loszuwerden und ihnen grundlegende Fertigkeiten, hebräische Sprachkenntnisse und «nationale Disziplin» zu vermitteln und um «soziale Zellen» für landwirtschaftliche Siedlungen zu schaffen. Der Plan, der nie umgesetzt wurde, gab Anlass zu vielen Diskussionen. Acht von zehn Israelis erklärten 1949 bei einer Meinungsumfrage, die Konzentration von Einwanderern in den Städten gefährde die ökonomische und soziale Struktur des Landes; neun von zehn meinten, die Einwanderer sollten in landwirtschaftliche Siedlungen «umdirigiert» werden, und etwas mehr als die Hälfte forderten, sie sollten zur Not den Siedlungen «unter Zwang» zugewiesen werden.⁵⁵ Man warf den Einwanderern oft vor, dass sie sich weigerten, Bauern zu werden. «In die Stadt, in die Stadt» wurde in einem Artikel der Zeitung *Haarez* gehöhnt, «dorthin, wo die Lichter der Cafés winken und die Filmplakate locken.» Die Zeitung behauptete, die Einwanderer nähmen «die Verpflichtung nicht ernst, die sie vor ihrer Einwanderung eingegangen sind», und beschuldigte sie, keine «persönliche Verantwortung für das Wagnis des Zionismus» zu empfinden.⁵⁶ Damals lebten allerdings etwa 90 Prozent aller Israelis in den Städten. Die Kibbuzniks verstanden sich als soziale Elite Israels und als ideologische Vorhut des Zionismus. Ihr Engagement für die nationale Revolution brachte es mit

sich, dass sie persönlich Verantwortung übernahmen. Deshalb zahlten sie den Neumitgliedern Unterbringung, Essen, Kleidung und manchmal Reisekosten und medizinische Versorgung. In jenen Tagen hatten die Kibbuzim noch nicht die ökonomische Spitzenstellung erreicht, die eine Generation später eintrat, und die Einwanderer waren eher eine Belastung. In Ein Charod kümmerten sich Mitglieder nach ihrer regulären Arbeitszeit freiwillig um die Neuankömmlinge und nahmen oft monatelang Pflegekinder bei sich auf. In Schaar Haamakim stellten die Mitglieder den Einwanderern ihre eigenen Räume zur Verfügung. Sie selbst schliefen so lange unter freiem Himmel, bis ihnen die Jewish Agency Zelte schickte. Kibbuzniks hoben häufig ihr Pflichtbewusstsein hervor: «Wir haben uns bereit erklärt, diese Einwanderer aufzunehmen, und wir werden es auch weiterhin tun.»⁵⁷

In den Briefen, die die Kibbuzniks an das Einwanderungsbüro der Histadrut und an die Einwanderungsabteilung der Jewish Agency schickten, sprachen sie die praktischen Schwierigkeiten mit den Neuankömmlingen an. Vor allem kritisierten sie, dass die Institutionen ihnen nicht unter die Arme griffen. «Unser Kollektiv ist nicht in der Lage, alle Kosten für einen völlig mittellosen Einwanderer so weit zu übernehmen, dass er sich wohlfühlt und erfolgreich integriert werden kann», schrieb ein Mitglied aus dem Kibbuz Ajeiet Haschachar an die Jewish Agency. Die Aufnahme von zweiundvierzig rumänischen Einwanderern hatten auch die Mittel und die Geduld der Menschen im Kibbuz Elon stark beansprucht:

«Das alles hat viele Probleme verursacht, die wir allein nicht lösen können... Diese Leute kommen ohne irgendetwas hier an. Ohne die geringsten Habseligkeiten. Vom ersten Tag an mussten wir ihnen Kleider, Schuhe und eine Unterkunft geben. Von Euch [der Jewish Agency] haben wir überhaupt keine Hilfe bekommen. Zweieinhalb Lira (DM 10) pro Person. Viele von ihnen sind zu erschöpft und geschwächt durch das, was sie im Nazi-Inferno durchgemacht haben, und können nicht arbeiten. Wir mussten sie pflegen und sich ausruhen lassen. Unter ihnen sind zehn chronisch Invalide, die überhaupt nicht arbeiten können und die besondere Pflege und Behandlung brauchen. Wir haben uns ständig bemüht, diese Probleme in den Griff

zu bekommen, weil wir wissen, welche wichtige Rolle uns zukommt. Doch unsere Möglichkeiten haben auch Grenzen. Wir leben in den Bergen, wir sind noch im Aufbau, und die Last, die wir zu tragen haben, ist zu schwer... Bei all unserem Verständnis und unserer Bereitschaft, Einwanderer aufzunehmen – wir schaffen das einfach nicht mehr. Der Winter kommt. In unserem harten Klima werden wir den Leuten Winterkleider und warmes Bettzeug geben müssen, sonst überleben sie nicht. Wie sollen wir das denn alles allein bewältigen?» Dem Brief beigelegt waren Quittungen, die die Kosten für die medizinische Behandlung der Einwanderer auswiesen.⁵⁸

Die Auseinandersetzung hatte im Wesentlichen finanzielle Hintergründe. Die Kibbuzim forderten eine Erhöhung der Summe, die sie für jeden aufgenommenen Einwanderer erhielten. Sie wollten das Paket für «Grundbedürfnisse» einbehalten, das jeder Einwanderer erhielt, ebenso das «Agency-Bett», selbst wenn der Einwanderer den Kibbuz wieder verliess. Darüber hinaus beklagten sie sich, dass sich niemand mehr für die Einwanderer interessierte, sobald sie im Kibbuz angekommen waren, ganz so, als sei es völlig ausreichend, sie dort abzusetzen. Die Kibbuzim sollten dafür sorgen, dass sie bei guter Gesundheit blieben, Hebräisch lernten, sich in die Gemeinschaft einfügten und das Trauma des Holocaust überwandten. Doch diese Aufgabe konnten die Kibbuzim nach eigener Einschätzung nicht bewältigen.

Die Kibbuzim waren kleine, äusserst isolierte Gemeinschaften, in denen die Menschen auf sehr engem Raum zusammenlebten. Sie konnten und wollten nicht unterschiedslos jeden aufnehmen. Der Kibbuz Afikim lehnte Jehudit Kahane «aus Bergen-Belsen» ab, weil sie eine besondere Behandlung verlangte. Der Kibbuz Uscha machte das Problem zu einer Grundsatzfrage und informierte die Histadrut, er werde hinfort jede Person abweisen, die ohne seine ausdrückliche Zustimmung geschickt würde. Die Histadrut erwiderte, sie dürfe sehr wohl «in bestimmten Fällen» Einwanderer «vorübergehend» einem Kibbuz zuweisen, und zwar auch ohne dessen Erlaubnis. Die Ankündigung aus Uscha, dass Leute

zurückgeschickt würden, stünde einem Kibbuz nicht an, «der sich auf das Prinzip der Fürsorge und Hilfe für Einwanderer gründet», rügte die Histadrut. Doch Uscha behielt das letzte Wort: «Wir wissen, dass ihr den Nachbarkibbuzim keine Einwanderer geschickt habt, jedenfalls höchstens eine Handvoll, nicht mehr als ein Dutzend. Deshalb habt ihr keinen Grund und kein Recht, uns zu belehren.»⁵⁹ Es ging nicht nur um Geld und Autorität, es ging ebenso um die «Qualität des Menschenmaterials». Die Kibbuzim und die anderen landwirtschaftlichen Siedlungen wollten keine Kranken und «Sozialfälle», keine Kinder und alten Leute. Malka Schlein aus einer Siedlung namens Kfar Kisch klagte, dass die Einwanderungsbehörde Leute um die fünfzig, «an der Schwelle zum Alter», geschickt habe. Ihre Gemeinschaft, betonte sie, könne sie nicht akzeptieren, da sie an Leuten ihrer eigenen Altersstufe interessiert sei, also etwa achtundzwanzig bis dreissig, die man leichter integrieren könne und die von Nutzen wären. Kfar Kisch wolle schliesslich kein Alterswohnsitz werden, fügte sie hinzu.⁶⁰ Dieses Problem war jedoch nicht auf Kibbuzim und andere Siedlungen ähnlicher Art beschränkt. Auch Levi Eschkol rechtfertigte die Auswahlmassnahmen bei der Einwanderung: «Israel kann nicht alle verrückten Juden aus der ganzen Welt aufnehmen.»⁶¹

Manche Überlebende des Holocaust kamen mit der erklärten Absicht nach Israel, sich einem Kibbuz anzuschliessen. Viele hatten eine entsprechende Ausbildung schon in Europa absolviert und gliederten sich problemlos ins Kibbuzleben ein. Oft ersetzte ihnen der Kibbuz die verlorene Familie, bot Hoffnung und Sicherheit und manchmal gemeinsame Erinnerungen. Für jene, die vor dem Krieg der sozialistisch-zionistischen Jugendbewegung angehört hatten, war das Leben im Kibbuz eine Art später Sieg über die Nazis. Und wenn dazu noch der Kibbuz florierte und ihre Söhne Offiziere in Kampfeinheiten der israelischen Armee wurden, war auch das eine Kompensation für die Niederlagen und Demütigungen, die sie in Europa erlitten hatten. Paradoxerweise ähnelte der Kibbuz – so typisch israelisch, so ganz anders als das Exil – in seiner Isoliertheit den kleinen jüdischen Städtchen in Osteuropa, die im Holocaust zerstört worden waren. Die Ähnlichkeit war besonders in

denjenigen Kibbuzim auffällig, deren Mitglieder mehrheitlich den Holocaust durchlitten hatten.

Es gab auch Überlebende, die sich ohne jede vorbereitende Schulung leicht in den Kibbuz einfügten. Doch das war letztendlich nur wenigen gegeben. Bis Ende 1949 waren 10'000 Einwanderer in Kibbuzim aufgenommen worden; die Hälfte von ihnen zog später wieder weg.⁶²

Viele Einwanderer waren prinzipiell gegen die Idee des Kollektivs eingestellt. Nach Jahren im KZ, in DP-Lagern, britischen Internierungslagern, israelischen Einwandererlagern und Armeelagern wünschten sich die meisten Einwanderer nichts sehnlicher als ein eigenes Zimmer, wo sie unbehelligt ihren Gedanken nachhängen konnten. «Sie haben eine vorgefertigte negative Einstellung zu jeglichem Ort, an dem eine Menge Menschen Zusammenleben», erläuterte ein Mapai-Führer seinen Kollegen. «Sie sagen, das Kollektiv erinnert sie an Konzentrationslager. Deshalb können sie sich nicht anpassen und suchen nach einer Art und Weise, wie sie einzeln leben können.»⁶³ Das Leben im Kibbuz bewahrte die Überlebenden nicht vor quälenden Erinnerungen: Sie hatten oft dieselben Alpträume, dieselben Ängste, dieselben Schuld- und Schamgefühle wie vorher. Einer der Einwanderer, der dem Kibbuz Mischmarot zugewiesen worden war, berichtete: «Wenn ich mich im Speisesaal an einen Tisch setzte und auf das Essen wartete, fing ich an zu zittern. Ich hatte Angst, das Essen würde nicht reichen und mein Tisch würde nichts abbekommen.»⁶⁴ Viele erlebten psychische Krisen, in der Regel nach zwei oder drei Jahren im Kibbuz, wenn sie endgültig begreifen mussten, dass ihre Familien verloren waren und nie mehr zurückkehren würden. Die Krise begann häufig bei der Geburt des ersten Kindes und brachte Halluzinationen und Selbstmordversuche mit sich.⁶⁵

Kibbuzniks empfanden die Anwesenheit der Einwanderer häufig als störend. «Wir können vor lauter Einwanderern unsere eigenen Mitglieder nicht mehr sehen», beklagten sich einige; sie schlugen vor, getrennte Speiseräume einzurichten, «um sie ein bisschen auf Distanz zu halten, damit wir unser eigenes Leben führen können». Im Kibbuz Alonim wurden die Mitglieder gefragt, warum das Verhältnis zwischen den beiden

Gruppen so problematisch sei. Sie nannten als Gründe nacheinander: die mangelnde Bereitschaft der Einwanderer, sich ins Kibbuzleben einzufügen; den Mangel an Mädchen bei den Einwanderern; ihre Unlust, im Kibbuz zu leben; ihre Ungeduld angesichts kritischer Situationen; die Tatsache, dass die meisten allein gekommen waren. Die Zahl der Mitglieder, die glaubten, dass sie an der gestörten Kommunikation nicht ganz schuldlos waren, lag beträchtlich niedriger. Nur einige wenige bekannten, der Kibbuz kümmere sich vielleicht nicht genug um die Einwanderer. Noch weniger Befragte meinten, der Kibbuz begegne den Neuen nicht gerade sehr herzlich, oder stimmten der Aussage zu, dass der Kibbuz die minimalsten Bedürfnisse der Neuankömmlinge nicht befriedige. Die meisten Kibbuzniks gaben also den Einwanderern die Schuld an ihren Schwierigkeiten oder empfanden sie schlicht und einfach als Ärgernis. Gleichzeitig glaubten sie, noch mehr Einwanderer aufnehmen zu müssen: Das war schliesslich ihre nationale Pflicht und ein wichtiger Beitrag zur Zukunft der Kibbuzbewegung.⁶⁶ Im Vergleich absorbierten die Kibbuzim tatsächlich weniger Einwanderer als der Rest des Landes. Anderthalb Jahre nach der Staatsgründung lebten sieben Prozent der Bevölkerung in Kibbuzim, doch umgekehrt nahmen die Kibbuzim nur vier Prozent der Einwanderer auf.⁶⁷

Anderthalb Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs rekrutierte Nahum Schadmi, der Kommandeur der europäischen Hagana, die ersten jungen Männer aus DP-Lagern für das Militär. Das unmittelbare Ziel war nicht, sie für Israels Kampf um die Unabhängigkeit zu gewinnen, sondern aus «menschlichen Trümmern» brauchbare und «aufrechte» junge Menschen zu formen, die sich möglichst wenig von den «Sabras», den in Israel Geborenen, unterschieden. Nur mühsam gelang es Schadmi, seine Vorgesetzten – unter ihnen Ben Gurion – für die Idee der Rekrutierung in Europa (auf Hebräisch gahal) zu erwärmen. Doch als der Unabhängigkeitskrieg ausbrach, änderte die Führung ihre Ansicht.⁶⁸ Zwei Monate vor der Proklamierung der Unabhängigkeit, mitten in den Kriegswirren, schrieb Ben Gurion an einen der Abgesandten:

«Der Krieg hängt von der Einwanderung ab, denn die Kriegsstärke Israels wird nicht ausreichen. Die Araber haben riesige Reserven, und wir brauchen jetzt Menschen aus Übersee für den Krieg. Eine Einwanderung, die nicht ganz und gar auf die Kriegserfordernisse abgestimmt ist, ist kein Segen. Sie müssen verstehen, dass Ihre Operation, wie das Leben des Jischuw insgesamt, sich ganz diesen Erfordernissen anpassen muss, und das bedeutet, dass wir nur Leute im Alter von 18 bis 35 Jahren gebrauchen können oder in Ausnahmefällen bis zu 40 Jahren, wenn sie Waffen handhaben können.»

«Als erstes [schickt uns] alle jungen Leute, die beim Krieg helfen können», verlangte ein Mitglied des Exekutivkomitees der Jewish Agency. Ein Aktivist der Haapala, der über diese Anweisung nicht glücklich war, berichtete seinen Männern, die Jewish Agency habe angedroht, «unsere Operation nicht mehr zu finanzieren, wenn die Einwanderung nicht dem Krieg dient». ⁶⁹ Die Abgesandten stellten den Eintritt in die Armee als Pflicht für jeden Mann und jede Frau dar. «Ich verlange, dass die Juden in den Lagern sich melden. Sie sind praktisch Bürger Israels», schrieb Schadmi. ⁷⁰ In den Lagern «strömten die Freiwilligen nur so herbei», notierte Chaim Jachil. Die Eltern der Freiwilligen stiegen in der Achtung der anderen, wer sich nicht meldete, wurde öffentlich gebrandmarkt. Ein junger Mann, der nicht Soldat werden wollte, hatte Mühe, unbehelligt durch das Lager zu gehen. Später schrieb Jachil: «Dass der ‚Rest‘ freiwillig am Unabhängigkeitskrieg teilnahm, war vielleicht die wundervollste Episode in seiner Geschichte.» ⁷¹

Insgesamt zogen 22'000 Holocaust-Überlebende in den Krieg – ein Drittel aller aktiv Kämpfenden. Die meisten meldeten sich in den DP-Lagern oder den Internierungslagern in Zypern. Manche erhielten als vorbereitende Massnahme eine Grundausbildung, doch die meisten wurden nur Tage nach ihrer Ankunft der Armee überstellt. Ihnen fehlte jegliches Training, und sie wussten nichts über das Land, das sie verteidigen sollten. Die meisten sprachen kein Hebräisch und konnten deshalb nicht in der Verwaltung eingesetzt werden. Stattdessen wurden sie gleich an die Front geschickt. Einer von drei Gefallenen in diesem Krieg war ein Holocaust-Überlebender. ⁷² Die meisten von ihnen waren älter

als der Durchschnitt der anderen Soldaten. Für die in Israel Geborenen waren sie Flüchtlinge, Fremde, «die aus dem Exil». Die Armee war auf sie nicht vorbereitet.

Armeepsychologen stellten fest, dass die Neuankömmlinge wenig motiviert waren, und befürchteten, dies würde sich negativ auf die anderen Soldaten auswirken. Niedere Offiziere demütigten und beleidigten häufig die neuen Rekruten, die als melancholische, feige Soldaten und als Sklaven ihrer Vergangenheit galten. «Die Männer flohen im entscheidenden Augenblick», hiess es über sie. «Schwierige, störrische und feige Männer.» In seinem Kriegstagebuch zitierte Ben Gurion Jizchak Rabin, der die Demoralisierung seines Bataillons den Einwanderern zuschrieb.⁷³ Viele von ihnen hatten sich der Armee wahrscheinlich unter dem Einfluss der israelischen Agenten angeschlossen, die ihnen in ihrer neuen Heimat ein freundliches Zuhause versprochen hatten. Doch in der Regel hatten sie Mühe, in der legendären Waffenbrüderschaft ihren Platz zu finden – die Armee war zu sehr Israel-orientiert und liess keine Aussenseiter in ihre Kreise. Die Neuen unterschieden sich zu deutlich sowohl von den Sabras als auch von den ausländischen Soldaten, die der israelischen Verteidigungsarmee (IDF) zu Hilfe gekommen waren. Diese Freiwilligen aus dem Ausland waren keine Flüchtlinge; sie kamen vorwiegend aus den Vereinigten Staaten, sprachen Englisch, nicht Jiddisch, und waren wohlgekommen.

Neben den Erinnerungen an den vorangegangenen Krieg quälte die Einwanderer das Bewusstsein, dass sie vor ihrer Rekrutierung keine Zeit gehabt hatten, ihre Angehörigen ausfindig zu machen; später wussten sie nicht, was sie nach ihrer Entlassung mit sich anfangen sollten. In einem internen IDF-Bericht wurde in besorgtem Ton davon gesprochen, dass sich viele als «Kanonenfutter» betrachteten. Der Ausdruck war weit verbreitet.⁷⁴ Bald danach war ein Mythos geboren:

«Ben Gurion warf menschliche Trümmer
den Feinden in die Augen.
Aus den Gebeinen der Holocaust-Jugend
entstand eine neue Strasse nach Jerusalem.»

Die statistischen Daten lassen diese Auffassung als unbegründet erscheinen.⁷⁵

Die IDF war sich bewusst, dass die Holocaust-Überlebenden besondere materielle wie psychologische Hilfe benötigten; sie entwarf mehrere Pläne, die ihnen helfen sollten, ihre Angehörigen zu finden, Hebräisch zu lernen, das Land zu bereisen und isrealische Familien kennenzulernen. Im Juli 1948 befahl der Rekrutierungsoffizier, die Soldaten sollten sofort zusammengetrommelt werden und die Kommandeure sollten ihnen «die besondere Haltung gegenüber Neueinwanderern erklären, die dem Nazi-Inferno entkommen sind und lange Jahre in Konzentrationslagern verbracht haben... Die Einwanderer sollten hochherzig und rücksichtsvoll behandelt werden, und man soll ihnen das Gefühl vermitteln, dass sie nach Hause kommen.»⁷⁶ Um ihre Stimmung zu heben, formulierte ein anderes Dokument, sei es «äusserst wichtig, ihnen das Gefühl zu nehmen, dass sie lediglich als Kanonenfutter gebraucht werden».⁷⁷

Der Militärdienst liess die Soldaten, die den Holocaust überlebt hatten, am Sieg teilnehmen und entschädigte sie zumindest ein wenig für das, was sie in Europa erduldet hatten. In der Armee lernten sie Land und Leute kennen und entwickelten ein Zugehörigkeitsgefühl. Die Armee tat jedoch wenig, um die soziale Integration der Einwanderer zu unterstützen. Generell herrschte die Ansicht, die menschliche Qualität der Landesbewohner sei höher als die der Einwanderer und diejenigen, die im Land geboren waren, seien die wahren Protagonisten der israelischen Revolution. Das waren die Bausteine der «eigenartigen Mauer», die ein Mitglied der Jewish Agency zwischen den Holocaust-Überlebenden und den Einheimischen diagnostizierte. Ben Gurion nannte sie später eine «Barriere aus Blut und Schweigen und Qual und Einsamkeit».⁷⁸

Verstärkt wurden die Spannungen durch einen ideologischen Streit. Der Jischuw war von einem tiefen, fast mystischen Glauben an seine Überlegenheit durchdrungen; er fand sein Symbol in einem zähen Kaktus, dessen Frucht aussen stachlig und innen süss ist – die Sabra bzw. Kaktusfeige. Die Autorin Jehudit Hendel äusserte sich dazu vor wenigen Jahren im israelischen Fernsehen:

«Es gab, grob gesagt, beinahe zwei Rassen in unserem Land. Es gab die Rasse derjenigen, die sich für Götter hielten. Das waren die, die sich der Ehre und des Privilegs erfreuten, in Degania oder im Borochof-Viertel von Givataim zur Welt gekommen zu sein, und ich gehörte sozusagen zu diesen Göttern. Ich bin in einem Arbeiterviertel nahe Haifa aufgewachsen. Und es gab, so können wir sicherlich behaupten, eine minderwertige Rasse. Menschen, die wir als zweitrangig betrachteten, die irgendeinen Defekt hatten, eine Art Buckel, und das waren diejenigen, die nach dem Krieg kamen. Ich lernte in der Schule, dass das Hässlichste und Verabscheuungswürdigste nicht das Exil ist, sondern die Juden, die von dort kamen.»⁷⁹

«Diese Leute sind hässlich, abgerissen, von zweifelhafter Moral und schwer zu lieben», liess sich Leah Goldberg während eines Treffens vernehmen, das Ben Gurion mit einer Gruppe von Schriftstellern arrangiert hatte. Wie Dostojewski und Gorki, die sich vor Hässlichkeit, Gestank und Vulgarität nicht fürchteten, müssten die israelischen Schriftsteller – wie die Dichterin meinte – lernen, in dem Holocaust-Überlebenden das Abbild des Menschen in all seiner Nacktheit zu erkennen und nicht immer nur den Mann, der Dollars im Gürtel versteckt. Natürlich, sagte sie, sei das eine Aufgabe, die «enorme Anstrengungen» erfordere.

Jizchak Sadeh, Kommandeur der Palmach-Elitetruppe, schrieb einen vielzitierten Essay mit dem Titel «Meine kleine Schwester». Er schilderte darin seine Begegnung mit einer jungen Frau, die gerade aus Europa gekommen war. Auf ihren Körper waren die Worte «NUR FÜR OFFIZIERE» tätowiert worden. Später stellte sich heraus, dass die Deutschen sie nicht nur zur Prostitution gezwungen, sondern auch sterilisiert hatten. Sadeh liess seine Protagonistin fragen: «Warum bin ich hier? Verdien ich es, von diesen starken, gesunden Männern gerettet zu werden, die ihr Leben für mich riskieren?» Sadeh antwortete: «Sei unsere Schwester, sei unsere Braut, sei unsere Mutter», und er fasst zusammen: «Um meiner Schwestern willen werde ich tapfer sein. Um meiner Schwestern willen werde ich auch grausam sein: alles, alles!» Es war kein Zufall, dass der Holocaust von einer Prostituierten symbo-

lisiert wurde; die Metapher war eine Fortsetzung des verbreiteten Stereotyps, nach dem das Exil als schwach, weiblich und passiv und der Jischuw als stark, männlich und aktiv dargestellt wurde.⁸⁰

Der Sabra verkörperte ein nationales Ideal, und der Holocaust-Überlebende dessen Gegenteil. Zudem bedrohten die Überlebenden das Ideal gerade zu einer Zeit, in der die Sabras noch mit ihrer Elterngeneration um die Vorherrschaft in der israelischen Gesellschaft fochten. Das Land förderte das Sabra-Image. In ihm sollte sich erfüllen, was sich die Zionisten und Anhängern der Arbeiterbewegung erträumten: die nationale Erneuerung und die Rückkehr zu einer «gesunden» Sozialstruktur. Doch für die meisten Menschen war dieses Ideal unerreichbar. Sie lebten noch nicht lange genug im Land, und viele hatten ihre «Diaspora-Mentalität» noch nicht abgelegt. Die Holocaust-Überlebenden konfrontierten die früher Eingewanderten mit ihrer Vergangenheit, von der sich viele noch nicht befreit hatten. Ihre ablehnende Haltung gegenüber den Neuen reflektierte oft den Wunsch, sich zu distanzieren und die eigene Geschichte und Herkunft zu leugnen. Die Überlebenden nötigten die Israelis zu der Erkenntnis, dass ihre Vision vom «neuen Menschen» nicht zu verwirklichen war. Die meisten kamen als Flüchtlinge, nicht als Visionäre. «Viele von ihnen sind nichts weiter als Wanderer, die gekommen sind, weil sie nicht wissen, wohin sie sonst gehen sollen», ärgerte sich ein Reporter öffentlich in Haaretz.⁸¹ Dasselbe galt natürlich für viele, die schon früher gekommen waren.

Diese Dissonanz zwischen Ideal und Wirklichkeit liess die Israelis noch schroffer mit den Neueinwanderern umgehen. Man erwartete von ihnen, dass sie sich mit dem Sabra-Stereotyp identifizierten und sich diesem Bild anglichen; das Bemühen darum wurde als Loyalitätsbeweis gewertet und fungierte als eine Art Initiationsritus. Aharon Appelfeld erzählte von einem Jungen aus Polen, der von seinen Kameraden verprügelt wurde, weil er nicht so braun wurde wie sie. Er versicherte ihnen, er gebe sich alle Mühe, seine Haut zu bräunen, aber sie meinten, wenn er es wirklich wolle, wäre es schon längst geschehen. Seine blasse Haut zwang sie, sich mit der Diaspora und dem Holocaust auseinanderzusetzen, also schlugen sie ihn.⁸²

Selbst Rozka Korczak, die im Ghetto von Wilna gegen die Deutschen gekämpft hatte und als Heldin empfangen worden war, wurde gelegentlich angefeindet. Sie kam im Dezember 1944 in Palästina an und erschien kurz darauf vor einer Versammlung der Histadrut. Sie sprach Jiddisch. David Ben Gurion beklagte sich, dass die «Genossin Flüchtling» eine Fremdsprache benutzte (oder, nach einer anderen Quelle, «eine fremde, misstönende Sprache») und nicht Hebräisch.⁸³ Jedes einlaufende Schiff erinnerte daran, dass die zionistische Bewegung im Holocaust eine Niederlage erlitten hatte. Die Führungsgruppe konnte unablässig wiederholen, dass die Vernichtung der Juden stattgefunden hatte, bevor die zionistische Bewegung stark genug gewesen war, die Bedrohten zu retten. Sie konnte wieder und wieder erklären, dass der Holocaust ein Beweis für die Notwendigkeit eines jüdischen Staates war. Sie konnte darauf hinweisen, dass die Briten schuld waren, weil sie die Einwanderung blockiert hatten, und dass die Araber schuld waren, weil sie die Briten dazu veranlasst hatten, und dass die ganze Welt verantwortlich war, weil sie zugesehen hatte und den Juden nicht zu Hilfe geeilt war. Sie konnte die wenigen Rettungsversuche glorifizieren und wortreich preisen. Doch nichts konnte die Tatsache vergessen machen, dass die zionistische Bewegung der «Endlösung» hilflos zusehen musste. Der Jischuw hatte es nicht nur versäumt, rettend einzugreifen, er befand sich jetzt in einer Situation, in der seine Existenz und Zukunft von der Bereitschaft der Holocaust-Überlebenden abhing, sich im Lande niederzulassen und in den Reihen der Armee gegen die arabische Bedrohung zu kämpfen.

Einige neigten dazu, dem europäischen Judentum selbst die Schuld für seine Vernichtung zuzuschreiben. Alles wäre anders gekommen, versicherten sie, wenn die Juden im Exil nur rechtzeitig die zionistische Wahrheit erkannt hätten. «Haben wir sie nicht gewarnt?», schrieb der Autor Mosche Smilansky. «Errichtet euch eine Heimstatt in eurem Land, in eurem Heimatland, dann seid ihr nicht verloren.» Doch die Warnung hatte nicht gefruchtet: «Die Menschen haben gehört, aber nicht gehandelt.»⁸⁴

Avraham Schlonsky dichtete:

«Der wütende Sturm überzog sie mit einem Funkenregen,
mit einer feurigen Rune,
Omen, Omen, Omen
Und das Inferno hatte den Wald schon umkreist
Und sie wurden taub, sie bedeckten die Augen.»⁸⁵

Chaim Jachil ging noch einen Schritt weiter: «Wir dürfen schliesslich nicht vergessen, dass der Krieg gegen die Juden den Nazis als Sprungbrett zur Gewinnung und Erhaltung der Macht diente»; wären aber die Juden nach Zion gekommen – lautete die Folgerung –, hätten die Nazis in Deutschland nicht an die Macht kommen können.⁸⁶ Ein Artikel, der in Haarez kaum vier Wochen nach der deutschen Kapitulation erschien, fragte: «Hatten die Juden bei dem schrecklichen Blutvergiessen, das unsere Nation traf, die Hand im Spiel?»⁸⁷ Auch solche Gedankengänge halfen den einheimischen Israelis, sich gegen die Anschuldigungen der Überlebenden zur Wehr zu setzen. Sie beruhigten damit ihr Gewissen, das durch ihre Machtlosigkeit, ihre Gleichgültigkeit und vor allem durch die psychologische Distanzierung von den europäischen Juden während des Holocaust schwer belastet war.

Viele Überlebende grollten dem Jischuw, ja, gaben ihm sogar die ganze Schuld. «Ihr habt die Hora getanzt, während wir in den Krematorien verbrannt sind», beklagte sich Yosef Rosensaft, ein DP-Führer aus dem Lager Bergen-Belsen, der sich in den Vereinigten Staaten niedergelassen hatte.⁸⁸ Gewöhnlich fielen solche Äusserungen nur im privaten Kreis. Doch selbst unausgesprochen vergifteten die Schuldzuweisungen die Beziehungen zwischen den Überlebenden und dem Jischuw. «Die Frage lauert in unseren Herzen», sagte der spätere Parlamentspräsident Dov Schilansky. «Was haben unsere Brüder ausserhalb der Hölle denn für uns getan?»⁸⁹

Jizchak «Antek» Zuckerman beklagte sich vor einer zionistischen Konferenz in London, dass es mehrere Monate gedauert hatte, bis nach Kriegsende die ersten Abgesandten des Jischuw in Polen eingetroffen waren. «Wie hätten wir nach Polen gelangen sollen», verteidigte sich Mosche Sharett. Zuckerman gab zurück, dass sie auf demselben Weg hätten hineingelangen können, auf dem die Flüchtlinge entkommen wa-

ren. «Ich vergebe euch alles», sagte er, «aber ich kann euch nicht verzeihen, dass ihr in diesen letzten acht Monaten nicht zu uns gekommen seid.»⁹⁰ Zuckerman verbrachte die ersten zweiunddreissig Jahre seines Lebens in Polen, doch von Kindheit an, seit er selbständig denken konnte, hatte er immer gewusst, dass er in Israel in einem Kibbuz leben würde. In den nächsten vierunddreissig Jahren, die er bis zu seinem Tod im Juni 1981 in Israel verbrachte, durchlebte er täglich den Holocaust, als wäre er nie zu Ende gegangen. Er liess sich im Kibbuz Lochamei Hagetaot nieder und war die meiste Zeit damit beschäftigt, die Erinnerung an den Aufstand im Warschauer Ghetto wachzuhalten; er war der Stellvertreter seines Anführers, Mordechai Anielewicz, gewesen. Seine Kameraden sagten von ihm, er habe das Talent gehabt, ihre Moral zu heben. Chaim Guri, der ihn als «Riese in Menschengestalt» beschrieb und ihm eine «seltene Mischung aus Stärke und Schönheit» zuerkannte, schrieb über ihn: «Mehr als einmal sah ich ihn mitten in einer Versammlung sitzen, ich sah, dass er sich im Geiste bei den Menschen aufhielt, die einmal waren und nicht mehr sind. Ich sah ihn und die Kraft, die in seinem Schweigen lag, als weigere er sich noch auszusprechen, was er eines Tages sagen würde und was er in sich verschlossen hielt.» Zuckerman hatte in der Tat Klagen gegen den Jischuw vorzubringen, doch als loyales Partei- und Kibbuzmitglied blieb er stumm. Erst gegen Ende seines Lebens liess er seine Erinnerungen aufzeichnen unter der Bedingung, dass sie nicht veröffentlicht würden, solange er lebte. «Israel hat uns nicht gesucht. Wir fühlten, dass wir allein gelassen worden waren.» Wenn Zuckerman «Israel» sagte, meinte er die Führung der Kibbuzvereinigung Hakibbuz Hameuchad.

Es war zornig, dass die Bewegung während des Krieges keine echten Anstrengungen unternommen hatte, einen Abgesandten mit Grüßen und ermutigenden Worten nach Warschau zu schicken. Er sprach von Kurieren, die von der jüdischen Rettungsorganisation in Istanbul zu ihnen gesandt worden waren. Sie brachten Geld und manchmal einen Brief. Es waren keine Juden, keine Genossen, und sie wussten auch keinen Rat. Er glaubte, dass es der Bewegung nicht schwergefallen wäre, jüdische Boten zu schicken. Die Tatsache, dass keine Juden kamen, liess

seiner Ansicht nach den tiefen Graben zwischen der Parteiführung in Palästina und den Parteimitgliedern in Polen erkennen. Guri fragte einmal Zuckerman, was geschehen wäre, wenn die Partei 500 Fallschirmjäger ins Ghetto geschickt hätte. Zuckerman erwiderte nach Aussage Guris, dass 490 getötet worden wären und die restlichen zehn für das Ghetto eine zusätzliche Last bedeutet hätten. «Als Antek sagte, dass die Bewegung das Ghetto allein gelassen hat», schloss Guri, «meinte er nicht ein fehlendes Eingreifen. Es war ein Schrei aus der Tiefe. Sie brauchten keine 500 Fallschirmjäger. Sie brauchten nur einen Mann, der ihnen ein freundliches Wort aus dem Lande Israel gebracht hätte. Nur einen Mann. Aber der kam nicht.»⁹¹

Wenige Tage, nachdem er aus Ungarn von seiner Mission zurückgekehrt war, ging der Fallschirmjäger Joel Palgi in den Veteranenclub in Tel Aviv. Es war Juni 1945. Alle empfingen ihn herzlich und voller Bewunderung, schrieb er später. Alle wollten wissen, was dort drüben geschehen war. Aber niemand interessierte sich für das Leid der Juden. Sie wollten eine andere Geschichte hören, etwas über die Wenigen, die wie Löwen gekämpft hatten. «Wohin ich auch kam», schrieb Palgi, «hiessen die ersten Fragen: Warum haben die Juden nicht rebelliert? Warum sind sie wie Vieh zur Schlachtbank gegangen? Plötzlich begriff ich, dass sie sich derer schämten, die gefoltert, erschossen, verbrannt worden waren. Es herrscht die übereinstimmende Meinung, dass die Toten des Holocaust wertlose Menschen waren. Unbewusst haben wir die Meinung der Nazis übernommen, dass Juden Untermenschen sind... Die Geschichte spielt uns einen bitteren Streich: Haben wir nicht selbst die sechs Millionen vor Gericht gestellt?»⁹² Am unbarmherzigsten gab der Slang des Jischuw diese Ansicht wieder. Zu einer gewissen Zeit kam das Wort *sabon*, Seife, für Holocaust-Überlebende in Mode. Es ist umstritten, wo es zum erstenmal auftauchte, aber es lässt sich nicht leugnen, dass es sehr verbreitet war. Es spiegelte die generelle Überzeugung, dass die Nazis aus den Körpern der ermordeten Juden Seife hergestellt hätten, eine Behauptung, die ständig wiederholt und so zu einer allge-

mein anerkannten Wahrheit wurde, die auch in die Knesset, in Schulbücher und die israelische Literatur Eingang fand. («Auf dem Regal im Laden, eingepackt in gelbes Papier mit aufgedrucktem Ölweig, befindet sich die Familie Rabinovitz», schrieb Yoram Kaniuk in Adam Hundesohn.) Es gibt wohl nichts, was deutlicher zum Ausdruck bringt, wie sehr die einheimischen Israelis die Überlebenden verachteten.*

Der Versuch der letzten Juden im Warschauer Ghetto, «ehrentoll zu sterben» und ein Vermächtnis an jüdischem Heldentum zu hinterlassen – und dazu einige Deutsche mit in den Tod zu nehmen –, widersprach dem Vorurteil, dass die Juden in der Diaspora sich willig umbringen liessen. Israel besass kein Monopol auf Helden. Die peinliche Wahrheit lautete, dass die Rebellen keinerlei Hilfe vom Jischuw bekommen hatten. Die Abgesandten des Jischuw, die vor dem Krieg in ihrer Mitte einquartiert worden waren, hatten alle rechtzeitig die Heimfahrt angetreten. Der Jischuw mit seinem Hang zur Mythenbildung löste dieses Problem auf seine eigene Weise – er nahm die Aufstände für sich in Anspruch, als habe er sie entfesselt. «Die Initiative zur aktiven Selbstverteidigung kam aus unserer Bewegung», verkündete Mosche Sharett stolz.⁹⁴ Die meisten Aufständischen gehörten zwar in der Tat einer zionistischen Ju-

* Yad Vashem, die Holocaust-Gedenkstätte in Jerusalem, hat viele schriftliche Anfragen erhalten, in denen es um Seifstücke ging, die aus Kriegszeiten übriggeblieben waren. Manche boten sie dem Museum als Gabe an, andere fragten, ob die Seife ein ordentliches Begräbnis erhalten solle. Yad Vashem gibt darauf stets die offizielle Antwort, dass die Nazis aus Juden keine Seife herstellten. Während des Krieges herrschte in Deutschland ein Mangel an Fetten, und die Seifenproduktion wurde der Regierungsaufsicht unterstellt. Auf Seifenstücke wurden die Buchstaben RIF – «reines Industriefett» – geprägt. Manche lasen die Buchstaben fälschlicherweise als RJF, «reines jüdisches Fett». Das Gerücht verbreitete sich schnell, vor allem in den Ghettos. Es gibt Hinweise darauf, dass hohe Beamte des Naziregimes, beispielsweise Hans Frank, der Generalgouverneur in Polen, dem Gerücht Glauben schenkten.

Wenige Monate vor Kriegsende begann ein Labor in Danzig mit Analysen, die ergeben sollten, ob menschliches Fett bei der Produktion von Nahrung mitverwendet werden könne. Yad Vashem kam zu dem Schluss, dass Juden nicht zu diesem Zweck ermordet wurden. Wir haben es hier mit der Geschichte eines Mythos zu tun.

gendbewegung an, aber das machte ihre Organisationen noch lange nicht zu «unserem Untergrund», auch wenn sie später in Israel als solcher vereinnahmt wurden.⁹⁵

Die Mission der Fallschirmjäger wurde ähnlich interpretiert. Die jungen Männer und Frauen, die hinter den Linien der Nazis abgesprungen waren, hatten zuvor wirklich eine Zeitlang in Kibbuzim gelebt, und manche gehörten zur Palmach. Doch die meisten von ihnen waren erst nach Kriegsbeginn in Israel eingetroffen, als sie schon älter als zwanzig waren. Ihre Kühnheit war nicht das Produkt des Jischuw, sondern der Diaspora. Nur selten wurde die Rolle der Flüchtlinge in der Haapala gebührend gewürdigt. So feierte der Dichter Natan Alterman das Heldentum «unserer Jungen, die die Nation auf ihren Schultern tragen», charakterisierte jedoch die flüchtenden Maapilim als Schneider, Flickschuster und Geldwechsler», als «verzweifelter, wirrer Haufen»... «ohne das Gesicht eines Mannes oder das Ebenbild einer Frau».⁹⁶ Gerühmt wurde auch, wie heldenmütig Palästina während des Krieges gehandelt habe. Jizchak Gruenbaum erzählte einer Gruppe von Überlebenden, wie sich das Land als Vorbereitung auf die Stunde der Entscheidung geschützt und gewappnet habe. «Glaubt nicht, das war leicht», rief Gruenbaum den Versammelten zu.⁹⁷ Der Jischuw war gezwungen, das zu glauben, wenn er den Überlebenden in die Augen schauen wollte – und vielleicht auch, um den Blick in den Spiegel zu ertragen.

Bald nach dem ersten Zustrom der Überlebenden wurde zwischen den Israelis und dem «Rest» eine Art ideologisch-emotionaler Pakt geschlossen, der auf vier Punkten basierte. Dieser Konsens garantierte im Krieg von 1948, in der Wirtschaftskrise der fünfziger Jahre und während der Masseneinwanderung aus den islamischen Ländern den inneren Zusammenhalt des Landes. Der erste Punkt ist in der Unabhängigkeitserklärung festgehalten: Der Holocaust hatte erneut bewiesen, dass die einzige Lösung für die Juden ein unabhängiger Staat Israel war. Der zweite Punkt besagte, dass der Rest der Welt – buchstäblich jede Nation – feindlich gesonnen war und während des Holocaust nichts zur Erret-

lung der Juden unternommen hatte. «Dies ist vielleicht die schrecklichste Lektion, die wir in unserer Generation gelernt haben», schrieb ein Kolumnist in Haaretz.⁹⁸ Der dritte Punkt wurde unter der Überschrift «Holocaust und Heldentum» zusammengefasst und ging davon aus, dass beide Begriffe zusammengehörten, «zwei Flammen in einem Herzen». Dieser Punkt bildete gleichzeitig die ideologische Grundlage für die Gedenkkultur, die sich über die Jahre entwickelt hat.⁹⁹ Der vierte Punkt lautete: Je weniger man über den Holocaust sprach, desto besser. Auf diese Weise entstand das grosse Schweigen. Es hielt Jahre an und wurde erst 1951 durch den Kastner-Prozess gebrochen. Die vier Punkte der stillen Übereinkunft entstanden nicht durch einen bewussten Willensakt, sondern ergaben sich aus der Erkenntnis, dass sich das Zusammenleben ohne einen Konsens dieser Art sehr schwierig gestalten würde.

1949 änderte sich die Zusammensetzung der Einwandererströme. An Stelle von Holocaust-Überlebenden kamen nun Juden aus Asien und Nordafrika. Als Resultat erlebten die Holocaust-Überlebenden jetzt das, was die vor ihnen eingewanderten Juden bereits erlebt hatten – sie gehörten plötzlich zu den «Alteingesessenen». Wie die deutschen Juden und die Holocaust-Überlebenden zuvor mussten sich die Einwanderer aus der islamischen Welt nicht nur mit praktischen Problemen, sondern auch mit einer feindseligen Atmosphäre auseinandersetzen. «Wir müssen ihnen die elementarsten Dinge beibringen – essen, schlafen, waschen», bemerkte ein Mitglied der Exekutive der Jewish Agency.¹⁰⁰ Viele wurden nach ihrer Ankunft in kläglichem Zustand allein gelassen – ohne Wohnung, ohne Schulen für ihre Kinder, ohne medizinische Hilfe, ohne Arbeit. Viele lebten eine Zeitlang in Vorgärten, öffentlichen Parks, sogar auf der Strasse; nicht wenige litten Hunger. Die Situation war so angespannt, dass ein Mapai-Führer, der sich um sie kümmern sollte, das Schlimmste aussprach, was ein Zionist von sich geben konnte: «Hätte ich gewusst, was sie hier erwartet, hätte ich mich dafür eingesetzt, dass man sie in Syrien gelassen hätte.»¹⁰¹ Ihre Benachteiligung blieb noch jahrelang bestehen, setzte sich in ihren Kindern und Enkeln fort und wurde zu einem zentralen schmerzlichen Punkt der israelischen

Geschichte. Doch im Grunde machten sie ganz ähnliche Erfahrungen wie die Holocaust-Überlebenden.

Mit der Ankunft der Einwanderer aus den arabischen Ländern entstand eine neue Ausprägung sozialer Konflikte. Es hiess nun nicht länger Alteingesessene gegen Holocaust-Überlebende, Sabras gegen «Trümmer», sondern europäische Juden gegen orientalische Juden, Aschkenasim gegen Sephardim. Schon bald gehörten die Überlebenden zum europäischen Establishment, das das Land regierte. Als die Jewish Agency von der bevorstehenden Ankunft weiterer polnischer Juden erfuhr, schlugen die Verantwortlichen vor, sie in Hotels unterzubringen und die Übergangslager den Einwanderern aus arabischen Ländern vorzubehalten. Schliesslich, so erklärte ein Diskussionssteilnehmer, seien die Europäer ja auch Juden.¹⁰²

Nicht lange danach erhielten die Überlebenden erste Zahlungen aus Deutschland, «Wiedergutmachung» für erlittenes Unrecht und verlorenes Eigentum. Das vertiefte die Kluft zwischen ihnen und den Neueinwanderern aus den islamischen Ländern und trug andererseits dazu bei, dass sie endlich ganz zum jüdischen Volk gehörten.

Teil IV

*Wiedergutmachung: Wieviel
kriegen wir für Oma und Opa?*

An einem Novembertag des Jahres 1951 machte ein Passagierflugzeug der SAS eine Zwischenlandung auf dem Flughafen Tel Aviv. Es war unterwegs nach Fernost. Unter den Passagieren befand sich ein deutscher Staatsangehöriger, der in letzter Minute seine Pläne geändert hatte. Eigentlich hatte er die Absicht gehabt, mit KLM zu fliegen und in Kairo zwischenzulanden. Als er merkte, dass er sich auf israelischem Boden befand, geriet er in grosse Unruhe, die seine Frau teilte. Die beiden befürchteten, verhaftet zu werden. Der Mann hiess Hjalmar Schacht und war im «Dritten Reich» Präsident der Reichsbank und Wirtschaftsminister gewesen. Der internationale Gerichtshof in Nürnberg hatte ihn freigesprochen. In einem Entnazifizierungsverfahren war er zwar zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden, hatte aber nach einem Berufungsverfahren die Haftanstalt wieder verlassen können.

Fünfzehn Monate vor Schachts unerwarteter Ankunft in Tel Aviv hatte die Knesset ein Gesetz über die Bestrafung von Nazis und Nazi-Kollaborateuren verabschiedet, das die Todesstrafe für Kriegsverbrecher zuließ, doch nun rief niemand die Polizei. Passagiere, die vor der Flughafen-Cafeteria Schlange standen, erkannten Schacht und sprachen ihn an, ein Arbeiter bat ihn um ein Autogramm. Journalisten erschienen und stellten ihm – dem Wirtschaftsexperten – die Frage, ob Deutschland den Juden Entschädigungen zahlen würde. «In einem Flughafen mit Hunderten von Juden, von denen manche bewaffnet waren, fand sich nicht einer, der sich an Frankfurter und Schwarzbart ein ehrenvolles Beispiel nehmen wollte», beklagte sich der Knesset-Abgeordnete Johanan Bader von der rechtsgerichteten Oppositionspartei später; dieses

Zögern, folgte er zu Recht, «zeugt von einer merkwürdigen Einstellung».* Ministerpräsident Ben Gurion sagte, er wäre nicht dafür eingetreten, Schacht zu töten. Gleichzeitig liess er erkennen, wie sehr ihn der Empfang des ehemals hochrangigen Nationalsozialisten verblüfft und beschämt habe, und er ordnete eine Überprüfung der Regelungen für Transitpassagiere an.¹ Doch der Vorfall war typisch. In jenen Tagen waren sich alle einig, dass das Vermächtnis des Holocaust nach gewissen Verhaltensnormen verlange, aber es war schwierig, genau zu definieren, was erlaubt und was tabu war.

Die meisten Israelis setzten das Deutschland Adenauers mit Hitlers Deutschland gleich und lehnten jeglichen Kontakt als Umgang mit dem Teufel ab. Das war das mindeste, was persönlicher Verlust, Rache und nationale Ehre erforderten; das war, wie sie glaubten, ihre Pflicht als Überlebende. Ihr Herz raste, ihr Blut kochte, ihr Innerstes geriet in Rage: Nazi-Deutschland werde sich wieder erheben, warnten sie. «Es ist undenkbar, dass wir irgendeinen Kontakt mit den Mördern pflegen», sagte der Knesset-Abgeordnete Mordechai Nurok von der nationalreligiösen Misrachi-Partei. «Es wäre ein furchtbarer Verrat an dem Andenken unserer heiligen Märtyrer.»² Aus seiner Sicht waren alle Deutschen Mörder und würden es immer bleiben. Nurok, der einige Wochen in Ben Gurions Kabinett als Postminister gedient hatte, war ein würdiger älterer Rabbiner, dessen eleganter Anzug ihn als Europäer auswies. Er hatte sich als Vorsteher der jüdischen Gemeinde von Riga bewährt und dort auch dem Parlament angehört. Als Redner hatte er vor dem litauischen Sejm immer Deutsch gesprochen – ein Recht, das Angehörigen von Minderheiten zugestanden wurde. Auch in der Knesset begann er seine Reden immer mit den Worten «Hohes Haus», wie dies in deutschen Parlamenten üblich war. Während seiner vierzehn Jahre in der Knesset sprach Nurok fast ausschliesslich über den Holocaust. Mit wenigen Ausnahmen hielt er fast wörtlich immer dieselbe Rede, in der er den permanenten Boykott Deutschlands forderte. Er war für die Knesset das,

* Schalom Schwarzbart tötete 1926 in Paris Simon Petlura, dessen Männer in der Ukraine Tausende von Juden ermordet hatten; David Frankfurter hatte 1936 auf den Schweizer Nazi Wilhelm Gustloff ein Attentat verübt.

was Cato der Ältere für Rom gewesen war. Seine Frau und seine beiden Kinder hatte er im Zweiten Weltkrieg verloren.

Der Hass auf die Deutschen war sehr verbreitet, und überall vernahm man den Ruf nach ihrer Ächtung. «Die Deutschen können nicht geläutert werden, es sei denn durch ihre völlige Vernichtung oder Sterilisierung», schrieb der Israeli Jermiah Jafeh an den Premierminister.³ «Wir müssen unseren kleinen Kindern und später deren Nachkommen den Hass auf die Deutschen einimpfen», schrieb eine Journalistin in der beliebten unabhängigen Zeitung *Jediot Acharonot*; sie verlangte, dass «keine Haarnadel und kein Schnürsenkel aus Deutschland in unser Land eingeführt werden darf», und schlug vor: «...wenn wir einen Deutschen auf einer Auslandsreise treffen, auf dem Schiff oder im Zug, sollten wir ihm ins Gesicht oder vor die Füße spucken, damit er es nicht vergisst.»⁴ Der Herausgeber von *Haarez*, Gerschom Schocken, wünschte sich ein spezielles Gesetz, das den Israelis jeden gesellschaftlichen Kontakt mit deutschen Bürgern untersagen sollte. Das betraf auch zufällige Kontakte zwischen Touristen in Ferienhotels. Das Gesetz sollte es israelischen Bürgern verbieten, nach Deutschland zu reisen, wenn sie nicht als Repräsentanten der Regierung eine bestimmte Funktion erfüllten.⁵ Das Aussenministerium stempelte in jeden israelischen Pass die Bemerkung, dass dieses Dokument in Deutschland nicht gültig sei. Der Pressesprecher der Regierung erklärte, dass denjenigen Israelis, die sich in Deutschland niederlassen wollten, die Rückkehr nach Israel nicht mehr offenstünde.⁶

In den ersten Monaten seines Bestehens schien der Staat Israel tatsächlich alle Kontakte zu Deutschland unterbinden und das Land auf Generationen hin boykottieren zu wollen. Das Modell dafür lieferte der Boykott, den ehemals das jüdische Volk gegenüber Spanien erklärt hatte – als Vergeltung für die Vertreibung der Juden im Jahre 1492. Es war eine instinktive Handlungsweise. Sie drückte das aus, was die meisten Israelis für richtig und gut befanden. Der Boykott galt als nationale Pflicht.⁷ Anderthalb Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung war Israel im Prinzip immer noch unbeugsam. «Die Regierung», schrieb ein ho-

her Beamter des Aussenministeriums an einen israelischen Gesandten, «wird keine juristischen oder wirtschaftlichen Verhandlungen mit einer deutschen Körperschaft führen.»⁸

Doch in der Realität war es schwer, Deutschland zu boykottieren, und die Auswirkungen waren nicht immer wünschenswert. Deswegen waren Abweichungen von der Boykottpolitik an der Tagesordnung, obwohl sie, solange der Boykott als Leitprinzip verstanden wurde, als Sonderfälle und Ausnahmen eingestuft wurden. «Der Export nach Deutschland ist eine Handelsverbindung und im Normalfall unerwünscht», erläuterte der Aussenhandelsausschuss dem Aussen- und dem Finanzminister. Doch es bestand immer die Möglichkeit, Zitrusfrüchte nach Deutschland zu exportieren, was schon vor dem Krieg und selbst während des Naziregimes geschehen war. Die Deutschen zahlten immerhin in harter Währung. Demnach sollte diese Angelegenheit, so hiess es, vielleicht doch «separat beurteilt werden».⁹ Die Ausnahmen häuften sich.

Die meisten Israelis, einschliesslich der Politiker, fühlten sich dem Gewissen, der Moral und der Geschichte verpflichtet. Doch wenn sie vor die Wahl gestellt wurden, gaben sie häufig staatlichen, wirtschaftlichen und persönlichen Interessen den Vorrang. Den Anfang machte Ben Gurion. Pragmatisch und mächtig zwang er Israel, sich mit dem «anderen Deutschland», wie er die Bundesrepublik gerne nannte, einzulassen. Er handelte mit Entschlossenheit und vielleicht übereilt. Er führte Israel zielstrebig in den Block der Westmächte mit den USA an der Spitze, und er tat dies zu einer Zeit, in der viele andere Staaten mit dem Gedanken spielten, zwischen Ost und West neutral zu bleiben. Die Vereinigten Staaten ihrerseits waren nicht sofort von der Idee angetan, Israel in ihre Einflussphäre aufzunehmen. Doch Ben Gurion verstand, dass der Kalte Krieg und die speziellen Bedürfnisse Israels eine eindeutige Stellungnahme erforderten; wäre es möglich gewesen, hätte er das Land in die NATO eingegliedert.¹⁰ Folglich trieb er die Beziehungen sowohl zu Frankreich als auch zu Deutschland unablässig voran; weder moralische noch emotionale Bedenken liess er gelten. In der Tat wurden seine moralischen und emotionalen Massstäbe fast ausschliesslich von den Inte-

ressen des Staates Israel bestimmt, so wie sie sich ihm darstellten. Häufig setzte er dabei die Landesinteressen mit denen der Mapai gleich und umgekehrt. So war es vor dem Holocaust und auch während des Holocaust gewesen; es war nur natürlich, dass sich dieses Muster fortsetzte, nachdem ein unabhängiger Staat entstanden war. Von Zeit zu Zeit schien es so, als wäre die junge israelische Demokratie nicht in der Lage, die Spaltungstendenzen, die Ben Gurions Deutschlandpolitik auslöste, heil zu überstehen. Doch rückblickend entpuppte sich diese Furcht als unbegründet. Die meisten Israelis unterstützten den Ministerpräsidenten.

Die internationalen Ambitionen Israels waren mit einem Boykott schwer in Einklang zu bringen. Die USA und andere Länder bemühten sich, Deutschland wieder in die Völkerfamilie zurückzuführen; gleichzeitig kämpfte Israel um seine internationale Position und gegen die Versuche der arabischen Länder, den jüdischen Staat zu isolieren. Demnach konnte es sich Israel natürlich nicht leisten, internationale Organisationen zu verlassen, die Deutschland als Mitglied akzeptierten. Im Allgemeinen stimmte Israel gegen Deutschland, doch sobald es Mitglied dieser Organisationen war, konnte es Kontakte mit Deutschen nicht ganz vermeiden. Zudem konnte sich Israel nicht gut als Gastgeberland für internationale Konferenzen anbieten und dann den Deutschen die Teilnahme verweigern.

Israelische Diplomaten gerieten bei Empfängen oder zu anderen Anlässen häufig in Situationen, in denen sie ihren westdeutschen Kollegen von Angesicht zu Angesicht gegenüberstanden und sich entscheiden mussten, ob sie einen Gruss erwidern sollten oder sich so verhalten, als sei die Person ihnen gegenüber durchsichtig. Und was, wenn der Deutsche die Hand ausstreckte? Durfte man sie übersehen, ohne den gemeinsamen Gastgeber zu beleidigen? Was sollte ein israelischer Diplomat tun, wenn der Deutsche ihn in ein Gespräch zu verwickeln versuchte? «Er sollte einen höflichen Händedruck tauschen, ein oder zwei Minuten Konversation machen und die erste Gelegenheit ergreifen, mit einem anderen ins Gespräch zu kommen», instruierte das Aussenministerium seine Diplomaten. Und wenn ein Deutscher seinen israelischen Amtskollegen anrief?

Ein-, zwei- oder dreimal war es mit Hilfe der Sekretärin wohl möglich, den Telefonanruf nicht entgegenzunehmen, aber was sollte geschehen, wenn der Deutsche hartnäckig blieb und sich immer wieder meldete? «Man sollte ihm höflich mitteilen, dass der israelische Konsul nicht zur Verfügung steht, da es keine Beziehungen zwischen den beiden Ländern gibt», ordnete das Aussenministerium an.

Doch dies führte zum nächsten Problem: «Wenn der Deutsche das israelische Konsulat besucht, sollte ihm dasselbe mitgeteilt werden, in höflichem Ton, möglichst von einem niederen Beamten und auf jeden Fall nicht vom Leiter des Konsulats.»¹¹ Das nämlich war in New York vorgekommen. Doch wenn der israelische Vertreter der Doyen des diplomatischen Korps war, wie in einer anderen Hauptstadt, dann konnte er unmöglich seinen deutschen Kollegen einfach ignorieren.¹²

Nach der Staatsgründung wurde das Büro der Jewish Agency in München zu einem israelischen Konsulat, das bei den Besatzungsmächten akkreditiert war. Im Dezember 1949, als das besetzte Deutschland sich auf eine De-facto-Unabhängigkeit zu bewegte, wurde beschlossen, das Konsulat «vorläufig» beizubehalten. Der Konsul wurde angewiesen, keine Kontakte zu deutschen Institutionen zu unterhalten, sondern nur mit den Einrichtungen der Besatzer zu kooperieren.¹³ Diese Instruktion war natürlich unrealistisch. Eliahu Kurt Livneh fungierte in Deutschland in vollem Umfang als diplomatischer Vertreter, aber er bemühte sich, möglichst wenig in Erscheinung zu treten. Die Geheimhaltung seiner Kontakte war die Voraussetzung dafür, dass sie überhaupt stattfinden konnten. Einmal berichtete der Konsul, der berühmte Jerusalemer Gelehrte Gerschom Scholem verhandle über den Transfer des Gesamtarchivs der Deutschen Juden von Deutschland nach Jerusalem in das Zionistische Archiv, und die Deutschen «würden wahrscheinlich den Transfer des Archivs zum Anlass für eine öffentliche, halboffizielle Zeremonie nehmen wollen». Livneh schlug eine Lösung vor. Es sei besser, meinte er, den Namen der Institution, die das Archiv bekommen sollte, zu ändern und ihn für die Zeremonie in «Jüdisches Zentralarchiv»

umzubenennen; dadurch werde der nationalistische Begriff «zionistisch» vermieden. (Das Aussenministerium lehnte ab.) *¹⁴

Die Schriftstücke in den Archiven des Aussenministeriums lassen viel Nachdenklichkeit und Professionalität erkennen, aber auch ein erkleckliches Quantum an intellektuellem Hochmut. Israels erste Diplomaten liebten langatmige Berichte voller gelehrter Anspielungen und geschraubter Spitzfindigkeiten. Die meisten von ihnen stammten aus Mitteleuropa. Einige waren Jecken, andere kamen aus den englischsprachigen Ländern. Die meisten hatten einen Universitätsabschluss und waren im mündlichen wie im schriftlichen Ausdruck geübt. Sie beherrschten Fremdsprachen. Oft korrespondierten sie untereinander auf Englisch oder Französisch – vielleicht, weil ihr Hebräisch nicht ausreichte, vielleicht, weil sie glaubten, dass wahre Diplomatie nur in einer europäischen Sprache stattfinden könne. Vielleicht standen in ihren Büros aber auch einfach nicht genügend hebräische Schreibmaschinen und Telexgeräte. Die grosse Mehrheit stützte sich auf ihre begrenzten Erfahrungen aus den Tagen des «zukünftigen Staates», als die Stärke der zionistischen Bewegung davon abhing, wieviel Wohlwollen und Unterstützung sie in der Weltöffentlichkeit gewinnen konnte. Die Diplomaten der zionistischen Bewegung neigten dazu, ihr Bestreben nach einer Staatsgründung mit der grossen moralischen Schuld zu untermauern, die die freie Welt gegenüber dem jüdischen Volk besonders nach dem Holocaust trüge. Dies erforderte eine sorgfältige, realistische, vernunftbetonte Diplomatie, die der Welt das Bild einer friedliebenden, kultivierten Demokratie vermittelte. Es war ein Bild, mit dem sich die ersten israelischen Diplomaten identifizieren konnten. Sie selbst betrachteten sie als liberale, weltgewandte Männer. Sie vermieden Extreme und unterstützen zumindest in der Öffentlichkeit üblicherweise die Mapai. Die meisten sahen auch mögliche Beziehungen zu Deutschland in diesem

* Die ersten deutschen Filme, die in Israel gezeigt wurden, wurden als österreichische oder schweizerische Filme ausgegeben. Dasselbe geschah bei deutschen Zeitschriften. Ende der fünfziger Jahre untersagte die staatliche Zensur einer ausländischen Operndiva, Arien von Mozart, Schubert und Brahms in deutscher Sprache zu singen.¹⁵

Licht. Bei der Aufnahme, Gestaltung und Förderung dieser Beziehungen spielten sie in der Tat eine grosse Rolle.

Ende 1950 stellte Gerschon Avner, der Leiter der Westeuropa-Abteilung im Aussenministerium, mehreren höheren Beamten die Frage: «Welche Haltung soll die israelische Regierung gegenüber Deutschland einnehmen, das demnächst mit Unterstützung des Westens in die Völkerfamilie aufgenommen wird? Sollten wir den diplomatischen Boykott Deutschlands fortsetzen oder unsere Politik ändern, und ist ein Wandel angesichts der politischen Realitäten erforderlich?»¹⁶ Damit begann eine Diskussion, in der es um existentielle Ängste, um Feindseligkeit und Rache ging, wohl auch um Historiographie und Ethik, letztlich aber um kalten Pragmatismus. «Wir müssen sofort entscheiden», schrieb Schlomo Ginossar, der israelische Chargé d'affaires in Italien, seinem Vorgesetzten nach Israel, «denn jetzt kommen die Deutschen auf uns zu, aber bald werden sie uns nicht mehr brauchen, und wenn wir dann eine Versöhnung wollen, werden wir ihnen nachlaufen müssen... Längeres Schwanken unsererseits könnte am Ende zur Folge haben, dass wir uns mit den Deutschen versöhnen, ohne etwas dafür zu bekommen, und wir werden es als Gunst von ihnen erbitten müssen, wenn wir ihre Annäherungsversuche heute abweisen.»¹⁷

Mordechai Reginald Kidron, der israelische Botschafter in London, hatte seine Einschätzung der Lage schon Monate vorher formuliert. Mit Bezug auf die Schriften des preussischen Generals Karl Maria von Clausewitz sagte Kidron voraus, dass die Tage der Freiheit für Israel gezählt seien: In zehn bis fünfzehn Jahren würde Deutschland erneut auf das jüdische Volk «die Hunde des Krieges hetzen», um Hitlers Werk zu vollenden. Das Traurige daran sei, schrieb der Diplomat, dass jedermann seine Voraussage für zutreffend halte, niemand jedoch etwas dagegen tue und niemand protestiere. Diese Rolle kam seiner Ansicht nach seinem Land zu: «Die Welt braucht einen zweiten Jeremia», erklärte er, «und wo wird sie einen finden, wenn nicht in Israel?»¹⁸ Gideon Rafael, ein Berater der israelischen Delegation bei den Vereinten Nationen, hegte ebenfalls die schlimmsten Befürchtungen. Er nannte als

Grund vor allem die Hilfe, die Westdeutschland von den USA erhielt. «Die amerikanische Deutschlandpolitik führt uns alle ins Verderben», schrieb er an seinen Vorgesetzten, den damaligen Botschafter Abba Eban, «und wir haben als Vertreter Israels kein Recht, diesen Holocaust untätig zu erwarten.»¹⁹

Eljaschiv Ben-Horin aus der Westeuropa-Abteilung des Ausenministeriums sprach von seinem «Widerwillen gegen jeden Kontakt mit den Erben der Nazis» und argumentierte, dass jedes Entgegenkommen Deutschland nur dazu ermuntern würde, sich vor Reparationen zu drücken. «Die tiefe Wahrheit der Worte, die Professor (Lewis) Namier über den deutschen Charakter ausgesprochen hat, darf nicht ignoriert werden», schrieb Ben-Horin. «Der einzelne, nicht organisierte Deutsche mag sich vom Engländer, Amerikaner oder Angehörigen einer anderen Kulturnation nicht unterscheiden. Sehr gefährlich wird der Deutsche dann, wenn er in einer Gruppe auftritt.» * Die nüchternste Analyse kam aus Brüssel. «Als Ketzer sage ich meine Meinung ganz offen – dass wir uns in unserer Deutschlandpolitik geirrt haben», schrieb Michael Amir, Israels Chargé d'affaires für die Benelux-Staaten.

«Ich möchte freimütig meine Meinung äussern, und verzeihen Sie mir, wenn sie zu krass formuliert ist. Eine Fortsetzung der Paria- und Boykottpolitik ist angenehm und moralisch unanfechtbar, aber sie ist ein Kampf gegen Windmühlen. Sie ist erfreulich konsequent, bringt aber keinen Vorteil, nur Schaden.

Ich bin nicht dafür, Beziehungen um ihrer selbst willen aufzunehmen. Ich nehme an, dass Deutschland, um die Verbrechen des Hitlerregimes zu sühnen, daran interessiert ist, mit uns über eine Erklärung zu verhandeln, die das Unrecht, das dem gesamten jüdischen Volk im Namen des deutschen Volkes angetan wurde, verurteilt und das die materielle und moralische Verantwortung des deutschen Volkes für die Greueltaten seiner Führer am jüdischen Volk anerkennt. Deutsch-

* Dieser Abschnitt wurde aus der Version von Ben-Horins Brief gestrichen, die 1988 in einem offiziellen Sammelband des Ausenministeriums erschienen sind.²⁰

land wird auf der Grundlage dieser Erklärung Verhandlungen über umfassende Entschädigungsleistungen führen wollen.

Sagen Sie nicht, dass ich mit Blut spekulieren will und dass ich um die grausamsten Verbrechen, die die Menschheit je gesehen hat, schachere... Ich nehme die Bedeutung von Reparationen zwischen Nationen oder Staaten nicht auf die leichte Schulter. Doch an dem Punkt unserer Geschichte, an dem wir jetzt stehen, können sie für den Aufbau unseres Landes ungemein hilfreich sein. Während ich diese Zeilen schreibe, bin ich innerlich zerrissen. Ich sehe vor mir die tragischen Märsche in die Gaskammern, und ich frage mich natürlich, ob ich mich nicht innerlich von den Millionen Opfern entfremde. Doch ich kehre immer wieder zu meiner Meinung zurück, die [Ernest] Renan so ausgedrückt hat: ‚Wer Geschichte machen will, ist gezwungen, Geschichte zu vergessen.‘ Ich vergesse nicht, aber wir, im Staate Israel, sind gezwungen, eine realistische Politik zu betreiben... Ich will ohne Scham zugeben, dass das meinen tiefsten Gefühlen zuwiderläuft, aber Politik ist keine Gefühlssache.»²¹

Walter Eitan, Staatssekretär im Aussenministerium, stimmte ihm zu. Nichts könne man ohne direkte Verbindungen nach Bonn erreichen, schrieb er.²² Es ist schwer festzustellen, wann genau die ersten offiziellen Kontakte zwischen den beiden Ländern stattfanden. Manche Historiker nennen den 30. Dezember 1951, den Tag, an dem die israelische Regierung beschloss, über Reparationen zu verhandeln.²³ Doch sicherlich ging eine Reihe nicht offizieller und halb offizieller Begegnungen dieser Entscheidung voraus.

Jüdische Organisationen in den USA hatten schon 1941 begonnen, die juristischen und politischen Voraussetzungen für die Forderung nach Reparationen und Entschädigungen zu untersuchen.*²⁴ Gegen Ende des Krieges wandten sich auch die Führer der Jewish Agency die

* Es ist wichtig, zwischen diesen beiden Begriffen genau zu unterscheiden. Das hebräische Wort für Reparationen, *shilumim*, wurde von Mosche Sharett erfunden, der es von einem Begriff aus der jüdischen Rechtstradition ableitete, der Busszahlungen bedeutete. Das Wort Entschädigung, auf Hebräisch *pitsuim*, weist auf die Tilgung einer Schuld und die Befriedigung eines Anspruchs hin, die vorangegangenes Unrecht ausgleicht. Die beiden Begriffe werden gelegentlich als austauschbar betrach-

ser Frage zu. Sie überprüften die Entwürfe, Memoranden und Grundsatzzapapiere, die sie seit Jahren von Juristen und Wirtschaftsexperten erhalten hatten; die meisten Verfasser waren deutscher Herkunft, und einige hatten in den dreissiger Jahren an den Haawara-Vereinbarungen mitgewirkt. Sie bedienten sich teilweise der deutschen Sprache, und einer der Juristen führte noch während des Krieges den versöhnlichen und ärgerlichen Begriff «Wiedergutmachung» ein.²⁵ Die Jewish Agency war am meisten an privaten Vermögenswerten interessiert, die von keinen Erben beansprucht wurden, sowie am Besitz jüdischer Gemeinden, die nicht mehr existierten – Synagogen, Jeschiwen, Mikwen, Schulen, Bibliotheken mit wertvollen Manuskripten, Kunstmuseen, Krankenhäuser, Altenheime, Wohlfahrtseinrichtungen, Mietshäuser, Bürogebäude. Es war nicht leicht, die entsprechende rechtliche Grundlage für Entschädigungsforderungen zu finden, da ein Grossteil des Eigentums in Übereinstimmung mit deutschen Gesetzen konfisziert worden war. Viele hatten Mühe, ihre Besitzansprüche zu dokumentieren, und niemand wusste, wie ihr Wert festzustellen war. Auch andere Probleme traten auf. Die Juden waren keine anerkannte Grösse in der internationalen Gesetzgebung; ironischerweise gerieten sie, da sie nicht als kriegführende Nation eingestuft wurden, in Schwierigkeiten, als sie während der Friedensverhandlungen eine kollektive Entschädigung beanspruchen wollten. Es war unklar, wer autorisiert war, diese Ansprüche für sie zu stellen, sie zu vertreten oder in ihrem Namen Eigentum zurückzunehmen. Die Frage war eine Herausforderung für die Jewish Agency und später auch für den Staat Israel.

Im September 1945 verlangte Chaim Weizmann von den vier Besatzungsmächten, dass das gesamte jüdische Eigentum, für das es keine Erben gab, an die Jewish Agency gehen solle.²⁶ Weizmann schätzte dieses Eigentum auf 2 Milliarden Pfund Sterling oder ungefähr 8 Milliar-

det; hier sind Reparationen Gelder, die der Staat Israel erhielt, und Entschädigungen Leistungen, die Individuen zugute kamen. Ein Oberbegriff, der sich auf öffentliche wie individuelle Ansprüche bezieht, wäre Restitution bzw. im deutschen Sprachgebrauch «Wiedergutmachung».

den Dollar. Es ging ihm jedoch nicht nur um Geld – er verlangte auch, dass die Alliierten das Recht der Jewish Agency anerkannten, im Namen des gesamten jüdischen Volkes zu sprechen, der Lebenden wie der Toten, der Zionisten wie der Nicht-Zionisten. Das war kein geschickter Zug. Am Vorabend des entscheidenden Kampfes um Palästina war die Chance, dass die Briten auch nur einen Finger rühren würden, um den Status der Jewish Agency zu erhöhen, gleich Null. Andere jüdische Organisationen, vor allem die amerikanischen, lehnten den Anspruch der zionistischen Bewegung, für alle Juden zu sprechen, ebenfalls ab. Die Alliierten liessen sich lediglich auf 25 Millionen Dollar festlegen, die zwischen der Jewish Agency und anderen jüdischen Wohlfahrtsorganisationen für humanitäre Hilfe aufgeteilt werden mussten; es vergingen Jahre, bis sie zahlten, was sie versprochen hatten.²⁷

Mit dem Ende des Krieges begann eine Anzahl von Immigranten, besonders deutschstämmige Juden, ihre persönlichen Kontakte zur alten Heimat wieder aufzunehmen. Viele Jecken besuchten Deutschland, sobald es möglich war. Manche fuhren geschäftlich hin, andere, um Freunde zu besuchen. Zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft hatten die Erinnerung an ihre Kindheit und Jugend nicht zu tilgen vermocht.* Manche kehrten für immer zurück. Andere reisten nach Deutschland, um sich um zurückgelassenen Besitz zu kümmern, um alte Schulden einzutreiben, um Rentenzahlungen zu veranlassen und um Entschädigungen zu fordern.

Auch Überlebende aus Osteuropa ignorierten den Boykott-Aufruf. Sie machten Geschäfte mit Deutschland, die gelegentlich auf Kontakte aus den DP-Lagern zurückgingen. Auch sie verlangten Entschädigungen. So geschah es, dass das erste Gesetz zum Thema nationalsozialistischer Verbrechen, mit dem sich die Knesset beschäftigte, verfahrenstechnischen Charakter hatte. Das Gesetz sollte es israelischen Staatsbür-

* Der Philosoph Martin Buber akzeptierte, dass die Universität Hamburg ihm den Goethe-Preis verlieh. Er erklärte, dass er ihn annähme, um denjenigen Deutschen Mut zu machen, die für die Prinzipien des Humanismus gekämpft hätten. Seine Entscheidung löste in der Presse und der Knesset einen Sturm der Entrüstung aus, und schliesslich entschloss sich Buber, nicht nach Deutschland zu reisen und den Preis nicht persönlich entgegenzunehmen.²⁸

gern erleichtern, bei der deutschen Regierung einen Antrag auf Entschädigung zu stellen. Der «Certification of Documents (Special Purposes) Act» erlaubte den Funktionären der «Vereinigung Mitteleuropäischer Immigranten» und ähnlicher Organisationen, die persönlichen Dokumente künftiger Antragsteller zu beglaubigen. Justizminister Pinchas Rosen schätzte, dass dieses Gesetz zwischen 30'000 und 50'000 Menschen betraf, von denen jeder innerhalb weniger Monate im Durchschnitt drei notarielle Beglaubigungen brauchte. «Wir müssen uns fragen, wie wir diesen riesigen Papierkrieg mit der grösstmöglichen Schnelligkeit und den geringsten Kosten für die Betroffenen bewältigen», erklärte er. Ein Knesset-Abgeordneter meinte: «Wären wir nicht so arm, müssten wir nicht einen der Brosamen annehmen, die man uns hinwirft.» Ein anderer bekräftigte: «Kein Geld und keine Ideologie kann das Blut von den Händen des deutschen Volkes abwaschen... Auch wenn wir Entschädigungen gefordert und quittiert haben, ist unsere historische Rechnung mit Nazi-Deutschland noch lange nicht beglichen.» Trotz des Widerstandes wurde das Gesetz zehn Tage nach der ersten Lesung im Dezember 1949 ohne Gegenstimmen verabschiedet.²⁹ Im selben Monat schrieb Staatssekretär Walter Eitan an ein Kabinettsmitglied: «Es herrscht der Eindruck, dass die Position gegenüber Deutschland, die das israelische Ehrgefühl verlangt, immer mehr aufweicht.»³⁰

Im März 1950 schrieb Finanzminister Elieser Kaplan an Aussenminister Mosche Sharett: «Meiner Ansicht nach... sollten wir jemanden zu Vorverhandlungen nach Deutschland schicken.» Gemeint waren Reparationen und Entschädigungen. «Ich glaube nicht, dass der Staat das Handeln anderen überlassen oder zögern darf, wenn es darum geht, seine Interessen und die seiner Bürger zu schützen.»³¹ Als Emissär wurde Kurt Mendelsohn ausgewählt, der die Abteilung Zölle und Stempelgebühren im Finanzministerium leitete. Offiziell ging die Initiative von Levi Eschkol aus, der damals dem Exekutivkomitee der Jewish Agency angehörte und noch nicht Minister war; da die Regierung sich auch weiterhin auf die nationale Ehre berief und in der Öffentlichkeit noch nicht von ihrer Position abrücken wollte, war es ihr lieber, wenn die Kontakte

zu Deutschland zunächst im verborgenen abliefen. «Wenn die Angelegenheit so weit gediehen ist, dass Gelder oder Güter transferiert werden, wird die Jewish Agency verantwortlich zeichnen», erklärte das Ausserministerium.³² Mendelsohn war der erste, der als Vertreter Israels in offizieller Mission nach Bonn fuhr. Er traf dort mit dem deutschen Finanzminister Fritz Schäffer zusammen. Mendelsohn brachte ein detailliertes Memorandum mit, doch die Deutschen liessen ihn warten. Darüber hinaus geriet Mendelsohn in Konflikte mit den Repräsentanten anderer jüdischer Organisationen, die ebenfalls Geld wollten und schon vor ihm dagewesen waren.³³

Einige Monate später, im Sommer 1950, verbrachte Präsident Chaim Weizmann seine Ferien in Bürgenstock, einem beliebten Urlaubsort am Vierwaldstätter See. Unter den Gästen seines Hotels befand sich Bundeskanzler Konrad Adenauer. Die beiden begegneten sich im Garten, führten jedoch, zu des Kanzlers grossem Bedauern, kein Gespräch – die Israelis behaupteten, ihr Präsident fühle sich nicht wohl. Adenauers persönlicher Referent Ernst Ostermann und der Chargé d'affaires Schmuël Tulkowsky dagegen sprachen miteinander. Der Israeli fragte, wie es denn um die Reparationen stünde, wobei er sich offenbar auf Mendelsohns Memorandum und auf die anderen Kontakte zwischen Vertretern des World Jewish Congress und dem Kanzleramt in Bonn bezog. Ostermann sagte eine Antwort zu.

Ein paar Monate später erinnerte Tulkowsky den Deutschen schriftlich an ihr Gespräch. In einem Brief hiess es, dass «die israelische Regierung beabsichtigt, gleich nach Erhalt einer Antwort seitens der Regierung der Bundesrepublik die Angelegenheit in direktem Kontakt mit dem Bundeskanzler Ihrer Regierung anzusprechen». Ostermann reagierte ausweichend. Als Ausserminister Mosche Sharett diesen Briefwechsel zufällig entdeckte, traute er seinen Augen nicht. «Ich war schockiert», schrieb er an einen Ministerialbeamten «Vor meinen Augen lag ein offizieller Briefwechsel Israels mit Deutschland – und sogar die ausdrückliche Versicherung, dass wir zu direkten Verhandlungen bereit sind. War das denn jemals so beschlossen worden?» Es stellte sich heraus, dass Sharett die Entwicklung verpasst hatte, da er sich ausser Landes aufgehalten hatte.

Tulkowskys Brief war mit Wissen des Staatssekretärs im Aussenministerium und mit dem Segen von Finanzminister Kaplan abgeschickt worden, ohne dass allerdings eine formelle und prinzipielle Diskussion darüber geführt worden war.³⁴ Man kann annehmen, dass der Aussenminister eher erfreut war, als er sich von seinem Schock erholt hatte, denn wenige Monate zuvor hatte er gegenüber Kaplan seine Besorgnis geäußert. «Wir hören jeden Tag vom Aufschwung der Deutschen – politisch, ökonomisch und moralisch. Die Zeit arbeitet in dieser Sache gegen uns, und ich fürchte, wir haben den Zeitpunkt verpasst.»³⁵ Ende Dezember 1950 riet das Aussenministerium der Regierung, eine offizielle Delegation nach Deutschland zu entsenden, um den Forderungen nach Reparationen und Entschädigungen Nachdruck zu verleihen. Das Kabinett war gespalten: Verkehrsminister Dov Josef wandte sich gegen alle Kontakte mit den Deutschen, selbst wenn das Verzicht auf Geld bedeutete. (Nicht lange zuvor hatte Bundeskanzler Adenauer gegenüber einer jüdischen Zeitung in Deutschland von 10 Millionen Mark gesprochen – in jeder Hinsicht eine lächerliche Summe.³⁶) Für Innenminister Mosche Schapira hing alles davon ab, wieviel Geld auf dem Spiel stand. Es sei sinnlos, sich für ein armseliges Almosen zu besudeln, meinte er, aber für eine beträchtliche Summe müsse man den unerfreulichen Kontakt mit Deutschland wohl ertragen. Im Verlauf der Debatte schlug Ben Gurion plötzlich vor, Deutschland den Krieg zu erklären, und zwar rückwirkend vom Tag der Staatsgründung an, die drei Jahre nach Deutschlands Kapitulation stattgefunden hatte. Das war offenbar einer der phantastischen Einfälle, die Ben Gurion manchmal hatte. Doch er erschreckte den Staatssekretär nachhaltig, und dieser versuchte, sofort auf den Ministerpräsidenten einzuwirken, er möge seine Kriegspläne zurückstellen, bis deren rechtliche Aspekte untersucht worden seien. Mittlerweile hatte das Kabinett den Vorschlag, eine Delegation nach Deutschland zu schicken, abgelehnt und stattdessen das Aussenministerium instruiert, seine Forderungen an die Besatzungsmächte zu richten.³⁷

Daraufhin bat Israel im Januar 1951 die USA, die Sowjetunion, Grossbritannien und Frankreich, von Deutschland Reparationszahlun-

gen in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar einzufordern. Washington, London und Paris erwiderten höflich, sie würden ihr Bestes tun, und legten Israel nahe, sich doch lieber direkt an Deutschland zu wenden. Moskau reagierte nicht. Im März schrieb Israel erneut an die drei Westmächte, doch als im Juli deren Antworten eintrafen, hatten die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland bereits eine dramatische Wendung genommen.³⁸

In den Nachmittagsstunden des 19. April 1951 trafen zwei israelische Regierungsbeamte im Hotel Crillon in Paris ein. Die beiden Unterhändler David Horowitz, damals Staatssekretär im Finanzministerium und späterer Präsident der Bank von Israel, und Maurice Fischer, Israels Charge d'affaires in Frankreich, achteten sehr darauf, dass sie getrennt eintrafen und getrennt wieder gingen, damit ihre Anwesenheit im Hotel keine Aufmerksamkeit erregte. Bevor sich die Israelis von ihrem Verhandlungspartner trennten, versprach er ihnen, sich an Israels Bedingung zu halten; sollte die Presse von dem Treffen erfahren, würde er es leugnen. Fischer schlug seinen Vorgesetzten in Jerusalem vor, dass sie aus Gründen der Geheimhaltung auf einen schriftlichen Bericht verzichten und warten sollten, bis Horowitz ihnen persönlich Mitteilung machen würde. Die Regierung hatte dem Treffen zugestimmt, aber Horowitz schrieb in seinen Memoiren, dass Ben Gurion ihn angewiesen hatte, den Inhalt der Gespräche vor den anderen Ministern geheimzuhalten.³⁹

Wie üblich sickerte doch etwas durch. «Alle Mutmassungen, die sich verbreitet haben, sind ohne Grundlage», log Aussenminister Mosche Sharett, und die Presse hakte nicht nach. Die Geschichte schien einfach zu phantastisch.⁴⁰ Denn der Mann, den David Horowitz und Maurice Fischer im Crillon aufgesucht hatten, war kein anderer als Bundeskanzler Konrad Adenauer. Es war die erste Begegnung auf so hoher Ebene zwischen Vertretern der beiden Länder – ein entscheidender Schritt hin zur Versöhnung zwischen dem jüdischen und dem deutschen Volk.

Die Israelis verlangten 1,5 Milliarden Dollar. Sie sprachen deutsch, die Atmosphäre war angespannt, erinnerte sich Horowitz später. Adenauer sagte, er werde alles in seiner Macht Stehende tun, um das grosse

Unrecht wiedergutzumachen, das das jüdische Volk durch Hitler erlitten hatte. Horowitz erwiderte, es sei nicht möglich, das Unrecht wiedergutzumachen. Seinen Instruktionen folgend, vermied er Feindseligkeiten und blieb ruhig und reserviert. Bevor die beiden Länder über die finanzielle Seite weiterverhandeln könnten, betonte er, müsse Deutschland die Nazi-Verbrechen verurteilen. Der Kanzler sagte, er habe die Verbrechen bei vielen Gelegenheiten verurteilt, doch Horowitz verlangte, dass in einem «feierlichen Akt» ein offizielles Schuldbekenntnis abgegeben werden müsse. Adenauer akzeptierte die Bedingung: «Es wird geschehen», sagte er und fügte hinzu, sein Land würde Israel gerne helfen. Er sei nicht als Bittsteller gekommen, unterbrach ihn Horowitz. Man spräche hier über die Rückgabe von gestohlenem Eigentum, und die Summe, die Israel verlange, sei nur ein winziger Teil des Gesamtwertes, den die Deutschen den Juden gestohlen hätten. Die Deutschen hatten zuvor ihre Bereitschaft signalisiert, die israelische Forderung als Verhandlungsbasis zu akzeptieren. Adenauer erhob keinen Einwand, aber er vermied ein klares Ja. Auf Fischer wirkte er kalt und berechnend. Der alte Staatsmann versuchte jedoch, seinen guten Willen zu demonstrieren. Immer wieder bat er seine israelischen Gäste, sich Zeit zu lassen, und erzählte ihnen, einige seiner besten Freunde seien Juden und mindestens einer von ihnen verdanke seiner, Adenauers, persönlichen Intervention sein Leben. Horowitz reagierte mit eisigem Schweigen. «Ich hatte Instruktionen, eine stolze und ehrenhafte Haltung zu bewahren, für unsere Forderungen zu kämpfen, uns jedoch nicht zu erniedrigen und nicht zuzulassen, dass in den Verhandlungen gefeilscht wurde wie auf dem Markt», schrieb er in seinen Erinnerungen.⁴¹

Am 27. September 1951 gab Bundeskanzler Adenauer im Bonner Bundestag eine historische Erklärung ab. Die Weltöffentlichkeit, sagte er, habe sich in jüngster Zeit verschiedentlich mit der Haltung der Bundesrepublik gegenüber den Juden befasst. «Hier und da sind Zweifel laut geworden, ob das neue Staatswesen in dieser bedeutsamen Frage von Prinzipien geleitet werde, die den furchtbaren Verbrechen einer vergangenen Epoche Rechnung tragen und das Verhältnis der Juden zum deutschen Volk auf eine neue und gesunde Grundlage stellen.» Die Einstel-

lung zu den jüdischen Staatsbürgern sei durch das Grundgesetz eindeutig festgelegt, fuhr Adenauer fort, welches bestimme, dass niemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden dürfe. Westdeutschland habe die europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet. Normen allein seien jedoch nicht ausreichend, betonte Adenauer. Es sei notwendig, das Volk zu menschlicher und religiöser Toleranz zu erziehen. Damit diese erzieherische Arbeit nicht gestört werde, sei es wichtig, die «Kreise, die noch immer antisemitische Hetze treiben», zu bekämpfen.

Adenauer hatte nun etwa zehn Minuten gesprochen und die Hälfte seiner Rede verlesen. Jetzt kam er zu den entscheidenden Aussagen:

«Die Bundesregierung und mit ihr die grosse Mehrheit des deutschen Volkes sind sich des unermesslichen Leides bewusst, das in der Zeit des Nationalsozialismus über die Juden in Deutschland und in den besetzten Ländern gebracht wurde. Das deutsche Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und hat sich an ihnen nicht beteiligt. Es hat in der Zeit des Nationalsozialismus im deutschen Volke viele gegeben, die mit eigener Gefährdung aus religiösen Gründen, aus Gewissensnot, aus Scham über die Schändung des deutschen Namens ihren jüdischen Mitbürgern Hilfsbereitschaft gezeigt haben. Im Namen des deutschen Volkes sind aber unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichten, sowohl hinsichtlich der individuellen Schäden, die Juden erlitten haben, als auch des jüdischen Eigentums, für das heute individuell Berechtigte nicht mehr vorhanden sind. Auf diesem Gebiet sind erste Schritte getan, sehr vieles bleibt aber noch zu tun. Die Bundesregierung wird für den baldigen Abschluss der Wiedergutmachungsgesetzgebung und ihre gerechte Durchführung Sorge tragen. Ein Teil des identifizierbaren jüdischen Eigentums ist zurückerstattet. Weitere Rückerstattungen werden folgen.»

Dann machte der Kanzler eine Einschränkung. Nicht nur die unge-

heure Zerstörung «jüdischer Werte» müsse berücksichtigt werden, sondern auch die Grenzen der Leistungsfähigkeit Westdeutschlands, da das Land nun auch für zahllose Kriegsoffer, Flüchtlinge und Vertriebene sorgen müsse. Die Bundesregierung sei bereit, «gemeinsam mit den Vertretern des Judentums und des Staates Israel, der so viele jüdische Flüchtlinge aufgenommen hat, eine Lösung des materiellen Wiedergutmachungsproblems herbeizuführen.»⁴²

Dies war die Erklärung, die Horowitz von Adenauer fünf Monate zuvor gefordert hatte, der «feierliche Akt». Der Bundestag signalisierte seine Zustimmung, indem die Abgeordneten im Gedenken an die Opfer der Nazis stehend eine Schweigeminute einlegten. Adenauer wählte seine Worte mit Bedacht, und – wie man eine Generation später erfuhr, als die israelischen Archive der Forschung zugänglich wurden – sie waren nicht allein sein Werk. Manche Wendungen waren ihm direkt aus Jerusalem diktiert worden. Adenauer hatte Entwürfe der Rede an Maurice Fischer nach Paris geschickt; überbracht hatte sie Jacob Altmeier, ein jüdischer Bundestagsabgeordneter der SPD. Altmeier hatte auch bei der Vorbereitung des Treffens zwischen Adenauer, Fischer und Horowitz mitgewirkt. Fischer leitete den Entwurf an Nahum Goldmann, den Präsidenten des World Jewish Congress, weiter. Goldmann redigierte ihn mit roter Tinte, wie ein Lehrer den Aufsatz eines Schülers, und schickte die korrigierten Seiten nach Jerusalem, wo sie noch weitere Änderungen erfuhren. Von dort aus gelangten sie schliesslich via Fischer wieder nach Bonn.

Jerusalem mass dieser Erklärung offensichtlich eine ganz besondere Bedeutung bei. «Es herrscht kein Zweifel mehr daran, dass das Kabinett direkte Verhandlungen beschliessen wird, wenn die deutsche Erklärung einen Weg dazu eröffnet, ohne dass wir das Gesicht verlieren», schrieb der Leiter der Westeuropaabteilung im Aussenministerium an den israelischen Botschafter in Washington. «Der Ministerpräsident, der Finanzminister, der Aussenminister und andere sind überzeugt, dass man sich für Verhandlungen entscheiden wird, aber erst nach der Erklärung. Deshalb ist es wesentlich, dass die Erklärung so gut wie möglich aus-

fällt.» Die Botschaft in Washington wurde angewiesen, die Amerikaner zu drängen, auf Adenauer Druck auszuüben.⁴³

David Ben Gurion benötigte die Erklärung, um direkte Verhandlungen mit Deutschland zu rechtfertigen. Deshalb verlangte er, dass Adenauer eine Kollektivschuld des deutschen Volkes ansprach und ausdrücklich erklärte, dass Deutschland willens sei, den Staat Israel und das jüdische Volk zu entschädigen. Doch Adenauer weigerte sich zu sagen, dass die deutsche Nation als Ganzes für die Vernichtung der Juden verantwortlich sei; in einem frühen Entwurf wies er die These der Kollektivschuld sogar explizit zurück. Zu diesem Punkt war ihm nicht mehr zu entlocken als die Wendung, «im Namen des deutschen Volkes» seien «unsagbare Verbrechen begangen worden». In demselben frühen Entwurf schrieb Adenauer auch, dass die Bundesrepublik als Bündnispartner der westlichen Welt Anstrengungen unternehmen müsse, um nicht dem kommunistischen Ansturm zu erliegen. Das Aussenministerium in Jerusalem wollte diesen Punkt gerne etwas abschwächen: «Das wird uns zu Hause nicht helfen», notierte ein hoher Ministerialbeamter mit Blick auf Mapam und Maki, die Parteien der stalinistischen Linken. In der Schlussfassung wurde der umstrittene Satz gestrichen. Stattdessen erklärte Adenauer seine Bereitschaft, Verhandlungen mit «Vertretern des jüdischen Volkes» zu führen; Israel wurde nicht erwähnt, stattdessen schrieb er «Jerusalem».

Sowohl Jerusalem als auch der World Jewish Congress wogen jedes einzelne Wort genau ab. Als Adenauer sagen wollte, dass unzählige Menschen getötet worden waren, verlangten sie, dass er von «unzähligen unschuldigen Menschen» sprechen solle. Der Entwurf enthielt den Satz, die Mehrheit des deutschen Volkes habe sich an den Verbrechen des Nazis nicht beteiligen wollen; dies wisse «jeder unbefangene Kenner der Dinge». Damit waren die Israelis nicht einverstanden. Statt der Formulierung «haben sie nicht gewollt und sich nicht an ihnen beteiligt» schlugen sie den Begriff «verabscheuten» vor – ein vager Begriff, der akzeptiert wurde. Jerusalem wünschte nicht, dass Adenauer von «Kreisen» sprach, die noch immer antisemitische Agitation betrieben, sondern von «Gruppen». Bonn wies diese Forderung zurück, liess jedoch

seine ursprüngliche Absicht, von «zahlenmässig kleinen Kreisen» zu sprechen, fallen. Einer der Entwürfe, die Jerusalem erreichten, erwähnte die Verbrechen, die in den «von den deutschen Truppen besetzten Gebieten» begangen wurden. Die Worte «deutsche Armee» wurden in der Folge gestrichen – in den Augen des israelischen Aussenministeriums geschah dies, um jene Deutschen zufriedenzustellen, die die Schuld der Wehrmacht herunterspielen wollten.

Jerusalem wünschte die explizite Zusicherung, dass Entschädigungen nicht nur für verlorenes Eigentum gezahlt würden, sondern auch für den «allgemeinen Schaden, der dem jüdischen Volke zugefügt wurde». Das lehnte Bonn ab. Als Adenauer formulieren wollte, dass seinem Land bei der praktischen Verwirklichung der Wiedergutmachungspflicht enge Grenzen gezogen seien, bestand Israel auf der Streichung des Wortes «eng», und Adenauer gab nach. Der Kanzler wollte sagen, es bleibe noch «vieles zu tun», was die Rückerstattung von Eigentum an seine rechtmässigen Besitzer betraf. Nicht «viel» solle er sagen, verlangte Jerusalem, sondern «das meiste» bleibe noch zu tun. Adenauer sprach schliesslich von «sehr viel».⁴⁵

So wurde formuliert und revidiert und neu formuliert und wieder korrigiert: «Ich hoffe, der Big Boss in Bonn genehmigt das», schrieb Nahum Goldmann an Mosche Sharett.⁴⁶ Im August notierte ein Beamter des Aussenministeriums, die Version, die nun Gestalt annahm, sei besser als erhofft.⁴⁷ Adenauers Rede wurde täglich erwartet; Jerusalem hatte bereits eine überwiegend positive Reaktion vorbereitet, die nach der Bundestagsrede veröffentlicht werden sollte. Aber auch der Big Boss in Bonn sah sich einigem Druck ausgesetzt. Die Entwürfe für seine Rede waren aus israelischer Sicht jetzt weniger zufriedenstellend. Zwei Tage vor der Rede im Bundestag schrieb Ben Gurion in sein Tagebuch: «Es gibt eine Änderung in Adenauers Erklärung – er will nicht von Schuld oder Verantwortung sprechen.»⁴⁸ Walter Eitan kabelte eine dringende Nachricht an den israelischen Konsul in München: «Sie müssen sich auf den ersten Entwurf berufen und ihnen mitteilen, dass wir, wenn die Erklärung nicht revidiert wird, keine positive Reaktion seitens der israelischen Regierung zusichern können, und das Weltjudentum und

die Deutschen sind schliesslich an einer positiven Reaktion interessiert.»⁴⁹ In der Zwischenzeit mischte sich das Aussenministerium ein: «Noch mehr moralische Argumente», ordnete der Staatssekretär an.⁵⁰ Dieser Druck in letzter Minute funktionierte: Adenauer kehrte zu seiner ursprünglichen Version zurück. Israel reagierte zurückhaltend. Das Aussenministerium versprach, die Erklärung «zu studieren».⁵¹ «Es herrschen einige Zweifel, inwieweit die Erklärung als Ausdruck einer reuigen Grundhaltung betrachtet werden kann», war in Haarez zu lesen.⁵²

Anfang Dezember 1951 reiste Nahum Goldmann nach London und traf sich zum erstenmal mit Adenauer. Goldmann kam als Präsident der «Conference on Jewish Material Claims against Germany», einer Koalition aus jüdischen Organisationen, die in Zusammenarbeit mit der israelischen Regierung gebildet worden war. Die Claims Conference, wie sie bald überall genannt wurde, sollte die Ansprüche von Juden aller Länder auf persönliche Entschädigung vertreten. Goldmann war also nicht gekommen, um für die Reparationsforderungen der israelischen Regierung einzutreten, doch er erhielt von Adenauer einen Brief, der die Feststellung enthielt, dass Deutschland bereit sei, sowohl mit der Claims Conference als auch mit der israelischen Regierung zu verhandeln. «Die Ehre des deutschen Volkes erfordert es, alles zu tun, um das jüdische Volk für das ihm angetane Unrecht zu entschädigen», hiess es in dem Brief – auch dieser war von Goldmann formuliert worden. Deutschland würde die Gelegenheit begrüssen, den Aufbau Israels durch Warenlieferungen zu unterstützen, schrieb der Kanzler, und die Verhandlungen zwischen den beiden Ländern würden auf der Grundlage des Briefes geführt werden, den Israel Anfang 1951 den Besatzungsmächten überreicht hatte, das heisst auf der Basis einer Forderung nach 1,5 Milliarden Dollar.⁵³ Der Bundeskanzler gestand Goldmann, er höre den Flügelschlag der Geschichte.⁵⁴ Adenauer, ein frommer Katholik, der kein Nationalsozialist gewesen war, befand sich in einer beneidenswerten Situation: Sein Gewissen und sein Moralempfinden deckten sich restlos mit den politischen Interessen seines Landes. Die Verträge über Reparationen und Entschädigungen, die mit Israel und dem jüdi-

schen Volk abgeschlossen werden sollten, würden es Deutschland leichter machen, in die Völkerfamilie aufgenommen zu werden. Für viele Israelis jedoch traf genau das Gegenteil zu – die Bedürfnisse ihres Landes kollidierten mit ihrem Gewissen.

Einige Tage später, am 13. Dezember, trat das Zentralkomitee der Mapai in Tel Aviv zusammen. Alles war für die Verhandlungen mit Deutschland vorbereitet. Was man nun noch brauchte, war die Zustimmung des israelischen Volkes. «Dies ist der Preis, den man immer für die Ineffizienz der Demokratie bezahlt», sagte Mosche Sharett später.⁵⁵ Die meisten Mitglieder des Zentralkomitees waren mit der Absicht gekommen, dem Vorhaben zuzustimmen, und brauchten keine Debatte, die ihnen bei der Meinungsbildung half. In der Tat änderte nicht ein Mitglied nach der Debatte seine Meinung. Manche äusserten sich beunruhigt darüber, wie zukünftige Generationen ihr Handeln bewerten würden. «Ich will nicht, dass die jüdische Geschichte und die Weltgeschichte verzeichnen, dass wir von Deutschland Entschädigungen erhalten haben, das missfällt mir ebenso wie die Anweisung der Torah, im Falle einer Vergewaltigung dem Vater eine Entschädigung zu zahlen», sagte Parlamentspräsident Yosef Sprinzak. «Ich finde, das ist moralisch absurd.» Sprinzak machte sich auch über das Image seiner Partei Gedanken. Die Geschichte der Mapai würde besser aussehen, wenn ihre Mitglieder nicht zur linientreuen Wahl gezwungen würden und die Hand erheben müssten, um für Entschädigungen zu stimmen, sagte er.⁵⁶ Andere Delegierte fürchteten die Berichterstattung der Presse, obwohl die Debatte unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt wurde. Ben Gurion versuchte, ihre Ängste mit der Bemerkung zu zerstreuen, das meiste, was die Presse schreibe, sei ohnehin «Demagogie». Doch ihre Sorgen waren durchaus nicht unbegründet.

Die meisten Tageszeitungen standen den Oppositionsparteien nahe, die Verhandlungen mit Deutschland ablehnten; dies waren vor allem die rechtsgerichtete Cherut und die kommunistische Kol **Haam**. Die beiden unabhängigen Abendzeitungen **Jediot Acharonot** und Maariv leiteten eine antideutsche Kampagne ein, die es an Schrällheit mit jedem Parteiblatt aufnehmen konnte. «Was werde ich meinen Liebsten, meinen Verbrannten, meinen Ermordeten sagen, wenn sie des Nachts kommen und

mich auf ewig heimsuchen werden?» fragte Maariv-Herausgeber Asriel Karlebach. In ihren Artikeln über die Deutschland-Kontakte verstiegen sich die Zeitungen häufig zu biblischen Wendungen, wie schon zuvor, als sie über den Holocaust berichtet hatten. Sie zitierten hebräische Gedichte, zeichneten eindrückliche Bilder vom jüdischen Dorfleben in Osteuropa und kultivierten eine überhitzte Rhetorik, die antideutsche Gefühle wachrufen sollte. «Wie soll ich die Schande ertragen, wenn sich mein Land vor allen Nationen entblösst – als Krämerladen mit leeren Regalen: doch nein, hier, in einer Ecke, findet sich noch eine Urne mit der Asche von Märtyrern, und selbst die steht zum Verkauf?» schrieb Karlebach. «Und wo werde ich meine Schande verbergen, wenn ich sehe, dass der einzige betrunkene Kunde, der sich hierher verirrt hat, zögert, die Asche meines Vaters zu kaufen und dass eine geschickte Hand die staubigen Gesetzestafeln unter der Theke hervorzieht und das Stück abbricht, auf dem geschrieben steht: ‚Du sollst nicht töten!‘ und auch dies zitternd dem betrunkenen Goi hinhält, auf dass er Mitleid habe und es kaufe?» Eines Tages, prophezeite der Herausgeber der Maariv, «wird sich auf der ganzen Welt eine grosse Friedensbewegung erheben, und sie wird den Frieden in Europa sichern, indem sie Deutschland vom Angesicht der Erde tilgt.»⁵⁷

Als es spät wurde und sich die Sitzung des Zentralkomitees hinzog, verloren viele Anwesende die Geduld. Manche verlangten eine sofortige Abstimmung, andere gingen einfach nach Hause. Die Debatte als solche wurde die meiste Zeit über jedoch ausführlich und ohne Kalkül geführt. Die Menschen sprachen aus, was sie dachten und fühlten, weil sie damals noch nicht aufgefordert waren, sich an die offizielle Parteilinie zu halten. Sie redeten über Politik und Moral, wogen die Bedürfnisse des Landes gegen das Postulat des Gewissens ab, Ehre gegen Nutzen, Emotionen gegen Rationalität. Alle bezogen sich dabei auf die Bibel: «Bleib dessen eingedenk, was dir die Amalekiter antaten» gegen «Du hast gemordet, und nun hast du auch noch die Erbschaft angetreten».*

* Der Prophet Samuel befahl König Saul im Namen Gottes, alle Amalekiter zu töten und zu «ahnden, was Amalek an Israel verübt hat». Doch Saul und sein Volk ver-

Auf diese Weise stellten sie ihre jüdische Identität gegen ihre Identität als Israelis. Manche suchten Entscheidungshilfen bei ihren persönlichen Erlebnissen als Nazi-Opfer. Doch auch da gab es Konflikte: Die Vergangenheit zwang sie gleichermaßen zur Erinnerung wie zum Engagement für die Zukunft. Die Mapai war zweifellos eine Partei der Mitte. Die Debatte im Zentralkomitee reflektierte die Gedanken der meisten Israelis.

Die beiden Hauptgegner der «Wiedergutmachung», Meir Dworzecki und Arieh Scheftel, waren Überlebende des Holocaust. Der Knesset-Abgeordnete Scheftel hing seinen Erinnerungen nach:

«Als im Winter die Temperatur im Wilnaer Ghetto auf 39 Grad unter Null sank, als Juden auf der Strasse an Hunger und Kälte starben, brachten uns die Deutschen die Kleider von Hunderttausenden ermordeter Juden und sagten uns: Los, nehmt sie, bedeckt eure Blöße. Der Judenrat weigerte sich, Kleider anzunehmen, die mit dem Blut der ermordeten Brüder befleckt waren. Ich war dabei – Dworzecki und viele andere auch –, und wir sagten, wir nehmen das nicht an... weil sie uns ausbeuten wollen, wenn wir die Kleider nehmen... Sie wollten uns fotografieren, wie wir die Kleider unserer Brüder und Schwestern anzogen... Ja, es ist irrational. Nach dem Krieg geschah etwas ande-

schonten Agag, den König der Amalekiter, und ebenso – da sie den Wohlstand der Amalekiter kannten – aus Eigennutz, «was gute Schafe und Rinder und gemästet war, ...und alles, was gut war». Samuel tötete Agag eigenhändig. Für diese Sünde wurde Saul sein Königreich genommen. Sauls Sünde – die Entscheidung, Gott nicht zu gehorchen und aus Habsucht nur halbherzige Rache zu nehmen – und das Gebot: «Bleib dessen eingedenk, was dir die Amalekiter unterwegs antaten» tauchten in der Debatte um die Beziehungen zu Deutschland immer wieder auf. Das gleiche galt für die Worte «Du hast gemordet, und nun hast du auch noch die Erbschaft angetreten», mit denen der Prophet Elija König Ahab tadelt, der den Jisreeliter Nabot ermordete und seinen Weinberg an sich nahm (Deuteronomium 25,17-19; 1 Samuel 15; 1 Königen). Während Samuels Gebot als Aufforderung zur Rache verstanden wurde, gab man Elijas Worten eine andere Bedeutung: Die Deutschen haben schon alle Juden umgebracht – sollen sie nun etwa auch noch davon profitieren, indem sie sich ihren Besitz aneignen?

res, das nicht mit Vernunft zu erklären war. In den Feldern von Treblinka begannen «Goldgräber» nach abgetrennten Fingern zu suchen und zogen ihnen die goldenen Ringe ab. Die polnischen Juden gingen zur polnischen Regierung und baten, dass dem ein Ende gemacht würde. Also zogen sie einen Zaun um Treblinka und fassten das Gold, das in der Erde lag, nicht mehr an. Das ist der Gipfel an Irrationalität, aber es ist eine Frage der Moral und es ist historisch bedeutsam.»⁵⁸

Der Arzt und Historiker Dworzecki war im Wilnaer Ghetto im Untergrund aktiv gewesen und in ein estnisches KZ gebracht worden. Er hatte die meisten seiner Angehörigen im Holocaust verloren. «Wenn ihr mich fragt, was ich vom deutschen Volk will», sagte er, «würde ich sagen, eine Mutter für eine Mutter, einen Vater für einen Vater, ein Kind für ein Kind. Meine Seele würde Frieden finden, wenn ich wüsste, dass sechs Millionen Deutsche für die sechs Millionen Juden sterben müssten. Wenn wir das nicht erreichen können, sollten wir ihnen wenigstens ein Leid zufügen, das sie schmerzt wie vergossenes Blut – wir sollten ihnen ins Gesicht spuken.»⁵⁹

David Ben Gurion antwortete mit einem krassen, charakteristischen Ausbruch. Sie hätten eine Ghetto-Mentalität, warf er den Gegnern der Wiedergutmachung vor. Souveräne Staaten, verkündete er, kümmern sich um die Sicherheit, die wirtschaftliche Stärke und das Wohlergehen ihres Volkes, aber sie «spucken niemanden an». Dann nahm er sich jeden der umstrittenen Punkte einzeln vor:

Nationale Ehre:

Ich sehe nationale Ehre in der Existenz des Staates Israel. Ich sehe nationale Ehre darin, dass wir 50'000 jemenitische Juden aus ihrem finsternen und schrecklichen Exil hierhergeholt haben. Das ist nationale Ehre. Wenn nationale Ehre Anspucken und Demonstrationen verlangt, dann ist mir diese Ehre zuwider.

Konrad Adenauer:

Ich habe nicht die Absicht, mich für Adenauer verantwortlich machen zu lassen. Vielleicht wird er uns betrügen. Ich soll mich für Adenau-

ers Ehrlichkeit verbürgen? Aber warum sollten wir auf das verzichten, was uns gehört?

Rache:

Wenn ich deutsches Eigentum nehmen könnte, ohne mich mit ihnen an einen Tisch zu setzen, einfach nur, indem ich mit Jeeps und Maschinengewehren in ihre Warenhäuser einbreche und es mir hole, würde ich das tun – wenn wir zum Beispiel in der Lage wären, hundert Divisionen loszuschicken und den Soldaten zu sagen: «Nehmt es euch.» Aber das können wir nicht, weil ich diese Divisionen, wenn wir sie hätten, zuerst in den Irak schicken würde. Aber selbst das kann ich nicht. Wir können nicht alles erreichen. Nicht einmal die Russen und die Amerikaner können alles tun, was sie wollen.

Die Opposition:

Diejenigen, die uns politisch bekämpfen... wollen die Regierung zu Fall bringen, aber ich weiss, dass sie auch das Land zu Fall bringen werden. Und das ist ihnen völlig gleichgültig, solange nur die Regierung stürzt.

Amalek:

Wenn das Volk der Amalekiter noch existieren würde und Universitäten hätte, würden die Juden an ihnen studieren. Ich will mich nicht mit dem Propheten Samuel darüber streiten, ob er mit Agag recht hatte oder nicht. Aber «das Andenken an Amalek austilgen» ist für uns ein sinnloser Vers. Sollen das etwa die Masstäbe für unser heutiges Verhalten sein?

Erinnerung:

Was wir über das, was sie uns angetan haben, sagen müssen, werden wir sagen, wenn es notwendig ist. Und ich bezweifle, dass wir uns Tag und Nacht dazu genötigt fühlen werden... Es ist besser, eine längere Zeit nichts zu sagen, denn... wenn man es zu oft wiederholt, wird es der Welt zum Halse heraushängen – und in dieser Welt gibt es auch Juden. Wenn ein neuer Jeremia erscheint, wird er das Seine dazu sagen.⁶⁰

Einige Mitglieder des Zentralkomitees forderten sogar noch nach der Abstimmung im Komitee eine Aufhebung der Fraktionsdisziplin, um den Delegierten der Mapai die Möglichkeit zu geben, in der Knesset nach ihrem Gewissen abzustimmen. Der Mapai-Vorsitzende Meir Argov schlug diesen gefährlichen Antrag eilig nieder. «Ich bin nicht einverstanden mit einer solchen Freiheit», sagte er. «Bis zur Entscheidung (im Zentralkomitee) ist Gewissensfreiheit angebracht. Nach der Entscheidung nicht.» Er liess die Genossen nicht im Zweifel über seine Gründe: «Wenn wir unsere Mitglieder nicht in die Pflicht nehmen, ist unser Vorhaben in der Knesset nicht durchsetzbar.» Das war auch Ben Gurions Sorge. Obwohl das, was hier ausgetragen wurde, auf einem Empfinden basierte, das er für «vollkommen grundlos» hielt, fühlte er sich verpflichtet, es zu respektieren, weil es aufrichtig war. Aus diesem Grund erlaubte er es einigen Abgeordneten, der Abstimmung fernzubleiben, allerdings nur unter der Bedingung, dass ihre Abwesenheit das Endresultat nicht gefährdete. Niemandem sei es gestattet, das jüdische Volk, das Land oder die Regierung zu Fall zu bringen, betonte Ben Gurion.⁶¹ Das Zentralkomitee stimmte ab. Fünf Mitglieder lehnten Verhandlungen mit Deutschland ab, zweiundvierzig stimmten dafür. Ende des Monats sprach sich auch das Kabinett für Verhandlungen aus, und dann kam die Angelegenheit vor die Knesset.

In den folgenden Wochen wurde das Land von Stürmen der Zwietracht geschüttelt. Man nahm an, dass die von der Mapai geführte Regierungskoalition sich bei der Abstimmung in der Knesset durchsetzen würde, aber sicher konnte sich dessen niemand sein. In mehreren Parteien waren die Meinungen gespalten. Immer mehr Abgeordnete verlangten, vom Fraktionszwang befreit zu werden und nach ihrem Gewissen abstimmen zu dürfen. Es war die Stunde der Lobbies und Interessengruppen. Öffentliche Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen nahmen überhand. Plakate erschienen an Holzwänden, Anzeigen füllten die Zeitungen. Beide Seiten versuchten, Intellektuelle zu werben. Die linke Mapam liess ehemalige Partisanen und Ghettokämpfer gegen die «Wiedergutmachung» auftreten, unter anderem nahezu mythische Gestalten wie Antek Zuckerman, Zivia Lubetkin und Haike Grossman. Auch Schriftsteller und Dichter sprachen sich gegen den Kontakt mit Deutschland aus, so Mosche Schamir und Avraham Schlonsky. Eine Delegation von Autoren und bekannten Persönlichkeiten traf sich mit Ben Gurion und hörte von ihm, die Differenzen seien nicht moralischer, sondern rein praktischer Natur. Später verurteilten sie diese Haltung bei einer Pressekonferenz.¹ Die Mapai wartete mit Natan Alterman als Befürworter der Verhandlungen auf. Auch Martin Buber äusserte sich zu den Vorteilen einer Verbindung zwischen beiden Ländern. Aber Alterman und Buber wirkten nicht sehr überzeugend; sie anerkannten die Notwendigkeit von Verhandlungen mit Deutschland, nicht jedoch den moralischen Wert eines solchen Schrittes.² Eine ähnliche Ambivalenz wurde in der gemässigten, unabhängi-

gen Haarez deutlich und selbst in Dawar, der von der Histadrut finanzierten Tageszeitung, die gewöhnlich die Positionen der Mapai vertrat.

Als die entscheidende Knesset-Debatte näherrückte, führte Maariv als Alternative zu dem Plebiszit, das die rechtsgerichtete Cherut-Partei forderte, eine Meinungsumfrage durch. Die Leser wurden gebeten, einen in der Zeitung abgedruckten Fragebogen auszufüllen und diesen am Kiosk abzugeben oder per Post an die Redaktion zurückzuschicken. Der Brief musste nicht frankiert werden, doch wurden die Leser gebeten, Namen und Adresse anzugeben. Die Fragen waren auf jedem Formular doppelt gedruckt, um «der Ehefrau oder einer anderen Person» die Beteiligung zu ermöglichen. Die Leser wurden gefragt, ob sie für oder gegen direkte Verhandlungen mit Deutschland seien. Laut Maariv trafen 12'000 Antworten ein, von denen 80 Prozent negativ ausfielen.³

Eine Woche vor der Debatte veröffentlichte der Knesset-Abgeordnete Menachem Begin ein Statement, in dem er seine Anhänger in der Cherut aufrief, sich gegen Verhandlungen mit Deutschland «zu engagieren und aktiv zu werden». «Wir haben beschlossen, diese schreckliche Intrige mit Hilfe der Massen zu verhindern», sagte er.⁴ Der grosse Dramatiker der israelischen Politik hatte diese Zielrichtung seines Kampfes gegen Verhandlungen gründlich durchdacht; jeder Akt, jede Szene war überlegt, und er selbst übernahm die Hauptrolle. Auf dem Höhepunkt der dramatischen Entwicklung erschien er bei strömendem Regen auf einer Massenkundgebung in Jerusalem und nannte Ben Gurion einen «winzigen Despoten und grossen Irren».⁵

Begin war erst seit relativ kurzer Zeit in der israelischen Politik aktiv. Er war 1942 eingewandert; Ben Gurion hatte sich schon 1906, sieben Jahre vor Begins Geburt, in Palästina angesiedelt. Ben Gurion kam als sozialistischer Pionier, Begin als Soldat der Freien Polnischen Armee, fast schon als Flüchtling. Er hatte in Warschau Jura studiert, war in Polen als Kopf der Betar-Bewegung in Erscheinung getreten und hatte zwei Jahre in einem sowjetischen Gefangenenlager verbracht. Vor der Gründung des Staates Israel hatte er die Verteidigungsorganisation Ezel befehligt und eine Reihe terroristischer Aktionen gegen die Briten ange-

führt. Nach der Unabhängigkeit bildete sich Ezel zur Cherut-Partei um, zur Speerspitze der revisionistischen und antisozialistischen Bewegung Jabotinskys. Begin besass eine natürliche Redebegabung und die eleganten Manieren des polnischen Bürgertums. Auffällig war auch seine extreme Neigung, alles aus juristischer Perspektive zu betrachten. Doch er wusste auch, wie er die Massen mit seinen populistischen Tiraden in Rage bringen konnte, während er selbst sich stets mit uniformierten Erfolgsleuten umgab. Er sprach den Patriotismus der Menschen an und beutete ihre chauvinistischen Neigungen aus. Begin war ein Demagoge, der grossspurige Gesten und historische Symbole gebrauchte. Im Gegensatz zu dem, was seine Gegner ihm vorwarfen und wie er selbst manchmal wirkte, war er jedoch kein Faschist. Bevor er schliesslich zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, hatte er bei der Konsolidierung der parlamentarischen Demokratie in Israel eine bedeutende Rolle gespielt.

Es war nicht leicht, sich an die Spitze eines loyalen Widerstands gegen Ben Gurion zu stellen. Viele Mapai-Führer differenzierten nicht gerne zwischen Partei und Staat und verstanden jeden Angriff auf die Mapai als Angriff auf das Staatsgefüge.

In jenen Tagen stellte Begin für die Mapai keine politische und ideologische Bedrohung dar, aber er zeigte unmissverständlich, dass er sich für befähigt hielt, die nationale Ehre besser zu schützen als sie. Seine Haltung kränkte die Mapai und die gesamte Gründergeneration, und beide schäumten vor Wut. Begin brandmarkte das Verhalten der Mapai vor 1948 als «Kollaboration mit den Briten» – so wie er die Haavara eine Kollaboration mit den Nazis nannte. Als der Staat Israel gegründet wurde, warf Begin der Mapai vor, sie habe den Arabern Gebiete überlassen, die jedem jüdischen Herzen teuer seien, einschliesslich der Westmauer und der Jerusalemer Altstadt. Nun schickte sich Begin an, einen Monopolanspruch auf die Erinnerung an den Holocaust zu erheben: Er beschuldigte die Mapai, den Juden in Europa nicht geholfen zu haben. Auch er hatte damals schon in Palästina gelebt, aber es gelang ihm, den Eindruck zu vermitteln, als sei er eben erst «von dort» gekom-

men. Gelegentlich erwähnte er, dass die Nazis seinen Vater im Fluss Bug ertränkt hatten.* Ben Gurion konnte ihn nicht ausstehen.

Kurz vor der Knesset-Debatte publizierte die Zeitung Cherut eine Erklärung, in der stand, dass jede Hand, die sich zugunsten von Verhandlungen mit Deutschland heben würde, eine «Verräterhand» sei. Deshalb würde «das Volk, wie immer die Entscheidung ausfällt, sich mit jenen nicht wieder aussöhnen», die für Deutschland stimmten.⁷ Bei einer Kundgebung in Tel Aviv rief Begin: «Ich warne Sie, Herr Ben Gurion, ich warne Sie in aller Öffentlichkeit! Sollten Sie es wagen, so etwas zu tun, denken Sie daran, was jeder Jude daraus folgern wird: Wenn das im Staate Israel erlaubt ist, dann ist alles erlaubt im Staate Israel!»⁸ Seine Botschaft roch nach Aufruhr, und das war kein Zufall. Begin versuchte, seine Zeit bei Ezel wiederaufleben zu lassen, und dazu musste er die israelische Regierung mit dem verhassten britischen Regime gleichsetzen, das er gerne als Naziregime beschimpfte. Später nannte er Verhandlungen mit Deutschland einen «Holocaust» und verglich auch die Mapai mit den Nazis. Grelle Parteiplakate verkündeten: «Gebeine unserer ermordeten Eltern – auf dem Mapai-Nazi Blutmarkt.»⁹ Begin behauptete, das unreine Geld des «teutonischen Wolfsrudels» sei nur dazu gedacht, die Mapai finanziell zu sanieren, wie schon im Fall der Haawara in den dreissiger Jahren. «Sie handeln im Namen von uns allen», rief Begin in seiner Rede in Tel Aviv, «im Namen meines Vaters, im Namen eurer Mutter, im Namen seines Sohnes, im Namen der sechs Millionen Ermordeten und Verbannten, sie, die Männer an der Macht, und sie sagen Adenauer und seiner Regierung: Gebt uns fünf Prozent des jüdischen Eigentums für ein zweites Solei Boneh [ein Unternehmen

* Begin erzählte gerne, dass sein Vater an der Spitze einer Prozession von fünfhundert Juden seiner Stadt in den Tod gegangen sei und dass sich der Fluss blutrot gefärbt habe. In Wirklichkeit wusste er nicht genau, was geschehen war. Seine Schwester Rachel Halperin berichtete Begins Biographen Eric Silver, dass die Version ihres Bruders eine «Erfindung» sei. Sie glaubte, dass ihr Vater von einem Soldaten erschossen worden war. Ihre Mutter wurde ermordet, als sie im Krankenhaus lag. Begin behauptete, beide Eltern seien «vor seinen Augen» umgebracht worden, doch als sie ermordet wurden, war er schon nicht mehr in der Stadt.⁶ Er war rechtzeitig geflohen.

der Histadrut].»¹⁰ Das Geld aus Deutschland sollte eine Entschädigung für gestohlenen Eigentum und für die physischen und wirtschaftlichen Schäden sein, die die Überlebenden des Holocaust erlitten hatten, doch Begin vermittelte den Eindruck, als handle es sich um eine Art Geldstrafe für die Morde. «Das Geld der Wiedergutmachung ist mit jüdischem Blut getränkt», erklärte seine Partei.¹¹ Die Parteizeitung **Cherut** nahm eine Gepflogenheit aus der Zeit des Holocaust wieder auf und druckte über ihrem Logo Slogans mit warnendem und klagendem Inhalt.

Am Morgen des 7. Januar 1952, dem Tag der Debatte, druckte die **Cherut** rechts neben ihrem Logo aus dem Gesetzeskodex von Maimonides ein Zitat, wonach nicht zulässig ist, dass sich Mörder mit Geld loskaufen. Die Photographie zur Linken des Logos war angeblich von einem Soldaten der Jüdischen Brigade in einem der Vernichtungslager aufgenommen worden; zwei jiddische Worte, von denen es hiess, sie seien mit Blut geschrieben worden, verkündeten: **Jidn nekome** – Juden Rache. Über die ganze Seite zog sich als Balkenüberschrift: «Bleib des- sen eingedenk, was dir die Amalekiter antaten». Der Auf mâcher ent- hüllte die Tatsache, dass Adenauers versöhnliche Erklärung nach Vor- gesprächen mit Vertretern Israels aufgesetzt worden war.* Eine zweite Überschrift verband die beiden Symbole des Bösen miteinander: «Bri- ten drängen auf normale Beziehungen zwischen Israel und Deutsch- land». Im Leitartikel forderte die Zeitung: «Beenden wir die Herrschaft der British Agency von gestern, die sich derzeit zur Nazideutschen Agency entwickelt.» Der Tag der Abstimmung wurde zum «Tag des Gerichts» erklärt. In der linken Spalte erschien in poetischer Form ein Aufruf, der sich an jeden Abgeordneten direkt richtete: «Sie beobachten euch», hiess es da, «aus den grossen, breiten, tiefen Massengräbern, rot von Blut / Aus den Kaminen der Todesöfen, aus Majdanek, Mauthausen

* Am selben Tag offenbarte der Knesset-Abgeordnete Mosche Sneh (Mapam), dass er die Rede zehn Tage, bevor Adenauer sie hielt, in Paris in den Händen von Nahum Goldmann gesehen hatte. Sneh folgerte, dass die «Geschichte von Adenauers Reue schlichtweg erlogen» war.¹²

und Auschwitz / Sie beobachten euch: sechs Millionen tote Augenpaare.» Am Fuss der Seite warb eine Notiz für eine Massendemonstration am Nachmittag auf dem Jerusalemer Zionsplatz.¹³

Die Polizei hatte Vorsichtsmassnahmen getroffen, die sich allerdings bald als unzureichend erwiesen. Hundertschaften der Polizei verstärkten das Aufgebot in Jerusalem; sie waren mit Pistolen und Helmen, Schilden, Schlagstöcken und Gasmasken ausgerüstet. Ambulanzen und Feuerwehr standen in Bereitschaft, die Armee hielt Verstärkungen bereit. Die Knesset, die damals in einem Gebäude im Stadtzentrum untergebracht war, das unweit des Demonstrationsortes lag, war mit Barrikaden und Stacheldraht gesichert. Strassen wurden abgeriegelt, nur Anwohner und Geschäftsinhaber durften die Sperren passieren. Eine so angespannte Lage hatte Jerusalem seit der Belagerung im Unabhängigkeitskrieg nicht mehr erlebt. Am frühen Nachmittag zogen viele Einwohner der Stadt auf den Berg Zion, den heiligsten Ort Jerusalems, wo sich die erste Holocaust-Gedenkstätte befand. Sie reagierten damit auf eine Anregung des Oberrabbiners, der den nächsten Tag, den zehnten Tag des Tevet, einen traditionellen Fastentag, zum Gedenktag für die Opfer des Holocaust erklärt hatte. Dass der Fastentag mit der Knesset-Debatte zusammenfiel, bot der Cherut-Partei eine unvergleichliche Gelegenheit, die sie voll ausschöpfte. Viele Menschen strömten direkt vom Berg Zion zum Zionsplatz, um Menachem Begin zu hören.

Die Sitzung der Knesset begann kurz nach vier. Bevor man zur regulären Tagesordnung schritt, mussten einige verwaltungstechnische Dinge abgehakt werden. Dazu gehörte unter anderem die Vereidigung des Abgeordneten Begin, der seit fünf Monaten nicht mehr in der Knesset erschienen war. Zunächst wurde ihm die Eidesformel vorgelesen: «Ich verpflichtete mich, dem Staate Israel treu zu bleiben und den mir durch die Wahlen zur Nationalversammlung erteilten Auftrag redlich zu erfüllen.» Dann antwortete Begin: «Ich schwöre.»¹⁴ Fast alle Abgeordneten und Regierungsminister waren anwesend. Die Besucher- und Pressetribünen waren überfüllt. Menschentrauben warteten in den Gängen, und vor dem Eingang des Gebäudes drängten sich Hunderte von

Menschen in der Hoffnung, doch noch eingelassen zu werden. Als der administrative Teil abgeschlossen war, erhob sich der Ministerpräsident. Ben Gurion sprach etwas mehr als zwanzig Minuten. Noch einmal führte er, mit leicht heiserer und belegter Stimme, aus, was Israel von Deutschland forderte, und erklärte, dass die Regierung sich verpflichtet fühle, alles Erdenkliche zu unternehmen, um so schnell wie möglich den Grossteil des Eigentums wiederzuerlangen, das die Deutschen einzelnen Juden und dem jüdischen Volk geraubt hatten. Seine Rede war nüchtern und frei von Pathos. Pointiert klangen nur seine Schlussworte: «Lassen wir die Mörder unserer Nation nicht auch ihre Erben sein.»¹⁵ Ben Gurion konnte ohne Unterbrechung sprechen. Doch die nun folgende Diskussion war umso leidenschaftlicher. Der erste Sprecher, Eli-melech Rimit von den Allgemeinen Zionisten, die der Mitte zugerechnet wurden, berichtete der Knesset, was er zu Hause erlebt hatte. «Mein kleiner Sohn kam zu mir und fragte: ‚Wieviel kriegten wir für Oma und Opa?‘»¹⁶ Seine beiden Eltern, erklärte Rimit, waren im Holocaust ermordet worden. Und das war nur der Anfang der Kontroverse.

In der Zwischenzeit hatte Menachem Begin die Knesset verlassen und sich im Hotel Aviv auf den Balkon gestellt, von dem aus er den Zionsplatz überblicken konnte. Tausende von Menschen hatten sich dort eingefunden. Aus dem ganzen Land waren Begins Anhänger mit gemieteten Bussen angereist. Sie trugen gelbe Davidsterne auf der Kleidung; unter dem Wort «Jude» stand der Satz: «Bleib dessen eingedenk, was dir die Amalekiter antaten.» Begin schilderte ihnen, wie sein Vater in den Tod getrieben worden war und fügte hinzu: «Sie sagen, dass es eine neue deutsche Regierung gibt, mit der wir reden, verhandeln und eine Vereinbarung unterzeichnen können. Bevor Hitler an die Macht kam, haben die Deutschen für ihn gestimmt. Zwölf Millionen Deutsche haben in der Nazi-Armee gedient. Es gibt nicht einen Deutschen, der an der Ermordung unserer Väter unbeteiligt war. Jeder Deutsche ist ein Nazi. Jeder Deutsche ist ein Mörder. Adenauer ist ein Mörder... Alle seine Helfershelfer sind Mörder.»

Als er in der Mitte seiner Rede angelangt war, schwenkte er plötzlich

aufgeregt ein Blatt Papier und tat so, als sei es ihm eben erst ausgehändigt worden. Man habe ihn gerade informiert, eröffnete er den Zuhörern, dass die Polizisten, die um den Platz postiert waren, mit Tränengas ausgerüstet seien – mit deutschem Tränengas. Seine Stimme überschlug sich: «Dasselbe Gas, das unsere Eltern erstickt hat!» Er rief die Menschen dazu auf, aus Protest keine Steuern mehr zu zahlen, und kündigte an, die Wiedergutmachungsgegner würden sich nicht einmal durch «Folterkammern» abschrecken lassen. Den Kampf nannte er einen «Krieg bis zum Tode». Schliesslich forderte er die Menge auf, die Hände zu heben und ihm einen Eid im Stil der Bibel nachzusprechen «im Namen Jerusalems, im Namen jener, deren Leben am Galgen endete, im Namen von Zeev Jabotinsky: Wenn ich die Vernichtung der Juden vergesse, möge meine rechte Hand verdorren, möge meine Zunge sich bis zum Gaumen spalten, wenn ich mich eurer nicht erinnere, wenn ich nicht all meine anderen Sorgen zurückstelle.»¹⁷ Es regnete und war sehr kalt.

Am nächsten Tag stellte sich die Frage, ob Begin die Menge zum Sturm auf die Knesset aufgerufen hatte. Dawar zitierte ihn mit den Worten: «Erhebt euch gegen die Knesset, umzingelt sie, und wenn sie euch nicht einlassen – durchbrecht die Sperren!» Haaretz liess ihn ausrufen: «Heute gebe ich euch den Befehl – Blut!»¹⁸ Gemäss seiner eigenen Parteizeitung sagte Begin: «Heute gebe ich euch den Befehl – Ja [zum Widerstand]», und fuhr fort: «Geht, meine Brüder, und fürchtet die Tränengaspatronen nicht. Sagt den jüdischen Polizisten, dass auch ihr Juden seid. Wir können uns unmöglich einverstanden erklären... Wir kämpfen nicht um Brot... Wir kämpfen für die Seele des Volkes und für die Ehre der Nation. Geht, breitet die Flagge der nationalen Reinheit über eure Seele.»¹⁹ Begin selbst gab später zu, dass er der Menge zugerufen hatte: «Geht, bezieht Stellung, kreist die Knesset ein.» Gemeint habe er damit, «sie sollten handeln wie in den Tagen der Römer. Als der römische Landpfleger in ihrem Heiligtum eine Statue aufstellen lassen wollte, strömten Juden aus dem ganzen Land zusammen, bildeten einen Kreis um den Tempel und sagten: ‚Geht über unsere Leichen!‘». Angeblich hatte er von seinen Anhängern ein «donnerndes Schweigen» ver-

langt und sie ermahnt, die Vorgänge in der Knesset nicht zu stören.²⁰ Auf jeden Fall kehrte Begin am Ende seiner Rede in den Plenarsaal zurück, und seine Leute marschierten hinter ihm her.

Auf der Ben-Jehuda-Strasse trafen die Demonstranten auf eine Polizeibarrikade, die sie durchbrachen. Als die Polizisten keinen Widerstand leisteten, setzten Begins Anhänger ihren Weg fort. Ein Stück weiter richtete ein Feuerwehrgewagen seinen Wasserwerfer auf sie, aber die Demonstranten marschierten unbeirrt weiter. Ein Korrespondent der Jerusalem Post berichtete, dass manche von ihnen Armeemotoren voller Steine trugen, die sie aus Tel Aviv und Haifa mitgebracht hatten.²¹ Es lässt sich nicht mehr feststellen, wie viele Demonstranten es waren – sicherlich weniger, als an Begins Kundgebung teilgenommen hatten. Es waren zumeist jüngere Leute – Ezel-Veteranen und aktive Cherut-Mitglieder –, und nicht alle waren Überlebende des Holocaust. Die Liste der Verhafteten, die in der Presse abgedruckt wurde, deutete daraufhin, dass sich unter den Demonstranten auch zahlreiche orientalische Juden befanden. Zu den Cherut-Anhängern stiessen später Teilnehmer einer anderen Kundgebung, die das Friedenskomitee organisiert hatte – eine Gruppe, die von der Mapam, der kommunistischen Partei (Maki) und politisch aktiven Studenten unterstützt wurde.

In jenen Tagen waren Mapam- und Maki-Anhänger linientreue Gefolgsleute Moskaus. Jaakov Hasan, einer der Führer der Mapam, nannte das Land Stalins seine «zweite Heimat».²² Diese beiden Parteien orientierten sich an der sowjetischen Position, die die beiden deutschen Staaten unterschiedlich beurteilte: Westdeutschland war befleckt, Ostdeutschland sauber. Die Millionen von Ostdeutschen, die Hitler unterstützt hatten, existierten für diese Parteien ebensowenig wie die Beamten, die das kommunistische Regime vom «Dritten Reich» geerbt hatte. Nur die Westdeutschen trugen Schuld für ihre Nazi-Vergangenheit und mussten demzufolge geächtet werden. Im Oktober 1951 hatte Mapam zwei ihrer Mitglieder zu einer internationalen Konferenz nach Ostberlin geschickt. Einer von ihnen, Hanan (Hans) Rubin, hatte in der Weimarer Republik der SPD angehört. Rubin besuchte als einer der ersten Israelis

Ostdeutschland. Wie seine schizophrene Partei stimmte auch er gehorsam gegen Verhandlungen mit Westdeutschland. Ben Gurion nannte ihn aus diesem Grund «schändlich».²³

Irgendwann stieg die Polizei auf die Dächer und warf Rauchbomben und Tränengaspatronen in die Menge. Doch der Wind blies die beissenden Rauch- und Gasschwaden zurück in Richtung Polizei und Knesset. Die Demonstranten drangen weiter vor, fuchtelten mit Stöcken, warfen Steine und waren laut Ben Gurion mit Tränengas bewaffnet.²⁴ Schau Fenster gingen zu Bruch und parkende Autos wurden umgeworfen, von denen eines in Flammen aufging. Es gab Verwundete; manche wurden im Handgemenge verletzt, andere von der Menge niedergetrampelt. In einem Fall wurde ein Verwundeter wieder aus dem Krankenwagen gezerrt und noch einmal verprügelt.

In der Zwischenzeit führte die Knesset ihre Debatte fort. Doch während der zweite Redner, Jaakov Hasan von der Mapam, noch sprach, war der Aufruhr draussen bereits deutlich vernehmbar – Rufe, Schreie, Sirenen. Plötzlich schrie Johanan Bader von der Cherut: «Gas gegen Juden!» Parlamentspräsident Sprinzak stellte mühsam die Ordnung wieder her. Doch als gerade Jizchak Rafael von der nationalreligiösen Hapoel Hamisrahi das Wort ergriffen hatte, stürmten zwei Knesset-Abgeordnete – die Kommunisten Meir Vilner und seine Ex-Frau Esther Vilenska – in den Saal und riefen: «Wir sitzen hier und plaudern, und draussen werden Menschen ermordet!» In diesem Moment zerbarsten die ersten Fenster des Sitzungssaales, der zu ebener Erde und direkt an der Strasse lag. Steine flogen herein. Die Tische der Abgeordneten waren von Glassplittern übersät. Der Parlamentspräsident gab zu Protokoll: «Alles, was ich feststellen kann, ist, dass Steine in die Knesset geworfen wurden und dass die Knesset nicht schießt.»²⁵ Alle riefen durcheinander. Die Stenographen hörten auf mitzuschreiben.

Schalom Rosenfeld von Maariv berichtete am nächsten Tag, er habe die Worte Mörder, Verrückter, Abschaum und Faschist gehört. Gaswolken zogen durch die zerbrochenen Fensterscheiben in den Saal. Rosenfeld schrieb: «Zuerst jucken die Augen nur leicht, aber die Wirkung des

Gases nimmt allmählich zu, und bald zogen alle ihre Taschentücher hervor und wischten sich die tränenden Augen.» Es herrschte Chaos. Einige bahnten sich einen Weg zu den Ausgängen. Plötzlich vernahm man einen Schrei – jemand war verwundet worden. Ein Stein hatte Hanan Rubin am Kopf getroffen. Ben-Zion Harel von den Allgemeinen Zionisten, von Beruf Arzt, eilte ihm zu Hilfe.²⁶

Auf beiden Seiten, bei Polizisten wie bei Demonstranten, gab es Dutzende von Verwundeten. Viele wurden in das Knesset-Gebäude gebracht und erhielten dort erste Hilfe. Ben Gurions Frau Paula, eine ausgebildete Krankenschwester, half mit. Ihr Sohn Amos Ben Gurion leitete die Polizeiaktion ausserhalb des Gebäudes. Ministerpräsident Ben Gurion liess, als sich die Situation zuspitzte, sogar die Armee rufen, um den Mob am Eingang aufzuhalten. Die Demonstranten standen nur wenige Schritte vom Eingang entfernt, aber der Ministerpräsident gestattete nicht, dass das Feuer auf sie eröffnet wurde. Johanan Bader schrieb in seinen Memoiren: «Begin und ich blieben an unseren Plätzen, und während rechts und links die Steine flogen, sagte Begin auf Polnisch zu mir: „Jaschu, setz dich. Mutter wäre glücklich gewesen.“»²⁷

Begin war der nächste Redner. Sein Beitrag enthielt im Wesentlichen nichts Neues. Überraschend kam nur sein Appell an die arabischen Mitglieder der Knesset (zu ihnen gehörten auch Satellitengruppen der Mapai), sie mögen sich der Stimme enthalten: «Dies ist unsere Sache; es geht um das Blut unserer Mütter, Brüder und Schwestern. Lasst uns diese Angelegenheit allein entscheiden.»*²⁸ Gerade als er zum Schluss kommen wollte, rief ihm Ben Gurion etwas über die «Hooligans» vor dem Gebäude zu. Begin erwiderte: «Selber Hooligan!» Begin wurde aufgefordert, seine Worte zurückzunehmen. Daraufhin verlangte Begin, Ben Gurion solle seine Worte zurücknehmen. Da intonierten die Mapai-Abgeordneten Sprechchöre: «Lasst ihn nicht weiterreden! Lasst ihn

* Am Tag zuvor hatte ein besorgter Ben Gurion ebenfalls durchgerechnet, wie die Abstimmung mit bzw. ohne Beteiligung der Araber verlaufen würde. Letztlich waren ihre Stimmen jedoch nicht ausschlaggebend.²⁹

nicht weiter reden!» Begin sagte: «Wenn ich nicht rede, wird niemand reden. Sie können mich hier nur mit Gewalt hinauswerfen.» Der Parlamentspräsident vertagte die Sitzung.³⁰

Als die Knesset wieder zusammenkam, war es dunkel, und die Demonstranten waren nach Hause gegangen. Etwa 200 von ihnen und 140 Polizisten waren verwundet worden; Dutzende mussten in Krankenhäuser eingeliefert werden. Annähernd 400 Menschen waren verhaftet worden. Begin zog seinen Angriff auf Ben Gurion zurück und durfte seine Rede zu Ende führen. «Es mag durchaus sein, dass dies meine letzte Rede in der Knesset ist», begann er. Dann vertiefte er sich in das Thema Märtyrer. Von seinem Vater habe er eines gelernt: «Es gibt Dinge im Leben, die wertvoller sind als das Leben. Es gibt Dinge im Leben, die ärger sind als der Tod. Und heute haben wir der Gefahr ins Auge zu blicken. Wir sind bereit, unser Leben hinzugeben und zu sterben. Wir werden unsere Familien verlassen und von unseren Kindern Abschied nehmen. Zu Verhandlungen mit Deutschland wird es nicht kommen.» Die Mitglieder der Knesset hörten schweigend zu. Eine solche Rede hatten sie nie zuvor vernommen, und sie würden wohl nie wieder etwas Derartiges hören:

«Völker, die dieses Namens würdig sind, sind für Geringeres auf die Barrikaden gegangen. Wir sind die letzte Generation von Sklaven und die erste der Erlösten; wir, die wir sahen, wie unsere Väter in die Gaskammern geschleppt wurden; wir, die das Rattern der Todeszüge hörten; wir, vor deren Augen der alte Vater mit fünfhundert anderen Juden aus der glorreichen Gemeinde von Brisk in Litauen in den Fluss geworfen wurde, so dass sich der Fluss von ihrem Blut rot färbte; wir, vor deren Augen die alte Mutter im Krankenhaus ermordet wurde; wir, vor deren Augen all dies geschah, was in der Geschichte beispiellos ist – sollten wir Angst davor haben, unser Leben aufs Spiel zu setzen, um Verhandlungen mit den Mördern unserer Eltern zu verhindern?... Wir sind zu allem bereit, zu allem, um Israel diese Schande zu ersparen...

Dies ist mein letzter Aufruf an die Knesset: Verhindert einen zweiten Holocaust an den Juden!

Ich weiss, dass Ihr die Macht besitzt, dass Ihr Gefängnisse, Konzentrationslager, ein Militär, Polizei, Geheimdienste, Kanonen und Maschinengewehre habt. Das macht nichts. An dieser Sache wird Eure Macht zerbrechen wie Glas an einem Felsen... Dafür werden wir bis zum Ende kämpfen. Physische Gewalt ist nutzlos, sie ist müssig, eine Jagd nach dem Wind. Ich warne, aber ich drohe nicht. Wen sollte ich bedrohen? Ich weiss, dass Ihr mich in ein Konzentrationslager verschleppen werdet. Heute habt Ihr Hunderte Menschen verhaftet. Vielleicht werdet Ihr Tausende einsperren. Das spielt keine Rolle, sie werden gehen, sie werden im Gefängnis sitzen. Wir werden mit ihnen im Kerker sitzen. Wenn nötig, werden wir mit ihnen sterben, und es wird mit Deutschland nicht über Wiedergutmachung verhandelt werden.

Möge Gott uns allen helfen, diesen Holocaust unseres Volkes zu verhindern, im Namen unserer Zukunft, in Namen unserer Ehre.»

Am Ende seiner Rede angelangt, bat Begin darum, «die staatlichen Autoritäten» zu informieren, dass er, falls das Gesetz über parlamentarische Immunität auf ihn zuträfe, es als «null und nichtig» betrachte.³¹ Am nächsten Tag lautete die Schlagzeile in *Jediot Acharonot*: «DIE KNESSET WEINTE».³² Ben Gurion schrieb in sein Tagebuch, «Begins Putsch» sei auf «tragische und lächerliche» Weise gescheitert.³³

Am Tag nach dem Angriff auf die Knesset sprach Ben Gurion im Radio zur Nation. «Es wurde ein erster Versuch unternommen, die Demokratie in Israel zu zerstören», sagte er, «die Kontrolle über die politischen Entscheidungen den gewählten Volksvertretern zu entreissen – von Männern, die mit den Mitteln der Faust und des politischen Mords kämpfen.» Den Angriff bewertete er als «kriminelle und verräterische Verschwörung». Er charakterisierte die Demonstranten als «wildes Mob» und «Bande von Randalierern». Der Anführer und Organisator dieser «Rebellion» sei Menachem Begin, sagte Ben Gurion, und mit ihm marschierten die «früheren Mitglieder von Ezel», unterstützt von den Kommunisten. Als Ministerpräsident und Verteidigungsminister könne er, Ben Gurion, dem Volk versichern, dass man alle notwendigen

Massnahmen getroffen habe, um die Demokratie, die Souveränität der Knesset, Recht, Sicherheit und Frieden zu schützen. Um jeden Zweifel zu zerstreuen, betonte Ben Gurion die Worte «alle notwendigen Massnahmen». «Seien Sie nicht beunruhigt, und fürchten Sie nichts», beruhigte er seine Zuhörer. «Das Land verfügt über genügend Mittel und Wege, um die Souveränität und Freiheit Israels zu verteidigen, um Schurken und Mörder davon abzuhalten, sich des Landes zu bemächtigen, und um weitere Terrorakte zu verhindern. Die Armee, die Polizei und das Volk, das Freiheit und Unabhängigkeit wünscht, sind die vertrauenswürdigsten Garanten dafür, dass das kriminelle und wahnsinnige Komplott der Cherut-Schurken und ihrer kommunistischen Helfershelfer niemals Erfolg haben wird.» Er verurteilte «die schmutzige Ideologie des Faschismus in ihren verschiedenen Verkörperungen, rechts wie links» und erklärte: «Der Staat Israel wird kein zweites Spanien oder Syrien werden.»³⁴

All dies hätte genügt, um die Cherut und möglicherweise auch die Kommunistische Partei zu verbieten. Es kursierten bereits Gerüchte, dass Ben Gurion genau dies vorgehabt und sich erst in letzter Minute eines anderen besonnen hatte. Das war eine weise Entscheidung, und zwar nicht nur, weil die Abstimmung über die Verhandlungen mit Deutschland noch ausstand, sondern auch, weil eine verbotene Cherut-Partei im Untergrund weiterexistiert und sich den Heiligenschein der Verfolgten zugelegt hätte.³⁵ Begin hätte eine solche Situation weidlich ausgekostet. Er hätte ein Drama inszeniert, keinen Staatsstreich. Er hatte nicht vor, für seine Meinung zu sterben oder auch nur für sie ins Gefängnis zu gehen, aber er reizte die Demokratie bis zum letzten aus. Ben Gurions aufgebrachte Reaktion verschärfte die explosive Lage. In der Zwischenzeit trafen bei Ben Gurion Telegramme aus den Parteibüros des ganzen Landes und von zahlreichen Bürgern ein, die seine Position unterstützten. «An den Architekten des Staates Israel – Glückwünsche und weiter so», telegraphierte ein Bürger aus Ramat Gan, während die Botschaft aus Kfar Saba hiess: «Wir werden als lebende Mauer das Land, das Gesetz und die Demokratie verteidigen.» Die Bewohner des Altersheims Holon schickten mit zittriger Hand Grüsse an «unsern lieben und teuren Ministerpräsidenten». Aus Haifa und anderen Städten

kamen Berichte, dass Arbeiter verlangten, mit Bussen nach Jerusalem gebracht zu werden, «um die Knesset zu schützen».³⁶ Isser Harel, der Leiter der Sicherheitskräfte, unterstützte diese Forderungen.^{*37} Eine Zeitlang rückte die Debatte über die Verhandlungen mit Deutschland in den Hintergrund. Nicht die «Wiedergutmachung» sei Thema, stand in einem Artikel in Haarez, sondern die Frage, ob das Land in der Lage sein würde, sich vor dem Mob, der ihm seine Ansichten aufzwingen wollte, zu schützen. Begin hatte mittlerweile die Unterstützung der Abendzeitungen verloren. Sogar die Maariv, die von einer Gruppe seiner Anhänger gegründet worden war, griff ihn jetzt an. Asriel Karlebach schrieb wütend: «Mit dieser Aktion haben die Mitglieder der Cherut mehr für das Abkommen mit Deutschland getan als irgendwer sonst.»³⁹ Die Abstimmung fand zwei Tage später, am 9. Januar 1952, in höchst angespannter Atmosphäre statt. Die Knesset war von mehreren Polizeikordons und bewaffneten Soldaten umgeben. Die Gegner der Verhandlungen waren bis zur letzten Sekunde tätig und versuchten, die Abgeordneten zu einer Gewissensabstimmung zu bewegen. Doch die Mapai entschloss sich, auf eine eindeutige Entscheidung zugunsten von Verhandlungen zu verzichten und begnügte sich mit einer vagen Resolution, nach der die Knesset den aussen- und sicherheitspolitischen Ausschuss (in dem die Mapai eine Mehrheit besass) dazu ermächtigte, «in Übereinstimmung mit den Umständen und der Lage einen endgültigen Beschluss zu fassen». Jeder der 120 Knesset-Abgeordneten wurde einzeln aufgerufen, um seine Stimme für diese Resolution oder alternativ für eine zweite, die Verhandlungen ablehnte, abzugeben. Nur vier Abgeordnete fehlten, alle anderen sassen auf ihren Plätzen. Arie Ben-Elieser (Cherut), der erkrankt war, hatte sich liegend in den Saal tragen lassen. Fünf Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Fünfzig – vorwie-

* Ein Parteimitglied berichtete Ben Gurions Biograph, Michael Bar-Zohar, dass eine Mapai-treue Reservistenbrigade aus den Kibbuzim zusammengestellt worden war, die sich bei der nächsten Cherut-Demonstration in Tel Aviv unter die Menge mischte. Begin spielte man die Information zu, dass «hier tausend Leute bereitstehen, die mit der Waffe in der Hand aus den Tälern gekommen sind und sie bei der geringsten Provokation auch benutzen werden».³⁸

gend aus den Reihen der Opposition – stimmten gegen Verhandlungen. Einundsechzig stimmten dafür: die Mapai, fünf Araber aus Mapainahen Gruppierungen, die meisten Abgeordneten der religiösen Parteien Misrachi und Hapoel Hamisrahi und die Mehrzahl der Progressiven.⁴⁰ Nur eine verschwindend geringe Zahl fügte sich nicht der jeweiligen Parteidisziplin. In der Mapai stimmten einige, die im Grunde Verhandlungen missbilligten, dennoch für sie, und bei den Allgemeinen Zionisten, die in den vorangegangenen Wochen ebenfalls stürmische Diskussionen geführt hatten, war es umgekehrt. Von den Ultrareligiösen blieben jene, die Verhandlungen ablehnten, der Abstimmung fern oder enthielten sich der Stimme.

Drei Wochen später wurde Begin als Strafe für seine Gewaltandrohung für über drei Monate von den Knessetsitzungen ausgeschlossen. Dieser Beschluss erforderte eine weitere Debatte, und wieder fielen herbe Worte. «Hitler ist der Demokrat, der Ihnen als Beispiel dient», warf Chaim Landau (Cherut) der Mapai vor. Davor hatte Meir Argov (Mapai) den Angriff auf die Knesset mit dem Brand des Reichstages verglichen.⁴¹ Die Cherut setzte ihren Kampf fort, rief zu Kundgebungen und Demonstrationen auf und brach in der Knesset Streitereien vom Zaun. Es war schon alles gesagt worden, deshalb stritt man sich jetzt darüber, wie es gesagt worden war. Dabei schwang sich der makabre Einfallsreichtum der Cherut zu neuen Höhen auf. Im März 1952, wenige Tage vor Beginn der Verhandlungen mit Deutschland, sagte Johanan Bader: «Nehmen wir an, sie bezahlen euch für sechs Millionen Juden, aber wenn die Zeit der Wiedergutmachung vorbei ist,... wo nehmt ihr noch einmal sechs Millionen Juden her, damit ihr noch mehr Geld bekommt?»⁴² Dieser Einwurf rundete die Frage ab, die Ariele Ben-Elieser der Mapai ein paar Monate zuvor gestellt hatte, als bekannt geworden war, dass Deutschland nicht mit Bargeld, sondern in Form von Waren bezahlen würde. «Wird zu diesen deutschen Produkten auch Seife gehören, die aus menschlichen Körpern hergestellt wurde?»⁴³ Chaim Landau rief Schmuël Dajan (Mapai) auf Jiddisch zu: «A glik hot uns getroffen – sechs Millionen Juden wurden umgebracht, und wir bekommen ein bisschen Geld.»⁴⁴ Der Kampf gegen die Verhandlungen mit Deutschland beendete für Menachem Begin eine politische Flaute und

half seiner Partei aus einem Tief. Begin verbreitete Euphorie, seine Partei erwachte zu neuem Leben. In allen Cherut-Büros fanden Versammlungen statt, und in vielen Städten wurden Demonstrationen anberaumt. Aktivisten wurden «verpflichtet» und mussten sich vierundzwanzig Stunden am Tag für Parteieinsätze bereithalten. Die Parteibüros wirkten ein wenig wie Militärhauptquartiere: Boten kamen und gingen, Freiwillige sassen am Telefon, um Mitglieder und Sympathisanten zu werben. In den stürmischen Wochen vor der Abstimmung hatte Begin so getan, als hätten er und seine Partei sich schon immer gegen Entschädigungen und Reparationen ausgesprochen. Doch das war keineswegs der Fall. Im Dezember 1949 hatten zwei Cherut-Mitglieder in der Knesset an der Debatte um das «Gesetz über die Beglaubigung von Dokumenten» teilgenommen, das Entschädigungsforderungen an Deutschland erleichtern sollte. Obwohl offenkundig war, dass ein direkter Kontakt mit deutschen Behörden unumgänglich sein würde, hatte keiner der beiden Cherut-Abgeordneten Widerspruch angemeldet. Chaim Landau hatte im Gegenteil der Regierung vorgeworfen, dass sie das Gesetz nicht früher eingebracht hatte. «Wir sprechen hier schliesslich über eine Möglichkeit, Zehntausende von Juden in ihrem Heimatland zu entschädigen», rügte Landau. «Wir werden dafür sorgen und darauf bestehen, dass wir die gesamte Entschädigungssumme erhalten, die uns zukommt.»⁴⁵

Zu Beginn des Jahres 1951 war die Frage der «Wiedergutmachung» erneut vor die Knesset gekommen. Aussenminister Sharett hatte dem Parlament die Note vorgelesen, die Israel den Alliierten gesandt hatte. In der ersten Hälfte ging Israel detailliert auf die Judenvernichtung ein und zitierte den Spruch des Nürnberger Gerichts. Danach legte die Regierung die finanziellen Forderungen dar – sie beliefen sich auf 1,5 Milliarden Dollar. «Die Herstellung der Gleichberechtigung Deutschlands in der Gemeinschaft der Nationen ist undenkbar, solange diese grundlegende Wiedergutmachungsmassnahme nicht getroffen worden ist», hiess es am Schluss der Note.⁴⁶

An diesem Punkt hatte Begin in die Kritik eingestimmt. Er hatte die

Note als Beweis für Israels Bereitschaft gesehen, sich auf Verhandlungen mit Deutschland einzulassen. Auch an der Gestaltung des Briefes hatte er Anstoss genommen – es ginge nicht an, dass der Holocaust in diesem Dokument in einem Atemzug mit Geld genannt werde; wenn man ihn schon erwähnen wolle, dann in einer Note, in der gegen die Verkürzung des Strafmasses für Nazi-Verbrecher in Deutschland protestiert werden solle. Doch Begin erhob, anders als in späteren Jahren, keine ideologischen, moralischen oder nationalen Einwände gegen die Rückerstattung. Er wartete sogar mit einer Enthüllung auf: «Ich schlug Herrn Sharett auf einer Sitzung des ausserpolitischen Ausschusses vor, er solle Entschädigungen für jüdisches Eigentum verlangen, das von den Deutschen geraubt wurde.» Laut Begin hatte Sharett erwidert, die Angelegenheit werde derzeit von der Regierung geprüft. Begin hatte nichts dagegen, dass die Regierung die Angelegenheit prüfte. Begin hatte nichts dagegen, dass man sich an die Alliierten wandte. Er attackierte die Regierung, sie habe zu langsam gehandelt und zuwenig verlangt. «Wir sind zu spät gekommen», sagte er. «Ich habe keinen Beweis dafür, dass unsere Forderungen erfüllt worden wären, wenn wir sie zwei Jahre früher gestellt hätten. Aber wenn Sie eineinhalb Milliarden verlangen, wo doch der Wert des jüdischen Eigentums sechs Milliarden beträgt, geben Sie drei Viertel des geraubten jüdischen Eigentums einfach auf. Warum haben Sie auf diese Forderung verzichtet? In wessen Namen haben Sie auf diese Forderung verzichtet?»⁴⁷

Das war 1951; ein Jahr später verkündete Begin, er sei bereit, in einem israelischen Konzentrationslager zu sterben, wenn er dadurch die Wiedergutmachungsverhandlungen verhindern könne.

In der ersten Knesset, die 1949 gewählt worden war, hatte die Cherut 14 von 120 Abgeordneten gestellt. In den Kommunalwahlen vom November 1950 verlor sie einige Stimmen.⁴⁸ «Die Erwartungen waren gross und die Enttäuschung noch grösser», erinnerte sich Begins Freund und Parteigefährte Johanan Bader später.⁴⁹ Begins Gegner aus den eigenen Reihen attackierten ihn immer heftiger. Einer von ihnen, Schmuël Tamir, schrie ihn an: «Wozu steht das Wort Rücktritt überhaupt im Wörterbuch, wenn Sie nicht zurücktreten?» Laut Bader entschloss sich

Begin damals zum Rücktritt, aber er schob ihn dann doch bis nach den Wahlen zur zweiten Knesset im Jahre 1951 auf. «Ich besuchte Begin oft», schrieb Bader, «damit er sich in seiner Niedergeschlagenheit nicht so allein fühlte.»⁵⁰

Begin führte den zweiten Wahlkampf mit allem Einsatz, aber wieder erwartete ihn eine Enttäuschung. Bader brachte ihm die Ergebnisse: Die Cherut hatte von 14 Sitzen sechs verloren. Obwohl sich die Zahl der Stimmberechtigten verdoppelt hatte, erhielt die Partei einige tausend Stimmen weniger als bei den vorigen Wahlen.⁵¹ Die Mapai war die «Siegerpartei» im Unabhängigkeitskrieg. Ben Gurion galt als «Architekt des Staates».

Viele Stimmberechtigte waren Neueinwanderer; sie bewunderten Ben Gurion, sahen in ihm die Verkörperung des Landes und waren zudem finanziell von seiner Partei abhängig. Begin war müde und traurig, erinnerte sich Bader. Er fuhr mit seiner Frau Alisa nach Italien in Urlaub. Als er zurückkam, fand er sich erneut mit Gegnern aus der eigenen Partei konfrontiert. Während einer von Tamirs Attacken schloss sich Begin mit einigen seiner engsten Vertrauten im Nebenzimmer ein. Nach einer Weile erschien er wieder und verkündete, er habe beschlossen, einen längeren Urlaub zu nehmen. Seine Kollegen interpretierten dies als Rückzug von der Politik.

In den folgenden Monaten wohnte Begin in einem möblierten Zimmer in Jerusalem und bereitete sich auf die Examina im Strafrecht vor. Er suchte die Gründe für den Niedergang seiner Partei in der Stimmung der ersten Israelis: In diesen Tagen war Routine, nicht Heldentum gefragt. Die Revolution und der Krieg waren beendet, und nun dachten die Leute an ihre halbleeren Kühlschränke. Begins Cherut brauchte ein grosses nationales Thema, etwas, mit dem sich Emotionen schüren lassen.⁵²

Dann kam Adenauers Sühneerklärung, und die Frage der «Wiedergutmachung» stand auf der Tagesordnung der Knesset. «Ich bezweifle nicht, dass man sich in der Knesset über diese Frage die Köpfe heiss reden wird», sagte Ben Gurion, und er behielt recht. Begin kehrte an die politische Front zurück.⁵³ Johanan Bader ermahnte ihn, er müsse seine politischen Aktivitäten wieder aufnehmen, das sei er «seiner Mutter

schuldig» und auch den anderen Familienmitgliedern, die im Holocaust umgekommen waren. Wie Bader schrieb, war dies letztlich das Argument, das Begin überzeugte.⁵⁴

In der ersten Knesset war darum gerungen worden, ob man sich an die Alliierten wenden solle oder nicht. Nun erwog das Land direkte Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland, und vielleicht erklärte das den Wandel in Begins Haltung. Doch um seine Partei und seine eigene politische Karriere neu zu beleben, musste er die Massen in Erregung versetzen. Es genügte nicht, an einem diplomatischen Text herumzukritteln oder darüber zu streiten, mit wem man verhandeln und wieviel man verlangen solle. Begin brauchte «etwas Ungeheuerliches, etwas, das es seit der Konkubine Giva in unserer Geschichte nicht mehr gegeben hat». Die Ungeheuerlichkeit war für ihn das Geld, und er sträubte sich schon allein gegen die Vorstellung, dass Israel Geld akzeptieren könnte. Seine Forderung vom Vorjahr, nach der die Regierung sich rasch um Entschädigung bemühen müsse, wurde nie wieder erwähnt. In der hitzigen Atmosphäre, die Begin umgab, liess man sie tunlichst unter den Tisch fallen.

Begin bemühte sich, die Mapai-Koalition zu Fall zu bringen, um selbst an die Regierung zu kommen. Doch gleichzeitig engagierte er sich in einem anderen Kampf, der seine tiefsten Überzeugungen mobilisierte – in dem unablässigen Kampf um das rechte Gedenken an den Holocaust und dessen Lehren. Begin stellte den Holocaust in das Zentrum seines Wertesystems, in den Mittelpunkt seiner Gefühle und Rituale. Er betrachtete ihn als Quelle aller Normen von Gut und Böse, von Reinheit und Unreinheit, von Erlaubtem und Verbotenem, von Lohn und Strafe. Es war kein Zufall, dass er die Nazi-Opfer als «heilige Märtyrer» bezeichnete. Begin wollte das Vermächtnis des Holocaust zu einem quasi-religiösen Dogma erheben. Die Lehren des Holocaust sollten die Politik des Landes bestimmen und als politische Ideologie und emotionale Alternative zu Ben Gurions Pragmatismus dienen.

Als Hohepriester dieser neuen Religion stellte Begin nicht nur die Emotion über die Politik und die «Volksseele» über finanzielle Interes-

sen: Die Beschäftigung mit dem Holocaust hatte in seinem Weltbild vielmehr einen noch höheren Stellenwert als der israelische Staat. Für Begin war der Holocaust das, was für die Ultraorthodoxen Gott und für Mapam und Kommunisten zeitweise ihr Marx war. Alle empfanden sich als berufene Statthalter der Geschichte, hielten an ihren absoluten und umfassenden Dogmen fest und versuchten, sie dem Land aufzuzwingen – und alle scheiterten, auch Begin.

Begin erlitt nicht nur deshalb Schiffbruch, weil die Cherut ihren Kampf gegen Verhandlungen mit der Bundesrepublik als Teil ihres eigenen Kampfes um die Macht führte oder weil er von den Menschen verlangte, dass sie alle Aussicht auf finanzielle Hilfe aufgaben. Er scheiterte vor allem, weil er sich den Holocaust nur als kollektive Erfahrung vorstellen konnte. Doch in jener Zeit war der Holocaust in erster Linie ein Abschnitt in der individuellen Biographie der Überlebenden; er war ihre persönliche Katastrophe. Begin verstand das nicht. Er mag seiner Zeit voraus gewesen sein, denn Jahre später wurde der Holocaust tatsächlich zu einer Art Religion für Staatsbürger. Doch in den frühen fünfziger Jahren war die Erinnerung an den Holocaust noch schmerzhaft und frisch, und Begins opernhafte antideutsche Tiraden waren kein adäquater Ausdruck für die Heftigkeit persönlicher Leiden oder die Tiefe der individuellen Tragödien. Aus diesem Grund fiel es den Überlebenden nicht schwer, seine Forderungen zu ignorieren und ihren Teil der Entschädigungen anzunehmen. Das Geld veränderte nichts in ihrem Inneren, und es war für ihre Identität als Überlebende nicht besonders relevant; allenfalls erlaubte es ihnen, sich grössere Wohnungen zu kaufen. Nur eine verschwindend kleine Zahl wies die Zahlungen, die ihnen zustanden, zurück. Die Entscheidung der Überlebenden war das wahre Plebiszit, an dem die Einstellung Israels in dieser Frage gemessen werden musste.

Die Verhandlungen zwischen Israel und Deutschland begannen am 20. März 1952 in Wassenaar, einer holländischen Stadt in der Nähe von Den Haag.¹ Die beiden Länder feilschten um jede Mark. Es ging zu, schrieb Nahum Goldmann an Bundeskanzler Adenauer, wie bei einem «finanziellen Kuhhandel».² Beide Seiten mussten zahlreiche Aspekte berücksichtigen, beide handelten unter Druck, und beide mussten Zugeständnisse machen.

Der Staat Israel und das jüdische Volk erschienen zu den Verhandlungen mit zwei getrennten Delegationen, doch zumindest den Deutschen gegenüber sprachen sie mit einer Stimme. Die israelische Delegation wurde von Giora (Georg) Josephtal und Elieser (Felix) Shinnar geleitet, und zu den prominenteren Mitgliedern gehörte Georg Landauer in der Rolle des Verbindungsmannes zwischen den beiden Delegationen. Alle drei stammten aus Deutschland und hatten schon bei der Haawara mitgewirkt. Josephtal war als Mapai-Funktionär bei der Jewish Agency mit der Integration europäischer Flüchtlinge befasst und wurde später Minister. Shinnar (früher Schneeberg), ein promovierter Jurist, führte die Geschäfte bei der Zeitung Haarez, die dem Millionär Salman Schocken gehörte. Als erfahrener Finanzexperte stand er der israelischen Regierung bei ihren Rohölkäufen zur Seite; zudem arbeitete er in beratender Funktion für die israelische Botschaft in London. Später leitete er die israelische Einkaufsdelegation, die sogenannte Israel-Mission, in Westdeutschland und fungierte vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland im Grunde als israelischer Botschafter, ohne diesen Titel jedoch zu führen. Georg Landauer, der sich unter den deutschen Einwanderern in

Israel hervorgetan und sich sehr für sie eingesetzt hatte, war langjähriges Mitglied der Jewish Agency. An den Gesprächen nahm auch Nahum Goldmann teil, der eigentlich die Claims Conference vertrat, aber im Grunde der Mann war, der die Verhandlungen mit Deutschland führte.

Die deutsche Delegation dagegen bot ein weniger einheitliches Bild. Ihr Leiter war Franz Böhm, der Dekan der Universität Frankfurt. Zu Böhms Stellvertreter war der Rechtsanwalt Otto Küster ernannt worden, der, wie sich herausstellte, gemeinsam mit Shinnar ein Stuttgarter Gymnasium besucht hatte; sein ehemaliger Klassenkamerad charakterisierte ihn als Muster an Ehrlichkeit und Gerechtigkeit. Shinnar lobte auch Böhms warmherzige Persönlichkeit, die Lauterkeit seines Wesens und seine hohe moralische Gesinnung.³ Dass diese beiden hochmotivierten Männer und ihre Mitarbeiter ihr Bestes taten, steht ausser Frage. In Bonn allerdings gaben sich einige Politiker alle Mühe, die Verhandlungen zu sabotieren, um eine Einigung hinauszuzögern oder völlig zu vereiteln. Unter diesen tat sich besonders Finanzminister Fritz Schäffer hervor, der offenbar nicht wusste, was Adenauer Goldmann versprochen hatte und deshalb zunächst nicht recht verstand, worüber diskutiert wurde. Eine Notiz Schäffers, die sich unter seinen Papieren fand, besagte, dass «der Kanzler in London von einem Herrn Goldstein angesprochen worden sei, der ihm vorgetragen habe, dass die Juden unter Hitler insbesondere in den besetzten Gebieten so stark haben leiden müssen».⁴

In den nächsten Monaten entspann sich in Bonn ein regelrechter Machtkampf zwischen jenen, die Adenauers Versprechen einlösen wollten, und ihren Kontrahenten, die verlangten, er solle davon abrücken. Das Luxemburger Abkommen dokumentierte in hohem Grade die Fähigkeit der Israelis und der Juden, zwischen den beiden Lagern zu manövrieren. Goldmann ist dabei an erster Stelle zu nennen.

Nahum Goldmann, ein Staatsmann ohne Staat, nannte sich gerne einen «internationalen Juden»; in hohem Alter dokumentierte er seine Lebensgeschichte gerne mit den Pässen und Diplomatenpapieren, die ihm eine Vielzahl von Ländern ausgestellt hatte:

Russland, Deutschland, Litauen, Polen, Honduras, die USA, Israel und die Schweiz. Goldmann war 1884 in Litauen zur Welt gekommen, hatte an der Universität Heidelberg studiert und in eine reiche Familie eingeeheliratet. Seit er denken konnte, fühlte er sich als Zionist und handelte danach. In den dreissiger Jahren vertrat er die «Zionistische Organisation» beim Völkerbund in Genf. Sein Zionismus beinhaltete eine weltweite jüdische Solidarität, nicht nur und nicht immer im Dienste Israels. Goldmann spielte eine Rolle bei den diplomatischen Bemühungen, die zur Gründung des Staates Israel führten, aber das Land war ihm zu klein. Solange Ben Gurion lebte, hatte er keine Chance, die Regierung zu übernehmen, und ein Ministerposten, betonte er, interessiere ihn nicht. Er befand sich – wie Bruno Kreisky und Henry Kissinger nach ihm – in ständigem Konflikt mit dem, was ihm an der israelischen Politik zu nationalistisch und machtorientiert erschien. «Die Juden sind ein bewundernswertes Volk, aber man kann sie schwerlich lieben», sagte Goldmann einmal.

Er war ein Liberaler, ein Mann mit Humor, weltgewandtem Auftreten und überwältigendem Charme, ein scharfsinniger Romantiker und unverbesserlicher Egoist. Das Leben verhätschelte ihn, und er nahm es, wie er selbst sagte, nicht allzu ernst. «Ich identifiziere mich nie hundertprozentig mit etwas. Mit keinem Mann, mit keiner Frau, mit keiner Idee, mit keiner Bewegung», urteilte er über sich selbst. Er liebte gute Gespräche und gutes Essen, Bücher, Zigarren, Frauen, Politik, Opern und Klatsch. Doch mehr als alles andere genoss er die Gesellschaft berühmter Leute – Staatsmänner und Finanzbarone, Päpste, Könige, Präsidenten, Premierminister und Kabinettsmitglieder jeglicher Couleur. In jeder Hauptstadt wurde er empfangen, als sei er der König der Juden. Benito Mussolini versuchte 1935, ein Gespräch zwischen ihm und Hitler zu arrangieren, aber Goldmann lehnte ab; bis ans Ende seiner Tage quälten ihn Zweifel, ob er richtig gehandelt hatte. Hätte er sich damals Auschwitz vorstellen können, sagte er später, hätte er sich mit Hitler getroffen.⁵

Er bewunderte Talleyrand, den französischen Diplomaten und ausgefuchsten, unverwüstlichen Politiker, und brüstete sich seiner Fähigkeit,

wie Talleyrand im grossen historischen Kontext denken zu können. Zu Ben Gurion sagte er einmal: «Du siehst die Welt von Sde Boker aus [dem Kibbuz, in dem Ben Gurion seine letzten Jahre verbrachte]. Ich sehe aus 4'000 Meter Höhe von einem Flugzeug aus auf sie hinunter. Das ist der Unterschied zwischen uns.»⁶ Von 1953 an war Goldmann Präsident des Jüdischen Weltkongresses. Seine Persönlichkeit und sein Stil verschafften dem Kongress ein Mass von Prestige und Achtung, das über seinen wirklichen Einfluss weit hinausging; in dieser Hinsicht war er ein Hochstapler.

Das Abkommen über Entschädigungen und Rückerstattung war grösstenteils der Tatsache zu verdanken, dass Adenauer von Goldmann sehr beeindruckt war. Der deutsche Bundeskanzler respektierte ihn, benutzte ihn, misstraute ihm – und fürchtete ihn. Er scheint geglaubt zu haben, dass Goldmann tatsächlich jenen grossen Einfluss auf die amerikanische Regierung und die öffentliche Meinung in den USA besass, den zu haben er vorgab.

Adenauer erwähnte in seinen Erinnerungen, die fünfzehn Jahre später entstanden, das erste Zusammentreffen. Er schrieb, dass Goldmann zu dem Treffen in London den israelischen Botschafter mitgebracht habe, der jedoch unter Angabe eines anderen Namens erschienen sei, um Israels Bereitschaft zu direkten Gesprächen zu verschleiern.⁷ Adenauer irrte sich: Der Mann, der Goldmann begleitete, war Noah Baru vom Jüdischen Weltkongress, der mitgeholfen hatte, Adenauers Bundestagsserklärung zu überarbeiten. Die Tatsache, dass nach so vielen Jahren und zahllosen Gesprächen der deutsche Kanzler immer noch glaubte, Goldmann habe ihn hinter das Licht führen wollen, sagt einiges über die Beziehung der beiden aus.

In anderem Zusammenhang notierte Adenauer in seinen Erinnerungen, er hüte sich davor, den potentiell schädigenden Einfluss «jüdischer Bankkreise» zu unterschätzen.⁸ Goldmann, ein unverbesserlicher Simulant, beutete sein Image als «Ältester Zions» aus; manchmal verstieg er sich gar zu Drohungen, die an Erpressung grenzten. Eine Akte in seinem Archiv enthält Material über die Nazi-Vergangenheit verschiedener Schlüsselfiguren aus Adenauers Regierung. In Bonn glaubten einige der

Betroffenen, Goldmann habe die Macht, sie zu ruinieren, wenn sie sich nicht seines Schweigens über ihre Vergangenheit versichern könnten. Beträchtliche Unterstützung erfuhr Goldmann durch Hans Globke, einen der engsten Berater des Kanzlers, der im «Dritten Reich» als hoher Beamter des Innenministeriums an den «Nürnberger Gesetzen» und später im Krieg an Bestimmungen mitgearbeitet hatte, die zur juristischen Grundlage der Judenverfolgung wurden.⁹

Die israelische Delegation hatte vor Beginn der Gespräche in Wasenaar von Adenauer eine Zusage über 1,5 Milliarden Dollar erhalten. Die Claims Conference erhob zusätzlich einen Globalanspruch von 500 Millionen Dollar, so dass sich die Gesamtsumme auf 2 Milliarden Dollar belief – ein Viertel dessen, was Chaim Weizmann unmittelbar nach dem Krieg gefordert hatte. Doch als die Gespräche begannen, behaupteten die Deutschen, sie seien derzeit zahlungsunfähig und es sei notwendig, die Ergebnisse der internationalen Londoner Konferenz abzuwarten, bei der die Schuld Deutschlands gegenüber anderen Ländern verhandelt wurde. Die Deutschen befürchteten, dass die geforderten Summen in London in die Höhe schnellen würden, falls sie grosse finanzielle Verpflichtungen gegenüber Israel und den Juden übernähmen. Die Israelis und Juden andererseits fürchteten, dass sie viel weniger erhalten würden, als sie verlangt hatten, wenn sie ihre Forderungen mit der Diskussion in London verknüpften. Es war kein guter Start.

Eine Woche nach Eröffnung der Verhandlungen bat ein Fremder in der Münchner Innenstadt zwei Jungen, auf dem nächstgelegenen Postamt ein Päckchen für ihn aufzugeben. Der Mann handelte im Auftrag von Eliahu Tabin, einem Ezel-Veteranen, der damals in Paris lebte. Das Päckchen war an Bundeskanzler Adenauer adressiert. Es erregte Argwohn, und man rief zwei Sicherheitsbeamte herbei. Als sie das Päckchen untersuchten, explodierte es, und einer der Männer wurde getötet. Der Sprengstoff war in einem Wörterbuch versteckt worden. Tabin hatte gehofft, dass die Ermordung Adenauers die Gespräche mit Israel zum Stillstand bringen und Ben Gurion mitsamt seiner Regierung stürzen würde.¹⁰

Als die Verhandlungen fortschritten, machte Israel offiziell deutlich, was es bisher Adenauer inoffiziell zu verstehen gegeben hatte – dass es

mit einer halben Milliarde Dollar weniger als zunächst gefordert zufrieden wäre, da die ursprüngliche Summe von beiden Teilen Deutschlands gefordert worden war. Ein Drittel davon – eine halbe Milliarde – hätte die Deutsche Demokratische Republik bezahlen sollen. Elieser Shinnar hatte diese Aufteilung 1951 empfohlen.¹¹ Das war vermutlich ein Fehler, denn Ostdeutschland weigerte sich, überhaupt etwas zu zahlen, und Westdeutschland gab sich als einzig legitimer deutscher Staat aus, obwohl ihm das offenbar keine halbe Milliarde Dollar wert war. In Wassenaar gingen alle davon aus, dass die Bundesrepublik nur ihren eigenen Anteil bezahlen würde. Doch den Westdeutschen war auch 1 Milliarde Dollar – bzw. 4,2 Milliarden DM – noch zuviel, sogar in Form von Warenlieferungen. Sie boten Güter im Gegenwert von nur 750 Millionen Dollar an. Offenbar hatten sie kalkuliert, dass Israel auf Grund seiner prekären Wirtschaftslage so gut wie jedes Angebot akzeptieren würde. Israel lehnte ab, und die Gespräche wurden, kaum sechs Wochen nach ihrem Beginn, abgebrochen.

Als die israelische und die jüdische Delegation die offiziellen Verhandlungen verliess, kam Goldmanns grosse Stunde als Lobbyist und Drahtzieher. Goldmann organisierte und koordinierte ein weltweites Netzwerk von Aktivitäten, die sämtlich das Ziel hatten, die Deutschen davon zu überzeugen, dass eine Einigung in ihrem eigenen Interesse läge. Goldmann hatte das endlose Bonner Gefeilsche sehr genau beobachtet und sogar selbst daran teilgenommen. Nun besuchte er Kabinettsmitglieder, hohe Beamte und Parlamentsabgeordnete, durchquerte die Korridore der Macht und drang in die Chefzimmer vor. Er sah alles und hörte alles. Er intrigierte. Er gab Geheimnisse an mögliche Helfer weiter, manövrierte Gegner aus, sammelte Versprechen, stiess Drohungen aus: ein Mann der tausend Gesichter. Bald darauf berichtete die zuständige Abteilung des Jerusalemer Aussenministeriums, dass in Bonn «die Leute sagen», Goldmanns Männer hätten Ministerialdirektor Herbert Blankenhorn, die rechte Hand des Kanzlers, bestochen.¹² Von Zeit zu Zeit traf Goldmann den Bundeskanzler persönlich. «Sie sind zwei alte Füchse», sagte Franz Böhm, «aber wenn sie zusammen sind, schnurren sie sich an wie zwei Kätzchen.»¹³

Goldmann und sein Team mobilisierten Persönlichkeiten in Israel, Führer jüdischer Organisationen in den USA und die amerikanischen Medien. Botschafter Abba Eban bat Aussenminister Dean Acheson, auf Deutschland Druck auszuüben. «Eine unbefriedigende Antwort aus Bonn wäre einer der dunkelsten Punkte in den Annalen des menschlichen Moralempfindens», schrieb Abba Eban, von seinen Gefühlen übermannt.¹⁴ Acheson wurde bei Adenauer vorstellig. Vertreter jüdisch-amerikanischer Organisationen trugen Präsident Truman ihr Anliegen vor.¹⁵ John McCloy, der amerikanische Hochkommissar für Deutschland, intervenierte ebenfalls.¹⁶ General Julius Klein, der Vorsitzende der amerikanischen Organisation jüdischer Kriegsveteranen, wurde zu Adenauer geschickt. Klein kündigte Adenauer an, er werde sich für den Fall, dass die Gespräche nicht wieder aufgenommen würden, dafür einsetzen, dass der sogenannte «Deutschlandvertrag», der die Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft der Völker zurückführen und ihr den Weg zum NATO-Beitritt bereiten sollte, auf Eis gelegt würde. Klein nannte beiläufig den Namen des einflussreichen Senators Robert A. Taft, der als Freund Israels galt. «Adenauer war von Kleins kompromissloser Haltung beeindruckt und versprach, alles für die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu tun», berichtete Maurice Fischer aus Paris. «Klein riet, wir sollten den Deutschen gegenüber hartnäckig und grob sein und zusehen, dass das Thema Wiedergutmachung gross in den amerikanischen Zeitschriften erscheint»; diese Massnahmen sollten den Deutschen den Eindruck vermitteln, dass die Einhaltung ihrer Versprechen für den Beitritt zur NATO praktisch unabdingbar sei.¹⁷

Wenige Tage vor der Unterzeichnung des Deutschlandvertrags traf Elieser Shinnar den mächtigen Bankier Hermann Abs, der sowohl die deutsche Delegation bei der Londoner Schuldenkonferenz leitete als auch Bundeskanzler Adenauer in der Frage der Wiedergutmachungsverhandlungen beriet. Abs sprach nun inoffiziell von etwa 400 bis 800 Millionen Mark – ein Viertel der Summe, die von den Deutschen zuvor angeboten worden war.¹⁸ Das war das Signal, eine andere Gangart einzulegen. Goldmann liess Adenauer unverzüglich wissen, Abs' Angebot sei für ihn ebenso «unerwartet wie enttäuschend.» Es widerspräche in

eklatanter Weise Adenauers Sühneerklärung und seiner schriftlichen Zusage, Israels Forderungen als Grundlage der Verhandlungen zu akzeptieren. «Wenn ich den Vorschlag von Herrn Abs im Lichte dieser früheren Erklärungen betrachte, ohne die wir der Eröffnung von Gesprächen niemals zugestimmt hätten», schrieb Goldmann, «dann bin ich überzeugt, dass die jüdische Öffentlichkeit darin nichts anderes sehen kann als – verzeihen Sie das harte Wort – eine Beleidigung.»

Abs' Behauptung, fuhr Goldmann fort, die Bundesrepublik könne eine so schwere finanzielle Belastung nicht verkraften, werde weder das jüdische Volk noch die Weltöffentlichkeit überzeugen, wenn man die ständig steigende Produktionskraft der deutschen Wirtschaft in Rechnung stelle.

Trotz seiner «tiefen Enttäuschung», erklärte Goldmann, setze er sein Vertrauen auch weiterhin in Adenauers Auffassung, dass Deutschland moralisch verpflichtet sei, zumindest materiell eine ernsthafte Wiedergutmachung zu leisten. Aus diesem Grund glaube er nicht, dass Abs' Vorschlag die Auffassung des Kanzlers wiedergäbe. Wenn sich jedoch herausstellen sollte, dass die Summe, die Abs genannt hatte, tatsächlich die offizielle Position der Bundesregierung repräsentiere, wären Israel und das Weltjudentum gezwungen, die Gespräche abzurechnen. «Die Auswirkungen eines Abbruches der Verhandlungen, der leider nach den Eröffnungen des Herrn Abs eine sehr reale Möglichkeit ist, wären unübersehbar. Das Vertrauen in den ehrlichen Willen des neuen deutschen Staates, Wiedergutmachung zu leisten, müsste bei all jenen zutiefst erschüttert werden, die gerade in Ihnen, Herr Bundeskanzler, den Wortführer und Vertreter eines solchen neuen Deutschlands sehen wollen. Die heftige Reaktion der gesamten Welt, unterstützt durch weite nicht-jüdische Kreise, die mit dem Martyrium des jüdischen Volkes in der nazistischen Zeit tiefe Sympathie gehabt haben, würde unvermeidlich und völlig berechtigt sein.» Das war eine offene Drohung.

Goldmann liess Adenauer einen ehrenhaften Ausweg. «In dieser kritischen Stunde», im jetzigen «Zustand der Ungewissheit» drängte er Adenauer, seine ganze Autorität in die Waagschale zu werfen und zu

veranlassen, dass schnellstens ein Angebot unterbreitet würde, welches die Wiederaufnahme der offiziellen Verhandlungen zuliesse.*

Nun überstürzten sich die Ereignisse. Otto Küster, der stellvertretende Leiter der deutschen Delegation, trat von seinem Posten zurück, und auch Franz Böhm drohte mit Rücktritt. Adenauer war mit den Vorbereitungen für die Unterzeichnung des Deutschlandvertrags beschäftigt, fand aber, da er keine andere Wahl hatte, noch Zeit, die Frage der Rückerstattungen und Entschädigungen im Kabinett zur Diskussion zu stellen. Dann instruierte er Böhm, das ursprüngliche Angebot zu erneuern. Drei Tage vor Unterzeichnung des Deutschlandsvertrags rief der amerikanische Hochkommissar John McCloy Goldmann privat in Paris an und teilte ihm mit, er werde in Kürze eine wichtige Mitteilung erhalten. Am nächsten Tag rief Böhm an und bat um eine persönliche Unterredung. Er sei nun ermächtigt, sagte er, auf das Angebot zurückzukommen, Israel über einen Zeitraum von acht bis zwölf Jahren hinweg Waren im Wert von 3 Milliarden DM zu liefern. Goldmann erwiderte prompt, er werde der israelischen Regierung raten, dieses Angebot «prinzipiell» zu akzeptieren, gab aber sofort zu bedenken, dass die Deutschen an einigen Punkten noch Zugeständnisse machen müssten. Die Mitglieder der israelischen Delegation telegraphierten nach Jerusalem, man habe ein «ernsthaftes und solides Übereinkommen erzielt». Dabei sei vor allem die Tatsache zu berücksichtigen, dass die immer stärker werdende internationale Stellung Deutschlands das Land wohl kaum dazu veranlassen würde, mehr zu bieten. Obwohl man sich auf weniger als eine Milliarde Dollar geeinigt hatte, bewegte sich die Summe «im inhaltlichen Rahmen der ursprünglichen Forderung und in Übereinstimmung mit der Ehre des Staates Israel».²⁰

* In den Lebenserinnerungen beider Männer ist dieser Brief enthalten. Goldmann verlieh ihm in der israelischen Ausgabe seiner Memoiren zusätzliche Schärfe: Die Entschuldigung für das Wort «Beleidigung» fehlte in der hebräischen Übersetzung. Adenauer nahm den ganzen Absatz, der die Drohung enthielt, heraus und ersetzte ihn durch eine diskrete Klammer.¹⁹

Es war ein wichtiger Augenblick – nicht nur in der Geschichte der jüdisch-deutschen Beziehungen, sondern in der Geschichte der Juden überhaupt. Zum ersten Mal sollten sie – wenn auch nur partiell – für das Leid entschädigt werden, das ihnen ein antisemitisches Regime zugefügt hatte. Alles in allem verpflichtete sich die deutsche Regierung zu Leistungen in Höhe von 3,45 Milliarden Mark. Etwa ein Drittel davon war für Lieferungen deutscher Waren vorgesehen und annähernd 30 Prozent für den Kauf von Rohöl. Die Zahlung sollte sich auf vierzehn Jahre erstrecken. Von der vereinbarten Summe sollten 3 Milliarden DM an Israel gehen. Für die restliche Summe übernahm die israelische Regierung eine Art Treuhandsfunktion. Sie erhielt die Zahlungen, ebenfalls in Form von Waren, und gab sie – teils in Form von Waren, teils in ausländischen Devisen und teils in israelischer Währung – an die jüdischen Organisationen weiter, die an der Claims Conference teilgenommen hatten; unter ihnen befanden sich das Joint Distribution Committee und die Jewish Agency. Diese würden das Geld benutzen, um ihre Aktivitäten in Israel zu finanzieren. Dieses Verfahren führte dazu, dass das meiste Geld, das die Claims Conference erhielt, in Israel blieb oder dort hin zurückkehrte. Die Auswahl, der Einkauf und Transport der Güter sollte durch eine Einkaufsdelegation, die Israel-Mission, erfolgen, die der israelische Staat in Deutschland einsetzen und die diplomatischen Status erhalten sollte. Gleichzeitig verpflichtete sich Deutschland, Nazi-Opfer für verlorenes Eigentum, für Haftzeiten und für Zwangsarbeit zu entschädigen. Das gleiche galt für Krankheit und Invalidität und eine lange Liste anderer Schäden.²¹ Auch dies war vorwiegend das Werk Nahum Goldmanns. Während der Verhandlungen verzichtete er auf 80 Prozent der Forderungen, die er ursprünglich im Namen der Claims Conference gestellt hatte. Seine Strategie zahlte sich schliesslich aus. Er brachte die Deutschen dazu, anstelle sofortiger Zahlungen eine ganze Reihe von Gesetzen zu beschliessen, durch die Hunderttausende von Überlebenden – vorwiegend Nazi-Opfer aus Osteuropa – entschädigt werden konnten; einige von ihnen lebten bereits in Israel. Mit den Jahren gelang es Goldmann, immer mehr Personengruppen auf die Liste der Zahlungsempfänger zu setzen. Er sorgte für eine Anhebung der Lei-

stungen sowie Verbesserungen bei den Zahlungsmodalitäten. Und er setzte durch, dass ein Fonds für besondere Einzelfälle gegründet sowie verschiedene Arten von Krediten und Zuschüssen genehmigt wurden. All das beruhte auf den Versprechen, die er gleich zu Beginn der Verhandlungen als Gegenleistung für den Verzicht auf sofortige finanzielle Leistungen von den Deutschen erhalten hatte. In den folgenden Jahren stieg die Zahl der Rentenempfänger ebenso an wie die Höhe der Leistungen – von 6 Millionen Dollar im Jahre 1954 auf 100 Millionen Dollar im Jahre 1961.

Die feierliche Unterzeichnung des Abkommens sollte am 10. September 1952 um acht Uhr morgens im Rathaus von Luxemburg stattfinden. Aus Sicherheitsgründen täuschten die Beteiligten die Presse, indem sie über Ort und Zeit falsche Angaben machten. Aussenminister Mosche Sharett hatte seine Delegation ermahnt, sich rechtzeitig einzufinden. Als sie zum Rathaus kamen, war man auf ihr Eintreffen noch nicht vorbereitet. Ein Beamter öffnete ihnen das Trauzimmer, nachdem er lange und umständlich nach dem Schlüssel gesucht hatte. Dort warteten sie auf die Deutschen. Adenauer kam zur vereinbarten Stunde. «Ich habe diesem Tag in Erwartung und mit Freude entgegengesehen», sagte er zu Sharett, welcher auf Deutsch antwortete: «Auch für uns ist es ein besonderer und bedeutsamer Tag.» Nach der offiziellen Vorstellung unterzeichneten Mosche Sharett, Nahum Goldmann und Konrad Adenauer die Abkommen. Sharett hatte eine längere Rede vorbereitet. Bevor die israelische Regierung sie absegnete, war er, wie er sagte, durch die «sieben Kreise der Hölle» gegangen. Einige Minister hatten sie als zu zahm kritisiert, Ben Gurion dagegen hatte gefordert, sie müsse abgeschwächt werden; der Satz, es gäbe für vergossenes Blut keine Vergebung, müsse gestrichen werden. «Er denkt, es ist zu grausam, dies der anderen Seite so offen ins Gesicht zu sagen», berichtete Sharett, aber er selbst wollte eine «israelische» Rede halten. «Ich bin der Aussenminister des Staates Israel und nicht einer von ihren abgeschlachteten Juden.» Er wollte des vergossenen Blutes mit «jüdischem Feuer» gedenken, wollte Worte finden, die «zehnmal heftiger» waren als die Rede, die von Goldmann er-

wartet wurde. Sein Entwurf wurde Konrad Adenauer vorgelegt, der ihm seine Zustimmung verweigerte. «Ich bin bereit, das zu hören», sagte er zu Sharett, «aber Deutschland ist es nicht.» Am Ende einigte man sich, dass keine Reden gehalten würden.²³

Adenauer behielt recht – es dauerte ein halbes Jahr, bis die beiden Häuser des deutschen Parlaments das Abkommen ratifizierten. Im Verlauf dieses Prozesses wurde Nahum Goldmanns politisches Taktiervermögen immer wieder auf die Probe gestellt, und Israel wurde zu einem peinlichen und unangenehmen Zugeständnis gezwungen. Jemand lenkte die Aufmerksamkeit der deutschen Minister auf eine Klausel des Abkommens, nach der beim Transport der Waren nach Israel keine deutschen Schiffe benutzt werden durften. Adenauer schickte Walter Hallstein zu Shinnar, um über eine Änderung der Klausel zu verhandeln. Shinnar verstand, dass dieses geringfügige Ärgernis die Ratifizierung des gesamten Vertragswerks hinauszögern konnte, und legte es dem Ministerpräsidenten vor. Ben Gurion informierte das Kabinett. «Das können wir unter keinen Umständen schlucken; wir werden daran ersticken», warnte Mapai-Führer Salman Aran, der bald dem Kabinett angehören sollte. Wieder geriet die Knesset in Aufruhr. «Die deutsche Flagge, die Flagge der Mörder, wird über unserem Heimatland wehen!» rief der Cherut-Abgeordnete Chaim Landau, und Ben Gurion antwortete: «Wir haben diesen Ton schon einmal in einem anderen Land gehört, von einem Kerl, dessen Knochen zur Freude der ganzen Welt im Grab verrotten.» Daraufhin erläuterte Ben Gurion: Trotz der Änderung, die die Deutschen verlangten, würden israelische Schiffe beim Transport der Waren auch weiterhin bevorzugt werden. Nur für den Fall, dass nicht genügend israelische Frachter verfügbar seien, würden deutsche Schiffe zum Einsatz kommen.²⁴

In den sechs Monaten von der Unterzeichnung des Abkommens bis zu seiner Ratifizierung ereigneten sich zahlreiche Vorfälle, die mit dem deutsch-israelischen Verhältnis nichts zu tun hatten. Israel erlebte eine Reihe von Krisen, die das politische System des Landes erschütterten. Als eine Welle des Antisemitismus Osteuropa überrollte, explodierte vor der sowjetischen Vertretung in Tel Aviv eine Bombe, und Moskau

brach seine diplomatischen Beziehungen zu Israel ab. Dieser Schritt verschärfte die politischen und ideologischen Spannungen innerhalb der israelischen Linken, aber auch zwischen Links- und Rechtsparteien. Das Verhältnis zwischen der Mapai und den religiösen Parteien verschlechterte sich nach einer Debatte über den Militärdienst für Frauen und die Erziehung von Einwandererkindern. In dieser Situation verlor die Diskussion um Deutschland einiges an Schärfe. Deutsche Produkte und deutsche Bücher waren überall im Land im Handel erhältlich. «Wir fühlen den Schmerz nicht mehr; der Kampfgeist all jener, die sich gegen die Entschädigungen gestellt haben, lässt nach, und ihre Stimmen sind kaum noch vernehmbar», klagte Dov Schilansky. Das bekümmerte ihn sehr, er konnte es kaum ertragen. «Ich war wie von Sinnen», erinnerte er sich später. In seiner Not wandte er sich ans Aussenministerium. Die Geschichte des Dov Schilansky, Sohn eines wohlhabenden Lederhändlers aus Litauen, spiegelt das Schicksal einer ganzen Generation von Holocaust-Überlebenden, die sich der politischen Rechten zugehörig fühlten. Ihre Begegnung mit Israel war von Entrüstung und Enttäuschung gekennzeichnet, von Gefühlen, die hervorbrachen, sobald sich nur Diplomaten die Hände schüttelten. Der antideutsche Fanatismus, der Schilansky verzehrte, war eine Folge seiner Erfahrungen und beruhte nicht etwa auf politischem Ehrgeiz. Die Cherut benutzte ihn für ihre Zwecke; noch Jahre später – als viele Israelis sich mit dem Wandel der Zeiten arrangiert hatten und selbst Ministerpräsident Begin deutsche Gäste in seinen Amtsräumen empfing – blieb Schilansky seiner Vergangenheit treu. Er war ein kleiner Mann mit einem jugenhaften Lächeln, einer nasalen Stimme und einem deutlichen jiddischen Akzent; in einem launigen Moment bezeichnete er sich selbst einmal als tembel, als Dummkopf.²⁶

Seine Geschichte kam am 5. Oktober 1952 in einem Tel Aviver Bezirksgericht ans Tageslicht. «Ich wurde [1924] in Siauliai, Litauen, geboren, in einer Stadt, in der die hebräische Kultur blühte. Ich besuchte das hebräische Gymnasium. 1937 schloss ich mich der Jugendbewegung Betar an und 1939 einer Diaspora-Zelle von Ezel. Ich wollte gerade nach Palästina emigrieren... da brach der Krieg aus, und eine Welle

von Blut ergoss sich auch über unsere Stadt.» Er sah Massenverhaftungen und Morde und war Zeuge, wie ein Mitglied seiner Untergrund-Gruppe aus dem Ghetto aufgehängt wurde. Er sah, wie deutsche Soldaten die Ghetto-Kinder zusammentrieben und abtransportierten. «Ich habe zu Hause immer noch das Hemd eines einjährigen Kindes mit einem gelben Stern, das im Ghetto gefunden wurde», erzählte er.

Nach seinen fruchtlosen Versuchen, im Ghetto einen Aufstand zu entfesseln, wurde er von einem KZ ins andere geschickt, bis er nach Dachau kam:

«Ich sah Tausende von frierenden und vom Hunger gezeichneten Juden... Meine Familie und ich hatten unerwartet Glück; ich fand meine Mutter und meine Schwestern wieder, die am Leben geblieben waren. Die Qualen meiner Mutter haben mir am meisten wehgetan. Sie war die älteste Frau im Lager. Sie war nicht schnell genug, und alle schlugen und beleidigten sie... Und dann kam der Todesmarsch... Ich erinnere mich an den 30. April, den schrecklichsten aller Tage. Es war ein kalter Tag. In einem schneebedeckten Wäldchen taten viele ihren letzten Atemzug, vor Hunger und Erschöpfung; die Dämmerung brach an, und es schneite immer noch... In jener Nacht hat uns der Schnee vollständig zugedeckt. Wir fühlten nichts mehr. Die vielen tausend Menschen, die unter dem Schnee lagen, waren fast unsichtbar. Die, die gerade noch imstande waren, sich den Schnee vom Gesicht zu wischen, damit sie nicht lebendig begraben wurden, schliefen vor Erschöpfung ein; sie hörten nicht, wie Hunderte von deutschen Lastwagen geräuschvoll die Flucht antraten.

Als wir halb erfrorene Skelette am 1. Mai 1945 die Augen öffneten, standen keine SS-Männer mehr um uns her, und die Dorfbewohner, die uns fanden, erzählten uns, dass die Amerikaner in ein paar Stunden dasein würden. Wir taumelten auf eines der Dörfer zu. Unterwegs fanden wir ein totes Pferd, das im Kampf umgekommen war. Wir stürzten uns alle darauf. In wenigen Minuten war nichts mehr übrig ausser den Knochen. So erlebten wir die Befreiung.»

Schilansky fühlte sich wie neugeboren:

«Als ich an jenem Morgen aufwachte und sah, dass die Deutschen geflohen waren, empfand ich ein grosses Bedürfnis, sie aufzuspüren und zu vernichten. Doch die Wirklichkeit war anders, und dieses überwältigende Bedürfnis verwandelte sich in meinem Herzen in den übermächtigen Wunsch, den Traum meines Lebens zu verwirklichen – einen hebräischen Staat, der auf nationaler Ebene diese Rache durchführen würde.»

Während des Unabhängigkeitskrieges befahl Schilansky eine Gruppe Soldaten, die bis an die libanesischen Grenze gelangte; hätte er keinen Haltebefehl bekommen, wäre er noch weiter nach Norden vorgedrungen, behauptete Schilansky. Danach schickte man ihn zur Offiziersausbildung. Die nächsten vier Jahre arbeitete er als kaufmännischer Angestellter und Buchhalter. Er und seine Frau lebten in Armut, aber nach den zehn entsetzlichen Jahren davor, versicherte er, sei dies eine glückliche Zeit gewesen. Sie hatten einen Sohn, den sie Jossi nannten.

Dann erfuhr Schilansky von den Verhandlungen mit Deutschland. Zuerst konnte er es kaum glauben. Dann begriff er langsam, was geschah, und sein Leben wurde zur Hölle. «Ich fand keine Ruhe mehr. Bei allem, was ich tat, schnitt mir diese Tatsache wie ein Messer ins Gehirn, immerzu. Ich war Bürger einer Verräternation. Meine Passivität war eine Billigung des Betrugs. Von einer Sekunde zur anderen wurde ich aus meinem ruhigen Leben herausgerissen und in einen endlosen Kampf gegen diesen grossen Wahnsinn gestossen, gegen diese grausamen und verbrecherischen Verhandlungen mit Deutschland. Ich mobilisierte meine Freunde, und durch sie kam ich in Kontakt zu grösseren Gruppen. Viele Menschen hörten mir bereitwillig zu. Ich sprach mit Hunderten, vielleicht Tausenden.»

Die Cherut hörte von ihm und lud ihn zur Teilnahme an ihren Aktivitäten ein. Er organisierte eine Wanderausstellung über die Vernichtung der Juden und hatte vor, Bilder aus Buchenwald und Auschwitz in den grossen Kinos zu zeigen, um «die Leute aus ihrem Schlaf aufzurütteln». Einmal spielte er mit der Idee, eine Gruppe von Schriftstellern und Intellektuellen solle auf dem Berg Zion kollektiven Selbstmord be-

gehen, wie einst die Juden auf der Feste Masada. Er nahm an Begins Kundgebung vor der Knesset teil und wurde zehn Tage lang eingesperrt. Das Abstimmungsergebnis versetzte ihm einen Schock. Nein – gab er zu Protokoll –, er sei nicht der einzige Überlebende des Holocaust, der so empfand, aber die anderen schienen normal weiterleben und ihre Vergangenheit verdrängen zu wollen. Sie nahmen allenfalls noch an Gedenkfeiern teil. Schilansky wollte mehr. Deshalb bastelte er eine Zeitzünderbombe mit sechs Pfund Sprengstoff, legte sie in seinen Aktenkoffer und trug sie auf das Gelände des Aussenministeriums in Tel Aviv. Die Polizei verhaftete ihn, bevor er Unheil anrichten konnte. Er wurde zu einundzwanzig Monaten Gefängnis verurteilt.

Nach seiner Entlassung studierte Schilansky Jura und wurde ein erfolgreicher Anwalt. Er hatte zwei Söhne. Jossi, der Älteste, fiel als Soldat in Galiläa unweit des Ortes, an dem sein Vater im Unabhängigkeitskrieg gekämpft hatte. Später ging Schilansky in die Politik und wurde Parlamentspräsident. Er glaubte auch weiterhin, dass er das Richtige getan hatte, und bedauerte nur, dass seine Bombe den Lauf der Geschichte nicht geändert hatte.²⁷

Dov Schilansky sass noch im Gefängnis, als im April 1953 der Geiger Jascha Heifetz Israel besuchte und mehrere Konzerte gab. Sein Programm enthielt unter anderem ein Stück von Richard Strauss, der das Regime der Nationalsozialisten in den ersten beiden Jahren seines Bestehens unterstützt hatte. Heifetz erhielt deswegen mehrere Drohbriefe, aber er ignorierte sie. Zwei Minister baten ihn schriftlich, das Musikstück von Strauss im Konzert nicht aufzuführen. Doch Heifetz blieb hart. Er halte nichts von musikalischer Zensur, gab er zurück. Seine Konzerte fanden in einer angespannten Atmosphäre statt. Doch die Zuhörer in Tel Aviv, Haifa und Jerusalem empfingen ihn herzlich, obwohl er Strauss spielte. Nach dem Konzert in Jerusalem trat ein unbekannter Jugendlicher vor dem King-David-Hotel auf ihn zu und schlug ihn mit einer Eisenstange auf die Hand.

Zwei Tage später besuchte Heifetz mit bandagierter Hand Ben Gurion. Der Ministerpräsident schrieb in sein Tagebuch: «Ich sagte ihm, dass ich, wenn man mich gefragt hätte, ob ich das Strauss-Stück zulas-

sen würde, den Leuten geraten hätte, die Musik nur nach ihrer Qualität zu beurteilen. Doch hätte Heifetz mich gefragt, ob er Strauss spielen solle, hätte ich ihm abgeraten. Sein Besuch hier ist für viele ein grosses Ereignis, auch für Menschen, die nicht in Konzerte gehen, und viele von ihnen werden bestürzt sein, wenn er Strauss spielt. Deshalb sollte er es um ihretwillen nicht tun, denn der Mensch ist kein rationales Wesen, und die Gefühle spielen eine wichtige Rolle im Leben.» Dann jedoch überredete Ben Gurion den Virtuosen, seine Reise nicht wegen des Angriffs abzubrechen und durchaus «Strauss auch zu spielen». Er bot ihm Polizeischutz an. «Er fragte mich, ob ich kommen würde», notierte Ben Gurion. «Ich sagte ja, obwohl ich von Musik nichts verstehe.»²⁸ Der Mann, der Heifetz attackierte, wurde nie gefasst. Jahre später behauptete Schilansky, seine Identität zu kennen, aber er hat sie nie preisgegeben.²⁹ Im September 1953 verhinderte die Polizei einen weiteren Anschlag. Man hatte versucht, eine Bombe in den Hafen von Haifa zu schmuggeln, um gegen die Einfuhr von deutschen Warenlieferungen zu protestieren.³⁰

Nahum Goldmann wiederholte gerne Ben Gurions Feststellung, sie beide hätten zwei Wunder erlebt: die Schaffung des Staates Israel und die Unterzeichnung des Abkommens mit Deutschland. «Ich war für das erste, du warst für das zweite verantwortlich», zitierte Goldmann Ben Gurion.³¹ Wenn Ben Gurion tatsächlich die Übereinkunft mit den Deutschen mit der Staatsgründung gleichsetzte, dann kam das nur Goldmann zu Ohren. Schriftlich zog Ben Gurion nie einen solchen Vergleich. Im Juli 1952 schrieb er: «Mein lieber Goldmann: Es gibt keine Zweifel, dass Dein Anteil an diesem wichtigen Projekt gross ist, aber mir scheint, an Komplimenten fehlt es Dir nicht.» Das war ein Irrtum – Goldmann brauchte Komplimente, und er brauchte sie auf Englisch. Deshalb unterzeichnete Ben Gurion einen zweiten Brief, der sich liest, als hätte Goldmann selbst ihn entworfen: «Deine Energie und Klugheit, Dein Takt und auch Dein Mut haben bei den Verhandlungen eine entscheidende Rolle gespielt», schrieb Ben Gurion an den «lieben Nahum» und malte die moralische Bedeutung des Abkommens in den leuchtendsten

Farben. Dennoch tat der Ministerpräsident seine Zweifel kund, ob die Deutschen ihren Verpflichtungen vollständig nachkommen würden. Es sei noch zu früh, etwas darüber zu sagen, schrieb er vorsichtig.³² In der Zwischenzeit bestand er darauf, dass der Vertrag eine Klausel enthielt, die besagte, dass nur eine einzige israelische Handelsgesellschaft Waren aus Deutschland erhalten würde, damit nicht «jüdische Schieber» den deutschen Markt überschwemmen. «Ich kenne keine andere Nation mit so vielen skrupellosen Dieben, Betrügern und Schiebern wie diese winzige Nation namens Israel», schrieb der Ministerpräsident.³³

Was die Deutschen betraf, so erwies sich sein Misstrauen als unbegründet. Sie beglichen ihre Schuld bis zur letzten Mark. Von Zeit zu Zeit stimmten sie gewissen Verbesserungen der Konditionen zu und führten zusätzliche Leistungen und Vergünstigungen ein; unter anderem genehmigten sie eine Zwischenfinanzierung, die es den Israelis erlaubte, Waren mit erst zu erwartenden Zahlungen zu verrechnen. Die Umsetzung des Abkommens führte zu täglichen Kontakten zwischen Elieser Shinnar, dem Leiter der israelischen Mission, und deutschen Beamten. Es gab endlose bürokratische, finanzielle und juristische Fragen, die zu klären und zu beachten waren. Shinnar und seine mehrere hundert Mitarbeiter bemühten sich um eine geschäftsmässige Atmosphäre. Sie traten so selbstbewusst auf wie Männer, die eine dreiviertel Milliarde Dollar auszugeben haben und eine entsprechende Wertschätzung erwarten. Alles in allem hatten sie keinen Grund zur Klage; in der Regel wurden sie wie bevorzugte Kunden behandelt. Die Bank von Israel berichtete später, die israelische Mission habe mit professioneller Effizienz gearbeitet und gute Waren zu konkurrenzfähigen Preisen erworben.³⁴

Das Wiedergutmachungsabkommen bestand auch den politischen Test, als die israelische Armee im Oktober 1956 auf die Sinai-Halbinsel vorrückte. Shinnar hielt sich damals gerade zu Besprechungen in Israel auf. Die Vereinten Nationen erwogen ökonomische Sanktionen gegen den jüdischen Staat. Spät nachts flog Shinnar in einem unbeleuchteten Flugzeug mit militärischer Eskorte nach Bonn zurück. Bei sich hatte er einen Brief von Ben Gurion an Adenauer, in dem die Gründe für den

Krieg dargelegt wurden. «Wieder geschah», schrieb Shinnar später, «was mich in vielen Gesprächen mit Adenauer so beeindruckte: Nachdem er den Brief gelesen und einige Fragen, die sich auf den Stand der Sinai-Aktion bezogen, gestellt hatte, entschied er in einer ebenso klaren wie vollständigen Antwort, ohne Wenn und Aber: Ich könne Ben Gurion bestellen, die Bundesregierung werde das Abkommen durch Lieferung der zum friedlichen Aufbau Israels bestimmten und vereinbarten Güter genauso weiter erfüllen wie bisher; in die im Gang befindliche Auseinandersetzung könne und werde er nicht eingreifen.»³⁵

Die israelische Mission schlug ihr Hauptquartier in Köln auf. Sie erhielt das Geld in jährlichen Raten von der deutschen Regierung; damit kaufte sie ein und verschiffte die Waren nach Israel. Die Delegation erhielt ihre Anweisungen von einer Gesellschaft, die speziell zu diesem Zweck in Tel Aviv etabliert worden war; sie entschied, was und für wen in Deutschland eingekauft wurde. An der Spitze dieser Gesellschaft stand Hillel Dan, ein alter Mapai-Routinier, der auch in der Verwaltung grosser Histadrut-Organisationen wie der Baugesellschaft Solei Boneh eine wichtige Rolle spielte. Etwa 30 Prozent des deutschen Geldes wurden für Rohöl verwendet. Von dem überwiegenden Teil der Restsumme wurden Investitionsgüter für Firmen gekauft, die der Regierung, der Jewish Agency und der Histadrut gehörten.* Ungefähr 17 Prozent der

* Ungefähr 8 Prozent der Reparationsgelder – insgesamt 66 Millionen Dollar – flossen in den Kauf von Geräten für über 1'300 Industrieanlagen in den Bereichen Optik, Gummiverarbeitung, Textilien, medizinische Geräte und Verpackung. Von Druckpressen bis zu Maschinen für die Wurstherstellung wurde praktisch alles geliefert. Zwei Drittel dieser Summe wurden für nur 36 Fabriken verwendet, die vorwiegend der Histadrut gehörten. Hillel Dan stellte in seinen Memoiren fest, es habe «vollste Übereinstimmung zwischen den Interessen von Solei Boneh und denen des Staates» bestanden.³⁶ Nur 22 Millionen Dollar blieben für die Einrichtung der mehreren hundert anderen Fabriken, die zumeist in privater Hand waren.³⁷ Israel bezahlte für circa 68 Prozent aller Importe mit ausländischem Kapital; das war weltweit praktisch einzigartig.³⁸ Das meiste Geld stammte aus Spenden, die der United Jewish Appeal beschafft hatte, aus Krediten ausländischer Banken und aus US-amerikanischer Finanzhilfe. Das Entschädigungsabkommen und die Zahlungen an individuelle Nazi-

Gesamtsumme – über 500 Millionen DM – flossen in den Kauf von fast 50 Schiffen – vorwiegend Frachter sowie zwei Fahrgastschiffe. Ende 1961 stellten diese «Reparationschiffe» zwei Drittel der israelischen Handelsflotte dar. Der Hafen von Haifa kaufte unter anderem ein Schwimmdock, das auf den Namen Bar Kochba getauft wurde. Während der ersten zehn Jahre der Vereinbarung, von 1953 bis 1963, finanzierten die Reparationen etwa ein Drittel aller Investitionen in Israels Energie-Erzeugungsanlagen, die ihre Kapazität verdreifachen konnten. Daneben wurde der Schienenverkehr fast zur Hälfte durch die deutschen Zahlungen unterhalten; Israel erwarb neue Dieselmotoren, Waggons, Schienen und Signalanlagen. Die Ausrüstung zum Ausbau der Wasserleitungen wurde in Deutschland gekauft; die Mineralölwirtschaft profitierte ebenso wie das Kupferbergwerk in Timna. Gefördert wurden auch Hochleistungsmaschinen für die Landwirtschaft und den Bausektor – Traktoren, Mähdrescher und Tieflader. Während der zwölf Jahre, in denen die Vereinbarung in Kraft war, verdreifachte sich Israels Bruttosozialprodukt; die Bank von Israel schätzte, dass 15 Prozent ihres Wachstums und 45'000 Arbeitsplätze den Investitionen zuzuschreiben waren, also mit Reparationsleistungen getätigt worden waren. Doch bei ihrer Beurteilung der gesamten ökonomischen Entwicklung des Landes kam die Bank zu dem Schluss, dass Israel auch ohne diese Leistungen die nötigen Geldmittel aufgebracht hätte – durch Anleihen und vermutlich auch durch Zuschüsse aus anderen Quellen. Die Reparationen haben Israel also nicht vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch gerettet, doch beschleunigten sie eine Entwicklung, die bereits in Gang war, und sie waren unbestreitbar von grosser psychologischer und politischer Bedeutung.³⁹

Es waren schwierige Zeiten – keine zehn Jahre waren seit dem Holocaust vergangen, keine fünf Jahre seit dem Unabhängigkeitskrieg. Das Land wurde von Hunderttausenden von Neueinwanderern überschwemmt, denen es oft noch an Wohnraum mangelte. Mit Hilfe eines Sparprogramms wurden Nahrungsmittel und andere Konsumgüter ratio-

Opfer betragen circa 23 Prozent des importierten Kapitals; im Jahre 1961 waren es dann 40 Prozent.

niert; rasch entstand ein schwarzer Markt. Arbeitslosigkeit führte zu Auswanderung. Die ständigen Spannungen entlang der Grenzen trugen zu der bedrückenden Atmosphäre im Land bei. Dass Israel als Staat Bestand haben würde, stellte niemand ernsthaft in Frage; umstritten war, ob oder vielmehr wann das Land seinen Bürgern ein besseres Leben bieten konnte. Die Reparationen halfen natürlich, und deshalb begünstigten sie die Mapai. Die neuen Geräte in Industrie und Landwirtschaft erleichterten Arbeitern und Bauern ihre Tätigkeiten. Bald stellten Schaufenster lang entbehrte Waren aus: Obst, Gemüse und diverse Nahrungsmittel. Es gab wieder Äpfel, und die Israelis konnten sich ihr Brot mit Butter bestreichen statt mit Margarine. Man hatte endlich eine gute Auswahl bei Kleidung, Schuhen, Möbeln, Schreibwaren und Elektrogeräten. Das Warenspektrum reichte nicht an das heran, was in Industrieländern erhältlich war, aber es genügte, um den Eindruck zu vermitteln, dass das Land allmählich die Zeit der Entbehrung hinter sich liess. In jeder Stadt wurde gebaut, überall standen moderne Kräne und Zementmischer. Plötzlich war etwas in Bewegung geraten. Neue Kraftwerke wurden errichtet, so dass es zu weniger Stromausfällen kam. Man konnte einen privaten Telefonanschluss beantragen und in Zügen reisen, die fast europäischen Komfort boten. Nichts davon war lebenswichtig, doch es bewirkte, dass sich die Menschen in ihrem Land wohler fühlten.

Zehntausende – später Hunderttausende – erhielten individuelle Wiedergutmachungszahlungen. Die ersten Anträge wurden von Jecken gestellt; sie konnten sich auf Entschädigungsgesetze berufen, die die Alliierten dem besetzten Deutschland auferlegt hatten, bevor noch der Vertrag mit Israel in Kraft getreten war. In der Regel ging es dabei um die Rückgabe von Eigentum, das unter der Gesetzgebung der Nationalsozialisten enteignet oder unter grossen Verlusten verkauft worden war, d.h. um Fabriken, Geschäfte, Warenhäuser, Grundstücke, Häuser, Wohnungen, Möbel. Die Anträge mussten auf Deutsch gestellt werden, alle Begleitdokumente mussten übersetzt und die Übersetzung von einer Person beglaubigt werden, die durch das Beglaubigungsgesetz dazu bevollmächtigt war.

Die komplizierte Prozedur erforderte Vertrautheit mit einem ganzen Bündel häufig revidierter Anordnungen und Regeln, die nicht unbedingt in jeder Besatzungszone gleich waren. Diese Anträge beschäftigten zahlreiche Rechtsanwälte; unter ihnen befanden sich Israelis deutscher Abstammung, deren Beruf ihnen vorher keine Existenz ermöglicht hatte. Einer der bekanntesten war Hans Grünbaum, der bis dahin als Gärtner gearbeitet hatte. Die meisten Juristen kassierten als Honorar einen bestimmten Prozentsatz des Geldes, das sie den Deutschen hatten entlocken können. Um den Betroffenen unnötige Ausgaben zu ersparen, wurde eine gemeinnützige internationale Organisation von Rechtsanwälten gegründet, die «United Restoration Organization» (URO), die als Honorar nicht mehr als 12 Prozent der erhaltenen Entschädigung verlangte. Eine Zeitlang beschäftigte sie über zehntausend Juristen in Israel, Deutschland, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern. 1967 verfolgte die Rechtshilfeorganisation mehr als 125'000 Entschädigungsforderungen.⁴⁰

Die deutschen Behörden verlangten beweiskräftige Dokumente und prüften sie sorgfältig. Rechtsansprüche, Mietverträge, Verkaufsurkunden, Quittungen und Bankauszüge, alles musste eingereicht werden, daneben aber auch beeidete Zeugenaussagen von Verwandten und Geschäftspartnern, Lieferanten, Kunden, Nachbarn. Das klang häufig wie folgt: «Die Familie lebte auf unserer Etage, auf der anderen Seite des Treppenhauses. Es waren sehr ruhige Leute, und ich erinnere mich, dass sie ein Biedermeier-Schränkchen im Wohnzimmer stehen hatten.»⁴¹ Mit den Jahren schickten die Jecken Tausende von Bestandslisten nach Deutschland, in denen sie, bis zur gestickten Blume auf dem Geschirrtuch, jedes Detail aufführten. Die Gesamtheit dieser Listen kündete bedrückt von einer Lebensweise, die es nicht mehr gab, von Trauer und von Sehnsucht.

«Wir besaßen zu jener Zeit massives modernes Mobiliar, das wir von der Firma Braun in Nürnberg eigens hatten anfertigen lassen», schrieb ein Ingenieur aus Ramat Gan, der früher als Geschäftsmann in Bamberg gelebt hatte. «Das Arbeitszimmer war in poliertem Nussbaum gehalten: ein grosser Schreibtisch im Direktorenformat, ein grosser Bücherschrank, ein Ledersessel und vier Stühle (gepolstert), ein grosser

Tisch (ausziehbar), eine Eckbank (Massanfertigung, mit handgeschnittener, geschwungener Rückenlehne), ausserdem grüne Vorhänge (Samt) und ein Kronleuchter (Kristall) – für insgesamt 2'500 Mark. Im Schlafzimmer (helle Birke) standen zwei Betten (ein extrabreites Modell, Spezialauftrag), Nachttische (mit Lampen), ein grosser Kleiderschrank (drei Türen, mit Spiegel), eine Frisierkommode mit zwei Stühlen – für insgesamt 1800 Mark.»

Dann gab es da eine Fabrik, die Isoliermaterial produzierte, und es musste unbedingt festgestellt werden, wem sie gehörte – dem Antragsteller aus Ramat Gan oder seinem Onkel Emil. Die Jahre vergingen, und die Deutschen hatten es nicht eilig. 1957, 1960, 1961. Immer neue Formulare, Briefe und Rückfragen füllten die Akte. Aussagen von Verwandten und Bekannten trafen ein aus West-Berlin und aus Amersfoort in den Niederlanden, aus Cilote in Chile, aus Huntingdon Park in Kalifornien und aus Hadera in Israel. Sie alle verschwanden in der Akte, bis die Deutschen 1964 schliesslich anfragten, ob die Familie nicht vielleicht doch Onkel Emil ausfindig machen könne. Am besten solle er vor einem Notar aussagen, um ein für allemal klarzustellen, wem die Firma gehörte. Doch nein, leider war Onkel Emil in Theresienstadt umgekommen, wie bereits 1951, als der Ingenieur den Antrag gestellt hatte, mitgeteilt worden war. Alles, was er hinterlassen hatte, war eine Postkarte, die er seinem Neffen Horst am 23. August 1942 mit Grüssen zum jüdischen Neujahr geschickt hatte. Und Horst, der Antragsteller aus Ramat Gan, der sich jetzt Ilan nannte, hatte Anfang 1951, wie schon erwähnt, eine Kopie der Postkarte seinem Antrag beigefügt, und nun sandte er höflich eine zweite Kopie. Irgendwann im Jahre 1967 tauchte eine Zahlungsanweisung über 20'627 Mark in der Akte auf. Ende des Jahres wurde festgestellt, dass doch etwas mehr Geld fällig war, und schliesslich wurde eine zweite Zahlung von 2'422 Mark angewiesen.

Dann gab es da noch eine Lebensversicherung. Onkel Emil, möge er in Frieden ruhen, hatte kurz nach seiner Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg eine Versicherung abgeschlossen, und sie war nicht ausbezahlt worden. Die Versicherungsgesellschaft (bzw. ihre Wiener Filiale) gab es noch, und sie besass wunderbarerweise auch noch Onkel Emils Akte.

Anfang 1963 schrieb die Gesellschaft (bzw. deren Frankfurter Filiale), sie habe Berechnungen angestellt und freue sich, ihrem geschätzten alten Kunden mitteilen zu können, dass der Wert der Police, der sich 1919 auf 15'000 Mark belaufen hatte, seine Erben nun zu 714 Mark und 23 Pfennigen berechtige.

Nach einigen Jahren wurde es möglich, Entschädigungen auch für den Abbruch eines Studiums oder den Verlust einer beruflichen Karriere zu beantragen. Jeder, der beispielsweise während seines Jurastudiums gezwungen worden war, Deutschland zu verlassen, konnte behaupten, er hätte unter anderen Bedingungen als deutscher Rechtsanwalt oder Beamter gearbeitet und damit mehr verdient als in einer vergleichbaren Stellung in Israel. Wenn er sein Studium mit Auszeichnung bestanden hatte (und entsprechende Noten vorlegen konnte), konnte er argumentieren, man hätte ihn an einer Karriere als Richter an einem deutschen Amtsgericht gehindert und vielleicht, wer weiss, wäre er Richter an einem Oberlandesgericht geworden. Die Deutschen berücksichtigten auch solche Anträge und leiteten entsprechende Zahlungen ein. Die Angelegenheit entbehrte nicht einer gewissen Ironie. In den deutschen Wiedergutmachungsleistungen sollte angeblich der Sieg des Zionismus und die Rache an die Nazis zum Ausdruck kommen, doch viele der Antragsteller führten das Argument an, sie hätten Deutschland nicht verlassen, hätte man ihnen zu bleiben erlaubt. Deshalb solle man sie als politische Flüchtlinge betrachten, deren Leben in Israel nicht ganz den Standard erreichte, den sie in Deutschland hätten erreichen können.

Ein Antragsteller machte sich immerhin Gedanken über Israels Reputation. Dr. V. Falk, ein Kinderarzt aus Haifa, schrieb an den Staatssekretär im Aussenministerium und bat um Rat: Die Deutschen hatten ihm weniger bewilligt, als er beantragt hatte. Nun könnte er Widerspruch einlegen. Dazu müsste er allerdings beweisen, dass er vom Gehalt eines Stationsarztes an einem israelischen Krankenhaus nicht existieren konnte. «Ich bezweifle nicht, dass es möglich ist, dies zu beweisen, aber ich habe meine Zweifel, ob es wünschenswert ist, sich auf eine solche Diskussion vor einem deutschen Gericht einzulassen.» Das Aussenmi-

nisterium, in solchen Angelegenheiten weniger heikel, antwortete dem rechtschaffenen Bürger, dass es gegen seinen Widerspruch nichts einzuwenden habe.⁴²

Viele Antragsteller verlangten sogar, dass Deutschland für die Unkosten aufkam, die ihnen beim Umzug ins Land ihrer Väter entstanden waren.

«Wir mussten das massive Mobiliar zu unfairen Preisen verkaufen, weil wir es nicht mitnehmen konnten, denn es passte nicht in die Wohnung in Palästina (ein durchschnittlicher Raum ist zwischen 5 und 8 m* gross). Aus diesem Grunde nahmen wir nur das Klavier und einige kleinere Möbelstücke mit, die Wiege, drei Teppiche (ein grosser), Haushaltsgeräte, Kleidung, Bettwäsche und mehrere hundert Bücher, alles in allem 15 Kisten, die von der Firma Philip Guttman aus Lichtenfels/Oberfranken gepackt wurden, welche nicht mehr existiert, aber die Rechnung wurde aufgehoben, und die Gesamtsumme (Verpackung, Versicherung und Transport) beträgt 498 Mark. Wir fuhren über München mit dem Zug nach Triest, zweiter Klasse, und schifften uns auf der **Martha Washington** nach Haifa ein, Touristenklasse, und wir haben die Fahrkarten aufgehoben, die 200 Mark kosteten. Das Baby fuhr umsonst. Meine gesamte Forderung beträgt 4'200 Mark.»

Das waren Reichsmark, also etwa 488 Mark in bundesrepublikanischer Währung. Die Deutschen zahlten. Viele Israelis deutscher Abstammung erhielten ab Mitte der fünfziger Jahre auf diese Weise sowohl eine pauschale Entschädigung als auch monatliche Renten. Die Entschädigungen waren von Anfang an ungleich verteilt: Israelis aus Deutschland durften mehr verlangen als Verfolgte aus anderen Ländern. Die Bank von Israel schätzte, dass 10 Prozent all jener, die Entschädigungszahlungen bekamen, zwischen 31 und 43 Prozent der Gesamtsumme erhielten.⁴³ Zu dieser Gruppe – vorwiegend Jecken – gehörten Geschäftsleute, Hoteliers, Ladenbesitzer, Ärzte, leitende Angestellte und andere Personen mit relativ hohem Einkommen. Wenige wurden durch die Entschädigungen reich, aber viele konnten, frei von finanziellen Sorgen, recht gut leben. Es waren häufig ältere Leute. Man traf sie bei den Kammer-

musikkonzerten im Wise Auditorium der Hebräischen Universität. Sie kamen im Volkswagen und erzählten sich in der Pause von ihren Reisen und vom nächsten Urlaub – in Interlaken oder Zell am See. Das Geld aus Deutschland trennte sie noch stärker als zuvor von den übrigen Israelis.

Es überrascht nicht, dass viele Flüchtlinge in ihren Anträgen erklärten, ihre Eltern hätten mit ihnen Deutsch gesprochen und sie auf deutsche Schulen geschickt und sie seien deshalb dem «deutschen Kulturkreis» zuzurechnen. Die Deutschen erkannten dieses Argument an, aber sie verlangten häufig Beweise und schickten die Antragsteller zu Sprachtests. Holocaust-Überlebende aus Osteuropa mussten sich ebenfalls mit der deutschen Bürokratie herumschlagen, wo sie nicht selten auf kleinliche, parteiische, unsensible und feindselige Beamte trafen. Die Deutschen zahlten ihnen für ihre Zeit in Konzentrationslagern fünf Mark pro Tag; der erste Monat wurde nicht gerechnet. Ein Jahr in Auschwitz gewährte einem Überlebenden des Lagers demnach einen Anspruch auf DM 1'800. Um zu beweisen, dass sie wirklich in Auschwitz gewesen waren, mussten die Antragsteller erklären, unter welchen Umständen sie dorthin gekommen waren. Dazu mussten sie ihre Lebensgeschichte auf einem besonderen Formular in deutscher Sprache abfassen und Belege hinzufügen. Die Deutschen verlangten generell zwei beeidete Aussagen von Zeugen, die mit dem Antragsteller im Lager gewesen waren. Dann wollten sie die Nummer des ehemaligen Häftlings wissen. Die Zeugen wurden gefragt, ob sie ebenfalls Anträge gestellt hätten. Wenn das der Fall war, verglichen die Deutschen die Angaben auf den verschiedenen Formularen miteinander. Für manche Lager standen den deutschen Behörden Dokumente zur Verfügung, in denen die Nummern aufgeführt waren, die die Nazis dort den Gefangenen gegeben hatten. Für andere Lager konsultierten sie Namenslisten. «Sie können zum angegebenen Datum nicht in Buchenwald gewesen sein, weil Ihr Name in der Liste der Häftlinge von Gross-Rosen erscheint, und in Gross-Rosen war die betreffende Nummer schon vergeben», teilten sie einem Antragsteller mit. Sie verglichen die Daten in verschiedenen Dokumenten und entdeckten Widersprüche. «Wir haben zur Kenntnis genommen, dass Sie bei Ihrer Ankunft im Lager gesagt haben, Sie

seien älter, als sie es waren, um der Vernichtung der Kinder zu entgehen, aber Ihr Lebenslauf zeigt, dass sie eigentlich 18 Monate älter waren, und deshalb ist uns nicht klar, warum Sie ein falsches Datum angaben, als sie im Lager registriert wurden.» Oder in einem anderen Fall:

«Bei der Berechnung Ihrer Zeit als Häftling, die Sie zu einer Entschädigung berechtigt, können wir Ihre Haft in Ungarn nicht berücksichtigen. Selbst wenn wir Ihre Aussage akzeptieren, dass Sie als Folge des Einmarsches in die Slowakei nach Budapest geflohen sind, liegen dafür keine anderen Beweise vor als Ihre eigenen Angaben. Sie sollten bedenken, dass Ungarn zu jener Zeit ein unabhängiges und kein besetztes Land war und dass die deutsche Regierung für die Gesetze jenes Landes keine Verantwortung trägt. Es sollte auch betont werden, dass es, abgesehen von Ihrer eigenen Erklärung, keinen Hinweis darauf gibt, dass die Ungarn Sie verhaftet haben, weil sie Jude waren.»

Und Ähnliches mehr.

Die Deutschen zahlten auch Entschädigungen dafür, dass sie Juden in den Ghettos gezwungen hatten, einen in der Regel gelben Stoffstern auf der Kleidung zu tragen. Anträge auf Grund von «Beleidigung der jüdischen Ehre», wie es in den Dokumenten hiess, offenbarten gelegentlich Widersprüche und Ungenauigkeiten. «Wenn Sie gezwungen waren, den Judenstern an dem erwähnten Datum zu tragen, dann ist es nicht möglich, dass Sie sich am erwähnten Datum in einem Lager befanden, da nach unseren Informationen der Judenstern in dem Ghetto, in dem Sie angeblich lebten, erst nach dem Datum, an dem Sie angeblich im Lager angekommen waren, zur Pflicht wurde.» Manche Überlebende hatten Anspruch auf Entschädigungen, weil ihre Gesundheit gelitten hatte – sofern dies von den Nazis verursacht worden war. Der Beweis dafür war nicht immer leicht zu erbringen. Auf jeden Fall mussten sich die Opfer von bestimmten israelischen Vertrauensärzten untersuchen lassen, die die Deutschen anerkannten. Ihre Untersuchungsergebnisse wurden an einen deutschen Arzt weitergeleitet, der eine zweite Meinung abgab. «Wir haben von Ihrer Darstellung Kenntnis genommen, nach der Ihre Rückgratverletzung in Buchenwald verursacht wurde, als ein SS-

Offizier, dessen Namen Sie nicht nennen, weil Sie sich angeblich nicht daran erinnern, Sie mit dem Stiefel umgestossen hat und angeblich auf Sie getreten ist. Doch Ihrem Lebenslauf entnehmen wir, dass Sie 1951 Soldat bei den israelischen Streitkräften wurden. Deshalb fordern wir Sie auf, uns eine Kopie Ihrer medizinischen Unterlagen bei der Armee – übersetzt, unterschrieben und beglaubigt durch einen Notar – vorzulegen, damit wir Ihre Forderung überprüfen können, denn wenn Sie zum Militärdienst tauglich waren, war die Rückgratverletzung möglicherweise nicht so schwer oder könnte durch den Militärdienst entstanden sein.»

Mit der Zeit konnte man auch Geld für Kuren an den heissen Quellen von Tiberias und an ähnlichen Orten beantragen oder höhere Zahlungen verlangen, wenn sich der Gesundheitszustand verschlechterte. Später anerkannten die Deutschen auch psychologische Traumata. Statt Röntgenaufnahmen und Urinwerten mussten nun intime Dokumente über Beklemmungen, Angstzustände, Schlafstörungen und sexuelle Schwierigkeiten nach Deutschland geschickt werden. So mussten die Antragsteller die Schrecken des Holocaust noch einmal in der ärztlichen Untersuchung nacherleben. Nicht selten war die Einschaltung eines Rechtsanwalts notwendig, der die Behörden in Deutschland davon überzeugte, dass «das alles stimmte», und der mit ihnen um den Grad der Funktionsstörung feilschte.

War ein Rentenanspruch einmal anerkannt, musste die Höhe der Zahlung bestimmt werden. Die Deutschen verlangten von der israelischen Steuerbehörde Auskünfte über das Einkommen des Antragstellers und dessen Ehegatten, und zwar rückwirkend bis zum Tag der Antragstellung, der manchmal zehn bis fünfzehn Jahre zurücklag. Es war nicht leicht, solche Unterlagen zu beschaffen. Das israelische Finanzministerium hatte ein Interesse daran, den Antragstellern den Weg zu ebnen, und stellte eine Zeitlang die benötigten Informationen auf einem gesonderten Formular in deutscher Sprache bereit. Doch nicht überall wurde Hilfsbereitschaft grossgeschrieben – auch israelische Beamte scheuchten die Betroffenen von einem Büro ins andere, manchmal monate- oder

jahrelang. Die Deutschen stocherten in den israelischen Unterlagen und suchten nach den kleinsten Diskrepanzen. «In der Aufschlüsselung Ihres Einkommens für den Zeitraum vom 1. April 1954 bis zum 31. März 1971 fehlen Angaben für die Zeit vom 1. April 1957 bis zum 31. März 1958. Bitte teilen Sie uns mit, ob Sie in diesem Zeitraum Ihren Lebensunterhalt durch Ihr Kurzwarengeschäft bestritten haben, und wie hoch Ihr Einkommen in dieser Zeit war. Wir können Ihren Antrag nicht bearbeiten, bevor dies geschehen ist.» Und in einem anderem Fall: «Ihr Sohn Joram studiert derzeit Chemie an der University of California, Berkeley. Bitte liefern Sie uns eine Erklärung – mit Unterlagen, die ins Deutsche übersetzt und von einem Notar beglaubigt sind –, wie sein Aufenthalt in den Vereinigten Staaten finanziert wird (einschliesslich Stipendien, Zuschüsse etc.)» Das deutsche Recht liess es zu, dass Antragsteller Widerspruch einlegten. Wenn ihr Widerspruch abgelehnt wurde, konnten sie prozessieren. Oft wurde die Höhe der Pauschalsummen und der monatlichen Renten erst festgelegt, nachdem ausgiebig gehandelt und Kompromisse gefunden worden waren. Dann wurde der Unterschied zwischen dem, was die Deutschen ursprünglich als Forderung anerkannt hatten, und dem, was als Endsumme verlangt worden war, doch noch gezahlt: manchmal 25'000 Mark, manchmal 40'000 und manchmal sogar 80'000 oder 100'000 Mark – alles auf einmal.

Die Deutschen gingen davon aus, dass diejenigen, die Entschädigungen forderten, versuchen würden, sie zu beschwindeln. Das war eine vernünftige Annahme – die Antragsteller hatten auch allen Grund dazu. Von Zeit zu Zeit wurden in Deutschland, in Israel und in vielen anderen Ländern Personen entlarvt, die davon lebten, falsche Zeugenaussagen zu Protokoll zu geben und Dokumente zu fälschen. Das Büro eines Tel Aviver Rechtsanwalts wurde als «Antragsfabrik» bezeichnet.⁴⁴ Ein Knesset-Abgeordneter charakterisierte den typischen «Wiedergutmachungsanwalt» folgendermassen: «Er pendelt ständig zwischen Deutschland und Israel hin und her, so dass man bald nicht mehr weiss, ob er ein deutscher Rechtsanwalt mit einem Büro in Israel ist oder ein israelischer Rechtsanwalt mit einem Büro in Deutschland.»⁴⁵

Es gibt Schätzungen, nach denen mehr als 250'000 Israelis Entschä-

digungsleistungen aus Deutschland erhielten. Die Pauschalsummen an Überlebende kamen in etwa einem Jahreseinkommen gleich.* Viele benutzten das Geld, um in bessere Wohnungen umzuziehen. Die monatlichen Renten aus Deutschland hoben das Einkommen eines durchschnittlichen Empfängers um etwa 30 Prozent über das eines Israelis, der keine deutschen Gelder bekam.⁴⁷ Nicht zuletzt dadurch vertiefte sich der Graben zwischen Aschkenasim und orientalischen Juden noch mehr.

Von denjenigen, die individuelle Entschädigungen erhielten, lebten einige tausend in Kibbuzim. Mitglieder, die ihr Recht einfordern wollten, mussten dem Kibbuz die Vollmacht erteilen, ihre Forderungen mit juristischer Hilfe einzutreiben. Die Kibbuzim kooperierten miteinander und forderten die Zahlungen gemeinsam an. Wenn ein Kibbuznik Gelder erhielt, geriet er dadurch oft in ein fast unlösbares Dilemma. Manche, die im Kibbuz lebten, taten dies aus Gewohnheit oder weil sie keine andere Wahl hatten, und sie waren mehr oder weniger glücklich, weil sie sich im Alltag selten über ihre Motive Rechenschaft ablegen mussten. Jetzt, mit ihren neuen Geldmitteln, mussten sie Farbe bekennen und sich fragen, ob sie freiwillig im Kibbuz blieben. Und wenn sie blieben, mussten sie ihr Geld dem Kibbuz überweisen. Das bedeutete häufig, dass sie nicht nur das aufgeben mussten, was ihnen persönlich gehörte, sondern auch alles, was sie ihren Kindern und Verwandten ausserhalb des Kibbuz hätten geben können. Viele fanden es schwierig, eine Wahl zu treffen, und gerieten unter enormen Druck.

Im September 1956 entschied die Vollversammlung von Hakibbuz Hameuchad, die im Kibbuz Kabri tagte, dass ein Mitglied, das Entschädigungsleistungen erhielt und dies vor den «Institutionen seiner Siedlung» verbarg, seine Mitgliedschaft im Kibbuz verwirkt habe. Dieser Beschluss bedeutete, dass kein Unterschied gemacht wurde zwischen den Zahlungen aus Deutschland und Geld oder Eigentum, das ein Mit-

* Gemäss dem Abkommen mit Deutschland sollten einige Überlebende ihre Renten direkt von der israelischen Regierung erhalten. Doch die Regierung bezahlte nur die Hälfte dessen, was die Deutschen zahlten, wenn auch die Beträge hin und wieder erhöht wurden.⁴⁶

glied aus anderen Quellen erhielt. Alles gehörte dem Kibbuz. Die Versammlung beschloss jedoch, die Mittel der Wiedergutmachung sollten nicht für gewöhnliche Ausgaben verwendet werden, sondern einem «öffentlichen Zweck» dienen, über den die Mitglieder jedes einzelnen Kibbuz bestimmen könnten. Offenbar glaubte man, es werde den Mitgliedern leichter fallen, ihr Geld abzugeben, wenn sie sähen, dass es der Allgemeinheit diene. Viele Kibbuzim bauten nun Swimmingpools, Sportanlagen, neue Speisesäle und Aufenthaltsräume für ihre Mitglieder. Ein Jahr später jedoch entschied Hakibbuz, es sei ab sofort erlaubt, mittels der Entschädigungsgelder den Lebensstandard der Kibbuzniks zu heben. Demnach durften die Kibbuzim ihren Mitgliedern neue Möbel kaufen. Die Bedingung war nur, dass alle davon profitierten, nicht nur jene, die die Zahlungen erhielten.

In vielen Kibbuzim löste das deutsche Geld Neid und Argwohn aus. Darüber hinaus führte es zu Spannungen zwischen den Jecken und den Holocaust-Überlebenden aus Osteuropa. Die meisten Kibbuz-Jecken lebten schon lange und aus Überzeugung in ihren Siedlungen. Wie in den Städten erhielten sie mehr Geld als Holocaust-Überlebende. Sie gaben es ohne Zögern an den Kibbuz weiter. Viele Überlebende dagegen hatten sich nur widerwillig in den Kibbuzim niedergelassen. Obwohl sie mehr gelitten hatten als die Jecken, bekamen sie weniger. Es fiel ihnen schwer, das Geld dem Kibbuz auszuhändigen. Sie beanspruchten in der Regel nicht viel für sich selbst, aber selbst das wenige gewährten ihnen der Kibbuz oft nicht. Giwat Brenner beispielsweise lehnte die Bitte eines Mitglieds ab, ihm die Hebrew Encyclopedia zu kaufen. Mehrere Kibbuzim kamen den Bitten ihrer Mitglieder, die ein Hobby ausüben, studieren oder ins Ausland reisen wollten, nicht nach. Als sich die Kibbuzim endlich darauf besannen, dass es klüger wäre, den persönlichen Wünschen ihrer Mitglieder etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken, hatten sie oft schon Mitglied samt Geld verloren. In manchen Kibbuzim brachte die Frage der Entschädigungszahlungen bislang verdeckte soziale Spannungen zum Ausbruch. Der Kibbuz Hachotrim verlor auf Grund solcher Reibereien 50 von seinen 150 Mitgliedern.

Manche Kibbuzim erkannten schneller, dass sie vorsichtig sein mussten: «Wir sollten es vermeiden, ein Kibbuz-Mitglied einer zu harten Prüfung zu unterziehen, wenn es Eigentum von ausserhalb erhält; die Mehrheit billigt das nicht», erklärte eine Kibbuz-Zeitschrift. «Zwingen wir Mitglieder nicht, unsere Regeln zu unterlaufen oder zu umgehen. Wenn wir uns zu starr verhalten, nötigen wir sie, mit gespaltener Seele und doppelter Moral zu leben.»⁴⁸

Die religiösen Kibbuzim fanden sich bereit, die Entschädigungszahlungen als zinstragende Geldeinlagen zu behandeln. Ein Mitglied, das sich zum Verlassen des Kibbuz entschloss, durfte sein Entschädigungsgeld mitnehmen, mit Ausnahme der monatlichen Rente. Die Kibbuzim von Haschomer Hazair diskutierten offenbar nicht lange über dieses Thema, obwohl einige von ihnen durch die Jecken, die in ihnen lebten, grosse Summen erhielten. Alles in allem lernten die Kibbuzim, ihre ideologischen und moralischen Forderungen dem willkommenen Wandel ihrer finanziellen Lage anzupassen – wie die meisten anderen Israelis auch.

Diejenigen, die vorhergesagt hatten, dass das Wiedergutmachungsabkommen Demütigungen für den Staat und seine Bürger mit sich bringen würde, behielten Recht. Israel machte viele Konzessionen – ideologische, politische und finanzielle. Zuerst wich es von seiner erklärten Weigerung ab, mit Deutschland direkte Verhandlungen zu führen. Dann gab es den Anspruch auf, für alle Opfer und Überlebenden des Holocaust zu sprechen. «Die israelische Regierung», sagte Mosche Sharett in der Knesset, «fordert die Reparationen für sich selbst, weil sie den Staat Israel für autorisiert hält, die Rechte jener Millionen Ermordeter zu vertreten. Daher hält sie den Staat für ermächtigt und verpflichtet, jenen Millionen, die wegen ihrer Verbindung zu ihm zur Vernichtung verurteilt wurden, Genugtuung zu verschaffen.»⁴⁹ In Wirklichkeit enthielt das Abkommen keine Anerkennung Israels als Vertretung der Juden, die von den Nazis ermordet worden waren: Das Geld, das Israel erhielt, war explizit für die Kosten der Aufnahme und Eingliederung der Holocaust-Überlebenden bestimmt. Israels Ausgangsposition basierte auf der Annahme, dass die Integration eines einzigen Flüchtlings 3'000 Dollar kos-

tete. Etwa 500'000 waren gekommen, das bedeutete 1,5 Milliarden Dollar. Die Vereinbarung stellte Israel nicht als Heimstatt des jüdischen Volkes, nicht als Verwirklichung des zionistischen Traums dar, sondern als einen Staat, der Einwanderer gegen Geld aufnahm. Die Deutschen rechneten genau nach. Sie prüften die israelischen Zahlen und fanden heraus, dass der Preis übertrieben war, dass es möglich war, einen Flüchtling bzw. Einwanderer für nur 2'500 Dollar aufzunehmen. Zu dieser Zeit entsprach Israel kaum dem Idealbild von sich selbst.

Das meiste Geld ging an Privatleute. Doch nur einer von vier Empfängern lebte in Israel. Sie erhielten nicht als Bürger Israels ihr Geld, sondern weil sie jüdische Opfer der Nationalsozialisten waren. Insgesamt bekamen sie mehr, als das Land an Reparationen erhielt. Man kann hier allenfalls von einer individualistischen Erfolgsstory der Juden in aller Welt sprechen, keinesfalls von einem kollektiven israelischen Ruhmesblatt.

Der einzelne Deutsche zahlte nicht viel. Elieser Shinnar überschlug, dass die Reparationen und Entschädigungen fünfzehn Jahre lang jeden Deutschen circa 40 DM jährlich kosteten.⁵⁰ Das galt für den Stand von 1967. Später errechneten die Deutschen, dass sie bis zum Jahr 2030 insgesamt 120 Milliarden Mark bezahlt haben würden. Dies war die Summe, die sich ergab, wenn ungefähr 60 Millionen Deutsche 75 Jahre lang circa 26 DM pro Jahr entrichteten – etwa 50 Pfennig pro Woche. Ein Grossteil des Geldes war als Entschädigung für enteigneten Besitz vorgesehen, der in der Hand der Deutschen verblieben war. Einige der Zahlungsempfänger hätten ohnehin Anspruch auf Renten als deutsche Staatsangehörige gehabt. Es gibt demnach keinen Grund, warum man die Gesamtsumme der Zahlungen durch die Anzahl der ermordeten Juden teilen sollte, aber selbst eine solche Rechnung ergibt, mathematisch gesehen, kein eindrucksvolles Ergebnis: 120 Milliarden Mark für 6 Millionen Opfer sind 20'000 Mark pro Person. Die Reparationen für den Staat Israel beliefen sich auf nicht mehr als 15 Prozent dieser Summe.⁵¹

Diejenigen, die vorausgesagt hatten, dass das Wiedergutmachungsabkommen zu einer Versöhnung zwischen dem jüdischen und dem

deutschen Volk und zu einer Normalisierung der israelisch-westdeutschen Beziehungen führen würde, behielten ebenfalls Recht. So konnte Eliahu Livneh, der israelische Konsul in München, nicht ewig alle Einladungen des deutschen Bundespräsidenten Theodor Heuss ausschlagen. Nachdem er ihm mehrere Monate lang aus dem Weg gegangen war, fuhr Livneh nach Bonn – wenn auch nicht im schwarzen Anzug, um zu verdeutlichen, dass er nicht in offizieller Funktion erschien. Heuss war begeistert. Er erzählte Livneh von seinen Verbindungen zur zionistischen Bewegung und erinnerte seinen Gast daran, dass er einen jüdischen Verwandten habe. Bevor sie auseinandergingen, tadelte der deutsche Bundespräsident den israelischen Konsul scherzhaft dafür, dass er zu seinem Fundus an jüdischen Witzen nichts beigetragen hatte. Der Konsul beeilte sich, ihn mit einer Geschichte über zwei Chassidim zu beschwichtigen. «Die Begeisterung und das Verstehen, mit denen Heuss auf den Witz reagierte, bildeten den Abschluss einer herzlichen und freundschaftlichen Unterredung», berichtete der Konsul.⁵²

Ben Gurions Deutschlandpolitik löste stürmische Emotionen aus. Doch nur wenige leisteten ihr aufrichtig Widerstand. Mordechai Nurok und Dov Schilansky sowie andere Opponenten links und rechts der politischen Mitte stemmten sich leidenschaftlich gegen den Strom. Sie kämpften für eine verlorene Sache, und ihre Anstrengungen wirkten fast grotesk, aber sie waren mit dem Herzen dabei. Sie meinten das, was sie sagten, und sprachen aus, was sie fühlten. Andere – Zyniker und Heuchler – missbrauchten die Kontroverse zu billiger Rhetorik und gaben ihre Positionen auf, sobald es ihnen politischen Gewinn eintrug. Die Allgemeinen Zionisten beispielsweise zogen im Dezember 1952 in die Regierung ein. Drei der vier Minister hatten nur ein Jahr zuvor gegen Verhandlungen mit Deutschland gestimmt, und einer von ihnen, Israel Rokach, war damals von seinem Gewissen so gequält worden, dass er gedroht hatte, in den Hungerstreik zu treten. Nun verlangten die Minister der Allgemeinen Zionisten mehr Einfluss auf die Handelskontakte mit Deutschland. Mit ganz ähnlichem Elan lobte Jaakov Hasan die grossherzige Weise, mit der die Kibbuzim von Haschomer Hazair ihr

Geld ausgaben; vier Jahre zuvor hatte er die Verhandlungen mit Deutschland als «Ausverkauf unserer Seelen» angeprangert.⁵³ «Selbst die Mitglieder jener Parteien, die sich gegen die Wiedergutmachung aussprachen, haben sich begierig auf die Wiedergutmachungsgüter gestürzt», höhnte Ben Gurion. Er hatte gewonnen. Doch seine Gegner rüsteten sich schon zur nächsten Schlacht: die Schlacht über das Andenken und die Bedeutung des Holocaust. Während einer Knesset-Debatte verlangte Eri Jabotinsky, der Sohn des grossen Revisionistenführers, die Einrichtung eines Sondergerichtshofes, der den Holocaust und insbesondere das Versäumnis der Jewish Agency, mehr Juden zu retten, erforschen sollte. Ein solches Gericht sollte es nie geben, aber bald fand sich die Mapai selbst vor die Schranken eines Jerusalemer Bezirksgerichts gestellt.

Teil V

Politik:

Die Affäre Kastner

Anfang der fünfziger Jahre lebte in Jerusalem ein älterer, gottesfürchtiger Briefmarkensammler ungarischer Abstammung, der am Zionplatz ein Zehn-Zimmer-Hotel führte. Einst hatte er für Österreich-Ungarn einen Posten im niederen diplomatischen Dienst bekleidet. In Wien hatte er versucht, sich als freier Journalist einen Namen zu machen, aber was er schrieb, liess sich nur mühsam verkaufen. Er hielt sich daher mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser und war dann und wann in Betrügereien und in kleine kriminelle Delikte verwickelt.

In die israelische Geschichte ging er als einziger Angeklagter des ersten grossen Holocaust-Prozesses ein, obwohl er letztlich in diesem Drama nur eine Nebenrolle spielte. Als er eines Tages nicht rechtzeitig zur Verhandlung erschien, forderte der Richter den Ordnungsbeamten auf, in den Korridor zu gehen und ihn zu rufen. «Verzeihen Sie», fragte der Beamte, «wie war noch mal sein Name?» Der Richter hüstelte verlegen und warf dem Verteidiger einen fragenden Blick zu. «Grünwald, Euer Ehren», soufflierte dieser. «Malkiel Grünwald.»¹ Das Time-Magazine, das ihn schlicht Malkiel nannte, schrieb, dass die Nazis mehr als fünfzig Angehörige seiner Familie ermordet hatten.²

Das geteilte, durch den Unabhängigkeitskrieg in Mitleidenschaft gezogene Jerusalem war in jenen Tagen eine verschlafene, arme Provinzstadt, ein Magnet für Zehntausende arbeitsloser Immigranten, die in Zeltlagern am Stadtrand hausten und auf bessere Zeiten warteten. Doch hinter dem Elend der Stadt und ihrer grauen Steinfassaden brodelte eine Vitalität und Energie, die Philosophen und Politiker inspirierte. Die Hebräische Universität, damals noch im Terra-Sancta-Kollegium unterge-

bracht, die Jewish Agency, das Ministerpräsidentenamt, die grösste Synagoge Israels und die Knesset standen allesamt an einem schattigen Boulevard, der noch den Namen trug, den die Engländer ihm gegeben hatten: King Georg V. Street. Der Ministerpräsident, viele Minister, ja, fast jeder, der etwas darstellte, lebte in Rehavia, einem Wohngebiet, von dem aus man zu Fuss den Zionplatz erreichen konnte. Nicht weit von dort, in einem Gebäude, das ein Jahrhundert früher entstanden war, um Pilger aus Russland aufzunehmen, tagten die Gerichte. Im Norden des Landes befand sich das industrielle und landwirtschaftliche Zentrum, Tel Aviv beherbergte die Zentralkomitees der grossen Parteien, die Histadrut, die Börse und die Militärkommandantur. Doch das intellektuelle und politische Leben spielte sich hauptsächlich in Jerusalem ab. Dort kannten sich alle untereinander – Politiker und Denker, Propheten und Poeten, Reformen und Verrückte. Alle besuchten dieselben Strassencafés, wo sie philosophische Gedankengebäude errichteten und soziale Bewegungen gründeten, auf einem schmalen Grat zwischen Visionen und Fanatismus, zwischen Genie und Wahnsinn. In Jerusalem herrschte das Wort, und seine Macht war immens.

Grünwald, ein zerbrechlich wirkender Mann von zweiundsiebzig Jahren mit schwarzem Käppchen und Spitzbart, war ein ehemalige Ezel-Anhänger; sein Sohn hatte in den Reihen der Ezel im Unabhängigkeitskrieg gekämpft und war auf dem Berg Zion gefallen. Damals hatte Grünwald den Namen seines Hotels von «Austria» zu «Berg Zion» geändert. Grünwald legte seine Gedanken gern schriftlich nieder. Von Zeit zu Zeit verfasste er ein Rundschreiben mit dem Titel Briefe **an Freunde in der Misrachi**; es enthielt zornige Tiraden politischer Natur, die vergessene Konflikte, lang gehegten Groll und alle möglichen verstaubten Skandale aus den alten jüdischen Gemeinden von Wien und Budapest wieder aufrührten. Besonders gern fiel Grünwald über bestimmte Führer der Misrachi und ähnlicher religiös-zionistischer Gruppierungen her, aber auch Politiker anderer Parteien, Knesset-Abgeordnete und Minister schonte er nicht. Mehr als alles andere hasste er die Mapai. Immer wenn er einen Artikel in deutscher Sprache abgefasst und jemanden gefunden

hatte, der ihn ins Hebräische übersetzte, liess er mehrere hundert Exemplare der dreiseitigen Pamphlete drucken. Dann steckte er sie in Umschläge, adressierte diese, klebte Briefmarken darauf und brachte sein Werk zur Post. Verbissen und unermüdlich erledigte er alles ohne fremde Hilfe und auf eigene Kosten; von den Empfängern seiner Briefe verlangte er nichts weiter, als dass sie sie lasen.

Auf seiner Adressenliste standen mehrere Journalisten. Viele warfen sei-ne Pamphlete umgehend wieder in den Papierkorb, wo sie hingehörten. Hin und wieder drohte jemand, ihn wegen übler Nachrede zu verklagen, und dann entschuldigte sich Grünwald öffentlich. Über solche Vorfälle erregte sich gewöhnlich nur die Klientel des Café Vienna, das sich im Erdgeschoss von Grünwalds Hotel befand. Auch Rundschreiben Nr. 51 hätte ohne Weiteres dasselbe Schicksal ereilen können. Es wurde im August 1952 verschickt und führte ein Thema fort, das er schon in einer früheren Ausgabe angeschnitten hatte. Grünwald attackierte einen der Exponenten der ungarisch-jüdischen Gemeinschaft in Israel, den Rechtsanwalt Israel Rudolf (Reszo) Kastner. «Leichengeruch steigt mir in die Nase!» schrieb Grünwald in jenem Pamphlet. «Es wird ein Begräbnis erster Klasse! Dr. Rudolf Kastner muss liquidiert werden!»³

Kastner, der in Israel als Journalist arbeitete, hatte sich in Budapest für die zionistische Bewegung engagiert. Während des Krieges – er war knapp über vierzig – hatte er das jüdische Rettungskomitee in Ungarn geleitet. Er hatte mit Adolf Eichmann und dem SS-Offizier Kurt Becher ein Geschäft ausgehandelt: Zum Preis von 10'000 Lastwagen würden die Deutschen eine Million Juden freilassen. Dieser Handel war durch die Verhaftung von Joel Brand, den Eichmann im Mai 1944 als Unterhändler nach Istanbul geschickt hatte, geplatzt. Kastner hatte in der Zwischenzeit andere Rettungsaktionen erfolgreich abgeschlossen; viele Menschen verdankten ihm ihr Leben.

Als Grünwalds hitziges Pamphlet erschien, war Kastner Pressesprecher des Versorgungsministeriums. Er hoffte, bald in die Knesset einzuziehen, denn die Mapai hatte ihn in der ersten und zweiten Wahl auf ihre Kandidatenliste gesetzt. Sein Name taucht mehrmals in Ben Guri-

ons Tagebuch auf.⁴ Grünwald schrieb: «Drei Jahre habe ich auf den Augenblick gewartet, um diesen Karrieristen... seinem gerechten Lohn zuzuführen.. der von Hitlers Diebstahl und Mord profitiert hat. Auf Grund seiner kriminellen Machenschaften und seiner Kollaboration mit den Nazis... betrachte ich ihn als indirekten Mörder meiner lieben Brüder.» Als spräche er Kastner direkt an, fuhr Grünwald fort: «Für wen und auf wessen Kosten sind Sie 1946 – heimlich, wie ein Dieb in der Nacht – nach Nürnberg gefahren, um beim Prozess gegen die grössten Kriegsverbrecher aller Zeiten als Zeuge der Verteidigung für SS-Obersturmbannführer Kurt Becher auszusagen, diesen Mörder, Dieb und Blutsauger, der unsere Brüder in Ungarn ausgebeutet hat?... Warum haben Sie Becher vor dem Strang gerettet, den er verdient hat?» Grünwald antwortete selbst:

«Er handelte aus Eigennutz, damit Becher dem Internationalen Gerichtshof ihre Geschäfte und gemeinsamen Diebereien nicht verraten würde... Wo ist das Geld ungarischer Juden, von dem Millionen spurlos verschwunden sind?... Er hat nicht weniger als 52 seiner eigenen Verwandten gerettet, und Hunderte anderer Juden, von denen sich die meisten zum Christentum bekehrt hatten, erkaufte sich ihre Rettung von Kastner, indem sie ihm Millionen zahlten! So hat Kastner die Mitglieder der Mapai gerettet... Er hat Leute mit Verbindungen gerettet und dadurch ein Vermögen gemacht. Doch Tausende getreuer Zionisten – Mitglieder von Misrachi und Anhänger der ultrareligiösen Parteien – liess Kastner im Tal der Todesschatten.»⁵

Es war eine konfuse und pathetische Tirade. Bezirksrichter Benjamin Halevy kommentierte später zu Recht, dass es nicht leicht sei, die Anschuldigungen gegen Kastner exakt zu benennen. Er fasste sie schliesslich unter vier Hauptpunkten zusammen:

1) Kollaboration mit den Nazis; 2) «indirekter Mord» oder «Beihilfe zum Mord» an den ungarischen Juden; 3) gemeinsame Sache mit einem Nazi-Kriegsverbrecher bei Diebstahlsdelikten; 4) Rettung des Kriegsverbrechers vor Strafe nach dem Krieg. Kastner wusste, was man ihm vorwarf. Ein ungarischer Misrachi-Funktionär hatte schon beim 22. Zionistischen Kongress in Basel eine Klage gegen ihn eingereicht. Er be-

schuldigte Kastner, eine halbe Million Dollar, die dazu bestimmt gewesen sei, Juden zu retten, zu anderen Zwecken verwendet zu haben. Kastner antwortete mit einer Verleumdungsklage vor dem Ehrengericht des Kongresses und schrieb einen langen Bericht über seine Tätigkeit während des Krieges. Der Fall wurde nie offiziell abgeschlossen. Jahre später erschien ein Mann, der aus Kastners Heimatstadt stammte, mehrmals bei Wahlveranstaltungen der Mapai und unterbrach Kastner mit Zwischenrufen und Anschuldigungen. Kastner versuchte vergeblich, den Mann zu beruhigen. Nachdem die Knesset 1950 das Gesetz zur Bestrafung von Nazis und Nazi-Kollaborateuren verabschiedet hatte, wurde Kastner von der Polizei verhört, doch es wurde keine Anklage erhoben. Kastner leugnete nie, dass er in Ungarn mit den Vertretern Nazideutschlands, unter anderem mit Adolf Eichmann, verhandelt hatte. Doch er versicherte, seine Aktivitäten hätten stets dem Zweck gedient, die ungarischen Juden zu retten, und er habe in der Tat Tausende in Sicherheit gebracht.⁶

Kastner war der bekannteste Israeli, der je der Kollaboration mit den Nationalsozialisten beschuldigt wurde, aber er war nicht der einzige. Nach dem Krieg geschah es immer wieder, dass Überlebende des Holocaust – wenn sie eine Strasse entlanggingen, am Strand lagen, mit dem Bus fuhren oder vor einem Kino anstanden – sich plötzlich einem bekannten Gesicht gegenübersehen, einem jener «jüdischen Verräter, die der Vernichtung ihres Volkes Vorschub geleistet haben», wie es der Knesset-Abgeordnete Mordechai Nurok ausdrückte.⁷ Ein Reporter der Haarez beschrieb eine solche Szene, die sich Anfang 1946 an einer Strassenkreuzung in Tel Aviv ereignete. Eine aufgebrachte Menge umringte einen gutgekleideten jungen Mann, und mehrere Menschen schlugen ihm mit den Rufen «Mörder» und «Gestapo» auf den Kopf. «Der Mann stand mit kalkweissem Gesicht wie versteinert da, dann versuchte er zu entkommen», schrieb der Reporter. Zwei junge Männer erklärten der Menge, der Mann sei Schmuël Wischlitzy aus Ostrowiec/Polen und habe als Ghetto-Polizist mit den Deutschen kollaboriert. Sie verdächtigten ihn, ihre Angehörigen verraten zu haben, denen es anfangs gelungen war, aus dem Ghetto zu entkommen. Blutend flüchtete der

Mann in eine Seitenstrasse. «Immer mehr Menschen blieben an der Strassenecke stehen und diskutierten über den Vorfall», stand in der Zeitung.⁸

Viele Kollaborateure, die auf diese Weise identifiziert wurden, waren im Krieg Kapos gewesen – Häftlinge eines Konzentrationslagers, denen die SS verschiedene Aufsichtsposten in den Lagern und bei den Arbeitskommandos zugewiesen hatte. So mussten sie beispielsweise für Disziplin und Ordnung sorgen. Die Kapos durften Strafen verhängen; viele von ihnen waren für ihre Grausamkeit bekannt. «Jeder von ihnen hat gemordet», sagte Dov Schilansky. «Die Juden, die für die Deutschen gearbeitet haben, und auch jene Juden, die nur das Abzeichen eines stellvertretenden Kapos am Ärmel trugen, haben gemordet – alle bis auf wenige Ausnahmen.»⁹ In den Lagern und auch in den Ghettos wurden Juden verschiedene Polizei- und Verwaltungsfunktionen übertragen. Manche von ihnen waren dem von den Nazis eingesetzten örtlichen «Judenrat» unterstellt.

Nach dem Krieg mischten sich die Kollaborateure unter die Flüchtlinge und bemühten sich, ihre Vergangenheit zu verbergen. Viele jedoch wurden schon in den DP-Lagern enttarnt. Als David Ben Gurion einmal nach dem Krieg ein Lager in Europa besuchte, wurde er Zeuge, wie eine Gruppe von Menschen plötzlich einen Kapo erkannte und verprügelte. Nach Ben Gurion hatten die drei Angreifer «blutunterlaufene Augen und schienen imstande, jemanden umzubringen».¹⁰ Der Vorfall schokkierte ihn. «Ich fürchtete schon, er würde zusammenbrechen», berichtete Ruth Aliav, die den Chef der Jewish Agency begleitete. Es war, erinnerte sie sich, das erste Mal, dass Ben Gurion die peinlichen Aspekte des Holocaust erlebte.¹¹

Wenige Monate später erzählte Mapai-Führer Eliahu Dobkin, ein Mitglied der Jewish-Agency-Exekutive, seinen Kollegen von einer «inneren Unruhe», die er nicht losgeworden sei. Sie betraf etwas, das er nicht geglaubt hätte, hätte er es nicht mit eigenen Augen gesehen: Es gab Lynchmorde. In München, sagte Dobkin, hatte man ihm berichtet, dass Hunderte von Juden nach der Befreiung von anderen Juden ermordet worden seien. Er sah selbst, wie ein Mann «bis zum Wahnsinn» ver-

prügelt wurde. Die Angreifer bestanden darauf, er sei ein Sadist der übelsten Sorte. Hier kommentierte Dobkin: «Es ist wohl kein Geheimnis, dass der Sohn eines unserer besten Zionisten desselben Verbrechens beschuldigt wurde. Ich empfinde Mitgefühl für seinen alten Vater.» Er meinte Jizchak Grünbaum, der dem Exekutivkomitee der Jewish Agency angehörte und später Innenminister unter Ben Gurion wurde. Sein Sohn war in Auschwitz Kapo gewesen.¹²

Eine Zeitung verlangte, dass Kollaborateure «liquidiert» werden müssten. Aber sie warnte auch, es sei nicht genug, wenn jemand auf der Strasse auf einen Passanten zeige und «Kapo!» rief. Die Schuld des Verdächtigen müsse zweifelsfrei erwiesen sein. Selbst dann sollte er nicht gelyncht werden, sondern von den «dazu ermächtigten Institutionen» bestraft werden.¹³ Doch die britischen Mandatsbehörden interessierten sich nicht für das Problem, und die Jewish Agency war zu jener Zeit mit dringenderen Themen beschäftigt. Dobkin hielt es für wichtiger denn je, den Rat der jüdischen Weisen zu beherzigen: «Urteilt nicht über eure Kameraden, solange ihr nicht an ihrer Stelle steht.» Er erzählte seinen Kollegen von einem gerade entlassenen Häftling, mit dem er sich unterhalten hatte. Dem Mann war in einem Todeslager befohlen worden, Menschen in die Gaskammer zu transportieren. Einmal befand sich seine Mutter in dem Lieferwagen, den er fuhr. «Viele gute Juden verrichteten ähnliche Arbeiten. So entsetzlich ist das nicht», hatte der Mann argumentiert. «Ich würde es mir nicht anmassen, über seinen Fall zu urteilen», sagte Dobkin. «Ich weiss nicht, wer ein Urteil sprechen kann.»¹⁴

Nach der Staatsgründung meldeten Leute Kollaborateure bei der Polizei. Doch die Polizei war machtlos – es gab kein Gesetz, das auf diese Situation passte oder es ihr erlaubte, die Verdächtigen zu verhaften. Als Reaktion darauf brachte das Justizministerium im August 1949 eine Gesetzesvorlage gegen jüdische Kriegsverbrecher ein, drängte jedoch nicht auf sofortige Verabschiedung.¹⁵ Wie die Jewish Agency zog es auch das Ministerium vor, von solch heiklen Dingen die Finger zu lassen und sich zuerst mit anderem zu befassen. Mordechai Nurok brachte die Angelegenheit vor die Knesset.

Justizminister Pinchas Rosen versicherte, sein Ministerium bearbeite die Sache, benötige aber noch mehr Zeit. Ein halbes Jahr verstrich. «Der Staat Israel ist das einzige Land der Welt, in dem es unmöglich ist, Nazi-Mörder und ihre Helfershelfer vor Gericht zu stellen und zu verurteilen», beschwerte sich Nurok. «Hohes Haus», rief er, «würden Göring und Goebbels, mögen ihre schändlichen Namen getilgt werden, heute durch unsere Strassen gehen, würde der Arm des Gesetzes sie nicht erreichen.»¹⁶ Vier Monate später wurde das Gesetz zur Bestrafung von Nazis und Nazi-Kollaborateuren endlich als Entwurf eingebracht. Es dauerte fast fünf Monate, bis die Knesset zustimmte. In der Zwischenzeit war die Knesset ohne Weiteres in der Lage, sich ausgiebig mit abstrakteren Fragen zu beschäftigen; so diskutierte und verabschiedete sie etwa ein Gesetz zur Verhinderung und Bestrafung von Völkermord.

Justizminister Rosen erklärte der Knesset, das Nazi-Gesetz werde wohl kaum zur Exekution vieler Nazis führen; es würde primär gegen jüdische Kollaborateure angewendet werden. * Mitte der fünfziger Jahre wurde gegen etwa dreissig Juden ermittelt, die man der Kollaboration mit den Nazis verdächtigte; es herrschte der Eindruck, dass die Polizei nicht gerade viel Enthusiasmus für die Verfolgung solcher Fälle aufbrachte und nur dann in Aktion trat, wenn Bürger detaillierte Anschuldigungen erhoben und auf rasches Handeln drängten. Nur wenige Untersuchungen führten zu Verhaftungen. Der Staatsanwalt zog es vor, israelische Bürger nicht wegen «Verbrechen gegen das jüdische Volk» anzuklagen, was das Gesetz erlaubt hätte, sondern ihnen stattdessen spezifische Straftaten gegen identifizierbare Einzelne zur Last zu legen. Manchmal warf man ihnen auch «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» vor. Einige der Angeklagten wurden freigesprochen. Die Schuldigen kamen mit mildereren Urteilen davon, wenn sie in die Revision gin-

* Haarez berichtete, dass eines der geplanten «Gesetze gegen jüdische Kriegsverbrecher», wie die Zeitung sie nannte, die Bestrafung all jener nach sich ziehen würde, die die Einwanderung durch «Kollaboration mit dem Feind» sabotiert hatten. Letztlich brachte das Kabinett einen solchen Gesetzentwurf jedoch nicht ein, und die Knesset verlangte auch nicht danach.¹⁷

gen; gewöhnlich waren es zwei bis drei Jahre, hin und wieder auch nur ein paar Monate. Das Nazi-Gesetz liess prinzipiell auch die Todesstrafe zu, doch 1951 wurde das Todesurteil gegen einen israelischen Bürger, der auf Grund dieses Gesetzes verurteilt worden war, vom Obersten Gerichtshof in eine zehnjährige Haftstrafe umgewandelt.¹⁸

Nach der Abschaffung der Todesstrafe im Jahre 1954 blieb sie für jene, die nach dem Nazi-Gesetz verurteilt worden waren, prinzipiell noch bestehen, aber es war nicht klar, ob sie auch verhängt werden musste. Das Gesetz bot beträchtlichen Spielraum für subjektive Einschätzungen durch die Richter. Sie kannten nur einen Weg zur Ermittlung der Wahrheit – ganz wie ihre Kollegen in Westdeutschland, deren Methoden mehr als einmal den Zorn von Zeugen und ausländischen Beobachtern erregten. Wie die Deutschen bestanden auch die israelischen Richter darauf, den Fall in allen noch so geringfügigen Einzelheiten aufzurollen. Else Frank beispielsweise war während der Nazi-Zeit für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Barracken des Frauenlagers von Auschwitz-Birkenau verantwortlich gewesen. Nun ging es um die Frage: Hatte sie die Häftlinge mit einem Stock, einer Peitsche, einem Gürtel oder nur mit den Händen geschlagen? Man stellte fest, dass sie sie mit den Händen geschlagen hatte. Nun musste das Gericht herausfinden, ob sie mit der offenen Hand geschlagen hatte – mit der Handinnenseite oder mit dem knöchigen Teil der Hand? Oder vielleicht mit der geballten Faust? Hatte sie die Häftlinge ins Gesicht geschlagen, auf den Rücken, auf die Schultern oder alles zusammen? Ja, alles zusammen, befand das Gericht. In Bezug auf ein Detail liess man die Anklage fallen, weil die Zweifel der Richter nicht ausgeräumt werden konnten. Die Richter waren zwar davon überzeugt, dass die Angeklagte einen Häftling gezwungen hatte, vor ihr niederzuknien, aber sie konnten sich nicht einigen, ob sie ihn auch geschlagen hatte. Eine Zeugin gab zu Protokoll, sie habe keine Schläge gesehen. Gezwungen, die Realitäten des Lebens in den Lagern zu erforschen, verfielen die Richter ungewollt und vielleicht unvermeidbar bei ihren Urteilen in die Terminologie der Nazis. Ihre Urteilsbegründung im Fall Else Frank unterschied zwischen «unschuldi-

gen Häftlingen» und anderen, die die Lagerregeln verletzten. Es enthielt zweimal die Formulierung, die Häftlinge hätten «der jüdischen Rasse» angehört.¹⁹ Die Prozesse verlangten den Richtern aussergewöhnliche ethische und historische Entscheidungen ab, die ihre Kompetenz häufig weit überschritten. Sie mussten entscheiden, ob ein Mann den Posten eines Kapo ablehnen konnte und in welchem Ausmass auf diesem Posten Grausamkeiten unumgänglich waren. Gewöhnlich bestrafte sie einen Menschen nicht dafür, dass er Kapo gewesen war. Sie gingen nur dann gegen ihn vor, wenn er sich als Kapo nicht anständig verhalten hatte. In diesem Zusammenhang zitierten sie Exodus 5,14: Von den Sklaven Pharaos wurden einige Kinder Israels als Aufseher über die anderen eingesetzt. Nach einem Kommentar des jüdischen Gelehrten Raschi übten die Aufseher nicht genügend Druck auf ihre israelischen Landsleute aus, so dass Ägypter an ihre Stelle gesetzt werden mussten. «Es gab Kapos in unseren Tagen, die ebenfalls... die Zuchtmeister Hitlers nicht fürchteten und die Häftlinge nicht unterdrückten», stellte ein Urteil fest.²⁰

«Für uns, für die Richter Israels, ist es schwer, uns von dem Gefühl zu befreien, dass wir mit der Bestrafung eines solch elenden Wurms die abgrundtiefe Schuld der Nazis verringern, und sei es auch nur um ein Geringes», schrieb Richter Mosche Silberg vom Obersten Gerichtshof.²¹ Das Hauptproblem schien darin zu bestehen, dass sich die Richter ebensowenig wie die meisten Israelis mit dem Holocaust im Allgemeinen und jüdischen Kriegsverbrechern im Besonderen beschäftigen wollten. Im Regelfall erschienen zu den Verhandlungen nur Überlebende des Holocaust, die direkt von dem Fall betroffen waren. Manchmal kam es zu heftigen Ausbrüchen gegen die Angeklagten und ihre Anwälte. Nur einige wenige Prozesse wurden von der Presse beachtet. Ein Prozess mit einem ehemaligen Kapo als Angeklagten war eine schmutzige und peinliche Angelegenheit, und die Zeitungen wollten sich nicht in etwas derartig Unerfreuliches hineinziehen lassen. Als der Fall Grünwald vor Gericht kam, mussten der Rechtsanwalt Schmueel Tamir, und Uri Avneri, der Herausgeber der Wochenzeitschrift Haolam Hazeh, jeden rhetorischen und journalistischen Trick anwenden, um die

Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Verfahren zu lenken. Doch schliesslich wurde dieser Prozess der wichtigste und schmerzlichste, der je in Israel stattfand, ausgenommen vielleicht der Prozess gegen Adolf Eichmann.

Cherut hatte als einzige Zeitung von Grünwalds Rundbrief Notiz genommen und einen kurzen Artikel von Joel Marcus veröffentlicht, der später in die Politikredaktion von Haarez überwechselte. «Seit drei Jahren», schrieb Marcus, «beschuldigen viele ungarische Juden einen Mann, der nachweislich zugunsten eines Naziverbrechers ausgesagt, zwieltichtige Geschäfte gemacht und von Juden für Rettungsaktionen fette Profite eingestrichen hat. Warum entlastet er sich nicht?»²² Marcus' kleiner Seitenhieb hätte ebensogut in Vergessenheit geraten können. Er verlangte nicht nach Konsequenzen. «Die Vorwürfe gegen Dr. Kastner hatten keine Auswirkungen auf Kastners Stellung im Ministerium», schrieb sein Chef, Wirtschaftsminister Dov Josef, in seinen Erinnerungen. «Es blieb ihm selbst überlassen zu entscheiden, ob er gegen Grünwald vorgehen wollte.» Josef teilte Kastner mit, er halte es nicht unbedingt für sinnvoll, Grünwald wegen Verleumdung zu verklagen; vor allem müsse man bedenken, wie solche Verhandlungen in Israel geführt würden. Doch Generalstaatsanwalt Chaim Cohen liess Kastner wissen, die Anschuldigungen seien so schwerwiegend, dass er entweder Schritte unternehmen müsse, um sich zu entlasten, oder aber seinen Rücktritt einreichen müsse.²³ «Reszo wollte keinen Prozess», berichtete Kastners Witwe. «Aber seine Situation war unerträglich. Er befand sich in einem gnadenlosen Dilemma. Man sagte ihm, er müsse einer Verleumdungsklage zustimmen, die die Regierung für ihn einreichen wollte, oder seinen Posten unter Dov Josef aufgeben. Ich sagte zu ihm: ‚Tritt zurück!‘ Aber er antwortete, dass er keine Wahl habe, dass er der Einleitung eines Verfahrens zustimmen müsse.»²⁴ «Kastner sagte mir, dass er das unter keinen Umständen wollte», berichtete Cohen demgegenüber. «Er wollte den ganzen Lebensabschnitt aus seinem Gedächtnis und seinem Bewusstsein verdrängen. Er wollte sich nicht erinnern. Doch Kastners persönliche Motive interessierten mich nicht. Was mich interessierte, war die Sache selbst.»²⁵

Chaim Cohen beschloss seine Karriere in den frühen achtziger Jahren als einer der liberalsten Richter des Obersten Gerichtshofes und als eiserner Verfechter der Menschen- und Bürgerrechte. Doch in den fünfziger Jahren war er Generalstaatsanwalt und stellte sich in den Dienst des Staates – also auch der Militärverwaltung, die den arabischen Bürgern Israels aufgezwungen war. Damals neigte er dazu, die Rede- und Pressefreiheit zu beschränken. «In jenen Jahren war ich überzeugt, dass die Presse die nationale Sicherheit gefährdete», erklärte er später. «Ich war in dieser Hinsicht ein wenig von Ben Gurion beeinflusst. Er hielt die Presse für den Erzfeind der Menschheit. Ich erachtete es als meine Pflicht als Staatsanwalt, die Presse im Zaum zu halten... Damals glaubte ich, zu Recht oder Unrecht, dass sie das Gebäude des Staates durch ihre Sensationshascherei oder, was auch nicht besser war, durch ihre politische Blindheit bedrohte. Ich hielt es für meine Aufgabe, das zu verhindern. Offenbar befand ich mich im Irrtum.»

Cohen, ein Jecke aus Lübeck, war in der jüdischen Tradition sehr bewandert, da er in einer Familie berühmter Rabbiner aufgewachsen war. Er strahlte kalte Intelligenz aus. Er gab sich sarkastisch und herablassend, konnte aber auch äusserst sentimental sein. Als er 1930 nach Jerusalem kam, trug er noch die Schläfenlocken und den Bart des ultraorthodoxen Juden, und er arbeitete für einen der Führer von Agudat Israel. Später löste er sich in einem schmerzhaften, von einer ausgedehnten persönlichen und intellektuellen Krise begleiteten Prozess gänzlich von der Religion. «Ich verzweifelte am Herrn des Universums und lehnte mich gegen ihn auf», erinnerte er sich.

«Es war ein Prozess, der mit dem Holocaust begann. Ich hatte einen Bruder, dem ich sehr, sehr nahestand. Ein Genie. Er starb unter sehr, sehr tragischen und entsetzlichen Umständen. Er war in der französischen Résistance (im Maquis) und weigerte sich, nach Palästina zu kommen, bevor die Nazis besiegt waren. Er wurde verhaftet und nach Auschwitz gebracht. Gefühlsmässig war ich nicht bereit, nicht in der Lage, so etwas zu akzeptieren. Aber es brachte mir die Ungeheuerlichkeit dieser Katastrophe zu Bewusstsein. Und in jenen Tagen kam

es mir vor, als sei jeder Einzelne von diesen Millionen mein Fleisch. Man könnte sagen, dass ich selbst ein Opfer des Holocaust wurde. Etwas in mir wurde getötet. Ich war nicht ‚frei‘ von Religion. Es war keine ‚Befreiung‘. Es war Mord. Ich brauchte viele Jahre, um mich davon zu erholen.»²⁶

Einige Beamte warnten Cohen davor, Grünwald anzuklagen. Zu diesen gehörten Justizminister Pinchas Rosen und Staatsanwalt Erwin Schimron, beide ebenfalls Jecken. Doch Cohen, der Formalist, blieb hartnäckig. «Niemand sollte sagen können, dass ein höherer Regierungsbeamter mit den Nazis kollaboriert hat, ohne dass darauf reagiert wird», gab er später als Grund an. Er habe damals nicht wissen können, so behauptete er, dass ein Prozess die Mapai selbst vor Gericht bringen würde. «Bei all seinem Scharfsinn», schrieb Mosche Sharett in sein Tagebuch, «fehlte ihm jedes Gespür für die öffentliche Meinung.»²⁷

Der Prozess gegen Malkiel Grünwald begann am 1. Januar 1954. Als erster Zeuge der Anklage wurde Rudolf Kastner aufgerufen. Am nächsten Tag liess nichts in den Zeitungen darauf schliessen, dass die Ereignisse im kleinen Gerichtssaal von Bezirksrichter Benjamin Halevy der Aufmerksamkeit wert seien. Vor dem Prozess waren keine vorbereitenden Artikel erschienen, und die ersten Tage wurden kurz abgehandelt. In Haarez beispielsweise fand sich eine kleine einspaltige Meldung am Fuss der letzten Seite, in der stand, dass Kastner seine Zeugenaussage begonnen habe. Gleichzeitig fand ein anderer Verleumdungsprozess statt, in dem die endlose Debatte über den Mord an Chaim Arlosoroff aufgerollt wurde; auch dieser Fall erregte wenig Aufsehen. Die Staatsgründung hatte eine neue Ära in der Geschichte des jüdischen Volkes eingeleitet, und die Zeiten waren schwer. Die Chefredakteure spürten, dass sie ihre Leser nicht mit Sorgen aus der Vergangenheit belasten durften; der Holocaust war damals noch weitgehend ein Tabu. In seiner Aussage schilderte Kastner den Hintergrund der Vernichtung der ungarisch-jüdischen Gemeinden, die früher 800'000 Menschen gezählt hatten. Fast eine halbe Million Menschen, die meisten aus Provinzstädten, wurden von den Deutschen in den zehn Monaten zwischen dem deutschen Einmarsch im März 1944 und ihrer Vertreibung durch die Sowjets

im Januar 1945 ermordet. Über ein Jahr vor der deutschen Invasion trafen sich mehrere zionistische Parteifunktionäre in Budapest und gründeten ein Hilfs- und Rettungskomitee, dem Kastner als geschäftsführender Vizepräsident angehörte. Mit Geld, das ihm durch die Jewish Agency und andere jüdische Organisationen zugeschmuggelt wurde, wie auch mit eigenen Sammlungen half das Rettungskomitee Juden aus Polen und der Slowakei die Grenze nach Ungarn zu überqueren. Dort kam das Komitee für die Grundbedürfnisse der Flüchtlinge auf, die meist in Budapest lebten.

Als die Deutschen einmarschierten, riefen sie die prominentesten Juden zusammen, wie sie es schon in anderen besetzten Ländern getan hatten, und versicherten ihnen, sie hätten nicht die Absicht, den Juden Schaden zuzufügen. Sie baten die Versammelten, den Ausbruch von Panik zu verhindern. Dennoch setzten fast unmittelbar darauf die ersten Verhaftungen und Deportationen ein. Kastner hielt trotzdem den Kontakt zu den Deutschen aufrecht. Er habe – so gab er zu Protokoll – die jüdischen Gemeinden vor der sicheren Vernichtung bewahren wollen. Vor Gericht beschrieb er seine verschiedenen Versuche, mit den Deutschen zu handeln, und liess auch die dramatische Geschichte von Joel Brand und dem gescheiterten Ware-gegen-Blut-Handel (Trucks for Blood) nicht aus.*

Kastner erzählte, wie er, als der Lastwagen-Handel noch realisierbar schien, nebenbei erfolgreich seinen privaten Handel mit Eichmann abschloss. Er erhielt die Erlaubnis, 1685 Juden in einen Sonderzug, den sogenannten «VIP-Zug», in Richtung Schweiz zu setzen. Alle Passagiere wurden gerettet. Kastner hatte sie ausgesucht. Unter den Passagieren befanden sich mehrere hundert Einwohner seiner Heimatstadt Cluj und mehrere Dutzend Verwandte, einschliesslich seiner Mutter, seiner

* Auch Brands Geschichte – die den meisten Israelis unbekannt war – wurde in einem nur zweispaltigen Bericht auf der letzten Seite von Haarez veröffentlicht. Auf der ersten Seite erschienen in grosser Aufmachung bebilderte Artikel über ein Basketball-Spiel zwischen der israelischen Armee und dem französischen Meister (Israel hatte verloren) und ein detaillierter Bericht über die Überführung der sterblichen Reste von Baron Edmond de Rothschild nach Israel (mit zwei Bildern).²⁸

Frau und seiner Geschwister. Die Geschichte war grotesk, widerwärtig; die Zeitungen wurden hellhörig. Der Mann, der die finanzielle Seite arrangiert hatte, war SS-Standartenführer Kurt Becher. Gegen Ende des Krieges gestalteten sich die Beziehungen zwischen Kastner und Becher noch enger. Ihre Geschäfte verzweigten sich, und einmal schickte Becher Kastner sogar nach Berlin zu Heinrich Himmler. Kastner fuhr, doch das geplante Treffen fand nicht statt. Sogar als seine ganze Familie – und auch er selbst – sich bereits in der Schweiz in Sicherheit befanden, fuhr Kastner noch einmal ins Reich, um seine Bemühungen um die Rettung von Juden zusammen mit Becher fortzusetzen. Nach dem Krieg sagte Kastner als Zeuge der Verteidigung für Becher aus.

Als Zeuge der Anklage im Jerusalemer Gericht sprach Kastner ruhig und glaubwürdig; er schien überzeugt davon, dass er richtig gehandelt hatte. Er wirkte wie ein mutiger Mann, der Hunderten, vielleicht Tausenden von Menschen das Leben gerettet hatte. Vor Gericht erschien er wie ein tragischer Held, keineswegs wie ein Schurke. Als er seine Aussage beendet hatte, forderte Richter Halevy Kastners Kontrahenten Grünwald auf, seine Vorwürfe zu wiederholen. Grünwald weigerte sich, und daraufhin begann das Kreuzverhör durch Schmuël M. Tamir, den Anwalt der Verteidigung.

Unter den Hauptpersonen in diesem Drama war Tamir die einzige, die in Israel aufgewachsen war und von Kind an hebräisch gesprochen hatte. Als Spross der Familie Katznelson, die zur «Aristokratie von Rehavia» zählte, hatte er die berühmte Schule Gimnasia Haivrit und dann die Hebräische Universität besucht. Sein Vater war stellvertretender Direktor des Hadassah-Krankenhauses. Die Familie, altbewährte russische Zionisten, stellte ihren untadeligen Ruf als Revisionisten gerne zur Schau, obwohl einige Katznelsons auch in die Mapai-Hierarchie aufstiegen. Tamir («gross») war der Code-Name, den Schmuël in der Ezel-Bewegung angenommen hatte, in der er als stellvertretender Kommandeur in Jerusalem gedient hatte. Die Briten verhafteten ihn und deportierten ihn in ein Häftlingslager in Kenia. Nach seiner Entlassung im Jahre 1948 beteiligte er sich aktiv an der Gründung der Cherut-Partei. Von Anfang an stand er mit Begin auf Kriegsfuss. Journalisten er-

klärten die Spannung zwischen den beiden Männern mit ihren unterschiedlichen Biographien – einer war fünfundzwanzig und gebürtiger Israeli, der andere ein fünfunddreissigjähriger polnischer Jude. Begin legte Wert auf Fragen der Verteidigung und der Auslandsbeziehungen; Tamir war der Ansicht, dass alle Anstrengungen darauf konzentriert werden sollten, die Mapai zu entmachten. «Die Kirya [das Regierungsgebäude] von der Mapai zu befreien ist wichtiger, als den Tempelberg zu befreien», wurde er zitiert. Zudem sprach er gerne von der Notwendigkeit, eine ‚neue hebräische Nation« zu schaffen.»²⁹ Im Januar 1952, wenige Monate, bevor Grünwald seinen berüchtigten Rundbrief verschickte, veröffentlichte Tamir einen Artikel in Cherut, in dem er Ben Gurion «Minister für Verrat und Hinterlist» nannte. Er beschuldigte den Ministerpräsidenten krimineller und unmoralischer Machenschaften, unter anderem der «direkten Komplizenschaft» bei der Vernichtung der europäischen Juden und der Aufnahme von Beziehungen mit Westdeutschland. Tamir schrieb:

«Als einer, der in diesem Land geboren wurde, als einer, der nie im Exil war, als einer der Glücklichen, die keine nahen Angehörigen im entsetzlichen Holocaust verloren haben, gerade als einer von ihnen glaube ich, dass Israels Haltung gegenüber Deutschland eines der wichtigsten Kriterien für die Überlebensfähigkeit unseres Volkes ist. Auf dem Spiel steht die Frage, ob die hebräische Nation überhaupt existiert und ob sie das Recht hat zu existieren. In einem Satz gesagt: Sind wir ein Volk, oder war diese Nation wahrhaftig nichts weiter als eine verfaulende Absonderung und ein stinkender Rest, der am Leben geblieben ist? Als Frage ausgedrückt: Sind wir ein grosses Volk, oder hatte Hitler mit seiner Definition der Juden und ihres Charakters recht?»³⁰ Tamirs Weltanschauung war jedoch nur die zweitwichtigste Antriebskraft seiner Karriere – an erster Stelle stand sein persönlicher Ehrgeiz. Er wollte die Nummer eins in seiner Partei werden. Als er später Justizminister in Begins Kabinett geworden war, träumte er davon, Begin als Ministerpräsident abzulösen. Er war ein gewiefter Politiker, ein Jurist mit genauer Beobachtungsgabe und scharfer Zunge, und er liebte dramatische Intrigen und Presserummel.

Zum ersten Mal erregte Tamir Aufsehen, als er Yaakow Cheruti verurteilte, den Anführer einer Gruppe, die die Errichtung eines «israelitischen Königreichs» mit einer Ausdehnung vom Mittelmeer zum Euphrat anstrebte. Cherutis Anhänger waren national-religiöse Fanatiker, die Araber, Kommunisten, christliche Missionare und Ausländer grundsätzlich hassten. Sie wurden beschuldigt, in der Nähe der sowjetischen Vertretung in Tel Aviv eine Bombe gelegt zu haben. Auch eine Reihe anderer Gewalttaten – vermutlich um die Unterzeichnung des Wiedergutmachungsabkommens mit Deutschland zu verhindern – wurde ihnen zur Last gelegt. Die Gruppe wurde «Zrifin-Untergrund» genannt; so hiess das Armeelager, in dem der Prozess vor einem Militärgericht stattfand. Die Anklage im Zrifin-Prozess vertrat Chaim Cohen, auf dem Richterstuhl sass Benjamin Halevy, der speziell für diesen Prozess wieder für den Armeedienst reaktiviert worden war und für die Dauer seiner zweimonatigen Tätigkeit den Rang eines Oberst erhielt.

Es war ein unglückliches Verfahren. Die Anklage hoffte zu beweisen, dass dieses Häuflein Verrückter eine die nationale Sicherheit gefährdende Organisation darstellte. In Wirklichkeit war nicht einmal die Führungsposition der Mapai gefährdet. Die Regierung hatte Mühe, überhaupt einen Richter zu finden, der sich zu einer solchen Show hergab. Die Richter des Obersten Gerichtshofes lehnten eine Teilnahme ab. Die Öffentlichkeit habe kein Vertrauen zu Militärverfahren, erklärten sie Ben Gurion, darum sei es für sie nicht wünschenswert, in eines verwickelt zu werden. Doch sie schlugen Justizminister Rosen einen Kandidaten vor: Benjamin Halevy. «Jecke, religiös», notierte Ben Gurion in seinem Tagebuch, und er hätte noch «leicht exzentrisch» hinzufügen können.³¹ Halevy und Tamir hatten ihre Ausbildung in derselben Jerusalemer Kanzlei absolviert. Halevy erlaubte Tamir nicht, den Ministerpräsidenten, den Aussenminister oder den Verteidigungsminister vorzulaufen. Und obwohl er keinen Beweis für eine Verbindung zwischen dem «Untergrund» und dem Angriff auf die sowjetische Vertretung fand, entschied Halevy, die Zrifin-Gruppe sei «eine kriminelle Untergrundorganisation, deren blosse Existenz und Aktivität eine schwere Gefahr für die Staatssicherheit darstellt». Er verurteilte Cheruti zu zehn Jahren Ge-

fängnis. Diesen Spruch hielt er für glimpflich – «wir berücksichtigten, dass er verheiratet und Vater eines Kindes ist».* Tamir schimpfte, ein Gesetz, das solche Verfahren zulasse, bringe den Staat mehr in Gefahr als alle Untergrundorganisationen der Welt. Von da an galt er als erster politischer Anwalt des Landes. Er verteidigte die Zeitung Cherut in einer Verleumdungsklage, danach wurde er von Dov Schilansky engagiert. Als Malchiel Grünwald sich an ihn wandte, erkannte Tamir das politische Potential des Falles sofort. Grünwald bot ihm seine Briefmarkensammlung als Honorar für seine Anwaltsdienste an. Tamir schickte ihn nach fünfzehn Minuten weg und verlangte nur, dass ihm der alte Mann sein Geschwätz ersparte und ihn den Prozess führen liess, wie er es für richtig hielt. Grünwald als Individuum interessierte ihn nicht. Tamir, damals einunddreissig, machte sich daran, die Regierung zu stürzen.

Bei der Verhandlung leugnete Tamir nicht, dass Grünwald den anstössigen Rundbrief geschrieben hatte. Ganz im Gegenteil – er wollte beweisen, dass sein Inhalt in allen Punkten der Wahrheit entsprach. Das schien zunächst unmöglich. Doch noch bevor Tamir seine Zeugen aufgerufen hatte, noch bevor er seine Version von der Schuld der Mapai dargelegt hatte, erwischte er Kastner bei einer scheinbar üblen Lüge. Im Grunde handelte es sich nur um einen törichten Versuch, die Wahrheit zu beschönigen. Kastner erklärte: «Das, was in dem Schriftsatz des Angeklagten steht, dass ich nämlich nach Nürnberg fuhr, um für Becher

* Die elf anderen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von einem bis zwölf Jahren. Sie hatten vor der tschechoslowakischen Vertretung eine Bombe gelegt und versucht, den Dienstwagen in Brand zu setzen; auf ihr Konto ging der Brand in einem Metzgerladen, der Schweinefleisch verkaufte; schliesslich brannte noch der Wagen der sowjetischen Vertretung aus. Sie sammelten Waffen und Sprengstoff. Sicherheitsminister Pinchas Lavon beschloss sofort, einige der Urteile zu mildern. Innerhalb von zwei Jahren hatte Ben Gurion alle Beteiligten begnadigt, «damit sie an den Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag sieben Jahre nach der Staatsgründung als freie Bürger Israels teilnehmen können».³² Offenbar glaubte nur Halevy, dass die Phantasie von einem «israelitischen Königreich» die Sicherheit des Landes gefährde.

auszusagen und ihn zu retten, ist eine Lüge... Es ist nicht wahr, dass ich ihm geholfen habe, der Strafe zu entgehen. In Nürnberg bin ich nicht als offizieller Zeuge für ihn aufgetreten.» Formal gesehen hatte Kastner recht. Seine Aussage zugunsten von Becher hatte er in der Tat nicht vor dem Internationalen Gerichtshof, sondern vor einem kleineren Entnazifizierungsgericht gemacht. Darüber hinaus bestand Kastner darauf, dass er in seiner Aussage weder für noch gegen Becher gesprochen, sondern einen reinen Tatsachenbericht über ihre Verhandlungen geliefert hätte. Doch am nächsten Tag zeigte Tamir Kastner einen Brief und fragte, ob er ihn erkenne.

KASTNER: Ja, das ist der Brief, den ich an Finanzminister Elieser Kaplan wegen Bechers Einzahlung geschrieben habe.

TAMIR: Dr. Kastner, in diesem Brief schreiben Sie: «Becher befindet sich vorläufig dank meiner persönlichen Intervention auf freiem Fuss.» Bestätigen Sie, dass Sie das geschrieben haben?

KASTNER: Ja.

TAMIR: Gerade eben noch sagten Sie, es sei eine Lüge, dass Becher in Nürnberg auf Grund Ihrer persönlichen Intervention frei kam. Halten Sie das weiter aufrecht?

KASTNER: Ich halte aufrecht, was ich dem Gericht sagte... Wenn ich mich in dem Brief leichtfertiger Worte schuldig gemacht habe, will ich das gerne zugeben. Indem ich die Verantwortung für Irrtümer in meiner Ausdrucksweise übernehme... Was ich Kaplan schrieb, war übertrieben.³³

Zu diesem Zeitpunkt besass Tamir noch nicht das Schriftstück, das bewies, dass Kastner unter Eid zugunsten von Becher ausgesagt hatte, aber es war ihm bereits gelungen, eines zu demonstrieren: Kastner verhielt sich wie ein Mensch, der etwas zu verbergen hatte.

Ein paar Monate später fand Tamir eine Kopie der Aussage, die im Pentagon in einer Akte gesteckt hatte. «Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Becher einer der wenigen SS-Offiziere war, die den Mut hatten, sich gegen die Vernichtung zu stellen und einen Versuch unternahmen, Menschenleben zu retten», hatte Kastner geschrieben und hinzugefügt, dass Bechers Eingreifen dazu beitrug, 85'000 Juden aus den Budapester Ghettos zu retten. Im Endstadium des Krieges, hiess es in der Aussage, hätte Becher sich bei Himmler dafür eingesetzt, die KZ-

Häftlinge den Alliierten zu überlassen und blutige Kämpfe nahe den Lagern zu vermeiden. «Becher tat alles, was ihm in seiner Position möglich war, um unschuldige Leben vor der blinden, mörderischen Zerstörungswut der Nazi-Führung zu retten», bezeugte Kastner. «Aus diesem Grund habe ich keinen Augenblick lang seine guten Absichten bezweifelt, selbst wenn die Form und die Grundlage unserer Verhandlungen zu beanstanden sind.» Abschliessend schrieb Kastner, dass Becher seiner Meinung nach «die grösstmögliche Unterstützung» verdiene, wenn sein Fall vor alliierte oder deutsche Instanzen käme.³⁴ Bemerkenswert ist allerdings, dass Kastner während seines Aufenthalts in Nürnberg auch gegen zwei führende Nazis aussagte, die er in Ungarn kennengelernt hatte, und dass beide lange Gefängnisstrafen erhielten.

Becher kam frei. Er war an der Ermordung einer halben Million ungarischer Juden beteiligt gewesen; er hatte sich bemüht, die Deportationen zu verzögern, um sich ein Alibi zu verschaffen. Wir wissen nicht, warum Kastner zu seinen Gunsten ausgesagt hat. Vielleicht rechnete er es Becher hoch an, dass dieser Zehntausende von Juden gerettet hatte. Vielleicht wollte er sich Bechers Schweigen erkaufen. Einer von Kastners Bekannten glaubte, dass Kastner noch ein letztes Mal die Macht spüren wollte, die er aus Kriegszeiten kannte, als er über Leben und Tod entscheiden durfte.³⁵ Wie auch immer – Tamir geisselte Kastners Bereitschaft, Becher zu helfen, als «nationales Verbrechen». Kastner verding sich in Tamirs Schlingen und verwickelte sich in ein Netz aus Entschuldigungen, Widersprüchen und kleinen Lügen. Der letzte Satz der Aussage, der ihm am meisten angekreidet wurde, lässt möglicherweise erkennen, warum sich Kastner so wand: «Ich mache diese Aussage nicht nur in meinem eigenen Namen, sondern auch im Namen der Jewish Agency und des Jüdischen Weltkongresses.» Kurt Becher war also nicht nur von Rudolf Kastner, sondern von der Führung des jüdischen Volkes verteidigt worden, die Tamir hartnäckig mit der Führungsspitze der Mapai gleichsetzte. Der Zeuge Eliahu Dobkin von der Jewish Agency bestritt allerdings, dass er Kastner erlaubt hatte, das Dokument im Namen seiner Organisation zu unterzeichnen. Ganz offensichtlich sagte ei-

ner von beiden nicht die Wahrheit. Tamir wusste mit Geschick den Eindruck zu erwecken, dass beide logen, dass sich die Jewish Agency und vielleicht gar der Staat Israel an finsternen Transaktionen mit dem SS-Offizier Kurt Becher beteiligt hatten. Nach dem Krieg kam Becher als Besitzer mehrerer Firmen und durch die Beteiligung an einem ungarischen Monopolhandelsunternehmen zu Geld und Ansehen. Nach unbestätigten Berichten soll er im Rahmen der Reparationszahlungen auch geschäftliche Kontakte mit Israel unterhalten haben.³⁶

In diesem Zusammenhang rätselte man über eine spannende Frage: Wohin war der angebliche «Schatz» geraten, den Becher von den ungarischen Juden in Form von Geld und Wertsachen erhalten hatte? Es handelte sich um mehrere Koffer voller Juwelen und Goldmünzen im Wert von einer Million Dollar. Nach dem Krieg gab Becher immerhin einen Teil davon zurück, doch der grösste Teil blieb unauffindbar. Dies hatte Kastner zu seinem Brief an Finanzminister Kaplan veranlasst. «Mir scheint, dass es jetzt zu spät ist, die Umstände des Verschwindens jener Wertsachen aufzudecken. Meines Erachtens muss man denjenigen Vertretern der Jewish Agency fehlenden Überblick vorwerfen, die dazu ausersehen waren, die Koffer sorgfältig zu bewachen», schrieb Kastner an Kaplan.³⁷ Becher und Kastner könnten den Schatz unter sich aufgeteilt haben, aber Kastner starb nicht als reicher Mann. Tamir sparte nicht mit Andeutungen, dass Bechers Schatz seines Erachtens in die Taschen der Mapai geflossen war: Das würde erklären, warum Kastner so häufig nach Ausreden suchte, statt einfach, mit ruhigem Gewissen, zu erklären, er hätte Becher verteidigt, weil es seine Pflicht als Mensch und Jude war, einem Mann Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, dem Zehntausende von Juden ihr Leben verdankten. Vielleicht nahm er an, dass er im Israel des Jahres 1954 keine Chance hatte, eine solche Einstellung zu rechtfertigen. Vielleicht glaubte er, seine Nürnberger Aussage würde nie entdeckt werden. Offenbar hatte Chaim Cohen seinen Zeugen nicht ausreichend präpariert, denn dieser wurde sich selbst zum ärgsten Feind. Immer wieder liess er sich zu Wutanfällen hinreissen, schrie, geriet in Verwirrung. Tamir machte ihn zum Angeklagten, und so wurde aus dem Grünwald-Prozess ein Kastner-Prozess.

Einmal kam sogar der leise Argwohn auf, dass Kastner am Diebstahl von Bechers Schatz beteiligt sei. Tamir hielt indessen unbeirrt an seinem Ziel fest, ihm Kollaboration mit den Nazis nachzuweisen. Er präsentierte dem Gericht die folgende Hypothese: Kastner wusste, dass die Nazis die ungarischen Juden vernichten wollten, und gab diese Information nicht an die Mitglieder der jüdischen Gemeinden weiter. Hätte er sie rechtzeitig gewarnt, hätten sie nach Rumänien fliehen oder sich zu bewaffnetem Widerstand zusammenschließen können. Da sie nicht wussten, was sie erwartete, stiegen sie widerstandslos in die Todeszüge. Die Zeugen der Anklage, Einwohner von Kastners Heimatstadt, bestätigten Tamirs Vorwürfe. Kastner hatte ihnen tatsächlich nicht die Wahrheit gesagt. Hätten sie etwas gewusst, wären sie geflohen oder hätten sich gewehrt. Kastner beteuerte, er habe doch nicht mit Sicherheit gewusst, ob die Nazis die Juden umbringen wollten. Ausserdem hätte eine solche Warnung nur zu einer Panik geführt und ihn daran gehindert, all jene zu retten, die er retten konnte. Das sei genau der springende Punkt, schoss Tamir zurück. Kastner habe den VIP-Zug als Gegenleistung für sein Schweigen erhalten. Als nächstes stellte Tamir Kastner die Frage, wie die Passagiere ausgewählt worden seien.

Damit hatte Tamir nicht allein Kastner im Visier. In Ungarn hatte Kastner der Ichud, einer Vereinigung der zionistisch-sozialistischen Arbeiterparteien, angehört, die man mit der Mapai gleichsetzen konnte. Kastner habe in Abstimmung mit der Mapai und nach deren Instruktionen gehandelt, behauptete Tamir. Kastners Kollaboration mit den Nazis in Ungarn sei durchaus vergleichbar mit der Kollaboration der Mapai mit den Briten in Palästina, fuhr er fort. Die Mapai habe sich schon früher mit den Nazis beim Haawara-Abkommen zusammengetan und kollaboriere jetzt mit den Deutschen bei der Wiedergutmachung. Die Mapai-Führung habe Berichte über den Holocaust ebenso zurückgehalten wie Kastner. Hätte sie der Öffentlichkeit die Wahrheit gesagt, hätte sich der Jischuw erhoben, gegen die Briten rebelliert und sie gezwungen, etwas zur Rettung der europäischen Juden zu unternehmen. Doch dann hätte die Mapai die Kontrolle über die Situation verloren und an

Macht eingebüsst. Offenbar sei das für die Partei wichtiger gewesen, sagte Tamir – eine andere Erklärung gebe es nicht. Die Jewish Agency wurde als Judenrat Palästinas dargestellt. Kastner, der die Passagiere für seinen Zug ausgewählt hatte, erschien nun wie der «Doktor», der auf dem Bahnsteig in den Vernichtungslagern stand und mit einer Handbewegung die Selektion vornahm – eine Seite zur Arbeit, die andere Seite in die Gaskammern. Hier wie dort gab es Kollaborateure: Mapai in Budapest, Mapai in Tel-Aviv – eine einzige Partei mit einer einzigen Mentalität.

Mit dieser These untermauerte Tamir seine Interpretation verschiedener Episoden, zu denen auch Joel Brands Auftrag gehörte. Kastner hatte an den vorbereitenden Treffen mit Adolf Eichmann teilgenommen, aus denen sich diese Mission ergeben hatte. Tamir holte den Vorfall absichtlich aus der Versenkung, um die Mapai zu verunglimpfen. Mosche Sharett, der Ben Gurion im Januar als Ministerpräsident abgelöst hatte, aber auch andere enge Vertraute Ben Gurions wie Echud Avriel und Teddy Kollek, wurden von Tamir des Verrats bezichtigt. Er unterstellte ihnen, sie hätten während ihrer Tätigkeit bei der Jewish Agency wissentlich eine Mission sabotiert, die Hunderttausenden von Juden, vielleicht sogar einer Million, das Leben gerettet hätte. All dies sei aus Gefälligkeit gegenüber den Briten geschehen, behauptete Tamir, denn den Briten sei schliesslich die massenhafte jüdische Einwanderung in Palästina ein Dorn im Auge gewesen. Tamir rief Katarina Senesch, die Mutter der legendären Fallschirmspringerin Hannah Senesch, in den Zeugenstand. Sie erzählte, wie Kastner sie während all der Zeit, in der ihre Tochter gefangengenommen, gefoltert und schliesslich hingerichtet worden war, völlig ignoriert hatte. Daraus musste man stillschweigend folgern, dass Kastner der Gehorsam gegenüber den Nazis wichtiger gewesen war als die Unterstützung der jüdischen Agenten aus Palästina. Tamir liess den Fallschirmspringer Joel Palgi berichten, wie Kastner ihn und seinen Kameraden Peretz Goldstein veranlasst hatte, sich der Gestapo zu ergeben, und ihn so daran gehindert hatte, eine jüdische Widerstandsbewegung ins Leben zu rufen. Laut Palgi hatte Kastner angenommen, dass die Nazis ohnehin von der Anwesenheit der Fallschirmspringer in Budapest wüssten. Er hatte befürchtet, dass er und die ganze

jüdische Gemeinde zur Rechenschaft gezogen und bestraft würden, wenn Palgi und Goldstein sich nicht ergäben. So informierte er die Deutschen und überredete Palgi, sich zu stellen. Unter dem Vorwand, er solle eine Nachricht von Brand überbringen, ging Palgi zur Gestapo. Obwohl er sofort verhaftet wurde, kam er mit dem Leben davon. Goldstein starb in einem deutschen KZ. Kurz vor Beginn des Prozesses hatte Palgi seine Erinnerungen veröffentlicht; er galt als israelischer Held. Tamir zwang ihn zu dem Eingeständnis, dass er in seinem Buch gelogen hatte, um seinen Parteigenossen Kastner zu decken. Palgi verließ das Gericht mit dem Odium eines Feiglings, fast schon eines Deserteurs. Nach dieser Version der Ereignisse hatte die Mapai die Fallschirmspringer in Absprache mit den Briten nach Ungarn entsandt, und Kastner hatte sie den Nazis ausgeliefert, um seine eigene Position nicht zu gefährden. Kastner wiederum hatte Brand in Absprache mit den Deutschen nach Palästina geschickt, und die Mapai hatte ihn den Briten ausgeliefert, um ihre Position nicht zu gefährden. Damit war aus dem Kastner-Prozess ein Prozess gegen die Mapai geworden.

Benjamin Halevy hatte gute Gründe für seinen Zorn auf die Mapai. Kurz vor dem Grünwald-Prozess hatte man ihn bei der Beförderung zum Obersten Richter übergangen. Als Reaktion darauf unternahm er einen ungewöhnlichen Schritt. Er richtete einen direkten Appell an den damals nicht amtierenden Ben Gurion. Indem er ihn an den Zrifin-Prozess erinnerte, bat er um Unterstützung für das, was er einen gerichtsin-ternen Kampf um eine «nationale Gesinnung» gegenüber den Problemen des Landes nannte. «Wenn Sie ebenso wie ich glauben, dass es höchst wünschenswert ist, die nationale Gesinnung unserer Richter zu fördern, und dass ich die Fähigkeit besitze, in dieser Hinsicht im Obersten Gericht tätig zu werden, bitte ich Sie, mir zu helfen», schrieb der Richter an den Mapai-Führer. Zwei Tage später reichte Halevy seinen Rücktritt ein. Ben Gurion half ihm nicht, sondern drückte lediglich die Hoffnung aus, dass Halevy von seinem Rücktritt Abstand nehmen möchte. Halevy entschloss sich zu bleiben.³⁸ In der Zwischenzeit hatte

der Grünwald-Kastner-Prozess begonnen. Halevy liess Tamir fast jeden Trick und jede Laune durchgehen, einschliesslich irrelevanter Zeugenaussagen zu Vorfällen, die Kastner nicht betrafen. Der Richter akzeptierte Beweise vom Hörensagen – unter anderem aus dem Mund eines Mannes, der schon lange tot war. Er unternahm nichts gegen die unablässigen Befragungen zu trivialen Einzelheiten. Jizchak Olschan, der Präsident des Obersten Gerichtshofes, notierte später, dass Kastner nicht weniger als elfmal während der Verhandlungen in den Zeugenstand gerufen wurde. In dieser Hinsicht, schrieb Olschan, hatte sich Halevy verhalten, als gäbe es keine gerichtlichen Verfahrensregeln. Seine Beteiligung an Verhören sei «äusserst unpassend» gewesen, meinte Olschan mit ungewohnter Schärfe. «Man sah den Wald vor Bäumen nicht.»³⁹ Inmitten dieses Rechtsdramas geriet Malkiel Grünwald nahezu in Vergessenheit.

Von Zeit zu Zeit griff Tamir ein Motiv wieder auf, das ihm besonders am Herzen lag – die Erbärmlichkeit der Juden aus dem Exil und als Kontrast dazu den «aufrechten» Charakter der Israelis. «Verzeihen Sie mir die Frage», sagte er zu einem Aktivisten der jüdischen Gemeinden Ungarns, der gerade aussagte, «aber ich möchte Sie gerne fragen, ob meine Definition korrekt wäre, wenn ich sagen würde, dass Ihre Mentalität und die Ihrer Gruppe die Mentalität der Exiljuden ist. Ich entschuldige mich für den Ausdruck. Aber mir scheint, dies ist der Fall.»

«Gibt es so etwas überhaupt?» antwortete der Zeuge Pinchas Freudiger.

TAMIR: Ich denke schon.

FREUDIGER: Ich war ein religiöser Jude im Exil, und ich bin auch in Israel ein religiöser Jude.

TAMIR: Das habe ich nicht gemeint. Ich will sagen, dass die Mentalität, die Lebensform, nun einmal die Realitäten des Exils akzeptiert hatte und sich der Notwendigkeit beugte, in unruhigen Zeiten auf Erpressung und flehentliches Bitten zurückzugreifen.

FREUDIGER: Es steht ausdrücklich geschrieben: «Bemüht euch um das Wohl der Stadt.»

TAMIR: Genau das will ich wissen: War das Ihre Mentalität?

FREUDIGER: Ja.

TAMIR: Hat Dr. Kastner Ihnen und Ihrer Gruppe nahegelegt, eine Untergrundbewegung zu bilden?

FREUDIGER: Nein.⁴⁰

Dies sei identisch mit der Mentalität der Mapai, erklärte Tamir. Darum habe sie auch den Briten gehorcht und ihnen Mitglieder von Ezel und Lechi ausgeliefert. «Während Ihre Kameraden mit den Briten kollaborierten und Sie mit den Nazis, kämpften wir um das Leben der Juden», rügte Tamir Kastner. «Kennen Sie das Ezel-Flugblatt von 1944, das sich mit der Rettung der ungarischen Juden befasst?» fragte er einen Zeugen. «Wissen Sie, dass die Mitglieder der Ezel und Lechi von der Hagana verhaftet wurden?»⁴¹ Er schleppte ganze Sammelbände von Dawar ins Gericht, um zu beweisen, dass die Zeitung, die die Mapai vertrat, sich mehr für den von den Briten geförderten Krieg gegen Ezel und Lechi interessierte als für den Krieg gegen die Nazis. Tamir seinerseits machte kein Geheimnis aus der Tatsache, dass die Führung des Jischuw ihn mehr interessierte als der Streit zwischen Grünwald und Kastner.

Von Zeit zu Zeit zwang Halevy die Zeugen, Kommentare zu komplexen moralischen, ethischen und philosophischen Fragen abzugeben, die sie völlig überforderten – und nicht nur sie, sondern alle Anwesenden im Gerichtssaal, einschliesslich Halevys selbst. Haarez druckte, nicht wenig verblüfft, Halevys Examinierung des Zeugen Hillel Danzig ab, der aus Kastners Heimatstadt stammte: **HALEVY:** Wenn Sie gewusst hätten, dass der Zug, mit dem Sie fahren sollten, direkt nach Auschwitz ging, und wenn Sie gewusst hätten, was Auschwitz bedeutete, was Auschwitz wirklich bedeutete, wären Sie dann aus freiem Willen eingestiegen?... Was hätten Sie mit Rücksicht auf sich selbst und Ihre Familie getan?

DANZIG: Das weiss ich nicht, Euer Ehren. Ich kann heute darüber nachdenken und eine Antwort geben. Aber das hat keinen Bezug zu den damaligen Umständen, zu dem, was ich damals in jener Situation getan hätte.

HALEVY: Warum hat es keinen Bezug?

DANZIG: Weil wir uns heute in einer ganz anderen Situation befinden.

as heute gefragt und geantwortet wird, im Staat Israel, zehn Jahre später, hat keinen Bezug zur Situation damals...

HALEVY: Sie hätten nicht, zum Beispiel, versucht zu entkommen?... Sie hätten Ihre Mutter und Ihre Frau nicht herausgeholt?

Und so wurde aus dem Prozess gegen die Mapai ein Prozess gegen die Opfer und Überlebenden des Holocaust.⁴²

Wenige Monate nach Eröffnung des Prozesses musste die Verhandlung in einen grösseren Saal verlegt werden. Zahlreiche Menschen verlangten Einlass, unter ihnen Reporter aus Israel und Übersee. Zunächst hatten sich die meisten Zeitungen bei ihrer Berichterstattung auf kurze Meldungen der israelischen Nachrichtenagentur Itim gestützt. Doch schon bald räumten sie dem Verfahren mehr Platz ein. Nur zwei Presseorgane betrachteten die Story von Anfang an als politischen Vorgang: Cherut und Haolam Hazeh. Beide standen unter Tamirs Einfluss, und beide bauschten seine Rolle im Prozess tüchtig auf. Die andere Seite bekam vorläufig von der Presse keinerlei Unterstützung. Obwohl Tamir zur Zeit der Verhandlung kein Cherut-Mitglied war, erhielt er von der Partei und ihrer Zeitung Rückendeckung für seine Verteidigungsstrategie. Seine Anschuldigungen gegen die Jewish Agency und die Mapai wurden auf der ersten Seite in allen Einzelheiten wiedergegeben und als «schockierende Enthüllungen» verkauft: «DIE JEWISH AGENCY UNTERDRÜCKTE INFORMATIONEN ÜBER VERNICHTUNG IN UNGARN»; «WEIZMANN SAGTE – MILLIONEN VON JUDEN WERDEN VERNICHTET WERDEN, VON BELANG IST, DASS ENGLAND DAVON PROFITIERT.» * Haolam Hazeh war ein Wochenmagazin mit Bildberichten, das in den späten dreissiger Jahren als Familienunternehmen mit dem Motto «Rhythmus des Lebens, Puls der Zeit» gegründet worden war. Als Uri Avneri und Schalom Cohen es 1950 kauften, gaben sie ihm ein neues Motto: «Ohne Furcht,

* Das Weizmann-Zitat wurde entstellt wiedergegeben.¹

ohne Vorurteil». Haolam Hazeh war die erste israelische Zeitschrift, die ein Tabu der israelischen Presse durchbrach, indem sie Fälle von Korruption und Inkompetenz bei Staatsbeamten aufdeckte. Die meisten Zeitungen jener Zeit betrachteten sich als Partner im zionistischen Kampf um die Staatsgründung, und die Herausgeber sahen sich als Teil der Führungsschicht. Haolam Hazeh war nicht die einzige Zeitung, die sich gegen Ben Gurion stellte, doch sie war die erste, die ihre Thesen durch Enthüllungsjournalismus untermauerte. Insofern leisteten die Zeitschrift und ihr Herausgeber Avneri der israelischen Demokratie einen guten Dienst.

Avneri hatte im Verlauf seines Lebens Millionen, vielleicht Abermillionen von Worten geschrieben – Worte, die zu präzisen, klaren, direkten und flüssigen Sätzen führten. Vieles, was er schrieb, war jedoch zu dogmatisch, seine Argumentation zu polemisch, zu arrogant, zu vereinfachend, humorlos, manchmal töricht, oft unfair. Die Guten waren nur gut, die Bösen waren abgrundtief böse, Gute und Böse erschienen undifferenziert und überlebensgross. Avneri war nicht immer konsequent, aber er liess nie Raum für Zweifel. Er formulierte keine durchdachte Alternative zur zionistischen Ideologie, wie er gelegentlich für sich in Anspruch nahm, aber seine Artikel waren anregend und spannend. Niemand konnte schreiben wie er. Oft war er im Recht. Als Verfechter einer säkularen Demokratie trat er für einen Kompromiss mit den Arabern in Palästina ein, lange bevor andere das taten. Doch in den fünfziger Jahren war er von einer fast mystischen Bewunderung für die Armee und die Kriegsversehrten beseelt. Als Jugendlicher hatte er die «Erneuerung der hebräischen Rasse» und andere dem Faschismus nahe Ideen gepredigt und war der Ezel-Bewegung beigetreten.

Avneris Zeitschrift sollte für die Generation sprechen, die wie Avneri selbst im Unabhängigkeitskrieg gekämpft hatte. Sie vertrat und pries die Sabra-Mentalität der Aschkenasim, die Avneri selbst sich anzueignen bemüht hatte, als er mit seinen Eltern 1933 nach Israel kam. Ursprünglich hiess er Helmut Ostermann, war als jüngster Sohn eines Bankiers in Deutschland zur Welt gekommen und hatte dieselbe Schule besucht wie ein anderer berühmter Journalist, der Verleger und Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein.

Haolam Hazeh war mehr als ein Nachrichtenmagazin. Die Zeitschrift scharte ihre Leser um sich und bestärkte sie in ihrem Selbstverständnis als auserwählte Gruppe. Es entstand der Eindruck, die Leser von **Haolam Hazeh** wüssten mehr als die Leser anderer Zeitschriften. Das war manchmal richtig, manchmal nicht. Keine andere Zeitschrift jedoch wusste ihren Lesern so geschickt zu schmeicheln. Sie suggerierte ihnen, sie zählten schon allein durch den Kauf des Magazins zu den Guten und Rechtschaffenen, den Weisen und Kühnen. Sie vermittelte ihnen das Gefühl, sie seien die Kräfte des Lichts, die gegen die Mächte der Finsternis fochten – die Wenigen gegen die Vielen. Mit den Jahren schuf **Haolam Hazeh** eine Reihe von Mythen und Phantasien, die nur auf ihren Seiten existierten. Sie erfand eine eigene Sprache und einen eigenen Stil und gestaltete in ihren Artikeln eine imaginäre Welt von Helden und Schurken, Objekten der Bewunderung und des Abscheus, der Zuneigung und der Furcht. **Haolam Hazeh** bereitete den Weg für die Amerikanisierung des israelischen Lebens und der israelischen Mentalität.

Trotz seiner Bemühungen, das zu werden, was er und sein Magazin unter «israelisch» verstanden, unterschied sich die Person Avneri deutlich von dem Mythos, den er geschaffen hatte. Er las und reflektierte mehr als die meisten Sabras, und er konnte seinen deutschen Akzent nie ablegen. Seine Weitsicht war zum grossen Teil vom Zusammenbruch der Weimarer Republik und der Machtübernahme der Nazis geprägt. Er verglich die Situation in Israel immer wieder mit den Ereignissen im «Dritten Reich»; er war einer der ersten, der diesen Vergleich zog.²

Viele Jahre nach dem Kastner-Grünwald-Prozess schrieb Avneri, dass es bei einer Verleumdungsklage gegen einen exzentrischen alten Mann aus Jerusalem geblieben wäre, hätte **Haolam Hazeh** nicht von Anfang an ausführlich darüber berichtet.³ Diese Behauptung ist nicht ganz gerechtfertigt. Haarez hatte lange vor **Haolam Hazeh** die Story auf die Titelseite gesetzt. Doch Avneri erspürte als erster die ungeheure Dramatik des Prozesses und seine möglichen politischen Konsequenzen. Und als er einmal Lunte gerochen hatte, liess er jahrelang nicht

mehr locker. Im Rückblick erscheint seine Berichterstattung wie eine ungezügelter Agitationskampagne, die ausschliesslich seinen und Tamirs Hass auf die Mapai zum Ausdruck brachte und möglicherweise die zukünftigen politischen Ambitionen beider Männer verriet. Die von der Mapai geführte zionistische Bewegung kollaborierte nicht mit den Nazis, um ihnen die Vernichtung der Juden zu ermöglichen. Rudolf Kastner hat Hunderte, vielleicht Tausende von Menschen gerettet. Die anderen konnten nicht entkommen. Avneri war das alles vermutlich sehr wohl bewusst. So kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Position von Haolam Hazeh während des Prozesses nicht auf einem Irrtum beruhte, sondern als reine Demagogie einzustufen ist. Viel später bekannte Avneri, Schmuel Tamir habe in der Tat viele Artikel für die Zeitschrift selbst verfasst – auch solche, die speziell Tamirs Erfolge rühmten.⁴

Zehn Monate nach Prozessbeginn schrieb Avneri in seiner ersten Titelstory: «Vor Gericht wird erbittert um die Frage gerungen, welches Bild der historischen Ereignisse zutreffend ist. Gefochten wird nicht nur um die historische Wahrheit, sondern vor allem darum, wer zukünftig die Geschicke Israels lenken wird.» Dann beschwor Avneri die Vergangenheit herauf:

«Sechs Millionen Juden wurden über lange Jahre hinweg ermordet. Es besteht kein Zweifel, dass es möglich gewesen wäre, viele von ihnen zu retten... In Palästina existierte eine hebräische Machtzentrale, eine Machtzentrale in organisierter Form, eine nationale Autorität, die entscheiden und handeln konnte... Hätte ein solches Zentrum einen heiligen Krieg zur Rettung der Juden ausgerufen, hätte das die Situation ändern können. Doch nichts dergleichen geschah... So schwebt eine grosse Schuld über den Häuptern der Politiker, die damals den Kurs des Jischuw bestimmten.»

Ihr Verhalten, stellte Avneri fest, «glich auf erstaunliche Weise» dem der jüdischen Ghetto-Führer.⁵

Avneri sah den Kampf zwischen Schmuel Tamir, dem jungen Rechtsanwalt aus Jerusalem, und Rudolf Kastner, dem jüdischen Funktionär aus Budapest, als Kampf zwischen dem «Israeli» und dem «Exiljuden». In seinen Augen war das «Hebräisch-Israelische» jugendlich, standhaft

und rebellisch; das «Exiljüdische» alt, niedergedrückt und mürrisch. Der Kampf, schrieb er, fand zwischen Mordechai aus dem Buch Esther und Judas Maccabäus statt – ersterer ein Bittsteller, letzterer ein Rebell. Aus Avneris «hebräischer» Sicht war das Leben weniger wert als die nationale Ehre und das historische Erscheinungsbild der Nation. Nationalstolz, sagte er, sei «das Thema, an dem sich das Schicksal der Israelis entscheiden wird». Würde sich das Land weiterhin fremden Herren beugen – offenbar meinte er damit die USA –, oder würde «die souveräne Nation versuchen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, ihre eigenen Kämpfe auszufechten?»⁶

All dies war scheinheilig, unfair und widersprüchlich. Tamir und Avneri verdamnten die Jewish Agency, weil sie mit den Briten zusammengearbeitet hatte, aber sie warfen ihr zugleich vor, Brands Kooperation mit den Nazis sabotiert zu haben. Auf ihre inkonsequente Art boten Tamir und Avneri simple Antworten auf eine ganze Reihe beängstigender Fragen, die der Holocaust aufgeworfen hatte. Denn jeder, der alle Verantwortung «der Führung» zuschob, sprach damit den Jischuw von jeglicher Schuld frei: Wir, der Jischuw, waren ganz anders – hätten wir nur vom Holocaust gewusst, hätten wir Widerstand geleistet, Grossbritannien zum Handeln gezwungen, das Weltgewissen aufgerüttelt. Aber wir wussten nichts, weil die Mapai-Führung uns die Wahrheit über die Judenvernichtung vorenthalten hat. Wir, die hebräische Jugend – wären wir aufgefordert worden zu handeln, hätten wir uns sofort freiwillig gemeldet. Wir, die Opfer des Holocaust – hätten wir nur gewusst, dass sie uns nach Auschwitz brachten, hätten wir rebelliert oder wären geflohen. Wir wären nicht «wie Lämmer zur Schlachtbank» gegangen, schrieb Avneri.⁷

Diese Argumente waren reizvoll, aber hohl. Die europäischen Juden wurden nicht deshalb ermordet, weil sie nicht wussten, was sie erwartete, sondern weil es nicht in ihrer Macht stand, sich zu wehren. Dem Jischuw war bekannt, dass der Holocaust stattfand. Niemand hielt Berichte zurück oder leugnete sie. Dennoch lebte der Jischuw weiter wie bisher – hilflos und selbstzufrieden. Avneri und Tamir, die zum Jischuw

gehörten, rieben sich an dieser Wahrheit; darüber hinaus lag es in ihrem politischen Interesse, sie zu verzerren.

Avneri verbreitete gerne, dass Haolam Hazeh «die meistgelesene Zeitung des Landes» sei. Ob das zutraf oder nicht – die Wochenzeitschrift war in den fünfziger Jahren besonders unter jungen Leuten sehr populär. Viele von ihnen erfuhren von der Affäre Kastner und deren Verzweigungen nur durch Avneris Berichterstattung, und viele übernahmen seine historische und politische Perspektive. Ein Buch über den Fall, das der ehemalige Mossad-Chef Issel Harel Jahre später verfasste, offenbarte, wie sehr die Artikel in Haolam Hazeh die Regierung und die Mapai beunruhigt hatten.⁸

Teddy Kollek ging in seinen Erinnerungen ebenfalls auf den Fall Kastner ein: «Ich glaube, der Kastner-Prozess war deshalb von so zentraler Bedeutung, weil es das erste Mal war, dass eine grosse Anzahl von Israelis ihr Vertrauen zum Establishment verlor – in diesem Fall sicher aus ungerechtfertigten Gründen. Es war der erste grössere Schlag gegen die Führungsrolle der Mapai.»⁹ Hin und wieder nahm Kollek an Beratungen mit Mosche Sharett teil, in denen über den Prozess diskutiert wurde. In den neun Monaten zwischen der Verlesung der Anklageschrift und den Schlussplädoyers im September 1954 hielt der Ministerpräsident dreizehn solcher Diskussionen in seinem Tagebuch fest; sie zeugen von tiefer Sorge, die fast schon an Panik grenzte.

In einem frühen Stadium des Prozesses hatte Generalstaatsanwalt Cohen die Anklage einem seiner Assistenten namens Amnon Tel übergeben. Das erwies sich als Fehler. «Der Generalstaatsanwalt nahm den Prozess auf die leichte Schulter und ernannte irgendeinen Niemand zum Ankläger, dem jedes Gespür für politische und öffentliche Angelegenheiten abgeht», schrieb Sharett. «In den endlosen Streitereien mit diesem Gangster Schmuël Tamir ist er stets im Nachteil.» Sharetts Berater stimmten dieser Einschätzung zu. «Der Generalstaatsanwalt hat offensichtlich keine Vorstellung von dem öffentlichen und politischen Charakter dieses Prozesses und seiner sensationellen Wirkung», fuhr Sharett fort. «Tel, der Ankläger, ist ein völliger Versager... Es bleibt nichts anderes übrig, als Chaim Cohen zu bitten, dass er selbst die Anklage über-

nimmt.» In seinem Tagebuch fügt Sharett seiner Liste von Beschwerden gegen den Generalstaatsanwalt noch weitere hinzu. Als Cohen dann sechs Monate nach Prozessbeginn die Anklage übernahm, war sein Verhältnis zu Sharett gestört. Die beiden Männer wechselten so manchen zornigen Brief. Schliesslich musste der Ministerpräsident den Generalstaatsanwalt zu sich nach Hause einladen, um ihn zu besänftigen.

Mehr als alles andere fürchtete Sharett die Aussage von Joel Brand. «Wenn er als Zeuge auftritt, wird die ganze Sache sehr kompliziert werden», schrieb er, «weil er in der Zeit nach dem Scheitern seiner Mission in seiner Wut den Führern der Jewish Agency Memoranden voller Anklagen und Vorwürfe schickte, in denen er sie für das Morden in Ungarn verantwortlich machte, und jetzt wird das alles in Tamirs Händen zu Belastungsmaterial.» Sharett überlegte sogar, ob er nicht selbst als Zeuge auftreten sollte. Seine Berater erklärten ihm, dazu dürfe es nicht kommen. Offenbar befürchteten sie, er wäre Tamirs Attacken nicht gewachsen. Also entschloss sich Sharett stattdessen, nach dem Prozess eine Pressekonferenz abzuhalten, in der er «die ganze Wahrheit» über die Brand-Episode offenbaren würde.¹⁰ Während die Vernehmungen und Kreuzverhöre weitergingen, versuchten Sharetts Leute, ihre Version der Geschichte ausserhalb des Gerichtssaals zu verbreiten. Zwei Tage, nachdem Joel Brand seine Aussage beendet hatte, druckte Maariv an auffälliger Stelle einen geheimen Bericht über die Episode, den Mosche Sharett im Juni 1944 Mitgliedern der Jewish Agency in London vorgelegt hatte. In diesem Dokument versicherte er damals seinen Kollegen, dass er, Ben Gurion und andere Führer der Jewish Agency alles Erdenkliche getan hätten, um einen Handel abzuschliessen, der die ungarischen Juden retten würde, und dass sie an der Verhaftung Brands durch die Briten oder dem Scheitern seiner Mission keine Schuld trügen. «Ehud [Avriel, ein Berater des Ministerpräsidenten] leitete den Bericht an die Zeitung weiter, und seine Veröffentlichung machte grossen Eindruck», schrieb Sharett in sein Tagebuch. Die Veröffentlichung war ein glatter Gesetzesbruch.¹¹

Etwa sechs Wochen später, als Joel Palgis belastende Zeugenaussage

allen noch frisch in Erinnerung war, plante Sharett, der Öffentlichkeit bei einer Massengedenkfeier im Kibbuz Maagan seine eigene Version der Fallschirmspringer-Affäre zu offenbaren. Die Feier scheint speziell zu diesem Zweck angesetzt worden zu sein. Wieder einmal sollte der Auftrag der Fallschirmspringer als heldenhafte Rettungsoperation dargestellt werden, die von der Führung der Jewish Agency in die Wege geleitet worden war. Sharett gab sich bei der Vorbereitung seiner Rede grosse Mühe, diktierte stundenlang, strich, korrigierte und formulierte wieder neu. Wenige Minuten vor der Rede sollte ein Leichtflugzeug gedruckte Grusskarten auf die Gäste hinabrieseln lassen. Als es soweit war, stürzte das Flugzeug nur wenige Meter von Sharett entfernt in die Menge. Es gab Tote; unter ihnen befanden sich vier der Fallschirmspringer, die zehn Jahre zuvor heil von ihren Kriegsmissionen aus Europa zurückgekehrt waren. Aus der grossen Rede des Ministerpräsidenten wurde eine Totenfeier.¹²

Richter Halevy sass neun Monate lang zu Hause und brütete über den Beweismitteln. Auf fast 3'000 Seiten waren in sechs Sprachen die Aussagen von sechzig Zeugen festgehalten. Über dreihundert Dokumente – Denkschriften, Berichte, sogar ganze Bücher – waren ihm zusätzlich vorgelegt worden. Das Urteil wurde am 22. Juni 1955 verkündet; die Urteilsbegründung umfasste über 274 Seiten. Das laute Verlesen des Urteils im Gerichtssaal dauerte einen ganzen Tag und zog sich bis in die Nacht hinein. Halevy befand, dass drei von Grünwalds Anschuldigungen in seinem Rundbrief berechtigt und deshalb nicht verleumderisch seien. Für den einen Anklagepunkt, der übrigblieb, verhängte er eine symbolische Strafe von einer Lira und wies den Staat an, Grünwald einen Teil seiner Gerichtskosten, und zwar genau 200 Lira, zu erstatten. Die Urteilsbegründung war erschreckend mitleidlos und unbarmherzig, sie sucht in der Geschichte des Staates Israel ihresgleichen. Der Oberste Gerichtshof nannte sie später «vernichtend».¹³

«Unzählige Ghettojuden stiegen in die Deportationszüge», schrieb Halevy, «in völligem Gehorsam, in Unkenntnis ihres Bestimmungsortes und im Vertrauen auf die falsche Begründung, dass sie in ungarische

Arbeitslager gebracht würden.» Obwohl er Zweifel daran äusserte, dass die Juden sich hätten wehren können, befand Halevy, die Nazis hätten «die jüdischen Massen nicht so wirkungsvoll täuschen können, hätten sie ihre falschen Gerüchte nicht durch jüdische Kanäle gestreut». ¹⁴ Doch einige wenige Juden wurden gerettet: «Die Organisatoren und Ausführenden der Vernichtungsaktionen», fuhr Halevy fort, «erlaubten Kastner und den Mitgliedern des Budapester Judenrats, ihre Verwandten und Freunde zu retten.» Die Protektion der Nazis war «ein untrennbarer Bestandteil ihres ‚psychologischen Krieges‘ zur Judenvernichtung», schrieb Halevy.

«Die Versuchung war gross. K. erhielt die Gelegenheit, sechshundert Seelen vor dem drohenden Holocaust zu retten und ihre Zahl noch geringfügig durch Zahlungen und weitere Verhandlungen zu erhöhen. Und nicht nur irgendwelche sechshundert Seelen, sondern genau die Menschen, die in seinen Augen – aus welchen Gründen auch immer – die Bedeutendsten waren und die Rettung am meisten verdienten. Wenn er es wünschte, waren dies seine Angehörigen; wenn er es wünschte, Mitglieder seiner Bewegung; und wenn er es wünschte, die angesehensten Juden Ungarns.

... Er erhielt die Gelegenheit, seine Frau und seine Mutter aus Budapest zu retten, dazu aus Cluj seinen Bruder und seinen Schwiegervater sowie alle anderen Verwandten und Freunde. Er war wie bezaubert von der Möglichkeit, hervorragende Persönlichkeiten aus Provinzstädten und sogar aus Budapest zu retten. Ihre Rettung würde sowohl eine persönliche Leistung darstellen als auch dem Sieg des Zionismus dienen... K. war sehr pessimistisch im Hinblick auf die Chancen der Juden, aus eigener Kraft der Vernichtungsmaschinerie der Nazis zu entgehen, die bereits fast alle europäischen Juden liquidiert hatte, und er sah die grösste Hoffnung in einem Abkommen mit den Nazis. Es ist nicht verwunderlich, dass er ohne Zögern das Angebot annahm. Doch ‚timeo Danaos et dona ferentes‘ [Ich fürchte die Griechen, auch wenn sie Geschenke machen]. Als er mit dem Feind eine Vereinbarung getroffen hat, hat K. seine Seele dem Satan verkauft.» ¹⁵

Halevy entschied, dass Kastner bei der Vernichtung der Juden von Cluj auf zwei Arten mitgewirkt hatte:

«...indem er vorsätzlich die Führer von Cluj dazu aufgefordert hat, bei der Deportation ihrer Gemeindemitglieder nach Auschwitz zu kollaborieren, und indem er vorsätzlich seine Pflicht als Leiter der Rettungsorganisation vernachlässigt hat, die darin bestand, den Juden das ihnen drohende Schicksal aufzudecken und ihre Flucht über die rumänische Grenze zu organisieren... Der Nutzen, den die Nazis aus der Vereinbarung mit K. zogen, waren günstigere Umstände bei der Vernichtung der jüdischen Massen, und der Preis, den sie zahlten, war der Verzicht auf die Vernichtung einiger weniger Privilegiierter. Durch die Vereinbarung über die Privilegierten hat K. die Vernichtung aller anderen akzeptiert und sie ihrem Schicksal überlassen.»

Dann berief sich Halevy auf das alte Gesetz:

«Selbst wenn das Leben eines Juden auf dem Spiel steht, ist es ihm untersagt, es zu retten, indem er das Blut eines Unschuldigen vergießt; ebenso ist es verboten, einen Menschen zu retten, indem man das Blut eines anderen Unschuldigen vergießt. Es ist auch verboten, einen Menschen oder viele zu retten, indem man einen Unschuldigen an einen Mörder ausliefert. Selbst wenn dadurch die Mehrheit einer Gemeinde gerettet werden könnte, ist es verboten, eine unschuldige Minderheit auszuliefern oder auch nur ,eine Seele aus Israels den Mördern zu übergeben. Noch mehr gilt dies demnach für das Gegenteil, wenn also eine unschuldige Mehrheit den Mördern ausgeliefert wird, um einige wenige Einzelne zu retten. Wer dieses Prinzip verletzt, hat den Tod verdient ... Mir scheint, dass vom öffentlichen, moralischen und sogar juristischen Standpunkt aus K.s Verhalten... vergleichbar ist mit der Auslieferung einer Mehrheit von Juden an ihre Mörder, um einigen wenigen zu helfen.»¹⁶

Halevy konstatierte weiterhin, dass seine Kollaboration mit den Nazis Kastner dazu veranlasst habe, den beiden Fallschirmspringern, die Budapest erreicht hatten, den Befehl zu geben, sich den Nazis zu stellen und Hannah Senesch ihrem schweren Los zu überlassen. Hätte er ihnen erlaubt, den jüdischen Widerstand zu organisieren, wie sie es vorhatten,

hätte ihr Tun zu dem Zündholz werden können, von dem Hannah Senesch gesungen hatte, bevor sie die ungarische Grenze überquerte. Kastner habe behauptet, dass er den Fallschirmspringern geholfen hätte, so gut er konnte. In dieser Hinsicht und auch im Hinblick auf seine Aussage für Kurt Becher habe Kastner das Gericht belogen, entschied Halevy. Hinsichtlich der wichtigsten Enthüllung des Prozesses – der Mission von Joel Brand, die mit der stillen Duldung des Richters in sensationeller Länge ausgebreitet worden war – urteilte Halevy, dass die Angelegenheit nicht prozessrelevant sei, und weigerte sich, sie zu berücksichtigen. Er sprach Grünwald in drei wichtigen Anklagepunkten frei. Gemäss dem Urteil war es keine Verleumdung zu behaupten, dass Kastner mit den Nazis kollaboriert, «zur Ausrottung der ungarischen Juden beigetragen» sowie den Kriegsverbrecher Becher nach dem Krieg vor Strafe bewahrt hatte. Übrig blieb lediglich Grünwalds Behauptung, Kastner habe mit Becher unter einer Decke gesteckt und Wertsachen an sich genommen, die die Nazis den ungarischen Juden gestohlen hatten. Dieser Vorwurf konnte nicht bewiesen werden, entschied Halevy. Hätte Grünwald nur diesen Punkt angesprochen, hätte man ihm schwerere Strafen auferlegen können, fuhr der Richter fort. Doch auf dem Hintergrund des Freispruchs bezüglich der anderen, entscheidenden Verleumdungsklagen erfordere die Gerechtigkeit nur eine symbolische Strafe.¹⁷

Mosche Sharett betrachtete das Urteil als «schweren Schlag». Am selben Tag – noch bevor Halevy seine Begründung vollständig verlesen hatte – wies Sharett Justizminister Rosen an, beim Obersten Gerichtshof Berufung einzulegen. «Ein Alptraum, grauenhaft», schrieb der Ministerpräsident in sein Tagebuch. «Wie konnte es der Richter wagen! Strangulierung der Partei. Chaos.»¹⁸ Die Wahlen standen vor der Tür, und Kastners Name war wie von Zauberhand von den Kandidatenlisten der Mapai weggewischt.

Die Zeitungen verkündeten das Urteil mit riesigen Schlagzeilen und widmeten ihm ganze Seiten. Erwartungsgemäss hoben sie besonders die Behauptung des Richters hervor, Kastner habe durch seine Kontakte zu Eichmann «seine Seele dem Satan verkauft», eine Annahme, die allgemein als Tatsache hingestellt wurde. Cherut druckte ein Foto von Kastner mit der Bildunterschrift «Eichmanns Partner». Unter dem Porträt Tamirs stand: «Die treibende Kraft bei der Entdeckung der Wahrheit». Dem Knesset-Abgeordneten Johanan Bader (Cherut) rief die Rettung der Prominenten unter Zurücklassung der Massen erneut den alten Konflikt zwischen Weizmann und Jabotinsky in Erinnerung: Die Anhänger einer Selektion bei der Einwanderung von Pionieren nach Palästina hatten damals mit jenen gestritten, die eine schnelle Evakuierung aller Juden, einschliesslich der vom Establishment so verabscheuten selbständigen Kaufleute, gefordert hatten. Weizmann, erinnerte sich Bader jetzt in Cherut, hatte die jüdischen Massen in Europa «menschliche Trümmer» genannt. Geschäftsleute hatten nicht genügend Einreisevisa bekommen, was praktisch einem Todesurteil gleichgekommen war. Kastner, behauptete Bader nun, sei in Weizmanns Fussstapfen getreten. Die Zeitung liess ihre Leser allerdings nicht wissen, dass die Revisionisten in Budapest Kastners Vermittlungsversuche ebenfalls unterstützt hatten. Die kommunistische Kol Haarn schrieb, die Verhandlungen zwischen Kastner und Eichmann spiegelten die Kollaboration der gesamten zionistischen Bewegung mit den Nazis – ganz so, als habe es nie einen Hitler-Stalin-Pakt gegeben. Die religiösen Parteien betrachteten Kastner als Repräsentanten des säkularen Zionismus – als habe es

in den Judenräten nicht auch fromme Juden gegeben. Die linken Oppositionsparteien Mapam und Achdut Haavodah identifizierten sich mit dem Ghetto-Widerstand, obwohl ihre Leute während des Holocaust an der Seite der Mapai und unter britischer Herrschaft den Jischuw geleitet hatten.¹

Haolam Hazeh schrieb, das Urteil zeichne das Bild einer politischen Führung ohne jegliches Gefühl für ihr Heimatland, ohne alle geistige Unabhängigkeit – kurz gesagt, eine Ghetto-Führung. Die Interessen der Führung, schrieb Avneri, stünden in Widerspruch zum Lebensgefühl der neuen Nation, die im Land Israel aufgewachsen sei, zu einer Generation, die für den Staat ihr Blut gegeben habe und ihn auch in zukünftigen Prüfungen schützen würde. Über Richter Halevy schrieb Avneri: «Jeder ehrliche Mensch wird diesem tapferen Mann von Herzen Anerkennung zollen, diesem Mann, für den die Treue zu den eigenen Überzeugungen wichtiger war als seine Karriere, der die Wahrheit sprach, obwohl er wusste, dass er den Zorn der gesamten Regierung auf sich ziehen würde.»²

Die Mapai-Presse war wie gelähmt. Sie sass in der Falle: Natürlich wollte sie nicht schreiben, dass der Richter recht hatte, aber ebensowenig wollte sie das Urteil angreifen, damit nicht der Eindruck entstünde, als ginge es der Partei nur um ihren eigenen Vorteil. Schliesslich hörte man von ihr nur, dass man eine so wichtige Angelegenheit nicht einem einzelnen Richter anvertrauen dürfe, weshalb das Ergebnis der Berufung abzuwarten sei. **Hapoel Hazair** verglich die Aufgabe, die Kastner zu bewältigen hatte, mit der Noahs vor der Sintflut.³ Justizminister Rosen erklärte – naiv oder scheinheilig, auf jeden Fall aber höchst realitätsfern –, es sei wohl am besten, wenn sich alle «vorläufig» einer Meinungsäusserung zu dem Urteil enthielten. Sicherlich wäre es für die Regierung angenehm und bequem gewesen, wenn alle das Thema für ein paar Jahre hätten ruhenlassen.

Zwei Tage nach dem Urteil notierte Mosche Sharett in sein Tagebuch, er habe Mosche Keren, einem bekannten Mitarbeiter von Haarez, «Instruktionen erteilt».⁴ Haarez kritisierte am selben Tag Richter Halevy heftig. «Ein vorsichtiges und nicht übertrieben selbstgerechtes Urteil wäre der Gerechtigkeit nähergekommen als dieses, das nur zwei

Farben zulässt – Schwarz und Weiss.» Die Zeitung beanstandete die «Oberflächlichkeit» der Entscheidung und schrieb, Halevy habe sich «geweigert zu verstehen», dass die Menschen, deren Taten er beurteilte, in einem Alptraum lebten.⁵ In den folgenden Wochen verfasste Keren eine Reihe von Artikeln, die Halevys verdrehte Logik und Unfairness auf höchst intelligente Weise analysierten. Laut Keren hatte Kastner in Abstimmung mit den Gemeindevorstehern gehandelt, und wenn er schuldig war, so waren sie alle schuldig. Selbst wenn er die Einwohner seiner Stadt vor dem gewarnt hätte, was sie erwartete, bestand kein Grund zu der Annahme, dass ihnen die Flucht gelungen wäre oder dass sie dazu bereit gewesen wären. Es gäbe keine Hinweise darauf, dass sie in der Lage gewesen wären, einen Widerstand zu organisieren. Im Gegensatz zu dem, was das Urteil andeutete, hatte Kastner keine freie Wahl zwischen zwei Möglichkeiten gehabt. Nach Keren konnte er sich nicht für oder gegen Verhandlungen mit den Nazis entscheiden; die Verhandlungen wurden ihm aufgezwungen. Hätte er nicht daran teilgenommen, hätte er all jene ihrem Schicksal überlassen, die durch den VIP-Zug gerettet werden konnten. «Das Gerede über die Alarmierung der Massen, über Rettungsmassnahmen in grösserem Massstab und ähnliches sind hohle Phrasen», schrieb Keren. «Einer der erstaunlichsten Punkte in der Urteilsbegründung ist die explizite Feststellung des Richters, dass es an jenem Punkt des Krieges keine Hoffnung auf einen organisierten jüdischen Widerstand gab... Wenn dem so ist, was will er denn dann, um Gottes Willen?»⁶

Keren meinte weiter, das unangemessene Vorgehen der Anklage gebiete den Rücktritt von Chaim Cohen. Er zog in Zweifel, ob ein Revisionsantrag beim Obersten Gerichtshof sinnvoll sei, und schlug stattdessen die Einsetzung einer parteiübergreifenden Untersuchungskommission vor. «Die Auswirkungen des Kastner-Prozesses», schrieb Keren, «werden fortwährend die Luft vergiften, die wir atmen. Darin ähnelt dieser Prozess anderen geschichtsträchtigen Prozessen, in deren Sog Regierungen aufstiegen und stürzten – der Affäre Dreyfuss in Frankreich, dem Prozess gegen Alger Hiss in den Vereinigten Staaten, und dem

Dolchstoßprozess in Deutschland, durch den die Weimarer Republik unterminiert werden sollte. Israel ist nach diesem Urteil nicht mehr das, was es war.»⁷

Vier Tage nach dem Urteil rief Menachem Begin das Zentralkomitee der Cherut zusammen, um den Wahlkampf einzuleiten. Die Partei war angenehm überrascht – die Cherut hatte vor den Wahlen noch kein Urteil erwartet. Halevy bestätigte alles, was die Partei schon seit Jahren verkündet hatte – und das hatte sie ebenfalls nicht erwartet. «Ich war erstaunt!» gestand Arie Ben-Elieser. Die Cherut-Mitglieder hatten die Mapai schon lange belastet, und plötzlich stellte sich heraus, dass sie recht gehabt hatten. Und zudem, freute sich Ben-Elieser (der wahrscheinlich Halevys politische Neigungen falsch einschätzte), hatte nicht «einer von uns» ihnen Rückendeckung gegeben, sondern «einer von denen». Alle waren sich darüber einig, dass das Urteil im Wahlkampf ausgenutzt werden sollte; die Diskussion drehte sich hauptsächlich um Plakate, Slogans und Kino-Werbespots. «Es ist nicht nötig, ins Detail zu gehen», meinte ein Wahlkampfperte. «Es reicht, wenn wir sagen: ,Wenn Sie Mapai wählen, wählen Sie einen Juden, der andere Juden an die Gestapo ausgeliefert hat’.» Jemand schlug vor, das Urteil in kleine Abschnitte zu zergliedern und es «häppchenweise» verschiedenen Zielgruppen der Bevölkerung vorzusetzen. Bei den Neueinwanderern sollte die Cherut das Schweigen der Mapai während des Holocaust hervorheben. Ein anderer prägte den geringschätzigen Begriff **Kastnerismus**. «Diese Entwicklung könnte den Einfluss der Mapai stoppen», malte sich ein Mitglied des Zentralkomitees genüsslich aus. «Sie identifizieren sich mit Kastner und haben das auch in der Vergangenheit getan.»

Auch Begin erkannte, dass die Mapai schwer angeschlagen war. «Die Partei steckt in der Klemme», sagte er. «Die Mauern beginnen zu bröckeln.» Er argwöhnte, dass Kastner um Geheimnisse wusste, die die Mapai auf keinen Fall an die Öffentlichkeit dringen lassen wollte. Dennoch, warnte Begin, solle sich seine Partei nicht bei überholten Skandalen aufhalten; der Mapai würde es nur nützen, wenn sich die Leute über Kastner aufregten statt über das Wasserrohr, das vor ihrer Haustür geplatzt war. Er schlug deshalb vor, die Mapai vor allem wegen der Kritik

anzugreifen, die sie an dem Urteil geübt hatte. Als Beispiel zitierte er Mapai-Generalsekretär Meir Argov mit dem Satz, nur ein Richter ohne Gewissen habe ein solches Urteil fällen können. Hier biete sich eine Gelegenheit, das Rechtssystem zu verteidigen, sagte Begin. «Wir stehen auf derselben Seite wie die Richter Israels», und die Mapai sollte auf die Gegenseite gedrängt werden. Die Cherut entschied sich für ein Plakat mit der Aufforderung: MACHT DENEN, DIE DAS GERICHT VERHÖHNEN, DEN PROZESS. Gleichzeitig verlangte die Aufhebung von Argovs parlamentarischer Immunität.⁸

Am selben Morgen trat das Kabinett in Jerusalem zusammen. Innenminister Israel Rokach von den Allgemeinen Zionisten und die religiösen Minister sprachen sich gegen einen Antrag auf Berufung aus. Doch am Ende wurde beschlossen, die Entscheidungsjustizminister Pinchas Rosen zu überlassen. Mittlerweile war die Angelegenheit auch in der Knesset zur Sprache gekommen. Cherut und die Kommunisten stellten Misstrauensanträge. Johanan Bader ergriff für die Cherut das Wort, deren Zentralkomitee sich entschlossen hatte, den Richter in Schutz zu nehmen. Wer behaupte, Halevy habe sich angemastet, über etwas zu urteilen, das nicht beurteilt werden könne, spreche sich damit gegen die Verhaftung aller Nazi Verbrecher aus, erklärte Bader. Von Anfang an sei die Klage gegen Grünwald unbegründet gewesen. Doch jetzt, da Grünwald freigesprochen war, hetze die Mapai «das ganze Land» auf, um das Urteil aufheben zu lassen. Und alles nur, weil Kastner ein Mapai-Mitglied sei.

Manche Abgeordnete verstiegen sich sogar zu der Feststellung, die Regierung solle lieber, statt in Berufung zu gehen, Kastner selbst den Prozess machen. «Die Weigerung der Regierung, Kastner nach dem Gesetz zur Bestrafung von Nazi-Kollaborateuren den Prozess zu machen», bemerkte Esther Vilenska von der kommunistischen Maki-Partei, «ist ein Teil jener Regierungspolitik, die sich Reparationen als Bestechungsgelder zahlen lässt, damit sie der Wiedereinführung der Nazi-Wehrmacht zustimmt. [Sie] ist ein Teil der Regierungspolitik, die Israel in eine militärische Allianz mit den USA drängt, also indirekt in eine Allianz mit der hitlertreuen Armee Westdeutschlands, die von den Amerikanern aufgestellt wurde.»

Ministerpräsident Sharett erläuterte die Position der Regierung: Die Tragweite des Urteils lasse eine Berufung notwendig erscheinen, «um Kastner die Möglichkeit zur Verteidigung zu geben». Ursprünglich war von der Regierung Anklage gegen Grünwald erhoben worden; Kastner war nur als Zeuge aufgetreten und hatte keine Möglichkeit, selbst die Berufung einzuleiten. Doch abgesehen davon, sagte Sharett, sei es nötig, die historischen Schlussfolgerungen des Richters zu überprüfen, «damit der Prozess sich im Bewusstsein der Öffentlichkeit nicht als Verurteilung aller möglichen Arten von Rettungsaktionen festsetzt». Einem solchen Missverständnis vorzubeugen, meinte Sharett, sei vielleicht überhaupt der primäre Zweck einer neuen Verhandlung.

Die Knesset-Protokolle strotzen vor Schmähungen jener Art, die immer dann ausgestossen wurden, wenn die Knesset über den Holocaust diskutierte: «Sie verkaufen Ihre Seele dem Satan!»; «Lügner»; «kommunistischer Papagei». Doch die Überraschung des Tages kam von Chaim Ariav, einem Abgeordneten der Allgemeinen Zionisten: «Man hat den Eindruck», sinnierte Ariav, «das die Regierung Kastner immer noch schützt.» Und dieser Eindruck, sagte er, basiere auf «bedauerlichen und schmerzlichen» Tatsachen. Aus diesem Grund würden die Allgemeinen Zionisten – die in der Regierungskoalition drei Minister stellten – sich bei der folgenden Abstimmung enthalten und der Regierung nicht das Vertrauen aussprechen.⁹ «Plötzliche Krise», notierte Sharett erschrocken in sein Tagebuch.¹⁰

Die Knesset-Abgeordneten der Mapai trafen sich noch in derselben Nacht zu einer Krisensitzung. Ein «kämpferischer» Ben Gurion schlug vor, Sharett solle sofort zurücktreten, eine neue Regierung ohne die Allgemeinen Zionisten bilden und Neuwahlen einleiten. Sicherlich würde die Mapai wegen der Affäre Kastner bei Neuwahlen Stimmen einbüßen, sagte Ben Gurion, doch «eine Partei muss manchmal bereit sein, Stimmen zu Verlieren... Die Partei muss tun, was sie für das Wohl des Landes für richtig hält».

Die Mapai beschloss, die Regierungsmannschaft zu entlassen.¹¹ Am nächsten Tag bildete Sharett eine neue, diesmal ohne die Allgemeinen Zionisten. Nach einer aufschlussreichen Debatte – in der Begin behauptete,

tete zu wissen, wer genau sich während des Holocaust über die Judenvernichtung ausgeschwiegen hatte, worauf Golda Meir ihn lauthals einen Lügner nannte, was ihn wiederum zu der Äusserung veranlasste, die Dame sei nicht gerade als wahrheitsliebend bekannt –, nach dieser Debatte sprach die Knesset der Regierung das Vertrauen aus, und die Parteien leiteten den Wahlkampf ein.¹²

Die öffentliche Diskussion, die in jenen Tagen entbrannt war, trug fast surreale Züge. Zehn Jahre nach dem Holocaust und sieben Jahre nach dem Unabhängigkeitskrieg waren die Staatsgründer noch nicht in Pension gegangen, war die Existenz Israels noch keine Selbstverständlichkeit. Anderthalb Jahre später sollte das Land einen zweiten Krieg mit Ägypten führen. Israel stand vor einer ganzen Reihe realer Probleme, die nach schnellen Lösungen verlangten. Doch statt sich über die Situation des Landes und seine Zukunft Gedanken zu machen, quälten die Parteiführer sich – und ihre Kollegen aus den anderen Parteien – mit schrecklichen Anschuldigungen, deren Wurzeln bis in jenes jüdische Europa zurückreichten, das es nicht mehr gab. Je näher die Wahlen rückten, desto tiefer bohrten sie in der Vergangenheit, und desto mehr dunkle Affären zerrten sie ans Licht. Alle Parteien waren sehr bemüht, sich und den Wählern zu beweisen, dass nicht sie, sondern die Gegenseite sich in der Nazizeit schändlich verhalten hatte. In diesem Gerangel waren die Nazis und ihre Verbrechen bald nur noch Symbole oder Allegorien. Die Parteiführer wirkten bei alledem wie politische Opportunisten, aber mehr noch wie Menschen, auf denen eine schwere Sorge lastet und an denen Zweifel und Schuld nagen. Sie erschienen wie Nachkommen einer hilflosen Nation, die vor der Vergangenheit zu Kreuze kroch, die Gegenwart ignorierte und die Zukunft einem ungewissen Schicksal überliess.

Manche Szene hätte aus einem absurden Theaterstück stammen können: In einem Café in der Stadt Rehovot sitzen Ministerpräsident Mosche Sharett und Mossad-Chef Isser Harel mit ihren Ehefrauen. Die Männer überlegen, wie sie der «koordinierten Feindseligkeit» der Zeitungen Lamerhav (Achdut Haavodah) und Haboker (Allgemeine Zio-

nisten) begeben sollen. Beide Zeitungen behaupteten, dass Mitglieder der Mapai versucht hätten, mit den Nazis Kontakt aufzunehmen, als diese kurz davor waren, in Palästina einzumarschieren. Sie hätten, so hiess es, eine Vereinbarung treffen wollen, welche Art von Regime das Land in Zukunft regieren sollte. «Lamerhav berichtete von ungenannten Jischuw-Führern, die nach Japan fahren wollten, um für uns bei den Nazis ein gutes Wort einzulegen», schrieb Sharett an jenem Abend in sein Tagebuch, «und Haboker warf der Mapai unverschämterweise vor, sie hätte angesichts eines solchen Vorwurfs geschwiegen.» Der Mossad-Chef hatte ein paar seiner Leute alte Akten durchstöbern lassen. Sie gruben Material über eine von Sharett als «Stern-Bande» bezeichnete Gruppierung aus, welches bewies, dass die rechtsgerichtete Lechi Kontakt zu Nazi-Deutschland und zum faschistischen Italien aufgenommen hatte. Harel schlug dem Ministerpräsidenten vor, dieses Material der Dawar zur Veröffentlichung zu übergeben, und Sharett stimmte zu.¹³ Am nächsten Tag war der Ministerpräsident immer noch mit Recherchen über die Vergangenheit beschäftigt. Echud Avriel erzählte ihm, ein Teil der Führung von Achdut Haavodah – eine der Parteien, die die Mapai jetzt wegen ihres mangelnden Eifers während des Krieges kritisierte – habe ihrerseits die Entsendung der Fallschirmspringer nach Europa nur zaghaft unterstützt und damals eingewandt, die Operation erfordere eine Zusammenarbeit mit den verhassten Briten. Diese Einwände hätten zu langen und fruchtlosen Debatten mit der Mapai geführt und so die Fallschirmspringer-Aktion verzögert. Am selben Tag fand der Ministerpräsident die Zeit, auf eine Nachricht, die in Haboker erschienen war, mit einer offiziellen Gegendarstellung zu antworten. Nein, es sei nicht wahr, dass er den Justizminister während seines Urlaubs in einem Hotel in Haifa gestört habe, um ihn zu einer Revision im Fall Grünwald zu drängen. «Haboker verspottet mich», hielt Sharett in seinem Tagebuch fest. «Warum schweige ich angesichts all der Vorwürfe in Bezug auf den Holocaust in Ungarn?» Er «brannte darauf», sofort eine Pressekonferenz einzuberufen, um die ganze Geschichte loszuwerden. Doch Isser Harel «widersprach entschieden». Auch Avriel riet ihm, nicht noch Öl ins Feuer zu giessen.¹⁴

Dennoch nahm Sharett bei einer Wahlveranstaltung in Netanja ausführlich Stellung zu den Vorwürfen. Die Partei war von den wortreichen Anstrengungen des Ministerpräsidenten nicht begeistert. Bei Beratungen über die Angelegenheit, so berichtete der Knesset-Abgeordnete Jonah Kesse, hatte man sich darauf geeinigt, das Thema Kastner bis nach den Wahlen auf Eis zu legen «in der Annahme, dass die eigentliche Auseinandersetzung erst nach den Wahlen beginnen würde». Das äusserte er auf einem eigens arrangierten Treffen der an der Affäre Kastner Beteiligten; anwesend waren u.a. Joel Palgi und Echud Avriel, ein hoher Beamter des Aussenministeriums, die beide als Zeugen im Prozess aufgetreten waren. Man wollte überlegen, wie der Schaden, den das Image der Partei genommen hatte, wieder zu beheben war, wie man sich für eine Berufung einsetzen könnte und was man in den Wochen bis zur Wahl zu dem Thema sagen wollte. «Wir haben einen Fehler gemacht, und zwar den, dass wir in den vergangenen Jahren viele Affären, und auch diese, nicht selbst untersucht haben», sagte Avriel. «Einen Teil der Strafe haben wir dieser Sünde zu verdanken.» Er schlug vor, einen «bedeutenden und bekannten Historiker aus Übersee» einzuladen und ihm alles nötige Material für eine Untersuchung der ungarischen Episode zur Verfügung zu stellen. «Dahinter steht die Vorstellung, dass es uneigennützig geschehen sollte, ohne politische Absicht», betonte Avriel. Die anderen Anwesenden waren einverstanden. Kesse versprach, dem betreffenden Historiker das Parteiarchiv zu öffnen. *

Joel Palgi erklärte, er sei sehr beunruhigt, weil keiner der Parteiführer den Holocaust aus eigenem Erleben kenne. Die Partei sei sich nicht bewusst, wie heftig die Öffentlichkeit auf die Affäre reagiere.

* Während der Affäre existierte im Amtssitz des Ministerpräsidenten ein Krisenstab, dem unter anderem Teddy Kollek angehörte. Kollek beschrieb später in seinen Erinnerungen, wie er den amerikanischen Journalisten Arthur Morse kennengelernt und ihn ermutigt hatte, weiter über die Einstellung der freien Welt gegenüber der Judenvernichtung zu forschen. Die Ergebnisse seiner Untersuchungen veröffentlichte Morse in dem Buch *While Six Million Died*. Die Version der Cherut findet sich in einem Buch des amerikanischen Schriftstellers Ben Hecht.¹⁵

Diese Reaktion sei ganz und gar irrational, sagte Palgi. Er brachte einen konkreten Vorschlag ein: «Jemand muss ganz offen sagen: ‚Wenn Kastner [in der Berufung] für schuldig befunden wird, mit den Nazis kollaboriert zu haben, wird er zum Tode verurteilt werden‘. Meiner Meinung nach wird eine solche Feststellung der Partei mehrere Sitze in der Knesset einbringen.» Dieser Vorschlag löste bei den Anwesenden einiges Unbehagen aus.

Alle waren sich jedoch einig, dass man Natan Alterman für die Sache gewinnen müsse – was, wie sich herausstellte, bereits geschehen war.¹⁶ Alterman, ein loyaler Parteianhänger, hielt sein Wort. In den Wochen vor den Wahlen schrieb er drei seiner wöchentlichen Kolumnen als Sachwalter von Juden, die im Holocaust keinen Widerstand geleistet hatten. «Andere Völker, die in ihren Heimatländern vom Feind geknebelt waren, haben nicht anders reagiert», schrieb er.¹⁷

Das zeitliche Zusammentreffen von Wahlen und Kastner-Affäre war für die Qualität der Diskussion über die fundamentalen Fragen, die der Prozess aufgeworfen hatte, nicht gerade förderlich. Die Diskussion wurde jedoch auch nach den Wahlen fortgesetzt und spiegelte die Schuldgefühle einer Gesellschaft, die nach einem moralischen Leitfaden suchte. Viele Israelis gaben über die vom Holocaust betroffenen Juden Urteile ab, als hätten sie dazu jedes Recht und jede Befähigung: Diese sind die Helden, jene die Feiglinge, diese verdienen Anerkennung, jene Verachtung.

Als altes Mitglied des Jischuw-Establishments war Natan Alterman kaum der Richtige, wenn es darum ging, Kriterien für das Verhalten der Juden im Holocaust aufzustellen. Der Krieg und der Holocaust waren gekommen und gegangen, während er in Tel Aviv im Café Kasit sass, dem Treffpunkt der Jischuw-Literaten. Allerdings lud er Jahre nach dem Krieg Abba Kovner zu sich ein und befragte ihn lange nach dem Leben im Ghetto von Wilna und über den Aufstand, den Kovner mit anderen zusammen angeführt hatte. Er hörte aufmerksam zu und verkündete dann: «Hätte ich im Ghetto gelebt, wäre ich auf Seiten des Judenrats gewesen.»

In den Gedichten und Notizbüchern, die nach seinem Tode veröffentlicht wurden, lehnte Alterman Widerstand nicht prinzipiell ab. Anderer-

seits rechtfertigte er aber das Verhalten jener Juden, die um jeden Preis überleben wollten. Auch Aufständische schickten Mitglieder ihrer Gemeinden in den Tod, schrieb er, nicht anders als die Judenräte. Widerstand habe nur ihren Untergang beschleunigt. Nach Ansicht Altermans hatte die Führung der Aufständischen den Ghettojuden im Grunde befohlen, Selbstmord zu verüben. In ihren Augen sei das ein ehrenvoller Tod gewesen, führte er aus, aber es sei doch zweifelhaft, ob sie das Recht hatten, es von einer ganzen Gemeinde zu verlangen.¹⁸ Bewusst oder unbewusst diskutierten Alterman und andere über die grundsätzliche Frage, ob Widerstand ein Wert sei, der zukünftigen Generationen tradiert werden sollte.

Alterman betonte mehrfach, das Ziel der Widerstandskämpfer sei nicht primär die Rettung der Juden gewesen, sondern ein umfassender Krieg gegen den Faschismus. Indem Alterman die europäischen Juden verteidigte, die sich für Überleben und Rettung entschieden hatten, rechtfertigte er die Aktionen seiner eigenen jüdischen Gemeinschaft, der israelischen, und ihrer Führer. Wie Generalstaatsanwalt Chaim Cohen das Recht, so stellte Alterman das Wort in den Dienst seiner Partei.

Die Zeitungen und Zeitschriften hatten sich in diesem Wahlkampf vorwiegend auf die Mapai eingeschossen, doch sie nahmen auch andere Ziele aufs Korn und bedienten sich im Parteienstreit aller möglichen Mittel. Lamerhav berichtete, dass Mitglieder der revisionistischen Bewegung, der Vorläuferin der Cherut-Partei, in den Ghettos im Auftrag der Nazis als Offiziere in jüdischen Polizeieinheiten gedient hatten. Lamerhav und Al Hamischmar warben mit bekannten Namen aus dem Warschauer Ghettoaufstand. Achdut Haavodah, die Partei hinter Lamerhav, besass einen gewissen Vorteil, denn Antek Zuckerman und Zivia Lubetkin gehörten zu ihren aktiven Mitgliedern. Dagegen konnte Mapam sich mit dem allseits bewunderten Mordechai Anielewicz schmücken; andererseits konnte sie ihn nicht als Wahlredner ins Land schicken, denn er war im Aufstand umgekommen. Daraufhin versuchte die kommunistische Kol Haarn, Mapam den Ruhm des toten Helden abspenstig zu machen, und betonte, Anielewicz habe eine Allianz mit

den polnischen Kommunisten befürwortet, um die Chancen der Überlebenden des Aufstands zu verbessern. Die Leute, die jetzt an der Spitze von Mapam ständen, lästerten die Kommunisten, hätten diese Allianz aus politischer Rachsucht sabotiert. Als nächstes enthüllte **Al Hamischmar** die Tatsache, dass die Kommunisten mit einem Verbündeten Hitlers, dem Mufti von Jerusalem, enge Kontakte gepflegt hatten. Sie griff auch den Mapam-Führer Mosche Sneh an, der zu den Kommunisten übergewechselt war. «Sneh verliess die polnischen Juden während des Holocaust, um seine eigene Haut zu retten», verkündete **Al Hamischmar**.¹⁹ Einen so grotesken Wahlkampf hat Israel bislang nicht wieder erlebt.

Die Wahlen fanden am 26. Juli 1955 statt. Die Mapai blieb die grösste Fraktion in der 120 Sitze umfassenden Knesset, verlor jedoch fünf ihrer bislang fünfundvierzig Sitze und musste so das schlechteste Ergebnis bis zu den politischen Unruhen von 1977 verkraften. Die Cherut konnte ihren Anteil fast verdoppeln, hauptsächlich auf Kosten der Allgemeinen Zionisten. Sie verbesserte sich von acht auf fünfzehn Sitze, einen mehr als in der ersten Knesset. Von da an gewann sie ständig Sitze hinzu, bis sie 1977 Regierungspartei wurde. Bei ihrer Analyse des Rückschlags nannte die Mapai mehrere Gründe, unter anderem das Wiedergutmachungsabkommen und die Affäre Kastner. Das deutlichste Ergebnis der Wahlen war, dass Ben Gurion wieder den Posten des Ministerpräsidenten übernahm.

Ben Gurion wahrte in diesem wie auch in späteren Jahren eine gewisse Distanz zur Affäre Kastner. Das erweckte den Anschein, als habe er nichts damit zu tun gehabt, als sei die Affäre von Anfang bis Ende lediglich ein Kapitel aus Mosche Sharets Biographie. «Ich weiss fast nichts über diese Kastner-Geschichte», schrieb er an einen Bekannten. «Ich habe den Prozess nicht verfolgt und das Urteil nicht gelesen, abgesehen von ein paar Sätzen, die in den Schlagzeilen auftauchten.»²⁰ Tatsächlich aber war er kein Unbeteiligter: Als Vorsitzender der Exekutive der Jewish Agency während des Holocaust hatte Ben Gurion bei Joel Brands Mission seine Hand im Spiel gehabt. Kastner hatte nach eigenen Angaben vor seiner Reise nach Nürnberg Ben Gurion konsultiert, der ihm angeblich geraten hatte zu fahren. Kastner besuchte Ben Gurion in

Sde Boker während des Prozesses und erzählte nach seiner Rückkehr, dass Ben Gurion versprochen habe, ihn, Kastner, eines Tages zu rehabilitieren. Doch als Kastners Bruder eine feste Zusage verlangte, fand Ben Gurion Ausflüchte, wiewohl er zugab, auf Kastners gutem Namen sei «von Schurken herumgetrampelt» worden. Er wisse sehr gut über die elenden Intrigen jener Skandalblätter Bescheid, die sich Kastner auf die Fersen geheftet hätten, versicherte er dem Bruder, aber er erinnerte sich nicht an ein Versprechen, ihn reinzuwaschen. Tatsächlich waren «mehrere Mitglieder der Exekutive der Jewish Agency über das, was damals zur Rettung der europäischen Juden unternommen wurde, wesentlich besser informiert als ich», schrieb Ben Gurion, als sei alles in einer anderen Abteilung behandelt worden.²¹ «Ich würde mir nicht anmassen, auch nur einen Juden zu verurteilen, der dort [in Europa] war», schrieb Ben Gurion an ein Mitglied der Dawar-Redaktion; die Frage der Judenräte und vielleicht auch die Affäre Kastner sollten dem Urteil der Geschichte überlassen bleiben. «Die Juden, die während der Hitlerzeit in Sicherheit lebten, können weder über ihre Brüder urteilen, die verbrannt und abgeschlachtet wurden, noch über die, die gerettet wurden. Ich sah einige Überlebende kurz nach dem Krieg in einem deutschen Konzentrationslager, ich hörte von den Greueln und ich beobachtete hässliche Verhaltensweisen in manchen Lagern – aber ich sah mich nicht in der Position des Richters und Anklägers, weil ich wusste, was sie durchgemacht hatten.»

Ben Gurion hielt es auch für nutzlos, eine öffentliche Untersuchungskommission einzurichten, weil «die Interessen der politischen Parteien, die den Holocaust für ihre eigenen Ziele ausbeuten», deren Arbeit behindern würden. Vorläufig sei überhaupt nicht zu befürchten, dass sich Israels jüngere Generation die Judenräte zum Vorbild nehmen würde. Sie sei schliesslich in der Tradition der Israelischen Verteidigungsarmee und der früheren Militärorganisationen aufgewachsen, schrieb Ben Gurion. Dann erlaubte er sich einen seiner seltenen Gefühlsausbrüche: «Diese Tragödie ist finsterer als die Hölle, und die Angehörigen unserer Generation, die diese Hölle nicht erlebt haben, täten (meiner bescheidenen Meinung nach) am besten daran, betrübt und demütig zu schweigen.

Meine Nichte, ihr Mann und ihre beiden Kinder verbrannten bei lebendigem Leib. Kann man über so etwas überhaupt sprechen?»²²

Kastner hatte in Nürnberg auch zugunsten von SS-Obersturmbannführer Hermann Krumey, einem Adjutanten Eichmanns, ausgesagt. Im Gefolge des Eichmann-Prozesses wurde Krumey in Deutschland vor Gericht gestellt. Er legte Kastners Aussage zu seiner Verteidigung vor. Schmuël Tamir liess sich die Gelegenheit nicht entgehen und schickte Ben Gurion im Namen von Malkiel Grünwald einen langen Brief. Darin verlangte er eine schriftliche Versicherung von Ben Gurion, dass er Kastner nicht ermächtigt habe, sich für Krumey einzusetzen. Ben Gurion antwortete mit einem einzigen Satz: «Ich lehne es kategorisch ab, mich mit Mr. Grünwalds Angelegenheiten oder denen seiner Vertreter zu befassen.» Tamir lief mit seinem Brief geradewegs ins Büro von Cherut.²³

Zweieinhalb Jahre sollten vergehen, bis der Oberste Gerichtshof in der Revision zu einer Entscheidung gelangte. In der Zwischenzeit tobte die Kontroverse, die von der Affäre ausgelöst worden war, weiter, wenn auch mit verminderter Heftigkeit und etwas weniger Unvernunft. Doch selbst in dieser gemässigten Form, mit poetischer Diktion und moralischen Argumenten, ging es um mehr als um eine Interpretation der Vergangenheit. Es handelte sich um den Versuch, das aktuelle Bild der israelischen Gesellschaft zu formen und die zukünftige Richtung des Landes zu bestimmen. Wenn sich Menschen über den Wert des Lebens in einem polnischen Ghetto stritten, machten sie sich im Grunde Gedanken über den Sinn des Lebens in Israel. Dann brach ein neuer Krieg aus, und sie mussten wieder einmal Stellung beziehen. Als nächstes entwickelte sich eine politische Krise, die das Verhältnis zu Deutschland betraf. Wieder mussten sich, wie in den Tagen des Wiedergutmachungsabkommens, die Israelis zwischen moralischen und nationalen Interessen entscheiden, zwischen Emotion und Ratio.

Am 29. Oktober 1956 marschierte die Israelische Verteidigungsarmee in Ägypten ein und besetzte innerhalb nur einer Woche die gesamte Sinai-Halbinsel. Fast zweihundert israelische Soldaten und mehrere tausend Ägypter wurden getötet. Die israelische Invasion wurde als Akt der Selbstverteidigung gerechtfertigt, und tatsächlich folgte sie auf eine Serie terroristischer Angriffe, die aus Jordanien und Ägypten eingeschleuste Agenten ausgeführt hatten; Ägyptens militärische Stärke hatte deutlich zugenommen. Nachträglich trägt dieser Krieg allerdings den peinlichen Stempel des Abenteuerertums – er war das Produkt der absurden Vorstellung von einer Neuordnung im Nahen Osten sowie einer militärischen Intrige zwischen Israel, Grossbritannien und Frankreich. Die

beiden europäischen Mächte, nicht willens, das Ende der Kolonialzeit zu akzeptieren, wollten Nassers Regierung stürzen und die Kontrolle über den Suezkanal wiedergewinnen. Das gelang ihnen nicht. Die israelische Presse verglich, ebenso wie die britische und französische, in ihren Artikeln und Karikaturen Nasser oft mit Hitler. Israelische Politiker, aber auch ihre Amtskollegen in Grossbritannien und Frankreich, sties- sen ins gleiche Horn. David Ben Gurion nannte Nasser einen «faschi- stischen Diktator», und Begin sah ihn von Nazi-Agenten umgeben.¹ Zehn Tage vor der Besetzung des Sinai widmete Maariv eine ganze Sei- te einem Artikel mit der Überschrift «SWASTIKA IM LAND DES NILS», in dem ein früherer SS-Offizier namens Otto Skorzeny als «Mann hinter Nasser» beschrieben wurde. (Höchstwahrscheinlich ar- beitete Skorzeny zugleich auch für den israelischen Geheimdienst.) Kurze Zeit nach der Eroberung des Sinai publizierte Maariv die Foto- grafie einer arabischen Ausgabe von ‚Mein Kampf‘, die sich angeblich in einem ägyptischen Armeelager befunden hatte. Auf einer anderen Seite stellte die Zeitung in derselben Ausgabe fest, dass die «franzö- sisch-britische Aktion Nasser daran hinderte, der Hitler des Ostens zu werden. Sie überwältigte ihn, bevor der Wortschwall seiner Reden zu organisiertem Mord und Vernichtung führen konnte.» Jeditot Acharonot berichtete, dass die Vertreibung der ägyptischen Juden nach dem Krieg von einem ehemaligen SS-Mann geplant worden sei; der Artikel stamm- te von Elieser Wiesel, der sich später als Schriftsteller und Friedensno- belpreisträger Elie Wiesel einen Namen machte. Der Dichter Uri Zwi Greenberg beschuldigte die Araber, «Hass auf meine Rasse» zu emp- finden.²

Angesichts der internationalen Kritik besannen sich einige Knesset- Abgeordnete auf den Holocaust, um den Sinai-Feldzug zu rechtfertigen. «Anderthalb Millionen junger Menschen und Kinder wurden in hellem Tageslicht abgeschlachtet, und das Weltgewissen rührte sich nicht», sagte Jizchak Meir Levin (Agudat Israel). «Doch jetzt, da die Juden im Staat Israel versammelt sind, kann die Welt sich damit auch nicht zu- friedengeben. Sie wird offenbar von ihrem Gewissen geplagt, weil sie nicht willig zur Schlachtbank gehen, sondern sich mutig verteidigen.»³

Andere äusserten sich ähnlich. «Sie wissen ebenso gut wie ich, was sie uns vor fünfzehn Jahren angetan haben», schrieb Ben Gurion an General Walter Bedell-Smith, einen Berater Präsident Eisenhowers, um die These zu untermauern, dass der Sinai-Feldzug ein Akt der Selbstverteidigung gewesen sei. Ein Mitarbeiter des Stabschefs erwähnte, die militärische Entscheidung dazu sei aus Furcht getroffen worden.⁴

Alle diese Argumente sollten dazu dienen, Punkte zu sammeln. Eine existenzielle Angst war vor dem Krieg nicht spürbar, und sie war es auch nicht, die Israel zum Angriff veranlasste. Sie entstand erst nach dem Sieg, als sich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion zusammenschlossen und starken Druck ausübten, um Israel zum Rückzug zu zwingen. Die Amerikaner drohten, ihre Finanzhilfen an Israel einzufrieren, und die Russen drohten, Truppen nach Ägypten zu entsenden. Ben Gurion glaubte ihnen. «Es war ein Alptraum», hielt er in seinem Tagebuch fest. «Meldungen aus Rom, Paris und Washington berichten von einem unablässigen Strom von Flugzeugen und sowjetischen ‚Freiwilligen‘ nach Syrien; man munkelt über ein Versprechen, Israel zu bombardieren – Flugplätze, Städte und mehr... Die Botschaften sind vielleicht sehr übertrieben, aber [Ministerpräsident Nikolai] Bulganins Brief an mich – ein Brief, der von Hitler hätte stammen können – und der Irrsinn der russischen Panzer in Ungarn bezeugen, wozu diese Nazi-Kommunisten fähig sind.»⁵ Erziehungsminister Salman Aran wurde mit den Worten zitiert: «Ich bin ein Jude aus dem Exil, und ich habe Angst. Es wird eine regelrechte Vernichtung werden.» Wirtschaftsminister Pinchas Sapir erklärte Ben Gurion, was geschehen würde, wenn die USA alle Wirtschaftssanktionen in Kraft treten liessen, deren sie fähig seien. «Das ist der Tod», sagte er.⁶ Ben Gurion schloss sich dieser Einschätzung an. «Wir hätten nicht durchhalten können», beteuerte er ein paar Monate später in einer Rede vor Offizieren der Israelischen Verteidigungsarmee. «Es wäre für den Staat Israel zu einer Katastrophe gekommen.»⁷ Der Ministerpräsident hatte schon oftmals geäussert, Israel sei in Gefahr, aber dies scheint das erste Mal gewesen zu sein, dass er sich einer Gefahr ganz konkret bewusst wurde und in den Kategorien

von Vernichtung, Auslöschung und Holocaust dachte. Im März 1957 zog sich Israel aus allen besetzten Gebieten, einschliesslich des Gaza-Streifens, zurück.

Israels arabische Bürger waren seit Staatsgründung einer Militärverwaltung unterstellt. Diese schränkte ihre Bewegungsfreiheit ein, nahm Verhaftungen vor und erliess eine Reihe von willkürlichen Anordnungen. Die Regierung behauptete, eine solche Kontrolle sei notwendig, weil die Araber ein Sicherheitsrisiko darstellten. Diese Regelung war für Israel von nicht geringem Nutzen – das Militärgesetz erleichterte die Enteignung arabischen Bodens.

In einem Gebiet nahe der Grenze zu Jordanien, dem sogenannten «arabischen Dreieck», herrschte für die Araber eine permanente abendliche Ausgangssperre, die in der Regel um 21 Uhr begann. Am ersten Tag des Sinai-Feldzugs wurde der Beginn der Sperre auf 17 Uhr vorverlegt. Kurz nachdem die Ausgangssperre an jenem Tag in Kraft getreten war, kehrten einige Bewohner von Kfar Kassem wie jeden Tag von der Feldarbeit ins Dorf zurück. Sie wussten nicht, dass die Sperrzeit geändert worden war. Mit Lastwagen, Lieferwagen und Fahrrädern fuhren sie auf der Hauptstrasse in Richtung Dorf. Dort trafen sie auf eine Abteilung Grenzschutz. Die Soldaten liessen sie anhalten. Nachdem sie oberflächlich als Bewohner des Dorfes identifiziert worden waren, liessen die Soldaten sie in einer Reihe antreten und erschossen sie – sie hatten den Befehl erhalten, sie zu «erledigen». Immer mehr Dorfbewohner erschienen in kleinen Gruppen, und auch diese wurden erschossen. Fast fünfzig Menschen starben, darunter sieben Kinder und zehn Frauen. Einige Verwundete stellten sich tot und überlebten.⁸ «Mein Gott, was soll aus unserem kleinen Land nur werden!» schrieb Mosche Sharett in sein Tagebuch; damals war er schon aus dem Kabinett verdrängt worden.⁹

Die Regierung versuchte zunächst, den Vorfall zu vertuschen, und da die Zeitungen nicht sofort die Erlaubnis des Militärzensors einholten, verbreiteten sich die ersten Berichte über das Massaker mündlich. Latif Dori, ein Mapam-Aktivist, ging von Krankenhaus zu Krankenhaus und befragte die Verwundeten. Funktionäre der kommunistischen Partei taten es ihm nach. Erst sieben Tage nach dem Geschehen legten die Zei-

tungen dem Zensor kurze und ungenaue Berichte über das Blutbad vor. Der Zensor verbot die Veröffentlichung. Nur Kol Haam legte Widerspruch ein und wurde abgewiesen. In den folgenden Tagen verstärkten mehrere Zeitungen – in erster Linie Kol Haam, Al Hamischmar, Haarez und Haolam Hazeh – allmählich den Druck auf den Zensor. Die Knesset-Abgeordnete Esther Vilenska (Maki) erwähnte das Massaker in einer ihrer Reden, wurde jedoch sofort verwarnt; ihre Worte wurden aus dem Protokoll gestrichen. Tawfik Tubi, ebenfalls Maki-Mitglied, schilderte den Vorfall in einem Pamphlet, das er persönlich verteilte. Schliesslich konnte die Regierung dem wachsenden Druck nicht länger widerstehen und war gezwungen, eine offizielle Stellungnahme abzugeben. Zuvor hatte sie eine Untersuchungskommission eingesetzt. Nach längeren Verhandlungen zwischen den Fraktionen einigte man sich darauf, dass sich Ben Gurion zu dem Blutbad äussern sollte. Die Knesset würde eine Schweigeminute einlegen und auf eine Debatte verzichten. «Es gibt kein Volk auf der Welt, das das menschliche Leben höher bewertet als das jüdische Volk», sagte Ben Gurion in seiner Ansprache. «Wir haben gelernt, dass der Mensch nach Gottes Ebenbild geschaffen wurde, und niemand weiss, welche Hautfarbe Adam hatte.»¹⁰ Das war sechs Wochen nach dem Massaker. Die meisten Israelis wussten noch nicht so recht, wovon er sprach.

Als über das Ereignis endlich in der Presse geschrieben werden konnte, gaben sich die israelischen Journalisten zutiefst schockiert und führten das Land in eine kollektive Gewissensprüfung. «Wie konnte das geschehen?» fragten Schlomo Gross in Haarez und Natan Alterman in Dawar. Wo lag die Quelle für diesen Hass auf Minderheiten? Wie sah der innere Mechanismus aus, der dazu führte, dass Menschen einem Mordbefehl gehorchten? Wo waren die Grenzen des Gehorsams zu ziehen, und was war ein gesetzwidriger Befehl? Alle waren sich offenbar von Anfang an darüber klar, dass man sich mit denselben Fragen herumschlug, die in Deutschland nach dem Krieg aufgekommen waren, aber niemand wagte das zunächst deutlich auszusprechen. «Wir sind nicht besser als andere», deutete Uri Avneri an. «Dinge, die anderen Na-

tionen zustossen, können auch uns zustossen.» Doch da er zu diesem Zeitpunkt noch versuchte, das Idealbild der reinen israelischen Jugend von jedem Makel freizuhalten, schloss Avneri gleich die rhetorische Frage an: «Wurde der hebräischen Jugend in Uniform je gesagt, wann ein rechtmässiger Befehl zu einem gesetzwidrigen Befehl wird?» In anderen Worten: Die Politiker waren schuld, nicht die Armee. Als Einzelheiten der Greueltat als Licht kamen, verglichen die Zeitungen das Massaker von Kfar Kassem explizit mit den Verbrechen der Nationalsozialisten. «Wir müssen von der gesamten Nation fordern, dass sie Scham und Zerknirschung darüber empfindet. . . , dass wir uns bald wie die Nazis und Vollstrecker von Pogromen verhalten werden», schrieb Rabbi Benjamin, der Mann, der während des Holocaust versucht hatte, den Jischuw und seine Führung zum Handeln zu bewegen. Er fuhr fort: «Mögen sich die Führer der Nation erheben. Mögen die Rabbiner aufstehen und sich öffentlich dieses grossen Verbrechens schuldig bekennen, mögen sie nach Kfar Kassem gehen und dort um Vergebung und Busse bitten.» Jeschajahu Leibowitz schrieb in Haarez mit dem beissen Sarkasmus, für den er bekannt war: «Um der Gerechtigkeit willen, die der Staat Israel verkündet, müssen wir in diesem Land eine Massenpetition verfassen, die an die Regierungen der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion gerichtet ist, und eine Revision der Nürnberger Gesetze und eine Rehabilitierung der Offiziere, Soldaten und Beamten verlangen, die dort zum Tode verurteilt und aufgehängt wurden, weil sie alle nach expliziten Befehlen ihrer rechtmässigen Vorgesetzten handelten.» Haarez widmete später eine ganze Seite den Leserbriefen, die Leibowitz zustimmten oder widersprachen. Der Schriftsteller Jehoschua Bar-Yosef dagegen versuchte, die Leser von Dawar zu besänftigen: «Dies ist nicht die Zeit, um zu jammern und zu klagen, dass das Nazi-Biest in uns erwacht ist.» Und Uri Avneri klopfte sich selbst auf die Schulter, als gegen die Mörder rechtliche Schritte unternommen worden waren: «Das ist der entscheidende Unterschied zwischen dem Staat Israel und dem deutschen Greuelregime», schrieb er. Dawar fasste zusammen: «Wie kann es also geschehen, dass normale Menschen, unsere eigenen jungen Männer, eine solche kriminelle Handlung begehen?

Wir können die Wahrheit nicht leugnen: Es wurde nicht genug unternommen, um diese Nation gegen die Abstumpfung ihres Moralempfindens zu immunisieren, gegen die Tendenz, die Heiligkeit des menschlichen Lebens zu ignorieren, wenn man von einem Feind oder einem potentiellen Feind spricht.»¹¹

Jediot Acharonot und Maariv spielten den Vorfall eher herunter. Sie begegneten den Mördern mit Verständnis und griffen die anderen Zeitungen und die Knesset wegen ihrer Reaktionen an. Jediot Acharonot kritisierte besonders die Knesset auf Grund der Schweigeminute für die Opfer. «Natürlich ist es ein Skandal», kommentierte das Blatt. «Doch wenn man in der Knesset eine solche öffentliche Show inszeniert, lässt das nicht nur erkennen, dass es uns leid tut, sondern wirkt so, als wären wir unsicher und verängstigt.» Der Parlamentskorrespondent der Zeitung erklärte, niemand habe sich schliesslich für die Aussiedlung der irakischen Juden entschuldigt. Der Begriff ‚Aussiedlung«, den der Reporter benutzte, war von den Nazis eingeführt worden. Jediot-Reporter Eliahu Amiikam attackierte die «Busshysterie», die im Lande grassiere. Er rechnete vor, dass in den vergangenen 2'000 Jahren – bzw 730'000 Tagen oder 17 Millionen Stunden – mindestens ein Jude pro Stunde umgebracht worden sei. «Die Ritter der Feder, die geschlafen haben, als Millionen von Juden ermordet wurden, fangen nun an, zum Schall der Maki-Trompeten die Trommeln zu schlagen», schrieb Amiikam und stellte spöttisch fest, nicht einmal der Besuch des amerikanischen Komikers Danny Kayes in Israel sei so ausführlich kommentiert worden. Maariv druckte den ersten Bericht über das Geschehen unter der Überschrift «KFAR KASSEM BEKOMMT EINE VIERTELMILLION LIRA» – Entschädigungen für die Familien der Opfer.¹² Die Mörder von Kfar Kassem erhielten Gefängnisstrafen zwischen sieben und siebenzehn Jahren. Der Urteilstext enthielt eine der wichtigsten, bemerkenswertesten und ungenauesten Passagen, die ein israelisches Gericht je formuliert hat. Darin wurde die Beschaffenheit eines gesetzwidrigen Befehls definiert, dem nicht gehorcht werden darf: «Das erkennbare Zeichen eines offenkundig ungesetzlichen Befehls ist wie eine schwarze Fahne, die über dem Befehl schwebt und ausruft: ‚Tu das nicht!« Es ist

keine formelle, versteckte oder halbversteckte Ungesetzlichkeit, die nur gelehrte Juristen zu erkennen vermögen, sondern die offenkundige, klar und deutlich erkennbare Gesetzlosigkeit des Befehls, die ins Auge sticht und das Herz empört, wenn das Auge nicht blind und das Herz nicht völlig verderbt ist – eine Gesetzlosigkeit also, welche den Befehl offenkundig ungesetzlich macht – dies ist der Massstab, daran erkennen wir eine eindeutige Gesetzwidrigkeit, die vor der Gehorsamspflicht eines Soldaten Vorrang hat und auf Grund derer man ihn für sein Handeln zur Rechenschaft ziehen kann.»¹³

Der Mann, der diese Zeilen schrieb, nachdem er wieder einmal die Uniform des Vorsitzenden eines Militärgerichts angelegt hatte, war Benjamin Halevy. Die Doktrin von der «schwarzen Fahne» wurde in das Ausbildungsprogramm der Armee aufgenommen.

Der Vergleich des Massakers von Kfar Kassem mit den Verbrechen der Nazis reflektiert den Versuch, den Holocaust als Quelle ethischer Imperative für Menschenrechtsfragen im Allgemeinen und den israelisch-arabischen Konflikt im Besonderen zu verwenden. Der aktuelle Fall war nicht der erste. Bei einer seiner frühesten Zusammenkünfte hatte sich das erste Kabinett bereits mit den Greueln beschäftigt, die israelische Soldaten im Unabhängigkeitskrieg und danach an Zivilisten verübt hatten. Die Informationen, die den Ministern vorlagen, waren erschreckend und führten zu einer Aussage, die an Schärfe wohl kaum zu überbieten war. Landwirtschaftsminister Aharon Zisling (Mapam) sagte: «Ich war nicht immer einverstanden, wenn der Begriff ‚Nazis‘ auf die Briten angewendet wurde. Ich möchte diesen Ausdruck nicht auf sie anwenden, selbst wenn sie wie Nazis handelten. Doch auch Juden haben wie Nazis gehandelt, und ich bin äusserst schockiert darüber.»¹⁴

Die Leserbriefe, die nach dem Massaker von Kfar Kassem bei den Zeitungen eintrafen, lassen erkennen, dass die meisten Israelis diesen Vergleich ablehnten. Maariv und Jediot Acharonot gaben die Stimmung der Öffentlichkeit zutreffender wieder als Dawar und Haarez, die den moralischen Zeigefinger erhoben. Und schliesslich spielten auch die offiziellen Stellen den Vorfall eher herunter. Die Entschädigung, die den

Familien der Opfer gezahlt wurde, war kläglich; die verantwortlichen Militärs wurden erst Jahre später abgelöst. Ein Appellationsgericht verkürzte die Strafen der Mörder; der Stabschef und der Präsident begnadigten sie, und drei Jahre nach dem Massaker waren sie alle wieder frei. Oberst Jisachar Schadmi, der Kommandeur des Regiments, dem die Soldaten angehörten, wurde erst nach massivem Druck seitens der Zeitungen überhaupt vor Gericht gestellt. Er wurde vom Vorwurf des Mordes freigesprochen und nur für schuldig befunden, seine Befugnisse überschritten zu haben. Mosche Dajan, damals Generalstabschef, erschien als Zeuge der Verteidigung. Das Gericht verhängte eine symbolische Geldstrafe, die in einer einzigen Münze bestand. Eine Revisionsverhandlung fand nicht statt.

Bevor der Oberste Gerichtshof die israelische Öffentlichkeit wieder in die Zeiten des Holocaust in Ungarn zurückversetzte, stürzte Ben Gurions Regierung erneut und wurde ein weiteres Mal umgebildet. Diesmal war die Aufregung von dem Plan der Regierung ausgelöst worden, Westdeutschland zwei U-Boote abzukaufen. Auf dem Höhepunkt der Krise steckten drei Israelis in ihrem Wagen in den bayerischen Bergen im Schnee fest. Einer der drei wurde später zu Israels erstem Botschafter in Deutschland ernannt, der zweite wurde Stabschef und der dritte Verteidigungsminister und Ministerpräsident.

Es war im Dezember 1957, und Arthur Ben-Natan, Chaim Laskov und Schimon Peres befanden sich auf dem Weg zu Franz Josef Strauss, dem deutschen Verteidigungsminister. «Wir verliessen Paris gegen Abend und erreichten nach Mitternacht bei Strassburg die deutsche Grenze», schrieb Peres. «Es herrschte tiefster Winter. Die Strassen waren verschneit, und wir fuhren durch dichten Nebel. Noch bevor wir die Grenze erreichten, verfuhrten wir uns, und der Motor ging aus. Im Licht einer Taschenlampe versuchten wir, den Motor wieder in Gang zu bringen und uns zurechtzufinden.» Als das Auto sich wieder bewegte, wurde Laskov fast davon überrollt. «Er wurde nur durch ein Wunder gerettet», schrieb Peres.

Die drei erreichten Rott am Inn, ein kleines Dorf etwa 50 Kilometer

südlich von München, erst am Nachmittag und fuhren zum Haus des Verteidigungsministers. Strauss kam zwanzig Minuten zu spät zu ihrer Verabredung, weil er mit seinen Hunden eine Runde gelaufen war. Peres charakterisierte ihn als jungen, rotwangigen Mann voller Kraft und Energie, der sofort zur Sache kam und oft mit brillanten Formulierungen aufwartete. Seine Frau kochte das Essen.

«Wir sagten, dass Amerika uns mit Geld half, aber nicht mit Waffen und dass Frankreich uns mit Waffen half, aber nicht mit Geld», berichtete Peres. «Deutschland könnte den Brückenschlag über die Vergangenheit weit voranbringen, wenn es uns kostenlos Waffen liefern würde... Wir boten an, die Beziehungen zwischen unseren Ländern wie die zu Frankreich zu gestalten – gegründet auf gegenseitiges Vertrauen, langfristige Perspektiven und direkten Kontakt.» Das Gespräch dauerte drei Stunden, und Strauss versprach Hilfe. «Wir hatten den Eindruck, dass tatsächlich ein Grundstein gelegt war für besondere Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern», schrieb Peres.¹⁵ Ben Gurion notierte in sein Tagebuch: «Schimon meint, dass Strauss' Haltung zu erklären ist durch 1) Hass auf die Russen und Angst vor ihnen; 2) Bewunderung für die Israelische Verteidigungsarmee; 3) Kenntnis der politischen Interessen Europas im Nahen Osten und in Afrika.» Strauss befasste sich mit den deutsch-israelischen Beziehungen in Absprache mit Adenauer: «Er legte besonderen Wert auf die Geheimhaltung der Kontakte», hielt Ben Gurion fest.¹⁶

Die Initiative zu militärischen Kontakten mit Deutschland ging offenbar von Peres aus, und Ben Gurion gab ihm Rückendeckung. Im Kabinett fand keine offizielle Diskussion oder Entscheidungsfindung statt. Zuvor war Giora Josephthal für die Mapai nach Bonn gefahren und hatte von Adenauer Militärhilfe angefordert.* Auch Peres hatte vor jenem

* Nahum Goldmann streckte ebenfalls in Bonn seine Fühler aus, um zu erfahren, ob Adenauer bereit wäre, militärisches Gerät an Israel zu verkaufen. Bei seiner Rückkehr vertraute er Ben Gurion ein Bonner Gerücht an: «Adenauer, der einundachtzig ist, will noch zehn Jahre im Amt bleiben. Man kennt in Deutschland Verjüngungsspritzen für alte Männer, mit einer Substanz, die in Russland entdeckt wurde.» Auch

Besuch im Winter mindestens einmal mit Strauss gesprochen. Ursprünglich war beschlossen worden, dass Peres Generalstabschef Mosche Dajan mitnehmen solle. Doch dann war das Unvermeidliche geschehen – das Geheimnis war durchgesickert. Bei einer Kabinettsitzung fragte Gesundheitsminister Israel Barzilai von der Mapam Ben Gurion, ob es wahr sei, dass «eine hochrangige Person» nach Deutschland geschickt würde. Als Ben Gurion das Gerücht bestätigte, verlangte Barzilai eine Aussprache. Ben Gurion war einverstanden. Er informierte seine Regierungsmannschaft, dass es sich bei der hochrangigen Person um den Generalstabschef handelte. Sechs Minister – sie gehörten der Mapam, Achdut Haavodah, den Progressiven und der nationalreligiösen Partei an – wandten sich gegen die Reise. Doch die sieben Mapai-Minister stimmten dafür, und das Unternehmen wurde am 15. Dezember 1957 genehmigt. Dies war wohl die erste offizielle Entscheidung über militärische Beziehungen zwischen Israel und Deutschland. Die Minister der Achdut Haavodah beschlossen, sich auch weiterhin der Reise zu widersetzen. Sie sahen in Strauss den Kopf einer «Nazi-Armee von Mördern» und spielten der Zeitung Lamerhav die Information zu, ohne den Namen der «hochrangigen Person» zu nennen. Wie üblich wussten alle, was gespielt wurde, doch jeder tat so, als sei das Geheimnis noch gewahrt. Als daher Ben Gurion vor der Knesset stand, sprach er nicht von «U-Booten», sondern von «Ausrüstung, die vom Land, vom Meer und aus der Luft nicht gesehen werden kann». «Arabische Spione, knobelt euch aus, was er wohl gemeint hat», gab Menachem Begin sarkastisch zurück.¹⁸

Nach dieser Szene in der Knesset strich Ben Gurion Dajans Reise und schickte statt seiner Chaim Laskov mit, den Mann, der der nächste Stabschef werden sollte. Der Beschluss, Waffen von Deutschland zu kaufen, war ein weiterer Schritt hin zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern, und er erforderte, wie zu erwarten, die Überwindung einer weiteren emotionalen Barriere. Doch die Krise

der Papst liesse sich solche Spritzen geben, schrieb Ben Gurion in sein Tagebuch.¹⁷

erschöpfte sich in politischen Anschuldigungen und Gegenanschuldigungen; sie wuchs sich nicht zu wirklich grossen Proportionen aus. Ben Gurion versuchte, vom Thema Deutschland möglichst schnell zum Thema Sicherheit überzuleiten – und insbesondere zu der Frage, inwieweit der Ministerpräsident seinen Ministern ein Geheimnis anvertrauen könne. «Von gegenseitigem Vertrauen geprägte Beziehungen sind lebenswichtig geworden», sagte er. «Ist es möglich, Geheimnisse zu wahren, oder nicht? Das ist keine Sache zwischen Mann und Frau, sondern zwischen uns und dem Schicksal.»¹⁹ Die Krise hielt zwei Wochen an, dann traten Ben Gurion und seine Regierung zurück. Eine Woche später bildete er ein neues Kabinett mit denselben Ministern. Die Vertreter der Achdut Haavodah versprachen in geziemender Demuthaltung, keine Geheimnisse mehr preiszugeben.

In einem «geheimen und privaten» Brief an Jizchak Ben-Aharon, einen der Führer von Achdut Haavodah, erklärte Ben Gurion, Strauss sei seines Wissens nie ein Nazi gewesen. Es sei deshalb nicht angebracht, wenn Ben-Aharon ihn mit einer «Nazi-Armee von Mördern» in Verbindung bringe, protestierte der Ministerpräsident. Ben Gurion fügte dem Brief das Protokoll eines Gesprächs bei, das er mit dem Leiter der Israel-Mission geführt hatte. «Gibt es bekannte Nazis, die wichtige Positionen innehaben?» hatte Ben Gurion den israelischen Beauftragten gefragt. «Nein», hatte der Mann geantwortet.

FRAGE: Und in der Armee?

ANTWORT: In Armeekreisen überhaupt nicht. Strauss hat ein Komitee ernannt, das die Vergangenheit überprüft, und in allen Fällen, auch in sehr ungewissen, hat er frühere Nazis von ihren Posten entfernt...

FRAGE: Haben Sie irgendeine Ahnung, was die deutsche Jugend denkt und fühlt?

ANTWORT: Die jungen Deutschen interessieren sich heute nur für eines – was sie aus ihrem Leben machen können.

FRAGE: Ist die Nazi-Ideologie unter ihnen verbreitet?

ANTWORT: Nein. Auf das Stück Anne Frank reagieren sie mit grossem Interesse.

FRAGE: Trifft man in Deutschland heute überhaupt auf Nazismus? AN-

WORT: Nein.

FRAGE: Und wo sind die Nazis?

ANTWORT: Sie sind in den Untergrund gegangen.

Er könne diese Einschätzung weder bestätigen noch widerlegen, sagte Ben Gurion. Doch er kenne seinen Gesprächspartner als intelligenten und ehrlichen Mann und habe ähnliche Einschätzungen von anderen gehört.²⁰

Die Affäre führte zu einer Regel, die von Ben Gurion stammte und im Grunde von allen akzeptiert wurde: «Ich werde nicht einen Augenblick lang zögern, Waffen von irgendeinem Land anzunehmen, und, soweit es mich betrifft, gibt es kein Land, das dafür nicht in Frage kommt.²¹ *

Im Januar 1958, wenige Tage nach Ende der Waffenkrise, verkündete der Oberste Gerichtshof sein Urteil im Berufungsprozess, den der Staat wegen des partiellen Freispruchs von Malkiel Grünwald angestrengt

* Einige Jahre später führte Ben Gurion einen einzigartigen Briefwechsel mit dem neunundzwanzigjährigen Jariv Ben-Aharon, dem Sohn Jizchak Ben-Aharons, der einen Artikel veröffentlicht hatte, in dem er die Ansicht vertrat, es sei erlaubt, Waffen von Deutschland anzunehmen, obwohl sich seit der Ermordung von sechs Millionen Juden in Deutschland nichts geändert hätte. «Ich war von Ihrem Artikel schockiert», schrieb Ben Gurion dem jungen Mann, «und ich war von Ihrer unmoralischen Einstellung schockiert... Woher haben Sie diese Hottentotten-Ethik?» Ben Gurion war nicht mehr damit zufrieden, dass man seine Deutschlandpolitik für eine politische, ökonomische und militärische Notwendigkeit hielt. Jetzt wollte er auch ihre moralische Richtigkeit anerkannt wissen. Mit Bezug auf die Bibel verteidigte Ben Gurion die These, dass das Deutschland Adenauers und Willy Brandts ein «anderes Deutschland» sei, so wie die Sowjetunion Chruschtschows nicht die Stalins sei. «Ich habe absolut keinen Zweifel, dass Chruschtschow gegen Stalins Greueln nicht protestiert oder etwas gegen ihn unternommen hat», schrieb er, «doch wenn Chruschtschow mir heute seine Hand in Freundschaft reichen würde, würde ich sie nehmen.» Gleichermassen glücklich wäre er, wenn der Dichter Jewtuschenko dem Land einen Besuch abstatten würde. Die Weigerung, mit Deutschland in Kontakt zu treten, nur weil es Deutschland sei, «riecht nach Hitlerismus oder, höflicher ausgedrückt, nach Rassismus», schrieb Ben Gurion. Der junge Ben-Aharon war ge-
kränkt.»

hatte. Vier von fünf Richtern stimmten für eine Revision und entlasteten Kastner von den meisten Vorwürfen. Eine Rüge erhielt er für seine Aussage zugunsten des SS-Offiziers Kurt Becher nach dem Krieg. Einer der Richter, Mosche Silberg, vertrat eine abweichende Auffassung und schloss sich dem Urteil von Benjamin Halevy an. «Jeder, der Becher nachträglich half oder ihn vor dem Galgen bewahrte», schrieb Silberg, «zeigte dadurch, dass die Taten jenes üblen Kriminellen in seinen Augen doch nicht ganz so widerwärtig und grausam waren.» *

Die Richter Schimon Agranat, Jizchak Olschan, Schneur Salman Heschin und David Edward Geutein liessen in ihrer Begründung Demut, Mitgefühl, Achtung und ungläubiges Staunen erkennen – lauter Tugenden, die Halevys Urteil gefehlt hatten. «Bei einer Beurteilung von Dr. Kastners Verhalten müssen wir sehr, sehr vorsichtig sein, damit wir uns nicht von Vorurteilen leiten lassen», schrieb Agranat. Die moralischen und historischen Beurteilungen, zu denen sie gezwungen worden seien, hätten nie in den Gerichtssaal gelangen dürfen, erklärten die vier Richter; das angemessene Forum – wenn es das überhaupt gäbe – sei eine öffentliche Kommission von Historikern. «Es ist seltsam, dass zu einer Zeit, in der alle Nationen die Mörder vor Gericht stellen und sie sogar für ihre grausamen Mordtaten hinrichten, gerade wir, die Brüder der Opfer, deren Arme zu kurz sind, um die Mörder zur Rechenschaft zu ziehen, uns mit Gerüchten und Fabulierern abgeben», schrieb Heschin. Er wunderte sich über «diese Hitzköpfe», die die Autoritäten dazu veranlasst hätten, unter allen Lästerern und Verleumdern ausgerechnet auf jenen erbärmlichen Malkiel Grünwald zu verfallen und ihm in einem so aussergewöhnlichen und unorthodoxen Verfahren den Prozess zu machen. Heschin warf Halevy vor, den Prozess nicht von äusseren Einflüssen freigehalten zu haben, die er als «Ausgeburt von Illusionen und Phantasie» bezeichnete. Weiterhin warf er ihm vor, dass er

* Uri Avneri liess seinen Gefühlen freien Lauf. «Es wird der lebendigen Tradition der jüdischen Religionsmoral zur Ehre gereichen, wenn man sich daran erinnert, dass Richter Silberg, ebenso wie Richter Halevy, ein Mann mit tiefen religiösen Überzeugungen ist», schrieb er.²³

Kastners moralische Qualitäten auf den Prüfstand gestellt und sich nicht auf die Frage beschränkt hätte, ob es Grünwald möglich war, Kastner den Tatbestand der Kollaboration mit den Nazis nachzuweisen.

Das Urteil der Richtermehrheit, ein Dokument von fast 200 Seiten, zeugte von Mut. Indem sie für Kastner eintraten, demonstrierten die Richter eine höchst unpopuläre und nach Ansicht vieler auch unpatriotische Einstellung zum Holocaust wie ebenso zum Aufstand im Warschauer Ghetto. Das war nicht einfach. Wie Halevy gingen die Richter des Obersten Gerichtshofes detailliert auf den Holocaust in Ungarn ein, aber sie befanden, dass Kastner zu jedem Zeitpunkt getan hatte, was seine Aufgabe war. Deshalb könne man weder behaupten, dass er seine Gemeinde verraten, noch dass er die Fallschirmspringer aus Palästina im Stich gelassen habe. Er habe demnach nicht mit den Nazis kollaboriert, er habe seine Seele nicht dem Satan verkauft.

Richter Agranat interpretierte Kastners Verhalten folgendermassen: Er habe nur aus einem Grund bis zum Ende weiter mit den Nazis verhandelt – er wollte eine grösstmögliche Anzahl von Juden retten, soweit das unter den gegebenen zeitlichen und örtlichen Bedingungen machbar war. Der VIP-Zug sei als Nebenprodukt dieser Verhandlungen zu werten, urteilte Agranat und akzeptierte es als «vernünftiges Prinzip», dass prominente Zionisten Plätze im Zug erhielten, da diese Reisenden nach Palästina auswandern wollten. Man könne es Kastner nicht anlasten, führte der Richter aus, dass er seine Ehefrau und seine Mutter in den Zug gesetzt hatte. Schliesslich seien etwa einhundert Verwandte nicht im Zug gewesen und deshalb umgekommen. Vorsichtig, um niemandem zu nahe zu treten, stellte Agranat auch fest, dass alle Führer der jüdischen Gemeinden, einschliesslich der Repräsentanten der revisionistischen Bewegung, zu jener Zeit Kastner unterstützt hätten.

Richter Heschin riskierte eine klarere, wenn auch sarkastische Formulierung:

«[Schmuel Tamir] verkündet aufgeregt, es gäbe – wenn sich Kastners Taten rechtfertigen liessen – keine Zukunft für das Volk Israel, da alle Verantwortlichen zukünftig in schwierigen Zeiten so handeln würden

wie er. Mit Blick auf die Gründe, aus denen Kastner nicht zum Widerstand aufrief, sagt er, dass ‚der Mangel an Waffen dafür nicht als Rechtfertigung herangezogen werden darf‘. Dies bedeutet, dass die Juden in den Ghettos der ungarischen Provinzstädte alle hätten kämpfen und für die Ehre des Volkes als Märtyrer sterben sollen. In diesem Zusammenhang nennt er die Aufständischen im Warschauer Ghetto, die den Märtyrertod starben. Das ist eine Betrachtungsweise. Die blutige Geschichte des Volkes Israel berichtet von vielen solchen Helden. Doch es gibt noch eine andere, gegensätzliche Sichtweise, und auch diese ist in unserer Geschichte verwurzelt. Der Prophet Jeremia zum Beispiel predigte die Unterwerfung unter den Feind und eine Allianz mit ihm, und Rabbi Johanan Ben-Zakkai wollte retten, was in schwieriger Zeit zu retten war. Und dennoch haben wir keinen von ihnen beschuldigt, ihre Seelen dem Satan verkauft zu haben.»

Über die angebliche «Kollaboration mit den Nazis» schrieb Heschin:

«Selbst die Opfer, die Toten des Holocaust – die Männer, Frauen und Kinder, die vor den Gewehrläufen ihr eigenes Grab schaufeln mussten, die man zwang, in die Gaskammern und Feueröfen zu gehen – auch sie kollaborierten insofern, als ihr Verhalten den Nazis half und ihnen die Durchführung ihrer Pläne erleichterte. Man muss sich, wenn man so denkt, keine grosse Mühe geben zu beweisen, dass Joel Brand mit den Nazis kollaborieren wollte. Wäre es ihm gelungen, für die Deutschen eine bestimmte Anzahl von Lastwagen und eine bestimmte Menge Nahrungsmittel zu beschaffen, hätte er sie beträchtlich unterstützt und ihnen geholfen, ihre Massnahmen gegen die Juden weiterzuführen, und er hätte vielleicht den Krieg dadurch verlängert. Und doch hätte niemand es gewagt, einen Stein auf ihn zu werfen, wenn er durch diese Kollaboration Tausenden von Juden das Leben gerettet hätte, da seine Gedanken auf das Gute und nicht auf das Schlechte gerichtet waren, auf Rettung und nicht auf Vernichtung...

Dies lässt uns erkennen, dass es eine Kollaboration gibt, die Aner-

kennung verdient und in jedem Fall, wenn sie nicht von böartigen und gemeinen Absichten begleitet ist, nicht verurteilt oder als moralische Schwäche betrachtet werden sollte.»²⁴

Hier waren nun also Altermans zwei Wege festgehalten in einer Urteilsbegründung des Obersten Gerichtshofes – einer führte in den «ehrenvollen Tod», der andere in die Rettung.

Für Kastner kam das Urteil einige Monate zu spät. Am Abend des 3. März 1957 kehrte er wie immer von seiner Arbeitsstelle nach Hause zurück; inzwischen hatte er seinen Posten als Sprecher des Versorgungsministeriums aufgegeben und war bei der ungarischsprachigen Tageszeitung Uikelet angestellt, einer der fremdsprachigen Tageszeitungen, die von der Mapai herausgegeben wurden. Er parkte sein Auto vor seinem Haus in der Sderot-Emanuel-Strasse in Tel Aviv. Vor dem Eingang trat ein junger Mann auf ihn zu und fragte, ob er Dr. Kastner sei. Kastner bejahte die Frage, daraufhin gab der Fremde drei Schüsse auf ihn ab. Kastner starb drei Tage später.

Innerhalb weniger Stunden nach dem Überfall verhaftete die Polizei drei Verdächtige. Die Schnelligkeit, mit der man sie gefasst hatte, gab zu Spekulationen Anlass, sie seien der Polizei sowie dem Sicherheitsdienst Schin Bet bekannt gewesen. Wie sich herausstellte, hatte tatsächlich einer von ihnen, ein Mann namens Zeev Eckstein, im Jahr vor dem Mord bei Schin Bet gearbeitet. Der Sicherheitsdienst hatte ihn in eine illegale Untergrundbewegung eingeschleust, die man für extrem rechtsgerichtet hielt. Ideologisch war sie offenbar eine Nachfolgeorganisation von Lechi und der Zrifin-Gruppe, die die Gründung eines «israelitischen Königreichs» zwischen Mittelmeer und Euphrat propagiert hatte. Die anderen beiden Verdächtigen waren Dan Schemer und Yosef Menkes. Alle drei wurden verurteilt, teilweise auf Grund ihrer Geständnisse gegenüber der Polizei, und erhielten lebenslange Gefängnisstrafen.

Es war der erste politische Mord in Israel seit dem Attentat auf Chaim Arlosoroff fast fünfundzwanzig Jahre zuvor. Damals war der Verdacht ebenfalls auf rechtsextreme Kreise gefallen, denen man Kontakte zu Deutschland unterstellt hatte. In beiden Fällen blieben Fragen offen. Haolam Hazeh spekulierte, Kastner sei von Schin Bet ermordet worden,

um ihn zum Schweigen zu bringen. Da zur Zeit seiner Ermordung das Verfahren im Fall Grünwald-Kastner noch nicht abgeschlossen gewesen sei, hätte immer noch die Möglichkeit bestanden, dass Kastner bislang geheime Tatsachen über die Kontakte zwischen der Mapai-Führung und Nazi-Deutschland preisgeben würde.

Diese Deutung durch Haolam Hazeh erhielt später Unterstützung von unerwarteter Seite. Isser Harel, der ehemalige Chef von Schin Bet und Mossad, publizierte ein Buch, das dem alleinigen Zweck diene, zu beweisen, dass der Sicherheitsdienst Kastner nicht ermordet hatte. Den Ursprung von Uri Avneris Version der Ereignisse, schrieb Harel, müsse man «in der Geisteskrankheit des Schreibers suchen, vielleicht auch in seiner Bosheit und seinem hartnäckigen Bemühen, Schin Bet auf jede erdenkliche Weise und um jeden Preis zu diffamieren.»²⁵ Doch das Buch war nicht restlos überzeugend und hinterliess beim Lesen den Eindruck, dass eine «Untergrundbewegung» niemals existiert habe oder zumindest nicht mehr als eine unbedeutende Randgruppe gewesen sei. Während des Grünwald-Prozesses und noch ein Jahr danach stand Kastner unter Polizeischutz. Kurz vor seiner Ermordung wurde der Schutz aufgehoben. Harel gibt in seinem Buch keine bessere Erklärung dafür als die folgende: «Wer in den Sicherheitskräften hatte den Wunsch und die Zeit, sich während des Sinai-Feldzugs mit Kastner zu beschäftigen oder Personal zu seinem Schutz abzustellen?»²⁶ Auch die Begnadigung der drei Attentäter mutet merkwürdig an; hatte man nicht drei gefährliche Mörder inhaftiert, Mitglieder einer Organisation, die die Behörden als terroristisch eingestuft hatten? Doch drei Jahre, nachdem sie ihre lebenslängliche Strafe angetreten hatten, wandte sich Ben Gurion an Kastners Ehefrau und an dessen Tochter und bat sie, einer Begnadigung zuzustimmen. Die Witwe weigerte sich, die Tochter stimmte zu, und die Männer wurden freigelassen.²⁷

In den Sammelbänden der literarischen Wochenzeitschrift *Masa* finden sich diese Sätze von Aharon Megged: «Kastner – eine jüdische Tragödie. Es war dumm, seinen Fall vor Gericht zu bringen.

Das Eingreifen des Gesetzes in diesen Fall ist wie der Einbruch von Klatschgeschichten in eine Liebestragödie. Was weiss der Klatsch schon: die Einzelheiten der Beleidigungen, der Kämpfe? Die Beleidigungen, die man sich an den Kopf warf? Die Tränen, die man durchs Schlüsselloch sah? Was weiss er schon von dem, was im Innern von zwei Menschen vorging, die auf der engen Brücke zwischen Hoffnung und Verzweiflung um ihr Leben kämpften?»²⁸

Justizminister Pinchas Rosen schrieb an den Richter Chaim Cohen «am Ende des Alptraums», um ihm zu seinem Erfolg zu gratulieren. Sein überaus taktvoller Brief enthielt einen leisen Tadel: «Sogar Sie selbst haben Kastner nicht immer fair beurteilt, da Sie sich von seinen Mängeln als Zeuge und seinen gelegentlichen Widersprüchen unter dem Druck eines verwirrenden und ausgedehnten Verhörs beeinflussen liessen», schrieb der Justizminister. «Doch im Grunde war Kastner ein einfacher Mann, in dem mehr

Gutes als Böses steckte, dessen Ehre Sie gerettet und dessen Namen Sie reingewaschen haben – eine grosse Tat.» Rosen fragte sich, ob es nicht doch besser gewesen wäre, den Tratsch eines Malkiel Grünwald zu ignorieren. Er stimmte nicht mit der Ansicht des Richters überein, dass man die Angelegenheit einer öffentlichen Untersuchungskommission hätte übergeben sollen. «Man muss nur die letzte Ausgabe von Haolam Hazeh lesen, um zu verstehen, dass dieser Klüngel boshafter Ankläger jede öffentliche Kommission in der Luft zerrissen hätte, wenn sie möglicherweise zu denselben Schlüssen gekommen wäre wie der Oberste Gerichtshof. Und was ist das schliesslich für ein Land, in dem man einen hohen Beamten des Mordes anklagen kann und ihm gleichzeitig sagen muss: ‚Die Gerichte können Sie aber nicht schützen‘?»²⁹

Schmuel Tamir polsterte seine politische Karriere auch weiterhin mit der Affäre Kastner und deren Folgen. Hin und wieder behauptete er, neues Material entdeckt zu haben. Er gab zahlreiche Interviews zu dem Fall und veröffentlichte gelegentlich Artikel darüber. Einmal verlangte er die Wiederaufnahme des Grünwald-Prozesses. Viel später, im Jahr 1969, sass er gemeinsam mit Uri Avneri und Isser Harel in der siebten Knesset. Man erblickte die drei oft, wie sie sich in der Cafeteria und im

Sitzungssaal die Köpfe heiss redeten und in unüberbrückbarer Feindschaft endlose Beleidigungen austauschten. Offenbar kosteten sie ihre Endlos-Kontroverse jedoch mit viel Genuss und Nostalgie aus. Benjamin Halevy sass zu jener Zeit für die Cherut in der Knesset. Er war bis zum Obersten Richter aufgestiegen und hatte dann doch eine politische Karriere angestrebt. In der neunten Knesset vertraten Halevy und Justizminister Tamir dieselbe Partei, die Demokratische Bewegung für Veränderung. In einem Interview, das er dem Radiosender der Israelischen Verteidigungsarmee gab, gestand Halevy, dass er die Worte «seine Seele dem Satan verkauft» bedaure und sie nicht mehr benutzen würde, wenn er das Urteil noch einmal verfassen müsste. Man solle sie als unnötigen Schnörkel betrachten, der nicht korrekt verstanden worden sei.³⁰

Etwa anderthalb Jahre nach der ersten Waffenkrise kündigte sich die zweite an. Es war Juni 1959; in vier Monaten sollten die Wahlen zur vierten Knesset stattfinden. Schon einmal war ein Sturm der Entrüstung aufgekommen, als bekannt geworden war, dass Israel Waffen von Deutschland kaufte. Jetzt meldete das westdeutsche Wochenmagazin *Der Spiegel*, dass umgekehrt Israel auch Waffen an Deutschland verkauft habe. Die Bundeswehr, so berichtete das Magazin, habe bei Soltam, einem Werk, an dem eine finnische Gesellschaft und Solei Boneh, die Baugesellschaft der Histadruth, Anteile besaßen, eine halbe Million Mörsergranaten bestellt. Der Verkaufswert belief sich laut *Spiegel* auf 36 Millionen DM.¹ Diese Information, die im grossen Ganzen korrekt war, schlug in Israel wie eine Bombe ein.² David Ben Gurion nahm die Veröffentlichung der Nachricht sehr ernst, da er das Waffengeschäft mit Deutschland für eine «Sache auf Leben und Tod» hielt und glaubte, dass es strengster Geheimhaltung unterliegen sollte. Es war eine Standarderöffnung für einen Standardskandal. Schon viele Tumulte in Israel hatten damit begonnen, dass eine ausländische Zeitung Informationen über die israelische Verteidigungspolitik publiziert hatte, die die Regierung aus irgendeinem Grund unterschlagen wollte? Die meisten israelischen Zeitschriften reagierten ablehnend auf das Waffengeschäft. Diesmal schlug sich selbst die moderate *Haarez*, die gewöhnlich Ben Gurions Verteidigungspolitik unterstützte, auf die Seite derer,

* Ben Gurion hatte den *Spiegel* bis zu diesem Vorfall nicht gekannt. Seine Mitarbeiter erklärten ihm, es sei das deutsche Gegenstück zu *Haolam Hazeh*.³

die mit der Cherut-Partei sympathisierten.⁴ Cherut stellte einen Dringlichkeitsantrag auf eine Debatte in der Knesset, und die Maki folgte mit einem Misstrauensantrag. Dennoch behielt Ben Gurion als Krisenmanager die Oberhand. Er veranlasste die Veröffentlichung von immer mehr geheimen Dokumenten und internen Memoranden. Auf dem Höhepunkt der Krise trat er zurück – und gewann die Schlacht. Das Resultat war, dass ein weiteres Tabu gefallen war.

Der Entschluss, Waffen an Deutschland zu verkaufen, hatte emotionale, moralische und politische Aspekte. Es war einer jener Entschlüsse, die Nationen vor die Notwendigkeit stellen, ihr Verhältnis zur eigenen Vergangenheit zu klären und dabei auch ihre Identität zu definieren. Das Kabinett war offenbar durch eine Resolution der Knesset gebunden, die fünf Jahre zurücklag und eine «tiefe Furcht» vor der Wiederbewaffnung der beiden deutschen Staaten zum Ausdruck brachte. Mosche Sharett hatte es in jener Debatte so ausgedrückt: «Die Wiederbewaffnung Deutschlands sollte im jüdischen Volk, dessen Gedächtnis einem gemauerten Brunnen gleicht, der keinen Tropfen verliert, grösste Besorgnis und tiefste Bitterkeit auslösen.»⁵ Doch als das Waffengeschäft mit Deutschland anstand, brachte Ben Gurion das Thema nicht offiziell im Kabinett zur Sprache. Stattdessen traf er die Entscheidung allein, nachdem er mehrere seiner Mitarbeiter aus dem Verteidigungsbereich und vor allem den damaligen De-facto-Verteidigungsminister Schimon Peres konsultiert hatte. Die Tatsache, dass er die Entscheidung dem Kabinett vorenthielt, bewahrte Ben Gurion vor der Notwendigkeit, ihre Klugheit und moralische Lauterkeit zu belegen. Doch es bewahrte ihn nicht vor einer lästigen und unerwarteten Unannehmlichkeit: Ohne die Zustimmung des Kabinetts war der Vertrag nicht gültig. Da er keine andere Wahl hatte, präsentierte Ben Gurion widerstrebend das Problem seinen Ministern und bat, so allgemein wie möglich, rückwirkend um ihre Zustimmung. Deutschland wurde nur beiläufig erwähnt; es sollte der Eindruck entstehen, als handele es sich um eine Routineangelegenheit. Ben Gurion traf nicht auf Widerstand. Drei Monate später, am 29. März 1959, debattierte das Kabinett über die Finanzpolitik. Im Laufe der Diskussion stellte Ben Gurion mit verschwörerischem Stolz fest:

«Das Verteidigungsministerium wird uns dieses Jahr 7 Millionen Dollar einbringen. Wir haben einen Vertrag mit Westdeutschland abgeschlossen.» Finanzminister Levi Eschkol erwiderte: «Ich weiss, dass ihr mich reich macht.» Dann entspann sich der folgende Dialog zwischen Ben Gurion und Israel Barzilai, dem Gesundheitsminister (Mapam): BARZILAI: Ich habe eine Frage dazu.

BEN GURION: Sie finden, es ist verboten, Waffen an Deutschland zu verkaufen? In welchem Religionsgesetz steht das?

BARZILAI: Es steht in keinem Gesetz, aber ich finde, wir sollten an Deutschland keine Waffen verkaufen.

BEN GURION: Da bin ich anderer Meinung.

BARZILAI: Ich würde gerne darüber diskutieren.

BEN GURION: Gut, nächste Woche. Ist nur Westdeutschland verboten oder Ostdeutschland auch?

BARZILAI: Der Osten auch.

BEN GURION: Warum sind Sie dann nach Ostdeutschland gefahren? Ich habe nicht einmal einem deutschen Professor geantwortet, dem ich etwas für sein Spinoza-Buch schreiben sollte, obwohl er einer der rechtschaffensten Männer ist, die ich kenne. Ich sagte, wenn er in der Schweiz Professor wäre, hätte ich liebend gerne etwas geschrieben.

BARZILAI: Meiner Meinung nach ist es möglich und notwendig, zu allen internationalen Konferenzen in Ost- und Westdeutschland zu fahren. Alle fahren. Sie sind schon vor uns nach Westdeutschland gefahren.

BEN GURION: Westdeutschland ist erlaubt. Nicht Ostdeutschland. Das sind Mörder und Räuber, die ihre Beute nicht zurückgegeben haben. Westdeutschland will uns zumindest entschädigen. Der Osten hat auch gemordet und geerbt. Es gibt einen Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland.

Das Waffengeschäft mit Deutschland wurde während dieser Sitzung nicht wieder erwähnt.⁶

Sechs Wochen vergingen. Das Kabinett traf siebenmal zusammen, aber keiner der Minister von Achdut Haavodah oder Mapam erwähnte den Waffenhandel – bis der Spiegel die Meldung veröffentlichte.

Am Vorabend der Knesset-Debatte hielt Ben Gurion vor dem Zentralkomitee der Mapai eine Rede. Er brachte eine Aktenmappe voller Dokumente mit, darunter Notizen über Kabinettsitzungen, die mindestens fünfzig Jahre noch in der Schublade hätten liegen sollen. So erhielten die Delegierten einen faszinierenden Einblick in den Prozess der Entscheidungsfindung im Kabinett. In einem strategisch klugen Vortrag wollte Ben Gurion seinen Genossen das Gefühl vermitteln, Israel befände sich in Gefahr, wenn das Land keine Waffen nach Deutschland verkaufte. Wir müssen es tun, sagte er, nicht nur, weil wir Devisen benötigen, sondern auch, um die Bereitschaft der Deutschen zu fördern, uns die militärische Ausrüstung zu verkaufen, die wir in Zukunft brauchen werden. Die Mitglieder des Zentralkomitees konnten geradezu den Eindruck gewinnen, als hinge die Existenz des jüdischen Staates vom Wohlwollen der Deutschen ab. Ben Gurion strapazierte sein Bekenntnis zu Adenauers Deutschland bis hin zur Sentimentalität:

«Kein Land hat Israel so geholfen wie Amerika – und dennoch weigert es sich, uns Waffen zu verkaufen. Nicht viele Länder stellen Waffen her: Amerika will nicht verkaufen; Russland und seine Satellitenstaaten kommen nicht in Frage. Die einzigen Möglichkeiten liegen in Westeuropa. Es könnte eines Tages für den Staat Israel zu einer Frage von Leben und Tod werden, ob wir die Grundausrüstung für die Armee haben oder nicht... Ich glaube, dass ich wie ein Jude empfinde. Ich bin ebenso schockiert vom Holocaust wie jeder andere... Doch wenn jemand folgert, dass der Holocaust es uns verbietet, mit Deutschland zu verhandeln, dann sage ich, diese Person lebt in der Vergangenheit und nicht in der Zukunft, und sie nimmt ihre Gefühle wichtiger als die Existenz des jüdischen Volkes. Und wenn jemand sagt: ‚Lasst uns die Toten nicht vergessen‘, sage ich darauf: ‚Konzentrieren wir uns darauf, dass wir die Juden, die in diesem Land leben, davor bewahren, ermordet zu werden. Meiner Meinung nach ist das nicht völlig ausgeschlossen. Ich sage das auf Grund meiner Kenntnis der Sachlage. Es wird nicht in den nächsten paar Jahren dazu kommen, aber wer weiss, ob es nicht in fünf Jahren doch geschehen könnte...

Deutschland hat seine Machtstellung in Europa nicht deshalb erhalten, weil wir damit einverstanden waren. Wir waren natürlich nicht einverstanden... Doch nur Idioten oder politische Scharlatane... können nicht begreifen, dass es Israels Stellung in der Welt, seiner Zukunft und vielleicht gar seiner Existenz schaden würde, wenn wir uns eine Grossmacht, deren politisches und ökonomisches Gewicht ständig zunimmt, zum Feind machen und den Arabern als Verbündeten überlassen.

... Es gibt wesentliche Vorhaben, die ohne deutsche Kooperation keine Chance haben. Und ich sehe keine moralischen, emotionalen oder anderen Hindernisse dafür, ebensowenig wie ich ein moralisches oder emotionales Verbot für Gespräche mit England akzeptiere, obwohl England früher Juden aus seinen Landesgrenzen vertrieben hat – ich kenne keine Nation der Welt, die das nicht getan hat. Adenauer ist nicht Hitler. Wäre er Hitler, würde er wie Hitler handeln.» Je länger Ben Gurion sprach, desto besorgter klang er, desto persönlicher wurde er. «Wenn bestimmte Dinge nicht rechtzeitig unternommen werden», sagte er, «ist es ungewiss, ob unsere Kinder und Enkel am Leben bleiben.» Wie er den Delegierten eingestand, trug er schwer an einer Verantwortung, die selbst einen Stärkeren gebeugt hätte. Er könne, schloss er, diese Last nicht ohne ihre volle Unterstützung tragen.⁷

Einer nach dem anderen erhoben sich die Anwesenden, um ihn ihres Beistands zu versichern. Siebzehn Redner äusserten sich in dieser Debatte, und alle schlugen sich auf seine Seite. Zu später Stunde akzeptierte das Zentralkomitee der Mapai die Haltung der Regierung zum Waffenhandel mit dem Ausland, auch mit der Bundesrepublik Deutschland.

Nun blieb nur noch der Kampf in der Knesset.

Mitglieder des Mapai-Zentralkomitees glaubten, dass die Debatte über das Waffengeschäft ebenso gefühlbetont verlaufen würde wie die Auseinandersetzung über die Wiedergutmachung. Siebeneinhalb Jahre waren seit damals vergangen, und die Beziehung zwischen Israel und Deutschland hatte die Knesset nicht weniger als fünfzig Mal beschäftigt. Meistens war das Thema von der kleinen antideutschen Lobby um Rab-

bi Mordechai Nurok aufgebracht worden, die jede Entwicklung mit Argusaugen verfolgte, im Parlament endlose Fragen stellte und Aussprachen verlangte; die Regierung war gezwungen, sich unablässig zu verteidigen. In der Zwischenzeit waren die Kontakte zwischen beiden Ländern auf fast jedem Gebiet immer enger geworden, und Hunderttausende von Israelis erhielten Entschädigungszahlungen. Mit den Jahren sah es so aus, als würde die antideutsche Lobby in der Knesset völlig wirkungslos auf der Stelle treten und als bemühte sie sich vergeblich, in die Überschriften zu kommen. Deshalb konzentrierte sie sich immer mehr auf die offensichtlich symbolischen Manifestationen der jüdisch-deutschen Zusammenarbeit wie kulturelle Veranstaltungen und Besuche prominenter Deutscher in Israel.* Doch die Zeitungen suchten aufregende Stories, und die Nachricht, dass Israel Waffen an Deutschland verkaufte, war eine aufregende Story. In der Rückschau sieht es so aus, als hätte sich die Krise hauptsächlich wegen des Wahlkampfes so zugespielt. Die Slogans waren dieselben wie früher, aber sie hatten viel von ihrer Schlagkraft verloren.

«Das unsaubere Waffengeschäft mit Hitlers Nachfolgern hinterlässt einen scheusslichen Schandfleck auf unserem Land», behauptete Schmuël Mikunis (Maki). «Israelische Waffen für Hitlers Generale... Nur Ben Gurion und seine Lakaien bringen es fertig, sich als des Teufels Advokaten herzugeben.»

Schmutz war auch Menachem Begins Thema: «Sollen diejenigen, die ihre Hände mit jüdischer Seife gewaschen haben», rief er aus, «auch jüdische Waffen tragen?... Unsere Waffen sind heilig – soll Heiligkeit besudelt werden? Sollen diese heiligen jüdischen Waffen einem deutschen Soldaten überlassen werden, der vielleicht jene Gruppe Juden an

* Einer der Besucher war der Bankier Hermann Abs, der damals Vorstandssprecher der 1957 wiedergegründeten Deutschen Bank war. Finanzminister Levi Eschkol erklärte, Abs und seine Frau seien zu einer Besichtigung der heiligen Stätten angereist. Tatsächlich führte Abs während seines Aufenthalts in Israel Gespräche im Auftrag der Bonner Regierung und traf sogar Ben Gurion. Eschkol versicherte, Abs sei, «so weit uns bekannt ist», kein Nazi gewesen. In Wirklichkeit hatte Abs im Wirtschaftsleben des «Dritten Reichs» und bei der Kriegsfinanzierung eine führende Rolle gespielt.⁸

den Fluss geführt hat, zu der ein ‚Hatikwa‘-singender alter Vater gehörte, und der sie in den Fluss trieb, während sie ihre Sündenbekenntnisse und Gebete sangen, und der Fluss wurde rot von Blut?» Und natürlich hatte der Nationalstolz seine grosse Stunde: «Deutsche Soldaten mit israelischen Waffen auszustatten verstösst ganz und gar gegen die nationale Ehre, wenn man wie ein Jude empfindet», sagte Jigal Alon (Achdut Haavodah). «Hat Nationalstolz denn keinen Wert?... Die Einstellung unserer Jugend zu Waffen ist keine militaristische Einstellung. Es ist eine Haltung heiliger Ehrfurcht vor den Mitteln der Verteidigung. Wird unsere Jugend nun nicht lernen, dass wir den Nazis vergeben haben?... Die Deutschen haben diese Waffen nicht gekauft, weil sie gut sind, sondern weil sie von Juden stammen. Die Deutschen wollen sich unbedingt rehabilitieren.»

Ben Gurion antwortete den Gegnern der Vereinbarung mit einer Rede, die eine einzige Provokation war und ganz anders klang als seine sehr gemässigten Worte zum Thema Wiedergutmachung. Sarkastisch zitierte er ausführlich aus Menachem Begins damaligem Redebeitrag und labte sich besonders an der Passage, in der Begin versprochen hatte, in ein «Konzentrationslager» zu gehen, wenn er dadurch das Abkommen mit Deutschland verhindern könne. «Er ist ein Held und Märtyrer, dem seine Ideologie teurer ist als das eigene Leben», sagte Ben Gurion. «Aber wenn ein Jahr vergangen ist, und es wird wieder mit Deutschland verhandelt, und nun treffen Sie diesen pathetischen Redner und heiligen Märtyrer und finden heraus, dass er sein Leben nicht hingegeben, seine Familie nicht verlassen und seinen Freunden nicht Lebewohl gesagt hat, und wenn er sieben Jahre später immer noch dasselbe Lied singt – diesmal nicht lauthals, sondern mit einem kleinen, tränenerstickten Stimmchen – dann wären Sie nicht mehr beeindruckt, sondern würden sich voller Ekel und Verachtung von dieser falschen und theatralischen Rhetorik abwenden, die kein Fetzen innerer Wahrheit enthält.» Abschliessend sagte Ben Gurion: «Man mag für oder gegen Wiedergutmachung aus Deutschland sein. Man mag dafür oder dagegen sein, dass Waffen aus Deutschland gekauft und an Deutschland verkauft werden. Doch

keiner von uns soll sich anmassen, für die sechs Millionen Märtyrer zu sprechen. Der schrecklichste Holocaust unserer Geschichte darf von keiner Partei als Schaufensterdekoration für ihren Politikladen missbraucht werden.» Wenige Minuten später benutzte Ben Gurion selbst die Opfer des Holocaust als Argument: «Wenn die sechs Millionen Ermordeten aus ihren Gräbern oder vom Himmel herab sehen könnten, was in Israel vor sich geht, würden sie zweifellos jubeln und sich freuen und Trost finden in ihrem Kummer beim Anblick des neubauten Israel, der israelischen Armee und unserer Militärindustrie, deren Wert selbst von den Deutschen anerkannt wird.»⁹

Dann stimmte die Knesset ab. Nur die Allgemeinen Zionisten mussten sich vorher noch beraten. Nach kurzer Diskussion beschlossen sie, Ben Gurion zu unterstützen. Ihr Beschluss rettete die Regierung, denn Mapam und Achdut Haavodah stimmten gegen die Waffenkäufe. Die beiden linken Parteien befanden sich in einer wenig beneidenswerten Lage: Ihre Minister hatten von dem Waffengeschäft mit Deutschland erfahren, den Sachverhalt aber ignoriert, bis er publik geworden war; dann hatten sie behauptet, sie könnten sich nicht daran erinnern oder hätten nichts davon gewusst. Das Unbehagen verstärkte sich, als bekannt wurde, dass beide Parteien im Vorstand der Koor-Gesellschaft vertreten waren, der alle Werke von Solei Boneh – und eben auch Soltam – gehörten. Die Koor-Vorstandsmitglieder der Parteien Mapam und Achdut Haavodah hatten sich aktiv an den Verhandlungen mit Deutschland beteiligt. Der Vertreter der Achdut Haavodah war selbst nach Deutschland gefahren, um über den Verkauf von Soltam-Granaten zu sprechen.

Da sie gegen die Regierung gestimmt hatten, hätten die Minister von Mapam und Achdut Haavodah ihren Rücktritt einreichen müssen. Das wurde nicht nur von der politischen Logik diktiert, sondern entsprach auch dem Koalitionsabkommen, das sie mit der Mapai unterzeichnet hatten. Die vier Minister wollten ihre Posten jedoch nicht aufgeben, und es gab keine Möglichkeit, sie zu entfernen. So trat Ben Gurion zurück und brachte damit die Regierung zu Fall. Da es ihm in den folgenden Wochen nicht gelang, geeignete Partner für eine neue Regierung zu finden, blieb die alte mit den vier illoyalen Ministern im Amt, bis Neuwahlen stattfinden konnten.

Das Waffengeschäft mit Deutschland war eines der Hauptthemen im Wahlkampf; Mapam liess die legendäre Rozka Korczak, die beim Ghetto-Aufstand in Wilna eine führende Rolle gespielt hatte, für sich um Stimmen werben. Es ist schwer zu sagen, inwieweit der Parteienstreit die Wähler beeinflusste. Ben Gurion, damals dreiundsiebzig Jahre alt, stürzte sich mit dem Slogan «Sag ja zu dem alten Mann» in den Wahlkampf. Die Mapai gewann sieben Sitze hinzu, einen mehr als bei ihrem bis dahin besten Ergebnis, und kam nun insgesamt auf siebenundvierzig Sitze. Das Waffengeschäft mit Deutschland hatte offenbar keinen Schaden angerichtet.* In der Zwischenzeit nahm Ben Gurion schon Anlauf zum nächsten deutschen Skandal.

Am Weihnachtstag des Jahres 1959 malten Vandalen Hakenkreuze und antisemitische Parolen auf die Wände der Kölner Synagoge. Dasselbe geschah in anderen deutschen Städten; insgesamt wurden vierhundert solcher Zwischenfälle gemeldet. Von Deutschland aus verbreitete sich das Phänomen über die ganze Welt. Dieser plötzliche Ausbruch von Antisemitismus bestärkte all jene, die gegen israelisch-deutsche Beziehungen opponierten, und sie führten ihn als Beweis dafür an, dass Ben Gurion sich irrte, wenn er die Bundesrepublik als ein «anderes Deutschland» bezeichnete. Die israelische Presse quoll über von Berichten über neonazistische Aktivitäten in Deutschland und anderenorts; Organisationen und Institutionen verurteilten die Vorgänge scharf und riefen zum Handeln auf.¹¹ Die kommunistische Partei sprach der Regierung das Misstrauen aus und stellte einen Antrag auf Kündigung des Waffengeschäfts. Obwohl viele Deutsche, unter ihnen Bundespräsident Heinrich Lübke und Bundeskanzler Adenauer, die antisemitischen Akte verurteilten, war es für Ben Gurion nicht leicht, seine Politik zu verfechten. Er erklärte kühn, er werde nicht ein Wort von dem zurücknehmen, was er in der Vergangenheit gesagt hatte – schliesslich seien derartige antisemitische Aktionen in über fünfundzwanzig Ländern zu verzeichnen und nicht allein in Deutschland –, und er verkündete, er habe «einen unserer Dienste, der über die Mittel dazu verfügt», angewiesen, die Quelle des Phänomens ausfindig zu machen.

* Später verkaufte Israel an Deutschland die Maschinenpistole UZI und Militärurniformen, die in der Textilfabrik ATA hergestellt worden waren.¹⁰

Damit meinte er den Mossad. Isser Harel offenbarte Jahre später, dass israelische Agenten nach dem weltweiten Ausbruch von Antisemitismus Operationen gegen organisierte Nazi-Gruppen durchgeführt und sogar Juden in verschiedenen Ländern zur Selbstverteidigung und für Gegenangriffe ausgebildet hatten.¹² Mittlerweile war der Stab des Ministerpräsidenten mit geheimen Vorbereitungen für die erste Zusammenkunft zwischen Ben Gurion und Adenauer beschäftigt. Trotz der neonazistischen Welle, die Deutschland überschwemmte, liess der Ministerpräsident die Vorbereitungen nicht abbrechen.

Am 14. Mai 1960 trafen sich die beiden Staatsmänner – sicher nicht zufällig – in der grössten jüdischen Stadt der Welt. Adenauer hielt sich zu einem ersten offiziellen Besuch in den Vereinigten Staaten in New York auf. Das Treffen mit dem israelischen Premier sollte bei den Juden, in der Geschäftswelt und bei der Presse eine deutschlandfreundliche Einstellung fördern. Beide Politiker wohnten im Waldorf Astoria; Ben Gurion kam dem Kanzler entgegen, indem er zwei Stockwerke zu dessen Suite herunterstieg. Um den Reportern zu entgehen, die an den Lifttüren lauerten, benutzte er die Treppe. «Er ist älter als ich», erklärte Ben Gurion später, als man ihm übertriebene Höflichkeit gegenüber einem Deutschen vorwarf. Das Treffen war sowohl in Bonn als auch in Jerusalem sorgfältig vorbereitet worden.

Ben Gurion war gekommen, um über Geld und Waffen zu reden. In vorbereitenden Gesprächen mit dem Bankier Hermann Abs und anderen Finanzexperten war festgelegt worden, dass Ben Gurion den Kanzler um eine Anleihe von 250 Millionen Dollar zur Entwicklung des südlichen Negev bitten würde. Deutschland würde das Geld in zehn jährlichen Raten an Israel überweisen. Vorher hatte Schimon Peres mit Franz Josef Strauss vereinbart, dass Deutschland dem jüdischen Staat militärisches Gerät aus überschüssigen NATO-Beständen «leihen» bzw. ohne Bezahlung überlassen würde. Strauss erklärte, man brauche Adenauers Zustimmung, und Ben Gurion beschloss, ihn selbst zu fragen. Es wurde im Vorfeld entschieden, dass die beiden Staatsmänner nicht über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen reden würden; die Deutschen,

die sich um ihr Verhältnis zur arabischen Welt sorgten, waren daran nicht interessiert.

Das Gespräch dauerte fast zwei Stunden. Ben Gurion verstand Adenauers Deutsch, er selbst sprach Englisch, und seine Worte wurden übersetzt. Sie unterhielten sich über das neue Israel und das neue Deutschland, über die Nazis und die Judenvernichtung. Ben Gurion erklärte dem deutschen Kanzler, der Mord an den europäischen Juden, der grössten potentiellen Einwanderergruppe, hätte die Schaffung des jüdischen Staates fast verhindert. Ihr Fehlen sei noch heute deutlich zu spüren, sagte der Ministerpräsident. Adenauer erkundigte sich nach der Geburtenrate in Israel. Einwanderer aus arabischen Ländern hätten durchschnittlich acht Kinder pro Familie, erwiderte Ben Gurion, Immigranten aus Europa dagegen nur zwei. Das sei nicht genug, meinte Adenauer.

Dann bat Ben Gurion um einen Kredit für den Negev. Am Morgen, als er sich gerade auf den Weg zu dem Treffen machen wollte, hatte sein Berater Jizchak Navon – später Israels fünfter Präsident – ihn in seiner Suite aufgesucht und darauf hingewiesen, dass 250 Millionen Dollar, auf zehn Jahre verteilt, für die Deutschen eine unbedeutende Summe seien. Er schlug Ben Gurion vor, er solle um eine Milliarde Dollar bitten. Der Ministerpräsident wandte ein, die Höhe der Anleihe sei bei den vorbereitenden Gesprächen mit den Deutschen abgestimmt worden und er könne deshalb jetzt nicht eine so phantastische Summe nennen. Nun gut, meinte Navon, vielleicht wären 750 Millionen Dollar eher denkbar. Ben Gurion lehnte auch das ab. Doch kurz darauf, schon in der Tür, drehte sich Ben Gurion zu seinem Berater um und eröffnete ihm, er werde um eine halbe Milliarde bitten, also um das Doppelte der geplanten Summe. Und das tat er dann auch. «Die wirtschaftliche Argumentation war», schrieb Ben Gurion später, «den Negev zu einem grossen Industriezentrum für den Export nach Asien und Ostafrika durch das Rote Meer zu entwickeln.» Doch er lieferte Adenauer auch ein moralisches Argument: «Ich weiss nicht, ob die Jugend von heute in Deutschland sich im Klaren ist, was das nationalsozialistische Deutschland war, aber ich habe keinen Zweifel, dass sie eines Tages die ganze furchtbare Wahrheit erkennen wird und dass jeder junge Deutsche Gram und Scham über

dieses schreckliche Verbrechen empfinden wird. Ich möchte mit Ihrer Hilfe schöpferische und konstruktive Unternehmungen in Israel errichten, welche die deutsche Jugend, wenn sie das Erreichte sehen oder von ihm hören wird, mit Stolz über das erfüllen wird, was Adenauers Deutschland getan hat, um die Verbrechen Hitler-Deutschlands, soweit es möglich ist, zu sühnen.»¹³

Adenauer versprach Ben Gurion die Anleihe und stimmte auch der Vereinbarung zwischen Peres und Strauss zu. Dann luden die beiden Staatsmänner die Reporter und Fotografen ein und demonstrierten ihre Freundschaft – und für einen kurzen Augenblick sogar ihre gute Laune. Eines der Fotos von dieser Zusammenkunft wurde später auf einem Wahlkampfplakat der Cherut verwendet. Es zeigte Ben Gurion, der liebevoll seine Hand auf Adenauers Arm gelegt hat. Adenauer erzählte den Reportern, die Hilfe für Israel würde später Dividende bringen; Ben Gurion wiederholte, das heutige Deutschland sei nicht das Deutschland von gestern. Man hatte den Eindruck, dass sich hier eine historische Versöhnung abzeichnete.* Zurück in Israel, wurde Ben Gurion von erbosten Leitartikeln begrüsst. Selbst Natan Alterman fand tadelnde Worte, und in der Knesset erwartete ihn ein Misstrauensantrag. Wieder einmal, wie schon so oft, hiess es, Ben Gurions Deutschlands-politik sei eine grobe Beleidigung für die Opfer des Holocaust. Doch zu diesem Zeitpunkt wusste Ben Gurion bereits, dass Isser Harel ihm bald Adolf Eichmann bringen würde.

* Im Gegensatz zu Nahum Goldman, der sich möglichst alle Vereinbarungen von Adenauer schriftlich bestätigen liess, begnügte sich Ben Gurion mit der mündlichen Zusage des Kanzlers. Deshalb musste in den folgenden Monaten eine längere Korrespondenz die Punkte klären, auf die sich die beiden Staatsmänner im Grunde schon geeinigt hatten. Die beiden Männer wechselten nicht weniger als neunzehn Briefe. Das Ergebnis war zufriedenstellend. Die Deutschen hielten die meisten von Adenauers Versprechungen ein.¹⁴

Teil VI

Prozess:

Eichmann in Jerusalem

Am Abend des 11. Mai 1960 kehrte ein Mann, den seine Nachbarn als Ricardo Klement kannten, nach der Arbeit zu seiner Wohnung in der Garibaldi-Strasse in einem Vorort von Buenos Aires zurück. An der Strassenecke warteten zwei Autos. Als der Mann näherkam, wurde er von den Scheinwerfern des einen Wagens geblendet. Zwei Männer sprangen heraus, warfen ihn zu Boden und stiessen ihn in den zweiten Wagen. Sie knebelten ihn, fesselten ihn an Händen und Füssen, setzten ihm eine dunkle Brille auf, drückten ihn auf den Boden und breiteten eine Decke über ihn. Er wurde nicht unter Drogen gesetzt; der Arzt, den sie mitgebracht hatten, hatte sie gewarnt, dass ein Betäubungsmittel den Gefangenen umbringen könnte. Dann raste das Auto zu einem vierzig Minuten entfernten Versteck, das einer der Entführer gemietet hatte.

Dort fragten die Entführer Klement, wer er sei. Zuerst machte er Ausflüchte, doch bald erkannte er, dass das keinen Zweck hatte. «Mein Name ist Adolf Eichmann», gab er zu. Er begriff sofort, wer seine Kidnapper waren – Agenten des Mossad. «Ich kann Hebräisch», verkündete er und fing zur Verblüffung seiner Bewacher an, die ersten Verse der Bibel zu rezitieren: «Bereschit bara Elochim at haschamajim weet haarez...» Sie unterhielten sich; später unterzeichnete er ein Schriftstück, in dem er sich einverstanden erklärte, in Israel vor Gericht gestellt zu werden. Dann zogen sie ihm die Uniform eines Flugzeug-Stewards an, versahen ihn mit den nötigen Papieren, gaben ihm Beruhigungsmittel und setzten ihn in ein Sonderflugzeug der El Al, das auf dem internationalen Flughafen wartete. Das Flugzeug hatte eine israelische Delegation unter Abba Eban zur 150-Jahr-Feier nach Argentinien gebracht; Eban flog mit einem anderen Flugzeug zurück.¹

Eichmann war vierundfünfzig Jahre zuvor, 1906, in der Stadt Solingen im Rheinland zur Welt gekommen und in der österreichischen Stadt Linz aufgewachsen. Er war 1932, von Ernst Kaltenbrunner überredet, in die österreichische NSDAP eingetreten. Als die Nazis das Dritte Reich proklamierten, zog Eichmann nach Deutschland. Zuerst arbeitete er für den Sicherheitsdienst der SS und dann im Reichssicherheitshauptamt, das unter anderem die Polizei und die Gestapo kontrollierte. Eichmann arbeitete im Judenreferat und befasste sich auch mit der Auswanderung von Juden aus dem Reich. Als sich die Massnahmen gegen die jüdische Bevölkerung mehrten und die Stelle wichtiger wurde, wurde Eichmann zum Chef der Abteilung befördert. Er unterhielt Kontakte zu den Oberhäuptern der örtlichen jüdischen Gemeinde und zu zionistischen Funktionären in Berlin, Wien und Prag. Er las Bücher über die Geschichte des Zionismus, durchstöberte die jüdische Presse und schnappte jiddische und hebräische Brocken auf.

Während des Krieges gehörten die Deportation, Ausweisung und Vernichtung der Juden zu Eichmanns Aufgaben. Im Januar 1942 nahm er an der Wannsee-Konferenz teil, bei der Staatssekretäre der wichtigsten Reichsministerien die Massnahmen zur Durchführung und Koordination der «Endlösung» besprachen. Eichmann machte keine Politik – er führte sie aus. Bei Kriegsende war er SS-Obersturmbannführer. Er spielte eine zentrale Rolle bei der Organisation der Judentransporte in die Vernichtungslager, und er kannte einige der Lager aus eigener Anschauung.² Adolf Eichmann war nicht der ranghöchste Beamte, der sich mit der «Endlösung» befasste, aber er war in der Regel der ranghöchste Nazi, der direkten Kontakt zu prominenten Juden unterhielt. Ihnen kam er allmächtig vor, und sein Name wurde bei den Nürnberger Prozessen häufig genannt.

Nach dem Krieg sass Eichmann in einem amerikanischen Kriegsgefangenenlager, aber er konnte entkommen, bevor seine Identität entdeckt wurde. Schliesslich gelangte er – dank der Hilfe einiger ehemaliger Bekannter von der SS – mit seiner Familie nach Argentinien. Zwei Holocaust-Überlebende, Simon Wiesenthal aus Linz und Tuvia Fried-

man aus Haifa, sammelten jeden Fetzen an Information über seinen Aufenthaltsort; hin und wieder wurde Eichmann in der Presse erwähnt.³

An einem Septembertag des Jahres 1957 bat Fritz Bauer um einen Termin bei Elieser Shinnar, Israels Vertreter in Bonn. Bauer, ein deutscher Jude, der den Nazis trotz mehrfacher Verhaftungen entkommen war, arbeitete nun als Oberstaatsanwalt im Bundesland Hessen. Bauer gab an Shinnar Informationen weiter, die er gerade erhalten hatte: Eichmann lebte in Buenos Aires. Er, Bauer, wende sich an die israelische Vertretung, so erklärte er, weil er befürchte, dass jemand Eichmanns Auslieferung verhindern oder ihn gar warnen würde, wenn er die deutsche Regierung einschalten würde. Nur eine Person wusste von Bauers Kontakten mit Israel, und das war Hessens Ministerpräsident Georg August Zinn, der, wie Bauer, der SPD angehörte.

Isser Harel schickte einen Mossad-Agenten zu dem deutschen Oberstaatsanwalt, der ihm den Namen seines argentinischen Informanten nannte. Harel schickte einen zweiten Agenten nach Lateinamerika, der die Angelegenheit überprüfen sollte, doch weder der Informant noch der Agent konnten Eichmann ausfindig machen. Der Mossad verfolgte die Angelegenheit nicht weiter.* Zwei Jahre später nahm Bauer erneut Ver-

* Harel ist praktisch die einzige Quelle für die Geschichte des Mossad, die er ausführlich beschrieben hat. Doch seine Bücher sind mit Vorsicht zu genießen. Als er in den frühen fünfziger Jahren die Leitung des Geheimdienstes übernahm, setzte er angeblich Eichmann ganz oben auf die Liste der Gesuchten, gleich neben Josef Mengele. Doch die Jagd nach Nazi-Verbrechern hatte nicht wirklich Vorrang; sowohl der israelisch-arabische Konflikt als auch die Organisation der Masseneinwanderung beanspruchten den Mossad wesentlich mehr, und Harels Energie floss in das Aufspüren von Spionen, Terroristen und Opponenten des Ben Gurion-Mapai-Regimes. In seinem Buch über Eichmanns Gefangennahme erwähnt er, dass er den Hinweis von Fritz Bauer erhalten hatte; offenbar hatte demnach der Mossad nicht aktiv nach Eichmann gesucht. Ein Kapitel in Harels autobiographischen Werken trägt die Überschrift: «Warum haben wir Mengele nicht gefangen?» Die Frage wird im Grunde nicht beantwortet. Es ist nicht klar, ob Mengele, der die entsetzlichen «medizinischen Experimente» in Auschwitz durchführte, der israelischen Justiz trotz der Bemühungen des Mossad entging oder ob diese Bemühungen zu gering waren. In einem anderen Buch kritisiert Harel den Geheimdienst der israelischen Armee, weil er den Gestapo-Kommandanten Heinrich Müller nicht aufgespürt hatte. Man gewinnt den

bindung zum Geheimdienst auf. Diesmal könne er den Namen seines Informanten nicht preisgeben, bekannte er seinem Gesprächspartner, doch ihm seien der Deckname und die Adresse Eichmanns bekannt. Harel konsultierte Generalstaatsanwalt Chaim Cohen, und die beiden wandten sich an Ben Gurion. Wenn Israel nicht handle, erklärten sie ihm, würde Bauer die deutsche Regierung informieren und sie ersuchen, Argentinien um Eichmanns Auslieferung zu bitten. «Ich schlug vor, man solle ihn bitten, es niemandem zu erzählen und nicht um Auslieferung zu ersuchen, sondern uns seine Adresse zu geben», schrieb Ben Gurion in sein Tagebuch. «Wenn sich herausstellen sollte, dass er dort ist, werden wir ihn fangen und herbringen. Isser wird sich darum kümmern.»⁵ Der Deckname war korrekt, aber als die Mossad-Agenten die Adresse aufsuchten, die Bauer genannt hatte, erfuhren sie, dass Ricardo Klement und seine Familie umgezogen waren. Einer der Nachbarn kannte die neue Adresse in der Garibaldi-Strasse. Das Unternehmen war kompliziert und gefährlich; Harel leitete es selbst. Ben Gurion wurde über die Operation auf dem laufenden gehalten. Während Eichmann immer noch von seinen Kidnappern in Buenos Aires festgehalten wurde, notierte der Ministerpräsident in sein Tagebuch: «Wenn die Identifizierung nicht falsch war, ist dies eine wichtige und erfolgreiche Operation.»

Ben Gurion verhielt sich selbst dann noch zurückhaltend, als Harel ihm mitteilte, dass Eichmann in Israel sei. Er verlangte, dass jemand, der Eichmann persönlich gekannt hatte, seine Identität bestätigen müsse.⁶ Als nächstes wurde Fritz Bauer von Harel informiert.

Zwei Stunden später – es war der 23. Mai 1960 – überbrachte Ben Gurion der Knesset die dramatischste Nachricht, die die Abgeordneten je vernommen hatten. Er sagte nur zwei Sätze: «Ich habe der Knesset mitzuteilen, dass vor einiger Zeit durch israelische Sicherheitskräfte ei-

Eindruck, dass Israel die Verhaftung von Nazi-Verbrechern ebensowenig als nationale Priorität betrachtete, wie die Führung des Jischuw dem Rachegedanken Vorrang eingeräumt hatte.⁴

ner der grössten Naziverbrecher, Adolf Eichmann, gefunden wurde, der gemeinsam mit Naziführern die Verantwortung für das trägt, was sie die ‚Endlösung der Judenfrage‘ nannten, d.h. für die Vernichtung von sechs Millionen europäischer Juden. Adolf Eichmann ist bereits im Lande in Haft und wird hier in Kürze nach dem Gesetz aus dem Jahre 1950 über die Bestrafung der Nazis und ihrer Helfershelfer vor Gericht gestellt werden.»⁷

Israel war wie betäubt. «Am Abend des Tages, an dem Eichmanns Verhaftung bekannt geworden war», schrieb Natan Alterman später, «sah eine jüdische Frau, die eine Strasse in Tel Aviv entlangging, überrascht, wie Leute in Grüppchen zusammenstanden und die noch druckfrische Zeitung lasen. Die ganze Strasse war still, jeder griff sich hastig ein paar Seiten und las, als sei ein Krieg erklärt worden. Die Frau trat zu einer der Gruppen und erblickte eine Überschrift in grossen Lettern. Adolf Eichmann ist verhaftet worden und befindet sich bereits in Israel. Sie las die Worte. Einen Moment lang stand sie wie versteinert, dann wankte sie und fiel in Ohnmacht.» Doch geboten waren in diesem Augenblick eher Grösse und Stolz: «Erhebe Dich, jüdische Frau», schrieb Alterman⁸.

«Kaum ein anderes Ereignis hat bei uns solche Emotionen und einen solchen Schock ausgelöst wie das, was diese Woche geschehen ist», schrieb eine Zeitung.⁹ Der Schlüsselbegriff in allem, was in jenen Tagen gesagt und geschrieben wurde, war das «wir»; seit den Tagen der Unabhängigkeitserklärung hatten die Israelis kein so starkes Gefühl von nationaler Einheit mehr erlebt. Die erste Welle der Bewunderung galt der Operation selbst. Die Formel «israelischer Sicherheitsdienst» klang geheimnisvoll und regte die Phantasie an, beschwor den Gedanken an komplexe und gewagte Unternehmen herauf. In den Wochen vor der Verhaftung hatten Bauer und Harel das Gerücht genährt, Eichmann habe sich in Kuwait versteckt gehalten; man nahm an, dass sich auch andere Naziverbrecher in arabischen Ländern aufhielten und von dort aus die Zerstörung Israels planten.¹⁰ Am Tag nach seinem Auftritt in der Knesset schrieb Ben Gurion in einem Brief: «In Ägypten und Syrien le-

ben Nazi jünger, die uns zerstören wollen, und das ist die grösste Gefahr, die uns droht.»*¹¹

Viele sahen Eichmanns Verhaftung als siegreichen Augenblick in Israels ewigem Kampf ums Überleben. «Wenn Eichmann in Israel vor ein jüdisches Gericht gestellt wird, wird uns das für die unmenschliche und chaotische Leere entschädigen, die die jüdische Existenz von dem Tag an, in dem die Juden ins Exil gingen, bis heute gekennzeichnet hat», schrieb Natan Alterman.¹³ Doch was über den momentanen Stolz hinausging und tiefer sass als der Wunsch nach gerechter Bestrafung und nach Rache, waren die entsetzlichen Erinnerungen und die schmerzlichen Gefühle von Scham und Schuld. Erinnerungen quälten viele Holocaust-Überlebende, alte wie junge, die hinter einer Mauer von Schweigen lebten. Der Prozess gegen Adolf Eichmann – das wussten sie sehr wohl – würde sie zwingen, sich ihren Erinnerungen zu stellen, zum ersten Mal davon zu erzählen. Eltern würden mit ihren Kindern reden müssen, Kinder mit ihren Eltern. Die emotionale Entladung, die die plötzliche Bekanntgabe von Eichmanns Verhaftung ausgelöst hatte, erklärt sich als Folge der fast unerträglichen Angst der israelischen Juden vor dem, was sie entdecken würden.

In seinen Briefen und Interviews in dem Jahr zwischen der Verhaftung und dem Prozess betonte Ben Gurion oft, dass Eichmann ihn nicht als Mensch interessierte; von Belang sei für ihn lediglich die historische Bedeutung des Prozesses. «Nicht die Bestrafung ist hier das wichtigste, sondern die Tatsache, dass der Prozess stattfindet und dass er in Jerusalem stattfindet», betonte er. Nicht nur Eichmann und dessen Taten, fügte er hinzu, sondern der Holocaust als Ganzes würden vor Gericht zur Sprache kommen.¹⁴ Ben Gurion hatte zwei Ziele: Zum einen wollte er die Länder der Welt daran erinnern, dass der Holocaust sie verpflichtete, den einzigen jüdischen Staat auf Erden zu unterstützen. Zum zweiten wollte er dem israelischen Volk, und insbesondere der jüngeren Gene-

* In den ersten Tagen nach der Ankündigung verriet Israel nicht, dass Eichmann in Argentinien entdeckt worden war; auch dieses Geheimnis wurde von einer ausländischen Zeitschrift, in diesem Fall Time, gelüftet.

ration, eindrücklich vorführen, was sie aus dem Holocaust lernen sollten. In einem Interview mit der New York Times, das er offenbar vor der Veröffentlichung abgesehen hatte, erklärte Ben Gurion, die Welt müsse lernen, wohin der Judenhass geführt hatte – und dann müsse sie lernen, sich zu schämen. Dabei nannte er die Vernichtungsmaschinerie eine «Seifenfabrik». Weiter stellte er fest, dass nicht nur Deutschland schuldig sei; auch die Weigerung Grossbritanniens, Juden die Einwanderung nach Palästina zu gestatten, habe zum Tod von Hunderttausenden geführt. Der Prozess, fuhr er fort, könne weitere Naziverbrecher enttarnen und vielleicht auch ihre Verbindung zu arabischen Herrschern aufdecken. Seiner Meinung nach war die antizionistische Propaganda aus Ägypten antisemitisch und von den Nazis inspiriert. «Sie sagen zwar ‚Zionisten‘, aber sie meinen ‚Juden‘», behauptete er. Daraus ergab sich unweigerlich die Folgerung, dass die Feinde des Staates Israel die Feinde des jüdischen Volkes waren und dass Hilfe für Israel nichts anderes bedeutete als Kampf gegen Antisemitismus.

Ben Gurions Stellung als Ministerpräsident war zu jener Zeit unangefochten. Er brauchte den Eichmann-Prozess nicht zur Stabilisierung seiner politischen Macht. Doch als Mann, der in historischen und philosophischen Kategorien dachte, begriff er, dass die israelische Revolution eine Anzahl grundlegender Probleme nicht gelöst hatte. Die Zukunft des Staates war nicht gesichert. Die meisten Juden auf der Welt hatten sich nicht in Israel niedergelassen – das Land war nicht zum Mittelpunkt jüdischen Lebens geworden. Der Rückzug aus dem Sinai vier Jahre zuvor, der auf Druck der USA und der Sowjetunion geschehen war, erschien vielen immer noch als schändliche Kapitulation: Sie zeugte davon, wie eingeschränkt Israels Souveränität und Sicherheit waren. Die junge Generation sollte nach Ansicht der Mehrheit lernen, dass sich Juden nicht wie Lämmer zur Schlachtbank führen liessen, sondern eine Nation bildeten, die sich wie im Unabhängigkeitskrieg mutig verteidigen konnte, erläuterte Ben Gurion der New York Times.¹⁵ Der Eichmann-Prozess solle sie mit Nationalstolz erfüllen und sie daran erinnern, dass es für sie nur ein Land auf der Welt gab, das nur ein Land Juden eine sichere Existenz gewähren konnte – und zwar der Staat Is-

rael. Im Sommer 1959 war es in Wadi Salib, einem Armenviertel von Haifa, in dem vorwiegend Einwanderer aus Marokko lebten, zu Unruhen gekommen; von Haifa aus hatten sie auf andere Orte übergegriffen. Zum ersten Mal seit der Masseneinwanderung aus arabischen Ländern schien die Hegemonie des aschkenasischen Establishments unter Führung der Mapai bedroht. Der Holocaust war den sephardischen Immigranten kein Begriff. «Sie lebten in Asien oder Afrika und hatten keine Ahnung von Hitlers Untaten, also mussten wir ihnen alles von Anfang an erklären», bemerkte Ben Gurion später.¹⁶ Irgendetwas musste die israelische Gesellschaft einigen – ein kollektives Erlebnis, eine packende, läuternde und patriotische Erfahrung, eine nationale Katharsis.

Gleichzeitig sollte der Eichmann-Prozess es der Mapai ermöglichen, ihre Kontrolle über das Erbe des Holocaust wiederzuerlangen, die sie an Cherut und die linken Parteien verloren hatte. Der Prozess sollte die historische Schuld tilgen, die der Mapai-Führung seit der Affäre Kastner anhing; er sollte beweisen, dass die Regierung Ben Gurion trotz ihrer Kontakte zu Deutschland, trotz des Wiedergutmachungsabkommens und der Waffengeschäfte, nicht unsensibel mit dem Holocaust umging.

Deshalb war Ben Gurion erbost, als Nahum Goldmann, der Präsident der Zionistischen Weltorganisation, sich der Meinung mehrerer ausländischer Zeitungen anschloss und forderte, dass Eichmann nicht vor ein israelisches Gericht, sondern vor einen internationalen Gerichtshof gestellt werden sollte. Martin Buber dachte ähnlich: «Ich bin nicht der Ansicht, dass die Opfer auch Richter sein sollten», äusserte der Philosoph.¹⁷ Ben Gurion betrachtete den Vorschlag als Angriff auf Israels Souveränität und hielt Goldmann in einem offenen Brief eine Standpauke: «Durch die Veröffentlichung Deines Vorschlags, die bewusst oder unbewusst auf die öffentliche Meinung in der Welt abzielte, wurden die Gefühle des Volkes Israel (und wie es scheint, nicht nur Israels) und die Reputation des Staates zutiefst verletzt.» Goldmann antwortete umgehend:

«In dem Interview [in Haboker] habe ich gesagt, dass ich Israels Recht, Eichmann den Prozess zu machen, nicht in Zweifel ziehe, und ich sprach mein Vertrauen in die israelische Justiz aus. Ich dachte le-

diglich und denke es noch, dass es, da Eichmann und die Nazis nicht nur Juden ermordet haben, sinnvoll wäre, andere Völker, die ebenfalls Angehörige durch die Nazis verloren haben, zur Entsendung von Richtern einzuladen. Ich betone, dass der Gerichtsvorsitzende ein israelischer Richter sein muss und dass der Prozess selbst in Israel stattfinden muss. Welche Kränkung ist das für die Nation und den Staat? Meiner Ansicht nach ist es eine grosse Ehre für das Land, wenn andere Länder ihre Richter an einen Gerichtshof entsenden, dessen Vorsitzender ein israelischer Richter ist.»^{*18}

Wieder einmal entspann sich ein historiographischer und politischer Disput. «Die Katastrophe, die die Nazis über das jüdische Volk brachten, ist keinesfalls nur ein Teil der anderen Greuel, die sie in der Welt verübten», schrieb Ben Gurion an Goldmann, «sondern ein besonderes und beispielloser Kapitel, das auf die totale Vernichtung der Juden abzielte; Hitler und seine Kumpane hätten nicht gewagt, einem anderen Volk ein Gleiches anzutun. Es ist die Pflicht des souveränen Staates Israel, der Welt die Geschichte der Judenkatastrophe in vollem Umfang und in all ihrer Grausamkeit vor Augen zu führen, ohne die anderen Verbrechen des Nazi-Regimes zu übersehen – doch nicht als Teil dieser Verbrechen, sondern als Verbrechen, das in der Geschichte beispiellos dasteht.» Nach Ben Gurion konnte der Holocaust geschehen, weil die Juden nicht in ihrem eigenen Land lebten. «Antisemitismus wird durch die Existenz von Exil-Juden ausgelöst», schrieb er in einem anderen Brief. «Wenn sie anders sind als ihre Nachbarn, wecken sie Furcht oder

* Goldmann hielt sich in Israel auf, um an einer Sitzung des Mapai-ZK teilzunehmen, die sich unter anderem mit den Beziehungen zwischen Israel und den jüdischen Gemeinden im Ausland, vor allem den amerikanischen Juden, befasste. Als Ben Gurion Goldmann entdeckte, rief er ihm zu: «Du bist der Ewige Jude!»¹⁹ Auch schriftlich liess Ben Gurion seinem Sarkasmus freien Lauf: «In Israel herrscht vollkommene Redefreiheit, nicht nur für die Bewohner des Landes, sondern auch für Touristen.»²⁰ Goldmann liess es nicht auf einen Streit ankommen – wenn sein Vorschlag auch nicht akzeptiert werde, erwiderte er, so sei es doch vielleicht sinnvoll, ausländische Beobachter zu dem Prozess einzuladen.

Verachtung, und wenn sie versuchen, ihnen zu gleichen und dann katholischer sind als der Papst, werden sie vertrieben.»²¹

Kurze Zeit nach dem Schlagabtausch mit Goldmann erhielt Ben Gurion einen Brief von Joseph M. Proskauer, einem New Yorker Richter und Ehrenpräsidenten des American Jewish Committee. Dem AJC gefiel es nicht, dass Ben Gurion sich so verhielt, als hätte Israel das Recht, für die Juden der ganzen Welt zu sprechen. Damit wurden viele Fragen aufgeworfen: Was ist Judentum? Wer ist Jude? In welchem Mass ist der Staat Israel ein jüdischer Staat? Ist das Leben eines Juden in Israel vollkommener als in irgendeinem anderen Land? All das war in einer langen und aufreibenden Korrespondenz zwischen Ben Gurion und den Exponenten der amerikanischen Juden bereits abgehandelt worden. Als der Eichmann-Prozess näherrückte, mussten dieselben Fragen erneut gestellt werden. Auch Proskauer forderte Ben Gurion auf, Eichmann nicht vor ein israelisches Gericht zu stellen, sondern ihn an Deutschland oder eine internationale Körperschaft auszuliefern. Dem Brief beigelegt war ein Leitartikel der Washington Post, in dem die Meinung vertreten wurde, Israel sei nicht ermächtigt, im Namen von Juden aus anderen Ländern zu sprechen. Der Eichmann-Prozess, warnte Proskauer, werde Israels Image in den Vereinigten Staaten schaden. Er werde es den Freunden Israels erschweren, die amerikanische Regierung zu Militärhilfe zu überreden. Und er fürchtete, der Prozess werde antisemitische Gefühle wachrufen. «Was wird es Ihnen einbringen?» fragte er und stellte fest, das «emotionale Bedürfnis», den Prozess in Israel durchzuführen, rechtfertige nicht den Schaden, der dadurch angerichtet würde.

Ben Gurion antwortete mit einem langen Brief. Er gab lediglich zu, dass Israel nicht für Juden aus anderen Ländern sprechen konnte. Er gab jedoch nicht den Anspruch Israels auf, im Namen der Holocaust-Opfer zu sprechen. Indem er darauf beharrte, erklärte er sie alle zu Zionisten.²² Wie in seinem Gespräch mit Adenauer beschrieb er die Holocaust-Opfer als Menschen, die dem Staat Israel verlorengegangen waren: «Der jüdische Staat (der Israel heisst) ist der Erbe der sechs Millionen, die ermordet wurden, und zwar der einzig rechtmässige Erbe; denn diese

Millionen betrachteten sich – was immer die Washington Post davon hält – als Söhne des jüdischen Volkes und einzig und allein als Söhne des jüdischen Volkes. Hätten sie überlebt, wäre die grosse Mehrheit von ihnen nach Israel gekommen. Der einzige rechtmässige Anklagevertreter ist Israel, und aus Gründen der historischen Gerechtigkeit ist es die Pflicht der israelischen Regierung, als Regierung des jüdischen Staates, dessen Grundlagen von Millionen europäischer Juden errichtet wurden und dessen Schaffung ihre grösste Hoffnung war, ihre Mörder vor Gericht zu stellen.»²³ Ben Gurion wiederholte dieses Argument in einem Interview mit der New York Times.²⁴ Er konnte sich natürlich nicht sicher sein, dass die Opfer auch wirklich nach Israel gekommen wären. In der Tat wurden viele der Opfer gerade deshalb umgebracht, weil sie in ihren Ländern blieben und nicht nach Palästina emigrierten, solange dies noch möglich war. Wieviele von ihnen sich als Zionisten betrachteten, muss im Dunkeln bleiben. Die Nazis ermordeten sie, ob sie sich nun Zionisten, Antizionisten oder auch nur Juden nannten. Solche Feinheiten ignorierte Ben Gurion gerne.

Über die Gefahr des Antisemitismus versicherte der israelische Premier dem Ehrenpräsidenten des American Jewish Committee: «Es gibt in Amerika Äusserungen von Antisemitismus – wir finden sie in allen Ländern –, aber das amerikanische Volk als Ganzes ist nicht antisemitisch. Ich bin nicht einmal bereit, Senator [J. William] Fulbright [ein bekannter Kritiker der israelischen Regierung und Vorsitzender des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten] einer antisemitischen Einstellung zu bezichtigen.»²⁵ In einem Brief an einen Bekannten in Israel, der ähnliche Befürchtungen geäussert hatte, schrieb Ben Gurion: «Wenn die Antisemiten unbedingt hassen wollen – sollen sie doch hassen und zur Hölle fahren.»²⁶

In demselben Brief charakterisierte sich Ben Gurion als «Jude, den es nicht kümmert, was die Nichtjuden sagen».²⁷ Doch in seinem Brief an Proskauer zitierte er ausführlich aus Zeitungsartikeln aus der ganzen Welt, die Israel die Berechtigung zuerkannten, Eichmann den Prozess zu machen; besonders beeindruckte ihn ein Artikel, der auf spanisch in einer niederländischen Zeitung erschienen war, als Arturo Frondizi, der

argentinische Staatspräsident, den Niederlanden einen offiziellen Besuch abgestattet hatte. Doch ein anderer Artikel, den Proskauer Ben Gurion geschickt hatte, brachte den Ministerpräsidenten deutlich aus der Fassung: «Meines Erachtens geben die Kommentare der Washington Post nicht nur die Ansichten eines bestimmten Journalisten wieder, sondern die eines Teils der amerikanischen Öffentlichkeit», schrieb er.

«Aber ich glaube nicht, dass der Verfasser für die Vereinigten Staaten spricht oder die Auffassung des amerikanischen Volkes wiedergibt... Der Leitartikel behauptet, dass die Regierung Israels nicht ermächtigt ist, im Namen von Juden aus anderen Ländern zu sprechen oder für ‚eine imaginäre jüdische Volksgruppe‘ zu handeln. Die Washington Post ist sicherlich ebensowenig autorisiert, im Namen der Juden zu sprechen, und was die Existenz einer ‚jüdischen Volksgruppe‘ angeht, so weiss ich wohl, dass es auch darüber unter amerikanischen Juden verschiedene Auffassungen gibt. Doch hier geht es um sechs Millionen Juden, die in Europa ermordet wurden; sie glaubten und fühlten mit jeder Faser ihres Wesens, dass sie zu einem jüdischen Volk gehörten und dass es so etwas wie ein jüdisches Volk auf der Welt gibt.»

Dann zitierte er Bundeskanzler Adenauer: «Als Adenauers Deutschland die moralische Verantwortung des deutschen Volkes für die Verbrechen der Nazis anerkannte, verpflichtete es sich, der Regierung Israels Wiedergutmachung zu leisten. Es richtete sich nicht nach den Theorien der Washington Post, [sondern] akzeptierte die Tatsache, dass Israel im Auftrag aller ermordeten Juden spricht.»²⁸ Das war nicht richtig: Israel erhielt nicht deshalb Wiedergutmachung aus Deutschland, weil es «im Namen aller ermordeten Juden» sprach, sondern weil es Überlebende aufgenommen hatte. Der ganze Vorgang machte Ben Gurion sehr zu schaffen. «Israel braucht die moralische Obhut eines internationalen Gerichtshofes nicht», machte er sich gegenüber der New York Times Luft. «Nur Antisemiten oder Juden mit einem Minderwertigkeitskomplex halten das für notwendig.»²⁹ In Israel erfreute sich der Ministerpräsident in der Frage Eichmann einmütiger öffentlicher und politischer Zustimmung. In ihrem Überschwang verordneten die Zeitungen sofort,

dass Eichmann sterben müsse. «Es gibt nur ein Urteil für Völkermord – Tod!» verkündete Maariv am Tag nach der Bekanntgabe von Eichmanns Verhaftung. Wenige Tage später fuhr sie im selben Ton fort: «Eichmann ist kein menschliches Wesen.» Jedit Acharonot schrieb: «Die Tatsache, dass dieser Erzkannibale endlich gefangen ist, sollte uns froh stimmen und die Menschen im Glauben an ihren Schöpfer bestärken.» Selbst die normalerweise zurückhaltende Haarez illustrierte ihren Bericht über die Gefangennahme Eichmanns mit der Zeichnung einer Schlinge; daraus wurde ein Thema mit Variationen, das in den folgenden Monaten in der israelischen Presse äusserst beliebt war.

«Ich hoffe, man wird mich nicht religiöser Neigungen bezichtigen, wenn ich sage, dass in dem Augenblick, in dem Eichmanns Gefangennahme bekanntgegeben wurde, der Todesengel ihm einen Platz in der Hölle neben Hitler und Himmler angewiesen hat. Dorthin gehört er nämlich», erklärte der kommunistische Knesset-Abgeordnete Mosche Sneh. «Juristische Spitzfindigkeiten sind hier fehl am Platze. Es muss ein ordentliches Verfahren geben, und wir werden es ordnungsgemäss durchführen. Doch das Urteil ist schon beschlossen.» Zuvor hatte Sneh Eichmann ein «Raubtier auf zwei Beinen» genannt. Schmuël Tamir veröffentlichte einen Artikel mit dem Titel «Der Prozess gegen Satan»; der Titel bezog sich auf den Ausspruch von Richter Benjamin Halevy, für den Eichmann der «Satan» war, dem Kastner seine Seele verkauft hatte. Auch die Richter des Obersten Gerichtshofes bezeichneten Eichmann als «Geissel», «Henker» und «Monstrum».³⁰ Zeitungsredakteure und Polizeireviere erhielten eine Flut von Vorschlägen, wie man Eichmann entsetzliche Qualen und einen grausamen Tod bereiten könnte; manche Schreiber erbaten sich freiwillig, ihn eigenhändig und vor aller Augen zu töten.

«Ein Prozess ist nicht notwendig für diesen Angeklagten, dessen Namen wir nicht unnötig oft aussprechen, um uns den Mund nicht schmutzig zu machen», sagte Mosche Sneh. «Ein Prozess ist notwendig, um die Welt daran zu erinnern, was im Zweiten Weltkrieg geschehen ist und was manche nur zu gerne der Vergessenheit anheimfallen liessen.»³¹ Wenn Israelis «die Welt» sagten, meinten sie im Allgemeinen

die Presse; in jenen Tagen hegten viele Israelis einen fast mystischen Glauben an die positive wie negative Macht der internationalen Medien, und sie wünschten sich von Herzen deren Gunst und Unterstützung. Als Argentinien gegen die Verletzung seiner Souveränität protestierte und die Angelegenheit vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen brachte, reagierte die israelische Presse aufrichtig gekränkt. Die Israelis waren nicht zufrieden damit, dass sie Eichmann aufgestöbert hatten. Sie wollten, dass «die Welt» ihr moralisches und historisches Recht anerkannte, ihn zu kidnappen und vor Gericht zu stellen.

Angesichts dieser Haltung wirkte die Bitte von Justizminister Pinchas Rosen, die Presse möge doch von Vorverurteilungen ablassen, etwas naiv und unrealistisch. Jizchak Olschan, der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes, versuchte ebenfalls dem, was er für eine «Verhetzung der Massen» hielt, Einhalt zu gebieten. «Vor einigen Wochen», schrieb Olschan an Rosen, «musste ich in verschiedenen Zeitungen Überschriften lesen wie die folgende: ‚Soll Eichmann mit einer Axt oder mit einem Seil getötet werden? Und wenn mit der Axt, dann per Hand oder mechanisch?‘ Und letzten Freitag druckte Maariv einen Artikel unter der Überschrift ‚SOLL EICHMANN EXEKUTIERT WERDEN?‘ ... Wären sie nicht von Rechts wegen zur Teilnahme verpflichtet, so würden sich die meisten Richter in dieser von der Presse aufgeheizten Atmosphäre weigern, bei dem anstehenden Prozess ihr Amt auszuüben.»³² Rosen sprach mit den Herausgebern; die Zeitungen übten sich in Sarkasmus. «Sollen wir bis zur Urteilsverkündung etwa schreiben, ‚der vermeintliche Mörder von Millionen?‘» fragte Dawar. Mehrere Knesset-Abgeordnete attackierten Rosen wegen seiner mahnenden Worte.³³

Die rechtliche Basis für den Eichmann-Prozess war zehn Jahre vor seiner Gefangennahme gelegt worden. Das Gesetz gegen Völkermord und das Gesetz zur Bestrafung von Nazis und Nazi-Kollaborateuren hatten beide bei ihrer Verabschiedung die Knesset zu moralischen und historischen Erörterungen darüber veranlasst, was aus dem Holocaust zu lernen sei. «Die grösste Gefahr für die Zukunft der Menschheit und der menschlichen Kultur besteht in der Möglichkeit, dass sich der Präzedenzfall Auschwitz mit dem Präzedenzfall Hiroshima vereint; wenn das

geschieht, ist die Menschheit zum Untergang verdammt», erklärte ein Abgeordneter. Er fügte hinzu, die israelischen Schulen müssten «Weltbürger heranbilden», die sich ihrer persönlichen Verantwortung für staatliche Verbrechen bewusst seien und sich für das Schicksal aller Menschen und für den Weltfrieden einsetzten. Eine andere Abgeordnete sagte, sie werde niemals die entsetzlichen Greuelthaten am armenischen Volk vergessen können. «Die Angehörigen unseres Volkes müssen vom Tag ihrer Geburt an zur Toleranz erzogen werden», forderte sie. «Nicht nur ‚Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst‘, sondern Toleranz – das heisst, dass gelbe oder schwarze Menschen den Weissen gleichgestellt sind.»³⁴

Bei der Debatte über das Gesetz gegen Völkermord konzentrierte sich die Knesset auf zwei entscheidende Punkte, die auch bei der endlosen Diskussion über die Lehren des Holocaust immer wiederkehren sollten: die Todesstrafe und die Grenzen des Gehorsams. Golda Meir meinte, sie sei im Prinzip gegen die Todesstrafe, doch in diesem Fall werde sie dafür stimmen. «Wir, das jüdische Volk, wir sollten die letzten sein, die sich gegenüber diesen Verbrechern als Muster an Grosszügigkeit erweisen», sagte sie. Das Gesetz, das schliesslich von der Knesset verabschiedet wurde, übernahm die Statuten einer internationalen Konvention über Völkermord, die die Vereinten Nationen entworfen hatten und die für Genozid die Todesstrafe vorsah. Yosef Lamm, ein Knesset-Abgeordneter der Mapai, stellte den Antrag, als mildernde Umstände gelten zu lassen, wenn ein Angeklagter «aus Gehorsam gegenüber einem Befehl oder einem Gesetz gehandelt hatte, solange er alles ihm Mögliche unternommen hatte, um die schwerwiegenden Auswirkungen des Verbrechens zu mildern». Menachem Begin hielt dagegen: «Der Gehorsam gegenüber einem Gesetz, das Völkermord befiehlt, ändert nichts an dem Ausmass der Verantwortung für die Ausführung des Völkermords; jeder Mensch hat die Pflicht, sich gegen ein solches Gesetz aufzulehnen.» Lamm zog seinen Antrag umgehend zurück.³⁵ Das Anti-Nazi-Gesetz listete eine Reihe von Tatbeständen auf, die während des Zweiten Weltkriegs vorgekommen waren, und unterschied zwischen Verbrechen am jüdischen Volk, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsver-

brechen. Als der Justizminister der Knesset den Gesetzentwurf vorlegte, fiel es ihm schwer zu erläutern, wozu man ein solches Gesetz überhaupt brauchte; niemand hielt es damals für möglich, dass Adolf Eichmann in Israel vor Gericht gestellt werden würde. Es leuchtete ein, dass man ein Gesetz für Kollaborateure brauchte, doch im übrigen verstand man es im Wesentlichen als Feststellungsgesetz, das eingeführt wurde, weil es einer allgemeinen Stimmung zufolge «unvorstellbar» gewesen wäre, es nicht einzuführen. Das Gesetz gegen Völkermord, sagte Rosen, sei dazu bestimmt, in Zukunft einen Völkermord zu verhindern. Es solle Minderheiten schützen, was für den Staat Israel «unter Berücksichtigung der besonderen Position des jüdischen Volkes in der Diaspora» von Interesse sei. Das «Nazi-Gesetz» dagegen «besagt etwas über die Vergangenheit», erläuterte Rosen; es verkünde, dass «wir weder vergessen noch vergeben werden». Das Gesetz verleihe auch der revolutionären Wandlung Ausdruck, die sich im politischen Status des jüdischen Volkes vollzogen hatte, fügte der Minister hinzu. Bisher sei das jüdische Volk nicht autorisiert gewesen, Naziverbrecher in ihren Heimatländern vor Gericht zu bringen, daher bestehe die Notwendigkeit für «das jüdische Volk und den Staat Israel, auf die Ungerechtigkeiten, die dem jüdischen Volk zugefügt wurden, zu reagieren». Diese Logik war nicht ganz stimmig: Gerichte in anderen demokratischen Ländern hatten Nazis im Namen ihrer eigenen jüdischen Bürger verurteilt. Rosen selbst hatte Grossbritannien und Holland erwähnt. Mit der Formulierung, das «jüdische Volk» sei vorher nicht in der Lage gewesen, Naziverbrecher ihrer gerechten Strafe zuzuführen, schloss sich Rosen der Tendenz an, das jüdische Volk mit dem Staat Israel gleichzusetzen.³⁶ Knesset-Abgeordnete wetteiferten miteinander, wer die interpretierenden und symbolischen Elemente des Gesetzes am besten hervorhob und ihnen am meisten Gewicht verlieh. Mehrere Abgeordnete forderten, das Gesetz solle ausschliesslich auf die Judenvernichtung angewandt werden.³⁷

Oberflächlich gesehen rangieren bei diesem Gesetz Verbrechen gegen das jüdische Volk über Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ein

Angeklagter konnte der ‚Verbrechen gegen das jüdische Volk‘ für schuldig befunden werden, auch wenn seine Straftat nicht für einen Schuldspruch im Hinblick auf ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘ ausgereicht hätte. Das schwerste Verbrechen gegen das jüdische Volk ist «Totschlag», das schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit dagegen «Mord». Dieses Problem wurde bei der Urteilsbegründung des Bezirksgerichts Tel Aviv angesprochen; es entschied, dass eine solche unterschiedliche Interpretation nicht im Sinne des Gesetzes sei.³⁸

Als Rosen der Knesset den Entwurf vorstellte, wies er darauf hin, dass dieser einige Abweichungen von «etablierten Prinzipien» juristischer und verfahrenstechnischer Art enthielt. Zunächst handelte es sich um ein rückwirkendes Gesetz: Es war dazu gedacht, Taten zu bestrafen, die zu dem Zeitpunkt, als sie begangen wurden, nicht unbedingt als Verbrechen galten. Der Staat Israel hatte damals noch gar nicht existiert. Zum zweiten war es ein extraterritoriales Gesetz. Es sollte Verbrecher für Vergehen bestrafen, die sie ausserhalb der Landesgrenzen begangen hatten. Drittens war es nach dem «Nazi-Gesetz» ausreichend, dem Angeklagten die Tat selbst nachzuweisen, ohne nach der Absicht zu fragen, obwohl sonst die kriminelle Absicht ein bestimmendes Merkmal einer Straftat ist. Viertens legt ein Rechtsgrundsatz fest, dass eine Person nicht mehr als einmal für dasselbe Verbrechen bestraft werden kann – dieses Gesetz jedoch liess es zu, dass Verbrecher vor Gericht gestellt wurden, die in anderen Ländern für dasselbe Vergehen bereits ihre Strafe erhalten hatten. Fünftens erlaubte es dieses Gesetz der Staatsanwaltschaft, von üblichen Regeln der Zeugenvernehmung abzuweichen und zum Beispiel mittelbare Beweise zuzulassen. Sechstens kennt das Strafrecht in der Regel eine Verjährung, so dass es nach einer bestimmten Zeit nicht mehr möglich ist, eine Person zu belangen, doch das «Nazi-Gesetz» enthielt keine Verjährungsfrist für Verbrechen am jüdischen Volk und Verbrechen gegen die Menschlichkeit; in Bezug auf Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung wie der SS war die Sachlage anders. Der Vorsitzende des Ausschusses für Verfassungsfragen und Rechtsprechung bestätigte, dass diese Ab-

weichungen die «Bitterkeit und den Protest» des jüdischen Volkes gegen das im Zweiten Weltkrieg erlittene Unrecht zum Ausdruck bringen sollten.³⁹

Mosche Erem, ein Mitglied von Mapam, verlangte, das Gesetz solle nicht von «Nazis», sondern von «Faschisten» sprechen, da die Nazis lediglich eine Ausprägung jenes «Gifts» und «Schmutzes» seien, die auch durch Kolonialismus, Imperialismus und so weiter produziert würden. Hierauf entspann sich eine neue Diskussion über die Frage, ob der Versuch, das jüdische Volk auszurotten, einzigartig gewesen sei. Erem sprach sich für eine erweiterte Anwendbarkeit des Gesetzes auf rassistische Provokationen und Kriegshetze allgemein aus – das hiess, die Bedeutung des Holocaust über die Grenzen des Zionismus und des jüdischen Volkes hinaus auszudehnen.⁴⁰ Weiterhin wurde darüber diskutiert, ob es in der Geschichte des Nationalsozialismus eine Periode der Legitimität gegeben hatte; der Gesetzentwurf besagte, dass die Nazis und ihre Komplizen nur für Taten bestraft werden durften, die sie nach dem Erlass der Nürnberger Gesetze im Jahre 1935 begangen hatten. Das erweckte den Eindruck, als habe die Diktatur der Nazis den Juden vor diesem Zeitpunkt nicht geschadet. Auf Initiative von Zorach Warhaftig, einem Mitglied der Nationalreligiösen Partei, verlängerte die Knesset den Anwendungsbereich des Gesetzes rückwirkend bis zum 30. Januar 1933.⁴¹

Etwa zwei Wochen, bevor Ben Gurion Eichmanns Ergreifung bekanntgab, hatte ein neuer Generalstaatsanwalt sein Amt angetreten. Er stammte aus dem damals polnischen Lwow, war fünfundvierzig Jahre alt und führte eine bekannte Kanzlei in Jerusalem. Er war mit zwölf Jahren nach Israel gekommen, als sein Vater – der vorher dem polnischen Parlament angehört hatte und kurze Zeit Theodor Herzls Sekretär gewesen war – zum polnischen Konsul in Palästina ernannt wurde. Gideon Hausner war ein führendes Mitglied der Progressiven Partei und von ihr als Kandidat für die Knesset aufgestellt worden. Er verstand – und teilte – Ben Gurions Ziele im Hinblick auf den Prozess.

In seinen Memoiren stellte Hausner seine Vorbereitungen auf den Prozess als eine Arbeit dar, die weit über das hinausging, was nötig ge-

wesen wäre, um Adolf Eichmann abzuurteilen. Hausner wollte eine nationale Legende gestalten, die noch Generationen später nachwirken würde. Zu diesem Zweck musste er eine Reihe von Entscheidungen treffen und sich dafür abwechselnd in die Rolle eines Historiographen, Pädagogen, Politikers und Dramaturgen begeben. Von Zeit zu Zeit erhielt er spezifische Instruktionen von Ben Gurion.

Die Polizei sollte Eichmann vernehmen. Sie bildete dazu eine Spezialeinheit mit dem Namen «Büro 06» (zu den fünf bestehenden Büros hinzu); vorübergehend beschäftigte das Büro mehr als fünfzig Leute. Eichmann verhielt sich kooperativ. Er wurde auf Deutsch befragt; seine Worte wurden aufgezeichnet, transkribiert und ihm zur Bestätigung vorgelegt. Er unterzeichnete die Seiten, nachdem er ihren Wortlaut sorgfältig korrigiert hatte. Die erste Schwierigkeit, der die Ermittler begegneten, war der verzwickte bürokratische Apparat, den die Nazis zur Vernichtung der Juden aufgebaut hatten. Zu klären waren dessen Bestandteile und Eichmanns genauer Platz darin. All das war notwendig, weil Eichmann seine Verteidigung vor allem auf dem Argument aufbauen wollte, dass er für die ihm zur Last gelegten Verbrechen nicht verantwortlich gewesen sei. Und es war notwendig herauszufinden, wer wofür zuständig gewesen war, wer wem unterstellt war – Namen, Ränge, Referate, Sektionen, Hauptämter. Eichmanns Referat hiess IV-B-4. Die Polizei fühlte sich dem Erwartungsdruck, der auf ihr lastete, kaum gewachsen. Kommissar Avraham Seliger, der die Ermittlungen leitete, schrieb später: «Wir waren nicht mal sicher, ob wir wussten, was ein historischer Prozess ist.»⁴²

Den Ermittlern zur Seite standen Archive und Forschungsinstitute in mehreren Ländern; die Verhöre stützten sich vor allem auf das umfangreiche Material, das für die Nürnberger Prozesse angesammelt worden war. Hausner erinnerte sich später: «Schon bald verschlang ich die Nürnberger Prozessberichte im Tempo von einem Band pro Tag. Ich musste Eichmanns ausführliche Erklärung studieren und mich mit den Massen dokumentarischer Unterlagen vertraut machen, die das Büro 06 zusammengetragen hatte – Tausende von Schriftsätzen, von denen einige viele Seiten lang waren, denn ich musste entscheiden, welche die-

ser Dokumente dem Gericht eingereicht werden sollten. Davon abgesehen musste ich mir noch eine gründliche Kenntnis der jüdischen Veröffentlichungen über die Katastrophe in Europa verschaffen. Ich musste ausserdem mein Eröffnungsplädoyer und die komplizierte Erörterung der Verfahrensfragen vorbereiten. Dies alles erforderte eine äusserste Kraftanstrengung. Ich zog mich mit zwei Wagenladungen voller Bücher und Akten in das Scharon-Hotel am Meer zurück und arbeitete in völliger Abgeschlossenheit nahezu ‚rund um die Uhr‘.» So verbrachte er sechs Wochen. Er entdeckte, dass die Polizei aus juristischer Sicht den Fall bestens vorbereitet hatte; sie schlug vor, sich bei der Anklage vorwiegend auf schriftliche Dokumente zu stützen. Schriftliches Beweismaterial habe Vorteile, gab Hausner zu: «Was immer es mitzuteilen hat, steht schwarz auf weiss da. Man braucht sich nicht auf die Gedächtniskraft eines Zeugen zu verlassen, besonders wenn viele Jahre seit dem Ereignis vergangen sind. Auch kann eine dokumentarische Unterlage nicht im Kreuzverhör eingeschüchert werden oder zusammenbrechen.» Die Verwendung von Dokumenten war auch bei den Nürnberger Prozessen die wichtigste Strategie der Anklage gewesen. Dort sei «das Ganze sehr zügig und einfach vor sich gegangen», schrieb Hausner. «Aber es war auch einer der Gründe, warum die Vorgänge vor Gericht die Herzen der Menschen nicht erreichten.»

Um Eichmann verurteilen zu können, hätten die Dokumente ausgereicht: «Ein Bruchteil von ihnen hätte genügt, um Eichmann zehnmal zu verurteilen», schrieb Hausner. Doch er wollte einen Schock auslösen: «Ich wollte unseren Menschen daheim so viele Tatsachen der grossen Katastrophe zur Kenntnis bringen, wie sich durch dieses Verfahren legitimerweise vermitteln liessen.» Wie Ben Gurion hatte er vor allem die jüngeren Leute im Sinn, eine Generation ohne Grossväter und Grossmütter. Diese besässe «keine wirkliche Kenntnis und deshalb auch keine Erkenntnis der Art und Weise, auf die ihr eigenes Fleisch und Blut zugrunde gegangen war. Hier lag ein Bruch zwischen den Generationen vor, der möglicherweise zum Quell eines Abscheus vor dem Gestern der Nation werden konnte.» Der Jugend die Vergangenheit der

Nation näherzubringen liesse sich allein durch Papier nicht erreichen, glaubte Hausner. Man müsse die Welt «mit so vielen Einzelheiten wie irgend möglich an die gigantische menschliche Tragödie» erinnern. Diese Rolle fiel den Zeugen zu. In seinen Memoiren erscheint Hausner wie der Impresario einer national-historischen Theateraufführung. Schuld und Strafe zuzuweisen sei nicht sein einziges Ziel gewesen, schrieb er, wichtig erschien ihm vor allem der Lerneffekt. Jeder Prozess müsse Aufmerksamkeit erregen, ein Geschehen vorführen und eine Lektion erteilen. «Dies galt in erhöhtem Mass in diesem aussergewöhnlichen Fall. Vor allem durch die Aussagen von Zeugen liessen sich die Ereignisse vor Gericht auf eine solche Weise reproduzieren.» Der Generalstaatsanwalt hielt es deshalb nicht für erforderlich, dass die Zeugen eine direkte Verbindung zwischen dem Angeklagten und einem bestimmten Verbrechen herstellten. «Ich brauchte Menschen, die über die verschiedenen Phasen des Vernichtungsprozesses von Kriegsbeginn an aussagen konnten, über die jüdischen Zentren und das, was sich in ihnen abgespielt hatte, über die Art und Weise, wie die grossen Gemeinden gehofft hatten, das Unheil abwehren zu können, und schliesslich über die Vernichtungslager selbst in ihren unterschiedlichen Phasen. Vor allem brauchte ich Menschen, die erzählen würden, was sie mit ihren eigenen Augen gesehen und an ihren eigenen Körpern erfahren hatten.» Eine grosse Zahl von Zeugen fand er durch die Archivabteilung der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem. Die Abteilung leitete Rachel Auerbach, eine Historikerin und Überlebende des Warschauer Ghettos; in jahrelanger Arbeit hatte die Abteilung Hunderte von Holocaust-Überlebenden befragt. Die Liste von Zeugen, die Rachel Auerbach für Hausner zusammenstellte, bestimmte in hohem Mass den Charakter des Prozesses.

Als sie Jahre später ihren Anteil an der Vorbereitung beschrieb, sprach Rachel Auerbach im Plural und drückte dadurch ein Gefühl aus, das unter Überlebenden sehr verbreitet war. Zunächst hatten sie befürchtet, dass sich die Autoritäten nur auf Eichmanns persönliche Schuld konzentrieren wollten, dass sie es auf ein kleines Strafgericht und nicht auf einen grossen historischen Prozess abgesehen hatten. «Es sah so aus, als würden wir Mühe haben, die Verantwortlichen davon zu

überzeugen... dass sie das volle Ausmass und den einzigartigen Charakter der Vernichtung der europäischen Juden enthüllen mussten», schrieb Rachel Auerbach. Doch als sich herausstellte, dass Hausner ebenfalls einen grossen Prozess mit Zeugenbeteiligung anstrebte, konzentrierte sich Auerbach voll und ganz auf die Vernichtungsaktionen, ohne viel Zeit mit den frühen Stadien der Verfolgung zu verlieren. Sie hielt es für ratsam, dass die Zeugen dazu veranlasst würden, «besondere Phänomene» zu benennen, die die «Widerwärtigkeit und die satanische Grausamkeit» der Nazis besonders unterstrichen. Als Beispiele listete sie auf: Folterungen vor der Ermordung der Opfer, besondere Misshandlungen von Frauen und Kindern, von alten, kranken, religiösen oder orthodox gekleideten Juden; das durch eine unzureichende Menge an Gas absichtlich verlängerte Leiden jener, die zum Tod in den Gaskammern verurteilt waren; das brutale Zerschmettern von Babys, um Munition zu sparen; das Verbrennen von Menschen bei lebendigem Leibe; schliesslich das «Entsetzlichste auf Erden – die Massengräber, in denen sich die Verletzten nach den Exekutionen tagelang krümmten und wimmerten». Die Überlebenden, schrieb Rachel Auerbach, bestünden vor allem darauf, dass an herausragender Stelle aufopferungsvolle Taten genannt würden – Widerstand, Auflehnung, Rache und Flucht. Nichtjüdische «Gerechte» und Opfer des Holocaust sollten ihres Erachtens gleichfalls erwähnt werden.

Doch letztlich war Rachel Auerbach dann doch nicht zufrieden. Zu viel Zeit wurde ihrer Ansicht nach den verwaltungstechnischen Aspekten des Verbrechens gewidmet, die sich in den Dokumenten fanden, und zu wenig den menschlichen Tragödien der Vernichtung selbst.⁴³ Die Verhandlungsprotokolle zeigen jedoch, dass der Prozessverlauf insgesamt ihren Anregungen folgte, auch was die Betonung der Details und die Schilderung von Grausamkeiten und Widerstand betraf. Die meisten Zeugen wurden auf ihren Vorschlag hin benannt. Hausner wählte bewusst jene aus, die sich gut auszudrücken wussten. Er legte auch Wert darauf, dass ein «breiter Querschnitt» von Menschen zu Wort kam, damit alle Teile der Öffentlichkeit einbezogen würden: «Professoren,

Hausfrauen, Handwerker, Schriftsteller, Bauern, Kaufleute, Arbeiter, Ärzte, Beamte und Industrielle. Der Holocaust wurde allen Teilen des Volkes zugefügt, und Menschen aus allen Schichten der Gesellschaft traten als Zeugen auf.» Tatsächlich bevorzugte Hausner bekannte Zeugen, deren Erlebnisse schon publiziert worden waren.

Anfangs traf Hausner auf Widerstände: Viele Holocaust-Überlebende fürchteten die Begegnung mit unausgesprochenen Greueln der Vergangenheit; manche befürchteten auch, dass man ihnen nicht glauben würde. Doch je näher der Prozess rückte, desto mehr Menschen boten sich als Zeugen an. «Als der Prozess bereits im Gange war, wurden wir von zahlreichen Angeboten, Zeugenaussagen zu machen, überschwemmt», schrieb Hausner. Das Bedürfnis zu sprechen siegte über den Wunsch zu schweigen. «Ich ersuchte einen Installateur, über die Ereignisse in Bi-alystok, einem bedeutenden jüdischen Zentrum, auszusagen», berichtete er. «Nachdem seine Aussage zu Protokoll gegeben war, erbot sich ein bekannter Schriftsteller und Führer der Untergrundbewegung am gleichen Ort, über die gleichen Ereignisse auszusagen... Aber ich wollte, dass der Installateur seine Geschichte mit seinen eigenen simplen Worten erzählte, behielt ihn schliesslich auf der Liste der Zeugen und lud ihn vor Gericht, während ich mit Bedauern auf die Aussage des Schriftstellers verzichtete» – was dieser Hausner offenbar noch lange übelnahm. David Ben Gurion verlangte von Hausner, er solle den ehemaligen Minister für Unterricht und Kultur Salman Schasar aufrufen, der später Israels dritter Präsident wurde. Ben Gurion glaubte, Schasar sei geeignet, über das europäische Judentum vor und nach dem Holocaust zu sprechen. Doch Hausner sorgte sich wegen der «extremen Gefühlsbetontheit dieses aussergewöhnlichen und liebenswerten Mannes». Als er sich entschloss, den historischen Teil Professor Salo Baron von der Columbia University zu überlassen, war Ben Gurion gekränkt. Über eines machte sich Ben Gurion aber noch mehr Gedanken – über Westdeutschland. Kurz nach Eichmanns Gefangennahme kontaktierte Adenauer Ben Gurion und bat ihn, dafür zu sorgen, dass der Prozess nicht eine neue Welle antideutscher Gefühle auf der Welt auslösen würde;

Franz Josef Strauss äusserte in einem geheimen Zusammentreffen mit Ben Gurion in Paris etwas Ähnliches.⁴⁴ Die Furcht der Deutschen war begründet: die Länder des kommunistischen Blocks, angeführt von Ostdeutschland, wollten den Prozess möglichst dazu nutzen, die Bundesrepublik mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen, um Ostdeutschland von jeglichem Anteil an der Schuld freizusprechen. Ein Ostberliner Anwalt namens Friedrich Kaul erschien in Jerusalem mit Dokumenten, die sich zum Teil für die Anklage als nützlich erwiesen, und verlangte, bei dem Prozess als Nebenkläger zugelassen zu werden. Als ihm erläutert wurde, dass das israelische Recht eine solche Teilnahme nicht gestattete, hielt Kaul aus Protest eine Pressekonferenz ab. Der Kernpunkt seiner Ausführungen war, dass Westdeutschland nicht genug getan hätte, um Naziverbrecher zu fangen, und dass manche von ihnen sogar in der Regierung beschäftigt seien. Der Mann, über den alle sprachen, hiess Hans Globke. Er war einer von Adenauers engsten Beratern und hatte an der Kontaktaufnahme zu Israel und am Wiedergutmachungsabkommen mitgewirkt. Während der Nazizeit hatte Globke im Innenministerium gearbeitet und eine der massgeblichen Auslegungen der Nürnberger Gesetze formuliert. Gemeinsam mit Eichmanns Untergebenen hatte Globke die Deportationen der deutschen Juden und deren Enteignung überwacht.

«Kauls Dokumente waren äusserst belastend», erinnerte sich Hausner. «Ich teilte Ben Gurion mit, dass ich sie dem Gericht vorlegen würde. Ben Gurion wollte es sich nicht mit Adenauer verderben und fragte, ob es möglich sei, ohne sie auszukommen. Ich erwiderte, das sei vielleicht möglich, doch dann würde ich wichtiges juristisches Material zurückhalten, das für die Anklagepunkte von Bedeutung war, und ich hätte nicht die Absicht, dies zu tun. Ben Gurion war unzufrieden und gab seinem Missvergnügen Ausdruck.. . Es folgte ein unerfreuliches Gespräch.» Bevor er Hausner erlaubte, das Material zu benutzen, schickte Ben Gurion Elieser Shinnar, Israels Vertreter in Bonn, zu Adenauer. Er sollte erklären, dass man aus juristischen Gründen das Material dem Gericht nicht vorenthalten könne. Adenauer, berichtete Shinnar

später, «zeigte keinen Enthusiasmus», doch er «reagierte mit Verständnis». Während des Prozesses achtete Hausner darauf, dass der Rolle Globkes nicht zuviel Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Andererseits verwandte er viel Zeit auf die Aussage von Heinrich Grüber, einem protestantischen Geistlichen, der an Hilfsaktionen für Juden mitgewirkt hatte und sogar zu Eichmann gegangen war, um sich für deren Leben einzusetzen. Schliesslich war er verhaftet und in ein KZ geschickt worden. Bei dem Prozess repräsentierte er den guten Deutschen. Die Botschaft, die Hausner durch Grübers Aussage übermitteln wollte, war, dass man in Deutschland kein Eichmann sein musste, sondern dass es möglich war, sich wie Grüber zu verhalten. Takt und Umsicht waren gefragt – Israel konnte Adenauer in grosse Verlegenheit bringen, und man verhandelte zu jener Zeit immer noch über die Realisierung der Versprechen, die Adenauer Ben Gurion in New York gegeben hatte.

Vorsichtig tastete sich Hausner weiter und suchte den Rat von Antek Zuckerman und Zivia Lubetkin, einem Paar, das massgeblichen Anteil am Warschauer Ghetto-Aufstand gehabt hatte. Die Geschichte des Aufstands erwies sich wie viele andere Vorgänge, die Hausner zur Sprache bringen musste, als äusserst heikel. Zu entscheiden war, wieviel Gewicht dem Aufstand beigemessen werden sollte, was ans Licht kommen und was besser im verborgenen bleiben sollte. Die Ghetto-Kämpfer hatten ihr Gewissen bis in letzte erforscht und politische Kämpfe über ihre Rolle im Ghetto und ihre Verantwortung für dessen Zerstörung ausgefochten. Der erbitterte Disput über die «zwei Wege», der während der Affäre Kastner aufgebrochen war, schwelte immer noch. Natürlich verlangten die Ghetto-Kämpfer, dass das Gericht sich ihrem Weg, und nicht dem des Judenrats anschloss.

Schliesslich musste Hausner entscheiden, ob er sich bei der Anklage auf spezifische Taten Eichmanns stützen oder die gesamte Vernichtungskampagne berücksichtigen wollte. Auch diese Entscheidung hatte nationale Dimensionen. «Eine beschränkte Anklageschrift hatte offenkundige Vorteile», schrieb Hausner später. «In diesem Fall konnte ich auswählen und mich auf jene wenigen Fälle konzentrieren, in denen sich

mühe los nachweisen liess, dass er noch bössartiger und fanatischer vorgegangen war, als nach den Befehlen, die er erhalten hatte, vertretbar war, wie etwa bei der Kistarcsa-Deportation oder der Vernichtung der letzten Überreste des holländischen Judentums. In diesem Fall wäre sein Verteidigungsargument, er habe auf höheren Befehl gehandelt, sofort in sich zusammengebrochen.» Der Nachteil dieser Vorgehensweise bestand darin, dass sich die Zeugenaussagen dann auf diese Vorfälle beschränken mussten und die Möglichkeit entfiel, die gesamte «Endlösung» darzustellen. Doch wenn Hausner auf breiter Basis Anklage erhob, musste die Staatsanwaltschaft Beweise erbringen, die Eichmann mit der ganzen Bandbreite der Verbrechen in Verbindung brachten. Hausner war unentschlossen: Wenn er keinen Erfolg hatte, würde der Angeklagte von Anklagepunkten freigesprochen werden, die unbewiesen blieben oder zu allgemein gehalten waren. In einem gewöhnlichen Prozess, erklärte er, entstand kein grosser Schaden, wenn ein Angeklagter bei dem einen oder anderen Punkt freigesprochen wurde; selbst wenn das bei Eichmann der Fall wäre, bliebe reichlich Beweismaterial, um ihn für andere Verbrechen zu verurteilen. «Doch dann», schrieb Hausner, «würde die Öffentlichkeit daraus sofort den Schluss ziehen, dass er nur halb so schlimm war, wie wir ihn hingestellt hatten.» Und dann wäre es nur noch ein kleiner Schritt zu dem nächsten Fehlschluss, dass nämlich die Schilderung des Holocaust selbst übertrieben sei.

Es war eine der schwierigsten Entscheidungen, die Hausner je treffen musste. Am Ende entschloss er sich, dem Gericht eine umfassende Anklageschrift zu unterbreiten, die Verbrechen gegen Juden in allen von den Nazis besetzten Ländern umfasste; er war der Ansicht, auch so könne eine Verurteilung erreicht werden. «Angesichts einer solchen allgemeinen Anklage würde Eichmann versuchen, sich hinter seinen Vorgesetzten zu verstecken, und seine eigenen spezifischen Missetaten fanatischer Niedertracht würden nicht ausreichend ins Scheinwerferlicht gerückt werden. Besonders teuflische Taten würden in der Gesamtheit der Schilderungen untergehen», schrieb Hausner. «Es war jedoch die einzige Möglichkeit, wie ich das ganze Ausmass der Tragödie unseres Volkes aufrollen konnte.»⁴⁵

Bevor der Prozess eröffnet wurde, musste ein anderes Problem gelöst werden, das mehr politischer denn juristischer Natur war. Nach dem Gesetz musste gegen Eichmann vor dem Bezirksgericht Jerusalem verhandelt werden. Die Berufung der Richter lag in den Händen des Gerichtspräsidenten, und dieser konnte, wenn er es für richtig hielt, sich selbst ernennen. Der Präsident des Jerusalemer Bezirksgerichts war Benjamin Halevy, der früher einmal Eichmann mit dem Satan gleichgesetzt hatte. Jizchak Olschan, der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes, hielt es aus diesem Grunde für unangebracht, dass Halevy im Eichmann-Prozess als Richter fungierte. Justizminister Pinchas Rosen pflichtete ihm bei. Olschan bestellte Halevy zu sich, und dieser gab ihm zu verstehen, dass er sich tatsächlich selbst zum vorsitzenden Richter ernennen wolle. «Unsere Unterhaltung dauerte über eine Stunde, und alle meine Bemühungen, ihn von seinem Vorhaben abzubringen, blieben erfolglos», erinnerte sich Olschan später. «Ich wies auf den weltweiten Widerstand gegen eine Gerichtsverhandlung gegen Eichmann in Israel hin... Ich nannte ihm mehrere ähnliche Gründe. Ich fragte ihn, was er tun würde, wenn ihn zu Beginn der Verhandlung der Anwalt des Beklagten auffordern würde, sein Amt niederzulegen. Richter Halevy erwiderte ohne Zögern, er würde bleiben.» Olschan erklärte, er verstehe wohl, warum Halevy bei einem so geschichtsträchtigen Prozess den Vorsitz führen wolle, doch der Richter solle die Interessen des Landes über seine eigenen stellen. «Ich konnte mir lebhaft vorstellen, wie die Reaktion weltweit aussehen würde, ganz zu schweigen von Israel, angesichts des Prinzips, dass es schliesslich nicht genügte, wenn Recht gesprochen wurde – es musste sich vor aller Augen abspielen», schrieb Olschan. «All meine Überredungskünste waren vergebens.»⁴⁶

Viele Jahre später sagte Halevy, sein Urteil im Fall Grünwald-Kastner habe ihm im israelischen Establishment Feinde gemacht, und die Regierung habe nicht gewollt, dass er im Eichmann-Prozess den Vorsitz führe, weil sie befürchtet habe, er werde sich zu gründlich mit dem Verhalten der jüdischen Führung während des Holocaust befassen.⁴⁷ Als Halevy auch nach Drängen des Justizministers nicht nachgeben wollte,

schlug Olschan vor, ein Sondergesetz zu verabschieden, nach dem die Ernennung der Richter in solchen Fällen vom Vorsitzenden des Bezirksgerichts (Halevy) auf den Präsidenten des Obersten Gerichtshofs (Olschan) übergehen sollte. Rosen unterstützte diesen Gedanken, doch als er bekannt wurde, kam es zu einem Skandal. Die Abgeordneten der Cherut verteidigten vehement Halevys «Recht», über Eichmann zu Gericht zu sitzen, und protestierten gegen seine «Diskriminierung». Olschan ermutigte Rosen, standhaft zu bleiben, aber Rosen musste letztlich einen Kompromiss akzeptieren – der vorsitzende Richter würde vom Präsidenten des Obersten Gerichtshofes ernannt werden, die übrigen Richter jedoch vom Präsidenten des Bezirksgerichts.⁴⁸ Und so geschah es. Den Vorsitz führte nun Mosche Landau, Mitglied des Obersten Gerichtshofs. Benjamin Halevy ernannte sich und Jizchak Raveh vom Bezirksgericht Tel Aviv zu Beisitzern; alle drei Richter waren in Deutschland geboren.

Auch die Zulassung des von Eichmann bestimmten Verteidigers, Robert Servatius aus Köln, erforderte eine besondere rechtliche Massnahme, da bis dahin nur israelische Bürger in israelischen Gerichten erscheinen durften.⁴⁹ Die israelische Regierung übernahm einen Teil seines Honorars, das sich auf insgesamt 30'000 Dollar belief.

Die organisatorischen Vorbereitungen traf der damalige Chef des Ministerpräsidentenamtes Teddy Kolket. In seinen Aufgabenbereich fiel das Presseamt der Regierung, was bedeutete, dass er für über sechshundert Ausländskorrespondenten, die über den Prozess berichten wollten, die technische Ausrüstung zur Verfügung stellen musste. Er sorgte für Simultanübersetzung in mehrere Sprachen sowie für vollständige Übersetzungen der Gerichtsprotokolle. Entgegen der üblichen Praxis liess das Presseamt Fotografen zu den Gerichtssitzungen zu, und zum ersten Mal durfte das Fernsehen in einem israelischen Gericht filmen. Da das Gerichtsgebäude keinen Raum hatte, in dem sich so viele Reporter aufhalten konnten, wurde beschlossen, den Prozess im Auditorium des neuerrichteten Beth Haam (Volkshaus) zu führen. Die Bautätigkeit musste beschleunigt werden, damit das Haus rechtzeitig fertig wurde. «Solch

ein Gerichtsraum ist gewiss kein schlechter Rahmen für den Schauprozess, den Israels Premierminister Ben Gurion im Sinn hatte, als er beschloss, Eichmann in Argentinien kidnappen zu lassen», notierte Hannah Arendt in ihrem wichtigen und provokanten Buch über den Prozessverlauf.⁵⁰

Der Prozess begann im April 1961; etwa ein Jahr zuvor war Eichmann nach Israel gebracht worden. Der Hauptpunkt der Anklage lautete, dass er «zusammen mit anderen» die Ermordung von Millionen Juden veranlasst hatte. Eichmann plädierte auf nicht schuldig «im Sinne der Anklage», was zu Spekulationen Anlass gab, in welcher Hinsicht er sich denn schuldig fühle. Er sass in einer kugelsicheren Panzer-
glaszelle, die eigens zu seinem Schutz angefertigt worden war. Gideon Hausner, der ihn bei der Eröffnung der Verhandlung zum ersten Mal erblickte, schrieb später, seine Augen «schienen auf etwas Schreckliches hinzudeuten» und während des Kreuzverhörs sei in ihnen «boden-
loser Hass aufgeflammt». Bei näherer Betrachtung, schrieb der Generalstaatsanwalt, habe man erkannt, dass er «verräterische Hände» habe – eine Fotografie seiner Finger wurde in der Presse veröffentlicht und war laut Hausner «beängstigend». In Wirklichkeit sass in der Zelle aus Panzerglas ein wenig bemerkenswerter Mann mit beginnender Glatze, der einen Anzug und eine Sonnenbrille trug und dessen Mundwinkel nervös zuckten, während er unablässig die Papierstapel vor sich durchblätterte. Doch Hausner schrieb, Eichmann habe diesen farblosen Stil bewusst angenommen. Ihm fiel dazu Shakespeares König Lear ein: «Der Fürst der Finsternis ist ein Edelmann».*¹

Die Verhandlung kam nur langsam in Gang. Der deutsche Verteidi-

* Während des Prozesses versuchte Hausner zu beweisen, dass Eichmann eigenhändig einen jüdischen Jungen ermordet hatte. Der Junge hatte von einem Kirschbaum im Garten vor Eichmanns Villa in Budapest Kirschen gestohlen. Das Gericht hielt diesen Anklagepunkt nicht für erwiesen.²

ger, der rundliche, rotgesichtige Robert Servatius, schickte seine Einwände voraus. Israel, sagte er, habe kein Recht gehabt, Eichmann vor Gericht zu stellen, nachdem dieser aus Argentinien entführt worden war. Das Gesetz, nach dem Eichmann der Prozess gemacht würde, sei ungültig, und jüdische Richter könnten nicht unparteiisch über ihn urteilen. Seine Ausführungen beanspruchten eine ganze ärgerliche Woche. Die Zeitungen machten ihrer Enttäuschung Luft – das war nicht der Paukenschlag, den sie sich vom Beginn eines historischen Dramas versprochen hatten. Ein Freund ermahnte Hausner, sich bei der Antwort auf diese Vorbemerkungen möglichst kurz zu fassen: «Denken Sie daran, dass fünfhundert Journalisten aus dem Ausland hier sind. Die meisten von ihnen werden nicht länger als eine Woche bleiben. Sie werden möglicherweise nicht einmal den Anfang des wirklichen Prozesses mitbekommen. Die Debatte über die Verfahrensfragen langweilt sie. Stellen Sie sich vor, was sie in ihren Berichten darüber schreiben werden.» Hausner erwiderte, dies sei ein Prozess und keine Schauausstellung, gab jedoch zu, dass sein Bekannter recht habe. Er habe vorübergehend die Presse ganz vergessen, schrieb er, als wolle er sich dafür entschuldigen. In der Zwischenzeit arbeitete er weiter an seinem Eröffnungsplädoyer, in dem er Grundsätzliches zu Israels Haltung gegenüber dem Holocaust darlegen wollte. Als er es fertig hatte, schickte er es dem Ministerpräsidenten zur Prüfung und bat um Kommentare. Das war ein unübliches Vorgehen und ein weiterer Hinweis, dass der rechtliche Aspekt des Ereignisses nicht an erster Stelle stand.

Ben Gurion las nur den ersten Teil, da die anderen Teile, wie er später schrieb, keine «besondere politische Bedeutung» zu haben schienen. Er bat um drei Änderungen, die alle darauf abzielten, das Ansehen Westdeutschlands zu schützen und die Schuld des deutschen Volkes herunterzuspielen; hier war ein Staatsmann auf dem besten Wege, seinem Volk die Geschichtsschreibung zu diktieren. Das zeigte sich bis in die Wortwahl: «Jedesmal, wenn auf die Verbrechen ‚der Deutschen‘ Bezug genommen wird, sollte es meiner Meinung nach ‚Nazi-Deutschland‘ heißen», schrieb der Ministerpräsident an den Generalstaatsanwalt.

Weiterhin sollte Hausner auf die These verzichten, dass der National-

sozialismus unvermeidbar gewesen sei. Alles in allem, schrieb Ben Gurion, sei es zweifelhaft, ob irgendetwas in der Geschichte unvermeidbar sei. Und er fuhr fort: «Von einem bin ich fast überzeugt – wenn Europa, und vor allem England und Frankreich nicht blind gewesen wären, sondern sich sofort gegen Hitler erhoben hätten, als er den Versailler Vertrag verletzte und ins Rheinland einmarschierte, als er Österreich besetzte und die Tschechoslowakei angriff, wäre Hitler gestürzt und wir hätten den Zweiten Weltkrieg und die Greuelthaten der Nazis gegen die Juden nicht erlebt.» Die These, dass der Nationalsozialismus unvermeidbar gewesen sei, hielt Ben Gurion für pseudowissenschaftlich; sie böte eine Entschuldigung für das Naziregime und schwäche die Position der Anklage. Gleichzeitig befürchtete er, die These würde zu einer «für unsere Absicht nicht notwendigen» Auseinandersetzung über die Entwicklungslinien der deutschen Geschichte allgemein oder gar über den deutschen Nationalcharakter führen und schliesslich darüber, ob es je so etwas geben könne wie ein «anderes Deutschland». Hausner verzichtete auf den Abschnitt.

Die dritte Korrektur, die Ben Gurion anregte, sollte Hitlers persönliche Schuld hervorheben – offenbar in Kontrast zur kollektiven Schuld der Deutschen. «Meines Erachtens sollte Hitler Priorität vor Eichmann haben, auch wenn Eichmann der Angeklagte ist», instruierte der Ministerpräsident den Generalstaatsanwalt. «Sie sollten zunächst den wichtigsten und zentralen Faktor Hitler erwähnen und erst dann Eichmann.»³

Hausner selbst war nicht zufrieden, und er suchte weiter nach einer Eröffnung, die den wahren Gehalt des gesamten Prozesses enthielt. In der Nacht vor Prozessbeginn konnte er nicht schlafen. Schliesslich schrieb er ein paar Sätze auf ein Blatt Papier und weckte seine Frau. «Ja, so ist es richtig», sagte sie.⁴ Und so begann sein Plädoyer:

«So, wie ich hier vor Ihnen stehe, Richter in Israel, um die Anklage gegen Adolf Eichmann zu erheben, stehe ich nicht allein. Mit mir stehen hier an dieser Stelle und zu dieser Stunde sechs Millionen Ankläger. Aber sie können sich nicht erheben und mit anklagendem Finger auf den Mann zeigen, der in der Glaszelle sitzt, und rufen: ‚Ich

klage an!’ Denn ihre Asche liegt verstreut auf den Hügeln von Auschwitz und verweht auf den Feldern von Treblinka oder wurde von den Flüssen Polens hinweggeschwemmt; ihre Gräber sind verteilt über alle Länder Europas. Ihr Blut schreit auf, aber ihre Stimmen sind nicht mehr zu vernehmen. Darum fällt es mir zu, als ihr Sprecher aufzutreten und in ihrem Namen die furchtbare Anklage zu erheben.

... Die Geschichte des israelischen Volkes ist getränkt von Leid und Tränen... Pharao in Ägypten quälte und unterdrückte sie und warf ihre Söhne in den Fluss. Haman befahl, sie zu vernichten, zu ermorden und vom Angesicht der Erde zu tilgen; Chmielnicki ermordete sie in Massen; Petljura erliess Pogrome gegen sie. Doch auf dem ganzen leidvollen Weg von seiner Geburt als Nation bis zum heutigen Tag hat kein anderer unserem Volk angetan, was Hitlers grausames Regime ihm angetan hat, durch Adolf Eichmann, seinen Handlanger, den er zur Vernichtung der Juden entsandte. Die Anklage, die hier gehört werden wird, ist in der Geschichte der Völker beispiellos. Die furchtbarsten Greuelthaten eines Nero, Attila und Dschingis Khan, jene Schreckensszenen barbarischen Blutdursts, die zum Sprichwort und zum Sinnbild ewigen Abscheus geworden sind, sie verblassen vor den Greueln und Schrecken der Vernichtung, die Ihnen in diesem Verfahren vorgeführt werden.»^{5*}

Dieser Prolog gab den Rahmen des ganzen Prozesses vor: Das Verfahren war geplant als emotionales und weniger als informatives Erlebnis. Obwohl Hausner die Judenvernichtung als beispielloses Verbrechen – nämlich als Völkermord – darstellen wollte, präsentierte er dennoch den

* Im Sommer 1947 erschien Jizchak Meir Levin von der orthodoxen Partei Agudat Israel vor dem UN-Untersuchungsausschuss, der sich später für die Teilung Palästinas in zwei Staaten aussprach. Er stehe nicht allein hier, sagte Levin: «Sechs Millionen Seelen stehen hier und schreien. Ihr Blut kocht, und sie werden nicht schweigen.» Im Winter 1952 erzählte Dov Schilansky dem Bezirksgericht Tel Aviv, er sei nicht allein mit der Bombe in der Tasche zum Aussenministerium gegangen. «Sechs Millionen Skelette» hätten ihn begleitet, erklärte er. Die feierliche, biblisch anmutende Bezeichnung «Richter in Israel» stammt aus einem Urteil, das Mosche Silberg im Fall eines Kapo aussprach.⁶

Holocaust als nur ein Glied von vielen in einer Kette antisemitischer Verfolgungen, die in alter Zeit begannen und sich über die ukrainischen Pogrome von Bogdan Chmielnicki im 17. Jahrhundert bis zu Simon Petljura im 20. Jahrhundert fortsetzten. Diese Ansicht spiegelte die Geschichtsauffassung des Zionismus und stiess bei den Deutschen zweifellos auf Wohlgefallen. Der Prozess berührte letztlich nur am Rande, wenn überhaupt, die Faktoren, die zur Machtübernahme der Nazis geführt hatten, die charakteristischen Merkmale des Regimes und die Gründe, die Millionen von Menschen veranlasst hatten, den Nazis zu glauben und sie zu unterstützen. Der Staatsanwalt analysierte weder das Wesen des Rassismus, noch ging er auf die Frage ein, was es den Nazis ermöglicht hatte, sich des Staatsapparats zu bedienen, um Juden zu ermorden. «Menschen haben sich gefragt und werden sich auch weiterhin fragen: ,Wie konnte das geschehen? Wie war so etwas im zwanzigsten Jahrhundert möglich?« sagte Hausner. «Ich fürchte, dass nicht einmal wir in diesem Prozess die Wurzeln des Elends freilegen werden.»

Er behauptete, es sei Eichmann gewesen, der «geplant, eingeleitet, organisiert und andere angewiesen hatte, diesen Ozean von Blut zu vergiessen». Doch die ersten Sätze seiner Rede zeigten nur, was schon bekannt war – nicht Adolf Eichmanns Taten standen im Mittelpunkt der Verhandlung, sondern die Leiden des jüdischen Volkes. Die Eröffnung liess erkennen, dass die Anklagevertretung nicht allzuviel Wert auf die Pflicht des Individuums legen würde, selbst in Kriegszeiten die Grundprinzipien der Moral zu bewahren. Sie ignorierte fast vollständig die Probleme und Zwänge, die dann entstanden, wenn die Notwendigkeit, dem Gesetz zu gehorchen, in Konflikt geriet mit der moralischen Pflicht, offenkundig rechtswidrigen Befehlen den Gehorsam zu verweigern. Der Prozess dokumentierte in der Folge sowohl die Unfähigkeit der Juden, ihren Mördern zu entgehen, als auch ihre Versuche, Widerstand zu leisten. Die Judenräte übergab Hausner fast vollständig.

Gleichzeitig würzte der Generalstaatsanwalt sein Plädoyer mit illustren Namen – Heinrich Heine und Sigmund Freud, Albert Einstein und Marc Chagall. In zionistischen Passagen erwähnte er Ministerpräsi-

dent Ben Gurion. Seine Worte verströmten den Geist der nationalen Einheit, der in jenen Tagen in der israelischen Politik sowenig ins Auge fiel. Hausner beschwor die Religiösen und Nichtreligiösen, die Linken und die Rechten. Die Geschichte der europäischen Juden war zugleich die Geschichte des gesamten jüdischen Volkes – allein die arabischen Juden kamen darin nicht vor.

«Vom jüdischen Standpunkt aus war die europäische Judenheit am Vorabend der Katastrophe das Herzstück der Nation. Weitaus die meisten jüdischen Geistesgrößen und Führer lebten dort oder stammten von dort. In der berühmten Wolozyner Jeschiwa waren die grossen Schriftgelehrten ansässig, die geistigen Erben von Rabbi Eliahu ‚Wilnaer Gaon‘, dort, in einer Vorstadt von Kowno, befand sich die Slobodker Jeschiwa, in der die grosse Tradition der litauischen Gelehrsamkeit gepflegt wurde. Von dort kamen Rabbi Kook und der ‚Chafez Chaim‘, dort erstanden die Visionäre des Staates, die Gestalter, Führer, Ideologen und Publizisten des jüdischen Nationalbewusstseins. Dies war die Judenheit, die dem Volk in den letzten Generationen Herzl und Nordau, Achad Haarn und Pinsker, Bialik, Tschernichowski und Schneur, Weizmann, Ben Gurion und Jabotinsky geschenkt hatte. Von dort zogen die frühen Pioniere nach Palästina, die Menschen der ersten und zweiten Einwanderungswelle, die Grundsteinleger des Staates; von dort kamen Träumer und Kämpfer, die Gestalter der Lebensform, der Denkungs- und Wesensart des neuen Juden, Männer wie A. D. Gordon, Berl Katznelson, Kurt Blumenfeld und Schmarjahu Levin.»*

* Von den Menschen, die Hausner nannte, lebten nur noch zwei: Ben Gurion und Kurt Blumenfeld. Blumenfeld, der in Deutschland als Zionist aktiv gewesen war, arbeitete nun eng mit Justizminister Rosen zusammen.

Auch Ben Gurion verstand unter jüdischer Geschichte die Geschichte der Juden in Europa. «Gottes Gegenwart hat die orientalischen Juden verlassen, und ihr Einfluss auf das jüdische Volk hat abgenommen oder gänzlich aufgehört», schrieb er einmal. «Die europäischen Juden bildeten, was Qualität und Quantität betrifft, in den vergangenen Jahrhunderten die Führung des Volkes.» Das europäische Judentum, fügte er hinzu, «hat auf der ganzen Welt das Bild des jüdischen Volkes geprägt»,

Dann tat Hausner dasselbe wie Ben Gurion: Er charakterisierte die Opfer des Holocaust als Zionisten. «Die Millionen, die ausgerottet wurden, waren jene, die auf den jüdischen Staat warteten und nicht den Vorzug hatten, ihn zu erleben», stellte er fest.⁸ Zweimal zitierte er aus dem Jiddischen übersetzte Gedichte. Sein Eröffnungsplädoyer dauerte acht Stunden. «Ich spürte wie eine körperliche Empfindung, dass das Zittern, das mich durchrann, auch auf das Publikum im Saal Übergriff, obwohl ich mit dem Rücken zum Saal stand und mein Gesicht den Richtern zuwandte.»⁹ Tatsächlich machte seine Rede tiefen Eindruck: Chaim Guri, der Dichter, der für Lamerhav über den Prozess berichtete, nannte Hausner einen «grossen Klagenden» und fügte hinzu: «Nie hat ein vom Weibe Geborener einem anderen vom Weibe Geborenen Worte gesagt, wie sie Gideon Hausner heute zu Adolf Eichmann sagte.»¹⁰

Von diesem Moment an wurde der Prozess zum Mittelpunkt im Leben zahlreicher Israelis. Stundenlang stellten sich die Menschen vor den Türen des Beth Haam an, um eingelassen zu werden. Eine Fernsehkamera im Gerichtssaal übertrug die Vorgänge in einen Saal im nahegelegenen Ratisbonne-Kloster, das ebenfalls meist überfüllt war. In jenen Tagen besass Israel noch keinen Fernsehsender, aber ein Grossteil des Prozesses wurde live im Radio übertragen; überall hörten Menschen zu – in Wohnhäusern und Büros, in Cafés und Läden, in Bussen und Fabriken. Die Schreckensgeschichten vermischten sich mit den Alltagsgeräuschen. Viele Schulen sagten den regulären Unterricht ab, damit die Schüler die Übertragung im Radio hören konnten. Manche Sendungen wurden auch ins Jiddische übersetzt. Natan Alterman schrieb darüber: «Man erzitterte, wenn man die Worte in der Sprache der Ermordeten und Verbrannten hörte: ‚Mir transmitern die erschte sizung fun Eichmann prozes‘ (Wir übertragen die erste Sitzung des Eichmann-Prozesses). Solange die Partnerschaft und die Rivalität dieser beiden Sprachen – Hebräisch und Jiddisch – besteht, gab es noch nie einen so schmerzlichen und ergreifenden Augenblick.»¹¹

wohingegen die Juden aus den arabischen Ländern in jener Zeit «nur eine passive Rolle in der Geschichte des Volkes» spielten.⁷

Dann kam das, was Hausner in seinen Erinnerungen «die Prozession der Augenzeugen» nannte – über einhundert Männer und Frauen. Die meisten wurden als «Hintergrundzeugen» aufgerufen. Die Ausrottung der Juden war ein historisches Faktum, und es war nicht notwendig, sie zu beweisen: Die Verteidigung leugnete nicht, dass sie stattgefunden hatte. Mehr als einmal bekundeten die Richter ihr Unbehagen darüber, dass sich die Zeugenaussagen nicht direkt auf den Angeklagten bezogen. Immer und immer wieder verlangten sie, die Staatsanwaltschaft solle sich auf die Taten des Angeklagten konzentrieren. Hausner aber rief unbeirrt alle Zeugen auf, die er ausgewählt hatte; einer nach dem anderen traten sie vor, die Vertreter verschiedener Länder, Gemeinden, Ghettos, Lager und sogar politischer Gruppierungen. Standen die Aufgerufenen erst einmal im Zeugenstand, war es praktisch unmöglich, sie wieder wegzuschicken oder zur Kürze zu ermahnen. Denn nicht die Politik der Massenmorde stand im Zentrum ihrer Geschichten, nicht die allgemeine Organisation oder der Fahrplan der Züge, für die Eichmann verantwortlich war, sondern der Tod und das Grauen. Die Zeugen erzählten von sich selbst, und das verlieh ihren Worten Macht. Anders als Menachem Begin, der zuvor den Holocaust als kollektive Erfahrung in der Geschichte der Nation dargestellt hatte, verstand Hausner, dass er im Leben eines jeden einzelnen Überlebenden eine besondere Bedeutung besass. Indem er sie ermutigte, das preiszugeben, was sie in ihrem Gedächtnis verschlossen hielten, und ihre persönlichen Erlebnisse zu erzählen, erlöste er sie und eine ganze Generation von Überlebenden: In dieser Hinsicht diente der Prozess als eine Art nationaler Gruppentherapie. So ist auch der Auftritt des Schriftstellers Ka-Zetnik (Jehiel Dinur) zu verstehen, der im Zeugenstand das Bewusstsein verlor.

Hausner belehrte die Zeugen, sie sollten jede Einzelheit der erlittenen Schrecken schildern, auch Fälle von sexuellem Missbrauch. Er hatte in seinem Eröffnungsplädoyer den Ton vorgegeben: «In einem Bunker für zur Hungerstrafe Verurteilte fand man einmal einen Häftling tot und neben ihm, über ihn gebeugt, einen anderen Häftling, gleichfalls tot; dieser hatte aus dem Körper des ersten die Leber herausgerissen, und so hat ihn der Tod ereilt, während er eine menschliche Leber frass.»¹² Aussa-

gen über Sterilisierungen wurden nur dann unter Ausschluss der Öffentlichkeit gehört, wenn die Zeugen es selbst ausdrücklich verlangten. «Zuhören war Folter», schrieb Hausner. «Zuweilen konnte man die Todessgase und den Gestank des verbrannten Fleisches beinahe riechen.»¹³ Von Zeit zu Zeit fielen Zuhörer aus dem Publikum in Ohnmacht und wurden von Sanitätern aus dem Saal getragen. Chaim Guri schrieb: «Nicht einer von uns wird von hier als der fortgehen, der er war.»¹⁴

Rivka Joselewska aus Ramat Gan berichtete, wie SS-Soldaten die Bewohner ihres Dorfes erschossen, nachdem sie ihnen befohlen hatten, sich auszuziehen und sich am Rand einer tiefen Grube aufzustellen. Die Eltern und die Schwester wurden vor den Augen von Rivka Joselewska von einem SS-Soldaten getötet. Dann kam die Reihe an sie. Sie hielt ihre Tochter im Arm. Der Deutsche fragte sie, wen er zuerst erschiessen solle, sie oder ihre Tochter. Er erschoss das Mädchen. Dann schoss er auf sie, und sie fiel in die Grube. «Ich dachte, ich wäre tot», erzählte sie. Über ihr türmten sich die Körper: Viele der Menschen waren noch nicht ganz tot. Sie bekam keine Luft mehr: «Die Menschen zogen, bissen, kratzten, zerrten mich hinab. Trotzdem nahm ich meine restliche Kraft zusammen und drängte mich nach oben durch...» Joselewska sprach Jiddisch. Als der Prozess stattfand, war sie verheiratet und hatte zwei Söhne.¹⁵

Mindestens fünfundzwanzig Zeugen sprachen über den Missbrauch von Kindern. Viele Jahre später sagte Hausner in einem Interview mit Maariv: «Ich wollte Aussagen über das Schicksal junger Männer und Frauen, damit unsere jungen Leute hören würden, was geschehen war.» Er habe geglaubt, dass es ihnen dadurch leichter fallen würde, sich mit ihren Altersgenossen zu identifizieren, und er habe gewollt, dass sie sich selbst an die Stelle der Opfer versetzten.¹⁶ Das war nicht gleich der Fall. Die ersten Zeugen lösten Abscheu statt Identifizierung aus. Morris Fleischmann, ein ehemaliger zionistischer Funktionär in Österreich, beschrieb die Demütigung der Juden in den Strassen von Wien. Chaim Guri schrieb über ihn: «Ich will nicht hören, wie dieser kleine, gebro-

chene Mann sich ausgiebig über seine Leiden, seine Krankheiten, seine Erniedrigung oder das Hohngelächter des Mobs beim Anblick von seinesgleichen verbreitet: ‚Wir wurden geschlagen, wir waren hungrig, wir waren wie die nassen Wände eines Pissoirs’... Ich will ihn nicht sehen, und ich will ihn nicht hören. Ich wäre heute lieber bei der Nahal [Armeinheit]-Parade, im Sportstadion, wo ich von ansehnlichen und starken Menschen umgeben bin.›¹⁷ Ein paar Monate später kam Ungarn zur Sprache. «Dabei fiel der Schatten eines anderen Prozesses über den Gerichtssaal», schrieb Hausner. Er erinnerte sich seines politischen Auftrags: «Ich hatte an alle appelliert, von internen Abrechnungen Abstand zu nehmen, da es sich hier um den Prozess des Ausrotters und nicht um den seiner Opfer handle.» Man gelobte Zurückhaltung, aber Hausner wusste, dass man nicht umhinkommen würde, über offene Rechnungen zu reden, die nicht nur die ungarischen Immigranten, sondern auch die gesamte zionistische Führung betrafen. «Wir mussten deshalb auf diesem Pfad sehr vorsichtig voranschreiten. Der Fall Ungarn wurde mit grösster Sorgfalt vorbereitet und jeder Zeuge aus jedem nur möglichen Blickwinkel betrachtet und erwogen. Mein Assistent Gabi Bach leistete den grössten Teil der Vorbereitungsarbeit; ich sagte ihm, dass wir keinen Zeugen aufrufen würden, der den Zeugenstand zu einer Pro-Kastner- oder Anti-Kastner-Demonstration missbrauchen würde.» Mindestens zwei Zeugen wurden auf Grund dieses Kriteriums nicht zugelassen. «Bach», schrieb Hausner, «leitete den grössten Teil der Beweisaufnahme über Ungarn und entledigte sich dieser schwierigen Aufgabe mit seinem gewohnten Takt; es gelang ihm, einige Explosionsmöglichkeiten geschickt zu umschiffen.» Doch während der Aussage eines Exponenten der orthodoxen Gemeinde in Budapest stand ein Zuschauer auf und schrie diesem auf ungarisch zu: «Ihr habt uns beschwichtigt, damit wir nicht davonlaufen, während ihr eure Familien gerettet habt.»

Joel Brand wurde ebenfalls in den Zeugenstand gerufen. In seinen Erinnerungen erwähnte Hausner Brands Aussage mit einer Mischung aus Mitleid und Distanz: «Mir wurde klar, dass dieser Mann nur noch ein Behältnis für Erinnerungen war. Er besass keine Gegenwart; sein Leben hatte schon vor langer Zeit aufgehört...

Alles, was er noch tun konnte, war, immer wieder die Geschichte der Mission zu erzählen, die fehlgeschlagen war.»¹⁸

Doch das Thema konnte natürlich nicht ausgeklammert werden, und Hausner hatte nun eine Möglichkeit, die sein Kollege im Kastner-Prozess nicht gehabt hatte: Er legte dem Gericht eine Sammlung von Dokumenten aus dem Weizmann-Archiv vor, die detailliert aufzeigten, welche Anstrengungen die zionistische Führung unternommen hatte, um die Briten davon zu überzeugen, dass sie über Brands Botschaft mit den Nazis verhandeln müssten. Die Dokumente sollten beweisen, dass die Führung der Jewish Agency ihr Bestes getan hatte.* Um zu zeigen, dass er die politische Führung der USA und Grossbritanniens vehement verurteilte, zitierte Hausner internationale Schlagzeilen: «DIE GANZE WELT STEHT JETZT VOR GERICHT».²⁰ Hausner legte auch Schriftstücke vor, die den Widerstand der arabischen Führer, vor allem des Mufti von Jerusalem, gegen die Rettung der Juden hervorhoben. Der Mufti war sogar nach Berlin gefahren und von Hitler empfangen worden. Hausner wollte beweisen, dass es «persönliche Beziehungen» zwischen dem Mufti und Eichmann gegeben hatte. Das Gericht befand, dass sich die beiden tatsächlich einmal getroffen hatten, aber man konnte nicht feststellen, ob das Treffen in Eichmanns Dienststelle oder bei einem gesellschaftlichen Anlass stattgefunden hatte.²¹

Gelegentlich bat Hausner Zeugen zu berichten, warum sie gegen die Nazis keinen Widerstand organisiert hätten. Auch Richter Halevy stellte häufig diese Frage. Die Zeugen erklärten, dass sie bis zur letzten Minute nicht geglaubt hatten, dass ihnen der Tod bevorstand, weil die Nazis alle Arten von Tricks anwandten, um sie zu täuschen; ausserdem hätten sie keine Waffen besessen. Hausner befragte auch Zeugen, die versucht hatten, Widerstand zu leisten.

* Eichmann sagte aus, dass er das Angebot «Ware-gegen-Blut» ernst gemeint hatte. Auf der Grundlage dieser Aussage und des historischen Materials, das dem Gericht vorgelegt wurde, bat Schmueel Tamir den Obersten Gerichtshof, den Grünwald-Prozess erneut aufzurollen. Generalstaatsanwalt Gideon Hausner stellte sich dagegen, und der Oberste Gerichtshof schloss sich seiner Meinung an und lehnte Tamirs Antrag ab.¹⁹

«Die Wahrheit über die Aufstände war nicht nur um ihrer selbst willen wichtig, sondern auch als ein erzieherisches Nebenprodukt des Prozesses für unsere eigene Jugend, die unablässig fragte, warum es nicht zu mehr Aufständen gekommen sei als zu denen, über die sie etwas gehört hatte», schrieb er. «Hier bot sich eine Gelegenheit, zahllose Heldentaten hervorzuheben, von denen die Menschen im Allgemeinen wenig oder gar nichts wussten.» Hausner wollte das Gericht davon überzeugen, dass die Geschichte des jüdischen Widerstands untrennbar mit der Geschichte der Judenvernichtung verbunden sei, doch seine Bemühungen waren nicht von Erfolg gekrönt. Widerstrebend erlaubte ihm das Gericht, Zivia Lubetkin und Antek Zuckerman aufzurufen, die den Aufstand im Warschauer Ghetto schilderten. Es gestattete ihm auch, Abba Kovner zu befragen, der dem Gericht eine bekannte Flugschrift aus dem Wilnaer Ghetto vorlegte, in der er die Juden aufgerufen hatte, nicht «wie Lämmer zur Schlachtbank» zu gehen. Lubetkin, Zuckerman und Kovner kamen mit vorgefertigten Statements, und Hausner unterbrach sie nur selten mit einer Frage. Die Geschichte des Aufstands wurde dem Gericht so präsentiert, wie dessen Führer sie der Nachwelt erhalten wollten.

Während Kovners Aussage war deutlich zu bemerken, dass Mosche Landau, der vorsitzende Richter, die Geduld verlor. Als der Zeuge seine Schlussfolgerung vortrug, erteilte der Richter dem Generalstaatsanwalt eine Rüge.²² Obwohl Hausner keineswegs die Absicht hatte aufzuhören, erkannte er, dass das Gericht ihm Einhalt gebieten würde. Dies hätte den unerwünschten Eindruck hinterlassen, dass die Richter an der Wahrheit seiner Zeugenaussagen zweifelten. Deshalb gab er nach – «mit Sorge und Missbehagen».²³ Einen Zeugen durfte er allerdings noch aufrufen, der über die jüdischen Partisanen sprach, und einen zweiten, der von der Jüdischen Brigade erzählte. Der ehemalige Partisan Schalom Cholawski präsentierte dem Gericht eine Spielkarte, die er unweit seines Heimatortes im Besitz eines Bauern gefunden hatte; sie war aus einer Torah-Rolle geschnitten, die beim Brand des Ghettos der Zerstörung entgangen war. Ein dritter Zeuge, Rechtsanwalt Aharon Hoter-Jishai von der Jüdischen Brigade, sprach über seine erste Begegnung mit Überleben-

den eines Konzentrationslagers. Sie hatten sich um ihn gedrängt, um den Davidstern zu berühren, der auf dem Dienstwagen der Brigade aufgemalt war. «Mit dieser Schilderung», so Hausner, «wie der Davidstern auf den blutgetränkten Boden Europas zurückkehrte, um die Überreste des Volkes zu retten, schloss ich die Beweissaufnahme.» Die Staatsanwaltschaft hatte 121 Zeugen und mehrere hundert Dokumente aufgeboden.²⁴

Der Verteidiger Robert Servatius beschränkte sein Kreuzverhör der Zeugen auf ein Minimum, denn deren Aussagen betrafen seinen Klienten nur indirekt. Er bat darum, eine Reihe deutscher Zeugen – in der Mehrzahl Kriegsverbrecher – aufrufen zu dürfen, aber der Generalstaatsanwalt weigerte sich, ihnen Immunität zuzusichern, und so konnten sie nicht nach Jerusalem reisen. Manche wurden ausser Landes befragt, doch die meisten waren nicht gerade erpicht darauf, Eichmann zu helfen. Der wichtigste Entlastungszeuge war Adolf Eichmann selbst. «Es war unheimlich zu hören, wie der Teufel bei Gott schwört», zitierte Hausner einen Prozessbeobachter.²⁵ Mit seiner Aussage tat sich Eichmann keinen Gefallen. Er sprach wie ein Mann, der einer Art von bürokratischem Missverständnis zum Opfer gefallen war, das aufgeklärt werden musste. Nein, nicht sein Referat hatte über die Judenvernichtung entschieden, sondern ein anderes Referat, und wenn etwas in seiner Abteilung entschieden worden war, hatte er die Weisung seines Amtschefs eingeholt. Er hatte lediglich ausgeführt, was ihm aufgetragen worden war, und zwar peinlich genau. Deshalb war die Frage, ob er Reue empfinde, sinnlos. Natürlich verstand er, dass die Judenvernichtung eines der entsetzlichsten Verbrechen in der Menschheitsgeschichte war. Aber er war nur ein winziges Rädchen in der grossen Maschine gewesen, das Befehle befolgte, ein Werkzeug in den Händen von Kräften, die viel mächtiger waren als er. Als solches wusch er seine Hände in Unschuld wie Pontius Pilatus.²⁶ Er sprach in langen, gewundenen Sätzen und verwendete das Bürokratendeutsch des Nazi-Regimes. Der Prozess nahm groteske Dimensionen an; die Übersetzer hatten Mühe, ihn zu verstehen, und die Richter zogen es vor, mit ihm Deutsch zu sprechen.

«Es ist ein grosser Irrtum, dass ich zu den Fanatikern der Judenver-

folgung gehört hätte. Es hat mich in der ganzen Nachkriegszeit gequält und empört, dass alle Schuld von meinen Vorgesetzten und anderen auf mich abgewälzt wurde. Ich habe tatsächlich keine Äusserungen getan, die für meinen Fanatismus sprechen könnten, und Blutschuld liegt nicht auf mir. Die Zeugen haben da eine grosse Unwahrheit gesagt. Die Zusammenstellung von Äusserungen und Dokumenten durch das Gericht wirkt zunächst sehr überzeugend, sie ist aber trügerisch...

Ich bin von den Richtern gefragt worden, ob ich ein Schuldbekenntnis ablegen wollte, wie dies der Kommandant von Auschwitz, Höss, und der Generalgouverneur von Polen, Frank, getan hat... Höss war derjenige, der die Massentötungen tatsächlich durchgeführt hat. Meine Lage ist eine andere. Die Befugnis und Verantwortung eines Befehlshabers habe ich nie gehabt. Tötungen, wie Höss, habe ich nie vorgenommen. Hätte ich den Befehl zur Ausführung dieser Tötungen erhalten, so hätte ich mich nicht unter falschem Vorwand gedrückt; ich habe bereits in meinem Verhör erklärt: Da es angesichts des Befehlswangs keinen Ausweg gab, hätte ich mir eine Kugel in den Kopf geschossen, um so den Konflikt zwischen Gewissen und Pflicht zu lösen.»²⁷

«Er spuckt in seinem österreichischen Akzent immer weiter vorgefertigte Antworten auf vorgefertigte Fragen aus, die ihn sehr klein erscheinen lassen», schrieb Chaim Guri. «Bald werden wir eine Lupe brauchen.» Ohne jegliche gerichtliche Einschränkungen seiner Berichterstattung konnte Guri Eichmanns Aussage als «Zurschaustellung phantastischer Lügen» bezeichnen, und er schrieb auch: «Wenn seine Aussage noch eine Woche länger dauert, werden wir in bittere Tränen ausbrechen und darum bitten, dass er freigelassen und entschädigt wird und man sich bei ihm von Herzen für die grundlosen Verdächtigungen entschuldigt.»²⁸

Dann kam das Kreuzverhör. Hausner wurde oft laut; er hatte eine leichte nasale durchdringende Tenorstimme. Seine Fragen waren von feindseligem Sarkasmus durchdrungen. Manchmal streckte er den Arm aus und zeigte auf den Angeklagten, wodurch seine schwarze Robe zwi-

schen Handgelenk und Gürtel ein Dreieck bildete. Er sah aus wie ein riesiger Rabe – schwarz, furchterregend, sehr theatralisch.

In seinem Schlussplädoyer zitierte Hausner noch einmal ein Gedicht. Zu Rivka Joselewskas Aussage merkte er an: «Sie hat den bösen Plan durchkreuzt. Die Nazis wollten sie töten, und sie hat neue Kinder in die Welt gesetzt. Die harten Gebeine umgaben sich mit Sehnen und Fleisch, erhoben sich und bedeckten sich mit Haut, und der Atem des Lebens fuhr unter sie. Rivka Joselewska ist ein Sinnbild für das ganze jüdische Volk.»²⁹

Der Prozess dauerte vier Monate, von April bis August 1961; das Urteil wurde im Dezember verkündet. Es war knapp, fast trocken und stand in deutlichem Kontrast zum Stil des Anklägers. Die Richter stützten sich grösstenteils auf die Beweisstücke und gingen wenig auf die Zeugenaussagen ein. Sie zitierten selten die Leiden der Opfer, sondern konzentrierten sich stattdessen auf die Verbrechen. Sie gingen methodischer vor als die Anklage, nüchterner, und sie achteten darauf, Emotionen und Ideologie zu vermeiden.

Zunächst entschieden die Richter, dass der Staat Israel die Berechtigung hatte, Eichmann vor Gericht zu stellen:

«Die schreckliche Ausrottung von Millionen Juden durch die nationalsozialistischen Verbrecher, die fast den Untergang des jüdischen Volkes in Europa herbeigeführt hätte, war einer der gewaltigen Faktoren in der Gründung des Staates des geretteten Überrests. Es ist nicht zulässig, den Staat von seinen Wurzeln abzuschneiden, die auch in der Katastrophe der Juden Europas tief verankert sind.

Die Hälfte der Bevölkerung Israels wanderte in der letzten Generation aus Europa ein, zum Teil vor dem Nazimassenmord, zum Teil nachher. Es gibt fast keinen einzigen unter uns, der nicht Eltern, Brüder oder Schwestern verloren hat; viele haben ihre Ehegatten, Söhne und Töchter im Naziinferno verloren.»

Gideon Hausner schrieb darüber: «So hält der Staat Israel schützend den Arm der Justiz über das gesamte jüdische Volk.»³⁰ Das war eines der Ziele des Prozesses gewesen.

Eichmann wurde für Verbrechen gegen das jüdische Volk und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Nur wenige seiner Taten

an den Juden wurden auch zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit gezählt; die «Endlösung» war nicht darunter. Zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deren Eichmann für schuldig befunden wurde, gehörte die Deportation von Hunderttausenden Polen, Slowenen und Zigeunern sowie von 93 Kindern aus dem tschechischen Dorf Lidice. Die Schuld für ihren Tod wurde ihm nicht gegeben, und er wurde auch freigesprochen, was seine Zugehörigkeit zur SS betraf; der Grund dafür war das im Gesetz verankerte Verjährungsprinzip. Das Urteil enthielt die Geschichte der Judenvernichtung, aber es analysierte die historische Beispiellosigkeit des Verbrechens nicht, und es löste auch nicht das Rätsel um Eichmanns Persönlichkeit.

«Wir stehen stumm vor diesem Rätsel», schrieb Chaim Guri.³¹

Bevor das Urteil verlesen wurde, durfte Eichmann sprechen. «In meiner Hoffnung auf Gerechtigkeit sehe ich mich enttäuscht ... Mein Wille war nicht, Menschen umzubringen... meine Schuld ist mein Gehorsam, meine Unterwerfung unter Dienstpflicht und Kriegsdienstverpflichtung und Fahneneid... Ich habe nicht mit Gier und Lust Juden verfolgt. Dies tat die Regierung... Ich würde jetzt das jüdische Volk von mir aus um Verzeihung bitten und bekennen, dass mich Scham überfällt beim Bedenken des Unrechts, welches den Juden geschah und der Taten, die an ihnen verübt wurden. Aber angesichts der Urteilsgründe würde mir dieses wohl nur als Heuchelei ausgelegt werden.

Ich bin nicht der Unmensch, zu dem man mich macht... Ich bin der tiefsten Überzeugung, dass ich hier für andere erhalten muss. Ich muss tragen, was das Schicksal mir auferlegt.»³² In seiner Urteilsbegründung antwortete der Richter auf dieses Schlusswort: «Es mag wohl stimmen, dass der Angeklagte gehorsam war, wie es von einem guten Nationalsozialisten verlangt wurde, und dass ihm als SS-Mann der blinde Gehorsam bis zum Äussersten eingepaukt worden war. Das besagt aber nicht, dass er seine Aufgabe nur aus Befehlserfüllungseifer ausgeführt hat. Er hat vielmehr seine Aufgabe in all ihren Phasen auch aus innerer Überzeugung, mit ganzem Herzen und ganzer Seele erfüllt.»³³

Eichmann wurde zum Tode verurteilt. Maariv brachte am nächsten

Tag auf der ersten Seite einen Leitartikel mit der Überschrift «VOLLSTRECKEN!» Einen Mann zu töten, schrieb die Zeitung, sei unter jeglichen Umständen schwierig, aber hier handele es sich um eine nationale Pflicht: «Nicht, weil wir blutgierig sind oder nach Rache dürsten... Das ist etwas, was wir tun müssen, damit die heiligen und reinen Seelen von Eichmanns Opfern wissen, dass es eine Gerechtigkeit gibt.»³⁴

Eichmann legte Berufung ein, und das Revisionsverfahren liess ihn noch fünf weitere Monate leben.

Zu der Zeit, als Hannah Arendt neben zahllosen anderen Journalisten über den Eichmann-Prozess berichtete, war sie schon bekannt durch ihre Veröffentlichungen über Geschichte und Philosophie; sie zählte zu den wichtigsten Intellektuellen der Vereinigten Staaten. Ihr Buch über den Prozess erschien zuerst als Artikelserie im *New Yorker*. Sie äusserte sich durchgängig in einem kritischen und gelegentlich fast feindseligen Ton über die politischen und ideologischen Aspekte des Prozesses. Und sie kritisierte den Stil Hausners, der sich für ihren Geschmack zu theatralisch gebärdete. Hannah Arendt hat ihre jüdische Herkunft nie verleugnet und nach ihrem Weggang aus Deutschland sogar eine Zeitlang in den Büros der Zionistischen Organisation in Paris gearbeitet. Schon recht bald jedoch gehörte sie zu jenen jüdischen Intellektuellen, denen Ben Gurions Israel unbehaglich oder sogar fremd war. Nicht allein der extreme Nationalismus stiess bei ihr auf Kritik: Der jüdische Staat, hiess es, sei rassistisch, zu religiös, im israelisch-arabischen Konflikt nicht kompromissbereit, nicht liberal genug bei der Behandlung der arabischen Minderheit, arrogant gegenüber Juden, die lieber im Ausland lebten, und schnell bei der Hand, sich eine besonders hochstehende Moral zuzuschreiben. Arendt leugnete Israels Existenzberechtigung nicht, aber sie hegte keine Sympathien für gewisse ideologische Voraussetzungen des Zionismus. All diese Faktoren flossen in ihre Artikel über den Eichmann-Prozess ein; so führte sie die mangelhafte Qualität der Simultanübersetzung als Beweis dessen an, dass Jecken in Israel diskriminiert würden.

Arendt schrieb, der Prozess hätte sich auf Eichmanns Rolle bei der Judenvernichtung beschränken und nicht den Holocaust in seiner Gesamtheit aufgreifen sollen. Eichmanns Verbrechen seien ausreichend, um ihn von Rechts wegen zu verurteilen und hinrichten zu können, erklärte sie. Ihrer Ansicht nach hätte sein Mord an den Juden als Verbrechen gegen die Menschheit eingestuft werden müssen. Doch was Arendt offenbar ignorierte, war die Tatsache, dass es, um einen gewissen Adolf Eichmann aus dem Referat IV-B-4 zu bestrafen, nicht nötig gewesen wäre, ihn nach Israel zu bringen. Man hätte ihn auf der Garibaldi-Strasse liquidieren können. Der Prozess war nur ein Hilfsmittel und Eichmanns Rolle darauf begrenzt, in seiner Glaszelle anwesend zu sein. Der wahre Zweck des Prozesses bestand darin, dem jüdischen Volk, für das Israel im Geist des Zionismus zu sprechen behauptete, eine Stimme zu verleihen. Der Staat trachtete nicht danach, für die ganze Menschheit zu sprechen. Israel wehrte Versuche, den Holocaust als Verbrechen an der Menschheit zu klassifizieren, sogar ab, da dies die Bedeutung der «Endlösung» verringert hätte und dem jüdischen Volk das einzigartige Recht genommen hätte, von anderen Nationen Unterstützung zu verlangen. Diese Position konnte Arendt nicht akzeptieren. Als Golda Meir ihr sagte, dass sie als Sozialistin nicht an Gott, sondern an das jüdische Volk glaube, war Arendt schockiert. Die Grösse des jüdischen Volkes sei doch gerade, dass es an Gott glaube, schrieb sie später; dieser Aspekt schien ihr viel zu bedeuten.³⁵ Tatsächlich missbilligte sie die zionistische Gründung Israels und die fehlende Trennung von Staat und Kirche. Sie kehrte aus Jerusalem voller Zorn zurück, was ihrem Buch nicht gut tat.

Die Bedeutung ihres Buches lässt sich aus dessen Untertitel erschliessen. Er lautet: **Ein Bericht von der Banalität des Bösen**. Dieses Konzept führte unweigerlich in einen Kampf mit Israel. Ein Ungeheuer wurde benötigt, um den entsetzlichen Erinnerungen der Holocaust-Überlebenden einen Sinn abzugewinnen und um die Politisierung der Erinnerungen zu rechtfertigen. Doch für Arendt war Eichmann kein Ungeheuer; ihre These lautete, dass Eichmann sich nicht grundsätzlich von zahllosen anderen Menschen unterschied, sondern im Grunde völlig normal war. Dies sei gerade das Beunruhigende des Nationalsozialis-

mus: Was ihn kennzeichne, seien nicht die sadistischen Perversionen, die sich unter seiner Herrschaft austoben konnten, sondern seine Fähigkeit, das moralische Urteilsempfinden der Menschen zu untergraben. Arendts Menschenbild war von tiefem Pessimismus geprägt. Ihre These war nicht leicht zu verstehen, und viele lehnten sie ab. Das Buch löste weltweit eine Debatte aus, und so leistete der Eichmann-Prozess einen – wenn auch indirekten – Beitrag zur politischen Theorie des 20. Jahrhunderts.

Die leicht hysterische Reaktion, die das Buch in Israel auslöste, war hauptsächlich eine Folge der Diskussion um die Judenräte. Hätten sie nicht mit den Nazis kollaboriert, stellte Arendt fest, hätten die Nazis Mühe gehabt, ihr Vernichtungsprogramm durchzuführen. Arendt jammerte nicht, die Juden seien wie Lämmer zur Schlachtbank gegangen; sie griff im Gegenteil Hausner an, weil er den Zeugen wiederholt ihren fehlenden Widerstand vorhielt. Sie betrachtete dies als grausame und unbegründete Taktik. Man habe von den europäischen Juden nicht erwarten können, dass sie sich gegen die Nazis stellten; andere Völker hätten das auch nicht getan. Ein grossangelegter Widerstand sei nicht möglich gewesen und hätte ihnen nichts genützt. Viele von ihnen hätten allerdings gerettet werden können, wenn ihre Führung den Nazis nicht geholfen hätte, die Juden in Ghettos zusammenzupferchen, sie in den Osten zu deportieren und in die Vernichtungslager zu transportieren. In anderen Worten: Es wäre richtiger gewesen, gar nichts zu tun. Das hätte das Chaos verstärkt, dadurch Massenmorde erschwert und letztlich die Zahl der Opfer reduziert. Diese Spekulation passte zu Arendts Theorie von der Banalität des Bösen: So umfassend war das Böse des Nationalsozialismus, so total der moralische Zusammenbruch, den er auslöste, dass nicht einmal die Opfer immun waren, sondern immer wieder Kooperation statt bewusster Passivität wählten.

Kritische Worte zur Kollaboration zwischen den Judenräten bzw. den zionistischen Führern und den Nazis waren bislang eine Domäne der israelischen Rechten gewesen. Es lag eine gewisse Ironie darin, dass die Rechte ausgerechnet von Hannah Arendt Rückendeckung erhielt, doch

das war nicht das einzige Paradox. Die Judenräte wurden überall als Phänomen beschrieben, dessen man sich schämen musste, gewissermaßen als Antithese zu den Ghetto-Aufständen. Der Eichmann-Prozess schenkte ihnen so gut wie keine Beachtung, wohingegen er die Geschichte der Aufstände ausgiebig behandelte. Aufstand bedeutete zionistische «Beherztheit», Judenräte «geistige Degeneration und jüdische Unterwürfigkeit des Exils». Hannah Arendt lehnte eine solche Unterscheidung ab. Sie attackierte Judenräte und Zionisten mit gleicher Schärfe.

Hannah Arendts Position machte es all jenen sehr schwer, deren Überzeugungen im Eichmann-Prozess so unmissverständlich Ausdruck fanden. Sie wollten die Judenräte nicht verteidigen, aber Arendt liess ihnen keine andere Wahl, weil ihre Argumentation auch die Zionisten einschloss. Manche Kritiker gaben ihre Worte entstellt wieder oder griffen sie persönlich an. Die Hebräische Universität in Jerusalem liess eine Magisterarbeit zu, in der festgestellt wurde, Hannah Arendts Gedankengebäude unterlägen dem «unsichtbaren Einfluss» antisemitischer Schriften. **Mein Kampf**, hiess es dort, spiegele sich in ihren Ansichten über die Beziehung des Juden zum Staat und seinen Einfluss in der Gesellschaft.³⁶ Andere warfen der Wissenschaftlerin vor, sie sei darauf aus, die Schuld Eichmanns und der Deutschen herunterzuspielen und die Juden selbst anzuklagen. Der Grund dafür seien ihr «Masochismus» und ihre «Selbstverachtung». Sprecher von Yad Vashem versuchten, die Diskussion umzulenken von dem Verhalten der Judenräte auf die «Ehre der Toten», die, wie sie meinten, Hannah Arendt besudelt habe.

In einer Veröffentlichung der Gedenkstätte Yad Vashem wurde erklärt, dass die Methoden und Schlussfolgerungen von Hannah Arendt dazu angetan seien, Neonazis Auftrieb und Rückendeckung zu geben. Zu ihren vehementesten Kritikern in Israel gehörten Martin Buber und sein Kreis, die über ihre gezielten Attacken auf die Führer der jüdischen Gemeinden Deutschlands bestürzt waren. Der Gelehrte Gerschom Scholem beschuldigte sie, nicht genug «Liebe zum jüdischen Volk» aufzubringen. Obwohl **Eichmann** in Jerusalem eines der wichtigsten Bücher

über die «Endlösung» ist und eine intelligente Kontroverse verdient, erschien das Buch – abgesehen von ein paar Kapiteln, die in Haaretz abgedruckt wurden – bislang nicht auf Hebräisch. Ein Band, welcher beweisen sollte, dass Hannah Arendt die Wahrheit verzerrt habe, wurde dagegen übersetzt.³⁷

Irgendwo in den Archiven liegt das Manuskript eines Buches, das nie publiziert wurde: Adolf Eichmanns Autobiographie. Gideon Hausner erklärte David Ben Gurion, dass Eichmanns Buch dem Urteil widerspräche. Falls es veröffentlicht würde, könnten Zweifel an der Korrektheit des Urteils geweckt werden. Eichmann sei während des Prozesses ausreichend Gelegenheit geboten worden, seine Version der Ereignisse zu schildern, und der Staat Israel sei nicht verpflichtet, ihm noch mehr Öffentlichkeit zu verschaffen. Der Ministerpräsident liess das Manuskript daraufhin versiegeln.³⁸

Im Gegensatz zu anderen Kabinettsmitgliedern nahm Ben Gurion an keinem einzigen Verhandlungstag teil, doch er nannte jenes Jahr zu Recht das Jahr des Eichmann-Prozesses.³⁹ Noch nie zuvor hatte Israel die Schrecken des Holocaust so unmittelbar erlebt wie in diesen Monaten – nicht nach dem Krieg, nicht während der Nürnberger Prozesse. Der Eichmann-Prozess war der Beginn einer dramatischen Wandlung im Verhältnis der Israelis zum Holocaust. Die entsetzlichen Geschichten, die sich aus der Tiefe des Schweigens Bahn gebrochen hatten, bewirkten einen Prozess der Identifizierung mit dem Leiden der Opfer und der Überlebenden. Chaim Guri, der sich zu Beginn der Verhandlung für die Worte der Zeugen geschämt hatte, schrieb gegen Ende: «Wir müssen die Unzähligen, die wir insgeheim verurteilt haben, um Vergebung bitten, wir, die wir in einer anderen Welt lebten. Wir haben oft über sie geurteilt, ohne uns zu fragen, welches Recht wir dazu hatten.»⁴⁰ Viele junge Leute zeigten zum ersten Mal Interesse am Holocaust.

Etwa zwei Wochen vor den Schlussplädoyers im Eichmann-Prozess erhielt ein achtundsiebzigjähriger Gelehrter namens Schmuel Hugo Berg-

man, ein vielbewunderter Philosophieprofessor an der Hebräischen Universität, einen Brief von drei ehemaligen Studentinnen. Sie hatten in der Zeitung gelesen, dass Bergman eine Petition aufgesetzt hatte, in der er das Gericht bat, Eichmann nicht zum Tode zu verurteilen.* Die Nachricht war an sich nicht zur Veröffentlichung gedacht, aber prinzipiell korrekt. Bergman, aus Prag stammend und ein Jugendfreund Franz Kafkas, hatte in seiner ersten Zeit in Jerusalem der Organisation Brit Schalom angehört, die die gegenseitige Anerkennung von Juden und Arabern auf der Grundlage von Kompromiss und Koexistenz propagierte. Nun antwortete er seinen Studentinnen: «Ich lehne die Todesstrafe in jeglicher Form vollkommen ab.»

«Dass rechtsgelehrte Menschen ruhig zusammensitzen und mit kühler und objektiver Überlegung beschliessen, einen Mann aufzuhängen – und dass nicht sie, sondern ein anderer, den man dafür entlohnt, ihn aufhängen soll –, ist in meinen Augen äusserste Grausamkeit. Wer hat ihnen erlaubt, ihm das Leben zu nehmen und damit den Angeklagten der Möglichkeit zu berauben, für seine Sünden zu büssen, solange er noch auf dieser Welt ist? Nur der, der Leben schafft, hat auch das Recht, Leben zu nehmen... Der Angeklagte hat seine schrecklichen Untaten vor fast zwanzig Jahren begangen, in einem völlig anderen historischen und psychologischen Zusammenhang. In der Zwischenzeit hat der Mann fast zwanzig Jahre in anderen Umständen gelebt, die mehr oder weniger normal waren, und es ist sehr zweifelhaft, ob derjenige, über den heute geurteilt wird, noch derselbe ist, der in seiner Jugend in einer völlig anderen Welt Verbrechen begangen hat. Ich will nicht behaupten, dass es für seine Verbrechen eine Verjährung gibt, aber die Welt hat sich seither sehr verändert...

Was den Mann selbst betrifft, so ist die Todesstrafe eine viel mildere Bestrafung als lebenslängliche Haft in einem israelischen Ge-

* Bergmans Brief nennt nur die Vornamen der drei Schülerinnen – Leah, Rina und Geula. Bei der letzteren handelte es sich um Geula Cohen, die später für die Cherut und die Tehija-Partei in die Knesset einzog.

fängnis. Angesichts der grauenhaften Verbrechen, die er begangen hat, gibt es keine angemessene Strafe für ihn; doch in jedem Fall ist die Todesstrafe die mildeste. Der Hauptpunkt in meinen Augen: Ich Sorge mich um die Seele Israels. Das schreckliche Erlebnis des Holocaust hat auch schon auf uns und unseren Seelen seine Spuren hinterlassen. All die Komplexe, die uns seit Hunderten von Jahren plagten und die ich kurz ‚Amalek-Komplex‘ nennen will, sind wieder erwacht. Ich glaube aus tiefster Seele, dass der Heilige, Sein Name sei gelobt, uns auserwählt hat, damit wir Licht unter die Heiden bringen. Dieser Auftrag rechtfertigt vielleicht, dass wir ein Volk sind, das ‚für sich wohnt‘, solange wir dies aus Liebe zur Menschheit sind, aus einem Gefühl der Verantwortung für jene, denen wir den Weg zu unserem Vater im Himmel zeigen sollen, der unser aller Vater ist. Doch hier entsteht ein schreckliches Dilemma und eine Gefahr für unsere Seele und unser Ziel: dass wir die Isolation um ihrer selbst willen wählen, dass wir andere Menschen als ‚unbeschnitten‘, ‚unrein‘ und so weiter abtun, und dass wir durch diese Haltung und dieses Verhalten unsere Rolle unter den Völkern aufgeben.

Ich glaube aus tiefster Seele, dass Gnade für diesen Mann die Kette des Hasses durchbrechen und die Welt der Rettung ein Stückchen näherbringen wird. Gleichermassen sicher bin ich, dass ein vollstrecktes Todesurteil den Hass in der Welt verstärken wird – Hass gegen uns und unseren Hass gegen andere Menschen – und dem Teufel zu einem grossen Sieg in der Welt verhelfen wird.»⁴¹

Zuvor hatte Bergman seine Gedanken bereits auf Deutsch in seinem Tagebuch festgehalten. «Es gibt im Judentum von jeher zwei Strömungen, die miteinander im Kampfe stehen. Die eine Strömung ist isolatorisch, sie hasst den Goj, sie pflegt den Amalek-Komplex, sie unterstreicht bei jeder Gelegenheit: *Erinnere dich dessen, was dir Amalek angetan hat.* Und es gibt ein anderes Judentum, welches ich vielleicht charakterisieren möchte durch den Vers *‚Liebe deinen Nächsten wie dich selbst‘*. Ein Judentum, das unterstreicht: *‚Lösche aus die Erinnerung an Amalek‘*, ein Judentum der Liebe und Verzeihung.»⁴²

Von Zeit zu Zeit besuchte Bergman seinen Nachbarn, Freund und Kollegen Martin Buber, der in einem kleinen Steinhaus inmitten von Kakteen lebte. Buber, damals dreiundachtzig, empfing seine Gäste gewöhnlich in einem schwach erleuchteten Arbeitszimmer mit Bücherborden an den Wänden. Im Winter verbreitete die Kerosinlampe ein gelbliches Licht; daneben lag zusammengerollt eine Katze. Als Eichmanns Todesurteil im Dezember 1961 ausgesprochen wurde, versammelte Buber mehrere Jerusalemer Gelehrte bei sich, um mit ihnen zu besprechen, wie die Exekution verhindert werden könnte. Die meisten von ihnen waren ältere Herren, die aus Europa stammten und früher der Brit Schalom angehört hatten.

Bergman beschrieb in seinem Tagebuch, wie sich die Gruppe in Bubers Haus traf und den Brief entwarf, den sie an Präsident Jizchak Ben-Zwi schicken wollte; man wollte ihn bitten, das Urteil in eine Gefängnisstrafe umzuwandeln. Die Gruppe hatten auch Pinchas Rosen angesprochen, der sich zwar ihrem Vorhaben nicht öffentlich anschliessen wollte, ihr jedoch riet, was sie in ihrem Brief an den Präsidenten schreiben und was sie auslassen sollten. Auch Rosen hatte sich gegen Eichmanns Exekution ausgesprochen.⁴³

Die Version, die schliesslich an den Präsidenten gesandt wurde, lautete:

«Wir bitten nicht um sein Leben, weil wir wissen, dass niemand der Begnadigung unwürdiger ist als er, und wir bitten Sie nicht, ihn zu begnadigen. Wir erbitten Ihre Entscheidung [für eine Umwandlung der Strafe] zum Wohle unseres Landes und unseres Volkes. Wir glauben, dass der Abschluss des Eichmann-Prozesses mit seiner Hinrichtung das Bild des Holocaust verzerren und die historische und moralische Bedeutung des Prozesses verfälschen wird.

Wir dürfen uns durch die Katastrophe nicht zwingen lassen, in Israel einen Henker zu ernennen. Wenn wir das tun, wird die Nemesis gesiegt haben, und einen solchen Sieg können wir uns nicht wünschen. Die Gegner Israels wollen, dass wir in diese Falle gehen. Die Vollstreckung des Todesurteils erlaubt ihnen zu behaupten, wir hätten einen Schlussstrich unter die Verbrechen der Nazis gezogen und

die Blutschuld sei getilgt. Lassen wir uns darauf nicht ein: erwecken wir nicht den Anschein, als hielten wir es für möglich, das Opfer von sechs Millionen durch die Hinrichtung eines einzelnen Verbrechers zu sühnen!»⁴⁴

Das Gnadengesuch spiegelt eine gewisse Distanz gegenüber den Emotionen, von denen die meisten Israelis aufgewühlt waren. Zugleich zeigt es aber auch ein Gutteil an Wagemut: In Bubers Nachlass finden sich Dutzende von Drohbriefen, die er erhielt, nachdem seine Initiative bekannt geworden war.⁴⁵

Neben Buber, Bergman und Gerschom Scholem hatten siebzehn andere den Brief unterzeichnet; die meisten von ihnen waren Professoren der Hebräischen Universität. Die Dichterin Leah Goldberg unterschrieb, ebenso der Jerusalemer Maler Jehuda Bacon, der als Zeuge der Anklage ausgesagt hatte. Er war als Vierzehnjähriger mit anderen Kindern nach Auschwitz gekommen. Dort erhielten sie alle möglichen Aufgaben, unter anderem mussten sie menschliche Asche auf die verschneiten Lagerwege streuen, damit niemand ausrutschte. Hin und wieder, erzählte Bacon, durften sie sich in den Krematorien oder sogar in den Gaskammern aufwärmen; die Staatsanwaltschaft legte Zeichnungen vor, die er vom Inneren der Gaskammern angefertigt hatte.⁴⁶ Bacon hatte einmal eine Vorlesung von Buber über Hiob gehört. Danach hatte er Buber nach Hause begleitet. Unterwegs diskutierten sie über die Möglichkeit, nach Auschwitz noch gläubig zu sein. «Ich werde jene Nacht niemals vergessen», schrieb Bacon auf eine Postkarte, die er Buber schickte. «Als ich in mein Zimmer zurückkam, weinte ich vor Glück.»⁴⁷

So wie Gideon Hausner in Rivka Joselewskas Lebenswillen ein Symbol für das Schicksal des jüdischen Volkes gefunden hatte, so sah Schmuel Hugo Bergman eine nationale Symbolkraft in Bacons Bereitschaft, sich für Eichmanns Leben einzusetzen. «Es war für mich ein Beweis dafür, dass das Judentum die Liebe und der Verzeihung lebt, auch nach der Schoah.» Später schrieb Bergman in seinem Tagebuch: «Das andere Judentum, das Judentum des Amalek und der Rache, hat diesmal gesiegt. Eichmann wurde hingerichtet. Der lebende Eichmann war eine Null. Wir haben mit eigener Hand den Mythos geschaffen, um den sich

in Hinkunft der Hass gegen Israel kristallisieren wird. Das Judentum der Liebe und der Verzeihung ist besiegt worden. Aber jene Unterschrift des jungen Bacon auf jener Bittschrift, die von Buber inspiriert worden ist, ist auch unsere Wirklichkeit. Und unser Kampf um die Reinheit Israels wird fortgesetzt werden. ‚Ragende Würde, ragende Macht‘ »⁴⁸

Bubers Initiative, von wenigen unterstützt und von vielen geschmäht, ist bemerkenswert, weil der Mann, den Time als grössten lebenden Philosophen bezeichnete und den Maariv als «altehrwürdigen Propheten» apostrophierte, sich nicht damit begnügte, ein Gnadengesuch aufzusetzen. Er rief im Ministerpräsidentenamt an und bat um ein Treffen, in dem er seine Bedenken gegen die Hinrichtung vorbringen konnte. Mit fünfundsiebzig hielt es Ben Gurion – da er jünger als Buber war – für angebracht, den Philosophen in dessen Haus aufzusuchen. Er hörte ihm nahezu zwei Stunden zu – aber überzeugt war er letztlich nicht. Auch Generalstaatsanwalt Hausner ging zu Buber.

Die Presse bezog fast einmütig gegen das Gnadengesuch Stellung. «Gnade für Eichmann?» fragte Maariv und antwortete: «Nein! Sechsmillionenmal nein!» Doch dank Bubers Kampagne musste man sich der Frage stellen, und der Ministerpräsident berief das Kabinett zu einer Sondersitzung ein. Ben Gurion setzte die Minister vom Inhalt eines Briefes in Kenntnis, den er, offenbar auf Bubers Betreiben, von dem jüdisch-amerikanischen Wissenschaftler Morris S. Friedman erhalten hatte. Darin schlug dieser als Variante vor, Israel solle erklären, es gäbe für Eichmann keine angemessene Strafe, und ihn daraufhin freilassen. Hausner drängte die Minister, auf einer Vollstreckung des Urteils zu bestehen. «Wir schulden es den Holocaust-Überlebenden, die Strafe zu vollstrecken», sagte er. Es wurde abgestimmt, und die Mehrheit sprach sich für Tod durch Hängen aus. Daraufhin bat die Minderheit um eine zweite Abstimmung, damit das Protokoll ein einstimmiges Votum zugunsten der Hinrichtung aufwies. Präsident Ben-Zwi benötigte nur wenige Stunden, um die verschiedenen Gnadengesuche für Eichmann abzulehnen, auch das von Eichmann selbst. An den Rand von Eich-

manns Gesuch schrieb Ben-Zwi die Worte des Propheten Samuel über Amalek: «Wie dein Schwert die Frauen kinderlos gemacht hat, so soll auch deine Mutter kinderlos werden unter den Frauen.» (I. Samuel 15,33).⁴⁹ Adolf Eichmann wurde in der Nacht des 31. Mai 1962 im Ramla-Gefängnis gehängt. Er hatte vorher um eine Flasche Wein gebeten und sie erhalten, und er hatte den Beistand des kanadischen Geistlichen William Hall, der ein letztes Gebet mit ihm sprechen wollte, abgelehnt. «Es lebe Deutschland. Es lebe Argentinien. Es lebe Österreich. Ich werde sie nicht vergessen», rief er den Reportern zu, die bei der Hinrichtung anwesend sein durften. In diesem Moment war er ganz er selbst, schrieb Hannah Arendt. «Davon geben die letzten Worte unter dem Galgen, die er offenbar lange vorbereitet hatte, ein überzeugendes Zeugnis. Sie waren von einer makabren Komik.»⁵⁰ Wenige Augenblicke später war er tot. Sein Leichnam wurde verbrannt und die Asche ausserhalb des israelischen Hoheitsgebietes ins Meer gestreut.

Viele Jahre später sagte Jeschajahu Leibowitz, ein Jerusalemer Gelehrter, der für seine eigenwilligen Ansichten und seine scharfe Zunge bekannt war: «Der gesamte Eichmann-Prozess war eine Fehlhandlung. Eichmann war nur eine kleine Schraube und ihm fehlte jegliche Bedeutung im grossen System. Ich denke, es war ein Übereinkommen zwischen Adenauer und Ben Gurion, um das deutsche Volk dadurch von Schuld zu befreien, dass man die Aufmerksamkeit auf eine völlig bedeutungslose Person Eichmann lenkte. Als Gegenleistung zahlten die Deutschen uns Milliarden! Als wir Eichmann gefasst und hierhergebracht hatten, hätten wir ihn meiner Meinung nach vor Gericht stellen und ihm unseren besten Verteidiger an die Seite geben müssen, damit er erkläre, dieser Mensch sei nicht schuldig und für nichts verantwortlich... Er ist das Produkt einer zweitausendjährigen Geschichte des Christentums gewesen, deren gesamtes Streben auf die Vernichtung des Judentums abzielte... Entscheidend ist, dass er den Willen der Menschheit gegenüber dem jüdischen Volk in die Tat umgesetzt hat.»⁵¹

Während des Prozesses behielt die israelische Presse die Reaktionen der westdeutschen Medien und Parteien genauestens im Auge. Man hatte den Eindruck, dass die Deutschen den Prozess aufmerksam verfolgten, dass sie Mitgefühl für Israel entwickelten, sich ihrer Schuld bewusst waren und sich die Absolution wünschten. Ironischerweise dämpfte also gerade der Eichmann-Prozess die antideutschen Gefühle in Israel.

Im Dezember 1960, sechs Monate, nachdem Time aufgedeckt hatte, dass israelische Agenten Eichmann aus Argentinien entführt hatten, wartete das Magazin mit einer weiteren Enthüllung auf: Israel baute angeblich an einer Atombombe. David Ben Gurion dementierte umgehend, bestätigte aber in der Knesset, dass Israel tatsächlich bei Dimona im Negev einen zweiten Kernreaktor errichte. Frankreich leistete dabei Hilfe. Das Projekt hatte bis dahin absoluter Geheimhaltung unterlegen. Den Bewohnern der Region hatte man weisgemacht, es handele sich um eine Textilfabrik. Wie die erste atomare Anlage im Gebiet des Soreq-Flusses südlich von Tel Aviv – Eingeweihten als «kleiner Reaktor» bekannt – war der «grosse Reaktor» bei Dimona laut Ben Gurion ausschliesslich für eine friedliche Nutzung gedacht. Er verglich ihn mit einer Anlage, die Kanada gerade in Indien baute.*

Ben Gurion hatte sich schon immer für wissenschaftliche Forschungen interessiert, sowohl für den zivilen als auch für den militärischen Bereich. Die Wissenschaft war eine wichtige Komponente seiner Vision von Israel, und er brachte sie gedanklich mit biblischen Prophezeiungen in Verbindung. «Ich teile nicht die Überzeugung derer, die auf Grund des schrecklichen Missbrauchs, der mit den Entdeckungen der Physik und den im Atom verborgenen Kräften getrieben wurde, an der

* Israel leugnete stets Berichte, dass es über Atomwaffen verfügte. Die offizielle Version der sechziger Jahre lautete, dass Israel keine solchen Waffen besass und sie auch nicht als erstes Land im Nahen Osten einführen würde. Diese Aussage wurde bisher noch nicht revidiert; erst 1986 liess die Regierung sie nochmals bestätigen, als ein Arbeiter der Nuklearanlage Dimona Photos und Dokumente aus dem Reaktor ausser Landes schmuggelte.¹

Zukunft der Menschheit verzweifeln», sagte er bei der Eröffnung des Zentrums für Atomphysik im Weizmann-Institut. «Ich neige mehr zu der Ansicht, dass im Fortschritt der Atomwissenschaft ein Segen liegt.» Mit Bezug auf die Bibel bekannte Ben Gurion, er vertraue auf die «kosmische Vereinigung von Wissenschaft und Ethik». «Der Staat Israel wäre nicht entstanden, hätte unser Volk nicht an die Überlegenheit des Geistes geglaubt..., und wir hätten nach dem schrecklichen Holocaust, den die Nazis über uns gebracht haben, nicht weiterexistiert, hätten wir nicht an das menschliche Gewissen und dessen Sieg geglaubt.»² Sofort nach der Staatsgründung hatte Ben Gurion angeordnet, dass im Negev nach Uran gesucht werden solle. Zu Beginn der fünfziger Jahre gewann das Weizmann-Institut Uran aus Phosphatvorkommen und stellte ausserdem schweres Wasser her. Die Leistungen des Instituts schufen die Voraussetzung für eine nukleare Kooperation Israels mit anderen Ländern, insbesondere mit Frankreich und Deutschland.³

Ben Gurions Stellungnahme zum Atomreaktor bei Dimona führte zu keiner grösseren öffentlichen Auseinandersetzung. Die Militärzensur hatte ohnehin jeden Versuch einer Berichterstattung im Keim erstickt. Zwei Jahre später forderten Mapam und Maki eine Knesset-Debatte über ihren Antrag, im Nahen Osten eine nuklearwaffenfreie Zone einzurichten. Als sie in ihren Redebeiträgen die Befürchtung äusserten, dass der israelisch-arabische Konflikt zu einer nuklearen Konfrontation führen könne, gebrauchten beide Parteien das Wort «Holocaust». Auf Ben Gurions Betreiben strich die Knesset den Antrag von der Tagesordnung.⁴ Ein kleiner Kreis von Intellektuellen versuchte, der Öffentlichkeit die Notwendigkeit atomarer Abrüstung im Nahen Osten nahezubringen. Wortführer dieser Gruppe war Jeschajahu Leibowitz; zu ihren Mitgliedern zählte auch Ernst Akiva Simon, ein Mitarbeiter Martin Bubers, der schon die Eichmann-Petition unterzeichnet und sich für die Verständigung zwischen Israelis und Arabern eingesetzt hatte. Man traf sich in einer Jerusalemer Wohnung, entwarf Memoranden, schrieb Leserbriefe, sprach mit Knesset-Abgeordneten. Der britische Philosoph Bertrand Russell schrieb eine Solidaritätsadresse.

Aber der Einfluss der Gruppe war gering. «Wir wurden nicht ernst genommen», schrieb Jehuda Ben-Mosche, der Koordinator der Gruppe, rückblickend. Unter ihren Gegnern befanden sich viele Holocaust-Überlebende. «Wer hat denn im Krieg einen Finger gerührt, um uns zu helfen?» fragten sie Ben-Mosche. «Ihr könnt euch nicht vorstellen, wie es ist, in ständiger Todesangst zu leben.» Doch offenbar betrachtete nur Schimon Peres die Gruppe als eine Gefahr für die Interessen des Landes.⁵

Peres, damals stellvertretender Verteidigungsminister, engagierte sich stark für das Atomprojekt. Er machte keinen prinzipiellen Unterschied zwischen konventionellen und atomaren Waffen – der Unterschied sei lediglich ein semantischer, behauptete er. Er wehrte sich gegen eine atomwaffenfreie Zone vor der Unterzeichnung eines Friedensabkommens mit den Nachbarn Israels. Einmal kam es zu einer direkten Auseinandersetzung mit dem Knesset-Abgeordneten Uri Avneri: «Wie viele Kriege sind auf der Welt wegen des Wettrüstens ausgebrochen?» unterbrach Avneri eine von Peres' Reden. Peres antwortete mit einem Beispiel: «Nach dem Ersten Weltkrieg glaubten die Leute, wenn sie Deutschland entwaffnen würden, gäbe es Frieden auf der Welt. Sie sagten: ‚Kleines Boot, kleiner Krieg; grosses Boot, grosser Krieg‘. Wozu war das gut? Hat es Hitlers Aufstieg verhindert?»⁶

Israels Atomprojekt entstand demnach aus mehreren Faktoren – aus dem Glauben an den wissenschaftlichen Fortschritt, aus einer globalen und regionalen Militärstrategie und aus dem ungehemmten Aktionismus der jüngeren Generation, die nun, unter der Ägide des allmächtigen Ben Gurion, allmählich die politischen Machtpositionen besetzte. Rückblickend erscheint das Projekt als nahezu unvermeidbar. Eine Entscheidung gegen das Atomprojekt hätte viel Phantasie und Wagemut erfordert – vielleicht mehr Mut als der Beschluss, es durchzuführen. Ein starkes Gefühl von Sicherheit und grosses Vertrauen auf die Überlebensfähigkeit des Landes wären nötig gewesen, um darauf verzichten zu können, und die politische Führung des Landes hatte keines von beiden. Vielleicht war das auch zuviel verlangt. Ben Gurion konnte von Glauben und Überleben und von der historischen Vision sprechen, die

das Wunder eines jüdischen Staates zuwege gebracht hatte, aber ungeachtet solch inbrünstiger Beschwörungen war er von tiefem Pessimismus und grosser Sorge erfüllt, und anderen erging es ebenso. Auch das war ein Erbe des Holocaust. «Sie wären imstande, uns schon morgen hier in unserem eigenen Land abzuschlachten», warnte Ben Gurion seine Parteigenossen während einer Debatte über die Reparationszahlungen. Diesen Punkt führte er besonders den Holocaust-Überlebenden eindringlich vor Augen. «Wir wollen nicht wieder in die Situation gelangen, in der Sie sich befunden haben. Wir wollen nicht, dass die arabischen Nazis kommen und uns umbringen.»⁷ Während der hitzigen Debatte über die Waffenverkäufe an Deutschland sagte Mosche Dajan: «Das historische Erbe der sechs Millionen – der historische Imperativ, den sie uns hinterlassen haben –, besteht in der Aufgabe sicherzustellen, dass so etwas nie wieder geschehen wird.» Das Volk von Israel trage dafür, so sagte er, eine grössere Verantwortung als jede andere jüdische Gemeinschaft, nicht nur, weil es den Staat schützen müsse, sondern auch aus einem einfacheren Grund: Es sei derzeit die einzige Gemeinschaft von Juden, deren Feinde aktiv ihre Zerstörung planten.⁸ Wer diese Meinung vertrat, sammelte nicht nur Punkte in der politischen Auseinandersetzung, sondern artikulierte gleichzeitig auch fundamentale Aspekte des israelischen Selbstverständnisses und der israelischen Verteidigungsdoktrin: Alles kann geschehen, und wenn es geschieht, wird Israel auf sich allein gestellt sein. Deshalb kann der israelische Staat es sich nicht leisten, auf Waffen zu verzichten, sondern muss nehmen, was er bekommt.

Begründet wurde Israels Atomprojekt von Ernst David Bergman.* Der aus Berlin stammende Chemiker, ein ehemaliger Assistent Weizmanns und einer der Mitbegründer des Weizmann-Instituts, war einer der verdientesten Wissenschaftler Israels. Noch vor der Unabhängigkeit des Landes hatte sich Bergman viel Zeit für militärische Forschungen genommen. Er war mit Ben Gurion befreundet und diente als dessen erster Berater in Sachen Atompolitik. Einer seiner Kollegen schrieb später: «Ich glaube, dass Bergmans Meinung von Ben Gurion ohne Wenn

* Kein Verwandter des Philosophen Schmuel Hugo Bergman.

und Aber akzeptiert wurde. Jeder Vorschlag musste zuerst Bergmans Zustimmung finden. Wenn Bergman von seinem Nutzen überzeugt war, dann war es Ben Gurion auch.»⁹

Bergman war jahrelang Vorsitzender der israelischen Kommission für Atomenergie, die zum Ministerpräsidentenamts gehörte. Kurz nachdem er im Sommer 1966 diesen Posten aufgegeben hatte, schickte Bergman einen langen, sehr pessimistischen Brief an den Mapai-Vorsitzenden Meir Jaari. Im Gegensatz zu jenen, die einen atomwaffenfreien Nahen Osten propagierten, war Bergman überzeugt, dass viele Länder – und vermutlich auch die arabischen – bald über ein atomares Potential verfügen würden. Seine Folgerung daraus war vom Holocaust geprägt: «Die Verbreitung von Nuklearwaffen ist unvermeidbar.» Es sei kaum denkbar, erklärte Bergman, dass sich die Nuklearmächte in der Frage der Abrüstung einigen würden. Er ermahnte seine Leser, all jenen Ländern keinen Glauben zu schenken, die Atomreaktoren besaßen, nach eigenen Angaben aber keine Atomwaffen produzierten. «Jede Entwicklung im Bereich der Atomenergie zu friedlichen Zwecken führt ein Land mit Atomenergie unweigerlich näher an Atomwaffen heran», stellte Bergman fest. Er rügte Jaari:

«Ich war überrascht, dass ein Mann wie Sie, einer der Gestalter unserer Politik, seine Augen verschliesst und annimmt, dass die Wirklichkeit so ist, wie wir sie alle gerne hätten. Es gibt wohl keinen Menschen in diesem Land, der sich nicht vor einem Atomkrieg fürchtet, und es gibt keinen Menschen in diesem Land, der nicht trotz allem hofft, dass in der Welt von morgen die Logik herrschen wird. Doch wir dürfen nicht unser präzises Wissen und unsere realistischen Einschätzungen gegen Hoffnungen und Illusionen eintauschen. Ich kann nicht vergessen, dass der Holocaust das jüdische Volk überraschend getroffen hat. Das jüdische Volk darf sich eine solche Illusion kein zweites Mal erlauben.»^{*10}

* Im Oktober 1964 teilte ein hoher deutscher Regierungsbeamter Bonner Journalisten mit, dass sein Land und Israel seit vier Jahren in der atomaren Forschung für friedliche Zwecke zusammenarbeiteten. Laut Frankfurter Rundschau würden die Is-

Am 21. Juli 1962 feierte Gamal Abdel Nassers Ägypten den zehnten Jahrestag der Offiziersrevolte, durch die die Monarchie gestürzt worden war. Bei der Militärparade in den Strassen von Kairo wurden zwanzig Bodenraketen vorgeführt. Die ägyptischen Behörden hatten zuvor Reporter eingeladen, über den Probeabschuss von vier Raketen zu berichten, zwei vom Typ al-Zafer («der Sieger») und zwei vom Typ al-Qaher («der Eroberer»). Ein Jahr davor, im Juli 1961, hatte Israel eine selbst hergestellte Rakete mit der Bezeichnung Shavit-2 in die Luft geschossen – angeblich für meteorologische Zwecke. Ben Gurion liess sich vor dem Abschuss neben der Shavit fotografieren, und eine Welle von Patriotismus und Selbstbewusstsein durchflutete das Land. Als jedoch Nasser seinen «Sieger» und seinen «Eroberer» präsentierte und als deren Ziele «jeden Punkt südlich von Beirut» definierte, wirkte die Gefahr sehr real und bedrohlich.

Politiker und Geheimdienste gerieten in Aufruhr. Schimon Peres und Meir Amit, der Chef des militärischen Geheimdienstes, beschuldigten Mossad-Chef Isser Harel, den sie als Rivalen betrachteten, das Problem vernachlässigt zu haben. Harel, ein sehr mächtiger Mann, war ein Vertrauter des Ministerpräsidenten und traf diesen stets privat. Ben Gurion hatte völliges Vertrauen zu ihm. Nach den ägyptischen Raketentests holte Harel Dokumente hervor, die bewiesen, dass die Waffen unter Anleitung deutscher Wissenschaftler gebaut worden waren, die in Deutschland unter den Nationalsozialisten teilweise auf demselben Gebiet tätig gewesen waren. Harel empfahl Ben Gurion, Bundeskanzler Adenauer

raelis mit deutscher Hilfe bald eine Atombombe besitzen. Der Bericht führte zu zwei Misstrauensanträgen im Parlament. Erziehungsminister Abba Eban wies die Behauptung als unwahr zurück: «Es gibt in Israel keine Aktivitäten deutscher Wissenschaftler und schon gar nicht auf dem Gebiet der Nuklearforschung.» Doch die Zeitung nannte explizit die Namen Hans Jensen und Wolfgang Gentner: Jensen war Nobelpreisträger in Physik, Gentner der Leiter des Bereichs Atomforschung im angesehenen Heidelberger Max-Planck-Institut. Beide hatten sich in Israel aufgehalten und waren in Knesset-Debatten erwähnt worden. Die Regierung bestätigte, dass sie das Weizmann-Institut besucht hatten.¹¹

direkt anzusprechen und ihn zu bitten, die Wissenschaftler nach Deutschland zurückzubeordern. Ben Gurion fürchtete, Adenauer werde nichts dergleichen tun, und die Forderung werde die heiklen Beziehungen zwischen den beiden Ländern belasten. Stattdessen liess er Schimon Peres mit dem deutschen Verteidigungsminister Franz Josef Strauss reden. Ben Gurion behielt Recht – Strauss unternahm nichts. Gleichzeitig erlaubte Ben Gurion Harel und Amit, ihre Männer mit gezielten Aktionen gegen die deutschen Wissenschaftler zu beauftragen. Mindestens zwei Wissenschaftler wurden entführt und verschwanden; andere wurden verwundet, als sie Briefbomben öffneten. Wieder andere erhielten Drohbriefe.

An einem Märztag des Jahres 1963 rief ein Mann namens Otto Joklik bei Heidi Görke in Deutschland an und bat sie, sich mit ihm und einem Israeli zu treffen, um über die Arbeit und mögliche Rückkehr ihres Vaters zu sprechen. Heidi Görkes Vater Paul arbeitete als Elektronikexperte in Ägypten. Joklik war ein österreichischer Abenteurer, der bis dahin an einem ägyptischen Raketenprojekt mitgearbeitet hatte und nun beim Mossad tätig war. Sie verabredeten sich im Hotel Drei Könige in Basel. (Dort war siebzig Jahre früher eine der bekanntesten Fotografien in der Geschichte des Zionismus aufgenommen worden: Theodor Herzl auf einem Balkon, über den Rhein blickend). Die Rechtsanwältin Heidi Görke verhielt sich den beiden Mossad-Agenten gegenüber so souverän wie die Heldin eines Spionagefilms. Sie rief die Schweizer Polizei zu Hilfe, die ein Mikrofon unter dem Tisch und ein zweites in einer Vase versteckte. Das ganze Gespräch wurde auf Tonband aufgenommen. Ein paar Stunden später wurden die beiden Agenten verhaftet und der versuchten Nötigung beschuldigt. Der darauffolgende Skandal beschäftigte die israelische Politik über zwei Jahre. Unter anderem enthüllte er ein Netz von Intrigen ausserhalb des Geheimdienstes. Die Zeitungen berichteten seitenlang mit dicken Balkenüberschriften, hoben die nationalsozialistische Vergangenheit der in Ägypten tätigen deutschen Wissenschaftler hervor und unterstrichen deren Erfahrungen mit der Entwicklung chemischer und bakteriologischer Waffen. Das Schlüsselwort war

‚Gas‘. Isser Harel ermutigte diese Art von Journalismus. Er stellte die Aktivitäten des Mossad gegen die deutschen Wissenschaftler als Krieg gegen eine anti-israelische Verschwörung dar, die unmittelbar an den Holocaust anknüpfte. Diese Vorstellung von einer koordinierten, weitreichenden Verschwörung erlaubte ihm, den Misserfolg seiner Männer in Basel zu erklären und half auch, eine Stütze von Peres‘ Macht ins Wanken zu bringen – sein Netz von Kontakten mit dem deutschen Militär. In seinen Erinnerungen erzählte Harel, wie er Details aus der Arbeit der Wissenschaftler an die Presse weitergab. Er ging sogar so weit, drei israelische Reporter mit Namen, Adressen und Hintergrundinformationen versehen nach Deutschland zu schicken. Die Geschichten, die sie schrieben, wurden als Enthüllungsjournalismus verkauft.¹²

Die Berichte über die deutschen Wissenschaftler in Ägypten versetzten Ben Gurions Deutschlandpolitik den bislang härtesten Schlag. In dieser Zeit nährte der Ministerpräsident zum wiederholten Mal die Hoffnung, dass Deutschland bald volle diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen werde. Harel hatte es nicht auf den Ministerpräsidenten abgesehen; er wollte Peres schaden. Doch die Auswirkungen auf Ben Gurions Deutschlandpolitik waren unvermeidbar. Vielleicht glaubte Harel damals wirklich, dass die deutschen Wissenschaftler Israels Sicherheit bedrohten, wie er später in seinen Büchern betonte.

Ben Gurion hegte Zweifel und hielt sich zurück, aber als die Presse immer mehr Wirbel machte, war er gezwungen, Aussenministerin Golda Meir aufzufordern, in der Knesset eine offizielle Stellungnahme abzugeben. Meir nannte die deutschen Wissenschaftler eine Bande von Verbrechern, die sich zweifellos nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus antisemitischen Motiven in Ägypten aufhielten. «Seit der Hitlerzeit bestehen enge Verbindungen zwischen Kairo und den Nazis, und es ist kein Geheimnis, dass Kairo heute als Zentrum und Zufluchtsort für Nazigrößen dient», sagte Golda Meir. In ihrer Stellungnahme bediente sie sich einer scharfen Sprache. Während sie einerseits Genugtuung über die «Mehrheit des deutschen Volkes, die sich von der Nazivergangenheit Deutschlands abgestossen fühlt und ein anderes Deutsch-

land will» zum Ausdruck brachte, liess sie andererseits keinen Zweifel daran, dass «achtzehn Jahre nach dem Fall des Naziregimes, das die Vernichtung von Millionen Juden verschuldete, heute Angehörige dieser Nation wieder mit Handlungen in Verbindung gebracht werden, die den Staat Israel, die Zuflucht der Holocaust-Flüchtlinge, zerstören sollen.»

Obwohl alle Fraktionen die Stellungnahme der Aussenministerin akzeptierten, gab es im Anschluss noch eine Debatte:

MENACHEM BEGIN (CHERUT): Sie müssen doch selbst das Paradox erkennen: Sie laden Bildungsexperten hierher ein, und die Deutschen schicken Todesexperten zu Nasser. Sie nähen Uniformen für die deutsche Armee, und die Deutschen liefern Ägypten ihr Know-how über das Gas, das sie gegen das jüdische Volk einsetzen können. Sie schicken unsere Uzi nach Deutschland, und die Deutschen versorgen unsere Feinde mit Bakterien. Bitte gehen Sie wenigstens jetzt einmal in sich. Wie lange wollen Sie dieses System der Sklaverei, diese unbegreifliche Freundschaft noch aufrechterhalten?

ELIMELECH RIMALT (LIBERALE): Die Bürger Westdeutschlands... produzieren schon wieder Gas, Bakterien und radioaktives Material, das gegen Israel, gegen die Bevölkerung des jüdischen Staates eingesetzt werden soll...Wir sollen nicht das gesamte ägyptische Volk anklagen..., sondern die Staatslenker, die den Geist des Nationalsozialismus geerbt haben...

ISRAEL **BARZILAI** (MAPAM): Sie sagen, die deutschen Wissenschaftler und Experten in Ägypten erfinden die schrecklichsten Waffen, die ein menschliches Gehirn je erdacht hat – die berühmigten «Todesstrahlen». Dutzende von Nazi-Wissenschaftlern haben zu Hitlers Zeit daran gearbeitet und waren nur teilweise erfolgreich, und heute versuchen sie, das Begonnene zu vollenden.

Mapai und Cherut einigten sich auf eine gemeinsame Resolution – die erste in der Geschichte Israels. Ben Gurion nahm an dieser Sitzung nicht teil. Anscheinend wollte er demonstrieren, dass die Lage eine Urlaubsunterbrechung nicht rechtfertigte. Er verbrachte die Ferien zuerst in seinem Lieblingshotel am See Genezareth und dann in seinem Kibbuz Sde

Boker im Negev. In der Knesset fielen harte Worte gegen seine Deutschlandpolitik, und Golda Meir schwang sich nicht zu deren Verteidigung auf.¹³

Schimon Peres hatte mittlerweile den neuen geheimdienstlichen Lagebericht erhalten, den er von Meir Amit angefordert hatte, und dieser liess erkennen, dass die Informationen, die Harel gestreut hatte, in Amits Worten «ein Haufen Mist» waren. Einige der Projekte, die den deutschen Wissenschaftlern in Ägypten unterstellt worden waren, entpuppten sich als reine Phantasien, und die meisten anderen steckten noch in den Kinderschuhen. Es bestand jedenfalls kein Anlass zu allgemeiner Hysterie und sicherlich nicht zu einer erneuten Kritik an Deutschland.¹⁴ Ben Gurion zeigte sich natürlich von dieser Einschätzung sehr angetan, und Harel reichte nach einem langen und peinlichen Gespräch mit Ben Gurion seinen Rücktritt ein. Ben Gurion konnte nicht öffentlich gegen die Rede seiner Aussenministerin Stellung beziehen, doch als er Harels Rücktritt wenige Tage später bekanntgab, kritisierte er sie indirekt: «Die tiefe Sorge, die der Plan der ägyptischen Staatsführung zur Zerstörung Israels und die Hilfe deutscher und anderer Wissenschaftler und Techniker in uns auslöst, sollte uns nicht den Verstand verlieren lassen.»¹⁵

Die Ära Ben Gurion neigte sich ihrem Ende entgegen. Ein zweiter Geheimdienstskandal, bekannt geworden als Affäre Lavon, hatte seine Nerven strapaziert. «Er verlor viel von seinem Selbstvertrauen und seiner Kontaktfähigkeit», erinnerte sich sein Freund Teddy Kollek. «Er wusste, dass er für eine gerechte Sache stand, doch als er erkannte, dass er andere nicht davon überzeugen konnte, verzweifelte er. In seiner Verbitterung begann er, seine Gegner persönlich anzugreifen, und das bewirkte im Juni 1963 schliesslich seinen Sturz... Es war peinlich, ihn so reden zu hören und mit anzusehen, wie er sich in solche Niederungen herabliess... 1963 trat er endgültig zurück, weil er spürte, dass er jede Unterstützung durch seine alten politischen Genossen verloren hatte. Das war der eigentliche Grund für seinen Rücktritt. Der aktuelle Anlass war aber wohl die Auseinandersetzung mit Isser Harel, dem Leiter des Mossad, gewesen.»¹⁶

Zwei sehr boshafte, für Ben Gurion sehr typische Provokationen gingen dem Rücktritt voraus.

Im Mai 1963 nahm er sich plötzlich einen Artikel vor, den dreissig Jahre zuvor der revisionistische Ideologe Abba Ahimeir verfasst hatte. Der Artikel enthielt lobende Worte für Hitler. Wenn die Vorläufer der Cherut sich damals so gewaltig geirrt hatten, bewies das, dass die Cherut auch jetzt mit ihrer Opposition gegen die Versöhnung mit Deutschland einen falschen Kurs einschlug. Als Ben Gurion diese Meinung äusserte, löste er, wie vorauszusehen, einen Sturm der Entrüstung aus. Der Parlamentspräsident ordnete an, diesen Kommentar aus dem Protokoll zu streichen.¹⁷ Zwei Wochen später wurde Franz Josef Strauss von Ben Gurion empfangen. Kurz zuvor war er von seinem Posten als Verteidigungsminister enthoben worden, weil er versucht hatte, mit Hilfe der Staatsgewalt den Spiegel auszuschalten. Strauss, ein rechtsgerichteter Nationalist, war nicht gerade das, was sich die meisten Leute unter dem «neuen Deutschland» vorstellten. Doch er und Schimon Peres hatten bei den Gesprächen zwischen Ben Gurions Israel und Adenauers Deutschland eine zentrale Rolle gespielt. Zu jener Zeit lieferte Deutschland Israel gerade Flugzeuge, Panzer, Artillerie und Panzerabwehrraketen gratis aus überzähligen NATO-Beständen. Deutschland hatte Israel auch bei der Beschaffung von französischen Hubschraubern und britischen U-Booten geholfen. Die deutsche Luftwaffe trainierte israelische Piloten; israelische Offiziere absolvierten einen Teil ihrer Ausbildung in deutschen Offiziersschulen. Der Gesamtetat, der 1962 dem Bundestag vorgelegt wurde, enthielt einen Titel mit der vagen Bezeichnung «Ausrüstungshilfe – 240 Millionen DM.»¹⁸ Soviel betrug die Militärhilfe für Israel. Strauss hatte sie ermöglicht, und dennoch verärgerte sein Besuch in Israel viele Menschen. Dass Ben Gurion ausgerechnet Strauss einlud und sich damit auf so provozierende Weise über die öffentliche Meinung hinwegsetzte, war charakteristisch für seine letzten Tage im Amt.*

* Ein Brief, der erst später veröffentlicht wurde, lässt erkennen, was Ben Gurion zu jener Zeit wirklich dachte. «Begin ist ein Mann vom Schlage Hitlers», schrieb der

Am Abend des 15. Juni 1963, einem Samstag, brachte Teddy Kollek Golda Meir in Ben Gurions Wohnung. Die Aussenministerin hatte erfahren, dass die deutschen Nachrichtendienste einen Bericht über die Ausbildung israelischer Offiziere in Deutschland freigeben wollten. Meir verlangte, dass Ben Gurion der israelischen Presse verbieten solle, ebenfalls darüber zu berichten. Ben Gurion lehnte ab. An jenem Abend sprachen sie über den Skandal um die deutschen Wissenschaftler und das ganze komplizierte Netz der deutsch-israelischen Beziehungen. Meir, emotional wie üblich, tat sich schwer, Ben Gurions pragmatische Deutschlandpolitik zu akzeptieren. Ihr Charakter, ihr Herz und ihre politischen Instinkte liessen sie eher zu Harels pessimistischer Einschätzung neigen. «Ich spürte seine Verzweiflung, dass er es nicht schaffte, Golda in dieser Sache zu überzeugen», schrieb Teddy Kollek.²⁰ Am nächsten Tag trat Ben Gurion zurück. Es scheint eine gewisse Symbolik in der Tatsache zu liegen, dass seine politische Karriere mit dem schmerzlichsten und widersprüchlichsten Problem seiner Amtszeit zu Ende ging. Die deutschen Wissenschaftler in Ägypten beschäftigten die israelische Öffentlichkeit mit wechselnder emotionaler und politischer Intensität noch zwei Jahre lang. Immer wieder kam das Thema vor die Knesset – insgesamt nicht weniger als siebzehnmals. Ben Gurion fasste sein politisches Vermächtnis so zusammen: «Wir haben alles getan und werden alles tun, um zu verhindern, dass deutsche Wissenschaftler dem Hitler unserer Zeit helfen... Aber wir werden das Volk nicht zum Narren

Ministerpräsident an Chaim Guri. «Ein Rassist, der bereit ist, alle Araber für ein Gross-Israel umzubringen, bereit, alle Mittel anzuwenden, um den geheiligten Zweck zu erreichen – absolute Herrschaft; ich halte ihn für eine ernsthafte Gefahr für Israels innere und äussere Sicherheit.» Ben Gurion prophezeite, Begin werde – sollte er an die Macht kommen – «die Spitze der Armee und des Polizeiapparats mit seinen Raufbolden besetzen und in der Art und Weise herrschen, wie Hitler Deutschland regierte; mit nackter Gewalt wird er die Arbeiterbewegung unterdrücken, und er wird den Staat zerstören... Ich bezweifle nicht, dass Begin Hitler hasst, doch dieser Hass ist noch kein Beweis dafür, dass er ihm unähnlich ist... Als ich Begin zum ersten Mal im Radio hörte, glaubte ich Hitlers Stimme und Geheul zu hören.»¹⁹

halten... Ein Wissenschaftler aus einem anderen Land ist nicht weniger gefährlich als ein deutscher Wissenschaftler, und die aktuelle, absehbare Gefahr aus Ägypten sind die konventionellen Waffen.» Menachem Begin warnte jedoch, Nassers deutsche Raketen drohten «die biologische Existenz dieser Nation» auszulöschen. Eine solche Katastrophe könne beispielsweise eintreten, sagte Begin, wenn Nasser eines Tages den Verstand verlöre. Wie schon häufig in der Vergangenheit fand Begin Worte für die tiefsten Ängste vieler Menschen.²¹

Berichte über die deutsche Militärhilfe für Israel erschienen in jenen Wochen in vielen Zeitungen, auch im Ausland. Man nahm an, dass die pro-arabische Lobby im deutschen Aussenministerium die Berichte absichtlich der Presse zugespielt hatte, um die militärische Annäherung an Israel zu beenden. Die arabischen Staaten reagierten natürlich mit einer Welle empörter Stellungnahmen. Danach wurden umfangreiche diplomatische Bemühungen eingeleitet, die wenige Monate später zur Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland führten. Vor dem Austausch von Botschaftern hatten die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zwei Stadien durchlaufen. Im ersten zeigte Deutschland Interesse an diplomatischen Beziehungen, aber Israel scheute zurück; im zweiten Stadium war Israel interessiert, aber Deutschland zögerte. David Ben Gurion, Mosche Sharett und das Aussenministerium hatten sich schon zu Beginn der fünfziger Jahre für Gespräche mit Deutschland eingesetzt. «Meiner Ansicht nach hätten wir auch ohne Wiedergutmachungszahlungen den Kontakt suchen müssen», schrieb der Diplomat Chaim Jachil an Mosche Sharett kurz nach der Unterzeichnung des Abkommens. «Man kann die Tatsache nicht ignorieren, dass Deutschland auf dem besten Wege ist, die wichtigste Macht auf dem europäischen Kontinent zu werden.»²² Nahum Goldmann war im Juli 1954 derselben Auffassung, und wenige Monate später brachte Ben Gurion das Thema bei einer Sondersitzung seines Kabinetts zur Sprache. Zwei Jahre später wandte er sich damit an die Auslandspresse und die Knesset. «Die Regierung hat sich noch nicht für die Herstellung normaler Beziehungen zu Deutschland entschieden. Zumindest vorläufig sind sie nicht zweckmässig. Doch meines Erachtens

sind sie möglich und wären ein Segen für das Land – und das ist für einen Juden wie mich das Einzige, was zählt. Meiner Ansicht nach müssen wir die Öffentlichkeit in Israel und in der gesamten jüdischen Welt darauf vorbereiten.»²³ Die Öffentlichkeit war alles andere als bereit zu diplomatischen Beziehungen. Die Vereinbarungen über Reparationen und Entschädigungen sollten gestohlenen Eigentum zurückbringen. Viele Israelis profitierten persönlich davon, und das Land hatte während der Verhandlungen unter akuter Geldnot gelitten; dennoch waren die Verträge nur unter heftigstem Widerstand zustande gekommen. Ein Austausch von Botschaftern liess sich nur als Symbol der Versöhnung interpretieren, er brachte keinen realen Nutzen. Ben Gurion und Sharett nahmen an, dass die meisten Israelis einer Versöhnung noch ablehnend gegenüberstanden. «Die Wunde ist noch tief, auch wenn es so aussieht, als wäre sie verheilt», schrieb Haarez in einem Leitartikel, der gegen volle diplomatische Beziehungen zum damaligen Zeitpunkt Stellung bezog. Gerschom Schocken, der Herausgeber der Zeitung, schickte Aussenminister Sharett einen Abschnitt aus dem Artikel, den er auf den Rat zweier Redaktionsmitglieder nicht veröffentlicht hatte. Darin hiess es, es sei ohnehin nicht möglich, die Sicherheit deutscher Diplomaten in Israel zu gewährleisten.²⁴

Hin und wieder tauchte das Thema auch in der Knesset auf, und jedesmal musste die Regierung versichern, dass sie sich noch nicht zur Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit Deutschland entschlossen hatte. Im Juli 1956 deutete Bundeskanzler Adenauer an, dass er einen Austausch von Botschaftern begrüssen würde. Ihm antwortete Golda Meir, dass die israelische Regierung sich für die Erklärungen und Gefühle ausländischer Staatsmänner nicht verantwortlich fühle. Yaakov Zur, der israelische Botschafter in Frankreich, versuchte die Aussenministerin davon zu überzeugen, dass ein Austausch von Botschaftern mit Deutschland unvermeidbar sei. «Golda sass bleich und angespannt vor mir», schrieb der Botschafter in seinen Memoiren. Sie antwortete: «Was Sie sagen, leuchtet ein. Aber was kann ich tun? Ich kann nicht logisch diskutieren, ich, die ich jahrelang jede Annäherung an Deutschland bekämpft habe.» Dann seufzte sie und wiederholte, was Zur «die übliche

Litanei» nannte: «Warum hat mich Ben Gurion aus dem Arbeitsministerium geholt, das ich so mochte und wo von mir nichts anderes verlangt wurde als Häuserbauen?»²⁵

Ben Gurions Methode, den Widerstand gegen die Beziehungen zu Deutschland zu umgehen, bestand darin, einen Botschafter unter anderem Titel zu schicken. Elieser Shinnar hielt sich in Bonn vorgeblich als Leiter der Israel-Mission auf, aber im Grunde fungierte er in jeder Hinsicht als Botschafter. Shinnar beschrieb in seinen Memoiren, wie er ab Mitte der fünfziger Jahre versuchte, volle diplomatische Beziehungen zu knüpfen. Doch in dieser Zeit brauchte Deutschland die Kontakte zum jüdischen Staat nicht mehr. Das Land hatte sich genügend internationale Anerkennung verschafft und bevorzugte seine Verbindungen zur arabischen Welt. Immer wieder glaubte Shinnar, kurz vor dem Erfolg zu stehen, und immer wieder machten die Deutschen in letzter Minute einen Rückzieher, wobei sie ihre Furcht vor der Reaktion der Araber gar nicht erst zu verbergen suchten. Die Hauptaufgabe der westdeutschen Diplomatie bestand zu jener Zeit darin, Ostdeutschland zu isolieren und andere Länder davon abzuhalten, das Land als selbständigen Staat anzuerkennen. Die arabischen Länder hatten den kommunistischen Staat zwar nicht anerkannt, aber sie hätten vielleicht als Vergeltungsaktion einen solchen Schritt erwogen. Die Kooperation zwischen Israel und Deutschland wurde auf vielen Gebieten immer enger, aber sie wurde stets geheimgehalten. Wie der Knesset-Abgeordnete Elimelech Rimait es ausdrückte, bestand zwischen Israel und Deutschland eine Art «eheähnlicher Gemeinschaft».²⁶ Dieselben Leute, die früher die Regierung wegen ihrer Deutschlandpolitik angegriffen hatten, attackierten nun die deutsche Regierung, weil sie sich gegen offizielle Beziehungen sperrte. «Das Land, in dem die Erben Hitlers, die Nachkommen von Judenmördern leben, geruht nicht, diplomatische Beziehungen zu dem Land der Hitler-Opfer aufzunehmen!» donnerte Maki-Führer Mosche Sneh.²⁷ Nach der Affäre um die deutschen Wissenschaftler debattierte die Knesset siebenmal über die in Deutschland bestehende Verjährungsfrist von Nazi-Verbrechen, die unter anderem dank Nahum Goldmanns Einsatz im Bundestag mehrfach verlängert wurde. Die israelische Presse druck-

te Artikel, Kundgebungen wurden abgehalten, doch alles in allem fand die Diskussion in ruhiger Atmosphäre statt. Die emotionale Energie, die die anti-deutschen Aktivitäten in der Vergangenheit gekennzeichnet hatte, verlor sich allmählich.²⁸

Im Gefolge der Berichte über die militärische Kooperation zwischen den beiden Ländern, die im Februar 1965 erschienen waren, verkündete Deutschland, es habe sich entschlossen, Israel nicht länger mit militärischem Gerät zu versorgen, und bot stattdessen Geld an. Als die israelischen Medien und die Knesset diese Ankündigung sofort zu einem grösseren Problem aufbauschen, lud Nasser den ostdeutschen Staats- und Parteichef Walter Ulbricht nach Ägypten ein. Westdeutschlands Strafmassnahme liess nicht lange auf sich warten – es bot Israel die Aufnahme diplomatischer Beziehungen an. All das geschah ganz plötzlich und erforderte eine sofortige Entscheidung, denn es war nicht ausgeschlossen, dass Deutschland seine Meinung wieder ändern würde. Die Gegner der Versöhnung hatten keine Zeit, eine Kampagne zu organisieren, und die meisten Israelis waren ohnehin nicht mehr für Proteste zu gewinnen. Die Entscheidung fiel zunächst in den einzelnen Parteien, danach im Kabinett und schliesslich in der Knesset. In den Parteien wurden einige Zweifel und Bedenken laut, aber im Gegensatz zu dem Streit um die Wiedergutmachung fehlte dieser Auseinandersetzung die Leidenschaft. Diesmal hatte der Widerstand den Charakter eines althergebrachten Rituals und nicht mehr den eines Gefühlsausbruchs. Menachem Begin zitierte ein Gedicht, in dem Juden als Seifenstücke bezeichnet wurden; ein Mapai-Abgeordneter erklärte, ein israelischer Botschafter in Bonn sei die bestmögliche Rache an den Mördern. Der stellvertretende Ministerpräsident Abba Eban liess, geschliffen wie immer, die gesetzgebende Körperschaft an seiner Bildung teilhaben: Man habe die Absicht, bei der Ankunft des deutschen Botschafters in Jerusalem die deutsche Nationalhymne zu spielen. Die Worte «Deutschland über alles» stammten jedoch eigentlich von einem liberalen Dichter des vergangenen Jahrhunderts namens Hoffmann. Die Verse seien in der Amtszeit des sozialistischen Präsidenten Ebert übernommen worden. Die erste Zeile sei in Gebrauch gewesen, bis die Hymne 1945 ausser Kraft

gesetzt worden war. 1952 sei die Hymne, jedoch ohne die Anfangszeile, wieder eingesetzt worden; in der Tat drücke der einzige Vers, der nun gesungen werde, den Wunsch nach Einigkeit, Recht, Freiheit und Brüderlichkeit aus. Menachem Begin schnitt Eban sarkastisch das Wort ab: «Vielleicht sollten wir alle zusammen singen: ‚Deutschland, Deutschland über alles?‘», und sein Kollege Arieh Ben-Elieser schloss sich an: «Ja, vielleicht sollten wir alle aufstehen und gemeinsam singen?»

Dann wurde, wie bei dem Reparationsabkommen dreizehn Jahre zuvor, namentlich nach der Anwesenheitsliste abgestimmt. Sechshundsechzig Abgeordnete stimmten für diplomatische Beziehungen, neunundzwanzig dagegen, und der Rest enthielt sich der Stimme oder war abwesend. In der Abstimmung über die Wiedergutmachung hatten nur einundsechzig Abgeordnete dafür gestimmt und fünfzig dagegen. Etwa ein Drittel der Abgeordneten nahm an beiden Abstimmungen teil. Acht von jenen, die sich gegen das Reparationsabkommen ausgesprochen hatten, stimmten nun für diplomatische Beziehungen.²⁹ Eine Zeitlang nährten die israelische Presse und einige Mapai-Führer die Illusion, dass Israel Deutschland die Bedingungen diktieren könne: Deutschland dürfe die Waffenlieferungen nicht einstellen, müsse etwas gegen die deutschen Wissenschaftler in Ägypten unternehmen, die Verjährungsfrist für Nazi-Verbrechen aufheben, eine Botschaft in Jerusalem und nicht in Tel Aviv errichten. Deutschland wies diese Forderungen in deutlich gereiztem Ton zurück, so, als sei es an Israel, sich höflich für den Austausch von Botschaftern zu bedanken. Israel hätte als ersten deutschen Botschafter gerne einen Mann gesehen, der in seiner Person die Reue über die Nazi-Verbrechen verkörperte. Deutschland schickte einen professionellen Diplomaten, der im Zweiten Weltkrieg seinen rechten Arm verloren hatte. Rolf Pauls hatte als Wehrmachtsoffizier gedient. Die Nummer zwei in der Botschaft, Alexander Török, war angeblich Mitglied der ungarischen «Pfeilkreuz-Partei», einer Nazi-Organisation, gewesen.

Auf dem Weg zu seiner Akkreditierung bemerkte Pauls Busse mit Tausenden von Demonstranten, die nach Jerusalem fuhren. «Die Dunkelheit darf nicht siegen, und auch die tiefste Nacht weicht dem Mor-

gen», erklärte Präsident Schasar bei der Zeremonie. Achtundvierzig israelische Soldaten des Panzerkorps salutierten, und dann spielte die Polizeikapelle die Hymne, aus der die Worte «Deutschland, Deutschland über alles» gestrichen worden waren. Draussen verloren die Organisatoren der Demonstration die Kontrolle über die Menge, und es kam zu heftigen Zusammenstößen: Menschen wurden von der berittenen Polizei zu Boden gestossen und niedergetrampelt. Unter den Verwundeten waren Behinderte und KZ-Überlebende; manche mussten im Krankenhaus behandelt werden. In den Morgenzeitungen des folgenden Tages sah man herzerreissende Bilder. Der Wagen des Botschafters bahnte sich unter grossen Schwierigkeiten einen Weg durch die aufgebrachtten Demonstranten, die auf das Autodach und gegen die Fenster hämmerten, vereinzelt auch Steine warfen. Der Dichter Abba Kovner schickte seine Unabhängigkeitsmedaille dem Präsidenten mit einem Brief zurück, dessen letzte Worte lauteten: «Ist es zu fassen? Noch niemals, nicht einmal dort [im Lager] habe ich mich so hilflos gefühlt wie in der Stunde, in der Jerusalem einen Offizier der Mörderarmee begrüsst.» Antek Zuckerman sagte, die Demonstration habe Israels Ehre gerettet, aber es stelle sich auch die Frage, warum Zehntausende von Israelis nicht protestiert hätten.³⁰

Noch ein weiteres Mal demonstrierten israelische Bürger gegen Kontakte mit Deutschland. Im Mai 1966 besuchte Alt-Bundeskanzler Adenauer, der gerade seinen 90. Geburtstag gefeiert hatte, Israel. Sein Besuch wurde sorgfältig vorbereitet. Er wurde überall mit grössten Ehren, mancherorts sogar mit Zeichen der Zuneigung empfangen. Doch bei einem Essen mit Ministerpräsident Levi Eschkol kam es zu einem diplomatischen Zwischenfall. Der damalige Ministerpräsident gab ein Abendessen für insgesamt zwölf Personen.

«Während des Essens erhob sich Eschkol plötzlich, um eine Ansprache zu halten, was bei dem intimen Charakter des Mahles völlig überflüssig war. Die Rede war von einem Beamten ausgearbeitet worden, und Eschkol hatte sie sich vorher nicht einmal angesehen. Nun aber befand sich darin ein Satz dieser Art: ‚Herr Bundeskanzler, wir sind

davon überzeugt, dass das deutsche Volk unter Ihrer Führung in die Gemeinschaft der zivilisierten Völker zurückkehren wird.' Es war kurzweg eine Beleidigung. Ich sass zu Adenauers Rechten und wusste sofort, da ich ihn gut kannte, dass er wütend war. Er beherrschte sich völlig, und sein unbewegliches Gesicht liess keine Emotionen erkennen. Er stand auf, sagte einige Worte, nahm wieder Platz, und erst dann wandte er sich an den deutschen Botschafter. ‚Bestellen Sie mein Flugzeug, ich fliege morgen zurück. Man hat das deutsche Volk, das ich vertrete, hier beleidigt. Ich bleibe nicht einen Tag länger in Israeli Der Zwischenfall drohte die Ausmasse eines politischen Skandals anzunehmen... Eschkol suchte sich bei Adenauer zu entschuldigen: ‚Herr Bundeskanzler, ich wollte Ihnen ein grosses Kompliment machen‘, aber Adenauer entgegnete: ‚Herr Ministerpräsident, was Sie denken, kümmert mich nicht, und was Sie von mir halten, interessiert mich nicht im Geringsten. Ich repräsentiere das deutsche Volk. Sie haben es beleidigt, also reise ich morgen früh ab.‘ In der Zwischenzeit waren rund hundert Persönlichkeiten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens zum Kaffee erschienen ... In dem Salon, in dem sich alle Gäste aufhielten, fragte sich jeder, wo Adenauer geblieben war, und da laute Stimmen aus dem Nebenzimmer drangen, ahnte man, dass sich etwas Ungewöhnliches ereignet hatte...

Als ich hineinging, war die Stimmung auf dem Gefrierpunkt angelangt. Ich setzte mich neben Adenauer und fragte ihn: ‚Herr Bundeskanzler, erinnern Sie sich an unser Gespräch neulich über Weisheit und Intelligenz? Sie müssen verstehen, was geschehen ist. Viele Menschen in Israel waren gegen Ihren Besuch: die Opfer des Nazismus, die Cherut usw., und das ist verständlich. Aus diesem Grund glaubte der Beamte, der den Text redigiert hat, die Opposition besänftigen zu können, indem er diesen unglückseligen Satz einfügte. Eschkol hatte die Rede vorher nicht gelesen und ist entschuldigbar. Nun beweisen Sie, dass Sie sich nicht damit begnügen, intelligent zu sein, sondern auch ein Weiser sind.‘ Er antwortete lächelnd: ‚Ja, ich verstehe, aber man muss unbedingt einen annehmbaren Ausweg finden.›

Ich fragte Eschkol, ob der Text seiner Rede an die Presse verteilt worden war. Es war bereits geschehen. Ich gab Eschkols Sekretär den Rat, sofort bei allen Redaktionen anzurufen und sie zu informieren, dass der bewusste Satz zwar im Manuskript gestanden, der Ministerpräsident ihn jedoch gestrichen und daher nicht verlesen habe.⁷ Und so geschah es. Er wurde nicht gedruckt.»³¹ Zumindest was das letzte Detail betrifft, liess Goldmann sein Gedächtnis im Stich – der ganze Vorfall wurde von der Presse in aller Ausführlichkeit geschildert. Es war das erste Mal, dass Deutschland Israel für eine Erwähnung seiner Nazi-Vergangenheit gerügt hatte. Adenauer und Eschkol söhnten sich offenbar hinterher wieder aus, aber der Ministerpräsident bestritt, dass er seinen deutschen Gast gebeten habe, ihm nicht zu grollen.³²

Zwei Tage später besuchte Adenauer die Nationalbibliothek auf dem Gelände der Hebräischen Universität. Ein paar Dutzend Studenten demonstrierten gegen seinen Besuch, und andere gesellten sich hinzu. Ein grosses Polizeikontingent ging mit Knüppeln auf die jungen Leute los. «Ich sah einen von ihnen mit blutigem Gesicht, und es war David Naor, mein Sohn», erzählte die Cherut-Abgeordnete Esther Rasiel-Naor. Einige Demonstranten mussten in eine Klinik eingeliefert werden. Die Polizei wandte offenbar viel mehr Gewalt an, als nötig gewesen wäre, aber eine Untersuchungskommission entlastete sie. Die Studenten, so befand die Kommission, hätten die Polizei provoziert, sie als «dreckige Marokkaner», «Trottel» und «Nazis» beschimpft. Adenauer gab vor seiner Abreise an, er habe viel grössere Demonstrationen erwartet. «Bemerkenswert ist, wie wenige Menschen an diesen Demonstrationen teilnahmen», schrieb Haarez.³³

Botschafter Rolf Pauls bewies viel guten Willen, Klugheit und Takt, was ihm half, sich in die israelische Gesellschaft hineinzufinden. Er war sich des besonderen historischen Hintergrundes seines Auftrags bewusst und erwartete, geächtet zu werden. Seine wichtigste Aufgabe sah er darin, den Bann zu brechen. Zu seiner Verblüffung stellte er fest, dass er sehr gefragt war. Die Jecken suchten seine Freundschaft, als sei er ihr eigener Botschafter.³⁴ Die Botschaft verteilte grosszügige Spenden an zahlreiche wissenschaftliche und kulturelle Einrichtungen. Unter ande-

rem ermutigte sie israelische Verleger, die Bücher deutscher Schriftsteller, z.B. Günter Grass, Heinrich Böll und Siegfried Lenz ins Hebräische zu übersetzen. Eine grosse Auswahl an deutscher Literatur lag bereits auf Hebräisch vor, von Goethe über Thomas Mann bis zu Erich Kästner, der bei den israelischen Kindern sehr beliebt war. Die deutsche Botschaft bemühte sich zudem sehr, das Image ihres Landes in der israelischen Presse zu verbessern, indem sie Journalisten kostenlose Reisen nach Deutschland ermöglichte. Als das Fernsehen aufkam, übernahm Deutschland einen Teil der Kosten für israelische Korrespondenten in Bonn. Zehntausende von Schülern reisten nach Deutschland, die meisten auf Kosten der deutschen Regierung. All das wurde Schritt für Schritt nach sorgfältiger Planung verwirklicht.

Je enger sich die ökonomischen, militärischen und diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern gestalteten, desto stärker konzentrierten sich die Versöhnungsgegner auf den kulturellen Sektor. Die Kultur war ein leichtes Ziel – sie erregte Aufmerksamkeit und war für das Wohl und die Sicherheit des Landes nicht von vorrangiger Bedeutung. Esther Rasiel-Naor spezialisierte sich darauf, gegen die Infiltration der deutschen Kultur zu protestieren. Sie nahm besonders die Musik aufs Korn: ein Schubert-Lied, das auf Deutsch im Radio gesendet wurde (Ben Gurion entschuldigte sich für das Versehen); Mozarts Hochzeit des Figaro unter der Leitung des Dirigenten Herbert von Karajan (Erziehungsminister Salman Aran versprach, es werde nie wieder vorkommen). Sie untersuchte Meldungen, nach denen die verfemte Musik von Richard Wagner und Richard Strauss doch gespielt wurde.³⁵ Ministerpräsident Levi Eschkol wurde in diesem Kontext um seinen Kommentar zu einem Vorfall gebeten, bei dem der Radiosprecher Jael Ben-Jehuda angeblich gegen seinen Willen gezwungen worden war, einen Werbespot für Volkswagen zu senden.³⁶ Manche israelische Künstler, Schriftsteller und Schauspieler, die in Deutschland publizierten oder auftraten, wurden von den israelischen Medien boykottiert; der Satiriker Efraim Kishon sah sich wegen seines Erfolgs in Deutschland heftigen

Angriffen ausgesetzt. Doch der Kampf gegen kulturelle Kontakte war sozusagen das letzte Gefecht: Die Zeiten hatten sich geändert.*

Erziehungsminister Abba Eban verlieh dem allgemeinen Empfinden Worte, als er sagte, dass die Regierung mit dem Eichmann-Prozess ihre Pflicht getan habe und sich nun nicht weiter rechtfertigen müsse. Er wandte sich gegen die «Tendenz, den Holocaust zum Beruf zu machen», und informierte die Knesset, dass ein Regierungsausschuss Richtlinien für die kulturellen Beziehungen mit Deutschland erarbeitet habe. Der Ausschuss respektiere die tiefen Gefühle, die dabei berührt würden, hob Eban hervor, aber er berücksichtige auch, dass Hitler 1945 besiegt worden sei. Er umriss, was erlaubt und was verboten sei: Israelis durften an internationalen Konferenzen, Ausstellungen und Messen in Deutschland teilnehmen; für Deutsche galten in Israel ähnliche Vorschriften. Die Regierung verbot Israelis nicht, in Deutschland zu studieren, aber sie gewährte ihnen keine Stipendien; deutsche Studenten, junge Arbeiter und Fachkräfte durften Israel besuchen. Israelische Schauspieler, die in Deutschland auftreten wollten, brauchten eine Genehmigung von einem Gremium, das über jeden Fall einzeln beriet. Deutsche Künstler erhielten für Auftritte in Israel keine Erlaubnis. Israelis durften ihre Studien an deutschen Universitäten und Forschungsinstituten fortsetzen, wenn es sich um Fachbereiche handelte, die «für das Land wesentlich» waren. Israelische Institutionen durften finanzielle Hilfe aus Deutschland annehmen, vorausgesetzt, die Spender übten dadurch keine Kontrolle über die Institution aus. «Wir stehen hier zwischen Vergangenheit und Zukunft», fasste Eban zusammen, und die Knesset stimmte seiner Verlautbarung offiziell zu.³⁷

In der Geschichte der internationalen Beziehungen nimmt die Versöhnung zwischen Israel und Deutschland eine Sonderstellung ein. Es ist zweifelhaft, ob jemals zuvor die Brücken über einen so tiefen Ab-

* Die israelischen Kinos wurden überschwemmt von Filmen über das österreichische Kaiserhaus, in denen Romy Schneider «Sissi» spielte. Kurz vor dem Ende des Eichmann-Prozesses besuchte die Schauspielerinnen Marlene Dietrich Israel.

grund so schnell gebaut wurden. Zu Beginn der achtziger Jahre explodierte eine Handgranate auf dem Gelände der deutschen Botschaft in Tel Aviv; eine Organisation namens Bal Nischkah – «Gegen das Vergessen» übernahm dafür die Verantwortung?⁸ Wer immer diesen Namen erfand, hatte die Realität nicht begriffen: Die deutsch-israelische Versöhnung führte nicht dazu, dass der Holocaust vergessen wurde. Ganz im Gegenteil – der Holocaust geriet immer stärker ins Bewusstsein der Menschen. Dies ist nur ein Paradox von vielen, die für die Geschichte der Israelis und des Holocaust so charakteristisch sind.

Teil VII

*Erwachsen werden:
Von Krieg zu Krieg*

Anfang 1967 erschien eine Ausgabe der Studentenzeitung Nizoz an der Hebräischen Universität Jerusalem mit einer tiefschwarzen Titelseite. Darunter stand: «Die derzeitige Situation». Das war natürlich eine jugendliche Übertreibung, aber sie traf den Kern und reflektierte die allgemeine Stimmung: Viele Israelis verloren sich in Niedergeschlagenheit und Hoffnungslosigkeit. Die Depression traf das Land Ende 1966. Ihre Symptome waren alarmierend. Eine Welle schwarzen Humors überzog das Land. Ein typischer Witz berichtete von einem Schild, das angeblich am Flughafen von Tel Aviv hing: «Der letzte, der geht, soll bitte das Licht löschen». Der Autor Natan Schaham schrieb später: «Wir benahmen uns wie ein lebender Leichnam bei seinem Begräbnis, der dem Leichenbestatter schmutzige Witze erzählt.»¹

An Gründen für diese Lage mangelte es nicht. Die Pioniertage waren vorüber; David Ben Gurion war zurückgetreten. Sein Nachfolger als Ministerpräsident und Verteidigungsminister war Levi Eschkol, ein gewitzter Politiker, der sich durch Bauernschläue und einen eher derben Sinn für Humor auszeichnete. Nach den heftigen Turbulenzen während der Jahre unter Ben Gurion läutete seine Amtszeit eine neue Ära demokratischer Langeweile ein. Die Person Eschkol verbreitete eine nicht sehr weltmännische jiddische Volkstümlichkeit und Leutseligkeit. Eschkol war ein Mann ohne Charisma, in keiner Hinsicht respekt einflössend. Die Öffentlichkeit erlebte ihn als zögerlich, unentschlossen und entscheidungsschwach. Zwar entschärfte seine Regierung einige der inneren Konflikte des Landes-zwischen Mapai und Cherut, zwischen Juden und Arabern, zwischen den Religiösen und den Weltlichen

–, doch vor allem musste sie das israelische Volk an glanzlose Routine gewöhnen. Das hat Israel ihm nie vergeben. Viele dachten noch immer in der ersten Person Plural und hielten sich für eine Nation, die dazu berufen war, eine Vision zu verwirklichen. Doch das grosse zionistische Abenteuer, die heroische, aufregende Revolution, war zu Ende. Die letzte Herausforderung bestand darin, ein normales Alltagsleben zu schaffen, das keine Pioniere mehr brauchte. Die Angehörigen der Gründergeneration waren ebenso enttäuscht und gekränkt wie ihre Kinder – auch sie waren zu grossen Dingen erzogen worden, und nun schienen alle Aufgaben bereits bewältigt zu sein. Das Land zwang sie, zu schnell erwachsen zu werden. Es war deprimierend.

Die Wirtschaft geriet in eine entmutigende Rezession. Im Gegensatz zur Knappheit der frühen fünfziger Jahre, als der Traum noch lebendig war und Einwanderer ins Land strömten, schien die Rezession der sechziger Jahre keinen Sinn zu haben. In Tel Aviv kam es zu gewalttätigen Demonstrationen von Arbeitslosen, die zumeist orientalischer Herkunft waren, und in Jerusalem gingen die ultraorthodoxen Juden auf die Strasse. Israel, so schien es, befand sich in einer ausweglosen sozialen Krise. Viele Menschen sprachen davon, das Land zu verlassen, während sich an den Grenzen die Zwischenfälle häuften. Die Syrer beschossen das Hula-Tal von den Golanhöhen aus und waren nicht davon abzubringen. Das Leben in den nördlichen Siedlungen wurde unerträglich. Nicht lange davor hatte Ben Gurion seine eigene Partei gegründet – die Arbeiterpartei, kurz «Rafi» genannt. Sie hatte Zulauf von Angehörigen der jüngeren Generation, die sich unter Ben Gurion einen Namen gemacht hatten, so beispielsweise Schimon Peres und Mosche Dajan. Es war ein eher klägliches Unterfangen; unter anderem beschuldigte Ben Gurion seinen Nachfolger, die Vereinbarung mit Adenauer zu sabotieren und die deutschen Kredite nicht für Investitionen im Negev zu verwenden.²

Mitte Mai 1967 verwies Präsident Nasser die UN-Truppen, die den Gaza-Streifen ein Jahrzehnt lang kontrolliert hatten, des Landes. Zehn Tage später verkündete er, er schliesse die Strasse von Tiran, durch die man vom Roten Meer aus zum Golf von Elat gelangte, und gestatte es israelischen Schiffen nicht länger, in den Hafen von Elat einzufahren.

Die Blockade galt auch für ausländische Frachter, die «strategische Fracht», z.B. Treibstoff, nach Israel brachten. Schliesslich unterzeichnete er ein Verteidigungsabkommen mit Jordanien, das im Osten an Israel angrenzt; dies ergänzte die bereits bestehende Kooperation zwischen Ägypten und Syrien im Norden. Israel war eingekreist. Die Eschkol-Regierung lancierte eine Reihe diplomatischer Initiativen. Aussenminister Abba Eban reiste von Hauptstadt zu Hauptstadt und traf sich mit Präsidenten und Premierministern. In der Zwischenzeit wurden die Reservisten mobilisiert. Dies war die sogenannte «Wartezeit»; im ganzen Land breitete sich Nervosität aus. Viele Bürger meldeten sich freiwillig, um für die einberufenen Männer einzuspringen. Sie lieferten die Post aus, fuhren Busse, übernahmen die Feuerwehr, leisteten Schichtdienst in Krankenhäusern. Ältere Leute und Kinder richteten Luftschutzkeller ein, hoben Gräben aus und füllten Sandsäcke. Die Presse schürte das Zusammengehörigkeitsgefühl der «grössten Stunde» mit Geschichten über furchtlose Bürger, die sich Schulter an Schulter kühn und entschlossen dem Feind entgegenstellten. Zwischen den Zeilen jedoch las man, wie sehr Niedergeschlagenheit, Trauer, Angst und Mutlosigkeit die Atmosphäre belasteten. Die Menschen kauften die Regale leer, und der Dollarkurs auf dem schwarzen Markt stieg um 20 Prozent. Maariv verbreitete Optimismus, wie es die Lage erforderte, und kündigte an, «der Strom von Menschen, die [das Land] vom Flughafen Tel Aviv aus verlassen, wird innerhalb von zwei Tagen abflauen». Über die arabischen Radiostationen vernahm man unablässig Drohungen an die Adresse Israels. Die Sendungen bestanden aus primitiven Prahlerien in schlechtem Hebräisch, aber man schenkte ihnen Aufmerksamkeit, und sie wurden in der Presse zitiert. Die «Stimme der Vereinigten Arabischen Republik» liess täglich verlauten, dass Schiffe der sechsten U.S.-Flotte bereitstünden, um Juden aus Israel zu evakuieren, und sagte voraus, dass alle Verbleibenden abgeschlachtet würden. Im ganzen Land hörte und las man von der Gefahr, dass die Araber im Begriff seien, «Israel auszulöschen». Diese Wendung hatte keine präzise Bedeutung, aber alle benutzten sie: Niemand sagte, die arabischen Armeen würden

Israel «erobern», seine Städte «zerstören» oder die Bewohner «töten». Nein, die Araber würden «Israel auslöschen».

In der Zwischenzeit inspizierte ein halbes Dutzend bärtiger Männer, schwarz gekleidet mit breiträndigen Hüten, die städtischen Parks, Basketballplätze und leeren Grundstücke und weihten sie zu Friedhöfen. Es waren Mitglieder des Religiösen Rates von Tel Aviv, die Zehntausende von Kriegsoptionen erwarteten.³ Nur eine Nation, die von der Erinnerung an eine Massenvernichtung verfolgt wurde, konnte sich auf den nächsten Holocaust so akribisch vorbereiten. Als ein junger Soldat nach dem Sechstagekrieg für das Buch «Der siebente Tag» interviewt wurde, sagte er: «Die Leute glaubten wirklich daran: Wenn wir den Krieg verlieren würden, würden sie uns vernichten. Das kam durch die Konzentrationslager. Jeder, der in Israel aufgewachsen ist, hat eine ganz konkrete Vorstellung davon, auch wenn er persönlich die Verfolgung durch Hitler nicht erlebt hat. Völkermord – das ist eine reale Möglichkeit. Es gibt die Mittel, ihn auszuführen. Das haben uns die Gaskammern beigebracht.» Die Männer seiner Kompanie dachten ganz ähnlich. «Ich glaube, jeder in Israel hat damals mit dieser Vorstellung gelebt. Jeder hat daran gedacht. Ich jedenfalls habe eine Vernichtung immer für möglich gehalten. Kein Israeli kann sich dem entziehen, aber jeder spürt auch – ich zumindest spüre es –, dass man sozusagen unter Vorbehalt existiert und zwar nicht nur unter dem Gesichtspunkt der militärischen Gefahr. Die Tatsache, dass Juden in Israel leben, ist noch nicht selbstverständlich. Historisch gesehen ist es ein sehr junges Phänomen. Wir sind auch zahlenmäßig verhältnismäßig wenige, ich meine den Anteil der Juden, die tatsächlich hier leben.»*

Das war die Stunde der Jungtürken von der Rafi-Partei, angeführt von

* Der siebente Tag: Soldaten berichten über den Sechstagekrieg. Das Buch besteht vollständig aus Gesprächen über den Krieg, die vom Tonband protokolliert wurden. Es ist ein authentisches, aber nicht unproblematisches Dokument.⁴ Es ist kaum zu erkennen, wann die Soldaten ihre wahren Gefühle zeigten und wann sie Klischees wiederholten, die sie als empfindsame Kämpfer zeigen sollten, die sich mit Tränen in den Augen durch einen gerechten Krieg schossen. Vielleicht wussten sie es selbst

Mosche Dajan und Schimon Peres. Ihr Ziel war es, Levi Eschkol und seine Generation aus den Führungspositionen zu verdrängen und selbst ihre Plätze einzunehmen. Der damalige Stabschef Jizchak Rabin schrieb:

«Sie machten ihn lächerlich und brachten ihn in Verruf, publizierten seine Schwächen und brachten falsche Anschuldigungen vor, und sie behaupteten, das Land habe in seiner schwersten Stunde im Grunde keinen Verteidigungsminister. Eschkol war erschöpft. Die Bürde der Zeit und diese Verleumdungskampagne taten das Ihre, um seine Stellung ins Wanken zu bringen. In den Augen einiger Minister und auch einiger höherer Beamter verfügte er nicht mehr über genügend Autorität... Mit gestutzten Flügeln und eingeschränkter Autorität besass er nicht mehr die Macht, der Regierung seinen Willen aufzuzwingen.»⁵

Laut Rabin wusste Eschkol, dass ein Krieg unumgänglich war, aber seine Rivalen verstanden es, den Eindruck zu erwecken, als sei die lange Warteperiode ein Zeichen von Schwäche und Gefahr. Eschkol, behaupteten sie, sei nicht fähig, das Land durch den Krieg zum Sieg zu führen. Die allgemeine Nervosität, die von Tag zu Tag zunahm, kam seinen Gegnern sehr zustatten. Sie schürten das Feuer; die Zeitungen riefen nach «Krieg jetzt» und forderten ein neues Kriegskabinett unter Leitung eines «starken Mannes». Gleichzeitig unterstützte eine gut koordinierte öffentliche Kampagne mit Demonstrationen und riesigen Zeitungsanzeigen den Ruf nach einer Amtsenthebung. Auch der Generalstab der Armee bezog Stellung. Anfang Juni übergab Eschkol das Verteidigungsministerium an Mosche Dajan. Ausserdem rief er die Opposition zur Beteiligung an einer neuen Regierung der nationalen Einheit auf und holte Menachem Begin ins Kabinett.⁶

In einem wochenlangen Propaganda-Feldzug setzten die Zeitungen zunehmend Nasser mit Hitler gleich. Die Vorschläge, die Krise mit anderen Mitteln als kriegerischen zu entschärfen, wurden mit dem Münchener Abkommen verglichen, das der Tschechoslowakei vor dem Zweiten

nicht. Der Holocaust scheint manchen von ihnen das Rohmaterial geliefert zu haben, aus dem sie ihre Selbstdarstellung bezogen.

Weltkrieg aufgezwungen worden war. Anderthalb Jahre zuvor hatte Jehoschafat Harkabi, der ehemalige Chef des Armee-Geheimdienstes, in Maariv einen Artikel veröffentlicht, in dem er sich über die «klassischen antisemitischen Elemente» im religiösen und politischen Denken der arabischen Länder ausliess, das sich angeblich auf die «Protokolle der Weisen von Zion» und auf rassistische Argumente aus der Nazi-Ideologie stützte. Sein Artikel war vom Ausbildungskorps der Armee an die israelischen Soldaten ausgegeben worden.⁷ Während der «Wartezeit» erschien das Motiv der antisemitischen Bedrohung in der Presse häufiger denn je und diente all jenen als zentrales Argument, die einen entschlosseneren Staatslenker als Eschkol forderten, einen, der sofort Truppen einsetzen würde. «Jetzt steht mehr auf dem Spiel als die Strasse von Tiran», schrieb Elieser Livneh, ein bekannter Kommentator und ehemaliger Mapai-Abgeordneter, in Haarez. «Auf dem Spiel steht die Existenz oder Nicht-Existenz des jüdischen Volkes. Wir müssen die Machenschaften des neuen Hitler im Keim ersticken, solange es noch möglich ist, sie zunichte zu machen und dennoch zu überleben. Es ist eine unverantwortliche Torheit, nicht zu glauben, was Nasser seit zwölf Jahren sagt und schreibt. Weder die Weltöffentlichkeit noch die Juden glaubten, dass Hitler seine Aussagen ernst meinte... Nasser wendet im Grunde dieselbe Strategie an wie Hitler.» Haarez hatte bereits vorher vergleichbare Äusserungen von Hitler und Nasser einander gegenübergestellt, so zum Beispiel: «Wenn Israel Krieg will – gut: Israel wird zerstört werden!» (Nasser, 1967). «Wenn die Juden die Welt in einen Krieg ziehen, wird das Weltjudentum vernichtet werden.» (Hitler, 1939).⁸

Zur selben Zeit brachten die Zeitungen lange Berichte über Nassers Engagement im Bürgerkrieg in Jemen. Dort setzten die Ägypter chemische Waffen ein, wodurch die deutschen Wissenschaftler wieder einmal in die Schlagzeilen gerieten. All das liess alte Ängste aus dem Holocaust wieder aufleben. Die Furcht, Israel stünde an der Schwelle zur Zerstörung, grassierte auch unter den Ministern, die zumeist aus Europa stammten. Ein Minister, Mosche Chaim Schapira, kam zu dem Schluss, die Gefahr sei so gross, dass Israel einen Krieg unbedingt vermeiden müsse; die anderen waren gegenteiliger Ansicht. Auch Stabschef Rabin

war sehr beunruhigt und trug schwer an Schuldgefühlen, weil er die aktuelle Bedrohung nicht verhindert hatte. Die Anspannung und eine Überdosis Nikotin setzten ihn vorübergehend ausser Gefecht. Er schloss sich mitten im Trubel der Ereignisse zwei Tage lang zu Hause ein. «Es war ein persönliches Versagen», entschuldigte er sich bei Eschkol später und bot seinen Rücktritt an. Eschkol überredete ihn weiterzumachen.⁹

Der Krieg begann schliesslich am 5. Juni 1967, und in den folgenden sechs Tagen eroberte die israelische Armee den Gaza-Streifen, die Sinai-Halbinsel, die West Bank mit Ostjerusalem und die Golan-Höhen. In diesen neuen Gebieten, dreimal so gross wie das Vorkriegs-Israel, wohnte fast eine Million Menschen. Nicht wenige Minister, unter anderem Menachem Begin, hatten schon lange davon geträumt, die West Bank zu besetzen. Auch die Kommandeure, die 1948 im Unabhängigkeitskrieg dieses Gebiet nicht eingenommen hatten – z.B. Mosche Dajan, Jizchak Rabin und Jigal Allon –, setzten nun die gesamte Kriegsmaschinerie ein, um diesmal nicht zu scheitern. Noch vor Ablauf der Woche wussten alle, was viele – auch die Anstifter der Vorkriegsängste – schon lange gewusst hatten: Die israelische Armee war allen arabischen Armeen zusammen mehr als gewachsen.

Die «Ausrottung» war also keine wirkliche Bedrohung gewesen. Doch die Furcht davor war durchaus real, und sie wurde von Eschkols Gegnern ausgebeutet. In erster Linie hatte Furcht den Krieg ausgelöst – dieselbe Furcht, die in den fünfziger Jahren zu Masseneinwanderungen und zum Dimona-Projekt geführt hatte. Ihre Wurzeln lagen im Holocaust.

Die sechs Tage des Krieges wurden häufig mit den sechs Tagen der Schöpfung verglichen. Viele empfanden sie als Stunde Null, als einen Wendepunkt wie den Holocaust und die Gründung des jüdischen Staates. Es war, als hätte die Geschichte des Zionismus noch einmal von vorne begonnen. Die Rückkehr an die Westmauer und andere heilige Stätten in Jerusalem, nach Hebron und an andere Orte verlieh dem Sieg eine Aura geistig-nationaler Erlösung und führte zu einer plötzlichen und begeisterten Identifikation mit dem Judentum, die bis hin zur Ek-

stase und zu mystischer Verklärung ging. **Haarez** schrieb: «Die Grossartigkeit unserer Vergangenheit ist nicht länger ein fernes Bild; sie gehört nun zu unserem neuen Land. Ihr Strahlen wird dem Aufbau einer jüdischen Gesellschaft Glanz verleihen. Wie sich ein Glied in die Kette fügt, so fügt sich die neue Gesellschaft in die Geschichte unseres Volkes in diesem Land... Jerusalem gehört ganz uns. Jauchze und rühme, du Einwohnerin zu Zion!»¹⁰ **Al Hamischmar**, die Zeitung der linkssozialistischen Mapam, wollte nicht zurückstehen: «Wir hören das Herz der jüdischen Geschichte schlagen, und wir gewinnen das volle Ausmass an Kraft und Glauben aus den ewigen Quellen des alten Israel.»¹¹ Ein anderer Kolumnist schrieb: «Wenn sie Jerusalem zurückgeben, sterbe ich.»¹²

Der Kampfgeist der Soldaten und ihr Sieg wurden unter anderem dem Holocaust zugeschrieben. «Zwei Tage vor dem Krieg», erzählte Uri Ramon, ein junger Offizier, «als wir wussten, dass wir an einem entscheidenden Punkt angelangt waren, ging ich, so wie ich war, in Uniform, bewaffnet und verschwitzt von der Nachtpatrouille, in das Ghettokämpfer-Museum im Kibbuz Lochamei Hagetaot. Ich wollte dem Andenken an die Kämpfer meinen Tribut zollen; nur wenige von ihnen durften diesen Tag erleben, an dem die Nation sich zur Selbstverteidigung rüstete. Ich hatte das starke Gefühl, dass unser Krieg dort begonnen hatte, in den Krematorien, in den Lagern, in den Ghettos und in den Wäldern.» Er verliess das Museum «rein und klar und gestärkt für diesen Krieg».¹³ Der Knesset-Abgeordnete Arie Ben-Elieser (Cherut) sagte: «Wir waren nicht so wenige, wie die Leute sagen. Auf unserer Seite kämpften die sechs Millionen, die uns das elfte Gebot ins Ohr flüsteren: «Du sollst nicht getötet werden» – das Gebot, das am Berg Sinai fehlte und das uns jetzt, in den jüngsten Kämpfen am Sinai, gegeben wurde.»¹⁴

Die ersten Zweifel an der Besetzung der eroberten Gebiete wurden unmittelbar nach dem Krieg laut. In Der siebente Tag gestanden mehrere Soldaten, dass der Gedanke an den Holocaust es ihnen schwer mache, sich wie militärische Besatzer zu verhalten.¹⁵ Genauso setzte gleich nach dem Krieg die politische Debatte über die Zukunft der neuen Terri-

torien ein. Auch hier wurde der Holocaust erwähnt, meistens als Grund, warum Israel nicht in seine vorherigen Grenzen zurückkehren dürfe. Diese Haltung wurde nicht nur von der Rechten eingenommen. Menachem Begin zitierte gerne Abba Eban, der die Landesgrenzen von vor 1967 «Auschwitz-Linien» genannt hatte.¹⁶ Und auch Golda Meir begründete ihre harte Linie mit dem Holocaust.¹⁷

In der Zwischenzeit wurde der Zermübungskrieg entlang dem Suez-Kanal fortgeführt. Ägypten bombardierte israelische Vorposten. Täglich druckten die Zeitungen kleine Fotos von gefallenen Soldaten. Die Palästinenser begannen mit einer Reihe von Terroranschlägen, sie entführten Flugzeuge und sprengten sie in die Luft. Im September 1972 drangen Terroristen in die Räume des israelischen Olympia-Teams in München ein. Zwei Sportler wurden auf der Stelle getötet, neun weitere starben bei dem gescheiterten Versuch, sie aus der Hand ihrer Geiselnnehmer zu befreien. Ein Jahr später, im September 1973, griffen palästinensische Terroristen einen Zug an, der russische Juden in ein österreichisches Übergangslager brachte, von dem aus sie nach Israel reisen sollten. Bundeskanzler Bruno Kreisky kapitulierte vor den Forderungen der Terroristen und versprach, das Lager zu schliessen. Beide Male galten die Angriffe Symbolen der Existenz Israels und des zionistischen Traums, und beide Male endeten sie mit einer Niederlage. Es verwundert nicht, dass sie im öffentlichen Bewusstsein Israels mit der Judenvernichtung der Nazis in Verbindung gebracht wurden.

Dann brach fast völlig überraschend der nächste Krieg aus. Noch am 5. Oktober, dem Tag, bevor die ägyptische und die syrische Armee angriffen, hielt man in Israel Feindseligkeiten für unwahrscheinlich. Am nächsten Tag, dem Versöhnungstag (Jom Kippur), zog das Gespenst des Holocaust wieder einmal durch das Land. Im Sinai-Feldzug hatte sich die Furcht erst nach dem Sieg eingestellt und zum Rückzug geführt; im Sechstagekrieg war sie dem Krieg vorausgegangen und hatte zum Sieg geführt. 1973 breitete sich Furcht aus, während der Krieg noch im Gange war. Dieses «Erdbeben» erschütterte Israel in seinen Grundfesten; es verbreitete Furcht unter den Entscheidungsträgern und untermi-

nierte die Moral des Landes. Mosche Dajan soll die Zerstörung vorausgesagt haben, Golda Meir trug sich angeblich mit Selbstmordgedanken. «Dieses Gefühl ähnelte sehr stark der Hilflosigkeit, die das jüdische Volk im Zweiten Weltkrieg ergriffen hatte», schrieb die Holocaust-Forscherin Leni Jachil.¹⁸ Selbst, wenn Dajan den Fall des «Dritten Tempels» nicht vorausgesagt hat und Golda Meir nicht lebensmüde war, besteht wohl kein Zweifel daran, dass Israel in keinem anderen Krieg so gefährdet war wie in diesem, seinem fünften.¹⁹ Israel gewann, aber der Sieg war mit dem vorigen nicht zu vergleichen. Er wahrte lediglich den Status quo und das zu einem hohen Preis. 2‘500 Tote waren zu beklagen, jeder tausendste Bürger Israels. Nur im Unabhängigkeitskrieg waren mehr Menschen im Kampf gefallen.

Die Identität der Nation erlitt einen schweren Schlag: Israel fühlte sich nicht mehr unverwundbar. «Der Jom-Kippur-Krieg», erinnerte sich Ehud Praver, ein hoher Offizier der israelischen Armee, «liess uns alle erkennen, dass Israel nicht gerade der sicherste Ort auf der Welt war.» Praver, dem man wie den meisten jungen Israelis beigebracht hatte, dass der Zionismus eine Reaktion auf den Antisemitismus darstellt und Israel die Sicherheit des jüdischen Volkes in alle Ewigkeit garantiere, erkannte, dass «das ganze monolithische System, das wir aus der Schule mitgebracht hatten – Antisemitismus-Zionismus-Sicherheit – auseinanderbrach. Es gab Augenblicke, da schien es schon völlig in Auflösung begriffen.»

Der Mythos der Unverwundbarkeit basierte auf einer heroischen Interpretation der Holocaust-Ära: «In der Schule», schrieb Praver, «hatte uns die Widerstandsbewegung völlig fasziniert. Wir waren wirklich überwältigt von der Vorstellung, dass ‚wir‘ der Widerstand waren und ‚sie‘ die Lämmer, die zur Schlachtbank gingen. Plötzlich stimmte das auch nicht mehr – wir brauchten die Hilfe der amerikanischen Juden. Ich weiss noch, dass jemand nach dem Erfolg von Mark Spitz bei der Olympiade schrieb, man solle eine Lehre aus der Tatsache ziehen, dass jüdische Jungs aus Amerika schneller schwimmen als jüdische Jungs aus Israel. Es ging nicht nur darum, dass wir finanzielle Hilfe brauchten, das war normal. Wir brauchten politische Hilfe. Ohne die Amerikaner,

stellten wir fest, konnten wir nicht durchhalten. Wir fühlten uns total isoliert: Das Land war im Begriff, zerstört zu werden, und niemand unternahm etwas. Dadurch fingen wir an, uns mit genau den Menschen zu identifizieren, die wir, um mit Jabotinsky zu sprechen, als «Staub und Abfall» betrachtet hatten.» Auf die Erkenntnis folgten Handlungen. «Wir rebellierten gegen den Widerstand», sagte Praver. «Schliesslich war der Widerstand ein Symbol gewesen. Wir sahen ihn als grosse Lüge, die wir im Jom-Kippur-Krieg demaskiert hatten. Bis dahin hatten wir geglaubt, dass die Worte Holocaust und Heldentum zusammengehören, und uns mit dem Heldentum identifiziert. Durch den Krieg begriffen wir die Bedeutung des Holocaust und die Grenzen des Heldentums.»²⁰

Nach dem Jom-Kippur-Krieg schlugen palästinensische Terroristen immer wieder zu. Und immer wieder war Israel mit Situationen konfrontiert, die Gedanken an den Holocaust wachriefen. Das geschah beispielsweise im Sommer 1976, als ein Flugzeug der Air France auf dem Weg von Tel Aviv nach Frankreich gekidnappt und zur Kursänderung nach Entebbe/Uganda gezwungen wurde. Als die Sorge um das Schicksal der Passagiere wuchs, erfuhr man, dass die israelischen Passagiere von den anderen abgesondert worden waren. Dies erinnerte sofort an die «Selektion» von Auschwitz, wo die Arbeitsfähigen von den anderen getrennt wurden, die dann gleich in den Gaskammern endeten.²¹

Ministerpräsident Jizchak Rabin und Verteidigungsminister Schimon Peres genehmigten einen Rettungseinsatz der Armee. Peres, der während des Holocaust in Israel studiert hatte, gehörte zu der Generation, die beim Gedanken an die Judenvernichtung Schuld und Scham empfand. Die Flugzeugentführung weckte in ihm ähnliche Gefühle. Angst in Verbindung mit dem Holocaust war in seiner Psyche fest verankert. Als polnischer Jude war er in den frühen dreissiger Jahren elfjährig nach Palästina ausgewandert. Obwohl er in Tel Aviv aufwuchs und einige Zeit in einem Kibbuz verbracht hatte, fiel es ihm schwer, das äussere Erscheinungsbild eines Israeli anzunehmen. Im Gegensatz zu dem stereotypen «neuen Menschen» bewahrte sich Peres, früher Perski, ein gewisses Mass an polnischer Identität oder sentimental-jüdischer Identität,

das er in seiner politischen Jugend erworben haben mochte, als er im Schatten von Berl Katznelson, Levi Eschkol und David Ben Gurion stand. Er las viel und schrieb Gedichte; in der Armee hatte er nie gedient. Als die Familie Perski nach Palästina emigrierte, war Peres' Grossvater, der Kopf der jüdischen Gemeinde, in Polen geblieben. Die Nazis schlossen ihn und andere in der Synagoge ein und zündeten sie an. Er verbrannte bei lebendigem Leibe. Während seiner Kindheit hatte Peres niemanden so geliebt wie seinen Grossvater. Als er die Regierung um Erlaubnis bat, einen Rettungstrupp nach Entebbe zu schicken, führte er als Grund unter anderem den Holocaust an.²²

Die triumphale Rettungsaktion des Mossad-Kommandos bestätigte die in hohem Masse heroische Natur des israelischen «neuen Menschen» und liess zumindest für kurze Zeit den Mythos des Widerstandes noch einmal aufleben.

Am 19. November 1977 kam der ägyptische Präsident Anwar al Sadat nach Jerusalem und wurde von Ministerpräsident Menachem Begin empfangen. Anderthalb Jahre später unterzeichneten die Vertreter Israels und Ägyptens ein Friedensabkommen. Das war Begin's grosse historische Leistung.

Begin war der erste Ministerpräsident, der nicht der Arbeiterbewegung angehörte, und er war auch der erste Holocaust-Überlebende auf diesem Posten. Ein Jahr nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war er von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftet worden und lebte seit 1942 in Palästina. Vieles spricht dafür, dass er unter dem sogenannten «Überlebenssyndrom» litt, also unter Schuldgefühlen, weil er am Leben geblieben war. Offenbar hatte oder entwickelte er darüber hinaus die Vorstellung, dass er sein Volk im Stich gelassen habe, denn bei seiner Verhaftung hatte er als Oberbefehlshaber die polnische Betar-Jugendbewegung geleitet. Von Palästina aus konnte er für die europäischen Juden dann auch nicht mehr tun als die Mapai. Da er nicht zur Führungsspitze des Jischuw gehörte, konnte er überhaupt nicht viel unternehmen. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs jedoch und mehr noch nach dem Krieg bemühte sich Begin sehr, den Eindruck zu erwecken, als bewahre er das Erbe des Holocaust getreuer als die Mapai. Der Holocaust prägte seine gesamte Karriere, von dem grossen Kampf gegen die Wiedergutmachung bis zu den unruhigen Zeiten vor dem Sechstagekrieg. Als Begin von Levi Eschkol als Minister in seine Regierung der nationalen Einheit berufen wurde, stand er zum ersten Mal eindeutig auf der Seite des Gesetzes. Begin durfte einen Anteil am Sieg für sich beanspruchen.

In den siebziger Jahren erreichte die zweite Generation der orientalischen Juden das Erwachsenenalter. Sie beschuldigten die israelische Gesellschaft, sie zu diskriminieren, indem sie ihnen gleiche Chancen vorenthielt und sie zwang, ihre eigene Kultur aufzugeben. Sie konnten den Holocaust nur mit Mühe als Teil ihrer eigenen Geschichte akzeptieren – das Establishment, angeführt von der Arbeiterbewegung, ermutigte sie auch nicht gerade dazu –, und ihre Proteste waren Ausdruck ihrer inneren Distanz. Anfang 1979 erklärte Charlie Biton, ein junger Jerusalemer Aktivist marokkanischer Abstammung, der als Kommunist in die Knesset gewählt worden war: «Antisemitismus entstand im industriellen Europa. In Marokko gab es keinen Antisemitismus. Die europäischen Juden waren eine Ausbeuterklasse, und in Israel sind sie das genauso. Die zionistische Bewegung kam hierher und verwandelte dieses Land in einen Ableger Europas.» Später nahm Biton diese Äusserung zurück, doch bis dahin wurde sie als Verteidigung des Völkermords an den Juden interpretiert.¹

Mitglieder der Regierungskoalition betonten manchmal, wie wichtig es sei, die orientalischen Juden auch als Opfer des Holocaust zu sehen; die Schulbücher wurden schliesslich dahingehend geändert? Doch solche Bemühungen konnten die Arbeiterbewegung nicht mehr retten. Begin verstand die Belange der orientalischen Wähler besser als die Regierung, und er brachte sie dazu, den Mitte-Rechts-Block (Likud) zu unterstützen, der 1973 gebildet worden war. Begins Partei, die Cherut, bildete die stärkste Komponente des Likud. Er setzte vor allem auf demagogische Volksnähe und Nationalbewusstsein. Indem er versprach, die West Bank nie aufzugeben, stellte er den orientalischen Juden nicht nur Sicherheit und die Verwirklichung eines nationalen Traums in Aussicht, sondern versprach ihnen gleichzeitig den sozialen Aufstieg. Nicht die orientalischen Juden, sondern die Palästinenser in den besetzten Gebieten standen am Fuss der sozialen Leiter, und solange die Besetzung anhielt, würden die Orientalen nicht auf den niedrigsten Status absinken. Begin gelang es, den orientalischen Juden – und vor allem den Einwanderern aus Nordafrika – das Gefühl zu vermitteln, er respektiere ihre Kultur. Er gab ihnen ihr wichtigstes Gut zurück, das ihnen die Arbeiter-

bewegung genommen hatte: die Selbstachtung. Dadurch liess er sie an etwas teilhaben, das bisher ein Privileg der Aschkenasim gewesen war – Erbe des Holocaust.* Als grosser Popularisierer des Holocaust trug Begin mehr als jeder andere zu dessen Politisierung bei. Meisterlich beherrschte er die symbolkräftige historische Geste, und er liess keine Gelegenheit verstreichen, den Holocaust in politischen Auseinandersetzungen oder für seine eigene Reputation auszubeuten.

Je länger er vom Holocaust sprach und ihn zur Rechtfertigung seiner politischen Taktik heranzog, desto mehr gefährdete er das Monopol der Arbeiterpartei. Das hatte er schon immer vorgehabt. Er schien oft zu glauben, dass er das Land unter Kontrolle bekäme, wenn er das Andenken an den Holocaust kontrollierte. Seine erste Handlung als Ministerpräsident bestand darin, einer Gruppe vietnamesischer Boat People, die von einem israelischen Schiff aufgenommen worden waren, Asyl zu gewähren. «Wir alle erinnern uns an die Schiffe der illegalen jüdischen Einwanderer in den dreissiger Jahren, die über die sieben Meere fuhren und in einem Land oder in vielen Ländern um Aufnahme baten und zurückgewiesen wurden», sagte Begin.^{5**} Begin erweckte gern den Anschein, als sei die ganze Welt vom Nazismus verseucht und Israel stünde völlig alleine da. Zwei Jahre vor Beginn seiner Amtszeit hatte die UNO-

* Dieses Phänomen erfasste schliesslich alle Teile der Bevölkerung. Eine Studie von Dan Bar-On und Oron Sela von der Ben Gurion-Universität zeigte, dass zu Beginn der siebziger Jahre alle Bürger Israels, gleich welcher Abstammung und Kultur, den Holocaust als «ihr Ereignis» verstanden.³ «Auch im Alltag sollte sich jeder einzelne Bürger stets des Holocaust und seiner Konsequenzen bewusst sein», forderte der Knesset-Abgeordnete Mosche Kazav, ein junger Mann iranischer Abstammung.⁴

** Eine Anzahl vietnamesischer Flüchtlinge durfte sich in Israel niederlassen, doch als kurze Zeit später zur Debatte stand, ob noch mehrere tausend Vietnamesen zusätzlich ins Land gelassen werden sollten, reagierte Begin wie einer jener Staatsführer, die im Zweiten Weltkrieg jüdischen Flüchtlingen nur höchst ungern Zuflucht gewährt hatten. Zunächst müsse es ein internationales Abkommen geben, stellte Begin fest. Er schlug vor, die Knesset solle an die Parlamente anderer Länder herantreten, um über die Not der Flüchtlinge zu diskutieren.⁶

Vollversammlung ihm indirekt Zündstoff geliefert, indem sie den Zionismus als eine Form des Rassismus definierte. Israels UNO-Botschafter Chaim Herzog (der spätere israelische Präsident) drückte die Empfindungen des zukünftigen Ministerpräsidenten besonders treffend aus, als er der Vollversammlung vorhielt, Hitler hätte sich in ihrer Mitte sicher wohl gefühlt.⁷

Während des Besuchs von Präsident Sadat und der folgenden Debatte über das Abkommen, das Israel zur Rückgabe der gesamten Sinai-Halbinsel verpflichtete, war der Holocaust in aller Munde; er diente sowohl den Befürwortern als auch den Gegnern des Abkommens. Begin begleitete Sadat bei einem Besuch in Yad Vashem und liess später – damit ihn nur niemand der Kapitulation vor dem Feind verdächtigen konnte – seinen Gast an der israelischen Standard-Interpretation des Holocaust teilhaben: «Niemand ist uns zu Hilfe gekommen – weder aus dem Osten noch aus dem Westen. Aus diesem Grund haben wir einen Eid geschworen – wir, die Generation der Vernichteten und der Wiedergeborenen: Niemals wieder werden wir unser Volk in Gefahr bringen, niemals wieder werden wir zulassen, dass unsere Frauen und Kinder und all jene, die zu schützen unsere Pflicht ist, in die Reichweite des todbringenden feindlichen Feuers geraten – und sei es um den Preis des eigenen Lebens.»⁸ Die Gegner des Abkommens zogen ebenfalls den Holocaust zur Rechtfertigung ihrer Position heran. «Ich brauche nur an die Vergangenheit des ägyptischen Präsidenten im Zweiten Weltkrieg zu denken und daran, wie reizvoll er Hitlers Berghof in Berchtesgaden fand, und schon spüre ich, dass die Zerstörung Israels der Faktor ist, der sein Denken und Handeln motiviert», sagte Dov Schilansky in der Knesset.⁹ Im Zweiten Weltkrieg hatte Sadat Deutschland unterstützt, und einige Zeit, bevor er nach Jerusalem reiste, hatte er seinen Urlaub in der Bundesrepublik, im bayerischen Berchtesgaden, verbracht. Der Friedensvertrag enthielt unter anderem Bestimmungen über die Evakuierung der israelischen Siedlungen auf der Sinai-Halbinsel. Als die Bewohner der Stadt Yamit sich der Evakuierung widersetzen, steckten sie sich gelbe Davidsterne an die Kleidung, wie sie die Juden im «Dritten Reich» unter den Deutschen hatten tragen müssen.

Der Holocaust war, vor allem zu Beginn von Beginns Amtszeit, ein Eckpfeiler im Glaubensbekenntnis des Staates Israel und seiner Regierungspolitik. Im Juni 1981 rechtfertigte Begin die Zerstörung einer irakischen Nuklearanlage mit den Worten: «Anderthalb Millionen Kinder unseres Volkes haben die Nazis in den Gaskammern ermordet, wir müssen also unser Volk schützen.»¹⁰ Oft verglich er Jassir Arafat mit Hitler und charakterisierte ihn als «zweibeiniges Raubtier» – ein Ausdruck, den er Jahre zuvor auf Hitler angewandt hatte.¹¹ Das Gründungsmanifest der PLO verglich er mit Mein Kampf. «Noch niemals in der Geschichte der Menschheit gab es eine ähnlich widerwärtige und verabscheuungswürdige bewaffnete Organisation, wenn man von den Nazis absieht», liess er gerne verlauten.¹² Am Vorabend des israelischen Einmarsches in den Libanon im Juni 1982 erklärte Begin seinem Kabinett: «Sie wissen, was ich selbst und was wir alle unternommen haben, um einen Krieg und Verluste an Leben zu verhindern. Doch in Israel ist dies nun einmal unser Schicksal. Es gibt keine andere Möglichkeit, als selbstlos zu kämpfen. Glauben Sie mir, die Alternative ist Treblinka, und wir haben entschieden, dass es kein Treblinka mehr geben wird.»¹³ Wenige Wochen nach Kriegsbeginn reagierte Begin auf die internationale Kritik an Israel, indem er auf einer Prämisse beharrte, die sich auch seine Vorgänger zu eigen gemacht hatten: Nach dem Holocaust habe die Weltgemeinschaft ihr Recht verwirkt, Israel für sein Handeln zur Rede zu stellen. «Kein Mensch auf der ganzen Welt darf unserem Volk Moralpredigten halten», versicherte Begin der Knesset.¹⁴ Eine ähnliche Feststellung wurde in die Resolution aufgenommen, die das Kabinett nach den Massakern von Sabra und Schatila, den beiden palästinensischen Flüchtlingslagern nahe Beirut, verabschiedete.¹⁵ Bezugnehmend auf die Londoner Times, wiederholte Begin, was er schon so oft gesagt hatte: «Eine Zeitung, die den Verrat des betrügerischen Münchner Abkommens [durch das die Tschechoslowakei in den dreissiger Jahren aufgeteilt wurde] unterstützt hat, sollte sich sehr in acht nehmen, wenn sie einer kleinen Nation, die um ihr Leben kämpft, Moral predigt.»¹⁶ In einem Brief an Präsident Ronald Reagan schrieb Begin, nach der Zerstörung von Arafats Hauptquartier habe er sich gefühlt, als ob er die israeli-

sche Armee nach Berlin geschickt hätte, um Hitler in seinem Bunker umzubringen.¹⁷

Der Libanon-Krieg spaltete das Land. Zwangsläufig wurde der Holocaust in die politische Debatte hineingezerrt. «Hitler ist schon tot, Herr Ministerpräsident», antwortete der Schriftsteller Amos Oz in einem offenen Brief auf einen von Begin's Versuchen, die Bombardierung Beiruts zu rechtfertigen, und er fuhr fort:

«Adolf Hitler hat ein Drittel des jüdischen Volkes ermordet, darunter Ihre Eltern und Verwandten, darunter meine Familie. Oft verspüre ich, wie viele Juden, auf dem Grund meines Herzens einen dumpfen Schmerz, weil ich Hitler nicht mit eigenen Händen umgebracht habe. Ich bin sicher, dass in Ihrem Herzen eine ähnliche Phantasie gärt. Es gibt keine Heilung für die offene Wunde in unserem Herzen, und es wird nie eine geben. Zehntausend tote Araber werden diese Wunde nicht heilen. Aber, Herr Begin, Adolf Hitler ist seit siebenunddreissig Jahren tot. Bedauerlich oder nicht: Hitler versteckt sich nicht in Nabatea, Sidon oder Beirut. Er ist tot und begraben.

Immer wieder, Herr Begin, legen Sie vor den Augen der Öffentlichkeit ein merkwürdiges Bedürfnis an den Tag, Hitler wiederzuerwecken, um ihn dann in der Gestalt von Terroristen täglich neu zu töten... Dieses Bedürfnis, Hitler wiederzubeleben und dann auszulöschen, ist das Ergebnis einer Melancholie, der von Dichtern Ausdruck verliehen werden kann. Unter Staatsmännern aber ist sie ein Risiko, das leicht zu einer tödlichen Gefahr werden kann.»¹⁸

Herzl Rosenblum, der Herausgeber von *Jediot Acharonot*, verfasste eine Erwiderung auf Oz' Brief, die einen der merkwürdigsten Abschnitte enthält, die in der hebräischen Presse je gedruckt wurden. Um Begin's Vergleich zwischen Jassir Arafat und Adolf Hitler zu verteidigen, schrieb Rosenblum:

«Sollte Arafat sich genügend Macht verschaffen, würde er Dinge tun, von denen Hitler nicht einmal träumte. Dies sind keine leeren Worte. Wenn Hitler uns mit einer gewissen Zurückhaltung ermordete, so wissen wir, dass – sollte Arafat je dazu in der Lage sein – er sich mit so etwas nicht aufhalten würde. Er würde mit lautem Kriegsgeheul

unseren Kindern den Kopf abschlagen, unsere Frauen im hellen Tageslicht vergewaltigen, bevor er sie in Stücke reißt, uns von den Dächern auf die Strasse werfen und uns die Haut vom Körper reissen wie ein hungriger Tiger im Dschungel, wann immer er auf uns träfe, ohne deutsche «Ordnung» und Eichmanns organisierte Transporte... Wenn man das bedenkt – ist es dann so falsch, wenn Begin Adolf Hitler erwähnte? Ja, dieser Tyrann war ein Lamm im Vergleich zu dem, was Arafat uns bringen wird... Als Begin kürzlich über Hitler sprach, hat er die Gefahr, die uns von dem irrwitzigen Aufstieg dieses Massenmörders aus Beirut droht, nicht übertrieben – ganz im Gegenteil.»¹⁹ Wenige Tage zuvor hatten die Zeitungen die drastischen Worte eines bekannten Regierungsgegners wiedergegeben. Jeschajahu Leibowitz nannte den Krieg im Libanon «judeonazistische Politik».²⁰ Zum ersten Mal seit dem Bau von Yad Vashem trat dort ein Holocaust-Überlebender in den Hungerstreik; Schlomo Schmelzman, der das Warschauer Ghetto und Buchenwald überlebt hatte, protestierte auf diese Weise gegen den Krieg und dagegen, den Holocaust zu seiner Rechtfertigung zu missbrauchen. Sein Streik löste in der Presse eine neue Welle der Polemik aus. Die Direktion von Yad Vashem verbot Schmelzman, auf dem Gelände der Einrichtung zu bleiben, und nach sieben Tagen gab er auf.²¹

Gegen Ende desselben Jahres begleitete eine Frau aus Jerusalem ihren Sohn und seine Kameraden, die in einer Panzereinheit der Armee dienten, bei ihrem Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem. Dort nahmen sie an einer Führung teil, die ein gewisser Jechiam Weiz leitete. Am nächsten Tag schickte sie einen Brief an den israelischen Stabschef, Generalmajor Rafael Eitan, der sofort allen Soldaten den Besuch von Yad Vashem untersagte. Nach Aussage der Frau hatte Weiz – Sohn und Enkel geachteter Mapai-Funktionäre – sich nicht im Geringsten an die übliche Interpretation gehalten. Die Gründung von Israel, habe er behauptet, garantiere keineswegs die Sicherheit seiner Bewohner, es sei ganz im Gegenteil viel leichter, die Juden in Israel zu eliminieren als die Mehrheit der Juden andernorts. Die Frau schrieb weiter, Weiz habe über den Tod der Holocaust-Opfer geringschätzig gesprochen und gesagt, es

mache keinen Unterschied, wie jemand zu Tode komme, ob ehrenvoll oder in Schande.

Die Aussagen des Führers der Gedenkstätte waren, wie zu erwarten, aus dem Zusammenhang gerissen, und die Armeebesuche von Yad Vashem wurden bald fortgesetzt. Einige Monate zuvor hatte ein Militärgericht die Verhandlung gegen mehrere Soldaten und Offiziere eröffnet, die der gesetzwidrigen Gewaltausübung gegen Bewohner der besetzten Gebiete beschuldigt wurden. Einer der Angeklagten sollte seine Soldaten angewiesen haben, den Palästinensern Nummern auf die Arme zu schreiben. Der Verwaltungsrat von Yad Vashem wurde gebeten, die Tat zu verurteilen. Gideon Hausner, inzwischen Vorsitzender des Gremiums, erstickte die Initiative, indem er entschied, der Vorfall stehe in keinem Bezug zum Holocaust.²²

Begins Politisierung des Holocaust verärgerte seine Gegner und führte natürlich dazu, dass sie einige grundlegende, fast heilige Regeln der Geschichtsschreibung in Frage stellten. 1980 markierte der Artikel des bekannten Kolumnisten Boas Evron einen Wendepunkt. Unter dem provozierenden Titel «DER HOLOCAUST – EINE GEFAHR FÜR DIE NATION» zog Evron zum erstenmal die These in Zweifel, dass die Judenvernichtung unter den Verbrechen der Deutschen einen einzigartigen Platz einnahm. Tatsächlich, schrieb er, ermordeten die Nationalsozialisten Deutsche, Behinderte, unheilbar Kranke und Zigeuner, und sie beabsichtigten, die Massenvernichtung auch auf andere Völker auszudehnen. Die These, dass der Mord an den Juden beispiellos sei, käme lediglich allen Beteiligten zupass, schrieb er. Sie helfe den Deutschen, den Nazismus als einmaligen Ausbruch von Wahnsinn hinzustellen, und erleichterte ihnen die Rückkehr in die Gemeinschaft der Völker. Ein Umstand, der sich wiederum gut in die politischen und ökonomischen Interessen der Welt einfüge, wobei Israel keine Ausnahme bilde. Dass die Ermordung der Juden als einzigartiges Phänomen dargestellt würde, dem die Welt schweigend zugesehen habe, habe den Interessen des Zionismus und später denen des Staates Israel gedient. «Jeder wichtige nichtjüdische Gast, der uns besucht, absolviert ganz selbstverständ-

lich einen Pflichtbesuch in Yad Vashem..., damit er in die richtige Stimmung kommt und die angemessenen Schuldgefühle empfindet, die von ihm erwartet werden», meinte Evron.

Doch die These, der Völkermord an den Juden sei beispiellos, habe den unerwünschten Nebeneffekt, dass sie das jüdische Volk von der menschlichen Rasse trenne, als sei es separat geschaffen worden. Diese Tendenz sei in der jüdischen Tradition tief verwurzelt, schrieb Evron, und zwar in der Vorstellung von den Juden als einem auserwählten, vom Rest der Menschheit getrennten Volk. Doch sie stünde nicht nur dem zionistischen Traum von einer ganz normalen jüdischen Existenz im Wege, sondern könnte sogar zu moralischer Blindheit führen. «Da wir immer hören, dass die Welt uns hasst und verfolgt, sehen wir uns von der Notwendigkeit befreit, ihr gegenüber irgendwelche moralischen Erwägungen anzustellen.» Die paranoide Trennung von der Menschheit und ihren Gesetzen, warnte Evron, könne manche Juden an einen Punkt bringen, an dem sie, wenn es in ihrer Macht stünde, Nichtjuden als Untermenschen behandeln und praktisch die rassistische Denkweise der Nationalsozialisten übernehmen würden. Evron warnte auch vor der zunehmenden Tendenz, die arabische Feindseligkeit mit dem Antisemitismus der Deutschen im «Dritten Reich» gleichzusetzen. «Eine Führungselite kann ihre Propaganda nicht aus der Distanz sehen; sie sieht ihre eigene Propaganda als Widerspiegelung der Realität», schrieb er. «Deshalb bewegt sich die Führungselite innerhalb einer Welt der Mythen, die sie selbst geschaffen hat.»²³

Diese Sätze entstanden zweieinhalb Jahre vor dem Tag, an dem Menachem Begin seine Truppen nach Beirut schickte, um Hitler zu vernichten.

Im Februar 1983 stand auf der Tagesordnung der Knesset eine Debatte über die «Fünfzig Jahre seit der Machtergreifung der Nazis – der Tag und seine Lehren». Rituelle historische Debatten dieser Art hatten schon vorher in der Knesset stattgefunden, zumeist an wichtigen Jahrestagen bestimmter Ereignisse, die mit dem Holocaust in Zusammenhang standen. In der Gesamtschau spiegelten sie, wie sich die Wahrnehmung des Holocaust unter dem Einfluss der wechselnden sozialen und politischen Realitäten in Israel verändert hatte. Die Debatte von 1983

wurde von Jair Zaban (Mapam), einem Führer der israelischen Friedensbewegung in Gang gebracht. Die wichtigste Lektion des Holocaust, sagte er, sei eine universelle: «Wachsam zu sein; jedes Anzeichen einer Erosion der Demokratie zu beachten, alle Symptome für eine Neigung zur Diktatur ernst zu nehmen, gleich welchen Typs und welcher Bemäntelung, ob populistisch oder pseudo-links. Wir müssen auch die schreckliche Gefahr erkennen, die entsteht, wenn sich Demokratieverfall, der Aufstieg einer Diktatur und das krebserregende Wachstum eines ungehemmten, übermächtigen nationalen Wahns miteinander verbinden.» Auf der Grundlage dieser Überlegungen hielt Zaban einen Vortrag, der sich grösstenteils auf die Forschungsergebnisse des amerikanischen Historikers George Mosse stützte.²⁴ Die universellen Lehren des Holocaust waren schon früher erwähnt worden, aber Zabans Versuch, sie auf Kosten der nationalistischen Lektionen in den Vordergrund zu rücken, war neu. Er reagierte ganz offensichtlich auf Begins Bemühungen, seine Politik, und damit den Krieg im Libanon, als national-moralischen Imperativ darzustellen, der sich aus dem Holocaust ergab.

Begins Einstellung allerdings änderte sich nicht. Kurz bevor er Ministerpräsident wurde, war der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt zu einem Staatsbesuch nach Israel eingeladen worden. Die Bundesrepublik Deutschland war inzwischen zu einem Land geworden, das in seiner ökonomischen, geopolitischen und militärischen Bedeutung für Israel nach den Vereinigten Staaten an zweiter Stelle rangierte, obwohl Israel und die Bundesrepublik bewusst nicht von «normalen Beziehungen» zwischen den beiden Ländern sprachen. Nicht lange nach der Bildung der neuen Regierung jedoch sprach Mosche Dajan, der neue Außenminister, davon, dass Deutschland und Israel «säkuläre» Beziehungen unterhielten.²⁵ Begin versprach, alles zu tun, was seine Position erforderte, auch wenn das bedeutete, sich mit deutschen Regierungsmitgliedern zu treffen. Seine Regierung bestätigte die Einladung an den Bundeskanzler.²⁶

Schmidt dagegen schob seinen Besuch immer wieder auf, als habe

ihn das Israel Begins nicht verdient. Im Frühjahr 1981 sagte Schmidt bei seiner Rückkehr von einem Besuch in Saudiarabien, dass die Nazi-Vergangenheit Deutschland eine historische Verantwortung gegenüber einer Reihe europäischer Nationen und auch gegenüber dem palästinensischen Volk auferlegt habe. Er erwähnte weder das jüdische Volk noch Israel. Begin reagierte mit einer heftigen Attacke auf den Kanzler, unter anderem warf er Schmidt vor, an Nazi-Verbrechen beteiligt gewesen zu sein: «Jeder diente in der Nazi-Armee, auch Herr Schmidt, der dem Führer einen persönlichen Eid schwor und sich fraglos an ihn hielt».²⁷ Israel befand sich mitten in einem stürmischen und ausufernden Wahlkampf. Begins Angriff auf Schmidt gehörte zu seinen Versuchen, Emotionen zu schüren, und wirkte wie ein entferntes Echo seiner grossen antideutschen Tiraden aus den fünfziger Jahren. Zuvor hatte Begin bereits Beleidigungen mit dem österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky ausgetauscht, weil Kreisky mit Jassir Arafat ins Gespräch gekommen war. «Wir werden die Nazi-Arafats besiegen und ihre Gehilfen auch, woher sie auch kommen mögen», hatte Begin mit Bezug auf Kreiskys jüdische Abstammung gesagt.²⁸ Man kann sich nur schwer vorstellen, wie er auf die Nachricht reagiert hätte, dass auch in Schmidts Adern jüdisches Blut floss. Johanan Meroz, der israelische Botschafter in Deutschland, dem der Kanzler seinen biographischen Hintergrund anvertraut hatte, beschloss, diese Information nicht an seine Vorgesetzten weiterzugeben. Er befürchtete, Begin würde sich seines Wissens bedienen, um die Spannungen zwischen den beiden Ländern weiter zu verschärfen.²⁹ Schmidts Besuch in Israel wurde schliesslich abgesagt. Im August 1983 trat Begin zurück. «Ich kann nicht mehr», erklärte er und führte bis zu seinem Tod im Jahre 1992 ein zurückgezogenes Leben. Als er seinen Amtssitz zum letzten Mal verliess, wehten deutsche Fahnen über dem Gebäude. Man rüstete sich für den Staatsbesuch von Bundeskanzler Helmut Kohl. Fast schien es so, als habe Begin den Zeitpunkt seines Abschieds bewusst gewählt. Er zumindest würde den Deutschen nicht empfangen müssen.

Im Sommer 1984 gaben etwa 25'000 Israelis ihre Stimmen für Meir Kahane ab und wählten ihn damit in die Knesset. Das politische Establishment war wie vor den Kopf gestossen, denn der neue Abgeordnete war oft mit Hitler verglichen worden. Kahane war aus den Vereinigten Staaten nach Israel gekommen. Seine Prinzipien, behauptete er, habe er aus den Lehren des Holocaust abgeleitet.¹ Zu Beginn seiner öffentlichen Karriere in den USA, als Führer der militanten Jewish Defense League, hatte Kahane auch in Israel Bewunderer gefunden. Für viele war er der Inbegriff des stolzen Juden, der sich furchtlos gegen eine Übermacht verteidigt.

Kahane stellte sich gerne als die wahre Verkörperung des Zionismus dar. Tatsächlich aber repräsentierte er nur dessen dunkle Seite. Der Zionismus wies «Kahane-Elemente» auf, lange bevor es die Person Kahane gab. Sein Zionismus war rassistisch und menschenverachtend. Als er in Israel in Aktion trat, stellte sich schnell heraus, dass er ganz wesentliche Werte des israelischen Lebens ändern wollte. Er forderte die Ausweisung der gesamten arabischen Bevölkerung – auch der arabischen Staatsbürger – aus Israel und den besetzten Gebieten, und er wollte das jüdische Religionsgesetz zum allein gültigen Gesetz des Landes erheben. Zunächst wurde er als exzentrischer Querkopf abgetan. Hin und wieder organisierte er Demonstrationen, die zu kleineren Zusammenstößen mit der Polizei führten. In seinem Hauptquartier in Jerusalem hatte er ein kleines Museum eingerichtet, in dem er den kommenden Holocaust (in Amerika) dem vergangenen in Europa gegenüberstellte. Kahanes unbändiger antiarabischer, antidemokratischer Nationalismus und sein religiöser Extremismus führten ihm Anhänger vor allem aus

den ärmeren Vierteln zu, in denen soziale Frustration, Fremdenfurcht (vor allem in Bezug auf die Araber), Existenzangst und andere vage Ängste zusammenkamen, die Kahane gekonnt anheizte. Häufig stiess er aufgeregte Warnungen aus: Die Araber, warnte er, zeigten ihren Hass auf die Juden nur zu gerne durch die Vergewaltigung von Frauen und Kindern. Eine Reihe von Morden und Vergewaltigungen, die das Land zu jener Zeit in Aufregung versetzten, gaben seiner Propaganda Nahrung. (Manche gingen auf das Konto von Terroristen, andere waren von gewöhnlichen Kriminellen verübt worden, der Rest blieb ungeklärt.) Aber Kahane war hässlich und sprach schlechtes Hebräisch mit ausländischem Akzent. Niemand glaubte, dass er viel ausrichten könne – daher der Schock über seine Wahl in die Knesset.

Etwa ein Jahr später legte Kahane zwei Gesetzesanträge vor. Der erste sollte die israelische Staatsbürgerschaft auf Juden beschränken. Nichtjuden – d.h. Araber – hätten den Status von «Fremden» erhalten, wie er im jüdischen Gesetz definiert ist, und sich «Steuern und Sklaverei» unterwerfen müssen. Die Persönlichkeitsrechte dieser «Fremden» wären zwar nicht angetastet worden, doch sie wären politisch rechtlos geworden, hätten nicht mehr wählen, ein öffentliches Amt bekleiden oder in Jerusalem leben dürfen. Nichtjuden, die sich diesen Beschränkungen nicht unterworfen hätten, wären, wenn auch gegen eine Entschädigung, des Landes verwiesen worden. Als zweites beantragte Kahane ein «Gesetz zur Verhinderung der Assimilation von Juden und Nichtjuden und für die Heiligkeit Israels». Es hätte die Beendigung aller Regierungsprojekte bedeutet, die eine Annäherung zwischen Juden und Arabern förderten. Wäre das Gesetz in Kraft getreten, hätte es getrennte Bänke für Juden und Nichtjuden gegeben; Nichtjuden hätten ohne Zustimmung der Mehrheit der jüdischen Bewohner nicht mehr in jüdischen Vierteln wohnen dürfen. Ein jüdischer Bürger oder Einwohner des Landes hätte keinen Nichtjuden heiraten oder sexuelle Beziehungen mit ihm oder ihr haben dürfen; gemischte Paare hätten sich sofort trennen müssen.

Ein Mitglied der Knesset verglich diesen Gesetzesantrag Punkt für Punkt mit den Nürnberger Gesetzen und fand viele Übereinstimmungen.

Das Präsidium der Knesset gestattete Kahane nicht, den Antrag zur Debatte zu stellen. Kahane zog vor den Obersten Gerichtshof und gewann: Richter Aharon Barak entschied, Kahanes Gesetzesanträge «riefen furchtbare Erinnerungen wach» und könnten den demokratischen Charakter des Staates Israel schädigen, aber «unsere Stärke liegt in der akribisch genauen Beachtung der Gesetze und der legalen Machtausübung, selbst wenn das bedeutet, dass wir Meinungen zu Wort kommenlassen, wie wir verabscheuen.»²

Mit der Zeit wurde deutlich, dass der Mann Kahane weniger gefährlich war als der Kahanismus, der sich in Israel ausbreitete und vor allem unter jungen Leuten an Einfluss gewann.³ Während die PLO immer neue terroristische Anschläge verübte, griffen gleichzeitig immer häufiger Horden junger Israelis arabische Passanten und Wohnviertel an; der Schrei «Tod den Arabern» klang bald nur allzu vertraut. «Die Parole ‚Tod den Juden‘ klingt mir noch in den Ohren, und jetzt ändern sie nur ein Wort, und herauskommt ‚Tod den Arabern‘», sagte die Knesset-Abgeordnete Haike Grossman (Mapam), eine Holocaust-Überlebende. In ihren schlimmsten Träumen, sagte sie, in den Alpträumen, die sie jahrelang verfolgten, hätte sie nicht geglaubt, dass so etwas geschehen könnte.⁴ Im Juli 1985 verabschiedete die Knesset einen Verfassungszusatz, der besagte, dass Partei-Kandidaten, die mit rassistischen Handlungen oder Zielen in Verbindung stünden, nicht in die Knesset gewählt werden dürften. Bei der Debatte über diesen Punkt wurde häufig auf den Holocaust Bezug genommen. Des Weiteren wurden eine Ergänzung des Strafrechts erwogen, die die rassistische Verhetzung verbot, sowie ein Gesetz, das die Aufstellung von Kandidaten untersagte, die das Existenzrecht Israels negierten, und schliesslich eine letzte Ergänzung, die Kontakte zur PLO unter Strafe stellte.⁵ Kahane durfte sich für die nächsten Wahlen zur Knesset nicht aufstellen lassen, doch sein Mandat wurde von Gesinnungsgenossen übernommen, die ihre Forderung nach einer Deportation der Araber mit gemässigten Worten und ohne religiösen Fanatismus oder pornographischen Rassismus zu formulieren wussten.

Neben den legislativen Massnahmen, die Kahane in seine Schranken

weisen sollten, unternahm man auf dem Bildungssektor Anstrengungen, um die Demokratie vor dem Rassismus zu schützen. Das Schuljahr 1986/87 wurde zum Jahr der «Erziehung zur Demokratie» erklärt; als Bestandteil des neuen Lehrplans unterstützte das Bildungsministerium Treffen zwischen jüdischen und arabischen Studenten. Radio und Fernsehen, aber auch das Ausbildungskorps der Armee trugen das ihre zu der konzentrierten, wenn auch etwas pathetischen Bemühung um mehr demokratisches Bewusstsein bei. «Im Zuge der Reaktion auf Kahane hörten wir immer häufiger von Soldaten, die sich mit den Holocaust-Geschichten im Kopf alle möglichen Methoden ausdachten, wie sie die Araber vernichten könnten», erinnerte sich Ehud Praver, ein Offizier des Ausbildungskorps. «Das beschäftigte uns sehr, denn wir erkannten, dass der Holocaust offenbar das Aufkommen eines jüdischen Rassismus legitimierte. Wir lernten, dass es nötig war, sich nicht nur mit dem Holocaust, sondern auch mit der Entstehung von Faschismus zu befassen, und dass wir erklären mussten, was Rassismus ist und welche Gefahren er für die Demokratie birgt.» Laut Praver «folgerten zu viele Soldaten, dass der Holocaust jedes noch so widerwärtige Verhalten rechtfertigt». ⁶ Im Mai 1986 verteilte die Armee an kommandierende Offiziere Richtlinien mit dem Titel «Der Holocaust und seine Lehren». Das zweiseitige Dokument endete mit dem Hinweis, die Verteidigung der Menschenrechte sei die beste Methode, um einen erneuten Ausbruch von Nazismus zu verhindern. ⁷ Ein Jahr später, im April 1987, verteilte das Ausbildungskorps noch einmal ein Faltblatt; es hiess «Nach dem Holocaust» und enthielt die folgenden Sätze: «Die Erfahrungen des Holocaust lehren uns, dass wir als Menschen unter anderen Menschen leben müssen... Wir müssen bereit sein, uns zu verteidigen, aber neben unserer Stärke sollten wir auch unsere sittlichen Werte bewahren, denn sie bestimmen, wie wir nach aussen wirken und wie wir unsere Macht einsetzen.» Auf der Rückseite der Broschüre wies der israelische Schriftsteller A.B. Jehoschua auf ein Dilemma hin: «Sollen wir uns für die Verteidigung unserer sittlichen Werte in Gefahr begeben? Und dürfen wir andererseits bei einem gefährlichen kriegerischen Konflikt von unseren grundlegenden Wertvorstellungen abweichen?» Für Jehoschua sind ge-

rade die inneren Zweifel, die ein solches Dilemma auslöst, ein Zeichen für ein angemessenes Verständnis des Holocaust.⁸ Wenige Monate später begann die Intifada, und bald darauf beschloss die Armee, die Besuche der Soldaten im Ghetto-Kämpfer-Museum einzustellen. Offiziell begründete die Armee dies mit schlechter Organisation und unzureichend geschulten Museumsführern.⁹ Inoffiziell hörte man, dass die Ereignisse in den besetzten Gebieten die Soldaten zu extremen Reaktionen veranlasst hatten; manche hatten offenbar aus dem, was sie im Museum gesehen hatten, gefolgert, dass Brutalität nach Art der Nazis das beste Mittel sei, mit Aufständischen umzugehen. Im Sommer 1989 enthüllte die Presse, dass sich eine Gruppe von Soldaten, die sich «Mengele-Einheit» nannte, die Ermordung von Arabern zum Ziel gesetzt hatte. Es gab Berichte von Einheiten, die sich «Auschwitz-Züge» und «Demjanjuks» nannten. Die Armee versuchte zunächst, die Veröffentlichung dieser Geschichten zu verhindern, und erklärte später, diese Namen sei nur dem schwarzen Humor ihrer Soldaten zuzuschreiben.¹⁰

Doch nicht nur Gewalt und schwarzen Humor konnte man im Museum der Ghetto-Kämpfer lernen: Manche Soldaten kamen, anders als ihre Kameraden, zu dem Schluss, dass sie bei der Unterdrückung der besetzten Gebiete nicht mitwirken wollten. Ihre Weigerung liess ein ganzes Spektrum von existentiellen Problemen und moralischen Skrupeln erkennen, die bis dahin ausgeblendet oder umgangen worden waren. Ähnlich wie beim Thema Rassismus stand hier die Demokratie auf dem Prüfstand, und ähnlich wie beim Rassismus war auch dieses Problem im Schatten des Holocaust entstanden und trat zum ersten Mal im Libanon-Krieg in Erscheinung. Auf dem Höhepunkt des Krieges verweigerten einige Soldaten aus moralischen und politischen Gründen den Kriegsdienst. Als dann die Armee den Palästinenseraufstand in den besetzten Gebieten unterdrückte und gelegentlich systematisch die Menschenrechte verletzte, verweigerten Dutzende von Israelis ihre Beteiligung und wurden dafür ins Gefängnis gesteckt. Das Phänomen war vermutlich weiter verbreitet als man wusste, weil Einzelfälle stets formlos innerhalb der jeweiligen Armee-Einheit behandelt wurden.¹¹ Stets

hatte der Dienst in der israelischen Armee nicht nur als Notwendigkeit, sondern auch als eine Säule der persönlichen und kollektiven Identität des israelischen Volkes gegolten. So war die Weigerung, in den besetzten Gebieten oder gar in der Armee überhaupt Dienst zu tun, gleichbedeutend mit einer Art Exil. Und obwohl es sich bei diesem Protest um eine Randerscheinung handelte, wurde Mitte der achtziger Jahre bereits öffentlich darüber diskutiert. Wie die – viel häufigere – Debatte über die Deportation der Araber reflektierte diese Diskussion die Polarisierung der Werte und Kulturen und den wachsenden Extremismus im politischen Denken Israels. Gewalttaten gegenüber Arabern in den besetzten Gebieten – die Armee bezeichnete sie als «Exzesse» – gerieten durch mehrere Prozesse vor Kriegsgerichten in das Bewusstsein der Öffentlichkeit; sie warfen wieder einmal die Frage auf, was unter einem «offenkundig ungesetzlichen Befehl» zu verstehen sei, dem ein Soldat den Gehorsam verweigern müsse. In diesem Zusammenhang verwies man – meist indirekt – auf die Nazi-Armee. Jene, die sich weigerten, im Libanon und in den besetzten Gebieten Dienst zu tun, führten häufig den Holocaust zur Rechtfertigung ihrer Position an. Der Vergleich zwischen Israel und Nazi-Deutschland war schon im Unabhängigkeitskrieg angestellt worden. Man hatte ihn 1956 nach dem Massaker von Kfar Kassem gehört und gelegentlich in Diskussionen um die Frage: «Kann das auch bei uns geschehen?» Die israelische Politik kannte «Hitler» als Schimpfwort, das in Debatten recht häufig verwendet wurde.¹² Doch nur die Hundertfünfzigprozentigen meinten es ganz wörtlich. Die extremsten ultrareligiösen Sekten in dem Jerusalemer Viertel Mea Shearim malten Hakenkreuze auf Häuser, um gegen die Regierung zu protestieren. Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen führten zur Erfindung des Begriffes «Aschke-Nazis». Nicht lange, nachdem Jeschajahu Leibowitz seine «Judeo-Nazis» eingeführt hatte, um gegen die israelischen Aktionen im Libanon zu protestieren, wechselte Amos Oz Briefe mit dem Mitglied einer linken Randgruppe, das schrieb, die Verwendung extrem heisser und kalter Duschen als Folter für palästinensische Gefangene «erinnert mich an etwas». Oz erwiderte: «Dies ist ein demagogischer und unredlicher Vergleich.»¹³ Es kam immer wie-

der vor, dass ausländische Zeitschriften Israel mit Nazi-Deutschland verglichen. In Israel wurde das dann Antisemitismus genannt. Die Behörden in den besetzten Gebieten gingen gegen arabische Zeitungen vor, die diesen Vergleich anstellten.¹⁴ Doch der politische Extremismus, der auf der einen Seite den Kahanismus und auf der anderen Seite die Kriegsdienstverweigerer hervorbrachte, machte die Israelis der achtziger Jahre auch selbst anfälliger für solche Vergleiche. Das lag nicht zuletzt auch daran, dass Begin in seiner Rhetorik so extensiv auf den Holocaust Bezug genommen hatte.

Im September 1988 veröffentlichte Dawar, eine Zeitung mit geistiger Nähe zur Arbeiterbewegung, einen Artikel, der die Moledet-Partei – die die Ausweisung der in Israel wohnenden Araber in die arabischen Länder propagierte – als «Neo-Nazis» beschimpfte. Moledet erstattete Strafanzeige. Wenige Wochen später publizierte Maariv eine Wahlkampfanzeige gegen das Parteiprogramm der Arbeiterpartei, die eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts durch eine internationale Friedenskonferenz anstrebte; die Anzeige enthielt ein grosses Bild von Adolf Hitler bei der Münchner Konferenz von 1938. Maariv entschuldigte sich.¹⁵ Zeev Sternhell, ein Faschismus-Experte von der Hebräischen Universität, schrieb: «Das Ende der Demokratie kam für Deutschland nicht an dem Tag, an dem die Nazi-Milizen den ersten linken Demonstranten töteten, sondern als ein Nazi zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, und zwar für dasselbe Vergehen, das einem Kommunisten drei Jahre einbrachte.»¹⁶ Ein Richter aus Tel Aviv hatte gerade einen jüdischen Bürger für den Mord an einem arabischen Jungen zu sechs Monaten gemeinnütziger Arbeit verurteilt. Als der Bürgermeister einer der neuen West-Bank-Siedlungen alle Araber verpflichten wollte, beim Betreten des Ortes ein Erkennungsabzeichen zu tragen, brachte das Massenblatt Hadaschot einen Leitartikel mit der Überschrift «NEIN ZUM GELBEN STERN»¹⁷ «Wir sollten schon einmal anfangen, die Glaszellen zu bauen, in denen wir sitzen werden, wenn sie über uns das Urteil sprechen für das, was wir den Palästinensern angetan haben», erklärte ein beliebter Komponist.¹⁸ Nachdem Kahane im Winter

1990 ermordet worden war, begannen seine Anhänger, Ladenbesitzer zu bedrohen und von ihnen zu verlangen, dass sie keine arabischen Arbeiter mehr beschäftigten. Wer sich fügte, erhielt ein Schild, auf dem stand, dass in seinem Laden keine Araber arbeiteten. Jizchak Arad, der Vorsitzende des Verwaltungsrates von Yad Vashem, sagte gegenüber Hadaschot: «Als ich das hörte, erinnerte ich mich sofort an den deutschen Boykott jüdischer Geschäfte». Ein Jahr später urteilten drei Richter, die einem eigens einberufenen Militärgericht vorstanden, dass Greueltaten, die unter Oberst Jehuda Meir in der West Bank verübt worden waren, bei ihnen «unvermeidbare Assoziationen» geweckt hätten.¹⁹

Die Presse hatte zuvor einen öffentlichen Skandal angezettelt, der, wie so häufig, mit Zeitungsinterviews begonnen hatte. Im Oktober 1988 hatte A.B. Jehoschua in einem Interview mit Newsweek gesagt, er könne verstehen, wie Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg sagen konnten, dass sie vom Holocaust nichts wussten, «denn viele Israelis weigern sich, Zeitung zu lesen oder die Nachrichten im Fernsehen anzuschauen. So leicht ist es, sich von den Dingen, die in zehn Kilometer Entfernung passieren, abzuschotten», fügte er hinzu. Natürlich erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Jehoschua bestritt, dass er die Situation in den besetzten Gebieten mit Deutschland während des Nationalsozialismus verglichen habe, und versuchte zu erklären, was er meinte:

«In unserem kollektiven und individuellen Unbewussten tragen wir, ob wir wollen oder nicht, keine Bilder von den Franzosen in Algerien oder den Engländern in Kenia mit uns herum, sondern Bilder des Zweiten Weltkriegs (und vergessen wir nicht, dass der Holocaust nicht nur aus Gaskammern bestand, sondern ein schreckliches System der Unterdrückung und Misshandlung war, das alte Leute, Frauen und Kinder betraf). Das sind die prägenden Bilder, mit denen wir aufwachsen und die tief in unserem Herzen verwurzelt sind.»²⁰

Jehoschua war der erste, der die theoretische Legitimation dafür geliefert hat, den Holocaust als Vergleichskriterium zu benutzen. Seine Idee war innovativ und vielleicht die gewagteste, die ein israelischer Schriftsteller aus dem Holocaust je abgeleitet hat.

Es mag kein Zufall sein, dass Jehoschuas Bemerkungen in einem polemischen Zeitungsartikel und nicht als Teil eines literarischen Werkes erschienen: Die hebräische Erzählliteratur hatte es schon immer schwer, mit dokumentarischen Berichten über den Holocaust zu konkurrieren. Die besten Autoren – S. A. Agnon, Amos Oz und Jehoschua – haben sich selten direkt mit dem Holocaust befasst. Einer der beiden grossen Romane, die ganz unmittelbar vom Holocaust beeinflusst sind – Saul und Joanna von Naomi Fränkel – konzentriert sich auf das jüdische Leben in Deutschland vor dem Holocaust. Der andere Roman, Stichwort: Liebe von David Grossman, der dreissig Jahre nach Fränkels Buch entstand, beschreibt vorrangig die Auswirkungen des Holocaust auf Überlebende in Israel. Keines der beiden Bücher beschäftigt sich direkt mit dem Entsetzlichen. Dasselbe gilt für die Werke von Aharon Appelfeld. Auch ihm ist das Thema zu heikel.²¹

Wenn sie sich auf den Holocaust einlassen, stehen israelische Schriftsteller vor grösseren Problemen als nur den Begrenzungen der Sprache. Es existiert eine literarische Tradition, deren Wurzeln bis in die grossen biblischen Klagegesänge zurückreichen, die von Unglück und Unterdrückung, von Massakern, jahrhundertelangen Verfolgungen, Vertreibungen und Diskriminierungen künden. Auch die Dichtungen von Männern wie Schaul Tschernikowski und Chaim Nachman Bialik – Werke über die antisemitischen Exzesse des Mittelalters und die russischen Pogrome der Jahrhundertwende, die in der hebräischen Literatur sehr präsent sind – bleiben nach dem Holocaust noch relevant. Uri Zwi Greenberg, dessen kraftvolle Klage ihm den Ruf eingetragen hat, der bedeutendste Holocaust-Dichter zu sein, greift ebenfalls auf diese Tradition zurück.

Mit der Politisierung des Holocaust während der Regierungszeit Begin fand dann eine neue, deutlichere Sprache Eingang in die Prosa, die Dichtung und besonders das Theater Israels. Der Libanon-Krieg löste zahlreiche Vergleiche zwischen Israelis und Nazis aus. So liess sich Dalia Rabikowitz 1982 von den Massakern in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila zu folgenden Zeilen inspirieren:

«Zurück ins Lager, Marsch!», brüllte der Soldat den schreienden Frauen von Sabra und Schatila zu.
Ich hatte Befehle zu befolgen.²²

Ende 1990 erschien eine Sammlung von Monologen verschiedener Soldaten, die in den besetzten Gebieten gedient hatten; auch dort tauchte der Vergleich auf.²³

Mit jedem Jahr nahm die Popularisierung des Holocaust zu. Vom «Herismus-Quiz» im Fernsehen, live aus Auschwitz, bis zur Veröffentlichung der hebräischen Ausgabe von Maus, einem amerikanischen Buch, das die Ermordung der Juden in Comic-Form darstellt: Das Wissen um den Holocaust wurde zu einem festen Bestandteil der Alltagskultur, in Filmen und Theaterstücken, in Büchern und Fernsehsendungen.²⁴ In den späteren achtziger Jahren verging dann auch kaum mehr ein Tag, an dem der Holocaust nicht in den Zeitungen präsent war. Es waren dieselben Zeitungen, in vielen Fällen dieselben Herausgeber, die dem Holocaust, während er geschah, nur wenig Platz eingeräumt hatten. Das hatte sich auch nach dem Krieg nicht wesentlich geändert. Abgesehen von Haarez widmete die Presse den Nürnberger Prozessen wenig Aufmerksamkeit. Sowenig sie den Mord an den Juden für eine grosse Story gehalten hatte, so wenig interessierte sie der Prozess gegen die Mörder. Das änderte sich erst mit Eichmanns Gefangennahme und Befragung. Im September 1961 druckte Maariv Jewgeni Jewtuschenkos Gedicht «Babi Jar» und wies mit seiner Schlagzeile darauf hin.²⁵ Als die Zeitungen den Holocaust einmal entdeckt hatten, liessen sie ihn nicht mehr los, sondern räumten ihm immer mehr Platz ein. Sie veröffentlichten jede historische Kontroverse, wenn es darum ging, die anerkannten Wahrheiten über den Holocaust und verwandte Forschungsbereiche zu überprüfen. Im Sommer 1988 wurde in der Presse diskutiert, ob eine hebräische Übersetzung von Hitlers Mein Kampf veröffentlicht werden sollte. Schliesslich erschien eine gekürzte Version des Buches.²⁶ Das grösste Medienereignis der späten achtziger Jahre fand in Jerusalem statt. Es war der Prozess gegen John Demjanjuk. Als die USA ihn An-

fang 1986 auslieferten, war Demjanjuk sechshundsechzig Jahre alt. Der gebürtige Ukrainer war nach dem Zweiten Weltkrieg nach Cleveland/Ohio ausgewandert. Er hatte dort lange Jahre in den Ford-Werken gearbeitet. Sein eigentlicher Vorname war Iwan. In den frühen siebziger Jahren begann das amerikanische Justizministerium Ermittlungen über seine Vergangenheit anzustellen, da man vermutete, er habe der amerikanischen Einwanderungsbehörde die Tatsache vorenthalten, dass er während des Krieges bei den Deutschen gedient hatte und in dem Vernichtungslager Sobibor eingesetzt worden war. Die entscheidenden Informationen über seine Identität hatte das Justizministerium offenbar von der Sowjetunion erhalten, obwohl die Vorgänge im Einzelnen nie offengelegt wurden. Das juristische Vorgeplänkel in den USA erstreckte sich über mehrere Jahre. An einem bestimmten Punkt wurde deutlich, dass es nicht genug Material gab, um Demjanjuk zu verurteilen, doch ihm wurde die Staatsbürgerschaft entzogen. Dann verlangte Israel seine Auslieferung, und zwar auf Betreiben der amerikanischen Behörden, die nicht wussten, was sie mit dem Verdächtigen anfangen sollten. Aus verschiedenen Gründen beschloss die israelische Staatsanwaltschaft, sich nicht auf die Verbrechen, die Demjanjuk angeblich in Sobibor begangen hatte, sondern auf seine Zeit in dem Lager Treblinka zu konzentrieren. Er wurde beschuldigt, die Gaskammer des Lagers bedient zu haben, in der etwa 870'000 Menschen, zumeist Juden, umgekommen waren. Auch zahlreiche sadistische Handlungen wurden ihm zur Last gelegt; die Anklageschrift gab an, seine beispiellose Grausamkeit habe ihm den Namen «Iwan der Schreckliche» eingetragen.

Strafverfahren 373/86 stützte sich vorwiegend auf einen Ausweis mit Demjanjuks Namen, Foto und persönlichen Daten sowie auf die Aussagen einer Vielzahl von Überlebenden des Lagers Treblinka, die ihn zu erkennen glaubten. Demjanjuks Ausweis sah aus wie die Papiere, die all jene erhielten, die das SS-Ausbildungslager in Trawniki/Polen besucht hatten. Das Dokument war in einer geheimnisvollen und dramatischen Aktion mit einem Flugzeug des jüdisch-amerikanischen Millionärs Armand Hammer aus der Sowjetunion nach Israel gebracht worden. Etwas

später wurden noch mehrere solcher Dokumente aus der UdSSR geholt. Der Ausweis und die Zeugen waren notwendig, weil Demjanjuk bestritt, je in Treblinka gewesen zu sein; in der Tat führte das Dokument auch nur seinen Dienst in Sobibor und nicht den in Treblinka auf. Demjanjuk behauptete, er sei auch nie in Sobibor gewesen. Er versuchte, dem Gericht ein Alibi zu präsentieren, und versicherte, die Dokumente seien gefälscht. Alle Anschuldigungen gegen ihn, erklärte Demjanjuk, dienten nur dazu, die in den USA lebenden, antisowjetischen Ukrainer in Misskredit zu bringen. Der KGB habe ein Komplott gegen ihn angesetzt. Demjanjuks Gegenklage bestimmte den Prozesscharakter. Anstelle der Tragödie von Treblinka und ihren Folgen stand die rätselhafte Identität des Angeklagten im Mittelpunkt.

Die Namen zweier Ukrainer, die in Treblinka die Gaskammern bedient hatten, waren bereits beim Eichmann-Prozess genannt worden: Nikolai und Iwan. Iwan mag durchaus ein Sadist oder Judenhasser gewesen sein. Doch anders als Eichmann hatte er keine Entscheidungen getroffen, die zum Völkermord führten. Es besteht kein Grund zu der Annahme, dass er sich mit der Ideologie der Nazis identifizierte. Er war, was die Israelis einen *rosch katan* nannten – wörtlich «kleiner Kopf» –, ein Soldat, der ohne nachzudenken ausführte, was man ihm auftrug, und sich möglichst jeder Verantwortung entzog. Der Demjanjuk-Prozess hätte zum Prozess gegen den **rosch katan** werden können. Er hätte eindringlich darlegen können, dass alle Menschen für ihre Taten und für die Befehle, denen sie gehorchen, verantwortlich sind. Er hätte unterstreichen können, dass sie früher oder später und vielleicht erst vierzig Jahre später zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie zuvor offensichtlich ungesetzliche Befehle ausgeführt haben. Auf diese Weise hätte der Prozess zu den Bemühungen beitragen können, den aktiven Rassismus, der sich in Israel manifestierte, zu unterdrücken. Stattdessen zog es die Anklagevertretung vor, sich die Schrecken des Vernichtungslagers zum wiederholten Male schildern zu lassen. Einer nach dem anderen wurden die Überlebenden in den Zeugenstand gerufen, wo sie in allen grauenhaften Einzelheiten erzählten, was ihnen zugestossen war. Der Gerichtssaal war voll. Der Prozess wurde live von Radio und Fern-

sehen übertragen. Überall lauschte man den Sendungen. Tage- und wochenlang sass das Land vor den Bildschirmen, hörte Berichte von Greueln, auch von sexuellem Missbrauch an Kindern; es schien, als liesse es sich voller Zorn und Hass noch einmal von Entsetzen und Tod niederschmettern, als verschliesse es sich wieder einmal vor einer feindlichen Welt. Wie beim Eichmann-Prozess wurde auch hier deutlich, dass Prozesse nur begrenzt dazu taugten, Geschichte begreiflich zu machen. Die Wirkung allerdings war ausserordentlich dramatisch. Die Atmosphäre war wie elektrisch aufgeladen. Es herrschte eine fast unerträgliche Spannung zwischen der starren Korrektheit des Verfahrens und den entsetzlichen Tatsachen, die es enthüllte. Staatsanwalt Michael Scharf, ein gelockter junger Mann, der intelligent, gewissenhaft und sympathisch wirkte, hatte es sich zur Aufgabe gemacht, für historische Gerechtigkeit zu sorgen. Man hatte den Eindruck, als sei er davon überzeugt, dass John Demjanjuk in der Tat Iwan der Schreckliche war. Manchmal sah es so aus, als wäre er der Einzige, der das glaubte.

Der Verteidiger verwandelte den Prozess zeitweise in eine Farce. Marc J. O'Connor, ein streitbarer, geltungssüchtiger amerikanischer Rechtsanwalt, verstrickte sich in endlose verbale Streitereien mit dem Richter. Er beleidigte das Gericht und warf ihm manchmal verächtlich ein paar Brocken Hebräisch hin. Das Gericht, das seine Feindseligkeit nicht verbergen konnte, blieb ihm nichts schuldig. Einmal verlangte O'Connor, die drei Richter sollten sich selbst für befangen erklären; dies wurde abgewiesen. Nach einer Weile sah es so aus, als würde Demjanjuk nur deshalb am Galgen enden, weil er mit O'Connor einen so merkwürdigen Zeitgenossen verpflichtet hatte. Nach der Hälfte des Prozesses entliessen Demjanjuk und seine Familie den Verteidiger, der in Buffalo/Ohio wieder in der Versenkung verschwand. Die öffentliche Fehde zwischen ihm und seinem israelischen Kollegen Joram Scheffel aus dem Verteidiger-Team war einer der Höhepunkte des an Zwischenfällen reichen Prozesses. Doch damit noch nicht genug: Eine Zeugin, die als Experte geladen war, unternahm nach dem Kreuzverhör einen Selbstmordversuch, weil sich herausgestellt hatte, dass sie über keiner-

lei Fachkenntnisse verfügte. Ein weiteres Mitglied des israelischen Verteidiger-Teams sprang aus dem Fenster und starb an den Folgen. Bei der Beerdigung des Selbstmörders schüttete ein älterer Mann Scheffel Säure ins Gesicht, und dieser behielt sein Augenlicht nur durch einen glücklichen Zufall. Einer der drei Richter erlitt einen Herzanfall.

Der Prozess fand in einem Saal statt, der gewöhnlich als Kino genutzt wurde, und im Gegensatz zu anderen Prozessen waren bei ihm Fotografen und Fernsehreporter zugelassen. Wie üblich gab die Presse nicht einmal vor, das Prinzip der Nichteinmischung in laufende Verfahren zu respektieren, und verurteilte den Angeklagten, noch bevor der Prozess begonnen hatte. Der Justizminister verhielt sich ebenso; lange vor Eröffnung des Verfahrens nannte er Demjanjuk einen Massenmörder.²⁷ Sicherlich war der Demjanjuk-Prozess ein Schauprozess, doch wurde er trotz allem fair geführt. Alles verlief innerhalb der Grenzen des Rechts, und die Prozessbestimmungen wurden eingehalten. Der Angeklagte erhielt ausreichend Gelegenheit, sich zu verteidigen. Jedes Wort, das im Gericht fiel, wurde ins Ukrainische und Englische übersetzt, damit das Verteidiger-Team und die Auslandspresse mühelos folgen konnten. Die Verteidigung erhielt auf Regierungskosten alle notwendigen technischen Hilfen. Demjanjuk wurde in Isolationshaft gehalten, aber seine Unterbringung war recht bequem. Er hatte ein Radio in der Zelle, er studierte Hebräisch, las Zeitungen und durfte von Zeit zu Zeit mit seiner Familie telefonieren. Wenn er sich krank fühlte, wurde er medizinisch versorgt.

Bestand je eine Chance auf Freispruch, wenn auch nur ein berechtigter Zweifel geherrscht hätte? Die Atmosphäre in und um den Prozess sowie die Zeugen, die gegen den Angeklagten aussagten, machten einen Freispruch fast unmöglich. Ihre Aussagen warfen jedoch die grundsätzliche Frage auf, ob ein Mensch nach so vielen Jahren überhaupt zu identifizieren ist. In den zehn Jahren vor dem Prozess war Demjanjuk bereits in der Presse erwähnt und sogar im Fernsehen gezeigt worden. Die Massnahmen, die zu seiner Identifizierung führten, waren in vieler Hinsicht ungewöhnlich, und die Beteuerung der Zeugen, sie hätten ihre

Aussagen nicht verglichen oder aufeinander abgestimmt, klang nicht völlig glaubwürdig. Einige der Zeugen hatten über ihre Erfahrungen in Treblinka schon bei anderen Prozessen gesprochen.

Zu einem sehr bewegenden Moment kam es im Verlauf der Befragung von Eliahu Rosenberg, dem in Treblinka die Aufgabe zugeteilt worden war, die Leichen aus den Gaskammern zu holen. Häftlinge, deren Fluchtversuche gescheitert waren, bestrafte die Deutschen, indem sie sie mit einer zu geringen Dosis Gas in die Kammern sperrten. Sie starben einen grauenvollen Tod, der die ganze Nacht andauerte. Verteidiger O'Connor fragte Rosenberg, ob er daran gedacht hätte, ihnen zur Flucht zu verhelfen. Seine Frage glich im Wesentlichen der, die den Zeugen beim Kastner-Prozess gestellt worden war. Rosenberg reagierte verstört.

ROSENBERG: Wie hätte ich das tun können, Euer Ehren? Wie hätte ich helfen können? Ich kam mit lebendigen Menschen nicht in Kontakt. Wenn ich Menschen sah – dann sah ich die, die in die Gaskammern gingen. Ich hatte keinen Kontakt zu ihnen. Sie hatten nicht einmal Zeit, den Kopf zu heben. Was hätte ich ihnen sagen können?

RICHTER LEVIN: Herr Rosenberg... Die Frage ist für den Fall bedeutsam. Haben Sie versucht, ihnen zur Flucht zu verhelfen?

STAATSANWALT SCHAKED: Bei allem gebührenden Respekt vor dem Gericht meine ich, dass der Zeuge die Frage auf die bestmögliche Art beantwortet hat. Meiner unmassgeblichen Meinung nach enthält die Frage ein provokatives Element. Ich finde, der Zeuge sollte eine solche Frage nicht beantworten müssen.

LEVIN: Die Frage ist zulässig und zur Sache gehörig, und Herr Rosenberg wird aufgefordert, sie zu beantworten.

ROSENBERG: Ich muss antworten, Euer Ehren?

LEVIN: Ja, ja.

ROSENBERG: Auf diese Frage?

LEVIN: Auf die Frage, wie ich sie Ihnen erklärt habe.

ROSENBERG: Ich verstehe, Euer Ehren. Also wiederhole ich: Die Leute waren vollständig nackt... Auf welche Weise hätte ich ihnen helfen können? Wie? Wie? Durch Schreien? «Geht nicht in die Gaskammer!» Sie wollten ja nicht in die Gaskammer gehen.

Gott behüte, wenn einer von uns geschrien hätte – ich wünsche nicht einmal Ihnen, Mr. O’Connor, einen solchen Anblick: Sie hätten ihn lebendig in eine Grube voll Blut geworfen. Stellen Sie mir also nicht solche Fragen, Mr. O’Connor. Ich flehe Sie an. Sie waren nicht dort. Aber ich. Fragen Sie ihn – fragen Sie Iwan –, was er mit mir gemacht hätte...

LEVIN: Herr Rosenberg, Herr Rosenberg.

ROSENBERG: Es gab Fälle...

LEVIN: Ich verstehe Ihren Schmerz. Doch ich habe Sie schon früher darauf hingewiesen, dass wir ein Gericht sind und in Übereinstimmung mit juristischen Verfahrensweisen handeln müssen. Es ist nicht nötig zu schreien. Und man sollte sich ein gewisses Mass an Zurückhaltung auferlegen. Ich bitte Sie, sich für den Rest der Befragung daran zu halten.

ROSENBERG: Euer Ehren, mir sind noch nie zuvor so peinigende Fragen gestellt worden. Nicht einmal der schlimmste Antisemit hat mich so etwas gefragt. Hätte ich einer dieser elenden Kreaturen helfen können? Wer hätte mir dann geholfen, herauszukommen und hier davon zu berichten?

LEVIN: Gut. Herr Rosenberg, damit ist Ihre Antwort auf diese Frage abgeschlossen.²⁸

Bei aller Dramatik und Trivialität, die den Prozess umgaben, zeugte gerade dieser Vorfall von der schrecklichen Qual derjenigen Überlebenden, die von den Deutschen gezwungen worden waren, in den Lagern besondere Arbeiten auszuführen, zum Beispiel Goldzähne zu ziehen und Leichen zu verbrennen. Diese Menschen hatten auch in Israel ihre Vergangenheit nicht ablegen können. Und dann wurden sie von dem Land, in dem sie ihr Leben neu gestaltet hatten, aufgefordert, eine Person zu identifizieren, die vielleicht wirklich ein Mörder war. Es war ihre letzte Gelegenheit, etwas für die Opfer zu tun und zur Verurteilung beizutragen. Dies ist einer der Gründe, warum man ihre Aussagen mit äusserster Skepsis behandeln sollte.

Doch es erforderte grossen Mut, einem Holocaust-Überlebenden in die Augen zu sehen und ihm zu sagen, dass seine Aussage unzulänglich sei. Die drei Richter, Dov Levin, Dalia Dorner und Zwi Tal betrachteten

Menschheit an den Holocaust zu erinnern. Sie fürchteten offenbar, dass ein Freispruch für Demjanjuk – selbst wenn sie berechtigte Zweifel geltend machten – den Antisemiten und Antizionisten nur zu gelegen käme und ihrer Behauptung, der Holocaust hätte nie stattgefunden, Vorschub leisten könnte. Eine solche Last wollten sie sich nicht aufbürden. Am 18. April 1988 verlasen sie die Urteilschrift und verhängten die Todesstrafe. Das Urteil wurde vom Publikum mit zustimmenden Rufen begrüßt. Die Urteilschrift füllte fast 450 Seiten. Sie bediente sich streckenweise einer poetischen, fast biblischen Sprache und liest sich in Teilen fast wie eine Beschwörung. Unter anderem heisst es dort, dass die Geschichte des Völkermords an den Juden «absichtlich oder durch Unaufmerksamkeit in den Abgrund des Vergessens gestossen wurde», weshalb die Richter aufgerufen seien, «die Wahrheit zu offenbaren». Die Richter schrieben, sie hätten das Urteil «in heiliger Scheu» verfasst, und fuhren fort: «... wir müssen das bittere und jähe Schicksal der europäischen Juden während der finsternen Tage des Holocaust genau ins Auge fassen. Wir müssen den Pfad der Agonie und des Todes wandern, der von dem Blut derer getränkt und von den Tränen derer gesättigt ist, die hingeschlachtet, erwürgt und von den deutschen Schlächtern und ihren Helfershelfern aus anderen Nationen zu Märtyrern gemacht worden sind.»²⁹ Die Worte «deutsche Schlächter und ihre Helfershelfer» stammten aus einem Gebet zum Andenken an die Ermordeten, nicht aus dem Gesetzestext, der nur von «Nazis und Nazi-Kollaborateuren» spricht. Die Richter schrieben auch, die Juden Europas seien «wie Lämmer zur Schlachtbank geführt worden».³⁰

All das reiht das Urteil in die Tradition der nationalreligiösen Klage-literatur ein und ist strenggenommen überflüssig. Das Gericht war nicht berufen, «die Wahrheit zu offenbaren». Die Judenvernichtung war längst nicht mehr dem «Abgrund des Vergessens» anheimgefallen. Darüber mussten sich nicht einmal Staatsanwaltschaft und Verteidigung streiten. Demjanjuk appellierte an den Obersten Gerichtshof und wurde in einer nüchternen, undramatischen Atmosphäre angehört. Die Zweifel waren immer noch nicht ausgeräumt, sondern verstärkten sich eher,

nachdem in der früheren Sowjetunion neues Beweismaterial entdeckt worden war. Die Medien berichteten nur knapp über die Anhörung, als wäre es ihnen peinlich, dass sie diesen Mann so lange ins Zentrum des Holocaust gestellt hatten. Schliesslich war er nicht Adolf Eichmann.

Im Juli 1993 entschied der Oberste Gerichtshof wie erwartet, dass nicht zweifelsfrei festzustellen war, ob es sich bei John Demjanjuk um «Iwan den Schrecklichen handelte»; das Todesurteil wurde aufgehoben. Weiterhin erklärte das Gericht, dass Demjanjuk im Todeslager Sobibor als SS-Mann gedient hatte, dafür aber nicht verurteilt werden konnte, weil ihm nicht die Gelegenheit geboten worden war, sich zu diesem Anklagepunkt zu äussern. Die Richter mussten zwischen Recht und Gerechtigkeit wählen, und sie wählten das Recht. Israel liess einen Nazi-Kriegsverbrecher auf Grund einer Verfahrensfrage laufen.

«Rechtsexperten», schrieb Elie Wiesel, «werden vermutlich behaupten, dass dieses Urteil ein Triumph für das Rechtssystem ist. Ich weiss nicht, wer hier triumphiert. Wer verliert, das weiss ich – und ich sage es in tiefem Schmerz: Es sind die jüdischen Menschen und die Erinnerung an sie.» Holocaust-Überlebende und eine Anzahl jüdischer Organisationen versuchten, ein neues Gerichtsverfahren gegen Demjanjuk einzuleiten. Noch einmal riefen sie den Obersten Gerichtshof an – ohne Erfolg. Schliesslich durfte Demjanjuk in die Vereinigten Staaten zurückkehren. «Möge er nicht mit uns den Himmel teilen, den Gott über uns und unsere Kinder gebreitet hat», schrieb einer der Richter, der eine lyrische Ader besass. «Möge er nicht unter uns weilen, auf dass unsere Wohnstatt heilig bleibe.»

Obwohl viel von dem «pädagogischen Wert» des Prozesses geredet wurde, mass die israelische Regierung dem Verfahren offenbar nicht dieselbe nationale und historische Bedeutung zu wie Ben Gurion seinerzeit dem Prozess gegen Adolf Eichmann. In der Tat scheint der Prozess gegen John Demjanjuk überhaupt nichts bewirkt zu haben. Die meisten jungen Israelis wussten inzwischen mehr über den Holocaust als ihre Altersgenossen fünfundzwanzig Jahre zuvor. Hunderttausende Israelis hatten Claude Lanzmanns Film Schoah gesehen und vermutlich daraus

mehr gelernt als aus dem Prozess. Auf jeden Fall war der Holocaust nicht länger ein dunkler Punkt in der Biographie der Überlebenden; er beanspruchte inzwischen seinen Platz in der Geschichte des Landes, ja, in dessen kollektivem Gedächtnis.

Teil VIII

*Erinnerung:
Der Kampf um die
Vergangenheit*

An einer Strasse im Zentrum Jerusalems, die den Namen Theodor Herzls trägt und an deren Ende sich dessen Grab befindet, liegt der wichtigste Militärfriedhof der Stadt. Hier sind die Soldaten begraben, die in den israelisch-arabischen Kriegen gefallen sind. Pinien spenden Schatten und tauchen die Gräber in zeitlose Stille. Ein Denkmal erinnert an die 200'000 jüdischen Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg in den Reihen der Roten Armee ihr Leben verloren. Hier ihrer zu gedenken, zwischen den Gräbern israelischer Soldaten, bedeutet, dass sie nachträglich von der israelischen Armee und der zionistischen Bewegung vereinnahmt werden. In gewisser Weise heisst es auch, dass sie nicht als Verteidiger der Sowjetunion im Krieg gegen die Nazis fielen, sondern als Verteidiger des jüdischen Volkes und des damals noch zu gründenden Staates Israel. Deshalb werden hier, auf dem Berg der Erinnerung, auch sie erwähnt und nicht nur die Väter des Zionismus und die Grossen der Nation.

Die Gedenkstätte für die Opfer des Holocaust liegt am Hang desselben Berges. Zunächst hatten diejenigen, die sich über den möglichen Ort Gedanken machten, gehofft, man werde den höchsten Punkt der Stadt wählen – die Kuppe des Scopus-Berges – und dort ein «Pantheon» errichten. Das Protokoll ihrer ersten Diskussionen nennt auch die Begriffe Mausoleum und Kathedrale. «Uns allen ist bewusst, dass er [der Standort] grandios, aussergewöhnlich sein muss... so gewaltig wie die Gewalt der Katastrophe», sagte einer der Organisatoren.¹ Diese Vision wurde nicht verwirklicht. Der Ort, der den Verfechtern der Idee zugewiesen wurde, ist so unauffällig, als habe man etwas zu verbergen. Er

liegt nicht Jerusalem, der Hauptstadt Israels, zugewandt, sondern der öden Wüste Judäa. Der Weg zur Gedenkstätte zweigt von der Strasse nach Ein Kerem ab, dem malerischen Dorf, in dem Johannes der Täufer auf die Welt kam.

Dann steht der Besucher vor einem einfalllosen vierstöckigen Steingebäude, das die Büroräume, eine ausgezeichnete Bibliothek mit über 100'000 Bänden und Archive beherbergt. Daneben befinden sich eine Cafeteria, Toiletten und Telefonzellen. Gegenüber verkauft ein Laden wissenschaftliche und erzählende Literatur über den Holocaust sowie Israel-Führer in verschiedenen Sprachen, auch in Deutsch. Ausserdem gibt es Postkarten und Briefmarken, aber auch Souvenirs wie Schlüsselanhänger und ähnliches. Auch religiöse Gegenstände werden angeboten, z.B. Mesusot und siebenarmige Leuchter in Kupfer, Silber und Gold. Die Preise sind in Dollar angegeben, und die Käufer erhalten ihre Neuerwerbungen in weisse Plastiktüten verpackt, auf die eine sechsarmige Menora – in Erinnerung an die sechs Millionen Toten – und der Schriftzug «Yad Vashem» aufgedruckt sind. Die Menora ist das Wahrzeichen der Institution. Die Künstler, die es entwarfen, orientierten sich an dem siebenarmigen Leuchter, der im Tempel von Jerusalem stand und im Staatswappen enthalten ist. Modelle der Holocaust-Menora sind ebenfalls in verschiedenen Grössen in dem Laden erhältlich.

Vor dem Gebäude erstreckt sich eine Rasenfläche, auf der während meines Besuches Anfang Mai 1990 Gruppen von Studenten und Soldaten im Kreis lagerten, die mit ihren Museumsführern über die Vernichtung der Juden sprachen. Der Leiter des Instituts, Jizchak Arad, erzählte mir, dass solche Gruppen fast täglich dort sitzen.² Keiner weiss genau, wie viele Menschen kommen; der Eintritt ist frei, und niemand zählt sie. Arad schätzt, dass jedes Jahr eine halbe Million Studenten und Soldaten den Ort besuchen. Bevor ich sein Büro betrat, schlenderte ich noch ein wenig über den Hof. Ich beobachtete, wie die Soldaten – offensichtlich Fallschirmspringer – ihre Gewehre unter den wachsamen Augen eines Kameraden ordentlich gestapelt auf den Rasen legten. Dann verschwanden sie im Gebäude. Der Wächter sass mit gekreuzten Beinen neben den Gewehren und holte die amerikanische Ausgabe eines Romans von Ha-

rald Robbins dem Rucksack. Klimatisierte Busse brachten Besucher aus aller Herren Länder; Arad schätzt ihre Zahl auf fast eine Million pro Jahr. Die Touristen trugen grellbunte Kleidung und redeten in allen Sprachen durcheinander. Sie hinterliessen, was Touristen überall hinterlassen: leere Getränkedosen und Plastikmüll. Arabische Arbeiter sammelten den Abfall auf. Zwei ältere Angestellte des Instituts überquerten den Hof. Sie sprachen Polnisch und würzten ihr Gespräch hie und da mit ein paar Worten Hebräisch und Jiddisch. Bei einem von ihnen bemerkte ich eine blaue Nummer auf dem Arm. Die Gedenkstätte wurde entsprechend dem Gelöbnis errichtet, das Avraham Schlonsky so prägnant formuliert hat: «Sich an alles erinnern / sich erinnern, und nichts vergessen.»³

Der Weg in das Historische Museum führt den Besucher an zwei Reihen von Johannisbrotbäumen vorüber; dies ist die Allee der Gerechten unter den Völkern, so genannt in Erinnerung an die Nichtjuden, die ihr Leben aufs Spiel setzten, um Juden vor den Nationalsozialisten zu retten. Der Staat Israel verlieh ihnen diesen Ehrentitel und zahlt einigen von ihnen eine kleine Pension. Ein eigens dafür eingerichtetes staatliches Komitee unter Vorsitz eines Richters vom Obersten Gerichtshof entscheidet, wer dieser Auszeichnung würdig ist. Mit den Jahren ist über 8'000 Menschen dieser Ehrentitel verliehen worden. Sie alle oder ihre Erben haben das Recht, in der Allee einen Baum zu pflanzen. Am Museumseingang trifft man auf die Abbildung eines grossen Denkmals, eine Arbeit des Bildhauers Natan Rapoport, das an den Aufstand im Warschauer Ghetto erinnert; das Original befindet sich in Warschau. Das Denkmal weist den heroischen Stil der stalinistischen Ära auf: überlebensgrosse Figuren, aufrecht und voller Konzentration vor dem Kampf, die Blicke in die Zukunft gerichtet, muskulöse Bronzearme, die Waffen halten: So geschieht es, dass der Besucher den nicht jüdischen Gerechten und den Aufständischen aus dem Ghetto, zwei Ausnahmeerscheinungen in der Geschichte des Holocaust, schon begegnet ist, bevor er etwas über die Judenvernichtung erfahren hat. Das war so nicht geplant. Doch die nach der Klagemauer zweitwichtigste Stätte Israels ist ein Mosaik aus Improvisationen und finanziellen Kompromissen. Yad Vashem hatte niemals genug Geld.

Die Räume des Museums sind nicht gross. Die Ausstellung ist alt, und einigen Wänden würde ein neuer Anstrich nicht schaden. Die meisten Ausstellungsstücke sind Fotografien. Sie zeigen Massendepportationen, Exekutionen, Foltern, «medizinische Experimente» und andere Scheusslichkeiten, die den Häftlingen der Vernichtungslager angetan wurden. Die Erklärungen – in hebräischer, englischer und jiddischer Sprache – sind lang und in belehrendem Ton gehalten. Der Besucher erlebt sie in chronologischer Reihenfolge. Zu Beginn entdeckt er die ersten manifesten Merkmale des Antisemitismus im «Dritten Reich» – Bücher, Plakate, Karikaturen. Das Museum führt den Antisemitismus der Nationalsozialisten nicht auf den deutschen Nationalcharakter zurück. Es stellt ihn nicht als Teil der deutschen Geschichte oder als universelles Phänomen des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit dar. Es liefert keine Begründung, und dadurch erscheint der Antisemitismus als natürliches, nicht erklärungsbedürftiges Phänomen. Das Ghetto-Leben wird durch eine Reihe von Fotografien geschildert, die im Betrachter gleichzeitig Mitleid, Identifikation und Abscheu auslösen sollen. Eines zeigt eine alte Frau, die eine gelbe Armbinde mit dem Davidstern verkauft.

Von hier aus wird der Besucher in eine enge, tunnelartige Passage gelenkt. Sie ähnelt jenen Gängen in der Kanalisation, die den Ghetto-Kämpfern als Versteck und Fluchtroute dienten. Die Versuche der Juden, gegen die Nazis Widerstand zu leisten, werden detailliert beschrieben, und dem Besucher vermittelt sich der Eindruck, zwischen Juden und Nazis habe eine Art Kriegszustand geherrscht. In der israelischen Erinnerungskultur stehen Holocaust und Heldentum so eng nebeneinander, als seien sie, ihrer historischen Bedeutung nach, die komplementären Hälften eines Ganzen. Etwa auf halbem Weg durch das Museum – kurz nach den besonders grauenhaften Bildern – findet sich ein Plakat, das den Besucher aus den Tiefen der Verzweiflung wieder aufrichten soll, indem es erklärt, dass die Juden im Holocaust nicht umsonst gestorben seien: Sie starben als Märtyrer. Jüdisches Märtyrertum, erläutert der Text, ist nicht nur der Tod eines Juden, der lieber stirbt, als von seiner Religion zu lassen. Nach Maimonides ist auch ein Jude, der nicht

aus religiösen Gründen stirbt, ein Märtyrer, und zwar allein dadurch, dass er ein Jude ist. Die ersten Pläne für Yad Vashem sprachen tatsächlich von der Notwendigkeit, an die Geschichte der jüdischen Märtyrer anzuknüpfen. «Ein Märtyrer ist ein Mensch, der den Tod oder das Leiden aus einem edlen Grunde auf sich nimmt», schrieb einer der ersten Mitarbeiter von Yad Vashem. «Ein Jude zu sein, sich von jedem anderen Volk zu unterscheiden und seit Generationen für das Recht auf Anderssein zu leiden, das ist ein edler Grund.»⁴

Offenbar waren nicht alle seiner Ansicht. Im hebräischen Namen der Institution werden die Toten nicht als «Märtyrer» bezeichnet; vielleicht ist Märtyrertum ein zu «jüdischer», zu religiöser und zu wenig israelischer Tod. Der Begriff durfte allenfalls in dem Namen enthalten sein, der die Sprache des amerikanischen Judentums verwendete: «Die Gedenkstätte für Holocaust und Heldentum», wie die direkte Übersetzung des hebräischen Namens lautet, wird im Englischen zu «Gedenkstätte für die Märtyrer und Helden des Holocaust». Es ist sicher auch kein Zufall, dass der hebräische Name der Einrichtung, anders als der englische, die abstrakten Begriffe «Holocaust» und «Heldentum» verwendet, anstatt auf die Opfer und Helden selbst hinzuweisen. Nur eine geringe Anzahl der Opfer und Holocaust-Überlebenden passt in das heroisch verklärte Bild von den ersten Israelis. Die hebräischen Worte Yad Vashem stammen aus dem Buch Jesaja (56,5): «Ich will ihnen in meinem Hause und in meinen Mauern ein Denkmal und einen Namen geben, der besser ist als Söhne und Töchter, einen ewigen Namen [yad vashem] gebe ich ihnen, der nicht vergehen soll.» Es ist ein problematischer Vers, da er beinhaltet, dass ein «ewiger Name» besser sei als «Söhne und Töchter» – das heisst, besser als das Leben. Der Vers ist im Hof von Yad Vashem in grossen Lettern eingemeisselt, doch die Worte «besser als Söhne und Töchter» sind durch eine diskrete Klammer ersetzt worden.

Nicht weit davon hängt ein kleines Schild, das die Besucher mit grotesker Abruptheit in den terroristischen Alltag Israels zurückstösst: «Achten Sie auf verdächtige Gegenstände». Die daran anschliessende Wand ist den Kontakten gewidmet, die der Palästinenserführer Hadsch

Amin al-Husseini zu Nazigrößen unterhielt. Dem Besucher wird der Schluss nahegelegt, dass zwischen der Judenvernichtung durch die Deutschen und der arabischen Feindschaft gegenüber Israel Gemeinsamkeiten bestehen. Darauf folgt die Geschichte des illegalen Einwandererschiffes Exodus. Das Schiff stand im Mittelpunkt dramatischer Ereignisse, die etwa zwei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs stattfanden, doch der Besucher des Yad-Vashem-Museums muss glauben, es habe sich um eine Rettungsaktion während des Holocaust gehandelt. Der Rundgang endet mit der Gründung des Staates Israel. Eine der letzten Fotografien im Museum zeigt Adolf Eichmann in seiner Glaszelle. Damit führt das Museum die Besucher «vom Holocaust zur Wiedergeburt». Die Botschaft lautet: Nie wieder.

Bevor sie das Museum verlassen, können die Besucher ein Stockwerk höher im Halbdunkel eine Galerie durchwandern, die in ihrer Anlage eine feierliche Trauerstimmung mit der Funktionalität eines Statistikers verbindet. Dies ist die «Halle der Namen». Hier sind die Namen der Opfer auf Mikrofilm festgehalten. Besucher können die Namen ihrer Angehörigen auf Listen suchen, und wenn sie sie nicht finden, werden sie aufgefordert, sie in besondere Formulare, die sogenannten «Gedenkblätter», einzutragen, die in acht Sprachen erhältlich sind. Dieser Service kostet nichts. Es ist eine Art, den Tod – oder in diesem Fall die Ermordung – durch das Leben zu bekämpfen. Dies wird hier als Aufgabe der Erinnerung betrachtet. Damit geht die Annahme einher, dass das Opfer, solange wir es nicht vergessen, auf gewisse Weise unter den Lebenden weilt. **Die Namensliste ist eine Möglichkeit, jedes einzelne unter den sechs Millionen Opfern vor der Anonymität zu bewahren und ihnen allen ihre Identität als menschliche Wesen zurückzugeben.** Auf dem Formular steht: «Da die Zeit knapp wird und in weniger als einer Generation keine Person, die sich noch selbst an die Gefallenen erinnert, mehr am Leben sein wird, sollten Sie unter allen Umständen die älteren Mitglieder Ihrer Familie über die Gefallenen befragen und deren Namen hier aufführen, solange das noch möglich ist.» Im Herbst 1990 waren weniger als drei Millionen Namen registriert. Im Protokoll einer früheren Vorstandssitzung findet sich die Bemerkung Nahum Goldmanns,

eine solche Liste solle gar nicht erst begonnen werden. Sechs Millionen Namen würden ohnehin nie zusammenkommen, und die Liste würde höchstens den Neonazis Stoff für ihre Behauptung liefern, dass keine sechs Millionen Menschen ermordet worden seien. Ein solches Ergebnis würde zu grossen Peinlichkeiten führen, meinte der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, da die Zahl 6'000'000 den Reparations- und Entschädigungsverhandlungen mit Deutschland zugrunde gelegt worden war.⁵ Am Ausgang sind Tafeln angebracht, die nach Ländern getrennt die Anzahl der getöteten Juden angeben. Zu ihnen zählen eineinhalb Millionen Kinder. Insgesamt beläuft sich die Zahl der Ermordeten auf nahezu 6,5 Millionen.*

Wenn die Besucher das Museum verlassen, gelangen sie in einen Innenhof, in dem einmal im Jahr die Gedenkfeier abgehalten wird. In einer Ecke befindet sich die «Gedenkhalle», auf Hebräisch Ohel Jizkor. Es ist ein blockartiges Gebilde aus Basaltplatten mit schwarzen, schmiedeeisernen Toren. Die Innenwände sind aus Beton gegossen, und die Decke steigt von allen Seiten schräg zu einer rechteckigen Öffnung an. Diese soll an die Löcher erinnern, durch die die Gaskammer in die Erstickungskammern geworfen wurden, aber auch an die Kamine der Krematorien, in denen die Leichname verbrannt wurden. Die Besucher stehen auf erhöhten Plattformen, ihre Blicke werden nach unten gelenkt. In den dunkelgrauen Mosaikboden sind die Namen der zweiundzwanzig grössten Vernichtungslager eingelassen. In einer Ecke der Halle brennt eine

* Die Zahl 6 Millionen wurde erst allmählich «kanonisiert». Gleich nach dem Krieg hörte man noch die Wendung «über fünf Millionen», und ein Knesset-Abgeordneter sprach 1950 von sieben Millionen, doch Entwürfe zu dem Yad-Vashem-Gesetz nannten einfach «Millionen». Es wurde darüber debattiert, ob die Zahl der Opfer legalen Status erhalten oder ihre Feststellung den Historikern überlassen bleiben sollte. In seinem Eröffnungsplädoyer beim Eichmann-Prozess erklärte Generalstaatsanwalt Hausner, er repräsentiere «sechs Millionen Ankläger». Die Anklageschrift dagegen stellte fest, dass Eichmann am Tod von «Millionen Juden» schuld sei. Auch das Urteil vermied exakte Zahlen und benutzt die Formel «etwa sechs Millionen». Die Enzyklopädie des Holocaust, die von Yad Vashem herausgegeben wurde, schätzt die Zahl auf «5,86 Millionen».⁶

ewige Flamme in einem zerbrochenen Bronzegefäß. In einer Nische an der Wand liegt Asche, die in den Krematorien der Vernichtungslager gesammelt wurde. Die Gedenkhalle wird bei offiziellen Feiern und Staatsbesuchen genutzt und erfüllt damit eine ähnliche Funktion wie das «Grabmal des unbekanntes Soldaten» in anderen Ländern. Männer, die den Bau betreten, müssen eine Kopfbedeckung aufsetzen, wie das an heiligen Orten des Judentums Brauch ist. Wie an der Klagemauer liegt deshalb für die Besucher ein Stapel gefalteter schwarzer Kappen bereit. Interessierte erhalten vom Wächter eine Photokopie mit dem Text des Kaddisch, des Gebets an Gedenktagen: es ist in hebräischer, englischer und jiddischer Sprache vorrätig. Die Gedenkhalle ist keine Synagoge, sonst müssten sich Männer und Frauen getrennt voneinander darin aufhalten. Eine Synagoge gibt es in einem Flügel des Museums, doch sie wird nicht für Gebete genutzt, sondern dient als Erinnerung an die zerstörten Synagogen Europas. Ein Rabbiner ist in Yad Vashem nicht angestellt.

Das ist kein Zufall: Von Anfang an sollte sich die Erinnerung an den Holocaust nahtlos in die säkulare Symbolik der zionistischen Bewegung und des Staates Israel einfügen. Im September 1946 baten Vertreter des Obersten Rabbinats die Mitglieder der Jewish Agency, durch ihre Anwesenheit die Bestattung einer Urne zu ehren, in der sich die Asche von Juden aus dem Vernichtungslager Chelмно befand.

Die Mitglieder der Exekutive wurden als «Vertreter des jüdischen Volkes» geladen. Die Feier in Tel Aviv war gut besucht, und mit der Zeit wurden weitere solcher Bestattungen abgehalten.⁷ Die Exekutive der Jewish Agency erkannte, dass auf diese Weise das Rabbinat die Kontrolle über das Gedenken an den Holocaust an sich zog und daran gehindert werden musste, diesem wichtigen Bereich einen religiösen Stempel aufzudrücken. 1949 warnte ein Führungsmitglied der Jewish Agency, die Bestattung der Asche von Opfern könne die Aufmerksamkeit von der feierlichen Wiederbestattung Theodor Herzls ablenken, dessen sterbliche Reste gerade aus Wien nach Jerusalem überführt worden waren.⁸

Yad Vashem entstand nach ausgiebigen Debatten als autonome nationale und säkulare Institution. In der Gedenkstätte befinden sich

Skulpturen, die das jüdische Religionsgesetz nicht duldet. Die Gedenksäulen und Inschriften greifen, wie das in den fünfziger Jahren Brauch war, häufig auf Bibelverse zurück. Dies spiegelt die Sehnsucht jener Zeit nach der alten hebräischen Herrschaft über das Land Israel – unter Auslassung von 2'000 Jahren Exil sowie der Religionsgesetze, die sich ausserhalb Israels entwickelten.⁹ Bei den Gedenkfeiern werden Gebete gesprochen und Kerzen entzündet, aber Yad Vashem achtet üblicherweise darauf, dass zu diesen Zwecken Armeerabbiner und Kantoren eingeladen werden und der religiöse Anteil der Feier auf ein Minimum beschränkt bleibt. Im Wechsel mit den Gebeten werden weltliche Texte israelischer Dichter rezitiert. Niemals fehlt jenes Gedicht von Chaim Guri, mit dem er sich an die Toten wendet:

Wir haben Euren bitteren und einsamen Tod gerächt
Mit unseren im Zorn geballten Fäusten,
Wir haben hier ein Monument für das verbrannte Ghetto errichtet,
Ein lebendiges Monument, das nie vergehen wird.¹⁰

Das Monument, das Guri meinte, ist der Staat Israel. Als Mordechai Schenhabi dem Jüdischen Nationalfonds (JNF) seinen ersten Vorschlag einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus präsentierte, schlug er einen pragmatischen Ton an: «Der Jüdische Nationalfonds braucht eine neue Herausforderung, damit grosse Summen wieder fliessen können». Er nahm an, das Geld könne durch Spenden wohlhabender amerikanischer Juden aufgebracht werden, doch er hatte auch Einkünfte aus den Gedenkstätten selbst vorgesehen. Menschen, die ihren Angehörigen eine bleibende Erinnerung schaffen wollten, sollten gegen eine Gebühr in einem besonderen Wald Bäume pflanzen können; des Weiteren sollten sie Erinnerungszertifikate und speziell gestaltete Steinsäulen erwerben können, um sie überall dort, wo Juden bestattet sind, aufzustellen. Die Erlöse sollten der Eingliederung der Immigranten und den zionistischen Siedlungen zugute kommen, schrieb Schenhabi bereits 1942.¹¹ Schon bei diesem Plan wurde deutlich, dass man den Holocaust aus der Gegenwart lösen und ihn als bereits abgeschlos-

senes Kapitel in der Geschichte des jüdischen Volkes behandeln wollte. Die Öffentlichkeit sollte ihre Aufmerksamkeit auf die zionistische Zukunft richten.

Schenhabi, der in Russland geboren war, lebte in Mischmar Ha-Emek, einem Kibbuz der Haschomer Hazair. Was ihn innerlich bewegte, lässt sich in der Rückschau schwer erkennen. Er war einer jener kreativen frühen Zionisten, die ständig Ideen und Projekte produzierten, von denen nur wenige verwirklicht werden konnten. Mit seiner ruhigen, hartnäckigen und manchmal auch unangenehmen Art stürzte sich Schenhabi von einer Aktivität in die nächste und entwickelte ständig neue Vorhaben. All seine Projekte zeugten von einer einzigartigen Mischung aus Phantasie und Aktionismus. Sein Plan für Yad Vashem enthielt ein ideologisches Manifest, eine Budget-Kalkulation und die Bauzeichnung von einem Turm auf einer Bergkuppe. In der Umgebung des Turmes stellte sich Schenhabi einen ausgedehnten «Volkspark» vor, in dem sich nicht nur ein zentrales Denkmal mit den Namen der Opfer, eine Gedenkstätte für Krieg und Heldentum, Geschichtsmuseen und -archive befinden sollten, sondern auch Forschungsinstitute zur Geschichte des Zionismus, ein grosses Kongresszentrum, Hotels, eine Jugendherberge, Restaurants, Sportanlagen mit einem Stadion und ein Friedhof. Kein Tourist werde sich um diesen Komplex drücken können, versprach Schenhabi. Das Protokoll einer früheren Diskussion enthält den Beitrag eines Teilnehmers, der darüber spekulierte, dass man den gesamten Friedhof mit Glas überdachen könne, um ihn gleichzeitig als Treibhaus für tropische Pflanzen zu nutzen.¹² Zu diesem Zeitpunkt dachte Schenhabi noch nicht an Jerusalem als Standort der Gebäude, sondern bevorzugte eine ländlichere Gegend. Die Gedenkstätte sollte sich in die Bemühungen des JNF einfügen, Land für jüdische Siedlungen zu kaufen. «Jerusalem repräsentiert nicht den zionistischen Pioniergeist», urteilte Zwi Lurie, ein Diskussionsteilnehmer, der ebenfalls Haschomer Hazair angehörte.¹³ Der Bau des Komplexes, schrieb Schenhabi, sei eine Grundvoraussetzung für ein normales Weiterleben in Israel. «Es ist unsere Pflicht, bei der Verwirklichung unseres zionistischen Vorhabens die Erinnerung an die grösste Katastrophe unseres Jahrhun-

derts wachzuhalten», stellte er fest. Das war der Kernpunkt. Die «monumentale» Gedenkstätte werde mit einem anklagenden Finger auf die nichtjüdische Welt deuten, welche die Juden «dem Feind als Beute in den Rachen warf», schrieb Schenhabi. Sie werde zeigen, was es bedeute, «eintausend Jahre in Ländern leben zu wollen, die nicht die unseren sind». Der Zweck der Gedenkstätte für Krieg und Heldentum sei es, den Wert des Kriegs insbesondere für die jüdische Ehre zu demonstrieren. «In ihr wird unsere Generation die kommenden Generationen lehren, dass unsere Brüder sich nicht ‚wie Lämmer zur Schlachtbank‘ führen liessen. Wir werden im Dienst der Geschichte und der Nation darauf hinweisen, wie stark unsere Beteiligung am Kampf gegen die schreckliche Nemesis war.» Mit ‚unsere Beteiligung‘ meinte er offenbar die jüdischen Soldaten, die in den alliierten Streitkräften gekämpft hatten. Schenhabi glaubte, dass die Zahl der Besucher der Holocaust-Gedenkstätte mit den Jahren abnehmen werde, da ein einziger Besuch ausreichend sei, und dass dafür die Zahl der Besucher in der Gedenkstätte für Krieg und Heldentum ansteigen werde. «Man muss das Kriegführen lernen und immer wieder neu lernen», sagte er 1944.¹⁴ Einmal stellte er Ben Gurion sein Projekt vor. Dieser beschäftigte sich damit und äusserte sich später positiv dazu.¹⁵

Der Vorstand des JNF nahm sich des Vorschlags mit dem gebührenden Ernst, aber ohne grossen Enthusiasmus an. Die Vorstandsmitglieder befürchteten, die Gedenkstätte würde ihrer eigenen Suche nach Geldmitteln in die Quere kommen, und hatten Bedenken wegen der hohen Investitionen. Darüber hinaus diskutierten sie auch über die richtige Art und Weise, des Holocaust zu gedenken: Was war erlaubt und was verboten? Das «Pantheon»-Projekt werde nicht Stolz, sondern tiefen Schmerz auslösen, meinte Eliahu Epstein (der unter dem Namen Eliahu Eilat später Israel in Washington vertrat), deshalb passe es nicht zur optimistischen Grundhaltung der zionistischen Bewegung. Besser «neues Leben schaffen durch ein lebendiges Unternehmen als ein steinernes Mahnmal bauen», sagte er. Zudem würden die Leute für die Erinnerung an eine Leidenszeit kein Geld ausgeben, fügte er hinzu, da «die Völker gewöhnlich Denkmäler nicht in Erinnerung an Fehlschläge oder an Lei-

denszeiten, sondern an Siege und Ruhmestaten errichten». Ein Kollege war mit dem finanziellen Argument nicht einverstanden und widersprach, die Menschen würden durchaus für das Andenken an ihre Angehörigen Geld ausgeben. Doch er stimmte Epstein zu, was den Traueraspekt betraf: «Der Schwerpunkt sollte auf einer aufbauenden und konstruktiven Arbeit liegen». Ein anderer Diskussions Teilnehmer fragte sich, ob es «erlaubt sei, aus der Angst der Juden kommerzielles Kapital zu schlagen», aber er beantwortete selbst seine Frage mit der Feststellung, dass der Wunsch, das Entsetzliche zu vergessen, nach dem Krieg sicher zunehmen werde. Das habe man auch nach dem Ersten Weltkrieg beobachtet – die Menschen hätten in den Strassen getanz. ¹⁶

Der JNF kam während des Krieges noch mehrmals auf das Projekt zurück, ohne jedoch auf seine Verwirklichung zu drängen. Stattdessen begann er von 1942 an, eigene Pläne zu entwickeln. Der Märtyrerwald, den er in den Jerusalemer Bergen anlegen wollte, war eine Bedrohung für Yad Vashem, denn zwischen den Bäumen verstreut sollten «Gedenkhütten» liegen, in denen Besucher sich der Erinnerung an die Opfer widmen sollten. Schenhabi behauptete, der JNF habe den Wald heimlich und hinter seinem Rücken geplant. «Was bleibt dann noch von dem zentralen Gedenkprojekt?» fragte er ärgerlich, als der JNF in Palästina und weltweit mit bunten Broschüren für den Kauf von Bäumen warb. Schenhabi sah das als «grausame Beschränkung» seines Projekts. Nur mit grosser Mühe gelang es ihm, den JNF von den Gedenkhütten abzubringen; an den Plänen für den Wald änderte sich nichts. Die Leitung des JNF machte kein Geheimnis aus ihrer Motivation: «Es war die letzte Chance für einen finanziellen Erfolg», erklärte ein Vorstandsmitglied. Ben Gurion liess dem JNF eine Stellungnahme zukommen, nach der das einzig passende Denkmal für das europäische Judentum der Staat Israel selbst sei, aber er lobte ihr Vorhaben, einen Wald zu pflanzen, «in dem die Hoffnung, die unsere Märtyrer zu Lebzeiten hegten, zur Blüte reifen wird». ^{17*}

Schenhabi gab nicht auf. Chaim Weizmann schickte ihm einen Brief

* Das Waldprojekt war letztlich eine Enttäuschung. 1953 war eine halbe Million

mit ermutigenden Worten, aber den anderen Führern des jungen Staates musste Schenhabi mit Briefen und Denkschriften zusetzen, damit sie sich seine Pläne überhaupt anhörten. Anfangs glaubte er seine Ideen noch rechtfertigen zu müssen. «Mit aller Macht müssen wir gegen jedes Zeichen des Vergessens ankämpfen», erklärte er.¹⁹ Doch für die Führung des Jischuw hatte eine Holocaust-Gedenkstätte keinen besonders hohen Stellenwert. Zum einen gab es dringendere Aufgaben, und zum anderen existierten keine Präzedenzfälle. Niemand wusste so recht, wie man mit kollektiver Erinnerung umgehen sollte. Dieses Problem tauchte in vielen Debatten, aber auch in persönlichen, politischen und ideologischen Machtkämpfen auf.

1947 lud Schenhabi gemeinsam mit dem Institut für Judaistik an der Hebräischen Universität zu einer internationalen Konferenz ein, deren Teilnehmer sich für die Ziele von Yad Vashem und insbesondere für das Sammeln historischen Materials aussprachen. In der Zwischenzeit mietete Schenhabi ein kleines Büro, liess Briefpapier drucken und verfasste ein für die damalige Zeit recht stilvolles Pamphlet, in dem er verkündete, das Ziel von Yad Vashem sei es, die Erinnerung in eine «grosse Kraft» zu verwandeln. Das Pamphlet war mit grosser Sorgfalt zusammengestellt und wahrte selbst noch im Layout ein striktes Gleichgewicht zwischen Holocaust und Heldentum. Die Idee war folgende: Die Menschen sollten zwei palästinensische Pfund (rund 8 Dollar) bezahlen, um die Namen ihrer im Holocaust getöteten Familienangehörigen registrieren zu lassen. Ein Baum war in diesem Preis enthalten, mehrere Bäume konnten gegen eine zusätzliche Gebühr gepflanzt werden.²⁰ Zu diesem Zeitpunkt hatte Schenhabi sein Gedenkprojekt schon konkretisiert. Unter anderem schlug er nun vor, die Folterinstrumente der Nazis ebenso in die Ausstellung einzubeziehen wie die Nachbildung einer Gaskammer und eines Krematoriums. «Wir müssen Gebrauchsgegenstände zeigen, nicht leere Hüllen bauen», schrieb er, aber dieser Teil seines Plans blieb in der Schublade liegen.²¹

Bäume gekauft worden. «Das jüdische Volk will sich nicht erinnern», klagten die Sponsoren.¹⁸

Nach der Unabhängigkeitserklärung von 1948 betonte Schenhabi eindringlicher als vorher, dass eine Gedenkstätte notwendig sei, um der ganzen Welt die Verbindung zwischen der Judenvernichtung und der Staatsgründung vor Augen zu führen, und er verlangte, Yad Vashem solle das Monopol auf das Gedenken an den Holocaust erhalten. Er brachte sogar Ministerpräsident Ben Gurion und Aussenminister Sharett auf seine Seite, als es darum ging, kurzfristig ein Holocaust-Denkmal in Paris zu verhindern, das ein gewisser Jizchak Schneurson angeregt hatte.

Die Akten, die den Kampf gegen dieses Projekt dokumentieren, zeugen von grosser Entrüstung: «Die ganze Angelegenheit ist aus nationaler wie diplomatischer Perspektive äusserst ernstzunehmen», schrieb Erziehungsminister Ben-Zion Dinur an Ben Gurion. Am ärgerlichsten war laut Dinur die Tatsache, dass das Projekt in Paris auf Initiative von Juden zustande gekommen war. Eine Gedenkstätte in Paris würde die Position Israels gegenüber anderen Nationen schwächen; es sei ein Zeichen von «Diaspora-Mentalität», wenn man die zentrale Stellung Israels in Frage und «Paris an die Stelle von Jerusalem stelle».²²

Der Ministerpräsident wies den israelischen Botschafter an, «alle erdenklichen Schritte» zu unternehmen, um Schneurons Plan zu durchkreuzen. Das Aussenministerium kabelte seine Befehle nach Paris mit höchster Geheimhaltungsstufe. Schliesslich erzielte die Regierung mit Schneurson eine Einigung: Yad Vashem wurde als zentrale Holocaust-Gedenkstätte bestätigt und erhielt das exklusive Recht, die Namen der Opfer zu registrieren. Doch die Verhandlungen waren zäh; obwohl die Leitung von Yad Vashem erklärte, Israel habe «in einem Kulturkampf» einen bedeutenden Sieg errungen, machte sie sich gleichzeitig Vorwürfe, dass sie so spät erst «das Ausmass der Gefahr» erkannt hatte. Die Einigung mit Schneurson hatte ihr nach eigenen Worten «emotional viel abverlangt». Der Claims Conference empfahl man, dem Paris-Projekt für den Bau eines Monuments eine Abfindung von 500'000 Dollar zu geben. Als Gegenleistung sollte das französische Projekt in Zukunft auf jegliches Fund Raising verzichten. Die deutschen Wiedergutmachungszahlungen sollten für die Abfindung benutzt werden.

Schliesslich richtete die Leitung von Yad Vashem noch eine Bitte an das Aussenministerium: Es möge doch bitte seine Diplomaten anweisen, die Augen offenzuhalten und sich zu vergewissern, dass Schneerson sich nicht doch auf eigene Faust um Gelder bemühte. Für diesen Fall nämlich drohte ihm Yad Vashem den «offenen Krieg» an.²³

Zu Beginn der fünfziger Jahre setzte Schenhabi eine weitere Idee in die Welt, die darauf abzielte, Israel das Monopol auf den Holocaust zu sichern. Ein Sondergesetz sollte bestimmen, dass jedes Holocaust-Opfer mit seinem Tod ein Bürger Israels geworden sei. Schenhabi nannte dies «das Gesetz zur Wiedererlangung der bürgerlichen Ehrenrechte für die Opfer der Nazi-Vernichtung», so als seien diese Opfer in der Vergangenheit einmal Bürger eines zukünftigen Israel gewesen. «Der Verlust von Millionen Menschen ist in jedem Fall ein direkter Verlust für den Staat Israel», behauptete er. «Die Ermordung jedes Einzelnen entsprach aus der Sicht des israelischen Staates der Ermordung eines ‚potentiellen Bürgers‘. Der Staat Israel als nationale Vertretung des verstreuten jüdischen Volkes wird seine Staatsbürgerschaft den Gefallenen zuerkennen und damit ihr Andenken und ihre Ehre bewahren, sie in den Schoss des Vaterlandes aufnehmen und die Nazi-Verbrechen auf Generationen auslöschen.» Das waren natürlich Scheinargumente. Niemand konnte wissen, welche oder wie viele Holocaust-Opfer sich als ‚potentielle Bürger‘ Israels betrachteten. Viele starben, gerade weil sie es abgelehnt hatten, nach Palästina auszuwandern, als es für sie noch möglich war. Und die meisten Juden auf der Welt, zu denen auch Holocaust-Überlebende gehörten, wollten nicht einmal nach der Staatsgründung nach Israel übersiedeln. Bemerkenswert an Schenhabis Idee ist demnach hauptsächlich eines: Die israelische Regierung investierte viel Zeit und Mühe, um sie zu prüfen. Briefe, Berichte, Memoranden und juristische Stellungnahmen füllten ganze Ordner. Schenhabi konsultierte mehrere weltbekannte Juristen, von denen sich einige für seine Idee erwärmten. Die Rechtsabteilung des JNF stellte fest, ein Gesetz, das Holocaust-Opfer zu israelischen Bürgern erklärte, könne der israelischen Regierung helfen, auf den Besitz der erbenlosen Opfer Anspruch zu er-

heben. Der Generalstaatsanwalt war da anderer Meinung. Die lebendigen Erben der posthumen Bürger, warnte er, hätten dann wohlbegründete Ansprüche auf die israelische Staatsbürgerschaft; diese könne jedoch nicht automatisch gewährt werden, weil viele dieser Angehörigen Nichtjuden seien. Beide – Rechtsabteilung und Generalstaatsanwaltschaft – bezweifelten, ob andere Länder dazu veranlasst werden könnten, die israelische Staatsbürgerschaft der Opfer anzuerkennen. Der entschiedenste Gegner dieser Idee war der Rechtsberater des Aussenministeriums. Aus juristischer Sicht sei es nicht möglich, die israelische Staatsbürgerschaft rückwirkend für die Zeit vor der Staatsgründung zuzuerkennen, gab er zu bedenken. Man könne nicht jemanden zu einem israelischen Bürger erklären, der bei Gründung des israelischen Staates nicht am Leben war. Zudem sei es undenkbar, einer Person die Staatsbürgerschaft zu verleihen, die sich zu jenem Zeitpunkt weder im Land aufgehalten noch sich um sie beworben hatte. Die israelischen Botschafter im Ausland berichteten, die Idee sei sowohl bei zionistischen als auch bei nicht-zionistischen Juden mit Unbehagen aufgenommen worden. Sie betrachteten die israelische Initiative als Angriff auf ihren Status als loyale Bürger ihrer eigenen Länder. Manche befürchteten mit Recht, ihre Eigentumsrechte und sogar der persönliche Status der Erben würde unterminiert werden. «Das Aussenministerium ist dagegen», hielt Ben Gurion in seinem Tagebuch fest.²⁴ Ein Vorschlag zur Überwindung der Schwierigkeiten kam aus New York. Yaakov Robinson, der Rechtsberater der israelischen UN-Delegation, schrieb an Präsident Ben-Zwi, es sei möglich, denjenigen, die vor der Gründung des Staates Israel gestorben waren, die Staatsbürgerschaft zuzuerkennen. Voraussetzung dafür sei, dass die Unabhängigkeitserklärung aufgehoben und stattdessen «eine Doktrin von der Kontinuität zwischen dem ‚Zweiten Bund‘ [dem biblischen Königreich Salomons] und dem ‚Dritten Bund‘ [dem neuen Staat Israel] geschaffen würde». Nach diesem Ansatz hätte Israel nicht aufgehört zu existieren, als das Volk 72 n. Chr. ins Exil ging. Schliesslich habe, so Robinson, das Volk nie seinen Herrschaftsanspruch über das Land aufgegeben; alle Regierungen, die in den dazwischenliegenden 2'000 Jahren gekommen und gegangen waren, seien

nichts anderes als unrechtmässige militärische Besatzer gewesen. Die Unabhängigkeitserklärung vom 14. Mai 1948 sei deshalb nicht wirklich eine Erklärung der Unabhängigkeit, sondern eher eine Bekanntmachung, dass die früheren Hindernisse für eine Verwirklichung der nie aufgegebenen Landeshoheit beseitigt worden waren. Um die juristische Absurdität zu umgehen, die darin bestand, Bürgerrechte an Tote zu verleihen, schlug Robinson vor, sie rückwirkend den Lebenden zu übertragen. Ein bestimmter Zeitpunkt, zum Beispiel der 30. Januar 1933, der Tag der Machtübernahme Hitlers, solle für die deutschen Juden gelten, und der 10. März 1938, der Tag des «Anschlusses», für die österreichischen Juden. Es blieben immer noch genügend Fragen offen, schrieb der Jurist, aber die Idee selbst sei reizvoll.

Ben Gurion hatte bereits im Februar 1951 ein Komitee damit beauftragt, die Frage der Staatsbürgerschaft zu prüfen. Das Komitee entschied unter Vorsitz von Natan Feinberg, dass eine Erklärung über die Kontinuität zwischen dem «Zweiten Bund» und dem gegenwärtigen Staat Israel dem Land Probleme mit dem Ausland einbringen würde. Für den Plan einer posthumen Staatsbürgerschaft gebe es im internationalen Recht keinen Präzedenzfall, und er widerspräche den gängigen Vorstellungen von bürgerlichen Rechten. Andererseits, erklärte das Komitee, bestünden keine juristischen Einwände gegen eine «symbolische und abstrakte» Staatsbürgerschaft für die Holocaust-Opfer. Das Komitee benutzte den Begriff «Staatsbürgerschaft ehrenhalber». Noch während man diese Idee in einen Gesetzentwurf umsetzte, wurde der Begriff durch die neue, rechtlich unwirksame Wendung «Gedenk-Staatsbürgerschaft» ersetzt.²⁵ Die «Halle der Namen» bot nach ihrer Fertigstellung Zertifikate für eine Staatsbürgerschaft ehrenhalber zum Preis von 12 Dollar pro Stück an. Nach Angaben von Jizchak Arad herrscht keine grosse Nachfrage.

Als nächstes trat Schenhabi mit dem Vorschlag in Erscheinung, Yad Vashem zur zentralen Gedenkstätte des Landes zu deklarieren. Das war nicht leicht. Niemand erhob Einwände, und niemand setzte sich dafür ein. Alle waren mit anderen Dingen beschäftigt. Schenhabi lief von einem Knesset-Abgeordneten zum anderen und heftete sich den Journali-

sten an die Fersen. Er redete auf sie ein, warnte, forderte, flehte. Alle stimmten ihm freundlich zu und wechselten dann schnell zur anderen Strassenseite.

Schenhabis Auftrag wurde im Sommer 1953 in der Knesset behandelt, und wieder einmal spiegelte die Debatte die Tendenz aller Parteien, den Holocaust für ihre eigenen ideologischen Zwecke auszubeuten. Die meisten Sitze im Saal waren leer, und die Parteiführer schickten die junge Garde vor. Der Kampf um das «Gesetz zum Andenken an Holocaust und Heldentum – Yad Vashem» war im Grunde ein neuerlicher Kampf um die Seele des Landes.

Erziehungsminister Dinur, Professor für jüdische Geschichte an der Hebräischen Universität, stellte den Gesetzentwurf vor. Er begann mit einer Definition: Schoah, der hebräische Begriff für den Holocaust, bedeute die Zerstörung des europäischen Judentums und die Ermordung von über sechs Millionen Juden. «Eigentlich sechseinhalb», korrigierte er sich. Später sagte er, der Begriff Schoah beinhalte ein historiographisches Problem, da er mit Abruptheit und einem Element der Überraschung assoziiert werde.* Doch nach Meinung des Zionismus war der Holocaust nicht unerwartet geschehen. Er hatte sich logisch aus der Geschichte entwickelt und hätte vorausgesagt werden können – und zwar aus der Tatsache, dass Juden als Fremde unter anderen Völkern lebten.²⁶ Das Ziel der Nazis, sagte Dinur, sei es gewesen, «den Namen Israels auszulöschen». Dinur verwendete absichtlich das Wort Israel für das jüdische Volk. Damit schloss er sich der weitverbreiteten Tendenz an, in einen traditionell-literarischen Stil zu verfallen, sobald man vom Holocaust sprach. Zum anderen unterstrich er damit die These, dass der Mord an den Juden ein Verbrechen am Staate Israel gewesen sei. Dinur pries den Mut der europäischen Juden und brachte ihn in Verbindung mit dem Heldentum des Jischuw. Dann kam er auf den Aufstand im

* Das Wort Schoah – wörtlich «Katastrophe» – war bereits vor dem Aufstieg der Nationalsozialisten in Gebrauch. Schon im März 1933 bezeichnete man damit den zu erwartenden Mord an den Juden. In neuerer Zeit wird der Begriff hin und wieder auch auf andere Phänomene angewandt – eine ökonomische Schoah, eine ökologische Schoah, eine moralische Schoah etc.

Warschauer Ghetto zu sprechen, der «die ganze Tragödie symbolisiert hat». Es habe «Hunderte von Aufständen» fast überall in ganz Europa gegeben. Unter dem Begriff ‚Heldentum‘ fasste er auch den Kampf um die Menschenwürde und um das Überleben, und er kam zu dem Schluss, dass «Holocaust und Heldentum» im Ghetto zum täglichen Leben gehört hätten.

Nachdem er den Zusammenhang zwischen den Holocaust-Opfern und dem Staat Israel hergestellt sowie Holocaust und Heldentum einen gleichen Stellenwert zugewiesen hatte, befasste sich Dinur mit den Ereignissen von 1948. Der Unabhängigkeitskrieg, sagte er, sei eine «direkte Fortsetzung» des Partisanenkrieges und der Untergrundkämpfe. Doch auch jene «mehr als anderthalb Millionen unserer Soldaten», die im Zweiten Weltkrieg gegen die Nazis gekämpft hatten, besäßen Vorbildfunktion. Diese Zahl bezog sich auf die jüdischen Soldaten, die in den Reihen der Alliierten gedient hatten. Das alles sei jüdisches Heldentum, erklärte er.²⁷ Danach charakterisierte Dinur den Akt des Sich-Erinnerns als historischen Imperativ, der Israel von den Opfern auferlegt worden sei. An diesem Punkt liess der Minister seiner poetischen Ader freien Lauf und schilderte wortreich, wie die jüdischen Gemeinden in Yad Vashem dargestellt würden. Die Gemeinden erblühten zu idealisierten Bildern von «fröhlichen jungen» Frauen, die «leichtfüssig und lebensfroh», «bescheiden und einfach» dem Besucher entgegenträten. Der Gesetzentwurf machte es der neuen Gedenkstätte zur Auflage, «die Lektion» von Holocaust und Heldentum zu verbreiten – so als seien «Holocaust» und «Heldentum» eine Einheit, aus der eine einzige Lektion abgeleitet werden könne. Das Gesetz definierte nicht, wie die Lektion lautete, sondern nur, dass es um ein «gemeinsames Gedenken» gehe. Als die Debatte einsetzte, wurde deutlich, dass die Knesset alles andere als einig war.

Für Jaakov Hasan (Mapam) war der Aufstand im Warschauer Ghetto eine Leistung der linken Jugendbewegungen unter der Führung ihrer Jugendorganisation Haschomer Hazair. In ihr verbanden sich Zionismus und Sozialismus, und daraus resultierte der Heldenmut der Ghetto-kämpfer, meinte Hasan. Esther Rasiel-Naor (Cherut) protestierte. Hasan

treffe Unterscheidungen zwischen den Toten, wandte sie ein. Hatten diese etwa auf dem Weg in die Feueröfen ihre Parteibücher gezeigt? Ihrer Ansicht nach war die Knesset nicht qualifiziert, den Gesetzentwurf zu billigen, da dieselbe Knesset dem Reparationsabkommen mit Deutschland zugestimmt hatte. Yad Vashem würde zweifellos aus deutschem Zement und Eisen erbaut werden; aus diesem Grund werde ihre Partei an der Abstimmung nicht teilnehmen. Die Frauenrechtlerin Beba Idelson (Mapai) verlangte, dass insbesondere das Schicksal der Frauen und Kinder dargestellt werden müsse, «aus deren weichem Fleisch Seife hergestellt wurde». Rabbi Jizchak Meir Levin (Agudat Israel) bemängelte den weltlichen Charakter der Gedenkstätte und sprach sich für die Errichtung eines «heiligen Ortes» aus, an dem zum Gedenken an die Gefallenen die religiösen Texte des Judentums studiert werden sollten.

Am endgültigen Gesetzestext wurde eine Reihe von Änderungen vorgenommen. Daran lässt sich erkennen, welche immens politische Bedeutung der Form des Gedenkens allgemein zugemessen wurde. Das Komitee, das die Endversion erstellte, beschloss, das Wort Partisan durch Untergrundkämpfer zu ersetzen. Das Wort Partisan wurde gestrichen, weil sein Gefühlsgehalt den linken Parteien bei ihrem Bemühen, die Sowjetunion zu glorifizieren, zugute kam. Wie vorauszusehen, setzte sich Mapam für die Beibehaltung des Wortes ein. Die Partei verlangte auch, den Begriff Faschismus neben Nazismus zu stellen, denn aus ihrer Sicht war der Nazismus lediglich eine Form des Faschismus. Avraham Berman, der ähnliche Einwände vorbrachte, erklärte, es sei wichtig, der faschistischen Gefahr in den Vereinigten Staaten entgegenzutreten. Er verwies auf Aussenminister John Foster Dulles und Senator Joseph McCarthy und schilderte die USA als ein Land des Rassismus und der Lynchbanden, die das jüdische Volk gefährdeten. «Treblinka könnte sehr wohl bei New York wiedererstehen und Majdanek bei Chicago», verkündete er. Esther Rasiel-Naor forderte, dass der Begriff Nazis überall, wo er vorkam, durch Deutsche ersetzt würde, denn alle Deutschen seien schuldig. Die Änderungsvorschläge wurden nicht akzeptiert. Die Abgeordneten wurden zur Abstimmung gebeten und verabschiedeten das Gesetz ohne Gegenstimmen. Im Verlauf der Debatte waren die Ab-

geordneten zweimal aufgefordert worden, sich zu erheben – einmal im Gedenken an die Toten des Holocaust und einmal in Erinnerung an die Ghetto-Kämpfer.²⁸

Am zi. April 1951 setzte die Knesset den 27. Tag des jüdischen Monats Nissan als jährlichen Gedenktag für den Holocaust und die Ghetto-Aufstände fest. Das Datum war ein Kompromiss. Der Aufstand im Warschauer Ghetto hatte am Vorabend des Pessachfestes begonnen. Zunächst war er gemäss dem Datum auf dem säkularen Kalender, dem 19. April, gefeiert worden. Doch jedes Jahr wurden Forderungen nach einem einheitlichen nationalen Gedenktag laut. Obwohl damit eine nicht-religiöse Feierlichkeit gemeint war, waren sich alle einig, dass der Tag nach dem hebräischen Kalender festgelegt werden sollte und nicht mit dem Pessachfest kollidieren durfte. Der 27. Nissan lag zeitlich nahe genug beim Ghetto-Aufstand und war laut Mordechai Nurok von der National-Religiösen Partei auch passend, weil er in die Jahreszeit fiel, in der während der Kreuzzüge die europäischen Juden hingemetzelt worden waren.²⁹

Die Knesset erliess keine Weisungen, wie der Tag zu begehen sei. Im ganzen Land fanden Gedenkfeiern statt – im Kibbuz Jad Mordechai und im Kibbuz Lochamei Hagetaot, auf dem Berg Zion in Jerusalem und andernorts. Manche wurden von Organisationen der Überlebenden initiiert, andere von Gemeinden und politischen Parteien. «Der Gedenktag für die Ghetto-Rebellen wird zu einem Politikum», behauptete ein prominentes Mapai-Mitglied während einer Diskussion der Parteiführung im März 1953. Er sagte, er habe sich mit der Angelegenheit beschäftigt und sei zu dem Schluss gelangt, ein solcher Tag sei ein «wichtiges Erziehungsinstrument». «Wir sollten ihn der Mapam aus der Hand nehmen», folgerte er.³⁰ Die Feiern in Jad Mordechai und Lochamei Hagetaot dienten in der Tat oft als Plattform für die Parteien, die zu diesem Anlass das aktuelle politische Geschehen kommentierten. Die Regierung befasste sich ebenfalls mit der Frage und beschloss aus ähnlichen Gründen, den Gedenkfeiern per Gesetz eine Form zu geben. Eilig hatte es die Regierung damit allerdings nicht; das Gesetz, das das Gedenken an den Holocaust und die Ghetto-Aufstände regelte, wurde der Knesset erst fünf Jahre später vorgelegt. In der Zwischenzeit hatte sich heraus-

gestellt, dass sich hauptsächlich die Aktivisten unter den Überlebenden für die Feiern interessierten. Der Rest des Landes erlebte den 27. Nissan als einen Tag wie jeden anderen.

«Vergnügungsstätten sind an diesem Tag weit geöffnet», beklagte sich Rabbi Nurok. «Das Radio sendet fröhliche Klänge, Tanzmusik und Spässe, und die Schaufenster glitzern. Amusement und Glück statt Kummer und Trauer.» Nurok schlug vor, die Trauer zu erzwingen, indem zum Beispiel Geschäfte geschlossen und die Beleuchtung in den Schaufenstern abgestellt wurde. Er äusserte den Wunsch nach Gedenkfeiern in Schulen und Synagogen während der Arbeitszeit. Kinofilme sollten nur mit Genehmigung von Yad Vashem gezeigt werden dürfen; Radiosendungen sollten sich der Feierlichkeit des Tages anpassen müssen.³¹

Nuroks Auftrag gelangte nicht zur Abstimmung. Stattdessen legte die Regierung einen eigenen, weniger drakonischen Gesetzentwurf vor, der sich in einem heiklen Detail unterschied. Statt «Gesetz zum Gedenktag an Holocaust und Ghetto-Aufstände» hiess es «Gesetz zum Gedenktag an Holocaust und Heldentum». Das war natürlich zutreffender und unparteiischer. Es hatte schliesslich auch andere Ausdrucksformen von Heldentum gegeben, zum Beispiel passiven zivilen Ungehorsam. Doch Mapam fasste den Änderungsvorschlag als Beleidigung auf: «Sie versuchen, das Andenken an Mordechai Anielewicz zu tilgen», protestierte eine Abgeordnete der Partei. Anielewicz hatte den Aufstand im Warschauer Ghetto angeführt. Der Einspruch der Mapam wurde abgelehnt, aber das Gesetz enthielt die Formulierung, der Gedenktag sei der Erinnerung an den Holocaust, das Heldentum und die Akte des Widerstands gewidmet. Die Knesset billigte das Gesetz im April 1959 ohne Gegenstimmen.³²

Doch die Gedenk-Lobby war immer noch nicht zufrieden. Zwei Jahre später, kurz vor dem Eichmann-Prozess, beschloss die Knesset, das Gesetz zu modifizieren und ihm einen jüdischen Charakter zu geben. Von da an begann – wie bei allen jüdischen Feiertagen – der Holocaust-Gedenktag am Vorabend des 27. Nissan bei Sonnenuntergang. Öffentliche Vergnügungsstätten, auch Cafés, blieben geschlossen. Auch diese Änderung kam erst nach langen Debatten zustande. Man ei-

nigte sich, dass der Name zu «Gedenktag für Holocaust, Widerstand und Heldentum» erweitert werden sollte. «Es ist nicht leicht, für kollektiven Schmerz einen Ausdruck zu finden», seufzte ein Abgeordneter der Knesset.³³ Alle warnten einmütig vor dem Vergessen: «Wir müssen jeden Tag aufs Neue den Rauch der Feueröfen einatmen», erklärte der spätere Erziehungsminister Aharon Jadlin von der Mapai.³⁴

Der Gedenktag findet eine Woche nach dem Pessachfest statt, gewöhnlich im April. Kinos und ähnliche Einrichtungen sind geschlossen, wie es das Gesetz anordnet, aber viele Restaurants und Cafés schliessen nicht. Die Strafe, die sie zahlen müssen, ist geringer als ihre Einkünfte, wenn sie geöffnet bleiben. Die Atmosphäre der Trauer wird vor allem durch die staatlichen Radio- und Fernsehsender geschaffen. Der Ablauf der Programme ist bis hin zum winzigsten Detail geregelt. Das Radio bringt Erinnerungen von Holocaust-Überlebenden, dazu lange wissenschaftliche Gesprächsrunden und getragene Musik – vorzugsweise Cello-Soli. Die Sendungen beginnen ohne das übliche Musiksignal, und der Sprecher wünscht keinen «Guten Abend». Das Fernsehen zeigt Filme über den Holocaust, allerdings nicht ausschliesslich Dokumentarfilme. 1990 beispielsweise lief ein Film über die Nürnberger Prozesse mit Spencer Tracy und Marlene Dietrich in den Hauptrollen.

Die Printmedien beachten ebenfalls die nationale und historische Bedeutung des Tages und drucken Gedichte, Betrachtungen und Bilder, am liebsten düstere Holzschnitte. Die Nachtredakteure, die die Sendungen vorbereiten, wissen, welche Nachrichten dem Anlass entsprechen, und verlesen zum Beispiel gern Berichte über antisemitische Ausschreitungen in Deutschland und andernorts.³⁵ Jahrelang war es üblich, Artikel über die Unterdrückung von Juden in der Sowjetunion zu drucken. Jedes Jahr wiederholten die Zeitungen die zionistische Lektion des Holocaust und unterstrichen die Verpflichtung, niemals zu vergessen. Es war ein Tag für patriotische Erklärungen. «Das Ärgerlichste an dem Treffen zwischen Präsident Mitterrand und Jassir Arafat ist die Tatsache, dass es am Holocaust-Gedenktag stattfand», schrieb Jeditot Acharonot.³⁶ Mit der Zeit wurde dem Gedenktag immer mehr Platz eingeräumt.

Statt eines kurzen Abrisses der Ereignisse brachten die Zeitungen ganzseitig Nachrichten, Stellungnahmen und Analysen. Sicherlich lag das unter anderem daran, dass die Zeitungen an Umfang zunahmen, aber die Entwicklung reflektierte auch ein neues journalistisches Konzept: Der Holocaust war jetzt eine Story, über die es zu berichten galt.

Seit 1959 wird der Holocaust-Tag mit dem Anschalten der Sirenen eingeleitet. Ein langgezogener Heulton ist zu hören, der nicht an- und abschwilt wie beim Fliegeralarm. Wenn die Sirenen ertönen, halten alle Menschen in ihren Beschäftigungen inne. Autofahrer stellen den Motor aus, Fussgänger bleiben stehen, das ganze Land verharrt einen Moment lang in Erinnerung, Nachdenklichkeit und Einigkeit. Die Sirenen sind auch über alle Radiosender zu hören. Es ist ein eindrucksvoller Augenblick. Auf allen öffentlichen Gebäuden, auch auf den Hotels, sind die Flaggen auf Halbmast gehisst.

Die Hauptfeier findet am Vorabend des Holocaust-Tages nach Einbruch der Dunkelheit auf dem Gelände von Yad Vashem statt. An ihr nimmt die politische Führung des Landes teil, sie wird live übertragen und hat paramilitärischen Charakter. Nach einer Fanfare zur Totenehrung treten Soldaten mit Fahnen und Fackeln an, und der Oberste Armeerabbiner und sein Kantor sprechen in Uniform die Gebete. Eine Woche nach dem Holocaust-Tag trauert Israel bereits wieder, diesmal um seine in den späteren Kriegen gefallenen Soldaten. Dieser Gedenktag beginnt nach dem hebräischen Kalender am Vorabend des 3. Ijar. Wie der Holocaust-Tag ist auch er vorwiegend ein säkularer Tag, in den einige wenige Gebete und Trauergesten integriert sind, die auf religiöse Riten zurückgehen. Die Feiern an den beiden Gedenktagen ähneln einander bis hin zum Einsatz der Sirenen – mit dem Unterschied, dass diese für die Soldaten zweimal zu hören sind, einmal am Abend und noch einmal am Morgen. Der Gedenktag für die Soldaten ist im Grunde das Modell, nach dem der Holocaust-Tag gestaltet wurde. In ihrer Ausformung sind sich die Feiern Jahr für Jahr ähnlicher geworden; die Woche dazwischen ist mittlerweile geprägt von Trauer, Gedenken und der Besinnung auf nationale Werte.

Von Zeit zu Zeit, so erzählte mir Jizchak Arad, hat es Versuche gegeben, Yad Vashem als Plattform für politische Zwecke zu benutzen. Er versucht, seine Institution von derartigen Störungen freizuhalten. Redner dürfen gegen Antisemitismus und gegen die zahlreichen – meist recht abstrusen – Publikationen wettern, die den Holocaust zu «leugnen» versuchen. Sie dürfen erklären, dass der Holocaust beweist, wie notwendig ein starkes Israel ist. Sie dürfen jedoch nicht von dem, was als allgemeiner Konsens anerkannt wird, abweichen. Die Gebete bei den Feiern sind sorgfältig formuliert; der Mord an den Juden wird im Passiv geschildert: «jene, die gefoltert, ermordet, hingeschlachtet wurden». Im Allgemeinen benennen die Gebete die Mörder nicht. Sie schreiben das Entsetzliche «unreinen Händen», «grausamen Händen», «den Händen des Feindes» zu.³⁷ Es wird sehr darauf geachtet, das deutsche Volk nicht zu beschuldigen; in der Regel besucht das gesamte diplomatische Corps, einschliesslich des deutschen Botschafters, die Feiern. Bei der Zeremonie im Jahre 1990 legte man besonderen Wert darauf, dass die Wiedervereinigung Deutschlands nicht verurteilt wurde.

Die Religiösen haben ihre eigene Gedenkkultur entwickelt. In einigen Religionsschulen wird am zehnten Tawet, einem Fastentag, des Holocaust gedacht. Diesen Tag hat das Oberrabbinat zur Rezitation des Kadisch für jene Holocaust-Opfer bestimmt, deren Todesdatum nicht bekannt ist. Das Fasten soll an den Beginn der babylonischen Belagerung von Jerusalem erinnern, die der Zerstörung des ersten Tempels voraus-

* Wenige Monate nach seinem Amtsantritt als Ministerpräsident schlug Menachem Begin vor, den Holocaust-Gedenktag abzuschaffen. Dieser Vorschlag war gegen die nationale Mythenbildung seitens der Arbeiterbewegung gerichtet. Begin wollte der Nazi-Opfer an Tischa B'Av gedenken, dem traditionellen Tag der Trauer über die Zerstörung der zwei Tempel und über andere nationale Katastrophen. Gleichzeitig sollte damit die «Wiedergeburt» – die Schaffung des Staates – einen heiligen Status erhalten. Begin schlug vor, die Ghetto-Aufstände und das Heldentum der Partisanen an einem anderen Tag zu feiern, und zwar am Unabhängigkeitstag. «Ich habe nie verstanden, wie man Blut von Blut, Heldentum von Heldentum trennen konnte»,

ging.* Das religiöse Gedenken an den Holocaust ersetzt einige der grundlegenden Teile der weltlichen Auffassung, unter anderem den Heldenmythos der Untergrundkämpfer. Seine typischen Helden sind die dreiundneunzig Schülerinnen der ultrareligiösen Beit-Yaakov-Schule in Krakau. Die Mädchen haben angeblich Selbstmord begangen, damit die Nazis sie nicht zu Lager-Prostituierten machen konnten. Eine Anzahl von Jeschiwen und chassidischen Höfen in Israel betrachten sich als direkte Nachfahren der jüdischen Gemeinden, die im Holocaust zerstört wurden.

Die «Kammer der Märtyrer» auf dem Berg Zion wurde 1949, noch vor Yad Vashem, gebaut. Die Heiligkeit des Berges gewann besonders nach der Teilung Jerusalems im Gefolge des Unabhängigkeitskrieges an Bedeutung, als die Frommen nicht mehr zur Klagemauer im Tempelkomplex gelangen konnten. Von der Spitze des Berges Zion kann man auf den Tempelberg hinunterblicken. Das Religionsministerium verkündete im Rückgriff auf eine alte Tradition, der Berg Zion sei die Begräbnisstätte König Davids. Bis die Altstadt 1967 besetzt und für Juden das Beten an der Klagemauer wieder möglich wurde, war der Berg Zion der heiligste Ort in Jerusalem, und Tausende pilgerten dorthin.

Die Kammer mit ihrem russgeschwärzten Deckengewölbe war als Gedenkstätte für die Opfer des Holocaust gedacht. In Glasvitrinen ne-

sagte Begin. «Die Aufständischen im Ghetto und die Partisanen kämpften für unser Volk, und für unser Volk kämpften in Israel Hagana, Palmach, Ezel, Lechi und Mahal. Alle sind Helden, alle sind Märtyrer, alle gaben ihr Leben für das jüdische Volk... Lasst uns Israels Helden an einem einzigen Tag feiern.» Damit schloss sich Begin der Tendenz an, Israel mit dem jüdischen Volk gleichzusetzen. Und er hegte den Wunsch, Ezel und Lechi in das Pantheon der Helden aufzunehmen, aus dem sie ausgeschlossen worden waren. Die Arbeiterbewegung, die sich den Mythos der Ghetto-Aufstände angeeignet hatte, vernachlässigte oder ignorierte häufig die Rolle, die Betar bei den Aufständen gespielt hatte. Begins Vorschlag, einen einzigen Tag für alle Helden Israels zu schaffen, sollte die Arbeiterbewegung ihres Monopols auf den Heroismus berauben. Wie zu erwarten, erhob sich ein Sturm der Entrüstung, und Begin zog seinen Vorschlag zurück.³⁸ Der Versuch, die israelische Jugend mit der Holocaust-Thematik zu indoktrinieren, hätte von der Veränderung sicher nicht profitiert, denn Tischa B'Av fällt in die Sommerferien.

ben den von Besuchern entzündeten Gedenkkerzen waren Gegenstände aufgestellt, die den Holocaust überdauert hatten – angesengte Torah-Rollen, die gestreifte Uniform eines Lagerhäftlings, Metallkanister, die das tödliche Zyklon-B enthalten hatten, ein Lampenschirm, der angeblich aus Menschenhaut angefertigt worden war, und Seifenstücke, angeblich aus menschlichem Fett. Die Leitung von Yad Vashem missbilligte die Gedenkstätte auf dem Berg Zion. «Meiner Meinung nach ist das, was hier vor sich geht, Götzendienst», wetterte ein Vorstandsmitglied von Yad Vashem.³⁹ Wenige Jahre später wurde es den Besuchern gegen eine Gebühr erlaubt, einige private Erinnerungsstücke in den Räumen auszustellen. Gideon Hausner, ehemaliger Staatsanwalt im Eichmann-Prozess und späterer Minister, protestierte gegen diesen Brauch. (Er war gerade zum Vorstandsvorsitzenden von Yad Vashem ernannt worden.) Der Religionsminister erwiderte, dies sei nun schon seit zwanzig Jahren auf dem Berg Zion so üblich und werde auch in vielen Synagogen praktiziert. «Yad Vashem ist nicht die einzige Gedenkstätte im Land», betonte der Minister. «Es gibt noch andere, und auch sie sind aktiv.»⁴⁰

Ein solches Projekt, genannt *Ot Vaed* («Zeichen und Zeuge»), definiert sich als Bildungseinrichtung, die dem Holocaust und seiner Bedeutung für das jüdische Religionsleben gewidmet ist. *Ot Vaed* wurde in den frühen achtziger Jahren unter der Ägide der nationalreligiösen Partei gegründet. Eine Hochglanzbroschüre in hebräischer und englischer Sprache offenbart, dass es zu einem religiös geprägten Yad Vashem werden möchte. Neben seiner erzieherischen Aktivität beabsichtigt es, «eine Gedenkstätte zu errichten, die die jüdische Spiritualität der Holocaust-Märtyrer zum Ausdruck bringt». Daneben will *Ot Vaed* «alles schriftliche Material und alle Zeugnisse über den Holocaust, das religiöse Leben zu seiner Zeit und seinen Stellenwert in unserer jüdischen Existenz sammeln, ordnen und katalogisieren». Auf der Broschüre erscheinen die Worte *Ot Vaed* in goldenen Lettern und in derselben flammenartigen Schrifttype, die von Yad Vashem benutzt wird. Der Name *Ot Vaed* entstammt wie Yad Vashem dem Buch Jesaja; er bezieht sich auf eine Prophezeiung über die Ausbreitung des jüdischen Glaubens auf

nahegelegene Länder, unter anderem Ägypten. Wie die Gründer von Yad Vashem fünfzig Jahre zuvor träumt Ot Vaed von einem Gebäudekomplex an einem hochgelegenen Ort in den Hügeln von Ezion, einer Gegend der West Bank, die vor dem Unabhängigkeitskrieg von Juden besiedelt worden und im Krieg wieder verlorengegangen war. Im Sechstagekrieg wurde das Gebiet zurückerobert und gehört nun zu den besetzten, nicht annektierten Gebieten. Wie Mordechai Schenhabi haben auch die Verfechter des neuen Projekts auffällig bunte Skizzen vorbereitet. «Um den Komplex», verspricht die Broschüre, «wird ein Gedenkpark entstehen. Von seinen Pfaden wird man einen zauberhaften Ausblick auf die Berge geniessen.»⁴¹

Ich fragte Jizchak Arad nach konkurrierenden Gedenkstätten in Israel und andernorts, denn das Holocaust Memorial in Washington droht Yad Vashem zu überflügeln. Arad zögerte. Natürlich, sagte er dann, sei er daran interessiert, dass sich die zentrale Gedenkstätte an den Holocaust in Jerusalem befinde, doch die Zeiten hätten sich geändert. Israel wolle sich mit dem Washingtoner Holocaust-Museum, das unter anderem vom Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem Nobelpreisträger Elie Wiesel unterstützt wird, nicht streiten wie mit der Schneurson-Initiative in Paris. Doch das Grundproblem war damit nicht gelöst, und es hiess Jerusalem oder Babylonien, Israel oder die Diaspora. Wo war der Mittelpunkt? Als der Grundstein von Yad Vashem gelegt wurde, traten ähnliche Fragen auf: Sollte nur der israelische Präsident bei der Feier sprechen oder auch Nahum Goldmann als Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses? «Der Präsident des Landes einigt die Juden der Welt», sagte ein Teilnehmer der Debatte. Ein anderer widersprach: «Der Präsident Israels ist nicht der Führer aller Juden. Die Juden in der Diaspora sind an Yad Vashem beteiligt. Deshalb ist es nur recht und billig, dass die Diaspora vertreten ist.» Ein Dritter mischte sich ein: «Es genügt, wenn der Präsident spricht. Wir müssen ein für allemal ein Ende machen mit der Trennung zwischen dem Staat Israel und dem Volk Israel!» Am Ende beschloss der Vorstand mit sechs zu fünf Stimmen, Goldmann einzuladen. Gleichzeitig wurde entschieden, dass, falls Präsident Ben-

Zwei Einwände gegen einen zweiten Redner hätte, er als einziger sprechen sollte. Genau dies geschah dann auch.⁴² Da es nun jedoch sinnlos sei, gegen die amerikanischen Holocaust-Zentren anzukämpfen, sagte Arad, müsse man wohl mit ihnen kooperieren. Yad Vashem sei natürlich daran interessiert, jeder Institution zu helfen, die den bewussten Umgang mit dem Holocaust vertiefe, versicherte Arad diplomatisch. Mit den Jahren haben sich die politischen Differenzen mit den anderen israelischen Zentren verwischt, und die Gemeinsamkeiten treten deutlicher hervor. Obwohl immer noch ein Konkurrenzverhalten herrscht, haben sie es gelernt, das Erbe der Erinnerung gemeinsam zu verwalten.

Arad ist ein kleiner, muskulöser Mann aus Litauen. Als die Nazis seine Heimatstadt Swieciany besetzten, organisierte der damals fünfzehnjährige Jizchak Rodnitzki im Ghetto eine Gruppe von Jugendlichen als Untergrundzelle. Sie konnten den Deutschen mehrere Gewehre entwenden. Zwei Jahre später, Anfang 1943, floh er in die Wälder und schloss sich bis Kriegsende einer Gruppe sowjetischer Partisanen an. In Israel diente er im stehenden Heer und wurde nach dem Sechstagekrieg zum obersten Ausbildungs-offizier im Range eines Brigadegenerals befördert. Er ist seit 1972 Leiter von Yad Vashem und hat sich mit seinen Forschungen über den Holocaust einen Doktorgrad erworben.

Im Sommer 1987 errichtete Yad Vashem ein Gebäude für die eineinhalb Millionen Kinder, die im Holocaust umkamen. Es ist ein Denkmal für die Kraft des Lichts, das Mosche Safdie entworfen hat. Am Eingang hängt ein grosses Schild, auf dem goldene Buchstaben die Entstehungsgeschichte der Stätte erläutern. Sie ist dem Andenken an die jüdischen Kinder gewidmet, die im Holocaust umgekommen sind, und wurde von Abraham und Edita Spiegel aus Beverly Hills gestiftet, deren Sohn Usiel in Auschwitz starb. Der Eingang führt in einen engen Steinkorridor, der von leisen Geräuschen widerhallt, die wie ein langes Seufzen oder eine elektronisch verzerrte Flötenklage klingen. Am Ende des Ganges steht der Besucher vor einem steinernen Relief, das ein Kindergesicht darstellt: Usiel Spiegel. Zur Linken befindet sich eine schwere Eisentür und dahinter – Finsternis. Einige Stufen weiter erscheint eine gläserne

Wand, an der die Fotografien von Kindern befestigt sind. Von hier aus wird der Gang zu einer engen Rampe, die in völligem Dunkel liegt. Auf dem Hintergrund der Geräusche, die der Besucher vorher hörte, vernimmt er nun Namen – Moschele Abramowitz, zwölf Jahre alt, aus Lwow; Sarale Zuckerman, drei Jahre alt, aus Wilna; Jaakov Schinowitz, vierzehn Jahre alt, aus Budapest. Die Sprecher, ein Mann und eine Frau, wechseln von Hebräisch zu Jiddisch und Englisch. Dann findet sich der Besucher plötzlich in einem Meer von Licht wieder. Der Effekt ist atemberaubend. Man glaubt, im Zentrum eines schwarzen Kreises zu stehen und erblickt, soweit das Auge reicht, nur Lichter über Lichter – Hunderttausende, vielleicht Millionen. Dieser Anblick entsteht durch das Licht weniger Kerzen, das durch ein ausgeklügeltes System gigantischer Spiegel reflektiert wird. Der Weg führt den Besucher immer weiter durch die Dunkelheit, durch die Lichter, durch die Vielzahl der Kindernamen, bis zum Ausgang. Draussen wiederholt eine grosse Glastafel, die mit derjenigen am Eingang identisch ist, noch einmal die Namen der Stifter, eines jüdischen Unternehmers und seiner Frau. Der Bau kostete fast zwei Millionen Dollar.

Ja sicher, bestätigte Jizchak Arad meine Vermutungen, man hatte durchaus Zweifel, ob es passend sei, eine solche Attraktion auf dem Gelände einer nationalen Gedenkstätte zu errichten. Zudem war die Frage aufgekommen, ob Spiegels Millionen es rechtfertigten, dass der Erinnerung an Usiel Vorrang vor eineinhalb Millionen anderer ermordeter Kinder eingeräumt wurde. Arad beschloss, das Risiko einzugehen. Er wusste, dass sich das Projekt entweder zu einem völligen Fehlschlag oder zu einem überwältigenden Erfolg entwickeln würde. Bald stellte sich heraus, dass alle Besucher beeindruckt waren, und Arad als Leiter der Institution hatte gegen Erfolg nichts einzuwenden. Sicher, es hatte gewisse Unstimmigkeiten gegeben, weil der Stifter ursprünglich darauf bestanden hatte, den ganzen Bau nach seinem Sohn zu nennen. Arad hatte sich nicht darauf eingelassen. Nach längeren Verhandlungen fand man als Kompromiss die Tafeln an den Türen und das Steinrelief. Andernfalls hätte Yad Vashem auf die ganze Spende verzichten müssen, erläuterte Arad. Die Hintergrundgeräusche zu unserem Gespräch liefer-

ten die, die im «Tal der zerstörten Gemeinden» arbeiteten. Dort wird ein Weg die Besucher zwischen riesigen Steinblöcken hindurchführen, deren jeder für eine tote Gemeinde steht.

Und wie lautete nun die Lektion des Holocaust aus der Sicht von Yad Vashem? Ich fragte Arad, der derzeit an einem langfristigen Projekt mit einem Budget von 2,5 Millionen Dollar arbeitet, das die Geschichte des Holocaust in fünfundzwanzig Bänden gemäss der offiziellen israelischen Version darstellen wird. Arad erwiderte sehr vorsichtig, dass sich seines Erachtens über die Jahre ein weitgehend parteiunabhängiger Konsens darüber gebildet habe. Alle seien sich einig, dass der Holocaust zeige, was ein Volk ohne eigenen Staat im Exil erwarte. Wäre Israel gegründet worden, bevor die Nazis an die Macht kamen, wäre der Mord an den Juden nicht möglich gewesen. Alle seien sich ebenfalls einig, dass der Holocaust zur Staatsgründung geführt habe und seine Überlebenden im Mittelpunkt des Kampfes um die Unabhängigkeit gestanden hätten.

Und nun sagte Arad einen Satz, den ein Vorstandsvorsitzender von Yad Vashem früher nicht geäussert hätte: Seiner Ansicht nach könnte man auf den Begriff Heldentum verzichten, denn das Wort **Holocaust** sei völlig ausreichend. Es beinhalte alles. In seinen Vorträgen, erzählte er mir, spreche er häufig über Heldentum und Helden; dazu zähle er nicht nur die Partisanen und Untergrundkämpfer, sondern auch die Juden in den Ghettos, die Tag für Tag um ihr Überleben kämpften und bis zum letzten versuchten, ihre Menschenwürde zu bewahren. Dadurch hätten sie die Nazis um ihr eigentliches Ziel gebracht – sie aus der menschlichen Rasse zu tilgen. Junge Leute seien nicht mehr so schnell bei der Hand mit Vorwürfen, die Holocaust-Opfer hätten sich nicht gewehrt. Nur noch selten höre er die früher so häufige Beschuldigung, sie hätten sich «wie Lämmer zur Schlachtbank führen lassen», sagte Arad. Der Wandel begann mit dem Eichmann-Prozess und vollzog sich schrittweise zwischen dem Sechstagekrieg und dem Jom-Kippur-Krieg.

Mit der Zeit hat sich auch der Charakter des Trauertages für die sechs Millionen geändert. Die Verallgemeinerungen, symbolisiert von den Begriffen **Holocaust** und **Heldentum**, werden allmählich abgelöst durch die Tendenz, sich mit individuellen Opfern des Holocaust zu iden-

tifizieren. 1990 wurden am Holocaust-Tag überall im Lande Stände errichtet und mit Lautsprechern ausgerüstet. Passanten wurden eingeladen, die Namen von Holocaust-Opfern laut auszusprechen. Das Projekt «Jeder hat einen Namen» erregte grosse Aufmerksamkeit. Als einer der ersten nahm Ministerpräsident Jizchak Schamir daran teil. Er nannte die Namen seiner Eltern. Es war eines der wenigen Male, bei denen Schamir sich öffentlich als Sohn einer im Holocaust ermordeten Familie zu erkennen gab.

Der Kibbuz Jad Mordechaj liegt etwa sechzig Kilometer südlich von Tel Aviv in der Nähe der Küstenstadt Askalon und des Tales, in dem David und Goliath gegeneinander kämpften. Als erste Siedler kamen 1943 ein paar Dutzend junge Mitglieder der Kibbuz-Bewegung Haschomer Hazair, die in den späten dreissiger Jahren aus Polen eingewandert waren. Sie nannten ihren neuen Kibbuz Mizpe Jam und hatten vor, sich ihren Lebensunterhalt durch Fischerei zu verdienen. Den Namen Jad Mordechaj gaben sie sich ein Jahr nach dem Tod von Mordechaj Anielewicz, der den Aufstand im Warschauer Ghetto angeführt hatte. Die meisten hatten ihn nicht persönlich gekannt; sie wollten die Erinnerung an ein Symbol, nicht an einen Freund, wachhalten. Ein Handbuch, das Haschomer Hazair in den fünfziger Jahren herausgab, enthielt die Aussage: «...es ist wichtig, die Kameradschaft zwischen den Kämpfern all jener Nationen zu betonen, die der revolutionären Arbeiterklasse ihres Volkes angehörten, also zwischen Polen, Sowjets, Juden... Das nationale Interesse an der Bewahrung jüdischer Ehre und jüdischen Lebens ist vollkommen identisch mit dem internationalen Interesse am Kampf gegen den Faschismus und für den Bestand der Sowjetunion. In diesem Sinne werden wir den Aufstand im Ghetto in ehrendem Andenken behalten.»¹ Jad Mordechaj ist einer der beiden Orte, an denen Haschomer Hazair des Holocaust gedenkt. Eine andere, weniger radikale Kibbuz-Bewegung hat ihre Gedenkstätte in Lochamei Hagetaot. Zu Beginn der fünfziger Jahre, als die verschiedenen Kibbuz-Bewegungen in heftige politische Auseinandersetzungen verstrickt waren, bemächtigten sich sowohl Jad Mordechaj als auch Lochamei Hagetaot des Warschauer Ghetto-Aufstands und beanspruchten ihn als ihr ideelles Eigentum.

In Jad Mordechaj trifft man unweit der Kuhställe mitten im Sand auf steinerne, von Bäumen gesäumte Stufen. Die Äste hängen so tief herunter, dass jeder, der die Stufen betritt, den Kopf einziehen muss. Am oberen Ende weitet sich der Weg plötzlich zu einer Lichtung, auf der die Bronzestatue eines ansehnlichen jungen Mannes steht, die Natan Rapoport geschaffen hat. Sie wirkt wie eine israelische Version von Michelangelos David. Die Gestalt trägt allerdings Soldatenuniform. Das offene Hemd zeigt eine muskulöse Brust, der Kopf ist leicht in den Nacken gelegt, der Blick aufwärts gerichtet. In der rechten Hand hält die Gestalt wurfbereit eine Handgranate. Diese Verkörperung von Tapferkeit ist Mordechaj Anielewicz; er blickt über die Häuser des Kibbutz, der seinen Namen trägt. Hinter ihm erhebt sich ein von Einschüssen übersäter runder Turm. Das sind die Reste eines 1948 im Unabhängigkeitskrieg zerstörten Wasserspeichers. Neben der Statue sind Worte eingemeißelt, die Anielewicz zugeschrieben werden. Sie stammen angeblich aus einem Brief, den er kurz vor seinem Tod an seinen Stellvertreter Antek Zuckerman schrieb: «Der letzte Wunsch meines Lebens ist in Erfüllung gegangen. Die jüdische Selbstverteidigung ist eine Tatsache. Ich bin zufrieden, ja glücklich, dass ich zu den ersten jüdischen Kämpfern im Ghetto gehörte.»

Das Museum ist in einem eigens dafür konstruierten modernen Betonbau untergebracht. Die kleine Ausstellung, die man gegen Eintritt besuchen kann, ist weniger didaktisch, dafür ästhetischer und gefühlbetonter als Yad Vashem, und sie wurde unter Beratung von Abba Kovner zusammengestellt. Der Besucher steigt in ein düsteres Untergeschoss hinab. Eine schwarze Wand trägt den Satz: «Versuche an diesem Ort zu sehen, was nicht mehr zu sehen ist, zu hören, was nicht mehr zu hören ist, zu verstehen, was nie verstanden werden kann.» Aus einem Lautsprecher erklingt jüdische Volksmusik. An den Wänden hängen Bilder von Kindern, von denen manche Käppchen tragen, die auf ihren religiösen Hintergrund schliessen lassen. Hier im Keller wird das jüdische Leben in Polen vor der deutschen Besetzung gezeigt. «Die meisten Menschen waren arm und anspruchslos», steht auf einer Tafel. «Sie lebten in Kleinstädten; ihr Rücken war gekrümmt, und sie liefen gebeugt.»

Natürlich gab es auch Juden in Polen, die nicht «gebeugt» gingen – jüngere, reichere Stadtbewohner. Doch sie passen nicht in das israelische Bild vom Exil und werden nur nebenbei erwähnt. Während der Text stark auf die materielle Ärmlichkeit des Lebens in Polen abhebt, zeichnet er gleichzeitig ein liebevolles Bild von der Kultur – «ihr ergiebige Milieu und ihre hochgestimmten Seelen». Über tausend Jahre, heisst es, habe das polnische Judentum «die vorherrschende Stellung in der Geschichte des Volkes Israel innegehabt». Im Gegensatz zum Museum von Yad Vashem sind die Texte nicht in Jiddisch, sondern nur in Hebräisch und Englisch abgefasst.

Dann beginnt man den Aufstieg, und das Licht wird heller, während man die Geschichte des Nazi-Regimes und der zunehmenden Angriffe auf die Juden kennenlernt und schliesslich zu ihrer Ermordung in Auschwitz gelangt. Der zweite Teil des Museums, der etwa zwei Drittel des Gesamtraumes einnimmt, ist dem jüdischen Widerstand und Jad Mordechais Kampf gegen die Ägypter im Unabhängigkeitskrieg gewidmet. Neben dem Modell eines Bunkers, der als Kommandozentrale für den Aufstand im Warschauer Ghetto diente, hängt die vergrösserte Fotokopie jenes Schreibens, das angeblich Anielewicz' letzter Brief ist und das schon erwähnte Zitat enthält. Der Text des Briefes ist jedoch eine Übersetzung ins Jiddische, das hebräische Original ist verlorengegangen. Mit der Zeit wurden aus dem Gedächtnis mehrere Versionen verfasst, manche wohl im Ton heldenhafter als das Original.² Eine hohe Mauer, «die Mauer des Aufstands», trägt die Namen unzähliger «Ausserposten» der «jüdischen Widerstandsbewegung» in Wäldern, Ghettos, Städten, alliierten Einheiten und Todeslagern. Es entsteht der Eindruck, als habe es eine grossangelegte Vernetzung kämpferischer Aktionen gegeben. Als nächstes folgt die Abteilung, die die Briha (Flucht) und Haapala (illegale Einwanderung) beschreibt. Der «europäische Exodus» wird geschildert als «beispielloses Drama in der Geschichte der Völker». Wie in Yad Vashem findet sich auch hier ein Foto des Auswandererschiffes Exodus.

An dieser Stelle passiert man ein kleines Fenster und schaut hinaus auf die Gräber der Bewohner von Jad Mordechais, die im Unabhängigkeitskrieg gefallen sind. Wenn man den Kopf wendet, fällt der Blick auf

eine Schautafel der elf Kibbuzim, die im Negev in einer einzigen Nacht im Oktober 1946 entstanden sind. Nur das hebräische Datum erscheint: Es war die Nacht nach Jom Kippur. Ein Foto zeigt, wie die Siedler im Negev eine Wasserleitung legten. Der Begleittext erläutert das grundlegende Konzept der israelischen Denkweise: Das Recht der Juden, sich im Land niederzulassen, basiert zu weiten Teilen auf der Tatsache, dass sie es entwickelt haben – anders als die Araber, die es lange vernachlässigten. Der Ton ist lyrisch, fast biblisch gehalten:

Und sie wanderten nicht von Quelle zu Quelle, wie die Söhne der Wüste, sondern kamen und legten eine Leitung und brachten Wasser aus dem Norden in den Süden. Und was sie gewannen in einer Nacht, wurde zu einer schattenbekränzten Siedlung.

Und das Wasser floss

durch die Röhren wie Blut, das den Gliedmassen Leben spendet im Körper der Menschen.

Und Blut floss auf die Röhren,

auf sie, das Blut des Volkes, das sich einfand zur Nacht, um zu verteidigen, was wertvoller ist als irgendetwas sonst auf der Welt: Wasser.

Danach lenkt das Museum die Besucher zu einem weiteren grossformatigen Foto von Mordechai Anielewicz, auf dem er die Uniform von Hachomer Hazair trägt und unbändige Vitalität und Jugendlichkeit ausstrahlt. Daneben stehen noch einmal seine angeblich letzten Worte: «Der letzte Wunsch meines Lebens ist in Erfüllung gegangen...» Allmählich, fast ohne es zu merken, doch nach präzisiertem Plan der Erbauer, verlässt der Besucher das Holocaust-Museum und betritt ein Kriegs- und Siegesmuseum. An den Wänden sind alte Waffen befestigt, unter anderem ein Panzerrohr und eine detaillierte Karte mit der Beschrei-

bung der Gefechte um Jad Mordechai und andere nahegelegene Kibbuzim. Ausserdem gibt es eine Sammlung von Geschosshülsen. Jad Mordechai wurde eingenommen, und die Verteidiger mussten sich zurückziehen; König Farouk von Ägypten liess sich an diesem Ort ablichten, als stünde er in einer besiegten Stadt. Später wurden die Ägypter in einem gnadenlosen Gefecht vertrieben und der Kibbuz zurückerobert.

Der Mann, der mir die Eintrittskarte verkaufte, bot mir auch Margaret Larkins Buch über den Kibbuz an, das vom Verteidigungsministerium veröffentlicht wurde. Auf Englisch heisst es *The Seven Days of Yad Mordecai*, sein hebräischer Titel lässt sich wörtlich übersetzen durch *Und die Sonne stand nicht still*.³ Der Mann stellte sich als Schika Kazir vor. Er gehörte zur Gründungsgeneration des Kibbuz und hatte der Autorin beim Verfassen ihres Heldenepos geholfen, weshalb sie seinen Namen im Vorwort erwähnt. Er selbst hatte das Buch *Ben Gurion* überreicht. Er würde mir das Buch gerne signieren, bot er mir an, wenn ich es kaufte. Ich kaufte. Neben der Kasse liegen Postkarten und alle möglichen Souvenirs aus, unter anderem ein kleiner Aschenbecher mit dem Bild der Statue von Anielewicz. Kazir legte mir einen Besuch des Schlachtfeldes ans Herz, auf dem die Kämpfer von Attrappen dargestellt werden.

An einem Aprilabend des Jahres 1989 begleitete mich Zvika Dror bei einem Besuch des Ghettokämpfer-Museums im Kibbuz «Lochamei Hagetaot», was auf Deutsch «Ghettokämpfer» bedeutet. Der dreiundsechzigjährige Dror, Lehrer und Schriftsteller, war dabei, die Geschichte des Kibbuz zu dokumentieren, der gerade seinen vierzigsten Jahrestag gefeiert hatte. Er öffnete mir einen Raum nach dem anderen, zeigte mir Modelle von Konzentrationslagern, eine Holzvorrichtung, auf der Häftlinge festgebunden wurden, wenn sie geschlagen wurden, und einen Metallbehälter, der einst Zyklon-B enthielt. Das wichtigste Ausstellungsstück des Museums ist die Glaszelle, in der Adolf Eichmann während seines Prozesses sass. Die Vernichtung der Juden erscheint in diesem Museum vorwiegend als Hintergrund für das Hauptthema – den Kampf gegen die Nationalsozialisten. An einer Wand sieht man die Ver-

grösserung eines Briefes, den ein junger Mann namens Ofer Feininger ein paar Jahre vor seinem Tod im Sechstagekrieg an seine Freundin Jael schrieb:

«Ich habe gerade Ka-Zetniks Haus der Puppen zu Ende gelesen und bin von diesem entsetzlichen Holocaust völlig überwältigt... In mir ist aus dem ganzen Entsetzen und der Hilflosigkeit ein grosses Bedürfnis entstanden, stark zu sein, stark bis zum Äussersten, scharf wie ein Messer, still und schrecklich, so will ich sein! Ich will wissen, dass nie wieder diese abgrundtiefen Augen hinter elektrischen Zäunen hervorblicken! Und sie werden es nur dann nicht, wenn ich stark bin! Wenn wir alle stark sind! Starke und stolze Juden! Die niemals mehr zur Schlachtbank geführt werden.»

Wir waren allein im Museum, Zvika Dror und ich. In jedem Raum schaltete er das Licht an, wenn wir eintraten, und schaltete es beim Verlassen wieder aus; die Gänge durchquerten wir im Dunkeln. In derselben Woche sollte der Kibbuz den Grundstein zu einem neuen Bau legen, einem Monument für die im Holocaust getöteten Kinder. Die Kosten wurden auf 1,5 Millionen Dollar geschätzt und durch eine Spende abgedeckt. Es war natürlich sinnlos zu fragen, warum Israel ein zweites, kostspieliges Monument für die Kinder brauchte, nachdem es in Yad Vashem schon eines gab. Der Kibbuz hatte seine eigenen Vorstellungen. Zunächst hatte er sogar 3 Millionen investieren wollen.*

Das Museum und das luxuriöse Zentrum daneben werfen buchstäblich ihre Schatten über den Kibbuz. Die «Siedlungserklärung» des Kibbuz, die mir Zvika Dror zeigte, beschreibt ihn als «Siedlung auf dem wiedergewonnenen Gebiet Westgaliläas – ein lebendiges und produktives Andenken an den Aufstand im Ghetto». Er wurde von Überleben-

* In den ersten Jahren seiner Existenz kämpfte Yad Vashem gegen die anderen Gedenkstätten, auch gegen das Ghettokämpfer-Museum in Lochamei Hagetaot. Der Streit war vorwiegend politisch motiviert. «Sie wollen beweisen, dass der Ghetto-Aufstand von Mitgliedern der Haschomer Hazair initiiert wurde», protestierte ein Vorstandsmitglied von Yad Vashem. «Deshalb kann man nicht davon ausgehen, dass ihre Publikationen der historischen Wahrheit entsprechen werden. Meiner Ansicht nach sollten sie jetzt, wo es Yad Vashem gibt, das Museum auflösen.»⁴

den aus dem Warschauer Ghetto gegründet, unter denen sich Antek Zuckerman und dessen Frau Zivia Lubetkin befanden. Sie liessen sich auf dem Gebiet des arabischen Dorfes Samaria nieder, das im Unabhängigkeitskrieg zerstört worden war und dessen Einwohner man deportiert hatte. «Ein Terroristendorf», kommentierte Dror auf unserer Runde durch das dunkle Museum. Es gibt keine Siedlung in Israel, die die Verbindung zwischen dem Holocaust und der palästinensischen Tragödie besser illustriert. Die Geschichte der Namensgebung des Kibbuz enthüllt eine weitere Facette der komplexen Beziehung Israels zum Holocaust.

Jizchak Tabenkin, der Anführer der Siedlergruppe, schlug vor, sich einfach Wilna zu nennen. Antek Zuckerman war dagegen: Wie könne er denn in einen Bus steigen und eine Fahrkarte nach Wilna lösen? Die ersten Siedler wollten den Namen des zerstörten arabischen Dorfes beibehalten, deshalb nannten sie den Kibbuz Lochamei Hagetaot Samaria. Der Jüdische Nationalfonds kritisierte, das Wort «Ghettokämpfer» sei mit der Erinnerung an Samaria unvereinbar, und verfügte, der Kibbuz sei nach dem israelischen Stamm, der die Gegend in alter Zeit bewohnt hatte, Ascher zu nennen. Die Siedler erklärten sich einverstanden, den arabischen Namen aufzugeben, beharrten jedoch auf der Vorstellung, dass ihre Vergangenheit als Ghettokämpfer berücksichtigt werden müsse. Daraufhin wandte der JNF ein, der Begriff Ghetto könne unmöglich im Namen einer israelischen Siedlung vorkommen. Zvika Dror zeigte mir den Schriftwechsel, der den Streit zwischen der biblisch-hebräischen Tradition der Stämme auf der einen Seite und dem Ghettoleben in der Diaspora auf der anderen dokumentierte.

Das Gezänk um den Namen zeugte vom Bestreben der Veteranen des organisierten Widerstands, sich nach Art exklusiver Geheimorden vom Rest der Holocaust-Überlebenden zu distanzieren. Doch der Wunsch, als «lebendiges und produktives Andenken an die Aufstände in den Ghettos» zu dienen, war sehr schwer zu verwirklichen. Der Dichter Chaim Guri erzählte mir einmal, er habe während seiner ersten Besuche im Kibbuz durch die Fenster der Hütten gequälte Schreie gehört. Nicht alle Gründungsmitglieder des Kibbuz – ja, nicht einmal die Mehrheit

von ihnen – hatten die Nazis aktiv bekämpft. Viele von ihnen litten entsetzlich unter der Tatsache, dass sie den Holocaust überlebt hatten, ohne Widerstand zu leisten. Der Heldenmythos war eine schwere Bürde, die sich nicht mit ihren Erinnerungen und Erfahrungen deckte.

Einmal im Jahr, am Pessachfest, bereitet die Belegschaft des Kibbuz-Ladens ein Festmahl vor und feiert ihre eigene kleine Party, an der ich teilnahm. Während wir bei Hühnchen in Pilzsauce sassen, begannen die Anwesenden von früher zu erzählen. Einige sprachen Jiddisch. Unter ihnen befanden sich ältere Leute, die ein schweres Schicksal und ein arbeitsreiches Leben hinter sich hatten. Zvika Dror zeigte mir Jehuda Bornstein, der zuerst in Auschwitz und dann im Lager Ebensee inhaftiert gewesen war. Der Hunger hatte ihn gezwungen, Fleisch toter Mitgefangene zu essen. Viele Jahre später verlor Bornstein seinen Sohn, den Piloten Zvika Baschan, im Jom-Kippur-Krieg. Seine in Israel geborene Tochter Nili dichtete:

Ich sehne mich nach Łódź, nach den freundlichen, sanften Augen meiner Grosseltern.

Ich sehne mich nach ihnen wie nach Challa am Sabbath.

Viele Kinder der Holocaust-Überlebenden empfanden diesen Verlust und Schmerz. Wie ihre Eltern litten auch sie unter Scham, Schuldgefühlen und manchmal sogar unter Alpträumen von den Lagern, die sie nie gekannt hatten.⁵

Ich war nach Lochamei Hagetaot mit einer einfältigen Frage gekommen: Hatten seine Bewohner im Kibbuz wirklich ihr Glück gefunden? Doch laut wagte ich nur zu fragen, ob sie rückblickend glaubten, dass sie richtig gehandelt hatten, als sie sich entschlossen, gemeinsam alt zu werden. Meine Gesprächspartner erwiderten, sie sprächen nicht tagtäglich über den Holocaust. Nein, ganz im Gegenteil – bevor Zvika Dror sie gezwungen hatte, sich für seine vier Sammelbände die Schrecken ihrer Vergangenheit wieder ins Gedächtnis zurückzurufen, hätte es einige gegeben, die die Lebensgeschichte ihrer Freunde so genau gar nicht gekannt hatten. Sie lebten zusammen und schwiegen zusammen. Es sei für Dror nicht leicht gewesen, sie aus der Reserve zu locken. Drors Bücher geben nicht nur die Erfahrungen des Holocaust wieder, sondern

erzählen gleichermassen die Geschichte einer Gruppentherapie, der sich ein ganzer Kibbuz unterzog, als seine Geschichte ans Tageslicht kam.⁶ Avraham Zoref sagte, er könne nicht unter Menschen leben, die nicht wie er den Holocaust durchlitten hätten. Nach dem Krieg, als er noch in einem Maapilim-Lager in Zypern gefangen war, hatte er lange darüber nachgedacht, wie er anderen wohl mitteilen könnte, wie es ihm «dort» ergangen war, welche Worte er wählen sollte, um zu erklären, dass es die Juden seiner Stadt nicht mehr gab. Er hatte sich gefühlt, als sei er der letzte Jude auf Erden. Als er in Israel ankam, hatte ihn niemand danach gefragt, und das hatte er als ganz schrecklich empfunden. Die Leute wollten es einfach nicht wissen. Diese ganze Zeit danach sei traumatisch gewesen, schloss er, stand vom Tisch auf und ging weg. Er war aus dem Konzentrationslager Stutthof nach Israel gekommen.

Nach dem Essen besuchte ich Nina Wangrove. Drors Bücher berichten von den entsetzlichen Foltern, die ihr im Gefängnis zugefügt wurden.⁷ Sie erzählte mir von ihrem Leben im Kibbuz. Nachträglich erfuhr ich von ihr, dass sie von diesem Teil ihres Lebens noch nie berichtet hatte. Es war ein trauriger Monolog.

«Das ist eine gute Frage, wie mein Leben verlaufen wäre, wenn ich nicht in den Kibbuz gegangen wäre. Ich war immer sehr verschlossen; mein Mann und ich redeten nicht über das, was im Krieg passiert war. Ich hätte ihn dazu bringen können, aber das wollte ich nicht. Er war auch von «dort». Ich sage nicht gerne «Holocaust-Überlebende». Es stimmt nicht, dass wir überlebt haben, dass wir gerettet wurden. Bis heute sind wir nicht gerettet worden.

Im Krieg wollte ich nur sterben. Ich wusste, dass ich dazu verdammt war, aber ich träumte davon, bis zum Ende des Krieges zu leben und einen Tag danach, als freier Mensch, zu sterben. Wie ein Vogel, der durch die ganze Welt geflogen ist und dann zum Schluss die Flügel ausbreitet und fällt.

Der Krieg hörte auf. Als er zu Ende war, war auch in mir etwas zu Ende. Nachdem ich soviel Energie verbraucht hatte, um im Krieg am Leben zu bleiben, gab es plötzlich kein Ziel mehr. Das war sehr, sehr

schwer. Ich sehnte mich so nach etwas, das meinem Leben einen Sinn geben würde. Ich war achtzehn. Zufällig traf ich Leute, die mir sagten, geh doch in einen Kibbuz. So kam ich hierher.

Ich war misstrauisch. Ich weiss noch, wie ich zu meinem Mann sagte: Diese Kibbuz-Ideologie ist ganz nett. Aber willst du wirklich den Rest deines Lebens mit Monik und Frieda verbringen? Genauso habe ich meinen Mann gefragt: Willst du wirklich von jetzt an mit ihnen leben? Es hat sich herausgestellt, dass wir es wollten – wir haben unser ganzes Leben mit Monik und Frieda verbracht.

Andere Leute konnten uns nicht verstehen, können uns nicht verstehen. Das ist heute mein Eindruck. Ich weiss nicht, was geschehen wäre, wenn sie es wenigstens versucht hätten. Vielleicht ist es das Beste, dass sie es gar nicht erst versucht haben. Niemand hat uns irgendetwas gefragt. Sie haben uns einen Arbeitsplan in die Hand gedrückt und uns zur Arbeit eingeteilt. Wenn sie versucht hätten, uns zu verstehen, wer weiss? Vielleicht hätte es nicht geklappt. Und wir haben nicht versucht, uns selbst zu verstehen. So verging ein Jahr und dann noch eines und noch eines und noch eines. Jedes Jahr wurde schwerer. Alles, die Erinnerungen an den Holocaust und die Erinnerungen an die Zeit danach und die Erinnerungen aus der Zeit im Kibbuz. Es ist jedes Jahr schwerer zu ertragen.

Wir waren völlig durcheinander, wie im Schock, als wir aus dem Lager in dieses – Ghetto kamen. Ja, der Kibbuz. So komme ich mir vor, wie in einem Lager oder einem jüdischen Ghetto. Wie kann man nur so leben? Am Ende war ich nicht glücklich. Ausser meinen Kindern gibt es nichts, was mich hier hält. Ich kann hier sein und morgen dort und übermorgen nirgends. Der Kibbuz ist für mich kein furchtbar wichtiger Ort geworden. Vielleicht gibt es gar keine furchtbar wichtigen Orte oder Dinge. Alles Wichtige ist gestorben.

Jahrelang lebte ich in der Phantasie, in meinem alten Haus. Mein Heimatland ist Sowjetrussland. Mein Vater und meine Mutter – ich weiss nicht, was aus ihnen geworden ist. Und mein Bruder. Viele Jahre, viele, viele Jahre lebte ich mit der Hoffnung, dass ich sie eines

Tages sehen würde. Mehr als einmal verliess ich ohne ein Wort den Kibbuz und fuhr nach Haifa, ging die Herzl-Strasse entlang, lief herum und immer weiter, stand vor dem Kino – wer weiss, vielleicht würden sie plötzlich unter all den Leuten auftauchen. Es war schrecklich. Es war schrecklich für mich, es war schrecklich, meinem Mann zu erklären, wohin ich ging. Und wir lebten so eng aufeinander, man konnte sich kaum rühren. Kein Atemzug, ohne dass es der ganze Kibbuz wusste. Äusserliche Dinge – nicht was in Ninas Innerem vorging, sondern wohin Nina ging, wohin ging sie denn nur. Und ich habe sie nie gefunden.

Ich hätte da herausollen und leben. Der Kibbuz war nie mein Zuhause. Heute ist das Leben wenigstens erträglich. Aber es war kein Zuhause, und heute ist es immer noch kein Zuhause. Und ich habe mich sehr für diesen Ort hier eingesetzt. Ich habe alle möglichen Arbeiten verrichtet. Ich habe alles getan, was getan werden musste. Ich habe mit Kindern gearbeitet und in der Fabrik – überall, wo ich gebraucht wurde. Aber nicht wie mein Mann. Mein Mann hat an das geglaubt, was er tat. Ich habe alles aus Pflichtgefühl getan, aus einem Gefühl der Verantwortlichkeit heraus. Er hat wirklich an den Kibbuz geglaubt. Ich nicht.

Die Kinder sind fortgegangen. Jetzt fühle ich mich stark genug, alles zu sagen. Früher war ich still. Habe einfach alles akzeptiert. Sie haben uns diese Ideologie gegeben – sozialistisch, voller Einschränkungen: was man tragen durfte und was nicht, was man denken durfte und was nicht, was man sagen durfte und was nicht. Es war alles so bedrückend. Aber ich habe es akzeptiert. Habe es akzeptiert. Was wäre gewesen, wenn ich nicht in den Kibbuz gegangen wäre? Vielleicht hätte ich es mein ganzes Leben lang bedauert. Möglich.»

Sie war zweiundsechzig, als ich sie besuchte, eine grosse, kräftige dunkelhaarige Frau mit einer starken Ausstrahlung. Kurz zuvor hatte sie ihr Augenlicht verloren. Der Kibbuz hatte ihr eine grosse Wohnung gebaut und ihr einen Webstuhl gekauft, an dem sie mit Wolle ländliche Szenen webte.

«Vater und Mutter sprachen von nichts anderem», erzählte die Kibbuz-Sekretärin, wie das gewählte Oberhaupt der Kibbuz-Verwaltung

genannt wird. «Sie redeten die ganze Zeit davon. Jedes Gespräch, ganz egal, wie es anfang, führte früher oder später zum Holocaust.» Sie und ihr Bruder hätten das nicht leiden können, fuhr sie fort. Sie konnten die jährlichen Gedenkfeiern nicht leiden, die für den Kibbuz grosse Ereignisse waren, weil so viele wichtige Gäste kamen. Die Erinnerung lastete auf den Eltern wie auf ihren Kindern. Ihr Name ist Jael Zuckerman; ihre Eltern waren das legendäre Paar Antek Zuckerman und Zivia Lubetkin. Jede Woche am Freitagabend trafen sie sich mit Freunden und Bewunderern. Sie trugen den Mythos durch ihr ganzes Leben. Eine Zeitlang sprachen sie über Aktuelles, dann begannen die Geschichten von damals. Jael Zuckerman verstand kein Wort davon, sagte sie mir, und sie habe auch nichts verstehen wollen. «Bis es zu spät war. So ist es immer. Wenn jemand endlich seine Eltern verstehen will, ist niemand mehr da, den man fragen kann.»

Jael Zuckerman, von Beruf Psychologin, begann sich nach dem Tod ihres Vaters im Juni 1981 für den Holocaust zu interessieren. Sie las die Bücher ihrer Eltern und reiste zweimal nach Polen. Es war ein Reifungsprozess, sagte sie, bei dem sie ihr Leben überdachte und ihre Eltern vermisste. Sie hält es auch für eine Frage des Alters. Ihr Interesse für den Holocaust sei nicht obsessiv, sagte sie, aber sie wisse, dass er zu ihrem Leben gehöre.

Zum Kibbuz zählen 280 erwachsene Mitglieder, darunter neunzig, die von Anfang an dabei sind. Mit den 185 Kindern leben hier insgesamt fast 500 Menschen zusammen. Die Eltern und Gründer zogen sich früh von der Arbeit im Kibbuz zurück – vielleicht war ihre Kraft verbraucht – und machten ihren Kindern Platz. Generationskonflikte waren höchst selten, erzählte Jael Zuckerman. Der Kibbuz ist wohlhabend, gut gepflegt, die Rasenflächen leuchtend grün. Er besitzt eine Fabrik, die mit grossem Erfolg aus Soja Fleischersatz herstellt und einen Jahresumsatz von 21 Millionen Dollar erwirtschaftet. Ja, sie exportieren auch nach Deutschland. Kibbuz-Mitglieder bekamen Entschädigungszahlungen aus Deutschland und manche bis heute jährliche Pensionen. Wie viele andere Kibbuzim benutzten sie das Geld, um ein Schwimmbaden zu bauen. Nicht alle händigten das Geld dem Kibbuz aus. «Das ist ein Pro-

blem», sagte Zuckerman. Es kommen freiwillige Helfer aus anderen Ländern, aber keine Deutschen. Deutsche Gruppen, die das Museum besuchen wollen, müssen ein Empfehlungsschreiben von Willy Brandt bringen. Das ist einmal nach langen Diskussionen so beschlossen worden.

In den achtziger Jahren stand der Antisemitismus in Deutschland immer wieder auf der Tagesordnung der Knesset. Daneben debattierten die Abgeordneten unter anderem über die Notwendigkeit, Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen, und über die Frage, wie denjenigen zu begegnen sei, die behaupteten, der Holocaust habe nie stattgefunden. Im Grossen und Ganzen blieben diese Debatten ohne praktische Bedeutung. Sie spiegelten lediglich das Bemühen, die «Heiligkeit» des Holocaust-Erbes zu verteidigen. Es gab Gesetze, die über religiöse Gefühle oder die Fahnenhonorare wachten, und 1985 wurde in Anlehnung daran ein Gesetzesantrag eingebracht, wonach die Verwendung von Nazi-Symbolen zukünftig generell verboten bzw. nur für pädagogische und wissenschaftliche Zwecke gestattet werden sollte. Einige dieser Debatten fanden in einer äusserst feierlichen Atmosphäre statt. Die Knesset-Protokolle enthalten häufig den Hinweis, dass sich unter den Gästen auf der Galerie prominente Holocaust-Überlebende befanden, und es gab auch Fälle, in denen ein Chor zu der entsprechenden Sitzung eingeladen wurde, der Lieder über den Holocaust sang. Hin und wieder reicherten Abgeordnete ihre Reden mit Gedichten, Gebeten oder persönlichen Reminiszenzen an. Manchmal wurden die Diskussionen von dramatischen symbolischen Handlungen begleitet. Justizminister Mosche Nissim verkündete einmal, die Regierung werde eine Million Dollar der- oder demjenigen aushändigen, der Josef Mengele an Israel ausliefere. Meir Kahane zerriss während einer Diskussion über Kurt Waldheims Vergangenheit auf dem Podium eine österreichische Fahne.⁸ Ein gewisses Konkurrenzgebaren unter den Abgeordneten war nicht zu übersehen; häufig versuchte die eine oder andere Partei zu demonstrieren, dass sie patriotischer oder religiöser als ihre Kontrahenten war. Auf ähnliche Weise wetteiferten sie um die Ehre, die Erinnerung an den Holocaust

auf besonders angemessene Weise zu wahren. Viele Abgeordnete waren selbst Holocaust-Überlebende, und sie versuchten, die Knesset zu anti-deutschen Gesten zu bewegen. Offenbar wähten sie sich noch in den fünfziger Jahren, als solche Initiativen enorme Emotionen auslösen konnten. Einer verlangte, dass die Knesset all jene Israelis verurteilen solle, die von dem Recht, sich deutsche Pässe ausstellen zu lassen, Gebrauch gemacht hatten oder die, wie Zehntausende von Israelis, ihre doppelte Staatsbürgerschaft behielten. «Ein solcher Schritt ist antipatriotisch, antizionistisch und unmoralisch», wettete der Abgeordnete. Ein Kollege protestierte dagegen, dass Israel versprochen hatte, das Deutschlandbild in den Schulbüchern positiver zu gestalten. Ein Dritter versuchte die Knesset davon zu überzeugen, dass der israelische Präsident Deutschland keinen Besuch abstatten dürfe.⁹ Doch trotz aller Zeremonien entdeckte die Holocaust-Lobby wie zuvor die religiöse Lobby, dass die säkulare Wirklichkeit stärker war. Viele tausend Israelis beantragten und erhielten deutsche Pässe; das israelisch-deutsche Komitee für die Überprüfung der Schulbücher tagte ungestört weiter; Präsident Herzog besuchte Deutschland.¹⁰ Kurz vor dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 begannen die ersten intensiven Kontakte zwischen Ostdeutschland und Israel. Es war eine seltsame diplomatische Episode. Israel versuchte, das untergehende Ostdeutschland zur Unterzeichnung einer Reparationsvereinbarung zu bewegen, die für ein vereinigtes Deutschland verpflichtenden Charakter haben würde. Bis dahin hatte Ostdeutschland seinen Anteil an der Verantwortung für die Nazi-Verbrechen geleugnet. Die Verhandlungen waren mit den Gesprächen zwischen Israel und Westdeutschland in den fünfziger Jahren fast identisch. Damals wie jetzt diktierte Israel eine Reueerklärung. In der Geschichte ist eine derartige Parallelität nur selten vorgekommen. Fast vierzig Jahre nach ihrem ersten Auftritt spielten dieselben Protagonisten vor dem gleichen Hintergrund und repräsentierten die gleichen Interessen wie damals. Die Israelis wollten Geld, die Deutschen ein neues Image. Als Währung dienten Worte.

Im April 1990 verabschiedete das ostdeutsche Parlament eine Resolution; es war eine seiner letzten. Darin erklärte der Staat nicht nur seine

Reue, sondern anerkannte zugleich Israels Status als Vertreter aller Juden. Vom Tag seiner Gründung an hatte Israel auf eine solche Anerkennung gehofft, sie jedoch nie erhalten, was teilweise am Widerstand jüdischer Organisationen in anderen Ländern, vor allem in den USA, lag. Nun hatte der jüdische Staat sein Ziel erreicht: in Form eines Testaments, das ein sterbender deutscher Staat ihm ausstellte. Die Ironie war kaum zu übertreffen.*¹¹

Die israelische Presse reagierte auf die Wiedervereinigung Deutschlands mit Leitartikeln, die Zurückhaltung, Argwohn und Schmerz zum Ausdruck brachten. Verfasst wurden sie, so schien es, aus einem Gefühl heraus, dass diese und keine andere Reaktion von der Presse des jüdischen Staates erwartet wurde. Hier und da erhoben Holocaust-Überlebende ihre Stimme. Wie zu erwarten, war Dov Schilansky ihr Sprecher. «Für uns ist dies ein Tag der Trauer», erklärte der Knesset-Präsident.¹³ Doch die Regierung passte sich der neuen Realität rasch an. Aussenminister Mosche Arens flog nach Deutschland, um den Schaden, den Jizchak Schamir mit seinen misstrauischen Äusserungen angerichtet hatte, zu begrenzen. «Wir haben völliges Vertrauen zu einem wiedervereinigten Deutschland», sagte Arens in Bonn.¹⁴ **Jediot Acharonot** stellte durch eine Umfrage fest: 36 Prozent der Befragten betrachteten die Wiedervereinigung Deutschlands als positiv. Etwa 28 Prozent gaben an, sie seien nicht damit einverstanden. Weiteren 35 Prozent war der Vorgang gleichgültig. Diese letzte Zahl ist vermutlich die entscheidende: Die meisten Israelis betrachteten Deutschland nicht länger als Feind.¹⁵

* Kurz vor der Wiedervereinigung unternahmen die Berliner Philharmoniker ihre erste Konzertreise durch Israel. Zuvor hatten sie wegen der Vergangenheit ihres Dirigenten Herbert von Karajan nicht in Israel spielen können. Beim Besuch des Orchesters, kurz nach Karajans Tod, wiederholte Daniel Barenboim eine schon oft gehörte Meinung. Die Zeit sei reif, sagte er, sich von dem letzten Tabu zu trennen und Richard Wagners Musik in der Öffentlichkeit zu spielen. Das vorletzte antideutsche Tabu existierte schon länger nicht mehr: Orchester spielten wieder die Musik von Richard Strauss. Die Neonazi-Attacken auf Ausländer, die sich 1993 in Deutschland ereigneten, sorgten in der israelischen Presse für Schlagzeilen, doch die meisten Israelis zeigten sich davon nicht sehr berührt.¹²

An einer kleinen Strasse in Tel Aviv, die einmal bessere Tage gekannt hat, steht ein Gebäude mit dem Namen Ohel Schern. Die Strasse, eine der ältesten der Stadt, ist benannt nach Arthur James Balfour, dem britischen Aussenminister, der sich diese Ehre dadurch erwarb, dass er 1917 einen entscheidenden Brief schrieb. Er war an Lord Lionel Walter Rothschild, den Präsidenten der zionistischen Vereinigung in England, gerichtet, und besagte, dass die Regierung Seiner Majestät der Gründung einer jüdischen Heimstatt in Palästina wohlwollend gegenüberstehe. Die Balfour-Deklaration war ein wichtiger Schritt in den Bemühungen der zionistischen Bewegung um die Gründung eines jüdischen Staates. Ohel Schern («Scherns Zelt») entstand als Veranstaltungsort etwa zwölf Jahre später auf Betreiben des Nationaldichters Chaim Nachman Bialik. Er wollte einen Saal, den das kulturbewusste Judentum für sich beanspruchen konnte. In seinem Gedicht «Auf der Schwelle des Gebetshauses» schrieb er: «Du wirst nicht fallen, Zelt des Schern, ich baue dich stark.»¹ Es war ein wichtiges kulturelles Zentrum, weltlich wie Tel Aviv, das seit seinem Bestehen grosse Menschenmengen anlockte. Man erlebte dort die Schriftsteller, Dichter und Gelehrten der Stadt, das philharmonische Orchester Israels spielte, und das Zentralkomitee der Mapai tagte unter seinem Dach.

Heute, sechs Jahrzehnte später, hat Ohel Schern seine einstige Grösse eingebüsst. Die Farbe blättert von den Wänden, und es wird nur noch für unbedeutendere Ereignisse wie jiddische Theateraufführungen genutzt. Im September 1990 besuchte ich Ohel Schern, um an der Gedenkfeier zum Jahrestag der Liquidierung des Ghettos von Łódź durch die

Deutschen teilzunehmen; da gewöhnlich nur aus Łódź gebürtige Israelis kommen, wurde ich sofort als Aussenstehender identifiziert. Łódź war einst die zweitgrösste Stadt Polens, in der vor Ausbruch des Krieges eine Viertelmillion Juden lebte. Sie stellten ein Drittel aller Einwohner und arbeiteten zumeist in der Textilindustrie. Die überwiegende Mehrheit wurde von den Nazis ermordet. Diejenigen, denen die Flucht nach Israel gelang, haben ihre eigenen Organisationen gebildet wie die Menschen zahlreicher anderer europäischer Städte auch. Jede dieser «Landsmannschaften» veranstaltet jährlich ihre Gedenkfeier. Es vergeht kein Monat, in dem nicht irgendwo – gewöhnlich in Tel Aviv – ein solches Treffen stattfindet. Die meisten Menschen, die sich an jenem Abend in Ohel Schern einfanden, waren sechzig Jahre alt oder älter. Sie hatten den grössten Teil ihres Lebens in Israel verbracht und sprachen Hebräisch, doch bei ihrer Zusammenkunft, die aus einem zeremoniellen und einem geselligen Teil bestand, fielen sie entweder ins Polnische oder ins Jiddische zurück. Die Versammlung wurde zwischen Rosch Haschanah und Jom Kippur abgehalten, zu einer Zeit also, in der sich die Menschen des jahreszeitlichen Wechsels bewusst werden. Die Teilnehmer fragten einander, was sich seit dem letzten Jahr ereignet hatte, erkundigten sich nach der Gesundheit und den Kindern. Einer war am Herzen operiert worden, ein anderer hatte ein Geschäft eröffnet, einer hatte sich pensionieren lassen, und wieder einer war gestorben. Die Tochter eines Teilnehmers hatte ihre Offiziersausbildung abgeschlossen, und der älteste Sohn, der in Los Angeles, hatte noch ein Kind bekommen. Hier war das alte, wohlhabende Tel Aviv der Aschkenasim versammelt, doch es schien, als hinge ein kollektives Seufzen in der Luft. Durch ihre Emigration hatten diese Menschen eine Welt verloren, die ihnen lieb und teuer war. Sie vermissten sie, das merkte ich ihnen an. Die Älteren unter ihnen hatten die Schrecken des Holocaust durchlitten, manche hatten die Vernichtungslager überlebt.

Nach den ersten Begrüssungen bewegten sich die Menschen, die noch auf dem Gehweg standen, langsam auf den Eingang zu; im Vorraum verkauften zwei junge Leute die **Enzyklopädie des Holocaust**, Israels wichtigsten Beitrag zur Historiographie des Völkermordes an den Juden. Es ist eine sechsbändige, halboffizielle Publikation, die ge-

meinsam von Yad Vashem, von dem Mapam-Verlag Sifriat Poalim und von Jediot Acharonot herausgegeben wird. Elie Wiesel hat ein Vorwort beigesteuert. Als die Enzyklopädie erschien, wurde in Presse und Radio massiv für sie geworben. Den Besuchern der Łódź-Versammlung wurde die Ausgabe zu einem Vorzugspreis angeboten. Ein Mann wanderte durch die Menge und verkaufte aus einem Karton Tonband-Kassetten von Schimon Levin. Levin selbst war eingeladen worden, die Trauergebete zu rezitieren, und wartete, ganz in Schwarz gekleidet, auf seinen Einsatz. Doch zunächst eröffnete der Vorsitzende die Versammlung, wobei er die Anwesenden als «Liebe Łódźer» ansprach; dann wurden sechs Kerzen auf einer Menora angezündet, die auf einer mit schwarzem Stoff verhüllten Kiste stand. Kerzen und Gebete wirkten nicht unpassend, doch der Charakter des Treffens war eindeutig säkular. Zwar standen die Anwesenden, etwa dreihundert Menschen, während der Gebete auf, doch blieben Männer und Frauen zusammen stehen. Die meisten Männer bedeckten ihr Haupt nicht, einige benutzten dazu Taschentücher, mit denen sich das säkulare Israel bei Beerdigungen, Hochzeiten und ähnlichem zu behelfen pflegt. Die Gebete dauerten nur wenige Minuten. Als nächstes wurden einige Worte in Jiddisch gesprochen – auch dies ein fester Bestandteil der Gedenkkultur Israels. Dann führte der Vorsitzende den Schriftsteller und Dichter Zwi Blumenfrucht als Redner des Abends ein. Blumenfrucht warnte in jiddischer Sprache vor der Gefahr des Vergessens. Auch wenn man von uns will, dass wir den Holocaust vergessen, werden wir das nicht tun, sagte er und rief, als beschwöre er seine Loyalität gegenüber den Toten, auf Deutsch ins Publikum: «Nein, nein, nein!» Auf jeder Seite der Bühne standen drei israelische Fahnen, die insgesamt nicht zufällig die symbolische Zahl sechs ergaben. Darüber hing ein grosser, farbiger Plan des Ghettos von Łódź.

Der Vorsitzende war ein energischer Mann, der bei der Moderation des Treffens offensichtlich auf beträchtliche Erfahrung zurückgreifen konnte. Nach der Rede gab er einige organisatorische Einzelheiten bekannt. Er habe gehofft, so sagte er, dass ihnen Schüler von ihrer Reise nach Polen berichten würden, aber sie seien inzwischen zur Armee ein-

gezogen worden. Die Vertretung der Einwanderer aus Łódź habe an die Armee geschrieben und um ihre Freistellung gebeten. Er, der Vorsitzende, habe sich persönlich darum gekümmert. Leider habe die Armee dem nicht zugestimmt; trotzdem freue er sich, im Publikum zumindest ein paar junge Leute zu sehen. Es sei sehr wichtig, betonte er, dass die Geschichte von Łódź an die jüngere Generation weitergegeben werde.

Es war bekannt, dass sich drei Wochen später die beiden Deutschland wiedervereinigen sollten, doch dieses Thema wurde nicht angesprochen. Stattdessen erwähnte der Vorsitzende den «kleinen Hitler», der Israel nun bedrohe – den irakischen Präsidenten Saddam Hussein. Im Zusammenhang mit der Golf-Krise lobte er David Ben Gurion für seine frühe Entscheidung zugunsten einer israelischen Atombombe. Die Versammelten nickten zustimmend.

Danach ermutigte der Vorsitzende die Łódźer, sich des Lebens zu freuen. Das habe auch der Oberste Rabbiner von Tel Aviv angeordnet. Die Opfer, die Märtyrer, hätten den Überlebenden das Leben vermacht, und das Leben bedeute Glück, ja sogar Lachen. Selbst bei einer Gedenkfeier dürfe man lachen, meinte der Vorsitzende und gab nun einen Witz aus dem Zweiten Weltkrieg zum Besten: Ein japanischer Junge fragt seinen Vater, warum es eigentlich nötig gewesen sei, Pearl Harbour zu bombardieren – hätte man es nicht einfach kaufen können? Das Publikum schmunzelte höflich. Und das erinnert mich daran, fuhr der Vorsitzende fort, dass das Verbandskonto leer ist. Man habe viele Pläne: Unter anderem wolle der Verband eine Foto-Ausstellung über das Ghetto von Łódź von Frankfurt nach Israel holen. Und kaum zu glauben, aber unter den Bildern befände sich eines, das Chaim Rumkowski, den Vorsitzenden des Judenrats, neben dem SS-Führer Heinrich Himmler zeige! Wenn sie es sich leisten könnten, würden sie gerne zwei Versammlungen jährlich abhalten. In der Zwischenzeit bereite man gerade ein Treffen der Absolventen des Hebräischen Gymnasiums von Łódź vor. Als nächsten Punkt liess der Vorsitzende die Versammelten wissen, der Verband habe kürzlich durch die Grosszügigkeit der polnischen Regierung Kopien der alten Bevölkerungsstatistik erhalten. Er habe auch In-

formationen bekommen über die Gräber von 150'000 Juden, die seit der Jahrhundertwende verschieden seien. Das Studium dieser Dokumente könne denjenigen, die vorhätten, die Gräber ihrer Angehörigen zu besuchen, viel Zeit sparen. Es sei jetzt auch eine Broschüre erhältlich, die den Mitgliedern die noch verbleibenden Möglichkeiten erläutere, von Deutschland Entschädigungen zu beantragen. Aber all das koste Geld, und er, der Vorsitzende, wisse natürlich, dass seine lieben Łódźer warmherzige und grosszügige Menschen seien und in der nun folgenden Pause sicherlich etwas spenden würden. Offenbar hätten einige Mitglieder ihre Scheckbücher vergessen, deshalb erwarte er deren Beiträge per Post. Die Zuhörer wiegten skeptisch den Kopf.

Im Mittelpunkt des Abend standen zwei historische Vorträge. Schmuël Cracowski, der Leiter des historischen Archivs von Yad Vashem, sprach über die Besatzungszeit der Nazis vor der Einrichtung des Ghettos. Dina Porat referierte über die Haltung der jüdischen Welt und des Jischuw gegenüber dem Holocaust. Cracowski ist ein kleiner Mann mit schütterem Haar, dessen Akzent seine polnische Abstammung verrät; Dina Porat ist eine elegante junge Frau mit dem Hebräisch der in Israel Geborenen. Cracowski sprach mit grosser innerer Beteiligung, und es war nicht immer möglich, zwischen dem nüchternen Historiker und dem engagierten Redner zu unterscheiden. Er konzentrierte sich auf die Schilderung der Greuel, die die Nazis an der Zivilbevölkerung verübten, auf Akte des barbarischen Sadismus, wie er sie nannte. Als er von Herbert Fischer sprach, der eine der Mörderbanden befehligt hatte, die als Einsatzkommandos bekannt waren, merkte Cracowski an, dass «alle Kommandanten dieser Einheiten promoviert waren». Wieder nickte das Publikum, eine Bruderschaft «kleiner Leute» – weder Doktoren noch Mörder. Als Cracowski von der Zerstörung der Synagogen sprach und darüber, wo sie gestanden hatten, ging ein Murmeln durch den Saal. Die Strassennamen, die er anführte, brachten die Menschen dazu, ihren Nachbarn Kindheitserinnerungen zuzuflüstern; bei Cracowskis Schilderung wurde ihnen warm ums Herz. Porat, die an der Universität von Tel Aviv lehrt, war zurückhaltend, kühl und theorieorientiert.

Cracowski und Porat repräsentieren zwei Stationen auf dem Weg der israelischen Holocaust-Geschichtsschreibung. Der Weg führt Schritt für Schritt von der Erinnerung zur Wissenschaft und trifft dabei auf zahllose ideologische, politische und psychologische Hindernisse. Die ersten Anstrengungen, den zerstörten jüdischen Gemeinden ein Denkmal zu setzen, wurden während des Krieges von diesen Gemeinden selbst unternommen. Emanuel Ringelblum dokumentierte die Geschichte des Warschauer Ghettos; sein in Milchkrügen verborgenes Archiv, das nach dem Krieg entdeckt wurde, ist eine wertvolle Informationsquelle für die Holocaust-Forschung. Ähnliche Archive und Tagebücher wurden in Ghettos, in Partisanenstellungen in den Wäldern und sogar in den Vernichtungslagern angelegt und geführt.² Auch in Israel entstanden solche Bemühungen, doch hier wurden sie in den grossen Strom des Zionismus integriert. Im Juli 1947 lud eine internationale Konferenz Vertreter all jener historischen Einrichtungen nach Jerusalem ein, die sich mit dem Sammeln von Material über den Holocaust befassten. Die Teilnehmer betonten, dass sie nicht nur mit dem wissenschaftlichen Ziel arbeiteten, die Gründe und Bedeutung des Völkermords an den Juden zu studieren und zu verstehen, sondern auch «aus der Hoffnung heraus, dass die Lehre des Holocaust der Zukunft unseres Volkes dienen wird». Die Konferenz fasste den Beschluss, dass Israel, mit «Jerusalem in seiner Mitte», der geeignete Ort sei, um das Zentrum solcher Forschungsarbeiten zu bilden.³

Das «Gesetz zum Andenken an die Holocaust-Märtyrer und Helden» von 1953 verlieh Yad Vashem den Status einer offiziellen historischen Institution, denn es nannte als ihre Aufgabe, «Material über die Vernichtung und das Heldentum der Juden zu sammeln, zu prüfen und zu veröffentlichen».⁴ Der erste Ansatz dazu waren Interviews mit Überlebenden, die auf Tonband aufgenommen wurden. Diese Interviews besitzen einen gewissen historischen Wert, doch die Interviewer fragten nicht kritisch nach; weder verlangten sie Beweise, noch konfrontierten sie die Überlebenden mit anderen Informationen, die ihren Aussagen vielleicht widersprachen. Für die Zeugen war das Erzählen ihrer Geschichte eine heilige Pflicht gegenüber den Toten und manchmal auch

ein Ventil für ein schweres persönliches Schicksal, eine Art von Gesprächstherapie. Yad Vashem nahm das auf, was sie zu sagen hatten.

Auch die «Landsmannschaften» ermutigten ihre Mitglieder aufzuzeichnen, was ihnen während des Krieges zugestossen war. Mit den Jahren entwickelte sich ein einzigartiges und ergreifendes literarisches Genre: das Erinnerungsbuch oder Jizkor. Jedes erinnert an eine zerstörte Gemeinde; manche Orte sind so klein, dass man sie auf einer Landkarte kaum findet. Die meisten dieser Bücher sind auf eine bestimmte Art entstanden: Mehrere Überlebende aus dem Ort setzten sich zusammen, tauschten Erinnerungen aus und schrieben die Geschichten und Legenden nieder. Sie sammelten Fotos aus privaten Fotoalben, die unversehrt geblieben und auf verschlungenen Wegen in Israel gelandet waren. Sie durchforsteten alte Koffer und öffneten lange verschlossene Schubladen, wo sie Eheverträge, Todesurkunden und Zeugnisse fanden. Hier und da entdeckten sie ein paar Seiten aus dem Tagebuch eines jungen Mädchens, ein Liebesgedicht, eine Zeichnung, ein Kinderlied oder ein Partisanen-Flugblatt. Jede Seite, jedes Foto sprach von einem Leben, das es nicht mehr gab – von Mutters Hühnersuppe ebenso wie von einem Massengrab im Wald, von Aufständen im Ghetto und von der Emigration nach Israel. Ein Lehrer oder Dichter ordnete das Material, so gut er oder sie es konnte, und fügte eigene Ideale, Sehnsüchte, Heldentaten und zionistische Überzeugungen hinzu. Berühmte Persönlichkeiten des Ortes erhielten einen Ehrenplatz im Buch. Präsident Salman Schasar schrieb über sein Stoyvetz, David Ben Gurion über sein Plonsk. Die Landsmannschaft druckte zwei- oder dreihundert Exemplare in Hebräisch und Jiddisch für die Überlebenden, die versprochen hatten, ein Exemplar zu kaufen. Das Buch über Łódź erschien bereits 1943. Im Jahre 1990 wurden nahezu eintausend solcher Publikationen in der Bibliothek von Yad Vashem ausgestellt.⁵ Etwa die Hälfte von ihnen wurde nach dem Jom-Kippur-Krieg gedruckt. Verfasst wurden aber auch Hunderte, vielleicht Tausende individueller Memoiren. Zum einen sollten sie dazu dienen, das grosse Schweigen zu brechen, das den Holocaust-Überlebenden in Israel auferlegt worden war. Zum anderen sollte die Erinnerungsliteratur die negativen Stereotypen auflösen, unter denen die Über-

lebenden litten. Die melancholischen und schmerzlichen Betrachtungen, die Racherufe und daneben die Loyalitätsbeteuerungen an die Adresse des Zionismus, die diese Bände füllen, finden sich in ganz ähnlicher Weise im Werk manch eines israelischen Historikers, der sich noch ohne zeitliche Distanz mit dem Holocaust befasste. Viele von ihnen hatten die Schrecken des Krieges und die Vernichtungslager überlebt. Auch sie sorgten sich um das Ansehen der Opfer und Überlebenden. Auch sie hatten sich für die Gründung des Staates Israel eingesetzt und den Glauben an seine rettende Kraft geteilt, der in jener Zeit die Literatur und Dichtung erfüllte und in der Unabhängigkeitserklärung zum Ausdruck kommt. «Unser Tod mündet in einen neuen Morgen», jubelte Natan Alterman, als hätten die Opfer nur den einen Wunsch gehegt, für die Gründung des Staates zu sterben.⁶ In einem seiner Romane lässt Ka-Zetnik einen Mann und eine Frau an einem Tel Aviver Strand aufeinandertreffen. Er ist ein Holocaust-Überlebender, sie in Israel geboren. Es ist die Nacht des 29. November 1947, die Nacht, in der die UN-Vollversammlung der Teilung Palästinas in zwei Staaten zustimmte. «Ein Staat! Ein Staat! Ein hebräischer Staat!» schrieb Ka-Zetnik. «Ihre Beine schlangen sich um seine Lenden, das Salzwasser glitzerte, berauscher Wein in ihren Küssen ... Gib mich nun frei, meine Liebste, und ich will die Erde küssen zu dieser Stunde und in dieser Nacht.»⁷ In der Unabhängigkeitserklärung steht: «Die über das Volk von Israel [d.h. das jüdische Volk] in der letzten Zeit hereingebrochene Vernichtung, in der in Europa Millionen Juden zur Schlachtbank geschleppt wurden, bewies erneut und eindeutig die Notwendigkeit, die Frage des heimat- und staatenlosen jüdischen Volkes durch Wiedererrichtung des jüdischen Staates im Land Israel zu lösen. Dieser Staat wird seine Tore für jeden Juden weit öffnen und dem jüdischen Volk die Stellung einer gleichberechtigten Nation unter den Völkern verleihen.»*

* So würde jegliches Leugnen des Holocaust als ein Versuch interpretiert, Israel sein Existenzrecht abzuspochen. «Eine weltweite Verschwörung, die von den Feinden Israels finanziert wird, beabsichtigt, die historische Wahrheit über den Holocaust zu

Das Bemühen, die Opfer und Überlebenden des Holocaust in den Augen ihrer Landsleute zu rehabilitieren, den ideologischen Kampf des Staates zu unterstützen und die Kultur des Erinnerens mitzugestalten, lenkte die israelischen Historiker davon ab, sich eingehender mit dem Nationalsozialismus zu beschäftigen. Sie fürchteten vielleicht, dies würde ihnen als Versuch der Rechtfertigung ausgelegt werden oder als Zweifel an seinem abstrakten, fast mythischen Status als Symbol für das absolut Böse. Ihre Furcht behinderte die Forschung und erklärt, warum die wichtigsten Bücher über den Nationalsozialismus und die «Endlösung» nicht in Israel geschrieben wurden. In der Tat sind nur wenige dieser ausländischen Werke ins Hebräische übersetzt worden, und wenn, dann lange nach ihrem Erscheinen. Die Übersetzung und Veröffentlichung von William Shirers *The Rise and Fall of the Third Reich* war ein fast revolutionärer Akt. Hermann Rauschnings Gespräche mit Hitler und Konrad Heidens *Adolf Hitler* erschienen auf Hebräisch im Zweiten Weltkrieg, aber die klassische Biographie Hitlers von Alan Bullock wurde erst 1974, fast zwanzig Jahre nach ihrer Entstehung, in Israel publiziert. Joachim Fests *Hitler* kam 1986, dreizehn Jahre nach der deutschen Ausgabe, in Israel heraus. Der israelische Verleger fügte dem Originaltitel des Buches einen Untertitel hinzu, der der Grundthese des Buches widersprach. Er lautete *Porträt einer Unperson*.¹¹

verzerrten», warnte ein Knesset-Abgeordneter.⁸ Im Juli 1981 verabschiedete die Knesset ein Gesetz, das es verbot, den Holocaust zu leugnen: «Die schriftliche oder mündliche Verbreitung jedes Werks, das die während der Naziherrschaft begangenen Taten, seien sie Verbrechen gegen das jüdische Volk oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit, leugnet oder das deren Dimensionen mit der Absicht herunterspielt, die Täter zu verteidigen oder sich mit ihnen zu identifizieren, wird mit Gefängnishaft bis zu fünf Jahren bestraft.»⁹ Ein Vorschlag, das Strafmaß auf zehn Jahre auszudehnen, wurde nicht angenommen. So war die Judenvernichtung nicht mehr nur ein Thema für Historiker; sie wurde sozusagen aus dem historischen Kontext herausgelöst und zu einer nationalen, gesetzlich geschützten Doktrin erhoben, deren juristischer Status dem religiöser Überzeugungen ähnelt. In einem Punkt wird der Holocaust sogar höher eingestuft als die Religion: Die Höchststrafe für eine «grobe Beleidigung» religiöser Gefühle oder Traditionen – wozu vermutlich das Leugnen der Existenz Gottes gehört – beträgt lediglich ein Jahr Gefängnis.¹⁰

Hannah Arendt erzählte mir einmal von den Zwängen, die eine Veröffentlichung ihres kontroversen Buches über den Eichmann-Prozess verhinderten; sie glaubte, dass Ben Gurion selbst für die Ächtung gesorgt hatte. Eichmann in Jerusalem ist ein Grundlagentext für alle, die sich mit der Persönlichkeit des Nazi-Mörders und seinen Motiven, aber auch mit der Dimension des Bösen im Menschen überhaupt auseinandersetzen. Dass ihr Buch in Israel nicht veröffentlicht wurde, ärgerte Hannah Arendt natürlich, aber das Buch selbst, sagte sie, sei weniger wichtig, als die Leute glaubten. Sie hatte sich den Zorn von der Seele geschrieben über das, was sie als israelischen Versuch betrachtete, den Eichmann-Prozess für politische Zwecke auszubeuten. Würde sie ein zweites Mal darüber schreiben, versicherte sie mir, sähe das Ergebnis anders aus. Der Untertitel Ein Bericht von der Banalität des Bösen sei übersteigert. Mit der beissenden Ironie, für die sie bekannt ist, fügte sie hinzu, Eichmann in Jerusalem könne bestenfalls als Leitfaden für Reporter dienen, als eine Art Ratgeber «Wie berichte ich über einen historischen Prozess». Raul Hilbergs grundlegendes Werk über den Holocaust ist immer noch nicht ins Hebräische übersetzt. Wie Arendt gab Hilberg einen Teil der Schuld für den Völkermord den Juden selbst; seine These lautete, die Judenräte hätten die Realisierung des Vernichtungsprogramms erleichtert. Die Rolle der Judenräte war schon immer einer der heikelsten Punkte der Holocaust-Forschung. Es dauerte sieben Jahre, bis Yad Vashem eine hebräische Übersetzung von Isaiah Trunks Judenrat veröffentlichte, das zunächst in New York erschienen war. Ruth Bondis Edelstein gegen die Zeit – ein menschlicher, ausgewogener Bericht über den moralischen Zwiespalt des Mannes, den Eichmann im Ghetto von Theresienstadt zum Vorsitzenden des Judenrats ernannt hatte – wurde erst zu Beginn der achtziger Jahre veröffentlicht und galt als Verletzung eines Tabus. Dasselbe traf auf das Theaterstück Ghetto von Jehoschua Sobol zu, das einige Jahre später aufgeführt wurde.*¹²

* Gabriel Bach, jener Richter am Obersten Gerichtshof, der beim Eichmann-Prozess Hausner assistiert hatte, erklärte mir, die Anklage habe, ganz im Gegensatz zu Arendts Behauptung, alles «relevante» Beweismaterial über die Judenräte vorgelegt.

Die israelische Geschichtswissenschaft brauchte fast eine ganze Generation, bis sie Historiker hervorbrachte, die den manchmal erfolgreichen Versuch unternahmen, den Holocaust von ihrer persönlichen Biographie zu trennen, ihn als Teil der Geschichte zu sehen und ihn ohne Rechtfertigungen und Ideologie zu studieren. Ansätze dazu finden sich in den späten siebziger Jahren. Früher war diese Entwicklung wohl kaum möglich; der Holocaust war noch zu nah, zu schmerzhaft, zu bedrückend, zu politisch.*¹⁴

Dina Porat ist vor allem bekannt für ihr Buch über die Haltung des Jischuw gegenüber dem Holocaust. «Der Jischuw hat seinen Lebensstil

Es habe sogar die Gefahr bestanden, dass der gesamte Prozess sich mehr mit den Judenräten als mit Eichmann und den Nazis befassen würde. Eines Tages hatte Eichmanns Verteidiger Robert Servatius Bach fünfzehn Briefe gezeigt, die er von israelischen Bürgern erhalten hatte, welche sich sämtlich als Zeugen der Verteidigung anboten. Es ging ihnen nicht darum, Eichmann zu verteidigen, sondern während der Vernehmung alte Rechnungen mit den Mitgliedern ihrer örtlichen Judenräte zu begleichen. Diese Leute waren äusserst aufgebracht. Servatius beschloss, sie nicht als Zeugen zu benennen. Er nahm vermutlich zu Recht an, dass ihre Aussage dem Gericht nur vor Augen führen würde, wie sehr die Nazis ihre Opfer quälten, bevor sie sie in den Tod schickten. «Stellen Sie sich vor, was geschehen wäre, wenn all diese Zeugen – Juden aus Israel – vor Gericht ihre Geschichten über die Judenräte preisgegeben hätten», sagte Bach. «Keiner hätte mehr an Eichmann gedacht.» Als sich Servatius entschied, in diesem Punkt nachzugeben, beglückwünschte sich Bach insgeheim, dass er Eichmann zugeredet hatte, diesen deutschen Rechtsanwalt zu engagieren.¹³

* Die religiöse Historiographie hat ihre eigenen ideologischen und politischen Probleme und Tabus. Nicht zuletzt muss sie sich die Frage stellen, wie Gott einen Massenmord an den Juden zulassen konnte. Wie die säkularen Zionisten betrachteten auch die Religiösen den Völkermord an den Juden als ein Glied in ihrer langen Kette von Verfolgungen. Manche glaubten, die Juden seien für ihre Sünden bestraft worden, andere nahmen an, ihr Schicksal solle die Ankunft des Messias beschleunigen. Die meisten Rabbiner erklärten schlicht, es müsse zwar eine Erklärung für den Holocaust geben, aber es sei nicht möglich, diese zu erkennen. Als die Zionisten behaupteten, die Rabbiner hätten fromme europäische Juden daran gehindert, sich durch die Emigration zu retten, antworteten die Ultraorthodoxen mit dem Vorwurf, die Zionisten hätten sie im Stich gelassen, eben weil sie religiös waren, und so waren es die Zionisten, und nicht Gott, die sie verlassen hatten.¹⁵

und seine Richtung durch den Holocaust nicht geändert», schrieb sie.¹⁶ Ihr Führung in der Falle ist ein wichtiges Buch; bis zu seiner Veröffentlichung im Jahre 1986 war das gescheiterte Rettungsprogramm des Jischuw ein Thema, das gelegentlich in der israelischen Politik aufflammte, jedoch nie methodisch untersucht worden war. Nur ein einziges beachtenswertes Buch war Porats Analyse vorausgegangen. Dessen Autor, der Tel Aviver Lehrer S.B. Beit-Zwi, musste feststellen, dass das Buch kaum zur Kenntnis genommen wurde.¹⁷

Bevor Dina Porat bei der Versammlung der ehemaligen Łódźer das Wort ergriff, sprach der Vorsitzende einige einleitende Worte. Die Einstellung des Jischuw zur Judenvernichtung habe die Überlebenden beunruhigt, sagte er, solange sie noch «dort», im Ghetto, lebten. Später, in Israel, habe sich dies nicht wesentlich geändert. Man habe sie verachtet, weil sie «wie Lämmer zur Schlachtbank» gegangen seien und sich nicht gewehrt hätten. Das jüdische Volk habe sich geweigert, ihnen Glauben zu schenken. Das Publikum murmelte gedämpfte Zustimmung. Der erste Kontakt mit einem Land, das nur tote Helden respektieren konnte, war traumatisch verlaufen. Viele Holocaust-Überlebende hatten sich deshalb mit Begeisterung auf Dina Porats Buch gestürzt oder zumindest eine der vielen Rezensionen gelesen. Die Verfasserin dagegen wirkte äusserst zurückhaltend, fast wie eine Apologetin des Jischuw. Die Leute in Palästina hätten nicht das geringste für sie tun können, erklärte sie den Łódźern. Sie hätten nicht geglaubt, was sie von der Judenvernichtung hörten, und ausserdem hätten sie ohnehin nicht verstehen können, was das alles bedeutete, weil sie – so Porat – zu anständig waren und andere, ebenso berechnete Sorgen hatten.

Über zwanzig Jahre früher, im April 1968, fuhr ich mit zwei Freunden zu Ben Gurion, um ihn für die Studentenzeitung der Hebräischen Universität zu interviewen.¹⁸ Ben Gurion empfing uns in seinem kleinen Haus im Kibbuz Sde Boker. Der Zweiundachtzigjährige strahlte immer noch Geistesgegenwart und Macht aus. Wir wollten ihn im Hinblick auf den zwanzigsten Jahrestag der israelischen Unabhängigkeit fragen, in welchem Mass das Land tatsächlich unabhängig sei. Ben Gurion gefiel

die Frage. Er war an jenem Morgen in Stimmung für eine historische Erörterung. Er hatte viel Zeit, und wir sassen fast drei Stunden bei ihm.

Am Tag zuvor war der erste Holocaust-Gedenktag nach dem Sechstagekrieg begangen worden. Die Zeitung *Lamerhav* hatte ein langes Interview mit Saul Friedländer publiziert, der sich weltweit gerade den Ruf eines exzellenten Kenners der Holocaust-Forschung erworben hatte. «Sie haben versagt», urteilte Friedländer, als er, der selbst den Holocaust überlebt hatte, über die Reaktion des Jischuw auf die Judenvernichtung in Europa befragt wurde. «Ich behaupte nicht, dass sie im konkret militärischen Sinne mehr für uns hätten tun können», erklärte er. «Ich behaupte, dass die Jischuw-Führung und die Öffentlichkeit insgesamt nicht genug darüber nachgedacht haben. Die Rettung der europäischen Juden hatte keinen Vorrang vor anderen Aktivitäten. Ihnen war die Staatsgründung das wichtigste Anliegen.» Friedländer machte deutlich, dass er Ben Gurion persönlich meinte. «Ich glaube, dass Ben Gurion das Wesen des Holocaust nie verstanden hat», fuhr er fort. «Sicher besuchte er nach dem Krieg die Flüchtlingslager in Europa, aber er hat sich nicht gründlich mit der Angelegenheit beschäftigt. Er betrachtete sie in erster Linie als potentielle Hilfe bei der Staatsgründung.» Friedländer verknüpfte diese Sichtweise mit Ben Gurions generellem Verständnis der jüdischen Geschichte: «Ich glaube, dass Ben Gurion und viele andere sich des historischen Erbes der Diaspora-Juden ‚schämen‘», sagte er.¹⁹ Wir fragten Ben Gurion, ob Friedländer damit recht hätte. Er wollte nicht darüber sprechen. «Ich lese das später», sagte er über das Zeitungsinterview und notierte sich, dass er Friedländer zu einem Gespräch einladen müsse, als gelte es, ein kleineres Missverständnis auszuräumen.

Ben Gurion wandte sich nun seiner Lieblingsthese zu, nach der «das Volk Israel», das heisst das Volk in Israel, ein «erwähltes Volk» und «den Völkern ein Licht» sein müsse, ein Ausbund an nationaler Sittensstrengung wie an geistigen und wissenschaftlichen Gaben. Er erzählte uns, beginnend mit dem Jahr 1906, von seiner Zeit als junger Erwachsener in Palästina. Er sei ein Pionier gewesen, betonte er. Wie die ersten zionistischen Siedler hatte auch er sich als Avantgarde seines Volkes, als

Nukleus für die Erschaffung eines «neuen Menschen» in einer neuen hebräischen Gesellschaft betrachtet. Aus dieser Sicht war der Zionismus gleichbedeutend mit der Ablehnung der Diaspora, die man verabscheute. Dies führte nach dem Krieg zu einer arroganten, verächtlichen Einstellung gegenüber den Opfern und Überlebenden des Holocaust.

Ben Gurion war zum Zeitpunkt seiner Immigration zwanzig Jahre alt, aber schon als kleines Kind hatte er angeblich gewusst, dass er einmal als Zionist nach Israel gehen würde. Ob ihm sein Gedächtnis in diesem Punkt nicht vielleicht einen Streich spiele, wandten wir ein, aber der alte Mann beharrte auf seiner Aussage: Schon im Alter von drei Jahren habe er gewusst, dass er als Zionist in Israel leben werde. Er berichtete von seinen Friedensbemühungen und Kontakten mit den arabischen Ländern und nahm zum ersten Mal öffentlich Stellung zur Zukunft der Gebiete, die im Sechstagekrieg erobert worden waren: «Hätte ich zu wählen zwischen einem kleinen Israel ohne besetzte Gebiete, aber mit Frieden, und einem grösseren Israel ohne Frieden, so würde ich ein kleines Israel vorziehen.»

Hin und wieder wurde er recht vertraulich und gefühlvoll. Abgesehen von einer forcierten Einwanderung nach Israel lag ihm nichts mehr am Herzen als eine höhere Geburtenrate, die er als «Einwanderung von innen» bezeichnete. Er selbst hatte noch ein viertes Kind gewollt, erzählte er uns, aber seine Frau Paula – die nicht lange vor unserem Besuch gestorben war – hatte diesen Wunsch nicht geteilt.

Wir versuchten noch einmal, das Thema Holocaust anzuschneiden. «In Ordnung», sagte Ben Gurion. «Der Holocaust. Ihr sollt wissen, dass ich 1945 nur eine Sorge hatte: Würden wir überleben, oder würden wir nicht überleben? Es war klar, dass die Briten das Land verlassen und die Araber ihren Platz einnehmen würden.» In den nächsten zwanzig Minuten liess er seine Bemühungen um die Staatsgründung Revue passieren, dazu eine Reihe von geheimen Operationen, die er angeordnet hatte, um Waffen für den kommenden Krieg zu beschaffen. Er erinnerte sich an Namen, Daten, Orte. Kurz streifte er die wichtigsten Etappen des Unab-

hängigkeitskriegen und nannte entscheidende Gefechte. Er wollte sicher sein, dass wir erkannten, welche ungeheure Leistung da vollbracht worden war – wir, drei junge Studenten, die den Krieg nicht bewusst erlebt hatten. «Wir sind der Vernichtung nur um Haaresbreite entgangen», verkündete Ben Gurion – aber den Holocaust erwähnte er mit keinem Wort.

Wir brachten das Thema also ein drittes Mal zur Sprache. Friedländer behauptet, dass Sie die Bedeutung des Holocaust nicht wirklich verstehen, hielten wir unserem Gesprächspartner vor. Ben Gurion versank in Schweigen. Plötzlich hob er den Blick und sagte: «Was gibt es da zu verstehen? Sie sind gestorben, und das war's.» Er stand auf, kam schweigend hinter seinem Schreibtisch hervor und ging zu einer hohen Leiter, die an einer Bücherwand lehnte. Er kletterte hinauf, zog ein stauiges Buch hervor und blätterte eine Weile darin. Dann las er – ein kleiner, unteretzter Mann mit einer Mähne weisser Haare, immer noch oben auf der Leiter stehend – uns vor, was er der Versammlung der Histadrut 1934 eingeschärft hatte. Damals waren die Nazis noch kein Jahr an der Macht, und der Zweite Weltkrieg sollte erst fünf Jahre später beginnen:

«Hitlers Regime gefährdet das gesamte jüdische Volk, und nicht nur das jüdische Volk... Das Hitler-Regime kann nicht lange existieren ohne einen Rachezug gegen Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei und seine anderen Nachbarn... Es besteht kein Zweifel daran, dass wir in einer Kriegsgefahr schweben, die nicht geringer ist als 1914, und dieser Krieg wird grössere Zerstörungen und Schrecken mit sich bringen als der letzte Weltkrieg... Vielleicht stehen nur vier oder fünf Jahre (wenn nicht weniger) zwischen uns und jenem Tag des Schreckens. In dieser Zeit müssen wir unsere Zahl verdoppeln, weil die Grösse des Jischuw an jenem Tag vielleicht unsere Zukunft am Tag der Entscheidung bestimmen wird.»²⁰

Ben Gurion stieg von der Leiter herab und sagte: «Ich habe genau vorausgesagt, was geschehen würde, und ich habe es fünf Jahre vor dem Krieg gesagt.» Dann sprach er davon, wie er sich in London für eine Erhöhung der Einwanderungsquote eingesetzt habe. Der grössere Teil der Schuld für die Beschränkung der Einwanderung und damit für die

(nicht geschehene) Rettung der Juden sei den palästinensischen Arabern und den Briten anzulasten, meinte Ben Gurion. Er erwähnte die Kontakte zwischen Hadsch al-Husseini, dem Mufti von Jerusalem, und Adolf Hitler. Nein, die Briten hätten keine sechs Millionen Juden retten können. Sie hätten viele retten können, aber nicht alle. Sie hätten zum Beispiel Auschwitz und Treblinka bombardieren können. Schliesslich erzählte er uns von einem Vorfall, der aus seinem Munde wie eine historische Anekdote klang. Da sei doch dieser jüdische Mann – Ben Gurion konnte sich nicht an seinen Namen erinnern – mit einem Vorschlag der Nazis angekommen, die die Freilassung von einer Million Juden im Tausch gegen zehntausend Lastwagen anboten. «Wo hätten wir denn zehntausend Lastwagen hernehmen sollen?» fragte er entgeistert, als hätte er von dieser Idee zum ersten Mal gehört. Der beiläufige Ton, mit dem er über das gescheiterte Rettungsunternehmen sprach, hatte etwas Surreales an sich.

Bevor sie 1944 Budapest verliess, so erzählte mir Hansi Brand mit einem schüchternen Lächeln, habe ihr Mann die Vertretung der Jewish Agency im neutralen Istanbul über sein Kommen informiert.²¹ Man telegraphierte ihm zurück, dass man ihn erwarte. Das Telegramm besagte, Chaim würde auf ihn warten, und sie und ihr Mann hätten natürlich angenommen, dass es sich um Chaim Weizmann handelte. Das hatte sie nicht überrascht, denn Eichmanns Vorschlag erforderte einerseits eine Entscheidung auf höchster Ebene, andererseits grosses logistisches Können mit internationaler Kooperation. Wenn er verwirklicht werden sollte, mussten eine Million Juden aus dem besetzten Gebiet herausgeholt und den Nazis zehntausend Lastwagen geliefert werden, während ringsumher der Krieg tobte. Ja, versicherte mir Hansi Brand, sie hätten Eichmann geglaubt, natürlich hätten sie ihm geglaubt. Zunächst, weil ihnen nichts anderes übriggeblieben sei, als ihm zu glauben. Und zweitens – wenn er es nicht ernst meinte, warum redete er dann mit den Juden und schickte einen von ihnen nach Istanbul? Ja, sie hätten ihm geglaubt. Und es sei ihnen klar gewesen, dass der Mann, der in Istanbul auf Joel Brand wartete, Chaim Weizmann sein musste. In Wirklichkeit war es

Chaim Barlas, ein Repräsentant der Jewish Agency, und Barlas war es nicht einmal gelungen, für Brand eine Einreisegenehmigung in die Türkei zu erwirken.

Irgendwie gelangte Brand trotzdem nach Istanbul. Auf dem Weg nach Palästina wurde er von den Briten verhaftet und einige Monate in einem Kairoer Militärgefängnis festgehalten. Die Ungarn, die nichts von der Mission wussten, die die Nazis ihrem Mann anvertraut hatten, holten Hansi Brand ab und folterten sie, um herauszubekommen, was ihr Mann vorhatte. In der Zwischenzeit war die Angelegenheit von der Zentrale der Jewish Agency in Jerusalem auf die Schreibtische von Churchill, Roosevelt und Stalin gewandert. Keiner der drei befürwortete ein solches Geschäft. Jeder hatte dafür seine eigenen Gründe, doch einer war ihnen allen gemeinsam: Sie wussten nicht, was sie mit einer Million Juden anfangen sollten. So liess Eichmann die Züge nach Auschwitz rollen.

Als ich sie besuchte, war Hansi Brand schon über achtzig. Sie erinnerte sich an alle Einzelheiten der Mission, als stünde sie ihr tagtäglich vor Augen. Es sei schwer gewesen herauszufinden, was die Nazis wirklich wollten, gab Hansi Brand zu. Vielleicht hätten sie sich so kurz vor ihrer Niederlage noch ein Alibi verschaffen wollen; vielleicht hätten sie, ohne Wissen Hitlers, einen separaten Frieden mit dem Westen angestrebt. Eichmann habe jedenfalls Rezso Kastner damit beauftragt, einen Plan auszuarbeiten. Joel Brand war eingeweiht worden und seine Frau ebenfalls. Sie hatte offenbar jedes Wort gelesen, das je über die Episode geschrieben worden war. Die meisten Historiker hätten die Ereignisse nicht verstanden, urteilte sie, und manche hätten sie sogar böswillig verzerrt dargestellt. Sie hatte Motti Lerner's Stück *Kastner* 1985 in Tel Aviv dreimal gesehen; es war von einer Woge von Holocaust-Stücken mitgetragen worden.²² Lerner, so vermutete sie, habe, wie das so üblich war, gegen Kastner Stellung beziehen wollen. Doch herausgekommen sei ein menschlicher Kastner, der Sympathien, ja sogar Bewunderung weckte: ein Mann, der sein Leben riskiert hatte, um Juden zu retten. Ihrer Meinung nach traf das auch zu. Wir sprachen darüber, wie sich Kastner's Ruf gewandelt hatte, seit der Richter 1955 geurteilt hatte, er habe «seine Seele dem Satan verkauft». Die Leute hatten viele Gründe gehabt, Kast-

ner zu hassen, sagte Hansi Brand. Nein, nicht weil er hochmütig und ehrgeizig gewesen sei, sondern weil ihm Eichmann erlaubt habe, ein paar hundert Juden auszusuchen und mit dem Zug in die Schweiz zu schicken – und er habe sie ausgesucht. Die Menschen, die er in Budapest zurückliess, hätten ihm das nie vergeben. Diejenigen, die nicht von den Nazis ermordet wurden, erzählten alle möglichen Geschichten, wie er seine Position ausgenutzt habe, um seine Familie und seine Parteifreunde und die Reichen, die ihn dafür bezahlten, zu retten. Doch die, die er in den Zug setzte, hätten ihm auch nie verziehen, weil sie dadurch für immer in seiner Schuld standen, denn sie verdankten ihm ihr Leben. Niemand hat das gerne, erklärte Hansi Brand. Und was für ein Leben führten sie danach? Jeden Morgen, wenn sie aufwachten, wussten sie, dass sie auf Kosten jener lebten, die nicht hatten mitfahren können.

Kastner, sagte mir Gerhard Riegner, war sich selbst der ärgste Feind. Riegner, ein Mitarbeiter des Jüdischen Weltkongresses, hatte als erster der Welt die authentische Information zukommen lassen, dass die Nationalsozialisten planten, die europäischen Juden systematisch umzubringen. Eichmann zwang Kastner, die Stelle Gottes einzunehmen und über Tod und Leben zu entscheiden, sagte Riegner und urteilte: Kastner hatte sich in einer schier ausgeweglosen Situation befunden und sich zum Handeln anstiften lassen. Das war seine Tragödie. Er wollte nach dem Krieg eine wichtige Persönlichkeit sein. Das war sein Fehler.²³

In den dreissig Jahren, seit Kastner vor seinem Haus in Tel Aviv ermordet wurde, habe sich alles verändert, meinte Hansi Brand. Irgendwann einmal hätten die Leute sich in Kastners Dilemma hineinversetzen können. Plötzlich hätten sie verstanden, was ein hilfloser Jude sei. Sie habe einen Enkel, der den Namen ihres Mannes trage. Manchmal fragten ihn Leute nach Joel Brand. Ihr komme es so vor, als werde die Frage nicht in feindseligem Ton gestellt. Für sie symbolisiere der Name die Rettungsversuche. Sie freue sich für den Jungen, sagte sie. Dann erzählte sie von ihren ersten Tagen in Palästina im Jahre 1947. Sie habe nicht kommen wollen. In Palästina würden sie schweigen müssen, habe

sie zu ihrem Mann gesagt. Niemand würde sie ihre Geschichte erzählen lassen. Und so war es auch gekommen.

Die erste Zeit verbrachte Hansi Brand im Kibbutz Giwat Chaim. Alle waren sehr nett zu ihr, aber sie wollten nicht wissen, was sie erlebt hatte. Stattdessen sprachen sie von dem, was ihnen selbst zugestossen war. Wie die Araber den Kibbutz angegriffen hatten. Wie eine Bombe neben dem Hühnerstall eingeschlagen war – das erzählten sie ihr immer wieder. Selbst damals hatte sie schon den Eindruck, dass sie über ihren eigenen Krieg sprachen, damit sie nichts über ihren Krieg hören mussten. Sie schämten sich für den Holocaust. Einmal schlugen sie ihr vor, sie solle ihre beiden Söhne psychiatrisch behandeln lassen. Das tat sie nicht. Einer starb später, und der andere, der im Atomreaktor Nahal Sorek arbeitete, sollte später zur israelischen Botschaft in Bonn wechseln. Alle, die ihre Geschichte kannten, fragten ständig, warum sie und ihr Mann nicht gleich zu Anfang etwas gegen die Nazis unternommen hätten. Und immer, immer wieder fragten sie, wie sie denn ihre Rettung bewerkstelligt hätten. Sie hatte schliesslich das Gefühl gehabt, sie müsse sich dafür entschuldigen, dass sie am Leben war. Die Geschichten, die sie und ihr Mann erzählten, wurden an den Geschichten über den Aufstand im Warschauer Ghetto gemessen und konnten natürlich nicht mithalten. Sie waren keine Helden, sie hatten nur um ihr Leben gekämpft. Das Land wollte Helden. Die Brands konnten nur eine Überlebensgeschichte bieten. Das verstanden die anderen nicht, sie wollten von ruhmreichen Taten hören. Ihren Mann bekümmerte das. Er verspürte das Bedürfnis, immer wieder zu erzählen, was passiert war und wie es passiert war. Das war seine Art, mit dem schrecklichen Gefühl umzugehen, dass Hunderttausende von Juden ermordet worden waren, weil seine Mission fehlgeschlagen war – ein Gefühl, das er nie ablegen konnte. Doch niemand hörte ihm zu. Er zog mit seiner Geschichte jahrelang durch Tel Aviv, und kein einziger Journalist zeigte Interesse. Er glaubte sein ganzes Leben lang, dass die Führung der Jewish Agency einen Teil der Schuld trug.

Als die Briten ihn aus dem Gefängnis entliessen, ging Brand nach Palästina und schloss sich der Lechi an. Davor hatte er sich mit der Mapai identifiziert, aber das Scheitern seiner Mission hatte Rachege-

lüste in ihm geweckt. Er wollte sich an terroristischen Attacken auf die Briten beteiligen. Nach der Gründung Israels schlug einer der Lechi-Kommandanten vor, Brand solle über seine Mission ein Buch schreiben. Die Geschichte war in der Öffentlichkeit nicht bekannt, und der Mann, der den Vorschlag machte, hoffte auf den politischen Schaden, den die Mapai davontragen würde. Er hiess Jizchak Jezernitzky und machte später als Jizchak Schamir Karriere. Brand schrieb das Buch, doch die Mapai setzte ihn so unter Druck, dass er es nicht veröffentlichte. Teddy Kollek, der Leiter des Ministerpräsidentenamtes, machte die Angelegenheit zur Chefsache. Während des Krieges hatte sich Kollek einige Zeit in Istanbul aufgehalten und nach Brands Verhaftung seine Kontakte zum britischen Geheimdienst genutzt, um ihn im Gefängnis besuchen zu können. Kollek versuchte nun, Brand davon zu überzeugen, dass die Veröffentlichung des Buches sowohl den politischen wie den Sicherheitsinteressen Israels schaden würde. Israels Anspruch auf weltweite Unterstützung basierte zum Teil darauf, dass die Welt den Juden während des Holocaust nicht geholfen hatte. Jedes Buch, welches offenbarte, dass sich die Jischuw-Führung Gelegenheiten zur Rettung von Juden hatte entgehen lassen, unterminierte diesen Anspruch, erklärte Kollek, und dürfe deshalb nicht publiziert werden. Offenbar sorgte sich Kollek vor allem darum, wie Ben Gurion diesen Schlag verkraften würde. Kollek nahm sich der Angelegenheit an, wie nur er es konnte – mit überwältigendem Charme und eiserner Faust. Zuerst bot er Geld und drohte. Dann überredete er Brand, sein Buch von einem Mapai-Verlag veröffentlichen zu lassen. Brand war einverstanden, aber natürlich erkannte er sein Manuskript kaum wieder, als er die Korrekturfahnen erhielt. Schliesslich wurde die Originalversion auf Deutsch publiziert. Die Mapai veröffentlichte die bereinigte Version mit einem Nachwort von Mosche Sharett. Der Versuch, Brand an der Publikation des Buches zu hindern, führte zu einem zweiten, das Brand gemeinsam mit seiner Frau verfasste. Darin zitierte er aus den Briefen, die Kollek an ihn geschrieben hatte. Beide Bücher zeugen von der ungeheuren Nervosität, die die Mapai an den Tag legte, sobald ihre Rolle bei den Rettungsversuchen zur Sprache kam.²⁴

Einige Monate nach dem Krieg traf Hansi Brand Mosche Sharett und eröffnete ihm, dass die Jewish Agency ihr noch Geld schulde, mit dem sie im Krieg Aktivitäten der Agency in Budapest aus eigener Tasche finanziert hatte. Sharett leugnete diese Tatsache nicht, aber er wollte wissen, ob sie denn nicht die Quittung aufgehoben habe, weil der Schatzmeister der Agency ohne Quittungen das Geld kaum erstatten könne. Riegner berichtete von einem ähnlichen Vorfall: Als Präsident Roosevelt von dem Vernichtungsplan der Nazis erfuhr, wandte jemand im Weissen Haus oder im Aussenministerium ein, diese Information sei «unbestätigt». «Was hätte ich tun sollen?» fragte Riegner erbittert. «Ich hatte keine Leichen, die ich nach Washington schicken konnte.»

Nach fast vierzig Jahren hat sich Hansi Brands Zorn gelegt. Bürgermeister Kollek bot ihr sogar an, das Andenken an ihren 1964 verstorbenen Mann öffentlich zu ehren. Rückblickend anerkennt sie, wie sie mir sagte, dass sich David Ben Gurion und Mosche Sharett tatsächlich bemühten, die Briten für den Plan zu gewinnen. Doch auch heute noch glaubt sie, dass die Führung der Jewish Agency nicht begriff, dass der Massenmord an den Juden etwas anderes erforderte als Routinedenken. Statt den Plan pflichtgetreu den Briten vorzulegen, hätten sie direkten Kontakt mit den Nazis aufnehmen müssen. Sie hätten Eichmann eine vorläufige Antwort schicken können. Sie hätten so tun können, als wollten sie verhandeln, Eichmann hätte ihnen geglaubt. Er dachte, sie seien die Weisen Zions, die die Welt regierten. Sie hätten Zeit gewinnen können. Wenigstens etwas Zeit, denn am Stadtrand von Budapest hörte man schon die Artillerie der Roten Armee. Es ging nur noch um Monate. Das hatten die Agency-Führer nicht verstanden. Sie gehorchten immer noch den Briten. Das Hauptziel der zionistischen Bewegung war es, nach dem Krieg einen jüdischen Staat zu bekommen.

Hansi Brand wollte Ben Gurion keine falschen Motive unterstellen. Der Mann habe sich einfach geirrt, sagte sie. Die grösste Schuld für das Scheitern der Mission laste auf den Briten. Doch eine Frage gehe ihr nicht aus dem Kopf: Wofür interessierte sich Ben Gurion während des Krieges wirklich? Wieviel Zeit widmete er seiner Partearbeit und wieviel der Rettung von Juden?

Die Menschen in Palästina waren tief in ihre eigenen Probleme verstrickt, erklärte Gerhard Riegner verständnisvoll. Auch sie waren von den Nazis bedroht, denn Generalfeldmarschall Rommel versuchte alles, um die britischen Linien in Ägypten zu durchbrechen und in Palästina einmarschieren zu können. Die Judenverfolgung in Europa war nicht ihre Hauptsorge; darin unterschieden sie sich nicht vom Rest der Welt.

Als ich Riegner besuchte, lernte ich ihn als stämmigen Achtzigjährigen kennen, der wie die meisten Jecken seinen deutschen Akzent nie verloren hatte. Er arbeitete seit fünfzig Jahren für den Jüdischen Weltkongress. Der Kongress dient seinen Mitgliedern hauptsächlich durch seine diplomatischen Kontakte. Wir saßen in Riegners Büro in Genf; durch das Fenster sah man den See und das Gebäude der Vereinten Nationen. Riegner führte gerade im Auftrag des Kongresses einen teils öffentlichen, teils geheimen Kampf gegen die Errichtung eines Karmeliterinnenklosters auf dem Gelände des Vernichtungslagers Auschwitz. Der Kongress hatte kurz vorher eine Niederlage einstecken müssen; er hatte die Wahl Kurt Waldheims zum österreichischen Bundespräsidenten nicht verhindern können. Ich fragte Riegner, warum der Klosterbau denn so wichtig sei. Auschwitz, erwiderte er, sei nicht nur eine nationale Gedenkstätte, die dem jüdischen Volk gehöre und von keinem anderen beansprucht werden dürfe, Auschwitz sei auch ein wichtiger politischer Faktor. Unter anderem diene es den diplomatischen Bemühungen des Jüdischen Weltkongresses und des Landes Israel.²⁵

Wie Joel Brand war auch Riegner in eine der dunkelsten Episoden des Holocaust verwickelt. Er hatte im Sommer 1942 davon Kenntnis erhalten, dass die Nationalsozialisten einen Plan zur methodischen Ausrottung von Millionen Juden vorbereiteten und offenbar Gas dafür vorgesehen hatten. Wenige Wochen später erfuhr er, dass der Plan tatsächlich zum Einsatz kommen würde. Seine Quelle war ein deutscher Industrieller namens Eduard Schulte, ein Mann, der sogar Kontakte zu Hitlers Stab pflegte. Riegner tat, was er tun musste – er telegraphierte an die Führer der jüdischen Gemeinden in den Vereinigten Staaten, in Gross-

britannien und Jerusalem. Von alldem erzählte er mir im Präsens. Es ist August, die Leute sind in den Ferien, sie sind schwer zu erreichen. Es herrscht Krieg. Schwierig, Telegramme zu verschicken. Wir müssen uns vor dem Zensor hüten. Schwierig, eine Telefonverbindung zu bekommen. Es gibt keine Flüge. Die Leute sind nur schwer davon zu überzeugen, dass die Information stimmt; es ist bequemer für sie, es nicht zu glauben. Und wenn sie es glauben, ist es schwer, sie dazu zu bringen, dass sie etwas tun.

In seiner Erzählung war die Bürokratie allmächtig. Ich fragte ihn, was die Staatsmänner der freien Welt hätten tun sollen. Riegner sagte, sie hätten zumindest versuchen können, Hitler das Gefühl zu geben, dass sie die Sache ernst nahmen. Sie hätten überzeugender drohen können, als sie es taten. Sie hätten verschiedene Vergeltungsmassnahmen ergreifen können: Er hatte zum Beispiel nie verstanden, warum sie nicht als letzten Ausweg die Vernichtungslager bombardiert hatten. Er war in Genf beim Jüdischen Weltkongress geblieben und hatte versucht, die Führung der christlichen Kirchen zum Handeln zu bewegen. Riegner und andere hatten sich um Ausreisevisa für Juden bemüht und ihnen Geld und Pakete geschickt. Einhunderttausend Pakete. Vielleicht hätten sie mehr tun können. Sechs Millionen Juden hätten sie nicht retten können. Sie hätten jedoch Hunderttausende retten können, wäre der Weg in die Vereinigten Staaten, nach Grossbritannien, Australien, Südamerika, Nordafrika, Palästina offen gewesen. Mehrere Länder hätten jüdische Flüchtlinge aufgenommen, wenn ihnen Garantien geboten worden wären, dass sie nach dem Krieg wieder ausreisen würden.

Fast fünfzig Jahre lang hat sich Gerhard Riegner geweigert, den Namen des Mannes preiszugeben, der ihm das schreckliche Geheimnis anvertraut hatte. Schliesslich gingen zwei Historiker, Walter Laqueur und Richard Breitman, der Identität des Unbekannten auf eigene Faust nach.²⁶ Riegner war überrascht, dass niemand den Namen schon früher herausgefunden hatte. Warum, fragte ich ihn, hatte er den Namen denn nicht genannt? Schulte hatte allen Grund, auf sein Tun stolz zu sein. Riegner, korrekt wie immer, erwiderte, er habe versprochen, den Namen Schultes nicht zu verraten, und er sei niemals von diesem Verspre-

chen entbunden worden, auch nach dem Krieg nicht. Der Name sei für die Holocaust-Forschung und deren Ergebnisse nicht von Bedeutung.

Ich fragte ihn, was er aus dem Erlebnis gelernt habe. Er habe gelernt, antwortete er mir, dass gewalttätige, rassistische Organisationen zerstört werden sollten, solange sie noch klein sind, und dass man ihnen nicht gestatten dürfe, solche Dimensionen anzunehmen, wie sie Hitlers «Drittes Reich» erlangt habe. Er habe gelernt, dass die rationalen Kriegsmittel nichts nützen, wenn der Feind aus irrationalen Motiven heraus handelt, wie es bei Hitler der Fall gewesen sei. Er habe häufig über den Teilungsplan von 1937 nachgedacht. Wäre Israel damals gegründet worden, hätte der Holocaust vielleicht verhindert werden können; auf jeden Fall wären viele Juden am Leben geblieben. Er habe gelernt, dass es im zwanzigsten Jahrhundert fast unmöglich sei, Staatsgeheimnisse zu hüten, wie vertraulich oder wie schrecklich sie auch seien. Er habe gelernt, dass der Einfluss der Medien auf den Lauf der Geschichte extrem gering zu veranschlagen sei, selbst wenn Geheimnisse durchsickerten und veröffentlicht würden. Die Bürokratie litte unter derselben Begrenztheit. Jeder wisse etwas, häufig schon im Moment des Geschehens, doch niemand durchbreche die eingefahrenen Schienen des Routinedenkens, der Routinevorschriften und -Strategien. Die Ermordung der Juden ist nach Plan ausgeführt worden, schloss Riegner.

Ja, das hatten sie gewusst, gestand Ben Gurion uns endlich zu, aber was hätten sie denn tun können? Niemand könne behaupten, dass sie sich für den Mord an den Juden nicht interessiert hätten. Er persönlich habe sich wirklich dafür interessiert. Aber andere Dinge hätten seine Aufmerksamkeit eben auch beansprucht. Niemand könne behaupten, dass er sich für die ermordeten Juden schäme – doch was hätten sie unternehmen können? Wer habe ihnen denn geholfen? Nur eine Handvoll Menschen. Er habe das Haus von Anne Frank in Amsterdam besucht, berichtete er uns. Dort habe er an seine Nichte gedacht. Sie war bei lebendigem Leib verbrannt worden. Und er habe an seine Heimatstadt Plonsk gedacht. Nein, er schäme sich nicht seines Diaspora-Erbes, wie Saul Friedländer behauptete. Aber das spirituelle Erbe des Landes Israel schätze er mehr.

Das sei schon richtig. Er stehe der Bibel näher als dem Talmud. Und dann setzte Ben Gurion an zu einem langen Monolog über das Wesen Gottes.

Das in etwa war es auch, was Dina Porat den Łódzern bei ihrer Jahresversammlung in Ohel Schern erzählte: Die Jischuw-Führung habe sich vorwiegend mit den inneren Problemen des Landes beschäftigt, doch sie hätte ohnehin nicht mehr zur Rettung der Juden unternehmen können, als sie unternommen hatte. Den Mangel an Mitgefühl, den die Führung des Jischuw zeigte, verurteilte sie nicht. Die Łódzer fanden daran keinen Gefallen. Als Rednerin klang Porat noch nüchterner als in ihrem Buch, sie wirkte fast unterkühlt. Cracowskis Vortrag hatte ihre Herzen angesprochen. Als das Geflüster und die Unterbrechungen zunahmen und immer mehr schriftliche Fragen zum Podium hochgeschickt wurden, unterbrach sich Porat und versicherte, das heute zur Verfügung stehende Material ermögliche den Historikern die Aussage, die Juden im Holocaust hätten «eine unerträgliche Prüfung höchst ehrenvoll erlitten». Das besänftigte die Zuhörer etwas.

Der Vorsitzende, der noch einmal auf die Verachtung zu sprechen kam, die den Holocaust-Überlebenden entgegengeschlagen war, berichtete, ein Mitglied der Łódzer Vereinigung habe bei einer Überprüfung entdeckt, dass nicht weniger als zweiundsiebzig aus Łódź stammende Männer als Soldaten im Unabhängigkeitskrieg gefallen seien. Bevor man auseinander ging, stimmte der Kantor, der vorher die Gebete gesprochen hatte, mit den Versammelten die Nationalhymne an.

In den drei Jahren zwischen der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg und der Gründung Israels, aber auch noch in den ersten Jahren der Unabhängigkeit wusste niemand so recht, wie man über den Holocaust in der Schule unterrichten sollte. Eine Kultur des Gedenkens gab es noch nicht, und die israelische Gesellschaft hatte noch nicht entschieden, was erlaubt und was verboten war. 1949 beispielsweise tauchten in der Presse bei den Veranstaltungshinweisen Anzeigen für die «Sieben Zwerge von Auschwitz» auf, eine aus zwei Brüdern und fünf Schwestern bestehende Truppe zwergwüchsiger Artisten – ungarische Holocaust-Überlebende –, die mit einer Gesangs- und Tanzshow von Stadt zu Stadt reisten.¹ Viele Schüler und Lehrer betrachteten den Holocaust als persönliches Trauma. Die Erinnerungen waren zu beklemmend, zu nah, und manche Fragen waren zu quälend. Israelis, die zu jener Zeit die Schule besuchten, beschrieben ihre erste Begegnung mit dem Holocaust als eine Art Voyeurismus; er kam ihnen vor wie ein verschwiegenes Geheimnis, so peinlich und so aufregend wie Tod und Sex.²

Damals waren alle süchtig nach Gegenwart und Zukunft. Die unmittelbaren Probleme der Israelis – Krieg, Einwanderung, Warenknappheit und Sehnsucht nach Normalität – halfen ihnen, die Vergangenheit zu verdrängen. Wenn sie überhaupt vom Holocaust sprachen, dann am Holocaust-Gedenktag. Doch eine von drei Schulen hielt keine Feier ab, und die meisten der Zeremonien, die stattfanden, waren Rituale des Gedenkens – Versammlungen mit Gebeten, Lesungen, brennenden Kerzen –, die die pädagogischen Möglichkeiten ausser acht liessen. In jener Zeit

waren die israelischen Schulen mit politischen Parteien assoziiert, und diese Tatsache erschwerte die Einigung auf einen gemeinsamen Lehrplan. Der Holocaust als Unterrichtsgegenstand war ein politisches Problem: manche bestanden auf einem marxistischen Ansatz, andere auf einer zionistischen Perspektive.³

Im Oktober 1953 publizierte das Ministerium für Erziehung eine Unterrichtseinheit in Geschichte für die achten Klassen, die zum ersten Mal einen auf zwei Stunden konzipierten Abschnitt über den Holocaust enthielt. Es dauerte noch einmal zehn Jahre, bis das Ministerium einen umfassenden Unterrichtsplan zum Thema Holocaust ausarbeiten liess, und vielleicht hätte es noch länger gedauert, hätte nicht der Eichmann-Prozess Impulse gegeben.

Der Prozess war die grösste nationale Anstrengung, die unternommen wurde, um den Holocaust in das zionistische Geschichtsverständnis einzupassen. Die Juden waren zu jeder Zeit und an jedem Ort verfolgt und ermordet worden – und immer aus demselben Grund: weil sie da waren und nicht in ihrem eigenen Land. Doch bei der Vorbereitung auf den Prozess hatte sich die Anklage das Ziel gesetzt, der israelischen Jugend das Schicksal der Holocaust-Opfer nahezubringen. Diese Identifizierung, so hoffte man, würde die Arroganz ersetzen, die bis dahin das Verhältnis der israelischen Jugend gegenüber den Überlebenden gekennzeichnet hatte. In dieser Hinsicht war der Prozess ein historischer und pädagogischer Wendepunkt.⁴

In der Folge des Prozesses wurde ein Unterrichtsplan für die fünf Tage entworfen, die vor dem Holocaust-Gedenktag lagen; das Ministerium für Erziehung und Kultur empfahl, sechs Unterrichtsstunden dafür zu veranschlagen. Der Plan spiegelte mit seinem Schwerpunkt «Die Diaspora in ihrer Grossartigkeit» den Wandel in der Haltung der israelischen Gesellschaft. Erziehungsminister Salman Aran kündigte an, sein Ministerium werde sich stärker als bisher bemühen, das «jüdische Bewusstsein» der Schulkinder zu fördern.⁵ 1966 und 1967 besuchten Jugend-Delegationen die polnischen Vernichtungslager. Nach ihrer Rückkehr zitierte man sie in einer Broschüre des Erziehungsministeriums mit dem Satz: «Wir fuhren als Israelis und kehrten als Juden zurück.»⁶ We-

nige Monate später begann der Sechstagekrieg. Polen brach wie die meisten Ostblockländer seine Beziehungen zu Israel ab. Die Reisen zu den Vernichtungslagern wurden daraufhin eingestellt.

Die Unruhe vor dem Sechstagekrieg und der grosse Triumph nach dem Sieg Israels rückten erneut den Holocaust ins Bewusstsein. Die Euphorie, die sich in Israel und den jüdischen Gemeinden auf der ganzen Welt ausbreitete, verstärkte das Gefühl, dass Israel und das jüdische Volk ein gemeinsames Schicksal verband. Um die Kontakte der israelischen Schüler zur Diaspora zu vertiefen und ihre Identifizierung mit den Holocaust-Opfern voranzutreiben, «adoptierten» Schulen bestimmte Diaspora-Gemeinden – gewöhnlich die Geburtsorte von Lehrern – und studierten deren Geschichte von den Anfängen bis zu ihrer Zerstörung im Holocaust. Die Schüler lasen Bücher, sammelten Bilder und hörten die Berichte jener, die aus ihrer «adoptierten» Stadt stammten. Dadurch entwickelten sie eine emotionale Bindung an die Gemeinde und an die zionistische Konsequenz aus dem Holocaust.⁷ Ende der sechziger Jahre stellte das Erziehungsministerium einen Plan über sechzig Unterrichtseinheiten zusammen, der sich mit der Geschichte des Kampfes um die Staatsgründung befasste. Zehn Stunden davon waren dem Holocaust gewidmet. Die Lehrer sollten sich im Unterricht auf Menschen wie Anne Frank und Janusz Korczak konzentrieren. Zahlen, die bis in die Millionen gingen, seien nicht aussagekräftig und weckten sicherlich keine emotionalen Reaktionen, erklärte das Ministerium. Auch darin zeigte sich ein Wandel im israelischen Leben: Nicht die Erfahrung des gesamten Volkes stand nunmehr im Vordergrund, sondern die Tragödie des Individuums. Immer mehr Israelis begannen, von sich in der ersten Person Singular zu denken. Das gewöhnliche «ich» verdrängte das heroische «wir», das bis dahin vorgeherrscht hatte.

All dies fand auch in den Schulbüchern seinen Ausdruck. Ruth Firer, eine Lehrerin und Dozentin am Pädagogischen Institut der Hebräischen Universität, analysierte Hunderte von Schulbüchern, die in den ersten vierzig Jahren seit der Staatsgründung und davor in Gebrauch gewesen waren. Sie entdeckte, dass die Autoren heikle Themen mit Beginn der siebziger Jahre anders behandelten als vorher. Bis zu diesem Zeitpunkt

hatte es dreissig Jahre lang keine wesentlichen Veränderungen gegeben. Da das Verfassen und Verlegen von Schulbüchern ein langwieriger Prozess ist, interpretierte Firer die Veränderungen, die sie entdeckt hatte, als den Reflex eines Wandels, der mindestens fünf Jahre zuvor stattgefunden hatte. In jenen Jahren hatte der Eindruck vorgeherrscht, dass Israel ein neues Stadium seiner Geschichte erreicht habe und es an der Zeit sei, alte Lehrmeinungen und versteinerte Mythen zu überprüfen. Der rebellische Geist der sechziger Jahre war auch hier nicht zu verkennen. Das Land fühlte sich bereit, die alten patriotischen Klischees gegen universelle humanistische Werte einzutauschen.⁸ Gepaart mit der Diskussion über die Zukunft der besetzten Gebiete und ihre palästinensischen Einwohner, beeinflusste diese neue Sensibilität die Darstellung solcher Schlüsselbegriffe wie Holocaust und Heldentum, Völkermord und Widerstand.

Die ersten Schulbücher behandelten in der Regel den Plan zur Judenvernichtung als integralen Bestandteil der NS-Politik, der als solcher bereits in den zwanziger Jahren in ‚Mein Kampf‘ zu erkennen gewesen sei. Im Gegensatz zu diesem «intentionalistischen» Ansatz benutzen neuere Forschungen zum Thema immer stärker einen «funktionalistischen» Ansatz, der die Judenvernichtung bestimmten historischen Entwicklungen und Umständen zuschreibt. Der intentionalistische Standpunkt betont den einzigartigen Charakter des Holocaust und stimmt darin mit den Grundvoraussetzungen des Zionismus überein: Nur ein unabhängiges Israel konnte die Sicherheit der Juden garantieren. Frühe Holocaust-Erzählungen für kleinere Kinder endeten deshalb gewöhnlich mit einer heldenhaften Errettung aus der Not und der Ankunft in Israel. So war es auch der kleinen Schula ergangen: Mit Hilfe eines Zauberringes zertrümmerte sie die Ghetto-Mauern, tötete den Wächter, wanderte von Haus zu Haus, von Strasse zu Strasse und sammelte alle Juden um sich. Ein Eisenbahnzug brachte sie an die Küste, und schliesslich fuhren sie singend mit dem Schiff in Richtung Israel.⁹ Diese Geschichte entsprach offenbar den Wünschen eines Mitarbeiters aus dem Erziehungsministerium, der schrieb: «Was sollen wir diesen Kindern geben? Wir sollten ihnen etwas Nützliches geben. Wir sollten ih-

nen den Holocaust in seiner schönsten Form geben.»¹⁰ Der funktionalistische Ansatz der späteren Schulbücher dagegen stellte die Entscheidungen und Handlungen der Menschen stets in den Mittelpunkt.

In früheren Schulbüchern waren die Nazis «blutrünstige Raubtiere», ihre Taten waren «Taten des Teufels», die Konzentrationslager «das Inferno».¹¹ Die Dämonisierung der Nazis ersparte es den Autoren, sich mit den sozialen und politischen Umständen zu beschäftigen, die dem Nationalsozialismus den Boden bereitet hatten, oder die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, dass er in einem ganz gewöhnlichen Umfeld entstehen konnte. Die Dämonisierung und Mythologisierung der Nazis war notwendig, da der Holocaust als entscheidende Rechtfertigung für die Gründung und Existenz des Staates Israel diene. Daraus erklärt sich die Darstellung sadistischer Nazis in den frühen Schulbüchern, die grauenhaften Schilderungen der «medizinischen Experimente», die an KZ-Häftlingen, vor allem Frauen, vorgenommen wurden, das Beharren auf der Behauptung, die Nazis hätten aus den Körpern der ermordeten Juden Seife hergestellt. Spätere Schulbücher liessen einzelne Überlebende zu Wort kommen und ihre eigenen schrecklichen Erlebnisse erzählen; das erhöhte die Glaubwürdigkeit der Informationen und verstärkte die Bereitschaft der Schüler, sich mit den Opfern zu identifizieren.

Die ersten Schulbücher bedienten sich bei der Beschreibung des jüdischen Widerstands einer militärischen Sprache einschliesslich militärischer Fachtermini, die von der israelischen Armee verwendet wurden. Vor allem vermieden sie es, die Untergrundkämpfer als Juden zu bezeichnen, und bevorzugten stattdessen die Begriffe Hebräer, Israeliten, Verteidiger von Masada oder einfach Israelis. Schulbücher, die in den siebziger Jahren herauskamen, wiesen eine andere Färbung auf: Sie räumten dem jüdischen Widerstand weniger Platz ein, behandelten ihn als Randerscheinung und stellten ihn ebensowenig als Gipfel der Ehre dar, wie sie den Tod der restlichen Opfer als Abgrund der Schande erscheinen liessen. In den späten siebziger Jahren führte das Erziehungsministerium für Sekundarschulen einen neuen Unterrichtsplan zum

Thema Holocaust ein, der von einem Team der Hebräischen Universität unter Leitung von Chaim Schatzker ausgearbeitet wurde. Die neue Dreissig-Stunden-Einheit war in fünf Teile untergliedert. Der Schatzker-Plan stellte den Holocaust nicht mehr auf dieselbe Ebene wie das Heldentum und ignorierte die Verbindung zwischen dem Holocaust und der Wiedergeburt Israels fast vollständig. Im Geist der Erschütterung, die der Jom-Kippur-Krieg ausgelöst hatte, wurde Israel den Schülern nicht länger als Alternative zum Holocaust präsentiert.

Eine weitere Studieneinheit, die etwa zur selben Zeit von Arik Karmon von der Ben-Gurion-Universität zusammengestellt wurde, legte zum ersten Mal den Schwerpunkt auf die Ideologie der Nationalsozialisten, ihre Politik, ihre Regierung und ihre Mentalität. Kritiker behaupteten, die Schüler erführen mehr über die Nazis als über den Holocaust, andere protestierten, dieser Unterricht ermutige die Schüler, sich nicht mit den Opfern, sondern mit den Nazis zu identifizieren. Die Lehrer argumentierten, die Gymnasiasten seien weder für den Schatzker-Plan noch für den Karmon-Plan intellektuell reif genug; dasselbe galt vermutlich für die Lehrer. Schliesslich wurden beide Pläne zu den Akten gelegt. Als Grund dafür wurden nicht ideologische, sondern pädagogische Probleme genannt.¹² In der Zwischenzeit war Menachem Begin Ministerpräsident geworden, und zum ersten Mal in der Geschichte des Landes wurde das Erziehungsministerium der Arbeiterbewegung entzogen und der nationalreligiösen Partei angetragen.

Im September 1978 sendete das israelische Fernsehen das amerikanische Dokumentardrama Holocaust. Dieser Sendung war eine hitzige Debatte im Vorstand der Israelischen Rundfunkgesellschaft vorausgegangen. Elf Vorstandsmitglieder hatten für eine Ausstrahlung der Sendung gestimmt, fünf dagegen. Die Gegner argumentierten, der Film vulgariere den Holocaust; dieser amerikanische Kitsch, erklärten sie, passe gut zu Begins Bestreben, den Völkermord an den Juden für seine kompromisslose, isolationistische und chauvinistische Aussenpolitik auszubeuten. Zur Vorbereitung auf den Film gab das Erziehungsministerium ein Lehrerhandbuch heraus, das Diskussionsthemen für den Unterricht vorschlug: «Was lernen wir über Juden, die ihre Herkunft ver-

leugnen? Ist dies heutzutage ein verbreitetes Phänomen? Versuchen Sie es mit den jüngsten Äusserungen von Bundeskanzler Kreisky in Verbindung zu bringen.» Kreisky hatte die israelische Regierung wegen ihrer Haltung im Nahost-Konflikt angegriffen, und manche führten diese Kritik auf «Selbsthass» zurück. Ein weiteres Diskussionsthema lautete: «Die Notwendigkeit eines jüdischen Staates wird im Film immer wieder angesprochen. Glauben Sie, dass der Holocaust möglich gewesen wäre, wenn Israel bereits existiert hätte? Illustriert der Fall Entebbe einen Wandel in der Einstellung der Juden?»¹³ Der Staat nutzte die grösste öffentliche Auseinandersetzung mit dem Holocaust seit dem Eichmann-Prozess, um wieder einmal zu behaupten, dass Israel das jüdische Volk vor einem zweiten Holocaust beschütze.

1979 kündigte das Erziehungsministerium an, dass der Holocaust als obligatorisches Unterrichtsthema in Gymnasien eingeführt werde. Ein Ausschuss entwarf einen weiteren Unterrichtsplan, der die emotionale Beteiligung der Schüler besonders hervorhob. «Der Holocaust muss in erster Linie erfüllt werden», erklärte der Ausschussvorsitzende, «und er muss als Tatsache an und für sich erfüllt werden, nicht als Teil eines grösseren historischen Zusammenhangs, nicht im Rahmen einer wissenschaftlichen Analyse.»¹⁴ Das Israel Menachem Begins, der den Holocaust so effektiv popularisiert hatte, war nicht zufrieden, und 1980 änderte die Knesset das Bildungsgesetz. Dieses Gesetz, die massgeblichste Darlegung nationaler Werte neben der Unabhängigkeitserklärung, stellt fest, Erziehung solle auf «den kulturellen Werten des Volkes von Israel und dessen wissenschaftlichen Leistungen basieren; auf der Vaterlandsliebe und der Treue dem Staat und dem jüdischen Volk gegenüber; auf der Ausbildung zu landwirtschaftlicher Arbeit und Qualifikation; auf Pionierausbildung und dem Streben nach einer Gesellschaft, die auf Freiheit, Gleichheit, Toleranz, gegenseitiger Hilfe und Nächstenliebe beruht.» Am 26. März 1980 fügte die Knesset zusätzlich das Bildungsziel «Wissen um Holocaust und Heldentum» hinzu.¹⁵ Seit dieser Zeit wird der Holocaust sowohl in Grundschulen als auch in höheren Schulen unterrichtet, womit ein Schulabsolvent ihn zweimal im Unterricht behandelt hat. Seit den frühen achtziger Jahren werden in den

Schulabschlussprüfungen etwa 20 Prozent aller Fragen zum Thema Holocaust gestellt. Die Prüfer fragen häufig nach dem Schicksal der Juden im Holocaust, nach ihrem Leben in den Ghettos, nach Widerstand und Märtyrertod. Fragen zur Geschichte Deutschlands unter dem Nationalsozialismus sind viel seltener.¹⁶ Doch solche akademischen Bemühungen waren nicht sehr erfolgreich. Im Dezember 1982 stellte der Soziologe Uri Farago israelischen Schulkindern 400 Fragen, um zu erfahren, was sie über den Holocaust wussten und dachten. Die Mehrheit der Befragten gab an, sie hätten die meisten Informationen zu diesem Thema aus Fernsehsendungen, Filmen und Büchern. Am häufigsten nannten sie Das Tagebuch der Anne Frank. Auch bei den Gedenkfeiern zum Holocaust-Tag in ihren Schulen hatten sie einiges gelernt, ebenso an Studientagen in Yad Vashem und anderen ähnlichen Institutionen. Junge Askenasim nannten ihre Eltern als Informationsquelle. Der Geschichtsunterricht rangierte an letzter Stelle. Dieselbe Umfrage ergab, dass über die Hälfte der Schüler glaubte, sie sollten mehr über den Holocaust erfahren. Sie waren auch gebeten worden, die drei wichtigsten historischen Ereignisse aufzulisten, die ihr Leben beeinflusst hatten. Neun Prozent nannten den Friedensvertrag mit Ägypten, 14 Prozent den Libanon-Krieg, der noch nicht zu Ende war. 15 Prozent nannten andere Kriege, unter anderem den Sechstagekrieg und den Jom-Kippur-Krieg. Für 20 Prozent waren die Gründung des Staates Israel und der Unabhängigkeitskrieg das wichtigste Ereignis, für 26 Prozent war dies der Holocaust (die restlichen Schüler nannten andere Geschehnisse). Ähnliche Umfragen wurden seit 1965 immer wieder durchgeführt. Mitte der siebziger Jahre erschien der Holocaust an dritter Stelle nach der Gründung Israels, dem Unabhängigkeitskrieg sowie dem jeweils am kürzesten zurückliegenden Krieg. Fast neun von zehn Schülern erklärten, dass sie sich mit den Holocaust-Opfern identifizierten.¹⁷

An einem Herbsttag des Jahres 1990 fuhr ich nach Aschdod, in «ein kleines Mittelmeerstädtchen», wie Amos Oz schreibt. Die Stadt «gibt sich nicht, als sei sie Paris oder Zürich, und hat auch nicht den Ehrgeiz, Jerusalem zu werden.»¹⁸ Eine Lehrerin der Pädagogengruppe Ot Vaed,

die sich darauf spezialisiert hat, in Schulen über die religiöse Bedeutung des Holocaust zu sprechen, hatte mich eingeladen. Sie unterrichtete an einem der städtischen Gymnasien, einem grossen, deprimierenden Betonbau an der Strasse der Ghetto-Kämpfer. Die Klasse bestand aus zwanzig Mädchen und Jungen von etwa siebzehn Jahren. Die Lehrerin, eine energische Frau im langen Rock, hatte zwei Filme mitgebracht: einen Propagandafilm aus dem «Dritten Reich» von Leni Riefenstahl und einen Film über die medizinischen Experimente an Zwillingen, die Josef Mengele in Auschwitz durchgeführt hatte. Darin beschreiben die Überlebenden in allen grausigen Einzelheiten, was Mengele ihnen antat. Zwischen den Filmen leitete die Lehrerin eine Diskussion über den Glauben während des Holocaust und danach, wobei sie sich auf ein kleines, kopiertes Büchlein mit kurzen Texten stützte, aus dem die Schüler vorlasen.¹⁹

Ein Text berichtet von einem frommen, gottesfürchtigen Mann, dessen kleine Söhne und Töchter man hinter dem Dorf an die Todesgrube geführt hatte. Er konnte diese Erfahrung nicht verkraften, und eines Abends vor Jom Kippur während des Kol nidre hatte er plötzlich begonnen, Gott wüst zu beschimpfen und alles, was ihm bisher heilig gewesen war, in den Schmutz zu ziehen. «Nach Auschwitz ist der Glaube an Gott eine Beleidigung der Intelligenz, ein Missbrauch des Namens Gottes, ein Angriff auf das tiefste Moralempfinden des Menschen», kommentiert das Büchlein. Ein anderer Text stammt von Elie Wiesel: In einem Konzentrationslager stellen mehrere Rabbiner Gott für den Mord an seinem Volk vor Gericht und sprechen ihn schuldig. Daneben findet sich ein Text, der sich wie der Tagebucheintrag eines Rabbiners liest: Ein Häftling bittet den Rabbi, ein Problem mit Hilfe des jüdischen Gesetzes zu lösen. Der Häftling hat die Möglichkeit, seinen kleinen Sohn vor der Gaskammer zu retten, aber er weiss, dass ein anderes Kind statt seiner dann getötet wird. Ist es ihm erlaubt, seinen Sohn zu retten? Der Rabbi versucht, der Frage auszuweichen: «Als der Tempel noch stand, wurde eine solche Frage vor den Sanhedrin gebracht», sagt er, «und hier stehe ich nun in Auschwitz ohne ein einziges jüdisches Gesetzbuch, ohne die Möglichkeit, andere Rabbiner zu konsultieren, und

ohne mich ernsthaft auf die Frage konzentrieren zu können.» Doch der Mann lässt sich nicht abweisen, obwohl der Rabbi ihn anfleht, ihn doch mit der Frage zu verschonen. Schliesslich sagt der Mann: «Rabbi, ich habe getan, was die Torah von mir verlangt: Ich habe dem Rabbiner eine Frage gestellt, und es gibt hier keinen anderen. Wenn der Rabbi mir nicht sagen kann, dass es mir erlaubt ist, meinen Sohn zu retten, so ist dies ein Zeichen, dass er es mir nicht mit gutem Gewissen erlauben kann, denn wenn die Frage eindeutig zu beantworten wäre, hätte er es mir sicherlich erlaubt. Ich folgere daraus, dass das jüdische Gesetz es nicht gestattet. Mir genügt das. Da mein Kind in Übereinstimmung mit der Torah und dem jüdischen Gesetz verbrennen wird, nehme ich das freudig und in Liebe an. Ich werde nichts zu seiner Rettung unternehmen, weil die Torah es so befohlen hat.»

Hier wurden also zwei Alternativen geboten: Abfall vom Glauben und Empörung oder Glauben und Resignation. Die Lehrerin fragte die Teenager in Aschdod, was sie davon hielten. Die Schüler, von denen nur ein oder zwei religiös waren, schwiegen. Nun legte ihnen die Lehrerin Texte mit politischem Inhalt vor. Einer behauptete, die ultraorthodoxen, antizionistischen Gruppen trügen einen Teil der Schuld: Hätten sie die Juden ermutigt, nach Palästina auszuwandern, statt den Zionismus als Ketzerei zu verteufeln, hätten diese Juden gerettet werden können. Als Folie diente ein ultraorthodoxer Text. Da sie wie alle anderen Völker sein wollten, hiess es darin, hätten die Juden sich zwei Götzen erwählt, denen sie opferten – den Sozialismus und den Nationalismus. Diese beiden Götzen hätten sich zum Nationalsozialismus verbunden, und nun habe sich ein Wunder ereignet. Die Nationalsozialisten – die Nazis – seien zur schrecklichen, grimmigen Zuchtrute geworden, die die Juden landauf, landab verfolgte: «Das Unreine, dem wir huldigen, wendet sich gegen uns und fällt auf uns zurück.»

Ein weiterer Text veranschaulichte den Glauben, dass die Leiden, die die Nazis den Juden zufügten, als jene Prüfungen zu interpretieren seien, die gemäss der jüdischen Tradition der Ankunft des Messias vorausgehen. Ein Rabbi ging fröhlich in den Tod, berichtete der Text. Seine Schüler, die ihn im Todeszug begleiteten, sagten hinterher, er habe die

ganze Zeit über gesungen und getanzt. Einer der Passagiere wandte sich mit einem «herzerreissenden Schrei» an ihn und flehte ihn an, Gott um ein Wunder zu bitten. Der Rabbi legte ihm die Hand auf die Schulter, blickte ihn mitleidig lächelnd an und sagte: «Hab keine Angst, wir gehen zum Messias.» Der Jude war nicht überzeugt: «Lebt der Messias in Deutschland?» fragte er. Der heilige Rabbi erwiderte: «Ja, der Messias ist dort, in Ketten gelegt, und er trägt die Leiden Israels.» Die religiös-zionistische Sicht wurde von einer anderen Geschichte verdeutlicht. Ein Vater ging mit seinem Sohn die Strasse entlang. Der Sohn wurde müde und fragte den Vater: «Wo ist das Land?» Der Vater antwortete: «Dies soll das Zeichen sein: Wenn du einen Friedhof siehst, so ist das Land nahe.» Rabbi Zwi Jehuda Kook interpretierte Hesekiel 20,34: «Und ich will euch aus den Völkern führen und aus den Ländern, dahin ihr verstreut seid, sammeln mit starker Hand, mit ausgestrecktem Arm und mit ausgeschüttetem Grimm» als Hinweis auf den Holocaust. Das vergossene Blut von sechs Millionen sei in der Tat entsetzlich, sagte der Rabbi, doch Gottes Volk sei von der Unreinheit der anderen Völker so besudelt, dass es nur durch Blutvergiessen zu läutern sei.

Der Pädagoge Elieser Berkowitz steuerte zu dem Büchlein die Idee bei, dass das vom Menschen geschaffene Böse eine Folge des freien Willens sei, den Gott dem Menschen gewährt hat. Der letzte Satz in dem Büchlein stammt von Jeschajahu Leibowitz: «Der Holocaust hat eine religiöse Bedeutung.»

«Nun, was haltet ihr davon?» fragte die Lehrerin. Die Schüler schwiegen immer noch. «Was denkt ihr?» wiederholte sie. «Was fühlt ihr? Warum könnt ihr die einfache Erklärung von Sünde und Vergeltung nicht akzeptieren? Warum?» Ein Schüler sagte, er stimme Berkowitz zu, ein anderer erklärte sich mit Leibowitz einverstanden. Eine kurze Diskussion folgte. Es war schon spät, die jungen Leute waren müde, und sie hatten noch den Film über Mengele vor sich. Ein bedrückendes Schweigen lastete auf der Klasse. Dann durchbrach die Lehrerin die Stille mit der Bemerkung, es sei tatsächlich eine sehr schwierige Frage: Der Holocaust ist ein Test für den Gläubigen. Wenn er die Bestrafung

für Sünden ist, warum wurden dann die Ultraorthodoxen auch bestraft? Und rechtfertigt das Ausmass der Sünde eine so unbarmherzige Bestrafung? Diese Frage hatte schon Hiob gequält. Und wenn der Holocaust die Prüfung war, die das Kommen des Messias ankündigte – muss man dann nicht sagen, dass das Leiden jedes Mass sprengte? Die Vorstellung, der Holocaust sei ein Ausdruck des freien Willens, ist ebenfalls nicht leicht nachzuvollziehen, denn wo war dann Gott? Ja, es sei in der Tat eine sehr schwere Frage. Und genau das, sagte die Lehrerin, habe sie ihren Schülern begreiflich machen wollen: Manche behaupteten, Gläubige hätten es leichter, weil ihr Glaube ihnen Antworten liefere. In Wahrheit sei das Gegenteil richtig – der Gläubige habe es schwerer, weil er mit einem grossen Fragezeichen leben müsse.

In einer anderen religiös orientierten Schule bot der Lehrer als simple Lösung ein Akrostichon, welches bewies, dass alles schon in der Bibel geschrieben stand. Diese Entdeckung hätte man mit Hilfe eines Computers vom Technion in Haifa gemacht, erklärte der Lehrer. Wenn man an einem bestimmten Punkt der Genesis beginnend jeden fünften Buchstaben nimmt, erhält man den Namen Hitler. Eine ähnliche Methode offenbart an anderer Stelle in der Bibel die Namen mehrerer anderer führender Nazis. Und wenn man an einer bestimmten Stelle im Buch Deuteronomium anfängt und nach rückwärts gehend jeden neunundvierzigsten Buchstaben aneinanderfügt, erhält man das Wort Schoah – Holocaust.

An einem Oktobermorgen des Jahres 1990 bevölkerten 150 Gymnasiasten den Flugplatz Ben Gurion und sorgten, wie man sich vorstellen kann, für einigen Umtrieb. Viele von ihnen waren noch nie ins Ausland geflogen. Zu jener Zeit drohte gerade die Golfkrise zu eskalieren. Der israelische Zivilschutz verteilte Gasmasken in kleinen Kartons, die auch Spritzen mit einem Gegenmittel gegen Nervengas enthielten. Natürlich musste einer der Teenager, die auf den Flug nach Warschau warteten, einen Witz reissen: Er habe keinen Grund zur Sorge – wenn Saddam Husseins Raketen in Tel Aviv einschlugen, sei er schon längst in Auschwitz.

An Witzen über den Holocaust mangelt es nicht, aber sie werden üblicherweise hinter vorgehaltener Hand erzählt. So geschmacklos sie sind – immerhin bieten sie ein Ventil für die innere Anspannung und ähneln darin dem makabren Humor von Ärzten und Soldaten. Mir fiel auf, dass die Schüler für diese Art von Humor kaum noch etwas übrig hatten, als sie später die polnischen Vernichtungslager besuchten. Vielleicht wäre es für sie leichter gewesen, wenn sie Witze gerissen hätten; hin und wieder wirkten sie sehr mitgenommen.

Die Gruppe bestand aus sechzehn- und siebzehnjährigen Jungen und Mädchen von sieben verschiedenen Schulen. Eine der Schulen bezeichnete sich als traditionsverbunden, zwei als religiös und der Rest als weltlich. Bevor ich mit den Schülern die Reise antrat, besuchte ich zwei Monate lang mit ihnen den obligatorischen Vorbereitungskurs. Die Jugendlichen nahmen ihn sehr ernst, lasen Bücher, sahen sich Filme an, besuchten Gedenkstätten, trafen Überlebende. All das nahm etwa dreissig Stunden in Anspruch. Die meisten der Jugendlichen waren Kinder

von in Israel geborenen Aschkenasim. Ihre Eltern gehörten zu der Generation, die wie Momik, der Held in David Grossmans Stichwort: Liebe, in dem grossen Schweigen aufgewachsen waren, mit dem Israel in den ersten Jahren seiner Existenz auf den Holocaust reagiert hatte. Nichts illustriert die gewandelte Einstellung gegenüber dem Holocaust besser als die Reise dieser Schüler, die der dritten Generation angehören. Es war eine Pilgerfahrt in die Diaspora, nach Treblinka, Majdanek und Auschwitz. Auch das gehört zu den ironischen Brüchen des Zionismus: Nur eine Generation nach der Gründung des Staates schickte Israel seine Kinder in die jüdische Vergangenheit, die von den Gründern, die angetreten waren, einen «neuen Menschen» ohne Ghetto-Vergangenheit zu schaffen, bewusst aufgegeben worden war. Die jungen Leute sollten das suchen, was ihnen die säkulare israelische Gesellschaft offenbar nicht bieten konnte – Wurzeln. Die Reise war ein emotionsgeladenes und symbolbefrachtetes Ritual und hielt sich manchmal mit bizarrer Unbeweglichkeit an das, was Saul Friedländer als Vereinigung von Kitsch und Tod bezeichnet hatte. Aus zwei Quellen gespeist – dem Nationalismus und der Religion –, wies sie auch eine klare politische Richtung auf. Statt Offenheit und Menschenliebe verströmte sie Isolationismus bis hin zur Fremdenfeindlichkeit.

Von dem in den siebziger Jahren herrschenden Bestreben, die allgemeingültigen Lehren des Holocaust in das Bildungssystem zu integrieren, ist inzwischen generell nicht mehr viel zu entdecken. Ein Leitfaden für Polenreisende, der vom Erziehungsministerium herausgegeben wird, spricht nur beiläufig von der Notwendigkeit, die sittlichen Normen und den humanistischen Ansatz «neu zu bewerten». Eine andere Broschüre des Ministeriums, die die Reiseteilnehmer und -teilnehmerinnen erhielten, enthält nicht einmal einen solchen Hinweis. Stattdessen wendet sich Avraham Oded Cohen, der Direktor der Jugendabteilung des Ministeriums, mit folgenden Worten an Lehrer und Reiseleiter:

Wenn wir neben den Feueröfen der Vernichtungslager stehen, werden wir Hass empfinden, und Tränen werden uns in die Augen steigen über die entsetzliche Vernichtung der europäischen Juden, und

hier besonders der polnischen Juden. Doch noch während wir weinen und die Vernichtung schmerzlich beklagen, füllen sich unsere Herzen mit Stolz und Zufriedenheit, weil wir das grosse Privileg besitzen, Bürger eines unabhängigen Israel zu sein. Beim Anblick der israelischen Fahne, die hoch über den Gruben und Kaminen des Todes flattert, richten wir uns stolz auf und flüstern: «Es lebe das Volk Israels! Das ewige Volk Israels wird uns nie enttäuschen!» Wir schwören vor den Millionen unserer ermordeten Brüder: «Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem, so möge mir die rechte Hand verdorren!» Und es ist, als riefen die Seelen der Ermordeten uns zu: «Im Tode haben wir euch zu leben befohlen. Bewahrt und schützt den Staat Israel als euren wertvollsten Besitz.» Und wir antworten aus vollem Herzen: «Möge der Staat Israel ewig bestehen!»¹

Avraham Cohen, ein gesetzter und freundlicher Mann, dessen gestricktes Käppchen ihn als nationalreligiösen Zionisten ausweist, gab dem Besuchsprogramm den Namen: «Ich suche meine Brüder» (Genesis 37,16). Der Vers hatte zur wöchentlichen Torah-Lesung gehört, als Cohen zum ersten Mal Polen besuchte, um die Möglichkeit für Schülerreisen zu erkunden. Die Schülergruppen werden «Delegation» genannt; die Broschüre enthält unter anderem das «Gebet für den Staat Israel» und den «Segensspruch für die Soldaten der Israelischen Verteidigungsarmee». Das Programm sieht vor, dass die Schüler beide Gebete in Auschwitz sprechen.

An bestimmten Gedenkstätten sollten die Schüler für die Opfer des Holocaust ein Jizkor, ein Gedenkgebet, sprechen.

Israels Gedenkkultur bedient sich mindestens sechs oder sieben verschiedener Versionen dieses Gebetes, die sich in Länge, Stil und Geist voneinander unterscheiden. Eine Version beginnt: «Möge Gott sich erinnern», eine andere «Möge sich das jüdische Volk erinnern», wieder eine andere «Wir erinnern uns». Eine stellt fest, die Juden seien «wie Lämmer zur Schlachtbank» geführt worden, die anderen vermeiden diese unglückliche Formulierung. Nicht in allen Versionen steht, die Opfer seien «Märtyrer vor Gott». Eine erwähnt Juden, «die an heiligen Orten auf den Torah-Rollen verbrannt wurden», andere sprechen von

den «Hundertern von Kämpfern, die sich erhoben, um ein verzweifertes Volk zu Heldentaten zu erwecken». Eines der Gebete widmet zwei Zeilen dem Andenken an die nicht jüdischen «Gerechten». Am deutlichsten erkennbar sind die Abweichungen bei der Nennung der Mörder. Yad Vashem und die israelische Armee verzichten in ihren Gebeten ganz darauf. Einmal findet sich die juristische Formulierung «Nazis und Nazi-Kollaborateure». Andere Versionen sind direkter: «die deutschen Nazis und ihre Kollaborateure». Manche verallgemeinern und sprechen von «den Deutschen».

Das Erziehungsministerium hatte die jungen Pilger mit zwei Versionen des Jizkor-Gebetes ausgestattet. Beide beginnen mit den Worten «Möge Gott sich erinnern»; beide enthalten den Ausdruck «wie Lämmer zur Schlachtbank». Eine besagt, die Vernichtungslager seien erbaut worden von «der diabolischen Nazi-Regierung eines deutschen Mördervolkes». Die zweite Version ist etwas allgemeiner und spricht einfach von dem «deutschen Volk von Mördern». Beide Versionen erwähnen Nazi-Kollaborateure «aus anderen Ländern». In keiner der beiden kommen die Aufständischen aus den Ghettos vor. Beide enthalten einen Abschnitt, der weder von Yad Vashem noch von der Armee benutzt wird; darin wird Gott angerufen, das Blut der Opfer «vor unseren Augen bald zu rächen».²

Wenige Tage vor ihrem Flug nach Polen fanden sich die Schüler in einem grossen Begegnungszentrum in Jerusalem ein. Sie sangen Lieder zu Akkordeon-Begleitung, wobei die Liedtexte auf die Wand projiziert wurden. Es waren bekannte, patriotische Lieder, die oft im Radio gespielt werden: «Ich bin das Kind einer zweitausend Jahre alten Nation, ein Stück Land wartet auf uns, nicht ein Stück Himmel»; «Land, unser Land, Land, das wir lieben, du bist uns Vater und Mutter. Land des Volkes, auf ewig unser Land, wo wir geboren sind, wo wir leben werden, was immer kommen mag»; «Wir hören nicht auf zu singen. Auch wenn uns die UN zwingen will, das Land zurückzugeben. Wir hören nicht auf zu singen.»

Schalmi Barmor kam zu spät. Der fünfundvierzigjährige Barmor stammt aus Tel Aviv und leitet die Weltzentrale für Holocaust-Unterricht in Yad Vashem. Er betrachtet seine berufliche Stellung, wie auch

sich selbst und das Leben im Allgemeinen, nicht ohne eine gute Portion ironischer Skepsis. Als einer der Initiatoren der Pilgerfahrten nach Polen sollte Barmor die Schüler der traditionellen Jerusalemer Masorti-Schule begleiten, zu denen auch sein Sohn Ejal gehörte. In den Monaten der Vorbereitung machte es Barmor seinen Schützlingen nicht leicht. Er verlangte von ihnen, dass sie sich intensiv mit dem Phänomen Holocaust und seiner Entstehung auseinandersetzten. Er wollte sie zu aufgeschlossenen Menschen erziehen; gleich zu Anfang brachte er die Armenier, die Zigeuner, Biafra und Kambodscha mit in die Diskussion ein. Barmor erklärte, in welcher Hinsicht der Völkermord an den Juden sich davon unterschied, und in welcher Hinsicht nicht. Er legte den Schülern nahe, sich den Massenmord aus Sicht der Nationalsozialisten vorzustellen, und erläuterte ihnen dazu deren rassistische Ideologie. Sein Kollege referierte über die Persönlichkeit der Mörder. Hitler sei kein Verrückter gewesen, sagte Barmor, und auch Saddam Hussein sei kein Verrückter. Mit voller Absicht berührte er auch heiklere Themen: die gemeinsamen Interessen von Nazis und zionistischer Bewegung; die Schwierigkeit, die von den Nazis eingesetzten Judenräte richtig zu verstehen. Er erklärte den Schülern, dass Märtyrertum eine Wahl zwischen Leben und Tod voraussetzt und dass die Opfer des Holocaust keine solche Wahl hatten. Er sprach mit ihnen über den Vergleich, der manchmal zwischen der Judenverfolgung und der Unterdrückung der Palästinenser ange stellt wird, und erklärte, warum seines Erachtens dieser Vergleich nicht standhält. Die Schüler erhielten eine Grundlage, auf der sie sich dem Holocaust in historischen Begriffen nähern konnten. Sie wurden in die Lage versetzt, mehr als einen Dialog mit den Seelen der Toten zu führen, wie ihnen die Broschüre des Erziehungsministeriums empfahl. Barmor verwandte über Wochen und Monate hinweg viele Stunden auf die Vorbereitung. Es war eine eindrucksvolle pädagogische Leistung.

Er sprach auch über Polen, wo sein Vater zur Welt gekommen war und nach dem Krieg als erster Sekretär der israelischen Vertretung wieder gearbeitet hatte. Barmor war damals neun. Bei unserem Besuch in Warschau zeigte er mir dann das Haus, in dem die Familie seines Vaters gelebt hatte. Es war Abend, die malerischen Gassen menschenleer. Am

Fuss der alten Kathedrale erzählte mir Barmor, dass er sich in den ersten Monaten in Polen sehr vor dem Christentum gefürchtet hatte. Warum, wollte ich wissen, sollte sich ein Kind aus Tel Aviv vor dem Christentum fürchten? War das das Erbe einer tausendjährigen gestörten Beziehung zwischen Juden und Polen? Nein, sagte Barmor, der Grund sei ein israelisches Kinderbuch gewesen, ein Klassiker mit dem Titel *Zwei Freunde auf dem Weg von Jemima Avidar-Tschernowitz und Mira Lube*. Es beschreibt die Geschichte eines Kindes, das den Holocaust überlebt, seine verlorene Schwester sucht und sie in einem furchterregenden Kloster in Italien wieder findet.³ Dasselbe Motiv existiert auch in der Dichtung über den Holocaust: «Meiner Schwester Augen wandern über die Klostermauer / Ein blutrotes Band», schrieb Abba Kovner:

Eine Kerze zittert in der Hand der Nonnen

Neun heilige Schwestern betrachten meine Schwester als betrachteten sie sprechenden Staub

... im Hof

Spielt meine Schwester mit der Sprache der Andeutungen, mit einem anderen Gott.⁴

Ich hatte Barmors Vater Jaakov, der inzwischen pensioniert war, schon zu Hause besucht. «Judenhass ist für Polen so natürlich wie für den Himmel das Blau», behauptete der ehemalige Diplomat. Dasselbe erklärte er gegenüber den Schülern seines Sohnes. Schalmi Barmor wusste alles über den polnischen Antisemitismus. Er versuchte, seinen Schülern dessen Hintergrund begreiflich zu machen, und ersparte ihnen nichts. Er gab ihnen einen relativ neuen Artikel aus *Haarez* zu lesen, den Schabtai Teveth, Ben Gurions Biograph, nach einem Besuch in Polen verfasst hatte. Teveth attackierte die Polen, weil sie den Auschwitz-Besuchern die Tatsache vorenthielten, dass die meisten der dort Ermordeten Juden gewesen waren. «Das polnische Volk», schrieb Teveth, «ist am Ende der Sieger geblieben, es hat die Juden beraubt, sich deren Leid und Holocaust angeeignet und letzteren zu einem kommerziellen Unternehmen gemacht.»⁵ Die Schüler lasen den Artikel und nickten. Viele von ihnen hielten den Holocaust ohnehin für ein von Polen angezettelt Verbrechen.

Entsprechend suchten sie auf ihrer Reise überall Hakenkreuze an den Wänden – und manchmal fanden sie welche. Schalmi Barmor versuchte ihnen begreiflich zu machen, dass die Polen an der Judenvernichtung nicht schuldig waren. Tatsächlich hätten die Polen erkennen müssen, dass sie im Krieg eine Niederlage erlitten hatten – sie hätten lediglich die deutsche gegen die sowjetische Besatzung eingetauscht.

Der Antisemitismus in Polen sollte nicht ignoriert werden, sagte Barmor seinen Schülern, doch gleichzeitig betonte er, dass die Polen den Massenmord an den Juden als Teil ihrer nationalen Tragödie betrachteten. Die Schüler widersprachen ihm. «Irgendjemand muss doch schliesslich am Holocaust schuld sein», meinte einer von ihnen. «Wir müssen irgendjemanden hassen, und mit den Deutschen haben wir uns schon versöhnt.» Als wir an der Mauer des ehemaligen Warschauer Ghettos standen, torkelte ein streitsüchtiger Betrunkener an uns vorbei. Ich vermute, dass Barmor nicht alles übersetzte, was dieser über die Juden von sich gab.

Schalmi Barmor gab sich grosse Mühe, seinen Schülern beizubringen, dass die in Polen lebenden Juden lange Zeit nicht unbedingt Grund zur Klage gehabt hatten. Polen sei der Mittelpunkt der gesamten jüdischen Welt gewesen. Die Schriftstellerin Jehudit Hendel sei das Polen ihrer Kindheit fast wie ein jüdisches Land vorgekommen.⁶ Barmors Sohn Ejal erzählte mir später, er habe durch den Besuch der Lager den Holocaust sicher besser verstehen gelernt. Doch während eines Besuchs im alten jüdischen Viertel von Krakau habe er erst richtig begriffen, wie gross der Verlust sei. Wenn er das seinem Vater auch gesagt hat, wird dieser stolz auf ihn gewesen sein.

Die Gedenkfeier an Natan Rapoport's Denkmal für den Warschauer Ghetto-Aufstand fand kurz vor Anbruch der Nacht und nur wenige Stunden nach unserer Ankunft in Polen statt. Maia Morag, eine der Schülerinnen, Schalmi Barmor und ich schlichen uns im Schutz der Dämmerung davon, um die Pawia-Strasse Nr. 7 zu suchen, die nicht weit vom Denkmal entfernt liegt. Dort hatte Maias Grossvater Eliahu Morag gewohnt, der damals mit Nachnamen Samorog hiess. Grossvater

Eliahu wünschte sich so sehr, dass seine Enkelin die Strasse zu sehen bekäme. Zwei Wochen vor der Reise suchte ich Morag in Givataim, einem Vorort von Tel Aviv, auf. Ich traf einen freundlichen achtundsechzigjährigen Rentner in Sandalen. Er hatte sich als Experte für Geflügelzucht einen Namen gemacht; seine Eltern hatten eine Lederwarenfabrik in Warschau geführt, die unter anderem Spazierstöcke herstellte. Immer wenn der 1. Mai herankam – berichtete Morag – florierte das Unternehmen: die jüdischen Fabrikanten verkauften den Kommunisten die Stöcke, mit denen diese ihre Gegner aus dem rechten Lager verprügelten.

Morag erhielt sein Einwanderungszertifikat für Palästina kurz vor dem Krieg aus der Quote der zionistischen Jugendbewegung. Kurz zuvor war er von Antisemiten attackiert worden. Niemals werde er den Moment vergessen, sagte er, an dem er von seiner Mutter Abschied nahm. «Mein Junge, warum verlässt du mich?» weinte sie. Er sah sie nie wieder. Soviel er wusste, war sie in Treblinka zusammen mit seinem Vater ermordet worden. Morag fühlte sich immer noch schuldig, weil er sie allein gelassen hatte.

Nach der Ankunft in Palästina beteiligte sich Morag an der Gründung des Kibbuz Nizanim, der knapp 20 Kilometer von Jad Mordechai entfernt liegt. Auch Nizanim wurde im Unabhängigkeitskrieg von den Ägyptern besetzt, doch anders als Jad Mordechai ging der Kibbuz nicht in die Annalen des israelischen Heroismus ein. Stattdessen wurde er zum Symbol für Feigheit und Verrat, was unter anderem daran lag, dass seine Mitglieder nicht der «richtigen» politischen Partei angehörten. Die Geschichte ist in Israel sehr bekannt: Die Mitglieder des Kibbuz kämpften fünfzehn Stunden lang neben den Soldaten, die zu ihrer Verteidigung angerückt waren, bis sie praktisch die letzte Kugel verschossen hatten. Dreissig Verteidiger – fast ein Drittel aller Kibbuzniks – wurden getötet. Als sie vor der Wahl standen, zu sterben oder sich den bereits in den Kibbuz eingedrungenen Ägyptern zu ergeben, hoben sie die Hände und wurden gefangengenommen.

«Verräterisches Verhalten», urteilte Ben Gurion in seinem Tagebuch.⁷

Keine andere Episode illustriert so eindrücklich die schwere Last, die

der Heroismus-Kult dem israelischen Volk auferlegte. Noch bevor irgendjemand wusste, was geschehen war, brachte die Armee einen «Gefechtsbericht» heraus und verurteilte darin Nizanim pauschal. «Besser ist es, in den Schützengräben zu sterben, als sich dem mörderischen Eindringling zu ergeben», hiess es. «Sich zu ergeben, solange der Körper lebt und die letzte Kugel im Magazin steckt, ist schändlich! Sich vom Gegner gefangennehmen zu lassen ist Schande und Tod!»⁸

Vierzig Jahre lang kämpften die Bewohner von Nizanim darum, ihren Namen reinzuwaschen, doch das israelische Ethos kannte kein Pardon. Sie wurden in Büchern und in Ausbildungsprogrammen der Armee immer und immer wieder wegen ihrer Gefangennahme gezeisselt. Gleich den Opfern des Holocaust hätten sie sich «wie Lämmer zur Schlachtbank» führen lassen, hiess es. Diese Parallele war nicht zufällig gewählt, denn der Mann, der Nizanim zur Schande verdammt, war kein anderer als Abba Kovner. Im Unabhängigkeitskrieg diente Kovner, inzwischen ein geachtetes Mitglied von Haschomer Hazair, als Ausbildungsoffizier in der israelischen Armee. Er nannte sich, in Anlehnung an die Rote Armee, Politkommissar und verfasste jenen «Gefechtsbericht». Nizanim gehörte einer rivalisierenden politischen Richtung an; einige der Kibbuzniks stammten wie Kovner aus Wilna. Der «Gefechtsbericht» war offensichtlich die Fortsetzung eines Disputs, der schon während des Holocaust in Wilna begonnen hatte.

Nach dem Unabhängigkeitskrieg war Nizanim ein Ort der Witwen, Waisen und besiegten Väter, die aus ägyptischen Kriegsgefangenenlagern zurückkehrten. Jahrelang machten sie sich Vorwürfe. Sie litten unter ihrer Vergangenheit und unter ihrem Ruf. Die Väter schämten sich ihres Verhaltens, und die Söhne schämten sich ihrer Väter. Ich war eines Tages nach Nizanim gefahren, um zu verstehen, warum es ihnen eigentlich so schwerfiel, das niederschmetternde Urteil des Dichter-Kommissars endlich hinter sich zu lassen. Mir war das Ausmass der Demütigung wohl bewusst – so glaubte ich jedenfalls –, doch ich hatte Mühe zu begreifen, was es für sie bedeutete. Warum, fragte ich sie hartnäckig, liessen sie sich von einem Stück bedruckten Papiers, das schon damals kei-

nen Sinn ergeben hatte, das Leben schwer machen? Das könne man rational nicht erklären, erwiderten sie. Offenbar glaubten sie ebenso wie die Holocaust-Überlebenden insgeheim doch an ihre Schuld. Auch sie waren in einem Ethos befangen, das nur tote Helden glorifizierte und all jene verachtete, die sich lieber ergaben und das Leben einem «ehrenhaften Tod» vorzogen. Dieser Kibbuz war auf doppelte Weise zerstört worden.*

Eliahu Morag hatte zu den Gefangenen gehört. Die Ägypter hatten sie neun Monate lang festgehalten, alle misshandelt und einige gefoltert. Morag wird nie vergessen, mit welchen Worten ihn sein vierjähriger Sohn Giora bei der Rückkehr begrüßte: «Papa, warum lebst du?» Sein Giora wollte einen Helden als Vater.

Giora Morag, der heute als Bankier arbeitet, erinnert sich noch deutlich an die Nacht, in der Nizanim evakuiert wurde. Die Kinder wurden in einem nächtlichen Marsch voller Angst in eine andere Siedlung gebracht; der Himmel war vom Feuer der Geschütze erhellt. Fünfundzwanzig Jahre später traf Giora Morag als Kompaniechef einer Panzerinheit im Jom-Kippur-Krieg noch einmal auf denselben Feind. Befehlen gehorchend, aber gegen die eigene Überzeugung, liess Morag angreifen. Er wusste, dass er – wie einst die Männer aus Nizanim und den Ghettos – keine Chance hatte. Die Ägypter löschten fast die gesamte Kompanie aus. Die Vorbereitungen seiner Tochter Maia auf die Polenreise halfen ihm, seinem Vater Fragen zu stellen, die er nie zuvor zu stellen gewagt hatte. Die beiden Männer waren sich nähergekommen. An all das dachte ich in der Nacht, in der Maia, Barmor und ich uns in Warschau auf die Suche nach dem Haus in der Pawia-Strasse begaben. Es gab keine Pawia-Strasse 7 mehr. Wir standen vor einem leeren Grundstück.

Bei der Zeremonie am Denkmal von Rapoport sang man inzwischen

* Es dauerte vierzig Jahre, bis Nizanim rehabilitiert wurde. Zuvor unveröffentlichte Dokumente bewiesen, dass der Kibbuz sich unter anderem deswegen nur unter Schwierigkeiten Verteidigungswaffen besorgen konnte, weil er nicht über die erforderlichen politischen Kontakte verfügte. Hätten sich die Verteidiger früher ergeben, wären viele von ihnen am Leben geblieben. Sie kämpften zu lange. Der Verfasser des Buches, das sie rehabilitierte, war Zvika Dror, der Historiker aus dem Kibbuz Lochamei Hagetaot.⁹

die Nationalhymne. Die Schüler des Ben-Gurion-Gymnasium aus Petah Tikvah, die für die Feier verantwortlich waren, lasen Gedichte aus einem schwarzen Buch mit einem gelben Davidstern und einer kleinen israelischen Plastikflagge auf dem Umschlag. Sie sagten fast nichts über den Aufstand selbst.

Abgesehen von einem Gang durch die Ghetto-Ruinen und einem kurzen Treffen mit einem Mann, der Mordechai Anielewicz gekannt hatte, wurde der Aufstand während der gesamten Reise mit Worten kaum berührt. Die Broschüre des Erziehungsministeriums enthält eine halbe Seite über das jüdische Theater im Warschauer Ghetto, doch auch hier wird der Aufstand nur am Rande erwähnt. Nach fünf Kriegen brauchen die Israelis den Heldenmythos nicht mehr, um die Schande des Holocaust zu tilgen. Dies hängt, wie ich vermute, auch mit der Tatsache zusammen, dass die Mapam, einst ein Machtfaktor in der israelischen Politik, jetzt nur noch eine Randgruppierung ist. Schalmi Barmor vertraute mir ein kleines Geheimnis an: Das Denkmal von Rapoport ist nicht in allen Einzelheiten mit jenem identisch, das am Eingang des Yad Vashem-Museums in Jerusalem steht. Einer der Unterschiede ist, dass die Mutterfigur in der Warschauer Version eine entblösste Brust hat, in Jerusalem ist sie bedeckt.

Wenige Wochen vor der Reise erhielten die Schüler grosse Papptafeln und Filzstifte und sollten ihre Ängste aufschreiben. Sie liessen sich nicht lange bitten. Sie hatten Angst vor dem, was sie in den Vernichtungslagern sehen würden; vielleicht würden sie dem Entsetzlichen nicht standhalten können und weinen, und andere würden sich über sie lustig machen. Manche wiederum befürchteten, sie würden über ihre Freunde lachen. Einige hatten die Befürchtung, sie würden aus Polen als «andere Menschen» zurückkommen. Ein paar Schüler sorgten sich, dass es ihnen schwerfallen könnte, sich wieder in den Unterricht einzugliedern. Andere hatten Angst, die Erfahrung in Polen würde sie so aufwühlen, dass sie zu Freunden, die nicht mitfahren, den Draht verlieren würden. Manche schrieben, mehr als vor allem anderen fürchteten sie sich davor, dass sie nichts empfinden würden. Auch eine solche Möglichkeit wurde von

den Lehrern berücksichtigt: Selbst wenn sie nichts empfänden, sagte man ihnen, würde das nicht bedeuten, dass mit ihrem Gefühlshaushalt etwas nicht stimme. Wie sich herausstellte, war diese Furcht unbegründet: Jeder Schüler und jede Schülerin brach an irgendeinem Punkt der Reise zusammen, die meisten mehr als einmal. Bei der Mehrzahl geschah es lange vor Auschwitz, der letzten Station auf unserer Reiseroute. Für viele war Treblinka der entscheidende Durchbruch. Die Mاسorti-Schüler hielten eine kleine Gedenkfeier ab. Jeder entzündete eine Kerze für seine oder ihre Angehörigen. Ein Junge, dessen Eltern aus Marokko stammten, entzündete eine Kerze für die Eltern seiner Freunde. Die Lehrerin Orit Elidar las «Eine Ode auf die aus dem Feuer Geretteten», die ihre Schwester geschrieben hatte: «Jeder Jude hat sein eigenes Vernichtungslager... , jeder Jude hat seine eigene Gaskammer.»

¹⁰ Es war eine sehr persönlich gehaltene Feier; allen kamen die Tränen. In Treblinka ist nichts mehr übriggeblieben, alles ist der Vorstellungskraft überlassen. Es existieren nur noch Gedenksteine, die das ehemalige Lagergelände bedecken, soweit das Auge reicht. Die meisten Schüler aber wurden in Majdanek von ihren Gefühlen überwältigt. Das Lager ist noch genauso, wie es früher war – mit Duschen, Baracken, Hütten, Kleidern, Schuhen, Öfen. Hier bleibt der Phantasie nichts überlassen. Das Entsetzen steigt, während man von einer Barracke zur nächsten geht. Am Weg sieht man einen Glaskasten, der mit Menschenknochen gefüllt ist. Dann folgt ein riesiges Becken mit der Asche der Toten. Die Dämmerung brach an; ein paar deutsche Geistliche legten einen Kranz nieder. Über uns zog ein Schwarm Krähen vorüber. Matan Meridor, ein intelligenter, liebenswerter Junge, erzählte mir etwas, das er seinen Freunden lieber nicht anvertrauen wollte. Als er an den Tausenden von Schuhen vorüberging, die im Lager Maj danek gesammelt worden waren, hielt er nach den kleinsten Ausschau und dachte plötzlich an eine Zeile in der Betar-Hymne von Zeev Jabotinsky: «Aus Blut und Schweiss wird sich eine Rasse erheben, stolz, grossmütig und grausam.» Dann dachte er an das Vermächtnis, das Samson seinem Volk in einem Roman von Jabotinsky hinterlässt: «Lasst sie Eisen sammeln, Qualen erleiden, einen König ernennen und das Lachen erlernen.»

Ich erzählte ihm, wie seine Tante Hagit Meridor vor dreissig Jahren eine längere öffentliche Debatte über die Bedeutung des Holocaust ausgelöst hatte, als sie ihrem Vater, dem Knesset-Abgeordneten Eliahu Meridor, vom Besuch eines deutschen Pfarrers in ihrer Schulklasse berichtete. Man schrieb das Jahr 1962, im Eichmann-Prozess stand die Verkündung des Urteils kurz bevor. Pfarrer Bruno Dieckmann war ein guter Freund Israels. Das Aussenministerium hatte seiner Bitte entsprochen, eine israelische Schule besuchen zu dürfen. Nachdem er sich eine Englischstunde in einer Grundschule angehört hatte, erzählte er den Kindern, woher er kam, und fragte sie, ob er den Kindern seines Landes irgendetwas von ihnen ausrichten sollte. Als Hagit Meridor ihrem Vater von dem Besuch berichtete, trat die Cherut in Aktion und veranlasste ihre prominentesten Mitglieder, darunter Menachem Begin, den Vorfall zu verurteilen.¹¹ Matan Meridor – dessen Vater unter Jizchak Schamir Justizminister war – erklärte, seine historische Rechnung mit den Deutschen sei noch offen. In Majdanek trug er eine israelische Fahne. Der Wind wickelte sie ihm um den Körper wie ein Leichentuch, und einen Augenblick lang, sagte er mir, sei er sich nicht sicher gewesen, ob er sich wieder von ihr befreien wollte.

Auf der Fahrt nach Auschwitz las eine der Lehrerinnen im Bus ein paar Zeilen aus Viktor Frankls .. .trotzdem Ja zum Leben sagen vor. Frankl wurde auf der Reise häufig zitiert; der Wiener Psychiater hatte Auschwitz überlebt. «Es scheint, dass der Mensch fähig ist, Leiden, Demütigungen, Angst oder Wut zu ertragen, wenn er das Bild eines geliebten Menschen in seinem Herzen trägt», schreibt Frankl, «oder wenn er religiös ist oder Sinn für Humor hat oder auch nur dank eines Blicks auf die Menschen, die mit ihm gefangen sind, oder dank seines Glaubens, dass am Ende alles gut werden wird.»*¹² Dann las die Lehrerin eine Auswahl aus Primo Levis *Ist das ein Mensch?* Die Stimme versagte ihr,

* Den Mythos, Frankl habe in Auschwitz den Sinn des Lebens entdeckt, hat laut Frankl sein Verleger erfunden; tatsächlich hatte er ihn für sich persönlich schon lange vor seiner Verhaftung entdeckt. Nichtsdestotrotz hat ihm das, was er in Auschwitz erlebte, bewiesen, dass er auf der richtigen Fährte war.

sie konnte nicht weiterlesen. Es waren noch fünf Kilometer bis zum Lagerort. Die Lehrerin bat die Schüler, in respektvollem Schweigen zu verharren. Alle waren still, nur der Motor brummte. Am Tor erinnerte sie die Schüler: «Denkt daran, dass wir einen Arzt bei uns haben.» Der Besuch von Auschwitz sollte die Begegnung mit dem Holocaust zu einem dramatischen und emotionalen Höhepunkt führen, doch die meisten Schüler fühlten sich der erwarteten Katharsis nicht gewachsen. Alle horchten in sich hinein und fragten sich: «Was hat es in mir ausgelöst?», und sie fanden heraus, dass Majdanek mehr «ausgelöst» hatte, vielleicht weil es das erste Lager war, das sie gesehen hatten, vielleicht weil es nicht in ein Museum umgewandelt worden war und nicht so viele Touristen anlockte. Oder vielleicht auch, weil sie es nicht schon als Symbol in sich trugen und nicht erwarteten, dass der Besuch dort etwas Besonderes «auslöste». In Auschwitz, der letzten Station unserer Reise, seien keine Tränen mehr übrig gewesen, meinte ein Schüler.

Auf dem Rundgang zitierten die Lehrer Ka-Zetnik, und einer von ihnen erinnerte die Schüler daran, dass der Schriftsteller später zurückgenommen hatte, was er in den Sekunden vor seiner Ohnmacht im Zeugenstand ausgesagt hatte. Nicht ein anderer Planet sei Auschwitz, sondern ein Teil dieser Welt, ein Ausdruck des Bösen im Menschen. Neben dem Galgen, an dem der Lagerkommandant Rudolf Höss aufgehängt worden war, hielt einer der Schüler einen kleinen Vortrag über ihn. Ich hatte Höss' Schwager kennengelernt, der während des Krieges das Lager besucht, in jede Ecke geschaut, alles gesehen hatte. Einmal hatte er Höss gefragt, wie er in dieser Routine des Schreckens denn funktionieren könne. Der Kommandant habe ihm, so der Schwager, geantwortet: «Das würdest du nicht verstehen. Wir sind hier auf einem anderen Planeten.»¹³ Ich hatte den Eindruck, dass die jungen Leute Auschwitz auch lieber als einen anderen Planeten aufgefasst hätten.

Während der achttägigen Pilgerfahrt wurden die Schüler von einem emotionalen Extrem ins andere gerissen – Wogen von Stolz und Begeisterung wechselten mit fast hysterischen Weinkrämpfen. Das geschah immer wieder. Jedesmal, wenn sie eine Feier abhielten, wurde ihre Stimmung düster; wenn die Feier vorüber war, verflogen die trüben Ge-

danken. Zwei, drei Stunden nach ihrem Besuch in Auschwitz tanzten sie in einer Disco mit jungen Polen. Vielleicht berechtigt sie dazu jene Ideologie, gemäss der sie das Leben als Vermächtnis erhalten haben. Das Liederbuch des Erziehungsministeriums enthält drei Abschnitte: «patriotische und Sabbath-Lieder», «Lieder über Holocaust und Heludentum», «Lieder zur Unterhaltung».

Die Schüler besichtigten die Vernichtungslager, als seien sie isolierte Inseln. Als Pilger in die Vergangenheit erfuhren sie nahezu nichts über die aktuellen revolutionären Ereignisse in Polen. Sie ähnelten den christlichen Pilgern, die Jerusalem besuchen und danach nicht das Geringste über Israel wissen. Dieser Vergleich kam mir mehr als einmal in den Sinn. In Birkenau stiegen die Teenager aus dem Bus und schritten die Bahngleise entlang wie christliche Pilger die Via Dolorosa. Sie trugen ein Buch mit Gedichten und Texten; darin findet sich der Psalm «O Gott, bleibe nicht stumm» ebenso wie «Rückkehr nach Auschwitz» von dem israelischen Dichter Avner Treinin. Die meisten Texte sind in einer besonders feierlichen Sprache abgefasst, und die Kernaussage ist in Jiddisch statt in Hebräisch formuliert. Das Jiddische ist für die Liturgie dieses Gedenkrituals das, was das Aramäische für das jüdische Gebet und das Lateinische für den christlichen Gottesdienst sind. Dazu brachten die Schüler spezielle Musikkassetten mit. Am Eingang von Treblinka spielten sie ein Lied von Jehuda Poliker, einem beliebten israelischen Sänger und Sohn eines Holocaust-Überlebenden. Seine Zeilen «Hier ist Treblinka Endstation, hier ist Treblinka Endstation» werden von Schlagzeug, elektrischen Gitarren, Bouzouki, Bassgitarre und Hammond-Organ untermalt. Die Melodie wiederholt sich endlos, und die Schüler sangen die Litanei laut mit. Die meisten trugen eine Art Uniform, die speziell für den Anlass entworfen worden war. Sie bestand aus einem leuchtend violetten Sweatshirt mit einem grossen stilisierten Davidstern und dem Wort ISRAEL in lateinischen Buchstaben auf dem Rücken. So formierten sich die Schüler zu einer fast militärisch anmutenden Marschordnung und schwenkten dazu eine israelische Fahne. Sie taten das, wie sie mir erklärten, damit die Passanten in den polnischen

Städten erführen, dass es ein Leben nach dem Holocaust gibt. Das war ihre Art von Rachebotschaft aus Israel. Manchmal fielen mir Gesten auf, deren rituelle Bedeutung mir viel tiefer, viel mystischer erschien. Ein Junge setzte eine brennende Kerze in das Krematorium von Majdanek und kniete mit gefalteten Händen vor der Kerze nieder; andere taten es ihm nach. Es war, als zündeten sie den Ofen wieder an.

Neben ihren Lehrern hatten die Schüler drei Begleiter, die ihnen auf ihrer Pilgerreise geistigen Beistand leisten sollten. Es waren Holocaust-Überlebende, die Zeugen genannt wurden. Auf einer früheren Pilgerfahrt hatte ein Schüler geschrieben: «Je mehr ich darüber nachdenke, desto fester glaube ich, dass Menschen, die den Holocaust durchlebt haben, etwas Göttliches an sich haben, etwas, das über das Menschliche hinausgeht.»¹⁴ Die Zeugen berichteten von ihren Lagererlebnissen und liessen die Schüler wissen, was ihrer Ansicht nach aus dem Holocaust gelernt werden könne. Ihre Anwesenheit verlieh der Reise eine sehr persönliche, sehr emotionale, sehr eindrucksvolle, aber auch sehr politische Dimension.

David Sarid, ein pensionierter Lehrer aus Tiberias, erklärte den Schülern, der Holocaust, den er ihnen nahezubringen hoffe, würde neben der jüdischen Tradition, dem Land Israel und dem jüdischen Volk mit seinen liberalen und humanistischen Werten zur vierten Säule ihrer Identität werden. Sein Ziel sei es, ihnen eine kleine Wunde beizubringen, eine Wunde von der Grösse eines Nadelstichs, und ihnen einen Tropfen seines eigenen Blutes zu injizieren. Sie würden dieses Blut von Generation zu Generation bis ans Ende aller Tage weitergeben. Als man Sarid nach Auschwitz gebracht hatte, war er jünger gewesen als die Schüler, die er jetzt begleitete. Auf der Rampe erzählte er ihnen, wie die Ankommenen selektiert worden waren: jene, die gleich getötet wurden, auf die eine Seite, die, die arbeiten mussten, auf die andere Seite. Er war auf die Seite des Lebens geschickt worden. Die SS-Leute, fuhr er fort, hetzten dann die Menschen im Laufschrift ins Lager. So ungefähr, sagte Sarid, inzwischen ein Mann in den Sechzigern, und rannte plötzlich auf das leere Gelände zu, wo einst die Baracken gestanden hatten. Er rannte, und die Schüler der Masorti-Schule rannten ihm hinterher.

Rennt, rennt, rief Sarid, und sie rannten und rannten. Es war ein grotesker und erschütternder Augenblick. Sarid war auch schon mit einer anderen Gruppe so gerannt; während ich dabei war, tat er es mit verschiedenen Schülergruppen immer wieder. An jenem Tag näherte sich die Temperatur in Birkenau dem Gefrierpunkt. Wenn sie froren, sagte Sarid, drängten sich die Häftlinge zu einem einzigen Klumpen zusammen, Körper an Körper gepresst. Kommt her, forderte er sie auf, und sie drängten sich aneinander und wiegten sich sachte hin und her wie im Gebet, und einer stimmte einen traditionellen Gesang an. Einige der Schüler erklärten hinterher, sie hätten ein bisschen die Kontrolle über sich verloren.

Am Vorabend des Besuches in Auschwitz las Sarid in der Synagoge von Krakau den Schülern eine Art Gedicht vor – es trug den Titel «Mein Birkenau» –, während seine Frau Flöte spielte. Der Holocaust, sagte er, verlange von ihnen, sich voll Trauer zu erinnern und voller Freude zu leben. In seinen Gesprächen mit den Schülern wies er sie besonders auf den Mord an den Zigeunern hin; in Birkenau führte er die Schüler zu deren einzigem Mahnmal, einer kleinen Steintafel. Er hatte im Lager gesehen, wie sie ermordet worden waren. Das jüdische Volk, sagte er, dürfe sie nicht vergessen, so wie der Rest der Welt die Juden nicht vergessen dürfe. Die Lehrerin Orit Elidar entzündete unter der Tafel eine Kerze. Die beiden anderen Zeugen waren Matti Bajski und Miriam Jahav. Bajski, ein robuster Mann aus einer Stadt nahe Łódź, war in Auschwitz und mehreren anderen Lagern gewesen. In Israel hatte er im Erziehungsministerium ein Bildungsprojekt geleitet, das Gymnasiasten auf ihren Armeedienst vorbereitete. Er fuhr zum zweiten Mal mit Schülern nach Polen. Auf dem Weg nach Majdanek zeigte er mir den Brief eines Schülers von der ersten Reise: «Ich danke Ihnen, dass Sie mir beigebracht haben, das Leben zu schätzen und mein Land zu lieben», hatte der Junge geschrieben.

Miriam Jahav, die Auschwitz, Majdanek und andere Lager überlebt hatte, führte jahrelang einen Süßwarenladen in Berschewa. Sie erzählte den Schülern haarsträubende Geschichten, die selbst Schalmi Barmor kaum noch erträglich fand, und las Gedichte, die sie selbst geschrieben hatte. «Plötzlich war alles fort, nichts war übrig, ich war allein, verlas-

sen», schrieb sie in einem Gedicht. «Jeder Tag war wie ein Jahr. Wo habe ich gesündigt? Wo? Bis heute verstehe ich nicht, wie es geschah, wie ich übrigblieb, gerade ich. Wie bin ich dem Schrecken entronnen?» Am Schluss ihrer Gedichte schreibt sie üblicherweise neben ihren Namen ihre KZ-Nummer – A-15 755. Das einzige Gebot, sagte sie den Schülern, das ihnen die Opfer hinterlassen hätten, hiesse Rache, Rache, Rache. Elieser Lidovsky, der Rentner aus Tel Aviv, der mir davon erzählt hatte, wie in mehreren deutschen Städten das Wasser vergiftet werden sollte, bedauerte immer noch, dass er nicht mehr gegen die Deutschen unternommen hatte. «Die Welt würde Israel heute mit anderen Augen sehen, wenn das jüdische Volk Blutrache geübt hätte», sagte er.¹⁵ David Sarid dagegen erklärte den Schülern, dass es keine Rache gebe. Unsere Herzen sollten sich nicht mit Hass füllen, wiederholte er ein ums andere Mal, sonst bleibt kein Raum für Liebe mehr. Miriam Jahav hielt dagegen, sie fände ihre Rache unter anderem in Polens Armut. Alles ist hier so grau und trübe, sagte sie in Krakau. «Die polnischen Juden, die im Holocaust ermordet wurden, haben die Freude mitgenommen, und seit damals gibt es keine Freude mehr in diesem Land». Das sei ihre Rache, betonte sie.

Jahav hatte erst mit dem Eichmann-Prozess begonnen, über ihre Erlebnisse zu sprechen. Seit dieser Zeit betrachtet sie das Erzählen als ihren Auftrag. Sie spricht vor Schülern, Soldaten und anderen Gruppen, auch Gefängnisinsassen – unter der Bedingung, dass keine Araber unter ihnen sind. Als sie die Todesmaschinerie in Treblinka beschrieb, sagte sie: «Bei ihnen war alles so gut organisiert. Sie hatten Kultur. Anders als die Araber.» Sie rede nicht von Politik – auf diesem Punkt beharrte sie stets, wenn ich sie darauf ansprach. Sie sage nur, was sie fühle. Araber jagten ihr Angst ein. Was könne sie dagegen tun – sie käme schliesslich von «dort». Als sie noch in ihrem Süßwarenladen arbeitete, so erzählte sie, sah sie immer, wie die Araber jeden Monat ins Büro der Sozialhilfe gingen und sich ihr Kindergeld holten. Das fand sie empörend – sie hatten so viele Kinder! Ihnen geht's gut dabei, sagte sie, während wir die Estherke-Strasse entlangspazierten. Die Strasse ist nach der jüdischen Geliebten des polnischen Königs Kasimirs des Grossen, der

im 14. Jahrhundert herrschte, benannt. Miriam Jahav und ich waren auf dem Weg zur Synagoge von Rabbi Moshe Isserle, der im 16. Jahrhundert die aschkenasische Gesetzstradition kodifiziert hatte. Es war Sonnabend Vormittag. Sie sprach davon, wie schwer es gewesen war, nach dem Holocaust schwanger zu werden; doch schliesslich hatte sie zwei Töchter und einen Sohn geboren. Ein Mitglied ihrer Familie war im Sechstagekrieg umgekommen, ein anderer im Jom-Kippur-Krieg. Ja, sie glaube, dass es das Beste wäre, die Araber aus dem Land zu jagen. Auf Lastwagen, wenn sie wollten, oder sonstwie – Hauptsache, sie verschwänden. Ich fuhr einige Zeit in dem Bus mit, den sie begleitete. Die Schüler, die von einer religiösen Schule in Petah Tikvah kamen, mochten sie. Auch sie sprachen viel von der Notwendigkeit, die Araber zu deportieren. Nein, antwortete Jahav schnell anstelle eines Schülers, den ich gefragt hatte, nein, eine Ähnlichkeit zwischen der Deportation der Araber und der Deportation der Juden bestünde nicht. Die Juden legten es schliesslich nicht darauf an, den Nichtjuden Schaden zuzufügen.

Vor der Reise nach Polen kritisierte eine Schülerin, die geplanten Feiern mit Gebeten und Fahnen seien nicht nach ihrem Geschmack. Sie argwöhnte, dass jemand sie politisch indoktrinieren wolle. Der Holocaust werde dargestellt, als sei er ausschliesslich Sache der Juden, und das sei nicht richtig, beanstandete sie. Die Lehrer hielten sich an das, was Psychologen für solch heikle Situationen empfehlen – sie forderten die Schüler auf, sich dazu zu äussern. Und nun folgte eine faszinierende Diskussion. Die Schülerin, die den Stein ins Rollen gebracht hatte, betonte, sie wolle nicht an Feiern teilnehmen, die nur die israelische Identität unterstrichen. Die Feiern sollten, wenn sie schon unbedingt stattfinden mussten, die jüdische Identität hervorheben oder noch besser darauf abzielen, dass sich die Schüler als menschliche Wesen verstünden. Ihre Freunde widersprachen. Einer sagte, wenn er nach Polen fahre, dann als Israeli und Jude und nicht nur als Mensch. Ein anderer meinte, zwischen der jüdischen und der israelischen Identität solle kein Unterschied gemacht werden. Die Nazis, fügte er hinzu, hätten die Juden ermordet, weil sie Juden waren, und nicht, weil sie Menschen waren. Matan Meridor warf ein, die israelische Fahne enthalte jüdische Symbole

und repräsentiere das gesamte Volk der Juden. Er persönlich könne kein Requiem für die Zigeuner singen, wenn er vor einem Denkmal für Juden stehe; er gehe nicht nach Polen wegen des Völkermords in Kambojscha. Er habe nichts dagegen, wenn man bei Gelegenheit erwähne, dass auch andere ermordet worden seien, aber er fahre nach Polen im Namen der sechs Millionen.

Die Diskussion dauerte bis tief in die Nacht; zeitweise war sie sehr emotional, zeitweise sehr politisch. Die Schüler konnten ihr entnehmen, dass man ihnen nicht die Wahrheit sagte, wenn man das Gedenken an den Holocaust als Beweis für die nationale Einheit ausgab. In Wirklichkeit wurden hier die Trennlinien innerhalb der israelischen Gesellschaft – zwischen der Rechten und der Linken, zwischen Fremdenfeindlichkeit und Humanismus – wieder einmal überdeutlich. Es sind dieselben Trennlinien, die die Wissenschaftler Dan Bar-On und Oron Sela in ihrer Studie über die Beziehung der israelischen Jugend zum Holocaust vorgefunden haben. Die Tendenz der Politiker zur Polarisierung erschwert es den Jugendlichen, den Holocaust als eigenständiges, von der israelischen Gesellschaft getrenntes Phänomen zu erkennen. Ihr Verhältnis zur eigenen Lebenswelt beeinflusst unweigerlich ihr Verständnis des Holocaust.¹⁶ Diese Überlappung von Vergangenheit und Gegenwart trat während der Reise zu den polnischen Vernichtungslagern immer wieder zutage. Als sie an einem Freitagabend auf dem Rückweg von der Synagoge durch die Strassen von Krakau liefen, sangen einige Teenager Jaakov Rotblits «Friedenslied», das er kurz nach dem Sechstagekrieg geschrieben hatte; andere sangen ein Lied der nationalreligiösen Jugendbewegung Bnei Akiva mit einer selbsterfundene Zeile: «Werft die Araber hinaus, holt alle Juden her».

Die Broschüre, die das Erziehungsministerium verteilt hatte, gab an, dass Polen das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und die palästinensischen Terrororganisationen unterstütze, ganz so, als seien das nicht zwei verschiedene Dinge. Die Schüler hörten nicht, dass das Recht auf Selbstbestimmung ein Grundrecht jedes Volkes ist. Immer aufs Neue schärfte man ihnen ein, was der Holocaust für sie zu bedeuten hat: in Israel zu bleiben. Man führte ihnen nicht vor Augen, dass sie der Holocaust dazu verpflichtete, die Demokratie zu stärken, Rassismus zu be-

kämpfen, Minderheiten und Bürgerrechte zu schützen und rechtswidrigen Befehlen den Gehorsam zu verweigern. Inzwischen haben Umfragen ergeben, dass die israelische Jugend ein geringes Demokratiebewusstsein aufweist. Eine vergleichende Studie der Ben-Gurion-Universität führte zu der peinlichen Schlussfolgerung, dass das Demokratiebewusstsein der deutschen Jugendlichen zum Zeitpunkt der Untersuchung bedeutend ausgeprägter war.¹⁷

Den meisten Israelis fehlt in der Tat der Optimismus, der notwendig ist, um die humanistischen Lehren des Holocaust akzeptieren zu können, und vor dem Hintergrund dieser Tatsache halten es manche sogar für besser, möglichst rasch zu vergessen. Wenige Monate nach dem Beginn des Palästinenseraufstands setzte die Zeitung Haarez eine öffentliche Kontroverse in Gang, indem sie unter dem Titel «Für das Vergessen» einen höchst ungewöhnlichen Essay von Jehuda Elkana abdruckte. Elkana war damals Leiter des Instituts für Wissenschafts- und Philosophiegeschichte an der Universität Tel Aviv und leitete gleichzeitig das Van-Leer-Institut in Jerusalem. Er war als Zehnjähriger nach Auschwitz deportiert worden und hatte den Holocaust überlebt. Aus seinen Erfahrungen hatte er gefolgert, dass das, «was in Deutschland geschah, überall geschehen kann, in jedem Volk, auch dem meinen». Dennoch glaubte er an die Möglichkeit, «solche Ereignisse» durch eine gründliche Erziehung und einen entsprechenden politischen Kontext zu verhindern.

Der Artikel erschien im Gefolge sich mehrender Presseberichte über «Exzesse» israelischer Soldaten in den besetzten Gebieten. Elkana hatte, wie er schrieb, das, was er jetzt sah, alles schon einmal erlebt. «Ich habe gesehen, wie Bulldozer Menschen lebendig begruben, ich habe gesehen, wie Soldaten, die die Beherrschung verloren, Zivilisten, auch Kindern, die Hände brachen.» Er fragte sich, was die israelischen Soldaten zu ihren Taten veranlasst hatte, und kam zu dem Schluss, dass nicht etwa individuelle Frustration die israelische Gesellschaft zu ihrer Haltung gegenüber den Palästinensern führe, sondern eine tiefe, existenzielle Furcht, die von bestimmten Interpretationen des Holocaust genährt werde und auf dem Glauben basiere, dass die ganze Welt gegen das jü-

dische Volk – dieses ewige Opfer – eingestellt sei. «In diesem uralten Glauben, dem sich viele Menschen auch heute verschreiben, sehe ich Hitlers paradoxen und tragischen Sieg», schrieb Elkana. Hätte der Holocaust das Bewusstsein des Volkes nicht so tief durchdrungen, hätte der Konflikt zwischen den Juden und den Palästinensern nicht zu so vielen «anormalen» Reaktionen geführt und wären die diplomatischen Bemühungen wahrscheinlich nicht im Sande verlaufen, fügte er hinzu. Wie andere vor ihm legte Elkana die Gefahren der Erinnerung dar:

«Eine Atmosphäre, in der eine ganze Nation ihre Beziehung zur Gegenwart und ihre Gestaltung der Zukunft von den Lehren der Vergangenheit abhängig macht, ist eine Gefahr für die Zukunft einer jeden Gesellschaft, die, wie in allen Ländern, in relativer Gelassenheit und relativer Sicherheit leben will... sogar die Demokratie selbst ist bedroht, wenn die Erinnerung der Nazi-Opfer im politischen Prozess eine aktive Rolle spielt. Alle faschistischen Regimes mit ihren Ideologien haben das sehr wohl verstanden... Wenn man vergangene Leiden als politisches Argument gebraucht, ist das so, als erwecke man die Toten zu Partnern im demokratischen Prozess der Lebenden.»

Die Schlussfolgerung des Professors:

«Ich sehe keine grössere Gefahr für die Zukunft Israels als die Tatsache, dass der Holocaust ganz systematisch in das Bewusstsein der israelischen Öffentlichkeit eingepflanzt wurde; dies betrifft sowohl den grossen Teil der Bevölkerung, der den Holocaust nicht erlebt hat, als auch die Generation der Kinder, die hier geboren wurden und aufgewachsen sind. Zum ersten Mal verstehe ich, welche ernste Konsequenzen es hat, dass wir jedes israelische Kind nach Yad Vashem geschickt haben – und nicht nur einmal. Was glaubten wir denn, was zarte Kinder mit diesem Erlebnis anfangen? Unser Verstand, selbst unsere Herzen, waren verschlossen und wollten nichts deuten, aber von ihnen haben wir verlangt: «Erinnert Euch!» Wozu? Wie soll ein Kind solche Erinnerungen verarbeiten? Viele von ihnen verstanden vermutlich diese Horrorbilder als einen Aufruf zum Hass. «Erinnert Euch» konnte als Aufforderung zu einem bleibenden, blinden Hass

interpretiert werden. Es mag wohl sein, dass die Weltöffentlichkeit sich noch lange erinnern wird. Ich bin mir dessen nicht sicher, aber das kann auf jeden Fall nicht unsere Sorge sein. Jede Nation, auch die deutsche, wird für sich selbst, im Kontext ihrer eigenen Überlegungen, entscheiden, ob sie sich erinnern will. Wir dagegen müssen vergessen. Ich sehe keine wichtigere politische oder pädagogische Aufgabe für die Führer der Nation, als sich für das Leben einzusetzen, sich der Gestaltung der Zukunft zu widmen – und nicht, sich früh und spät um die Symbole, Feiern und Lehren des Holocaust zu kümmern. Die Herrschaft der historischen Erinnerung muss aus unserem Leben entfernt werden.»¹⁸

Die Reaktionen auf Elkanas Artikel waren vehement und trugen Titel wie «Für die Erinnerung», «Für das Lernen» und «Der Holocaust des Vergessens». Der frühere Lechi-Führer und rechte Polemiker Jisrael Eldad brandmarkte den Essay als «moralische, pädagogische und psychologische Scheusslichkeit».¹⁹

Auch im Lehrerzimmer der Masorti-Schule wurde über den Wert des Erinnerens debattiert, als das Reiseprojekt auf den Tisch kam. Ein Lehrer wandte ein, die Schüler würden einer unerwünschten emotionalen und nationalistischen Manipulation ausgesetzt. Als ich die Reise Hansi Brand gegenüber erwähnte, fragte sie mich, warum sie denn zu diesen Denkmälern in Polen fahren müssten. «Wir haben hier genug Denkmäler für die Toten. Das Land ist voll davon», sagte sie. Jehudit Hendel reagierte anders: «Ich finde, eine Fahrt nach Auschwitz sollte ebenso obligatorisch sein wie der Dienst in der Armee», schrieb sie.²⁰

Auf dem Rückflug von Polen verteilten Flugbegleiter Zeitungen, in denen ein blutiger Zwischenfall in dem Jerusalemer Viertel Bakaa geschildert wurde. Ein Palästinenser von der West Bank hatte drei Israelis auf offener Strasse erstochen. Bakaa war einst ein Viertel reicher Araber gewesen; sie waren 1948 geflohen und von jüdischen Einwanderern – Flüchtlingen aus arabischen Ländern und Holocaust-Überlebenden – ersetzt worden. In den achtziger Jahren war das Ansehen der Wohngegend durch den Zuzug von Angestellten und Akademikern gestiegen, von denen viele die israelische Friedensbewegung unterstützten.

Drei Menschen waren tot, und zudem hatte der Terrorist einen Jungen verwundet – den Enkel von Abba Kovner. Eines der Opfer, eine Soldatin, war eine ehemalige Schülerin von Orit Elidar. Als sich die Lehrerin, die ihr Bild in der Zeitung entdeckt hatte, von dem Schock erholt hatte, setzte das Flugzeug auch schon zur Landung an. Auf dem Bildschirm erschien ein Videoclip, der von einem Lied untermalt wurde: «Unser Land auf ewig, wo wir leben werden, was auch geschehen mag». So brachten die Schüler aus Polen nur das zurück, was Mosche Dajan 1956 am Grab eines Soldaten gesagt hatte, der bei einem Zusammenstoß mit den Arabern in der Nähe des Gaza-Streifens getötet worden war: «Millionen von Juden, die getötet wurden, weil sie kein Land hatten, blicken nun aus dem Staub der israelischen Geschichte auf uns und befehlen uns, ein weiteres Mal ein Land für unser Volk zu besiedeln und zu bebauen.»²¹

Wenige Monate später erlebten die Schüler ihren dritten Krieg. Da sie um die Zeit des Jom-Kippur-Kriegs auf die Welt gekommen waren, war der erste Krieg, an den sie sich bewusst erinnern konnten, der Libanon-Feldzug. Bald würden sie ihren Dienst in der Armee antreten; bislang hatten sie angenommen, dass ihr Krieg die Intifada sein würde. Nun begann der Golfkrieg.

Wie alle vorherigen Kriege rückte auch dieser den Holocaust ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Ausserdem wurde er dazu benutzt, die Feindseligkeit gegenüber Deutschland – jetzt dem wiedervereinigten Deutschland – wiederzubeleben. Das war fast unvermeidbar. Saddam Hussein wurde mit Hitler verglichen; alle nahmen an, dass er chemische Waffen besass, die mit Hilfe deutscher Firmen hergestellt worden waren. Die Angst, die das Land in Atem hielt, war eine Neuauflage der Gefühle vor dem Sechstagekrieg, als die ägyptische Armee im Jemen Giftgas benutzt hatte, das angeblich mit Hilfe deutscher Wissenschaftler entwickelt worden war. Nun verbreitete die israelische Presse Artikel und Briefe, in denen die Bundesrepublik mit dem «Dritten Reich» in Verbindung gebracht wurde. Vor der deutschen Botschaft in Tel Aviv fand eine Demonstration statt. Einige der Redner gaben sich als Holo-

caust-Überlebende zu erkennen. Die Berichte über die deutsche Beteiligung an der Fabrikation chemischer Waffen im Irak riss alte Wunden auf und weckte schlummernde Ängste. Eine Organisation, die israelische und amerikanische Jugendliche zu einem «Life March» durch die polnischen Vernichtungslager animiert hatte, publizierte eine grossformatige Anzeige an die Adresse der deutschen Regierung. Sie lautete: «Lasst uns einfach nur in unserem Land leben».²²

Als der Irak Israel mit Raketen angriff, beeilte sich der deutsche Ausenminister deshalb, Israel einen Scheck auszustellen, der bei der Beseitigung der Kriegsschäden helfen sollte. Dies hinterliess keinen guten Eindruck, und so schickten die Deutschen noch ein paar Batterien Raketenabwehrgeschütze zur Verstärkung der amerikanischen hinterher. Die Presse behielt ihren antideutschen Ton bei. Als der Zivilschutz begann, an die Bevölkerung Gasmasken auszuteilen, veröffentlichte Jediot Acharonot einen Artikel von Noah Klieger. Darin erklärte dieser, warum er sich weigere, eine Gasmasken zu tragen. «Ich habe das Vernichtungslager Auschwitz und die Gaskammern von Birkenau nicht überlebt, um mehr als fünfundvierzig Jahre später in einem unabhängigen jüdischen Staat mit einem Schutzapparat gegen Gas herumzulaufen, das von Deutschen entwickelt und hergestellt wurde. Nein danke, ohne mich.»²³

Es ist schwer zu sagen, in welchem Mass diese Dinge aus der Tiefe der Seele aufstiegen und in welchem Mass sie lediglich rhetorische Rituale wiederholten. In jedem Fall machte der Krieg gegen den Irak eines deutlich: Das Erbe des Holocaust war der aus Holocaust-Überlebenden und deren Kindern bestehenden antideutschen Lobby aus der Hand gegliitten. Ein bewusster Umgang mit dem Holocaust setzt heute nicht mehr unbedingt feindselige Gefühle gegenüber Deutschland voraus. Seine Kraft liegt im Inneren, und er ist zum Bestandteil der existentiellen Erfahrung aller Israelis geworden.

Die Angst, die in Israel bei Ausbruch des Krieges umging, war berechtigt, und zum ersten Mal seit der Staatsgründung handelte es sich um eine Angst, die nicht von der Bedrohung der kollektiven Existenz, sondern von der Gefährdung jedes einzelnen Bürgers, jeder einzelnen Familie mitsamt ihrem Besitz ausgelöst wurde. Israel als Land war nicht

in Gefahr; schliesslich kamen Hunderttausende jüdischer Immigranten aus der Sowjetunion und bildeten den grössten und verheissungsvollsten Einwandererström, den es je gegeben hatte. Die Israelis erlebten den Krieg nicht an der Front oder in Luftschutzkellern. Sie erlebten ihn zu Hause. Nicht einer war davon ausgeschlossen, und die Medien verstärkten das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Das israelische Fernsehen strahlte eine melodramatische amerikanische Fernsehserie über den Holocaust aus, die auf Herman Wouks Roman *Der Krieg* basierte und in der Robert Mitchum, John Gielgud und Topol mitwirkten. Die Serie wurde von Tivoli, der Sojafabrik aus dem Kibbuz Lochamei Hagetaot, gesponsert. Doch obwohl alle der gleichen Gefahr von aussen ausgesetzt waren und zur gleichen Zeit ähnliche Ängste durchlebten, zerrissen die heulenden Sirenen die Gesellschaft doch auch wieder in ihre Bestandteile: Jede Person war auf sich gestellt, in ihrem versiegelten Raum, mit der Gasmaske über dem Gesicht. Tausende von Einwohnern Tel Avivs verliessen ihre Häuser und suchten Zuflucht in geschützteren Landesteilen. Seit dem Fall von Nizanim hatte der israelische Mythos keinen solchen Schlag mehr erlitten. Jene, die zu Hause blieben, drängten sich hilflos aneinander und erwarteten das Schlimmste. Nie zuvor hatten so viele Israelis eine so jüdische Erfahrung gemacht.

Epilog

Im Sommer 1990 besuchte ich General Jossi Peled, der zu jener Zeit militärischer Befehlshaber der an den Libanon und Syrien grenzenden nördlichen Region Israels war.¹ Seine Eltern hatten früher in Warschau gelebt. Peled wusste nicht, womit sich sein Vater den Lebensunterhalt verdient hatte. Nur einmal glaubte er etwas von Diamantenhandel gehört zu haben – was erklären würde, warum es dem Vater gelang, kurz vor dem Krieg mit Frau und zwei Töchtern nach Antwerpen zu fliehen, dem Hauptumschlagplatz für Diamanten. Der Name der Familie lautete Mendelewitsch. Ihren Sohn, der 1941 geboren wurde, nannten sie Jefke, im Polnischen ein Kosename für Joseph. Belgien war damals schon von den Nazis besetzt, und für Juden wurde die Lage zusehends prekärer. Da sie das Schlimmste befürchteten, gaben die Mendelewitschs ihre drei Kinder zu einer belgisch-katholischen Familie in Pflege; nicht lange danach wurden die Eltern nach Auschwitz deportiert.

Die Pflegeeltern waren nicht mehr jung; einer ihrer Söhne diente in der belgischen Armee. Die Mendelewitschs bezahlten für die Betreuung, doch das belgische Ehepaar nahm die jüdischen Kinder offenbar auch aus humanitären Motiven auf. Ihre Anwesenheit war für sie nicht ungefährlich. Peled betonte, dass er sich der beiden mit Zuneigung erinnere; sie seien ihm wie Vater und Mutter gewesen. Sie erzogen die drei Kinder zu Katholiken. Peled lernte, vor den Mahlzeiten und vor dem Schlafengehen flämisch zu beten. Sonntags ging er zur Kirche. So vergingen die Kriegsjahre.

Sein Vater wurde in Auschwitz umgebracht, aber seine Mutter überlebte und kehrte nach Antwerpen zurück, um ihn zu holen. Ihr Sohn wollte nicht mit ihr gehen, er erinnerte sich nicht mehr an sie.

Bald wurde klar, dass sie nicht in der Lage war, für ihn zu sorgen, und so gab sie ihn ein zweites Mal weg, diesmal in ein jüdisches Waisenhaus. Dort sagte man dem Sechsjährigen, er sei ein Jude und solle aufhören, die Gebete zu sprechen, mit denen er aufgewachsen war. Die Anpassung fiel ihm schwer; eine Zeitlang betete er heimlich im Bett, wenn die Lichter gelöscht waren. 1949 wurden die Kinder über Frankreich nach Israel gebracht. Ihre Mutter kam nicht mit. Ein Fremder, ihr Onkel, erwartete sie am Hafen von Haifa und nahm sie mit in den Kibbuz Negba. Seit einigen Monaten existierte ein israelischer Staat, und der Unabhängigkeitskrieg war gerade vorüber. Josef, wie er nun genannt wurde, war noch nicht acht Jahre alt.

Der Kibbuz Negba liegt zwölf Kilometer östlich der Stadt Askalon. Er war 1939 von polnischen Immigranten, Mitgliedern des Haschomer Hazair, gegründet worden. 1939 war er die südlichste jüdische Siedlung in Palästina. Als Josef Mendelewitsch und seine Schwestern dort eintrafen, entdeckte man überall noch die Spuren des Unabhängigkeitskrieges. Der Kibbuz galt als Symbol für israelisches Heldentum. Die Ägypter hatten die Siedlung unablässig bedroht und aus der Luft angegriffen, und jedesmal hatte der Kibbuz sie abgewehrt. Die Gefechte, erklärt ein vom Kibbuz gedrucktes Pamphlet, hätten sie eines gelehrt: «... der Weg zum Leben ist Krieg und Standhaftigkeit unter allen Umständen».² Nicht lange danach bestellte der Kibbuz bei Natan Rapoport eine riesige Bronzestatue; sie zeigt zwei muskulöse Jugendliche und eine Frau, deren Kopf mit einem Taschentuch bedeckt ist.

Die Kibbuz-Kinder quälten Josef: Er war Flüchtling, hatte keine Eltern, kannte nur ein paar Worte Hebräisch und sprach mit einem fremdländischen Akzent, den er nie ganz verlor. Joskia, wie sie ihn boshaft nannten, liess seine Peiniger nicht wissen, dass sein Vater in Auschwitz gestorben war. Sein Vater sei beim Aufstand im Warschauer Ghetto umgekommen, log er ihnen vor, und tat alles, um akzeptiert zu werden. Es war eine sehr schwere Zeit. Josef lebte in beständiger Furcht, wieder enturzelt zu werden. Er war voller Hass und Argwohn. Seine Vergangenheit belastete ihn; viele Jahre verdrängte er sie wie ein dunkles Geheimnis.

Im Dezember 1985 sah Peled einen der drei Filme über den Holocaust, den der Dichter Chaim Guri zusammen mit Jako Erlich gedreht hatte. Daraufhin verfasste der General auf dem Briefpapier des israelischen Generalstabs ein Schreiben, in dem er Guri mitteilte, er fühle das «tiefe und mächtige» Bedürfnis, ihm seine Kindheitserinnerungen mitzuteilen. Dieser Brief ist ein höchst ungewöhnliches Dokument.

«Gestern sah ich mir *The Face of Revolt* an, und die stürmische Unruhe meiner Kindheit in jener schweren Zeit wurde durch eine Woge von Emotionen wieder zum Leben erweckt. Ich, in ein Inferno hineingeboren; ich, das sechs Monate alte jüdische Baby, das für Jahre einer christlichen Familie übergeben wird; ich, das sechsjährige jüdische Kind, das von der Jüdischen Brigade zum Judentum zurückgeführt wird – jetzt bin ich Offizier der jüdischen Armee und schaue zurück, und ich fühle und erkenne die Quelle, aus der wir bewusst oder unbewusst das Heldentum dieser Nation genährt haben.

Ich möchte, dass Sie etwas wissen, Chaim Guri: Manchmal, wenn ich allein bin, wandere ich in Gedanken Jahrzehnte zurück, und ich erinnere mich nur an Bruchstücke. Bilder wie das Eindringen der Nazis in das Haus einer christlichen Familie, wo sie nach jüdischen Kindern suchen... Bahngleise... die christliche Kirche... das Eintreffen der Alliierten... die fremde Frau (ich bin schon sechs), die man mir als meine Mutter vorstellt... wie ich mich dagegen wehre, ein Restaurant mit einem Davidstern zu betreten, und das sage ich meiner Mutter, die gerade aus Auschwitz zurückgekehrt ist... Bei diesen Erinnerungen strömen mir manchmal die Tränen aus den Augen, und wenn ich diese Tränen betrachte, weiss ich – auch wenn ich jetzt ein lebenserfahrener Erwachsener und ein Veteran mehrerer Kriege bin –, dass es die Tränen eines vierjährigen, fünfjährigen jüdischen Kindes sind. Jetzt, da ich älter werde, fühle ich mich meiner Vergangenheit immer stärker verbunden, und die Vergangenheit, die auch die Vergangenheit unseres Volkes ist, wird lebendiger und wichtiger... Viele Dinge, die ich seit Jahren tue, haben ihren Ursprung in jener entsetzlichen Zeit. Wenn ich ehrlich bin, will ich vor allem dafür sorgen, dass das,

was meiner Familie und den sechs Millionen geschah, nicht auch meinen beiden Söhnen, die in Israel geboren sind, zustösst – das ist das eigentliche Motiv, das mich antreibt.»³

Er könne sich schon vorstellen, was herauskäme, wenn er sich auf die Couch eines Psychoanalytikers legen würde, sagte mir Peled, aber seiner eigenen Einschätzung nach sei es nicht der Holocaust, der ihn dazu bewogen habe, Offizier zu werden. Ausgelöst hatte diesen Gedanken sein Brigadekommandeur Mordechai Zipori, den Begin später in sein Kabinett berief. Peled hatte nicht vorgehabt, nach seiner Grundausbildung bei der Armee zu bleiben. Als der Tag der Entlassung nahte, liess ihn Zipori rufen und bat ihn, wegen des Offiziersmangels sechs Monate länger zu bleiben als geplant. Daraus wurden dreissig Jahre. «Ich beneide den glücklichen Offizier, dem mit zwanzig Theodor Herzl im Traum erscheint mit dem Befehl, in der Armee zu bleiben, um die zionistische Bewegung zu stärken», sagte Peled sarkastisch. «Mir ist Herzl nie im Traum erschienen.» Ganz im Gegenteil, fügte er hinzu – er habe sich erst nach Jahren an den Militärdienst gewöhnt. Immerhin habe die israelische Armee ihm eine Herausforderung, Freunde und ein Zuhause geboten.

In der Armee begannen sie, ihn Jossi zu nennen, und später änderte er seinen Nachnamen in Peled, was im Hebräischen «Stahl» bedeutet. Er freundete sich mit Jizchak Rabin an, den er während des Sechstagekrieges als Stabschef kennenlernte, und heiratete eine seiner Mitarbeiterinnen. Das Ehepaar Peled bekam zwei Söhne. Der ältere stellte nie Fragen, der jüngere zeigte grosses Interesse am Holocaust, und Peled wünscht sich, dass er einmal nach Polen fährt.

Als Verteidigungsminister nahm Rabin im Jahre 1987 Peled zu einem offiziellen Besuch nach Deutschland mit. Sie besuchten Dachau, wo Rabin eine Rede hielt. «Ich möchte Ihnen hier an dieser Stelle mitteilen, dass wir gewonnen haben», sagte Rabin.⁴ Bei diesen Worten wandte General Peled den Kopf ab und weinte. Zwei Jahre später wurden bei einem Zusammenstoss mit palästinensischen Guerillas im Norden zwei Fallschirmspringer getötet, die unter Peleds Befehl standen. Einige ihrer Kameraden weinten. Journalisten hörten, wie Peled ihnen sagte, dass

sie sich ihrer Tränen nicht zu schämen brauchten. Stabschef Dan Schomron dagegen erklärte am nächsten Tag, dass wahre Kämpfer nicht weinen. «Das war ein dummer Satz», meinte Peled mir gegenüber. «Warum nicht weinen, wenn einem danach zumute ist? Die Frage ist, ob man seine Aufgabe richtig erfüllt. Nachdem sie ihre gefallenen Freunde beweint hatten, mussten die Fallschirmspringer in der Nacht wieder kämpfen, und sie hielten sich gut. Wer weinen muss, soll weinen.» Gefühle zu zeigen ist für Peled ein Zeichen der Reife. Er spreche aus Erfahrung, sagte er. Mit den Jahren bemerke er an sich, wie er das ruppige Auftreten abstreife, das er sich vor dreissig Jahren beim Eintritt in die Armee zugelegt habe. Doch nur zögernd verriet mir Peled, dass ein bestimmter Traum ihn immer wieder heimsuche: Er rennt durch einen grossen Wald, läuft um sein Leben, die Nazis jagen ihn. In Wirklichkeit ist das nie geschehen. Ansonsten belastet ihn der Holocaust nicht. Nur manchmal, wenn er vor Schülern steht, denkt er daran, wie er in ihrem Alter war, und wird sich der Serie von Trennungen bewusst, die sein Leben kennzeichnen, seit seine Eltern ihn der belgischen Familie übergeben haben. Einmal flog er als Gast des belgischen Stabschefs im Hubschrauber über Antwerpen. Er dirigierte ihn zu dem Viertel, in dem er aufgewachsen war, und entdeckte aus der Luft die katholische Kirche, in der er sonntags gebetet hatte. Nein, betonte er, der Holocaust sei für ihn kein ständiger Begleiter. Soweit er sich erinnere, habe er im Kampf nie an ihn gedacht, und er habe seit dem Sechstagekrieg in jedem Krieg und an jeder Front gekämpft.

Als wir uns im Sommer 1990 unterhielten, äusserte Peled die Vermutung, manche seiner Kollegen in der Armee glaubten, er benütze seine Geschichte, um seinen persönlichen Ehrgeiz zu befriedigen. Deshalb achte er darauf, sich nicht zum Symbol zu stilisieren. Dennoch ist seine Geschichte in der Tat dramatisch; man versteht sie unweigerlich als Symbol jüdischer Vitalität, und Peled wusste das durchaus. Nachdem er begriffen hatte, dass er sich seiner Vergangenheit nicht zu schämen brauchte, erlaubte er dem israelischen Fernsehen, sein Leben zu verfilmen. Seit dieser Zeit kann er sich vor Einladungen zu Vorträgen kaum retten. In Schulen geht er gerne. Er erzählt den Schülern, dass es schwie-

rig ist festzustellen, ob Israel gegründet worden wäre, wenn der Holocaust nicht stattgefunden hätte. Aber er bezweifelt nicht, dass der Holocaust den Prozess beschleunigt hat. «Im Grunde ist dieses Land entstanden auf einem Silbertablett, das aus sechs Millionen Toten besteht.» Peled benutzte hier ein Bild, das Chaim Weizmann geprägt hatte: «Ein Volk bekommt ein Land nicht auf dem Silbertablett gereicht». Natan Alterman liess sich von diesen Worten zu einem Gedicht inspirieren, das mit den Jahren fast zu einer Hymne geworden ist. Es wird bei offiziellen Gedenkfeiern für gefallene Soldaten häufig zitiert. Für Alterman wurde das «Silbertablett», auf dem das Land dem Volk gereicht wurde, von einem Jungen und einem Mädchen verkörpert, «überströmend von hebräischer Jugendfrische». Sie sind Angehörige der Generation, die im Unabhängigkeitskrieg kämpfte.⁵ Vierzigjahre später reichte der General der «jüdischen Armee», wie er sie nannte, der in seiner Kindheit so unter dem Sabra-Ethos gelitten hatte, das Silbertablett von den ersten Israelis an die letzten Juden zurück. In der Zwischenzeit hatten die Israelis gelernt, mit ihrer jüdischen Vergangenheit zu leben.

Israelis sind von der Geschichte besessen. Sie sind Nachfahren eines Volkes, einer Religion und einer Kultur, die stets die Gegenwart vernachlässigt und die Zukunft dem Glauben und dem Schicksal anheimgestellt hat. So wird die Vergangenheit ein Objekt der Verehrung. Seit Beginn der achtziger Jahre huldigen die Israelis **moreschet haschoah**, dem «Erbe des Holocaust», wie dieser etwas eigentümliche Ausdruck besagt. Die Lebensgeschichte von Yossi Peled ist wie jene von Jehiel Dinur (Ka-Zetnik) ein konkretes Beispiel für den dramatischen Wandel in der Einstellung der Israelis zum Holocaust. Die Verachtung, die viele Mitglieder des Jischuw für die Diaspora hegten, legten sie auch während des Holocaust nicht ab. Sie nahm sogar an Intensität zu. Und nach dem Krieg entstand aus der herablassenden Haltung gegenüber den Überlebenden – durch die Mitleid und Scham überdeckt wurden – das grosse Schweigen, das den Holocaust in den fünfziger Jahren umgab. In jener Zeit weigerten sich die Israelis, über den Holocaust zu sprechen

oder auch nur an ihn zu denken. Ihr Verhalten grenzte fast an ein Leugnen des Geschehenen. In den vergangenen Jahrzehnten dagegen ist der Holocaust zunehmend zu einem wichtigen Faktor der israelischen Identität geworden und beschäftigt die Menschen unablässig und intensiv. Objektiv gesehen ist allerdings dieser neue Eifer oft nicht weniger problematisch und widersprüchlich als die früheren Verdrängungstendenzen. Für die derzeitige intensive Auseinandersetzung mit dem Holocaust gibt es viele politische wie kulturelle Erklärungen. Israel unterscheidet sich von anderen Ländern durch das Bedürfnis, sich selbst und der Welt gegenüber seine Existenz zu rechtfertigen. Die meisten Länder brauchen eine solche ideologische Rückendeckung nicht. Doch Israel braucht sie – weil die meisten seiner arabischen Nachbarn das Land nicht anerkennen und die meisten Juden auf der Welt lieber in anderen Ländern leben wollen. Solange sich daran nichts ändert, wird der Zionismus in der Defensive verharren. Als Rechtfertigung für den Staat Israel ist der Holocaust nur zu vergleichen mit der göttlichen Verheißung der Bibel. Er erscheint als definitiver Beweis für das zionistische Argument, dass Juden nur in ihrem eigenen Land in Sicherheit und mit allen Rechten leben können und deshalb einen autonomen und souveränen Staat brauchen, der stark genug ist, sich zu schützen. Doch von Krieg zu Krieg wurde deutlicher, dass es viele Orte auf der Welt gibt, an denen Juden sicherer leben als in Israel. Zudem war die Vernichtung der Juden eine offensichtliche Niederlage für die zionistische Bewegung: Die Zionisten waren unfähig, die Mehrheit aller Juden vor dem Krieg davon zu überzeugen, dass es sich lohnte, nach Israel zu emigrieren, solange das noch möglich war. Und obwohl die Jischuw-Führung sicherlich mehr Mitgefühl und Solidarität mit den europäischen Juden hätte aufbringen können, hätte sie letzten Endes nicht mehr zu ihrer Rettung unternehmen können. Konfrontiert mit dem Vernichtungsprogramm der Nazis war der Jischuw ohnmächtig.

Um diese Widersprüche aufzulösen, propagierte der Staat Israel die These, dass er in der Lage gewesen wäre, den Mord an den europäischen Juden zu verhindern, wenn er nur schon existiert hätte. «Wir, die Soldaten der israelischen Verteidigungsarmee, sind fünfzig Jahre später an

diesen Ort gekommen, vielleicht fünfzig Jahre zu spät», sagte Stabschef Ehud Barak bei einem Besuch in Auschwitz.⁶ Und Ministerpräsident Jizchak Schamir betonte: «Die erste Pflicht des Staates Israel ist es, dem jüdischen Volk überall dort auf der Welt beizustehen, wo es vom Bösen bedroht wird.»⁷ Die erste spontane Reaktion auf die Errettung mehrerer tausend äthiopischer Juden im Jahre 1991 lautete in Israel: Hätten wir im Zweiten Weltkrieg nur schon ein Land gehabt, hätten wir die europäischen Juden auch retten können. Das ist natürlich eine ideologische, keine historische Feststellung; sie illustriert, wie schwer es ist, Rhetorik und Realität zu trennen.

So wie der Holocaust auf der politischen Bühne zur Rechtfertigung für die Existenz des Staates benutzt werden konnte, so konnte er kulturell als Ersatz für bestimmte Aspekte des zionistischen Programms verwendet werden. Die Jischuw-Führung hatte eine neue Nation schaffen wollen, die mit der bedrückenden zweitausendjährigen Geschichte des Exil-Judentums nichts zu tun haben sollte. Der «neue Mensch», den der Zionismus sich wünschte, sollte das Gegenteil des verfolgten und demütigten «alten Juden» sein, der seinen Lebensunterhalt vor allem durch Handel verdient hatte. Die neue zionistische Gesellschaft sollte den kreativen, sozialistischen, säkularen Fortschritt repräsentieren, ihre Kinder mit grösstem Stolz erfüllen und ihnen die Fähigkeit verleihen, sich und ihre Ehre zu verteidigen. Doch das zionistische Ideal wurde durch die Wirklichkeit deformiert: dem «neuen Menschen» mangelte die Tiefendimension; er hatte keine Vergangenheit, keinen Zugang zur jüdischen Geschichte und keinen inneren Bezug zur Erfahrung der meisten Israelis. Die Gründer Israels führten die hebräische Sprache mit einer biblischen, sephardischen Aussprache wieder ein, doch damit war nur ein Teil ihres Traums erfüllt. Die meisten Einwanderer – sowohl Holocaust-Überlebende als auch die Juden aus der islamischen Welt – waren nicht nach Israel emigriert, weil sie dem Exil entfliehen wollten. Sie kamen, weil kein anderes Land sie aufnahm. Sie waren Flüchtlinge, keine zionistischen Idealisten. Viele waren deshalb alles andere als begeistert, dass sie ihre angestammte Kultur und Identität als Juden gegen die hypothetische Identität des «neuen Menschen» eintauschen sollten.

Bald wurde deutlich, dass sich eine zweitausend] ährige Geschichte nicht einfach auslöschen liess.

Ganz im Gegenteil. Mit den Jahren glich sich das Leben im souveränen israelischen Staat dem traditionellen Leben der über alle Welt verstreuten jüdischen Gemeinden immer mehr an. Das Land war isoliert. Seine Religion, seine Kultur, seine Werte und seine Mentalität unterschieden sich in hohem Masse von denen seiner Umgebung. Es lebte in beständiger Unsicherheit. Immer wieder mussten Israelis erkennen, dass das Land in hohem Masse von äusserer Hilfe abhängig war, und zwar gerade von wohlhabenden und einflussreichen Juden im Ausland. Die israelische Gesetzgebung bezieht sich inzwischen immer stärker auf die jüdische Gesetztradition.⁸ Wie die Mitglieder jüdischer Gemeinden andernorts haben die Mitglieder der jüdischen Gemeinde Israel eine doppelte Identität. Sie sind sowohl Israelis als auch Juden. «Neue Menschen» sind sie nicht.

All das erklärt, warum so viele Israelis an ihren jüdischen Wurzeln festhalten – oder sich auf die Suche nach ihnen begaben. Manche fanden den Weg in nichtzionistische, ultraorthodoxe Kreise. Andere liessen sich von einer besonderen Verknüpfung von Religion und Zionismus dazu inspirieren, die im Sechstagekrieg besetzten Gebiete zu besiedeln. Einige verliessen das Land, um sich im Ausland – vorwiegend in den USA, der grössten jüdischen Gemeinde der Welt – niederzulassen. Viele Israelis nahmen ihre ursprünglichen jüdischen Namen wieder an, die sie bei der Einwanderung nach Israel hebraisiert hatten. Derartige Schritte jedoch waren radikal, aufreibend und schwierig. Ein emotionales und historisches Bewusstsein des Holocaust bietet einen viel leichteren Weg in den Mainstream der jüdischen Geschichte, ohne den Einzelnen wirklich moralisch zu etwas zu verpflichten.

Das «Erbe des Holocaust» ist demnach weitgehend eine Möglichkeit für weltliche Israelis, ihre Verbundenheit mit dem jüdischen Erbe zu demonstrieren. Und seine Bedeutung im täglichen Leben nimmt stetig zu; Israel ist «jüdischer» geworden und zeigt sich weniger «israelisch». Seit Beginn der achtziger Jahre ist kaum ein Tag vergangen, an dem der Holocaust nicht in einer der Tageszeitungen erwähnt wurde. Er ist das

beherrschende Thema in Literatur und Dichtung, Theater, Kino und Fernsehen. Neue Institute zur Holocaust-Forschung schiessen wie Pilze aus dem Boden. Sie nehmen sich der verschiedensten Themen an, unter anderem der realen und eingebildeten Probleme der Kinder von Holocaust-Überlebenden. In den fünfziger und sechziger Jahren pilgerte die israelische Jugend in Scharen zur Höhenfestung Masada, dem Symbol für hebräischen Widerstand und Stolz. Soldaten erkletterten die schroffen Wände, um oben der Armee Treue zu schwören und ihre ersten Gewehre zu erhalten. Jetzt wird diese Zeremonie häufig an die Klagemauer in Jerusalem verlagert. Zehntausende von Schülern haben ihre Pilgerfahrt zu den polnischen Vernichtungslagern bereits hinter sich, und ebenso viele folgen Jahr für Jahr. Neun von zehn Jugendlichen haben bei ihrer Rückkehr erklärt, dass die «jüdische Erfahrung» dieser Reise ihre Identität als Israelis gestärkt habe.⁹ Alle Untersuchungen haben ergeben, dass der Holocaust immer stärker wahrgenommen wird. Eine Umfrage, die 1992 an Lehrerseminaren durchgeführt wurde, ergab, dass 80 Prozent der Befragten der folgenden Aussage zustimmten: «Wir sind alle Überlebende des Holocaust.»¹⁰ Oded Peled, ein in Israel geborener Dichter (nicht verwandt mit dem General), schrieb: «Mutter, ich bin bei Dir in Bergen-Belsen... ich bin immer dort bei Dir – schliesslich sind nur noch wir da, Du und ich, Mutter, Du und ich und der schreckliche Schnee, der uns auf ewig bedecken wird.»¹¹

Der Holocaust nimmt jetzt im Selbstverständnis von Israelis europäischer wie arabischer Abstammung denselben Platz ein. Er ist sogar ein so dominanter Bestandteil der israelischen Identität geworden, dass Zeidan Atschi, ein drusischer Abgeordneter, ebenfalls auf seinen Anteil am «Holocaust-Bewusstsein» pochte. Atschi mischte sich in eine Auseinandersetzung zwischen Ministerpräsident Begin und einem anderen Knesset-Abgeordneten ein. Der Streit führte, wie so oft, zum Thema Holocaust. Begin forderte Atschi auf sich herauszuhalten. «Das ist ein Streit zwischen zwei Juden», schrie er ihn an. Atschi war zutiefst verletzt. «Was habe ich dann hier zu suchen?», protestierte er, als sei eine Beteiligung am Erbe des Holocaust eine Angelegenheit der bürgerlichen Ehrenrechte.¹²

Als die bewusste Beschäftigung mit dem Holocaust zunahm und neben der Religion und der zionistischen Ideologie zu einer der lebenswichtigen Quellen wurde, aus denen die Israelis Elemente ihrer Identität schöpfen, kreiste die Diskussion immer mehr um die Frage, welche Grundwerte für die israelische Gesellschaft denn bestimmend sein sollten. Im Rahmen dieser Diskussion kam der Vorschlag auf, die Israelis sollten den Holocaust möglichst ganz vergessen, weil sie nicht die richtigen Lehren daraus zögen. Tatsächlich hat das «Erbe des Holocaust», wie es in Schulen gelehrt und bei nationalen Gedenkfeiern wachgehalten wird, zweifelhafte Konsequenzen. Es fördert einerseits einen engstirnigen Chauvinismus und andererseits das Gefühl, dass die Judenvernichtung der Nazis jeden Akt rechtfertigt, der zu Israels Sicherheit beizutragen scheint – auch die Unterdrückung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten. Es wird vorausgesetzt, dass der Holocaust nach der Existenz eines starken Israel verlangt. Die Tatsache, dass die Welt es im Zweiten Weltkrieg versäumt hat, das jüdische Volk zu retten, scheint ihr nach dieser Vorgabe das Recht abzusprechen, Israel an seine moralischen Verpflichtungen, zum Beispiel in Bezug auf die Menschenrechte, zu erinnern. Die vom Zionismus geförderte These, dass der Holocaust unvermeidbar war, und die Identifikation mit den jüdischen Opfern lassen die Israelis rasch folgern, dass ihre Existenz ausschliesslich von ihrer militärischen Stärke abhängt. Gleichzeitig wird dadurch ihre Bereitschaft eingeschränkt, die Risiken einzugehen, die mit einem Friedenskompromiss verbunden sind. Paradoxerweise sabotiert die fatalistische Interpretation des Holocaust-Erbes die Verwirklichung des zionistischen Traums – die Zionisten träumten letztlich davon, dass das jüdische Volk eine Nation wie andere Nationen werden könne, ein Land wie alle anderen Länder.

Dennoch kann man aus den Risiken, die die israelische Gedenkkultur in sich birgt, nicht folgern, dass die Israelis besser daran täten, den Holocaust zu vergessen. Sie können und sollten ihn nicht vergessen. Sie sollten allerdings andere Schlussfolgerungen ziehen. Der Holocaust ruft alle dazu auf, die Demokratie zu bewahren, den Rassismus zu bekämpfen und die Menschenrechte zu schützen. Er verleiht dem israelischen Gesetz, nach dem Soldaten offenkundig rechtswidrige Befehle verwei-

gern sollen, mehr Nachdruck. Es wird schwierig sein, die humanistischen Lehren des Holocaust fest im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern, solange das Land um seine Existenz kämpfen und sie rechtfertigen muss, aber notwendig ist es allemal. Das ist die Aufgabe der siebten Million.

Anmerkungen

Hinweis der Übersetzer: Die in den Anmerkungen aufgeführten israelischen Bücher und Zeitungsartikel sind, wenn nicht anders vermerkt, auf Hebräisch erschienen; ihre hebräischen Titel werden hier allerdings in deutscher Übertragung wiedergegeben, die sich – wie auch der übrige Text – an der amerikanischen Übersetzung «The Seventh Million» orientiert.

Prolog

- 1 Die folgenden Seiten gehen grösstenteils auf zwei längere Interviews mit Jehiel Dinur, seiner Frau, seiner Tochter und seinem Arzt zurück. Siehe Tom Segev, «Ka-Zetniks Reise», Koteret Ra- schit 234 (27. Mai 1987), S. 16ff; Ka-Zetnik 135633, Schiwitti: Eine Vision, Tel Aviv: Hakibbuz Hameuhad 1987 sowie San Francisco: Harper and Row 1989
- 2 Siehe auch Jehiel Dinurs Zeugenaussage beim Eichmann-Prozess, Protokoll vom 68. Verhandlungstag (7. Juni 1961), YVA; Chaim Guri, Vor dem Glaskäfig, Tel Aviv. Hakibbuz Hameuhad 1962, S. 124ff; Zwika Dror, Sie waren dort, Tel Aviv: Hakibbuz Hameuhad 1992

1. «Die Strassen sind mit Geld gepflastert»

- 1 «Rote Fahne vom Dach des deutschen Konsulats in Jerusalem eingeholt» – Hasit Haarn, 2. Juni 1933, S. 1
- 2 «Hitler ist Kanzler Deutschlands», Haarez, 31. Januar 1933, S. 1
- 3 Haarez, 8. Februar 1933, S. 1
- 4 B.K., «Mit der Zeit...», Haarez, 8. März 1933, S. 2; Haarez, 9. April 1933, S. 1; Joav Gelber, «Zionistische Politik und das Haawara-Abkommen 1933-1935, Jalkut Moreschet 17 (Februar 1974), S. 99 ff
- 5 Leitartikel, Doar Hajom, 1. Februar 1933, S. 2

- 6 Leitartikel, Dawar, 1. Februar 1933, S. 1; Leitartikel, Dawar, 6. Februar 1933, S. 1
- 7 Jizchak Laufban, «Im Schatten des Hakenkreuzes», Hapoel Hazair, 21. März 1933, S. 1; S. Saworai, «Die Führer von Millionen und ihre Zeiten», Hapoel Hazair, 10. März 1933, S. 3
- 8 Jizchak Laufban, «Des Teufels Verbündeter», Hapoel Hazair, 26. Mai 1933, S. 1
- 9 H. Ben Jerucham (Merchawia), Das Betar-Buch, Tel Aviv: Ha-waad Lehozaat Sefer Betar 1973), Bd. 2/1, S. 173
- 10 Avraham Harabi, «Kritik an unseren Beziehungen zu Deutschland», Haarez, 17. März 1933, S. 8
- 11 Laufban, «Im Schatten des Hakenkreuzes»
- 12 «Die Massen des hebräischen Jerusalems identifizieren sich mit Jabotinskys Stellungnahme gegen Deutschland», Hasit Haam, 2. Juni 1933, S. 2
- 13 Zeev Jabotinsky, «Der abgehobene Zionismus», Reden 1927–1940, S. 187, zitiert nach Rafaela Bilski-Ben-Hur, Jeder einzelne ein König: Der soziale und politische Gedanke bei Zeev Jabotinsky, Tel Aviv 1988, S. 221
- 14 Schabtai Teveth, Die Klagelieder Davids, Bd. 3: Der brennende Boden, Tel Aviv 1987, S. 437
- 15 Laufban, «Im Schatten des Hakenkreuzes»
- 16 Teveth, Kinat David, S. 284
- 17 Mosche Beilinson an Berl Katznelson, 8. Mai 1933, zitiert nach Anita Schapira, Berl, Tel Aviv 1980, S. 403
- 18 Arthur Ruppin, Kapitel meines Lebedns, Bd. 3: Land und Leute im Aufbau 1920–1942, Tel Aviv 1968, S. 222
- 19 Ebenda, S. 223; siehe auch Arthur Ruppin, Die soziale Struktur der Juden, Berlin 1930, Bd. 1: Soziologie der Juden, S. 29 ff
- 20 Ruppin, Kapitel meines Lebens, Bd. 3, S. 322
- 21 «Wieviel kostet ein Haushalt in Palästina?» (ohne Autorangabe), Jüdische Rundschau (Berlin), 28. April 1933, S. 169; Mosche Beilinson, «Haushaltskosten in Palästina», Jüdische Rundschau, 30. Mai 1933, S. 7
- 22 Schaul Esch, Forschungsbeiträge zum Holocaust und zum zeitgenössischen Judaismus, Jerusalem 1973, S. 33 ff; David Jisraeli, Das Deutsche Reich und Israel, Tel Aviv 1974; Gelber, «Zionistische Politik», S. 100; Joav Gelber, Ein neues Heimatland, Jerusalem 1990, S. 32 ff; Werner Feilchenfeld, Dolf Michaelis und Ludwig

- Pinner, Haawara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939, Tübingen 1972, S. 31; Edwin Black, *The Transfer Agreement*, New York 1984
- 23 Theodor Herzl, *Der Judenstaat*, hebräische Ausgabe mit einer Einleitung von Menachem Begin, Tel Aviv 1978, S. 30ff (dt.: Neudruck des Originals von 1896, Augsburg: Ölbaum 1986)
- 24 Zu Ben Gurion und Schertok siehe Black, *Transfer Agreement*, S. 294; zu Meyerson siehe ebenda, S. 366; zu Begin siehe Awieser Golan und Schlomo Nakdimon, Begin, Tel Aviv 1978, S. 39
- 25 Black, *Transfer Agreement*, S. 248
- 26 Ebenda, S. 379
- 27 Feilchenfeld u. a., *Haavara*, S. 76
- 28 «Die Haawara-Debatte in der Waad-Haleumi-Sitzung» (ohne Autorangabe), *Dawar*, 17. November 1935
- 29 J. Soker, «Zu Hitlers Machtantritt», *Hapoel Hazair*, 3. Februar 1933, S. 1
- 30 Abba Achimeir, «Augenblickliche Fragen», *Doar Hajom*, 10. Oktober 1928
- 31 «Gerechtes Ende für die Friedenspredigten von Magnes-Bentwitch», *Hasit Haam*, 6. Mai 1932, S. 4
- 32 Abba Sikra, «Die dritte zionistische Organisation», *Hasit Haam*, 28. März 1933, S. 2
- 33 Leitartikel, *Hasit Haam*, 31. März 1933, S. 1
- 34 Joseph B. Schechtman, Zeev Jabotinsky, Tel Aviv 1956, Bd. 2, S. 283 (darin auch die Erwiderung der Redaktion von *Hasit Haam*); Zeev Jabotinsky, Ansprache im polnischen Radio, abgedruckt in *Hauma*, 1 (5), Juni 1963, S. 56; «Jerusalem Massen», *Hasit Haam*, S. 2
- 35 Zitiert nach Gelber, «Zionistische Politik», S. 129
- 36 «Unbekannter Transfer», *Hajarden*, 10. November 1935, S. 1; «Die Schande des Haawara-Abkommens», *Hajarden*, 13. November 1935, S. 2
- 37 David Ben Gurion an Heschel Frumkin, 16. September 1930, in: *Jehuda Eres* (Hg.), *Ben Gurions Briefe*, Tel Aviv 1974, Bd. 3, S. 145
- 38 Chaim Weizmann an Felix M. Warburg, 11. Dezember 1939, in: *Barnet Litvinof* (Hg.), *The Letters and Papers of Chaim Weizmann*, New Brunswick, N. J. 1978, Bd. 15, S. 65; Weizmann an Morris Rotenberg, 31. Januar 1931, ebenda, Bd. 15, S. 98

- 39 Jizchak Laufban, «Tagesthemen», Hapoel Hazair, 23. September 1932, S. 1
- 40 Zeev Jabotinsky, «Das rote Hakenkreuz», Hasit Haam, 4. November 1932, S. 2
- 41 David Ben Gurion an Beit Haam in Tel Aviv, 18. Februar 1933. Die vollständige Fassung der Rede erschien unter dem Titel «Gegen Streikbrecher in Frumkin und Petah Tiqwah», Dawar, 21. März 1933
- 42 Ben Gurion an Chaim Guri, 15. Mai 1963, BGA, zitiert nach Michael Bar-Zohar, David Ben Gurion, Tel Aviv 1978, Bd. 3, S. 15 f (dt.: David Ben Gurion, 40 Jahre Israel, übers. v. Christine Müller und Guy Montag, Bergisch-Gladbach 1988). Siehe auch Ben Gurion an Eliachu Dobkin (Jabotinsky wird mit Hitler verglichen), 11. April 1933, Eres, Ben Gurions Briefe, Bd. 3, S. 572; Teveth, Der brennende Boden, S. 163; Uri Zwi Grienberg, «Arlosoroffs Hitlerada», Die Welt 7 (Jiddisch; Warschau), 9. Juni 1933; Jochanan Pograwinski, «Der Stalin-Ben Gurion-Hitler-Pakt», Hasit Haam, 16. Juni 1933, S. 2
- 43 Anita Schapira, Berl, S. 403
- 44 Laufban, «Des Teufels Verbündeter», S. 1; Schechtman, Zeev Jabotinsky, Bd. 1, S. 422
- 45 David Ben Gurion auf der Sitzung des politischen Komitees der Mapai, 19. November 1933, AAP, 23/33
- 46 Pograwinski, «Pakt» S. 2
- 47 Schabtai Teveth, Der Mord an Arlosoroff, Tel Aviv 1982; Der Staat Israel, Kommissionsbericht zur Untersuchung des Mordes an Dr. Chaim Arlosoroff, 1985
- 48 Joav Gelber, «Zionistische Politik»; Jisraeli, Das Deutsche Reich und Israel; David Jisraeli, «Das Dritte Reich und das Transferabkommen», Zeitschrift für Zeitgeschichte 6 (1971), S. 129–148; Eliachu Ben Elisar, Der Vernichtungskomplot: Die Außenpolitik des Dritten Reichs und die Juden 1933–1939, Tel Aviv 1978
- 49 «Die Haawara-Debatte», S. 4
- 50 Ebenda
- 51 Ebenda
- 52 Rabbi Benjamin, «Ruhig und gefaßt», Doar Hajom, 13. Dezember 1935, S. 2
- 53 «Die Haawara-Debatte», S. 4
- 54 David Ben Gurion auf der EJA-Sitzung, 23. Nov. 1935, ZZA

- 55 B. D. «Tagesthemen», Doar Hajom, 13. Dezember 1935, S. 2
- 56 «Zu David Ben Gurions Rede auf der Waad-Haleumi-Sitzung», (ohne Autorangabe) Haboker, 17. Dezember 1935, S. 1
- 57 Jizchak Gruenbaum auf der EJA-Sitzung, 13. November 1938, ZZA
- 58 Gruenbaum auf der EJA-Sitzung, 11. Mai 1937, ZZA
- 59 David Ben Gurion auf der Sitzung des Zentralkomitees der Mapai, 7. Dezember 1938, AAP, 23/38
- 60 Schabtai Teveth, «Ben Gurion und der Holocaust-Schnitzer», Haarez, 10. April 1987, S. B 5
- 61 Arthur Ruppin, «Die Ansiedlung deutscher Juden in Israel», Dawa, 1. September 1933, S. 6; Georg Landauer an Dr. Hartenstein, 17. August 1933, ZZA, S/784
- 62 Zitiert nach Gelber, Ein neues Heimatland, S. 131
- 63 «Zu David Ben Gurions Rede», S. 1
- 64 Black, Transfer Agreement, S. 329
- 65 Esch, Forschungsbeiträge, S. 47ff; Black, Transfer Agreement, S. 348ff
- 66 Esch, Forschungsbeiträge, S. 54f; Menachem Begin, 15. Mai 1963, KP, XXXVII, S. 1859
- 67 John und David Kimtsche, Auf heimlichen Wegen: Die Migration einer Nation als «Gesetzesbruch» 1938–1948, Jerusalem 1955, S. 21 ff
- 68 David Ben Gurion und Arthur Ruppin, Bescheinigung vom 21. Januar 1935, ZZA S/7219
- 69 Tuchler-Bericht: Erlebnisse und Beobachtungen in den ersten vier Hitlerjahren (ohne Datumsangabe), YVA, 01/24
- 70 Von Lim (Leopold Itz von Mildenstein), «Ein Nazi fährt nach Palästina», Der Angriff, 26. September – 9. Oktober 1934; Jakob Boas, «Ein Nazi fährt nach Palästina», Geschichte heute 30 (Januar 1980), S. 33; Jehuda Koren, «Zioninazi», Monitin 112 (Januar 1988), S. 26 ff
- 71 Tuchler-Bericht
- 72 Polizeiliche Vernehmung Eichmanns, nationales israelisches Polizeiamt, Amt 06, Adolf Eichmann, Bd. 1, S. 91 ff; Besuchsbericht (Anklagebeweisstück 37 beim Eichmann-Prozeß), YVA; Die Eichmann-Prozeß-Protokolle, 18. Sitzungstag, 24. April 1961, S. 48 ff, YVA; Zeugenaussage von Dieter Wisliceny, YVA (6) TR 3; Akte Folkes, Hagana-Archiv, 119 Privatarchiv; Alex Do-

- ron, «Fokes, der geheimnisvolle Mann» Maariv (Wochenendbeilage), 5. August 1988, S. 26 ff
- 73 Teddy Kollek und Amos Kollek, Ein Leben für Jerusalem, übers. v. Werner Peterich und Jizchak Barsam, Hamburg 1980, S. 56 f; zu einem weiteren Treffen Eichmanns mit einem Vertreter der Jewish Agency siehe Echud Awriël, Offene Türen, Tel Aviv 1976, S. 76 ff; siehe auch Dov Goldstein, «Fünf Treffen mit Eichmann», Maariv, 27. Juni 1960, S. 6, sowie «Minister Schapira traf sich 1938 mit ihm», Maariv, 24. Mai 1960, S. 2
- 74 Kimtsche und Kimtsche, Auf heimlichen Wegen, S. 46
- 75 Zeugenaussage von Dr. Walter Schen, Hans Friedenthal und Leo David (Sammlung Bal-Kaduri), YVA, 01/229; 01/130; 01/277
- 76 Black, Transfer Agreement, S. 131
- 77 Rundbrief, 29. Juni 1932, Jabotinsky-Institut, B21 (Rundschreiben)
- 78 Sammlung von Betar-Flugblättern aus Deutschland, Jabotinsky-Institut, B-21; Ben Jerucham, Das Betar-Buch, Bd. 1, S. 528
- 79 Ben Jerucham, Das Betar-Buch, Bd. 2/1, S. 350
- 80 «Teilnahme von Juden an den Olympischen Spielen in Berlin: freie Wahl oder Pflicht?», Haarez, 1. Juli 1936, S. 2; siehe auch die Leitartikel im Sportteil, Haarez, 3. und 14. Juli 1936, S. 7 beziehungsweise S. 14
- 81 Ben Jerucham, Das Betar-Buch, Bd. 2/1, S. 799
- 82 Schlomo Lev-Ai (Levi), Kampf und Revolution: Hagana, Ezel und Lehi (1918–1948), Tel Aviv, S. 148; Natan Jellin-Mor, Israels Freiheitskämpfer: Menschen, Ideen, Abenteuer, Haifa 1975, S. 71–84; Josef Heller, Lehi 1940–1949, Jerusalem 1989, S. 125 ff
- 83 Jellin-Mor, Freiheitskämpfer, S. 73
- 84 Zum Textentwurf siehe ZZA, S/7 321, und Dawar, 6. Dezember 1935
- 85 David Ben Gurion in Kfar Jedidja, 6. November 1948, AAP, 15/43.

2. «Ein deutscher Europäer»

- 1 Sämtliche dieser Zahlen beruhen auf unterschiedlichen Schätzungen. Die Unterschiede rühren unter anderem von unterschiedlichen Berechnungsweisen her – mal wird die Abstammung, mal die Staatsangehörigkeit, mal werden unterschiedliche Reichsgrenzen zugrunde gelegt. Gründlich diskutierte statistische Angaben zur Emigration deutscher Juden finden sich in: Herbert A. Strauss, «Jewish Emigration from Germany: Nazi Policies and Jewish Responses», Teil 1 und 2, Leo Baeck Institute Yearbooks, London: Seeker und Warburg 1980 und 1981, S. 313 ff beziehungsweise S. 343 ff; Eva Belling, Die gesellschaftliche Eingliederung der deutschen Einwanderer in Israel, Frankfurt/M. 1967; Joav Gelber, Ein neues Heimatland, Jerusalem 1990, S. 51 ff; Schlomo Erel, Die Jecken: 50 Jahre Immigration. Jerusalem 1985, S. 33 ff; Miriam Getter, «Immigration aus Deutschland in den Jahren 1933-1939: Sozio-ökonomische gegenüber sozio-kultureller Absorbierung», Kathedra 12 (Juli 1979), S. 125 ff; siehe auch Mosche Sikron, Einwanderung nach Israel 1948-1953, Jerusalem 1957, S. 14ff und S. 105ff («Die Einwanderung in der Mandatszeit», Bibliographie)
- 2 Erel, Die Jecken, S. 12
- 3 Ebenda, S. 445; siehe auch Richard Willstädter, From My Life, New York 1965; Ronald W. Clark, Einstein: The Life and Times, New York 1965, S. 474 ff
- 4 Zweig an Freud, 21. Januar 1934, in: Ernst L. Freud (Hg.), Sigmund Freud – Arnold Zweig. Briefwechsel, Frankfurt/M. 1968, S. 66f
- 5 Ebenda, S. 68
- 6 Zweig an Freud, 12. August 1934, ebenda, S. 97 f
- 7 Zweig an Freud, 1. September 1935, ebenda, S. 119
- 8 Zweig an Freud, 22. November 1935, ebenda, S. 124
- 9 Zweig an Freud, 15. Februar 1936, ebenda, S. 130f
- 10 Zweig an Freud, 22. November 1935, ebenda, S. 124
- 11 Zweig an Freud, 15. Februar 1936, ebenda, S. 131
- 12 Zweig an Freud, 1. Februar 1937, ebenda, S. 146;
Zweig an Freud, 21. März 1937, ebenda, S. 147f; und wiederholt
- 13 Freud an Zweig, 21. Februar 1936, ebenda, S. 132
- 14 Zweig an Freud, 23. März 1939, ebenda, S. 187

- 15 Zweig an Freud, 16. Juli 1938, ebenda, S. 173 f
- 16 Ebenda
- 17 Zweig an Freud, 8. August 1939, ebenda, S. 191
- 18 Freud an Zweig, 28. Juni 1938, ebenda, S. 172 f; und Freud an Zweig, 5. März 1939, ebenda, S. 186
- 19 Arnold Zweig, «Verwurzelung», *Orient*, 3. Juli 1942, S. 2
- 20 Zeev Zachor, «Ben Gurion und die Haapala 1934–1948», in: Benjamin Pinkas (Hg.), *Osteuropäische Politik zwischen Holocaust und Rehabilitation*, Beerschewa 1987, S. 422 ff
- 21 Dan Michman, «Zeev Jabotinsky: Das Evakuierungsprogramm und das Problem der Antizipation des Holocaust», *Kiwunim* 7 (Mai 1980), S. 119 ff
- 22 Johanan Bader, 26. Dezember 1949, KP, Bd. 3, S. 319
- 23 Schmuël Dotan, *Die Teilungsdiskussion in der Mandatszeit*, Jerusalem 1980
- 24 H. Ben Jeruham (Merhavia), *Das Betar-Buch*, Tel Aviv 1973, Bd. 2/2, S. 799 ff
- 25 Chaim Weizmann an Blanche Dagdale, 1. Dezember 1935, in: Barnet Litvinof (Hg.), *The Letters and Papers of Chaim Weizmann*, New Brunswick, N. J. 1978
- 26 Hitachdut Olej Germania (HOG) an das Einwanderungsamt, 29. Dezember 1933, ZZA, S/26 2564
- 27 Einwanderungsamt an Palästina-Amt, 28. November 1934, ZZA, S/7 149
- 28 Henrietta Szold an Georg Landauer, 19. August 1934, ZZA, S/770 und andere. Siehe auch Hitachdut an Henrietta Szold, 11. Januar 1934, ZZA, S/7 563, S/778
- 29 Georg Landauer an das Einwanderungsamt, 12. März 1934, ZZA, S/770
- 30 Martin Rosenblüth an Georg Landauer, 27. Oktober 1937, ZZA, S/7 581; Walter Ettinghausen an Leo Cohen, 20. September 1938, ZZA, S/25 2482
- 31 Werner Senator an das Palästina-Amt in Berlin, 30. Januar 1935, ZZA, S/7 142
- 32 Ergebnisprotokoll der Sitzung vom 6. Januar 1935, ZZA, S/25 2576
- 33 Jizchak Gruenbaum an Nahum Goldmann, 16. Oktober 1935, ZZA, S/7 3637
- 34 Zitiert nach Gelber, *Ein neues Heimatland*, S. 136

- 35 Eliahu Dobkin an Martin Rosenblüt, 15. Januar 1936, ZZA, S/ 63637
- 36 Arthur Handke an Martin Rosenblüt, 24. April 1933, ZZA, L/13 138. Siehe auch die Notiz von Ernst Levi, 19. Oktober 1934, ZZA, S/ 7 26
- 37 Joschua Heschel Farbstein auf der Exekutivkomiteesitzung der Jewish Agency am 14. Juli 1933, ZZA
- 38 Arthur Ruppin und Jehuda Leib Fischman auf der Exekutivkomiteesitzung der Jewish Agency am 29. November 1936, ZZA
- 39 Werner Senator und Jizchak Gruenbaum auf der Exekutivkomiteesitzung der Jewish Agency am 29. November 1936, ZZA
- 40 Jizchak Gruenbaum auf der Exekutivkomiteesitzung der Jewish Agency am 22. März 1936, ZZA
- 41 Einwanderungsamt an die Palästina-Ämter, 1. November 1938, ZZA, S/7790
- 42 Einwanderungsamt an die Palästina-Ämter, 28. November 1934, ZZA, S/7149
- 43 «Wieviel kostet ein Haushalt in Palästina?» (ohne Autorangabe), Jüdische Rundschau (Berlin), 28. April 1933, S. 169; Mosche Beilinson, «Haushaltskosten in Palästina», Jüdische Rundschau, 30. Mai 1933, S.7. Erel, Die Jecken, S. 149ff; Margarete Turnow-sky-Pinner, Die zweite Generation mitteleuropäischer Siedler in Israel, Tübingen 1962, S. 48ff; Getter, «Immigration aus Deutschland», S. 126; Aharon Kedar, «Die deutsche Immigration als apolitische Opposition in der Kibbuzbewegung während der fünften Alija», Katedra 16 (Juli 1980), S. 137ff; Gelber, Ein neues Heimatland, S. 317 ff
- 44 «Wieviel kostet?»; Beilinson, «Haushaltskosten», S. 7
- 45 «Krankheiten in Palästina», JHOG-Sonderheft, Juni 1936
- 46 Erhebung von Dr. P. Lander, 30. November 1933; P. Karmeli an Kibbuz Giwat Haschloscha, 13. September 1934, ZZA, S/783 und andere
- 47 Belling, Die gesellschaftliche Eingliederung, S. 87
- 48 Doron Niderland, «Der Einfluss der aus Deutschland eingewanderten Ärzte auf die Entwicklung der Medizin in Israel 1933-1948», Diss., Hebräische Universität 1982, S. 24
- 49 Hermann Zondek, Auf festem Fusse. Erinnerungen eines jüdischen Klinikers, Stuttgart 1973, S. 163 ff
- 50 Niderland, S. 77 ff

- 51 Ruth Bondi, Schiba, Tel Aviv 1981, S. 91
- 52 Max Kreuzberger (Mitteleuropäische Einwanderervereinigung), Notiz, November 1941, ZZA, S/7 2105
- 53 Kedar, «Die deutsche Immigration», S. 140; Hitachdut Olej Germania (HOG), Bericht von einem Besuch in Petah Tiqwah, 9. Mai 1934; Mosche Brechman an A. Levi, 27. September 1934, ZZA, S/7 83 und andere; Referat von Mosche Brechman auf der Hitachdut-Sitzung vom 24. Januar 1935, ZZA, S/7 118
- 54 Exekutivkomitee der Zionistischen Organisation, Der 19. Zionistische Kongreß: Stenographischer Bericht, Tel Aviv: Dwir 1937, S. 333
- 55 Menachem Ussischkin im Zentralrat für den Supremat des Hebräischen, September 1941, ZZA, S/7 2081
- 56 A. Beilin, «Unsere Jecken», Dawar, 12. September 1941, S. 2
- 57 M. Y. Ben-Gavriel, «Ein Wort an die Einwanderer aus Deutschland», Jüdische Rundschau, 12. September 1933, S. 511; David Ben Gurion bei einem Studientag für westeuropäische Einwanderungsaktivisten, Kfar Jedidja, 6. November 1943, Antwort an die Diskutanten, S. 6, AAP, 15/43
- 58 «Die deutschen Juden und der Jischuw» (ohne Autorangabe), JHOG, 10. März 1939, S. 1
- 59 Bemerkungen von Y. Sandbank auf der Hebräischen Konferenz deutscher Einwanderer, Tel Aviv, März 1935. Hitachdut Olej Germania, «Zur Frage kultureller Aktivitäten», Flugblatt 3, 1935; Martin Buber, «Das Ende der deutsch-jüdischen Symbiose», JHOG, 10. März 1934, S. 5 ff
- 60 Oser Ben-David, «Deutsche Juden in Palästina», Dawar, 20. August 1933, S. 3; Nagi Margalit-Auerbach, «Deine Pflicht gegenüber den Einwanderern», Dawar, 9. Oktober 1933, S. 3
- 61 Asriel Karlebach, «Winde, die wehten», Journalistenjahrbuch, Tel Aviv 1934, S. 89
- 62 S. Bach, «Deutsche Juden in Palästina», Dawar, 1. September 1933, S. 7
- 63 Avivi, «Zionismus von Herzen und Zionismus als Beruf», Haboker, 20. Februar 1941, S. 2
- 64 Beilin, «Unsere Jecken», S. 2
- 65 Notizen und Briefe z. d. Thema in ZZA, S/7 464 und S/7 614
- 66 Verschiedene Briefe im städtischen Geschichtsarchiv von Tel Aviv, Abteilung 4, Faszikel 5/A (89) und 5/A (91)

- 67 Meir Disengoff an Chaim Bograschow, 20. Februar 1934, städtisches Geschichtsarchiv von Tel Aviv, Abteilung 4, Faszikel 5/A (89)
- 68 B. Krugliakow an Mosche Kaspi, 19. Juni 1944, städtisches Geschichtsarchiv von Tel Aviv, Abteilung 4, Faszikel 5/A (91)
- 69 Protokoll des Zentralrats für das Supremat des Hebräischen, Übersicht über die Komiteetätigkeit, Heschwan-Av 5710 (1941), ZZA, S/72081
- 70 «Eine undenkbare Tat» (ohne Autorangabe), Haarez, 13. März 1939, S. 4; Robert Weltsch, «In the Matter of the Jüdische Rundschau», Haarez, 14. März 1939, S. 3; «Erklärung der Hitachdut Oleij Germania und der Hitachdut Oleij Austria», Haarez, 24. März 1939, S. 3
- 71 Max Jacobson (Megged), «Zur Frage der fremdsprachigen Presse», Haarez, 9. März 1941, S. 2
- 72 Protokoll einer Zusammenkunft von Vertretern des Zentralrats für das Supremat des Hebräischen mit Vertretern der deutschen und österreichischen Hitachdut, 20. März 1941, und zugehörige Dokumente; Protokoll der Präsidiumssitzung des Zentralrats für den Supremat des Hebräischen am 22. April 1941, ZZA, S/72081
- 73 Menachem Ussischkin auf der Präsidiumssitzung des Zentralrats für das Supremat des Hebräischen am 22. April 1941, ZZA, S/72081
- 74 Walter Preuss bei einem Studientag für westeuropäische Einwanderungsaktivisten, Kfar Jedidja, 6. November 1943, Diskussion zu Ben Gurions Rede, S. 3, AAP, 15/43
- 75 «Sie bringen sich selbst um», (ohne Autorangabe), JHOG, August 1939, 1:15
- 76 Beilin, «Unsere Jecken»
- 77 Jeschajahu Wolfsberg, «Die deutsche Immigration und die Kulturfrage», JHOG, 10. März 1939, S. 1
- 78 «Die Tugend des taktvollen Benehmens in der Öffentlichkeit» (ohne Autorangabe), JHOG, Oktober 1939, S. 12
- 79 Die deutsche und österreichische Hitachdut in Zusammenarbeit mit der tschechoslowakischen Einwanderervereinigung und der religiösen Vereinigung Emet Wimunah in Jerusalem, Kursangebote von Beit Midrasch Amami für den Sommer 1942; siehe auch JHOG, hebräischsprachiges Sonderheft April 1935, «Die Haltung

- der deutschen und österreichischen Hitachdut», Haarez, 9. März 1941, S. 3
- 80 «Die deutschen Juden haben Schuld» (ohne Autorangabe), JHOG, Oktober 1939, S. 12
- 81 Gustav Krojanker, «J'accuse», Haarez, 16. März 1941, S. 2; Gustav Krojanker, «Toleranz oder Extremismus?», Haarez, 23. März 1941, S. 2
- 82 Franz Eisenberg, «Zur Methodik des Hebräischen», MHO, 16. Februar 1940, S. 2
- 83 Alexander Zak, «Kampf um Hebräisch», JHOG, 24. Januar 1941; Sonja Gottgetreu, «Zum Thema Jaecke», JHOG, 10. Oktober 1941, S. 4
- 84 Bemerkungen von Y. Sandbank auf der hebräischen Versammlung deutscher Einwanderer, Tel Aviv, März 1936; Hitachdut Olej Germania, «Zur Frage kultureller Aktivität», Flugblatt 3, 1935
- 85 Ernst Simon, «Deutsche Juden in Erez Israel», Jüdische Rundschau, 10. März 1933, S. 97
- 86 Joseph Marcus, «Tosereth Haarez», JHOG, Februar 1938, L5; «Ihr werdet euer Brot im Lärm essen» (ohne Autorangabe), JHOG, August 1939, II; G. Stulz, «Das Hebräischbuch und der deutsche Einwanderer», JHOG, September 1936, I:16
- 87 Wolfsberg, «Die deutsche Immigration»
- 88 Georg Landauer an Mosche Schertok, 15. April 1934, ZZA, S/783
- 89 Krojanker, «J'accuse»
- 90 C.Z. Klötzel, «Das Antijeckentum», JHOG, 3. Oktober 1941, S.6
- 91 David Ben Gurion in Kfar Jedidja, 6. November 1943, Antwort, S. 7, AAP, 15/43
- 92 Gustav Krojanker, «Haawara. Ein Lackmusest für die zionistische Bewegung», Hitachdut Olej Germania, Flugblatt4, 1936, S. 4ff; «Für die Haawara», JHOG, November 1935, 11:24
- 93 «Aufruf!» (ohne Autorangabe), JHOG, Dezember 1935, I:3
- 94 Dan Horowitz und Mosche Lisak, Vom Jischuw zum Staat. Die Juden Palästinas als politische Gemeinde während der britischen Mandatszeit, Tel Aviv: Am Oved (1977), S. 335. [Anm. d. Übers. a. d. Lekt.: laut Neues Lexikon des Judentums wurde die Alija Chadascha 1944 mit 18 Sitzen zur zweitstärksten Fraktion]

- 95 David Ben Gurion in Kfar Jedidja, 6. November 1943 (insbesondere S. 8) sowie seine Antwort an die Diskutanten (insbesondere S. 3), AAP, 15/43; S. Goralik, «Wegen des Zionismus oder wegen der Sorgen?», Haarez, 29. Dezember 1939, S. 2; «Sünden gegen den Einwanderer» (ohne Autorangabe), JHOG, 28. Februar 1941, S. 2
- 96 «Jüdische Vornamen – Wichtig für deutsche Staatsangehörige im Ausland» JHOG 5, 1938, S. 10ff; Fritz Stein an das deutsche Konsulat in Jerusalem, 6. November 1938, NA, P/1080/500
- 97 «Die Obrigkeit und das Individuum» (ohne Autorangabe), JHOG, August 1939, II:12
- 98 David Ben Gurion in Kfar Jedidja, 3. November 1943, einleitender Wortbeitrag, S. 3 ff, AAP, 15/43
- 99 Susan Lee Hattis, *The Bi-National Idea During Mandatory Times*, Haifa: Schikmona 1970
- 100 *Mitteilungsblatt*, 8. Dezember 1944, S. 1
- 101 Erich Goldstein an Felix Rosenblüth, 26. Juni 1947, ZZA, J/1844
- 102 Felix Rosenblüth auf der Sitzung des Exekutivkomitees der Alija Chadascha am 1. Januar 1948, ZZA, J/1838
- 103 Gustav Krojanker, «Segregation oder lebende Brücke?», Haarez, 20. Juli 1942, S. 2; «Wer ist der gelehrige Hitler-Schüler?» (ohne Autorangabe), JHOG, 14. August 1942, S. 4
- 104 Ruth Bondi, Felix, Tel Aviv 1990
- 105 Georg Landauer an Felix Rosenblüth, 31. Januar 1948, ZZA, J/1845; Pinchas F. Rosen, «Aus Erinnerungen an die Jahre 1939–1948», in: Hans Trammer (Hg.), *In zwei Welten*, Tel Aviv (ohne Jahresangabe), S. 271 ff
- 106 Schimon Kanowitz, «Generationenwechsel», *Deot* (hebräische JHOG-Ausgabe), Mai 1960, S. 5
- 107 Georg Landauer an Martin Rosenblüt, 17. November 1938; siehe auch Erich Rot, Notiz über die Geldsammlung zur Auslösung österreichischer und deutscher Häftlinge, 25. Januar 1939, ZZA, S/7756; Landauer an Kurt Blumenfeld, 26. August 1941, ZZA, S/7913
- 108 Landauer an Blumenfeld, 18. März 1943, ZZA, S/72016

3. *«Rommel, Rommel, wie geht's denn so?»*

- 1 S. Goralik, «Der brave Soldat und das Anwerbungsplakat», Haarez, 13. September 1939, S. 2
- 2 Haviv Canaan, 200 Tage der Angst, Tel Aviv 1974, S. 137
- 3 Georg Landauer an Kurt Blumenfeld, 18.3. 1943, ZZA, S/7 2016
- 4 David Horowitz, Die Entwicklung der israelischen Wirtschaft, Jerusalem: Bialik-Institut, Dwir 1948; Nadav Halevy, «Die wirtschaftliche Entwicklung des jüdischen Jischuw 1917-1947», Redemanuskript 7914, Jerusalem: Falk-Zentrum 1979
- 5 Mosche Sharett auf der EJA-Sitzung am 27. April 1941, ZZA; Uri Brenner (Hg.), Der Umgang mit der drohenden deutschen Invasion in Palästina in den Jahren 1940-1942. Quellen und Zeitzeugenberichte, Tel Aviv: 1984, S. 61 (Levi Eschkol)
- 6 Canaan, 200 Tage der Angst, S. 13 7
- 7 Ebenda, S. 137,139,168 und 209
- 8 Mosche Sharett auf der EJA-Sitzung am 8. Juni 1941, ZZA
- 9 Canaan, 200 Tage der Angst, S. 210 (Indien); Brenner, Umgang, S. 25 (Vereinigte Staaten), S. 47 ff (Pläne für Evakuierungssiedlungen), Beschlüsse des EJA, 30. Juni 1942, ZZA (Evakuierung)
- 10 Brenner, Umgang, S. 38 (Aran), S. 40 (Jaari)
- 11 «Vorschläge für einen Friedensschluss» (ohne Autor- und ohne Datumsangabe), ZZA, S/25 4752
- 12 Werner Senator auf der EJA-Sitzung am 30. Juni 1942, ZZA; Dina Porat, Die Führung in der Falle, Tel Aviv 1981, S. 57
- 13 Jehuda Bauer, Diplomatie und Untergrund, Tel Aviv 1963, S. 144 ff; Brenner, Umgang, S. 58 ff, 138 ff
- 14 Undatierte, handschriftliche Kopie samt einem mit «JBZ» gezeichneten Vermerk (Jizchak Ben-Zwi?), ZZA, S/254752; Mosche Sharett auf der EJA-Sitzung am 5. Juli 1942, ZZA; «Jüdisch-arabische Zusammenarbeit gegen die Deutschen», in: Brenner, Umgang, S. 178
- 15 Mosche Schapira und Werner Senator auf der EJA-Sitzung am 30. Juni 1942, ZZA
- 16 Brenner, Umgang, S. 29, 43, 36 und 185; Natan Alterman, «Die Nacht der Belagerung» (in: «Die Freude der Armen»), Gedichte von damals, Tel Aviv 1972, S. 217
- 17 Mosche Schapira und Werner Senator auf der EJA-Sitzung am 30. Juni 1942, ZZA

- 18 Jizchak Gruenbaum auf der EJA-Sitzung am 30. Juni 1942, ZZA
- 19 Brenner, Umgang, S. 63 und 176ff; Joav Gelber (Hg.), «Masada». Israels Verteidigung im Zweiten Weltkrieg, Tel Aviv 1990
- 20 «Vorschläge für einen Friedensschluss». Anscheinend hat Mosche Sharett dieses Dokument gesehen und entsprechend abgezeichnet. Dem Schriftstück ist ein weiteres, nicht unterzeichnetes Dokument mit dem Datum 23. Mai 1941 beigeheftet
- 21 «Wenn die Glocken läuten» (ohne Autorangabe), Hapoel Hazair, 10. Mai 1943, S. 1
- 22 «Terror», Dawar, 30. Juni 1942, S. 1
- 23 «Märtyrer», Hazofeh, 18. März 1942, S. 3
- 24 «Schrecklicher Bericht über Grausamkeiten der Nazis. Grosse Anzahl polnischer Juden mit Giftgas umgebracht», Dawar, 8. Oktober 1942, S. 2
- 25 «In Polen bisher 700'000 Juden von den Nazis und der Fünften Kolonne ermordet», Dawar, 28. Juni 1942, S. 1
- 26 «Nazi-Greuel in Karkow», «Grossartiger Fussballsieg für Makabi Damaskus», Haarez, 13. Januar 1942, S. 2
- 27 Mosche Prager, «Sechs Millionen Juden und eine Million Kinder in Gefahr», Dawar, 30. November 1942, S. 2; siehe auch Schmuël Schnitzer im israelischen Armeerundfunk, in: Jizchak Goren und Tirza Juwal, Ein neuer Blick auf die Vergangenheit, Transkript einer Radiosendung in der Yad-Vashem-Bibliothek
- 28 «Eine halbe Million Juden in Rumänien vernichtet?», Dawar, 10. August 1942, S. 1
- 29 Elischewa Ajalon, «Palcor. Die Geschichte der Nachrichtenagentur der Jewish Agency», Kescher (Tel Aviv) Nr. 4 (November 1988), S. 71 ff
- 30 Erklärung der Jewish Agency, Haarez, 23. November 1942, S. 1
- 31 «Die Lage der Juden in Europa», EJA, 22. November 1942
- 32 Zeev Laqueur und Richard Breitman, Das schreckliche Geheimnis, Tel Aviv 1981, und Das Schweigen brechen, Tel Aviv 1988
- 33 Mosche Schapira, Elieser Kaplan und Dov Josef auf der EJA-Sitzung am 22. November 1942, ZZA
- 34 Joav Gelber, «Die hebräische Presse in Palästina über die Vernichtung der Juden in Europa», Forschungsberichte zum Holocaust und Widerstand, 2. Serie A, Tel Aviv 1969, S. 30ff; S. B. Beit-Zwi, Post-ugandischer Zionismus in der Holocaust-Krise, Tel Aviv 1977, S. 37ff; Porat, Führung, S. 64 ff; Jehiam Weiz,

- «Standpunkte und Handlungsansätze innerhalb der Mapai im Hinblick auf den Holocaust der europäischen Juden 1939–1945», Diss., Hebräische Universität Jerusalem 1988, S. 81 ff
- 35 «Dem Feind in Stalingrad den Todesstoß versetzt», *Haarez*, 23. November 1942, S. 1; «Großer Sieg für die Russen in Stalingrad», *Dawar*, 23. November 1942, S. 1
- 36 Berl Katznelson auf der Histadrut-Versammlung am 19. April 1942, *Dawar*, 22. April 1942, S. 1; siehe auch Katznelsons Werke, Tel Aviv: Mapai 1950, Bd. 5, S. 53
- 37 Jizchak Gruenbaum, *Tage der Zerstörung und des Holocaust*, Tel Aviv 1946, S. 27 (zuerst erschienen in: *Haolam*, 30. Mai 1940)
- 38 Vortrag auf einem Seminar für die Junge Garde der Mapai, 6. Juni 1944, in: Katznelsons Werke, Bd. 12, S. 218
- 39 Mosche Sikron, *Einwanderung nach Israel 1948–1953*, Jerusalem 1957, S. 19; *Daten über Palästina*, Jerusalem 1946, Bd. 1, S. 141
- 40 Uri Zwi Grienberg, *Die Flußstraßen*, Tel Aviv 1968, S. 53
- 41 «Sie haben Kinder ermordet», *Haarez*, 21. Dezember 1942, S. 1; «Die Clowns», ebenda, S. 3; «Die Stimme der Sterbenden» (Leitartikel), *Haarez*, 21. März 1943, S. 2; Jehuda Bergman, «Krümel zu Purim», ebenda; «Purim in Trauer», *Haarez*, 22. März 1943, S. 2; Hinweis auf Studententparty, *Dawar*, 10. März 1944, S. 4; «Pinocchio», *Dawar* (Nachmittagsausgabe), 4. Februar 1942, S. 2
- 42 «Kiwi»-Anzeige, *Haarez*, 17. Oktober 1943, S. 4; «Der Weg zum Sieg», *Anzeige*, *Haarez*, 21. Dezember 1942, S. 4; «Rommel, Rommel», *Anzeige*, *Haarez*, 31. Dezember 1942, S. 3
- 43 Vortrag, 6. Juni 1944, Katznelsons Werke, Bd. 12, S. 218
- 44 Golda Meir auf der Exekutivkomiteesitzung der Histadrut am 26. Mai 1943, AA
- 45 B. Hacoheh, «Nach der Erklärung», *Hamaschkif*, 25. Dezember 1942, S. 2
- 46 B. Hacoheh, «Ihre Blickrichtung», *Hamaschkif*, 11. Dezember 1942, S. 2; «Nach der Erklärung»; «Der Jischuw und Rettungsaktionen», *Hamaschkif*, 24. März 1944, S. 2
- 47 Gruenbaum, *Tage der Zerstörung*, S. 63, 67, 69 und 131 ff; «Eine sensationelle Bekanntmachung von J. Gruenbaum», *Haboker*, 7. Dezember 1942, S. 2; Eliahu Dobkin auf der Sitzung des Zen-

- tralkomitees der Mapai am 20. Mai 1942 («Veröffentlichung verboten»), AAP; Eliahu Dobkin auf der Ratssitzung der Histadrut am 26. Mai 1942 («Wir müssen schweigen»), S. 61, AA; Josef Sprinsak auf der Exekutivkomiteesitzung des Histadrut-Sekretariats am 11. Februar 1943 (keine Veröffentlichung von Informationen der jüdischen Polizei aus Angst vor Blamage und «politischen Auswirkungen»), AA; Dov Josef, Tagebucheintrag vom 26. November 1942, ZZA, S/25 1510
- 48 David Ben Gurion auf einer Versammlung von Mapai-Aktivist*innen am 8. Dezember 1942, AAP, 3/6
- 49 Eliahu Dobkin auf der Sitzung des Zentralkomitees der Mapai am 30. November 1942, AAP
- 50 Georg Landauer an Kurt Blumenfeld, 18. März 1943, ZZA, S/72016
- 51 Der Verband der Kinobesitzer an die Jewish Agency, 11. November 1942, ZZA, S/261513
- 52 «An das Volk Israel in einer Zeit der Trauer und des Zorns», Haarez, 17. Dezember 1942, S. 1
- 53 George Bernard Shaw an den jüdischen Schriftstellerverband, 30. September 1944, Avieser-Jellin-Archiv zur jüdischen Erziehung in Israel, Universität Tel Aviv, 5.153 (1932)
- 54 Dina Porat, «,A1 Domi?. Israelische Intellektuelle angesichts des Holocaust 1943-1945», Hazionut8, Universität Tel Aviv und Hakibbuz Hameuhad 1983, S. 245 ff; Die Al-Domi-Akten: Avieser-Jellin-Archiv zur jüdischen Erziehung in Israel, Universität Tel Aviv, 5.153 (1932); Episode Rabbi Benjamin: Leitartikel, Haarez, 6. Juni 1944, S. 2; «Warum ich die Beherrschung verlor», 9. Juni 1944; Leitartikel, 11. Juni 1944, S. 2; Leserbrief*innen, 20. und 27. Juni 1944

4. «Glücklich das Zündholz»

- 1 Dina Porat, Führung in der Falle, Tel Aviv 1986, S. 308
- 2 David Ben Gurion auf der Sitzung des Zentralkomitees der Mapai am 12. September 1939, AAP, 23/39
- 3 David Ben Gurion auf der Sitzung des Zentralkomitees der Mapai am 24. August 1943, AAP, 23/43
- 4 David Ben Gurion auf der Sitzung des Zentralkomitees der Mapai am

12. September 1939, AAP, 23/39; «Grundzüge zionistischer Politik», 15. Oktober 1941, ZZA, Z/414632
- 5 Mosche Sharett auf der EJA-Sitzung am 30. Juni 1942, ZZA
- 6 Joav Gelber, Die Geschichte der Freiwilligen, Bd. 3: Die Fahnenträger, Jerusalem 1983
- 7 Dalia Ofer, Übers Meer: Illegale Einwanderung während des Holocaust, Jerusalem 1988, S. 470 ff
- 8 Mosche Sharett, 4. Februar 1940, Politisches Tagebuch, Tel Aviv Bd. 5, S. 19
- 9 Jehiam Weiz, «Standpunkte und Vorgehensweisen innerhalb der Mapai in Bezug auf den Holocaust an den europäischen Juden zwischen 1939 und 1945», Dissertation, Hebräische Universität Jerusalem 1988, S. 105 ff
- 10 Eliahu Golomb auf der Sitzung des Mapai-PK am 26. Januar 1944, AAP, 26/44
- 11 David Ben Gurion auf der EJA-Sitzung am 12. September 1943, ZZA
- 12 Mania Schochat auf der Sitzung des Zentralkomitees der Mapai am 28. Januar 1942, AAP, 23/43; Ben Gurion auf der EJA-Sitzung am 29. November 1942, ZZA
- 13 Porat, Führung in der Falle, S. 413 ff; Joel Palgi, Es kommt ein starker Wind, Tel Aviv 1978, S. 17
- 14 Porat, Führung in der Falle, S. 416; Weiz, «Standpunkte und Vorgehensweisen», S. 125 ff
- 15 Hannah Seneschs Leben, Mission und Tod, Tel Aviv 1959, S. 224
- 16 Haike Grossman, «40 Jahre danach», Jalkut Moreschet 39 (Mai 1985), S. 90
- 17 Chaim Hermes, Unternehmen Amsterdam, Tel Aviv 1971, S. 155 ff
- 18 Palgi, Es kommt, S. 25 und 243
- 19 Berl Katznelson auf der Sitzung des Histadrut-EK am 29. November 1939, AA
- 20 Teddy Kollek, One Jerusalem, Tel Aviv S. 56 und 59
- 21 Porat, Führung in der Falle, S. 263. Siehe auch Zeev Wenja Hadari, Wider alle Erwartungen: Istanbul 1942-1945, Tel Aviv 1992
- 22 Bericht des Rettungskomitees an den 22. Zionistischen Kongress, Dezember 1946, veröffentlicht von der Jewish Agency 1946; Arieh

- Morgenstern, «Das Vereinte Rettungskomitee der Jewish Agency und seine Tätigkeit in den Jahren 1943-1945», Jalkut Moreschet 13, Juni 1971, S. 60 ff; Benjamin Minz an Jizchak Gruenbaum, 23. September 1943, ZZA, S/46280
- 23 Bericht vom Gespräch mit Konsul Lowell Pinkerton am 7. Juni 1944 im Hause Gruenbaum, ZZA, S/261232; Porat, Führung in der Falle, S. 392ff
- 24 Jizchak Gruenbaum an Leib Jafeh, 22. Mai 1944, ZZA, S/261232; Gruenbaum an das Zionistische EK, 18. Januar 1943, ZZA, S/ 251851; Gruenbaum, Tage der Zerstörung, S. 68
- 25 Ofer, Übers Meer, S. 212 und 255; Porat, Führung in der Falle, S. 302 und 258
- 26 Porat, Führung in der Falle, S. 309 ff; Efraim Ofir, «War es möglich, 70'000 Juden aus Transnistrien zu retten?», Jalkut Moreschet 33 (Juni 1982), S. 103ff; Hava Wagman-Eschkoly, «Die Transnistrien-Affäre: Rettungsmöglichkeit oder Täuschung?», Jalkut Moreschet 27 (April 1979), S. 155 ff
- 27 Ben Gurion auf der Sitzung des Mapai-Sekretariats am 10. Februar 1943, AAP, 24/43; siehe auch Hannah Turuk-Jablonka, «Der Europaplan», Dissertation, Hebräische Universität Jerusalem 1984
- 28 Porat, Führung in der Falle, S. 328 ff; Avraham Fuchs, Ich rief und bekam keine Antwort, Jerusalem 1985
- 29 Mosche Sharett auf der EJA-Sitzung am 20. Oktober 1944, ZZA. Die Darstellung der Episode beruht im Wesentlichen auf Porat, Führung in der Falle, S. 347ff; Jehuda Bauer, «Joel Brands Mission», Jalkut Moreschet 26 (November 1978), S. 23 ff; Amos Elon, Stunde Null, Idanim 1980
- 30 Jizchak Gruenbaum, David Ben Gurion und Eliahu Dobkin auf der EJA-Sitzung am 25. Mai 1944, ZZA
- 31 Elieser Kaplan auf der EJA-Sitzung am 23. Juli 1944, ZZA
- 32 Eliahu Dobkin auf der Sekretariatssitzung des Histadrut-EK am 11. Oktober 1944, AA; Jehuda Bauer, «Die Verhandlungen zwischen Sally Meyer und SS-Repräsentanten 1944-1945», in: Rettungsversuche und Aktionen während des Holocaust, Jerusalem 1976, S. 11 ff
- 33 Der Generalstaatsanwalt gegen Adolf Eichmann. Urteil und Strafmass, Jerusalem 1972, 1962, S. 133
- 34 Heinrich Himmler, Vermerk vom 10. Dezember 1942, Bundesar-

chiv Koblenz, Bestand Schumacher 240/I (Kopie im Moereschet-Archiv, DI 5753)

5. *«Ein warmes jüdisches Herz»*

- 1 Schabtai Teveth, *Die Klagelieder Davids*, Tel Aviv 1987, Bd. 3: *Der brennende Boden*, S. 444
- 2 David Ben Gurion auf der EJA-Sitzung am 6. Dezember 1942
- 3 Theodor Herzl, *Zionistische Schriften*, Tel Aviv 1934, Bd. 1: *Der Judenstaat*, S. 36
- 4 Mosche Sharett auf der Sitzung des Zionistischen EK am 18. April 1943, ZZA, S/25 1851
- 5 Jizchak Damiel-Schweiger, «Und zurück», *Dawar*, 27. November 1942, S. 3
- 6 David Ben Gurion auf einer Versammlung von Mapai-Aktivisten am 8. Dezember 1942, AAP, 516
- 7 Teveth, *Der brennende Boden*, S. 444; S. B. Beit-Zwi, *Nachugandischer Zionismus in der Krise des Holocaust*, Tel Aviv 1977, S. 130; Reuven Dafni (Hg.), *David Ben Gurion und der Holocaust an den europäischen Juden*, Jerusalem 1987; siehe auch Avihu Ronen, «HaiinkasMission», *JalkutMoreschet* 42 (Dezember 1986), S. 55 ff; Tuvia Friling, «Die emotionalen Komponenten der Haltung David Ben Gurions gegenüber den Juden der Diaspora während des Holocaust», *Nachdruck aus der Sammlung Jüdisch-nationale Solidarität im neuen Zeitalter*, Beerschewa 1988
- 8 David Ben Gurion auf einer Zusammenkunft von Mapai-Aktivisten am 8. Dezember 1942, AAP; Ben Gurion an Arthur Lurie, 8. Dezember 1942, zitiert nach Joav Gelber, «Zionistische Politik und das Schicksal der europäischen Juden 1939-1942», *Yad Vashem, Gesammelte Forschungsergebnisse* 13 (1980), S. 147
- 9 Ben Gurion an Joschua Kastner, 2. Februar 1958, NA, MPA, 5432/16
- 10 Tagebucheintrag von Dov Josef vom 26. November 1942, ZZA, S/251510
- 11 Anita Schapira, Berl, Tel Aviv 1980, S. 672
- 12 Jizchak Gruenbaum an das Rettungskomitee, 29. Juni 1944, ZZA, S/261238/a

- 13 Apolinari Hartglass, «Anmerkungen zu Hilfs- und Rettungsmöglichkeiten», undatiertes Memorandum, ZZA, S/261232 (hier mit stilistischen Korrekturen zitiert)
- 14 David Ben Gurion auf der EJA-Sitzung am 23. Juli 1944
- 15 B.Hacohen, «Wie sie aussehen», Hamaschkif, 11. Dezember 1942, S. 2
- 16 Dina Porat, Führung in der Falle, Tel Aviv 1986, S. 450ff; Tuvia Friling, «Ben Gurions Standpunkte in der Frage der Kinderrettung November 1942 bis Mai 1945», Jalkut Moreschet 38 (Dezember 1984), S. 32ff
- 17 J. Bahar an David Ben Gurion, 23. Juli 1944, ZZA, S/25 85
- 18 Golda Meir auf der Sekretariatssitzung des Histadrut-EK am 24. Januar 1943, AA
- 19 Jizchak Gruenbaum und andere auf der Sitzung des Zionistischen EK am 18. Januar 1943, ZZA, S/25 1851; Gruenbaum, Tage der Zerstörung, S. 68
- 20 Gruenbaum und Elieser Kaplan auf der EJA-Sitzung am 25. Oktober 1942, ZZA
- 21 Porat, Führung in der Falle, S. 169 ff
- 22 Schmuël Dajan auf der PK-Sitzung am 2. November 1939, AAP, 23/39
- 23 «Ein schrecklicher Bericht über die Grausamkeit der Nazis», Dawar, 8. Oktober 1942, S. 2
- 24 P. Heilprin, «Wir haben Schuld», Dawar, 24. Dezember 1941, S. 2; siehe auch J. Gan-Zwi, «Der Standpunkt des Jischuw im Hinblick auf die Schwierigkeiten der Grossen Brüder», 18. April 1940, S. 2; H. Rosenblum, «Woher die Apathie?», Haboker, 2. Juli 1941, S. 2
- 25 «Wir haben es nicht bemerkt»: Josef Sprinsak auf der EJA-Sitzung am 6. Dezember 1942, ZZA; «Wir haben nichts unternommen»: Melech Neustadt auf der Sitzung des Histadrut-Rats am 26. Mai 1942, AA, und des Histadrut-EK am 13. Dezember 1942, AA; «Haben wir genug getan?», Haarez, Leitartikel, 29. November 1942, S. 2; «Die Dawar hat es nicht veröffentlicht»: Eliahu Dobkin auf der Sitzung des Histadrut-EK am 31. Dezember 1942, AA; «Niemand zweifelt daran»: David Remes, ebenda. «Voller Sünde»: Aharon Zisling auf der Sekretariatssitzung des Histadrut-EK am 11. Februar 1943, AA; Beba Idelson auf der Sitzung des Histadrut-EK am 18. November 1943, AA; «Schande»: Golda Meir auf der Sekretariats-

- sitzung des Histadrut-EK am 29. April 1943, AA
- 26 «Zusammenarbeit mit den Briten während des Krieges», Bericht von Reuven Schiloah (Saslani), ZZA, S/25 7902
- 27 Nana Sagi, German Reparations, Jerusalem 1980, S. 14ff; Anita Schapira, Berl, S. 604
- 28 «Justitia» an die Jewish Agency, 7. Dezember 1942, ZZA, S/261325. Siehe auch Memoranden zu Reparationen (ab 1941): ZZA, S/261325; S/25 5188; S/90526; S/90527; Eliahu Dobkin auf der EJA-Sitzung am 6. Dezember 1942, ZZA; Gerschom Bendam, «Wie sieht die Zukunft der europäischen Juden aus?», Haarez, 30. Januar 1942, S. 2; «Macht sich irgendjemand über das gestohlene Eigentum der europäischen Juden Gedanken?» (anonym), Haarez, 20. Januar 1943, S. 2; M. Rubenstein, «Was ist mit dem von Juden gestohlenen Eigentum?», Haarez, 14. März 1943, S. 2; Siegfried Moses, «Die Reparationsforderung der Juden», Haarez, 21. Juni 1943, 19. Oktober 1943, S. 2, und 10. Februar 1944, S. 2; Natan Feinberg, «Die Reparationsforderung der deutschen Juden», Haarez, 7. September 1943, S. 2, 4. Januar 1944, S. 2; Ben Gurion in Weiz, «Standpunkte und Vorgehensweisen», S. 317
- 29 Schenhabis Vorschlag (10. September 1942) im Haschomer Hazair Kibbutz Haarzi Archiv (Schenhabi-Privatarchiv), VII (4); Schenhabi-Plan (2. Mai 1945) im ZZA, S/261326, sowie im YVA («Das alte Yad Vashem»), YV/9-YV/10
- 30 Haarez, 2. Dezember 1942, S. 1 (Klagen); Dawar, 6. November 1943, S. 1 («Weine, Jerusalem»); Dawar, 17. Dezember 1942, S. 1 («Das Tal des Mordes»); Dawar, 14. Januar 1943, S. 1 («Das Tal der Leiden»); Haarez, 2. Dezember 1942, S. 2 («Das Tal der Trauer»); Dawar, 31. Dezember 1942, S. 1 («Ohne einen Pfennig in der Diaspora zurückgelassen»); Dawar, 22. Dezember 1942, S. 1 («Sants Plan»)
- 31 Mosche Sharett und David Ben Gurion auf der ZK-Sitzung der Mapai am 7. Dezember 1938, AAP
- 32 Ben Gurion auf der EJA-Sitzung am 26. Oktober 1943, ZZA
- 33 Chaim Weizmann auf der EJA-Sitzung am 22. Oktober 1942, in: Michael J. Cohen (Hg.), Die Briefe und Manuskripte von Chaim Weizmann, Bd. 20, Serie A, Jerusalem 1979, S. 67 ff
- 34 Anzeige in: Dawar, 7. Mai 1944, S. 4

- 35 «Das Verhalten der Revisionisten...», o. A., Dawar, 13. März 1944, S. 1; B. Hacohen, «Der Jischuw und die Rettungsmaßnahmen», Hamaschkif, 24. März 1944, S. 2
- 36 «Ja, Rettung ist möglich», o. A., Cherut, 1. Februar 1943, S. 2
- 37 Elieser Don-Jehia, «Kooperation und Konflikt zwischen den politischen Lagern: Das religiöse Lager, die Arbeiterbewegung und die Bildungskrise in Israel», Dissertation, Hebräische Universität Jerusalem 1977, S. 499 ff; Ernst Simon, «Die Theorie der zionistischen Erziehung im Lichte des Problems der Kinder aus Teheran», Haarez, 5. Juli 1943, S. 2, und 6. Juli 1943, S. 2; M. Schenfeld, «Der Vorwurf mit den Kindern aus Teheran», Jerusalem: EK der Agudat Jisrael 1943; Zror Mihtawim 135 (200), 30. April 1943, S. 248 ff, 136 (201), 14. Mai 1943, S. 266 ff, 137 (202), 4. Juni 1943, S. 292 ff; Ben-Sion Tomer, Rot und weiß und Orangenduft, Jerusalem: Hasifria Hazionat 1971
- 38 «Schlimme Auswirkungen der Einwanderung der Kinder aus Teheran», Haarez, 14. März 1943, S. 6
- 39 «Was wir von den Kindern aus Teheran lernen können», Haarez, 22. März 1943, S. 2
- 40 Eliahu Dobkin, David Remes und Golda Meir auf der ZK-Sitzung der Mapai am 20. Mai 1942, AAP, 23/42
- 41 Sekretariatssitzung des Histadrut-EK am 29. April 1943, AA
- 42 Benjamin Minz an Jizchak Gruenbaum, 23. September 1943, ZZA, S/26280
- 43 Ebenda
- 44 Bericht zur Paketverschickung, 2. März 1944, ZZA, S/255649. Siehe auch Arie Morgenstern, «Das Vereinte Rettungskomitee der Jewish Agency und seine Tätigkeit in den Jahren 1943–1945», Jalkut Moreshet 13 (Juni 1971), S. 60 ff; Hawa Wagman-Eschkoly, «Der Streit um die Spendensammlungen für Rettungskationen», 1943, Leni Jehiel u. a. (Hg.), Papiere zum Studium der Holocaust-Periode, Sammlung 3, Tel Aviv 1984, S. 123 ff
- 45 Avraham Woronowski, «Die Reaktion unserer Kinder auf den Holocaust in der Diaspora», Hed Hahinuch 258 (1945), S. 34; Erwiderung von Gustav Krojanker, «Die Reaktion unserer Kinder auf den Holocaust in der Diaspora», Amudim, 16. Februar 1945, S. 1
- 46 Berl Katznelson, «Nach einem Gespräch über die Diaspora»,

6. Juni 1944, Katznelsons Werke, Tel Aviv 1950, Bd. 12, S. 218; Jehiam Weiz, «The Yishuv's Self-Image and the Reality of the Holocaust», Jerusalem Quaterly, Herbst 1988, S. 1 ff
- 47 Jizchak Gruenbaum, auf der Sitzung des Zionistischen EK, 18. Januar 1943, ZZA, S/25 1851
- 48 «Warum verteidigen sich die ungarischen Juden nicht?», Dawar, 22. Juni 1944, S. 1
- 49 J.Gan-Zwi, «Massaker und Schweigen», Hazofleh, 18. Januar 1942, S. 2
- 50 Chaim Nachman Bialik, «In der Stadt des Massakers», Gesammelte Werke, Tel Aviv 1941, S. 83
- 51 Abba Kovner, Erklärung verlesen auf einer Pionierjugendkundgebung in Wilna am 1. Januar 1942, in: Jizchak Arad (Hg.), Der Holocaust in Dokumenten, Jerusalem: Yad Vashem 1978, S. 544 ff; Gustav Kroj anker, «Und das Krumme wurde gerade gemacht», Haarez, 1. Januar 1942, S. 2
- 52 «An das Volk von Israel», Dawar, 17. Dezember 1942, S. 1; Ankündigung des Waad Leumi, «Der Schrei Israels aus Sion», 30. November 1942, ZZA, S/25 5183
- 53 Chaim Barlas, «Tätigkeitsbericht über die Immigrations- und Rettungsarbeit in der Türkei von Oktober 1943 bis September 1944», ZZA, S/ 255 206; Zeev Schind auf der EK-Sitzung der Histadrut am 6. September 1944, AA
- 54 Uri Keisari, «Wir haben getrauert, und jetzt können wir mit unserem Leben fortfahren», Jediot Acharonot, 16. März 1945, S. 2

6. «Zuerst dachte ich, sie wären Tiere»

- 1 David Ben Gurion in der EJA, 28. Sept. 1944, ZZA
- 2 David Ben Gurion, «Ewiges Israel», Jahrbuch der Regierung 1954, Jerusalem 1954, S. 37
- 3 Ben Gurion in der EJA, 11. Febr. 1945, ZZA
- 4 Ben Gurion in der EJA, 20. Juni 1944, ZZA
- 5 Ben Gurion, Y. L. Fishman, Jitzchak Gruenbaum und Mosche Schapira vor der EJA, 20. Juni 1944, ZZA
- 6 Ben Gurion vor der EJA, 20. Juni 1944, ZZA
- 7 BGT, 4. Dez. 1944
- 8 BGT, 8. Mai 1945

- 9 BGT, 30. Juli 1945
- 10 BGT, 19. Okt. 1945; 23. Okt. 1945; 26. Okt. 1945; 27. Okt. 1945
- 11 Aussage von Ruth Aliav, BGA, AMD, S. 53
- 12 Ben-Zion Jisraeli vor dem Parteivorstand der Mapai, 24. Juli 1945, AAP, 24/45
- 13 Jeheskel Sacharow, 3. Okt. 1945, ZZA, S/255243; Sacharow an Dov Yosef, 9. Okt. 1945, ZZAS/255238; Jehiel Duvdevani an Eliahu Dobkin, 5. Sept. 1945, ZZA, S/261198
- 14 Joav Gelber, Geschichte der Freiwilligen, Jerusalem 1988, III:376; Jehuda Bauer, Die Briha, Tel Aviv 1974, S. 80 ff
- 15 Hoter-Yishai-Bericht (Juli 1945), AA, VII:2669
- 16 Aussage Aliav, S. 61
- 17 N. Silberblatt, «Die Lagerbewohner verlieren die Geduld», Haarez, 6. Aug. 1947, S. 2
- 18 Yosef Bankover im EK der Histadrut, 5. Sept. 1945, AA
- 19 Eliahu Dobkin im ZK der Mapai, 29. April 1946, AAP 23/46; im EK der Histadrut, 5. Sept. 1945, AA, EJA, 30. April 1946, ZZA
- 20 Jitzchak Laufban, «Im Schatten der Swastika», Hapoel Hazair, 21. März 1933, S. ^T; Chaim Weizmann vor dem 20. Zionistischen Kongress, Stenogramm, Zionistische Organisation und Jewish Agency, 1937, S. 33; vgl. auch Dalia Ofer, «Von Überlebenden zu Immigranten: Der ‚Rest‘ angesichts der Einwanderung», in: Israel Gutman und Adira Drechsler (Hg.); Sheerit Hapletah, 1947-48, Jerusalem 1990, S. 375 ff; Hannah Turuk Jablonka, «Die Probleme bei der Aufnahme und Eingliederung des ‚Rests‘ in die israelische Gesellschaft: 29. November 1947 bis Ende 1949», Dissertation, Hebräische Universität, Jerusalem 1990, S. 1
- 21 Brief eines Soldaten, zitiert in Gelber, Die Geschichte der Freiwilligen, III:434, 449; Eliahu Dobkin im ZK der Mapai, 29. April 1946, AAP, 23/46; Chaim Jachil, «Die Mission zu den Überlebenden und ihre Aktionen, 1945-1949», Jalkut Moreshet 30 und 31 (Nov. 1980 und April 1981), S. 135,172
- 22 Jachil, «Mission», S. 31; Jablonka, «Probleme der Aufnahme», S. 21
- 23 Yael Danieli, «The Heterogeneity of Postwar Adaptation in Families of Holocaust Survivors», in: Randolph L. Braham (Hg.),

- The Psychological Perspectives of the Holocaust and of Its Aftermath (Boulder: East European Quarterly, 1988), S. 109 ff
- 24 Aussage von Sammy Levi, Hebräische Universität, Institut für Jüdische Zeitgeschichte, AMD, 14 (4), S. 25
- 25 Eliahu Dobkin im ZK der Mapai, 29. April 1946, AAP, 23/46
- 26 Jachil, «Mission», S. 7–40, 135, 140, 174
- 27 David Schaltiel im ZK der Mapai, 11. Sept. 1945, AAP, 24/45
- 28 Zeev Iserson im ZK der Mapai, 22.–23. Juli 1949, AAP, 24/49; über die «natürliche Selektion» im Holocaust vgl. auch Eliahu Dobkin, Einwanderung und Errettung in den Jahren des Holocaust, Reuven Mass, 1946, S. 114
- 30 Arieh Gelblum, «Grundlegende Probleme der Eingliederung von Immigranten», Haarez, 28. Sept. 1945, S. 3
- 31 Jachil, «Mission», S. 11
- 32 Aussage Aliav, S. 55
- 33 BGT, 20. Okt. 1945; 26. Okt. 1945; David Ben Gurion vor der EJA, 21. Nov. 1945, ZZA
- 34 Ben Gurion vor der EJA, 24. Febr. 1946, ZZA
- 35 Eliahu Dobkin vor der EJA, 21. Sept. 1944, ZZA; Schaul Meirov Avigur vor dem Parteivorstand der Mapai, 24. Dez. 1944, AAP, 24/4
- 36 Aharon Hoter-Jishai in Bauer, Briha, S. 102
- 37 Jehiam Weitz, «Positionen und Ansätze der Mapai im Hinblick auf den Holocaust der europäischen Juden 1939–1945», Dissertation, Hebräische Universität, Jerusalem 1988, S. 58
- 38 Eliahu Golomb im PK der Mapai, 26. Jan. 1944, AAP, 24/44; Pinchas Lubianiker im EK der Histadrut, 5. Sept. 1945, AA; zum «Großen Holocaust» vgl. auch Jonah Kosoi im ZK der Mapai, 14. Aug. 1945, AAP, 23/45
- 39 David Ben Gurion vor der EJA, 24. Febr. 1946, ZZA
- 40 Schaul Meirov Avigur vor dem Parteivorstand der Mapai, 3. Mai 1943, AAP, 24/43; sowie Weitz, «Positionen und Ansätze», S. 56 ff
- 41 Dobkin, Einwanderung, S. 61 ff
- 42 David Ben Gurion vor der EJA, 11. Febr. 1945, ZZA; Weitz, Positionen und Ansätze», S. 139 ff
- 43 Eliahu Dobkin vor dem Vorstand der Mapai, 24. Nov. 1942, AAP, 24/42
- 44 David Ben Gurion im ZK der Mapai, 24. Febr. 1943, AAP, 23/43

- 45 Mosche Schapira vor der EJA, 20. Juni 1944; Jaakov Zerubavel vor der EJA, 2. Nov. 1948, ZZA
46 Elieser Kaplan vor der EJA, 19. Aug. 1949, ZZA
47 Jitzchak Refael vor der EJA, 19. Aug. 1949, ZZA

7. *«Eine gewisse Distanz»*

- 1 Joav Gelber, Die Geschichte der Freiwilligen, Jerusalem 1988, 111:357
- 2 «Die jüdische Diaspora im Jahr 1946», Vortrag von Leib Levite vor dem Vorstand der zionistischen Achdut-Haavoda-Partei, Dawar, 4. Febr. 1947, S. 2
- 3 Eliahu Dobkin vor der EJA, 30. April 1946, ZZA
- 4 Jehuda Bauer, Die Briha, Tel Aviv 1974, S. 82ff; Irit Keinan, «Der Rest: Olim oder Immigranten?», Lyunim 1 (1991), S. 343 ff; Tad Szluc, The Secret Alliance: The Extraordinary Story of the Rescue of the Jews Since World War II, New York 1991
- 5 Arieh Pialkov (Hg.), Seminar über Jehuda Bauers «Die Briha», Tel Aviv 1975, S. 61
- 6 Bauer, Briha, S. 122
- 7 Chaim Jachil, «Die Mission zu den Überlebenden und ihre Aktionen, 1945-1949», Jalkut Moreshet 30 und 31 (Nov. 1980 und April 1981) S. 36
- 8 Gelber, Geschichte der Freiwilligen, III: 534
- 9 Aussage von Elieser Lidowsky, Hebräische Universität, Institut für Jüdische Zeitgeschichte, AMD 62 (4)
- 10 Aussage von Dov Gur (Robert Grossman), Hagana-Archiv, 2302
- 11 Karmi Ptael (Hg.) Die Doppelgänger (Jerusalem 1990); Gelber, Geschichte der Freiwilligen, 111:666
- 12 Aussage Aliav, S. 34
- 13 Jachil, «Mission», S. 169
- 14 Ebenda
- 15 Eliahu Dobkin vor der EJA, 21. Sept. 1944; David Ben Gurion in der EJA, 17. Dez. 1944; Ben Gurion und Nahum Goldmann in der EJA, 27. Okt. 1944, ZZA; BGT, 1. Nov. 1945
- 16 Aviva Halamisch, Exodus: Die wahre Geschichte, Tel Aviv 1990, S. 69 ff
- 17 David Ben Gurion in der EJA, 21. Nov. 1945; ZZA

- 18 Natan Alterman, «Die Nation und ihre Agenten», Die siebte Spalte, Tel Aviv 1977, I:85
- 19 Golda Meir, Mein Leben, Hamburg 1975, S. 209; Halamisch, Exodus
- 20 Aviva Halamisch, «Haapala; Werte, Mythos und Wirklichkeit», in: Nurit Gretz (Hg.), Ausblick, Tel Aviv 1988, S. 93; vgl. auch Anita Shapira (Hg.), Haapala: Ein Sammelband zur Geschichte der Errettung, der Briha, der Haapala und des «Rests», Tel Aviv 1990
- 21 Idit Zertal, «Verlorene Seelen: Maapilim und Mossad Lealija Bet in Kampf um die Staatsgründung und danach», Hazionut 14 (Aug. 1989), S. 107 ff
- 22 Schaul Avigur, Jeschajahu Trachtenberg (Schaike Dan) und David Ben Gurion im Mapai-Sekretariat, 9. Dez. 1947, AAP, 24/47; Gedalia Jogeve (Hg.), Staat und diplomatische Dokumente, Dez. 1947 – Mai 1948, Jerusalem 1980, S. 19; Zeev Venja Hadari, Flüchtlinge, Niederlage und das Empire, Tel Aviv, S. 195 ff
- 23 Eliahu Dobkin vor dem ZK der Mapai, 29. April 1946, AAP 23/46
- 24 Weitz, Positionen und Ansätze, S. 177 ff
- 25 Jehiel Duvdevani vor dem Mapai-Sekretariat, 15. Jan. 1946, AAP, 24/46
- 26 Pinchas Lubianiker (ein Telegramm von Mordechai Oren zitierend) vor dem EK der Histadrut, 5. Sept. 1945, AA; David Ben Gurion an seine Frau (dem Tagebuch beigelegt), 9. Febr 1946.
- 27 Lubianiker vor dem Mapai-Sekretariat, 27. Aug. 1946, AAP, 24/46
- 28 Golda Meir vor der EJA, 28. Juli 1947, ZZA
- 29 Jachil, «Mission», S. 156 ff; Aussage Levi, S. 27 ff; «Warum wurde Eitan Avidov getötet?», Koteret Raschit 164 (21. Jan. 1986), S. 9
- 30 Zeev Mankowitz, «Ideologie und Politik des «Rests» in der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland 1945–1946», Dissertation, Hebräische Universität 1987; David Schaari, Die Deportation nach Zypern, 1946–1949, Jerusalem 1981, S. 274 ff; Nahum Bogner, Die Insel der Deportierten, Tel Aviv 1991
- 31 Jachil, «Mission», S. 21, 40
- 32 Schaari, S. 274 ff
- 33 Jachil, «Mission», S. 175

8. «Sechs Millionen Deutsche»

- 1 Jehuda Bauer, Die Briha, Tel Aviv 1974, S. 16
- 2 Aussage von Abba Kovner, Hebräische Universität, Institut für Jüdische Zeitgeschichte, AMD 2 (4) A; vgl. auch Levi Arie Sarid, «Rache: Geschichte, Erscheinungsform und Umsetzung», Jalkut Moreschet 32 (April 1992), S. 35 ff
- 3 Eliahu Dobkin vor dem Histadrut-Sekretariat, 11. Okt. 1944, S. 8, AA, 24/44; vgl. auch Dobkin, Einwanderung, S. 114
- 4 Unveröffentlichte Studie von Absolventen der Alijat Hanoar. Ich danke Professor Reuven Feurstein, Dr. Yaakov Rand und Ms. Ada Oz vom Hadassah-WIZO Canada Research Institute (gegründet von Aliyat Hanoar) dafür, dass sie mir die Ergebnisse dieser Studie freundlicherweise zur Verfügung gestellt haben
- 5 Zivia Lubetkin, Die Letzten auf der Mauer, Äusserungen auf dem 15. Kongress von Hakkibbutz Hameuchad im Kibbutz Jagur, (8. Juni 1946), Tel Aviv 1947, S. 46
- 6 Aussage von Jizchak Avidov (ehemals Pascha Reichman), Hebräische Universität, Institut für Jüdische Zeitgeschichte, AMD, 160 (4)
- 7 Aussage von Abba Kovner, Moreschet-Archiv, 1062 A, S. 46; Aussage Avidov
- 8 Aussage Avidov
- 9 Aussage Kovner, Hebräische Universität
- 10 Abba Kovner vor dem ZK der Histadrut, 19. Aug. 1945, AA
- 11 Meir Jaari an Jehuda Tubin, 24. Juli 1945; Brief aus London, 21. Aug. 1945, Jaari-Archiv, Haschomer Hazair-Archiv, B-2 (5a); Jaari-Archiv, B-2 (5); Anita Shapira, «Die Begegnung des Jischuw mit dem ‚Rest‘», Entlang des Horizonts, Tel Aviv 1989, S. 325 ff; Anita Shapira, «Die Begegnung des Jischuw mit dem ‚Rest‘», in: Gutman und Drechsler, Sheerit Hapletah, S. 71 ff; vgl. auch Meir Jaakovs Erwiderung «Unsinn und Lügen», Koteret Raschit 151 (23. Okt. 1985), S. 24; Aussage Kovner, Moreschet-Archiv
- 12 Aussage Kovner, Hebräische Universität, Moreschet-Archiv, und Haapala-Projekt der Universität Tel Aviv. Interne Telegramme über seine Verhaftung: an «Artzi» von «Sidney», 18. Dez. 1945; an «Kasuto» von «Artzi», 25. Dez. 1945; an «Ben-Yehuda» von «Kasuto»,

25. Dez. 1945, alle im Hagana-Archiv, 14/175; «Yaakobi» an «Haverim», 8. Jan. 1946, Hagana-Archiv, 100/14. Vgl. auch Joav Gelber, *Geschichte der Freiwilligen*, Jerusalem 1988, III, 639; Zeev Mankowitz, «Ideologie und Politik des ‚Rests‘ in der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland 1945-1946», Diss. Hebräische Universität, 1987, S. 331; Mordechai Naor, Laskov, Tel Aviv 1988, S. 148; Michael Bar-Zohar, *Die Rächer*, Tel Aviv 1969, S. 47 ff; Michael Elkins, *Forged in Fury*, New York 1971, S. 235 ff; *Chronologien 1945*, Weizmann-Archiv
- 13 Aussage Avidov
- 14 Zvika Dror, «Schmerz und Schreie», *Dawar*, 15. Juni 1990, S. 19; vgl. auch Jizchak (Antek) Zuckerman, *Jene sieben Jahre*, Tel Aviv 1990, S. 530ff
- 15 «Poison Bread Fells 1900 German Captives in U. S. Prison Camp Near Nuremberg», *New York Times*, 20. April 1946, 8. 6; «Prison Plot Toll of Nazis at 2283», *New York Times*, 23. April 1946, S. 9
- 16 Aussage Kovner, Hebräische Universität
- 17 Ebenda, s. auch Levi Arieih Sarid, «Kovner antwortet seinen Herausforderern», *Jalkut Moreschet* 47 (Nov. 1989), S. 7ff
- 18 Aussage Avidov
- 19 Aussage von Michael Ben-Gal, Hebräische Universität, Institut für Jüdische Zeitgeschichte, *AMD*, 95 (4); Gelber, *Geschichte der Freiwilligen*, III:432
- 20 Hanoah Bartov, *Pusteln*, Tel Aviv 1965, S. 47
- 21 Undatiertes Manuskript über die Zukunft der Brigade, *ZZA*, S/25 6064
- 22 Gelber, *Geschichte der Freiwilligen*, III: 306 ff
- 23 Aussage von Dov Gur (früher Robert Grossman), Hagana-Archiv, 2302
- 24 Jisrael Karmi, *Der Weg der Kämpfer*, Tel Aviv 1966, S. 166
- 25 Ebenda
- 26 Aussage von Shalom Giladi, Hagana-Archiv, 3947 (wie publiziert in *Haolam Hazeh*, 29. März 1961)
- 27 Aussage Kovner, Hebräische Universität
- 28 Aussage Ben-Gal
- 29 Aussage von Chaim Laskov, Hagana-Archiv, 4357
- 30 Zitiert von Arieih Preiss, «Die Reaktionen der Untergrundbewegungen in Palästina auf die Vernichtung der europäischen Juden», *Masua* 8 (April 1980), S. 56

- 31 Unsigniertes Gedicht, Haarez, 30. Nov. 1942, S. 1; Natan Gurdus, «Die Welt soll aufschreien!», Haarez, 26. Nov. 1942, S. 1; ähnlich in Haboker, 2. Dez. 1942, S. 1; Schlomo Z. Schragai, «Das Verlangen nach Rache», Hazofeh, 9. Juni 1942, S. 2
- 32 Aufruf des ZK des Schriftstellerverbandes, Dawar, 26. Nov. 1942, S. 1
- 33 Zitiert in Preiss, «Reaktionen», S. 71
- 34 Apolinari Hartglass, «Reaktionen und Rettungsmassnahmen», Haolam, 27. Dez. 1942, S. 1; Mosche Kleinman, «Das Problem der Rache», Haolam, 31. Dez. 1942, S. 1; Brief von M. A. Bodley, ebenda, S. 3
- 35 P. Heilprin, «Es wird keine Rache geben», Dawar, 18. Juni 1942, S.2
- 36 Unsignierter Leitartikel, «Zerstörung», Haarez, 24. Nov. 1942, S. 2
- 37 Unsignierte Notiz, Mischmar, 24. Okt. 1943, S. 4; siehe auch Schlomo Ginzberg, «Frieden ohne Rache», Mosnaim 16 (1943), S. 273 ff, Erwiderung: «Über das Vergeben» (unsigniert), Haboker, 1. Sept. 1943, S. 2; Asriel Karlebach, «Mein ist die Rache, und ich will vergelten, spricht der Herr», Hazofeh, 16. Jan. 1942, S.2
- 38 Zitiert in Sarid, «Rache», S. 79
- 39 Meir Argov, 30. Juni 1959, KP, XXVII:2395
- 40 Menachem Begin, 16. März 1965, KP, XLII:1544

9. *«Eine Barriere aus Blut und Schweigen»*

- 1 Mosche Sikron, Die Einwanderung nach Israel von 1948-1953, Jerusalem 1957, S. 16
- 2 Hannah Turuk Jablonka, Die Probleme der Eingliederung und Integration des ‚Rests‘ in die frühe israelische Gesellschaft: 29. November 1947 bis Ende 1949, Dissertation an der Hebräischen Universität 1990, S. 13
- 3 Smadar Golan, «Die Geschichte von Michael Gilad», Koteret Raschit 204 (29. Oktober 1986), S. 24ff; Tom Segev, «Der 82. Schlag», Haarez, 20. Nov. 1987, S. B 5
- 4 Jaakov Kurtz, Das Buch der Zeugen, Tel Aviv 1943, S. 6

- 5 Aussage von Miriam Akavia auf Videoband (Material für den Film «Rückkehr ins Leben»); aufbewahrt im Diaspora-Museum und zitiert mit freundlicher Genehmigung des Museums und der Befragten. Diese Aussage enthält die meisten Elemente, die auch zahllose andere Aussagen kennzeichnen, die in Archiven wie Yad Vashem, Moreschet und anderswo erhalten sind. Siehe auch Zvika Dror (Hg.): Seiten der Erinnerung: Neunundsechzig Mitglieder des Kibbuz Lochamei Hagetaot erzählen ihre Geschichte, (Kibbuz Lochamei Hagetaot: Katznelson-Museum der Ghettokämpfer 1984)
- 6 «Dramatische Begegnung zwischen einer Mutter und ihrem Soldatensohn», Maariv, 9. Febr. 1949, S. 4
- 7 Jablonka, «Eingliederung», S. 29
- 8 Rozka Korczak im Exekutivkomitee des Kibbuz Haarzi, 3. Jan. 1945, Moreschet-Archiv, A.990
- 9 Ada Fishman vor dem Mapai-Komitee für Immigration und Eingliederung, April 1948, S. 26ff, AAP 7/24/48; Chaim Jachil, «Die Mission zu den Überlebenden und ihre Aktionen, 1945-1949», Jalkut Moreschet 30 und 31 (Nov. 1980 und April 1981), S. 31; Jehiel Duvdevani im Mapai-Sekretariat, 15. Jan. 1946, AAP 24/46
- 10 Elie Wiesel, «Fragen, die unbeantwortet bleiben», Abhandlungen der Holocaust-Forschung, Sammlung 7, S. 4, Universität Haifa 1989
- 11 Eliahu Dobkin vor dem ZK der Mapai, 29. April 1946, AAP, 23/46
- 12 Aussage von Hanche Scheich, Moreschet-Archiv, A 964
- 13 S. Davidson, «Holocaust-Überlebende und ihre Familien: ein klinisch-psychotherapeutisches Experiment», Rofeh Hamischpacha 10 (Aug. 1981), S. 313 ff; Yael Danieli, «The Heterogeneity of Postwar Adaptation in Families of Holocaust Survivors», in: Randolph L. Brahm (Hg.), The Psychological Perspectives of the Holocaust and of Its Aftermath (Boulder 1988), S. 109 ff
- 14 Zivia Lubetkin, Die Letzten auf der Mauer – Bemerkungen auf der 15. Jahrestagung der Hakkibbuz Hameuchad im Kibbuz Jagur, 8. Juni 1946 (Tel Aviv 1947), S. 5
- 15 Generalstaatsanwalt an Justizminister, 28. Aug. 1949, NA, MPA, 5437/19
- 16 Jablonka, «Eingliederung», S. 284

- 17 Die Abteilung für die Belange der Einwanderer (Histadrut) an die Einwanderungsabteilung der Mapai, 25. Jan. 1945, AA, IV 2351-2061; Ada Fishman in der Mapai-Zentrale, 8. April 1947, AAP, 25/47; David Remez, Schaul Avigur und David Ben Gurion in der Mapai-Zentrale, 12. Febr. 1945, AAP, 25/45; Giora Josephthal im ZK der Mapai, 14. Dez. 1948, AAP 23 /48
- 18 Heschel Frumkin im ZK der Mapai, 9. Aug. 1948, AAP, 23/48
- 19 Schaul Avigur im Mapai-Sekretariat, 22. April 1949, AAP 24/49; Giora Josephthal im Mapai-Sekretariat, 22. April 1949, AAP, 24/49; Jablonka, «Eingliederung», S. 36
- 20 Tom Segev, 1949: *The First Israelis*, New York 1986, S. 68 ff
- 21 Giora Josephthal im ZK der Mapai, 14. Dez. 1948, AAP, 23 /48
- 22 Eliahu Dobkin und Salman Aharonowitz im ZK der Mapai, 22. April 1949, AAP, 24/49; Schaul Avigur und David Ben Gurion in der Mapai-Zentrale, 12. Febr. 1945, AAP, 23/45; Ben Gurion im Mapai-Sekretariat, 22. April 1949, AAP, 24/49; Ben Gurion an Dr. Sofer, 5. Febr. 1948, BGA, Korrespondenz; vgl. auch Ben Gurion im Zionistischen Exekutivrat, 22. Aug. 1948, ZZA, S/5 523
- 23 Arie Gelblum, «Grundlegende Probleme», Haarez, 28. Sept. 1945, S. 3
- 24 Golda Meir im Exekutivkomitee der Histadrut, 29. April 1945, AA
- 25 Akte Regina Fertig Hitter, ZZA, S/6 242,1/4
- 26 Jizchak Salant an Chaim Rokach (undatiert), AAP, 10-1-5
- 27 Mapai Haifa an Rokach, 26. Sept. 1948; Einwanderungsabteilung an Avramowitz, 21. Dez. 1948, AAP, 10-1-2
- 28 B. A. an Karmi, 21. Mai 1946, AA, 208IV4298
- 29 Einwanderungsabteilung an Aktivistenkomitee, 5. Jan. 1950; Einwanderungsabteilung an Mitgliederkomitee, 8. März 1950, AAP, 10-1-3
- 30 Emanuel Gutman, Ergebnisse der Wahlen zur Ersten, Zweiten und Dritten Knesset sowie der Kommunalwahlen 1950 und 1955, Jerusalem 1957; Ascher Zidon, *Das Haus der Abgeordneten*, Jerusalem 1965, S. 382ff
- 31 Recha Freier, *Verwurzelt: Die Gründung der Alijat Hanoar und ihre ersten Jahre*, Jerusalem, o. D., S. 16; Tom Segev, «Eine Frau voll Liebe und Hass», Haarez (Wochenendbeilage), 19. Dez. 1980, S. 12ff

- 32 Jablonka, «Eingliederung», S. 190
- 33 Freier, Verwurzelt, S. 10
- 34 Alijat-Hanoar-Privatakte 14424. Die privaten Akten der Alijat-Hanoar-Schützlinge sind erhalten, für Forschungszwecke jedoch nicht zugänglich. Der folgende Abschnitt basiert auf Hunderten dieser Akten, in die mir das Hadassah-WIZO Canada Research Institute grosszügigerweise Einblick gewährte
- 35 Alij at Hanoar PA 15 209
- 36 Alijat Hanoar PA 11698
- 37 Zitiert von Chaim Schatzkar, «Alijat Hanoar und ihre Beteiligung an der Errettung, Aufnahme und Wiedereingliederung von jungen Holocaust-Flüchtlingen», in: Jisrael Gutman und Adira Drechsler (Hg.), Sheerit Hapletah, 1947-48, Jerusalem 1990, S. 331 ff
- 38 Ben-Zion Tomer, Rot und Weiss und Orangenduft, Jerusalem 1971, S. 287
- 39 Ebenda
- 40 Briefe zu Fragen der Koedukation, Ein Harod, Juli 1943, ZZA, S/751866
- 41 Reuven Feurstein, Yaakov Rand, Ada Oz, Unveröffentlichte Studie des Hadassah-WIZO Canada Research Institute über die Alijat Hanoar
- 42 Alijat Hanoar PA 25965; 8918; 11299; 7336
- 43 Alijat Hanoar PA 18105
- 44 Alijat Hanoar PA4004; 1958; 14315; 19634
- 45 Michael Tel Zur, Alim, Aug.-Okt. 1947, S. 30, zitiert in Schatzkar, «Alijat Hanoar»
- 46 Ebenda
- 47 Zeev Hever, «Kinder erzählen ihre Geschichte», Dawar, 22. Okt. 1943, S. 2
- 48 Alijat Hanoar PA 8797
- 49 Jizchak Pessach an Dr. A. Simonzon, 15. Dez. 1949, Alijat Hanoar PA 19634
- 50 Feurstein u.a.
- 51 Alijat Hanoar PA 11719; 1950; 3957
- 52 Giwat Brenner an die Histadruth, 20. April 1945, AA, IV 221-2- 517
- 53 Zeev Iserson u.a. in der Mapai-Zentrale, 16. März 1948, AAP, 25/48

- 54 Avraham Harzfeld und Schmuel Dajan im ZK der Mapai, 30. Nov. 1948, AAP, 23/48; Einwanderungsabteilung der Histadrut in Haifa an die Verwaltung in Tel Aviv, 18. Nov. 1946, AA, 208 IV 4298
- 55 Schlußfolgerungen eines Ausschusses, der die Möglichkeit überprüfte, die Immigranten in Brigaden und Gruppen zu organisieren, NA, MPA, 1/160; Institut für Meinungsforschung des Staates Israel, «Die öffentliche Meinung zum Ausmaß der Einwanderung», Okt. 1949, S. 12
- 56 «4000 Immigranten und die Eingliederung der Hunderttausend», Haarez, 18. Juni 1946, S. 12
- 57 Eliahu Dobkin im ZK der Mapai, 23. Okt. 1945, AAP, 23/45; Schaar Haamakim an das Histadrut-Einwanderungszentrum, 24. Juni 1944, AA, IV 211-2-531; Kwuza Uscha an das Einwanderungszentrum, 25. Juli 1944; Kibbutz Elon an Jewish Agency, 25. Sept. 1944, etc., AA, IV 211-2-525
- 58 Ajelet Haschachar an die Einwanderungsabteilung der Jewish Agency, 24. Okt. 1945; Uscha an Einwanderungszentrum, 16. Nov. 1943, 26. Juli 1944; Elon an Jewish Agency, 25. Sept. 1944, AA, IV 211-2-515
- 59 Kwuza Schiller an Histadrut-Einwanderungszentrum, 12. Sept. 1944, AA, IV 211-2-531; Afikim an Jewish Agency, 27. Sept. 1945; Chaim Rokach an Uscha, 27. Okt. 1943, Uscha an Rokach, 16. Nov. 1943, AA, IV 211-2-515
- 60 Malka Schlein an Rokach, 22. Febr. 1951, AAP, 10-1-4
- 61 Levi Eschkol an EJA, 19. Juni 1949, ZZA
- 62 Jablonka, «Eingliederung», S. 180
- 63 Eliahu Dobkin im ZK der Mapai, 23. Okt. 1945, AAP, 23/45
- 64 Aussage von Joel Peles (Florsheim), Moreschet-Archiv, A 972
- 65 Hillel Klein, «Families of Holocaust Survivors in the Kibbutz: Psychological Studies», International Psychiatry Clinics 8 (1971), S. 67 ff
- 66 Jablonka, «Eingliederung», S. 141, 161, 169, 183
- 67 Ebenda, S. 141
- 68 Ebenda, S. 67
- 69 David Ben Gurion an Zeev Schind, 18. März 1948, in: Gerschon Rivlin und Elhanan Oren (Hg.), Kriegstagebuch, Tel Aviv 1982, I:302; Dov Yosef im EJA, 11. Jan. 1948, ZZA; Mossad Israel an Mossad Ausland, 30. März 1948, ZZA, S/6 5067

- 70 Jablonka, «Eingliederung», S. 74
- 71 Ebenda, S. 83
- 72 Ebenda, S. 64. Vgl. auch Emanuel Sivan, *Die Generation von '48: Mythos, Profil und Erinnerung*, Tel Aviv 1991, S. 73 ff
- 73 Jablonka, «Eingliederung», S. 74; BGT, 14. Juni 1948
- 74 Chaim Guri, *Bis zur Morgendämmerung*, Tel Aviv 1950
- 75 Gabi Daniel (Benjamin Haroschowsky-Harschav), «Peter der Große», *Igra* 2 (1986), S. 199; Sivan, *Generation von '48*, S. 73 ff
- 76 Jablonka, «Eingliederung», S. 104
- 77 Ebenda, S. 113
- 78 Eliahu Dobkin im ZK der Mapai, 2. Mai 1942, AAP, 23/42; David Ben Gurion im Mapai-ZK, 22. April 1949, AAP, 24/49
- 79 Nach Aussagen des Films «Wolkenbruch» von Orna Ben-Dor-Niv und Dafina Kaplanski, der im Juni 1989 zum ersten Mal im israelischen Fernsehen ausgestrahlt wurde
- 80 Schriftstellertreffen auf Einladung des Ministerpräsidenten am 27. März 1949 (Jerusalem 1949), vgl. Anita Shapira, *Land und Macht*, Tel Aviv 1992
- 81 Gelblum, «Grundlegende Probleme»
- 82 Aharon Appelfeld, *Geblendet vom Licht*, Tel Aviv 1980, S. 61; *Zror Michtawim* 7, Nr. 6 (169) 131, 22. Jan. 1943, S. 143
- 83 Die sechste Jahrestagung der Histadrut, Tel Aviv 1945, S. 302; vgl. auch Jehuda Tubin u. a. (Hg.), *Rozka*, Tel Aviv 1988, S. 213; Dina Porat, «Rozka Korczak und der Jischuw», *Jalkut More-schet*, April 1992, S. 9 ff
- 84 Mosche Smilansky, «Lektion», *Haarez*, 10. Mai 1945, S. 2
- 85 Avraham Schlonsky, «Omen», *Gedichte* (Tel Aviv 1971), IV.72
- 86 Jachil, «Die Mission», S. 174
- 87 Chaim Baltzan, «Die Juden unter den Kriegsverbrechern», *Haarez*, 3. Juni 1945, S. 2
- 88 Aussage Aliav, BGA, S. 57
- 89 Aussage Dov Schilansky, *Jabotinsky-Institut*, 6/29/18
- 90 Shapira, *Entlang des Horizonts*, S. 328 ff; auch Yosef Bankover im EK der Histadrut, 5. Sept. 1945, AA
- 91 Tom Segev, «Hättet ihr nur einen Boten geschickt», *Koteret Raschit* 63 (15. Febr. 1984, S. 14 ff)
- 92 Joel Paldi, «Ein großer Wind weht», Tel Aviv 1978, S. 243
- 93 Yad-Vashem-Sekretariat 26; Tom Segev, «Der Seifenmythos», *Koteret Raschit* 205, 5. Nov. 1986, S. 11; «Ungeheuerlicher Ver-

- dacht bestätigt: Seife aus Juden», Haarez, 26. Dez. 1945, S. 2; Uzi Benziman, «Der Gute, der Böse und der Häßliche», Haarez, 23. Juni 1989, S. B3; Uri Zwi Greenberg, 23. Jan. 1950; KP, IV:593; Mosche Sharett, 13. März 1951, KP, VIII:1322; Menachem Begin, 2. April 1951, KP, VIII:1548; Arie Ben-Elieser, 10. Aug. 1951, KP, X:242; Yoram Kaniuk, Adam Hundesohn, München 1989; Ruth Firer, Agenten der Lehre, Tel Aviv 1989, S. 27 ff, S. 53
- 94 Mosche Sharett im Sekretariat des Histadrut-EK, 29. April 1943, AA. Vgl. auch Anita Shapira, Land und Macht, Tel Aviv 1992, S. 451 ff
- 95 Jablonka, «Eingliederung», S. 187
- 96 Aviva Halamisch, «Haapala: Werte, Mythos und Realität», in: Nurit Gretz (Hg.), Ausblick, Tel Aviv 1988, S. 88; Idit Zertal, «Verlorene Seelen: die Maapilim und Mossad Lealija Bet im Kampf um die Staatsgründung und danach», Hazionut 14 (Aug. 1989), S. 107 ff
- 97 «In die Zukunft», Rede vor einer Versammlung von Schriftstellern, Juni 1943, Jizchak Gruenbaum, In den Tagen der Zerstörung und des Holocaust, Tel Aviv 1946, S. 127
- 98 Chaim Baltzan, «Wie Gischt auf dem Wasser», Haarez, 31. Jan. 1947, S. 2
- 99 David Remez im EK der Histadrut, 26. Mai 1943, AA
- 100 Elieser Kaplan vor der EJA, 20. Juni 1944, ZZA
- 101 Ada Fishman im EK der Histadrut, 23. Jan. 1946, AA
- 102 S. Eisenberg vor der EJA, 9. Okt. 1949, ZZA

10. «Noch mehr moralische Argumente»

- 1 Menachem Bader und David Ben Gurion, 28. Nov. 1951, KP, X:942
- 2 Mordechai Nurok, 29. Juni 1949, KP, I:867
- 3 Jermiah Jafeh an Ben Gurion, undatiert, NA, AM, 2418/15
- 4 Ora Schem-Or, «Kein Deutscher soll Tel Aviv betreten!», Jedit Acharonot, 4. Sept. 1949, S. 1
- 5 Gerschom Schocken, «Wir und die Deutschen», Haarez, 2. Sept. 1949, S. 2

- 6 Walter Eitan an Mosche Shapira, undatiert (auf der Basis einer Besprechung vom 15. Dez. 1949), NA, AM, 2539/1; Presseerklärung des Presseamts der Regierung, 28. Dez. 1949, NA, AM 2413/2
- 7 Leiter der Rechtsabteilung an den Staatssekretär, 10. Jan. 1950, NA, AM, 2413/2
- 8 Gerschon Avner an Daniel Levin, 27. Nov. 1949, in: Jemima Rosental (Hg.), *Dokumente zur Außenpolitik Israels Mai–Dezember 1949*, Jerusalem 1986, IV:650
- 9 Der Außenhandelsausschuß an den Finanzminister und den Außenminister, 14. Sept. 1949, NA, AM, 2413/2
- 10 Michael Bar-Zohar, Ben Gurion, Tel Aviv 1978, II:912; III:1320
- 11 Walter Eitan an die israelischen Delegationen im Ausland, 31. Aug. 1950, NA, AM, 2413/2
- 12 Mosche Sharett an das ZK der Mapai, 21. April 1952, AAP, 23/52
- 13 Zusammenfassung des Treffens vom 22. Dezember 1949, NA, AM, 2413/2; vgl. auch Yeshayahu A. Jelinek, «Like a Oasis in the Desert: The Israeli Consulate in Munich», in *Studies in Zionism*, Tel Aviv 1988, S. 81 ff
- 14 Eliahu Livneh an die Konsularabteilung im Außenministerium, 20. Sept. 1950, und Gerschon Avner an Livneh, 28. Sept. 1950, NA, AM, 2539/1
- 15 Jeschajahu Förder und Mosche Shapira, 1. Jan. 1951, KP, VII:617
- 16 Jehoschua Freundlich (Hg.), *Dokumente zur Außenpolitik Israels*, Bd. V, 1950, Jerusalem 1988, S. 609
- 17 Schlomo Ginossar an Gerschon Avner, 2. Nov. 1950, *ibid.*, V:617
- 18 Mordechai Kidron an Walter Eitan, 9. Jan. 1950, NA, AM, 2413/2
- 19 Gideon Rafael an Abba Eban, 19. Febr. 1951, NA, AM, 2413/2
- 20 Eljaschiv Ben-Horin an Gerschon Avner, 6. Nov. 1950, in: Freundlich, *Dokumente*, V:629; und Ben-Horin an Avner, 6. Nov. 1950, NA, AM, 2539/1 (I)
- 21 Michael Amir an die Westeuropa-Abteilung, 13. Nov. 1950, in: Freundlich, *Dokumente*, V:650; Schlomo Ginossar an Avner, 2. Nov. 1950, *ibid.* V:617; vgl. auch die Meinung des israelischen Konsuls in München, *ibid.*, V:666
- 22 Walter Eitan an Amir, 22. Nov. 1950, NA, AM, 2413/2

- 23 Michael Brecher, *Decisions in Israel's Foreign Policy* London 1974; Jehudit Auerbach, «Israel – Deutschland 1950-1965 – Entscheidungen und Wandlungen der Aussenpolitik», Dissertation an der hebräischen Universität Jerusalem, 1980; Jizchak Gilad, «Die öffentliche Meinung in Israel zu den deutsch-israelischen Beziehungen, 1949-1965», Dissertation an der Universität Tel Aviv, 1984; Ludolf Herbst und Constantin Goshler (Hg.), *Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland*, München 1989
- 24 Nana Sagi, *German Reparations: A History of the Negotiations*, Jerusalem 1980, S. 7ff (dt.: *Wiedergutmachung für Israel. Die deutschen Zahlungen und Leistungen*, Stuttgart 1981); Yeshayahu A. Jelinek, «Israel und die Anfänge des Shilumim», in: Herbst und Goshler, *Wiedergutmachung*, S. 119ff
- 25 Memo von Paul März, 17. März 1943, ZZA, S/255188; andere Memos zur Frage der Reparationen (von 1941 an) vgl. S/261325; S/255188; S/90526; S/90527
- 26 Israel Ministry of Foreign Affairs, *Documents Relating to the Agreement between the Government of Israel and the Government of the Federal Republic of Germany*, Jerusalem 1953, S. 9-11
- 27 Sagi, *German Reparations*, S. 36; Chaim Jachil im Mapai-ZK 13. Dez. 1951, AAP, 23/51
- 28 «Martin Buber erläutert seine Gründe für die Annahme des Goethe-Preises der Universität Hamburg», *Haarez*, 31. Dez. 1951; Mordechai Nurok, 19. Dez. 1951, KP, X:717; Chaim Boger, 9. Jan. 1952, KP, X:934 andere Reaktionen vgl. Gerschom Scholem, *Es gibt einen Grund*, Tel Aviv 1982, S. 121 und Brief an den Herausgeber, *Haarez*, 20. Dez. 1951; Martin Buber, *Briefwechsel aus sieben Jahrzehnten*, Heidelberg 1975, HL 308 ff
- 29 Pinchas Rosen, 5. Dez. 1949, KP, III:228ff; Avraham Scheftel und Jonah Kosoi, KP, III: 235
- 30 Walter Eitan an Zeev Scherf, 22. Dez. 1949, NA, AM, 2539/1
- 31 Elieser Kaplan an Mosche Sharett, 21. März 1950, NA, AM 2417/1
- 32 Gerschon Avner an Daniel Levin, 27. Nov. 1949, in: Rosental, *Dokumente*, S. 650
- 33 ZZA, S/ 3570; der Mendelsohn-Bericht liegt auch als NA, AM, 2417/1 vor; vgl. auch Kommentare von Arie Jehuda David vom

- Handelsministerium während einer gemeinsamen Sitzung von EJA und Kabinett, 2. Mai 1950
- 34 Schmucl Tulkowsky an Ernst Ostermann, 27. Okt. 1950; Ostermann an Tulkowsky, 10. Jan. 1951; Mosche Sharett an Gerschon Meiron, 8. März 1951; Meiron an Sharett, 12. März 1951; alle in NA, AM 2417/1
- 35 Sharett an Elieser Kaplan, 2. Juli 1950, NA, AM, 2417/1
- 36 Karl Marx, «Bekanntnis zur Verpflichtung: Interview der Allgemeinen mit Bundeskanzler Dr. Adenauer», Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, 25. Nov. 1949, S. 1 ff
- 37 Schlomo Kadar an Mosche Sharett, 29. Dez. 1950, NA, AM, 2417/1
- 38 Ministry of Foreign Affairs, Documents, S. 13-24, 28-39
- 39 Gerschon Avner an Maurice Fischer, 6. April 1951; Fischer an Avner, 3. Mai 1951, etc., NA, AM, 2543/4; David Horowitz, *Leben im Brennpunkt*, Tel Aviv 1975, S. 89
- 40 Sharett: «Es gab in Paris keine Kontakte mit den Deutschen zur Frage der Entschädigungen», Haarez, 25. Dez. 1951, S. 1
- 41 Horowitz, *Leben*, S. 86ff; Fischer an Avner, 3. Mai 1951, etc., NA, AM, 2543/4
- 42 Deutscher Bundestag, 27. Sept. 1951, Kopie der stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Bundestags, NA, AM, 2543/6; vgl. auch Ministry of Foreign Affairs, Documents, S. 41 ff; Elieser Shinnar, *Bericht eines Beauftragten*, Tübingen 1967, S. 28
- 43 Gerschon Avner an Ester Herlitz, 11.11.1951, NA, AM, 2543/6
- 44 Avner an Walter Eitan, 21. Aug. 1951, NA, AM, 2417/3
- 45 Zwei Entwürfe der Adenauer-Erklärung, NA, AM, 2543/5; ein weiterer Entwurf auf dem Briefpapier eines Wiesbadener Restaurants, NA, AM, 532/8; vgl. auch Kai von Jena, «Versöhnung mit Israel? Die deutsch-israelischen Verhandlungen bis zum Wiedergutmachungsabkommen von 1952», *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 34 (1986), S. 457ff; Rudolf Huhn, «Die Wiedergutmachungsverhandlungen in Wassenaar», in: Herbst und Goschler, *Wiedergutmachung*, S. 141 ff
- 46 Nahum Goldmann an Mosche Sharett, 14. Sept. 1951, ZZA (Nahum Goldmann), Z-6 2345
- 47 Gerschon Avner an Walter Eitan, 21. Aug. 1951, NA, AM, 2417/3

- 48 BGT, 25. Sept. 1951
 49 Walter Eitan an Eliahu Livneh, 24. Sept. 1951, NA, AM, 532/8; vgl. auch Gerschon Avner an Rafael, 25. Sept. 1951, NA, AM, 2417/3
 50 Entwurf der Reaktion mit Kommentar von Walter Eitan, NA, AM, 2417/3
 51 Ministry of Foreign Affairs, Documents, S. 44 ff
 52 «Dr. Adenauers Erklärung», Haarez, 3. Okt. 1951, S. 2
 53 Ministry of Foreign Affairs, Documents, S. 56 ff; vgl. auch Mosche Sharett an Walter Eitan, 20. Nov. 1951, in: Rosental, Documents, S. 821
 54 Nahum Goldmann, Memoiren, Jerusalem 1972, S. 236; vgl. auch Goldmann, Mein Leben als deutscher Jude, 2 Bde., München 1980
 55 Mosche Sharett an das Politkomitee der Mapai, 5. Mai 1954, AAP, 26/52
 56 Yosef Sprinzak im ZK der Mapai, 13. Dez. 1951, AAP, 26/52
 57 Asriel Karlebach, «Amalek», Maariv, 5. Okt. 1951, S. 3
 58 Avraham Scheffel im Mapai-ZK, 13. Dez. 1951, AAP, 23/51
 59 Meir Dworzecki im Mapai-ZK, 13. Dez. 1951, AAP, 23/51
 60 David Ben Gurion im Mapai-ZK, 13. Dez. 1951, AAP, 23/51
 61 Ebenda

II. «Gas gegen Juden»

- 1 BGT, 30. Okt. 1951; David Ben Gurion im ZK der Mapai, 13. Dez. 1951, AAP, 23/51
 2 Natan Alterman, «Drei Anmerkungen zu den Forderungen an Deutschland», Die siebente Spalte (Tel Aviv 1978), III:386; Arieh Gelblum, «Buber zur Frage der Kontakte mit Deutschland», Haarez, 7. Jan. 1952, S. 1
 3 «Meinungsumfrage zur Rückerstattung abgeschlossen», Maariv, 9. Jan. 1952, S. 4; zur Methodik der Umfrage, s. Maariv, 3. Jan. 1952, S. 1, und in der Folgezeit
 4 «Menachem Begin fordert Mitarbeit und Handeln», Cherut, 1. Jan. 1952, S. 1
 5 «Begin bei Massendemonstration am Zionsplatz in Jerusalem», Cherut, 8. Jan. 1952, S. 1
 6 Eric Silver, Begin, London 1984, S. 7

- 7 «Das Blut der Ermordeten wird nicht schweigen», Cherut, 2. Jan. 1952, S. 1
- 8 «Nichts auf der Welt kann Verhandlungen mit dem deutschen Volk von Mördern rechtfertigen», Cherut, 6. Jan. 1952, S. 1
- 9 Plakate z. Thema Reparationen, Jabotinsky-Archiv, 9/8/31 H
- 10 «Nichts auf der Welt»
- 11 Cherut, 4. Jan. 1952, S. 1
- 12 «Wir stehen nicht auf der Seite von Hitlers Erben». Al Hamischmar, 8. Jan. S. 1; vgl. auch Karlebach, «Amalek»
- 13 Cherut, 7. Jan. 1952, S. 1
- 14 Menachem Begin, 7. Jan. 1952, KP, III: 891
- 15 David Ben Gurion, *ibid.*, III: 897
- 16 Elimelech Rimalt, *ibid.*, III:899
- 17 «Begin bei Massendemonstration»
- 18 «Blutige Unruhen des faschistischen Mobs in Jerusalem», Dawar, 8. Jan. 1952, S. 1; «Cherut-Demonstration und Krawalle», Haarez, 8. Jan. 1952, S. 1
- 19 «Begin bei Massendemonstration»
- 20 Menachem Begin, 7. Jan. 1952, KP, X:906
- 21 «Police in 2-Hour Street Battle», The Jerusalem Post, 8. Jan. 1952, S. 1
- 22 Jaakov Hasan, 10. März 1949, KP, L55
- 23 David Ben Gurion im ZK der Mapai, 13. Dez. 1951, AAP, 23/51; vgl. auch Salman Aran, 8. Jan. 1952, KP, X:922
- 24 David Ben Gurion, *Vision und Weg*, Tel Aviv 1953, III: 278
- 25 Yosef Sprinzak u.a., 7. Jan. 1952, KP, X:901 ff
- 26 Schalom Rosenfeld, «Hassausbruch und Krise in Jerusalem», Maariv, 8. Jan. 1952, S. 2
- 27 Johanan Bader, *Die Knesset und ich*, Tel Aviv 1979, S. 2
- 28 Menachem Begin, 7. Jan. 1952, KP, X:905
- 29 BGT, 6. Jan. 1952
- 30 Rosenfeld, «Hassausbruch»; KP, X:905
- 31 Menachem Begin, 7. Jan. 1952, KP, X1906 ff
- 32 S.Svislovsky, «Die Knesset weinte», Jedioth Acharonot, 8. Jan. 1952, S. 2
- 33 BGT, 11. Jan. 1952
- 34 Ben Gurion, *Vision und Weg*, 111:278
- 35 «Ben Gurion für Verbot von Cherut», Jedioth Acharonot, 9. Jan. 1952, S. I

- 36 Telegramme und Briefe von israelischen Bürgern, 7.–13. Jan. 1952, BGA
- 37 Isser Harel, Sicherheit und Demokratie, Tel Aviv 1989, S. 190
- 38 Michael Bar-Zohar, Ben Gurion, Tel Aviv 1978, S. 190
- 39 «Keine Herrschaft der Straße», Haarez, 8. Jan. 1952, S. 2; Asriel Karlebach, «Jetzt ist es genug», Maariv, 8. Jan. 1952, S. 4
- 40 9. Jan. 1952, KP, X:962 ff
- 41 Chaim Landau, 21. Jan. 1952, KP, X:1036; Meir Argov, 9. Jan. 1952, KP, X:944
- 42 Johanan Bader, 17. März 1952, KP, XI:1588
- 43 Arie Ben-Elieser, 8. Okt. 1951, KP, X:242
- 44 Chaim Landau, 21. Febr. 1955, KP, XVII:880
- 45 Landau, 5. Dez. 1949, KP, III:234; Johanan Bader, III:232
- 46 Mosche Sharett, 15. März 1950, KP, VIII:1320ff; vgl. auch Ministry of Foreign Affairs, Documents Relating to the Agreement, S. 20ff; Rolf Vogel (Hg.), Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik, Bd. 1, München 1987, S. 39
- 47 Menachem Begin, 2. April 1951, KP, VIII:1548
- 48 Emanuel Gutman, Wahlergebnisse, S. 5
- 49 Bader, Knesset und ich, S. 49
- 50 Ebenda, S. 50
- 51 Gutman, Wahlergebnisse, S. 4
- 52 Bader, Knesset und ich, S. 54 ff
- 53 Ben Gurion im ZK der Mapai, 13. Dez. 1951, AAP, 23/51
- 54 Bader, Knesset und ich, S. 58, 62
- 55 Menachem Begin, 7. Jan. 1952, KP, X:905

12. «Das Baby fuhr umsonst»

- 1 Sämtliche diplomatischen Dokumente der Verhandlungen mit Deutschland sind im Nationalarchiv in Jerusalem zugänglich. Das Nahum Goldmann-Archiv ist Bestandteil des Zionistischen Zentralarchivs. Konrad Adenauer und Nahum Goldmann berichteten in ihren Memoiren über die Verhandlungen. Auch mehrere israelische und deutsche Verhandlungsteilnehmer haben ihre Lebenserinnerungen veröffentlicht. Eine Chronologie der Ereig-

- nisse, die sich vorwiegend auf veröffentlichtes autobiographisches Material stützt, findet sich in Gilad, *Die öffentliche Meinung in Israel*; eine Schilderung der Verhandlungen vorwiegend aus Sicht der jüdischen Organisationen bieten Nana Sagi, *Wiedergutmachung für Israel – Die deutschen Zahlungen und Leistungen*, und Jehudit Auerbach, *Ben Gurion und die deutsche Wiedergutmachung* (erscheint demnächst). Die deutsche Perspektive wird beschrieben in: Ludolf Herbst und Constantin Goschler (Hg.), *Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland*, München 1989
- 2 Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1953–1955*, Stuttgart 1966, S. 144
 - 3 Shinnar, *Bericht eines Beauftragten*, Tübingen 1967, S. 36
 - 4 Huhn, «Wiedergutmachungsverhandlungen», S. 143
 - 5 Jeschajahu Ben-Porat, *Gespräche*, Tel Aviv 1981, S. 44 ff
 - 6 Ebenda, S. 9 ff
 - 7 Adenauer, *Erinnerungen*, S. 137
 - 8 Ebenda, S. 141
 - 9 NGA, Z-6 1998
 - 10 Eliahu Tabin in einem Tonband-Interview mit dem Autor, 9. Mai 1990; Maurice Fischer an den Außenminister, 6. April 1952, NA; Memorandum von Elieser Dorot, 9. April 1952, NA, AM, 2544/1
 - 11 Elieser Shinnar an Walter Eitan, 23. Dez. 1951, NA, AA, 2417/3; über direkte und indirekte Kontakte zu Ostdeutschland (über die Sowjetunion) vgl. ebenda 2418/3–15, 2544/1 etc
 - 12 Memorandum der Ermittlungsabteilung, 5. Aug. 1952, NA, AA, 2543/9
 - 13 Mosche Zuriel an Nahum Goldmann, 22. Juli 1954, NGA, Z-6 2016
 - 14 Abba Eban an Dean Acheson, 3. April 1952, NGA, Z-6 1985; ebenfalls Acheson an Mosche Sharett, 3. Juni 1952, *ibid.*
 - 15 Jacob Blaustein, *A Dramatic Era in the History of New York*, New York 1966, S. 7 ff
 - 16 Briefentwürfe von John McCloy und Harry S. Truman an Konrad Adenauer, offenbar geschrieben von Nahum Goldmann, NGA, Z-6 2010, siehe auch Goldmann, *Memoirs*, S. 240 ff
 - 17 Maurice Fischer an die israelische Delegation, 4. Juni 1952, NA, AM, 2417/6; über Kleins Mission siehe auch Huhn, *op. cit.* S. 143
 - 18 Shinnar, *Bericht eines Beauftragten*, S. 40 ff

- 19 Nahum Goldmann an Konrad Adenauer, 19. Mai 1952, NGA, Z-6 1998; Goldmann, *Mein Leben als deutscher Jude*, München 1980, S. 407; Adenauer, *Erinnerungen*, S. 146 ff
- 20 Wiedergutmachungsdelegation an den Ministerpräsidenten, 13. Juni 1952, NA, AM, 2417/6
- 21 Ministry of Foreign Affairs, *Documents Relating to the Agreement*, S. 125 ff
- 22 Michael Michaeli, *Außenhandel und Importkapital in Israel*, Tel Aviv 1963, S. 32, 421
- 23 Shinnar, *Bericht eines Beauftragten*, S. 53 ff; Mosche Sharett im Mapai-PK, 5. Sept. 1952, AAP 26/52; und am 26. März 1953
- 24 Shinnar, *Bericht eines Beauftragten*, a. a. O.; Salman Aran im Mapai-ZK, 14. April 1953, AAP, 23/53; Chaim Landau und David Ben Gurion, 3. April 1953, KP, XIII:862 ff
- 25 Dov Schilansky, *In einem hebräischen Gefängnis: Aus dem Tagebuch eines politischen Häftlings*, Tel Aviv 1980, S. 21, 26
- 26 Tom Segev, «Der Zweck heiligt», *Haarez* (Beilage), 26. Febr. 1982, S. 7 ff
- 27 Schilansky, *Hebräisches Gefängnis*, S. 10 ff
- 28 BGT, 17. April 1953
- 29 Gespräch mit dem Autor
- 30 «Kopf der Betar-Bewegung verhaftet», *Maariv*, 7. Sept. 1953, S. 1
- 31 Goldmann, *Memoirs*, S. 250
- 32 David Ben Gurion an Nahum Goldmann, 2. Juli 1952, 17. Sept. 1953, BGA
- 33 Ebenda, 2. Juli 1952
- 34 Bank of Israel, *Reparationen und ihre Auswirkung auf die israelische Wirtschaft*, Jerusalem 1965, S. 65 ff
- 35 Shinnar, *Bericht eines Beauftragten*, S. 76 f
- 36 Hillel Dan, *Auf einer ungepflasterten Straße: Die Geschichte von Solel Boneh*, Tel Aviv 1963, S. 342
- 37 Bank of Israel, *Reparationen*, S. 171 ff
- 38 Michaeli, *Außenhandel*, S. 38 ff
- 39 Bank of Israel, *Reparationen*, S. 111
- 40 Hans Günter Hockerts, «Anwälte der Verfolgten: Die United Restitution Organization», in: Herbst und Goschler, *Wiedergutmachung*, S. 249 ff; Norman Bentwich, *The United Restitution Organization, 1948–1968*, London o. D.

- 41 Die folgenden Zitate sind Zehntausenden von Anträgen entnommen, die im Archiv der United Restitution Organization (URO) in Tel Aviv aufbewahrt werden. Mein Dank gehört Avner Rom, dem inzwischen verstorbenen Leiter dieser Organisation, der mir gestattet hat, die Akten unter der Bedingung zu prüfen, dass ihre Anonymität gewahrt bleibt, um die Privatsphäre der Betroffenen nicht zu verletzen. Mehrere tausend solcher Akten liegen auch im Zentralarchiv für die Geschichte des jüdischen Volkes in Jerusalem und sind noch versiegelt. Vgl. auch Christian Pross, *Wiedergutmachung: Der Kleinkrieg gegen die Opfer*, Frankfurt 1988
- 42 Yosef Falk an Walter Eitan, 9. Jan. 1956; Benjamin Ilisar an Falk, 20. Jan. 1956, NA, AM, 2545/1
- 43 Michael Landsberger, *Die Auswirkung der persönlichen Wiedergutmachung aus Deutschland auf Konsum- und Sparverhalten in Israel*, Jerusalem 1969
- 44 Israel Weinberg gegen den Oberstaatsanwalt, UOG, 1973, XXVII (2): 314 ff
- 45 Oberstaatsanwalt an Ministerpräsident, Außenminister und Finanzminister, 10. April 1956, NA, AM, 2545/1; Levi Eschkol, 31. Dez. 1956, KP, XXI:600; Benjamin Mintz, 31. Dez. 1956, KP:601; weitere Debatten zu diesem Thema vgl. KP vom 28. Jan. 1957, XXI:873ff; 9. April 1957, XXII:1772ff; 29. Mai 1957, XXII: 2033; 3. Febr. 1960, XXVII:543ff; 18. Juli 1960, XXIX:1893ff; 19. Juni 1963, XXXVII:2131 ff
- 46 Landsberger, *Auswirkung der persönlichen Wiedergutmachung*, S. 21
- 47 Zitiert von Dan Giladi, «Die Auswirkung der individuellen Wiedergutmachung aus Deutschland auf die Kibbuz-Bewegung», vorgelegt dem Forschungsinstitut für Arbeit und Sozialwesen der Histadrut und der Universität Tel Aviv, 1976, S. 18
- 48 Mosche Sharett, 13. März 1951, KP, VIII: 1230
- 49 Shinnar, Bericht eines Beauftragten, a.a.O.
- 50 Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Bericht der Bundesregierung über Wiedergutmachung und Entschädigung für nationalsozialistisches Unrecht sowie über die Lage der Sinti, Roma und verwandter Gruppen, Drucksache 10/6287, Bonn, 31. Oktober 1986, S. 30
- 51 Eliahu Livneh an Walter Eitan, 27. Nov. 1952, NA, AM, 2413 /2

- 52 David Ben Gurion, *Der neue Staat Israel*, Tel Aviv 1969, I:423
 53 Zitiert in Giladi, «Die Auswirkung...», S. 17
 54 Eri Jabotinsky und Golda Meir, 27. März 1950, KP, IV:1153 ff

13. «Für uns, für die Richter Israels, ist es schwer»

- 1 «Der Mann, der den Aufruhr um Kastner auslöste», Haolam Ha-zeh, 23. Juni 1955, S. 4
 2 «Israel: On Trial», Time, 11. Juli 1955, S. 19 ff
 3 Schalom Rosenfeld, Strafsache 124, Tel Aviv 1955, S. 18; vgl. auch das Urteil des Bezirksgerichts Jerusalem (Original), S. 2, und das Urteil des Obersten Gerichtshofes (Original), S. 128, beide in der Bibliothek von Yad Vashem, Jerusalem; auch UOG, 1958, XII:2017 ff
 4 BGT, 29. Dez. 1947; 10. Jan. 1948; 22. Juni 1951
 5 Rosenfeld, Strafsache, S. 100, 182
 6 Israel Rudolf Kastner, *Der Kastner Bericht über Eichmanns Menschenhandel in Ungarn*, München 1961
 7 Mordechai Nurok, 29. Juni 1949, KP, I:868
 8 «Angriff auf Juden wegen Verdacht auf Kollaboration mit der Gestapo», Haarez, 6. Jan. 1946, S. 3
 9 Dov Schilansky, *In einem hebräischen Gefängnis: Aus dem Tagebuch eines politischen Gefangenen*, Tel Aviv 1980, S. 18
 10 David Ben Gurion in der EJA, 24. Febr. 1946, ZZA
 11 Aussage Ruth Aliav, BGA
 12 Roman Friester, *Kein Kompromiß*, Tel Aviv 1987, S. 290 ff
 13 Schin, «Kollaborateure», Hazofeh, 9. Jan. 1946, S. 2
 14 Eliahu Dobkin im Exekutivrat der Histadrut, 5. Sept. 1945, AA, XVII:34
 15 «Gesetz gegen jüdische Kriegsverbrecher geplant», Haarez, 10. Nov. 1949, S. 4
 16 Mordechai Nurok, 29. Nov. 1949, KP, III:187 ff
 17 «Gesetz gegen jüdische Kriegsverbrecher»
 18 UBG, 1951–1952, V:146 ff
 19 Ebenda, vgl. auch UOG, 1964, XVIII:2:85 ff
 20 UBG, 1951–1952, V:152 ff
 21 UOG, 1959, XIII:1056
 22 Zitiert von Roni Stauber, «Die politische Debatte über den Kastner-Prozeß in der Parteipresse», *Hazionut* 13 (1988), S. 226

- 23 Dov Josef, *Die Taube und das Schwert*, Tel Aviv 1975, S. 321 ff
- 24 Dan Ofri, «Mein Mann hat die Wahrheit gesagt», *Jediot Acharonot* (Schiwa-Jamim-Beilage), 17. März 1967, S. 5 ff
- 25 Jehiel Gutmann, *Der Generalstaatsanwalt gegen die Regierung*, Tel Aviv 1981, S. 89
- 26 Tom Segev, «Gewissen und Rechtsempfinden des Chaim Cohen», *Haarez* (Beilage), 13. März 1981, S. 7; vgl. auch Michael Shashar, *Chaim Cohen, Oberster Richter*, Jerusalem 1989; Gutmann, *Generalstaatsanwalt*, S. 89
- 27 Mosche Sharett, 23. Mai 1954, *Persönliches Tagebuch*, Tel Aviv 1978, II:510
- 28 «Dr.Kastner sagt aus», *Haarez*, 19. Febr. 1954, S. 8; «Kastner: Gegenespionage wusste von der Ankunft der Fallschirmjäger in Ungarn», *Haarez*, 1. März 1954, S. 1; «Eichmann sagte zu mir: Ich verkaufe Ihnen eine Million Juden», *Haarez*, 2. April 1954, S.8
- 29 Uri Avneri, «Mann des Jahres: Schmuël Tamir», *Haolam Hazeh*, 14. Sept. 1955, S. 3
- 30 Zitiert in: Isser Harel, *Die Wahrheit über den Mord an Kastner*, Tel Aviv 1985, S. 152ff
- 31 BGT, 6. Juli 1953
- 32 Harel, *Wahrheit*, S. 55ff; UBG, 1958, XV:233ff; UOG, 1958, XII: 1541 ff
- 33 Rosenfeld, *Strafsache*, S. 242 ff
- 34 Ebenda, S. 248
- 35 «Der Mann, der den Aufruhr um Kastner auslöste»
- 36 R. Ben-Schuschan, «Wie man nicht kauft», *Haarez*, 3. Dez. 1953, S. 3; «Mehr über den Getreide-Deal», *Haarez*, 25. März 1954, S. 2
- 37 Rosenfeld, *Strafsache*, S. 194
- 38 Benjamin Halevy an David Ben Gurion, 22. Dez. 1953, BGA; vgl. auch Eliakim Rubinstein, *Richter in diesem Land*, Tel Aviv 1980, S.135
- 39 Urteil des Obersten Gerichtshofes (Original), S. 167; auch: UOG, 1958, XII: 2017 ff
- 40 Rosenfeld, *Strafsache*, S. 36
- 41 Ebenda, S. 51
- 42 «Das Urteil im Grünwald-Kastner-Prozess», *Haarez*, 27. Juni 1955, S. 4

14. «Seine Seele dem Satan»

- 1 Zitiert von Roni Stauber, «Die politische Debatte über den Kastner-Prozess in der Parteipresse», *Hazionuti* 3 (1988), S. 226ff; vgl. auch S. 225
- 2 Tom Segev, «Lieber Leser», *Koteret Raschit*, 13. Mai 1987, S. 20ff
- 3 «Die Affäre Avneri-Tamir», *Jediot Acharonot*, 26. Oktober 1980, S. 11
- 4 Harel, *Wahrheit*, S. 331
- 5 Uri Avneri, «Der Mann des Jahres: Israel Kastner», *Haolam Hazeh*, 26. Sept. 1954, S. 3 ff
- 6 Ebenda
- 7 Ebenda
- 8 Harel, *Wahrheit*
- 9 Teddy Kollek, *For Jerusalem*, London 1978, S. 53 (dt.: *Ein Leben für Jerusalem*, Hamburg 1980, S. 90)
- 10 Sharett, *Persönliches Tagebuch*, II: 376, 392, 414, 425, 430, 443, 463, 479, 483, 508, 525, 543, 562
- 11 Ebenda, 9. Juni 1954, II 1543; «Sharett schildert Brands Rettungsmission», *Maariv*, 6. Juni 1954, S. 3, 6
- 12 Sharett, 29. Juli, *Persönliches Tagebuch*, II: 5 62
- 13 Das Urteil des Bezirksgerichts Jerusalem wird hier aus dem Original zitiert, das sich in der Bibliothek von Yad Vashem befindet, S. 179; vgl. auch UOG, 1958, XII:2017ff
- 14 Urteil des Bezirksgerichts Jerusalem gemäss dem Original S. 20ff
- 15 Ebenda, S. 38, 51, 53
- 16 Ebenda, S. 117, 125 ff
- 17 Ebenda, S. 157 ff
- 18 Sharett, 22. Juni 1955, *Persönliches Tagebuch*, IV11073

15. «Die Mauern beginnen zu bröckeln»

- 1 Zitiert von Roni Stauber, «Die politische Debatte über den Kastner-Prozess in der Parteipresse», *Hazionut* 13 (1988), S. 230ff
- 2 Uri Avneri, «Der Sharett-Prozess», *Haolam Hazeh*, 30. Juni 1955, S.3 ff.
- 3 Über das Urteil, *Hapoel Hazair*, 28. Juni 1955, S. 3

- 4 Sharett, 24. Juni 1955, Persönliches Tagebuch, IV:1073
- 5 «Beim Lesen des Urteils», Haarez, 24. Juni 1955, S. 2
- 6 Mosche Keren, Vorübergehende und bleibende Probleme, Jerusalem 1978, S. 210
- 7 Ebenda, S. 188
- 8 Menachem Begin und andere im ZK der Cherut, 26. Juni 1955, Jabotinsky-Archiv, H/1-6/0/9
- 9 28. Juni 1955, KP, XVIII:2107 ff
- 10 Sharett, 28. Juni 1955, Persönliches Tagebuch, IV:1074
- 11 Parteikonferenz der Mapai, 28. Juni 1955, AAP, 11-2-6
- 12 29. Juni 1955, KP, XVIII:2146 ff
- 13 Sharett, 4. Juli 1955, Persönliches Tagebuch, IV:1081
- 14 Ebenda, 5. und 6. Juli 1955, IV:1081 ff
- 15 Kollek, Ein Leben für Jerusalem, S. 80f; Arthur D. Morse, While Six Million Died, New York 1967, Ben Hecht, Denial, Tel Aviv 1970
- 16 Jonah Kesse und andere, Mapai-Sekretariat, 12. Juli 1955, AAP, 24/55
- 17 Natan Alterman, «Mehr über die beiden Wege?», Die siebente Spalte, Tel Aviv 1981, II:426
- 18 Natan Alterman, Über die zwei Wege, hg. von Dan Laor, Tel Aviv 1989
- 19 Zitiert in Stauber, S. 234 ff
- 20 David Ben Gurion an A. S. Stein, 17. Aug. 1955, BGA
- 21 Jehoschua Kastner an Ben Gurion, 19. Jan. 1958; Ben Gurion an Kastner, 2. Febr. 1958, NA, AMD, 5432/16
- 22 Ben Gurion an A. S. Stein, 18. Aug. 1955, BGA
- 23 «Ben Gurion will falsches Alibi des Kriegsverbrechers Krumej nicht widerlegen», Cherut, 7. Febr. 1965, S. 1

16. «Der Prophet Jeremia zum Beispiel»

- 1 David Ben Gurion und Menachem Begin, 17. Okt. 1956, KP, XXI:110 ff; Begin, 7. Nov. 1956, KP, XXI:197
- 2 Irving Sider und Harold Greenberg, «Otto Skorzeny: Der Mann hinter Nasser», Maariv, 19. Okt. 1956, S. 4; Bild von «Mein Kampf», Maariv, 5. Nov. 1956, S. 2; «Ohne Vermittler» (Leitartikel), Maariv, 5. Nov. 1956, S. 4; Elieser Wiesel, «Der SS-Of-

- fizier, der die ägyptische Deportation plante», Jedioth Acharonot, 23. Dez. 1956, S. 2; Uri Zwi Greenberg, «Alles hat seine Stunde», Maariv, 27. Juli 1956, S. 3
- 3 Jizchak Meir Levin, 7. Nov. 1956, KP, XXI:209; vgl. auch Baruch Azanja (Mapai), XXI: 212
 - 4 David Ben Gurion, Israel – Die Geschichte eines Staates, Frankfurt 1973, S. 485 f; Mordechai Bar-On, Herausforderung und Eifer, Berscheva 1991, S. 85; ebenfalls Bar-On, Die Tore von Gaza: Israels Verteidigungs- und Aussenpolitik, 1955-1957, Tel Aviv 1992
 - 5 BGT, 8. Nov. 1956
 - 6 Michael Bar-Zohar, Ben Gurion, Bergisch Gladbach 1988, S. 483 ff
 - 7 David Ben Gurion, Ansprache vor Offizieren der IDF (4. April 1957), Einzigartigkeit und Ziele, Tel Aviv 1972, S. 294
 - 8 UOG, 1960, XLIV:410; Mosche Kordov, Elf Grenzpolizisten vor Gericht, Tel Aviv 1959; Tom Segev, «Kfar Kassem: Die schwarze Fahne», Haarez (Beilage), 22. Okt. 1981, S. 5 ff
 - 9 Sharett, 21. Juni 1957, Persönliches Tagebuch, VIII:2219
 - 10 Avner (Walter) Bar-On, Nicht erzählte Geschichten, Tel Aviv 1981, S. 81 ff; Esther Vilenska, 13. Nov. 1956, KP, XXI:248; David Ben Gurion, 12. Dez. 1956, KP, XXI: 462
 - 11 Poles, «Wie konnte das geschehen?»; Haarez, 28. Dez. 1956, 8. 2; Natan Alterman, «Das Dreieck», Dawar, 7. Dez. 1956, S. 3; Uri Avneri, «Die Saat der Zerstörung», Haolam Hazeh, 19. Dez. 1956, S. 3; Rabbi Benjamin, «Kfar Kassem vor den Toren der Knesset», Ner, Nov.-Dez. 1956, S. 19; Jehoschua Bar-Yosef, «Der Zwischenfall bei Kfar-Kassem», Dawar, 18. Dez. 1956, S. 2; Jeschajahu Leibowitz, Brief, Haarez, 28. Okt. 1958; Briefe an den Herausgeber, Haarez, 2. Nov. 1958; «Der Schrecken von Kfar Kassem», Dawar, 17. Okt. 1958, S. 1; vgl. auch Dan Horowitz, «Ein hartes, aber notwendiges Urteil», Dawar, 31. Okt. 1958, S. 2; Ron Linenberg, «Die Kfar-Kassem-Episode in der israelischen Presse», Medina Vemimshal⁶ (Winter 1972), S.48ff
 - 12 Leitartikel, Jedioth Acharonot, 13. Dez. 1956, S. 2; S. Swislotzki, «Dies war ein schrecklicher und beängstigender Vorfall»; Jedioth Acharonot, 13. Febr. 1956, S. 2; Jair Amikam, «Lynchmord im Namen von ‚Du sollst nicht töten‘», Jedioth Acharonot, 21. Dez. 1956,

- S. 2; Schmu'el Segev, «Kfar Kassem bekommt eine halbe Million Lira»; Maariv, 12. Dez. 1956, S. 2
- 13 UOG, 1960, XLIV:410; Hausner, Gerechtigkeit in Jerusalem, S. 604
- 14 Aharon Zisling in einer Kabinettsitzung, 27. Juni 1948, Hakkibbuz Hameuchad-Archiv (Zisling), Abteilung 9, Behälter 9, Akte 3
- 15 Schimon Peres, Davids Schlinge, Jerusalem 1970, S. 56
- 16 BGT, 29. Dez. 1957
- 17 BGT, 4. Sept. 1956
- 18 Jehudit Auerbach, «Aussenpolitische Entscheidungen und Positionswandel: Israel-Deutschland 1950-1965», Diss. an der Hebräischen Universität, 1980, S. 162ft; David Ben Gurion, 24. Dez. 1957, KP, XXIII:484; Menachem Begin, 7. Jan. 1958, KP, XXIII: 5 64
- 19 Ben Gurion, 7. Jan. 1958, KP, XXIII:59c
- 20 Ben Gurion an Jizchak Ben-Aharon, 14. Febr. 1958, BGA
- 21 Ben Gurion, 24. Dez. 1958, KP, XXIII,483
- 22 Ben Gurion an Jariv Ben-Aharon, 3. Juli 1963,14. Juli 1973; Ben-Aharon an Ben Gurion, 9. Juli 1963, BGA
- 23 Uri Avneri, «Das Urteil», Haolam Hazeh, 15. Jan. 1958, S. 3 ff
- 24 Das Urteil des Obersten Gerichtshofes wird hier nach dem Original zitiert, und zwar die Seiten 156, 23, 175,131, 47, 56, 93,103, 195; UOG, 1958, XXII: 2017 ff
- 25 Harel, Wahrheit, S. 200
- 26 Ebenda, S. 203
- 27 Ofer, «Mein Mann»
- 28 Aharon Megged, «Meilenstein», Masa, 22. März 1957, S. 1
- 29 Pinchas Rosen an Chaim Cohen, 17. Jan. 1958, NA, AMD, 5432/ 16
- 30 Schmu'el Tamir, Uri Avneri u.a., 6. Jan. 1971, KP, LIX:861ff; vgl. auch Harel, Wahrheit, S. 287 ft; Gutmann, Generalstaatsanwalt, S. 351

17. «Es ist ungewiss, ob unsere Kinder am Leben bleiben»

- 1 «Granaten aus Haifa», Der Spiegel, 26. Juni 1959, S. 18
- 2 David Ben Gurion im Mapai-ZK, 28. Juni 1959, AAP, 23/59; vgl. auch Jehudit Auerbach, «Aussenpolitische Entscheidungen und Positionswandel – Israel-Deutschland 1950-1965», Dissertation an der Hebräischen Universität, 1980, S. 170ff; Jizchak Gilad, «Die öffentliche Meinung in Israel zu den israelisch-deutschen Beziehungen, 1949-1965», Dissertation an der Universität Tel Aviv, 1984, S. 175 ff
- 3 Ben Gurion im ZK der Mapai, 28. Juni 1959, AAP, 23 /59
- 4 «Waffenverkäufe an Deutschland: Eine Gewissensfrage», Haarez, 26. Juni 1962, S. 2
- 5 15. Nov. 1954, KP, XVII:85ff
- 6 David Ben Gurion im ZK der Mapai, 28. Juni 1959, AAP, 23/59
- 7 Ebenda
- 8 Mosche Sneh und Levi Eschkol, 24. Juni 1959, KP, XXVII:2360
- 9 29. Juni-1. Juli 1959, KP, XXVII12371 ff
- 10 Schimon Peres, Davids Schlinge, Jerusalem 1970, S. 58
- 11 Gilad, «Die öffentliche Meinung in Israel», S. 201 ff
- 12 16. März 1960, SPK, XXVIII1918 ff; David Ben Gurion, 20. Jan. 1960, KP, XXVIII1420ff; Isser Harel, Sicherheit und Demokratie, Tel Aviv 1989, S. 328
- 13 Ben Gurion, Israel – Die Geschichte eines Staates, Frankfurt 1973, S. 504, 507; Bar-Zohar, Ben Gurion, S. 387ff; Inge Deutschkron, Israel und die Deutschen – Das besondere Verhältnis, Köln 1983
- 14 Gilad, «Die öffentliche Meinung», S. 220ff; 5. Jan. 1960, KP, XXVIII:247ff; 16. März 1960, KP, XXVIII:918ff

18. «Sollen sie doch hassen und zur Hölle fahren»

- 1 Isser Harel, Das Haus in der Garibaldistrasse, Frankfurt/Main 1975, passim
- 2 Der Generalstaatsanwalt gegen Adolf Eichmann, Urteil und Strafmass, Jerusalem 1972, S. 72ff; siehe auch: Bernd Nellessen, Der Prozess von Jerusalem: Ein Dokument, Düsseldorf 1964
- 3 Simon Wiesenthal, Ich jagte Eichmann, Stuttgart 1961; Tuvia Friedman, Nazi Hunter, Haifa 1961

- 4 Isser Harel, Sicherheit und Demokratie, Tel Aviv 1989, S. 319 ff; Isser Harel, Die Krise um die deutschen Wissenschaftler, 1962–1963, Tel Aviv 1982, S. 146 ff, vgl. auch Tom Bower, The Pledge Betrayed, Garden City, New York 1982, S. 396
- 5 UOG, 6. Dez. 1959, zitiert in: Michael Bar-Zohar, Ben Gurion, Tel Aviv 1978, III:1374
- 6 UOG, 15. Mai 1960; ebenda, III:1,375; Harel, Das Haus in der Garibaldistraße, S. 161 ff, 253 ff
- 7 David Ben Gurion, 23. Mai 1960, KP, XXIX:1291; vgl. auch David Ben Gurion, Israel – Die Geschichte eines Staates, Frankfurt 1973, S. 541
- 8 Natan Alterman, «Die Waage der Justitia», in: Die siebente Spalte, Tel Aviv 1981, II:497
- 9 «Die Anklageschrift gegen Eichmann muß sorgfältig vorbereitet werden», Haarez, 27. Mai 1960, S. 2
- 10 Harel, Das Haus in der Garibaldistraße, S. 161 ff, 22 ff
- 11 David Ben Gurion an Frieda Sason, 24. Mai 1960, S. 24 ff
- 12 «The Beast in Chains», Time, 6. Juni 1960, S. 24 ff
- 13 Alterman, «Waage der Justitia», II:400
- 14 David Ben Gurion an Jizchak Y. Cohen, 10. April 1961, BGA; Ben Gurion an Nahum Goldmann, 2. Juni 1960, BGA
- 15 «The Eichmann Case as Seen by Ben-Gurion», New York Times Magazine, 18. Dez. 1960
- 16 David Ben Gurion, 12. Juni 1962, KP, XXXIV:2294
- 17 Gerschon Hall, «Eichmann vor einen internationalen Gerichtshof in Jerusalem», Haboker, 31. Mai 1960, S. 1; Rafael Baschan, «Interview der Woche», Maariv, 27. Jan. 1961, S. 10
- 18 David Ben Gurion an Nahum Goldmann, Goldmann an Ben Gurion, 2. Juni 1960, BGA; vgl. auch Ben Gurion, Israel, S. 544
- 19 Ben Gurion im ZK der Mapai, 2. Juni 1960, AAP, 23/60; Mosche Meisels, «Das Duell Ben Gurion – Goldmann», Maariv, 3. Juni 1950, S. 2
- 20 Ben Gurion an Goldmann, 2. Juni 1960, BGA
- 21 Ebenda, Ben Gurion an Jizchak Y. Cohen, 10. April 1961, BGA
- 22 Herbert B. Ehrman an Ben Gurion, 28. Febr. 1961; Ben Gurion an Ehrman, 13. März 1961, BGA
- 23 Joseph M. Proskauer an Ben Gurion, 31. Mai 1960; Ben Gurion an Proskauer, 18. Juli 1960, BGA
- 24 «Eichmann Case as Seen by Ben-Gurion»

- 25 David Ben Gurion an Joseph M. Proskauer, 18. Juli 1960; Ben Gurion an Proskauer, 18. Juli 1960, BGA
- 26 Ben Gurion an Jizchak Y. Cohen, 10. April 1961, BGA
- 27 Ebenda
- 28 Ben Gurion an Proskauer, 18. Juli 1960, BGA
- 29 «Eichmann Case Seen by Ben Gurion»
- 30 «Der Tag des Entsetzens», Maariv, 24. Mai 1960, S. 1; «Eichmann ist kein menschliches Wesen», Maariv, 3. Juni 1960, S. 4; Herzl Rosenblum, «Schehehejanu!», Jeditot Acharonot, 24. Mai 1960, S. 2; Mosche Sneh, 8. Juni 1960, KP, XXIX:1471; Schmuel Tamir, «Der Prozeß gegen Satan», Jeditot Acharonot, 27. Mai 1960, S. 2; Urteil des Obersten Gerichtshofes (Original), S. 15, 103, 4, nachgedruckt in UOG, 1958, XII:297 ff
- 31 Mosche Sneh, 8. Aug. 1960 KP, XXIX:2106
- 32 Jizchak Olschan, Erinnerungen, Tel Aviv 1978, S. 315 ff
- 33 Leitartikel in Dawar, 28. Mai 1960, S. 1; Mosche Sneh, 8. Aug. 1960, KP, XXIX:2106
- 34 Chaim Ben-Ascher und Rachel Cohen, 26. Dez. 1949, KP, III:313 ff; vgl. auch 21. März 1950, IV:1103 ff
- 35 Yosef Lamm und Menachem Begin, ebenda
- 36 Pinchas Rosen, 27. März 1950, KP, IV:1147, 1161
- 37 Zorach Warhaftig, 27. März 1950, KP, IV:1152; Nahum Nir Rafalkes, 1. Aug. 1950, KP, VI:2393
- 38 UBG, 1951–1952, V:172
- 39 Pinchas Rosen, 27. März 1950, KP, IV:1147; Nahum Nir Rafalkes, 1. Aug. 1950, KP, VI:2393
- 40 Mosche Erem, 27. März 1950, KP:1151
- 41 Zorach Warhaftig, 27. März 1950, KP, IV:1147
- 42 Avraham Zeliger, «Büro 06», Rivon Mischteret Jisrael 4, Nr. 13 (Febr. 1962), S. 8 ff
- 43 Rachel Auerbach, «Zeugen und Aussagen im Eichmann-Prozeß», Jeditot Yad Vashem 28 (Dez. 1961), S. 35 ff
- 44 Jizchak Gilad, «Die öffentliche Meinung in Israel über die israelisch-westdeutschen Beziehungen, 1949–1965», Diss. an der Universität Tel Aviv 1984, S. 241 ff, 370
- 45 Gideon Hausner, Gerechtigkeit in Jerusalem, München 1967, S. 442–459, 713
- 46 Olschan, Erinnerungen, S. 315 ff
- 47 Rafael Baschan, «Interview der Woche», Maariv, 3. 10. 1969, S. 16

- 48 18. Jan. 1961, KP, XXX:754ff; 31. Jan. 1961, KP, XXX:855ff; vgl. auch Eliakim Rubenstein, Richter des Landes, Tel Aviv 1980, S. 162ff
- 49 8. Aug. 1960, KP, XXIX:2106
- 50 Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem: A Report on the Banality of Evil, New York 1965; zitiert wird nach der deutschen Ausgabe: Eichmann in Jerusalem – Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964, S. 28

29. «Sechsmillionenmal nein!»

- 1 Gideon Hausner, Gerechtigkeit in Jerusalem, München 1966, S. 472
- 2 Der Generalstaatsanwalt gegen Adolf Eichmann, Urteil und Strafmaß, Jerusalem 1972, S. 137 ff
- 3 Gideon Hausner an David Ben Gurion, 24. März 1961; Ben Gurion an Hausner, 28. März 1961, BGA
- 4 Hausner, Gerechtigkeit, S. 494
- 5 Generalstaatsanwalt gegen Adolf Eichmann, Eröffnungsplädoyer, Jerusalem 1972, S. 7
- 6 «Sechs Millionen Seelen stehen vor dir und schreien», Haarez, 21. Mai 1947; Dov Schilansky, In einem hebräischen Gefängnis: aus dem Tagebuch eines politischen Gefangenen, Tel Aviv 1980, S. 20; UOG, 1959, XIII:1056
- 7 David Ben Gurion, «Ewiges Israel», Jahrbuch der Regierung 1954, Jerusalem 1954, S. 18, 9,14
- 8 Generalstaatsanwalt gegen Eichmann, Eröffnungsplädoyer, S. 127
- 9 Hausner, Der Prozess in Jerusalem, Tel Aviv 1980, S. 324 ff
- 10 Chaim Guri, Vor der gläsernen Zelle: Der Jerusalemer Prozess, Tel Aviv 1962, S. 13
- 11 Natan Alterman, «Der erste Tag», in: Die siebente Spalte, Tel Aviv 1981, II: 501
- 12 Generalstaatsanwalt gegen Eichmann, Eröffnungsplädoyer, S. 124
- 13 Hausner, Prozess, S. 327, 245; Hausner, Gerechtigkeit, S. 529
- 14 Gurk, Gläserne Zelle, S. 73
- 15 Rivka Joselewska im Eichmann-Prozess, Sitzung 30, Yad-Vasem-Bibliothek

- 16 Gabriel Strassman, «Was hat uns der Eichmann-Prozeß gebracht?», Maariv, 11. Dez. 1981, S. 27
- 17 Moritz Fleischman, Eichmann-Prozeß, Sitzung 16, Yad-Vashem-Bibliothek; Guri, Gläserne Zelle, S. 33, 245, 268
- 18 Hausner, Gerechtigkeit, S. 521–527; Pinchas Freudiger im Eichmann-Prozeß, Sitzung 51; Joel Brand im Eichmann-Prozeß, Sitzung 56, Yad-Vashem-Bibliothek
- 19 Tamirs Gesuch und die beigefügten Zeitungsartikel werden im Jabotinsky-Archiv und in der Yad-Vashem-Bibliothek aufbewahrt
- 20 Hausner, Prozeß, S. 344
- 21 Generalstaatsanwalt gegen Eichmann, Urteil, S. 183
- 22 Zivia Lubetkin und Jizchak (Antek) Zuckerman im Eichmann-Prozeß, Sitzung 25; Abba Kovner im Eichmann-Prozeß, Sitzung 27, Yad-Vashem-Bibliothek
- 23 Hausner, Gerechtigkeit, S. 509
- 24 Ebenda, S. 537
- 25 Ebenda, S. 539
- 26 Aussage Eichmann, Sitzungen 75 ff, Yad-Vashem-Bibliothek
- 27 Generalstaatsanwalt gegen Eichmann, Urteil, S. 280
- 28 Guri, Gläserne Zelle, S. 146, 154, 176, 183, 187
- 29 Hausner, Prozeß, S. 390
- 30 Generalstaatsanwalt gegen Eichmann, Urteil, S. 42; Avner Less (Hg.), Schuldig – Das Urteil gegen Adolf Eichmann, Frankfurt 1987, S. 44; Hausner, Prozeß, S. 351
- 31 Guri, Gläserne Zelle, S. 187
- 32 Generalstaatsanwalt gegen Eichmann, Urteil, S. 279 ff
- 33 Ebenda, S. 285 ff; Less, Schuldig, S. 310
- 34 «Vollstrecken!», Maariv, 15. Dez. 1961, S. 1
- 35 Elisabeth Young-Bruehl, Hannah Arendt: For Love of the World, New Haven 1982, S. 332
- 36 Jerahmiel Cohen, «Die Schuld der Juden an ihrer Vernichtung durch die Nazis in den Werken von Bruno Bettelheim, Raul Hilberg und Hannah Arendt und die sich daran anschließende Debatte», Magisterarbeit an der Hebräischen Universität Jerusalem, 1972, S. 45 ff
- 37 F. A. Krummacher (Hg.), Die Kontroverse Hannah Arendt, Eichmann und die Juden, München 1964; Jacob Robinson, And the Crooked Shall Be Made Straight, New York 1965, Arie Leon

- Koboby, «Ein kriminelles Land gegen eine moralische Gesellschaft», M. Muschkat, «Eichmann in New York» und Natan Eck, «Hannah Arendts abscheuliche Berichte», alle in Jediot Yad Vashem, 31. Dez. 1963, S. 1 ff; Korrespondenz zwischen Gerschom Scholem und Hannah Arendt, Jediot Irgun Olei Merkaz Eropä 33 (16. Aug. 1964); vgl. auch Gerschom Scholem, Bedeutende Taten, Tel Aviv 1982, S. 91; A. E. Simon, «Ein Portrait von Hannah Arendt», Molad 21, Pamphlet 179–180, S. 239 ff; Ruth Firer, Agenten der Lehre, Tel Aviv 1989, S. 138 ff
- 38 Hausner, Prozeß, S. 409 ff
- 39 David Ben Gurion, 12. Juni 1962, KP, XXXIV:2293
- 40 Guri, Gläserne Zelle, S. 245 ff
- 41 Schmuël Hugo Bergman an Geula Cohen u. a., 27. Juli 1961, Bergman-Archiv, National- und Universitätsbibliothek, Archiv 40 1502/15558
- 42 Schmuël Hugo Bergman, Tagebücher, Briefe, 1948–1975, 2 Bde., Königstein 1985, II:415 (1. Juni 1962); S. 395 (21. Dez. 1961)
- 43 Pinchas Rosen an Martin Buber, 29. April und 7. Mai 1962, ebenda; Hausner, Prozeß, S. 428
- 44 Buber u. a. an Jizchak Ben-Zwi, 30. Mai 1962, Buber-Archiv
- 45 Martin-Buber-Archiv, National- und Universitätsbibliothek Abt. 630
- 46 Jehuda Bacon, 7. Juni 1961, Eichmann-Prozeß, Sitzung 68, Yad-Vashem-Bibliothek; vgl. auch «Bilder aus der Hölle», Haolam Hazeh, 17. Mai 1961, S. 12 ff
- 47 Bacon an Martin Buber, 4. Nov. 1958, Buber-Archiv
- 48 Bergman, Tagebücher, II:415 (1. Juni 1962)
- 49 Rafael Baschan, «Interview der Woche», Maariv, 27. Jan. 1961, S. 10; «Philosopher's Plea», Time, 23. März 1962, S. 23; Hausner, Prozeß, S. 445
- 50 Arendt, Eichmann, S. 299–300
- 51 Michael Shashar (Hg.), Gespräche über Gott und die Welt – Jeschajahu Leibowitz mit Michael Shashar, Frankfurt/Main 1994, S. 101

20. *«Die Dunkelheit darf nicht siegen»*

- 1 «The Atom», Time, 26. Dez. 1960, S. 11; David Ben Gurion, 21. Dez. 1960, KP, XXX:545; Levi Eschkol, 18. Mai 1966, KP, XLV:1469
- 2 Ben Gurion, bei der Eröffnung der Abteilung für Atomphysik am Weizmann-Institut, 20. Mai 1958, BGA, Akte über «Ben Gurion, Wissenschaftler und Humanisten»
- 3 Israel Dostrovsky, «Die Einsetzung der Kommission für Atomenergie», David Ben Gurion und die Entwicklung der Wissenschaft in Israel, Jerusalem 1989, S. 4 ff
- 4 Yaakov Hasan und Tawfik Tubi, 6. Aug. 1962, KP, XXXIV: 3059ff
- 5 Jehuda Ben-Mosche, «Fünfundzwanzig Jahre vor Vanounou», Koteret Raschit, 26. Nov. 1986, S. 16
- 6 Schimon Peres, 23. Mai 1966, KP, XLV:1480ff
- 7 David Ben Gurion im ZK der Mapai, 13. Dez. 1951, AAP, 23/51
- 8 Mosche Dajan im ZK der Mapai, 28. Juni 1959, AAP, 23 / 59
- 9 Dostrovsky, «Einsetzung der Kommission», S. 44 ff
- 10 E. D. Bergman an Meir Jaari, 25. Juli 1966, Haschomer-Hazair-Kibbuz Haarzi-Archiv (persönliches Archiv Jaari), B-11 (3)
- 11 3. Nov. 1964, KP, XLI:223ff; Esther Rasiel-Naor, 27. Jan. 1960, KP, XXVIII:486
- 12 Isser Harel, Die Krise um die deutschen Wissenschaftler, 1962-1963, Tel Aviv 1982, S. 65
- 13 20. März 1963, KP, XXXVI: 1568ff
- 14 Harel, Krise, S. 74 ff
- 15 David Ben Gurion, 7. April 1963, KP, XXXVI:1748
- 16 Teddy Kollek, Ein Leben für Jerusalem, Hamburg 1980, S. 242
- 17 David Ben Gurion, 13. Mai 1963, KP, XXXVII:1821; Abba Sikra, «Die Dritte Zionistische Organisation», Hasit Haarn, 28. März 1933, S. 2; vgl. auch Michael Bar-Zohar, David Ben Gurion, Bergisch Gladbach 1988, S. 436; Abba Ahimeir, «Aus dem Tagebuch eines Faschisten», Cherut, 15. Aug. 1955, S. 2; «Die Ben Gurion – Ahimeir-Debatte», Maariv, 26. Nov. 1964, S. 6
- 18 Jizchak Gilad, «Die Meinung der israelischen Öffentlichkeit zu den israelisch-westdeutschen Beziehungen, 1949-1965», Dissertation an der Universität Tel Aviv 1984, S. 270 ff

- 19 David Ben Gurion an Chaim Guri, 15. Mai 1963; BGA, zitiert in Bar-Zohar, Ben Gurion, S. 436
- 20 Kollek, Ein Leben für Jerusalem, S. 244
- 21 David Ben Gurion, 13. Mai 1963, KP, XXXVII:1823; Menachem Begin, 17. März 1964, KP, XXXIX:1427; Gilad, «Die öffentliche Meinung», S. 270 ff
- 22 Gilad, «Die öffentliche Meinung», S. 369 ff; Rachel Auerbach, «Zeugen und Aussagen im Eichmann-Prozeß»; Jeditot Yad Vaschem 28 (Dez. 1961), S. 193 ff; Chaim Jachil an Mosche Sharett, 22. März 1953, ZZA (NGA) Z 6 2016
- 23 28. Juli 1954, KP, XXVII:2229; Mosche Sharett, 24. April 1955, Persönliches Tagebuch, Tel Aviv 1978, IV:958; 15.–17. Juli 1957, KP, XXII:2389 ff; 24. Dez. 1957, KP, XXIII:481 ff
- 24 «Israel und Deutschland»; Haarez, 19. Juli 1954, S. 2; Gerschom Schocken an Mosche Sharett, 19. Juli 1954, NA, AM, 2413/3
- 25 2. Juli 1956, KP, XX:2154 ff; Jaakov Zur, Paris-Tagebuch, Tel Aviv 1968, S. 272
- 26 Elimelech Rimalt, 12. Okt. 1964, KP, XLI:11
- 27 Elieser Shinnar, Bericht eines Beauftragten, Tübingen 1967, S. 108 ff; Mosche Sneh, 10. Dez. 1964, KP, XXXVIII:473
- 28 20. Mai 1964, KP, XL:1860 ff; 19. Okt. 1964, KP, XLI:576 ff; 18. Nov. 1964, KP, XLI:384 ff; Gilad, «Öffentliche Meinung», S. 349 ff
- 29 16. März 1965, KP, XLII:1540 ff
- 30 Gilad, «Öffentliche Meinung», S. 434
- 31 Jeschajahu Ben-Porat, Gespräche, Tel Aviv 1981, S. 25; vgl. auch Nahum Goldmann, Das jüdische Paradox, Köln 1978, S. 191 ff; Amos Elon, «Keiner ist zu alt, um etwas Neues zu lernen», Haarez, 5. Mai 1966, S. 1; Elon, Land im Schatten der Vergangenheit, Tel Aviv 1967
- 32 Levi Eschkol, 23. Mai 1966, KP, XLV:1518; «Adenauer verließ den Saal nach Meinungsverschiedenheit mit Eschkol», Maariv, 10. Mai 1966, S. 1
- 33 Esther Rasiel-Naor, 17. Mai 1966, KP, XLV:1443; Yaakov Solomon, Mein Weg, Tel Aviv 1980, S. 274; «Ein überflüssiger Streit», Haarez, 6. Mai 1966, S. 2
- 34 Rolf Pauls, Tonband-Interview mit dem Autor, 23. Nov. 1989

- 35 15. Juli 1953, KP, XIV:1946; 23. Mai 1955, KP, XVII:1241; 10. Dez. 1956, KP, XXI:429
- 36 Levi Eschkol, 12. Juli 1966, KP, XLVI:2100
- 37 18. Okt. 1961, KP, XXXII:134 ff; 2.–3. Jan. 1962, KP, XXXII:580 ff; 9. Jan. 1962, KP, XXXII:902 ff
- 38 Chaim Bar-Lev, 13. Febr. 1985, KP, I:1620

21. «Jeder hat daran gedacht»

- 1 Nizoz 15 (undatiert, offenbar Februar–März 1967); Natan Schacham, «Wir brauchen mehr Kühnheit», Maariv, 7. Juli 1967, S. 13
- 2 David Ben Gurion, 23. Mai 1966, KP, LV:1508 ff
- 3 Schimon Samet, «Tel Aviv in der Krise», Haarez, 2. Juni 1967, S. 2; R. Ben-Schoschan, «Die Wirtschaft hat den Test bestanden», Haarez, 9. Juni 1967, S. 3; «Mit Mut und Entschlossenheit», Haarez, 1. Juni 1967, S. 2; «In zwei Tagen werden nicht mehr so viele von Lod aus das Land verlassen», Maariv, 29. Mai 1967, S. 8; Atallah Mansour, «Schukeiris Stimme Palästinas ruft israelische Araber zum Widerstand auf», Haarez, 1. Juni 1967, S. 2; Michael Bar-Zohar, Der längste Monat, Tel Aviv 1968, S. 153
- 4 Der siebente Tag (The Seventh Day), aufgezeichnet und herausgegeben von einer Gruppe junger Kibbuzniks, London 1970, S. 160 ff
- 5 Jizchak Rabin, Logbuch, Tel Aviv 1979, S. 148
- 6 Schlomo Nakdimon, Vor der Stunde Null, Tel Aviv 1968; Eitan Haber, Morgen ist Krieg. Die Erinnerungen des Brigadegenerals Israel Lior, Militärberater der Ministerpräsidenten Levi Eschkol und Golda Meir, Tel Aviv 1987, S. 157 ff
- 7 Jehoschafat Harkabi, Zwischen Israel und der arabischen Welt, Tel Aviv 1968, S. 39 ff
- 8 Elieser Livneh, «Die Gefahr Hitler kehrt zurück», Haarez, 31. Mai 1967, S. 2; «Zwischen Hitler und Nasser», Haarez, 5. Juni 1967, S. 2; vgl. auch «Rückkehr nach München», Leserbriefe, Haarez, 31. Mai 1967, S. 2; Johanan Lahav, «Tagebuch der Krise», Jeditot Acharonot, 2. Juni 1967, S. 17
- 9 Rabin, Logbuch, S. 161; Michael Brecher, Decisions in Israel's Foreign Policy, New Haven 1975, S. 333 ff

- 10 «Jauchze und rühme, du Einwohnerin zu Zion!», Leitartikel, Haarez, 8. Juni 1967, S. 2
- 11 «Grosse Ereignisse» (Leitartikel), Al Hamischmar, 8. Juni 1967, S.2
- 12 Silvi Keschet, «Meine liebe Uzi», Haarez, 8. Juni 1967, S. 2
- 13 Uri Ramon «Der Holocaust im Denken der Menschen während des Sechstagekriegs», Dapim Leheker Haschoah Vehamered, Sammlung A, 1969, S. 59
- 14 Arie Ben-Elieser, 22. Juli 1968, KP, LIE2729
- 15 Der Siebente Tag, S. 160,173
- 16 Menachem Begin, 20. Juni 1977, KP, LXXX:67
- 17 Meiron Medzini, Die stolze Jüdin, Tel Aviv 1990, S. 406
- 18 Leni Jachil, «Wie können wir über den Holocaust sprechen?», Gescher 1 und 2 (1979), S. 144 ff
- Medzini, Stolze Jüdin, S. 434
- 20 Ehud Praver, Tonband-Interview mit dem Autor, 15. Juni 1990
- 21 Siehe auch Amnon Lin, 26. Juni 1985, KP, CI 13147
- 22 Matti Golan, The Road to Peace: A Biography of Shimon Peres, New York 1989, S. 152; Peres in einem Tonband-Interview mit dem Autor, 27. Aug. 1990; Schimon Peres, Entebbe-Tagebuch, Tel Aviv 1991, S. 68, 92

22. «Hitler ist schon tot, Herr Ministerpräsident»

- 1 Omri Mischor, «Podiumsdiskussion in Musrara», Al Hamischmar, 27. Febr. 1979, S. 4; Gabriel Stern, «Die Lehre des Holocaust für Sephardim und Aschkenasim», Al Hamischmar, 27. April 1979, S. 4
- 2 Jizchak Navon, 14. März 1978, KP, LXXXII:2047
- 3 Dan Bar-On und Oron Sela, «Der Teufelskreis: Bezug zur Wirklichkeit gegen Bezug zum Holocaust bei jungen Israelis», Forschungsbericht, Ben Gurion-Universität, Institut für Verhaltensforschung, 1990, S. 39
- 4 Mosche Kazav, 14. März 1978, KP, LXXXII:205s
- 5 Menachem Begin, 20. Juni 1977, KP, LXXX:65
- 6 Begin, 20. Juni 1979, KP, LXXXIV-LXXXVI:311s, 3126
- 7 Gerschon Jakobson, «Vor der UN-Vollversammlung zerriss Herzog die Verurteilung des Zionismus in der Luft», Jedit Acharonot, 11. Nov. 1977, S. 1

- 8 Menachem Begin, 20. Nov. 1977, KP, LXXXI:463
- 9 Dov Schilansky, 27. Sept. 1979, KP, LXXXIII:403, vgl. auch KP, LXXXIII:38000 (parlamentarische Anfrage Nr. 2059)
- 10 Gideon Alon, «Begin: Wenn der Irak wieder einen Atomreaktor baut, werden wir dagegen vorgehen», Haarez, 10. Juni 1982, S. 1
- 11 Menachem Begin, 2. April 1951, KP, VIII:1548
- 12 Menachem Begin, 1. Sept. 1977, KP, LXXX:752; auch 14. Aug. 1977, KP, LXXX:674
- 13 Arieh Naor, Die Regierung im Krieg: Wie die israelische Regierung während des Libanon-Krieges 1982 funktionierte, Tel Aviv 1986, S. 47 ff
- 14 Menachem Begin, 29. Juni 1982, KP 10, II:2973
- 15 Berichte des Untersuchungsausschusses über die Ereignisse in den Flüchtlingslagern von Beirut, 1983, S. 55
- 16 Menachem Begin, 18. Juni 1982, KP 10, II:2747
- 17 Arieh Zimuki, «Begin zu Reagan: Ich fühle mich, als hätte ich die Armee nach Berlin geschickt, um Hitler in seinem Bunker zu vernichten», Jedioth Acharonot, 3. Aug. 1982, S. 1
- 18 Amos Oz, «Hitler ist schon tot, Herr Ministerpräsident», Jedioth Acharonot, 21. Juni 1982, S. 6
- 19 Herzl Rosenblum, «Kindisches Geplapper», Jedioth Acharonot, 2. Juli 1982, S. 2
- 20 «Prof. Leibowitz nennt die israelischen Besatzer im Libanon Judeo-Nazis», Jedioth Acharonot, 21. Juni 1982, S. 7
- 21 Lili Galili, «Die Direktion von Yad Vashem verbietet Hungerstreik auf ihrem Gelände», Haarez, 13. Aug. 1982, S. 3
- 22 Hanoach Bartov, «Außer Rand und Band», Maariv, 11. Jan. 1983, S. 5. Vgl. auch Jehiam Weitz, «Sturm im Wasserglas», Dawar, 10. Jan. 1983, S. 5
- 23 Boas Evron, «Der Holocaust: Eine Gefahr für die Nation», Iton 77 21 (Mai–Juni 1980), S. 12 ff; auch Jehuda Bauer, «Ein Versuch der Klärung», Iton 77 22–23 (Nov.–Dez. 1980) S. 36 ff
- 24 Jair Zaban, 21. Febr. 1983, KP, C:1423 ff
- 25 Mosche Dajan, 5. Juli 1978, KP, LXXXIII:3391
- 26 Joram Aridor, 23. Nov. 1977, KP, LXXXI:499
- 27 Menachem Begin, 3. Juni 1981, KP, XCI:2896 ff; vgl. auch Amnon Rubinstein, 3. Juni 1981, KP, XCI:2894
- 28 Begin, 9. Juli 1979, KP, LXXXIV–LXXXVI:3391
- 29 Johanan Meroz, War es umsonst?, Tel Aviv 1988, S. 67

23. «Tief in unserem Herzen»

- 1 Meir Kahane, Die Splitter in euren Augen, Jerusalem 1980
- 2 Jair Kotier, Heil Kahane, Tel Aviv 1985, S. 292ff; UOG, 742/84, Urteil, 31. Okt. 1985; vgl. auch Erstinstanzliches Gericht von Tel Aviv-Jaffa, Zivilsache 43860/90, Meir Kahane gegen Jizchak Lior u.a. (im Besitz des Autors); UOG, Bd. 39 (2), S. 302 und Bd. 42 (2), S. 197
- 3 Über Rassismus unter Schulkindern und die diesbezüglichen Mängel des Bildungssystems: KP, 2. Jan. 1985, C:i,O23ff; Bericht des Van Leer-Instituts über die Gefahr des Extremismus unter Jugendlichen: 26. Juni 1985, KP, CII:3132, «In der Folge der Umfragen: nicht demokratische Hysterie, sondern nüchterne zionistische und politisch-militärische Geschichte»; 2. Dez. 1985, KP, CVI, S. 688 ff. Vgl. auch Forschungsinstitut Dahaf und Van-Leer-Institut, Die politische und soziale Einstellung bei Jugendlichen, 1987
- 4 Haike Grossman, 25. Nov. 1986, KP, CVI:397
- 5 29. Juli 1985, KP, CII:3751; 31. Juli 1985, KP, CII:3865, 3898
- 6 Tonband-Interview mit Oberst Ehud Praver, 15. Juni 1990
- 7 Israelische Verteidigungsarmee, Ausbildungskorps, Richtlinien für den Kommandanten, 5. Mai 1986, zitiert mit Genehmigung des IDF-Sprechers
- 8 Israelische Verteidigungsarmee, Ausbildungskorps, «Auf der Tagesordnung», 26. April 1987, zitiert mit Genehmigung des IDF-Sprechers
- 9 Praver-Interview
- 10 Dan Sagir, «Im Bataillon wusste man, dass wir ein Todeskommando waren», Haarez, 31. Juli 1989, S. 11
- 11 Uzi Baram und Jizchak Rabin, 2. Aug. 1989, KP 12,113616
- 12 Siehe z.B. Gerschom Schocken, 2. Jan. 1956, KP, XIX (2): 685
- 13 Tom Segev, «Der Fall Mohammed Abu Wardi», Koteret Raschit 203 (22. Okt. 1986), S. 11
- 14 Ori Nir, «Die Zivilverwaltung verbot Auslieferung von Al-Fajr wegen antisemitischer Karikatur», Haarez, 18. Sept. 1988, S. 2
- 15 Zvi Harel, «Moledet erstattet Verleumdungsanzeige gegen Dawar», Haarez, 26. Juli 1989, S. 5; «Internationale Konferenz»

- (Anzeige), Maariv, 30. Okt. 1988, S. 2; «Entschuldigung», Maariv, 31. Okt. 1988, S. 18
- 16 Zeev Sternhell, «Banai, Struzman, Farago», Hadaschot, 2. Juni 1986, S., 11
- 17 «Nein zum gelben Stern», Hadaschot, 2. Juni 1989, S. 2
- 18 Dan Almagor, «Ich bedauere», Jeruschalaim (Jediot Acharonot), 16. Dez. 1988, S. 23
- 19 Doron Meiri, «Ich dachte an den Boykott der Deutschen gegen die Juden», Hadaschot, 27. Nov. 1990, S. 8; Militärgerichtshof M/1/90, Oberster Anklagevertreter am Militärgericht gegen Oberst Jehuda Meir, Urteil, S. 13 (im Besitz des Autors)
- 20 «Israel has Room for All», Newsweek, 17. Okt. 1988, S. 64; Jerah Tal, «Wir gewöhnen uns allmählich daran: eine gefährliche Verdrängung», Haarez, 11. Okt. 1988, S. 2; Aharon Megged, «Ohne Wahrheit», Haarez, 14. Okt. 1988, S. C 3; David Avidan, «Sagt es nicht Gath», Hadaschot Schel Schabbot, 14. Okt. 1988, S. 23
- 21 Sidra DeKoven Esrahi, «Aharon Appelfeld: The Search for a Language», in Jonathan Frankel (Hg.), Studies in Contemporary Jewry, 1984, I:366
- 22 Dalia Rabikowitz, «Man tötet ein Baby nicht zweimal», Wahre Liebe, Tel Aviv 1987, S. 64
- 23 Roli Rosen und Ilana Hammerman, Dichter schreiben keine Gedichte, Tel Aviv 1990; vgl. auch Hannah Jaoz, «Hebräische Holocaust-Literatur als historische und transhistorische Literatur», Eked 1980; Avraham Hagorny-Green, «Der Holocaust in unserer Dichtung», Eked 1970
- 24 Art Spiegelman, Maus, Reinbek b. Hamburg, 1992
- 25 Stan Johnson, «Erstmals Debatte über Antisemitismus und den Holocaust in der Sowjetunion», Maariv, 27. Sept. 1961, S. 1
- 26 Noah Klieger, «Nicht ›irgendein Buch›», Jediot Acharonot, 18. Aug. 1988; Joram Harpaz, «Schießen Sie nicht auf den Übersetzer», Kol Hair, 28. April 1989, S. 31; Mosche Zimmerman und Oded Heilbrunner (Hg.), Ein Kapitel aus Hitlers «Mein Kampf», Jerusalem 1992
- 27 Mosche Nissim, 25. Juni 1985, KP, CI:3061
- 28 Der Staat Israel gegen Iwan John Demjanjuk, Prozeßprotokoll, 2. März 1987, S. 1065 ff (im Besitz des Autors)
- 29 Der Staat Israel gegen Iwan John Demjanjuk, Urteil, 18. April

1988, S. iff (im Besitz des Autors). Siehe auch Tom Teichholz, *The Trial of Ivan the Terrible* (New York 1990); Wilhelm L. Wagenaar, *Identifying Ivan* (Cambridge 1989)

30 Israel gegen Demjanjuk, Urteil, S. 9

24. *«Holocaust und Heldentum»*

- 1 Avraham Levinson, Beratung über die geplante Diaspora-Gedenkstätte, 4. Juni 1945, TVA, Behälter YV/i-YV/9 (Akte 14); Vgl. auch das von Yad Vashem organisierte Symposion, 10. Juni 1956, NA, AM, 2388/16
- 2 Jizchak Arad in einem Tonband-Interview mit dem Autor, 12. Mai 1990
- 3 Avraham Schlonsky, «Gelöbnis», in *Gedichte*, Tel Aviv 19/i, IV: 84
- 4 Arieh Leon Kokobi, «Das kriminelle Land gegen die moralische Gesellschaft», *Jediot Yad Vashem*, 31 (Dez. 1963), S. 1 ff
- 5 Nahum Goldman an die Exekutive von Yad Vashem, 1. Febr. 1956, Protokoll, NA, AM, 2388/16
- 6 Chaim Ben-Ascher, 27. März 1950, KP, IV:1158; Generalstaatsanwalt gegen Adolf Eichmann, Urteil, Jerusalem 1962, S. 189 ff; Gesetz zum Andenken an den Holocaust und die Helden (undatierter Entwurf), NA, AM, 2377/15/A; vgl. auch Jaakov Rosenthal, «Yad Vashem: Erinnerung an die Märtyrer und Gesetzgebungsversuche», *Haarez*, 13. April 1953, S. 2; Israel Gutman (Hg.), *Die Enzyklopädie des Holocaust*, Berlin 1993
- 7 D. Z. Pinkas an EJA, 4. Sept. 1946, ZZA, S. 261326; «Asche polnischer Märtyrer in Tel Aviv bestattet», *Haarez*, 12. Sept. 1946, S.4
- 8 Jaakov Zerubavel und Berl Loker in der EJA, 26. Juni 1949, ZZA
- 9 Josef Gorny, *Die Suche nach der kollektiven Identität*, Tel Aviv 1986, S. 106
- 10 Chaim Guri, «Aus jenem Feuer», in: *Auswahl für den Gedenktag für Holocaust und Heldentum*, Jerusalem 1975, S. 60
- 11 Mordechai Schenhabi, Eingabe an das Hauptbüro des Jüdischen Nationalfonds, 10. Sept. 1942, und ähnliches Material (1942-1945), Haschomer-Hazair-Archiv (Schenhabi-Archiv), 4-1-F; vgl. auch YVA, YV/1-YV/9 und YV/10-YV/19;

- Jehuda Koren, «Um das Feuer weinen», Dawar Haschawua, 29. Aug. 1986, S. 8 ff; ebenda, 5. Sept. 1986, S. 6 ff
- 12 Schenhabi-Eingabe
- 13 Memorandum der Sitzung mit dem Haschomer-Hazair-ZK, 18. Juni 1946, YVA, YV/1–YV/9 (Akte A)
- 14 Grundlage für die Planung eines Gedenkberges, 8.–9. April 1956, NA, AM, 2388/16
- 15 Mordechai Schenhabi, Notizen, 14. Aug. 1944, 21. Aug. 1944, YVA, YV/1–YV/9 (Akte A)
- 16 Schenhabi-Eingabe
- 17 David Ben Gurion an Avraham Granot, 21. April 1952, BGA, Korrespondenz
- 18 Mordechai Schenhabi an Granot, 6. Nov. 1951; Yosef Weitz u. a. an Hauptbüro des Jüdischen Nationalfonds, 3. Febr. 1953, YVA, YV/1–YV/9 (Akte X); vgl. auch Schenhabi an Abba Houschi, 21. Okt. 1954, NA, AM, 2388/15/A
- 19 «Yad Vashem, Gedenkprojekt für die vernichtete Diaspora», 2. Mai 1945, YVA, YV/10–YV/19 (Akte II)
- 20 «Yad Vashem», Publicity-Broschüre, 1. März 1948, NA, AM, 2388/15/A; Waad-Haleumi-Diskussionen, YVA, YV/1–YV/9 (Akte 14); Yad-Vashem-Konferenz (13. Juli 1947), Behälter YV/10–YV/19 (Akte I); siehe auch Beschlüsse der ZZA-Tagung, 1326 S/26
- 21 «Yad Vashem»: Elemente des Plans (undatiert), YVA, Behälter YV/10–YV/19 (Akte II)
- 22 Ben-Zion Dinur an David Ben Gurion, 3. April 1953, NA, MPA, 5564/2
- 23 Yad Vashem an die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit im Außenministerium, 6. Jan. 1954, NA, AM, 2388/15/A; vgl. auch 2520/13/A; Abt. für Öffentlichkeitsarbeit an israelische Delegationen im Ausland, 24. März 1953, NA, AM, 2388/15/A
- 24 BGT, 26. Juni 1951
- 25 Korrespondenz mit Experten für internationales Recht, Korrespondenz mit David Ben Gurion und Mosche Sharett, Stellungnahmen von Rechtsanwälten und Bericht des Feinberg-Ausschusses, YVA, Direktionsarchiv, Bd. 1950–1952; Gesetzentwurf, Stellungnahme Robinson und weitere Korrespondenz, NA, AM, 2388/15/A; vgl. auch 2388/16
- 26 Ben-Zion Dinur in der Yad-Vashem-Exekutive, 1. Febr. 1956,

- NA, AM, 2388/16. Vgl. auch Hannah Zeifeld, «Die Anfänge des Begriffs Schoah», Masua 15 (1987), S. 101 ff
- 27 Dinur, 12. Mai 1953, KP, XIV:1310 ff. Vgl. auch Gesetz zum Andenken an Holocaust und Heldentum, 1953, undatiertes Entwurf, NA, AM, 2388/15/A
- 28 12. Mai 1953, KP, XIV:1310 ff; 18. Mai 1953, XIV:1331 ff; 19. Aug. 1953, XIV:2402 ff
- 29 12. April 1951, KP, IX:1655 ff
- 30 Mapai-Sekretariat, 20. März 1953, AA 24/53
- 31 Mordechai Nurok u. a., 18. Juni 1958, KP, XXIV:2118 ff
- 32 Gesetz über den Gedenktag für Holocaust und Heldentum, 10. März 1959, KP, XXVI:1385
- 33 Baruch Asania u. a., 8. März 1961, SPK, XXXI:1264 ff, 1300 ff, 1504 ff, 1590
- 34 Aharon Jadlin, 13. März 1961, KP, XXXI:1313
- 35 Schlomo Schamgar, «Neonazi-Banden randalieren in Berlin», Jedit Acharonot, 22. April 1990, S. 2
- 36 Avieser Golan, «Das Treffen in Paris», Jedit Acharonot, 2. Mai 1989, S. 2
- 37 Auswahl für den Gedenktag für Holocaust und Heldentum, S. 12 ff
- 38 Anträge, 2. Aug. 1977, KP, LXXX:564 ff
- 39 Mosche Kol an die Verwaltung von Yad Vashem, 1. Febr. 1956, NA, AM, 2388/16
- 40 Gideon Hausner, Zorach Warhaftig, 16. Dez. 1968, KP, LIII:698; vgl. auch S. Z. Kahane an Zeev Scharef, 7. Juni 1956, NA, AMP, 5564/2; Judith T. Baumel, Eine klagende Stimme: Der Holocaust und das Gebet, Ramat Gan 1992; Menachem Friedman, «The Haredim and the Holocaust», The Jerusalem Quarterly Nr. 53 (Winter 1990), S. 115 ff
- 41 Ot Vaed, undatierte und nicht gekennzeichnete Publicity-Broschüre (im Besitz des Autors)
- 42 Meir Dvorzetzki, Avraham Granot und Jizchak Gruenbaum in der Yad-Vashem-Exekutive, 16. Juli 1954, NA, AM, 2388/15/A

25. *«Der Rest des Lebens mit Monik und Frieda»*

- 1 Zitiert in Nili Keren, «Der Einfluss der Meinungsmacher und der Holocaustforschung auf die Entwicklung der Bildungsdebatte und den Holocaust-Unterricht in Höheren Schulen und die nicht-schulische Erziehung in Israel, 1948-1981», Dissertation an der Hebräischen Universität 1985, S. 29
- 2 Jizchak («Antek») Zuckerman, *Jene sieben Jahre*, Tel Aviv 1990, S. 304ff
- 3 Margaret Larkin, *Und die Sonne stand nicht still*, Tel Aviv 1984
- 4 Meir Dvorzetzki im Verwaltungsrat von Yad Vashem, 13. Dez. 1954, YVA, Archiv der Verwaltung, Bd. 1953-1955
- 5 Nili Bornstein, *Ich möchte warten*, Tel Aviv 1973, S. 27; Dina Vardi, *Die Gezeichneten: Gespräche mit der zweiten Holocaust-Generation*, Jerusalem 1990; Aaron Hass, *In the Shadow of the Holocaust*, Ithaca 1990; Amnon Neustadt, *Israels zweite Generation*, Berlin-Bonn 1987; Dan Bar-On und Oron Sela, *Psychosoziale Auswirkungen des Holocaust auf die zweite und dritte Generation*, Beerschewa 1991
- 6 Zvika Dror (Hg.), *Berichte von 96 Mitgliedern des Kibbuz Lochamei Hagetaot*, Tel Aviv 1984
- 7 Ebenda, 1:13 ff
- 8 Gesetzantrag zum Verbot von Nazi-Symbolen und Nazi-Begriffen, 19. Febr. 1986, KPn, II:798 ff; Gesetz zum Andenken an Holocaust und Heldentum (Zusatz betr. die symbolische Staatsbürgerschaft für nichtjüdische «Gerechte»), 14. Jan. 1985, KPn, 1:1152; 25. März 1985, S. 2156; Ankündigung des Justizministers über eine Belohnung von 1 Million Dollar für denjenigen, der Mengele der israelischen Justiz zuführt, 7. Mai 1985, KPn, L2374; Meir Kahane, 11. Juni 1986, KP, CVII:3067
- 9 Debatte zum 40. Jahrestag des Sieges über Nazi-Deutschland und seine Marionetten, 6. Mai 1985, KPn, I:2367ff; Gesetz zum Andenken an Holocaust und Heldentum (Zusatz), Antrag, 19. Febr. 1985, KPn, L1712; Auslieferung von Erzbischof Tarifa an Israel, 21. Jan. 1985, KP n, II: 1276ff
- 10 Israelis beantragen deutsche Staatsbürgerschaft, 13. Febr. 1985, KP, CII:2767ff; Zustimmung des Kabinetts zum Deutschlandbesuch des Präsidenten, 3. Dez. 1986, KP, CVL570
- 11 Hans Modrow an Jizchak Schamir, 2. März 1990; Erklärung des

- ostdeutschen Parlaments, 23. April 1990 (vollständiger Text im Besitz des Autors, zitiert mit Genehmigung des Ausenministeriums)
- 12 Michael Handelsaltz, «Nur das israelische Symphonieorchester kann und sollte den Boykott brechen», *Haarez*, 12. April 1990, S.A5
- 13 «Die Revolution und ihre Gefahren», *Maariv*, 12. Nov. 1989, S. 14; Jeschajahu Ben-Porat, «Gegen die Vereinigung Deutschlands», *Jediot Acharonot*, 12. Nov. 1989, S. 2; Jeschajahu Ben-Porat, «Nein zu einem vereinten Deutschland», *Jediot Acharonot*, 29.NOV. 1989, S. 2; «Israel und die Wiedervereinigung Deutschlands», *Haarez*, 20. Febr. 1990, S.Bi; «Eine neue Macht», *Maariv*, 2. Okt. 1990, S. 12; Dov Genihovski, «Die Wiedervereinigung Deutschlands», *Jediot Acharonot*, 2. Okt. 1990, S. 2; «Parlamentspräsident: Das jüdische Volk sollte in Sack und Asche gehen», *Maariv*, 3. Okt. 1990, S. 1; «Parlamentspräsident: Für uns ist dies ein Tag der Trauer», *Jediot Acharonot*, 3. Okt. 1990, S. 1; Bronia Klebansky, «Wir sollten die Wiedervereinigung Deutschlands mit Besorgnis betrachten» (Leserbrief), *Haarez*, 23. März 1990, S. 89; «Parlamentspräsident: Übertragung des Rockkonzerts aus Deutschland: Rücksichtslos und plump», *Jediot Acharonot*, 20. Juli 1990, S. 8
- 14 Schaul Ben-Chaim, «Aussenminister Arens in Bonn: Wir haben absolutes Vertrauen zu dem wiedervereinigten Deutschland», *Maariv*, 16. Febr. 1990, S. 3; vgl. auch «Minister Arens' Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands ist eine Versündigung an der Geschichte und eine Verhöhnung des Holocaust», *Maariv*, 16. Febr. 1990, S. 1; Akiva Eldar, «Arens dementiert», *Haarez*, 18. Febr. 1990, S. A3
- 15 «Was die Öffentlichkeit über die Wiedervereinigung Deutschlands denkt», *Jediot Acharonot*, 6. Juli 1990, S. 1. Vgl. auch *Der Spiegel-Spezial*, Nr. 2 (1992), S. 61 ff

26. *«Was gibt es da zu verstehen?
Sie sind gestorben, und das war's»*

- 1 Chaim Nachman Bialik, «Auf der Schwelle zum Gebetshaus», Gesammelte Werke von C. N. Bialik, Tel Aviv 1941, S. 7
- 2 Schmu'el Cracowski, «Gedenkprojekte und Gedenkinstitutionen von Überlebenden», in: Israel Gutman, Adina Drechsler (Hg.), Der Rest, 1944-1948, Jerusalem 1991, S. 351 ff
- 3 Beschlüsse der Kommission zur Erforschung von Holocaust und Heldentum, 13.-14. Juli 1947, ZZA, 1326 S 26
- 4 Gesetz zum Andenken an die Holocaust-Märtyrer und Helden, Yad Vashem, 1953, KP, XIV12455
- 5 Avraham Wine, «Memorial Books as a Source for the Study of the History of the Jewish Community in Europe», Yad Vashem, Collection of Studies on the Holocaust and Heroism, Band IX (1973), Seite 209 ff; Jack Kugelmass und Jonathan Boyarin, From a Ruined Garden: The Memorial Books of Polish Jewry, New York 1984
- 6 Natan Alterman, «Die Stadt fällt», in: Gedichte von einst, Tel Aviv 1972, S. 220
- 7 Ka-Zetnik, Der Konflikt, Tel Aviv 1975, ¹⁷⁴
- 8 Pinchas Scheinman, 14. März 1978, KP, LXXXII:205c
- 9 Gesetzantrag zum Verbot, den Holocaust zu leugnen, 15. Juli 1985, KP, C:3452ff; CVIII:3533, 3479
- 10 Strafgesetzbuch (Angriffe auf Religion und Tradition), Paragraph 173, in: Eliahu Winograd (Hg.), Dinim, XXI:9336
- 11 William L. Shirer, The Rise and Fall of the Third Reich, New York 1960 (dt.: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Köln 1971); Hermann Rauschning, Gespräche mit Hitler, Zürich-Wien-New York 1940, Tel Aviv 1940; Alan Bullock, Hitler. A study in tyranny, London 1952 (Hitler: Eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1953; Tel Aviv 1974); Joachim Fest, Hitler: Eine Biographie, Frankfurt-Berlin-Wien 1973. Vgl. auch Uri Avneri, Die Swastika, Tel Aviv o. D.
- 12 Hannah Arendt, Adolf Eichmann, Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964; Raul Hilberg, The Destruction of European Jewry, Chicago 1961; Isaiah Trunk, Judenrat, Jerusalem 1979; Ruth Bondi, Edelstein gegen die Zeit, Tel Aviv 1981; Jehoschua Sobol, Ghetto, Tel Aviv 1984

- 13 Gabriel Bach in einem Tonband-Interview mit dem Autor, 17. Mai 1990
- 14 Israel Gutman und Gideon Greif (Hg.), *The Holocaust in Historiography: Lectures and Discussions at the Fifth International Conference of Holocaust Researchers*, Jerusalem 1978
- 15 S. Salomon, *The Zionist Crimes in the Destruction of the Diaspora*, 1988 vom Autor verlegt
- 16 Dina Porat, *Die Führung in der Falle*, Tel Aviv 1986, S. 493
- 17 S. B. Beit-Zwi, *Zionismus nach Uganda und die Krise des Holocaust*, Tel Aviv 1977
- 18 Yosef Avner, Avraham Kuschner und Tom Segev, «Gespräche zwischen Nizoz und Ben Gurion», *Nizoz*, 28. April 1968, S. 2
- 19 Uriel Reingold, «Ich wähle? Ich kann nicht anders», *Lamerhav*, 25. April 1968, S. 3
- 20 David Ben Gurion, *Israel – Die Geschichte eines Staates*, Frankfurt 1973
- 21 Hansi Brand in einem Interview mit dem Autor, 30. Aug. 1990
- 22 Motti Lerner, *Kastner*, Tel Aviv 1988; Ben-Ami Feingold, *Der Holocaust im hebräischen Drama*, Tel Aviv 1989
- 23 Gerhard Riegner in einem Tonband-Interview mit dem Autor, 23. Juni 1989
- 24 Joel und Hansi Brand, *Der Teufel und die Seele*, Tel Aviv 1960; vgl. auch «Joel Brand als Botschafter der zum Tode Verurteilten», Tel Aviv 1957; Amos Elon, *Die Stunde Null*, Tel Aviv 1980
- 25 Vgl. auch die Absicht der polnischen Regierung, ein katholisches Kloster in Auschwitz zu errichten, parlamentarische Anfrage Nr. 1970, 8. April 1986, KP, CVII:2589; Anträge, 28. Mai 1986, KP, CVII:2842ff
- 26 Walter Laqueur und Richard Breitman, *Der Mann, der das Schweigen brach – Wie die Welt vom Holocaust erfuhr*, Frankfurt-Berlin 1986; Walter Laqueur, *Was niemand wissen wollte – Die Unterdrückung der Nachrichten über Hitlers «Endlösung»*, Frankfurt 1981

27. «Wenn du einen Friedhof siehst»

- 1 «Die Sieben Zwerge von Auschwitz», Haarez, 19. Juli 1949, S. 1
- 2 Bilha Noy, Der Holocaust in israelischen Grundschulen in den vierziger und fünfziger Jahren – Schulabsolventen erinnern sich, unveröffentlichtes Manuskript, zitiert mit Genehmigung des Autors
- 3 Nili Keren, «Der Einfluß der Meinungsmacher und der Holocaustforschung auf die Entwicklung der Bildungsdebatte und den Holocaust-Unterricht in Höheren Schulen und auf die nicht-schulische Erziehung in Israel, 1948–1981», Dissertation an der Hebräischen Universität 1985», S. 31 ff; vgl. auch Anita Shapira, Land und Macht, Tel Aviv 1992, S. 485
- 4 Gabriel Bach in einem Tonband-Interview mit dem Autor, 17. Mai 1990
- 5 Keren, «Einfluß», S. 71 ff; vgl. auch Debatte über «jüdisches Bewußtsein» im Schulunterricht, 4. März 1958, KP, XXIII:504
- 6 Zitiert in Keren, «Einfluß», S. 143
- 7 Ebenda, S. 35
- 8 Ruth Firer, Agenten der Lehre, Tel Aviv 1989
- 9 Zitiert in ebenda, S. 31
- 10 Ebenda, S. 35
- 11 Ebenda, S. 97 ff
- 12 Keren, «Einfluß», S. 224 ff
- 13 Ebenda, S. 196 ff
- 14 Tom Segev, «Umgang mit dem Holocaust», Haarez, Beilage, 14. Sept. 1979, S. 9
- 15 26. März 1980, KP, LXXXVIII
- 16 Diplomabschlußprüfung, im Besitz des Autors, zitiert mit Genehmigung des Ministeriums für Erziehung und Kultur
- 17 Uri Farago, «Holocaust-Bewußtsein unter israelischen Schülern: 1983», Dapim Leheker Tekufat Haschoah, Sammlung C, Tel Aviv 1983, S. 178
- 18 Amos Oz, Im Lande Israel, Frankfurt 1984, S. 184 f
- 19 Diskussionsgrundlagen zum Thema des gläubigen Juden im Holocaust und danach, Veröffentlichung von Ot Vaed; vgl. auch Der Glaube im Holocaust: Eine Untersuchung über die Bedeutung des Holocaust aus jüdisch-religiöser Sicht, Jerusalem 1980

28. *«Was hat es in mir ausgelöst?»*

- 1 Ich suche meine Brüder: Jugendreisen nach Polen, Jerusalem (Ministerium für Erziehung und Kultur) 1990
- 2 Ebenda, S. 61 ff; Freitagabend-Gebete in Krakau, Jerusalem (Ministerium für Erziehung und Kultur), S. 38
- 3 Jemima Avidar-Tschernowitz und Mira Lube, Zwei Freunde auf dem Weg, Tel Aviv 1972
- 4 Abba Kovner «Meine kleine Schwester», zitiert in: Natan Gross, Itamar Jaoz-Kaset und Rina Klinov (Hg.), Der Holocaust in der hebräischen Dichtung: eine Auswahl, Jerusalem 1984, S. 184
- 5 Schabtai Teveth, «Schnappschüsse: Russland, Polen», Haarez, 31. Aug. 1990, S. B4; vgl. auch ders. «Wem gehört Auschwitz?», Haarez, 7. Sept. 1990, S. B2; Joram Brunovski, «Erst antisemitisch, dann antipolnisch», Haarez, 7. Sept. 1990, S. 135
- 6 Jehudit Hendel, Stumme Dörfer, Tel Aviv 1987, S. 31
- 7 BGT, 18. Juni 1948
- 8 Zvika Dror, Nizanim: Der zweimal erbaute Kibbuz, Tel Aviv 1990, S. 17
- 9 Ebenda
- 10 Mira Kedar, «Lied, aus dem Feuer gerettet», Äste des Feigenbaums, Tel Aviv 1990, S. 8
- 11 Zeev Jabotinsky, «Das Lied von Betar», in: Gedichte, Jerusalem 1947, S. 25; Zeev Jabotinsky, Samson, Tel Aviv 1976, S. 271; 18. Okt. 1961, SPK, XXXII:134ff; 2.-3. Jan. 1962, S. 580ff; 9. Jan. 1962, S. 902ff
- 12 Tom Segev, «Ist das Leben lebenswert?», Haarez (Beilage), 11. Juni 1981, S. 12ff
- 13 Tom Segev, Die Soldaten des Bösen, Reinbek 1992, S. 13
- 14 Erinnerungsbroschüre über die Reise von Schülern des Ben-Gurion-Gymnasiums in Petah Tikvah nach Polen (Oktober 1989), im Besitz des Autors
- 15 Elieser Lidowski in einem Interview mit dem Autor, 13. Juli 1989; vgl. auch Aussage Lidowski, Hebräische Universität, Institut für jüdische Zeitgeschichte, Abt. für mündliche Dokumentation, 62 (4); Elieser Lidowski, Und der Funke flog nicht, Tel Aviv 1986
- 16 Dan Bar-On und Oro Sela, Der Teufelskreis, S. 58
- 17 Ebenda
- 18 Jehuda Elkana, «Für das Vergessen», Haarez, 16.3. 1988, S. 18

- 19 Nili Keren, «Für das Lernen», Haarez, 16. März 1988, S. 18; Nira Feldman, «Für das Erinnern», Haarez, 23. März 1988, S. 13; Jisrael Eldad, «Der Holocaust des Vergessens», Haarez, 14. April 1988, S. 9; vgl. auch Politika, Nr. 8, Juni-Juli 1986
- 20 Jehudit Hendel, Stumme Dörfer, S. 60
- 21 Mosche Dajan, Meilensteine, Tel Aviv 1976, S. 191
- 22 Ankündigung des Zentrums für die Bewahrung des jüdischen Heldentums, Haarez, 29. Jan. 1991; vgl. auch «Ohne den roten Teppich» (Leitartikel), Haarez, 25. Jan. 1991; Jehiam Weitz, «Ja, auch uns ist es passiert», Dawar, 25. Jan. 1991, S. 18; Gideon Alon, «Tägliches Interview mit Miriam Zeiger», Haarez, 27. Jan. 1991; S.A2; Lili Galili, «Umfrage: 50Prozent der Einwohner von Tel Aviv und Haifa stehen Ängste aus», Haarez, 28. Jan. 1991, S.A3; Anat Meidan, «Holocaust-Überlebende und die Gasmaske», Hadaschot, 5. Febr. 1989, S. 20; Jürgen Keil, «Wie fühlen Sie sich als Deutscher?», Haarez, 21. Febr. 1991, S.B2
- 23 Noah Klieger, «Warum nicht?», Jediot Acharonot, 7. Okt. 1990, S. 20

Epilog

- 1 Jossi Peled in einem Tonband-Interview mit dem Autor, 2. Juli 1990
- 2 Zitiert in: Die Geschichte des Unabhängigkeitskrieges, Vorwort von David Ben Gurion, Tel Aviv 1959, S. 272
- 3 Jossi Peled an Chaim Guri, 18. Dez. 1985 (Kopie im Besitz des Autors), zitiert mit freundlicher Genehmigung von Jossi Peled und Chaim Guri
- 4 Jizchak Rabin in Dachau, 8. Sept. 1987 (kompletter Text im Besitz des Autors), zitiert mit freundlicher Genehmigung des Verteidigungsministeriums
- 5 Natan Alterman, «Das Silbertablett», Die siebente Spalte, Tel Aviv 1977, L154
- 6 Ehud Barak in Auschwitz, 7. April 1992 (kompletter Text im Besitz des Autors); zitiert mit freundlicher Genehmigung des Stabschefs
- 7 Jizchak Schamir in Jerusalem, 6. Juli 1972 (kompletter Text im Be-

sitz des Autors), zitiert mit freundlicher Genehmigung des Ministerpräsidentenamtes

- 8 Nahum Rackover, *Das jüdische Recht in der Gesetzgebung der Knesset*, Jerusalem 1988
- 9 Uri Farago, «Holocaust-Bewusstsein bei israelischen Oberschülern 1983», *Dapim Lecheker Takfat Haschoah*, Sammlung, Tel Aviv 1984, S. 159ff
- 10 Jair Oron, *Die jüdisch-israelische Identität*, Tel Aviv 1992, S. 58
- 11 Oded Peled, *Briefe nach Bergen-Belsen*, Tel Aviv 1978, S. 7
- 12 Zeidan Atschi und Menachem Begin, 3. Juni 1981, KP, XCI:2897

Abkürzungsverzeichnis

AA	Archiv der Arbeiterbewegung, Tel Aviv
AAP	Archiv der Arbeiterpartei, Bet Berl, Zofit
AM	Aussenministerium
AMD	Abteilung für mündliche Dokumentation
BGA	Ben-Gurion-Archiv, Sde Boker
BGT	Ben-Gurion, Tagebuch, im BGA
DAPSI	Dokumente zur Aussenpolitik des Staates Israel (Jerusalem: Nationalarchiv)
EJA	Exekutive der Jewish Agency, beim ZZA
EK	Exekutivkomitee
JHOG	Jediot Hitachdut Olej Germania /Mitteilungsblatt der Hitachdut Olej Germania, das zweisprachige Mitteilungsblatt des Verbandes der deutschen Einwanderer. Der Name änderte sich mehrfach und bezog zeitweise auch österreichische Immigranten mit ein. Die Artikel wurden auf Hebräisch und Deutsch veröffentlicht
KP	Knesset-Protokolle (von der Zehnten Knesset an; d.h. KP io usw.)
MPA	Ministerpräsidentenamt
NA	Nationalarchiv, Jerusalem
NGA	Nahum-Goldmann-Archiv, im ZZA
PA	Private Akte, für Forschung nicht zugänglich
PK	Politisches Komitee
SD	Staatsdruckerei, Jerusalem
UBG	Urteilsbegründungen der Bezirksgerichte (Jerusalem, Justizministerium)
UOG	Urteilsbegründungen des Obersten Gerichtshofes (Jerusalem, Justizministerium)
YVA	Yad-Vashem-Archiv
ZK	Zentralkomitee
ZZA	Zionistisches Zentralarchiv, Jerusalem

Namenregister

- Abramowitz, Moschele 582
Abs, Hermann 310, 311, 418, 422
Acheson, Dean 310
Achimeier (Achimeir, Ahimeir), Abba 36, 494
Adenauer, Konrad 256, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 276, 286, 287, 289, 301, 304, 305, 306, 307, 308, 310, 311, 312, 314, 315, 321, 322, 402, 405, 416, 417, 421, 422, 423, 424, 436, 438, 449, 450, 482, 489, 490, 494, 497, 501, 502, 503, 510
Agag 279
Agnon, S. J. 113, 540
Agranat, Schimon 406, 407
Ahab 279
al-Husseini, Hadsch Amin 558, 615
Aleichem, Scholem 461
Aliav (Klieger), Ruth 159, 161, 176, 346
Allon (Alon), Yigal 419, 515
Alterman, Natan 100, 250, 283, 388, 389, 409, 424, 431, 439, 451, 466, 607, 668
Altmeier, Jacob 273
Amalek 478, 482
Amiikam, Eliahu 399
Amir, Michael 263
Amit, Meir 489, 490, 493
Amos (Prophet) 230
Anielewicz (Anielewicz), Mordechai 247, 389, 574, 585, 586, 587, 588, 589, 647
Appelfeld, Aharon 228, 244, 540
Arad (früher Rodnitzki), Jizchak 8, 539, 554, 555, 569, 577, 580, 581, 582, 583
Arafat, Jassir 525, 526, 531, 575
Aran, Salman 98, 315, 395, 504, 626
Arendt, Hannah 8, 53, 455, 472, 473, 474, 475, 476, 482, 609
Arens, Mosche 599
Argov (vorher Grabovski), Meir 207, 282, 298, 383
Ariav, Chaim 384
Arlosoroff, Chaim 32, 33, 39, 48, 353, 409
Atatürk, Mustafa Kemal 36
Atschi, Zeidan 672
Attila, 459
Auerbach, Rachel 447, 448
Augstein, Rudolf 369
Avidan, Schimon 202, 203
Avidar-Tschernowitz, Yemima 642

- Avidov, Eitan 189
Avidov (Pascha Reichmann),
Jizchak 193,194, 195,196,
198, 199, 200, 206
Avigur (Meirow), Schaul 46,
184,185, 186, 197, 220
Avner, Gerschom 262
Avneri, Uri (früher Helmut
Ostermann) 8, 368, 369, 370,
371, 372, 373, 380, 398, 411,
410, 486
Avriel, Ehud (Echud) 363, 374,
386,387
- Bach, Gabriel (Gabi) 8, 465, 609,
610
Bacon, Jehuda 480, 481
Bader, Johanan 61, 255, 292,
293, 298, 300, 301, 302, 379,
383,
Bajski, Matti 653
Balfour, Arthur James 600
Bar-On, Dan 523, 656
Bar-Yosef, Jehoschua 398
Bar-Zohar, Michael 297
Barak, Ehud 670
Barak, Aharon 534
Barenboim, Daniel 599
Barlas, Chaim 616
Barmor, Schalmi 640, 641, 642,
643, 647, 653
Baron, Salo 449
Bartov, Hanoch 200
Baru, Noah 307
Barzilai, Israel 403, 415, 492
Baschan, Zvika 592
Bastiaans, Jan 14,15,18, 20
Bauer, Fritz 429, 430, 431
Becher, Kurt 343, 355, 358, 359,
360, 361, 362, 378, 406
Bedell-Smith, Walter 395
Beethoven, Ludwig van 82
Begin, Menachem 33, 38, 45, 61,
207, 284, 286, 287, 288, 289,
290, 291, 293, 294, 295, 296,
298, 299, 300, 301, 302, 303,
316, 319, 355, 356, 382, 383,
385, 394, 403, 418, 419, 441,
463, 492, 494, 495, 496, 499,
500, 513, 515, 517, 521, 522,
523, 524, 525, 526, 527, 528,
529, 530, 531, 538, 540, 577,
630, 631, 649, 666, 672
Beilinson, Mosche 29
Beit-Zwi, S.B. 611
Ben Gurion, Paula 293
Ben Gurion, Amos 293
Ben-Aharon, Yariv 405
Ben-Aharon, Jizchak 404, 405
Ben-Elieser, Arie 297, 298,
382, 500, 516
Ben-Gabriel, Mosche Jaakov
(Eugen Höflich) 73
Ben-Gal, Michael 203
Ben Gurion, David 8, 26, 29, 33,
35, 37, 38, 40, 41, 42, 43, 44,
45, 47, 51, 59, 60, 61, 62, 73,
79, 82, 83, 84, 86, 87, 89, 98,
105, 111, 112, 115,116, 120,
121, 125, 128, 130, 131, 135,
136, 137, 140, 141, 144, 145,
146, 148, 157, 158, 159, 162,
164, 165, 166, 167, 168, 176,
177, 178, 180, 181, 184, 185,
186, 188, 206, 219, 222, 234,
239, 241, 242, 243, 245, 256,
258, 259, 269, 270, 274, 275,

- 277, 280, 282, 283, 284, 285,
286, 289, 292, 293, 294, 295,
296, 302, 307, 308, 314, 315,
319, 320, 321, 322, 337, 338,
344, 346, 347, 352, 356, 357,
358, 363, 364, 369, 374, 384,
390, 391, 392, 394, 395, 401,
402, 403, 404, 405, 410, 413,
414, 416, 417, 418, 419, 420,
421, 422, 423, 424, 430, 432,
433, 434, 435, 436, 437, 438,
444, 445, 449, 450, 455, 457,
458, 461, 462, 472, 476, 481,
482, 484, 485, 486, 487, 488,
489, 490, 491, 492, 493, 494,
495, 496, 498, 504, 509, 510,
520, 549, 563, 564, 566, 568,
569, 589, 603, 606, 609, 611,
612, 613, 614, 615, 619, 620,
623, 624, 642, 644
- Ben-Horin, Eljaschiv 263
Ben-Jehuda, Jael 504
Ben Josef, Schlomo 57
Ben-Mosche, Jehuda 486
Ben-Natan, Arthur 401
Ben-Zakkai, Johanan 408
Ben-Zwi (Ben-Zvi), Jizchak 479,
481, 482, 568, 580
Benjamin, Rabbi s. Radler-Feld-
mann, Joschua
Bergman, Schmucl Hugo 477,
478,479,480
Bergman, Ernst David 196, 487,
488
Berkowitz, Elieser 635
Berman, Avraham 572
Berschtel, Sara 9
Bevin, Ernest 179
Bialik, Chaim Nachman 152,
207, 461, 540, 600
Biton, Charlie 522
Blankenhorn, Herbert 309
Blumenfeld, Kurt 461
Blumenfrucht, Zwi 602
Bograschow, Chaim 74
Bondi, Ruth 609
Bornstein, Jehuda 592
Böhm, Franz 305, 309, 312
Böll, Heinrich 504
Brand, Joe (Joel) 130,131,132,
133,343,354,363,364,372
374, 378, 390, 408, 465, 466,
615, 616, 617, 618, 619, 621
Brand, Hansi (Hanzi, Hanzel) 8,
615, 616, 617, 618, 659
Brandt, Willy 405, 597
Breitman, Richard 622
Brenner, Giwat 334
Brenner, Schmucl 225
Buber, Martin 53, 73, 80, 113,
266, 283, 434, 475, 479, 480,
481, 485
Bulganin, Nikolai 395
Bullock, Alan 608
Canaan, Haviv 97
Chagall, Marc 460
Chaim, Hafez 461, 591
Cheruti (Heruti), Yaakow 357,
358
Chmielnicki, Bogdan 459, 460
Cholawski, Schalom 467
Chruschtschow, Nikita S. 405
Churchill, Randolph 121
Churchill, Winston 121,131,
172, 616
Clausewitz, Karl Maria von 262

- Cohen, Avraham Oded 638, 639
 Cohen, Chaim 8, 53, 351, 352,
 353, 357, 361, 373, 374, 381,
 389, 411, 430
 Cohen, Geula 477
 Cohen, Sam 32, 33
 Cohen, Schalom 368
 Cohen, Zwi Eliachu 36
 Cracowski, Schmuel 604, 624
- Dajan (Dayan), Mosche 99, 234,
 401, 403, 487, 510, 513, 515,
 518, 530, 660
 Dajan, Schmuel 234, 298
 Dali, Salvador 18
 Dan, Hillel 322
 Dante 135
 Danzig, Hillel 366
 De Valera, Eamon 36
 Demjanjuk, John (Iwan) 10,13,
 536, 541, 542-543, 544, 545,
 548, 549
 Dieckmann, Bruno 649
 Diels, Rudolf 47
 Dietrich, Marlene 505, 575
 Dinur, Daniela 17,18
 Dinur, Ben-Zion 566, 570, 571
 Dinur, Jehiel (Ka-Zetnik) 8,10,
 11,12,13,16,17,18, 20, 21,
 463, 590, 607, 650, 668
 Dinur, geb. Aschermann, Nina-
 Elia („Nike“) 17
 Disengoff, Meir 76
 Dobkin, Eliahu 65,112,133,
 162,178,187, 346, 347, 360,
 Dorner, Dalia 547
 Dostojewski, Fjodor M. 243
 Dreyer, Alfred 14
- Dreyfus, Alfred 381
 Dror, Zvika 589, 590, 591, 592,
 646
 Dschingis Khan 459
 Dulles, John Foster 572
 Dworzecki, Meir 279, 280
- Eban, Abba 263, 310, 427, 489,
 499, 500, 505, 511, 517
 Ebert, Friedrich 499
 Eckstein, Zeev 409
 Eden, Anthony 132
 Ehrlich, Zako 212
 Eichmann, Adolf (alias Ricardo
 Klement) 10, 12, 13, 14, 21,
 46, 47, 49, 126, 127, 129, 133,
 202, 203, 212, 343, 345, 351,
 354, 363, 379, 424, 425, 427,
 428, 429, 430, 431, 432, 435,
 436, 437, 438, 439, 440, 442,
 444, 445, 446, 447, 449, 451,
 452, 453, 454, 455, 456, 457,
 458, 459, 460, 462, 466, 468,
 469, 470, 471, 472, 474, 475,
 476, 477, 479, 481, 482, 484,
 505, 527, 541, 543, 544, 549,
 558, 559, 574, 579, 583, 589,
 609, 610, 615, 616, 617, 620,
 626, 631, 649, 654
 Eilat (früher Epstein), Eliahu
 563, 564
 Einstein, Albert 53, 460
 Eisenhower, Dwight 166,176,
 395
 Eitan, Walter 264, 267, 275, 527
 Eldad, Jisrael 659
 Elhanan, Rabbi Jizchak 461
 Eliahu, Rabbi 461

- Elidar, Orit 648, 653, 660
Elija 279
Elkana, Jehuda 657, 658, 659
Elon, Amos 8
Epstein, Eliahu s. Eilat, Eliahu
Erem, Mosche 444
Erlich, Jako 665
Eschkol (Schkolnik), Levi 33,
237, 267, 415, 418, 501, 502,
503, 504, 509, 511, 513, 514,
515, 520, 521
Evron, Boas 528, 529
- Falk, V. 327
Farago, Uri 632
Farouk, König 589
Feinberg, Natan 569
Feiner, Jehiel (s. auch Dinur/
Ka-Zetnik) 11
Feininger, Ofer 590
Fest, Joachim 608
Feuchtwanger, Lion 53
Feurstein, Reuven 7
Firer, Ruth 627, 628
Fischer, Maurice 270, 271, 273,
310
Fischer, Herbert 604
Fleischmann, Gisi 126, 127, 128
Fleischmann, Morris 464
Folkes, Feibl 46
Frank, Anne 623, 627
Frank, Else 349
Frank, Hans 249, 469
Fränkel, Naomi 540
Frankfurter, David 255, 256
Frankl, Victor (Viktor) 8, 649
Frederickson, David 9
Freier, Recha 225, 226, 227
Freud, Sigmund 55, 56, 57, 58,
460
Freudiger, Pinchas 365
Frick, Wilhelm 27
Friedländer, Magda 48
Friedländer, Saul 612, 614, 623,
638
Friedman, Morris S. 481
Friedmann, Tuvia 428
Frondizi, Arturo 438
Fulbright, J. William 437
- Galili, Jisrael 197
Garfield, James A. 178
Gentner, Wolfgang 489
Geutein, David Edward 406
Gielgud, John 662
Gilad (Goldman), Michael 212,
217
Ginossar, Schlomo 262
Giva 302
Globke, Hans 308, 450, 451
Goebbels, Joseph 45, 48, 348
Goethe, Johann Wolfgang von
28, 504
Goldberg, Leah 243, 480
Goldmann, Nahum 273, 275,
276, 287, 304, 305, 306, 307,
309, 310, 311, 312, 313, 314,
315, 320, 402, 424, 434, 435,
436, 496, 498, 503, 539, 580
Goldstein, Erich 88
Goldstein, Peretz 363, 364
Golomb, Eliahu 120, 121
Gordon, A.D. 461
Gorki, Maxim 243
Göring, Hermann 348
Görke, Heidi 490

- Görke, Paul 490
 Grabovski (später Argov), Meir
 201, 202, 207
 Grass, Günter 504
 Greenberg (Grienberg), Uri Zwi
 109, 394, 540
 Grossman, David 540, 638
 Grossman, Haike 122, 283, 534
 Grossman, Robert s. Gur, Dov
 Gruenbaum, Jizchak (Yitzhak)
 42, 43, 65, 66, 100, 124, 125,
 130, 138, 141, 142, 152, 250,
 325, 347
 Grüber, Heinrich 451
 Grünwald, Malkiel (Malchiel)
 341, 342, 343, 344, 350, 351,
 353, 356, 358, 365, 366, 375,
 378, 383, 384, 386, 391, 405,
 406, 407, 411
 Gur, Dov (Robert Grossman),
 172., 174, 175
 Guri, Chaim 8, 11, 212, 247, 248,
 462, 464, 469, 471, 476, 495,
 561, 665
 Gustloff, Wilhelm 256
 Günther, Hans F. K. 31
- Haarn, Achad 461
 Halamisch, Aviva 179
 Halevy, Benjamin 344, 353, 355,
 357, 358, 364, 365, 366, 375,
 376, 377, 378, 380, 381, 382,
 383, 400, 406, 407, 412, 439,
 453, 454, 466
 Hall, William 8, 482
 Hallstein, Walter 315
 Halperin, Rachel 286
 Haman 41, 459
- Hammer, Armand 542
 Harel, Ben-Zion 293
 Harel, Isser (Issel) 8, 297, 373,
 385, 386, 410, 411, 422, 424,
 429, 430, 431, 489, 490, 491,
 493, 495
 Harkabi, Jehoschafat 514
 Harris, Deborah 7
 Harrison, Earl G. 160, 161, 172
 Hartenstein, Hans 33
 Hartglass, Apolinari 137, 138
 Hasan, Jaakov 291, 292, 337,
 571
 Hasek, Jaroslav 95
 Hausner, Gideon 444, 445, 446,
 447, 448, 449, 450, 451, 452,
 456, 457, 458, 459, 460, 461,
 462, 463, 464, 465, 466, 467,
 468, 469, 470, 472, 473, 474,
 476, 480, 481, 528, 559, 579
 Hecht, Ben 387
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich
 31
 Heiden, Konrad 608
 Heifetz, Jascha 319, 320
 Heine, Heinrich 460
 Hendel, Jehudit 242, 643, 659
 Herzl, Theodor 26, 32, 136, 183,
 444, 461, 490, 553, 560, 666
 Herzog, Chaim 524, 598
 Heschin, Schneur Salman 406,
 407, 408
 Heuss, Theodor 337
 Hilberg, Raul 609
 Himmler, Heinrich 127, 133,
 134, 355, 359, 603
 Hindenburg 45
 Hiob 480
 Hiss, Alger 381

- Hitler, Adolf 23, 27, 28, 30, 36, 37, 39, 41, 44, 45, 51, 52, 66, 73, 81, 84, 88, 95, 107, 111, 134, 146, 158, 190, 207, 256, 262, 271, 289, 298, 306, 350, 356, 390, 391, 394, 395, 417, 418, 434, 439, 458, 459, 466, 486, 494, 495, 505, 512, 513, 514, 524, 525, 526, 527, 529, 531, 537, 538, 541, 603, 608, 614, 615, 616, 620, 622, 623, 636, 641, 658, 660
- Hitter, Regina 222, 223, 224
- Horowitz, David 270, 271, 273
- Hoter-Jishai, Aharon 161, 467
- Höss, Rudolf 469, 650
- Hussein, Saddam 603, 637, 641, 660
- Idelson, Beba 572
- Isserle, Moshe 655
- Itz von Mildenstein, Leopold 45, 46
- Jaari, Meir 167, 195, 196, 488
- Jabotinsky, Eri 338
- Jabotinsky, Zeev 26, 28, 29, 33, 36, 37, 38, 49, 60, 61, 111, 146, 151, 285, 290, 379, 461, 519, 648
- Jachil, Chaim 162, 163, 165, 176, 177, 189, 191, 240, 246, 496
- Jachil, Leni 518
- Jadlin, Aharon 575
- Jafeh, Jermiah 257
- Jahav, Miriam 653, 654, 655
- Jakobowitz, Hanan 210, 211, 213
- Jehoschua, A. B. 535, 539, 540
- Jensen, Hans 489
- Jeremia, 262, 393, 408
- Jewtuschenko, Jewgeni 405, 541
- Johannes der Täufer 554
- Joklik, Otto 490
- Josef, Dov 137, 269, 351
- Joselewska, Rivka 464, 470, 480
- Josephthal, Giora (Georg) 221, 304, 402
- Judas Maccabäus, 372
- Ka-Zetnik s. Dinur, Jehiel
- Kafka, Franz 477
- Kahane, Jehudit 236
- Kahane, Meir 532, 533, 534, 535, 538, 597
- Kaltenbrunner, Ernst 428
- Kaniuk, Yoram 249
- Kanowitz, Schimon Sigfried 89
- Kant, Immanuel 28, 82
- Kaplan, Elieser 267, 269, 359, 361
- Karajan, Herbert von 504, 599
- Karlebach, Asriel 74, 278, 297
- Karmi, Jisrael 201
- Karmon, Arik 630
- Kasimir der Grosse, König 654
- Kästner, Erich 504
- Kastner, Israel Rudolf (Reszo) 339, 343, 344, 345, 351, 353, 354, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 371, 373, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 383, 384, 387, 388, 390, 391, 392,

- 406, 407, 409, 410, 411, 616, 617
 Katzmann, Avi 9
 Katznelson, Berl 29, 38, 72, 73, 108, 110, 121, 123, 137, 144, 151, 355, 461, 520
 Kaul, Friedrich 450
 Kaye, Danny 399
 Kazav, Mosche 523
 Kazir, Schika 589
 Keren, Mosche 380, 381
 Kesari, Uri 153
 Kesse, Jonah 387
 Kidron, Mordechai Reginald 262
 Kipling, Rudyard 28
 Kishon, Efraim 504
 Kissinger, Henry 306
 Klein, Julius 310
 Kleinman, Mosche 205
 Klement, Ricardo s. Eichmann, Adolf
 Klieger, Noah 661
 Kohl, Helmut 531
 Kollek, Teddy 47,124, 363, 373, 387, 454, 493, 495, 619, 620
 Kook, Rabbi Zwi Jehuda 461, 635
 Korczak, Rozka 215, 216, 245, 421
 Korczak, Janusz 627
 Kovner (Kowner), Abba 152, 192,193,194,195,196,197, 198,199, 200, 202, 203, 388, 467, 501, 586, 642, 645, 660
 Kreisky, Bruno 306, 517, 531, 631
 Kroj anker, Gustav 81
 Krumej, Hermann 392
 Kurtz, Yaakov 212
 Kuschner, Avraham 9
 Kutzik (Kamelnitzki), Aharon 224
 Küster, Otto 305, 312
 Lamm, Yosef 441
 Landau, Chaim 298, 299, 315
 Landau, Mosche 454, 467
 Landauer, Georg 30, 31, 45, 82, 89, 91,304
 Lanzmann, Claude 549
 Laqueur, Walter 622
 Larkin, Margaret 589
 Lasker-Schüler, Else 53
 Laskov, Chaim 204,401,403
 Lavon, Pinchas 358
 Leibowitz, Jeschajahu 398, 482, 485, 527, 537, 635
 Lenz, Siegfried 504
 Lerner, Motti 616
 Levi, Primo 649
 Levin, Dov 546
 Levin, Jizchak Itsche Meir 141, 394, 459, 572
 Levin, Schimon 602
 Levin, Schmarjahu 461
 Lidovsky, Elieser 8, 654
 Livneh, Eliahu 260, 337
 Livneh, Elieser 514
 Lube, Mira 642
 Lubetkin, Zivia 192, 198, 218, 283, 389, 451, 467, 591, 596
 Lübke, Heinrich 421
 Lurie, Zwi 562

- MacMichael, Sir Harold 131
Maimonides 287, 556
Mann, Thomas 504
Marcus, Joel 351
Marx, Karl 303
Mayer, Saly 133
McCarthy, Joseph 572
McCloy, John 310, 312
Megged, Aharon 410
Meir (eig. Meyerson), Golda 33,
110, 121, 122, 141, 143, 149,
180, 189, 197, 223, 385, 441,
473, 491, 493, 495, 497, 517,
518
Meir, Jehuda 539
Meirow, Schaul s. Avigur,
Schaul
Mendelsohn, Erich 53
Mendelsohn, Kurt 267, 268
Mendes, Gracia 44
Mengele, Josef 18, 429, 536,
597, 633
Menkes, Yosef 409
Meridor, Eliahu 649
Meridor, Hagit 649
Meridor, Matan 649, 656
Meroz, Johanan 531
Meyerson, Golda s. Meir, Golda
Michelangelo 586
Mikunis (Maki), Schmuuel 418
Mitchum, Robert 662
Mitterrand, François 575
Moller, Hans 196
Morag, Giora 646
Morag, Maia 643
Morag (früher Samorog), Eliahu
643, 644, 646
Mordechai 372
Morse, Arthur 387
Moses 44
Mosse, George 530
Mozart, Wolfgang A. 504
Mussolini, Benito 35, 36, 306
Müller, Heinrich 429
Nabot 279
Namier, Louis 70
Namier, Lewis 263
Naor, David 503
Nasser, Gamal Abdel 394, 489,
496, 499, 510, 513, 514
Navon, Jizchak 423
Nedivi, Jehuda 76
Nero 459
Nissim, Mosche 597
Noah 380
Nordau 461
Nurok, Mordechai 256, 337,
345, 347, 418, 573, 574
O'Connor, Marc J. 544, 546,
547
Olschan, Jizchak 365, 406, 440,
453, 454
Ostermann, Ernst 268
Oz, Ada 7
Oz, Amos 526, 537, 540, 632
Palgi, Joel 122, 123, 248, 363,
364, 374, 387, 388
Pauls, Rolf 8, 500, 503
Peled, Oded 672
Peled (früher Mendelewitsch),
Jossi (Yossi) (früher Jefke,
Joseph) 8, 663, 664, 665, 666,
667, 668

- Peres (früher Perski), Schimon 8, 401, 402, 403, 414, 422, 424, 486, 489, 490, 491, 493, 494, 510, 513, 519
- Petlura (Petlure), Simon 38, 256, 459, 460
- Pilsudski, Josef 36
- Pinsker 461
- Poe, Edgar Allan 135
- Poliker, Jehuda 651
- Pontius Pilatus 468
- Porat, Dina 115, 124, 604, 610, 611, 624
- Praver, Ehud 8, 518, 519, 535
- Proskauer, Joseph M. 436, 437
- Quilala, Angela 9
- Rabikowitz, Dalia 540
- Rabin, Jizchak 241, 513, 515, 519, 666
- Radler-Feldmann (Rabbi Benjamin), Joschua 41, 114, 398
- Rafael, Gideon 262
- Rafael, Jizchak 292
- Ramon, Uri 516
- Rand, Jaakov 7
- Rapoport, Natan 555, 586, 643, 646, 647, 664
- Raschi 350
- Rasiel-Naor, Esther 503, 504, 571, 572
- Rauschning, Hermann 608
- Raveh, Jizchak 454
- Reagan, Ronald 525
- Reichmann, Pascha s. Avidov, Jizchak
- Renan, Ernest 264
- Riefenstahl, Leni 633
- Riegner, Gerhard 8, 106, 617, 620, 621, 622, 623
- Rimalt, Elimelech 289, 492, 498
- Ringelblum, Emanuel 605
- Robbins, Harald 554
- Robinson, Yaakov 568, 569
- Rodnitzki, Jizchak s. Arad, Jizchak
- Rokach, Israel 337, 383
- Rom, Avner 8
- Rommel, Feldmarschall 621
- Roosevelt, Franklin 131, 200, 616, 620
- Rosen, Pinchas (früher Felix Rosenblüth) 33, 83, 88, 89, 267, 348, 353, 357, 378, 380, 383, 411, 440, 442, 443, 453, 454, 461, 479
- Rosenberg, Eliahu 546
- Rosenblum, Herzl 526
- Rosenblüth, Felix s. Rosen, Pinchas
- Rosenfeld, Schalom 292
- Rosensaft, Yosef 246
- Rotblit, Jaakov 656
- Rotem, Simcha 219
- Rothschild, Edmond de 354
- Rothschild, Lionel Walter 600
- Rott, Egon 122
- Rubin, Hanan (Hans) 291, 293
- Rumkovski, Chaim 603
- Ruppin, Arthur 30, 31, 33, 45, 66
- Russell, Bertrand 485
- Sadat, Anwar al 521, 524
- Sadeh, Jizchak 197, 243

- Safdie, Mosche 581
Sahar (Sacharow), Jeheskel 160
Samson 205
Samuel 278, 279, 482
Saphir, Pinchas 395
Sarid, David 652, 653, 654
Saul 278,279
Schaari, David 190
Schacht, Hjalmar 255
Schadmi, Jisachar 401
Schaham, Natan 509
Schaked, Michael 544, 546
Schaltiel, David 164
Schaltiel, Elli 9
Schamir, Mosche 283
Schamir (Jesernizky), Jizchak 146, 584, 599, 619, 649, 670
Schapira, Mosche Chaim 168, 269, 514
Schasar, Salman 449, 501,606
Schäffer, Fritz 268,305
Schatzker, Chaim 630
Scheftel, Arie 279
Scheftel, Yoram 544, 545
Schemer, Dan 409
Schenhabi (Schahabi), Mordechai 144, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 569, 570, 580
Schertok, Mosche s. Sharett, Mosche
Schilansky, Dov 8,246,316,318, 319, 320, 337, 346, 358, 459, 524, 599
Schiller, Friedrich 28, 31
Schiloah, Reuven 143
Schimron, Erwin 353
Schinomowitz, Yaakov 582
Schkolnik, Levi s. Eschkol, Levi
Schlein, Malka 237
Schlonsky, Avraham 245, 283, 555
Schloss, Roslyn 9
Schmelzman, Schlomo 527
Schmidt, Helmut 530,531
Schneider, Romy 505
Schneur 461
Schneurson, Jizchak 566, 567, 580
Schocken, Gerschom 257,260, 497
Schocken, Salman 304
Scholem, Gerschom 80,475,480
Schomron, Dan 667
Schulte, Eduard 106, 621, 622
Schwadron, Genia 223
Schwammberger, Franz 212
Schwarzbart, Schalom 255, 256
Sela, Oron 523,656
Seliger, Avraham 445
Senator, Werner 64
Senesch, Hannah 122, 363, 377, 378
Senesch, Katarina 363
Servatius, Robert 454, 457, 468, 610
Shadmi, Nahum 239,240
Sharett (eig. Schertok), Mosche 33, 82, 98, 99, 105, 117, 119, 120, 121, 130, 131, 132, 136, 145, 178, 201, 202, 203, 246, 249, 264, 267, 268, 270, 275, 277, 299, 300, 301, 314, 315, 335, 353, 363, 373, 374, 375, 378, 380, 384, 385, 386, 387, 390, 414, 496, 497, 566, 619, 620
Shaw, George Bernard 113
Shinnar (früher Schneebalg),

- Elieser (Felix) 304, 305, 309,
310, 315, 321, 322, 336, 429,
450,498
Shirer, William 608
Silberg, Mosche 350, 406, 459
Silver, Eric 286
Simon, Ernst Akiva 82, 485
Singer, Sally 9
Skorzeny, Otto 394
Slotzki, Jehuda 46
Smilansky, Mosche 245
Sneh, Mosche 178, 287, 390,
439, 498
Sobol, Jehoschua 609
Spiegel, Abraham 581
Spiegel, Edita 581
Spiegel, Uziel 581
Sprinzak, Yosef 141, 277, 292
Stalin, Josef 200, 405, 616
Stein, Fritz Israel 86
Stern, Avraham ‚Jair‘ 50
Sternhell, Zeev 538
Strauss, Richard 319, 320, 504,
599
Strauss, Franz Josef 401, 402,
404, 422, 424, 450, 490, 494
Streicher, Julius 190
Szold, Henrietta 63, 227
- 361, 362, 363, 364, 365, 366,
368, 371, 372, 373, 374, 379,
392, 407, 411, 439, 466
Tel, Amnon 373
Teveth, Schabtai 39, 43, 642
Topol 662
Toscanini, Arturo 72
Török, Alexander 500
Tracy, Spencer 575
Treinin, Avner 651
Truman, Harry S. 161,172, 310
Trunk, Isaiah 609
Tschernikowski, Schaul 461,
540
Tubi, Tawfik 397
Tuchler, Kurt 45,46
Tulkowsky, Schmuuel 268, 269
- Ulbricht, Walter 499
Urbas, Elischeva 9
Ussischkin, Menachem 73, 77,
79
- Vilenska, Esther 292, 383, 397
Vilner, Meir 292
Vinograd, Baruch 225
- Wagner, Richard 504, 599
Wahrhaftig, Zorach 444
Waldheim, Kurt 597, 621
Wangrove, Nina 593
Watzman, Chaim 9
Wauchope, Sir Arthur 39
Waxman, Rivka 214, 215
Weill, Kurt 53
Weinfeld (später Jakobowitz,

- Akavia), Miriam 209, 210,
211, 212, 213, 214, 216
Weissmandel, Michael Dov-Ber
126, 127, 128
Weiz, Jechiam 8, 527
Weizmann, Chaim 26,37, 53, 63,
70, 123, 130, 132, 146, 172,
176, 181, 196, 197, 265, 268,
308, 368, 379, 461, 466, 487,
564, 668
Wiesel, Elie (früher Elieser) 216,
394, 549, 580, 602, 633
Wiesenthal, Simon 428
Willstätter, Richard 53
Wischlitzky, Schmuel 345
Wise, Stephen 40,106
Wisliceny, Dieter 126,127, 129
Wolff, Heinrich 33
Wouk, Herman 662
Zaban, Jair 530
Zinn, Georg August 429
Zipori, Mordechai 666
Zisling, Aharon 400
Zondek, Hermann 70
Zoref, Avraham 593
Zuckerman, Jael 596
Zuckerman, Sarale 582
Zuckerman, Jizchak ,Antek'
198, 246, 247, 248, 283, 389,
451, 467, 501, 586, 591, 596
Zur, Jaakov 497
Zweig, Arnold 54, 55, 56, 57, 58
Zwi 228

ILJA EHRENBURG/WASSILIJ GROSSMAN (HG.)

Das Schwarzbuch

Der Genozid an den sowjetischen Juden

Herausgeber der deutschen Ausgabe: Arno Lustiger

Deutsch von Ruth und Heinz Deutschland

1152 Seiten. Gebunden

Noch brannten die Feuer der Krematorien in den Vernichtungslagern, noch trieben ganz normale Männer ihre Opfer an die Ränder der riesigen Gruben und erschossen sie, als sich in Moskau ein Antifaschistisches Jüdisches Komitee bildete, um der zivilisierten Welt über den Genozid an den sowjetischen Juden die Augen zu öffnen und den Willen wachzurütteln, diese Verbrechen zu sühnen.

Jüdische Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle, unter ihnen auch die beiden Herausgeber des Schwarzbuches, Wassilij Grossman und Ilja Ehrenburg, sammelten seit Juni 1941 aus allen von den Deutschen besetzten sowjetischen und einigen Gebieten in Polen die Berichte von Augenzeugen und Überlebenden aus den entvölkerten Dörfern, aus den Ghettos der Städte und aus den Arbeits- und Vernichtungslagern.

Was dort den bürokratisch organisierten Massenmord möglich gemacht hat, dies, so haben wir uns zu denken gewöhnt, entzöge sich unserer Vorstellungskraft. Doch die hier erstmals in Deutschland veröffentlichten, noch stark vom persönlichen Erleben geprägten Schilderungen geben dem «Unvorstellbaren» Gestalt und machen das Schwarzbuch zu einem Dokument menschlicher Abgründe.

Rowohlt